Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES

Digitized by Google

f

tik

Berlin

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

✦

Herausgeber:

Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

✦

Zweiter Jahrgang

Januar/Juni 1917

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar-Berlin

Digitized by Google

STANFORD UNIVERSITY.
LIBRARIES
Stacks
SEP 8 - 1978

D1
D42
v.2
pt.1
Jan.-June 1917

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

Seite

Blume, W. v., Grundlagen des Wahlrechts 603
Boehm, M. H., Philosophie im Krieg 271
Briefe an die „Deutsche Politik" 451, 578, 683, 713, 811
Charmatz, R., Die Parlamentslosigkeit und der Parlamentarismus in Österreich 733
Daenell, E., Panamerikanismus 766
Dibelius, W., Das Kabinett Lloyd George 12
— Die neue englische Wahlrechtsvorlage 528
Dix, A., Amerika ohne Einwanderer 826
Dyes, W. A., Deutschlands Rohstoffversorgung nach dem Kriege 798
England und das Völkerrecht 745
Eucken, R., Philosophische Gedanken zur Wahlrechtsfrage 542
Fischer, Joh., Die deutschen und die feindlichen Arbeiter 709
Franke, O., Das ostasiatische Rätsel 430
Französisches Flugblatt, Ein 311
Fuchs, E., Vom innern Frieden des deutschen Volkes 478
Gesunder Menschenverstand ist Not 343
Giesberts, J., Die Gewerkschaften und das Kriegshilfsdienstgesetz 31
— Staatsmonopole und Sozialpolitik 411
Göhre, P., Front und Politik 444
Gottschalk, H., Das unvollendete Reich 837
Haenisch, K., Sozialdemokratie und Monarchie 634
Hall, Th. C., Die Vereinigten Staaten und die Freiheit der Meere 123
Hartung, F., Neuorientierung und auswärtige Politik 757
Hasenclever, A., England und der Sudan 335
Hennig, R., Der Einfluß des U-Bootkriegs auf die Seefrachten 205
Herre, P., Der Ministerwechsel in Spanien 553
Hettner, A., Die geographischen Grundlagen der Politik 562
Heuß, Th., Friedrich Lists Theorie vom Grenzkrieg 59
Jäckh, E., Der amerikanische Friede 137
— Der englische Friede 41
— Frauenbriefe, die ihn erreichten 112
— Das neue Palästina 721
— Wiederum das griechische Paradigma 795
Japans wirtschaftlicher Aufschwung 249
Kahl, W., Deutsches Strafrecht der Zukunft 208
Kolbe, Fr., Die britische „Siegesanleihe" und die Mitwirkung der Lebensversicherungsgesellschaften 372
— Die Freiheit der Meere und die deutsche Kolonialbetätigung nach dem Kriege 152
Kreusch, E., Gibraltar und Calais 695
Der Krieg und die amerikanische Politik 489
Leusch, P., Englands Arbeiterklasse im Kriege 281
Lynceus, „Das Land Goethes" 226

Digitized by Google

Seite
Lynceus, Neu-Orientierung des Denkens 158
— Ein Schrei nach dem Zensor 290
— „Vorwärts und aufwärts" 415
Mahling, Prof., Sittlichkeit und Politik 739
Marcks, E., Fremde Einflüsse und eigenes Wachstum in der Geschichte eines Staates . . . 657
Meinecke, F., Kriegsziele hüben und drüben 785
Meister, A., Bundesstaat, Nationalstaat und überstaatlicher Staatenbund 472
Meyer, H., Deutschland und die portugiesischen Kolonien 643
Neugeboren, E., Regierungskrise und Wahlrechtsfrage in Ungarn 762
— Die Siebenbürger Sachsen nach dem Weltkrieg 276
— Ungarn und die weltpolitische Stellung Deutschlands 506
Niemeyer, Th., Was sagt das Völkerrecht über die bewaffneten Handelsschiffe? 176
Offensivgeist 371
Osterrieth, A., Die Antwort der Entente 79
— Die Friedensbotschaft Wilsons 182
— Kann die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick ihre Friedensbedingungen bekanntgeben? 824
Otto, R., Reform des Wahlrechts jetzt! 665
Peus, H., Stockholm und die Fremdvölker 832
Pohle, R., Der russische Kriegswille 51
Preuß, H., Ein Lehrbuch der Politisierung? 574
Rathgen, R., Kolonien und Seemacht 598
Rohrbach, P., Amerikas wahres Gesicht 201
— Die Aufnahme unseres Verhandlungsvorschlages 8
— „Demokratie" contra „Militarismus" 425
— Deutsche Worte und englische Sorgen 73
— Die Entscheidung 169
— Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele 330
— Kalt Blut! 617
— Moralische Eroberungspolitik 664
— Noch einmal: Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele 817
— Nochmals der Krieg und die amerikanische Politik 558
— Die radikale Linke und die Revolution in Rußland 521
— Die russischen Fremdvölker und wir 791
— Die russische Revolution 393
— Zur Stockholmer Konferenz 753
— Warum starb Rasputin? Ein Blick ins wirkliche Rußland 265
Roloff, G., England und Napoleon, Napoleon und wir 535
Rub, K. A., Wilson und die Neutralen 241
Seber, M., Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr 704
Seppelt, F. H., Die französischen Angriffe auf den deutschen Katholizismus und ihre Abwehr 128
Sieger, R., Die Geographie des Vaterlandes auf deutschen Hochschulen 308
— „Neuordnung" und Reichsrat 45
— Österreich, Ungarn und „Mitteleuropa" 628
Schiemann, Prof., Die Weltlage um die Jahreswende 21
— Streiflichter zur Weltlage I 117, II 186, III 252, IV 314, V 379, VI 461, VII 589, VIII 726

Digitized by Google

Schmidt, A., Wetterleuchten im Osten 366
Schmitt, M., Sozialdemokratie und Auslandspolitik 55
Schneider, K., Neue Wege für die Landwirtschaft 349
— Die Änderung des Wahlrechts 407
Schultze, W., Die Reichsgründung 94
Schulze-Gaevernitz, G. v., Die vlamische Bewegung 147
— Die vlamische Bewegung. II. Während des Krieges 220
Stein, Ph., Illusionen und Tatsachen im Wirtschaftskrieg 457
— Rußland und Wir 585
— Unser System der Bewirtschaftung der Nahrungsmittel 345
Thimme, Fr., Bethmann Hollweg und Bismarck 105
— Bethmann Hollweg und Bismarck II 138
— Deutsche Gemeinschaftsarbeit 1
— Krone und Parlament 496
— Die Reform des preußischen Wahlrechts 233
— Revolution und Neuorientierung 361
— U-Bootkrieg und innerer Frieden 173
— Unsere innerpolitischen Friedensziele I 805
— Verfassungsausschuß und Osterbotschaft 673
Tönnies, F., Entwurf einer englischen Wahlreform 689
— Die Lage des englischen Staates 88
Tyszka, C. v., Einkommensverteilung und Lebenshaltung nach dem Kriege 770
Verstuys, W. A., Der uneingeschränkte U-Bootkrieg 401
Weil, H., Dem Siege entgegen 623
— H., Götterdämmerung 434
— R., Die polnisch-jüdische Frage 214
Wertheimer, F., China? 399
Wilms, Dr., Der preußische Kommissar für Ernährungsfragen 304
Wolff, W., Die englische Staatskirche und die englische Weltherrschaft 678
Wygodzinski, Prof., Das amerikanische Bevölkerungsproblem 210
— W., Weltwirtschaftliche Möglichkeiten 83
Zimmermann, E., Die Verschwörung unserer Rohstofflieferanten 699

II. Sachregister

Seite

Amerika, Vereinigten Staaten, Analphabeten-Gesetz 829
— und Australien 382
— Bevölkerungsbewegung 828
— „Blutgeschäft" 560
— und China 379, 429
— und Deutsch-Amerikaner 254
— und Deutschland . . . 201, 204, 205, 492
— Die deutschen Bürger in 472
— Einwanderungsstatistik 827
— und England 124, 186, 202, 247, 320, 380, 679

Seite

Amerika, Vereinigte Staaten, Ernteaussichten 625
— und Europa 137
— als Exportstaat, ... 86
— Flottenbeschaffenheit 254
— und Frankreich 202, 490
— und die Freiheit der Meere . . . 191, 193
— Friedenskongreß 732
— Industrie und Ackerbau 213
— und Irlen 255
— und Japan . . 126, 185, 247, 252, 735

Digitized by Google

Seite

Amerika, Vereinigte Staaten, Kirche und das deutsche Friedensangebot . . . 678
— und Kolonien 599
— Kongreß zum Kriege gegen Deutschland 471
Amerikas Kriegsvorbereitungen . . . 591
— Kriegsziel 788
Amerika und Mexiko 381, 735
— Monroe-Doktrin 768
Amerikanische Munition 561
Amerika, „Nationalismus und Pazifismus" 193
— und die Neutralen 380
— Politik, äußere 380
— und Rußland 428
— Sozialismus in der Schule 243
— Staatenpolitik 477
— Stimmung der Juden für den Krieg . 470
Amerikas Truppentransporte 592
Amerika und U-Bootkrieg 172, 253, 405, 491
— und das Völkerrecht 770
— Wirtschaftspolitik 768
Amerikanisch-englisches Konzern . . . 789
Argentinien, Ausfuhrverbot für Getreide 444
„Aufstieg der Begabten" 417
Auslanddeutschtum 701
Auswanderungspropaganda, Die Gefahr der 214
Belgiens Neutralitätsverletzung . . 11, 12
China und Amerika 253, 399, 431
— und Deutschland 401, 431
— die Lage 431
Dänemark, Lebensmittellieferungen . . 459
Dardanellen-Expedition 462
Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus 417
Deutschland, Alldeutsche 821
— und Amerika 124
Deutsche Antwort an Herrn Wilson . . 560
Deutschland, Auslandshandel 699
— Auslandpropaganda 490
— und die baltischen Provinzen 794
— Bestand an Erzen und Metallen . . . 802
— Burgfrieden 408
— und China 430, 434
— Demokratisierung 636, 807
— und Elsaß-Lothringen 476
— und England 8, 10, 427, 460

Seite

Deutschland, Ernteaussichten . . . 626
— und die feindliche Presse 334
— und Frankreich 658
Deutsche Frauenbriefe 116
Deutschlands Friedensangebot . . . 3
Deutschland und Galizien 49
— Gefangenenfürsorge 131
Deutscher Handel der Zukunft . . . 86
Deutschlands Handelsflotte 124
Deutschland, Helgolandvertrag . . . 339
— Kaisertum und Demokratie 525
Deutsche Kirchen im Ausland 682
Deutschland, Koalitionsrecht 412
Deutschlands Kolonien . 152, 156, 563, 643, 644
Deutschland, Krieg und Kinoreklame . 291
— Kriegskonjunktur 772
— Kriegslasten und Kraftquellen 372
— Kriegsziele und Mindestforderungen 627, 824
— landwirtschaftliche Fragen . . . 443, 799
— Lebensmittelversorgung 345
— Liberalismus 838
— Militarismus 312
— Ministerverantwortlichkeitsgesetz . . . 504
Deutsches „Mittelafrika" 643
Deutschland, Monopolverwaltung . . 413
— Nationalitätenpolitik 707
— Nationalpolitik 474
— Neugestaltung des Staatswesens . . . 603
Deutsche Neuorientierung und russische Revolution 364
Deutschland und Österreich-Ungarn 46, 541
— Organisation 663
— und Orient 564
— Pazifismus und Weltfriedensbund . . 708
— und Polen 215
— Politik, äußere 107, 364, 408, 429, 478, 490, 658, 665, 705
— Politik, innere 7, 95, 106, 107, 140, 233, 303, 365, 444, 479, 493, 496, 634, 661, 665, 759, 805, 806, 837
Deutsche Politik 1866 und 1870 . . . 96
Deutschland und Portugal 644
— Prostitutionsfrage 741
— Rechtszustände 576
— Reichswirtschaftsamt 414

Digitized by Google

Seite

Deutschland, religiöse Richtungen . . 481
— Rohstoffpolitik und Kolonialpolitik . . 700
— und Rumänien 1, 117
— und Rußland . . . 10, 11, 117, 524, 586
— Sexualpädagogik 741
— Sozialdemokratie . 143, 479, 505, 640, 758
— staat-bürgerliche Erziehung 578
— und Türkei 657
— Verfassungsfragen 842
— Verzichtfrieden 617
— Viehbestand und -weiden 350
— und Flandern 222
— Volks- und Parlamentsrechte 809
— Volksversorgung 31
— Wahlrecht 759, 808
Deutschlands Weltmachtbündnis . . . 107
Deutschland, Weltpolitik 577
— Wirtschaftspolitik . . . 306, 771, 774, 798
— Weltwirtschaftspolitik 702, 778
Elsaß-Lothringen 832
Englands Ablehnung der Friedensverhandlungen 8
England und Ägypten 338
Englands Arbeiterschaft 285, 530
England und Australien 383
Englands Balkanpolitik 17
England, Bedarf an Lebensmitteln 439, 594, 625
— und Calais 698
— und China 401, 430
— „Commonwealth“ 319
— und Deutschland 41, 170
— Diplomatie 428
Englands Dominien 319, 594
— Druck auf die Neutralen 24
England, Einfuhrstatistik 435
— Einfuhrverbote 438
— Einkreisungspolitik 337, 623
— und Europa 460
— und die flandrische Küste 154
— Flotte 463
— und Frankreich 384
— Frauenstimmrecht 531, 690
— und die Freiheit der Meere 746
Englische Gewerkschaftsorganisationen 19, 284
England und Gibraltar 696

Seite

England, Hetzpropaganda 747
Englischer Imperialismus 85
England und Indien 316, 317
— und Irland 89, 316
— und Japan 248
— Kabinettskrisis 24
Englischer Kapitalismus 288
England und Kolonien 89, 152, 463, 598, 600
— Kriegsanleihe 120, 373
Englands Kriegsziel 362, 786
England nach dem Kriege . . . 255, 289
— Nationalismus 707
Englische Note 41
Englands Orientziele 77
— Politik, äußere 91, 266, 315, 336, 477, 746
— Politik, innere . . . 12, 89, 282, 384, 463, 532, 691, 787
— und Portugal 645, 652, 668
— Rückgang des Wirtschaftslebens . . . 207
— und Rußland 187, 206, 362, 397, 469, 524, 527, 585, 596
— Sozialdemokratie 282
— und der Suezkanal 342
— Suffragetten 255
— Steinkohlen-Monopol 406
— und U-Bootkrieg . . . 110, 171, 174, 206
Englands Verletzung des Völkerrechts . 22
— Wehrpflicht 16
— Weltherrschaft 284
— Werbearbeit in Amerika 203
Entente und Amerika 118, 184, 190
— und Balkanstaaten 797
— Bemühungen in Spanien 555
— und deutscher Verhandlungsvorschlag 8, 30
— und der Frieden 73, 79, 332, 824
— Friedensbedingungen 118
— und Griechenland 25, 796
— Kriegsziele 82
— und die Neutralen 194
— Politik 8, 9, 321, 434, 595
— und Rußland 528, 727
Europas Getreideversorgung 624
— Machtstellung 185
Fragen der Kriegswirtschaft 32
Frankreich und Belgien 148
— und Deutschland 312

Digitized by Google

Seite

Frankreich und Elsaß-Lothringen . 332, 786
— Imperialismus 312
— Import und Export an Lebensmitteln . 440
Frankreichs Kabinett 26
Frankreich und Kolonien 599
Frankreichs Kriegsziele 832
Frankreich, Militarismus 332
— Nationalismus 707
— Politik, äußere 312, 470
— Politik, innere 25
— Sozialdemokratie 57
Französische Sozialisten in Petersburg . 425
Frankreich und Türkei 727
Frankreichs „Verzweiflung" 593
Frankreich und Wallonien 224
Friedensfrage 29, 138, 185, 755
Geburtenpolitik 161
Gesandtschaftsberichten, Aus den belgischen 9
Getreidenot des Vierverbandes . . . 75
Griechenlands „Neutralitätswille" . . 796
Griechenland, Politik, äußere 797
— und Rußland 796
Haager Konventionen (1907) . 177, 178, 179
Hilfsdienstpflicht und -Gesetz . . 2, 4, 32
Holland, „Anti-Oorlog-Raad" . . 329, 817
— und der Krieg 329
— Kundgebung der Presse für den Frieden 10
— Lebensmittellieferungen 459
— und die vlamische Bewegung . . 220, 226
— und U-Bootkrieg 406
Indiens Abhängigkeit von England . . 251
— militärische Leistungsfähigkeit 600
Italien und Deutschland 830
— Dynastie 26
— Mißerfolge im Kriege 595
— im Weltkrieg 26
Japan und Amerika 321, 592
— und Australien 249
— und China 126, 248, 400, 432
Japans Einfluß im fernen Osten . . . 248
Japan, ein Gläubigerstaat 28
— und Indien 250
Kanada und die österreichischen Auswanderer 211
Katholizismus und Protestantismus im Kriege 131, 143

Seite

Kolonial-Kämpfe 602
Kolonial-Politik 152, 598
Krieg und Parteiwesen 501
Kriegsbedeutung des Eisenbahnnetzes . 61
Lebensmittelknappheit, Allgemeine . 458
Mahdistische Bewegung im Sudan . . 336
Mittelafrika 43
Mitteleuropa 43, 634
— und Amerika 830
— und Osteuropa 790
Mitteleuropas Weg nach dem Orient . 797
Mitteleuropa und Volkswirtschaft . . 598
„Mitteleuropas" Weltherrschaft . . . 493
Monroe-Doktrin 191
Nationalismus und Imperialismus . 835
Neuorientierungspolitik . . . 146, 501
Neutralen, Die und die Alldeutschen . . 333
— und der Weltkrieg 11, 120
„Neuwertung von Geld und Arbeit", Über 685
Österreich-Ungarn und Balkan-Ausfuhr 125
— und Galizien 48
Österreich als Nationalitätenstaat . . . 632
Österreich-Ungarn, Politik, äußere . 49, 629
— Politik, innere 45, 47, 633, 734
— Wirtschaftspolitik 630
Persien und die Entente 385
Polens Bevölkerungsstatistik 215
Polen, politische Neuorientierung . . . 217
— und Rußland 215
Portugal, Ertragsfähigkeit der Kolonien . 646
— koloniale Privileggesellschaften 649
Presse, ausländische 11
Preußen und Polen 476
Propaganda im neutralen Ausland . . 131
Rumänien und Siebenbürger Sachsen . 279
Rußland, Abdankung des Zaren . . . 466
— Adelsorganisationen 366
— Agrarfrage 468, 794
— Aufstände 258, 322
— Autonomie der Ukraine 793
— Bahnbau 54, 469
— und Dardanellen 396
— und England 54, 469
— Freiheit der Fremdvölker 833
— und der Frieden 259, 267, 526, 597, 620, 730
834

Digitized by Google

Seite
Rußland, Großrussentum . . . 668, 792
Russischer Imperialismus . . 85, 368, 834
Rußland und Japan 321
— und Judentum 429
— Kamarilla 269
— Kriegsmüdigkeit 28
Rußlands Kriegsziele 789
— militärische Zustände 597
Rußland und die Neutralen 467
— Organisationsform 477
— Pazifismus 731
— Petersburger Konferenz . . . 256, 366, 467
— Politik, äußere 469, 523
— Politik, innere 27, 121, 187, 188, 256, 265, 271, 322, 363, 366, 385, 394 f., 426, 521, 727, 730
— Revolution 362, 370, 393, 464, 468, 585, 793
Rußlands Selbstauflösung 596
Rußland, Sozialdemokratie . . . 521, 525
— und Schweden 53
— und Ukraine 621, 666, 667
— und Vorderasien 565
Rußlands Wiedergeburt 267
Rußland, Wirtschaftspolitik 368
— Zarismus und die innere Entwicklung des Reiches 834
Seefrachten-Teuerung 207
Spanien und Amerika 556
— und England 695
— und Frankreich 695
— Politik, äußere 554
— Politik, innere 554
— und Weltkrieg 553
Südamerika und Deutschland 381
— und Vereinigte Staaten . . . 767, 769

Seite
Sudan, wirtschaftliche Lage 342
Syrien 721
Schlußbilanz des Weltkrieges 169
Schuldfrage des Weltkrieges 823
Schützengraben-Lektüre 449
Staatenlenkung, Über 343
Stockholmer Verhandlungen 728
„Überschätzung des Ichs", die Gefahr des Friedens 160
U-Bootkrieg 119, 127, 169, 174, 181, 330, 331, 403, 404, 457, 617, 643, 817
Ultimatum an Griechenland 119
Ungarn und Deutschland 506, 765
— Deutschtum in 277, 279
— Industrie 513
— Magyarentum 764
— und Österreich 508
— Politik, äußere 509
— Politik, innere 509, 766
— und das Slawentum 507
Ungarns staatliche Selbständigkeit . . . 631
— Wert für „Mitteleuropa" 512
Valuta und Devisen der kriegführenden Mächte 802
Vertrag von Chaumont 192
Vlämische Frage 119
— Politik 150, 221, 222
Vlandern und Wallonien 221
Völkerrecht und freie Rechte nach dem Kriege 836
Wahlrecht, Preußisches . 145, 239, 240, 603
Weltstaat und Weltwirtschaftspolitik . . 476
Wirtschaftskrieg und die Neutralen . . 461
Zehnverbandsnote 78
Zentral-Einkaufs-Gesellschaft 345

III. Personenregister

Seite
Abdul Hamid 340
Alexejew 27, 322, 385, 466, 468
Alfons XIII. 557
Andrássy 508, 509
Asquith 12, 14, 16, 17, 18, 20, 25, 30, 255, 462, 505, 532, 534, 535, 690, 692
Balfour . . . 15, 17, 194, 591, 592, 698
Bethmann Hollweg 3, 9, 29, 32, 36, 43,

Seite
105 f., 137, 169, 172 f., 183, 330, 334, 364 f., 380, 416, 469, 495, 504, 586, 623, 635, 643, 677, 712, 729, 798, 807, 809, 899, 826
Bismarck 19, 94, 96 f., 106, 235, 236, 239, 240, 241, 362, 472, 475, 476, 499, 500, 503, 586, 638, 640, 660 f., 665, 669, 759, 763, 807
Bissing, v. 225, 227
Bonar Law . . 12, 15, 24, 120, 194, 373 f.

Digitized by Google

Seite

Botha 319, 463
Briand 25, 26, 30, 80, 83, 119, 120, 384, 470, 727
Buchanan . . . 188, 259, 271, 398, 595
Bülow 107
Cadorna 27, 119
Caillaux 67
Carranza 321, 735
Casement 315
Castelnau 256, 322
Chamberlain 15, 497, 594
Churchill . . . 180, 193, 194, 462, 698
Clémenceau 594
Constantin, König 194, 595, 798
Curzon, Lord 15, 24
Czernin 469
Delbrück 335, 503, 669
Delcassé 22, 312
Dessoir 227
Dohna, Graf 462
Dostojewski 226
Djemal Pascha 721
Eduard VII., König 9, 203, 319, 333, 336, 337, 728
Emin Pascha 338
Fichte 161, 162, 163, 659
Franz Josef 47, 508, 763
French 384
Friedjung 736
Friedrich der Große . 162, 252, 658, 661 f.
Friedrich Wilhelm IV. 95, 96
Georg V. 595
Gerard 255
Golytzyn 189, 256, 257, 258, 322, 366, 368, 385
Gomperz . . . . . 272 f.
Goremykin 27, 466
Grey 8, 12, 16, 17, 18, 22, 24, 25, 245, 426, 505, 535, 645, 787
Gutschkow 466, 469, 524, 597
Haldane 22, 24
Heinrich, Prinz von Preußen 181
Helfferich 32, 674
Henderson . . . 15, 17, 19, 20, 24, 30, 255
Hervé 710
Hindenburg 1, 2, 21, 38, 61, 105, 172 f., 226, 344, 416, 462, 619

Seite

Hohenlohe, Prinz 45
Hughes 18, 248, 382
Joffre 590, 593
Kaiser Karl I. . . 45, 47, 117, 397, 738, 806
Kant 161
Kerenski 367, 394, 398, 425, 464, 465, 525, 526, 727, 729
Kitchener 340, 462
Kuropatkin 322, 597
Laband 503
Lafayettes 590
Lassalle 19, 640
Ledebour 637, 710
Leibniz 162
Liebknecht 637
Lloyd George 8, 12, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 24, 26, 30, 31, 41, 76 f., 119, 120, 137, 255, 281, 283, 288, 384, 425, 463, 532, 534 f., 566, 594, 690, 694, 787, 822
Ludendorff 174, 344, 462, 619
Michail Alexandrowitsch 385
Michail Michailowitsch 466
Miljukow 28, 256, 366, 385, 398, 465 f., 469, 522, 524, 595, 727, 834
Milner, Lord 15, 24, 256, 322
Moltke 59, 65
Muhammed Ahmed 335
Napoleon I. 602
Napoleon III. 108
Naumann 669
Nelson 24
Nikolai Nikolajewitsch . . 27, 257, 386
Northcliffe, Lord 13, 16, 18, 19, 22, 255, 379, 434, 464
Petrowski 467
Pitirim 257, 466
Plechanow 523, 793
Poincaré 22, 26, 118, 312, 333, 505, 594, 728, 754
Pokrowski 28, 30, 117, 366, 658
Protopopow 121, 256 f., 322, 366 f., 385, 393, 466
Rasputin. 27, 28, 121 f., 189, 256, 397, 464
Rathenau 227, 228
Rennenkampf 597
Ribot 26, 470, 590, 754, 822
Rodzianko . . . 371, 398, 464, 465, 524

Digitized by Google

Seite

Romain Rolland 68
Romanones 553, 554, 555, 556
Romanow 586
Roosevelt 193, 321, 429, 591
Rußki 468, 524, 727
Salandra 38
Sarrail 25, 593
Shaw 282
Solf 152
Ssassonow . . 22, 107, 121, 188, 259, 271
Scheidemann 415, 729
Schtscheglowitow 465
Stanley 338
Stolypin 256, 370, 395, 793
Strauß, Oskar 470
Stürgkh . . . . . 45, 47, 49, 50, 733 f.
Stürmer 27, 121, 186, 256, 322, 367, 393, 466

Seite

Taft 429
Teretschenko 466, 727
Tisza 138, 509, 631, 734, 762, 763
Trepow 121, 122, 256
Tscheidse 368, 398, 425, 467, 525
Tseretelli 523, 727
Viviani 26, 591, 594
Wahnschaffe 674
Wilhelm II. 29, 105, 106, 119, 462, 482, 495, 542, 597, 623, 635 f., 662, 674, 807
Wilson 11, 29, 118 f., 120, 127, 137 f., 192, 193, 201, 203 f., 252 f., 320 f., 330, 379 f., 399 f., 429, 432, 470 f., 490, 492, 559 f., 588, 590 f., 732, 745 f., 796, 806, 808, 820, 822
Zar Nikolaus II. 27, 28, 51, 121 f., 189, 266, 268, 271, 322, 385, 393, 397, 464 f., 585, 595, 728, 792, 833

IV. Notizen

Seite

Ablehnung der Wehrpflichtvorlage in Australien, Die 325
Abschaffung deutscher Schrift in Basel . . 68
Agrarunruhen in Rußland 749
Amerika und Europa 229
Amerikanische Volksseele, Die 482
Annäherung der russischen und der schwedischen Wissenschaft 166
Anteil der Schweiz an den Friedensverhandlungen 99
Amerika und der Friede 133
Asien nach dem Krieg 419
Ausdehnung des dänischen Handels, Die . 166
Aussichten des Friedens, Die 98
Bauernfrage in Rußland 515
Bedeutung des Eintritts Amerikas in den Krieg, Die 324
Belgische Greuelpropaganda, Die . . . 260
Bindung Italiens an England, Die . . . 196
Briefe an die „Deutsche Politik" 513
Buchpflege im Krieg 388
Bund der Neutralen 195
Caillaux 164
Caprivismus als politisches Prinzip, Der . 545
Charakter des Krieges, Der 100
Charles M. Schwab 326

Seite

China, Japan und die Vereinigten Staaten 547
China und der Weltkrieg 325
Dalmatinischen Frage, Zur 611
Demokratisierung der französischen Diplomatie? 580
Deutschland und Amerika 166
Deutsch-Amerikaner, Die 324
Deutsche Arbeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie 387
Deutsches Ausland-Museum Stuttgart . . 688
Deutschland und die französische Kunst . . 357
Deutsche in den französischen Witzblättern, Der 261
Deutsche Friedensangebot, Das . . 196, 293
Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung 358
Deutsche Imperialismus in der Literatur, Der 326
Deutsche Kolonialreich, Das 779
Deutschlands Kriegsziele 356
Deutsch-österreichische Ausgleich, Der . . . 387
Deutsch-österreichisch-ungarische Interessengemeinschaft 454
„Deutsche Weisheit und Kultur" 293
Deutsche Zukunft, Die 327
Durchbruch der Serethlinie 100
Eindruck der Rede Lloyd Georges, Der . . 66

Digitized by Google

Seite

Englands Eintreten für das russische Kriegsziel 37
Englische Magna Charta aufgehoben, Die 546
Englischer Rat an Rußland, Ein 546
Englische Schiffahrtsgewinne 101
Entscheidung, Vor der 259
Ernennung Ssasonows, Zur 259
Erziehung der neuen Generation, Die . . 780
Europa und Japan 419
Europäische Zivilisation, Die 260
Fall Hoffmann, Der 844
Fehlen des deutschen Kalis, Das 102
Feindlicher städtischer Grundbesitz 100
Finanzielle Belastung der kriegführenden Staaten in neutraler Beleuchtung, Die . 485
Finnlands Streben nach Unabhängigkeit . 653
Frage: Bern oder Haag?, Die 293
Frage Elsaß-Lothringen, Die 844
Frage der Sonderstellung Galiziens", „Zur 687
Französische Außenhandel, Der 101
Frankreich und die griechische Note . . . 134
Französisch-italienische Beziehungen . . . 134
Französisch-italienisches Institut, Ein neues . 68
Französische öffentliche Meinung und Griechenland, Die 101
Französische Propaganda im Ausland . . 326
Französische Verdächtigung 166
Französische Verdächtigungen 327
Französischen Waldbestände, Die 748
Freihandel oder Schutzzollpolitik 259
Freiheit der Meere 134
„Freiheit der Meere", Die 229
Friede, Der 324
Friedensaktion der Neutralen, Die . . . 98
Friedensanzeichen? Ein 66
Friedensbewegung des französischen Sozialistenkongresses 99
Friedensbewegung in Italien, Die . . . 99
Friedensfrage, Die 195, 293
Friedensnote, Nachträgliches zur deutschen . 65
Gedanken über den Völkerfriedensbund . . 453
Gegen chauvinistische Kriegsziele 293
Gemeinsame oder einzelne Kriegsziele der Entente? 165
General Smuts, der kommende Mann . . 813
Gesamt- oder Einzelfrieden der Entente? . 195

Seite

Gesellschaft für eine französisch-italienische geistige Verständigung, Eine 134
Giolitti 454
Goethe über Revolution 484
Grenzsaum an der Westfront, Der . . . 609
Großrussen gegen Finnlands Selbständigkeit, Die 716
Haller, Prof., über die russische Revolution . 780
Handel von Tsingtau, Der 134
Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Finnland, Die 260
Handelsfeindschaft nach dem Kriege . . . 422
Haßpropaganda 357
Hauptproblem des Landkrieges, Das . . . 100
Hindernisse des Friedens 98
Humanismus und Nationalismus . . . 388
Japan und Sibirien 325
Japanische Budget, Das 260
Japans Drang nach dem Süden 101
Illustrierte Zeitungen 68
Irische Ärgernisse 813
Italien 134
Italienische Auffassung der Antwortnote der Entente 165
Italienische Bedingungen für den Frieden . 66
Italien als Kritiker Rußlands 230
Italiens Stellung in der Entente 38
Italienische Stimmen über Wilsons Friedensnote 99
Kampf um die Ukrainische Autonomie, Der 654
Kino in England, Das 134
Kongreß der französisch-sozialistischen Partei 99
Konstantinopel als Kriegsziel der Entente . 99
Krieg und Vernunft 386
Krieg und Volksbildung 102
Kriegsende, Das 293
Kriegsgewinn und Kriegssteuer in Schweden 68
Kriegsmüdigkeit in Südafrika 230
Kriegswille der Westmächte, Der 98
Kriegszeitungen 196
Künftige Lage der deutschen Industrie, Die 166
Lage in Finnland, Die 164
Lage in Rußland, Die 164
Lateinische Union, Eine 134
Lebensmittelpolitik in England, Die . . . 163
Lloyd Georges Charakter nach Northcliffe . 99

Digitized by Google

Seite

Logik der Wehrpflicht, Die 37
Made in Germany 229
Menschikow über Mitteleuropa 67
Miljukow über die Kriegsziele der Entente . 259
Ministerreden, Die 66
Nationale Kunst, Über 485
Nationalisierung der Volkswirtschaft. . . 356
Naturgemäßer Gegensatz Rußlands gegen England 196
Natürliche Sittengesetz, Das 261
„Neuorientierung" 102
Neutralen und der U-Bootkrieg, Die. . . 325
Neutraler Appell an England, Ein . . . 36
„Neutralität zur See" 356
Neutralität der skandinavischen Staaten, Die 195
Norwegische Mahnung an England. . . . 68
Note der Zentralmächte an den Papst, Zur . 66
Opposition gegen die Regierung in Italien . 134
Ort der Friedenskonferenz 99
Paris 230
Pazifistische Schlupfwinkel 420
„Perfide Albion", Das 515
Petersburg an Stelle Leipzig 326
Pressebureau im Vatikan, Ein. 39
Reform des Geographie-Unterrichts . . . 261
Rekrutierung in Kanada 134
Revolution in Rußland 100
Rumänien und Schweden 38
Rumänische Feldzug, Der 68
Russische Ansichten über die Wirkung der amerikanischen Friedensnote 133
Rußland braucht eine Erziehung 845
Russisches 102
Russische Linke für die Deutschen, Die . . 100
Russische Mahnung an die Westmächte. . 165
Russische Presse zur Reichskanzlerrede, Die . 779
Russische Psyche, Die 845
Russische Weltbeglückungspläne 716
Rußland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch 812
Rußlands Drang nach dem freien Meer . 67
Rußlands Offensivkraft 100
Sieg der Vernichtungsstrategie, Der. . . 165
Sonderbare Schwärmer 547
System der geheimen Diplomatie, Das . 229
Scheidemann-Gebsattel 714
Schiffsbau in Japan 326

Seite

Schuldregister des Handelskrieges . . . 37
Schutzzollpolitik 356
Schwedens Kriegsziele 166
Schweizerischer Protest gegen englische Handelspolitik 37
Stärke der englischen Friedensbewegung nach der Note Wilsons, Die 230
Stellung des Ministeriums Lloyd Georges, Die 229
Stimme der Vernunft, Eine 687
Stimmung in Paris, Die 164
Strömung für den Frieden in England, Die 98
Tagesbefehl des Zaren, Der 100
Die täglichen Kriegsunkosten Rußlands . 100
Tartarennachrichten 516
Theorie und Praxis eines russischen Sozialdemokraten 579
Übereinkommen in der Dardanellenfrage, Das 67
Ukrainische Bewegung, Die 580
Ukrainer wollen an den Friedensverhandlungen teilnehmen, Die. 688
Unmöglichkeit eines annexionslosen Friedens, Die 688
„Unsere Stellung zu England" 453
Utrechter Messe, Die 326
Verarmung im Krieg, Die. 326
Verschuldung Europas, Die 386
Vier Kardinalpunkte für den kommenden Frieden 387
Wachsende Friedensbewegung in Frankreich. 133
Wahl Roms für die Vierverbandskonferenz 133
Warnung Mr. Protheros, Die 100
Wasserstraße Mitteleuropas, Die 484
Wieviel Vlamen gibt es eigentlich? . . . 748
Wilson 294, 324
Wilson und die Neutralen 325
Wilsons Friedensnote 66
Wirkungen des Krieges auf Europa, Die . 36
Wirkungen des Weltkrieges auf China, Die 229
Wirtschaftspolitik nach dem Krieg, Die . . 39
Zukunft des amerikanischen Handels in China 102
Zukunft der deutschen Wissenschaft, Die . 388
Zukunft der Entente, Die 133
Zukunft der Schweiz, Die 326
Zukunft unserer Kolonien, Die 812
Zukunftsaussichten, Die 66
Zukunftsaussichten des Friedens . . 133, 163

Digitized by Google

Hof-Buch- und -Steindruckerei
Dietsch & Brückner in Weimar

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

2. Jahrgang • 5. Januar 1917 • Heft 1

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Deutsche Gemeinschaftsarbeit

Von Friedrich Thimme

Wir treten in das neue Jahr mit starken und gewissen Hoffnungen ein. Nicht als ob wir darauf rechneten, daß das Friedensangebot, mit dem wir und unsere treuen Verbündeten am 12. Dezember hervorgetreten sind, dem Kriege, der nun bald 2½ Jahre wütet, ein Ende bereiten würde. Es ist ja schon offenbar geworden, daß unsere Feinde nicht den von Deutschland gebotenen, sondern nur einen von ihnen diktierten Frieden wollen. Wir wissen, daß der Krieg bis zum bitteren Ende, vielleicht in noch gesteigerten Formen fortgehen wird. Wir sind uns klar, daß er uns noch viel blutige Opfer und harte Entbehrungen auferlegen wird. Dennoch ist unser Glaube, unser Vertrauen, unsere Siegeszuversicht in diesem Augenblick stärker vielleicht als je. Das liegt nicht nur in der Gunst der Kriegslage begründet, in unserer unerschütterten Abwehr im Westen, unserem siegreichen Vordringen in Rumänien; das hat vielmehr seinen tiefsten Grund vor allem darin, daß das deutsche Volk gerade in den letzten Wochen und Monden seiner selbst, seiner Einheit und Gemeinschaft wieder gewisser geworden ist. Wir verhehlen es nicht: jene Glut der Begeisterung, jenes Bewußtsein einer fast vollkommenen Einigkeit, die in den Augusttagen 1914 wie ein Wunder über uns gekommen waren, sie drohten in der langen Reihe harter Kriegsmonate mehr und mehr zu entschwinden. Der Parteihader, der lange unter dem Zwange des Burgfriedens geschwiegen hatte, lebte wieder auf, die Kämpfe um die besten Methoden der Kriegführung, um die Kriegsziele, um die Ernährungsfragen trugen Verwirrung und Zwiespalt in weite Kreise des Volkes; statt des inneren Friedens, um den man sich von vielen Seiten ehrlich mühte, schien der innere Unfrieden die Oberhand zu gewinnen.

Gott sei es gedankt: es ist wieder anders geworden! Die Wendung zum Besseren fiel just mit dem Eintritt Rumäniens in den Krieg zusammen, der nach dem Willen unserer Feinde uns den Rest geben sollte. Rumänien unser Verbündeter: so dürfen wir in Wahrheit sagen. Mit Hindenburgs Ernennung, die wir unserem Kaiser nicht genug danken können, ergoß es sich wie ein breiter Strom von Vertrauen, Kraft und

Digitized by Google

Zuversicht in das Volk. Alles gewann ein anderes Gesicht. Waren weite Kreise unserer besten Patrioten bis in die letzten Zeiten mit Sorge erfüllt gewesen, ob auch unsere stärksten Kriegsmittel zur rechten Zeit in die Wagschale geworfen werden würden, so ließ diese Sorge von dem Moment nach, seit es offenbar wurde, daß an der Entscheidung die Heeresleitung voll beteiligt sein werde. War durch die Ernährungsschwierigkeiten das gegenseitige Vertrauen der Bevölkerungsklassen stark beeinträchtigt; drohte dort der kränkende Zweifel, ob auch die Landwirtschaft ihr Möglichstes tue, um namentlich der schwer arbeitenden industriellen Bevölkerung das zureichende Maß von Lebensmitteln zu sichern, hier der nicht minder kränkende Vorwurf der Begehrlichkeit der Städter den Frieden zwischen Stadt und Land zu untergraben, so hat Hindenburgs Mahnruf rasch einen Ausgleich der hoch gesteigerten Spannungen angebahnt. Mit Freuden darf man feststellen: Gerade die Gegensätze, an denen sich die Geister am meisten erhitzten, haben in letzter Zeit offensichtlich an Schärfe nachgelassen. Und wenn sich seit den Stürmen der Sommeschlacht manchmal, nicht zuletzt bei unseren Feldgrauen, ein banger Zweifel erhoben hatte, ob wir auch auf die Dauer gegen die ungeheure Menge des Kriegsmaterials aufkommen könnten, die fast die ganze Welt unseren Feinden liefert, so hat uns der mitten im Trommelfeuer der Fronten geborene geniale Gedanken der Hilfsdienstpflicht alsbald die volle Gewißheit zurückgegeben, daß vor der gesammelten und organisierten Kraft des ganzen deutschen Volkes alle Anstrengungen unserer Feinde zuschanden werden müssen.

Kein Gedanke hat während der langen Kriegszeit im deutschen Volk so sehr gezündet wie dieser. Es war, als ob das Volk nur darauf gewartet hätte, jenen unerquicklichen und unfruchtbaren Erörterungen, in die es durch das Wiederaufleben des Parteihaders und der Klassenkämpfe hineingezogen war, durch eine stärkere Heranziehung zu nationalem Hilfsdienst entrissen zu werden. Unzählige hatten schwer darunter gelitten, in einer Zeit, wo Millionen ihr Leben für das Vaterland hingaben, ihre Kraft und ihre Arbeit nicht ganz unmittelbar in den Dienst desselben stellen zu können. Jetzt, wo dem Heeresdienst der vaterländische Hilfsdienst zur Seite gestellt, und in aller Form die Gemeinschaftsarbeit des ganzen Volkes proklamiert ist, winkt dem lang verhaltenen Drang nach nationaler Betätigung vollere Befriedigung. In dem gewaltigen Andrang zu dem Hilfsdienst, an dem nun auch die deutsche Frauenwelt ihren Teil haben darf, erleben wir die erhebende Wiederkehr jener Tage nach dem Kriegsausbruch, wo die ganze deutsche Jugend wie ein Mann zu den Waffen strömte, erleben wir ein Neuerwachen des Geistes der Augusttage, nach dem schon so oft und schmerzlich gerufen ist. Heute sind wir unseres Volkes, seiner inneren Geschlossenheit bei allen Meinungsverschiedenheiten, seiner Ausdauer in allen Nöten und Entbehrungen, seines unbeugsamen Siegeswillens sicherer als je. Diese Stimmung unseres Volkes ist noch mehr als unsere kriegerischen Erfolge der rechte Hintergrund für unser Friedensangebot. Unsere Feinde möchten es als ein Zeichen und ein Eingeständnis

Digitized by Google

unserer Schwäche auslegen. Das verdient nur ein mitleidiges Lächeln. Unser Hindenburg hat recht wie immer, wenn er darin vielmehr eine tiefsittliche Kraftäußerung unseres Volkes sieht. Wir unterstreichen das Wort: unseres Volkes, auch wenn unsere Volksvertretung nicht vor dem Friedensangebot gefragt worden ist, nach Lage der Dinge nicht wohl gefragt werden konnte. Denn die tiefe Bewegung, die das Friedensangebot in unserem ganzen Volk, daheim wie in den Schützengräben ausgelöst hat, beweist, daß diese Tat mit dem innersten sittlichen Empfinden und dem Willen unseres Volkes harmoniert, letzten Endes aus ihm geboren ist.

Mag nun unser Friedensangebot, was kaum noch zu hoffen scheint, zu dem Ziele eines ehrenvollen, die ungehinderte Entwicklung der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes und unserer Verbündeten sichernden Friedens führen, oder mögen wir dieses Ziel durch eine entschlossene Fortsetzung des Krieges erst noch zu erstreiten haben, das eine ist in beiden Fällen sicher, daß unser Heil und unsere Zukunft mehr wie je davon abhängt, daß das deutsche Volk seine Einheit und Geschlossenheit, seinen einträchtigen Gemeinschaftsgeist und seine Gemeinschaftsarbeit von nun an unverrückbar festhält, womöglich noch über die in den letzten Monaten erreichte Höhe steigert. Nur dann können bei Friedensverhandlungen die Regierungen des Vierbundes mit voller Wucht auftreten, wenn sie nicht nur unter einander einig sind, sondern wenn auch klar und weltkundig zutage tritt, daß sie ihre Völker geschlossen und einig hinter sich haben. Den Krieg kann erst recht nur der einmütigste Siegeswille und die durchgreifendste Gemeinschaftsarbeit des ganzen ungeteilten Volkes gewinnen. Es darf nicht mehr sein, daß ein Teil des Volkes sich von der Regierung abwendet, weil sie sich in dem Drang der Umstände und unter dem Druck der Verantwortung nicht in dem Maße der Mitwirkung der Volksvertretung bedient, wonach diese streben muß. Darüber mag in kommenden Zeiten zu rechten sein, wenn die verheißene und selbstverständliche Neuordnung der Dinge geschaffen wird. Heute gilt es, daß unter Zurückstellung aller Sonderinteressen und aller Sonderwünsche das deutsche Volk vertrauensvoll wie ein Mann hinter seine Regierung und seine Heeresleitung tritt, die nach der Zurückweisung unseres Friedensangebots gar nicht anders können als die Parole für die entschlossenste und rücksichtsloseste Kriegführung auszugeben. Das deutsche Volk darf zu den führenden Männern um so mehr Vertrauen haben, je deutlicher es sieht, daß unsere oberste Heeresleitung mit der Reichsleitung und beide wieder mit den verbündeten Regierungen, mit dem Kaiser zumal, in dessen Händen alle Fäden zusammenlaufen, in einzigartiger Weise zusammenwirken. Hindenburg und Ludendorff, Stein und Gröner, ja und auch Bethmann Hollweg und Zimmermann: wo solche Männer, einer für den anderen einstehend, alle einander fördernd und unterstützend die Geschicke des deutschen Volkes leiten, da darf dieses vertrauensvoll die großen Entscheidungen hinnehmen, auch ohne immer unmittelbar an ihnen beteiligt zu sein.

Digitized by Google

Es soll hier gewiß nicht einem schrankenlosen Vertrauen das Wort geredet werden. Es mag gut und notwendig sein, daß für die Ausführung des Hilfsdienstgesetzes dem Bundesrat und dem Kriegsamt ein Reichstagsausschuß zur Seite gesetzt ist; und wer möchte nicht überhaupt einer stärkeren Berücksichtigung der parlamentarischen Faktoren, immer innerhalb der durch die drangvolle Kriegszeit gezogenen Grenzen, das Wort reden. Aber wenn gerade jetzt von einem Teil unserer Parteien der Kampf um eine Ausdehnung der Rechte der Volksvertretung mit deutlich erkennbarer Spitze geführt wird, so kann man sich der Besorgnis nicht entschlagen, daß dadurch ein Teil der nationalen Energien in einem Augenblick gebunden wird, wo deren einheitliche und ungebrochene Zusammenfassung die höchste Pflicht ist. Eine freiere Gestaltung unserer Verfassungsformen im Sinne eines stärkeren Mitbestimmungsrechtes des Volkes, die ja kommen muß und wird, wird um so segensreichere Folgen nicht allein für unsere innerpolitischen Verhältnisse, sondern auch für unsere weltpolitische Stellung haben, wenn sie nicht jetzt inmitten des Weltkrieges der Regierung in mühsamem Kleinkampf abgerungen, sondern von der Regierung selbst aus den ermutigenden Erfahrungen des Krieges heraus als freies Geschenk geboten wird. Unsere Parteien aber könnten ihre Wünsche nach einem größeren Einfluß der Volksvertretung nicht besser fördern, als wenn sie sich zunächst über Maß und Richtung der erstebten Reformen unter einander verständigten. Einer einmütigen öffentlichen Meinung des Volkes wird heute keine Regierung widerstehen. Schon Bismarck hat einmal gesagt: „Trotz aller Utopien bleibt herrschendes Prinzip in Deutschland doch immer die öffentliche Meinung des großen Durchschnitts der gebildeten Stände.“ Heute würde ja nicht mehr den gebildeten Ständen allein eine solche herrschende Rolle zuzuweisen sein; neben ihnen hat sich längst das werktätige Volk den Anspruch auf volle Gleichberechtigung erworben. Ja, es ließe sich fragen, ob bei der Abwägung des Gewichts der öffentlichen Meinung der großen Masse des arbeitenden Volkes nicht ein besonders großer Anteil zugewiesen werden müßte. Jenes englische Parlamentsmitglied hat doch recht: „Der Krieg ist in ein Stadium getreten, wo die Arbeiterschaft den Krieg gewinnen oder verlieren wird.“ Wir wissen nicht, ob die Regierung bei ihrem Friedensangebot auf die Wünsche unserer Arbeiterschaft, innerhalb derer ja die Sehnsucht nach Frieden und die Neigung zu einer Verständigung unter den Völkern am stärksten vertreten ist, besonders Bedacht genommen hat. Wenn sie es getan hat, so kann das nur segensreiche Früchte tragen. Eben erst hat es der meistgenannte Führer der Sozialdemokraten ausgesprochen, daß seine Parteigenossen, wenn die Friedenskundgebungen Deutschlands kein Entgegenkommen finden sollten, gezwungen seien, bis zum allerletzten Mann zur Verteidigung des Vaterlandes anzutreten. Ganz in demselben Sinne hat sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bauer auf der Gwerkschaftskonferenz vom 12. Dezember geäußert: uns bleibt nichts mehr übrig als den Abwehrkampf mit aller Kraft zu führen. Das sind neue Bekenntnisse der Sozialdemokratie

Digitized by Google

zu dem nationalen Gedanken von höchster Bedeutung. Sie stellen die nationale Einheitsfront, die — nach der Auffassung rechtsstehender Parteien — durch die bisherige Haltung der Sozialdemokratie in der Friedensfrage immer noch gefährdet schien — endgültig und dauernd fest, sie sichern der Sozialdemokratie die Anerkennung als eine nationale Partei, und sie gewähren ein solides Fundament für die weit über den Ausgangspunkt des nationalen Hilfsdienstes auszudehnende deutsche Gemeinschaftsarbeit aller Parteien, Gruppen und Richtungen.

Wir dürfen annehmen, daß die Väter des Hilfsdienstgesetzes, die das vorbildliche, durch keinen Unterschied der Parteien, Klassen und Konfessionen auch nur entfernt beeinträchtigte Zusammenwirken des Volks in Waffen vor Augen hatten, von vornherein die Idee der deutschen Gemeinschaftsarbeit nicht in dem Sinne einer Beschränkung auf das Hilfsdienstgesetz selbst, sondern im weitesten und höchsten Sinne der nationalen Gemeinschaftsarbeit überhaupt gefaßt haben. Es sei nur an die Worte erinnert, die der Chef des Kriegsamts General Gröner nach der nahezu einstimmigen Annahme des Gesetzes an die Reichstagsabgeordneten richtete: „Mit Ihrem Beschluß in dieser heiligen Stunde werden Sie eine neue Saat gelegt haben in das Herz unseres Volkes, nicht nur eine Saat, deren Früchte in dem gegenwärtigen Kampfe ums Dasein reifen werden, sondern auch eine Saat, die fortwirken muß über die Dauer dieses Gesetzes hinaus in eine ferne Zukunft.“ Das ist gewiß nicht so gemeint, als ob die Ansätze zu sozialpolitischen Neuerungen, um nicht zu sagen die „sozialistischen Errungenschaften“, die das Gesetz in sich schließt, über den Krieg hinaus fortdauern sollten, wohl aber in dem Sinne, daß der Geist der Gemeinschaftsarbeit, der einheitliche Wille des deutschen Volkes, die vaterländische Arbeit über das egoistische Interesse der Parteien und Klassen wie der Einzelnen zu stellen, für alle Zeiten zu einem Fundamentalsatz unseres öffentlichen Lebens werden soll.

In diesem Sinne hat auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft das Hilfsdienstgesetz aufgefaßt. Von der Bedeutung der Allgemeinen Gewerkschaftskonferenz am 12. Dezember wird in der „Deutschen Politik“ noch öfter die Rede sein. Sie reicht weit über den nächsten Zweck einer großen Kundgebung für die Durchführung des Hilfsdienstes hinaus. Die tiefere Bedeutung der Konferenz liegt vor allem darin, daß zum erstenmal alle inneren Gegensätze der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, die vor dem Kriege so tief wie nur die Gegensätze einander schroff gegenüberstehender Parteien waren, überwunden, zum erstenmal ein gemeinsames, völlig geschlossenes Auftreten der gesamten deutschen organisierten Arbeiterschaft ermöglicht wurde. Nicht weniger als vier Millionen deutscher Arbeiter ohne Unterschied der parteipolitischen und konfessionellen Zugehörigkeit, ihres Standpunktes in wirtschaftlichen und Weltanschauungsfragen zu gemeinsamer Arbeit entschlossen: eine einige, so nie geschaute Arbeiterschaft! Die gemeinsame Arbeit gilt ja zunächst nur dem großen nationalen Hilfswerk. Aber nicht bloß die gemeinsame nationale Gefahr bindet; alle gemeinsame

Digitized by Google

Arbeit selbst kittet, schließt eng zusammen, öffnet dem gegenseitigen Verstehen und Vertrauen, der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung Tür und Tor, und mildert durch alles dieses die vorhandenen Gegensätze. Schon werden aus den verschiedenen Gewerkschaftskreisen gewichtige Stimmen laut, die da fordern, daß die gemeinsame Arbeit auch auf die Vertretung der Arbeiterinteressen ausgedehnt werde. Ebendahin drängt die ganze Entwicklung der Dinge, das riesenhafte Ausmaß der nach dem Kriege zu lösenden sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben. Schwerlich wird es ja zu einer vollen Verschmelzung der deutschen Gewerkschaftsbewegung kommen. Das ist auch nicht nötig und, recht betrachtet, nicht einmal wünschenswert. Das Nebeneinanderbestehen verschiedener Gruppen und Parteien, ihre Auseinandersetzung und gelegentlich selbst ihr Kampf weckt so viel inneres Leben, spornt die Sonderkräfte der einzelnen Richtungen so sehr an, daß man ein Ineinanderaufgehen aller nicht einmal wünschen könnte. Aber ein Nebeneinander der Gewerkschaftsgruppen braucht weder ihrer gemeinsamen Arbeit noch ihrem einheitlichen Auftreten nach außen Eintrag zu tun.

Für unser innerpolitisches Leben fällt das gemeinsame Zusammengehen der Gewerkschaften um so mehr ins Gewicht, als parteipolitisch ein Teil derselben zur sozialdemokratischen, der andere zu den sogenannten bürgerlichen Parteien gehört. Jede Verständigung aber zwischen der einen und der anderen Parteigruppe kann nicht warm genug als ein innerpolitischer Fortschritt begrüßt werden. Es ist der größte innere Gewinn, den der Krieg uns bisher gebracht hat, daß die tiefe Kluft zwischen der Sozialdemokratie auf der einen, dem Staat und den bürgerlichen Parteien auf der anderen Seite überbrückt worden ist; es muß das höchste innere Friedensziel bleiben, daß diese Kluft nicht bloß überbrückt, sondern innerlich und geistig mehr und mehr ausgefüllt wird. Nach der nationalen Haltung des weitaus größten Teils unserer Sozialdemokratie, die doch unsere innere Einheitsfront erst ermöglicht und vollendet hat, nach der starken inneren Wandlung ihres Verhältnisses zum Staat, nach der zunehmenden Bereitwilligkeit zur positiven Mitarbeit am Staatsleben, an Stelle der früheren grundsätzlichen Verneinung, nach der Steigerung ihres Verständnisses für die Bedeutung des Kapitals, der landwirtschaftlichen Produktion, der Kolonien usw. kann keinerlei Grund mehr bestehen, sie nicht als völlig gleichberechtigt mit den übrigen Parteien anzusehen. Unsere rechtsstehenden Parteien sträuben sich ja noch immer gegen eine solche Anerkennung, und wenn sie sich, wie eben jetzt, mit der Demokratie in der Betonung der Reichstagsrechte treffen, so liegt ihnen doch der Gedanke an eine nähere Gemeinschaft sehr fern. Aber die Konservativen sollten sich sagen, daß eine innigere Verbindung zwischen Aristokratie und Demokratie, zwischen rechts und links keineswegs ein Ding der Unmöglichkeit ist. Den besten Beweis bildet die Existenz des Zentrums, das, insofern gewiß unsere idealste Partei, diese scheinbar so klaffenden Gegensätze auf seinem Boden ausgleicht. Wenn aber der katholische Glauben als Bindeglied solches Wunder vollbringt, so müßte die nationale Gemeinschaft, die Liebe zum Vater-

Digitized by Google

lande dazu erst recht imstande sein. Vielleicht daß sich, so bald erst der Zwiespalt über die Kriegsziele mit dem Frieden sein natürliches Ende erreicht, auf der konservativen Seite die Erkenntnis einstellt, daß in Wahrheit der konservative und der sozialistische Staatsgedanke sich weit näher berühren, als dieser und der individualistisch-liberale, und daß eine Verständigung zwischen der konservativen und der sozialdemokratischen Partei gerade auch auf sozialem Boden nicht ausgeschlossen sein sollte. Auch von konservativer Seite ist es ja schon öfter ausgesprochen worden, daß diese Partei nur dann eine große Zukunft haben könne, wenn sie sich auf ihre eigenen sozialen und arbeiterfreundlichen Traditionen besinne und von neuem den Anschluß an die Arbeiterschaft suche, der ihr heute fast ganz verloren gegangen ist. Es wäre ein großes Glück, wenn das große Beispiel der innigen Gemeinschaftsarbeit, die sich zwischen den sozialdemokratischen und den christlichen usw. Gewerkschaften anbahnt, und die die gewaltige Bedeutung einer geeinten Arbeiterschaft im Staat und für den Staat erst recht augenfällig werden lassen wird, solche Erkenntnisse befördern würde.

Überhaupt, wenn wir beim Eintritt des neuen Jahres unsere Hoffnungen für die innerpolitische Gestaltung unseres Volkslebens in Worte kleiden sollen, so müßte der eine Wunsch allen anderen vorangehen, daß die deutsche Gemeinschaftsidee und die deutsche Gemeinschaftsarbeit, die mit dem Ausbruch des Krieges von selbst ins Leben getreten sind, die aus sich viele fruchtbare Ansätze getrieben haben, die dann in dem Hilfsdienstgesetz in aller Form proklamiert sind und unmittelbar darauf in der Gewerkschaftskonferenz vom 12. Dezember zu dem nie erlebten Zusammenschluß unserer ganzen Arbeiterschaft geführt haben, Gemeingut und herrschendes Prinzip aller unserer Parteien, der politischen wie der kirchlichen, unserer Konfessionen, unserer Klassen und Berufsstände werden möchten. Ohne ein solches herrschendes Prinzip müßte ja, sobald die gemeinsame nationale Gefahr, die alles zu einander hintreibt, geschwunden ist, und sobald die Autorität des Staates, die im Kriege alles beherrscht, wieder nachläßt, der innerpolitsche Hader, der Kampf der Parteien, die Kleinlichkeit des parlamentarischen Lebens, die uns vor dem Kriege schon unerträglich dünkten, in alter Weise einsetzen, vielleicht schlimmer werden als je. Die Gefahr ist groß, daß es geschehe. Sie ist nur zu bannen, wenn die große und weittragende, begeisternde Idee der deutschen Gemeinschaftsarbeit im ganzen deutschen Volke Fuß faßt. Dazu will auch die „Deutsche Politik" beitragen, indem sie alle Parteien, ohne jeden Unterschied zur gemeinsamen Mitarbeit in ihren Blättern auffordert. Gemeinsame Arbeit aller Deutschen an den großen Aufgaben, die unserm Volke im Kriege und nach wiederhergestelltem Frieden beschieden sind, gemeinsame Arbeit am Aufbau unserer Verfassung im erneuerten, nach außen starken, im Inneren befriedeten Deutschen Reich, das ist das Programm der „Deutschen Politik".

Digitized by Google

Die Aufnahme unseres Verhandlungsvorschlages

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Regierungen und die Parlamente in Rußland und England, in Frankreich und Italien haben gesprochen. Es sind hierbei deutlich genug gewisse Abstufungen des Mutes und der Entschlossenheit erkennbar, sich Deutschland gegenüber auf einen ablehnenden oder ausweichenden Standpunkt zu stellen, aber das ist nicht das Wesentliche. Auch darauf wird man nicht allzuviel zu geben brauchen, daß hier und da gewisse mehr formale Vorbehalte gemacht sind, nach denen eine Möglichkeit offen zu bleiben scheint, trotz allem Verhandlungen zu eröffnen. Die Hauptsache ist dabei, daß an den beiden entscheidenden Stellen, Rußland und England, sachlich ein „Nein" erklungen ist. Den Willen zu einem solchen Nein haben wir beim Gegner erwartet, und es ist gut, daß er ihn zu erkennen gegeben hat. Die Gegner wollen weiter kämpfen — also sollen sie es haben. Ehe der Sommer im Lande ist, werden sie vielleicht wünschen, sie hätten sich in diesen Tagen entgegenkommender ausgedrückt. Wir haben rechtzeitig, bevor wir Friedensverhandlungen anboten, die drei entscheidenden Fragen, die Selbständigkeit Polens, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst und die Niederwerfung Rumäniens ins Reine gebracht, und wir können nun getrosten Mutes das Wort unsern Waffen und unsern Rüstungsfabriken lassen, auf so lange, bis die andern Ohren bekommen, um zu hören.

Durch die feindlichen Antworten geht übereinstimmend das Bemühen, einen bestimmten, in diesem Kriege schon bis zum Überdruß gebrauchten Fechtertrick von neuem anzuwenden. Es ist der Vorwurf gegen Deutschland, wir hätten den Krieg aus Herrschsucht und Militarismus entzündet; daher müßten wir Schadenersatz, Genugtuung und Sicherheit für die Zukunft geben. Die Melodie ist überall dieselbe, aber am lautesten wird sie in England gepaukt. Herr Lloyd George, von dem man vielleicht sagen könnte, wenn nicht Lord Grey und andere schon seine Vorgänger mit ähnlichen Ausdrücken gewesen wäre, daß er sich an gewisse Gepflogenheiten seiner Jugendumgebung zu erinnern scheint, hat mit gewollter Unverschämtheit das „ungebrochene" Heer Englands dem „gebrochenen" Wort Deutschlands gegenübergestellt. Wir können auch hierin nur eine Wiederholung des schon früher bei englischen Ministern bemerkten Versuches erblicken, durch absichtliche Flegeleien im Ausdruck den Beginn einer ernstlichen Friedensunterhandlung unmöglich zu machen. Sehr begreiflich, denn die englischen Kriegsmacher fürchten einen Frieden, der sie persönlich in den Abgrund schleudern würde, wie Gift und Tod. Sie wissen auch genau, daß nicht Deutschland, sondern die Entente die Schuld am Kriege trägt. Woher mag es sonst wohl kommen, daß sie sich so peinlich davor scheuen, auch nur mit einem Wort auf die Zeugnisse einzugehen, die in den belgischen Gesandtschaftsberichten über die Politik der Entente, insbesondere über England, enthalten sind?!

Digitized by Google

Wir wollen hier einmal die schlagendsten Stellen dieser Berichte, die der Reichskanzler in seiner Rede vom 19. August 1915 anführte, wiederholen. Baron Greindl schrieb im Februar 1905 aus Berlin nach Brüssel:

„Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie."

Derselbe schrieb zwei Jahre später:

„Die französische Anmaßung wird wieder ebenso groß wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreichs, und die Entente cordiale ist hieran schuld. Sie ist sogar noch um einen Grad gestiegen, seitdem die Verhandlungen zwischen London und St. Petersburg, denen Frankreich zweifellos nicht fern gestanden hat, zu einer Entente zu führen scheinen."

Und an einer anderen Stelle:

„Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Vorwande führt, Europa vor einer eingebildeten deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die für uns in erster Linie bedrohlich ist."

Graf Lalaing, belgischer Gesandter in London, schrieb am 24. Mai 1907:

„Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung abzielt. Aber es ist sicher sehr gefährlich, die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse tut."

Herr Cartier, Geschäftsträger Belgiens in London, schrieb am 28. März 1907:

„Seitdem die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands Herrn Iswolski anvertraut worden ist, hat sich eine merkliche Annäherung zwischen den beiden Kabinetten von St. James und von St. Petersburg vollzogen. Der Doggerbankzwischenfall, die englischen Sympathien für Japan 1904, die erbitterte Nebenbuhlerschaft in Persien, alles das gehört der Vergangenheit an, die ganze Kraft der englischen Diplomaten ist auf die Isolierung Deutschlands gerichtet."

Baron Guillaume, belgischer Gesandter in Paris, schrieb am 6. Januar 1914:

„Ich hatte schon die Ehre, zu berichten, daß es die Herren Poincaré, Delcassé und Millerand und ihre Freunde gewesen sind, die die nationalistische, militaristische, chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, deren Wiedererstehen wir festgestellt haben. Sie bildet eine Gefahr für Europa und — für Belgien!"

Zu diesen vom Reichskanzler angeführten Stellen kommt noch diejenige im Bericht des Baron Greindl vom 13. Februar 1909, wo es heißt:

„Der König von England versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen sei; das hat er seit Beginn des erfolgreichen diplomatischen Feldzuges immer gesagt, den er durchgeführt hat, um Deutschland zu isolieren; aber es kann einem nicht entgehen, daß der Weltfrieden niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England sich damit befaßt, ihn zu festigen!"

Gegen diese Zeugnisse für die Politik der Entente in den Jahren vor dem Weltkriege wird sich nichts einwenden lassen, denn sie kommen von einer Seite, die nicht nur formell neutral und uninteressiert an den großen europäischen Gegensätzen war, sondern nach Erziehung und Tradition der betreffenden Persönlichkeiten weit eher geneigt, einem Gefühl französisch-englischer Kulturverwandtschaft, als deutschen

Digitized by Google

Sympathien zu folgen. Von diesen belgischen Dokumenten aber hat die Entente und hat England eine Angst wie vor lebendigem Feuer. Sie werden totgeschwiegen, die englische, französische, italienische und russische Presse darf sie überhaupt nicht erwähnen, und wo sie vorgebracht werden, sucht die Gegenseite ihre Rettung, indem sie sich taub, blind und stumm anstellt. Dafür wird eine andere Praxis befolgt, um Deutschland zu verleiten, das englische Spiel zu spielen, und sie besteht darin, daß sowohl die offiziellen englischen Regierungsstimmen, wie jetzt Lloyd George, als auch die englische Presse durch eine anmaßende und plebejische Tonart Deutschland zu schroffen Handlungen, und wenn dies nicht möglich ist, wenigstens zu schroffen Worten herauszufordern suchen. Auf diese Weise hofft man, für die eigene öffentliche Meinung, für die übrigen Kriegführenden und für das neutrale Ausland Material zur Stütze der Behauptung zu schaffen, daß der gewalttätige und militaristische Wille Deutschlands am Kriege schuldig sei und den Krieg verlängere.

Von England aus ist es gesagt worden, und wir stimmen dem unbedenklich bei, daß der Ausgang der Debatte über die Schuld am Kriege von der größten Bedeutung für die Friedensverhandlungen und den Friedensschluß sein wird. Ein Argument von entscheidender Wichtigkeit für diese Unterhaltung, die Berichte der belgischen Gesandten, haben wir bereits erwähnt. Ein anderes, ebenfalls von durchschlagender Kraft, ist die russische Mobilmachung, von der in Rußland wie in England bekannt war, daß sie Deutschland den schweren Entschluß zur Kriegserklärung zwangsläufig aufnötigen würde. Gerade darum ist ja der Befehl, es solle allgemein mobilisiert werden, in Rußland erfolgt. Hierüber sind von deutscher Seite die allerbündigsten Beweise vorgelegt worden, aber England hat sich an dieser Stelle ebenso blind und taubstumm gestellt, wie bei den belgischen Dokumenten. Wir aber müssen auf diesen Punkt stets von neuem zurückkommeu. Auch die Neutralen haben ihn bisher viel zu wenig beachtet, und in ihren Kundgebungen, auch solchen von wohlmeinender Seite, bleibt er unberücksichtigt. Jetzt eben hat z. B. der niederländische „Anti-Orloog-Raad" folgende Resolution an die Regierungen beider kriegführender Parteien telegraphiert, mit der Bitte um Veröffentlichung in der deutschen Presse:

„Unter dem Eindruck des gegenwärtigen Augenblicks, der entscheiden wird, ob jetzt der Frieden wiederkehren oder der Krieg von neuem auf viele Jahre mit stets wachsender Verbitterung geführt werden wird, vereint sich der Antiorloograad mit unzähligen Stimmen neutraler Länder, welche die kriegführenden Regierungen und Völker flehentlich bitten, die dargebotene Gelegenheit zu Friedensverhandlungen nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Mit Freude hat der Antiorloograad festgestellt, daß eine bestimmte Weigerung dem Friedensangebot der Zentralmächte nicht entgegengebracht worden ist. Richtig wurde von der englischen Regierung hervorgehoben, daß jede Regierung, die ohne genügende Gründe dieses schreckliche Blutbad andauern lassen würde, entsetzliche Schuld auf sich ladet. Ob der Friede, dessen die Völker sehnlichst harren, schon jetzt zu erzielen ist, hängt ab von den Bedingungen, unter welchen die Parteien bereit sind, ihn zu akzeptieren. Wo alle sich zum Ziel gesetzt haben, sich selbst und die übrige Welt gegen künftige Kriege zu schützen, ist Übereinstimmung nicht ausgeschlossen. Haben sich doch

Digitized by Google

die führenden Staatsmänner Englands, Frankreichs und auch Deutschlands wiederholt bereit erklärt, einem internationalen Friedensbunde beizutreten. In dieser Weise würden Garantien geschaffen werden, daß in Zukunft Recht statt Macht das internationale Leben beherrschen und Europa vom Militarismus befreien wird. Der richtige Augenblick für den Frieden, der diese Garantien schafft und keinem Volke Unrecht tut, kann scheinbar jetzt herankommen. In der Überzeugung, daß wir der heißen Hoffnung des niederländischen Volkes Ausdruck verleihen, beschwören wir feierlichst die Regierungen und Völker der kriegführenden Länder wenigstens dahin zu wirken, daß der ernste Versuch gemacht werde, um herauszufinden, ob nicht schon jetzt eine Übereinstimmung erreichbar ist, die zu einem solchen gerechten und dauernden Frieden in einem freien Europa führen würde. Im Namen des Vorstandes: Dresselhuys, Vorsitzender, Rütgers de Jong van Beek en Donk, Sekretär."

Wir sind weit entfernt davon, den guten Glauben und auch die tatsächliche Wichtigkeit, die diesem Dokumente eignet, zu unterschätzen. Die niederländischen und die übrigen neutralen Friedensfreunde, auch der Präsident Wilson, bemühen sich, in ihren offiziellen Verlautbarungen gerecht zu sein und keine Seite zu verletzen. Wenn man aber die Presse der Schweiz ansieht, so neigt sich die Ansicht dahin, Deutschland nicht mehr die Schuld am Kriegsausbruch zuzuschreiben, als seinen Gegnern. Hierin liegt eine tatsächliche und nicht leicht wiegende Erschwerung für den Frieden. Was hat Deutschland in die furchtbare Notwendigkeit versetzt, das Kriegsschicksal auf sich zu nehmen? Nichts anderes als die äußerste Gefährdung seiner Grenzen im Osten durch die keilförmig vorspringende Angriffsstellung Rußlands in Polen, zusammen mit der absoluten Überlegenheit der russischen Heeresziffern und der unmittelbaren Erkenntnis, daß diese Nachteile zu einer Katastrophe führen könnten, sobald Rußland die Zeit erhielt, seine Mobilmachung ungestört zu vollenden und seine ganzen gesammelten Massen à tempo mit den französischen in Bewegung zu setzen.

Was folgt für uns daraus? Daß wir bei den Friedensverhandlungen und beim Friedensschluß auf einer Neugestaltung der Verhältnisse im Osten bestehen müssen, bei der uns in Zukunft die Zwangswahl zwischen dem Hineintreiben in einen Weltkrieg und unmittelbarer schwerer Daseinsgefahr erspart wird. Wenn die Neutralen, wie es doch die Pflicht eines jeden ist, der über Weltkrieg und Weltfrieden mitreden will, sich die Mühe geben wollen, wirklich unbefangen der Entstehung des Krieges nachzuforschen, so müssen sie einsehen, daß Deutschland sich nur dann möglicherweise hätte zurückhalten, auf Konferenzvorschläge und dergleichen hätte eingehen können, wenn entweder die russische Mobilmachung augenblicklich angehalten worden wäre, oder wenn schon damals unsere direkten Grenzen auf irgendeine Weise gegen die Überflutung durch die russischen Armeen, sofort nachdem Rußland die Mobilmachung fertig hatte, geschützt gewesen wären. Es ergibt sich also, daß, wenn jemand dem zukünftigen Weltfrieden wirkliche Dienste leisten will, er sich nicht vor der Erkenntnis verschließen darf, daß die Friedensbedingungen auch eine verstärkte Sicherung Deutschlands gegen Osten enthalten müssen. Ebenso erinnern wir uns jener englischen Mitteilung an Belgien, die vor dem Kriege und vor unserem Ersuchen um den Durch-

Digitized by Google

marsch durch Belgien erging: England werde gegebenenfalls, auch ohne die belgische Einwilligung abzuwarten, dort Truppen landen. Auch dies ist eine Angelegenheit, die auch in vielen neutralen Stimmen verwischt und verdunkelt erscheint.

Daß England und Frankreich, Rußland und Italien unisono behaupten, die Schuld am Kriege sei unser, ist selbstverständlich. Daß die verantwortlichen Staatsmänner und die unterrichteten Politiker jener Länder es wirklich glauben, ist aber unmöglich, mit einziger Ausnahme vielleicht von Lord Grey. Dessen Mangel an Wissen über festländische und namentlich deutsche Angelegenheiten hat sich als so groß herausgestellt, daß die Möglichkeit seines halbwegs guten Glaubens beim Kriegsausbruch nicht vollständig von der Hand gewiesen werden mag. Seine Schuld lag aber dann in seiner insularen Unwissenheit, und wer wollte behaupten, daß diese Schuld bei einem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Englands zugleich eine Entschuldigung für das blinde und törichte Hineintappen in den Weltkrieg bedeutete! Wir verwahren uns daher im voraus gegen jeden Vorwurf, der gegen unsere Friedensliebe etwa daraufhin erhoben werden sollte, daß wir nach allen drei Richtungen Gerechtigkeit des Urteils und wirksame Garantien verlangen: 1. daß wir uns nicht wieder von Rußland gegen unseren Willen zu ähnlichen furchtbaren Entschlüssen zwingen zu lassen brauchen, wie im Juli/August 1914; 2. daß nicht im Westen für die Zukunft eine Angriffsbasis gegen uns vorbereitet wird, die uns noch schwerer bedrohen würde, als vor dem Ausbruch des Krieges das russische Polen; 3. daß niemand es unternimmt, die Lebensbänder zu zerschneiden, die unsere und die Interessen unserer Bundesgenossen unmittelbar mit dem Orient verbinden. Nur solche Friedensbemühungen, die dies berücksichtigen wollen, können uns willkommen sein, mögen sie von jenseits oder von diesseits des Ozeans kommen.

Das Kabinett Lloyd George

Von Wilhelm Dibelius

Am 6. Dezember 1916 ist Asquith endgültig zurückgetreten, und zu seinem Nachfolger hat der König wider Erwarten nicht Bonar Law ernannt, sondern Lloyd George, und dieser hat neben dem Vorsitz im Kabinett auch den Vorsitz im War Council, dem Kriegsrat des Kabinetts, übernommen, der fortan die maßgebende Behörde für das britische Weltreich sein wird. Dreierlei ist damit geschehen:

Erstens: England wird nicht mehr von einem Kabinett regiert, sondern von einem Direktorium von 4—5 Männern, die fast diktatorische Gewalt besitzen. Zweitens: die Koalitionsregierung ist gesprengt und der Burgfriede ernstlich bedroht. Drittens: an der Spitze des englischen Staates stehen nunmehr Machthaber, die alles daran setzen müssen, um den Krieg gegen Deutschland mit den rücksichtslosesten Mitteln zu führen.

Nach der auf dem Festlande ziemlich allgemein herrschenden Vorstellung wird England noch heute von seinem Parlament regiert, d. h. von 670 kleinen Königen im

Digitized by Google

Unterhaus, von denen die Gestaltung der Geschicke Englands abhängt. Mit dieser Vorstellung hat schon Sidney Low in seinem Buche The Governance of England energisch aufgeräumt. Die 670 üben eine gewisse Kontrolle, indem sie die Regierung durch kleine Anfragen dauernd beunruhigen können; sie können, wenn es hart auf hart kommt, durch eine Umgruppierung der Mehrheitsverhältnisse die Regierung stürzen. Aber auf die Einzelfragen der Gesetzgebung haben sie verhältnismäßig wenig Einfluß, und auf die praktischen Fragen der Kriegführung genau so wenig wie z. B. der Deutsche Reichstag. Die ungeheure Fülle des parlamentarischen Stoffes hat es mit sich gebracht, daß die Ausdehnung der Erörterungen immer empfindlicher beschränkt werden mußte, und damit das einzige Mittel, mit dem das Parlament auf die Regierung Einfluß gewinnen kann. Die Zurückdrängung der Macht des Oberhauses durch die Vetobill von 1911 hat dem Unterhaus zwar mehr Ansehen gegeben, aber die Fülle des Gesetzgebungsmaterials, unter dem der Einfluß des Unterhauses zu ersticken beginnt, hat sie naturgemäß nicht beschränken können. Die Leitung der Politik ist immer deutlicher in die Hände des Kabinetts übergegangen, das so lange so gut wie allmächtig ist, wie die Parteidisziplin bei allen entscheidenden Abstimmungen die Mitglieder der herrschenden Partei, mögen sie wollen oder nicht, dazu zwingt, die eigenen Minister zu stützen.

Die Macht des Kabinetts ist im Kriege nur noch größer geworden, denn seit Mai 1915 ist es ein Koalitionskabinett; es gibt also keine organisierte Opposition mehr, die bei jeder Gelegenheit darauf lauert, dem Ministerium ein Bein zu stellen. Eine überragende Persönlichkeit wie Lloyd George, die unter der Herrschaft der alten Parlamentszustände leicht von den Eifersüchteleien parlamentarischer Gruppen erdrückt worden wäre, hatte jetzt viel freiere Bahn. Es kam nur darauf an, ob er sich im Kabinett bei dessen geheimen, vollständig formlosen Sitzungen behaupten konnte, gelang ihm das, so war er gedeckt. Die 670 ehrenwerten Gentlemen konnten ihn hassen und Ränke gegen ihn spinnen — zum Teil haben sie es redlich getan — aber sie konnten ihn nicht stürzen. Ihn deckte das Kabinett, die Volksstimmung und der Mann, der hinter beiden stand, der mit „Times“ und „Daily Mail“ die öffentliche Meinung machte, Lord Northcliffe.

Seit einem Jahre schiebt dieser ungekrönte König von England seinen Schützling Lloyd George langsam aber sicher voran. Als der Krieg begann, hatte der blutarme, aus den niedersten Kreisen stammende Volksschullehrer und spätere Rechtsanwalt Lloyd George es bereits zum Schatzkanzler gebracht und als solcher durch seine rücksichtslose Besteuerung des Großgrundbesitzes sich zum Schrecken der englischen Konservativen gemacht. Lord Northcliffe schob ihn weiter: Lloyd George wurde Munitionsminister, Kriegsminister. Und seit Monaten verkünden die Northcliffe-Blätter, daß das allmächtige Kabinett mit seinen 22 Mitgliedern viel zu groß, daher viel zu schwerfällig ist, daß die Leitung des Krieges in weniger Händen liegen muß, daß jeder

Digitized by Google

Minister sein eigenes Ressort säuberlich pflegen, aber mit den Kriegsangelegenheiten nichts zu tun haben solle, kurz daß der Kriegsausschuß des Kabinetts, der sich im ersten Kriegsjahre allmählich herausgebildet hat, die eigentlich maßgebende Stelle sein müsse, wodurch das Kabinett als Ganzes immer stärker in den Hintergrund geschoben wird. Nun ist diese Entwicklung vollendet: — der Kriegsrat wird das Direktorium, das Englands Geschicke autokratisch beherrschen wird. Er soll über alle Fragen der Kriegführung selbständig entscheiden. Dazu gehört aber u. a. auch die gesamte Handhabung des Reichsverteidigungsgesetzes, das alle Eisenbahnen, alle Fabriken, die Entscheidung über alle Arbeitsstreitigkeiten regelt, unter dem alles Land enteignet, alle Häuser durchsucht, alle Menschen vorläufig verhaftet werden, alle Zeitungen beschlagnahmt werden können. Dazu wird gehören (denn Lloyd George ist nicht der Mann, seine Befugnisse zu eng zu fassen), die Verfügung über alle Einfuhr und Ausfuhr, die Verwendung des Schiffsraums und damit indirekt die Nahrungsmittelpolitik und natürlich alle Wehrpflichtsangelegenheiten mit Einschluß der irischen Frage. Nicht vom „Kriegsrat" abhängig sind also nur die Fragen der inneren Politik, die wie in anderen Ländern, so auch in England, im Augenblick meist ruhen.

Schon das Kabinett war eine Behörde, wie sie nur in England denkbar ist, vollkommen formlos und daher tatsächlich allmächtig. Formell war es ein Ausschuß des „Geheimen Staatsrats", der staatsrechtlich noch immer wie im Mittelalter die oberste englische Behörde ist. Wer aber zu diesem Ausschuß gehören sollte, das sagte kein Gesetz. Alte Übung brachte es mit sich, daß die Minister, die in allen modernen Staaten das Ministerium bilden, ihm angehörten — Kriegsminister, Minister des Innern, des Auswärtigen usw. — aber z. B. der Postminister ist unter Asquith wieder ausgeschlossen worden. Andererseits ist Platz im Kabinett für rein dekorative Staatswürdenträger ohne eigenes Ressort, wie den Kanzler des Herzogtums Lancaster, den Präsidenten des Geheimen Staatsrats und den Großsiegelbewahrer, so daß also der Ministerpräsident, der sich sein Kabinett selbst bildet, wenn er es wünscht, alle möglichen einflußreichen Persönlichkeiten als Minister ohne Portefeuille berufen kann. Welche Angelegenheiten vom Kabinett, welche dagegen von den Einzelministern entschieden werden, darüber besteht keinerlei bindende Vorschrift. Für einzelne wichtige Fragen kann man auch Männer, die nicht englische Minister sind, hinzuziehen, wie es z. B. mit den Ministerpräsidenten der großen Kolonien wiederholt geschehen ist. Andrerseits kann auch der Ministerpräsident nur einzelne Kabinettsmitglieder zu einem „Inneren Kabinett", dem Vorläufer des heutigen „Kriegsrats" berufen. Wer dazu gehört, entscheidet — da jede formelle Bindung ängstlich vermieden worden ist — der Ministerpräsident, natürlich, wie immer in England, nach Maßgabe seiner eigenen politischen Macht und nach der Macht, die andere Gruppen besitzen. Das Parlament beherrscht das Land bis zum Augenblicke des Wahltages, das Kabinett beherrscht das Parlament bis zum Augenblicke, wo es die Parlamentsmehrheit nicht mehr in der

Digitized by Google

Hand hat, der Ministerpräsident beherrscht das Kabinett, so lange er der Mann dazu ist, alle Widerstände durch Ausspielen der einen Gruppe gegen die andere zu zerbrechen oder zu umgehen. Eine gewaltige Machtfülle ist in die Hand dessen gelegt, der sie zu nutzen weiß — und doch sind immer Reibungen vorhanden, immer Widerstände am Werke.

Der neue „Kriegsrat" muß die Machtfülle des einzelnen nur vermehren. In ihm sitzen keine Ressortminister, sondern leitende Persönlichkeiten, um die Fühlung mit den Parteien zu wahren: Lloyd George, sodann Lord Curzon und Lord Milner, und neben diesen beiden Konservativen der Arbeiterführer Henderson. Weder der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten noch der Kriegs- oder Marineminister gehören dazu. Der Finanzminister Bonar Law ist nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Führer des Unterhauses Mitglied, „wird aber wahrscheinlich nicht regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen". Alle die Staatsmänner, deren Stimme doch wahrhaftig am schwersten in die Wagschale fallen sollte, haben kein Recht, bei den schwerwiegendsten Entscheidungen hinzugezogen zu werden. Daß man es im allgemeinen tun wird, ist natürlich klar. Aber möglich ist es durchaus, daß z. B. eine Wendung in der Saloniki-Angelegenheit oder ein Vorstoß gegen Helgoland oder Munitionsbestellungen von fabelhafter Höhe in Amerika beschlossen werden, ohne daß der beteiligte Fachminister darüber befragt wird. Solange der „Kriegsrat" besteht, steht England, das einst ausgezogen war, um den Militarismus zu vernichten, unter einem Direktorium von vier bis fünf praktisch unangreifbaren Diktatoren. In den achtziger Jahren sah sich das Parlament gezwungen, um der wachsenden Stoffülle und der Obstruktion der Iren Herr zu werden, die ersten durchgreifenden Beschränkungen der Vielrednerei einzuführen. Das hat zur allmählichen Ausschaltung des Parlaments zugunsten des Kabinetts geführt. Unter Balfour und Joseph Chamberlain beginnt ein „Inneres Kabinett" von wechselnder Größe die wichtigsten Entscheidungen an sich zu reißen. Die Entwicklung, die damals begann, hat jetzt zu einem kaum noch verkappten Direktorium geführt, und an dessen Spitze steht Englands diktatorischste Persönlichkeit, Lloyd George.

Die Laufbahn dieses hervorragenden Politikers ist in Deutschland bekannt. Er ist der erste Plebejer, der englischer Ministerpräsident geworden ist. Die Walliser hoben ihn auf den Schild, weil er unerschrocken und mit hinreißender Beredsamkeit die Einziehung des Vermögens der dort landfremden anglikanischen Staatskirche Englands verlangt hat. Die kleinenglischen Liberalen jubelten, als er den Burenkrieg bekämpfte. Für die Arbeiter und liberalen Kleinbürger ist er der Finanzminister, der Kapital und namentlich Großgrundbesitz durch bis dahin unerhörte Steuern beschnitt, der ihnen soziale Versicherungsgesetze nach deutschem Muster — und über deutsche Vorbilder hinaus — bescherte. Während des Krieges hat nun dieser Mann, der grimmige Kämpe gegen Kapitalismus und Imperialismus, seinen Anschluß an die kon-

Digitized by Google

servative Partei gesucht und gefunden, ist zum Schützling des großen imperialistischen und in konservativer Richtung arbeitenden Lord Northcliffe geworden. Das hat tiefere Gründe. Sie liegen zum Teil auf dem Gebiete persönlichen Ehrgeizes und politischer Ränke, aber das Entscheidende ist Lloyd Georges Auffassung vom Kriege.

Lloyd George war unter den leitenden Politikern Englands der einzige, der im Sommer 1915 erkannte, daß der Krieg, zu dem England ausgezogen war, verloren sei. Dieser Krieg war gedacht gewesen als ein von Frankreich und Rußland geführter, von England im wesentlichen nur bezahlter Krieg. Gelang das Spiel, so war Deutschland niedergebrochen, Frankreich und Rußland erschöpft, England in fast vollzähligem Besitz seiner Flotte. England war unbestrittener Sieger, und es ist sehr wohl glaublich, daß es Deutschland — nach Auslieferung der deutschen Flotte natürlich — vor der Zertrümmerung bewahrt haben würde, wie Grey wollte und daß man dann einen ewigen, natürlich englischen Frieden über die ganze Welt verhängt hätte. Aber es kam anders: Im Frühsommer 1915 war die russische Dampfwalze zerschlagen worden, die deutschen Heere standen in Belgien, Frankreich und Polen, das Dardanellenunternehmen konnte schon damals als gescheitert gelten. Es handelte sich jetzt nicht mehr darum, bis zum letzten Franzosen zu kämpfen, sondern bis zum letzten Engländer, und Lloyd George war der Mann, dies nicht nur zu sehen, sondern rücksichtslos die Folgerungen daraus zu ziehen, und das Gleiche tat Northcliffe. Lloyd George wurde zum Organisator der englischen Geschoßherstellung, welche die Sommeroffensive ermöglichte, und die treibende Kraft der Wehrpflicht, die Lord Derby für ihn durchsetzte. Bei all dem war Asquith unentbehrlich, denn er besaß das gewaltige Ansehen in den leitenden Kreisen, die den Emporkömmling aus Wales stets über die Achseln ansahen und im innersten Herzen haßten, aber Asquith bremste doch dauernd in einer Weise, die dem Vorwärtsstürmer Lloyd George unerträglich war. Asquith wollte gewiß den Sieg und sah ein, daß er ohne die allgemeine Wehrpflicht nicht zu haben war. Aber er hörte dabei auf Runciman und Lord Selborne, die im Interesse der englichen Ausfuhr und der englischen Landwirtschaft die Wehrpflicht möglichst milde handhaben wollten und die groteske Komödie verschuldeten, daß nach dem Erlaß des ersten Wehrpflichtgesetzes es keine nennenswerten Rekrutenziffern gab, denn schließlich war so ziemlich jedermann in irgendeiner Weise dienstfrei oder zurückgestellt. Und wenn auch Asquith in seinen Kriegsreden sich schließlich zu Worten voll maßloser Schärfe gegen Deutschland hat hinreißen lassen, hinter ihm stand doch Grey, von dem man annimmt, daß er die Politik einer völligen Zerschmetterung Deutschlands nicht mitmachen will. Und als dann die Fehlschläge kamen, als die Sommeoffensive noch immer nicht zum Durchbruch führte, der Unterseebootkrieg immer schärfer wurde und das Hungergespenst an der Wand erschien, dazu die deutschen Seestreitkräfte drohend vor Ramsgate und der Themse auftauchten, die Salonikiexpedition nicht über Monastir hinauskam, dafür aber der Fall von Bukarest bevorstand und die Verbünde-

Digitized by Google

ten in Athen ihr schmähliches Fiasko erlitten, da war Lloyd George am Ziele seines persönlichen Ehrgeizes, und Asquith, der Vertreter der wilderen Tonart, hatte zu gehn.

Von den namhafteren Persönlichkeiten des alten Kabinetts fehlt vor allem Grey. Er ist schuld an der gesamten verfehlten Balkanpolitik Englands, die zum deutsch-bulgarischen Bündnis, zur Opferung von Serbien und Rumänien und zum plötzlichen Erstarken des halb schon erdrosselten Griechenlands geführt hat. Wider alles Erwarten ist sein Nachfolger Balfour, dem man das Versagen der Flotte zur Last legt: er ist offenbar als Vertreter eines alten großen Namens für die Beziehungen zu den Konservativen doch unentbehrlich, gehört aber, wie gesagt, jetzt nicht mehr zu den eigentlich entscheidenden Leuten. Runciman, der Handelsminister, dem man nachsagt, daß er im stillen gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz ist und den Freihandel nach dem Kriege doch möglichst aufrecht erhalten sehen will, fehlt ebenso wie der Finanzminister Mac Kenna und der Minister des Innern Samuel. Von mindestens dem letzteren ist bekannt, daß er sich geweigert hat, dem neuen Kabinett anzugehören, weil er den Ruck nach rechts nicht mitmachen wollte, welcher der zweite charakteristische Zug der Neubildung ist. Die liberalen Mitglieder sind bis auf geringfügige Ausnahmen ausgeschifft und durch Unionisten ersetzt. Äußerlich wird der Schein des Koalitionsministeriums aufrecht erhalten, denn neben den Konservativen sind die Arbeiter verstärkt wiedergekehrt — Henderson vertritt sie im engeren, Hodge und Barnes im erweiterten Kabinett, und auch die Liberalen haben ein Drittel der Ministersitze inne. Aber das ist nur Formsache. Unter den liberalen Ministern befindet sich — abgesehen natürlich von Lloyd George — nicht eine einzige Persönlichkeit von wirklicher politischer Geltung, sie sind sämtlich hervorragende Fachmänner wie der Geschoßminister Addison oder Vertreter gewisser Außenposten — schottische und irische Verwaltung — aber keinesfalls bedeutende Politiker. Ganz offen wird zugegeben, daß Asquith der Führer einer — allerdings gemäßigten — Opposition sein wird und daß Asquith und nicht Lloyd George über Parteimaschine und Parteikasse der Liberalen verfügt. Diese Opposition wird gebildet sein aus der Mehrheit der Liberalen — der rechte Flügel der Liberalen, das sogenannte „Liberale Kriegskomitee" ist mit den liberalen Abgeordneten aus Wales zu Lloyd George übergetreten — und aus der Minderheit der Arbeiterpartei, während die Iren wie üblich unsicher sind. So lange man über die Haltung der letzten Gruppe nichts sagen kann, haben alle Vermutungen über die Größe der Mehrheit von Lloyd George wenig Wert, zumal viel davon abhängen wird, wie viele Abgeordnete bei entscheidenden Abstimmungen vo n der Front zurück kehren können. Wenig länger als anderthalb Jahre hat das Koalitionsministerium gedauert; auch der starke Druck des Krieges hat England nur zeitweilig aus den gewohnten Bahnen seines parlamentarischen Lebens heraustreten lassen. Dagegen hat Lloyd George es verstanden, sich in einem bisher noch nicht dagewesenen Maße der Unterstützung der großen kapitalistischen Interessen zu versichern, um das Mißtrauen

Digitized by Google

von Handel und Industrie gegen ihn zu beschwichtigen: zu seinem Ministerium gehören der Walliser Bergwerkskönig Lord Rhondda, der Direktor der Londoner Untergrundbahnen Sir Albert Stanley, der Direktor der Londoner Hafenbehörde Lord Devonport als neuer Nahrungsmittelminister, der Glasgower Reeder Sir Joseph Maclay und noch drei andere Vertreter von Großindustrie und Großhandel.

Wird Lloyd George sich halten können? Er hat für sich die Partei, die den Krieg will und aus imperialistischen und Handelsgründen die Zertrümmerung Deutschlands predigt: die Konservativen, Lord Northcliffe und gewisse Kreise der Londoner Finanz, das bedeutet viel. Immerhin darf nicht übersehen werden, daß all diese Gruppen seine geschworenen Feinde von ehedem sind. Sie suchen ihn als Sturmbock zur Zerschlagung Deutschlands zu benutzen und dann ihn fallen zu lassen — oder ihn durch allerhand Schmeicheleien in der Zwischenzeit ins konservative Lager hinüberzuziehen, ganz wie sie vor sechs Monaten den anderen Deutschenfresser und Kapitalistentöter, den australischen Ministerpräsidenten Hughes zum Werkzeug des imperialistischen Kapitalismus gemacht haben. Ganz ohne innere Risse wird das Verhältnis kaum sein, und auf die Dauer wird schwerlich der Schulmeister von Wales mit den Vertretern des höchsten englischen Adels auskommen können. Und allerhand geheimnisvolle Angriffe, die in den letzten Monaten in der „Times“ gegen gewisse Stellen im Ministerium erschienen und nur auf Lloyd George gemünzt sein konnten, zeigten deutlich, daß Northcliffe sein Bündnis mit dem von ihm so laut gepriesenen „starken Mann“ als einen Bund auffaßt, bei dem der Zeitungsherrscher zu befehlen und der Ministerpräsident zu gehorchen hat. Nach Einführung der Wehrpflicht waren denn auch allerhand Gerüchte verbreitet, daß Lloyd George beabsichtigte, eine eigene Zeitung zu begründen, sicher um sich von der Diktatur Northcliffes zu befreien. Es kam nicht dazu; aber hier liegt sicher der Keim zu allerhand Schwierigkeiten, die schwer zu umgehen sein werden. Noch stärkere Reibungen sind mit den Liberalen zu erwarten. Lloyd George ist einer der Ihren und doch hat er den von ihnen begeistert verehrten Asquith aus seiner Stellung verdrängt — nicht in ehrlichem Kampfe, sondern durch immer erneute, von Monat zu Monat immer bösartiger werdende Wühlerei. Immer wieder versicherte Lloyd George, daß er nichts gegen den Ministerpräsidenten im Schilde führe, aber die Angriffe der Northcliffepresse hörten nicht auf, die Mißverständnisse und Indiskretionen rissen nicht ab, und jede einzelne dieser Episoden endete damit, daß Lloyd George auf Kosten von Asquith einen Schritt vorwärts kam. Nach seinem Rücktritt hat denn auch Asquith im Reformklub am 8. Dezember von einer „wohlorganisierten Verschwörung“ gesprochen, der er zum Opfer gefallen sei, Grey wurde noch deutlicher und richtete zwar keine Vorwürfe gegen Lloyd George, aber um so stärker gegen „diejenigen, die für Lloyd George arbeiteten“, und die „Daily News“ nennt Asquiths erzwungenen Rücktritt eine Schande für die Nation. Lloyd George hat versucht, die Liberalen zum Eintritt in sein Ministerium zu bewegen, von allen wirklich hervor-

Digitized by Google

ragenden Mitgliedern der Partei jedoch scharfe Absagen erhalten. Noch halten die Liberalen an dem Gedanke fest, daß die Neubildnng des Ministeriums keine Sprengung der Koalition bedeutet, und doch ist dies der Fall. Konservative Blätter befürchten bereits, daß die neue liberale Opposition es nicht bei einer milden Kritik der neuen Regierung bewenden lassen wird, und die „Morning Post" droht schon unverblümt mit Neuwahlen. Der Riß ist nicht zu verkleistern; der einzige Weg, auf dem dies vielleicht noch geschehen kann, ist ein durchschlagender Erfolg des neuen Meisters.

Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen aber bei der Arbeiterpartei. Das neue Ministerium besteht aus Konservativen und Arbeitern, damit ist scheinbar der Gedanke Disraelis — den in anderen Formen in Deutschland Stöcker und Lassalle vertraten, dem auch Bismarck zeitweise zuneigte — Wirklichkeit geworden. Aber in Wahrheit liegen die Dinge jetzt umgekehrt wie in den sechziger Jahren. Die neue Gemeinschaft bedeutet jetzt nicht mehr ein Bündnis zwischen Großgrundbesitz und Arbeiterschaft gegen den liberalen Kapitalismus, sondern die konservative Partei ist jetzt mindestens in gleichem Maße kapitalistisch wie die liberale, und der hinter ihr stehende Taufpate des neuen Bundes, Lord Northcliffe, ist geradezu die Verkörperung aller kapitalistischen Interessen. Sein antikapitalistisches Programm hat Lloyd George in der Vergangenheit durch ein Bündnis von Liberalen und Arbeitern durchgekämpft. Will er es jetzt durch ein Bündnis von Konservativen und Arbeitern weiter fördern, so sind gewiß Teilerfolge gegenüber einigen mehr liberal gefärbten kapitalistischen Gruppen möglich — die Verstaatlichung der Schiffahrt z. B., auf die schon die Nahrungsmittelnöte weisen — aber schließlich muß es doch einmal zum Bruche kommen. Unter Disraeli war ein Bündnis zwischen Konservativen und Arbeitern noch möglich, jetzt ist es eine bloße Entente für einen bestimmten Zweck, darüber hinaus aber zum Scheitern bestimmt, so unnatürlich wie die politische Entente der deutschfeindlichen Mächte. Die Konservativen werden Lloyd George stets mit Mißtrauen begegnen — und die Arbeiter auch. Bei dem Zusammenstoß zwischen Asquith und Lord George haben die Arbeitervertreter im Kabinett zunächst unbedingt auf der Seite des ersteren gestanden, und erst der starke Einfluß Hendersons — der daraufhin auch in dem engeren Kabinett einen Sitz erhalten hat, hat sie umgestimmt. Namentlich in Gewerkschaftskreisen flammte das Mißtrauen gegen Lloyd George bei dieser Gelegenheit wieder zur hellen Flamme empor. Lloyd George hat mit fabelhafter Geschicklichkeit die Gewerkschaftsorganisationen in die ehernen Klammern seines Munitionsgesetzes hineingepreßt. Er hat es verstanden, den Gewerkschaften all ihre im Kampfe zweier Menschenalter errungenen Vorrechte bei der Beschäftigung von gelernten gegenüber ungelernten Arbeitern, ja sogar ihr Streikrecht aus den Händen zu winden und all die bedenklichen Unruhen, die in den Industriebezirken im Jahre 1915 drohten, zu beschwichtigen. Aber die Methode war immer die gleiche: zuerst lautes Preßgetöse, das Vaterland sei in Gefahr und von der Schlichtung dieser be-

Digitized by Google

stimmten Streitigkeit hinge das Schicksal des Krieges ab. Zweitens Verhandlungen Lloyd Georges mit den Einzelparteien, bei der er jeder der beiden Parteien im wesentlichen versprach, was sie verlangte und ein zweideutiges Abkommen aufsetzte, bei dem jede Partei glauben mußte, daß sie gewonnen habe. Drittens lautes Jubelgetöse in der Presse aller Schattierungen über die Retter des Vaterlandes, unter dem beide Parteien, trotzdem sie sich nun beide betrogen sahen, sich seufzend in das Unvermeidliche fügten. Aber der Groll blieb haften. Bei den letzten schottischen Arbeiterschwierigkeiten im Frühjahr haben denn auch die Gewerkschaftler Lloyd George als Vermittler energisch abgelehnt. Und in Irland hat kurz darauf Lloyd George Versuch, zwischen Carson und Redmond zu vermitteln, zu einem völligen Fehlschlag geführt. Noch einmal ist es jetzt Lloyd George gelungen, die Arbeiter an seine Fahne zu fesseln indem er ihnen einen Sitz in seinem Kabinett (Henderson), zwei Minister — und anscheinend drei Unterstaatssekretärposten einräumte, also die doppelte Vertretung gegenüber dem Kabinett Asquith. Es ist ganz zweifellos, daß die Arbeiter, die unter der Lebensmittelknappheit aufs schwerste zu leiden haben, ganz energisch ihre Forderungen anmelden werden. Sie werden versuchen, Lloyd George noch weiter auf die Bahn einer antikapitalistischen Gesetzgebung zu drängen, aber allzuviel läßt sich hier nicht erreichen, wenn er es nicht mit den Konservativen verderben will. Oder hat ihnen Lloyd George bereits halbe Versprechungen nach altem Muster gemacht, die er nicht zu halten gedenkt? Eins ist jedenfalls auffällig: „Times“ meldet am 8. Dezember, daß die Arbeitervertreter bedingungslos in das neue Kabinett eingetreten sind, „Morning Post“ dagegen berichtet von sorgsam verklausulierten Bedingungen, die sie gestellt und durchgesetzt haben, „Daily Telegraph“ nennt andere, weniger klar umrissene Punkte, auf die man sich festgelegt haben soll. Ein ähnlicher Wirrwarr von angeblichen Zugeständnissen war fast jedesmal zu beobachten, wenn Lloyd George mit jemandem sich angeblich geeinigt hatte.

Das Kabinett Lloyd George ist also vor eine außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt. Schleppt sich der Krieg ohne entscheidendes Ereignis weiter, so wird es sich schwerlich lange behaupten, trotz aller demagogischen Listen und Reklamekünste, trotz aller wirklich großen organisatorischen Gaben seines Leiters. Zusammenhalten kann es nur eins: das Bewußtsein einer schweren nationalen Not, die alle Gegensätze überbrückt und nach dem starken Mann als Retter schreit. Die Ernennung von Lloyd George ist ein Zeichen, daß England nunmehr im dritten Kriegsjahr anfängt, sich bedroht zu fühlen, und Lloyd George braucht die äußerste Aufpeitschung aller Nerven zum Kriege gegen Deutschland, um sich am Ruder zu halten. Oder statt der Kriegsnot — einen Frieden, der einen gewaltigen Sieg für England bedeutet. Gewiß kann auch Lloyd George über Frieden verhandeln. Er kann sich von Amerika den Friedensgedanken aufdrängen lassen und dann versuchen, seine in Deutschland bekannte Kriegsentschlossenheit zu einem gewaltigen Bluff zu benutzen, um vielleicht auf dem Ver-

Digitized by Google

handlungswege von Deutschland Bedingungen zu erzielen, mit denen er sich vor seinen Wählern sehen lassen kann. Aber von allen Staatsmännern ist er der letzte, mit dem wir einen Frieden abschließen können, der uns genügen könnte.

Die Weltlage um die Jahreswende

Von Professor Dr. Schiemann

Wir gehen dem Jahre 1917 mit dem Goetheschen Spruch entgegen:

Im neuen Jahre Glück und Heil;
Auf Weh und Wunden gute Salbe!
Auf groben Klotz ein grober Keil!
Auf einen Schelmen anderthalbe!

Wunsch und Rat sind wie für die Gegenwart gemeißelt. Glück und Heil unseren Waffen, deren Erfolg zugleich der heilende Balsam für all das Weh ist, das der Krieg so vielen, fast allen, Familien gebracht hat, in den groben Klotz der feindlichen Übermacht haben deutsche Hiebe den Keil getrieben, der ihn spalten wird, und den Listen der Feinde haben wir wirkungsreichere List entgegengesetzt: was, um nur ein Beispiel anzuführen, der Erfolg unserer U-Boote gezeigt hat.

Vielleicht die originellste Erscheinung dieses Krieges ist, daß unsere Feinde jede Maßregel nachahmen, die bei uns zum Zwecke der Organisation unseres Kriegslebens ergriffen wird, nachdem sie anfänglich nicht Worte genug finden konnten, um sie lächerlich zu machen und zu schmähen. Heute sind Brotbeschränkung und fleischlose Tage in England, Frankreich und Rußland verhaßte Notwendigkeiten geworden; England hat alle Überlieferungen seiner Geschichte über Bord geworfen, um dem „Militarismus" auf britischem Boden eine Stätte zu bereiten, während die ohnehin militaristischen Ordnungen Rußlands und Frankreichs bis in ihre äußersten Konsequenzen zugespitzt worden sind. Jetzt sind sie alle daran, unserem Hilfsdienstgesetz etwas gleichwertiges entgegenzustellen. Sie suchen ihre Strategie zu einheitlicher Aktion zu gestalten, und alles, was sie erreichen konnten, war nur Gleichzeitigkeit der Operationen, während bei uns, namentlich seit dem 29. August — dem stets denkwürdigen Tage, da Hindenburg die Leitung des großen Generalstabes übernahm —, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien in ihrer Kriegführung eine Einheitlichkeit der Ziele und der Mittel zeigen, wie sie noch niemals in einem Koalitionskriege erreicht worden sind. Gewiß, wir haben vor diesem 29. August nicht alles erreicht, was wir erstrebten. Auf den glorreichen Anfang folgten Enttäuschungen, vor Paris machten wir kehrt, Calais konnte nicht erreicht werden, Verdun blieb in französischer Hand, aus dem Bewegungskrieg im Westen wurde ein Stellungskrieg, aber bei alledem hat es keinen Tag der Entmutigung gegeben, und wie viel Ruhm knüpft sich trotz allem auch an jene Zeit: Heldentum der Feldgrauen, Umsicht der Führer,

Digitized by Google

Opferfreudigkeit und zähe Pflichterfüllung aller. Auch das ist für das zusammenfassende Urteil wichtig, daß während unsere Feinde nur zerstört und vernichtet haben, ohne auch nur etwas Positives zu schaffen, Deutschland den Flamen das gute Recht ihrer Sprache und eine flämische Universität, den Polen ihr Königreich und alle Kulturfreiheiten, die Rußland ihnen geraubt hatte, in die eigenen Hände gelegt hat.

England hat dagegen seine Gewaltherrschaft in Ägypten durch drückendere Fesseln zu sichern gesucht, in Gemeinschaft mit Frankreich die Schwarzen Afrikas auf die Schlachtfelder Europas geführt, und beide, Franzosen wie Briten, haben durch ihre Bundesgenossenschaft mit Japan dem Anrücken der gelben Gefahr die Wege geebnet. Rußland war der jüngere Bundesgenosse dieses Feindes der weißen Rasse, aber ihm näherstehend als halborientalisches Gebilde, und weil es den Abscheu vor Vermischung mit der bunten Welt Asiens niemals geteilt hat. Wie England den Krieg benutzt hat, um Irland vollends zu entrechten und zu vergewaltigen, hat Rußland seinen finnländischen und deutschen Untertanen alle Menschenrechte geraubt, die man sonst doch selbst am Feinde zu achten sucht. Das Lügenwort, daß dieser Krieg zum Schutze der kleinen Nationen geführt werde, ist durch die rechtswidrige Bedrängung der Neutralen, durch die Knechtung Marokkos, die Vergewaltigung Ägyptens und endlich durch die Behandlung Griechenlands betätigt worden. Es gibt keine Bestimmung des Völkerrechts, über welche die Mächte der Entente sich nicht hinweggesetzt hätten, so daß die Vorstellung aufkommen konnte, das Völkerrecht habe überhaupt alle Geltung verloren. Aber die *λόγοι ἄγραφοι*, die ungeschriebenen Gesetze, vor denen alle Menschheit sich beugen soll, bestehen trotzdem und werden ihre Geltung wiedergewinnen, so wahr die Sonne uns leuchten und die Stimme des Gewissens nicht verstummen wird. Deshalb ist es völlig ausgeschlossen, daß die Weltanschauung, deren Praxis während dieses Krieges von England, Frankreich, Rußland unter hochklingenden Phrasen tatsächlich vertreten wird, jemals Aussicht hätte, durchzudringen. Das würde einen moralischen Rückschritt bedeuten, eine Verrohung, gegen welche schließlich alle edeldenkenden Menschen, gleichviel welcher Nation sie angehören, sich erheben würden. Damit aber sind wir an den Punkt gelangt, der für die Geschichte dieses Krieges meist bezeichnend ist. Es ist eine Verschwörung weniger Personen, die ihn herbeigeführt hat, und man kann ihre Namen an den Fingern einer Hand herzählen: Grey und Haldane, Delcassé und Poincaré, Ssasonow. Gewiß, es ließe sich eine lange Reihe anderer Namen hinzufügen, aber zur Zeit, da die letzten Vorbereitungen für die große Verschwörung getroffen wurden, die bestimmt war, Deutschland zu isolieren und zu zerschmettern, haben diese Männer das verräterische Spiel geleitet, und die Verantwortung werden zumeist sie zu tragen haben. Neben ihnen die Männer der Presse. Lord Northcliffe mit seinen Zeitungen, die „Temps"-Redakteure und die von England und Frankreich bezahlten Männer der „Nowoje Wremja", die Männer, deren Aufgabe es war, die öffentliche Meinung

Digitized by Google

irrezuleiten und ihnen die Lüge von den finsteren Anschlägen Deutschlands tagtäglich in einer Form, gleichsam als ein langsam, aber sicher wirkendes Gift, zuzuführen. Wie dieser Feldzug von Erfolg zu Erfolg geführt ward und nicht nur die öffentliche Meinung der drei Großmächte der Entente, sondern auch die der heutigen Neutralen, vor allem die Amerikas, vergiftet hat, das ist uns im Verlaufe dieses Krieges so handgreiflich entgegengetreten, daß es weiterer Belege nicht bedarf.

Wenn wir rückwärtsschauend unsere Blicke auf die Kriegsereignisse der letzten Monate werfen, so zeigen sie uns im Westen das Bild einer versuchten Durchbruchsschlacht der Alliierten, die fast ohne Unterbrechung von Woche zu Woche und von Monat zu Monat bis in das Heute fortgesetzt, von uns so nachdrücklich abgewiesen worden ist, daß der Feind zur Erkenntnis gekommen ist, daß es mit den bisher von ihm angewandten Mitteln unmöglich ist, das Ziel zu erreichen. Es ist nicht möglich, die Zahl der gescheiterten Anläufe anzugeben, die in unserem Feuer, in den dem Boden gleichgemachten Schützengräben, und wo sonst deutsche und feindliche Kräfte zusammenstießen, erstorben sind. Das Wort ist buchstäblich zu verstehen. Es waren Menschenopfer von einem Umfange, wie sie nur in diesem Kriege gebracht worden sind, unvergleichlich viel größer bei Engländern und Franzosen, aber auch für uns höchst schmerzlich. Der Erfolg für uns war, daß wir uns behauptet haben; was im gegnerischen Lager zeitweilig als Erfolg gefeiert wurde — wir denken an Douaumont und Vaux — waren Scheinerfolge ohne jeden strategischen Wert. Eintagsfliegen für den Jubel der Zeitungen ganz außer Verhältnis zu den blutigen Opfern, die sie gekostet haben. Einen Erfolg allerdings können sie aufweisen: Verdun ist noch in ihrer Hand geblieben, aber das bedeutet doch nur, daß wir an dieser Stelle den Erfolg nicht errungen haben, den wir gern errungen hätten und den sie fürchteten. Die Geschichte der Kämpfe um Verdun aber ist noch nicht geschrieben. Sie steht in Zusammenhang mit den Schlachten an Somme, Ancre und Maas und führt uns in ein Kapitel der Kriegsgeschichte, das noch nicht seinen Abschluß gefunden hat. Das Charakteristische der Schlachten an unserer Westfront, und darauf vor allem gründeten Engländer und Franzosen ihre Erwartungen und Hoffnungen, war die zeitweilig sehr große Überlegenheit an Artillerie, die sie uns entgegenzusetzen hatten. Diese Überlegenheit aber besteht heute nicht mehr, und ebensowenig hat der Feind den Vorsprung im Flugwesen aufrecht erhalten können, den er ziemlich lange uns gegenüber hatte, und der uns sehr lästig geworden war. Die Engländer geben jetzt zu, daß wir sie wiederum überholt haben und daß sie unsern neuen kleinen Doppeldeckern eine gleichwertige Waffe nicht entgegenzusetzen haben. Fast ganz hilflos stehen sie unseren U-Booten gegenüber, die ihnen den sehr schmerzlichen Beweis erbracht haben, wie groß die Lücken ihrer Blockade sind, wie ihnen die Überlegenheit an Transport- und Handelsschiffen in unheimlich wachsendem Verhältnis verloren geht, und wie von Woche zu Woche die Ernährung der britischen Inseln schwieriger wird. Sie haben aber noch lange nicht die vollen Möglichkeiten kennen gelernt,

Digitized by Google

die uns unsere neuen U-Kreuzer bieten. Trotzdem war die Summe der Mißerfolge, die England zu buchen hat, so groß, daß sie je länger je mehr die Stellung des regierenden Kabinetts erschütterte. Es begann in seinen Grundfesten zu wanken. Das erste Mitglied des Kabinetts, das beseitigt wurde, war der Lordschatzkanzler Haldane, dann sah man sich genötigt, aus dem liberalen Kabinett ein Koalitionskabinett zu machen, Sir Edward, oder vielmehr der Viscount Grey mußte zurücktreten, und jetzt hat man sie alle gehen lassen, um der Kombination Platz zu machen, an deren Spitze Lloyd George als Premierminister oder richtiger als Diktator sich gestellt hat. Er, Lord Curzon — der alte Gegner Rußlands, auf den die gegen das Eindringen Rußlands in den Persischen Golf gerichtete Curzon-Doktrin zurückgeht — Henderson, Lord Milner und Bonar Law bilden den Kriegsrat, dem alle übrigen Interessen des Landes untergeordnet sein werden. Kaltgestellt ist Jellicoe, der Besiegte der Schlacht am Skagerrak, den nun der angeblich weniger besiegte Admiral Beattie ersetzen soll, dem man größere Verwegenheit zutraut. Aber wir erinnern uns noch sehr wohl der Zeit, da man uns den Sir John Jellicoe rühmte als den größten britischen Admiral seit Nelson („The greatest of British Admirals since Nelson"). Vielleicht ist das ganz zutreffend, aber dann reicht der englische Genius nicht für die Kriegführung der Gegenwart. Wenn die Krisis, die zur Konstituierung des jetzigen Kabinetts geführt hat, wirklich nur ein Reflex der allgemeinen Krisis ist, in der England sich heute befindet — wie ein scharfsinniger Beobachter sagt — dann ist sie, wenn nicht ein Akt der Verzweiflung, so doch mindestens der Ausdruck tödlicher Verlegenheit. Man kann mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen, welches die nächsten Wirkungen eines Programms Lloyd George sein werden. Vor allem — es sei denn, daß eine Volksbewegung ihn stürzt, was wir für unwahrscheinlich halten — Ablehnung der von uns und unseren Bundesgenossen angebotenen Friedensverhandlungen, Verschärfung des Druckes auf die neutralen Staaten, denen die „Times" vor kurzem zurief: die Alliierten hätten einen gebieterischen Anspruch auf Sympathie und Hilfe der Neutralen, was mit andern Worten bedeutet, daß England Äußerungen der Sympathie für die Mittelmächte zu verbieten gedenkt und den Anschluß an die Alliierten gebieterisch fordern will; Fortsetzung des Angriffs auf unsere Westfront und eine große Aktion der gesamten Seemacht Englands. Nun, das alles können wir abwarten. Es erinnert uns an die ungeheuren Erwartungen, mit denen England der Wirkung seiner neuen Panzerautomobile, der Tanks, entgegensah, die heute zerschossen vor unseren Schützengräben liegen. Die gepanzerte Energie von Lloyd George mahnt allerdings an jene Tanks.

Wenden wir unsere Blicke Frankreich zu, so ist das Bild, das sich uns darbietet, zwar ein verwandtes, aber durch das Temperament der Rasse modifiziertes. Daß die Franzosen bessere Soldaten sind als die Engländer, ist wohl bewiesen und kommt überall zum Ausdruck, wo sie unter guter Führung in größeren Verbänden kämpfen. Auch

Digitized by Google

haben sie stets bessere Feldherren gehabt als ihre angelsächsischen Verbündeten. Sie haben sich vortrefflich geschlagen, und es ist ganz richtig, wenn sie darauf hinweisen, daß die ungeheuren Opfer, die sie durch fünf lange Monate vor Verdun gebracht haben, den Engländern und Russen erst die Möglichkeit zu ihrer, jetzt von uns abgeschlagenen Herbstoffensive gegeben haben. Wenn sie jenen jetzt zurufen: geht hin und tut desgleichen, wenn sie von der Notwendigkeit gemeinsamer Reserven reden (von der bekanntlich die Italiener nichts wissen wollen) und die Russen, die ihnen über Wladiwostok zugeschickt wurden, mit Jubel empfangen haben, so zeugt das alles nur von den ungeheuren Illusionen, in denen sie sich bewegen. England denkt erstens an sich selbst, dann wiederum an sich selbst und schließlich an seine Verbündeten so weit, als diese ihm von Nutzen sind, oder eventuell noch sein könnten. Wann der Augenblick kommen wird, da die Franzosen einsehen, daß sie ein Werkzeug Englands sind, daß die Frage Elsaß-Lothringen jedem Engländer, ohne alle Ausnahme, völlig gleichgültig ist, mag zweifelhaft sein, daß aber die Tatsachen diesen Beweis erbringen werden, das ist über allen Zweifel sicher. Nur werden die Franzosen es erst glauben, wenn sie es erlebt haben. Wer die Geschichte Frankreichs kennt, weiß, wie plötzlich ein völliger Umschwung der Gesinnung und des Empfindungslebens sich in Frankreich vollzieht. Die Stellung des Regierenden ist nirgends unsicherer als in Frankreich und zu keiner Zeit unsicherer gewesen als in den Tagen der ersten und der dritten Republik. Frankreich hat von 1871 bis zum Ausbruch des Krieges beinahe 50 Minister des Auswärtigen gehabt, was doch, um den englischen Ausdruck zu brauchen, ein Rekord ist. Jetzt bereitet sich ein neuer Ministerwechsel vor, denn der starke Mann, den man an Briand gefunden zu haben meinte, hat in einer Frage versagt, die die Eitelkeit der Franzosen auf das tiefste verletzt hat. Die Saloniki-Expedition war das eigenste Unternehmen Briands. Er hat den Gedanken gefaßt, Sarrail war seine Wahl, die Mißhandlung Griechenlands eine Wirkung seiner rücksichtslosen „Energie". Und nun will nichts gelingen. Sarrail hat zwar Monastir genommen, aber weiter vordringen kann er nur unter großen Verlusten und sehr langsam, in steter Sorge, das die verhältnismäßig schwachen bulgarischen und deutschen Truppen, die ihm gegenüberstehen, von Norden her durch frei gewordene Teile der Armeegruppe Mackensens verstärkt werden könnten, während er sich von Süden her in der Flanke, durch das wider alles Erwarten plötzlich in Heeresmacht wiedererstehende Griechenland bedroht weiß. Die „Morning Post" hat den Gedanken, den dieser Mißerfolg hervorruft, namentlich in Hinblick auf den erzwungenen Rückzug der in Athen eingerückten Engländer und Franzosen, den folgenden drastischen Ausdruck gegeben: es sei „die größte jemals englischen Seeleuten und ihren französischen Kameraden zugefügte Erniedrigung, sie wurde ihnen zufügt vom Auswärtigen Amt, dessen Politik für die jetzt in Griechenland herrschende Schande, Verwirrung, Unentschlossenheit und Anarchie verantwortlich" sei. Diese Philippika galt Asquith und Grey und beide sind darüber gefallen, in Wirklichkeit trifft sie mehr

Digitized by Google

Briand als sie, denn er hat es durchgesetzt, daß die Engländer, obgleich widerwillig, seine Politik mitmachten. Aber Briand, der sich vom Anarchisten zum Haupt des französischen Ministeriums hinaufgestrebt hat, immer bereit, je nach den sich bietenden Aussichten seine Überzeugung umzubilden, ist offenbar entschlossen, seine Stellung um jeden Preis zu behaupten. Er hat ein Kabinett starker Männer gebildet. Drei von ihnen, Viviani, Ribot, Doumergue, sind Ministerpräsidenten gewesen, Ribot zugleich Präsidentschaftskandidat gegen Poincaré; Liautay, der neue Kriegsminister, ist dank seinen Marokko-Erfolgen höchst populär und gilt als äußerst energisch, und wie sehr der Munitionsminister Thomas angesehen ist, hat seine jüngste Sendung nach Rußland bewiesen, wo er die Aufgabe hatte, die gesamten Munitionsfabriken Rußlands zu revidieren und zu reorganisieren. Den bisherigen Kriegsminister Roques hat Briand geopfert als Sündenbock für die mißlungene Saloniki-Expedition, und für die Mißerfolge in Athen den Admiral Dartige de Fournet.

Wenn er jetzt mit Lloyd George Telegramme austauscht, in welchen beide einander die unerschütterliche Entschlossenheit ankündigen, den Krieg bis zum siegreichen Ende durchzuführen, so ist das nur eine weitere Konsequenz seines Prinzips, vor allem die eigene Stellung zu behaupten. Es ist keinem von beiden in den Sinn gekommen, die Nation, über deren Schicksal damit entschieden werden soll, vor die Frage zu stellen, wie sie über Krieg oder Frieden denkt.

Über Italien haben wir nur wenig zu sagen. Seit es am 27. August sich auf das Drängen Frankreichs entschloß, auch uns den Krieg zu erklären, hat sich dadurch in der allgemeinen Lage nichts geändert. Militärisch sind die Italiener über Görz nicht hinausgekommen, politisch hatte diese Kriegserklärung nur insofern Bedeutung, als sie die gleichzeitige Kriegserklärung Rumäniens nachdrücklich hervorzuheben bestimmt war. „Eine frische Armee von 500 000 Mann, die in den Kampf eingreift, da er sich schon dem Abschluß zuneigt, bedeutet selbst bei dem kolossalen Maßstab des jetzigen Krieges immerhin etwas, so hat — wie Herr Waliszewski der „Nowoje Wremja" schreibt, ein Franzose in Anlaß der rumänischen Kriegserklärung sich wörtlich ihm gegenüber ausgedrückt. Das wird wohl auch der Gedankengang der Italiener gewesen sein und die Enttäuschung dieser beiden lateinischen Vettern über den dritten, ist gewiß die gleiche gewesen. Was aber speziell Italien betrifft, so läßt sich wohl sagen, daß es unter allen Umständen seine Opfer an Menschen und Nationalwohlstand pro nihilo gebracht haben wird. Niemand wird ihm Dank wissen. Die alten Bundesgenossen hat es verscherzt, die neuen sind ihm gram, weil es mehr an sich, als an sie gedacht hat. Die mit so viel Blut erkämpfte tripolitanische Kolonie muß neu erobert werden, wenn das noch der Macht Italiens bei Beendigung des Krieges entsprechen wird. Auf Sympathien der österreichischen Italiener kann es nicht länger rechnen, die hat es verspielt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird auch die Stellung der Dynastie unter den Folgen des Krieges zu leiden haben. Er hat sie nicht populärer gemacht.

Digitized by Google

Die großen Rhetoren haben ihren Einfluß verloren, die Minister sind Mittelmäßigkeiten, und auf den Schlachtfeldern ist kein großer Mann erstanden. Cadorna hat getan, was er konnte, und das war nicht viel. Aber gut geschlagen haben sich die Italiener für die schlechte Sache, die sie zu vertreten hatten.

Prophetengabe würde dazu gehören, um mit Sicherheit zu sagen wie die Dinge in Rußland sich weiter entwickeln werden. Was wir gesehen und erlebt haben, bestärkt uns in der Vorstellung, daß wir dem völlig Unberechenbaren gegenüberstehen. Die Faktoren, mit denen zu rechnen ist, sind: der Zar, die Zarin, Herr Rasputin und sein Anhang, der jeweilige Ministerpräsident, die Duma, das Heer, das Volk, so weit es nicht im Heer steht, endlich das ganze große wirtschaftliche und soziale Problem, das auf Rußland lastet.

Von dem Zaren haben wir schon oft zu reden Gelegenheit gehabt. Er hat sich bekanntlich erst spät und wohl auch nur schwer entschlossen, den Oberbefehl über sein Heer zu übernehmen. Zu erwarten, daß er es wirklich geführt hätte, wäre unbillig gewesen, auch ist es weder im großen noch im kleinen je geschehen. Anfänglich hat der Großfürst Nikolai Nikolajewisch alles bestimmt, dann traten neue Männer auf; als Generalstabschef fungiert seit dem 8. September 1915 der vom japanischen Kriege her wohlbekannte General Alexejew, der erst kürzlich beiseite geschoben worden ist, als unerwartet Nikolai Nikolajewitsch wieder auf der Bildfläche erschien, um ebenso unerwartet wieder zu verschwinden. Unzweifelhaft hat in dieser und in den übrigen Personalfragen, den militärischen wie den politischen, das direkte Eingreifen des Zaren die letzten Entscheidungen gegeben, aber wir wissen nicht, wie sie herbeigeführt worden sind. Daß die Frage der persönlichen Sympathie des Zaren dabei sehr wesentlich mitspielt, ist sicher. Seine Ungnade pflegt als Überraschung zu treffen. Auch scheint festzustehen, daß mystische Einflüsse mitbestimmend eingreifen. Er ist sehr kirchlich gesinnt und zugleich spiritistischen Vorstellungen zugänglich. Dies ist der Boden, auf dem auch der Einfluß der Zarin mitspielt; in ihrer Sorge um den nach zehnjährer Ehe als fünftes und letztes Kind geborenen Großfürsten Thronfolger, Alexej Nikolajewitsch, ist sie der Einwirkung des mystischen Wundermanns Rasputin verfallen, der trotz des übelen Rufes, der ihm mit Recht anhaftet, gelegentlich in den wichtigsten Fragen des staatlichen Lebens durch sein Ja oder Nein die Entscheidung herbeigeführt hat. Wohl daraus erklärt es sich, daß dieser ungebildete sibirische Bauer einen Anhang gefunden hat, zu dem die Erzbischöfe von Nowgorod und Pskow und der Prokureur des heiligen Synod gehören. Jedenfalls stellt Rasputin heute eine Macht dar, mit der trotz der tiefgehenden Erbitterung, die sich in weiten Kreisen gegen ihn richtet, gerechnet wird. Denn der nicht zu unterschätzende Einfluß hochstehender Frauen arbeitet für ihn.

Rußland hat während des Krieges drei Ministerpräsidenten gehabt: Goremykin, der Anfang Februar 1916 zurücktrat, Stürmer, der soeben Trepow Platz gemacht, während dieser unmittelbar vor seiner Beseitigung zu stehen scheint. Es war in allen

Digitized by Google

Ressorts ein starkes Wechseln, und in der ganzen Reihe ist außer Kriwoschein, der heute ausgespielt hat, wohl kein Mann von wirklicher Bedeutung zu nennen. Ob Herr Neratow sich behaupten kann, ist fraglich, und Giers war der Mann, der ihn ersetzen sollte, ernannt wurde Pokrowski. Was nun die Duma und den Reichsrat betrifft, so stehen beide in Opposition zur Regierung, scharf ist der Gegensatz in der Duma, deren Sitzungen in letzter Zeit einen immer stürmischeren Charakter angenommen haben. Der von Miljukow geführte Block der Linken ist die zur Fortsetzung des Krieges treibende Partei, der sich neuerdings auch einer der typischsten Vertreter der Rechten, Purischkewitsch, angeschlossen hat. Die Rechte will Frieden, um mit den tatsächlich oder mit den nur ihrer Meinung nach revolutionären Elementen abzurechnen. Sie will um jeden Preis die sich anbahnende demokratische Umbildung des Reiches verhindern und hat in dieser Hinsicht unzweifelhaft auf die Sympathien (Neigung) des Zaren zu rechnen. Unterstützung findet sie in einer starken Gruppe des Reichsrats und in dem oben erwähnten Kreis der Freunde und Gönner Rasputins. Wie die Strömung des Heeres ist, läßt sich mit einigem Anrecht auf Autorität nicht sagen. Daß es kriegsmüde ist, unterliegt keinem Zweifel, ebensowenig, daß es zahlreiche revolutionäre Elemente einschließt, die nur ihrer Stunde harren, um sich zu betätigen. In der ungeheueren Majorität ist es jedoch ein Heer von Bauern, die es vor allem zum heimatlichen Herd zurückdrängt. Solange die Truppen in Reih und Glied stehen und durch eine mehr als harte Disziplin zusammengehalten werden, werden sie nach wie vor ihre Pflicht tun und in den Tod stürmen, wie sie es bisher getan haben. Was bei einer Entlassung oder Auflösung des Heeres geschehen wird, ist unberechenbar, furchtbar was geschehen kann; denn daß große Enttäuschungen, Not und Ungerechtigkeit sie erwarten, muß mit Sicherheit angenommen werden. Bis zur Stunde steht noch nicht fest, welche Haltung das offizielle Rußland unserer Friedensinitiative gegenüber einnehmen wird. Nach dem wahnsinnigen Programm, das Trepow in der Duma entwickelt hat, mußte man eine schroffe Abweisung erwarten. Aber Trepow kann überraschend verschwinden, wie er überraschend an die Spitze der Regierung getreten ist.

Von Rumänien zu reden, lohnt nicht, es ist politisch und militärisch so gut wie erledigt und wird ebensowenig mitzureden haben wie Montenegro und Serbien. Was endlich Japan betrifft, so ist es noch die Sphinx, die es für europäisches Denken und Berechnen immer gewesen ist. Es geht seinen Interessen nach und wird vor plötzlichem radikalem Wechsel seiner Haltung keinen Augenblick zurückschrecken, sobald diese Interessen es zu verlangen scheinen. Daß für Japan der Weltkrieg ein politischer Glücksfall war, der reiche Frucht gebracht hat, ist augenscheinlich. Japan hat seine Schulden getilgt und ist aus einem Schuldnerstaat ein Gläubigerstaat geworden. Es hat seine Grenzen auf dem asiatischen Kontinent erheblich erweitert: Rußland und China haben daran glauben müssen; auch seine Machtstellung im Stillen Ozean, auf den Inseln wie auf der hohen See, ist gewachsen und gesichert worden. Man kann

Digitized by Google

voraussehen, daß es alles daransetzen wird, diese Stellung zu behaupten. England und Amerika, in Zukunft auch Rußland, haben das allergrößte Interesse daran, daß Japan zu einer bescheidenen Rolle zurückgeführt wird.

Die Wiederwahl von Wilson zum Präsidenten für die nächsten vier Jahre, d. h. bis zum 4. März 1921, ändert an der Lage, wie sie bis zum 10. November war, der die Entscheidung brachte, nur insofern etwas, als die Rücksicht wegfällt, die er während der Wahlkampagne die Deutschen zu nehmen genötigt war. Wir glauben jedoch, daß er trotz seiner Parteinahme für Frankreich und England in der Rede, die er am 2. Dezember in New York hielt, infolge des Pazifismus, den er so oft und so feierlich verkündet hat, nicht anders können wird als den Gedanken zuzustimmen, die Kaiser Wilhelm durch seine Anregung zu einer Friedenskonferenz der Welt geschenkt hat. Wir können dabei aber auch die merkwürdige Betrachtung nicht umgehen, die Präsident Wilson an seine Worte über die Freiheit knüpfte. Er sagte, daß der Friede der Welt nicht kommen könne, so lange die Geschicke der Menschheit durch kleine selbstsüchtige Gruppen gelenkt würden. Der Wortlaut war so gefaßt, daß er den republikanischen Gedanken im Gegensatz zum monarchischen zu erheben bestimmt war. In einem Lande, in welchem ein Mann fast unumschränkte Gewalt ausübt, wie in Amerika, zeugt dieser Ausspruch doch von einer merkwürdigen Verblendung des Urteils.

Von den anderen neutralen Mächten ist nur wenig zu sagen. Auch sie haben fast ausnahmslos unter der Suggestion gestanden, die von der Presse der Entente, namentlich der englischen, ausgegangen ist. Aber wir wollen nicht verkennen, daß die englische Blockade, die Zwangsmaßregel der schwarzen Listen, die Kontrolle ihrer gesamten Korrespondenz, die Bildung der von England beherrschten Transitgesellschaften und was sonst in London ausgeklügelt war, um Zuckerbrot und Rute wirken zu lassen, eine überaus schwere Lage schuf, die zu nachsichtiger Beurteilung drängt. Jetzt stellen sie sich alle auf Seiten Deutschlands in der Frage des Friedensangebots. Die wenigen abweichenden Stimmen sind kurzweg auf englische, französische oder russische Einflüsse zurückzuführen. Wir wollen damit nicht rechten.

Es spricht für uns, für die vier Bundesgenossen Deutschland, Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien, daß wir in Ruhe mit gutem Gewissen und bewaffnetem Arm den Ausgang erwarten dürfen. Dem Zertrümmerungs- und Vernichtungswillen der Feinde haben wir unsere Siege und die Tatsache entgegenzustellen, daß wir unsere Stellung allüberall behauptet haben und sie weiter ausdehnen können, wenn wir wollen. Der Herr Reichskanzler hat den Standpunkt der deutschen Nation klar und überzeugend dargelegt. Es gibt nichts daran auszusetzen oder hinzuzufügen.

Seit wir diese Zeilen schrieben, hat sich die Zahl der Stimmen gemehrt, die in Anlaß unseres Angebots Stellung zur Friedensfrage zu nehmen, an die Öffentlichkeit getreten sind. Es läßt sich auch jetzt nur wiederholen, sie sind keineswegs ermutigend. Zwar die Urteile der neutralen Presse, und soweit sie laut geworden sind, auch der

Digitized by Google

neutralen Regierungen, geben dem allgemeinen Friedensbedürfnis unverkennbar Ausdruck. Aber wir hören wohl einen Wunsch, vermissen aber einen Willen, der entschlossen wäre, sich durchzusetzen. Es wirkt teils die Furcht vor England weiter, teils spielt die Sorge um die gefährdete Aussicht auf große Kriegsgewinne mit, wie sie der bisherige Verlauf des Krieges allen Neutralen so überaus reichlich gebracht hat. Beides ist auf Trübung des Urteils zurückzuführen. Daß England anderen Neutralen tun könnte, wie es Griechenland getan hat, kann wohl als ausgeschlossen gelten. Griechenland war geographisch in ganz Europa der meist exponierte (ausgesetzte) Staat, und trotzdem hat die vereinigte Macht der Entente auch dort das Ziel nicht erreichen können, das sie sich setzte. Was aber den Kriegsgewinn der Neutralen betrifft, so geht ihm eine materielle Not parallel, die von großen Bruchteilen der Bevölkerung sehr schwer getragen wird. Endlich empfinden alle Patrioten schwer die ungeheuere Einbuße an Selbständigkeit, die sie erlitten haben. Diese Einbuße müßte noch größer werden, wenn der unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, daß England und seine Verbündeten siegen, während ein ebenfalls nicht gerade wahrscheinlicher Anschluß der Neutralen an uns, nicht nur sofort den Frieden wahrscheinlich machen, sondern auch ihre Ehrenstellung in aller Welt wesentlich erhöhen würde. Aber wir fürchten, daß solche Erwägungen in den Wind geredet sind. Es fehlt eben der Wille, für ein hohes Ziel auch Opfer zu bringen.

Von unseren Feinden waren Asquith (der aber eine gefallene Größe ist) und Lloyd George (der sich nur durch sein Telegramm an Briand geäußert hat), Briand und Sonnio, Pokrowski, der neue russische Minister des Auswärtigen, und Henderson, Minister im englischen Kriegsrat, ihre Stimmen erhoben. Den Eindruck, den diese Äußerungen machen, ist überall der gleiche: Verlegenheit und Wut! Verlegenheit, weil sich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen läßt, daß Deutschland und seine Verbündeten in der Tat eine Verhandlung am grünen Tisch in Vorschlag gebracht haben, um der Welt den Frieden wiederzugeben; Wut, weil dadurch der Schleier fortgerissen würde, mit dem sie die Blöße ihrer politischen Heuchelei zu verdecken gewohnt waren. Die Leitung ist, obgleich Frankreich, Rußland und Italien vor England, amtlich vor ihren Kammern gesprochen haben, nach wie vor bei den englischen Führern. Sie haben unter der Hand das Schlagwort ausgegeben: entrüstet ablehnen, und sind jetzt an der Arbeit, eine gemeinsame Formel auszuarbeiten, mit der sie an die Öffentlichkeit treten können, um ihre ablehnende Antwort zu motivieren. Auch deren Inhalt können wir vorhersehen: „Der deutsche Vorschlag sei eine Falle, bestimmt, das Zusammenbrechen der deutschen Militärmacht zu verdecken, die Alliierten aber seien entschlossen, unter allen Umständen ihr Ziel, die Niederkämpfung Deutschlands, zu erreichen und daher nur bereit, schon jetzt die Waffen niederzulegen, wenn Deutschland sich aus eigenem Antrieb in eine politische und militärische Lage versetzen, die den Interessen der Alliierten entspreche.“ Das wird der Sinn der Antwort sein, die

Digitized by Google

wir zu erwarten haben und wohl auch der Sinn der Erklärung des Lloyd George heute im englischen Unterhause abgeben wird.

Die Gewerkschaften und das Kriegshilfsdienstgesetz

Von J. Giesberts, M. d. R.

Zu den bemerkenswertesten und ruhmreichsten Erscheinungen dieses Krieges gehört die geräuschlose fast selbstverständliche Anpassung der Industrie und ihrer Arbeiterschaft an die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft. Alle düsteren Prophezeiungen, daß der Krieg im Innern unseres Vaterlandes soziale Wirren, Arbeitslosigkeit, Massenstreiks usw. hervorrufen würde, uns die Kriegführung erschweren oder gar unmöglich machen würde, haben sich ins Gegenteil verkehrt. Heldenmütige und hingebende Opfer- und Arbeitswilligkeit aller Volkskreise, um unsere tapfere Armee mit allem zu versehen, was sie zur Kriegführung braucht, hat wesentlich dazu beigetragen, die großen militärischen Erfolge zu sichern. Wenn zu irgendeinem Zeitpunkt ein Mangel an Material für die Kriegführung eingetreten wäre, so würde es niemals seine Ursache haben in dem Mangel an Arbeitbereitschaft der deutschen Arbeiterklasse. Das rechte Verständnis für diese Tatsache gewinnt man, wenn man die gewiß nicht geringen Ernährungsschwierigkeiten, unter denen die industrielle Arbeiterschaft teilweise zu leiden hat, in Betracht zieht. Wo Unzufriedenheit und Mißmutstimmungen zum Ausdruck gekommen sind, beruhten sie im wesentlichen auf Mangel an Fürsorge der verantwortlichen Stellen für die rechtzeitige Beschaffung der Lebensmittel. Heute sind auch diese Schwierigkeiten größtenteils, soweit sie organisatorischer Natur sind, gehoben. Es gehört wirklich ein Stück Heldentum dazu, in rastloser Arbeit im Bergwerk und am Hochofen, im Walzwerk und an der Munitionsmaschine bei den heutigen Ernährungsverhältnissen nicht bloß auszuhalten, sondern mehr Arbeit zu leisten, als unter anderen Verhältnissen in Friedenszeiten gefordert wurde. Die Bereitwilligkeit dieser Leistung schöpfen die deutschen Arbeiter aus der Erkenntnis für das Wesen dieses Krieges und dem Verständnis für die Folgen, die ein ungünstiger Frieden für die deutsche Wirtschaft und damit für die Arbeiter bringen würde. Der Abgeordnete Legien, Vorsitzender der Generalkommission der freien Gewerkschaften, hat das bei der dritten Lesung des Kriegshilfsdienstgesetzes in treffenden Worten gezeichnet. Er sprach von den Folgen, wenn es unseren Feinden gelingen würde, Deutschland niederzuwerfen und vom Weltmarkt abzuschneiden:

„Würde das eintreten, so werden zweifellos die Arbeiter noch mehr als irgendeine andere Bevölkerungsschicht darunter zu leiden haben. Wir wollen nicht, daß Deutschland wieder das Land wird, das es vor einem halben Jahrhundert war, ein Land, das Menschen exportierte. Wir wollen, daß Deutschland das Land bleibt, das es in den letzten Jahrzehnten geworden ist: ein Waren ausführendes Land. Würden unsere Gegner das von ihnen erstrebte Ziel erreichen,

Digitized by Google

würden wir wieder zu einem Menschenexportland werden, so wären es in der Hauptsache unsere Arbeiter, die in anderen Ländern ihr Brot und vielleicht auch ihre Freiheit suchen müßten. Wir aber wollen, daß beides, Brot und Freiheit, die Arbeiter in unserem Lande finden."

Aus der Erkenntnis dieser Tatsache hat sich ein erfreuliches Zusammenwirken der Arbeiterschaft mit den Organen der Regierung entwickelt. Von Kriegsbeginn an hat der Reichskanzler von Bethmann Hollweg den größten Wert darauf gelegt, die strittigen und kritischen Fragen der Kriegswirtschaft entweder selbst oder durch seine Minister mit den Führern der Arbeiterbewegung zu besprechen. Staatssekretär Helfferich in der 77. Sitzung des Reichstags vom 2. Dezember 1916:

„Was nun die Kriegsnotwendigkeit und die Anerkennung der Organisationen und ihrer Organe, der Krankenkassen, der Krankenkassenverbände, der Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anlangt, so habe ich gestern bereits erklärt, daß die verbündeten Regierungen der Ansicht sind, daß diese Organe allerdings für die Volksversorgung und für die Kriegführung bedeutungsvoll sind. Wir haben das ja bezüglich der Arbeiterorganisationen, die Herrn Abgeordneten Bauer besonders interessieren, durch die stetige Fühlung mit ihnen, die wir bisher genommen und gehalten haben, ausdrücklich anerkannt, und diese Anerkennung wird in Zukunft aufrechterhalten werden."

Aber auch für die Gewerkschaftsbewegung selbst hat der Krieg eine bemerkenswerte Entwicklung gebracht, nämlich die Gemeinsamkeitsarbeit der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen. Die Gewerkschaften haben alle Konkurrenzmotive beiseite gestellt, seit Beginn des Krieges. Die Frage der Arbeitslosigkeit im ersten Stadium des Krieges, die Regelung des Arbeitsnachweiswesens, die Einrichtung der Kriegsausschüsse in einzelnen Armeekorps und nicht zuletzt die paritätische Heranziehung der Gewerkschaftsführer seitens der Regierung hat diese Gemeinsamkeitsarbeit veranlaßt und erprobt, und der Gewerkschaftskongreß, welcher am 12. Dezember — dem weltgeschichtlichen historischen Tage des deutschen Friedensangebots — in den Germaniasälen in Berlin tagte, unter Beteiligung aller großen Gewerkschaften und Angestelltenverbände hat dieselbe besiegelt und zu einer Einrichtung gestempelt, die auch nach dem Krieg nicht ohne weiteres verwischt werden kann, wie der zweite Vorsitzende des Kongresses, Stegerwald, vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, in seinem Schlußwort betonte.

Nun soll die Arbeitsleistung unseres Volkes noch weiter gesteigert und auf die volle Höhe gebracht werden. Das Kriegshilfsdienstgesetz bedeutet die Mobilisierung aller Volkskräfte für den Kriegszweck. Es ruft alle Volksgenossen zur tatkräftigen selbstlosen Arbeit auf! Besonders aber die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftlichen Organisationen werden von diesem Gesetz erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Zehntausende werden ihren Beruf und Arbeitsstelle wechseln und verlassen müssen. Es ist begreiflich und selbstverständlich, daß die Mitwirkung der Gewerkschaften einen hervorragenden Faktor bildet bei der Durchführung des Kriegshilfsdienstgesetzes. Wie es der Reichskanzler mit den Worten zum Ausdruck brachte: „Gelingen aber kann das Werk nur,

Digitized by Google

wenn es sich darstellt als das Ergebnis nicht des Zwanges, sondern der freien Überzeugung des ganzen Volkes, wenn Industrie und Landwirtschaft, wenn Arbeiter und Unternehmer und vor allem ihre bewährten Organisationen sich ihm freiwillig hingeben und widmen."

Und wie es der Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant von Gröner, in der 77. Sitzung des Reichstages bei der zweiten Lesung des Gesetzes mit den Worten aussprach:

„Meine Herren, ich nehme ganz selbstverständlich an, daß die Arbeiterorganisationen sich rückhaltlos auf den Boden dieses Gesetzes stellen werden, und ebenso selbstverständlich ist es, daß die Arbeiter den Einfluß ausüben, den sie im Sinne dieses Gesetzes auch auszuüben haben. Das ist ihre vaterländische Pflicht, und das Kriegsamt wird in diesem Sinne zusammen mit den Führern der Arbeiter wirken."

Daher mußte das Gesetz auch die Gestaltung erfahren, die es den Gewerkschaften ermöglicht, freudig und hingebend sich für die Zwecke des Gesetzes einzusetzen; es mußte die nötige Rechtssicherheit enthalten zum Schutze der Arbeiter. Diese zu schaffen war vornehmste Sorge der Arbeiterführer.

Noch nie ist ein Gesetz im Reichstag verabschiedet worden, an dem die Führer der gewerkschaftlichen Organisationen so ausschlaggebend und unvermittelt mitgewirkt haben, wie das Kriegshilfsdienstgesetz. In den Vorbesprechungen mit der Regierung waren die Grundzüge im allgemeinen festgelegt, die zum Schutze der Arbeiter getroffen werden mußten. Die Gewerkschaften waren bereit, sich damit zufrieden zu stellen, wenn nicht das Gesetz, sondern die Ausführungsbestimmungen diese Grundsätze enthalten würden. Da aber die von der Regierung im Gesetzentwurf beigegebenen Richtlinien diesen Anforderungen nicht entsprachen, bestanden die Gewerkschaften nunmehr darauf, daß die Rechtsgarantien im Gesetz selbst geschaffen werden mußten. Ihre Vorschläge wurden von den Abgeordneten Legien, Bauer, Giesberts, Becker-Arnsberg und Behrens, die Mitglieder der Haushaltskommission waren und sämtlich in führender Stellung der Arbeiterbewegung sind, vorgelegt und fast restlos in das Gesetz hineingearbeitet. Wenn dabei zwischen der Regierung und den Vertretern der Gewerkschaften nicht immer übereinstimmende Meinungen herrschten, so liegt dies in der Natur der Dinge. Sind doch die im Interesse der Arbeiter getroffenen Bestimmungen heiß umstrittene sozialpolitische Probleme gewesen, die ohne den Krieg und die Kriegsnot schwerlich so schnell ihrer Lösung entgegengeführt worden wären. Man hätte wünschen können, daß seitens der Regierung die nun einmal unbedingt erforderlichen Zugeständnisse etwas bereitwilliger gegeben wären. Eine freimütige und weitherzige Sozialpolitik findet stets bessere Aufnahme, als eine mit Mühe und Widerstreben abgerungene. Aber auch diese Disharmonien sind jetzt verschwunden. Man darf der zuversichtlichen Hoffnung sein, daß die Durchführung des Gesetzes so freimütig und weitherzig erfolgen wird, wie es der Zweck erfordert.

Digitized by Google

II.

Das Gesetz enthält für die Gewerkschaften wesentliche Zugeständnisse grundsätzlicher und praktischer Art. Zum erstenmal werden in einem deutschen Reichsgesetz die Arbeiterorganisationen ausdrücklich zur Durchführung des Gesetzeszwecks mit herangezogen, indem der § 10 bestimmt, daß für die Besetzung der Ausschüsse von den wirtschaftlichen Organisationen, also den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, dem Kriegsamt Vorschläge zu machen sind. Der zweite große Erfolg liegt in der Mitwirkung der Arbeitervertreter bei allen Organen, die das Gesetz vorsieht, und endlich ist die pflichtmäßige Einrichtung von Arbeiterausschüssen und Schiedsstellen die Verwirklichung einer seit Jahren von den Gewerkschaften aufgestellten Forderung. Aber zu gleicher Zeit übernehmen damit die Gewerkschaften eine große verantwortungsvolle Aufgabe, die ersichtlich wird, wenn man die Organe überblickt, mit deren Hilfe der Kriegshilfsdienst durchgeführt werden soll.

a) Schon beim Kriegsamt, der Zentralstelle und obersten Instanz des Kriegshilfsdienstes, finden wir zwei wichtige Betätigungsgebiete. Beim Kriegsamt ist ein Dezernat für Arbeiterangelegenheiten eingerichtet. An der Spitze desselben ist der Vorsitzende des deutschen sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Alexander Schlicke berufen, dem ein Vertrauensmännerkollegium von Arbeitern und Angestellten zur Seite steht. Weiter wird auf Grund des Gesetzes beim Kriegsamt ein Ausschuß als Zentralbeschwerdeinstanz eingerichtet, in dem ebenfalls neben Vertretern des Kriegsamts und der Staatsbehörden je ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mitwirken.

b) Bei allen stellvertretenden Generalkommandos werden Ausschüsse eingerichtet, welche darüber zu entscheiden haben, ob ein Beruf oder Betrieb der Kriegswirtschaft zuzuweisen ist und in welchem Umfange kriegshilfspflichtige Personen hierfür in Betracht kommen. Auch in diesem Ausschuß wirken zwei Arbeiter mit.

c) Die Heranziehung zum Kriegshilfsdienst sowie die einheitliche schwierige und ziemlich undankbare Arbeit erfolgt durch Ausschüsse, die für die Bezirke der Ersatzkommission geschaffen werden, in der ebenfalls zwei Vertreter der Arbeiter tätig sind.

d) Ein weiterer Ausschuß bei den Ersatzkommissionen dient als Beschwerdeinstanz für die Differenzen, die sich bei dem Wechsel der Arbeitsstelle ergeben, da nach dem Gesetz kein Diensthilfspflichtiger seine Beschäftigung wechseln darf ohne Einwilligung seines Arbeitsgebers. In diesem Ausschuß wirken drei Vertreter der Arbeitnehmer mit, zwei ständige und ein unständiger; der letztere soll jeweils genommen werden aus der Berufsgruppe, welcher der Dienstpflichtige angehört, dessen Streitfall zu entscheiden ist.

e) Endlich die Arbeiterausschüsse, die in allen Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern gebildet werden müssen; ebenso Angestelltenausschüsse, wo die gleiche Anzahl von Angestellten beschäftigt sind. Als Berufsinstanz für die Arbeiterausschüsse, falls sie

Digitized by Google

keine Einigkeit erzielen in Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, dienen endlich die Schlichtungsstellen (Einigungsämter), als welche die unter c) genannten Ausschüsse zu wirken haben.

Schon allein die Besetzung der Ausschüsse mit geeignetem Personal ist eine schwierige Arbeit für die Gewerkschaften. Kommen doch außer den 24 Armeekorpsbezirken etwa 1050 Ersatzkommissionen in Betracht. Und selbst wenn man so zahlreiche Ausschüsse nicht schaffen wird und je nach Bedarf und Möglichkeit verschiedene Ersatzbezirke zusammennimmt, so bleibt immerhin noch genug zu tun übrig. Dabei ist zu bedenken, daß der größte Teil der tüchtigen und fähigen Mitglieder der Organisationen im Felde steht. Gibt es doch Gewerkschaften, bei denen fast zu 90 Prozent der Beamten eingezogen sind. Es muß dies ausdrücklich hervorgehoben werden, um den Vorurteilen zu begegnen als sei den Gewerkschaften ein billiges Geschenk ohne Gegenleistung gemacht. Im Gegenteil, dieselben übernehmen eine große Verantwortung und schwierige Arbeit. Es hat keinen Zweck zu leugnen, daß das Gesetz die Freizügigkeit der Arbeiter erheblich einschränkt. Wenn die Gewerkschaften sich damit abfinden und von den Mitgliedern das große Opfer verlangen, günstige Lohnangebote nicht als ausschlaggebend zu betrachten für einen beliebigen Stellungswechsel, so müßten sie natürlich andererseits Bestimmungen verlangen, die einen Mißbrauch verhindern. Diese sind gegeben, indem das Gesetz nach erheblichem Widerstreben der Regierung den Grundsatz aufstellt, daß als „wichtiger Grund" für das Verlassen der Arbeitsstelle und Bewilligung des Abkehrscheins eine „angemessene Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen" gelten soll. Auch sonst enthält das Gesetz in zwei Punkten solche Sicherheitsventile. Das Vereins- und Versammlungsrecht darf den Personen in den Kriegshilfsbetrieben nicht beschränkt werden, und für Streitigkeiten der Arbeitnehmer aus der Landwirtschaft sollen die Schlichtungsstellen bei den Ersatzkommissionen zuständig sein. Damit erscheinen die Landarbeiter in der wichtigen Frage des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zum erstenmal in einem Reichsgesetz außerhalb der Gesindeordnung und erhalten eine unabhängige Stelle für ihre Lohnbeschwerden.

Die Mitarbeit der Gewerkschaftsorganisationen beschränkt sich nicht allein auf die Mitwirkung in den Vertretungsstellen, sie müssen vielmehr den ganzen Apparat ihrer Verbandsorganisation mit in Bewegung setzen. Das wird sich erst ergeben, wenn die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz erlassen sind und die auf das Gesetz bezüglichen Bekanntmachungen des Kriegsamts. Vor allem wird in erheblichem Umfange eine Aufklärungsarbeit einzusetzen haben, um die Arbeiterbevölkerung mit dem Gesetz bekannt zu machen und noch mehr sie zu bestimmen, im Geist des Gesetzes mitzuwirken; die unvermeidliche Härten zu ertragen in dem Gedanken, daß der vaterländische Hilfsdienst Kriegsdienst ist, der für Volk und Vaterland zu leisten eine unerbittliche Notwendigkeit darstellt. Es wird nicht an kameradschaftlicher Einwirkung fehlen dürfen auf die Arbeiter, welche veranlaßt werden, ihre Arbeits- und Wohnstelle zu

Digitized by Google

wechseln, damit sie die Unbequemlichkeiten ertragen lernen. Hand in Hand muß die Fürsorge gehen für gute Wohnungs- und Unterkunftsräume, deren Beschaffung nicht überall leicht sein wird. Die damit verbundenen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit müssen abgewendet werden. Bei den Wahlen zu den Arbeitsausschüssen wird man Bedacht darauf nehmen müssen, daß geeignete Persönlichkeiten gewählt werden, die im Sinne des Gewerkschaftsgedankens ihre Aufgabe auffassen.

In der Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe werden die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen gestärkt durch das Bewußtsein, daß ihre Arbeit dem vaterländischen Zweck dient und daß im Kriegshilfsdienstgesetz sozialpolitische Fortschritte von überragender Bedeutung enthalten sind. Die letzteren bringen wenigstens für dieses Arbeitsgebiet die Gleichberechtigung der Arbeiter zum vollen Ausdruck und verwirklichen das Programm, welches der Reichskanzler als Staatssekretär des Innern auf dem zweiten Kongreß der christlichnationalen Arbeiter in Berlin aufstellte, nämlich die Eingliederung der deutschen Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft. Rechnet man hierzu die praktische und tatkräftig wirkende Gemeinsamkeitsarbeit unter Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte der verschiedenen Richtungen in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, so bildet das Kriegshilfsdienstgesetz einen Merkstein der innern sozialpolitischen Entwicklung unseres Vaterlandes und die Anbahnung einer Entwicklung, die dem Arbeiter den berechtigten Platz in der Gesellschaft zuweist und nicht zur Verschärfung, sondern zur Milderung der Klassengegensätze führen wird; den Einheitsgedanken im ganzen deutschen Volk stärken wird, und uns damit für die kommende Friedenszeit die Grundlage gibt für eine zukunftsreiche Sozialpolitik.

Notizen

Ein neutraler Appell an England. „Wird es den Staatsmännern und dem Volke Englands endlich klar werden, daß die Last schwer ist, daß England das Opfer einer ungeheuren Täuschung gewesen ist, als es seine Macht für groß genug hielt, um sie übermütig in die Schale gegen Deutschland zu werfen und Deutschland zu vernichten?... Erst dann nähert sich die Zeit, in der die Friedensglocken wieder läuten können, wonach sich sämtliche Völker Europas nbrünstig sehnen.“ („Aftonbladet“ vom 6. 12. 16.)

Die Wirkungen des Krieges auf Europa. Das in Stockholm erscheinende „Forum“ schreibt in seiner vorletzten Nummer: „Noch steht man nicht den äußeren Zwang, der die Selbstzerstörung der europäischen Kulturvölker aufhalten könnte. Die Not hat sich schon bei allen gezeigt. Unser Weltteil wird jeden Tag ärmer. Die letzten Trümmer der persönlichen Freiheit werden beiseite geschoben, um die Gesellschaft zu einer Kriegsorganisation umzubilden. In grenzenlosem Patriotismus und in rücksichtsloser nationaler Selbstbehauptung opfern die Völker Europas die gemeinsamen Werte der abendländischen Kultur. Die Macht Amerikas steigt jeden Tag. Die Bedeutung der ostasiatischen Kulturwelt steigt in demselben Maße, wie die Europas sinkt. Die europäischen Staatsmänner pressen den letzten Blutstropfen aus ihren Völkern, um ihre alten politischen Ziele zu erreichen... Der Reichtum an Rasse und Kultur in Europa war die Voraussetzung seiner bisher in der Geschichte der Menschheit unerreichten

Digitized by Google

Zivilisation. Die unbegrenzte nationale Selbstbehauptung bei diesen vielen Völkern droht jetzt, die Auflösung der europäischen Kultur herbeizuführen."

Die Logik der Wehrpflicht. Dieser Krieg hat alle kriegführenden Nationen gelehrt, daß eine jede Regierung, der man die Macht eines Tyrannen gibt, sie sicherlich tyrannisch ausüben wird. Die Nation in Waffen bedeutet unvermeidlich die Nation in Ketten. Das große militärische Kunstwerk, welches die Deutschen als einen ihrer besonderen Beiträge zur Zivilisation in Anspruch nehmen, hat eine so ungeheure und so verzehrende Kriegführung entwickelt, daß nur die Entsklavung der Arbeiterklassen hinter die Kriegszone sie aufrecht erhalten kann. Die Nation wird dazu verdammt, entweder auf dem Schlachtfelde den Tod oder Verstümmelung zu finden oder Sklaverei in der Heimat, weil sie zugegeben hat, daß eine Militärmaschine sich entwickle, die ihr Herr geworden ist und deren Kontrolle in wenigen Händen ruht. Wir nennen diesen Krieg einen Krieg für die kleinen Nationen, aber die großen Nationen sind es, deren Freiheit sich in der tödlichsten Gefahr befindet. (Aus dem „Manchester Guardian" vom 2. 12. 16.)

Das Schuldregister des Handelskrieges wird von der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda" aufgezählt: 1. Mangel an Waren, vor allem an Lebensmitteln, in Deutschland, aber auch in England, Frankreich und Rußland und bei den Neutralen. 2. Verteuerung sämtlicher Waren (teure Frachten, Torpedierung, Minen). 3. Not der Wenigerbemittelten in allen Ländern. 4. Zwecklose Zerstörung ungeheurer Werte. 5. Unlautere Machenschaften und ungeheure Gewinne vieler Menschen. 6. Schuldenbelastung durch Steigerung der Kriegsunkosten. 7. Schwere zukünftige Konsequenzen infolge der erheblichen Änderung des allgemeinen Preisstandes.

Schweizerischer Protest gegen englische Handelspolitik. Die „Neue Zürcher Zeitung" bemerkt zum Ausschluß schweizerischer Industrien von gewissen Märkten zugunsten der französischen und italienischen Konkurrenz: „Man kann eine gewisse Begünstigung der Mitkämpfer im großen Ringen ja durchaus begreiflich finden, auch daß Einfuhrverbote erlassen werden, damit der Import unter die Kontrolle der Regierungen gelange, ist eine Sache, mit der wir uns abfinden gelernt haben. Daß dann aber solche Verbote, welche aller Welt mit Details der Überwachung und Lizenzmodalitäten bekanntgemacht worden sind, in Praxis nur gegen einen schwachen Neutralen angewendet werden, könnte nach und nach auch bei diesem Zweifel an der Aufrichtigkeit derjenigen Kämpfer aufkommen lassen, welche behaupten, besonders die Interessen der kleinen Staaten zu verteidigen." Wie sagte doch Asquith zu Mr. J. Keeley, dem Verleger des Chikagoer „Herald"? Die Pariser Konferenz richte ihre Spitze ausschließlich gegen Deutschland. In neutralen Ländern wird angenommen, wir Alliierten hätten den unheilvollen Plan, uns nach dem Kriege gegen sie zu verbünden und eine undurchdringliche Mauer gegen ihren Handel zu errichten. Das ist eine kindische Erdichtung, denn wenn es zuträfe, müßten wir alle auf wirtschaftlichen Selbstmord ausgehen. Wenn der Friede eintritt, wird für die Ententemächte nichts wichtiger sein, als die besten industriellen und Finanzbeziehungen zu den neutralen Mächten anzustreben und zu erhalten.

Englands Eintreten für das russische Kriegsziel, das infolge der Erklärung Trepows in der Ententepresse viel besprochen wird, veranlaßt die „Times" ihre Zustimmung mit folgendem eigenartigen Satz zu begleiten: Die Alliierten haben den Wunsch, Rußland glücklich, gedeihend und sein eigenes Leben auf eigene Weise führen zu sehen und „das bis diese eigene Weise die des Friedens und großgesinnter Menschlichkeit sein wird". Nur die „Nation" wendet sich gegen die Bindung Englands an das russische Kriegsziel. Wir stimmen mit ihm nur soweit überein, daß Konstantinopel nicht deutsch werden darf. „Wenn eine ganze Serie ähnlicher Abkommen abgefaßt sein sollten in bezug auf Polen, die Aufteilung der Türkei, die italienischen Ansprüche an die adriatische Küste, die rumänischen Ansprüche auf die Theißlinie, und ver-

Digitized by Google

mutlich französische Ansprüche auf das ganze Reichsland — dann hat die Entente eine Programm vor sich, in manchen seiner Einzelheiten sehr debattierbar, das wohl Lord Northcliffes Prophezeiung von weiteren fünf Kriegsjahren rechtfertigen möchte. Das bedeutet den Selbstmord der Zivilisation, und ehe es das bedeutet, werde es auch den Aufstand der Massen bedeuten. Keiner dieser bestimmten Ansprüche ist in der Formel erwähnt gewesen, mit der Mr. Asquith eine friedliebende Nation für die Sache der Alliierten gewonnen hat, und wenn er gesagt hätte, wir werden das Schwert nicht in die Scheide stecken, ehe diese vielfältigen Ehrgeize befriedigt sind, so wäre der Widerhall nicht so ausgefallen, wie er ausgefallen ist. Keine Regierung hat das Recht, mit dem Fleisch und Blut ihrer Bürger einen solchen Handel abzuschließen, und wir lehnen den Gedanken ab, daß ein solcher Handel besteht. Fällt Konstantinopel vor dem Schwert und Bogen eines alliierten Heeres, so wird es Rußland gehören. Aber wir können nicht glauben, daß eine Verpflichtung vorhanden ist, so lange zu kämpfen, bis es errungen ist."

„**Hindenburg** ist ein mächtiger, beherrschender Mann, der weiß, was er will und beabsichtigt seinen Willen durchzusetzen. Es ist nur zu klar, daß Hindenburg im Osten mancherlei vollbracht hat, über das es unmöglich ist leichtherzig hinwegzugehen." („Saturday Review" vom 2. 12. 16.)

Rumänien und Schweden. Die schwedische Presse sieht im Falle Rumäniens eine entscheidende Wendung des Weltkrieges, weil er „mit der Zukunft Rußlands in naher Verbindung steht". Die Rede Trepows hat ihr diesen Zusammenhang zur Gewißheit gemacht. „Sollte", so sagt „Nya Daglight Allehanda" „Trepows Wunsch, die polnischen Provinzen Preußens Rußland einzuverleiben, verwirklicht werden, so würde die Macht Rußlands in der Ostsee in erheblicher Weise erweitert. Die militärischen Anlagen auf den Alands-Inseln, „neue Zeichen in Finnland, Forcierungen der strategischen Bahnen" fügt „Afton Bladet" hinzu, sind „Warnungs-Signale". „Wenn der Feldzug mißlingt und Konstantinopel nicht erobert wird, wird Rußland veranlaßt, sich nach einer anderen Richtung zu wenden. Trepow spricht von der Sehnsucht Rußlands nach den freien Meeren. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß diese Sehnsucht im Süden befriedigt werden wird. Wird Rußland nach dem Kriege, der sicherlich eine Niederlage werden wird, seine Armee nach Hause zu senden wagen, ohne daß irgend etwas „des russischen Reichsgedankens" verwirklicht worden ist? Wir hören in der Rede Trepows, daß Rußland der Meinung ist, ein altes Recht zu haben, eine türkische Hauptstadt und türkische Gebiete zu erobern. Hieraus folgt, daß Rußland es als sein Recht betrachtet, andere Gebiete zu erobern, wie beispielsweise schwedische und norwegische."

Italiens Stellung in der Entente. „Die vielfach unerbittliche Kritik Modiglians an der Politik der Entente wurde von der Kammer mit Interesse angehört," schreibt die „Stampa" am 7. Dezember. Der „Avvenire" am 10.: Als Lucci zeigte, wie Sonnino in seiner Leitung der äußeren Politik Schiffbruch gelitten hat, und die Machenschaften Salandras, um wieder ans Ruder zu gelangen, brandmarkte, brach die große Mehrheit der Versammlung, die sich in den letzten Tagen Salandra und Sonnino gegenüber besonders feindlich zeigte, in lebhafte Beifallsrufe aus. Die Kammerreden selbst enthüllen die Gründe dieser Verstimmung. Am allgemeinsten die Rede des Enriko Ferri: Der Krieg artet schließlich in einen allgemeinen Zusammenbruch zum Vorteil von Amerika und Japan aus. Sicherlich wird im Augenblick niemand von den Kriegführenden die Initiative zu Friedensverhandlungen ergreifen. Im besonderen gilt die Sorge „der Verwirklichung der italienischen nationalen Ansprüche in den irredentistischen Gebieten und an den Ostküsten der Adria, der Erlangung Valonas als Basis für die Ausdehnung der wirtschaftlichen Interessen im Balkan und der Herstellung des Gleichgewichts im östlichen Mittelmeer, schließlich der Gewährung der Garantien in Kleinasien". Folgende Stimmen sprechen das offen aus. Labriola: „Den expansionistischen Ansprüchen Rußlands

Digitized by Google

und seinen imperialistischen Tendenzen wird zuviel Spielraum zugestanden. Jede Kritik an England ist eine Ungerechtigkeit. Aber Rußland muß lernen, mit seinen Untertanen, Polen, Armeniern und anderen Völkerschaften, großmütiger zu verfahren." Lucci: „Trepows Rede bedeutet, daß man zu den mittelländischen Nationen auch Rußland und Serbien rechnen muß. Jeder begreift, welche Rolle Italien zufallen würde bei dem Druck zwischen zwei Kolossen im Mittelmeer: England und Rußland." Rastignac in der „Tribuna": „Bei einer Niederlage des Vierverbands auf dem Balkan wird Italien am meisten leidtragend sein und müssen daher die Ansicht und die Ratschläge Italiens in bezug auf Balkanfragen das meiste Gewicht und die meiste Autorität haben. Wenn man dies verkennt, so verkennt man die Ziele unseres Krieges."

Die Wirtschaftspolitik nach dem Krieg. Die russische Presse beschäftigt sich in letzter Zeit viel mit dem System der allgemeinen staatlichen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege. Folgende Leitsätze werden aufgestellt: Unsere Handelspolitik hat nach dem Kriege ihr Hauptaugenmerk auf eine Erhöhung unseres Gesamterlöses für das zu exportierende Getreide auf dem Wege der Verarbeitung des Kornes in wertvollere Produkte zu lenken und ferner auf eine Reorganisation des Getreidehandels zur besseren Ausnutzung der Konjunkturen auf den internationalen Märkten. Das Gleiche hat für andere Produkte unserer Landwirtschaft, und zwar für Butter, Eier und Geflügel zu geschehen. Deutschland muß vor allem in seiner Vermittlerrolle künftig ausgeschaltet werden durch Schaffung einer großen Aktiengesellschaft, die es sich zum Ziel setzt, den Kauf von sogenannten Kolonialwaren aus ersten Händen und ihren Transport womöglich auf russischen Schiffen vorzunehmen. Unsere Baumwollkultur in Turkestan muß entwickelt werden. Der Posten in unserer russischen Handelsbilanz von über 100 Millionen Rubel für importierte Baumwolle würde dadurch verschwinden. Nur eine deutsche Industrie bleibt, die nach Ansicht der russischen Presse nicht entbehrt werden kann: die chemische. Trotz der Entwicklung derselben in Amerika, England und Frankreich werden die deutschen Produkte noch für lange Zeit auf diesem Gebiet die besten sein.

Ein Pressebureau im Vatikan. Auf Anordnung des Papstes soll im Vatikan ein Pressebureau eingerichtet werden, das von dem Staatssekretariat abhängig ist und in dem Journalisten und Schriftsteller in weitem Umfang Informationen erhalten.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Deutschland im Kriege. Von Gustav W. Eberlein. Art. Institut Orell Füßli, Zürich. M. 7.—. (396 S.) Schilderungen eines Neutralen, der im Kriege durch Deutschland, an die Fronten, nach Belgien gereist ist.

Frankreich im Kriege. Von Dr. Max Müller (Paris). Art. Institut Orell Füßli, Zürich. M. 10.—. Eindrücke eines „Zeugen", der besonderen Anteil an dem „duldenden und heroischen Frankreich" nimmt.

Heinrich Schäff, Eine Balkanfahrt (Zeitbücher Nr. 55 und 56 Reiß & Itta, Konstanz. 79 S. und 66 S. je 50 Pfg.). Schilderungen von Land und Leuten in Serbien und Bulgarien.

Karten und Skizzen zum Weltkrieg 1914 veröffentlicht Eduard Rothert für den Verlag August Bagel, Düsseldorf. Zwei Teile bis Ende 1915. Gut reproduzierte Faustskizzen zu den Kämpfen von Kriegsbeginn an. Zusammenfassende Skizzen und Übersichten der einzelnen Schlachten mit kurzen Erläuterungen am Rande geben eine ganz auf Anschauung gestellte Übersicht über die Entwicklung des Krieges.

Hauptmann Boelckes Feldberichte erschienen mit einer Einleitung des Vaters und zwanzig Aufnahmen aus dem Felde bei F. A. Perthes, A.-G., Gotha (124 Seiten, M. 1.—). Das wohltuend einfache Tagebuch eines vielbewegten tatenreichen Lebens.

Digitized by Google

Karl Ludwig Schleich, Zwei Jahre kriegschirurgischer Erfahrungen aus einem Berliner Lazarett (82 Seiten, M. 1.—. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1916). Kriegschirurgische Plaudereien für Laien und Kollegen, die das medizinische und chirurgische Handeln unserer Tage allgemein faßlich und sympathisch schildern.

Prof. Dr. P. Kannengießer, Leidensfahrten verschleppter Elsaß-Lothringer, von ihnen selbst erzählt (Karl J. Trübner, Straßburg, 82 S., M. 1.—). Authentische Berichte.

Aus der Kriegszeit gegen Kriegsleid. Zwanzig Federzeichnungen von Arthur Volkmann, herausgegeben vom Heidelberger Roten Kreuz, verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1917. (M. 1.50.)

Die Rede von Erich Marcks am 1. August 1916, „An der Schwelle des dritten Kriegsjahres", ist als Sonderdruck der „Süddeutschen Monatshefte", München, erschienen (16 Seiten, 45 Pfg.), die von Georg Bernhard, „Land oder Geld" im „Deutschen Krieg" (Deutsche Verlagsanstalt, 25 S., 50 Pfg.).

Kriegsvorträge in der Heimat. 1. Heft. München-Gladbach, Volksverein-Verlag, 99 Seiten, M. 1.—, Sammlung von 17 Aufrufen zur Mitarbeit der Daheimgebliebenen.

Karl Weitzel, Der deutsche Staatsgedanke der Bürger unserer Zukunft (Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1916, 106 Seiten) versucht, aus dem Vergleich mit der Staatsidee Rußlands, Englands, Frankreichs zur rechten Anschauung vom Wesen des deutschen Staatsgedankens zu gelangen.

Otto von Benigk, Deutschlands künftiger Ruf im Ausland (146 S., Greifswald, L. Bambergs Ratsbuchhandlung). Pläne für deutsche Aufklärungsarbeit.

Länderkunde

A. v. Guttry, Galizien, Land und Leute. Verlag Georg Müller, München. Guttry ist ein ausgezeichneter Kenner Polens. Seine durch 74 Abbildungen erläuterten Schilderungen verdienen ernste Beachtung mit der Einschränkung, daß Guttry als Nationalpole für die Rechte und Wünsche anderer Nationalitäten nur beschränktes Verständnis hat.

Wirtschaft

Englische Expansion und deutsche Durchdringung als Faktoren im Welthandel untersucht in allgemein verständlicher Form Dr. W. St. Edwards (Jena, Gustav Fischer. 87 S. M. 2.40). Die Schrift betont die weltwirtschaftlichen und weltkulturpolitischen Tatsachen des 20. Jahrhunderts, die England durch einen Präventivkrieg zu seinen Gunsten aufzuhalten suchte.

Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches. Von Professor Dr. Hermann Levy. Karl Curtius, Berlin.

Volkswirtschaftslehre von Carl Jentsch. Fr. Wilh. Grunow, Leipzig. Ein unparteiisches Volksbuch.

Das türkische Zollhandbuch, zweites Heft der Flugschriften der „Zentralgeschäftsstelle für deutsch-türkische Wirtschaftsfragen" (Kiepenheuer, Weimar; Preis M. 1.—), enthält den neuen türkischen Zolltarif vom 14. September 1916, die Grundgedanken des Motivenberichts und das Zolltarifgesetz selbst.

Zur gefl. Beachtung! Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis des vergangenen Halbjahres Juli—Dezember der „Deutschen Politik" bei, und bitten wir Abonnenten, die dasselbe durch Zufall nicht erhalten sollten und benötigen, um direkte Benachrichtigung an den Verlag. Ferner verweisen wir auf die Anzeige auf der letzten Umschlagseite, daß die Einbanddecke für den gleichen Halbjahresband zum Preise von M. 1,50 erschienen ist.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 12. Januar 1917 • Heft 2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der englische Friede

Von Professor Dr. E. Jäckh

Wie steht es nun um den Frieden? Diese Frage bewegt die Welt — der notleidenden Neutralen nicht minder als der kriegverwickelten Völker. Wie steht es um den Frieden? — nun, nachdem auf das deutsche Angebot die englische Antwort gekommen ist. Ist der Friedensstrahl, der gleich dem Licht aus dem Morgenland aufgeflammt ist, wieder untergetaucht in die Nacht fortdauernder, ja gesteigerter Kriegsgreuel — oder gelingt es auch einem Lloyd George nicht, so wenig wie weiland Herodes, den neuen, unbequemen Stern auszulöschen, auch durch neuen, unaufhörlichen Menschenmord nicht? Sind die Friedensglocken — kaum angeschlagen — jäh und ganz verstummt, übertönt von dem krächzenden Geschrei der Kriegsraben — oder klingen sie trotzdem weiter in den Seelen der irregeführten Völker, diesen doch schließlich den rechten Weg weisend, über den Widerstand der wenigen, aber gründlich Schuldigen hinweg?

Zu beiden Deutungen öffnet die englische Note und ihr Kommentar eine Pforte. Und auch eine dritte Deutung ist noch geläufig: daß trotz des scheinbar schroffen Nein das letzte Wort noch nicht gesprochen ist — von England an den amerikanischen Präsidenten und von Wilson weiter. Wie dem auch werde — zunächst geht der Krieg weiter, mit sich steigernder Grausamkeit .... und sein Blut kommt auf die Häupter derer in London, Petersburg und Paris, die es so gewollt.

Wenn man die englische Note aus dem Wust ihrer unguten Verlogenheit und gassenbübischen Grobheit, die eine diplomatische Antwort unmöglich macht, sauber herausschält, so kommt heraus: die Furcht vor einem „deutschen Frieden" auf Grund der „europäischen Kriegskarte", und die Forderung eines englischen Friedens auf Grund der drei Formeln: „Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten; Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten; und Bürgschaften für die Sicherung der Welt."

Ein solcher „englischer Friede" könnte wohl auch ein „deutscher Friede" werden: in diesen drei Grundgesetzen läßt sich eine völlige Übereinstimmung feststellen.

Digitized by Google

1. Anerkennung des Grundgesetzes der Nationalitäten und der freien Existenz der kleinen Staaten:

Deutschland kann diese englische Formel noch ausweiten und sie ebenso wie für „Nationalitäten und kleine Staaten" für Nationen und große Staaten anwenden und auch durchführen. Diese englische Formel, von Deutschland angenommen, verpflichtet England zu folgender Neueinrichtung der Welt, von Europa über Afrika und Asien, nach Australien und Amerika:

Irland seine Unabhängigkeit zu geben.

Gibraltar an Spanien zurückzugeben.

Malta und Cypern den zuständigen Nationalitäten zurückzugeben und die griechischen Inseln zu räumen.

Ägypten den Ägyptern zurückzugeben.

Die Burenrepublik den Buren zu lassen.

Arabien den Arabern und dem Kalifen zu lassen und Aden zu verlassen.

Persien den Persern zu lassen.

Indien den Indern zu überlassen.

China den Chinesen zu lassen und Hongkong und Weihaiwei zu verlassen.

Das wären nur einige Hauptpunkte: von afrikanischen Negervölkern oder von malaiischen Schutzstaaten gar nicht zu reden; auch nicht von den Flottenstationen, die früheren holländischen und spanischen Kolonien abgenommen worden sind; auch nicht vom Verhältnis zu Kanadas Dominion und Australiens Kommonwealth.

Aber die Folgerung der englischen Formel wäre auch: Portugal und Griechenland die Freiheit zu lassen; und Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden nicht zu vergewaltigen.

Eine ähnliche Rechnung präsentiert die englische Formel Rußland, dem Reich der „hundert Völker", unter denen die Russen kaum mehr als die Hälfte ausmachen. Polen könnte so seine Nationalität durchsetzen, die Deutschland bereits eingerichtet hat, und Finnland; ebenso Litauer und Letten; der Kaukasus mit den Georgiern; Zentralasien mit Buchara und Afghanistan. China den Chinesen, Persien den Persern, die Türkei den Türken, der Balkan den Balkanvölkern: alles das und noch mehr müßte England durchsetzen und könnte dabei der Mitwirkung Deutschlands sicher sein.

England verpflichtet sich ferner durch seine Formel, den „Nationalstaat" Deutschland und seine „freie Existenz" anzuerkennen und die Anerkennung auch bei seinen Verbündeten durchzusetzen. Deutschland ist doch ein „Nationalstaat" im englischen Sinne wie keiner seiner Feinde: die 150000 Dänen, 200000 Franzdslinge, 100000 Litauer und 3 Millionen Polen ändern an der 92%igen Nationaleinheit Deutschlands nichts; besonders nichts im Vergleich der massigen Nationalitäten innerhalb des englischen und des russischen Imperiums und des franzdsischen Kolonialreichs. Was sind auch

Digitized by Google

die Stammesunterschiede innerhalb Österreich-Ungarn gegenüber den Verschiedenheiten wirklicher Nationen innerhalb jener Weltreiche!

Und 2. Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten:

Gut! Diese englische Formel verpflichtet England:

Frankreich zu räumen und Calais wie Marseille wieder französisch sein zu lassen.

Griechenland zu räumen und Saloniki wie die Inseln wieder griechisch sein zu lassen.

In Afrika die deutschen Kolonien wieder herzustellen.

In Asien arabische, mesopotamische und armenische Gebietsteile der Türkei wieder herzustellen.

Auch dieser englischen Verpflichtung gegenüber ist die deutsche Folgerung geringer. Belgien und Balkan meint England. Es weiß, daß Deutschland an keine Annexion von Belgien denkt, ja daß Deutschland die englische Formel der „Freiheit der Nationalitäten" auch dort bereits durchführt: Wallonien den Wallonen, Flandern den Vlamen. England hat auch die bulgarischen Ansprüche, die bulgarische Nationalität zu einigen, seinerseits anerkannt — durch englische Angebote, die Bulgarien nun seinerseits verwirklicht hat. Daneben hat ein friedliches Serbien-Montenegro Platz und ebenso ein gefahrlos gemachtes Rumänien.

Schließlich 3. Bürgschaften für die Sicherung der Welt:

Auch diese englische Formel ist eine deutsche Forderung. Was hat denn die „Unsicherheit" in die Welt gebracht? Der russische Panslawismus, der den Balkan entnationalisieren, russifizieren und Konstantinopel erobern, die Türkei auflösen wollte. Der französische Chauvinismus, der das deutsche Elsaß-Lothringen erobern wollte. Der englische Imperialismus, der der deutschen Entwicklung die Welt versperren wollte. Nun sind diese drei Tendenzen in diesem Weltkrieg unterlegen: Deutschland und seine Verbündeten haben einer Koalition von Feinden widerstanden, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gekannt hat und kaum wieder erleben kann. Deutschland ist — durch den Willen der Feinde genötigt — mit seinen Verbündeten zu einem „Mitteleuropa" zusammengewachsen, das den Balkan befreit und die Türkei rettet. Deutschland und seine Verbündeten haben in diesem „Mitteleuropa" das englische „Grundgesetz von der Freiheit und Selbständigkeit der Nationalitäten" durchgeführt, und dieser freie und selbständige Bund sichert auch die Welt künftig gegen den russischen Panslawismus. England möge das zu Ende bringen, was einige englische Staatsmänner bereits vor dem Kriege gleichfalls als eine „Sicherung der Welt" anerkannt haben: der deutschen Entwicklung in einem „Mittelafrika" freie Bahn zu geben — und Deutschland wird auch das als eine „Bürgschaft für die Sicherung der Welt" anerkennen. Darüber hinaus hat der deutsche Reichskanzler bereits das Ziel eines Weltfriedensbundes gezeigt.

Der „englische Friede" kann wohl ein deutscher Friede werden — wenn England nur will und wenn England dem Schein der Worte die Wirklichkeit der Tat folgen

Digitized by Google

läßt. Dazu braucht es freilich — wie es scheint — noch Zeit zur eigenen Einsicht und noch Nachhilfe durch deutsche Taten.

Heute beurteilt England die Kriegslage so, wie es der „New States-Man" in folgender Darstellung tut:

1. Der Krieg im Westen hat deutlich erkennen lassen, daß der Besitz eines überwältigend großen Angriffsheeres die einzige Form militärischer Vorbereitungen ist, die Wert hat. Die Nation, die das größte Heer innerhalb der möglichst kürzesten Zeit nach der Kriegserklärung oder besser noch vor der Kriegserklärung mobilisieren kann, braucht lediglich in das feindliche Gebiet einzurücken, soweit es kann vorzurücken und sich dann einzugraben. Wenn dies geschehen ist, so hat das angegriffene Land keine andere Wahl mehr als einen Erschöpfungskrieg, der wahrscheinlich verschiedene Jahre dauert, zu führen, oder sich als geschlagen zu bekennen und Frieden auf Grund der Bedingungen des Angreifenden zu machen.

2. Der Krieg im Osten hat deutlich gezeigt, daß Rußland, wenngleich noch immer unbesiegbar, keine Militärmacht ersten Ranges ist, wenn es nicht durch Verbündete unterstützt wird, und daß es mindestens während der Dauer von zwei Generationen auch nicht zu solcher Militärmacht werden kann. Infolgedessen kann Deutschland auch nicht länger im Zaum gehalten werden durch die Furcht vor den „russischen Horden".

3. Der Krieg im Südosten hat bewiesen, daß Frankreich und England nicht mit Deutschland auf dem Balkan rivalisieren können und nicht durch eine direkte Aktion wirksam eingreifen können, da Deutschland einen natürlichen Vorteil in seinen guten Landverbindungen von Berlin nach dem Bosporus besitzt.

4. Der Krieg hat gezeigt, daß Deutschland ein viel kräftigerer Militärstaat ist, als wir vermutet hatten, und vielleicht sogar als Deutschland selbst glaubte, und daß die Vasallenvölker im Kampfe im allgemeinen zuverlässig sind, wenngleich die aus diesen Vasallenvölkern gebildeten Regimenter nicht so wertvoll sind wie die deutschen Regimenter, und daß sie sich unter deutscher Führung ausgezeichnet schlagen.

5. Es muß die Tatsache festgestellt werden, daß der Glaube an Deutschlands Macht im Krieg sich in ganz Südosteuropa außerordentlich verstärkt hat. Diese Tatsache wird die Lage Europas beherrschen, solange die militärische Kraft Deutschlands ungebrochen bleibt, und das ist es, was die Alliierten meinten, wenn sie erklärten, daß sie nicht für Kriegsziele kämpfen, sondern für den Sieg. Man vergegenwärtige sich nur, was diese Tatsachen bedeuten. Angenommen, daß Deutschland jetzt bereit wäre, Frankreich und Belgien zu räumen und diesen beiden Ländern eine Schadenvergütung zu bezahlen, ferner Russisch-Polen, die baltischen Provinzen und Serbien zu räumen, und angenommen, daß Österreich bereit wäre, das Trentino an Italien abzutreten, endlich angenommen, daß Deutschland sogar bereit sei, Elsaß-Lothringen mit Frankreich zu teilen, Triest Italien zuzugestehen und von der Rückgabe einiger Kolonien abzustehen, so sind das Bedingungen, die naturgemäß weit über das hinausgehen, was Deutschland zu bieten gedenkt; aber selbst dann würde Deutschland zweifelsohne den Krieg gewonnen haben, denn es würde in Wirklichkeit der Herrscher des europäischen Kontinents sein, ohne daß die Möglichkeit bestände, daß ihm diese Oberherrschaft bestritten würde. Befreit von der Furcht vor den russischen Millionen, und an der Westgrenze durch ein Laufgrabensystem geschützt, würde sein Wort Gesetz werden: von der Nordsee bis zum Schwarzen Meere. Mitteleuropa könnte ebenso sicher uud bequem gegründet werden, wie das Deutsche Kaiserreich nach dem Krieg von 1870, und nichts könnte seine Ausdehnung über den Balkan nach El Arisch und nach Bagdad verhindern; denn die kleinen Balkanstaaten haben wohl gelernt, Berlin keinen Widerstand zu bieten, und erfahren, daß diejenigen, die dennoch Widerstand

Digitized by Google

leisten, keine Hilfe finden. Die Türkei aber kann ihre Existenz nicht sichern, ohne die gnädige Gunst Deutschlands. Mit einer solchen strategischen Lage und derartigen Hilfsmitteln wird Deutschland imstande sein, während der nächsten zehn Jahre nicht der Welt, wohl aber Europa die Gesetze vorzuschreiben. Großbritannien wird unabhängig und ziemlich sicher bleiben: die entblößte ägyptische Grenze könnte verstärkt werden. Aber das übrige Europa würde der Gnade Deutschlands überliefert werden.

Diese englische Beurteilung der jetzigen Kriegslage enthüllt — neben der üblichen Verdächtigung Deutschlands — die englische Berechnung, warum seine „Staatsmänner" den Frieden noch verzögern wollen: sie werden auch darin Unrecht bekommen!

„Neuordnung" und Reichsrat

Von Robert Sieger, Graz

Als mein am 3. November abgeschlossener Aufsatz über den Stand der österreichischen Probleme in dieser Wochenschrift erschien, war manche seiner Vermutungen bereits verwirklicht. Weitere Klärungen folgten bald, und bald riefen auch die Absichten, die Herr von Koerber nach anfänglicher Zurückhaltung bekundete, wachsenden Widerspruch bei einem erheblichen Teile der Deutschen hervor. Dieser konnte in der Presse, namentlich der deutschradikalen, laut werden, da das Ministerium Koerber — hoffentlich mit dauerndem Erfolg — die Zensur wesentlich gemildert hat[1]. Inwieweit er oder vielmehr die ihm zugrunde liegenden Tatsachen, inwieweit die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn (über deren Verlauf selbstverständlich nichts Zuverlässiges bekannt ist) und andere Ursachen den für die Allgemeinheit überraschenden neuerlichen Ministerwechsel bewirkt haben, läßt sich noch nicht erkennen. Schärfere Beobachter erblickten schon in der Audienz, zu der Kaiser Karl I. die zurückgetretenen Mitglieder des Ministeriums Stürgkh befahl (2. Dezember) und in der Ernennung des Prinzen Hohenlohe zum gemeinsamen Finanzminister (3. Dezember) Anzeichen einer erschütterten Stellung Koerbers. Wie dem auch immer sein mag, und wie immer sich das Ministerium Spitzmüller zu den großen Fragen der inneren Politik stellen mag, in denen die meisten von ihm eine der Koerberschen entgegengesetzte Haltung erwarten (wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird man darüber wohl klarer sehen), jedenfalls mag eine kurze Erörterung der Fragen, die Koerber in Gegensatz zu einem großen Teil der deutschösterreichischen Allgemeinheit und der deutschen Abgeordneten brachten, und ihrer Rückwirkung auf die deutschen Parteien angezeigt erscheinen — auch mit Rücksicht auf die zukünftige Haltung der deutschen Vorkämpfer des öster-

[1] Diese Milderung erstreckte sich am wenigsten auf die Ungarns Verhältnis zu Österreich betreffenden Erörterungen, dagegen voll und ganz auf die vorher so schwer zu besprechenden galizischen Fragen. Das Vertrauen, das Koerber in die Presse setzte, wurde im ganzen nicht enttäuscht. Unliebsame Erscheinungen, wie ein empörender Artikel der Wiener „Zeit", der die Reden der englischen und reichsdeutschen Staatsmänner in wenig bundesfreundlicher Art besprach, blieben Ausnahmen.

Digitized by Google

reichischen Staatsgedankens. Diese Fragen betreffen die Art der Durchführung für die von den Deutschen angestrebten „Neuordnungen", insbesondere die Sonderstellung Galiziens, und den Umfang der dem Reichsrate in seiner bevorstehenden Tagung zuzuweisenden Aufgaben.

Die Anschauungen, zu welchen die Deutschen Österreichs durch die Erfahrungen der letzten Friedensjahre und die Notwendigkeiten der Kriegszeit gelangt waren, und denen auch ein Teil des böhmischen Feudaladels nicht mehr ganz ablehnend gegenüberstehen soll, sind bekannt. Wir sehen — im „Osterprogramm" ist dies von einer großen Gruppe zumeist nicht berufsmäßiger Politiker eingehend dargelegt worden — die Voraussetzungen für eine starke Staatsgewalt und ein arbeitsfähiges Parlament vor allem in der Durchführung der deutschen Staats- oder Vermittlungssprache, der deutschen Verhandlungssprache und einer strammen Geschäftsordnung des Reichsrats, der Sonderstellung Galiziens im Rahmen Österreichs, die aus geographischen Gründen irgendwie auch auf die Bukowina zurückwirken muß, im Ausscheiden der galizischen Vertreter aus dem Reichsrate, manche auch in einer Neuregelung der Stellung Dalmatiens. Wir verlangen ferner, daß die rein sachliche, von verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehende Behandlung von Organisationsfragen ermöglicht werde, wie die Kreisteilung Böhmens und anderer größerer Kronländer, ein richtiges Ausmaß der „Kronlandsautonomie" — deren fortschreitende Entwicklung zu einer hinderlichen und kostspieligen „Doppelverwaltung" geführt hat[1] — der Aufhebung der kronlandweisen Wahl in die Delegationen[2] u. a. m. Gerade diese sind in so hohem Maße zu parteipolitischen und nationalen Machtfragen geworden[3], daß man von dem Reichsrat in seiner gegenwärtigen Zusammen-

[1] Die „Kronlandsautonomie" haben Männer von sehr verschiedenen politischen Anschauungen einer in den Hauptpunkten übereinstimmenden scharfen Kritik, auch vom deutschnationalen Standpunkte aus, unterzogen. So Karl Renner in „Österreichs Erneuerung", insbesondere im 1. und 2. Bande, Albert Ritter (Winterstetten) in dem Werkchen „Autonomie?", Graz 1916, Franz Jesser besonders in dem Aufsatze „Deutschösterreichische Reichspolitik" (Deutsche Arbeit, November 1916), der auch die „nationale Autonomie" im Sinne Renners ablehnt u. a. m. Doch gibt es auch im deutschen Lager, besonders in den Alpenländern, mehr oder weniger ausgesprochene „Autonomisten". Vergl. „Deutsche Politik", August 1916, 1380f.

[2] Dieses Überlebsel aus der Zeit der „indirekten Wahlen", in der der Reichsrat von den Landtagen der Kronländer gewählt wurde, wird der Stellung der Nationen nicht gerecht; so haben die Deutschen nur 13, die Tschechen allein 14 Delegiertenmandate sicher. Gerade die hervorragendsten Führer eines Volks oder einer Partei gehören nicht immer Kronländern an, deren Mandate jenes beherrscht und können also oft nur durch die üblich gewordenen, über mehrere Länder sich erstreckenden „Kompromisse" in die Vertretung der Gesamtmonarchie gelangen.

[3] Die Beherrschung einer Landesverwaltung gibt unter Umständen einem Volk oder einer Partei eine Machtstellung, die weit über das von ihr eingenommene Gebiet hinausreicht. Wie weit diese gehen kann, zeigt eine leider noch nicht veröffentlichte Denkschrift des Deutschen Volksrates in Krain, die nur bekannte, zum Teil schon lange bekannte Tatsachen zusammenstellt.

Digitized by Google

setzung und Zerklüftung selbst bei gutem Willen seiner Mehrheit die erforderliche großzügige und einmütige Arbeit nicht erwarten kann. Man meinte also, daß die „Grundgesetze", durch die das Parlament allein wieder leistungsfähig werden kann, vor seiner Einberufung als Kriegs- und Staatsnotwendigkeiten ins Leben gerufen werden müssen. Darauf, daß dies auch die Meinung des Ministeriums Stürgkh war — wie immer seine Mitglieder über den Zeitpunkt der Neuordnung und der Einberufung denken mochten — deutet auch hin, daß die Erklärung über die Sonderstellung Galiziens schon im Zusammenhang mit der Gründung des Königreichs Polen erfolgte. Das Fehlen dieser „Voraussetzungen" für eine fruchtbare Tätigkeit des Reichsrats war das Hauptbedenken, das gegen seine Einberufung geltend gemacht wurde. Ich habe nun kürzlich ausgeführt[1], aus welchen Gründen eine zunehmende Bewegung für den Zusammentritt des Abgeordnetenhauses einsetzte, und daß man nunmehr wesentlich an andere, viel bescheidenere und mehr im Belieben der Abgeordneten liegende Voraussetzungen der Tagung dachte oder doch fast nur von ihnen sprach. Bei den Gegnern einer vorherigen Regelung der Grundfragen ist das selbstverständlich; bei manchen ihrer Anhänger war die Hoffnung auf ihre Verwirklichung geschwunden, andere waren durch die Bewegung für die Einberufung des Parlaments umgestimmt oder irre gemacht worden und manche verwechselten wohl nach und nach infolge der verwirrenden Preßfehden die eine Art der „Voraussetzungen" mit der andern. Aber auch schärfer Unterscheidende konnten sich angesichts der langen Dauer der parlamentslosen Zeit für eine Einberufung entscheiden, wenn sie dabei lediglich an eine Kriegstagung dachten, welche patriotische Kundgebungen, Äußerungen des Kriegs- und Siegeswillens, Kritik der Verwaltung, Erörterung von Kriegsmaßregeln, Ernährungs-, Steuer-, Bewilligungsfragen, die Wahl der „Delegation" und andere unmittelbare Sorgen des Augenblicks, nicht aber die grundlegenden Probleme der Verfassung und der künftigen Politik zum Inhalt haben sollte. Ich habe in dem mehrerwähnten Aufsatz eine solche als allein wahrscheinlich bezeichnet und von Koerber erwartet, daß er sie einberufen werde. Inzwischen ist sie durch den Tod Kaiser Franz Josefs notwendig geworden; Trauer- und Huldigungskundgebungen auf der einen, der Verfassungseid Kaiser Karls auf der andern Seite machen sie erforderlich. Manchen erscheint sie sogar sehr dringlich, um gegen Ungarn nicht zu sehr „zurückzustehen"! Andere meinen, daß gerade diese Notwendigkeit um so mehr zu einer raschen Schaffung der „Vorbedingungen" zwinge. Alle diese Auffassungen sind in der Presse zu Wort gekommen. Sicher sind unter den Vorkämpfern der Einberufung gerade jene Gruppen, die von der Fortdauer der bisherigen üblen Zustände am meisten politischen Vorteil ziehen würden. Gerade sie dürften bei einer Kriegstagung durch besonders musterhaftes Verhalten um Vertrauen für sich und den Reichsrat werben. Erreichen sie dadurch, daß diesem die großen organisatorischen Aufgaben übertragen werden, so wer-

[1] „Deutsche Politik" vom 24. November 1916, S. 2061 f.

Digitized by Google

den sie dafür sorgen, daß die Neugestaltung nicht so ausfällt, wie der Staat sie braucht und die deutschösterreichische Staatsgesinnung sie wünscht.

Kann man sich schwer vorstellen, wie das heutige Abgeordnetenhaus mit seiner slawischen Mehrheit die Grundgesetze gestalten würde, die man ihm vorlegte, so ist es noch schwerer möglich, sich eine Beratung über Art und Bedingungen der Sonderstellung Galiziens in einem Parlament vorzustellen, in dem die Polen einen wesentlichen Teil der Mehrheit bilden und die Ruthenen eine aufs äußerste erbitterte Opposition. Die Sonderstellung Galiziens unter Ausscheiden seiner Vertreter aus dem Reichsrate, ursprünglich eine Forderung der kleinen radikalen Gruppe Schönerers, ist im Laufe der Zeit ein gemeinsamer Wunsch der Deutschen geworden — auch die Christlichsozialen verlangen sie und der Sozialdemokrat Pernerstorfer hat in einem in mehreren reichsdeutschen Blättern erschienenen Aufsatze erklärt, daß er sie „voraussetze"[1]. Wir verlangen sie nicht etwa bloß, um eine deutsche Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu gewinnen. Denn diese ist nicht stark genug, um die Deutschen zu Herren zu machen. Wohl aber reicht sie aus, um „Koalitionen des Hasses"[2] zwischen sonst zusammenhanglosen Elementen gegen sie wirkungslos zu machen, um durch das Übergewicht des „sozial stärker differenzierten und dabei zu nüchterner Sachlichkeit geneigten" Deutschtums die politisch-wirtschaftlichen und sozialen Fragen in den Vordergrund des parlamentarischen Lebens zu bringen, dem deutschen Volk zum Vorteile des Staats „die politische Initiative zu sichern". Die Stellung der Polen als Zünglein an der Wage ist heute vielfach eine entscheidende, auch in solchen Fragen, die Galizien dank seiner sehr weitgehenden Autonomie nicht berühren. Eine solche maßgebende, oft von rein taktischen Erwägungen bestimmte Gruppe ist der sachlichen Arbeit nicht immer förderlich und vermag ihrem Lande auf Kosten des Ganzen jederzeit Vorteile zu erringen. Die Sonderstellung Galiziens kommt also der Arbeitsfähigkeit des Reichsrats zugute. Aber auch jener der Staatsverwaltung, indem sie „ihr Arbeitsgebiet konzentriert". Angesichts der großen Unterschiede zwischen den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Galiziens und jenen „Westösterreichs", bei dem völligen Fehlen eines Beamtenaustausches zwischen beiden Gebieten, bei der Herrschaft der polnischen „inneren Amtssprache" in Galizien seit 1869, bei der Besonderheit des Ostjudenproblems, der ruthenischen Autonomiefrage usw. und aus manchen andern Gründen stellt die Verwaltung dieses stark von östlichen Einflüssen bestimmten Landes ganz andere Aufgaben als die von Gebieten, die völlig der mitteleuropäischen

[1] Z. B. „Düsseldorfer Generalanzeiger" 19. September 1916, „Magdeburger Zeitung" 16. September 1916. „Freilich" bezeichnet er sie als „ein Problem der Gesamtmonarchie, nicht mehr eines, das ausschließlich die Deutschen betrifft".

[2] Die hier unter Anführungszeichen gebrachten Wendungen sind teils meinem Aufsatz „Der österreichische Staatsgedanke und das deutsche Volk" und anderen meiner Arbeiten, teils einer (unveröffentlichten) kurzen Denkschrift des „Deutschen Klub" in Wien entnommen.

Digitized by Google

Kultur und Lebensweise unterworfen sind. Von besonderem Gewicht ist endlich die abgesonderte geographische Lage, die Galizien enger an Ungarn als an Österreich anschließt, und die absonderliche Gestalt, die Zisleithanien dadurch erhielt. Längst schon hat man in dieser eine geographische Schwäche erkannt, der die große Autonomie Galiziens entsprang, ihr aber nur zum Teil abhelfen konnte. Erst durch seine Sonderstellung kommt Österreich dem ungarischen Staatsgebiet an Gedrungenheit und einfacher Begrenzung nahe, in etwa dieselbe „geographische Rangsklasse“, wie dieses. Ungarn selbst hat sich ähnlichen, wenn auch geringeren, Schwierigkeiten durch die Sonderstellung Kroatiens entzogen, die in vieler Beziehung, wenn auch keineswegs in jeder, als Vorbild für jene Galiziens gelten kann. Jedenfalls darin, daß alle dem Staate wichtigen Verteidigungs-, Wirtschafts- (auch Ernährungs-) und Verkehrsangelegenheiten dem Einflusse Österreichs nach wie vor unterliegen müssen. Die Deutschen erwarten auch Schutz für ihre Siedlungen in Galizien, deren Bedeutung für den Gesamtstaat der Krieg erwiesen hat. Endlich hat A. Grabowsky kürzlich[1] darauf hingewiesen, daß die Regelung der galizischen Angelegenheiten als ein Teil des polnischen Problems auch die Belange des Deutschen Reichs berührt, und es ist wohl jedem klar, daß die Autonomiefrage der Ruthenen, welche gegen die Sonderstellung Verwahrung eingelegt haben, auf das engste mit den Problemen der auswärtigen Politik zusammenhängt. Es ist kaum zu erwarten, daß das gegenwärtige Abgeordnetenhaus allen diesen Gesichtspunkten sachlich gerecht werden kann. Viel eher wären in ihm Ansprüche anderer Kronländer auf eine ähnliche Stellung, denen der Staat um seiner inneren und äußeren Machtstellung willen nicht entgegenkommen kann[2], und das übliche Feilschen um den Preis für die Zustimmung einzelner Gruppen zu gewärtigen.

Unter solchen Umständen mußten es deutsche Abgeordnete als eine erste Pflicht ansehen, sich über die Stellung zu unterrichten, welche Herr von Koerber gegenüber den vom Ministerium Stürgkh mehr oder weniger deutlich in Aussicht gestellten Maßnahmen einnahm. Um so mehr, als am 15. November die Vertreter der nichtdeutschen Parteien ihre gemeinsame Anschauung, daß man „alle Verfassungs- und nationalen Fragen“ auf parlamentarischem Wege erledigen müsse, kundgaben. Anfangs beantwortete Herr von Koerber die Anfragen dahin, daß allen politischen Angelegenheiten die dringenden wirtschaftlichen Fragen, wie die — auch alsbald vorgenommene — Einrichtung des Ernährungsamtes, vorausgehen müßten. Bald aber erklärte er in Gesprächen, wie dem mit Präsident Sylvester am 23. November, streng auf dem Boden der Verfassung zu stehen und alle vorliegenden politisch-wirtschaftlichen Fragen parlamentarisch lösen zu wollen; der Weg der „Oktroyierung“ und des § 14 solle in allen

[1] In einem auch sonst sehr lesenswerten Aufsatze im „Neuen Deutschland“ vom 15. November 1916.
[2] Der Abgeordnete Jesser schreibt in der „Bohemia“ vom 15. November 1916: „Wir dürfen diese Sonderstellung (d. i. die Galiziens) nur zugeben, wenn der straffe Einheitsstaat Österreich gesichert ist.“ Als erster Schritt zur Föderalisierung wäre sie verhängnisvoll.

Digitized by Google

Fällen streng vermieden werden. Zahlreiche verwandte Äußerungen — einzelne konnte man auch dahin deuten, daß man es mit dem Reichsrat „versuchen" und im Falle seines „Versagens" anders vorgehen wolle (wohl ein bedenkliches Vorgehen von jedem Standpunkt aus) — sind zwar nicht öffentlich gefallen, ihr Wortlaut und ihre politische Bedeutung ist vielfach umstritten. Es ist aber kaum zu glauben, daß die Ankündigung des parlamentarischen Wegs sich nur auf das Budgetprovisorium und andere Kriegstagungsaufgaben oder auch den ungarischen Ausgleich bezog. Die Erregung, die zunächst die deutschradikale, aber auch die christlichsoziale Partei und ihre Presse ergriff, spiegelte sich auch in der Wiedergabe von Gerüchten, wie daß der Ministerpräsident die Sonderstellung Galiziens als eine üble von Stürgkh übernommene Erbschaft bezeichnet und sich durch ein Wörtchen in dem sonst von den Deutschen günstig beurteilten Handschreiben vom 5. November die Handhabe zu ihrer parlamentarischen Verhandlung und damit Verhinderung gesichert habe[1]. Im Nationalverband war die Meinung über die Absage an Herrn von Koerber geteilt; viele Mitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft hielten an ihrem früheren Parteibeschluß einer „freundlich zuwartenden Haltung" fest. In nichtparlamentarischen nationalen Kreisen scheint die Beunruhigung weit überwogen zu haben — wenn mich nicht etwa die Vorliebe für meine eigene Anschauung trügt. Die Einigkeit der Deutschösterreicher war aufs schwerste, man konnte fürchten, auf die Dauer bedroht. Daß die Gefahr vorüberging, danken wir den Bemühungen einsichtiger Abgeordneter, dem Ministerwechsel, der eine Ruhepause in der Preßfehde bewirkte, aber auch dem Eindruck, den gerade auf nationale Deutsche gewisse Begleiterscheinungen dieser Preßfehde machen mußten. Man hätte erwarten dürfen, daß auch die Gegner der „deutschradikalen Taktik", ja auch die Anhänger der parlamentarischen Erledigung der galizischen und anderer Grundgesetze die gemeinsamen, dem Herrn von Koerber z. B. von den deutschböhmischen Abgeordneten vorgetragenen deutschen Anschauungen gerade in dieser erregten Zeit als außer Frage stehende allgemeine Auffassung bezeichnen, wenn schon nicht vertreten würden. Statt dessen trat in der „großen Presse" — und, wenn ich recht sehe, auch in einer Zahl liberaler Provinzzeitungen — neben dem unbedingten Vertrauen zu Koerber und seinen wirtschaftlichen Zukunftsplänen, die sein Sturz gefährden mußte, neben einer doktrinären Auffassung von der unbedingten Verfassungsmäßigkeit[2] und anderen Gesichtspunkten, auch das unverkennbare Bestreben hervor,

[1] Das kaiserliche Handschreiben verkündet die Absicht, „dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklang steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. „Indem ich Ihnen", schließt es, „diese Absicht kundtue, beauftrage ich Sie, zu ihrer gesetzmäßigen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen."

[2] Das Bedenken, daß außerparlamentarische Verfügungen jederzeit auf dem gleichen Wege wieder aufgehoben und ins Gegenteil verkehrt werden können, ist im Laufe der Zeit immer öfter laut geworden.

Digitized by Google

die weit vorgeschrittene Annäherung der Deutschradikalen und der Christlichsozialen zu sprengen oder diese doch von den andern deutschen Parteien zu trennen. Das geschah in erster Linie nicht aus parteimäßiger Engherzigkeit, sondern aus Besorgnis vor einem Zusammenschluß der großen deutschen Parteien auf „antisemitischer" und sozialer Grundlage. Gerade diese Anschauungen sind aber durch die rücksichtslosen Beutezüge der Kriegswucherer (im weitesten Wortsinn) volkstümlich geworden. Das darf man sich nicht verhehlen.

Die Gefahr einer Zersplitterung der Deutschen in einander heftig anfeindende Parteien ist wieder einmal vorübergezogen. Um so mehr müssen wir aus ihrem plötzlichen Auftauchen die nötige Lehre ziehen. Ob die deutschen Forderungen von oben Unterstützung finden — mit Recht warnen Abgeordnete, wie Dobernig und Jesser davor, von ihr mehr zu erhoffen, als von der eigenen Tatkraft und Einigkeit — oder ob die Deutschösterreicher im harten parlamentarischen Kampf sich und dem Staat den Lebensraum verteidigen und sichern müssen, in jedem Fall ist nichts so notwendig, als Zusammenhalt und feste Zucht, bestimmte Ziele und klare Wege. Nur wenn sie stark sind, winkt ihnen Ansehen und Erfolg. Das Zusammengehen des Nationalverbands mit den Christlichsozialen ist um so wichtiger und wertvoller, als es auch auf die innere Festigung des Verbandes[1] günstig zurückwirken muß.

Nachschrift. Diese Zeilen sind während der Versuche des Herrn von Spitzmüller, ein Ministerium zu bilden, geschrieben worden. Die Überraschung, daß statt dessen ein Ministerium Clam zustande kam, hat den Verfasser zu keiner Änderung veranlaßt. Einerseits sollte die Stimmung jener stürmischen Tage festgehalten, andererseits zu der neuen Regierung, die Männer sehr verschiedener Richtung umfaßt, nicht vorschnell Stellung genommen werden. Nur so viel sei bemerkt: In der Hoffnung, daß die Regierung den österreichischen Staatsgedanken über alle anderen Erwägungen stellen werde, verhalten sich die Deutschen gegen sie freundlich zuwartend.

Der russische Kriegswille

Von Dr. Richard Pohle

Als die Russen den großen Krieg begannen, bezeichneten sie ihn vor aller Welt als Vaterländischen Krieg. Damals sprach der Zar von seinem Palais aus zu einer vieltausendköpfigen Menge, zu Reichswürdenträgern und kleinen Beamten, Minister-

Formell ist es durchaus berechtigt. Aber wenn die getroffenen Maßnahmen gut sind und sich einleben und bewähren, vor allem, wenn sie den nationalen Frieden fördern, ist eher eine nachträgliche parlamentarische Genehmigung zu irgendeiner Zeit, als eine Wiederaufhebung zu erwarten.

[1] Er umfaßt die Deutsche Arbeitsgemeinschaft mit 44, die Deutsche Agrarpartei mit 29, die Deutschradikalen mit 23, die Deutsche Arbeiterpartei mit 2 Abgeordneten. Heute, am 20. Dezember, konnte endlich das 1915 festgelegte und im März 1916 verbreitete „Programm" des Nationalverbands veröffentlicht werden.

Digitized by Google

frauen und Weibern der Halle, Großkaufleuten, Lastträgern, Generalen und gemeinen Soldaten, die barhäuptig vor ihm knieten. Damals leistete er den Eid, er wolle nicht Frieden schließen, so lange noch der Fuß eines Feindes auf russischer Erde weile. Über diesen Schwur ist viel gespottet worden — auch in Rußland. Wenn man aber hinhörte, wer sich darüber lustig machte, so waren es stets Angehörige der verschiedenen „Fremdvölker" — niemals Nationalrussen oder solche, die in ihrem Inneren nationalrussisch fühlten. Gerade dieses Element aber ist bei allen großen und ernsten Ereignissen, die das Russische Reich bis in die tiefsten Tiefen ergriffen haben, stets, so lange es eine öffentliche Meinung in Rußland gibt, ausschlaggebend gewesen. Für diese Leute wäre die grandiose Deutschenhetze, die in der Presse, in Versammlungen und Vereinen, in einer ganzen Broschürenliteratur betrieben wurde, nicht nötig gewesen. Diesen Leuten sagte auch der Ministerpräsident Goremykin nichts Neues mit seinem Ausspruch: „Wir führen Krieg nicht nur gegen das Deutsche Reich, sondern gegen das Deutschtum überhaupt." Für wen mußte denn trotz alledem der Deutschenhaß entfacht werden? Einesteils für diejenigen Gebildeten, die, bis dahin vom kernrussischen Stamme unterdrückt, im deutschen Volk den Hort von Kultur und Sitte sahen, vor allem aber — für den gemeinen Mann, die große „graue" Masse der Bauernbevölkerung. Ich habe eine Reihe von Jahren in enger Fühlung mit dieser Schicht gelebt, habe Gelegenheit gehabt ihren Charakter zu studieren. Immer sprachen sie vom Deutschen mit einer gewissen Hochachtung. Stets habe ich feststellen können, daß der kleine Mann, der Bauer, der Kleinbürger, als real denkender und nüchtern urteilender Mensch den Deutschen als eine Art höher organisierten Wesens betrachtete, dessen Überlegenheit er deutlich fühlte. Aber noch ein anderes Gefühl war beigemischt: ein verborgener, tiefer Haß. „Der Deutsche hat den Affen erfunden", spricht der Volksmund; das klügste, menschenähnlichste Tier — eine „Erfindung" des Deutschen! Darin zeigt sich der Respekt. „Der Deutsche ist zwar ein guter Mensch, aber es ist dennoch besser ihn aufzuhängen!"

Im Herbst des Jahres 1915, als Rußland nach furchtbaren Niederlagen und ungeheuren Menschenverlusten ganze Länder verloren hatte, meinte man bei uns: nun werde Rußland bald Frieden schließen, denn es müsse doch endlich zu der Einsicht kommen, daß weitere Kämpfe keinen Zweck hätten. Tatsächlich tobte die russische Gesellschaft wider ihre Regierung, man forderte neue Minister und um ihre Verantwortlichkeit vor der Duma, nicht um Frieden zu machen, sondern zur Fortsetzung des Krieges bis aufs Messer und bis zum letzten Blutstropfen. Das Volk, d. h. die kernrussische Bevölkerung, sieht eben in diesem Kampf den Vaterländischen Krieg. Rußland wähnt, von uns vergewaltigt zu sein, nicht erst seit heute oder gestern, sondern seit der Zeit, wo Deutsche als Kulturträgerin Rußland eine Rolle gespielt haben. Wie der Engländer davon überzeugt ist, daß Deutschland vernichtet werden müsse, damit England seinem Welthandel nachgehen könne; wie der Franzose es seiner Ehre

Digitized by Google

schuldig zu sein glaubt, nicht eher zu ruhn, als bis wir machtlos am Boden liegen — so strebt der Russe nach Vernichtung des Deutschen Reiches, weil er nur darin seine Befreiung von einem ihm unerträglich scheinenden Joch erblickt.

1914/1915 erlebten wir das Schauspiel, das Russische Reich wenige Monate nach Beginn des Krieges von allen westlichen Meeren völlig abgeschnitten zu sehen; nur das Nördliche Eismeer blieb geöffnet. Sodann verlor Rußland Polen, Litauen und Kurland. Das zweite Kriegsjahr verlief anders. Zuerst tritt Ruhe ein. Rußland benutzt sie, um den Schiffsverkehr auf der Ostsee wieder einzurichten, die Ålands-Inseln zu befestigen, seine militärische Lage im Norden, in Finnland, zu verstärken und dadurch in einen besseren Verkehr mit seinen Verbündeten zu treten. Südlich vom Kaukasus gewinnt das russische Heer Boden, indem es über Erzerum und Trapezunt hinaus vorgeht. Gegen Ende des Jahres bringt die russische Offensive an der Südwest-Front Landzuwachs in der Bukowina.

Fassen wir die Ergebnisse der Jahre 1914—1916 zusammen, so sehen wir vor allem, daß Rußland eines seiner drei Ausfalltore nach dem Westen verloren hat. Polen und Litauen gewähren uns jetzt einen Schutzwall für die südliche Ostsee, mit anderen Worten für Norddeutschland. Beide Länder bilden ein organisches Ganze, das für uns eine wichtige Rolle spielt. Von Kurland läßt sich ein Gleiches nicht behaupten. Dieses Gebiet ist eben nur als Teil eines anderen geschlossenen Länderkomplexes, der Ostseeprovinzen, zu betrachten. Die Besetzung Kurlands hat lediglich die Bedeutung, daß wir eine (auch nur zum Teil günstige) Nordfront erhalten. Eine abgeschlossene, abgerundete Leistung, wie sie bei Polen und Litauen vorliegt, ist hier noch nicht zuwege gebracht. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß die Russen einen ungehinderten Seeverkehr im Rigaschen Meerbusen aufrecht erhalten. Während Rußland an einem Teil seiner mittleren Front zurückgedrängt worden ist, bestehen seine beiden anderen Ausfalltore — Finnland und die Länder zu beiden Seiten des Schwarzen Meeres — nach wie vor. Die Umklammerung hat somit scheinbar keine Änderung erfahren. Dabei hat Rußland im Norden unleugbar gewaltige Vorteile errungen. Es beherrscht die finnischen Gewässer vollständig. Das vergewaltigte Finnland selbst bildet einen Teil jener nordischen Brücke, die Rußland über Schweden und Norwegen mit seinen Kampfgenossen und Freunden verbindet, die es instandsetzt, sich mit allen zum Kriegführen notwendigen Dingen zu versorgen. Rußlands Stellung im Norden eröffnet ihm indessen noch eine neue Aussicht, nämlich die Möglichkeit der Besetzung von Nordschweden; denn dahin zielt doch letzten Endes die Befestigung der Ålands-Inseln. Ob diese Bewegung nach Westen noch während des Krieges oder später, nach dem Kriege, vor sich gehen soll, — in jedem Fall würde sie uns völlig von der Ostsee hinwegdrängen. Unser Vorteil in Polen und Litauen wäre dann hinfällig geworden. Jedoch, zum Glück für uns, besitzt Rußland im Norden einen schwachen Punkt: die Landenge zwischen Ladogasee und Finnischem Meerbusen. Denn hier münden in und

Digitized by Google

um Petersburg alle diejenigen Eisenbahnlinien (auch die vom Weißen Meer herführenden), die das Russische Reich mit dem Ausland verbinden. Sie können bedroht, ja, sie können sogar durchschnitten werden. Damit würde Rußland der Möglichkeit verlustig gehen, sich Kriegsmaterial und Industrieprodukte aller Art zu beschaffen.

Doch auch im Süden spielen die Russen zurzeit mit hohem Einsatz ein gewagtes Spiel. Durch ihr Vordringen in der Bukowina übermütig geworden, haben sie Rumänien in den Krieg getrieben; mit dessen Hilfe wollen sie unmittelbar nach Süden, nach Konstantinopel, dem von Generationen heiß ersehnten Ziel, durchdringen. Aber sie haben die Rechnung ohne Bulgarien gemacht. Hier bietet sich eine zweite Achillesferse der russischen Stellung dar; durchschneiden wir Rumänien, so können wir unsere Front um ein Bedeutendes verkürzen und andere Vorteile erringen. Während der russische Koloß in der Mitte zurückgewichen ist, hat er seine Flanken nach Möglichkeit verstärkt. Rußland könnte seine Front in der Mitte sogar noch weiter zurücknehmen; denn es weiß, daß ein weiteres Vordringen unsererseits an dieser Stelle uns keinen Vorteil bringen würde. In jedem Fall muß die Entscheidung an den Flügeln, die uns umklammern sollen, erfolgen. Im Zentrum herrscht ein gewisses Gleichgewicht, an den Flanken dagegen könnte der Koloß gezwungen werden, in die Knie zu brechen.

Doch der russische Wille zum Krieg ist stark und lebendig. Die Vorbereitungen für einen „endlosen" Kampf, der auf Erschöpfung unseres Menschenmaterials und unserer Nahrungsmittel hinzielt, haben ihren Abschluß noch lange nicht erreicht. Das beweisen die Vorgänge, die sich zurzeit im Innern des Reichs abspielen. Zunächst auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Es werden Bahnen gebaut, um alle Teile des Reiches gleichmäßig mit Lebensmitteln, Roh- und Brennmaterial zu versorgen. Nach russischen Zeitungsmeldungen sind mehr als 100000 chinesische und koreanische Kulis im Reiche tätig; sichere Nachrichten aus Finnland bezeugen, daß dort allein Tausende von Chinesen arbeiten. Frankreich zieht Farbige aus allen Teilen der Alten Welt ins Land, Rußland tut das Gleiche — ihm stehen Mongolen in beliebiger Zahl zur Verfügung. Denn Rußlands Einfluß, richtiger gesagt, seine Herrschaft reicht nunmehr durch die Mongolei bis vor die Tore Pekings. Angehörige der gelben Rasse liefern Arbeiter, die in erster Linie bei Bahnbauten und an der Front, sodann in Landwirtschaft und Industrie Verwendung finden. In Frankreich zwar kämpfen in der Front Farbige, die mit allen Mitteln der Gewalt gegen unsere Truppen vorgetrieben werden; in Rußland bedarf es dessen nicht. Unsere östlichen Nachbarn gebieten immer noch über Menschen genug, die sie für England ins Feld zu führen imstande sind. Auch in Rußland kämpft England und immer wieder England gegen uns. Trotz ungeheurer Verluste gelangen gerade jetzt wieder ältere Jahrgänge zur Einberufung; bis zum nächsten Sommer werden neue Millionen bereit sein, sich für England totschießen zu lassen. Uns Deutschen ist es nicht gegeben, zu begreifen, warum Rußland seine Soldaten in dieser Weise opfert. Wir werden das auch nie verstehen können, so lange wir nicht wissen,

Digitized by Google

wie niedrig Menschenleben dort drüben immer noch im Preise stehen. Solange Rußland zu kämpfen gewillt ist, wird es von England und dessen Verbündeten und Freunden mit den nötigen Mitteln versehen werden. Rußland ist Englands mächtigster Vasall. Das Beschämende dieser Tatsache ist den Russen wohl bewußt. Aber stärker und lebendiger als alles andere ist in Rußland der Wille zum Krieg. Daher unterdrückt der einzelne das ihn bitter kränkende Bewußtsein der Abhängigkeit von England.

Sozialdemokratie und Auslandspolitik

Zu Steffens neuem Buche über Demokratie und Weltkrieg[1]

Von M. Schmitt

Gustav F. Steffen, der bekannte schwedische Soziologe und Sozialdemokrat, läßt seinen bald und mit Recht berühmt gewordenen Büchern über den Weltkrieg ein drittes folgen, das das Problem Demokratie und Weltkrieg behandelt. Man darf sich durch den Titel nicht täuschen lassen; denn das bezeichnete Thema füllt keineswegs den ganzen Band; es stehen noch andere, nur lose damit zusammenhängende Betrachtungen daneben. Und man darf auch keine systematische Behandlung der Aufgabe erwarten. Steffen macht es auf die Art, die er auch in den früheren Kriegsbüchern angewendet hat. Er legt einige wichtige Dokumente vor, kritisiert sie und knüpft wohl auch Zukunftsbetrachtungen daran.

Diesmal unternimmt es Steffen zu zeigen, wie sich die Sozialdemokratie zum Weltkrieg verhalten hat; zu diesem Zweck greift er zurück bis auf Marx und gibt so im Grundriß einen alles Wesentliche enthaltenden Überblick über die Stellung der Sozialdemokratie zur auswärtigen Politik und den Problemen, die damit zusammenhängen.

Wenn man an die Auslandspolitik der Sozialdemokratie dachte, so stellte sich gewöhnlich der Begriff eines internationalistischen Pazifismus ein, der jeder Expansionspolitik, dem Militarismus und Marinismus grundsätzlich feindlich gegenübersteht. Marx und Engels haben sich im Kommunistischen Manifest zu dieser Anschauung bekannt, die dann später die längste Zeit das auslandspolitische Denken und Handeln der deutschen Sozialdemokratie beherrscht hat. „Die Vorstellungen, die sich Marx, als er das Kommunistische Manifest schrieb (1847), von dem Wesen und der Zukunft der Nationalität machte, haben augenscheinlich unter dem Einfluß nationalitätsverneinender Ideenströmungen gestanden. Seine Äußerungen über diesen Punkt, über die Entstehung des Krieges und ähnliche Fragen sind oberflächlich und unreif.“ Aber Marx hat später gezeigt, daß er kein eigensinniger Doktrinär war und den Blick für politische Realitäten hatte, indem er „die scheidende nationale und staatliche Bedeutung des deutsch-französischen Krieges“ voll anerkannte. Dies zeigt Steffen an ein paar Stücken aus dem Briefwechsel, den Marx und Engels im Jahre 1870

[1] Gustav F. Steffen: Demokratie und Weltkrieg. Jena, Eugen Diederichs. 5.— (6.—) Mk.

Digitized by Google

in England führten. Auch noch durch andere Zeugnisse ließe sich mit Leichtigkeit zeigen, daß die Gründer der deutschen Sozialdemokratie alles andere, nur keine geschworenen Anhänger der internationalistisch-pazifistischen Doktrin waren. Übrigens war dieser Grundsatz auch nicht von allem Anfang bei der deutschen Sozialdemokratie alleinherrschend; in den 60er Jahren war diese in zwei Lager gespalten, die Lasalleaner, geführt von Lasalle und später von Herrn von Schweitzer, und die Internationalisten, geführt von Bebel und Wilhelm Liebknecht. Erst Ende der 60er Jahre beginnt die Entwicklung, die das Prinzip des Internationalismus zur Alleinherrschaft in der deutschen Sozialdemokratie bringt, auf einer Bahn, die gekennzeichnet ist durch die Stationen Eisenach 1869, Gotha 1875, Erfurt 1891. In Erfurt wurden endlich die Grundsätze des Kommunistischen Manifestes von 1848 als offizielles Parteiprogramm angenommen — beinah ein halbes Jahrhundert seit seiner Entstehung, während unterdessen eine kolossale Entwicklung auf allen Gebieten stattgefunden hatte, zu der Marx und Engels in freier Unbefangenheit Stellung genommen hatten, die erkennen ließ, daß sie nicht an der Doktrin von 1848 kleben bleiben wollten. Für die geistigen Führer der Partei ergab sich jetzt — wenn sie das Erbe der genialen Begründer der deutschen Sozialdemokratie in würdiger Art wahren wollten, die Aufgabe, nicht in ödem Doktrinarismus an den Grundsätzen, die längst durch die Entwicklung überholt waren, festzuhalten, sondern sie mit dieser Entwicklung in Einklang zu bringen und für noch nicht entschiedene Fragen Grundsätze neu zu formulieren. Diese Aufgabe wurde von den Revisionisten unternommen. Diese haben aber nicht die Parteimeinung bestimmen können; die kam vielmehr auf den Parteitagen zum Ausdruck, denen Steffen eine eingehende Besprechung widmet; in diesem Abschnitt sehe ich den Hauptwert des Buches. Mit einer Schärfe, die wir sonst an Steffen nicht gewohnt sind, analysiert er die großartigen Kongreßresolutionen, „an deren großen realen Wert man mit beinahe religiöser Empfindung glaubt; nichts charakterisiert die Unfähigkeit der Partei zu gesundem, politischem Realismus besser als gerade dieser Glaube; hier, auf den Kongressen, unterliegen die beiden ehrlichen Willen, entweder radikale oder revisionistische Politik zu treiben, und an ihre Stelle tritt der Wille, zu gleicher Zeit zwei unvereinbare Dinge zu wollen und Phrasen auszuklügeln, die einen Kompromiß zwischen dem Willen, ehrlich an der Auslandspolitik der Kapitalistengesellschaft mitzuwirken, und dem Willen, dies ganz und gar nicht zu tun, zustande bringen. Dieser Wille ist weder intellektuell stark, noch ehrlich, noch moralisch gesund und rein. Aber er ist die Lebensluft sozialdemokratischer Führer eines gewissen wohlbekannten Typus.“ (S. 127.) An dem Beispiel der Kolonialpolitik wird Steffen nicht müde zu zeigen, wie der Mangel an Sachlichkeit und Verantwortungsgefühl zu einer jämmerlichen Phrasenpolitik geführt hat; einmal findet er Worte tiefster Empörung: „Als 1907 auf dem Parteitag zu Karlsruhe ein Delegierter die Einsetzung eines Ausschusses für Kolonialfragen beantragte, wurde dies, wie das Protokoll angibt, mit

Digitized by Google

‚Lachen‘ begrüßt — ein geradezu scheußlicher Beweis für die Erkenntnislosigkeit, welche die deutsche Sozialdemokratie gegen die unabänderliche politische Entwicklung, die über die Marokkokrise des Jahres 1911 hinweg zur Katastrophe des Weltkriegs führen sollte, gezeigt hat.“ (S. 131.) „Wer gegen die fundamentale Sinnlosigkeit der auf den Kongressen zusammengebrauten Kompromisse opponiert, der stellt sich in schärfsten Gegensatz zur ganzen Bewegung, der bricht mit den grundlegenden Prinzipien der Bewegung, wie sie von der höchsten Autorität, ihren Kongressen, festgestellt worden sind,“ der wird als Ketzer ausgeschlossen, wie es Gerhard Hildebrand ergangen ist, weil er zur Zeit der Marokkokrise für die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands einzutreten wagte. Ein ähnliches Bild wie diese Kongresse der deutschen Sozialdemokratie bieten die der Internationale. Die utopistischen Resolutionen, die hier gefaßt wurden, daß z. B. bei Ausbruch eines Krieges ein Generalstreik inszeniert werden sollte, haben, als es Ernst wurde, kläglich Fiasko gemacht. Vielmehr haben die Sozialdemokraten aller Länder die Solidarität mit ihrem Staatswesen erklärt und insbesondere die Kriegskredite bewilligt. Hierbei tritt zwischen Deutschen und Franzosen ein charakteristischer Unterschied zutage, auf den Steffen hinweist: „Während man sich in Deutschland die grundsätzliche Schwierigkeit nicht verhehlte, einen nationalen Standpunkt in einer kapitalistischen Gesellschaft, überhaupt mit dem sozialdemokratisch-internationalistischen in Einklang zu bringen, während eine deutsche Parteiminderheit — die sich später vergrößert hat — sogar versuchte, die internationalistische, rein sozialdemokratische Forderung kräftig hervorzuheben, wurde in Frankreich der sozialdemokratische Internationalismus sofort mit Haut und Haar von der Flut des französischen Nationalgefühls verschlungen — von einer Flut, die mit den Wassern der heißen Quellen des französischen ‚Nationalismus‘ stark vermischt war. Frankreichs Sache ist die Sache der Internationale — sowie auch die Sache der ‚Menschheit‘, die Sache der ‚Zivilisation‘, die Sache der ‚Freiheit‘, die Sache des ‚Rechtes‘, die Sache der ‚Kultur‘, die Sache der ‚Humanität‘ usw.“ (S. 190.)

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß wir die Franzosen um ihre durch keinen Widerspruch getrübte Einigkeit zu beneiden hätten. Aber wer tiefer nachdenkt, wird in diesem verschiedenen Verhalten den Ausdruck eigentümlich-nationaler Eigenschaften der beiden Völker finden und zu dem Glauben gelangen, daß die tiefe Verbundenheit der deutschen Arbeiter mit dem deutschen Vaterlande im Kampf gegen die Minderheit geläutert und gefestigt werde. Wer durch den Beschluß des 4. August 1914 überrascht worden ist, hat die Entwicklung der letzten Zeit nicht gekannt. Denn in der deutschen Arbeiterschaft war die nationale und staatliche Gesinnung etwa seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts stetig im Wachsen, wenn auch latent. Wie das geschehen ist, was für Tatsachen in dieser Richtung gewirkt haben, davon spricht Professor Heinrich Herkner in einem vorzüglichen Aufsatz über Sozialdemokratie und Auslandspolitik im Septemberheft 1915 der Preußischen Jahr-

Digitized by Google

bücher. Indem er mehr als die Kundgebungen der Partei selbst die leitenden Ideen darlegt, welche die bedeutsamsten Führer hinsichtlich der auswärtigen Verhältnisse entwickelt haben, gibt er die wichtige positive Ergänzung zu Steffens Darstellung. Während Steffen bei Betrachtung der neueren Entwicklung vorwiegend eine Darstellung der Politik der Kongresse gibt und damit eine erledigende Beurteilung der innerlich unwahren Phrasenpolitik, die Bankerott machen mußte, zeigt Herkner, wie im Laufe der letzten 10—15 Jahre die Ansichten der Revisionisten, „die eine gewisse Rückkehr zu den kräftigeren nationalpolitischen Ideen von Engels und Lasalle bekunden", immer mehr und mehr den Ausdruck und die bestimmende Kraft der Entwicklung wurden und so die lebendige Kraft des nationalen Bewußtseins immer stärker wurde, bis ihr schließlich der Sieg zuteil wurde.

Im Manifest von 1848 hatte es geheißen: Die Arbeiter haben kein Vaterland; für lange Zeit war es der Grundsatz der deutschen Sozialdemokratie geworden und hatte eine Außenpolitik inauguriert, deren bezeichnendste Errungenschaften in den Resolutionen der Parteitage zutage traten. Nun — etwa in den Jahren seit dem Jahrhundertbeginn wurde es immer mehr und mehr zur Wahrheit, daß der deutsche Arbeiter ein Vaterland hatte. Nicht so laut und tönend geschah das, wie wenn man auf den Kongressen „einigende Beschlüsse" faßte — sondern in der Tiefe der deutschen Seele; durch Dokumente nicht zu belegen, von vielen nur als dämmerndes Gefühl oder überhaupt nicht bewußt empfunden; bis endlich, als die Stunde schlug, aus Millionen Herzen das Bekenntnis zum Vaterland befreit aufstieg; ein Arbeiter, Karl Bröger, hat dem Erlebnis dieser Stunde die endgültige dichterische Form gegeben; ich meine jene schlichten, tiefen Verse, die ja längst Tausenden unverlierbarer Besitz geworden sind.

Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
Bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt.
Als man uns rief, da zogen wir freudig fort,
Auf den Lippen nicht, aber im Herzen das Wort:
Deutschland!

Unsere Liebe war schweigsam, sie brütete tiefversteckt;
Nun ihre Zeit gekommen, hat sie sich hochgereckt.
Schon seit Monden schirmt sie in Ost und West dein Haus,
Und sie schreitet gelassen durch Sturm und Wettergraus:
Deutschland!

Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt,
Bloß wir haben sie nie mit ihrem Namen genannt.
Herrlich zeigte es aber deine größte Gefahr,
Daß dein ärmster Sohn auch dein getreuester war,
Denk es, o Deutschland!

Digitized by Google

Bei anderen geschah es erst nach schweren Kämpfen und Zweifeln, daß sie sich zu diesem Bekenntnis durchringen konnten. Davon gibt Konrad Hänisch, der vor dem Krieg ganz links gestanden hat, einen menschlich ergreifenden und dokumentarisch wertvollen Bericht in seiner Schrift: Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg. (Berlin 1916.) Und noch genug andere Zeugnisse liegen vor, die diese Entwicklung bezeugen können.

Von all dem spricht Steffen nicht, und dadurch entsteht eine Lücke in dem wertvollen Buche, die in einer hoffentlich bald erscheinenden zweiten Auflage ausgefüllt werden möge. Seinem klaren und feinen Sinn wird es ein Leichtes sein, aus der Masse dieser Dokumente das Richtige herauszufinden.

Friedrich Lists Theorie vom Grenzkrieg

Von Theodor Heuß (Heilbronn)

Moltke ist der Schöpfer unseres militärischen Eisenbahnwesens. Vor allem die Erfahrung seiner Feldzüge hat ihn veranlaßt, diesem Teil der Kriegsvorbereitung die gründlichste Pflege zuzuwenden. Man weiß aber, daß schon früher, in den Lehrjahren, die Eisenbahn eine Art von „Liebhaberei" von ihm war; er hat in den Jahren, da dieses Verkehrsmittel eben begann, sich in der öffentlichen Beachtung durchzusetzen, selber für die Festigung des Eisenbahngedankens publizistisch mitgewirkt. In Cottas „Deutscher Vierteljahrsschrift" war 1841 ein ziemlich alberner, gegen Lists Propaganda gerichteter Aufsatz erschienen, der die volkswirtschaftliche Unerheblichkeit einer rascheren Güterbeförderung dartun sollte; an derselben einflußreichen Stelle konnte 1843 „M." die umgekehrte These verfechten. Der Aufsatz des Majors Moltke lautete: „Welche Rücksichten kommen bei der Wahl der Richtung von Eisenbahnen in Betracht?" Man liest diese Arbeit auch heute noch nicht bloß mit historisch persönlichem Interesse, sondern mit sachlichem Gewinn; Moltkes ungemein leichte und fast graziöse Art einer klaren Lehrhaftigkeit entwickelt den spröden Stoff aufs lebendigste. Und doch ist man überrascht von dem, was nicht dasteht. Es wird von der Technik der Bahnanlagen gesprochen, von Kurven, Tunnels, Trassenführung, von der wirtschaftlichen Belebung für Städte und Landstriche, von Kosten und Rentabilität. Doch das Wort Krieg fehlt. Moltke stand damals beim Stab des 4. (sächsischen) Armeekorps; aber man kann nicht annehmen, daß diese Dienststellung ihn zu besonderer Zurückhaltung veranlaßt hätte. Denn wenige Zeit vorher hat er in Cottas Heften sich sehr unbefangen militärisch und politisch ausgesprochen, als er gegenüber Reden von Thiers die Verteidigungsmöglichkeit der deutschen Westgrenze, namentlich im Süden, erörterte. Jene Arbeit des Jahres 1843 verrät den heimlichen Ingenieur; sie ist sozusagen aus dem topographischen Gesichtswinkel geschrieben und man erinnert sich, daß die Militärtopographie der Ausgangspunkt von Moltkes Aufstieg war.

Digitized by Google

Aber nichts davon, daß militärische Rücksichten die Richtung von Eisenbahnen bestimmen; war er sich dessen noch nicht bewußt worden oder galt es ihm schon als Selbstverständlichkeit, die man nicht weiter bespricht?

An sich war den hohen preußischen Offizieren der militärische Eisenbahngedanke nicht fremd geblieben. Zwischen ihnen war im Jahr 1835 die Figur des amerikanischen Konsuls für Baden, Friedrich List, zur Zeit wohnhaft in Leipzig, aufgetaucht; der klopfte so lange an allen Türen, bis sie aufsprangen. Er schrieb später über seine Berliner Erlebnisse: „Ich war anfangs glücklich genug in meinen Bestrebungen. Mehrere der ersten Handlungshäuser in Berlin, empört über die Unbill, die mir in Leipzig widerfahren war, erklärten sich bereit, auf das Unternehmen einzugehen und mich an die Spitze zu stellen; ich ward autorisirt, der Regierung deßhalb Anträge zu stellen. Es geschah, aber ohne Erfolg. Ich erhielt keine offizielle Antwort. In Privataudienzen sagte man mir, die Sache sey noch nicht reif, man müsse erst überlegen, die Erfahrungen Anderer benützen usw. Vergebens stellte ich den Herren v. Rochow und v. Lottum vor, es werde nicht ewig Friede bleiben; eine Eisenbahn durch das Herz von Deutschland nach Köln und die Verbindung mit dem belgischen Systeme sey für sich selbst mehr als ein siegreicher Krieg; es sey ein wahres Glück für Deutschland, daß Frankreich in diesem Augenblick und vielleicht noch ein Jahrzehnt durch seine inneren Wirren im Schach gehalten werde; es sey Schade, wenn diese Zeit nicht sollte benützt werden. Es werde den Geist der deutschen Nation unendlich erheben, wenn man den Franzosen einmal voranginge, statt ihnen zu folgen; ja es könnte sich begeben, daß einst Frankreich und Rußland sich die Hände reichten und für einen solchen Fall seyen die Vortheile eines deutschen Eisenbahnsystems unberechenbar. General Rühle war ganz meiner Ansicht, auch Herr v. Humboldt. Letzterer gab mir den Rath, mich an den Kronprinzen zu wenden und vermittelte meine Introduktion bei Herrn v. Willisen, seinem Adjutanten. In diesem fand ich auch wirklich einen Mann von dem hellsten Verstand und dem besten Willen, der unverweilt mit dem Kronprinzen kommunicirte und mir eine Audienz auswirkte, die aber leider nicht statt hatte, weil der Kronprinz eine unvorhergesehene Reise unternahm und meine Privatverhältnisse mich verhinderten, länger in Berlin zu verweilen."

*

Lists „Auferstehung" während des Weltkriegs wendet sich vor allem zu den politischen Problemen: wir sehen nach, was er über die Gefahr des russisch-französischen Bündnisses und über die Triebkräfte dieser beiden Nachbarn gesagt hat, über Ungarns Bedeutung für Mitteleuropa, was von Donau, Balkan und Anatolien gesprochen ist, von Englands Orientpolitik und den Aufgaben der deutschen Flotte. Seiner Verdienste um die deutschen Eisenbahnen braucht dabei nie mit einem aktuellen Hinweis gedacht zu werden; denn die gehören dem allgemeinen Bewußtsein.

Digitized by Google

Aber es mag doch dankbar sein, einiges aus der Vergessenheit zu holen, was List im engeren Sinn als militärischen Publizisten zeigt. Der Kriegsbedeutung des Bahnnetzes ist er sich von vornherein klar, als er über Deutschlands Verkehrszukunft nachzudenken beginnt; dafür gaben ihm Amerika und England keine Anregung. Er beschränkt sich nie auf die wirtschaftliche Bewertung seines Stoffes, sondern beschreibt die politisch-nationale, geistige und kulturelle Auswirkung. Ihm erscheint das Bahnsystem „als Nationalverteidigungssystem, denn es erleichtert die Zusammenziehung, Verteilung und Direktion der Nationalstreitkräfte; als Stärkungsmittel des Nationalgeistes; denn es vernichtet die Übel der Kleinstädterei und des provinziellen Eigendünkels und Vorurteils; als ein fester Gürtel in den Ländern der deutschen Nation, der ihre Glieder zu einem streitbaren und kraftvollen Körper verbindet" (Stuttgart 1841).

In der geographischen Bedingtheit der deutschen Nation sieht er eine besondere Aufforderung zu strategischer Vorsicht: „Keine bedarf so sehr künstlicher Mittel, um ihre Verteidigungskräfte zu konzentrieren und sie mit Schnelligkeit von einem Grenzpunkt zum andern zu werfen." Und als er im Südwesten Eisenbahnpropaganda treibt, nutzt er den Nachhall des Franzosenschreckens von 1840: „Offenbar haben in allem, was die Verteidigung des meist bedrohten, des verwundbarsten Punktes von Deutschland, der westlichen Grenze betrifft, die westlichen Länder und Staaten ein überwiegendes Interesse."

An einer Stelle nun hat sich List breiter in die militärische Fragestellung eingelassen; dem „dritten Bericht des Eisenbahnkomités zu Leipzig an das Publikum" ist ein „Gutachten, die Vorteile und Nachteile der Eisenbahnen in Kriegszeiten betreffend" beigefügt. Der Bericht erschien im Juli 1834; er wird in der geplanten Neuausgabe der heute ja nicht mehr käuflichen Listschen Werke aufgenommen werden. Dies Dokument muß uns in der Ära Hindenburg und Gröner besonders fesseln.

Der Anlaß der Ausführungen ist zunächst sehr prosaisch: List will die Aktionäre beruhigen, daß ihr Kapital hier im Kriegsfall nicht stärker gefährdet als etwa bei anderer Anlage. Das Kostspieligste, das Planum, ist im großen überhaupt unzerstörbar; es handelt sich eigentlich nur um den Oberbau. „Aber auch hier fehlt es der fliehenden Partei an Zeit, große Strecken zu zerstören. Daneben liegt es in ihrem Interesse, nur kurze Zwischenstrecken aufzubrechen, weil die Bahn, sobald die Defensivpartei wieder die Offensive ergreift, Vorteile gewährt, welcher sie sich nicht zum voraus mutwillig berauben wird ... Die vorrückende Partei wird stets beflissen sein, die aufgebrochenen Stellen schnell wieder in fahrbaren Stand zu setzen, um ihre Zufuhr und ihren Rückzug zu decken." (Wer denkt nicht an die Technik von Hindenburgs polnischem Rückzug vom Spätherbst 1914?) Die Kapitalisten können also ruhig ihr Geld hergeben, um so mehr, als sie „durch Unterstützung dieser Unternehmungen das ihrige dazu beitragen, den Krieg selbst tot zu machen".

Wie das?

Digitized by Google

List bekennt sich als vollkommener Laie in strategischen Dingen und will nur einige „Urteile des simplen Menschenverstands" vortragen, um „gründliche strategische Urteile Kunstverständiger zu veranlassen".

Schon ein nur feindlichen Zwecken dienendes Eisenbahnnetz muß die Verteidigungskräfte einer Nation zu solchem Grad vervollkommnen, daß es „in der Wirkung einen dreifachen Kranz von Festungen weit übertrifft"; schon der Fahrapparat des Friedens wird „zu Kriegszeiten ziemlich weit reichen, die größten Massen von Truppen, von Artillerie, Munition und Proviant fortzuschaffen". Er berechnet dann Schnelligkeit und Kosten: einen ganz ausgerüsteten Infanteristen 100 Meilen zu transportieren, mag auf 1 3/4 Taler zu stehen kommen, und legt dar, wie auch größere militärische Bereitschaftsstellungen ungeheuer viel billiger sind als die Anlage einer großen Festung. Dort steht auch der in seiner Bescheidenheit und offenbar genialen Kühnheit fast rührende Satz: „Der Verfasser will gerade nicht vorschlagen, die Kavallerie mit Roß und Mann fahren zu lassen, allein aus den obigen Sätzen erhellt doch so viel, daß im Notfall auch Kavallerie mit bedeutender Kostenersparnis transportiert werden kann, indem dieselben, das Gewicht eines Kavalleristen mit Roß und Armatur zu 20 Zentner angeschlagen, sich pro 100 Meilen nicht höher belaufen als auf 17 1/2 Tlr."

Sehen wir nur zu, wie sich die Phantasie des schwäbischen Denkers Mobilmachung und Aufmarsch ausmalt, in einem Zeitpunkt, da die großen, Deutschland durchquerenden Heeressäulen der napoleonischen Feldzüge noch als das normale Kriegsbild in aller Bewußtsein waren, und da noch kein Kilometer Eisenbahn auf deutschem Boden sich in Betrieb befand: „Nun erst kann man sich die Stellung einer mit solcher Maschinenkraft ausgerüsteten Nation denken. In der kürzesten Frist kann sie aus den entferntesten Gegenden im Zentrum Streitkräfte sammeln und dieselben nach den vom Feinde bedrohten Punkten werfen. Mit ebenso großer Leichtigkeit wird sie Artillerie, Munition und Proviantvorräte konzentrieren und den verschiedenen Armeekorps nachsenden. Die Heerzüge werden das Innere des Landes durch Einquartierungen, Vorspann usw. nicht erschöpfen oder die Straßen ruinieren, bevor sie ins Treffen kommen. Auf den Wagen ausgeruht, werden sie im ersten Moment ihrer Ankunft am besten imstande sein, sich mit dem Feind zu messen. Und haben sie ihn auf einem Punkt lahm geschlagen, so können sie am zweiten oder dritten Tag der Schlacht auf einem andern, 50 bis 100 Meilen entfernten Punkt mit gleichem Erfolg verwendet werden, denn sie werden sich während des Transportes von ihren Strapazen erholt haben. Verwundete und Kranke schafft man nun mit der größten Schnelligkeit und Schonung in die Lazarette im Innern. Man braucht nicht Monate und Jahre, um eine Armee zum Behuf der Verteidigung zu sammeln, nicht Beobachtungsarmeen jahrelang mit großen Kosten an den Grenzen aufzustellen. So leicht und wenig kostspielig es ist, eine Armee auf die Beine zu stellen, so leicht ist es nach beendigtem Krieg, sie aufzulösen und jeden wieder nach seiner Heimat zu versetzen."

Digitized by Google

Diese Dinge, uns heute zur breitbeschwätzten Selbstverständlichkeit geworden, sind immerhin durch ihre plastische Logik wunderbar für die Zeit, da sie geschrieben wurden. List geht aber noch einen Schritt weiter, indem er sich die Folge der vollkommenen Eisenbahnsysteme für die Möglichkeit künftiger Kriege überhaupt vorstellt: „Im schönsten Lichte stellen sich uns aber diese Wirkungen dar, wenn wir bedenken, daß alle diese Vorteile fast ausschließlich der Verteidigung zustatten kommen, daß es zehnmal leichter ist, defensiv und zehnmal schwerer als bisher, offensiv zu agieren." Das wird näher ausgeführt: wie der Angreifer bestimmte Punkte sucht, wie der Verteidiger, zumal wenn geschickt verteilte Festungen ihn stützen, es in der Hand hat, seine Kräfte hin und her zu schieben, wie die Stoßkraft des Angreifers mit der Entfernung von seiner Basis sich mindert, die des Verteidigers, „dessen Territorium sich in eine große Festung verwandelt", ungeschwächt bleibt.

Daraus ergibt sich, sofern man nur die Ratio der Kriegstechnik entscheiden läßt, eine pazifistische Folgerung: „Die erste und größte Hauptwirkung der Eisenbahnsysteme ist demnach die, daß die Invasionskriege aufhören; es kann nur noch von Grenzkriegen die Rede sein. Da aber die Erfahrung bald lehren wird, daß Grenzkriege, deren Siege nicht bis ins Innere verfolgt werden können, sich als zweck- und erfolglose Raufereien im großen darstellen, so dürften die Kontinentalnationen demnächst zur Überzeugung gelangen, daß es für alle am klügsten wäre, wenn sie in Fried' und Freundschaft nebeneinander wohnten und bei entstehenden Differenzen den Forderungen des Rechts und der Vernunft Gehör gäben. So wird das Eisenbahnsystem aus einer Kriegsmilderungs-, Abkürzungs- und Verminderungsmaschine am Ende gar eine Maschine, die den Krieg selbst zerstört."

Die Voraussetzung dieses Gedankens ist, daß alle Staaten die gleiche Durchbildung ihres Eisenbahnwesens besitzen; eignet sich nur eine einzige dessen an, so gewinnt sie ein furchtbares Übergewicht, auch für den Angriff. Das wird zur Lehre für Deutschland. Es hat gar keine freie Wahl mehr in diesen Dingen, so wenig wie unsere Vorfahren, als sie Pfeil und Bogen weglegten: „Wie sie, wenn ihre Feinde sich des Feuerrohrs bedienten, sich genötigt sahen, diese Waffe gleichfalls zu ergreifen, so sind auch wir nicht bloß durch Rücksichten für unseren Handel und unsere Industrie, sondern durch höhere Rücksichten für unsere Nationalsicherheit und Unabhängigkeit gezwungen, uns der Wohltat der neuen Erfindung zu bemächtigen. Jede Meile Eisenbahn, die eine benachbarte Nation früher hat als wir, jede Meile, die sie mehr besitzt, gibt ihr in strategischer Hinsicht eine Überlegenheit über uns." Die geographische Lage Deutschlands und die bitteren Erfahrungen seiner Geschichte mahnen zum entschlossenen Handeln. Die Regierungen möchten, so hofft List, hier mithelfen, „die zentrale Lage des Vaterlandes, die bis jetzt im Kriege eine Quelle unermeßlicher Übel gewesen ist, in eine Quelle unermeßlicher Wohltaten zu verwandeln, indem sie künftig dem deutschen Volke im Frieden den Zwischenhandel und die

Digitized by Google

Spedition des europäischen Kontinents sichern und im Kriege die deutschen Mächte in den Stand setzen wird, nach allen Seiten hin als Vermittler und Moderatoren aufzutreten."

Übersetzt man diesen letzten Gedanken in ein zeitgenössisches Deutsch, so könnte man etwas drastisch sagen: ein überlegenes Eisenbahnsystem gibt Deutschland die Möglichkeit und den Beruf, sich an die Spitze eines internationalen Bundes zur Sicherung des Friedens zu stellen. Das könnte die Pointierung eines Monomanen sein; List, so besessen er von einzelnen Gedanken war (wie der Zukunft der Eisenbahn und etwa der Niedertracht aller Bureaukratie), ist ein viel zu geschichtlicher Kopf, um nun in seinen glatten Formulierungen die Lösungen des Weltverlaufs zu sehen. Er war nur sehr bedingt Rationalist, auch wo er spekulierte, ging er nicht so sehr von Vernunftsätzen aus, als von der Anschauung und dem geschichtlichen Tatsachensinn, der seine Phantasie nährte.

Gewiß hat sich das Prophetentum des Jahres 1834 nicht erfüllt — aber es kommt ja gar nicht auf die fast ein bißchen unleidlich werdenden Feststellungen an, wo eine Listsche Aussage ins Schwarze traf oder doch in die inneren Ringe der Scheibe. Daß der Krieg des Jahres 1870—71 typischer Invasionskrieg war, wissen wir; das gleiche gilt für die kurländische, die serbische, für die rumänische Ausräumung. Und doch erscheint Lists Gedankengang nicht nur als der gelegentliche geistreiche Einfall eines Publizisten, sondern geschichtlich fruchtbar. Sein „Grenzkrieg" ist in gewissem Sinn doch das, was wir heute als „Frontenkrieg" haben (man überlegt sich dabei nebenher rasch, daß frons und frontière sprachlich und sachlich zusammenhängen); daß politische Landesgrenze und Front nicht mit einanderzusammenfallen, hebt den tiefen Sinn seiner Anmerkung nicht auf.

Das war ja doch der innere Grund und der weltgeschichtliche Zwang unseres plötzlichen und zerschmetternden Einmarsches in Belgien, das glänzende Eisenbahnsystem des Landes nicht den Franzosen zu lassen, sondern es in den eigenen Rücken zu bekommen: Der Kampf um das Bahnnetz, dessen Mißlingen uns wohl auch nicht den Einbruch des Gegners, sondern einen für uns ungünstigeren, faustpfandlosen Verlauf der Front gebracht hätte. List hätte seine Vermutungen über den strategischen Wert eines guten Netzes bestätigt gefunden. Aber als an der Marne die Wirkung der auf den Bahnen herbeigeschafften südlichen Reserven spürbar wurde, als an der Aisne eine „Grenze" wuchs, als sich diese von Noyon zum Artois, über Flandern zur Küste schob — da war das auch ein Kampf der Achsen und Lokomotiven. Seitdem steht die Grenze, und so furchtbar der Krieg in ihr anstieg, er riß sich nicht mehr von ihr los. Er ist an sie angebunden. Nicht nur weil auf beiden Seiten die Tapferkeit der Abwehr dem Angreifer sich entgegenstemmt, sondern weil die Bahnen hinter der Front neue ausgeruhte Massen an die undichten Sellen werfen. Man wird das nicht mißverstehen, wenn man meint, daß Lists Theorie vom „Grenzkrieg" im Westen seit

Digitized by Google

zwei Jahren, so ungeheuer die militärischen Anstrengungen waren, ihr Exempel fand. Wie sehr die zwei Vorstöße nach Polen und ihr Frontverlauf das Gesetz von der Bahn erhielten (die erst hinter der Weichsel durchgebildet war), bedarf keiner Erklärung.

Im übrigen kommt es List ja nicht so sehr darauf an, daß er mit der Meinung recht behalte: die Eisenbahnen werden einmal den Krieg selber „tot machen", als darauf: die Deutschen mögen alles tun, diese neue Kriegswaffe als Werkzeug der Verteidigung durchzubilden. So schreibt er noch einmal 1841, sieben Jahre nach dem besprochenen „Bericht an das Publikum" in einem anderen Zusammenhang: „Die Franzosen berechnen die Kosten ihrer beiden Invasionen auf 6 Milliarden Franken, wenn wir nicht irren, und eine deutsche dürfte kaum wohlfeiler zu stehen kommen. Verhindert also das Eisenbahnsystem in einem Jahrhundert nur eine Invasion, so vergütet es schon damit seine Anlagekosten zehnfältig." Nicht der theoretische Rechthaber, sondern der Patriot lenkt seinen Eifer in diesen Dingen.

List, der so vieles der Zukunft sah, wußte noch nichts von Schützengräben, Unterständen, Luftaufklärung, Gasangriffen und was sonst noch zum Handwerk der neuen Kriegstechnik gehört. Er will ja auch gar nicht als „Militär" gehört werden, sondern die Soldaten zur Aussprache herauslocken. Wir sahen, wie Moltke, der zu den frühesten Militärpublizisten auf diesem Gebiet gehört, an den eigentlichen Kriegsfragen vorbeiging. Es ist ein Stück seiner ganz persönlichen, genialen Intuition, mit der List in einem fast zufälligen, nur ein paar Seiten großen Aufsatz so nebenher die organisatorischen Probleme der Eisenbahn im Krieg hinskizziert — uns schien es lohnend, diese geistreichen Anmerkungen der Vergessenheit zu entreißen. Erst unserem Geschlecht konnten sich diese propagandistisch gemeinten Phantastereien aus der Biedermeierzeit in ihrem ganzen wirklichkeitsgesättigten Sachwert erschließen.

Notizen

Nachträgliches zur deutschen Friedensnote. „Auch wenn die Entente noch nicht in den Frieden eintreten wollte, die Gebärde ist zu deutlich, sie bestürmt alle Völker zu sehr, als daß sie in Vergessenheit geraden könnte. Die Friedenseinladung wird in weiterer Folge sehr wahrscheinlich zum Frieden führen, denn sie gibt den Wünschen aller Menschen einen zu starken Auftrieb, sie lähmt den gerade jetzt bei der Entente so sehr gesteigerten Kriegswillen, sie zeigt endlich den Weg, sie will wieder eine Aussprache. Schon in dieser Forderung liegt eine Anerkennung, daß die Entente unbesiegt ist, dem besiegten Feinde diktiert der Sieger den Frieden. Indem der Vierverband heute durch den Mund der Neutralen zur Entente spricht und sich mit ihr zum Verhandlungstische setzen will, liegt die erste Anerkennung, daß es wieder ein Europa geben kann. Das war in Vergessenheit geraten, doch nun ist es festgestellt und kann nicht wieder vergessen werden. Das Tor des Friedenstempels bleibt geöffnet und kann, wenn sich die Entente auch vielleicht noch sträubt, nie wieder ganz geschlossen werden. Dann werden auch keine Armeebefehle die Noten mehr unerwünscht begleiten. Die Regierungen der Zentralmächte haben den ersten Schritt zum Frieden auf der Grundlage der pazifistischen

Digitized by Google

Hauptforderung einer künftigen Rechtsorganisation getan, an die Stelle des Machtbegriffs ist der Menschheitsbegriff getreten." („Basler Nationalzeitung".)

Der Friedensvorschlag ist ein Sieg des vernünftigen Deutschland über das Alldeutschtum in jeder Form, ein Sieg derjenigen Kreise, die einen politischen und nicht einen militärischen Frieden wollen, weil sie einsehen, daß dieser Krieg überhaupt nicht militärisch wirklich entschieden werden kann. („N. Z. Z.".)

Daß die vielgeschmähte Note des deutschen Kanzlers der erste Schritt zu einer nunmehr unausweichlichen Lösung sein mußte, hat die Note Wilsons in glänzendster Weise bezeugt. („Avanti".)

Die italienischen Bedingungen für den Frieden. Im Anschluß an die Kammerverhandlungen über das deutsche Friedensangebot billigt die „Stampa" die Forderungen Turatis für den Frieden: Die Erlangung der Grenzen und aller wahrhaft italienischen Gebiete, sowie günstige strategische Garantien (Adria). Der „Avanti" übernimmt sie in folgender Form: Berichtigung der Grenzen, Anerkennung des Nationalitätenprinzips, Garantie für die Freiheit der Adria.

Zur Note der Zentralmächte an den Papst schreibt Marchese Filippo Crispolti im „Avvenire": Etwas fehlt in der Note und etwas ist darin zuviel. Das Zuviel besteht in diesem Satz: „Immer mehr enthüllen unsere Feinde ihre Eroberungspläne". Zunächst findet sich kein ähnlicher Satz in der an die Mächte gerichteten Note. Ferner, wenn man jemand ersucht, einen Friedensschritt zu begünstigen, nimmt man ihm nicht die Hoffnung auf das Gelingen, indem man die Gegner als eigensinnig auf dem Kampf, nicht nur um des Sieges, sondern um der Eroberungen willen, beharrend hinstellt.

Die Ministerreden: Die Angst vor der kommenden Abrechnung mit den eigenen Völkern macht sich bei allen Machthabern bemerkbar. Nur Sonnino versuchte den Weg gangbar zu halten, auf dem sich ja doch die Völker einmal finden müssen. („Basler National-Zeitung".)

Der Eindruck der Rede Lloyd Georges wird von einem Londoner Korrespondenten der „Berlingske Tidende" beschrieben: Mein Eindruck von Lloyd George und der Lage war der, daß ich einem Manne gegenüber stand, der nur für das eine atmet und lebt, um alle Kräfte der Nationen und des Reiches zu sammeln, damit jedes Opfer gebracht wird, um die Oberhand im Kriege zu erhalten, weil er in einer Niederlage die Zertrümmerung der heiligsten während mehrerer Generationen gepflegten Ideale Westeuropas erblickt. Deshalb wirft er alle politischen Rücksichten, die bis jetzt für das englische politische Leben bestimmend gewesen sind, beiseite.

Ein Friedensanzeichen? Der Rotterdamer Korrespondent des „Allgemeen Handelsblad" teilte kürzlich mit, daß in der Charter eines kleinen Schiffes, das zwischen dem 15. und 30. Dezember eine Fracht von London nach Holland zu überbringen hatte, verzeichnet wurde, daß sie in Wegfall kommen würde, wenn während dieser Zeit den Feindseligkeiten ein Ende bereitet werde. Das Blatt bemerkt dazu, man dürfe jedenfalls aus der Tatsache entnehmen, daß auch in England eine Beendigung des Krieges doch nicht für gar so unmöglich erachtet werde, wie die Presse vermuten lasse.

Wilsons Friedensnote. „Man kann davon überzeugt sein, daß der der Seele und dem Herzen nach englandfreundliche Präsident Amerikas nur unter dem Gefühl einer unberechenbar gesteigerten Gefahr für die Welt und die Zivilisation die Friedensinitiative ergriffen hat." („Nya Daglight Allehanda".)

Die Zukunftsaussichten: Mehr wie je hat man heute nach der rücksichtslos aufdeckenden Rede Lloyd Georges das Gefühl, daß am Ende eines noch Jahre dauernden Abnutzungskrieges nicht ein Sieger stehen wird, sondern der Ruin Europas. Ein Friede ist heute auf der Grundlage ehrlicher Verständigung möglich. Wird er ausgeschlagen, dann heißt es für Europa: Vernichtung. („Züricher Post".)

Digitized by Google

Die Lage gilt nicht als hoffnungslos, da man ein weiteres Entgegenkommen Deutschlands erwartet. (Haager Meldung der „N. Z. Z.")

So ungünstig im allgemeinen die Aussichten dafür stehen, daß die Friedensnote der Zentralmächte ohne weiteres zu ernsthaften Friedensverhandlungen und zum Erfolg führt, so sollte man doch meinen, daß wenigstens die Frage der Garantien und deren Präzisierung nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwindet. („N. Z. Z.")

Menschikow über Mitteleuropa. Menschikow spricht in der „Nowoje Wremja" über den Plan, eine deutsche Einflußzone von Pommern bis zum Persischen Golf zu schaffen. „Dieser Gedanke Deutschlands ist nicht extrem, sondern vom gesunden Menschenverstand gemäßigt. Deutschland muß unbedingt neues feindliches Territorium besetzen, nicht nur um sein eigenes Gebiet vor der Okkupation zu schützen, sondern auch um Tauschobjekte für die verlorenen transozeanischen Kolonien zu haben."

Das Übereinkommen in der Dardanellenfrage. Im Anschluß an die Rede Trepows schreibt „Birschewyja Wjedomostji": Ist die Verwirklichung des jahrhundertealten Traums nicht ein lichtes Ziel, das dem titanischen Ringen einen Sinn gibt? Krönt der Besitz von Konstantinopel und den Dardanellen das Haupt des erschöpften Rußlands nicht mit Lorbeeren? Wir wissen jetzt, daß der Sieg uns den grenzenlosen Horizont eröffnet und daß sich vor uns das freie Meer dehnen wird. Bisher waren die wirtschaftlichen Möglichkeiten Rußlands begrenzt. Nicht nur die wirtschaftlichen, auch die kulturellen Ziele wurden behindert. Jetzt aber kann Rußland seine Türen weit auftun und in seinem ganzen Wuchs vor Europa stehen. Außer den unmittelbaren Perspektiven, die sich vor Rußland durch die Besitzergreifung Konstantinopels und der Dardanellen eröffnet, hat die Vereinbarung auch noch eine ungeheure symptomatische Bedeutung für die Geschicke Europas im allgemeinen. Man muß sich daran erinnern, wie fast das ganze 19. Jahrhundert unter dem Zeichen des offenen und geheimen Widerstands Englands und Frankreichs gegen die nationalen Ideale Rußlands vor sich ging, das fieberhaft einen Ausgang zum freien Meere suchte. Der „kranke Mann" hätte schon lange die internationale Bühne verlassen und die Hohe Pforte wäre schon lange nicht mehr der europäische Schlüsselbewahrer, wenn nicht das tiefe Mißtrauen, das sich während langer Jahrzehnte zwischen England und Rußland gelagert hatte, eine Daseinsberechtigung der Türkei fingiert hätte. Die Trepowsche Erklärung sagt mit jedem Buchstaben laut und unwiderleglich, daß das frühere Mißtrauen in die Ewigkeit versunken ist. Würden England, Frankreich und Italien Rußland dann gestatten, am Mittelmeer festen Fuß zu fassen, wenn sie ihm gegenüber auch nur das geringste Mißtrauen hegten? Im internationalen Leben hat sich zusammen mit der Vereinbarung über die Dardanellen ein neuer Faktor gebildet, dessen Bedeutung kaum abzusehen ist, so ungeheuer ist sie. In der Welt beginnt eine neue internationale Gruppierung wirksam zu werden, deren Grundstock die durch gemeinsame wirtschaftliche Pläne verbündeten England und Rußland bilden.

Rußlands Drang nach dem freien Meer. Die Persische Diskont-Darlehens-Bank hat die Frage der russischen Kolonisation in den nördlichen Gebieten Persiens angeregt. Die Bank beabsichtigt, Landparzellen im nördlichen Teile der persischen Provinz Astrabad aufzukaufen und sie an russische Ansiedler abzutreten. Auf diese Weise ergibt sich die Möglichkeit, den russischen Einfluß in Persien zu stärken und eine gewisse Anzahl russischer Auswanderer mit Land zu versorgen. Ebenso wie in Armenien versucht die russische Regierung jetzt also auch in Persien die strategisch wichtigen Gebiete mit russischen Ansiedlern zu besiedeln.

Caillaux. „Ein Mann drängt sich durch sein Talent und seine Willenskraft auf; ein Mann, der verkannt, beleidigt wurde, ein Mann, gegen den ein gewaltiger Haß wütete und der trotzdem aufrecht bleibt, trotz der entfesselten Wut, trotz seines aufrührerischen Geistes, aufrecht

Digitized by Google

unter dem Beifall und den Ermunterungen von Franzosen, die um die Größe ihres Landes besorgt sind, wie über die Beleidigung und Drohung derjenigen, die die Waffen nicht niederlegen wollen. Dieser Mann ist Joseph Caillaux. Wir wollen die ersten sein, ihm unser Vertrauen in einer Stunde auszudrücken, in der unser heldenmütiges Vaterland die zwingende Pflicht kennt, das Genie all seiner Kinder aufzurufen. Frankreich braucht einen Finanzier. — Frankreich will einen ersten Minister, der klar zu sprechen versteht, um Gehorsam zu erlangen. — Ich kenne niemand, der das besser könnte als Caillaux ... Mögen die Patrioten wachen!" („Parole".)

Der rumänische Feldzug gleicht fast vollständig dem Herbstfeldzug in Deutschland 1813 ... der große Plan der Entente für den Krieg auf dem Balkan, der sich hauptsächlich auf die Orient-Armee Sarrails gestützt, ist kläglich gescheitert. („Nya Daglight Allehanda".) — **Ein Gewährsmann** der „Basler Nationalzeitung" sagt über den Feldzug: Man mag über Deutschland denken, wie man will: etwas Verblüffenderes als diesen gewaltigen Feldzug, der wie eine Gleichung ausgerechnet war, als diese Zysternenwagen, die bereits an die Front befördert wurden, bevor noch ein deutscher Soldat in Rumänien stand, läßt sich nicht denken!"

Norwegische Mahnung an England. Solange im Verhältnis zum Risiko bezahlt wird, hört der Schiffsverkehr nicht auf. Unterläßt man dies, wird er früher oder später von selbst aufhören, denn er kann auf Kosten der neutralen Reeder nicht aufrechterhalten werden. („Sydsvenska Dagbladet".)

Kriegsgewinn und Kriegssteuer in Schweden. Die vorgeschlagene Kriegsgewinnsteuer in der Höhe von 70 Millionen Kronen wird vom „Dagens Nyheter" als eine recht geringe Abgabe an den Staat bezeichnet. Man versteht das aus den Betrachtungen Sven Prismans in der schwedischen „Sozialen Zeitschrift", der nachweist, in Schweden könnten die neuen Vermögenswerte nach Milliarden gezählt werden.

Romain Rolland hat in der schwedischen Zeitung „Forum" einen Artikel veröffentlicht, der von dem größeren Vaterland der Völker spricht, das kommen wird und das Europa heißen wird.

Spitteler befaßt sich mit einem Protest gegen die Vergewaltigung Griechenlands.

Ein neues französisch-italienisches Institut. Das Instituto Francese di Milano beginnt mit dem neuen Jahr in Mailand seine Tätigkeit. Es wurde von der Universität Grenoble gegründet und wird gleich dem Instituto Francese di Firenze von Professor Luchaire geleitet. Das Florentiner Institut befaßt sich mit Literatur, Sprachen, Geschichte und Kunst, das Mailänder ist den ökonomischen und sozialen Wissenschaften gewidmet und wird folgende Abteilungen umfassen: 1. Eine Anstalt für internationale Wirtschaftsstudien. 2. Eine solche für internationale soziale Studien. 3. Ein Informations- und Publikationsbureau, das periodische Mitteilungen über die Strömungen der italienischen nnd französischen öffentlichen Meinung, über franko-italienische Wirtschaftsprobleme, täglich aber Informationen über Italien für das französische und über Frankreich für das italienische Publikum ausgeben wird. Ferner organisiert es die Verteilung und Verleihung von Dokumenten, Büchern, Broschüren, Zeitungen, Photographien und Diapositiven. 4. Eine Bibliothek mit allen großen französischen und italienischen Zeitungen und Zeitschriften, auch russischen und englischen usw., sowie Büchern und Schriften über internationale Probleme. 5. Abhaltung von Vorträgen in französischer Sprache.

Abschaffung deutscher Schrift in Basel. Der Große Rat von Basel hat einen Kredit von 20 000 Franken für den Druck einer neuen Fibel in Antiqua bewilligt. Die deutsche Schrift soll aus der Schule verdrängt und die lateinische an ihre Stelle gesetzt werden.

Illustrierte Zeitungen. In einer der landläufigen illustrierten Zeitungen ist eine Seite mit gefallenen Russen in einem erstürmten Schützengraben und einer toten rumänischen Schützenlinie ausgefüllt, die durch Flankierung mit einem Maschinengewehr erfaßt wurden. Beide

Digitized by Google

Bilder steigern das Grauen der Wirklichkeit durch die Starrheit mit der sie festgehalten wird so entsetzlich, daß man sich fragt, wie eine solche Brutalität in eine deutsche Zeitschrift kommen und dort geduldet werden kann.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. I. Band „Politische Urkunden zur Vorgeschichte", herausgegeben von Th. Niemeyer und K. Strupp. Jahrbuch des Völkerrechts. III. Band. Verlag Duncker & Humblot, München und Leipzig. Preis geheftet M. 20.—, geb. M. 24.—. Sammlung sämtlicher, den Weltkrieg betreffender Urkunden. Der vorliegende Band ist der erste Teil des auf drei Bände berechneten Werkes. Er enthält die politische Vorgeschichte des Krieges bis zum 28. Aug. 1914.

Österreichisch-ungarische Kriegsberichte. Heft 5: „Der Herbstfeldzug 1914 am San und an der Weichsel". Wien 1916, Verlag L. W. Seidel & Sohn, Preis 3 Kr. = M. 2.40. Authentische und fachmännische Berichte.

E. Baumann, „Mit der Garde im Osten" (Mühlmann, Halle, 1916, 183 S.). Feldpostbriefe und Tagebuchblätter eines Feldgeistlichen.

Kriegszeichnungen aus dem serbischen Feldzug gibt Albert Reich bei R. Oldenburg, München (64 S. geheftet M. 3.60). (Skizzen vom Marsch und aus dem Quartier, vom Schlachtfeld, von Land und Leuten.)

J. Versluys, Baarn in Holland, Die Kriegsziele unserer Feinde (Rembrandt-Verlag, Oberweimar i. Th. 87 Seiten). Zusammenstellung der feindlichen Äußerungen über Annexionsabsichten.

Die russische Gefahr. Die von Paul Rohrbach herausgegebenen Beiträge und Urkunden zur russischen Zeitgeschichte sind um zwei Hefte vermehrt. Heft 3 enthält die Niederschrift der 1905 gepflogenen Beratungen über die Einführung der ersten russischen Verfassung; Heft 4 legt eine Übersetzung von Äußerungen der russischen Liberalen zum Krieg vor. (Heft 3, 77 S., br. M. 1.50; Heft 4, 80 S., br. M. 1.50.)

Deutschland und China nach dem Krieg. II. Heft des Deutsch-chinesischen Verbandes (Verlag Karl Curtius, Berlin. 105 S.) Rohrbach, „Deutschland und das chinesische Geistesleben" und Wolf von Dewall, „Die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands in China". Material zur Frage der Gestaltung der deutsch-chinesischen Beziehungen nach dem Krieg.

Flanderns Wehklage und Wir, ein vlämischer Weckruf und ein deutsches Echo (Winter, Heidelberg, 63 S. 1 M.). Wiedergabe der belgischen Flugschrift „Flanderns Klage" und der deutschen Sympathiekundgebungen.

Das Weltreich und sein Kanzler (vom Verfasser des Fenriswolf) Eugen Diederichs in Jena (165 S. M. 3.60). Roman eines Mitgliedes der Quadriga in Briefform. Aufruf der Finanzmacht der Vereinigten Staaten zur Vereinigung des gesamten Weltwirtschaftskapitals zur Sicherung der Weltwirtschaftsmacht und des Völkerfriedens gegen politische Machtäußerungen.

Die Kriegsanleihen in der volkswirtschaftlichen Eigenart der einzelnen Länder (1916, geh. M. 1.80. 49 S.). Finanzwirtsch. Zeitfragen, Heft 26. Vergleichung der einzelnen Volkswirtschaften als Gesamterscheinungen. Wichtig durch den Vergleich der deutschen und englischen Kriegs- und Finanzwirtschaft.

Der internationale Kapitalmarkt im Kriege und nach dem Kriege (1916, geh. M. 2.60. 68 S.). Finanzwirtsch. Zeitfragen, Heft 27. Darstellung der durch den Krieg veranlaßten Veränderungen auf dem Markte der Leihkapitalien, der inneren Märkte und der Beziehungen der Länder untereinander.

Unser Geldwesen nach dem Kriege (1916, 46 S., geh. M. 1.80). Finanzwirtsch. Zeitfragen, Heft 28. Untersucht die künftige Einrichtung

Digitized by Google

unseres Geldwesens, die Fragen des Goldbedarfs, der Geldwährung und Goldkernwährung.

Prof. Dr. K. Th. von Eheberg, Die Kriegsfinanzen. (124 S. M. 2.—. A. Deichertsche Verlagsbuchh., Leipzig.) Behandlung der finanzwirtschaftlichen Maßnahmen des Deutschen Reichs und der wichtigsten anderen Staaten.

Vaterländischer Hilfsdienst, Reden zur Vorlage des Gesetzes im Reichstag. 86. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg". Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. (32 S. 50 Pfg.)

Adolf v. Harnack, Aus der Friedens- und Kriegsarbeit (Verlag Toepelmann, Gießen 1916, VIII und 373 S., geb. 10 M.). Reden und Vorträge aus der Geschichte des Christentums und der Kirchen, der Kultur- und Wissenschaftsgeschichte. Schriften und Reden zum Weltkrieg, Äußerungen einer ruhigen, vornehmen Gesinnung, geben diesem dritten Band der Reden und Aufsätze allgemeinen Gegenwartswert.

Hermann Jaques, Erinnerungen eines Zivilisten 1914—1916. (137 Seiten, E. Köpke, München 45.) Tagebuchblätter aus Holland, Belgien und deutschen Städten.

Frauenberufsfragen und Bevölkerungspolitik nennt sich das Jahrbuch 1917 des Bundes deutscher Frauenvereine (B. G. Teubner, Leipzig). In der Hauptsache Aufsätze zur wirtschaftlichen Überleitung in den Frieden und einbevölkerungspolitisches Programm der Frauenbewegung.

Franz Köhler, „Die Reichskalorienkarte". Vorschlag zur einheitlichen Regelung und Lösung der Ernährungsfrage. (J. F. Lehmanns Verlag, München. 38 S. M. 1.20.)

Schafft billige Lebensmittel, zwei Flugschriften von Germanus, bei Piloty & Löhle, München (187 S. und 68 S. 2 und 1 M.) treten für die kleine Privatwirtschaft ein.

Länderkunde

Dr. A. Wirth, Vorderasien und Ägypten. (Union, Deutsche Verlagsges., Stuttgart. 396 Seiten mit 82 Abb. und 1 Karte.) Schilderung der Geschichte, Ethnologie, Religion und Wirtschaft Vorderasiens mit Heranziehung des für die Gegenwart wesentlichen historischen Stoffes und hauptsächlicher Konzentration auf die Darstellung der gegenwärtigen Zustände, gesehen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen der Großmächte.

Das schöne Kurland. Von Carl Meißner. Mit 155 Abb. R. Piper & Co., München. M. 2.80. Abbildungen, die uns eine Vorstellung von der deutschen Kultur Kurlands geben. Sowie ein kurzer Abriß der Geschichte Kurlands, besonders seiner deutschen Kultur.

Kolonien

Dr. H. W. Solf, „Die Lehren des Weltkriegs für unsere Kolonialpolitik" (Nr. 85 des „Deutschen Kriegs", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 25 S. 50 Pf.). Wiedergabe des ruhigen weitausschauenden Vortrages.

F. Baltzer, Die Kolonialbahnen, mit besonderer Berücksichtigung Afrikas. (G. J. Göschen.) Geschichte und Beschreibung der bisher in Afrika gebauten Kolonialbahnen, Übersicht über ihre wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung; leicht verständliche Darstellung des Baues und Betriebes deutscher Kolonialbahnen. Ausstattung mustergültig.

Recht

Heinz Horstmann: Handelsverträge und Meistbegünstigung (Karl Heymann's Verlag Berlin, 189 S. 5 Mark). Zusammenstellung der europäischen Handels- und Meistbegünstigungsverträge Deutschlands, Nachweis der Wirkung der Meistbegünstigung mit dem Schluß, daß wir „mit einer Verfeinerung des Systems auf dem bisherigen Wege unserer Handelspolitik weiter voran schreiten können."

Kriegsschäden und Wiederherstellung, eine Skizze von Dr. Ernst Buzicka (Manzsche Buchhandlung, Wien 1916. 69 S. 3 Kr.). Systematische, kurz zusammenfassende Darstellung der Kriegsschäden und ihrer Tilgung.

Biographien

Briefwechsel Johann Kaspar Bluntschlis mit Savigny, Niebuhr, Leopold Ranke,

Digitized by Google

Jakob Grimm und Ferdinand Meyer, hsg. von Wilhelm Oechsli. Verlag Huber & Co., Frauenfeld. Preis M. 5,50 X und 243 S. Wichtige Quelle zur Geschichte der Schweiz in den 20er und 40er Jahren und Zeugnisse eines wechselseitig anregenden geistigen Verkehrs.

Werner Siemens, seine Person und sein Werk. Festrede zum Gedächtnis der hundertsten Wiederkehr des Geburtstages von Werner Siemens. Von E. Diblmann. (Verlag Julius Springer, Berlin 1916. 39 Seiten, M. 1.—.)

Conrad Matschoß, Werner Siemens. (Auswahl seiner Briefe.) Zwei Bände. Julius Springer, Berlin. 1916. Geb. Preis M. 20.—. Ergänzung zu den Lebenserinnerungen durch tausend Briefe aus einem vielverzweigten inhaltsreichen Briefwechsel in zwei gut gebundenen Bänden.

Ernst von Wildenbruch erhält im Zusammenhang mit der Ausgabe seiner gesammelten (in 17 Bänden zu je M. 5.—) durch B. Litzmann die erste wissenschaftlich angelegte Biographie in zwei Bänden (I. Band 390 Seiten, II. Band IX und 413 Seiten; geh. je M. 7.—, geb. je M. 10.—.) In einem reichen Lebenswerk spiegeln sich Geist, Geschichte und Gestaltung des heranwachsenden Deutschen Reiches.

A. Riedler: Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft. Jul. Springer, Berlin 1916. VIII, 249 S. br. M. 5.—. Biographie eines modernen Großindustriellen auf dem Hintergrunde der wissenschaftlich technisch fundierten Großbetriebe und Großwirtschaften.

Eine Gedächtnisnummer für Kaiser Franz Joseph ist die Kriegsnummer 124 der Leipziger Illustrierten Zeitung des Verlags J. J. Weber, Leipzig, mit vielen Abbildungen aus dem gesamten Leben des Kaisers. M. 2.—.

Der Kaiser. (Ein Bildnis Wilhelms II.) Von Willy Pastor, 1916. 8°. M. 1.—. Reichsverlag Hermann Kalkoff, Berlin.

Philosophie; Erziehung

G. W. Leibniz Deutsche Schriften. 1. Band Muttersprache und völkische Gesinnung, 2. Band Vaterland und Reichspolitik. (161—162 der Philosoph. Bibl. Felix Meiner, Leipzig, br. M. 2.—, geb. M. 2,60.) Ausgrabung vergessener Schriften zur Politik. Aufsätze älterer Art und Betrachtungen über die Gegenwartsfragen seiner Zeit. Beide Gruppen für die Klärung völkischer Gesinnung noch heute fruchtbar.

Wilhelm Wundt: „Leibniz" (132 Seiten, Alfred Kröner, Leipzig 1917) skizziert Leibniz in seinem Verhältnis zur Zeit, zu vorausgegangenen Denkern und in seinem Wirken für die neue Wissenschaft und Philosophie. –

Max Stirner. Kleinere Schriften und seine Entgegnungen auf die Kritik seines Werkes „Der Einzige und sein Eigentum" aus den Jahren 1842—48, herausgegeben von John Henry Mackay, zweite durchgesehene und sehr vermehrte Auflage. (Treptow, Bernhard Sarcks Verlag. 417 S.)

Valckenier Kips, Professor des Staatsrechts zu Delft, Der deutsche Staatsgedanke. (S. Hirzel Verlag, Leipzig. 70 Seiten, M. 1.20.) Vergleich der germanischen und romanischen Staatsauffassung.

Zur staatsbürgerlichen Erziehung vor und nach dem Kriege äußert sich Dr. Ad. Matthias in einer klärenden Schrift (Verlag S. Hirzel, Leipzig. 47 Seiten, M. 1.20) im Hinblick auf die allgemeine Neuorientierung gegenüber der bisherigen Überwertung des Beamtentums, des Intellektualismus in der Gelehrtenwelt, den parteipolitischen, sozialen, konfessionellen Engherzigkeiten.

Karl Ludwig Schleich, Aus Asklepios Werkstatt (268 Seiten, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart. Geb. M. 4.—). Populäre Betrachtungen über das Wesen und die Art der Krankheiten, über Einrichtungen, Schädigungen und gesundheitliche Vorzüge der Lebensweise, Ratschläge für das Haus und die Reise.

Geschichte

Das geschäftliche Leben im alten Babylon von Dr. Walter Schwenzner. (Leipzig, J. C. Hinrichs 1916, 32 Seiten, M. —.60). Gemeinverständliche Bilder aus einem wohlorganisierten Kaufmannsstaat des alten Orient.

Heinr. Margulies: Der Kampf zwischen

Digitized by Google

Bagdad und Suez im Altertum. Deutsche Orient-Bücherei. Heft 21. G. Kiepenheuer, Weimar. 54 S. M. 1.20.) Darstellung des Kampfes zwischen Babylon und Ägypten um ein einheitliches Wirtschaftsgebiet vom Indischen Ozean zum Mittelmeer (mit den Außenposten Suez und Bagdad) als ursprünglichen Ziels der orientalischen Weltpolitik. Nachweis der weltpolitischen Bedeutung Palästinas.

Prof. Adam Szelagowski, Der Kampf um die Ostsee (1544—1621). Mit einem Vorwort von Geh. Hofrat Professor Dr. S. Günther. Berlin Neue Deutsche Bücherei, geh. M. 3.— Historische Bilder vom Beginn der Zeit, wo die Ostsee eine geschichtliche Rolle zu spielen anfing bis zur Zeit Gustav Adolfs mit besonderer Betonung der Jahre 1544 bis 1621 dem einstweilen entscheidenden Augenblick der Festsetzung Schwedens.

Dr. Paul Simon, Geschichte der Stadt Danzig, (Verlag A. W. Kafemann, Danzig). Von dem auf vier Bände berechneten Werk wird die 5. Lieferung (Bd. II) vorgelegt. (Danzig in der ersten Hälfte des 16. Jahrh.)

Dr. Bassermann Jordan, Die Verwüstungen des pfälzischen Weinbaugebietes durch die Franzosen in früheren Kriegen. Pfälzische Verlagsanstalt, Neustadt a. d. Haardt, 31 S. mit 16 Abb.

Das Charakterbild Karls II. von England (1660—85), von Marquis von Halifax geschrieben, wird in erster deutscher Übersetzung von Tönnies bei Karl Curtius, Berlin (107 Seiten) herausgegeben. Einen großen Teil des Buches nehmen die weisen politischen Gedanken ein.

Thomas Carlyles Geschichte Friedrich II. von Preußen beginnt in einer neuen deutschen Übersetzung von J. Neuberg in sechs Bänden in R. von Deckers Verlag, Berlin, zu erscheinen. Der erste Band (in Pappe M. 7.—) ist Gewähr für die zuverlässige Neuauflage des Werkes, mit dem der englische Geist dem deutschen und sich selbst ein dauerndes Denkmal gesetzt hat.

Prof. Herm. Schilling, „Englands Werdegang" (44 S. 80 Pfg. Walter Möschke Verlag, Leipzig).

Theodor Preyer, Ägypten und Indien. (203 Seiten. Ullstein Verlag, Berlin. M. 1.—) Schilderung des Kampfes Englands um Indien und den Suezkanal, „die beiden Säulen des britischen Weltreiches", und der Bestrebungen Englands um den Ausbau eines zusammenhängenden asiatisch-afrikanischen Imperiums.

Die Denkschrift über die russische Agrarreform von 1909 bis 1913, wenige Monate vor Ausbruch des Krieges von Kriwoschein verfaßt, wird in deutscher Übersetzung vom Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar (55 Seiten, M. 2.—) herausgebracht. Ausgezeichneter Einblick in das russische Wirtschaftsleben.

Die deutsche Geschichtschreibung von den Befreiungskriegen bis zu unseren Tagen von Georg von Below, der Freiburger Historiker (XIII und 184 Seiten. Verlag Quelle & Meyer, Leipzig. Geb. M. 4.—). Würdigung aller historischen Betrachtungsweisen vom 18. Jahrhundert an mit Einbeziehung der Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Die inneren Zusammenhänge aufzeigender Führer durch die geschichtliche Literatur des 19. Jahrhunderts: von der Erweckung des deutschen Volksgeistes durch die romantische Wissenschaft bis zum nationalen Staat unserer Zeit.

Aus Deutschlands Vergangenheit. (Geschichtsbilder in der Erzählungskunst.) Herausgegeben von A. Enzinger und W. Hausmann, Verlag R. Oldenbourg, München. 1916 (V und 492 S., geb. 5 M.) Zeitlich geordnetes gutes Lesebuch für das Haus.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 19. Januar 1917 • Heft 3

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Deutsche Worte und englische Sorgen

Von Dr. Paul Rohrbach

Die deutsche Note vom 11. Januar war eine vortreffliche Überraschung, vortrefflich in ihrem Wortlaut und ihrer Anlage, und daher auch in ihrer Wirkung. Mit Kraft und Geschick, in wenigen Worten, wird die Schuld am Kriege, von der England selbst gesagt hat, ihre fortgesetzte Diskussion sei notwendig für die Friedensverhandlungen und den Frieden, der Entente zugewiesen. Eben die Erwerbungen, die England und Rußland, Frankreich und Italien jetzt in ihren amtlichen Kundgebungen als Kriegsziel aufstellen, bildeten schon Jahrzehnte vorher den offen verlangten Gegenstand des Begehrens unserer heutigen Feinde. Was hat Rußland vorher gewollt? Konstantinopel, die Vorherrschaft im Balkan, die Zertrümmerung Österreich-Ungarns! Was England? Beseitigung der deutschen Konkurrenz, Brechung der deutschen Weltpolitik! Was Frankreich? Elsaß-Lothringen! Was Italien? Trient, Triest, die Alleinherrschaft über die Adria, ein Stück Balkanhalbinsel! Von diesen und ähnlichen Forderungen hallten die Presse, die politischen Bankette, ja sogar Parlamentsreden und Äußerungen verantwortlicher Staatsmänner von Moskau bis Paris, von London bis Rom Jahrzehntelang wider. Wir bringen über dieses Thema im selben Hefte aus geschätzter Feder noch einen besonderen Aufsatz und können uns daher hier auf den kurzen Hinweis beschränken, daß eben in diesem Zusammenfallen der alten Wünsche und der neuen Kriegszielforderungen unserer Gegner der schlagendste Beweis dafür liegt, daß unsere Note den Kern der Sache trifft, indem sie kurz auf die Einkreisungspolitik Englands, die Revanchepolitik Frankreichs, das Streben Rußlands nach Konstantinopel usw. hinweist. Auch die Erinnerung daran, daß England noch im Jahre 1887 unter gewissen Voraussetzungen nichts gegen einen deutschen Durchmarsch durch Belgien gegen Frankreich hatte, ist schlagend — so schlagend, daß man fragt, warum dieser Trumpf nicht schon viel früher statt in den Spalten halbamtlicher Blätter auch in amtlichen Noten oder Reden verwendet worden ist. Dort wird er von den Feinden totgeschwiegen, hier erzwingt er sich Beachtung und Wirksamkeit.

Digitized by Google

Die deutsche Note richtet sich nur an die Neutralen und verzichtet auf Weitergabe an die Feinde. Die Gegner, heißt es, hätten den deutschen Vorschlag zu Verhandlungen abgelehnt, weil es ein Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung sei — und die Form, in die sie ihre Mitteilung kleideten, schließe eine Antwort an sie aus. In der Tat, so ist es. Brutalität und Unaufrichtigkeit erreichen in der feindlichen Antwort ein Maß, daß wir uns nur etwas vergeben würden, wollten wir den Verfassern noch weitere Mitteilungen zukommen lassen, als durch das Schwert. Das Schwert ist gut; es wird eine so deutliche Sprache führen, wie nötig ist, um die Ententegenossen, wenn sie die Unterhaltung wieder aufnehmen wollen, erst sauberere und ehrlichere Ausdrücke finden zu lassen.

Den Rekord der Unanständigkeit hat übrigens wohl der englische Minister Barnes erreicht. Dieser sagte neulich: mit einem wilden Tiere — Deutschland — könne man nicht verhandeln und Frieden schließen. Herr Barnes ist, wie die Zeitungen mitteilen, Arbeitervertreter im englischen Ministerium und war vorher Maschinenschlosser. Das ist ein sehr ehrenwerter Beruf, und man kann nur bedauern, daß Barnes ihn durch ein so ödes Geschimpfe kompromittiert. An dem Ruf eines ordentlichen Gewerkschaftsvertreters, mag er Schlosser oder sonst etwas sein, ist, was anständige Tonart betrifft, nach unseren bisherigen Erfahrungen in diesem Kriege immer noch mehr zu verderben, als an dem Ruf manches englischen Ministers. Schade, daß Gewohnheiten, die Barnes in seinem neuen Kreise vorfand, so schnell auf ihn abgefärbt haben.

Im übrigen: Wer schimpft, hat unrecht, das ist ein altes Sprichwort, und man kann hinzufügen, daß der Schimpfende in der Regel nicht nur unrecht hat, sondern auch selber fühlt, daß er im Unrecht ist. Im ersten Augenblick des Zornes und der Verbitterung, zumal wenn sich Lüge und Verachtung alles Anstandes in einer solchen Flut offenbarten, wie von der englischen Seite gegen uns, mag auch Schelten verzeihlich sein. Mit der Zeit hört das aber bei ehrlichen und tapferen Kämpfern auf. Solche wissen, daß man den Gegner nicht mit Worten bezwingen kann. Wo hört man heute noch in Deutschland „Gott strafe England" sagen? Wo hört man noch „Haßgesänge"? Diese Dinge sind bei uns vorbei. Wir haben uns schon lange darauf besonnen, daß es Taten, nur Taten gilt, um einen Gegner wie England niederzuzwingen. Am Anfang des Krieges hörte ich einmal eine Geschichte aus dem Gefangenlager von Ruhleben erzählen. Jemand hatte mit Kreide an den Zaun geschrieben: „Gott strafe England!" Darunter stand von der Hand eines Engländers: because you can't do it yourself! Weil ihr es nicht selber könnt! Was der Engländer damit ausdrücken wollte, das haben wir uns in Deutschland sehr bald gesagt, und wenn wir jetzt Minister vom Kaliber des Herrn Barnes in ihrer blinden Wut gegen Deutschland sich so weit vergessen sehen, so empfinden wir mit Befriedigung, daß unsere Kriegführung gegen England doch recht wirksam geworden sein muß.

Fünfhunderttausend Tonnen Schiffsraum im Monat, davon mehr als die Hälfte

Digitized by Google

englisch — bei dieser Versenkungsziffer ist es schon begreiflich, wenn Leute wie Barnes, da ihnen offenbar nichts besseres zur Hand ist, zu einem bösen und ohnmächtigen Schimpfwort greifen. Uns berührt das nicht weiter, und wir finden es falsch, wenn die Zeitungen bei uns Entrüstung äußern. Entrüstung lohnt hier gar nicht; es liegt nur Grund zur Befriedigung vor. An der Tonart drüben kann man wie an einem Barometer ablesen, wie gut dort unsere Lage eingeschätzt wird und wie schlecht die eigene. Schlecht steht es bei der Entente vor allen Dingen militärisch. Auf diesem Gebiet sind die Dinge aber noch im Fluß, und ohne Zweifel haben wir im Winter oder Frühjahr starke feindliche Anstrengungen zu erwarten. Wir wollen also nicht weiter von den augenblicklichen militärischen Nöten der Entente sprechen, sondern statt dessen an etwas anderes erinnern, wovon zuerst vor einigen Monaten ausführlich in der „Deutschen Politik" die Rede war. Das ist die drohende und teilweise schon eingetretene Getreidenot des Vierverbandes. Ein Hamburger Kaufmann, Henry P. Newman, weist in den Mitteilungen des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse" von neuem darauf hin, wie schlecht es in dieser Hinsicht den Feinden zum Frühjahr gehen wird, schlechter jedenfalls als uns. Newman stellt in seinem Aufsatze fest:

1. Die Ernten in den europäischen Konsumländern sind in Frankreich und England, unter besonders ungünstigem Erntewetter, noch schlechter als bisher angenommen ausgefallen. Italien hat, bei einer leidlichen Weizenernte, durch seine gänzlich verunglückte Maisernte ein enormes Defizit.

2. Die Ernten in den Ausfuhrländern der nördlichen Halbkugel — Vereinigte Staaten und Kanada — sind jetzt beendet und so schlecht ausgefallen, daß man in ersterem Lande, in welchem die Anbaufläche von Weizen jetzt wiederum erheblich zurückgegangen ist, zum Schutze der eigenen Versorgung an ein Getreide-Ausfuhrverbot denkt und schon jetzt, ein bisher beispielloses Vorkommen, Mais aus Argentinien einführt.

3. Die Ernteaussichten auf der südlichen Halbkugel — Erntebeginn im Januar/Februar — haben sich in dem wichtigsten, weil den Konsumländern am nächsten gelegenen Argentinien fabelhaft verschlechtert. Starke Trockenheit vernichtete die Leinsaatfelder bereits. Die Weizenaussichten sind nur im Süden der Republik ziemlich gut zu nennen, überall sonst, immer laut englischen Kabelberichten, direkt schlecht. Die Aussichten für die erst im April/Mai reifende Maisernte sind schlecht, und man rechnet mit einem so kleinen Ertrag, daß auch dort die Idee eines Ausfuhrverbotes erörtert wird, zumal der eigene Bedarf in Argentinien infolge der durch die Trockenheit ausgefallenen Heuernte beträchtlich gesteigert wird. In Indien sind die Aussichten bis jetzt, bei günstigem Monsun, nicht schlecht; immerhin kann Indiens Ausfuhr unter den jetzigen Verhältnissen niemals eine maßgebende Rolle spielen. Australien wird, bei einer allerdings 10% kleineren Anbaufläche und eine normale, noch keineswegs gesicherte Entwicklung des Korns vorausgesetzt, einen Ausfall von 25% gegen das Vorjahr, immerhin aber mit den Restanten der letzten großen Ernte einen ziemlich erheblichen Exportüberschuß haben dessen Verwertung aber infolge der ungeheuer langen Reisedauer der Schiffe sowohl der Regierung des Commonwealth wie derjenigen Großbritanniens böses Kopfzerbrechen macht.

4. Die Dardanellen und damit die Kornkammer Rußlands und Rumäniens bleiben, wie jetzt auch die Engländer wissen müssen, der Entente verschlossen.

Digitized by Google

Es ist begreiflich, daß in England diese Dinge nicht zu laut behandelt werden, und man kann sich im Grunde nur wundern, daß immerhin noch ziemlich viel, wenn auch in gedämpften Tönen, von ihnen die Rede ist. Die Sorge ist groß, und das Wort „regardless of price" — „koste es was es wolle" — in bezug auf das notwendige Quantum Brotgetreide ist heute schon das stillschweigend befolgte Motto für die Heranschaffung des Korns. Die Weizenpreise in England sind jetzt bedeutend höher als bei uns; nach englischen Begriffen unerhört hoch, aber es gibt genug Stimmen, die da sagen, es könnten vor der nächsten Ernte noch Zeiten kommen, wo man die Preise von heute für „lächerlich billig" halten würde.

Ist es nicht eine wirklich grimmige Ironie der Weltgeschichte, daß England und seine Bundesgenossen sich jetzt schon mehr Sorge machen müssen als wir, wie sie den Krieg durchhalten sollen, bis es wieder neues Brot gibt? Der Weltmarkt und alle Wege über den Ozean stehen den Engländern offen, und doch klopft die Not an ihre Tore; das belagerte Mitteleuropa aber hat seinen Vorrat in der Scheuer, und wenn er auch knapp ist, so wissen wir doch, daß wir reichen werden und daß das Brot in drei oder sechs Monaten bei uns nicht teurer sein wird als heute.

Englands fernerer Kriegswille ist also, abgesehen von den sonstigen Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, mit der Ernährungsfrage belastet und diese Last wiegt schwer, schwerer als die öffentliche Meinung in den Ententeländern heute im Durchschnitt sich schon bewußt ist. Der große Kriegsrat in Rom hat natürlich auch über die Getreidenot verhandelt. Italien ist besonders schlimm dran, denn außer Brot fehlt den Italienern auch die Kohle. Kohle liefert ihnen England zu Wucherpreisen, aber Brot kann es nicht aus der Erde graben. Trotzdem hat Lloyd George Fortsetzung des Krieges verkündet, bis Deutschland zu Boden geworfen sei. Es scheint nach zahlreichen Anzeichen in der englischen Presse, daß hinter diesen Worten diesmal ein ganz besonderer Entschluß steckt, der indes in Wahrheit weniger auf die direkte Niederwerfung Deutschlands abzielt, als darauf, England in den Besitz eines entscheidenden Vorteils zu bringen, durch den gleichzeitig die deutsche Zukunft verbaut wird. Schon früher haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß es in England zwei „Schulen" in bezug auf die Methode und das Ziel des Krieges gibt, die westliche und die östliche. Die eine sucht die Entscheidung in Flandern und Frankreich durch Zerbrechung der deutschen Front, die andere sucht sie im Orient, indem sie die beiden europäischen Mittelmächte vom Balkan und der Türkei trennen, die Seeverbindung mit Rußland herstellen und die Türken zugleich an den Meerengen, in Kleinasien, Armenien, Syrien und Mesopotamien überwältigen will. Dies letztere Ziel tritt jetzt offensichtlich in den Vordergrund der englischen Kriegsidee. Anscheinend stellt sich Lloyd George den weiteren Verlauf der Dinge so vor, daß England durch einen Angriff mit gewaltigen Kräften gleichzeitig vom Mittelmeer und vom Persischen Golfe her die dazwischen liegenden türkischen Länder erobert; auf ihren Besitz gestützt, seine Friedensbereitschaft erklärt —

Digitized by Google

und dann im Frieden Herr zwischen der syrischen Mittelmeerküste und der Mündung des Euphrat und Tigris bleibt!

Unser Mitherausgeber Jäckh hat im vorigen Hefte, in seinem Artikel über den englischen Frieden, auf Seite 44, die Ausführungen des englischen Blattes „New Statesman" über die Kriegslage, so wie sie sich diesem Engländer darstellt, mitgeteilt. Sie sind ein Zeugnis dafür, wie gewaltig auch bei den Engländern der Eindruck unserer Stärke ist. Der „New Statesman" übertreibt in ganz lächerlicher Weise, und es wird weder in England, noch sonstwo auf der Welt jemanden geben, der da glaubte, daß Deutschland mit Friedensbedingungen, wie sie dort genannt sind, gesiegt oder überhaupt einen Erfolg erreicht hätte. Das aber ist nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist vielmehr etwas anderes. Unsere Leser werden bemerkt haben, wie sehr die Ausführungen des „New Statesman" an den Vortrag erinnerten, den der englische Politiker Garvin, der Herausgebers des „Observer" und anderer Blätter, im vergangenen Sommer in der Kolonial-Gesellschaft in London hielt. In der „Deutschen Politik" ist damals wiederholt von Garvins Hauptthese die Rede gewesen: Einstweilen habe Deutschland den Krieg gewonnen, denn die Mittelmächte behaupteten die Verbindung mit dem Orient, das bedeute Bedrohung Ägyptens und in weiterer Folge Indiens und des gesamten englischen Reichs! Garvin sagte im Zusammenhang hiermit, so lange die Verbindung zwischen Mitteleuropa und dem Orient, d. h. die Okkupation von Serbien und das Bündnis mit Bulgarien, für Deutschland bestehe, sei und bleibe der Krieg für England verloren. Ganz ähnlich heißt es jetzt im „New Statesman", nur mit der Übertreibung, Deutschland könne sogar alle besetzten Gebiete zurückgeben, auf einen Teil Elsaß-Lothringens und auf seine Kolonien verzichten, und es würde immer noch Sieger sein, wenn es nur seinen Einfluß bis nach Bagdad und bis nach El Arisch geltend zu machen vermöge! Das ist heller Unsinn, aber man sieht daraus, wie stark sich das englische Denken auf diese Gebiete konzentriert, und man kann als sicher annehmen, daß Lloyd George, mögen seine Reden lauten wie sie wollen, genau entschlossen ist, als die wirklich maßgebenden englischen Interessen diejenigen im Orient zu behandeln. Um die Bundesgenossen und die „Schakale" Englands — wir machen darauf aufmerksam, daß dieser Ausdruck für die kleinen englischen Verbündeten aus englischem Munde, der Wochenschrift „Truth" stammt, die der Abgeordnete Dr. Naumann in seiner Reichstagsrede vom 11. Oktober/November zitierte — bei den Beratungen in Rom für Englands Orientziele gefügig zu machen, wird wohl auch Lloyd George persönlich in erster Linie dorthin gegangen sein.

Ganz ohne Zweifel bedeutet Lloyd George einen neuen und starken Faktor für den englischen Entschluß, „durchzuhalten", einen Faktor, mit dem man eigentlich erst anfing zu rechnen, als deutlich wurde, wie Großes der Mann für die Munitionsherstellung geleistet hatte. Sein Gedanke als Munitionsminister war, den Krieg an unserer Westfront durch einen unerhörten und überraschenden Aufwand an Geschossen

Digitized by Google

für England siegreich zu beenden, indem wir unter Granaten verschüttet wurden. Der Hagel der englischen Artillerie war furchtbar, aber unsere Truppen haben standgehalten, und es ist klar, daß eine Wiederholung des Versuchs vom Juni bis zum Dezember 1916 den Engländern und Franzosen jetzt nichts mehr fruchten würde. Wir sind vorbereitet und gerüstet, auch wenn es noch schlimmer kommen sollte, als es das erstemal kam. Also will Lloyd George den Sieg für England oder wenigstens den Gewinn für England aus dem Kriege jetzt an einer anderen Stelle suchen, und zwar, wenn nicht alles täuscht, auf der Linie zwischen Zypern und Basra. Er mag kommen — er wird unsere Bundesgenossen samt uns auch hier gerüstet finden und seine Niederlage erleben!

*

Unmittelbar nach dem Abschluß dieser Zeilen kommt die Veröffentlichung der Zehnverbandsnote an den Präsidenten Wilson. Zunächst wird die Entente nicht sehr glücklich darüber sein, daß wir mit unserer Anrede an die Neutralen zwölf Stunden früher da waren. Wären wir hinterhergekommen, so hätte es geheißen: Welch matter Aufguß nach unserer kräftigen Sprache! Jetzt geht das nicht; umgekehrt — wir haben anständig, friedensbereit und fest geredet, die Feinde aber als die säbelrasselnden militaristischen Bramarbasse. Die Ententegenossen sind wie die Spieler, die mit schlechten Karten beim Pokern sitzen. Man kann auch dann gewinnen, — wenn man den Gegner zu „bluffen" vermag, das heißt, ihn einzuschüchtern, indem man tut, als ob man ein sicheres Spiel in der Hand hätte. Wer blufft, muß aber auf jeden Fall den Vorteil für sich haben, daß ihm niemand in die Karten sehen kann. Bis zu einem gewissen Grade ist natürlich die Lage in jedem der kriegführenden Länder für die Gegenpartei undurchsichtig, und je nach dem Temperament scheinen dem einen die eigenen Schwierigkeiten, dem anderen die beim Gegner vermuteten schwerer für den Ausgang zu wiegen. So weiß zwar auch die Entente, wie es bei ihr steht, aber sie hofft auf die Not bei uns, und sie hofft, wenn sie nur den Mund recht weit aufreißt, würden die eigenen Völker und die Neutralen weniger an die Entente-Nöte, als an die mitteleuropäisch-orientalischen glauben. Daher das mit dem Maurerquast auf eine Riesenfläche hingemalte Kriegsziel! Wenn aber irgendwo, so gilt hier das Wort: weniger wäre mehr gewesen! Die Hälfte oder ein Drittel — und man hätte für möglich halten können, daß die Optimisten unter den Ententepolitikern selbst an den Zauber glauben, den sie der Welt vormachen wollen. Das aber, was sie jetzt als „Bluff" produziert haben, ist, wenn man es mit der wirklichen Lage, wie jedermann über sie urteilen kann, vergleicht, zugleich so frech und so lächerlich, daß es einstweilen nicht lohnt, mehr Worte darauf zu verwenden!

Digitized by Google

Die Antwort der Entente

Von Albert Osterrieth

Nach mehr als zweijähriger Dauer des Krieges, der Millionen Menschenleben vernichtet, weite Gebiete verwüstet, den Wohlstand der Völker zerrüttet, der die Macht- und Kulturstellung Europas schwer gefährdet, haben die Mittelmächte das Angebot gemacht, in Friedensverhandlungen einzutreten.

Nach 14tägiger Beratung antwortet die Entente. Die Antwort bringt eine glatte Ablehnung. Das war nach den Preßäußerungen des feindlichen Auslandes zu erwarten und hat niemanden überrascht.

Welche Gründe führt nun die Entente für ihren folgenschweren Entschluß an, den Kampf weitergehen zu lassen?

Eine genaue Prüfung dieser denkwürdigen Urkunde ergibt, daß die Ententemächte ihre wirklichen Gründe nicht angeben wollen und sich hinter Ausflüchten verstecken, die trotz der advokatorischen Geschicklichkeit ihrer Verfasser ziemlich durchsichtig sind.

Zunächst werden rein formalistische Einwände erhoben:

Der Versuch, die Verantwortung für den Krieg auf die Alliierten abzuwälzen und die Verkündung des Sieges der Mittelmächte seien geeignet, jeden Verhandlungsversuch zur Unfruchtbarkeit zu verurteilen. Außerdem sei eine Friedensanregung ohne Bedingungen für Eröffnung der Verhandlungen kein Friedensangebot.

Jeder unbefangen Urteilende muß erkennen, daß das keine stichhaltigen Gründe für den folgenschweren Entschluß sind, die Einleitung einer Erörterung über Friedensverhandlungen abzulehnen.

Es ist niemals der Zweck einer Friedensverhandlung gewesen, die geschichtliche Wahrheit über die Ursachen und den Anlaß eines Krieges festzustellen, noch ein richterliches Urteil über die Schuld an dem Ausbruch des Krieges zu fällen. Wenn sich auch feindliche Staatsmänner und die jeder Selstbeherrschung bare Presse der Ententeländer das Richteramt über die Zentralmächte angemaßt haben, werden die Ententeregierungen nicht erwarten, daß man ihr Urteil anders als parteiisch auffasse.

Daß die Mittelmächte in der Rolle des Siegers in die Friedensverhandlungen eintreten wollen, haben sie nie erklärt. Der deutsche Reichskanzler hat lediglich seiner Pflicht und dem guten Recht Deutschlands entsprechend kraftvoll betont, daß die gegenwärtige Kriegslage den Verdacht ausschließe, als ob es ein Gefühl der Schwäche und der Besorgnis vor dem Ausgang des Krieges sei, das die Mittelmächte veranlaßt habe, die Friedenshand auszustrecken. Hat doch der Reichskanzler zugleich verkündet, daß die Vorschläge, die die Mittelmächte zu machen hätten, eine geeignete Grundlage für eine Verständigung seien. Darin lag die Anerkennung, daß die Mittelmächte nicht

Digitized by Google

daran denken, die Friedensbedingungen einseitig vorzuschreiben, wie dies wohl der Sieger zu tun in der Lage ist.

Und — eine Friedensanregung ohne Friedensbedingungen sei kein Friedensangebot!

Der Widersinn dieser Worte liegt am Tage, so sehr am Tage, daß er die bittere Verlegenheit der Ententeregierungen offenbart, sich offen und ehrlich auszusprechen.

Eine Friedensanregung hat den Zweck, den Gegner zu einer Äußerung zu veranlassen, ob er ein Friedensangebot anhören oder erwägen wolle. Nur darum konnte es sich im Dezember 1916 handeln.

Und schon diese Anregung haben unsere Gegner höhnisch zurückgewiesen. Auf das „Warum?" — gibt die Ententenote keine Antwort.

Dagegen enthält die Note Ausführungen, die in gewissem Sinne die Friedensbedingungen der Entente darlegen sollen: Sanctions, réparations, garanties. Volltönende Worte, deren Klang dem Ohr schmeichelt, in die aber die Willkür jedes Beteiligten alles Beliebige hineinlegen kann. Der anmaßende Ton dieser Forderungen soll unzweifelhaft die Zuversicht der in ihrer Stimmung gedrückten Ententevölker heben und auf naive Neutrale Eindruck machen.

Aber eine Bekundung bestimmter politischer Ziele geben diese Worte nicht.

Kriege werden geführt und Frieden geschlossen um Lebensinteressen der Völker, um wirkliche, greifbare, wägbare Interessen, nicht um Begriffe; auch nicht um grundsätzliche Fragen, wie die der Anerkennung des Nationalitätenprinzips oder der freien Existenz kleiner Staaten. — Um Anerkennung welcher Nationalitäten soll es sich handeln — etwa um die irische oder die finnische? Welche kleine Staaten sollen in ihrer Existenz geschützt werden — vielleicht Griechenland oder Persien? Nicht für eigene Interessen, sondern für die fremder Nationalitäten und kleiner Staaten führen Frankreich, England, Rußland den Krieg — opfern sie das Blut und den Wohlstand ihrer Völker? — Es wäre zum Lachen, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre!

Leere Phrasen und aufdringliche Stimmungsmache, das tönt uns aus dem mühsam zusammengearbeiteten Plaidoyer der Entente entgegen. — In ihrem Kern birgt die Note aber noch etwas viel Bedeutsameres und für die Erkenntnis der wahren Lage Wertvolleres! —

Die wahren Ablehnungsgründe und die wahren Kriegsziele der Entente spricht die Note nicht aus. Und doch dient sie dazu, uns diese Gründe zu enthüllen und ihre Kriegsziele zu bestätigen.

Die wahren Kriegsziele der Entente kennen wir.

Die russischen Minister Trepow und Pokrowski haben das Ziel Rußlands bezeichnet: den Besitz Konstantinopels. Und Hervé hat verraten, daß die Bundesgenossen Rußlands diesem Ziel zustimmen und ihre Unterstützung zusichern mußten, weil sonst Rußland nicht mehr mitgespielt hätte.

Das Kriegsziel Frankreichs hat Briand verkündet; wir kennen es seit langem; es heißt: die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens.

Digitized by Google

Italien begehrt das Trentino, Triest und die Herrschaft über die Adria; England die Vernichtung der deutschen Flotte und die Ausschaltung des deutschen Wettbewerbs auf dem Weltmarkt durch die Zertrümmerung des deutschen Wohlstandes[1]. —

Warum hat die Entente diese der ganzen Welt bekannten Kriegsziele nicht in ihrer Note genannt? —

Weil damit das Märchen, daß Deutschland den Krieg verschuldet und angestiftet hat, endgültig zusammengebrochen wäre.

Die Kriegsziele enthalten den Kriegsgrund. —

Diese wahren Ziele der Entente sind nicht durch den Krieg ins Leben gerufen worden; sie wären auch nicht die Folge einer Anstiftung des Krieges durch Deutschland gewesen.

---

[1] Anders steht es wohl mit den Zielen Belgiens, dem man für die Zeit vor dem Kriege die selbständige Absicht eines Angriffs auf Deutschland nicht zuschreiben wird. Es ist in tragischer Weise durch seine unglückliche geographische Lage in den Krieg verwickelt worden. Wie schon seit Jahrhunderten sein Boden das Schlachtfeld für die Kriege zwischen Frankreich, England und Deutschland abgab, mußte es auch unvermeidlich in diesen Völkerbrand hineingezogen werden. Die Frage war nur, ob Deutschland oder die Westmächte sich sein Gebiet zuerst sichern würden.

Deutschland gelang es zuerst. Das ist sein Verbrechen!

Daß England keinen Augenblick gezögert hätte, Belgien als Einfallstor gegen Deutschland zu benutzen, kann für niemanden zweifelhaft sein, der die vergangene und gegenwärtige Geschichte Englands kennt: Venen, Griechenland usw. . . . Die in Brüssel aufgefundenen Urkunden beweisen auch, daß England schon seit Jahren den Einmarsch durch Belgien vorbereitete, und daß die belgische Regierung in ihren Neutralitätspflichten keinen Anlaß fand, die Forderungen Englands abzulehnen.

Sie hat vielmehr mit England gemeinsame Sache gegen Deutschland gemacht.

Wir wollen diesen Vorsatz zum Neutralitätsbruch Belgien nicht als Schuld zurechnen. Das Schicksal des Krieges ist zu schwer, um die Maßstäbe strafrechtlicher oder moralischer Verantwortung, die immer nur für einzelne gelten, auf ganze Völker anwenden zu wollen. Auch hat das belgische Volk an den Fehlern seiner Regierung keinen Anteil gehabt. Seine Sympathien für Frankreich kann man dem Volk ebenfalls nicht zum Vorwurf machen. Es ist also tragisch und zu bedauern, daß belgischer Boden in den Krieg hineingezogen werden mußte. —

Unnötig war allerdings, daß Belgien, das von seiner eigenen Geschichte hätte lernen können, als selbständig Beteiligter Deutschland gegenüber in den Krieg eingriff. Griechenland hat gezeigt, daß ein Land eine unvermeidliche kriegerische Besetzung mit Würde tragen kann, ohne selbst Krieg zu führen. Hätte Belgien den Durchmarsch der deutschen Heere hingenommen, wie Griechenland die Besetzung Salonikis, so wäre ihm gewiß nicht die schimpfliche Behandlung zuteil geworden, die die Beschützer der kleinen Staaten Griechenland angedeihen ließen.

Noch schlimmer war es, daß die Bevölkerung Belgiens über die völkerrechtlichen Grundsätze der Kriegführung nicht aufgeklärt und zum Franktireurkrieg gereizt wurde. Die notwendigen, traurigen Folgen dieser rechtlosen Kriegführung muß auch der Gegner beklagen.

Eine Entschädigung hatte der Reichskanzler Belgien in Aussicht gestellt, solange eine durch die Kriegsumstände erzwungene Besetzung des Bodens in Frage stand.

Nachdem Belgien ohne zwingenden Grund als Gegner Deutschlands in den Krieg eingegriffen hat, scheidet die Frage der Entschädigungen grundsätzlich aus. Das Leid des Krieges ist die Folge des Krieges.

Da Belgien aus freier Wahl Kriegführender wurde, wird die Frage seines künftigen Schicksals im Rahmen des großen europäischen Friedensausgleichs zu regeln sein.

Digitized by Google

Diese Ziele haben nichts mit der Forderung der „sanctions", der „réparations", der „garanties" zu tun.

Sie bestanden längst schon, bevor der Krieg ausbrach.

Seit 200 Jahren drängen die Russen, zur Verwirklichung des Testaments Peters des Großen, durch die Dardanellenpforte an das Mittelmeer; seit 46 Jahren haben die Franzosen die „Revanche" und die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens zum Angelpunkt ihres politischen und nationalen Lebens gemacht. Seit Jahren haben die Italiener die „Erlösung" des Trentino und Triests verlangt. Seit Jahren schon hat England in stets wachsendem Maße den deutschen Wettbewerb zu bekämpfen — „made in Germany", Patentgesetz von 1907 — und Deutschland zum Aufgeben seiner Flottenpläne zu bestimmen gesucht.

Diese Ziele haben zur Bildung der Entente cordiale und der Triple-Entente geführt und um dieser Ziele willen ist der Krieg unternommen worden.

Diese Tatsachen stehen unverrückbar fest und sind durch keine Reden, Noten, Beschimpfungen und Lügen aus der Welt zu schaffen.

Diesen Tatsachen gegenüber tritt die Frage nach dem Anlaß des Krieges in den Hintergrund.

Und doch beweisen die Ereignisse, daß das Bestehen und die Wirksamkeit der Entente mit unerbittlicher Folgerichtigkeit zum Ausbruch des Krieges geführt haben. Die Entente hat mit ihrer Einkreisungspolitik allmählich den Zündstoff um die Grenzen des Deutschen Reiches herum aufgehäuft, daß ein Funke genügte, den zu Brand zu entfachen.

Der Brandherd lag im Balkan, wo Rußland 1912 den Balkankrieg anstiftete, dann durch seinen Agenten Hartwig das kleine Serbien zu seinen Umtrieben gegen Österreich reizte. Der Mord des Thronfolgers hatte das österreichische Ultimatum zur Folge. Rußland trat als Schützer Serbiens auf; Rußland und Frankreich sekundierten ihm. — Vielleicht haben die beiden Westmächte im Juli 1914 den Krieg noch nicht gewollt. — Aber da die Einheit der politischen Front innerhalb der Entente noch nicht bestand, hat Rußland, das schon seit dem Frühjahr 1914 seine Rüstung begonnen hatte, durch seine Mobilmachung die Ausgleichsversuche zum Scheitern gebracht.

Frankreich und England, die durch ihre Unterstützung und Ermutigung Rußland zur Vorbereitung des Krieges gedrängt hatten, haben, durch ihre Zusagen an Rußland gebunden, nicht ausbrechen wollen. So wurde der Weltkrieg unvermeidlich.

So entstand aus den Kriegszielen der Entente der Kriegsanlaß!

Ist es ein Wunder, daß die Entente heute diese Kriegsziele noch nicht aufdecken kann, die Kriegsziele, deren Bekundung der Welt offenbaren würde, wer die Verantwortung für den Krieg trägt?

Und dann kommt noch ein Wesentliches hinzu: Diese Kriegsziele stehen mit der jetzigen Kriegslage in einem so schreienden Mißverhältnis, daß die Entente es ernsthaft nicht

Digitized by Google

wagen kann, sie heute als Friedensbedingungen aufzustellen. Diesen, den wahren Ablehnungsgrund der Entente, gibt ihre Note auch merkwürdigerweise zu — da scheint der große Briand geschlafen zu haben. — Auf die europäische Kriegskarte könne ein Frieden nicht geschlossen werden: „Ein Friede, der unter solchen Voraussetzungen geschlossen wird, würde einzig den Angreifern — damit sind nach der Ausdrucksweise der Entente die Mittelmächte gemeint — zum Vorteil gereichen, die geglaubt haben, ihr Ziel in zwei Monaten erreichen zu können, und nun nach zwei Jahren bemerken, daß sie es niemals erreichen werden." — Eigentümlich ist, daß die Note von den nicht erreichbaren deutschen Kriegszielen spricht, ohne auch nur mit einem Wort anzudeuten, welches diese Ziele sein sollen, oder wie sie sich diese vorstellt. Ob man wirklich meint, der gegenwärtigen und der künftigen Welt den Glauben beizubringen, Deutschland habe aus eigener Entschließung einen gleichzeitigen Angriff auf seine drei mächtigen, um sein Gebiet herumliegenden Nachbarn unternommen, der Kreismittelpunkt habe den Kreisumfang gleichzeitig an allen Punkten angreifen wollen?

Nein, diese dürre Legende spielt nicht; sie wird auch nicht durch die mit eherner Unverfrorenheit vorgebrachten Wiederholungen glaubhafter. —

Wohl aber gilt das, was die Note von Deutschland sagt, von den Ententemächten selbst.

Der Ablehnungsgrund, den die Note — ohne es zu wollen — offenbart, ist der, daß die Ententemächte heute nicht in der Lage sind, „ihren Sieg zu verkünden", und daß sie ohne einen solchen Sieg ihre Ziele nicht erreichen können; daß damit alles zusammenbricht, wofür sie ihre Völker auf die Schlachtbank geführt haben[1]. —

Weltwirtschaftliche Möglichkeiten

Von Prof. Dr. W. Wygodzinski, Bonn

Die lange Dauer des Krieges unterbricht unsere Handelsbeziehungen zum Ausland in immer stärkerem Maße, teils infolge der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen Englands und seiner Bundesgenossen, teils weil wir unsere Produktion mehr

[1] Die Antwort an Wilson verkündet die Ziele der Fortführung des Krieges. In diesen versteckt finden sich auch die ursprünglichen Kriegsziele; nicht mit bestimmter Angabe ihrer Sonderforderungen, sondern in grundsätzlicher Einkleidung, um den Anschein zu bewahren, als kämpfe man nicht für ein selbstsüchtiges Interesse, sondern für Freiheit und Recht. — Vergeblich! „Die Maske ist gefallen." — Da ein Frieden bei heutiger Kriegslage einen Zusammenbruch der Kriegsziele der Entente bedeutet, suchen ihre Machthaber die Friedensbewegung durch ein brutales Kriegsprogramm tot zu machen. Erwägt man die Rede Trepows und die Beratung in Rom — zwischen den beiden Noten —, regt sich der Verdacht, daß die wahnsinnigen Forderungen für Rußland und Italien nur Versprechungen sind, um die beiden vergrämten Mächte bei der Entente festzuhalten. Das wäre ein verzweifeltes Mittel. — Bezeichnend ist, daß England sich im Hintergrunde hält. Seine Kriegsziele können in der Note enthalten sein — „Schutz der Seegrenzen" —; es kann sie aber auch später verleugnen. Dann hat es nur für ideale Ziele gekämpft. — Die Note ist, um mit Kjellen zu reden, ein „planetares" Stück „Cant"! —

Digitized by Google

und mehr auf unsere eigenen Bedürfnisse einstellen müssen. So ist denn die Frage sehr wohl aufzuwerfen, wie es nach dem Kriege mit der Wiederaufnahme unserer Beziehungen zum Weltmarkt stehen wird, ob wir wieder da anknüpfen können, wo der Faden unterbrochen wurde, oder ob Englands Plan einer dauernden wirtschaftlichen Isolierung Aussicht auf Erfolg hat. Einer der besten Kenner der Handelspolitik, der Leipziger Nationalökonom Franz Eulenburg, versucht auf diese Fragen in einer fesselnd geschriebenen Untersuchung über „Weltwirtschaftliche Möglichkeiten" (Berlin, S. Fischer 1916) zu antworten.

Er geht davon aus, daß die neue Friedenswirtschaft in keinem Falle eine unmittelbare Fortsetzung der Vergangenheit sein kann. Äußerlich müssen die Veränderungen des territorialen Bestandes, die Verschiebungen in der Stellung der Neutralen, die engeren Verflechtungen zwischen den Verbündeten wirksam-werden. Nicht minder müssen die inneren Umgestaltungen der Länder die Wirtschaft beeinflussen: die sozialen Umschichtungen und die Bildung einer neuen Armut und eines neuen Reichtums, der Einfluß des gestiegenen Preisniveaus auf den Bedarf, die verringerte Produktivität unsres Menschenmaterials infolge des riesigen Ausfalls der Gefallenen und Verletzten gerade der kräftigsten Lebensalter, dazu der enorme Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften, all das muß eine im wesentlichen dämpfende Wirkung auf unsere Wirtschaftsentfaltung haben.

Aber es ist doch nicht zu übersehen, daß die Grundlage und die Grundtatsachen der ganzen Wirtschaft und des sozialen Aufbaues durch den Krieg gar nicht berührt worden sind. Die elementaren Bedürfnisse unserer Kultur sind geblieben (Bedarf an Nahrungsmitteln, Kleidung usw.), das „kapitalistische" Wirtschaftssystem wird das gleiche bleiben, trotz des Notsozialismus unserer Kriegswirtschaftsgesellschaften und mancher kommender Monopole, und endlich bleiben die internationalen Austauschbeziehungen die gleichen. Das letztere ist für unsere besondere Frage hier entscheidend.

Allerdings ist der Handelskrieg während des Krieges wie nach ihm auf dem umgekehrten Gedanken aufgebaut, auf der Annahme einer Ausschaltung oder doch Rückdrängung der Zentralmächte im Wirtschaftsleben, wie auch umgekehrt bei uns der Gedanke eines geschlossenen Handelsstaates oder eines wirtschaftlich geschlossenen „Mitteleuropas" mehr oder minder bestimmt in vielen Köpfen spukt. Dieser Gedanke, daß man den anderen Teil nicht nötig habe, ja daß er nur ein lästiger Konkurrent sei, hat dann zu den Maßnahmen geführt, mit denen England und in seinem Gefolge der größte Teil seiner Gefolgsgenossen die Brücke zu einer künftigen wirtschaftlichen Wiederverständigung abzureißen sich bemüht haben: der Boykott deutscher Waren, die Unterbindung der persönlichen Beziehungen, die Wegnahme deutschen Eigentums, die Vernichtung der Geschäftsbücher, die Neuschaffung eigener Industrien, die Herausdrängung aus dem Handel mit den Neutralen. Diese Pläne sind freilich zum großen Teil unausführbar. Zwischen den Märkten der Entente besteht schon geographisch

Digitized by Google

kein Zusammenhang, wie überhaupt ihre vitalsten Interessen wirtschaftlich durchaus nicht zusammengehen. Mit der Sicherung der „Ausgleichmärkte" sieht es deshalb mißlich aus; desgleichen mit der Möglichkeit einer Mehrproduktion in dem Umfange, wie sie der Boykott der Mittelmächte notwendig machen würde. Insbesondere ist die industrielle Leistungsfähigkeit Englands durchaus beschränkt. Es besitzt keine proletarische Reservearmee, die es in die Industrie stecken könnte, keine eigenen wertvollen Rohstoffe, die es sich allein vorzubehalten vermöchte. Es ist in allen diesen Beziehungen beschränkt und auf fremde Einfuhr angewiesen. Sollte es aber die Wehrpflicht auch in Friedenszeiten beibehalten und sogar versuchen, die Landwirtschaft stärker als bisher zu pflegen, so würde seine industrielle Leistungsfähigkeit und damit die Möglichkeit der wirtschaftlichen Beherrschung seiner Bundesgenossen noch mehr vermindert.

Wenn also ein gemeinsames Vorgehen unserer Gegner zwar nicht übersehen, aber auch nicht überschätzt werden darf, so werden andere Bestrebungen weit ernster beurteilt. Sie sind auf einen innerpolitischen Zusammenschluß der großen Wirtschaftsgebiete eingestellt, die in sich Rohstoff- und Nahrungsmittelhilfsquellen und industrielle Kapazität in vollem Ausgleich vereinigen. Daß damit der politische Gedanke der Entente durchkreuzt wird, ist kein genügender Einwand; denn dieses unnatürliche, nur durch den Haß gegen die Mittelmächte zusammengehaltene Gebilde wird den Krieg schwerlich lange überleben. Es ist das britische, das russische und das amerikanische Imperium, deren Grundlagen Eulenburg nunmehr genauer untersucht.

Die Gefahr einer solchen Imperialbildung sind nach ihm recht gering. Größer-Britannien bleibt ein fast ebenso unvollständiges Gebilde wie Altengland, besitzt für das Mutterland weder die notwendigen Urprodukte noch als Absatzgebiet den kaufkräftigen Markt. Zudem sind innerhalb des Imperiums starke Gegensätze als Sprengmittel vorhanden, wie die zwischen der jungen kanadischen Industrie und der alten englischen, oder zwischen dem Schutz des indischen Textilgewerbes und dem des Mutterlandes, oder zwischen dem Interesse der indischen Auswanderung und dem Selbstschutz der südafrikanischen oder australischen Arbeiterbevölkerung.

Für das russische Weltreich scheint die Möglichkeit eines autarkischen (sich selbst genügenden) Wirtschaftsgebietes auf Grund seiner kontinentalen Basis in viel stärkerem Maße vorhanden zu sein als bei dem britischen Imperium, zumal das ideologische Moment des Panslawismus diese Tendenz offenbar nährt. Rußland erstrebt ein Sichbesinnen auf die eigenen Kulturwerte, ein Beruhen in sich selbst unter Ausschluß aller deutschen oder überhaupt westlichen Elemente, — also ein nationales Ziel auf wirtschaftlicher Grundlage. Gerade aber bei Rußland ist eine Loslösung von der Weltwirtschaft auf absehbare Zeit so gut wie unmöglich. Seine Wirtschaft bedarf durchaus noch der fremden Erzieher und des fremden Kapitals; zur Deckung der Zinsen dieser Schuldkapitalien ist Rußland ebenso unbedingt auf die Ausfuhr seiner landwirtschaftlichen Produkte angewiesen. Historische Beziehungen wie die geographischen Verhält-

Digitized by Google

nisse weisen dabei das Zarenreich in erster Linie nach wie vor auf Deutschland hin. Der amerikanische Wirtschaftskonzern ist das ausgesprochene Ziel der Vereinigten Staaten. Die Monroedoktrin, die politische Fassung des Panamerikanismus, wird wirtschaftlich durch die Wilsondoktrin von 1913 ergänzt, wonach in Südamerika Konzessionen an europäische Unternehmer nach Möglichkeit vermieden werden sollen. Ein politischer Zusammenschluß ist allerdings höchst unwahrscheinlich, zollpolitisch hat bisher nur Kanada eine Zuneigung zur Union gezeigt, die jetzt unter dem Einfluß des Krieges zudem erlahmt sein wird. Anders steht es allerdings mit der wirtschaftlichen Durchdringung Mittel- und Südamerikas. Die Tatsache, daß die Union nicht nur außerhalb des Krieges blieb, sondern sich durch ihn finanziell unerhört stärken konnte, hat ihr einen entschiedenen Vorsprung auf dem südlichen Kontinent verschafft, den England vielleicht noch stärker spüren wird als wir. Gegentendenzen sind freilich vorhanden; vor allem haben die Vereinigten Staaten viel zu wenig Menschen, um sich in der nächsten Zukunft zu einem Exportstaat ersten Ranges auf dem Gebiete der Industrie entwickeln zu können. Die Deckung des Eigenbedarfes wird die Kräfte so ziemlich beanspruchen. Also: eine Rückdrängung europäischen Einflusses in den beiden Amerikas, nicht aber eine ausschließliche Herrschaft der Union.

Wie steht es nun nach alledem mit der Zukunft des deutschen Handels? Sehen wir von den schwierigen Übergangszeiten ab, so müssen die freien Kräfte der Weltwirtschaft wieder wirksam werden. Eine Anzahl von Änderungen wird der Krieg freilich im Gefolge haben. Das kapitalistische Schwergewicht wird sich teilweise von London nach New York verschieben, Frankreich wird geraume Zeit als internationaler Geldgeber der Welt ganz ausfallen, Rußland wird möglicherweise einen Staatsbankerott durchführen. Der an sich nach einem Kriege stets eintretende Aufschwung wird in allen beteiligten Ländern durch den Mangel an Kapitalien und die starken Verluste an Nationalvermögen notwendig verlangsamt werden. Dieser negativen Verschiebung auf der einen Seite stehen aber vom Standpunkte der Weltwirtschaft positive Gewinne auf der anderen gegenüber: das sind Japan und die Vereinigten Staaten, für die beide der Krieg wirtschaftlich wie politisch ein besonderer Glücksfall war. Insbesondere urteilt Eulenburg von Japan, im Gegensatz zu der sonst üblichen Auffassung, daß es viel weniger Konkurrent, als Pionier auf dem für Europäer äußerst schwierigen Boden Chinas sein werde, so daß aus dem japanischen Vordringen, wenn man den Blick auf weite Sichten einstelle, für die Weltwirtschaft nur Vorteile entstehen würden. Und was den amerikanischen Kontinent betreffe, so hungere dieser geradezu nach Einwanderung, Kapital, Verkehrsmitteln und Technik, so daß der Wettkampf sowohl zwischen den europäischen Nationen wie mit der Union um dieses Gebiet, namentlich um Südamerika, noch weiteste Möglichkeiten gebe.

Die Veränderungen, welche die Weltwirtschaft im ganzen erleiden wird, werden, soweit Deutschland in Betracht kommt, nicht so erheblich sein, als man zunächst an-

Digitized by Google

zunehmen geneigt sein sollte. Wir werden nach wie vor auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen sein; bezüglich der Herkunftsländer wie des Bedarfs im einzelnen sind zwar Veränderungen und Verschiebungen möglich und wahrscheinlich, aber doch kaum wesentlich größeren Umfangs als sie auch sonst im Laufe der Entwicklung stattfinden. Auch bezüglich der Deckung des Nahrungsmittelbedarfs aus dem Auslande wird nach Eulenburgs Meinung alles beim alten bleiben, insbesondere wird es auf absehbare Zeit nicht möglich sein, Rußland als Nahrungsmittellieferanten durch den nahen Orient zu ersetzen. Vielleicht unterschätzt er etwas die Bedeutung einer Erweiterung unserer kontinentalen Basis, insbesondere der Leistungsfähigkeit Kurlands; aber es ist ihm zuzugeben, daß eine vollständige Ersetzung der bisherigen Bezugsquellen durch Kurland nicht anzunehmen ist.

Etwas anders steht es mit dem Absatz unserer Produkte, vor allem der Fabrikatausfuhr. Auf diese Ausfuhr sind wir wegen der Notwendigkeit der Einfuhr angewiesen, da wir letztere endgültig nur mit Waren bezahlen können. Eulenburg schätzt, daß ungefähr der sechste Teil unserer gewerblichen Produktion für das Ausland bestimmt sei; mindestens 11 Millionen Menschen lebten in Deutschland direkt oder indirekt davon. Letztere Ziffer scheint mir allerdings mit Rücksicht auf den hohen Prozentsatz der ganz überwiegend für den inneren Markt arbeitenden landwirtschaftlichen Bevölkerung reichlich hoch gegriffen; jedenfalls aber ist es richtig, daß wir mit dem Steigen der Bevölkerungszahl immer mehr von den Ausfuhrmöglichkeiten abhängig werden. Auf dem Gebiete der Ausfuhr ist nun tatsächlich mit Verschiebungen nicht unwichtiger Art zu rechnen.

Zunächst ist die Kaufkraft vieler Staaten, auch der neutralen, durch den Krieg ganz wesentlich geschwächt; die Kriegsgewinne einer kleinen Anzahl von Personen dürfen darüber nicht täuschen. Dazu kommen die starken Wertverluste durch die Verminderung des Vermögens in den fremden Staaten und die allgemeine Preissteigerung, die eine verminderte Kaufkraft zur Folge hat. Wir müssen weiter damit rechnen, daß eine bewußte Nationalisierung der Volkswirtschaften in vielen Ländern eintreten wird, die wieder den Weltmarkt verengert. Ich selbst habe kürzlich in einer Untersuchung über die „Nationalisierung der Volkswirtschaft" (Tübingen, Mohr 1917) diese Erscheinung untersucht und bin wie Eulenburg zu dem Ergebnis gekommen, daß sie sich in verhältnismäßig engen Grenzen halten wird; aber im Zusammenhang mit den anderen Motiven der Einschränkung fremder Bezüge spricht sie doch nicht unbedeutend mit. Die Unterbrechung der persönlichen Beziehungen während des Krieges und die Ersetzung der deutschen Lieferanten durch andere, namentlich amerikanische und japanische, aber auch solche der feindlichen Länder Europas, wird ihre Wirkung auch nicht verfehlen.

Mangels aller genauer Unterlagen und der ganz unbekannten nächsten Zukunft ist es Temperamentssache, wie hoch man diese Hemmnisse der deutschen Wirtschafts-

Digitized by Google

entfaltung im Auslande einschätzen will. Eulenburg denkt optimistisch, und zwar legt er besonderen Wert auf die Tatsache, daß eben anderwärts alle die Momente fehlen, die bisher uns die Überlegenheit verschafft haben und die man mit dem Gesamtausdruck der „deutschen Methode" charakterisieren kann.

Die zukünftigen Wege der deutschen Handelsentfaltung sucht Eulenburg nicht im nahen und im fernen Orient und nicht in Afrika, deshalb, weil die Bevölkerungen dieser Länder vorläufig und vielleicht teilweise auf unabsehbare Zeit zu wenig kaufkräftig seien. Das scheint mir eine etwas pessimistische Auffassung; die wenn auch nur allmähliche Ausbildung der Arbeitsqualitäten und Weckung der Bedürfnisse dieser „nichtkapitalistischen" Völkerschaften unter dem Drucke der kapitalistischen Welt ist doch wahrscheinlich genug. Trotzdem bleibt es richtig, wie Eulenburg ausführt, daß unsere nächste Zukunft im Kontinentalhandel liegt und daß darauf die große Stärke der mitteleuropäischen Stellung Deutschlands beruht, während in zweiter Linie der amerikanische Kontinent große Zukunftsaussichten bietet.

Vor allem aber — und das ist gerade dann zu betonen, wenn man die Schwierigkeiten der ersten Wiederanknüpfung recht hoch bewertet — ist die Weltwirtschaft doch auf Gegenseitigkeit aufgebaut. „Wir brauchen gewiß die Welt, um unsere Kultur aufrecht zu erhalten, um unsere Bevölkerung mit dem Notwendigsten versehen zu können. Aber die Welt braucht auch uns als Abnehmer wie als Käufer, als Vermittler wie als Produzenten."

Die Lage des englischen Staates[1]

Von Ferdinand Tönnies

Bisher galt ein Wechsel der Parteiregierungen für normal und für heilsam, weil auch ein Wechsel der Mehrheit des Hauses dafür galt. In verhältnismäßig ruhigem Fahrwasser konnte das Staatsschiff kreuzen gegen den widrigen Wind ungewisser öffentlicher Meinung. Der Aristokratie gehörte das Fahrzeug, wenn auch ihre Steuermänner sich ablösten und einander die Macht nicht gönnten. Aus den inneren — sozialen — Lebensbedingungen der Nation wird dies so leicht nicht anders, wenn auch die Ausdehnung des Wahlrechts mit den noch bevorstehenden Erweiterungen und Erneuerungen ein mächtiger Faktor der Veränderung ist. Aber auch die äußeren Lebensbedingungen wandeln sich. Auch wenn der Krieg nicht ausgebrochen wäre — ja, wenn nicht um so mehr, so doch sicherlich um so eher —, hätte der englische Staat sich in einer außerordentlich schwierigen Lage befunden. Nicht nur das Verhältnis zu (dem feindlichen) Irland, sondern auch das Verhältnis zu den (befreundeten) sich selbst regierenden Kolonien barg ungeheure Probleme in sich. Die Not-

[1] Aus der demnächst erscheinenden Schrift „Der englische Staat und der deutsche Staat". Berlin, K. Curtius.

Digitized by Google

wendigkeit eines Zusammenschlusses mit diesen Vasallenstaaten wird lebhaft empfunden: der Bildung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebiets und einer Bundesverfassung, um es zu regeln. Eine Bundesverfassung verlangt eine Bundesregierung. Bis jetzt ist dem Namen nach die Krone, in Wirklichkeit das Kabinett und das von ihm beherrschte House of Commons die höchste Regierung für das gesamte Reich. Eine Bundesverfassung verlangt eine andere Regierung. Soll man einen höchsten Reichsrat bilden, dem das Vereinigte Königreich wie die Kolonien untergeben wären? Also das Haus der Gemeinen seiner mühsam errungenen Suprematie — richtiger Souveränität — berauben? Wie könnte sich der britische Stolz dazu verstehen? Oder soll man Delegationen der Kolonien ins Haus der Gemeinen aufnehmen? Also diese Fremden mitentscheiden lassen über eine Bill, die Großbritannien für sich beschließen oder ablehnen will? Oder jenen nur das Recht geben, in Angelegenheiten des Imperiums an Debatten und Abstimmungen teilzunehmen? Wie läßt sich dann die Einheitlichkeit der Politik wahren? Die Fremdlinge werden vielleicht der auswärtigen Politik einer Tory-Regierung, die in inneren Fragen eine völlig zuverlässige Mehrheit hat, Blöcke in den Weg werfen! Und die Regierung selber — sollen die Kolonien auch eine Vertretung im Kabinett haben? Wenn nicht, wo bleibt das Prinzip, daß die Regierung gebildet wird durch die Mehrheit der Regierten, den sogenannten Volkswillen? da doch das Volk des Reichsbundes die Einwohner von Kanada, Australien, Südafrika einschließen würde — von Irland zu schweigen? Natürlich müßte ein Reichskabinett gebildet werden — wie aber, wenn in Großbritannien eine konservative, in Kanada eine liberale, in Australien eine Arbeitermehrheit am Ruder wäre? Und wie soll es mit den gemeinsamen Finanzen gehalten werden, wenn wirklich ein „Zollverein" zustande kommt, trotz der widerstreitenden Interessen? Steuern, gleichmäßig auf das sogenannte Mutterland und auf die Tochterländer gelegt? direkte? indirekte? Das eine wie das andere würde im günstigsten Falle Majorisierung der abhängigen Länder durch das nach wie vor herrschende Land bedeuten, also in der Wirkung Besteurung jener ohne ihre Einwilligung und gegen ihre Wünsche, so gut wie jene es war, die zum Abfall der dreizehn Kolonien von Nordamerika führte; sie würden also ihre Lage verschlechtern und ihre finanzielle Unabhängigkeit einbüßen.

In der Tat, die Schwierigkeiten dieses Reichsbundes sind unausmeßbar. Man darf einstweilen mit Sicherheit voraussagen: es wird beim alten bleiben. Nur Irlands Trennung wird sich nicht rückgängig machen lassen, wenn auch eines verkleinerten Irlands (durch die Ausschließung der sechs Grafschaften). Wie wird die Trennung auf das parlamentarische System Großbritanniens wirken? Erleichternd, so hofft man auf liberaler Seite, und auch die Konservativen werden zufrieden sein, nicht mehr im üblen Fall auf Unterstützung durch die Nationalisten angewiesen zu sein (nur eine kleine Zahl irischer Abgeordneter soll, und zwar nur für Reichsangelegenheiten, d. h. solche der drei Königreiche, worin die Herrschaft über Kolonien, Depen-

Digitized by Google

denzen und Indien eingeschlossen ist, im Hause der Gemeinen bleiben) und von dem Ärgernis befreit zu werden, daß diese regelmäßig eine liberale Mehrheit verstärkten oder gar erst bewirkten. Um so reiner wird sich nun das Zwei-Parteien-System darstellen; denn daß die dritte, die Partei der Arbeit, sich zur Ebenbürtigkeit erhebe, daß sie, wie der bezeichnende Ausdruck lautet, des „Kabinettranges" fähig werde, ist durch die Festigkeit der gesellschaftlichen aristokratischen Zustände auf lange Zeit hin völlig ausgeschlossen. Wohl aber wird die herrschende Klasse immer mehr mit den Wählern der Arbeiterschaft, ja auch mit ihren erwählten Abgeordneten, möge deren Zahl auch gering bleiben, rechnen müssen. Nachdem die Iren ausgeschlossen sein werden, stellen jene um so mehr das Zünglein an der Wage dar. Die beiden „historischen" Parteien werden sich um die Gunst der modernsten Partei reißen müssen, Grundbesitz und Kapital um die Gunst des Proletariats! Dabei könnte der Wechsel der Parteiregierungen und ihrer Premierminister von minderer Bedeutung scheinen, wenn wirklich eine einheitliche Richtung der Sozialreform oder geradezu des Sozialismus sich herausstellen würde, in der beide Parteien miteinander wetteiferten und beflissen wären, eine das Werk der anderen zu übertreffen. Aber dies ist durchaus unwahrscheinlich. Vielmehr wird die unterlegene Partei, sich wie bisher, an die Fehler und an die Mißerfolge der jedesmal neuen Gesetzgebung heften, sie wird sich bemühen, zu beweisen, daß deren Methode falsch war, und daß das wahre Wohl der Arbeiterklasse in einer ganz anderen Richtung liege! Insbesondere wird man beflissen sein, die Vertretung dieser Klasse zu spalten, die „Arbeiteraristokratie" der Gewerkvereine, die bis jetzt noch in der parlamentarischen Partei die Oberhand hat, gegen die „Plebs" mobil zu machen, und sie etwa an die alten Schlagwörter von Selbsthilfe, freiem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, Zollreform und Imperialismus, im Gegensatz gegen die sozialistischen Neigungen zu fesseln. Zugleich wird der Parteikampf immer heftiger und schonungsloser sich gestalten, je mehr die Fragen des Eigentums, der Verteilung, der Organisation in den Vordergrund treten, je mehr die Grundlagen der Gesellschaft in Frage gestellt sind.

Eine zielbewußte und zweckmäßig, planmäßig vorgehende Regierung verlangt Kontinuität. Schon darum ist das Schwingen des Pendels, woran der behäbige und gutmütige Marquis von Salisbury — ein sehr kluger Mann, aber Politiker ehrwürdigen Stils — seine Freude hatte, eine veraltete Sache, die dem Leviathan von heute nicht mehr ansteht. Dieser Leviathan[1] ist nicht mehr ein einfaches Uhrwerk, sondern ist eine ungeheure Maschine, die einen stetig arbeitenden Motor in Anspruch nimmt, und dieser bedarf einer nicht versiegenden Kraftquelle, um die regelmäßige Bewegung einer riesigen Gesetzfabrik und des Beamtenheeres zu bewirken, das zum Vollzug immer neuer und verwickelterer Gesetze erfordert wird. Vollends die auswärtige

[1] Ein ungeheurer Walfisch im Buche Hiob, danach Titel eines berühmten Werkes von Th. Hobbes über den Staat (1651): seitdem oft für die Allgewalt des Staates gebraucht.

Digitized by Google

Politik! Ist sie schon bisher im englischen Staat ein relativ stetiges Element gewesen, so wird doch die Einheitlichkeit und Folgerichtigkeit ihrer Leitung immer mehr notwendig, je schwieriger in allen Weltteilen die Aufgaben durch den Wettbewerb der Weltmächte sich gestalten, je schwerer es insbesondere wird, das eroberte Weltreich zusammenzuhalten, von dem Verhältnisse zu den sich selbst regierenden Kolonien jetzt nicht zu reden!

Ein wirklicher Staatsmann, wenn einmal an die Spitze des englischen Staates gekommen, wird aus sachlichen und persönlichen Beweggründen alles daran setzen müssen, sich an der Spitze zu halten, also die andere Partei niederzudrücken und zu verhindern, daß sie wieder hochkomme. Wenn ein Premierminister jetzt schon das Kabinett, und durch das Kabinett das Parlament in seinen Händen hält, so wird er beflissen sein müssen, auch die Wahlkreise und die Mehrheiten der Wählerschaften fest in seine Gewalt zu bekommen, so daß er darüber verfügen kann zur „demokratischen" Bestätigung und Sicherung seiner Obmacht, seiner Regierung, die nach wie vor die Regierung „Seiner Majestät" heißen mag.

Roscher sagt (Politik § 140), eine der wichtigsten Eigentümlichkeiten, aber auch Stärken des Cäsarismus liege in dem Janushaupte, das er trage, mit einem extrem monarchischen, einem extrem demokratischen Angesicht; und er führt den Ausspruch Mommsens an (Röm. Staatsrecht II, 2, S. 1034) der „Prinzipat" (das war der amtliche Name des Kaisertums, das den Senat und das Volk, die zwei Konsuln und alle übrigen Ämter in ihrem historischen Glanze bestehen ließ) habe juristisch durch den Volkswillen immer gestürzt werden können, sei also eine durch die permanente Revolution gemäßigte Autokratie gewesen. Die Ähnlichkeiten des britischen mit dem antiken römischen Reiche sind in mehr als einer Hinsicht schlagend. An den Prinzipat erinnert nicht nur dem Namen nach die Stellung des Prime Minister, den bis vor kurzem (2. Dezember 1905) das Recht nicht kannte, und auch jetzt noch nur der hofamtliche Sprachgebrauch. Der Ausdruck wird geradezu als verfassungswidrig bezeichnet, man haßte im 18. Jahrhundert den Titel und fürchtete offenbar, daß eine Alleinherrschaft wie diejenige Richelieus und Mazarins oder auch nur Fleurys daraus erwachsen möge. Heute aber „kann der Premier nicht mehr bloß primus inter pares sein" (wie die Theorie es verlangte), und neuerdings ist er fast immer etwas mehr gewesen: er ist der in Wirklichkeit „verantwortliche" Minister, er ist es, „den das Volk zu seinem Führer ernannt hat bei einer allgemeinen Wahl" (Low S. 158). Und „ein englischer Premierminister, der seiner Mehrheit im Parlament sicher ist, kann tun, was der Deutsche Kaiser und der amerikanische Präsident und alle Vorsitzenden von Kommissionen im Kongreß der Vereinigten Staaten nicht tun können. Er kann die Gesetze verändern, kann Steuern auflegen oder abschaffen, kann alle Kräfte des Staates lenken und leiten" (eb. S. 47).

Treffend schildert Low (in der Einleitung seiner neuen Ausgabe des Buches The

Digitized by Google

Governance of England), wie gerade die Reichsprobleme immer mehr die zunehmende Wichtigkeit, den wachsenden Einfluß des Princeps Parliamenti — wenn er auch diesen Ausdruck nicht gebraucht — begünstigen. „Er ist der hauptsächliche Berater der Krone, nicht nur in den Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs, sondern auch in denen des Britischen Reiches. Diese Verantwortung ist ihm von jeher eigen gewesen, aber sie ist mit einer neuen Bedeutung umkleidet. Indem man zur Verganzung der verschiedenen Einheiten des Reiches in bezug auf Verteidigung zu Wasser und zu Lande schreitet, dieselbe in ökonomischer Organisation, in Leitung der auswärtigen Politik anstrebt, wird anerkannt, daß die Krone verantwortlichen Rat in diesen und anderen Dingen, die die Angelegenheiten mehr als eines Staates berühren, nötig hat." Er verweist dann auf die Reichskonferenz und auf den Ausschuß für Reichsverteidigung — in beiden hat naturgemäß der erste Minister den Vorsitz — als neue, wenn auch noch schattenhafte Organe des Reiches, worin die sich selbst regierenden Kolonien den Anspruch erhoben, auf dem Fuße der Gleichheit mit dem Inselreiche zu stehen. „Die Dominions behaupten, daß ihre eigenen Ministerien (executive councils) dem „Reichskabinett" nicht untergeordnet, sondern nebengeordnet seien; und sie blicken mit Eifersucht auf alle Überwachung der Reichsmaschinerie durch ein Ministerium, das von einer Parteimehrheit im englischen gesetzgebenden Körper abhängig ist. Sie sind bereit, die Lenkung der Maschine dem Premierminister zu überlassen, aber nur in seiner Eigenschaft als Haupt-Ratgeber der Krone." Man bemerke wohl: das heißt doch nichts anderes, als daß sie den leitenden Minister als ihren Gebieter anerkennen, insofern als er unabhängig ist, denn daß er vom König abhängig sei, wird man nur im Scherze behaupten wollen. Low betont als charakteristisch, daß die „Reichskonferenz" — eine formlose Versammlung, worin Vertreter der Reichsteile unverbindliche Beratungen über die gemeinsamen Angelegenheiten pflegen — im Jahre 1907 beschlossen habe, es solle in Zukunft der Premierminister, nicht der Kolonialsekretär in ihr den Vorsitz führen. Noch größere Bedeutung habe jener als Präsident der Kommission für Reichsverteidigung, eines im Jahre 1910 gebildeten Ausschusses des Kabinetts, der im Unterschiede von jener Konferenz eine amtliche Stellung einnimmt; der „Reichskanzler" — in einen solchen verwandle sich der Premier allmählich — könne zu diesem Ausschusse nicht nur Minister der Dominions und die Führer der Opposition heranziehen, sondern wen immer er wolle, Beamte des Kriegsministeriums, der Admiralität usw.

Die Krone allein ist das gemeinsame Dach über den verbundenen Häusern; ebenso wie zwischen dem „Mutterland" und den Kolonien, wird sie die einzige Stelle sein, die zwischen Großbritannien und Irland zu vermitteln berufen ist, nach Einführung der Homerule. Aber der Träger der Krone, der „Souverän", kann nur handeln nach verantwortlichem Rat und durch verantwortliche Vertreter. Er könnte ein besonderes Reichskabinett ins Leben rufen — das würde eine Erniedrigung des englischen Kabi-

Digitized by Google

nettis bedeuten, worin England sicherlich nicht willigen wird; einen besonderen Reichskanzler — der Premierminister von England kann sich diesem nicht unterordnen. Er ist der gegebene Reichskanzler, und dieser Reichskanzler wird keinen Bundesrat, noch weniger einen Reichstag neben sich haben. Er wird nur der Krone unmittelbar verantwortlich sein, d. h. nach englischen Verhältnissen unmittelbar gar nicht verantwortlich sein; mittelbar wird er der Wählerschaft verantwortlich sein, d. h. er wird verstehen müssen, sich in der Gunst des Volkes zu erhalten. Die Entwicklung, deren Ursachen schon die inneren Verhältnisse in sich tragen, wird durch Einfluß der auswärtigen Angelegenheiten sich vollenden.

Nun darf man sagen: der Premierminister von England hat eine große Zukunft, und diese Zukunft ist cäsaristisch. Wie jeder Cäsar wird er bedingt bleiben durch die „Volonté du peuple," aber dieser Volkswille ist, solange er stark und klug ist und solange er Glück hat, sein Wille[1]. Und seine Staatskunst wird dahin gerichtet sein müssen, die Identität dieses Volkswillens mit seinem Willen dauernd festzustellen. Es ist nicht notwendig, daß er seine persönlichen Zwecke dabei in den Vordergrund stelle, also wesentlich durch Ehrgeiz und Herrschsucht geleitet werde. Vielmehr kann er im besten Glauben und mit redlichem Gewissen das Gemeinwohl und die Erhaltung des Reiches sich angelegen sein lassen. Diese werden aber ein straffes persönliches Regiment notwendig machen. Daß eine solche tatsächliche Monarchie auch bemüht sein muß, sich, wenn nicht rechtlich, so doch tatsächlich zu einer Dynastie zu machen, also sich in der Familie zu vererben, lehrt nicht nur mehrfache Erfahrung. Es liegt auch in der Natur der Sache. Es bedeutet auch nicht notwendig Verderbnis und Entartung, wenn diese gleich in cäsaristischen Familien häufiger aufzutreten scheint als in altgewurzelten Monarchien. Das Verhängnis des Genies hat sich hier freilich oft geltend gemacht. Aber aus den mehreren Fällen folgt keine Notwendigkeit. Die Gefahr kann durch glückliche Kreuzungen abgewandt werden. Es wird auch für die Zukunft der Monarchie bedeutend werden, daß man heute auf Grund wissenschaftlichen Denkens gelernt hat, der richtigen Blutverbindung — um der Eugenik willen — gehörige Aufmerksamkeit zuzuwenden, wenn auch die Erforschung der Tatsachen noch unzulänglich ist und in keinem Staate so gefördert wird, wie sie dessen würdig wäre.

[1] Schon jetzt kümmert sich das Kabinett, also der Premier, in Angelegenheiten Indiens sehr wenig um das Parlament. Am 10. April 1891 ging im Unterhaus ein Antrag durch, der die Einkünfte aus dem Opiumhandel verurteilte; die Regierung behandelte diesen Beschluß als Luft. Am 2. Juni 1893 ging eine Entschließung durch, daß die Prüfungen für den Beamtendienst in Indien in Indien selber sollten gehalten werden dürfen, anstatt wie bisher ausschließlich in England. Auch dies ließ die Regierung „gut sein".

Digitized by Google

Die Reichsgründung

Von Walther Schultze

Die Erörterung der Kriegsziele wird bei unseren Feinden in umfangreichem Maße in den Artikeln der Tagespresse, in Aufsätzen der Zeitschriften, in selbständigen Broschüren behandelt. Naturgemäß weichen auch bei unseren Gegnern, diesseits und jenseits des Kanals, die Ansichten über die Ausbreitung des Sieges, an dem nicht zu zweifeln man sich noch immer ostentativ den Anschein gibt, sehr erheblich von einander ab; eines aber ist, abgesehen von ganz vereinzelten Stimmen, allen gemeinsam: alle wollen sie Deutschland zurückschrauben auf die Zeit vor 1870, vor der Reichsgründung. Eben dadurch bringen sie uns so recht zum Bewußtsein, ein Besitz von welch unendlichem Werte diese Reichsgründung nicht bloß für unsere inneren Verhältnisse, sondern auch für unsere äußere Machtstellung, bedeutet. Es ist deshalb nicht etwa bloß aus der Freude an historischer Betrachtung, sondern gerade aus den gegenwärtigen politischen Interessen für uns dringend geboten, den Blick nach rückwärts zu richten, sich klar zu machen, wie unendlich schwierig es war, dieses Reich, das unsere Feinde so richtig als den Kern der Weltgeltung Deutschlands erkannt haben, der deshalb beseitigt werden muß, überhaupt zu schaffen, wie erst so manche vergebliche Anläufe nötig waren, bis der genialle Baumeister seinen Bau so festgefügt aufführen konnte, daß er jetzt erfolgreich den furchtbaren Stürmen des Weltkrieges Trotz bietet.

Bisher war man, wenn man sich in die Geschichte der Reichsgründung vertiefen wollte, auf die siebenbändige Darstellung Heinrich von Sybels angewiesen. Sie bedeutete, als sie erschien, einen ungeheuren Fortschritt, vor allem weil der Verfasser, dank Bismarcks Liberalität, für die Zeit bis 1866 die preußischen Akten benutzen durfte — die beiden letzten Bände mußten, da Bismarcks Nachfolger diese Erlaubnis zurückgezogen, ohne den festen Grund der Akten geschrieben werden; die Hauptquelle Sybels bildeten hier Bismarcks persönliche Mitteilungen. — Dieser Vorzug des Werkes wurde zugleich seine Schwäche: die Darstellung wurde unabsichtlich einseitig; die Politik der Kabinette erschien nicht bloß als ein Faktor neben andern, wenn auch der wichtigste, sondern als das allein maßgebende Motiv; die Bestrebungen der Gegner Preußens wurden so dargestellt, wie sie sich in der Auffassung der preußischen Staatsmänner abspiegelten; die Politik Bismarcks sah Sybel ganz so, wie jener sie gesehen wissen wollte. In den sechsundzwanzig Jahren seit dem Erscheinen des Sybelschen Werkes sind eine Fülle neuer Materialien bekannt geworden; insbesondere sind in reichem Maße Denkwürdigkeiten und Briefe der beteiligten Staatsmänner veröffentlicht worden. Sollte all dies ebenso wertvolle wie schwer übersichtliche, an vielen Orten zerstreute Material wirklich nutzbar gemacht werden, so war dringend seine Zusammenfassung geboten. Sie gibt in ausgezeichneter Weise Erich

Digitized by Google

Brandenburg in einem zweibändigen Werke[1]. Er beherrscht den Stoff vollkommen, bewahrt sich stets die Unbefangenheit des Historikers, der es für Pflicht erachtet, nicht nur den siegreichen, sondern auch den unterlegenen Kräften gerecht zu werden. Auch sachlich gibt er seiner Arbeit eine wesentlich weitere Grundlage, als es Sybel getan; ohne daß in seiner Darstellung die Arbeit der Staatsmänner zu kurz käme, gelangt doch auch die Arbeit der Massen zu ihrem Rechte; insbesondere wird der Anteil der Parteien, in erster Linie des Liberalismus, eingehend und mit maßvollem Urteil, das sich von zu hoher wie zu geringer Einschätzung dieses Moments gleich freizuhalten weiß, gewürdigt. Das Bild, das wir in dieser trefflichen neuen Darstellung der Gründung des Reiches erhalten, weicht doch von dem, was uns Sybel gezeichnet, nicht erheblich ab. Wenigstens die Grundzüge mögen hier kurz angedeutet werden.

Der nationale Gedanke ist in Deutschland keineswegs so alt, wie zumal der Laie anzunehmen geneigt ist. Erst unter der drückenden Franzosenzeit erwacht die Sehnsucht nach dem nationalen Staat, mit ihr aber zugleich auch ihr Gegenpol, der Partikularismus; dieser hat seine Wurzeln nicht etwa in der Besonderheit der Stämme, sondern in den Selbständigkeitsgelüsten jener Dynastien, denen es gelungen ist, ihre Gebiete zu selbständigen Staaten auszubilden. Die nationale Bewegung ist zunächst wenig stark, deshalb ihr erstes Resultat, der Deutsche Bund, auch nur negativer Natur. Auch weiter, und bis in die Zeit der Reichsgründung selbst, tritt die nationale Strömung in den Massen nur dann mit elementarer Macht auf, wenn die äußere Unabhängigkeit Deutschlands bedroht erscheint. Wohl aber faßt nur bei den Gebildeten dauernd das Streben nach einem starken, gemeinsamen, innerlich freiheitlichen Staatsleben Wurzel. Der erste Versuch einer Verwirklichung ist die Bewegung von 1848. Auch jetzt haben die nationalen Bestrebungen keineswegs die Massen hinter sich; den unteren Schichten ist es nur um wirtschaftliche Vorteile zu tun; sie hängen noch fest mit den einzelstaatlichen Einrichtungen zusammen. Bei den Kreisen, die die Einheit wollen, besteht der Gegensatz von Liberalismus und Demokratie. Seine Bedeutung ist, wie Brandenburg überzeugend dartut, erheblich größer, als man bisher angenommen; hier liegt ein wesentlicher Grund für das Scheitern der Bewegung: Entscheidend freilich wurde doch die Haltung des Königs. Friedrich Wilhelm IV. ist keineswegs der schwache und wankelmütige Politiker, wie ihn sich die vulgäre Anschauung vorstellt; er hielt ganz konsequent an seinen grundsätzlichen Anschauungen fest. Nie denkt er daran, die Revolution zu benutzen, um an die Spitze der nationalen Bewegung zu treten; nie faßt er eine Machterweiterung Preußens als Selbstzweck ins Auge; er will sein Ziel nur in engster Fühlung mit Österreich erreichen; er beabsichtigt keineswegs eine dauernde Harmonie Preußens über ein außerösterreichisches Deutschland. Von allen damaligen preußischen Staatsmännern

[1] Erich Brandenburg, Die Reichsgründung, 2 Bände, Leipzig, Quelle & Meyer, 1916, XIV, 444 und VII, 452 S., 8°.

Digitized by Google

hat dieser König am wenigsten preußisch gedacht; er wirkt nur negativ, verhindert den Sieg des Unitarismus und Parlamentarismus. Am meisten Einsicht in die Dinge zeigt damals auf preußischer Seite Camphausen, dessen Bedeutung von Brandenburg zum erstenmal voll gewürdigt wird. Es finden sich bei ihm bereits viele Gedanken, die Bismarck nachher verwirklicht: so die Einsicht, daß eine Einigung nur ohne Österreich möglich ist, daß man die Einzelstaaten nur dadurch zum Beitritt bewegen kann, indem man ihnen die Verantwortung für das Scheitern des Einheitswerks zuschiebt, daß die Rechte der einzelnen Staaten gemäß ihrer Bedeutung abzustufen sind. Freilich ein großer und entscheidender Unterschied besteht zwischen Camphausen und Bismarck: es fehlt diesem die Kraft des Entschlusses, es fehlt ihm der intuitive Blick dafür, was bei der internationalen politischen Lage jeweilig ausführbar ist, was nicht.

So mußte, um die Einheit aus dem Reich der Gedanken in die Wirklichkeit überzuführen, doch erst der Gewaltige kommen, der der eigentliche Schöpfer des Deutschen Reiches ist. Es ist Brandenburg vortrefflich gelungen, die Gestalt und die Politik Bismarcks dem Leser plastisch vorzuführen. Er erscheint hier doch nicht wie ihn Sybel gezeichnet als der im Grunde harmlose, immer aufrichtige Staatsmann, sondern als der in allen Sätteln gerechte Realpolitiker, dem auch Härte und Hinterlist nicht fremd ist, der, wenn es not tut, unter scheinbar aufrichtigster Miene doch vor keiner Verschlagenheit, vor keinem Doppelspiel zurückscheut. Alles betrachtet er unter dem Gesichtspunkte der auswärtigen Politik; die innere Politik ist ihm nur ein Mittel der auswärtigen; wenn er 1866 dem Liberalismus große Zugeständnisse macht, so geschieht es, um auch Süddeutschland später mit dem Norddeutschen Bund vereinigen zu können. Mit großer Kunst versteht er es, den seinen Plänen anfangs oft stark widerstrebenden Monarchen schließlich doch auf die Wege zu leiten, die er für richtig hielt. Der keineswegs unbeträchtliche Gegensatz zwischen ihm und dem König, der bei Sybel so retouchiert war, daß er kaum noch vorhanden erschien, wird von Brandenburg scharf hervorgehoben. Als den Glanzpunkt seiner diplomatischen Leistung hat Bismarck selbst die Behandlung der schleswig-holsteinischen Frage angesehen; die recht komplizierte Politik, die er hier einschlug, um alles zu dem gewünschten Ende zu führen, hat Brandenburg sehr klar dargestellt. War vielleicht die diplomatische Kunst hier feiner, so ist doch als staatsmännische Tat und historische Leistung die Entfesselung und Durchführung des Entscheidungskampfes von 1866 wesentlich größer und bedeutender. Entschlossen und von Anfang an stürmt Bismarck auf den Krieg los; trefflich weiß er Österreichs Fehler zu benutzen, um die Schuld des Angriffs auf den Gegner zu wälzen und dadurch König Wilhelm die Überzeugung zu verschaffen, daß er in gerechter Sache zum Schwert greift. Er spielt ein hohes und kühnes, aber doch nicht leichtsinniges und waghalsiges Spiel, wenn er ohne Rücksicht auf Frankreich vorgeht; er hat vielmehr Napoleon ganz richtig beurteilt und eingeschätzt. Der Gedanke an Annexionen geht von Bismarck aus; er versteht es, den ihm zuerst widerstrebenden König für die Sache zu gewinnen. Die

Digitized by Google

Art, wie er bei den Friedensverhandlungen die Intervention Napoleons zu vereiteln weiß, ist ein Höhestück diplomatischen Könnens. Für den Ursprung des Krieges von 1870 liegen die Dinge wesentlich komplizierter als 1866. Bismarck so wenig wie Napoleon haben direkt den Krieg veranlaßt oder gewollt, aber beide rechnen mit der Möglichkeit des Kampfes. Bismarck ist das treibende Element in der Frage der spanischen Thronkandidatur; er will mit ihr die internationale Stellung Preußens stärken, auch auf die mögliche Gefahr eines Krieges hin. Auch Gramont will nicht direkt den Konflikt, wohl aber eine diplomatische Niederlage Preußens, wieder auch auf die Gefahr des Krieges hin. Daß diese Niederlage vermieden wird, ist das Verdienst Bismarcks durch sein Eingreifen bei der Emser Depesche, freilich führt er damit auch den Krieg herbei. In den Versailler Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten benutzt er mit großem Geschick die nationale Strömung; er lockt und droht zugleich. Um den Widerstand Bayerns zu überwinden, der doch wesentlich größer war, als man zumeist glaubt, spielt er die einzelnen süddeutschen Staaten gegeneinander aus: indem er Württemberg und Baden veranlaßt, selbständig vorzugehen, zwingt er das zögernde Bayern zum Handeln. Sein leitender Grundsatz ist, daß das innere Gefüge des 1866 geschaffenen Staatswesens erhalten bleiben muß einerlei ob und wie viel hinzukommt. Gerade die eingehende Darstellung dieser Verhandlungen seitens Brandenburgs bringt so recht zum Bewußtsein, wie schwer es noch im letzten Studium selbst für einen Bismarck war, das Schiff Deutschland über alle Klippen hinwegzubekommen, wie er aber mit unübertrefflicher Kunst alles erreichte, was zu erlangen war, ohne direkten Zwang anzuwenden, der für die Zukunft Verbitterung wecken mußte. Das Werk des großen Staatsmannes, unter unendlichen Schwierigkeiten geschaffen, hat erst die staunenswerten Erfolge Deutschlands ermöglicht, die wir vor dem Kriege und noch mehr jetzt im Kriege mit andächtiger Bewunderung erleben durften.

Man kann nur den Wunsch aussprechen, daß alle deutschen Diplomaten, die irgendwie berufen sein könnten, an den kommenden Friedensverhandlungen mitzuwirken, sich an der Hand des trefflichen Buches Brandenburgs in die diplomatische Arbeit Bismarcks bei den Nikolsburger und Versailler Verhandlungen vertiefen möchten. Sie haben hier ein Musterbeispiel, nicht nur wie überhaupt solche Verhandlungen zu führen sind, sondern vor allem, wie selbst in schwierigster Lage doch bei zutreffender Abschätzung der in Betracht kommenden politischen Machtverhältnisse und bei richtiger Verwertung der immer vorhandenen Gegensätze im feindlichen Lager Erfolge zu erzielen sind, die beim ersten Ansehen unmöglich erscheinen. Wir dürfen und können nicht hoffen, daß uns für die kommenden Friedensverhandlungen ein Bismarck neu ersteht; wir wollen zufrieden sein, wenn unsere Politiker zeigen, daß sie von Bismarck doch etwas gelernt haben, daß sie nicht versagen, wenn es gilt, auf Grund des militärisch Errungenen das Erreichbare weder zu hoch oder auch nicht zu niedrig abzuschätzen. Möchte Brandenburgs Werk in diesen Kreisen recht viele und recht aufmerksame Leser finden.

Digitized by Google

Notizen

Die Aussichten des Friedens. Welche Aussichten hat die Intervention zugunsten des Friedens? Es wäre verfrüht, diese Frage endgültig zu beantworten. Eine Wirkung ist sicher. Präsident Wilson und der schweizerische Bundesrat haben im wichtigen Moment verhindert, daß der mit der Friedensidee befrachtete Wagen auf ein totes Geleise geschoben wird. („St. Gall. Tagbl.")

Verschiedenes deutet darauf hin, daß die Verhandlungen zwischen den Alliierten zu einem Frieden führen werden. Die Friedenszeichen und die Friedensströmungen wachsen und üben ihren Einfluß auf die Regierungen der kriegführenden Länder aus. Käme der Frieden in den nächsten Monaten zustande, wäre es nicht die Folge eines militärischen Erfolgs, wie es der französische Präsident vor einem Jahre versprach. Keines der militärischen Ergebnisse ist derartig, daß es den Gegner zu einem Frieden zwingen könnte. Kommt der Friede, wird er durch andere Ursachen als durch militärische herbeigeführt. („Politiken".)

Auch „Westminster Gazette" hatte ein paar Tage zuvor sich ähnlich geäußert: Wir haben sehr gute Gründe zu glauben, daß wirtschaftliche Erschöpfung und schwindender Mannschaftsersatz mächtige Faktoren in der neuen Friedensbewegung sind.

Der „Morning Post" wird „von pazifistischen Führern im Vertrauen gesagt", daß die neue Regierung nicht mehr als zwei bis drei Monate dauern werde, bis Asquith wiederkomme und Friedensverhandlungen über Amerika eröffne.

Hindernisse des Friedens. Professor Kjellén schreibt in „Nya Dagligt Allehanda": Die Menschen haben zwar genug vom Krieg bekommen, die Staaten aber nicht. — Die Friedenssehnsucht des Volkes ist ohne Organ. Die Allgemeinheit vermag nichts gegen ihre Behörden, die über alle Machtmittel verfügen. — Der Krieg ist das Geschäft der Staaten: Geht das Geschäft mit Gewinn, muß der Gewinn die Leiden der einzelnen übertünchen; geht es mit Verlust, — dann ist keine Entschuldigung vorhanden, und dann darf man mit keiner Vergebung rechnen. — Es handelt sich nicht um die Wahrheit: es handelt sich um die Frage des Siegs. — Die Debatte über 1917 muß von dem Kampf über 1914 losgelöst werden, und ein Modus vivendi muß in einer lebenden Realität statt in der Vergangenheit gesucht werden.

Die Friedensaktion der Neutralen. „Stockholms Tidningen" begleitet die skandinavische Note mit folgenden Worten: Wir können selbstverständlich nicht viel ausrichten; aber das, was wir tun, muß eine Stärkung der Friedenssehnsucht werden, die bei allen kriegführenden Völkern vorhanden ist. Auch eine so begrenzte Friedensaktion von seiten der Neutralen wird sich dem Mißfallen gewisser Gruppen der kriegführenden Staaten aussetzen, die nur noch von Eroberungen träumen.

Der Kriegswille der Westmächte. Werden die Westmächte wirklich geneigt sein, den Krieg zu verlängern, um die russischen Ziele zu erreichen, nachdem es Rußland so wenig gelungen ist, sie durchzusetzen, trotz der Hilfe im Westen? („Gotenburger Handelszeitung".)

Die Strömung für den Frieden in England. Nicht nur überzeugte Pazifisten, auch Leute, die anfangs kriegslustig waren, aber in einem gewissen Stadium der Sache überdrüssig wurden, sagen sich heute, daß nun doch einmal jeder Krieg irgendwie mit Verhandlungen enden müsse. („New Statesman" vom 23. Dez.)

Auch „Manchester Guardian" hält den Augenblick für gekommen, den man noch nicht nahe geglaubt hätte, wo die Alliierten über ihre letzten Ziele eine Entscheidung treffen müßten. Ob Deutschland aufgehört habe, einen Angriffskrieg zu führen, würden seine Bedingungen erweisen. Ebenso müßten die Alliierten durch ihre Bedingungen zeigen, daß auch sie keinen Aggressivkrieg führen wollen.

Digitized by Google

In den Schützengräben, in allen Ländern, besonders in den besetzten Gebieten, ist eine Friedenswinterung entstanden. Deutschland hat sein Kriegsziel nicht erreicht, aber obwohl England im ganzen günstiger steht (besonders infolge der Seemacht) hat auch England sein Ziel nicht erreicht, und wenn auch Aussicht sei, daß im Laufe der Zeit die Alliierten siegen müßten, so seien doch die Kosten so schwer, daß die Erwägung der Menschlichkeit in ihr Recht treten müßte. („Nation" vom 16. Dez.)

Italienische Stimmen über Wilsons Friedensnote. Die amerikanische Note ist der zweite Akt eines Vorgangs, der bestimmt ist, in dem europäischen Konflikt eine Rolle zu spielen. Tatsache ist, daß die größte neutrale Macht jetzt Stellung nimmt. Eine Stellung für den Frieden, aber deshalb nicht weniger bedeutsam und interessant für die Wirkungen des Krieges. Man muß sich all das vergegenwärtigen, was die Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Augenblick in der Ökonomie des europäischen Konflikts bedeuten, um den Wert des Wilsonschen Schritts zu ermessen. („Carlino".) — Wir zögern nicht, unsere volle Befriedigung auszudrücken über dieses höchst wichtige Dokument, durch welches mitten im Waffenlärm eine so angesehene Stimme die streitenden Parteien aufruft, die enormen Schädigungen, die ihre Streitigkeiten der Menschheit zugefügt haben und die große Verantwortlichkeit, die sie bei einer Fortsetzung des Kampfes auf sich laden, in Betracht zu ziehen, und ihnen zu gleicher Zeit Mittel an die Hand gibt, um das Ende zu beschleunigen. („Osservatore Romano".)

Die Friedensbewegung des französischen Sozialistenkongresses „Das Beachtenswerteste an der Bewegung ist, daß sie im Grunde die schärferen Spitzen gegen England als gegen Deutschland und den Vierbund enthält. Sie fordert kategorisch ‚die Freiheit der Meere' und interpretiert diesen etwas vagen Begriff zugleich und zutreffend mit der ‚Internationalisierung der Seewege'. Das ist nun ein förmlicher Keulenschlag gegen die Prätentionen Englands, diesem versetzt von der stärksten Partei Frankreichs, und ist vielleicht mehr, als Deutschland im Augenblick von England zu fordern beabsichtigte, denn es bedeutet u. a. die Internationalisierung des Ärmelkanals, des Sund und Großen Belt, der Straße von Gibraltar, des Suezkanals, der Rotes-Meer Straße der Dardanellen, des Bosporus, der Beringstraße, der Koreastraße, des Panamakanals usw. Der französische Kongreß hat damit dem Vierbund eine Friedensband geboten über die man sich in London entsetzen wird, und in Petersburg wohl auch." („N. Z. N".)

Der Kongreß der französischen sozialistischen Partei. „Die fast einstimmig beschlossene Erklärung besagt schlecht aber verständlich, daß man nicht für den ‚deutschen Frieden' ist. Sie bezeugt eine verdienstliche Leistung der Minorität, sich den rein nationalen Gesichtspunkten zu nähern." (Hervé im „Victoire".)

Die Friedensbewegung in Italien. „Die antipatriotische Tätigkeit der dem Kriege feindlichen Parteien und Fraktionen ist in ständigem Wachsen begriffen." („Gazette del Popolo".)

Konstantinopel als Kriegsziel der Entente. „Es muß wohl oder übel zugegeben werden, daß Frankreich und England sowie Italien durch einen Vertrag 1915 Rußland das Recht zuerkannt haben, sich in Konstantinopel festzusetzen." (Hervé im „Victoire".)

Als Ort der Friedenskonferenz wird vom „Berner Tageblatt" Bern bezeichnet.

Der Anteil der Schweiz an den Friedensverhandlungen. Auch wir erstreben Sitz und Stimme am künftigen Friedenskongreß. Es darf nicht mehr zugeben wie vor hundert Jahren am Wiener Kongreß, wo die wichtigsten Angelegenheiten der Schweiz verhandelt wurden, ohne daß die Schweiz am Kongreß vertreten war. Auf der künftigen Mächtekonferenz werden wiederum viele Fragen diskutiert werden, die uns nahe berühren, z. B. das Recht auf geregelte Zufuhren, die Revision der Rheinschiffahrtsakte, Angriffe gegen Neutrale ohne Kriegsgrund. Da will auch die Schweiz gehört sein. („Basler Nachrichten".)

Lloyd Georges Charakter nach Northcliffe. Der Mann hat sich (bei den entscheidenden

Digitized by Google

Gelegenheiten) als ein menschlicher Dynamo enthüllt. Jede Einheit von Energie wird auf die unmittelbar vorliegende Aufgabe eingestellt ... Seine Kritiker sagen, daß er zu schnell bei einer Aufgabe ermüdet. Das glaube ich nicht. Er widmet jede Unze Aufmerksamkeit der Ausführung des besonderen Zwecks, den er vorhat, und wendet sich dann zu der nächsten wichtigen Anstrengung. Einige seiner Gewohnheiten beim Konzentrieren sind für seine Mitarbeiter etwas quälend. Wenn ihn ein Plan beschäftigt, ist er ein schlechter Einhalter von Verabredungen und ein unmöglicher Korrespondent. Die Briefe, die er schreibt, sind gerade die absolut notwendigen Mitteilungen des Augenblicks. Zu solchen Zeiten scheint er keine feststehenden Essensstunden zu haben. Soweit ich erfahren kann, schien seine Diät während der verflossenen Woche hauptsächlich aus Zigarren und Tee zu bestehen. Er besitzt die übliche Gabe des Ingenium, andere Leute dazu zu bringen, für ihn dies und jenes zu tun — und oft die richtigen Leute zu bekommen — aber nicht immer. („Times" v. 11. 12.)

Der Charakter des Krieges. Jede Stunde stempelt dem Angesicht der Zivilisation den wahren Charakter dieses Krieges auf. Es sind, wie Mr. Bonar Law es ansieht, diesem Kriege gerade durch seine verschwenderischen Forderungen an Männer und Frauen und an die Arbeit ihrer Hände Grenzen gesetzt. Nahezu ganz Europa ist heute eine „belagerte" Stadt. Selbst bei uns soll alles genommen werden. Jede Stunde sieht eine neue Einschränkung des winzigen Fleckchens, worin noch die Einfachen leben, einen neuen Akt der Mobilisierung zum Tode, der Annäherung an einen vollkommenen Zustand der staatlichen Sklaverei. Der Staat leidet ebenfalls, denn die Weltmacht wird in schnellem Fortschritt neu verteilt. Europas Kriegswille beschwert die Wagschale der Macht und neigt sie Amerika zu. Gerade der Adel und die verschwenderische Hingabe, womit die Jugend ihre Opfer darbringt, enthüllt uns die unermeßlichen Reichtümer, die weggeworfen werden. Ein solches Opfer darf nicht länger einem unbekannten Gotte gebracht werden. Wir müssen wissen, wo wir stehen oder der Krieg kann nicht weitergehen. („Nation" vom 23. Dezember.)

Das Hauptproblem des Landkrieges, sagt der Militärkritiker des „Observer", liegt in der steten Versorgung Rußlands mit Munition, die nur durch eine freie Zufahrtsstraße vom Süden nach Rußland möglich sei. „Der ungeheuerliche Irrtum des Rückzuges von Gallipoli muß auf die eine oder die andern Weise wieder gut gemacht werden, das sieht jetzt jedermann ein."

„An einen Durchbruch der Serethlinie werden wohl auch die Deutschen nicht denken." („Spectator" vom 13. Dezember)

Rußlands Offensivkraft ist wahrscheinlich endgültig gebrochen. („Berner Intelligenz-Blatt".)

Die täglichen Kriegsunkosten Rußlands betragen nach Angaben des Finanzministers täglich 45 Millionen Rubel.

Der Tagesbefehl des Zaren. „Von Serbien, um dessentwillen Rußland angeblich in den Krieg gezogen ist, kein Wort. Vom russischen Imperialismus um so mehr." („Berner Tagwacht".)

Revolution in Rußland. „Wir verspüren keine Anzeichen der Revolution in Rußland, jedoch wenn diese Anzeichen jetzt noch nicht vorhanden sind, so bedeutet das nicht, das sie sich überhaupt nicht einstellen können." („Kolokol".) „Wird die bestehende Desorganisation aufrecht erhalten, so wird das Volk zur Revolution geführt," sagt „Birsch. Wjed". im Anschluß an den landwirtschaftlichen Kongreß in Petersburg.

Die russische Linke für die Deutschen. In der Reichsduma vom 21. Dezember sagte der Abgeordnete Kerenski von der Arbeitergruppe: „Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche jede Entlehnung aus der deutschen Kultur für unannehmbar halten. Die deutsche Kultur ist ein ebenso großer Faktor der Entwicklung der Menschheit wie die englische und französische Kultur.

Digitized by Google

Entlehnen Sie die ausgezeichnete Arbeitergesetzgebung, die unbestechlichen Beamten, das allgemeine Wahlrecht welches für den deutschen Reichstag eingeführt ist, usw. Sie erheben hier in der Reichsduma ein Geschrei über die Gewaltherrschaft des Junkerstandes in Deutschland, Sie selbst aber, Sie russische Junker, russische Gutsbesitzer, haben es nicht vermocht, über das preußische Kuriensystem hinauszukommen, während Ihre Lehrmeisterin — die preußische Regierung — versprochen hat, das Kuriensystem aufzugeben.

Feindlicher städtischer Grundbesitz unterliegt nach den neuen russischen Bestimmungen nicht der Liquidation.

Die Warnung Mr. Protheros. „Es ist meine ernste Überzeugung, daß auf den Kornfeldern und Kartoffeläckern Großbritanniens der Sieg in diesem großen Kriege gewonnen oder verloren werden kann." („Times" v. 21. 12.)

Die englischen Schiffahrtsgewinne. Der englische Staat beansprucht 60% der Gewinne, die über die Gewinne der letzten Jahre vor Kriegsausbruch hinausgehen, für sich. Trotzdem haben die englischen Schiffahrtsgesellschaften sehr bemerkenswerte Ergebnisse erzielt.

	1915—1916	1914—1915	Vor dem Krieg
Britain S. S.	242 100	75 700	150 000
Century Shipping	250 400	723 900	77 800
Empire Transport	318 300	186 000	103 500
Fargrove Steam	271 100	57 700	100 500
Forneß Withy	1 386 950	674 700	714 750
Hanewring S. S.	140 300	46 500	31 400
Indo-China Steam	297 850	78 260	111 200
W. & C. T. Jones	517 500	89 400	86 000
London and Nother	657 200	200 100	171 400
Pymen S. S.	346 300	85 900	106 000
Tempus Shipping	153 300	20 600	22 350
Scholefield S. S.	99 900	46 900	32 800
Sutherland S. S.	296 950	109 900	89 300
West Hartlepool S. S. . .	315 800	121 800	117 500
Wetherall S. S.	66 100	29 000	13 400

(„Bataille".)

Die französische öffentliche Meinung und Griechenland. „Die Proklamation des Königs an seine Soldaten bestätigt in den Augen aller seine Würdelosigkeit. Diese Haltung kann der Verstand der Engländer und Russen ebensowenig begreifen wie das Gefühl des französischen Volkes, welches auch immer die Gründe sein mögen, die gewisse Regierungen zum Zögern veranlassen." („Temps".)

Der französische Außenhandel verzeichnet für die ersten 11 Monate des Jahres 1916 ein Defizit von 13 Milliarden Franken. „Immer und immer wieder müssen wir darauf hinweisen, daß es unumgänglich notwendig ist, alle nicht unbedingt notwendigen Einkäufe im Ausland zu unterlassen", sagt dazu der „Temps".

Japans Drang nach dem Süden. K. Yamada, Herausgeber der „Koknm in Shimbun" hat, wie „Peking Daily News" meldet, ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht „Der Vormarsch nach Süden und die Ogasawara-Inseln (= Bonin-Inseln)". Yamada legt darin dar, warum sich Japan nach Süden ausdehnen muß. Die Japaner müßten eigene Kolonien gründen, anstatt in Hawai und Amerika die Werkzeuge für andere zu werden. Niemals würde Japan die Marianen-, Karolinen- und Marschall-Inseln wieder aus der Hand geben. Aber es würden nach dem Krieg Zwistigkeiten mit Amrika nicht ausbleiben. Die antijapanische Gesinnung, die

Digitized by Google

bisher dort auf die niederen Stände beschränkt geblieben sei, ergreife jetzt auch die höheren Klassen. Dazu das Wachstum der amerikanischen Flotte; die Verlegung eines großen Teils aus dem Atlantischen in den Großen Ozean. Es bestehe die Besorgnis, daß nach Vollendung des Panamakanals der amerikanische Krieg ebenso kommen werde, wie nach Vollendung der Sibirischen Bahn der russische. — Unter diesen Umständen seien die Bonin-Inseln mit ihren guten Häfen und reichen Naturschätzen von unschätzbarem Wert; sie müßten zur Basis gegen einen etwaigen Angriff Amerikas gemacht werden; so lange sie in japanischer Hand, sei Japan gesichert. — Andererseits müsse Japan sich auch rüsten gegen einen Feind, der in der Nähe der Straße von Malacca auftauchen könne. Es sei veraltet, die Formosa-Straße zur ersten Verteidigungslinie zu machen.

Die Zukunft des amerikanischen Handels in China. Der frühere Finanzminister Chontsi-chi spricht sich in einem längeren Aufsatz in der „New York Times" über Chinas fortschreitende industrielle Umwandlung und die großen Zukunftsmöglichkeiten für den amerikanischen Handel aus. Diesem habe es bisher an einer kräftigen Organisation gefehlt. Er sei meist von deutschen und englischen Firmen besorgt worden. Der Vorzug der Engländer sei, daß sie lange in China ansässig und als zuverlässig bekannt seien. Der Vorzug der Deutschen, daß sie den Chinesen weit entgegenkommen, jede Mühe auf sich nehmen, um mit ihren Waren den Käufer zu befriedigen, kurzum, den Chinesen sich anzupassen. Die Amerikaner könnten nichts Besseres tun, als das Beste der englischen und deutschen Methode zu vereinigen.

Das Fehlen des deutschen Kalis als wichtigsten Düngemittels wird in „Daily Trade Record" als Grund der schlechten Ernte in den Vereinigten Staaten und in der übrigen Welt bezeichnet. „Boston Transcription" macht die englische Blockade für diesen Zustand verantwortlich und stellt fest, daß ein längeres Ausbleiben des Kalis verhängnisvoll auf die Landwirtschaft, besonders im Süden und an der atlantischen Küste, wirken wird.

„Neuorientierung". „Das erste Erfordernis ist, den Krieg zu gewinnen. Es ist einfach unmöglich, Änderungen und Verbesserungen in Angriff zu nehmen, solange das Haus brennt" („Morning Post" v. 20. 12.)

Krieg und Volksbildung. Aus einer Statistik der Unterrichtsverwaltung in England geht hervor, daß im Jahre 1915 etwa 45000 Kinder im Alter von 12—15 Jahren mehr als sonst von der Schule entlassen worden sind, um früher ins Erwerbsleben einzutreten. Nicht eingerechnet sind dabei die für landwirtschaftliche und andere Dienste zeitweise vom Unterricht befreiten Schulkinder. Die Zahl der allein für landwirtschaftliche Arbeiten beurlaubten Kinder betrug am 31. Mai 1916 allein 15000.

Russisches. Der Unterrichtsminister hat die Ermächtigung zur Schaffung eines ukrainischen Gymnasiums in Kiew und eines solchen in Lublin gegeben, wo Unterricht in kleinrussischer Sprache erteilt werden soll. — In Kasan wurde eine Kriegsuniversität eröffnet. Dort soll Kriegsgefangenen mit akademischer Bildung Gelegenheit gegeben werden, Bibliothek und Laboratorien der dortigen Universität zur Weiterführung ihrer Studien zu benutzen.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

W. Beckmann: Briefe im Krieg. Verlag Bruno Cassirer, Berlin 1916. 75 S. 17 Abbildungen. Scharfe Skizzen und Bilder eines Mannes, der Kämpfe und Kämpfer mit den Augen des Malers betrachtet, und mit klarem Wort und Stift festhält.

Aage Madelung: Aus Ungarn und Galizien. (S. Fischer Verlag, Berlin 1916. M. 2.—.) Außergewöhnlich farbige, anschauliche Schilderungen eines Kriegsberichterstatters.

Unser deutsches Alpenkorps in Tirol. Von Kriegsteilnehmer A. Reich. Verlag O. Huber, Dießen-München. 80 S. Preis M. 1.60. Schöne

Digitized by Google

Wiedergabe von Zeichnungen aus den Bergen und die Tätigkeit des Alpenkorps.

Paul Schweder: Im türkischen Hauptquartier. (Eingeleitet von Marschall Liman von Sanders.) Berichte eines Kriegsberichterstatters. Mit zahlreichen Bildbeigaben. Hesse & Becker, Leipzig. Kart. M. 3.-0.

Veit Valentin: Entente und Neutralität. (Leipzig, S. Hirzel Verlag. Kart. M. 1.50. 97 S.) Stellt die militärischen Übergriffe, die wirtschaftliche Knebelung und politische Vergewaltigung der Neutralen durch die Länder der Entente auf Grund von Zeitungsstimmen und ungedrucktem Material dar.

J. P. Buß: Amerikanische Menschlichkeit im Lichte des diplomatischen Notenwechsels. M. 1.50. C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin. (Kriegspolit. Einzelschriften, Heft 6.)

Heinrich Schröers: „Kriegsziele und Moral". (IV und 68 S.) Herder, Freiburg 1917. M. 1.20. Zeigt, welche ethischen Grundsätze bei der Aufstellung von Kriegszielen und Friedensbedingungen beachtet werden müssen.

Gustav Eichhorn: „Deutsche Kriegspolitik und England". Zürich, Leemann. 84 S. M. 1.—. Zusammenfassung der antienglischen deutschen Presseäußerungen.

Arthur von Taube: Zur Frage deutscher Siedelung auf neu erworbenem Gebiet. (Eine Brücke zu den baltischen Provinzen. [F. Lehmann, Berlin. 16 S.])

Ferdinand von Gerhardt: Die „Politik der Tat". (30 S. bz. M. 1.—.)

Die Reden des Munitionsministers Lloyd George werden unter dem Titel „Das gewappnete Deutschland", ein englisches Lob deutscher Organisation, in Auswahl bei Georg Müller, München, herausgegeben. 122 S. In Übersetzung von A. Friedmann.

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf: Reden aus der Kriegszeit. 5. Heft. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1916. (67 S. M. 1.—.) Enthält einen Vortrag über Alexander den Großen und die Rede zum Jahresfeste der Universität, womit das Heft den inhaltsreichen vorausgegangenen Heften sich würdig anschließt.

Die Lebensmittelversorgung der Städte. Von Dr. E. Zitzen. Volksvereinsverlag München-Gladbach. 55 S. Preis M. 1.40. Zusammenfassung der Organisationen des Konsums mit gutem Nachschlagregister.

Landeskunde

Anton Dörwächter: Bayerns Eigenart vom Weltkrieg aus. (Kösel, Kempten 1916. VIII und 141 S., geb. M. 3.—.) Bayerns Eigenart und Bayerntum wird geographisch, völkisch, kulturell, geschichtlich, religiös aus der durch den Krieg geschaffenen Verbindung von Stammes- und deutschem Einheitsgefühl als einer der Einzelstaaten geschildert, die auch nach dem Weltkrieg den Wert der Vielgestaltigkeit neben der Einheit erweisen.

Shamba, Mpori und Bahari von Gerh. v. Byern. C. F. Amelang, Leipzig. Br. M. 2.50. 124 S. Ostafrikanische Momentbilder aus den Pflanzungen, von Steppenfahrten, Raubtierjagden und dem Leben auf dem Meere.

J. Wronka: Kurland und Litauen. (176 S. mit 12 Bildern und einem Kärtchen. M. 3.—. Herder, Freiburg.) Breit angelegte Landeskunde und Geschichte Kurlands und Litauens.

W. Weidel: „Rußland". 205 Abbildungen, 24 S. Text, Delphinverlag München. Ein überraschend schön ausgeführtes Bilderheft von den Städten, dem Land und den Leuten in Rußland, kurze klare Übersicht über die Landeskunde.

Dr. Franz Kuppers: „Spanien" unter Kreuz und Halbmond. Eine geruhsame Wanderfahrt durch Geistes- und Wirtschaftsleben, Land und Literatur von einst und heute. Klinkhardt & Biermann, Leipzig. Br. M. 9.—, geb. M. 10.—.

Wirtschaft

Carl von Tyszka: Das wirtschaftliche Problem der modernen Industriestaaten. Jena, Gustav Fischer 1916. (VI und 210 S.). Untersucht die Grundlagen der alten Friedenswirtschaft, um daraus die Grundlinien zum Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege zu bestimmen, das in liberal-demokratischer Wirtschaftspolitik Deutschland wieder zur Weltwirtschaft und Weltmachtstellung zu führen imstande ist. Bemerkenswert durch die Voraussetzung, daß die Grundlagen des neuen Wirtschaftslebens im kommenden Frieden die im Frieden bisher geleistete Arbeit ist.

J. Jastrow: Die handelspolitische Zukunft Deutschlands. Mit einer Karte und vier Tabellen. M. 1.20. C. A. Schwetschke & Sohn, Berlin. (Kriegspolitische Einzelschriften Heft 15.) Anregungen zur Wahrung der Interessen auf handelspolitischem Gebiet.

C. Doelter: Die Mineralschätze der Balkanländer und Kleinasiens. Verlag Ferd. Enke, Stuttgart 1916. VII und 238 S. Br. M. 6.40. Wissenschaftlich geologische und bergtechnische Schilderung der Mineralschätze der Balkanländer, einschließlich der asiatischen Türkei. Kaum oder noch nicht allgemein bekannte Feststellungen.

H. Baclesse-Luxemburg: „Die belgische Großindustrie vor und während des Krieges." Verlag des Zentralblattes der Hütten- und Walzwerke, Berlin. 36 S.

Geschichte

J. L. Runeburg: Finnlands Heldenkampf.

Digitized by Google

In Dichtungen seines Volksdichters übersetzt von Wolrad Eigenbrodt. Verlag Callwey, München. 161 S. Eine Auswahl aus den Werken des finnischen Volksdichters Runeburg (1804—1877).

Biographien

Paul Wiegler: Figuren. Verlag der „Weißen Blätter", Leipzig. (243 Seiten, br. M. 5.—) Impressionistische, in geselligem Ton geschriebene Studien über Persönlichkeiten der Politik (Napoleon, Disraeli, Taine) der Kunst, des Lebens.

Erziehung

W. Stern: Jugendkunde als Kulturforderung, Quelle & Meyer 1916 (83 S., M. 1.40), fordert vom Standpunkt der Psychologie Begründung der Erziehung, Jugendbildung, Berufsvorbereitung auf der Jugendkunde und ihrer Trennung von politischen Forderungen.

Schöne Literatur

Der Verlag Eugen Diederichs in Jena setzt seine Sammlung „Die Märchen der Weltliteratur" mit zwei Bänden fort, die hauptsächlich eine volkskundliche Bereicherung darstellen: Neuen Märchen aus dem griechischen Festland und den griechischen Inseln und aus der Südsee (in Pappband je M. 3.60).

Neue Romane: 1. Deutsche: „Das Abendrot", Novellen von Hermann Stehr, einem zu wenig gekannten Meister der Erzählung; „Der rechte Liebhaber des Schicksals" von Albert Steffen, ein empfindsames, glaubenerfülltes Buch. 2. Ausländische: „Die Brüder Menthe", Roman von Peter Nansen, dem feinen Dänen; „Florentinischer Abendtraum" von Per Hallström, dem aus der Mitarbeit an der „Deutschen Politik" den Lesern bekannten ernsten Schweden. (Die ersten bei S. Fischer in Berlin, das letzte im Insel-Verlag.)

Charles de Coster: Vlämische Legenden sind mit Holzschnitten in der Liebhaber-Bibliothek von G. Kiepenheuer Verlag, Weimar, zu M. 1.50 erschienen.

Der neue Roman nennt sich die Sammlung zeitgenössischer Erzählungen, die bei Kurt Wolff, Leipzig, erscheint und neben der Bibliothek der Romane des Inselverlags Werke aus dem jungen und jüngsten Deutschland in einheitlicher Ausstattung und zu einheitlichen Preisen bringt. Zu den bis jetzt erschienenen Werken von C. Hauptmann, Eulenberg, H. Mann usf. legt sie als erstes fremdländisches eine gute Übersetzung von „November" von Gustave Flaubert mit Steindrucken vor.

Der Insel-Almanach auf das Jahr 1917 (Insel-Verlag, Leipzig. 170 S. M. —.5.) gibt wieder eine durch den Krieg nicht beeinträchtigte Auswahl aus den Büchern des Jahres und ihrer hauptsächlichsten Mitarbeiter.

Die schönsten Geschichten der Lagerlöf hat Walter von Molo ausgewählt und als schmales Buch bei Albert Langen in München herausgegeben. In Pappe M. 3.—.

Artur Fürst und Alexander Monszkowski: Das Buch der 1000 Wunder. (400 S. M. 6.—, in Leinen geb. M. 8.—. Albert Langen in München.) Sammlung von erträumten und wirklichen Wundern aus dem menschlichen und der Tierwelt, aus dem Reiche der Physik und Chemie, der Technik, der Erde, des Himmels, der Sprache, der Mystik. Ein Buch, das mit Glück die Punkte der Erscheinungen und Gedankenwelt auffindet, die aus der Regel herausfallen.

Die Weltliteratur bringt jede Woche ein gutes Werk eines Dichters, die Auswahl zeigt Geschmack; der Preis von 10 Pfg. ist denkbar wohlfeil.

Die Heimat. Herausgegeben von Heinrich Mohr. (VIII und 272 S.; Freiberg 1917, Herder, in Pappband M. 4.50.) Ein Wiener Sammelband gediegener Erzählungen, Gedichte, kulturgeschichtlicher Schilderungen für das Haus.

Kunst

André Jollès: „Ausgelöste Klänge" Briefe aus dem Felde über antike Kunst (Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 101 S. M. 2.50). Briefe über das Lebendige in der griechischen Kulturwelt, also vor allem über die archaische Zeit, voll eigenartiger Gedanken und starker eigener Meinungen. Eines der schönsten Zeugnisse für das Weiterleben des deutschen Denkens in der Kriegszeit.

Fromentin: Die alten Meister, neu übersetzt, mit vielen guten Abbildungen, herausgegeben von Gustav Kiepenheuer Verlag, Weimar.

Georg Simmel: „Rembrandt". (Kurt Wolff Verlag, Leipzig VIII und 205 S., geheftet M. 3.50.) Ein Versuch, die Kunstwerke Rembrandts philosophisch zu deuten und auszuwerten.

„Die Innendekoration", die Zeitschrift für Wohnungskunst (Alexander Koch, Darmstadt) hat auch ihren verflossenen Jahrgang ernst und aufrecht „durchgehalten" — ein ehrenhaftes Zeugnis für das Kunst- und Buchgewerbe.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolb., Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 26. Januar 1917 • Heft 4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Bethmann Hollweg und Bismarck

Von Friedrich Thimme

I.

Die flammenden Worte, mit denen unser Kaiser sich am 12. Januar an das deutsche Volk gewandt hat, haben ein millionenfaches Echo gefunden. Ganz Deutschland, so darf man sagen, hat dem Kaiser das Gelübde des denkwürdigen 4. August 1914, mit ihm durch Dick und Dünn, durch Not und Tod zusammenzuhalten, erneuert: kein Zweifel, daß es mit der stahlgewordenen Entschlossenheit, mit der verdoppelten Kraft, die der Kaiser von jedem deutschen Mann und jedem deutschen Weib verlangt, bis zum vollen Siege ausharren wird. Vielleicht noch nie hat das einmütige Vertrauen des deutschen Volkes zu dem Kaiser und seiner Führung einen so überwältigenden Ausdruck gefunden!

Man sollte meinen, daß das unbedingte Vertrauen in die kaiserliche Führung, das in den unzähligen Kundgebungen der letzten Tage ausgesprochen ist, auch das Vertrauen zu dem vornehmsten Berater des Kaisers in sich schlösse, der von Amtswegen nach einem Bismarckschen Ausdrucke der Hauptvertrauensmann seines kaiserlichen Herrn ist, zu dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Aber es scheint, daß diejenigen Richtungen, die man als die Anhänger einer starken Politik bezeichnen kann, dabei beharren, dem Kanzler ein Vertrauen zu versagen, dessen er in seinem schweren und verantwortungsvollen Amt doch so dringend bedürfte. Mit deutlicher Spitze spricht es Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" vom 17. Januar aus. Das deutsche Volk vertraut auf seinen Kaiser und den Ausführer seiner Weisungen, den Feldmarschall von Hindenburg — als ob nicht auch Bethmann Hollweg der Ausführer der kaiserlichen Weisungen wäre —, daß der Befreiungskampf gegen unsere Feinde unbeirrt durch Verhandlungslockungen mit allen Kräften und Mitteln bis zum siegreichen Ende geführt werde. Andere Anhänger der gleichen Richtung suchen einen Gegensatz zwischen der Sprache des kaiserlichen Aufrufs und den Kundgebungen der Reichsleitung zu konstruieren, obwohl der Kanzler doch auch für jenen verantwortlich und darum seiner teilhaftig ist. Der Abgeordnete Roesicke hat in seiner kürzlichen Kieler Rede sogar den Versuch

Digitized by Google

gemacht, den Kaiser in der Friedensfrage von dem Kanzler zu trennen: „Scheidemann und Bethmann fassen eben die Friedensfrage anders auf, als wir sie nach den Proklamationen, die unser kaiserlicher Herr an Heer und Marine und an sein Volk erlassen hat, auffassen.“ Der jüngst veröffentlichte Brief des Kaisers an den Kanzler vom 31. Oktober wird ja den Abgeordneten Roesicke eines Besseren belehrt haben. Uns scheint, daß das unbedingte Vertrauensverhältnis zwischen dem Oberhaupt der deutschen Nation, unserer Reichsleitung und unserer Heeresverwaltung, wie es sich gerade in der Friedensfrage augenfällig dokumentiert hat, unserem ganzen Volk Bürgschaft genug für die rücksichtslose Entschlossenheit sei, mit der alle unsere leitenden Instanzen nach der schnöden Zurückweisung unseres Friedensangebots den Krieg bis zum siegreichen Ende durchführen werden. Wer heute noch in den amtlichen Auslassungen der Reichsleitung den Klang von Kraft und Willen vermißt, der nach der „Deutschen Tageszeitung“ vom 18. Januar allein den Furor teutonicus entfachen könnte, mag seine Ungeduld um ein Geringes zügeln: sicherlich werden auch die nächsten Reden und Noten des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes ganz auf den ehernen Klang des kaiserlichen Aufrufs gestimmt sein. Im übrigen sollten die Anhänger einer starken Sprache nicht vergessen, daß Bismarck, dem wir jene gewaltigen Worte über den Furor teutonicus verdanken, der das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine auffliegen lassen werde, während des Krieges von 1870/71 von sich aus keinerlei Kundgebungen von der Art erlassen hat, wie sie jetzt an seinem Nachfolger vermißt werden. Bismarck wußte eben, daß es nicht erst irgendwelcher Kundgebungen von oben bedürfe, um den vollen Siegeswillen des deutschen Volkes auf der Höhe zu halten. Auch wir können felsenfest davon überzeugt sein, daß die stählerne Willenskraft, mit der nach den Worten des kaiserlichen Aufrufs unser kämpfendes Volk vor dem Feind und daheim jedwede Mühsal und Not des Krieges getragen hat, sich bis zum Sieg und Frieden bewähren wird, selbst wenn unsere Regierung nicht in jeder weiteren Note und Auslassung mit Kürassierstiefeln auftreten sollte.

Der heute so gern zitierte Ausspruch Bismarcks über den Furor teutonicus legt die Frage nahe, ob die Haltung unseres Reichskanzlers an den Maßen Bismarckscher Staatsweisheit und Politik gemessen, wirklich den harten Tadel verdient, der ihr so oft zuteil wird. Noch heute gilt ja der erste Kanzler, auch den Anhängern einer starken Politik, als die höchste Autorität und als leuchtendes Vorbild. Nichts könnte also mehr geeignet sein, ihnen das Vertrauen auf Herrn von Bethmann Hollweg zurückzugeben, als wenn sich zeigen sollte, daß dessen Politik, soweit die seit Bismarcks Tagen von Grund aus umgestaltete Weltlage und die im Verhältnis zu den Kriegen von 1866 und 1870/71 ins Gigantische gesteigerten Ausmaße des Weltkrieges es zulassen, orientiert ist an der Politik unseres nationalen Heros.

Dreierlei ist es, was dem fünften Kanzler zum Vorwurf gemacht wird: seine Friedensliebe, die ihn schon vor dem Kriege zu zwecklosen Verständigungsversuchen mit

Digitized by Google

England verführt habe, seine „schwächliche" Rücksichtnahme auf die Neutralen, insbesondere Amerika, die ihn hindere, die stärksten Kampfmittel gegen unsere Feinde anzuwenden, und das „ängstliche" Streben, die weitere Ausdehnung des Weltkrieges zu vermeiden. Ob und wie weit diese Vorwürfe im Zusammenhang stehen mit einer durch die innerpolitische Haltung des Kanzlers erzeugten Gegnerschaft, soll hier nicht untersucht werden; eine loyale Betrachtungsweise wird unbedingt die wiederholte Erklärung der „Kanzlerfronde", daß ihr in diesem Moment innerpolitische Gesichtspunkte fern lägen, zu respektieren haben. Immerhin wird es sich lohnen, in einem zweiten Artikel auch der Frage näher zu treten, wie sich Bismarck wohl, nach seinem eigenen Verhalten in den Jahren 1866 und 1870/71 zu schließen, zu den durch den Krieg heraufgeführten Fragen der Neuorientierung stellen würde.

Bismarcks Politik ist bekanntlich seit dem Frankfurter Frieden von 1871 immer dahin gerichtet gewesen, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Es war und blieb sein Augenmerk und seine vornehmste Sorge, eine Übereinstimmung von Rußland, Frankreich und England — auch Österreich mußte zunächst noch in Betracht gezogen werden — in Mißtrauen und eventuell in aktivem Vorgehen gegen das neue Reich zu verhindern. Der Gedanke an feindliche Koalitionen hat Bismarck, er selbst hat es erzählt, oft schlaflose Nächte bereitet. So lange Bismarck das Staatsruder in den Händen behielt, ist es ihm ja auch gelungen, ein Weltgegenbündnis gegen seine Schöpfung hintanzuhalten; auch die französisch-russische Annäherung, in der wir doch wohl den ersten Keim des Weltkrieges zu sehen haben, ist unter ihm nicht über die ersten Ansätze hinausgediehen. Leider ist die staatskluge und weitausschauende Politik Bismarcks, die auch trotz des Bündnisses mit Österreich 1879 den Draht mit Rußland nie abreißen ließ, und vorsichtig alle Reibungsflächen mit den Nachbarstaaten zu beseitigen suchte, unter seinen Nachfolgern verlassen worden. Immer hat Bismarck die fortschreitende Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik seit 1890 auf die Mißgriffe Caprivis zurückgeführt, der den Rückversicherungsvertrag mit Rußland fallen ließ. Schwerlich würde Bismarck auch mit der auswärtigen Politik des Fürsten Bülow einverstanden gewesen sein; das immer stärkere Eintreten für Österreichs Orientpolitik, vor dem Bismarck so oft gewarnt hat, die Politik der Bagdadbahn, die Marokkopolitik mußten ja nacheinander die Reibungsflächen und Konfliktsmöglichkeiten mit Rußland, Frankreich und England vervielfachen.

Im Grunde genommen ist erst Herr von Bethmann Hollweg wieder in die Bahnen Bismarcks mit dem Versuch eingelenkt, das Weltmachtsbündnis gegen Deutschland, das seinen drohenden Charakter in der Einkreisungspolitik immer mehr offenbarte, von innen heraus durch die allmähliche Hinwegräumung der Konfliktsstoffe und Reibungsmöglichkeiten aufzulösen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck die Abmachung zwischen Bethmann Hollweg und Ssasonow vom November 1910: daß sich

Digitized by Google

beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen würden, die eine aggressive Spitze gegen die andere enthielten, mit Freuden begrüßt haben würde. Auch daß in den letzten Jahren vor dem Kriege der deutsche Einfluß auf die österreichische Balkan- und Orientpolitik wiederholt in mäßigendem Sinne ausgeübt worden ist, hätte sicherlich Bismarcks vollen Beifall gefunden. Ein Gleiches gilt von den Verständigungsversuchen mit England. Die Unwahrscheinlichkeit des Erfolges würde für Bismarck nie ein Grund gewesen sein, von einem derartigen Versuche abzustehen. Er hat in solchem Zusammenhange oft auf die göttliche Vorsehung hingewiesen, die vielleicht noch im letzten Momente, etwa durch das Eintreten von Veränderungen in der Verfassung und Politik des betreffenden Landes, die Notwendigkeit eines Krieges aus dem Wege räumen könne. Freilich, die Voraussetzung war für Bismarck dabei, daß Deutschland in dem vollen Bewußtsein seiner Stärke, in dem Bewußtsein dastehe, auch dann, wenn wir in einem minder günstigen Augenblicke angegriffen würden, stark genug zu sein zur Abwehr[1]. Und durfte etwa Herr von Bethmann Hollweg nicht in dem vollen Bewußtsein solcher Stärke England die Hand zur Verständigung reichen? Ist unter ihm das deutsche Rüstungswerk, in dem doch auch Bismarck das stärkste Unterpfand des Friedens sah — ein Unterpfand, das nur darum versagen konnte, weil der Vernichtungswille der feindlichen Koalition alle Hemmungen des Verstandes und der Voraussicht durchbrach — ist dieses Rüstungswerk unter Bethmann Hollweg je vernachlässigt worden? Wir dächten, das Heeresgesetz, der Wehrbeitrag und die energische Fortführung des Flottenbaues wären Beweise genug für das Gegenteil. Nach alledem kann es nicht fraglich sein, daß die Politik des Herrn von Bethmann Hollweg bis zum Kriege und noch beim Ausbruch des Krieges selbst, ganz im Sinne Bismarcks gehalten war. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß ein jeder Schachzug, den die deutsche Politik in der letzten Krise tat, um den Ausbruch des Krieges zu vermeiden, durch die Autorität Bismarcks gedeckt werde. Wir können es nicht wissen, ob das Genie Bismarcks nicht noch zuguterletzt Mittel und Wege gefunden hätte, um die Koalition unserer Gegner zu sprengen — wahrscheinlich ist es eben nicht —, können nicht wissen, ob er es nicht wenigstens verstanden hätte, im Moment des Ausbruches selbst unsere Position, etwa auch in den Augen des neutralen Auslands günstiger zu gestalten. Aber im Prinzip würde Bismarck unzweifelhaft alles gutgeheißen haben, was deutscherseits geschehen ist, um den großen Weltkrieg fernzuhalten, den er ahnend doch, wenn auch nicht in diesem Umfang, vorausgesehen hat.

Schwieriger ist es zu entscheiden, wie sich Bismarck nach dem einmal erfolgten Ausbruch des Krieges zu den Fragen der Haltung der Neutralen, ihrer Einmischung in den Krieg und einer weiteren Ausdehnung des Krieges gestellt haben würde. Zwar ergibt sein Verhalten in den Kriegen von 1866 und 1870/71 auch dafür allerlei Anhaltspunkte. Er war doch von dem Versuche einer Vermittlung, den Napoleon III.

[1] Siehe Bismarcks Reichstagsrede vom 6. Februar 1888.

Digitized by Google

nach der Schlacht von Königgrätz unternahm, schwer betroffen; freilich hat er, als er die Schwäche der Position des französischen Kaisers erkannte, die Dinge in seiner unvergleichlichen Meisterschaft so zu leiten gewußt, daß die französische Intervention, die bekanntlich höchst selbstsüchtiger Natur war, vollkommen vereitelt wurde. Auch 1870/71 hat Bismarck die Gefahr einer europäischen Einmischung — er besorgte selbst die Geltendmachung republikanischer Sympathien in Amerika! — höchst ernst genommen. Wir kennen aus Busch „Tagebuchblättern" seine Klagen über Englands „fraudulent neutrality"[1]: „die englische Regierung handhabt die Neutralität in betreff des jetzt beginnenden Krieges liberal und gewissenhaft. Sie erlaubt unparteiisch beiden kriegführenden Teilen Pferde und Munition aus England zu beziehen; nur will freilich das Unglück, daß einzig und allein Frankreich von dieser Liberalität Gebrauch machen kann, was ein Blick auf die geographische Lage beider Länder und auch den Umstand ergibt, daß die Franzosen uns zur See überlegen sind." Auch in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" tönt noch der Groll über den Widerstand nach, den englische Stimmen im Winter 1870 gegen die Beschießung der Festung Paris erhoben, „mit der Redensart von dem Mekka der Zivilisation und andern in dem Cant der öffentlichen Meinung in England üblichen und wirksamen Wendungen der Humanitätsgefühle, deren Betätigung England von allen anderen Mächten erwartet, aber seinen eignen Gegnern nicht immer zugute kommen läßt." Aber so zornig Bismarck 1870 vor allem die Haltung Englands empfand, so hat er sich doch sorgsam gehütet, durch Auftrumpfen mit starker Sprache die Neutralen zu reizen. Behutsamer und klüger ist selten ein Diplomat in gleicher Lage vorgegangen. Er hat, um die Einmischung der Neutralen und ihres Kongresses zu verhindern, die Friedensverhandlungen nach Möglichkeit beschleunigt, ja er hat sich schließlich nur aus diesem Grunde mit sehr gemäßigten Friedensbedingungen begnügt und unter anderem auf Belfort verzichtet. Es gemahnt lebhaft an heutige Verhältnisse, wenn der alte Bismarck noch in seinem Memoirenwerk über nationalliberale Parlamentarier spottet, die einander im August 1870 schrieben, „daß jede fremde Friedensvermittlung unbedingt abzuweisen sei", die ihn aber nicht hätten wissen lassen, wie dem vorzubeugen sei, es sei denn nach dem uns bekannten Bismarckschen Rezept.

So viel läßt sich doch aus all diesen Vorgängen abnehmen, daß Bismarck, wenn er an der Stelle Bethmann Hollwegs stände, die Frage, ob aus einer Einmischung der Neutralen im gegenwärtigen Weltkriege sich weitere Kriege entwickeln könnten, auf das allersorgsamste und gewissenhafteste erwägen würde. Ganz zweifellos würde für ihn, gerade so wie hier seinen Nachfolger die brennendste Frage des Krieges die sein, ob und wie es verhindert werden könnte, daß weitere Neutrale und nach Lage der Dinge vor allem Amerika, dessen Neutralität Bismarck ja schwerlich in einem anderen Lichte erschienen wäre als die fraudulent neutrality Englands im Jahre 1870, in

[1] Betrügerische Neutralität.

Digitized by Google

den Krieg eingriffen. Und ebenso sicherlich würde er das Äußerste aufgeboten haben, um ein solches Eingreifen zu verhüten, auch im Hinblick auf eine spätere Zukunft nach dem Kriege, die sein den Ereignissen weit vorauseilender Geist immer zu berücksichtigen pflegte. Selbstverständlich kann nicht gesagt werden, daß Bismarck, in dem sich mit der höchsten Vorsicht die höchste Kühnheit paarte, sich schließlich gegen den U-Bootkrieg erklärt hätte, immer vorausgesetzt, daß ihm die gewisse Möglichkeit dargetan wäre, damit England auf die Knie zu zwingen. Wir dürfen unbedenklich annehmen, daß dem eisernen Kanzler jedes Mittel, das den Krieg abkürzen und entscheidend zu unseren Gunsten beeinflussen könnte, an sich höchst willkommen gewesen wäre. Aber das ist nicht minder gewiß, daß er so zweischneidige Maßnahmen erst in dem Augenblick getroffen haben würde, wo die gesamte militärische und diplomatische Lage sich so zu unseren Gunsten gewandt hätte, daß die Gefahr eines kriegerischen Eingreifens neutraler Staaten auf ein Minimum reduziert wäre, und weiterhin, daß auch Bismarck zuvor nach Formen gesucht hätte, die die Anwendung dieses Mittels den Neutralen erträglicher gemacht hätten. Sollte, wie wir vermuten, Herr von Bethmann Hollweg — der im übrigen auch ganz im Bismarckschen Sinn, einer Einmischung Wilsons durch seine Antwortnote in höflichster Form vorgebeugt hat — den gleichen Standpunkt einnehmen, so würde er sich also auch in der Frage des U-Bootkrieges auf seinen großen Vorgänger berufen können.

Fragen wir uns endlich, wie Bismarck sich zu den Kriegszielen unserer Kriegsleitung stellen würde, so muß unsere Antwort, die bisher durch Rückschlüsse auf einen einigermaßen sicheren Boden gelangen konnte, stark ins Schwanken geraten. Die Analogien des Nikolsburger Friedens von 1866, wo Bismarck die Hauptgegner Österreich und Bayern so überaus schonend behandelte (um dafür Hannover, Hessen und Nassau zu annektieren), und des Frankfurter Friedens, wo er wieder Frankreich Bedingungen zugestand, die im Verhältnis zu der Größe des erfochtenen Sieges als höchst mäßig bezeichnet werden müssen, können heute keine Geltung mehr beanspruchen, denn die Situation hat sich von Grund aus geändert. Bismarck hat in seiner berühmten Reichstagsrede vom 11. Januar 1887, als von der Möglichkeit eines künftigen Krieges mit Frankreich die Rede war, gesagt, daß dann, wer auch gewinnen möge, das saigner à blanc Platz greifen werde, d. h. ein Aderlaß bis zur völligen Blutleere. „Wir würden uns bemühen, Frankreich auf dreißig Jahre außerstand zu setzen, uns anzugreifen, und uns in den Stand zu setzen, daß wir gegen Frankreich mindestens für ein Menschenalter vollständig gesichert sind. Der Krieg von 1870 würde ein Kinderspiel sein gegen den von 1890 — ich weiß nicht wann — in seinen Wirkungen für Frankreich." Natürlich kann diese Äußerung Bismarcks, die 1887 in erster Linie wohl als eine abschreckende Drohung gemeint war, keine Norm abgeben für einen künftigen Frieden, auch nicht in Bismarcks Sinn. Wir haben es ja heute nicht mit Frankreich allein zu tun, sondern mit einer Koalition von Gegnern, von denen nicht Frankreich, sondern

Digitized by Google

England und Rußland die gefährlichsten sind. Kein Zweifel, daß der große Realpolitiker diese am stärksten und an ihren empfindlichsten Stellen zu schwächen suchen, Frankreich aber — vielleicht — am glimpflichsten ausgehen lassen würde. Von seiner früheren Vorliebe für Rußland, die ihn immer die polnische Frage im Zusammenhang mit dem einstigen freundschaftlichen Verhältnis zu dem Zarenreich betrachten ließ, würde Bismarck heute ja unter dem Einfluß des Weltkrieges völlig zurückgekommen sein. Ob er darum die vorzeitige Lösung der Polenfrage gut heißen würde, erscheint gleichwohl zweifelhaft; beurteilen wir Bismarck recht, so würde er wohl vorgezogen haben — wenn es die militärische Lage gestattet hätte – die Lösung so lange hinauszuschieben, als noch irgendeine Möglichkeit bestand, Rußland auf dem Wege eines Sonderfriedens von der Koalition der Gegner zu trennen. Im übrigen würde Bismarck vermutlich — etwas Sicheres läßt sich freilich nicht sagen — den vorerst nur in allgemeinen Umrissen bekannt gegebenen Kriegszielen der Reichsleitung zustimmen; voll unterschreiben würde er in jedem Fall das Wort Herrn von Bethmann Hollwegs von der Unmöglichkeit, den Status quo ante wiederherzustellen, und ebenso das andere, daß von aller Sentimentalität Abstand zu nehmen sei. Gewiß würde ein so großer und fruchtbarer Geist auch die gewaltigen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus dem werdenden Mitteleuropa ergeben, voll erfassen und für uns auszunutzen suchen. Bismarck selbst ist es im Grunde gewesen, der durch das enge Bündnis mit Österreich den Keim zu dem mitteleuropäischen Bunde gelegt hat; würde er in seiner Ausgestaltung, Abrundung und Konsolidierung, die ja die eine Eingliederung von Serbien und Rumänien, wohl auch die von Polen und Belgien in sich schlösse, nicht eine der realsten Garantien für unsere machtvolle Zukunft und für den künftigen Frieden sehen?

Wie dem auch sei: „Mut, Weitgriff, Stärke, das war Er; er war die Entschlossenheit, die Festigkeit, der stählerne Wille, ganze Arbeit zu tun[1].“ Setzen wir hinzu: er war auch höchste Vorsicht und Behutsamkeit, war bei aller Kühnheit seiner Kombinationen und Entschlüsse doch wieder ganz auf das Mögliche und Erreichbare gestellt; gleich dem genialen Schlachtendenker, der neben ihm an der Gründung des Deutschen Reichs so großen Anteil genommen hat, befolgte er den Grundsatz: erst wägen, dann wagen!

Wir glaubten zu erkennen, daß Bismarcks Geist in seinem jetzigen Nachfolger lebendig sei; möchte er in ihm nach beiden Richtungen, zu höchster Kühnheit und höchster Vorsicht voll wirksam werden! Dann wird die Hoffnung berechtigt sein, daß der kommende Friede ein deutscher Friede im Sinne unseres Nationalheros sein wird.

[1] Marcks, Vom Erbe Bismarcks s. S. 44.

Digitized by Google

Frauenbriefe, die ihn erreichten . . .

Von Professor Dr. E. Jäckh

Nämlich den Feind! Briefe deutscher Frauen, die den Feind erreichten! Also daß eine sozialdemokratische Zeitung zu sagen weiß: „Ein entsetzlicher Gedanke, wenn unsere Kriegerfrauen sich sagen müßten, daß sie mit ihren Briefen, wenn auch ungewollt, mit dazu beigetragen hätten, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern. Darum sollte jeder Brief ins Feld recht sorgsam abgefaßt, und alles vermieden werden, was dem Feinde nützen, den Krieg verlängern könnte."

Briefe sind es, die von deutschen Frauen geschrieben worden sind — an ihre Männer im Schützengraben und die mit diesen Männern eines Tages in die Hände der Feinde gefallen sind; oder an ihre Männer in die französische Kriegsgefangenschaft gerichtet und von der feindlichen Zensur gelesen worden sind. So oder so — in beiden Fällen hat der Feind diese Frauenbriefe ausgebeutet, um — wie er meint und sagt — „ein klares Bild" von Deutschland zu erhalten, „eine offene und ehrliche Auskunft", „einen wahren, man möchte sagen realistischen Einblick in das deutsche Kriegselend"; und um darnach zu handeln.

Was ist der Eindruck unserer Feinde vom deutschen „Kriegselend" gemäß diesen Frauenbriefen? Hungersnot und Hungerstod; Unruhen und Aufruhr, ja Revolution! Man lese und höre eine kleine Auswahl aus der großen Anzahl, die der Bund deutscher Gelehrter und Künstler in photographischen Faksimiles nach der französischen Wiedergabe jetzt veröffentlicht und die — das sei gleich vorweggenommen — leider echt sind:

Basel, den 4. August 1916.

. . . Weißt du, mein lieber Mann, es ist traurig, wie es hier zugeht. Sei froh, daß du kein Deutscher mehr bist, denn da wird der Arbeiter so unterdrückt, daß es eine Schande ist, und die elenden Stinkpreußen drücken sich wo sie können und die armen Badischen müssen den Kopf hinhalten . . .

Osterfeld, d. 22. 7. 16.

Es sterben viele Menschen hier. Die Leute bekommen ja nicht mehr was ihnen zusteht. In Essen haben sie an der Verkaufsstelle einen Schutzmann totgeschlagen und zwei Frauen totgedrückt, eine Frau von 8 Kindern und eine von 2 Kindern. Es wird alle Tage noch toller. Wenn du was haben willst jeden Tag für in Pot, dann mußt du den ganzen Tag mit zwei Mann unterwegs sein, sonst ist es Abend und hast noch nichts. Das kann überhaupt nicht mehr so gehen, hier sich die Köppe kaput hauen, und die armen Männer im Schützengraben auch.

München, 25. Juli 1916.

. . . Als Entschädigung bietet man mir „das Betteln" an. Mein Fluch soll die Bande treffen, die so viel Unheil über die Menschen bringen kann. Der Arbeiter und der Geschäftsmann muß sich alles bieten lassen, — die Herren Beamten, wenn sie um Gehaltszulage ersuchen in Anbetracht der großen Teuerung, da wird sofort bewilligt und der Geschäftsmann, der unverschuldet um Hab und Gut gebracht wurde, der kann verrecken oder betteln. — Eine Verbitterung ist über mich gekommen, lieber Hans, ich kann sie dir gar nicht schildern. Und dabei muß ich immer daran denken, wie du als Erster hast laufen müssen, das Herz voll Begeisterung und

Digitized by Google

wie du beim Weggehen auf meine geahnten Sorgen nur erwidert hast: „Sorge dich nur nicht, jeder wird dir beistehen und die Behörde wird dich auch in Schutz nehmen", — ein netter Schutz, das muß ich sagen! Es wird eine Zeit kommen, in der unsereins auch ein Wort zu reden kriegt, dann werde ich schon reden!

Anrath, den 6. 8. 1916.

Teile dir nun noch eben mit, daß A... auch vergangene Woche gestorben ist. Man hört und sieht nichts mehr als Tod und Verderben, es sollte mich gar nicht wundern, wenn die ganze Welt ausstirbt. Von mir ist auch nicht viel mehr da, ich wiege noch knapp hundert Pfund; du würdest dich wundern, wenn du mich sehen könntest, ebenso meine Schwester, sie hat 40 Pfund abgenommen. Alle Leute werden so modern schlank.

Hindenburg, 29. 7. 16.

... Mich dauern nur meine lieben Kinderchen, denn sie können dann noch genug ohne Mama sein; denn Liebling, ich werde dir die Wahrheit schreiben, ich fühle mich sehr ungesund, meine Schwester Gustel ist lungenkrank, die wird wohl auch nicht lange machen, jetzt sterben alle Leute auf lungenkrank; das ist alles von der Kost, denn man bekommt alles sehr knapp. Ach mein Gold, jetzt würde es mir sehr leid tun zu sterben ...

Jocketa, d. 23. 7. 16.

... immer plagt einem der Hunger, kaum hat man gegessen, schon wieder meldet sich Hunger, es geht aber nicht bloß mir so, jedem geht das so, manchmal bin ich ganz verdrießlich; Walters gehen alle drei in Steinbruch, da koche ich mit, die werden auch nicht satt. Ja, so lange man überhaupt in der Stube ist, immer quält der Hunger ...

Oetzsch-Gautsch, d. 6. 8. 16.

... Eine erwachsene Person hat in sieben Tagen 5 Pfd. Brot und 7 Pfd. Kartoffeln, 100 Gramm Butter und 1/4 Pfd. Fleisch. Nun kannst du dir denken, daß deine Brüder, die im Wachstum stehen, tüchtig hungern müssen; mir bricht fast mein Herz, dies mit anzusehen. Die Teuerung ist zu groß, daß man mit den paar Pf. nicht durchkommen kann ...

Plagwitz, 2. 9. 16.

... Du schreibst, es kann noch ein Jahr dauern; nun, ich glaube nicht, daß du uns da noch lebendig wiedersiehst; es braucht bloß noch ein Vierteljahr so fort zu gehen, dann sind wir aber vollständig fertig mit unserem Bissel Kraft; wir kriegen doch nichts mehr. Ja, wenn man die ganzen Marken, Verordnungen und Bekanntmachungen fressen könnte, da haben wir übergenug. Diese Woche habe ich Nachtschicht, da nimmt man sich so ein Bissel trockenen Kleister und ein Bissel braunes Wasser mit. Ich will dich nicht anlamentieren; du wirst es auch nicht besser haben, aber man kann sich bloß über die Ungerechtigkeit ärgern; die Geldwänste haben sich alles eingehamstert ...

Gommern, den 25. 8. 16.

... Es ist doch manchmal zum Verzweifeln, man muß sich immer wieder fassen. Wenn mir es um euch nicht wäre, da hätte ich mich schon weggeräumt. Denn es ist doch kaum mehr zu ertragen. Es kann doch, mein lieber Ernst, nicht mehr so lange fort gehen, wie es gegangen ist ...

Leipzig-Plagwitz, den 18. 7. 16.

... Mit einem Mal wird Mutter sehr krank, schweres Lungenasthma, Herzmuskelschwäche und doppelseitige Lungenentzündung. Mutter hat sich eben furchtbar erkältet; es ist ja auch kein Wunder; nach jedem Ei muß man stundenlang stehen, bei Wind und Wetter und da zieht man sich eben solche Erkältungen zu. Georg, wir haben's alle so furchtbar satt. Wir werden jetzt alle so dünn; ich habe jetzt mindestens 35 Pfd. abgenommen, hauptsächlich vor Sorgen und nun die ganze Kost! Otto arbeitet jetzt Sonntag und Woche, bloß für das bischen Essen ...

Digitized by Google

...(bei Saarbrücken), den 22. Juli 1916.

Wenn du in Urlaub kommst, kannst du dich ausruhen, aber bringe eine Portion Fett oder Fleisch mit, denn hier ist nichts mehr. Heute morgen sagte mir ein Mann, der in Urlaub von Saarbrücken ging, es seien aus jeder Kompanie 40 Mann ausgesucht. Jedenfalls für gegen Zivilbevölkerung im Fall eines Aufruhrs, denn es sind keine Kartoffeln mehr da und sonst nichts mehr...

Bautzen, den 20. 8. 16.

...was werden wir trinken? womit werden wir uns kleiden? das soll nach der Bibel ein Trachten der Heiden sein, doch die christliche Kultur hat es so weit gebracht, daß auch wir uns mit solchen Fragen allen Ernstes befassen müssen. Marie wird bald aus München zurückkehren, die Hungerleiderei gibt ihr auf die Nerven, es ist ihr schrecklich, daß sie im Tage nur zwei Stückchen Zucker bekommt; sie meint, als sie in Frankreich gefangen war, konnte sie sich um ihr Geld noch das Leben mit Confituren und Zucker versüßen; jetzt heißt es das Maul halten und schwarzen Kaffee trinken, bis man grün und gelb ist.

Wittenberg, den 21. Juli 1916.

...denn von meinen Verwandten kann ich nichts verlangen und die Kinder kosten mich viel Geld. Es gibt in Wittenberg Revolution, denn es gibt nichts mehr zu essen. 6 Pfund Brot die Woche, das ist zu wenig, und Butter ein halbes Stückchen für 3 Personen. Ich weiß nicht wie ich mit auskomme...

München, den 22. Juni 1916. Fronleichnam.

...17.—18. Juni kann für München eine Erinnerung sein . . . . . .
. . . . . .
alle Schaufenster. Es war ein Graus zum ansehen, aber heute am Fronleichnam getraute sich doch niemand. In Chemnitz soll es auch schon so gewesen sein zu mehreren ... doch davon mündlich.

Chemnitz, den 25. 7. 1916.

... daß in Deutschland die obere Klasse die untere ganz vernichten will, wird aber nicht dazu kommen, denn wahrscheinlich bis auf den Oktober wird Revolution ausbrechen von der unteren Klasse ...

Leipzig, den 4. 7. 16.

Es ist jetzt schrecklich. Alles gibt es auf Marken. Fleisch gibt es bald gar nicht mehr zu kaufen. Eine vierköpfige Familie bekommt die Woche 1 1/2 Pfund Fleisch, aber im ganzen gerechnet, mit Wurst und allem. Vor 3 Wochen war hier in Leipzig ein großer Krach. Die Leute haben mehrere Schaufenster eingeschmissen, und die Läden, in welchen Schinken und Fleisch waren, haben sie ausgeräumt. Die Schutzleute haben gar nichts ausrichten können. Dann wurde alles mit berittenem Militär und Schutzleuten abgesperrt. Ein Sohn von einem Geschäft, der gerade hier auf Urlaub war, haben sie so sehr geschlagen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Dort ist er gestorben. Der Grund war, er soll sehr gemein den Leuten gegenüber gewesen sein. Es ist gar nicht mehr schön. . .

G. . . (bei Leipzig), 3. 8. 1916.

Nun, mein lieber guter Männe, vielleicht kommt dies Schreiben in Deine Hände. Ich muß Dir mal die Wahrheit schreiben, wie's in Deutschland zugeht. Du wirst vielleicht schon gehört haben, daß Deutschland nichts mehr zu essen hat, und wirst es nicht glauben, aber es ist schon so. Allerdings, wenn Du die Pakete erhältst, glaubst Du es nicht, aber, mein Lieb, wir haben uns vorgesehen, sonst müßten wir auch mithungern, aber wir dürfen niemand etwas sagen, denn Hunger tut weh! Auch bin ich froh, daß Alfred da ist: der ist auf dem Truppen-Ernäh-

Digitized by Google

rungsamt, der sorgt auch mit. Nun, mein lieber guter Mann, will ich Dir genau schreiben, wie es hier aussieht: also für alles gibt es Marken, nur das S ..... ist noch gestattet ohne Marken. Also 1/8 Pfd. Butter auf den Kopf, für die ganze Woche (meistens gibt es keine). 3 Pfd. Kartoffeln. 3 Pfd. Mehl oder Brot. 50 g Margarine oder Fett alle 14 Tage. 150 g Fleisch oder Wurst die ganze Woche (es gibt immer weniger). Reis, Gries, Graupen, Seife gibt es nicht mehr. Überhaupt alles ist alle. Nur noch Marmelade im ganzen Staate. Die Leute stehen schon nachts um 2 Uhr auf, und stellen sich hin. Wer früh um 7 Uhr kommt, kriegt einfach nichts mehr. Straßenlang stehen jeden Tag die Leute an den Läden, vielleicht 500 Frauen und davon bekommt der 4. Teil nur etwas. Zumal an der Markthalle, die Schutzleute bekommen Keile. Und nun noch die Hauptsache: jetzt war bei uns die reine Revolution, in der .... straße bis zu .... sind die Schaufenster eingehauen worden; bei .... fing es an, alles ist geplündert worden, die Leute schrieen Hunger, Militär ist aufgezogen, die ganze Schutzmannschaft ist immer auf den Beinen, geschossen ist auch worden, natürlich gibt es hierauf schwere Strafen, jetzt ist wieder etwas Ruhe eingetreten, wer abends um 9 Uhr mit noch jemand zusammen steht, wird abgeführt, es herrscht große Strenge. Aber am Rathaus in Leipzig stehen jeden Tag 1000 Weschen und wollen zu essen haben; es ist schauderhaft wie es in Leipzig zugeht, es ist aber auch nur in Leipzig so schlimm, der Rat sorgt nicht genug. Die Einfuhr von Bayern und Preußen ist nicht erlaubt. Die Soldaten, welche auf Urlaub kommen, sagen, draußen gibt es nichts mehr zu fressen, aber hier ist es noch schlimmer. Die ausgetauschten Gefangenen sehen sich erst um, sie sehnen sich alle wieder zurück. Also, mein Lieb, gib Dich drüben zufrieden, denn uns geht es viel schlechter. Die Bauern haben immer noch mehr wie die Städter. Also, mein Lieb, mache Dir um mich keine Sorgen, ich komm schon durch. Wenn es noch schlimmer wird, schließe ich meine Bude zu und gehe nach ..... Also Angst habe ich nicht, ich gehe noch nicht druff. Glaub' mir, ich bin froh, daß Du nicht mehr in der Front mit bist, denn in Verdun geht es schwer zu, die Toten liegen haushoch, aber es ist bald in unseren Händen. Siege haben wir, aber nichts zu fressen. Jetzt müssen wir Kirschkerne sammeln, da wird Öl daraus gezogen. Kartoffeln kosten der Zentner 15 Mk. Fleisch das Pfd. 3 Mk. Wurst dasselbe, Bier 30 Pf. das Liter, Fett das Pfd. 2,75 M. Strumpfbandgummi 2,75 M. Spiritus gibt es schon lange nicht mehr, und so manches, also nur das Wasser ist noch frei, das Bier ist auch sehr teuer. Also nun weißt Du ein bischen etwas. Sei herzlich geküßt von Deiner ....

Chemnitz, den 5. 9. 16.

Lieber Paul.

Ich will dir einmal mitteilen, wie es bei uns aussieht. Du wirst es wohl auch schon gehört haben, wenn andere in dein Lager gekommen sind. Bei uns ist es bald nicht mehr zum Aushalten, wir müßten bald verhungern; Kartoffeln bekommen wir jedes die Woche 3 Pfund; Brot die Kinder 3 Pfund; Fleisch bekommen wir die ganze Woche gar keins, außer Sonnabend 1 Pfund, das soll die ganze Woche reichen und 1/2 Pfund Wurst, Fett kennen wir, schon seit du fort bist, nicht mehr. Butter 1/8 Pfund die ganze Woche, Zucker 1/2 Pfund und alles auf Marken, und jedes Mal ein Paar Stunden anstellen und das andere, was Gemüse ist, können wir nicht bezahlen, das ist alles so teuer, daß das Geld nicht dazu langt. Wir müssen jetzt alle Tage Essen aus der Speiseanstalt holen, wenn ich mit den Kindern um Mittag etwas essen will, da muß ich mich schon um 9 Uhr anstellen, und 12 Uhr gibt es erst etwas zu essen; da hole ich jedes Mal für 1 Mark, da können wir uns satt essen, das ist auch das Ganze, was man hat, denn sonst haben wir nur Honig, da gibt es auch bald keinen mehr; was wir dann essen sollen, das wissen wir noch nicht. Bei uns war auch bald einmal Revolution ausgebrochen, da haben die Leute schon die Fensterscheiben eingeschlagen und alles rausgeholt; es ist ihnen aber schlecht bekommen, denn da waren es meistens Frauen, die haben sie alle eingesteckt, sie

Digitized by Google

haben auch schon ihre Strafe bekommen; du weißt doch, wie Ida, wegen Landfriedensbruchs, so sind auch die Frauen bestraft; sie haben alle 7 Monat bis zu einem Jahr bekommen, aber ich bin froh, daß ich nicht mit war, denn sie haben es alle aus Hunger getan; es war ein Sonnabend. Sonntag war es noch viel schlechter, da sind die Ulanen mit den Pferden in die Leute geritten, die anderen Soldaten mit aufgepflanztem Gewehr, haben die Leute auseinandergejagt, da haben sie auch geschossen, aber es gab noch keine Toten. Da kannst du dir kein Bild machen, wie es bei uns zugeht; es ist halbe Hungersnot bei uns. Mit dem Kriege ist es noch nicht am Ende, sie sprechen wohl alle davon, daß es bald alle sein soll, aber es sieht noch nicht so aus, aber es steht jetzt auf dem Höhepunkte, jetzt geht es haarig her, es wird auch bald Zeit, daß der Mist ein Ende nimmt, daß ihr bald wieder zu Hause kommt. Lieber Paul, ich habe dir nur ein bischen geschrieben, wie es bei uns ist, denn die Männer wollen alle nicht wieder auf Urlaub kommen, weil es nichts zu essen gibt; sei du froh, daß du gefangen bist, da hast du wenigstens etwas zu essen . . .

Der französische Zensor faßt seinen Eindruck so zusammen: „Die wenigen, meistens an Offiziere gerichteten Briefe aus bürgerlichen, gutsituierten Kreisen lassen eine zwar im Abnehmen begriffene Zuversicht auf den Gang der Ereignisse, eine gewisse Entschlossenheit zum Durchhalten erkennen. Die anderen in sehr hohem Prozentsatz stehenden Briefe, und zwar alle Briefe aus Proletarierkreisen, enthalten ein solches Maß von Entmutigung, von Elend und teilweise von Verzweiflung, daß deren Äußerungen sogar der deutschen Zensur über den Kopf zu wachsen scheinen." Und der feindliche Generalstab verwendet diese „Beweise" von deutscher „Verzweiflung" in photographischer Vervielfältigung in doppelter Weise: einmal indem er jene Briefe durch Flieger über deutsche Schützengräben abwerfen läßt, um durch solche Eindrücke die Festigkeit unserer Soldaten zu erschüttern und zu entmutigen — wie wir glauben, ohne Erfolg; sodann indem er die Briefe dem eigenen Volk vorhält, um die eigene Entmutigung und Erschütterung zu beseitigen und die wankende Stimmung zu festigen — wie wir wissen, mit Erfolg. Der französische Zensor kann versichern, daß er vom 20. August bis 10. September v. J. 120 solche Briefe gelesen hat, also sechs täglich. Und die Tatsache, daß jene Briefe zumeist aus den Kreisen kommen, die als „das Volk" bezeichnet werden, sind als Beweis für die gesamte Volksstimmung gewertet.

Wir in Deutschland wissen, daß all das falsch ist; wir wissen, daß wir es schwer haben; aber wir wissen auch, daß jene Darstellungen böse Übertreibungen und völlige Unrichtigkeiten sind, daß weder „Hungerstod" noch „Revolution" uns bedrohen. Auch unsere Feinde, die leitenden Staatsmänner werden das wohl wissen und selbst diesen „Frauenbriefen" nicht allzuviel glauben; aber sie wollen und müssen ihre Völker glauben machen, daß Deutschland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, vor „Hungerstod und Revolution" steht, und daß es für unsere Feinde nur noch kurze Zeit auszuhalten gilt — und Deutschland muß sich auf Gnade und Ungnade ergeben! Wir wissen, daß die Ententeleiter den Mut zu ihrer leichtfertigen Ablehnung des deutschen Friedensangebotes auch aus dieser Hoffnung und Rechnung geschöpft haben: Deutschland sei bald am Ende! Da sind jene Briefe ein willkommenes und wirksames Mittel geworden.

Digitized by Google

Unsere Frauen haben in diesem Krieg Wunderbares geleistet — im Schaffen wie im Dulden, und keine jener Briefschreiberinnen hat daran gedacht, daß ihre übertreibenden Klagen den Feind erreichen. Aber sie müssen es jetzt wissen — und jede mag und muß bei jedem Wort daran denken, daß der Feind darauf lauert, daraus seine Waffe zu schmieden — gerade gegen die, deren Wohl ihre Sorge ist.

Streiflichter zur Weltlage I

(15. Januar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Das Ende des alten Jahres hat uns den entscheidenden Erfolg von Rimnicul Sarat gebracht, durch den die russisch-rumänische Front der östlichen Walachei durchbrochen ward und die überwältigenden späteren Erfolge unserer Waffen, die den Feind über den Sereth warfen, eingeleitet wurden. Der glorreiche Feldzug der 9. Armee hat in bewunderungswürdiger Weise die genialen Pläne unseres Großen Generalstabes verwirklicht und eine politische und militärische Lage geschaffen, die nicht nur zermalmt hat, was an rumänischer Widerstandskraft noch übrig war, sondern auch ihren russischen Helfern die höchste Sorge um den eigenen Besitzstand in Südrußland: Beßarabien und die Ukraine erregte. Odessa und Kiew stehen in Kriegszustand, und zu dem bunten Völkergemisch, das die Armee darstellt, ist jetzt noch der Schwarm der flüchtenden Rumänen gekommen.

Aber welche Summe bedeutsamer Ereignisse drängt sich in die Spanne Zeit zusammen, die zwischen Rimnicul Sarat und der Flucht über den Sereth liegt! Am 30. Dezember fand die Königskrönung Kaiser Karls und der Kaiserin in Budapest statt. Die nächsten vierzehn Tage brachten die Neubesetzung der wichtigsten Ministerposten in Österreich und Ungarn. Am 2. Januar überreichte der schweizerische Gesandte dem Staatssekretär Zimmermann die endlich fertiggestellte Antwortnote der Entente auf unser Friedensverhandlungsangebot. Wie wir jetzt durch den „Manchester Guardian" erfahren, ist ihr Text in russischer Sprache entworfen worden, daraus in schlechtes Französisch und schließlich in noch schlechteres Englisch übersetzt worden. Sollte das, wie wir nicht bestreiten wollen, richtig sein, so hätten wir entweder in Herrn Pokrowski, dem russischen Minister des Auswärtigen, oder in Herrn Iswolski den Verfasser des Textes zu suchen, wobei offen bleibt, von wem die schlechten Übersetzungen stammen. Man hat keinen Augenblick daran gedacht, diese Ablehnung der zehn „zur Verteidigung der Freiheit der Völker" verschworenen Mächte durch eine neue Note zu beantworten, das schloß Ton und Inhalt dieser russisch-französisch-englischen Kundgebung aus. Der Krieg nimmt seinen Fortgang. Nicht um einen Tag haben die Operationen unserer Heere und hat die Arbeit in unseren Werkstätten gestockt. Schon am 6. konnte der Bericht des Großen Hauptquartiers melden, daß kein Russe mehr in der Dobrudscha stehe. Braila wurde eingenommen und Galatz beschossen. Am 7. zogen wir in Foksani ein, jetzt stehen wir an der

Digitized by Google

Mündung des Sereth. Inzwischen aber waren die Häupter der Entente beschäftigt, die Fassung auszuklügeln, die sie ihrer Entgegnung auf die Note des Präsidenten Wilson geben mußten.

Die umgehende Antwort, die wir der Wilson-Note gegeben hatten, war ihnen sehr unbequem. Ihr ursprünglicher Entwurf erwies sich als unbrauchbar, und durch den Wortlaut der Antwort, die sie uns hatten zugehen lassen, waren ihnen die Hände gebunden. Die drei großen Schlagworte „sanctions, réparations, garanties" mußten inhaltlich wiederholt und erklärt werden. Erst am 10. Januar waren sie so weit, daß Herr Poincaré dem amerikanischen Botschafter Sharp die Antwort überreichen konnte.

Nach einer quasi historischen Einleitung, die an unverfrorener Verkehrung der Wahrheit in ihr Gegenteil ihresgleichen nicht hat, und nur noch durch die brutale Grobheit der Formulierung überboten wird, tritt die Antwort der Entente mit der Angabe hervor, was sie unter Wiedergutmachung (sanctions), Rückerstattungen (réparations) und Bürgschaften (garanties) versteht, also mit ihren Friedensbedingungen. Im 2. Heft dieser Zeitschrift hat Professor Dr. Jäckh diese Forderung, die kurz gefaßt die Vernichtung Deutschlands, Österreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens voraussetzt, analysiert und nachgewiesen, daß die jenen Forderungen zugrunde liegenden Gedanken, auf England, Rußland, Frankreich und Italien übertragen, diese Staaten selbst in eine lange Reihe unabhängiger Bestandteile zerlegen würden. Ein Stockholmer Blatt bemerkt im Hinblick auf den ungeheuerlichen Inhalt der Note, sie müsse wohl aus einem Lande stammen, in welchem das Dämonische und Verrückte einen zu großen Spielraum hat! Welches aber die Gesinnung ist, die hinter den Komplimenten steht, mit denen die Note den Präsidenten Wilson und das amerikanische Volk bedenkt, das zeigt ein von Henri de Varigny gezeichneter Artikel im „Journal des Débats" vom 11. Januar 1917, der folgendermaßen anhebt:

„Nachdem die Amerikaner im Licht der Ereignisse der jetzigen Zeit erkannt zu haben glaubten, daß, um sich den Frieden zu erhalten, es nicht genügt, daß ein Volk pazifistische Aufrufe blökt, die ebenso kindisch wie entehrend sind, und jeden Schimpf hinnimmt, um nach jeder Ohrfeige die andere Backe zu reichen und dankend weitere Schläge zu empfangen, nachdem sie festgestellt haben, daß Humanität eine Atrappe für Dummköpfe und Brüderlichkeit der Völker ein Scherz ist, den man zum Überdruß gehört hat (une plaisanteric fatiguée), sind sie zur Erkenntnis gelangt, daß, wenn man alles erwägt, das beste Mittel, den Greueln des Krieges zu entgehen, darin zu finden ist, daß man stets vollkommen bereit ist, denjenigen mit Krieg zu überziehen, der Miene macht, die Kriegsfurie zu entfesseln." Offenbar ist der Vordersatz dieser langen Periode direkt gegen den Präsidenten Wilson gerichtet, während der Nachsatz und die ganze spaltenlange weitere Ausführung Varignys den bekehrten Wilson feiert, der den Präventivkrieg gegen kriegslustige Völker predigt, die nicht den Vorzug haben, Amerikaner zu sein!

Digitized by Google

Doch wir wollen bei diesem Spiel der offiziellen und nichtoffiziellen Vertreter der Ententepolitik uns nicht länger aufhalten. Sobald der offizielle Text der Antwort feststand, die Mr. Sharp dem Präsidenten übermittelt hat, ließ Kaiser Wilhelm seinem Aufruf an Heer und Marine einen Aufruf „An das deutsche Volk" folgen. Was er uns zurief, hat sich in unser aller Herzen tief eingegraben. Den Sieg, an den wir glauben, werden wir mit Gottes Hilfe auch erkämpfen mit allen Kräften unseres Volkes und denen unserer Bundesgenossen, denen wie uns mit dem Joch gedroht wird, das England und seine Gefolgsleute der Welt auferlegen wollen. Mit welchen Mitteln sie dieses Ziel erreichen wollen, darüber haben in der Zeit vom 7. bis zum 9. Januar in Rom Briand, Lyautey, Thomas, als Vertreter Frankreichs, Lloyd George, Lord Milner, General Robertson für England, mit Boselli, Cadorna und den anderen Italienern und mit dem General Golitzyn für Rußland beraten. Wahrscheinlich ist dort die endgültige Fassung der für Wilson bestimmten Note genehmigt worden. Engländer und Franzosen trafen bereits am 5. ein, erst am 7. Sarrail aus Saloniki. Man hat wie stets über die bisher noch niemals verwirklichte Einheitlichkeit der Kriegführung gesprochen, nicht näher feststehende Differenzen mit Italien, so gut es gehen wollte, ausgeglichen und endlich das dritte Ultimatum an Griechenland formuliert. Das erste datierte vom 14. Dezember, das zweite vom 31., das dritte trägt das Datum des 9. Januar. Am 11. hat König Konstantin sich gefügt und die unerhörten Forderungen des Ultimatums zu erfüllen sich bereit erklärt. Trotzdem gibt die Entente sich nicht zufrieden; sie wird die Blockade, die Griechenland auszuhungern droht, fortsetzen, bis sie sich überzeugt hat, daß alles erfüllt sei, was sie verlangt. Die französischen Zeitungen machen aus ihrem Mißtrauen kein Hehl. Auch ist das eine, was sie vor allem erreichen wollten, nicht geschehen. Griechenland schließt sich ihrem Krieg gegen die Zentralmächte nicht an, es bleibt neutral, und es steht auch nicht unbedingt fest, ob Sarrail Verstärkungen zur Fortsetzung des Kampfes in Mazedonien erhalten wird oder ob er, wie die Engländer aus Gallipoli, einen unrühmlichen Rückzug antreten wird. Es gibt heute kaum einen Wunsch, der einmütiger gehegt wird, als der, daß, nachdem unsere Feinde so zynisch vor aller Welt ihre Kriegsziele bloßgelegt haben, auch wir nunmehr, da es sich um Sein oder Nichtsein handelt, alle Schonung fahren lassen und den U-Bootkrieg mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln in voller Rücksichtslosigkeit führen. Wir sehen auch keinen Grund ein, weshalb wir nicht schon jetzt den Wunsch der Vlamen erfüllen sollten, der schon am 27. Oktober 1914 von der national-vlämischen Bewegung und danach am 17. Oktober 1915 in dem Manifest der 52 Vertreter aller Gaue des vlämischen Landes kundgetan worden ist. Was sie wünschen, ist, daß noch in währendem Kriege die vlämischen Bestandteile Belgiens (Ost- und Westflandern, Antwerpen, Limburg, Vlämisch-Brabant mit Brüssel, die Strecken um Landen, Edingen und alle zum Wallonenlande gehörenden vlämischen Gemeinden, sowie die Umgebungen von Belle, Hazebroek und Dünkirchen) zu einem selbständigen vlämischen Staatswesen

Digitized by Google

„Groß-Flandern" zusammengefügt und dem Deutschen Reich angegliedert, nicht eingegliedert werden, in militärischer und wirtschaftlicher Verbindung mit demselben. Ein erster Schritt ist ja bereits durch Gründung der vlämischen Universität Gent geschehen, das Beispiel, das die Proklamierung des Königreichs Polen bot, bringt dieses vlämische Programm unserem Denken und unseren Interessen besonders nahe. Ist doch eine Stärkung des germanischen Blutes im Hinblick auf die prinzipielle Feindseligkeit der von Engländern und Russen geführten romanischen Staaten nicht nur erwünscht, sondern im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft zu einer Notwendigkeit geworden.

Der Eindruck, den die Periode des Notenkrieges, der unserem Friedensangebot folgte, auf die neutralen Staaten in Europa hinterlassen hat, kann als uns entschieden günstig bezeichnet werden. Sogar in Norwegen und Dänemark gewinnt eine Strömung an Boden, die von den Sympathien für die Entente abrückt. Holland, Schweden, die Schweiz machen aus ihrer Verurteilung der Note, mit der die „Alliierten" den Fühler Wilsons beantwortet haben, kein Hehl und dasselbe darf von Spanien gesagt werden, trotz der Verwandtschaft des Königs mit England und trotz der Zugehörigkeit der Nation zum romanischen Sprachstamm.

Wir sind zudem überzeugt, daß die innere Entwicklung in den uns feindlichen Staaten je länger je mehr eine Lage ausreifen läßt, die uns zugute kommen muß. Die Diktatur, die Lloyd George jetzt in England ausübt, wird so lange währen, als er Erfolg hat. Bisher aber hat seine Energie keine anderen Früchte gezeitigt, als große Worte, die nicht einmal den Anspruch erheben können originell zu sein. Es sind die abgebrauchten Phrasen, die wir während dieses Krieges so oft gehört haben, und Pläne, die großartig scheinen, so lange sie auf dem Papier bleiben, deren Wert aber erst die Prüfung der Ausführung bestehen muß. Die Agitationsrede, die er am 11. Januar in Guildhall hielt, war inhaltlich ebenso dürftig, wie die seiner Helfer Bonar Low und Mc Kenna, und ist in den großen Finanzblättern Englands entsprechend gewürdigt worden. Die „Financial News" schlagen vor, die neue Anleihe, die größte, die England je aufgelegt hat, und die im wesentlichen durch frühere Emissionen gedeckt werden soll, die „Kriegs- bis aufs Messer-Anleihe" zu nennen, offenbar eine Anlehnung an die „Siegesanleihe" der Franzosen, die bekanntlich alles andere, nur nicht einen Sieg gebracht hat. Zum 25. Februar hat Lloyd George die großen Dominien zu einer Reichskonferenz berufen, aber es ist doch zweifelhaft, ob sie den Krieg- bis zum Messer-Enthusiasmus des Diktators werden mitmachen wollen. In bezug auf Kanada, Neuseeland und Australien scheint es zweifelhaft zu sein und absolut sicher ist nur, daß die Misera contribuens plebs der englischen Dependenzen nach wie vor ihren Tribut an Blut und Gold wird entrichten müssen.

In Frankreich, wo Briand gern die Rolle spielen möchte, die Lloyd George in England zugefallen ist, hat die Kommission der Kammer den Antrag Briands als ver-

Digitized by Google

fassungswidrig abgelehnt, ihm das Recht zu übertragen, Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Überhaupt erscheint es uns zweifelhaft, ob er sich noch lange in seiner Stellung wird behaupten können. Man ist in Frankreich allmählich durch den Eindruck der Tatsache nervös geworden, daß das wesentlichste Ergebnis der Kämpfe an Ancre, Somme und Maas die Zerstörung belgischer und französischer Städte und Dörfer durch englische und französische Geschütze ist, und dann sehnt man sich danach, endlich einmal neue Namen und neue Gesichter an der Spitze der Geschäfte zu sehen. Man sucht den „Retter", der das große Wunder des Sieges verwirklichen soll, das seit 2½ Jahren tagtäglich angekündigt wird.

Wir schließen mit einem Blick in die Verhältnisse, die sich inzwischen auf russischem Boden abgespielt haben. Die militärischen Mißerfolge in den Waldkarpathen, der Walachai und Dobrudscha haben einen verhältnismäßig geringen Eindruck auf die russische Gesellschaft gemacht. Das alles liegt von Petersburg und Moskau weit weg. Dagegen erregte es in Petersburg eine wahre Panik, als falsche Nachrichten über die Kämpfe an der Düna einliefen. Es war, als seien unsere Truppen bereits auf dem Wege nach Petersburg. Ebenso schnell beruhigte man sich aber wieder, denn das allgemeine Interesse ist weit mehr den inneren als den auswärtigen Fragen zugewandt. Man stand unter dem Eindruck der stürmischen Debatten der letzten Dezembertage, die lebhaft an den Sturm erinnern, der die Revolution vor 10 Jahren begleitete. Die Veranlassung hatte das Verbot der Semstwo und Städtekongresse, der Adelsversammlungen und der wissenschaftlichen Veranstaltungen in Moskau und Petersburg gegeben. Das Gewitter entlud sich über den Häuptern der Minister: Trepow und Protopopow, der vom Zaren neuerdings wieder besonders ausgezeichnete frühere Ministerpräsident Stürmer wurden schonungslos abgekanzelt, und nebenher ging der Angriff auf den Einfluß „dunkeler Mächte", womit Rasputin (was übrigens ein Spitzname ist, und der Ausschweifende, Brünstige bedeutet) und seine Beschützer und Anhänger gemeint waren. Zu den russischen Weihnachten war der Zar aus dem Großen Hauptquartier im Süden nach Zarskoje Sselo zurückgekehrt. Eine Audienz, die er am 1. Januar dem Minister des Innern Protopopow gewährte, der ihm offenbar über die Vorgänge in der Duma und über das auf seine Initiative erfolgte Verbot der erwähnten Moskauer und Petersburger Versammlungen Bericht erstattete, auch die mit dem Sturz von Ssuchomlinow in Zusammenhang stehenden Prozesse Rubinstein und Manassewitsch-Manuilow, deren Unterdrückung den Rücktritt des Justizministers Makarow zur Folge hatten, mußten zur Sprache gekommen sein. Der Ausgang dieser Audienz war für Protopopow sehr günstig, seine Stellung wurde fester als je. An Makarows Stelle wurde Dobrowolski zum Justizminister ernannt. Schon vorher war Ssasonow, den Herr Buchanan nachdrücklich begünstigt, zum Vorsitzenden der russisch-englischen Handelskompanie ernannt worden, auch daß der Zar ihn als Mitberater in auswärtigen Angelegenheiten Herrn Pokrowski an die Seite stellte, scheint auf den

Digitized by Google

gleichen Einfluß zurückzugehen. Aber es muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß es nicht möglich ist, die einzelnen Ereignisse mehr als annähernd richtig zu datieren, da der Tag der Ernennung der höchsten Beamten meist vor der Mitteilung in der Presse, geschweige denn vor dem Bekanntwerden im Auslande liegt. So haben wir erst am 5. Januar von der Ernennung Dobrowolskis zum Nachfolger des Justizministers Makarow erfahren, sie ist aber ohne Zweifel schon früher erfolgt. Wir können auch nicht mit Sicherheit feststellen, ob die politisch überaus wichtige Ermordung Rasputins am 1. Januar oder am letzten Dezember stattfand, bekannt wurde die Tatsache bei uns erst am 8. Januar[1]. Wahrscheinlich ist dieser schmutzige Heilige einer privaten Rache zum Opfer gefallen. Ob aber wirklich der Fürst Jussupow und seine Gemahlin, die eine Nichte des Zaren ist, bei dieser Tragödie direkt oder indirekt eine Rolle gespielt haben, ist zweifelhaft geworden. Die letzteingetroffenen Nachrichten wollen wissen, daß Rasputin als Opfer von russischen Patrioten gefallen sei, die das Reich von der Schmach seiner unsauberen und zugleich politisch einflußreichen Tätigkeit befreien wollten. Französische Zeitungen melden, in Petersburg habe man sich bei der Nachricht von Rasputins Tode umarmt und beglückwünscht. Es muß ein Straßenbild gewesen sein, wie nach der Ermordung Kaiser Paul I. Aufrichtig beklagt wird Rasputin wohl nur in gewissen Salons der Residenz und von der Zarin werden, die dem Einfluß Rasputins eine heilsame Wirkung auf die Gesundheit des Großfürsten-Thronfolgers zuschrieb. Daß der Mann hypnotische Wirkungen erzielte, scheint in der Tat festzustehen und mag mit dazu beigetragen haben, ihm so viele weibliche Opfer zuzuführen. Die „Rjetsch" vom 2. Januar bringt eine ausführliche Biographie des Mannes, die jedoch seine Beziehungen zum Zarenhause völlig verschweigt, während sie sonst an ungenierter Offenheit kaum übertroffen werden kann. Die religiösen Theorien, durch die er wirkte, erinnern an Gebräuche der Sekte des Chlysty, der Tänzer, und führten zu ähnlichen sinnlichen Ausschreitungen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß Rasputin, der einige Jahre eifrig religiöse Schriften gelesen hat, die Rechtfertigung seines unerhörten Treibens aus den Schriften russischer Sektierer schöpfte. Wie dem auch sei, daß er eine große politische Rolle gespielt hat, ist eine unbestreitbare Tatsache und ebenso, daß er in Petersburg eine Lücke zurückläßt, die ausgefüllt werden wird. Nach Rasputins Tode hat es einige Zeit keine großen Sensationen gegeben. Darnach erfolgte der unerwartete Sturz des Ministerpräsidenten Trepow (wahrscheinlich am 10. Januar) und gleichzeitig die Entlassung des Unterrichtsministers Ignatiew. An Stelle des ersteren trat der Fürst Dmitri Petrowitsch Golitzyn, Mitglied des Reichsrats und Senator, bisher als Leiter an den Institutionen der Kaiserin Maria Feodorowna tätig, und als entschiedener Reaktionär bekannt, Ignatiew wurde durch den Kurator der Universität Petersburg Kulschitzki ersetzt, der ebenfalls als entschiedener Absolutist gilt. Am 15. endlich wurde bekannt, daß der frühere Justizminister

[1] Aus den neuesten russischen Zeitungen ergibt sich, daß Rasputin am 31. Dezember ermordet wurde.

Digitized by Google

Schtscheglowitow, der einst von der Duma gestürzt wurde, zum Präsidenten des Reichsrats ernannt worden ist. Die Duma aber ist bis zum 25. Januar russischen Stils vertagt, und es ist fraglich, ob eine weitere Vertagung nicht folgen wird. Das alles gibt doch ein erstaunliches Bild von der Zerrüttung Rußlands, zeigt aber zugleich, daß der englische Einfluß nicht mehr in früherer Weise vorherrscht. Was fest steht, ist der sichtliche Entschluß des Zaren, in den leitenden Stellungen niemanden zu dulden, der nicht Gegner jeder Einwirkung der Volksvertretung oder gar der Landschafts- und Städtevertretungen ist. Man wird die Folgen dieses Regiments abwarten müssen. Das russische Volk ist geduldig, ob so geduldig wie Nikolaus II. annimmt, ist freilich nicht sicher.

Die Vereinigten Staaten und die Freiheit der Meere

Von Professor Dr. Thomas C. Hall

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten ist von Anfang an überwiegend eine Handelsentwicklung gewesen. Selbst der Boden wurde hauptsächlich nur bebaut, um Tauschgegenstände zu gewinnen. Einen Bauernstand gibt es in den Vereinigten Staaten nicht, und sobald die aus Europa eingewanderten Bauern in der neuen Heimat Fuß gefaßt haben, hören sie auch meistens auf, Bauern zu sein, und werden in dem Strome der Handels- und industriellen Entwicklung mit fortgerissen. Man mag es bedauern und hätte wohl einen ruhigeren, beständigeren Werdegang für das Volksleben vorgezogen, an der Tatsache jedoch läßt sich jetzt kaum noch etwas ändern. Eine Hochzollpolitik hat noch dazu ein fieberhaftes industrielles Leben hervorgerufen, das gänzlich von der massenhaften Anfertigung von Waren abhängig ist. Infolge dessen sind die Vereinigten Staaten immer von neuem gezwungen worden, weitere Ausfuhrgebiete zu suchen und gegebenenfalls sogar im Kriege zu erobern. Es ist geradezu lächerlich, wenn sich Amerika als eine Art Friedenstaube aufspielen möchte. Ohne etwas Abenteuerliches im Blute zu haben, wandern die meisten Menschen nicht von ihrer Scholle aus, und Kriegslust und Abenteuerdrang sind Zwillinge! Das Deutsche Reich hat vierundvierzig Jahre keinen Krieg geführt, die Vereinigten Staaten haben nie ein Menschenalter durchlebt, ohne einen größeren Krieg zu führen, abgesehen von allen möglichen kleinen Kriegen, wie mit Frankreich, Marokko, Japan, China und den Indianern. Infolge der Handelsentwicklung hat die Bevölkerung von Nordamerika dreimal angefangen, eine Flotte zu bauen, und dreimal hat England diesen heranwachsenden Nebenbuhler gewaltsam und rücksichtlos vernichtet. Das erstemal hat die Unterdrückung allerdings England den größeren Teil seiner nordamerikanischen Kolonien gekostet; aber es ist trotzdem eine Frage, ob England nicht doch sein Hauptziel erreicht hat, denn nach dem Befreiungskriege blieb von der amerikanischen Handelsflotte nicht viel übrig, und das war eben für England die Hauptsache.

Digitized by Google

Kaum waren die Kolonien selbständig geworden, so fingen sie wieder an, eine zweite Handelsflotte zu bauen, und die Folge dieses Versuchs war der zweite Krieg mit England im Jahre 1812, und wieder ist es England gelungen, obschon es den Krieg nicht gewinnen konnte, die Handelsflotte gänzlich zu vernichten. Dann wurden die großen Ländereien im Westen von Amerika erschlossen, und eine Zeitlang waren die Kräfte und die Unternehmungslust der amerikanischen Bevölkerung dadurch völlig in Anspruch genommen; dann aber fing man zum drittenmal an, eine Handelsflotte zu bauen, und noch einmal benützte England die Gelegenheit des Bürgerkriegs, um die neue, kräftige, junge Flotte gänzlich zu beseitigen. Später hat England zwar die lumpige kleine Summe von ungefähr fünfundeinhalb Millionen Dollars für diese Vernichtung bezahlen müssen — aber die Flotte war hin!

Nach dem Bürgerkriege wurden die großen Eisenbahnverbindungen von New York nach San Franzisko in Angriff genommen, und nachdem im Jahre 1870 die beiden Küsten verbunden waren, hatte man wieder eine Zeitlang mit dem neuen Handel alle Hände voll zu tun, und Kapital und Volkskraft fehlten, um zum viertenmal eine neue Flotte anzufangen, um so mehr, als Deutschland vom Jahre 1870 an den Amerikanern große Erleichterung gegenüber dem drückenden englischen Schiffahrtsmonopol verschaffte und durch seinen Wettbewerb England zwang, bessere Beförderungszustände einzuführen. Der Weltkrieg ist leider noch nicht zu Ende, aber eins steht schon fest, daß weder Deutschland noch seine Handelsflotte vernichtet werden können, und die Zeit nach dem Kriege wird einen neuen und nie dagewesenen Wettstreit zwischen England, Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten erleben. Das Kapital ist jetzt in Amerika vorhanden und die Zeit ist wiedergekommen, wo die Handelsbedürfnisse der Vereinigten Staaten nach China und Südamerika, nach den westindischen Inseln wie nach Europa hin eine Flotte ins Leben rufen müssen. Wieder einmal wird die Freiheit des Meeres ein Gegenstand dringenden Verlangens für die Vereinigten Staaten werden, und England, anstatt die ihm lästig gewordene wirtschaftliche Bedrohung durch Deutschland los zu sein, wird sich nur noch zwei neue Konkurrenten dazu auf den Hals geladen haben, nämlich Amerika und Japan. Schon weint Lord Roseberry Krokodilstränen über diese traurige „wirtschaftliche Verschwendung". Schon schimpfen die englischen Zeitungen über das Schlagwort „Freiheit des Meeres" und behaupten, es wäre „made in Germany" (in Deutschland gemacht) und ganz gedankenlos in Washington angenommen. Durch Schimpfereien wird aber nun dieses unzweifelhaft geschichtliche Ergebnis nicht aus der Welt zu schaffen sein. Von diesen Mitbewerbern Englands hat keiner ein Interesse daran, ein imperialistisches Monopol nach englischer Art aufzurichten, und zwar aus geographischen Gründen nicht. Deutschland wird nie imstande sein, durch seine Seemacht das Stille Meer zu beherrschen, selbst wenn es das wollte. Japan wird auch nie imstande sein, im Atlantischen Meere eine große Rolle zu spielen, und die Vereinigten Staaten werden nie das Gefühl haben, welches

Digitized by Google

das ganze englische politische Leben beherrscht hat und noch beherrscht, daß ein Weltmonopol auf dem Meere für sie eine Lebensbedingung sei; im Gegenteil, Wettbewerb und die dazu gehörigen niedrigen Frachtsätze werden den amerikanischen Fabrikanten willkommener sein, als ein solches teueres Monopol. Die neutralen Staaten haben auch die Kriegszeit benützt, um ihre Handelsbeziehungen zu stärken, und sie werden auch künftig eine viel größere Rolle spielen, als vor dem Kriege. Es wird auch anzunehmen sein, daß Österreich-Ungarn einen steigenden Anteil an der immer größer werdenden Balkan-Ausfuhr nehmen wird, und im Anfang jedenfalls wird die österreichische Kriegsflotte dem Balkanhandel den nötigen Schutz gewähren. Der italienische Traum von überseeischer Ausdehnung ist auf unabsehbare Zeit ausgeträumt; und die Adria und das Mittelländische Meer werden immer stärker unter den Einfluß der Mittelmächte kommen. Die Freiheit des Meeres wird in zunehmendem Grade einen gemeinsamen Vorteil für alle Staaten bedeuten, die zwar von Englands Gunst oder Ungunst abhängig sein sollen, aber doch nicht imstande sind, allein gegen England zu kämpfen. Ob die Vereinigten Staaten es wollen oder nicht, sie werden mit der Zeit gezwungen sein, an der Seite Deutschlands für ein freies Meer zu kämpfen. Englands Begeisterung für einen Weltfriedensbund, um den ewigen Frieden zu sichern, wird sich stark abkühlen, sollte Deutschland mit ungeschwächter Kriegs- und Handelsflotte aus dem Weltkrieg hervorgehen. Die Northcliffe-Presse macht schon jetzt kein Hehl daraus, daß, wenn es England nicht gelingen sollte, die deutsche Flotte zu vernichten, der Krieg für England verloren und alle Opfer vergeblich gebracht sein würden. Was England mit einem Weltfriedensbund wollte, war, den Status quo (gegenwärtigen Zustand) festzulegen, denn in diesem Falle wäre sein Seemonopol für alle Zeiten gesichert; aber eine Hauptbedingung dieses Friedensweltbundes wäre die vorherige Vernichtung des deutschen Wettbewerbs.

Die Vereinigten Staaten haben mit dem Boden eine förmliche Raubwirtschaft getrieben. Die Wälder sind rücksichtslos abgeholzt, die Felder ausgesogen, die natürlichen Schätze des Landes, wie Kohlen, Öl, Kupfer usw., an Privatgesellschaften ausgeliefert worden, die nur an augenblicklichen Gewinn denken. Nach und nach wird eine Änderung eintreten, und eine sorgfältige Bebauung des Bodens wird wohl für den Bedarf an Lebensmitteln Sorge tragen, aber vorläufig geht die Lebensmittelerzeugung im Verhältnis zu der zunehmenden Bevölkerung zurück, und die Folge macht sich in einer beständig größer werdenden Teuerung besonders in den Städten sehr fühlbar. Diese Teuerung macht eine Lohnerhöhung nötig. und um die zu erzwingen, sind Arbeiterausstände und allerhand kostspielige Arbeitsbewegungen immer an der Tagesordnung. Rastlos muß dann weiter gearbeitet werden, um diese Verteuerungen wett zu machen, und es müssen neue Ausfuhrgebiete für die erzeugten Waren gefunden werden. Erst nach dem Weltkriege wird der Wettstreit vermutlich seine schärfste Form annehmen, und es wird sicherlich eine große Umwälzung in der Frachtbeförde-

Digitized by Google

rung eintreten. Der Panamakanal wird eine große Handelsflotte für die Frachtbeförderung von der Ost- bis Westküste Amerikas möglich machen, und für den Schutz dieser Flotte bauen die Vereinigten Staaten schon jetzt eine mächtige Kriegsflotte. Eine Verständigung zwischen Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten wird unausbleiblich werden, und diese wird um so leichter sein, weil die englische Flotte auf zwei oder drei Jahre durch Verluste, Abnützung und Beschlagnahme für Truppenzurückbeförderung lahmgelegt sein wird. England wird nicht imstande sein, wie bis jetzt, seinen Willen gewaltsam durchzusetzen.

Der Verfasser gehört nicht zu denjenigen, die einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Japan für unbedingt sicher halten. Reibungsflächen gibt es wohl genug, aber obschon Japan vorläufig den Vereinigten Staaten militärisch überlegen ist, weiß es doch ganz genau, daß es wirtschaftlich den Kampf mit Amerika nicht aushalten könnte. Es ist sogar viel wahrscheinlicher, daß die Vereinigten Staaten die Philippinen an Japan verkaufen und dafür eine Sicherung der offenen Tür in China bekommen, und damit auch eine Verständigung über das freie Meer. Hierbei muß die deutsche Diplomatie sorgen, daß auch Deutschland hier berücksichtigt wird und seine Handelsansprüche nicht gänzlich vergessen werden. In den kommenden sehr schwierigen Friedensverhandlungen wird die Abrechnung mit Japan und den Vereinigten Staaten eine der allerschwierigsten sein. Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, daß Japan China völlig beherrscht, und es liegt ebensowenig im Interesse der Vereinigten Staaten. Das freie Meer, einige freie Häfen und der freie Wettbewerb werden die beste Lösung sein. Hier ist auch die Grundlage gegeben für eine Verständigung unter den genannten Staaten, die das englische Monopol wohl beseitigt, aber den Weltfrieden gerade deswegen näher bringt.

Vorläufig hat die Stellungnahme der einflußreichen Kreise für die Alliierten das amerikanische Volk gänzlich verblendet. Die amtlichen Proteste Washingtons gegen die völkerrechtlichen Übergriffe Englands sind aber doch nicht bloß weggeworfenes Papier, wie man in Deutschland allgemein annimmt, sondern sie bilden die Grundlage für eine Abrechnung mit England, die selbst diese einflußreichen Kreise voraussehen, und die stattfinden wird, ehe die neue Handelsflotte zum vierten Male gefährdet wird. Man hat in Amerika fest geglaubt, daß England bald siegreich und sogar gestärkt aus dem Kriege hervorgehen würde und für alle Übergriffe sofort Entschädigung leisten könnte. Langsam, aber sicher werden die amerikanischen Augen geöffnet. Leise steigt der Zweifel auf, ob England imstande sein wird, die versprochenen Entschädigungen für die Verluste, die durch beschlagnahmte Briefe, unterschlagene Telegramme und abgebrochene Handelsbeziehungen entstanden sind, zu bezahlen. Schon warnen einige alliiertenfreundliche Zeitungen vor den allzuhoffnungsvollen Nachrichten aus London, und in gut unterrichteten Kreisen in Washington sollen schon viele jetzt glauben, daß England höchstens einen unentschiedenen Kampf gekämpft haben wird,

Digitized by Google

und auch den nur mit großen Kosten. Die Warnung der „Reserve-Bank“[1] vor den Schatzscheinen der Alliierten war kein unüberlegter Schritt und war sicherlich nicht nur aus Freundschaft für die Mittelmächte unternommen. Der Friedensvorschlag des Präsidenten Wilson ist auch ein Beweis, daß der Glaube an einen vollen und endgültigen Sieg der Alliierten schwankend geworden ist. Was das für die amerikanische Politik bedeutet, kann nur der sich vorstellen, der die gänzliche Verblendung des amerikanischen Volkes durch die Lügennachrichten der Entente selbst miterlebt hat. Nicht allein die alliiertenfreundlichen Bestandteile der Bevölkerung, sondern auch die Deutschamerikaner, die die deutschfreundlichen Zeitungen täglich lesen, werden unbewußt beeinflußt durch das ewige Siegesgeschrei der Engländer, obschon die Karte am nächsten Morgen nichts von alledem aufzuweisen hat. Selbstverständlich werden die Vereinigten Staaten nach dem Kriege von neuem Umschau halten müssen, und der Vorschlag des Präsidenten Wilson gibt Deutschland die beste Gelegenheit, den gemeinsamen Vorteil — nein, das gemeinsame Bedürfnis nach einem freien Meere zu betonen. Die Post muß gesichert werden, die telegraphische Verbindung geschützt, persönliches Eigentum zur See unantastbar gemacht, die ganze Frage der Bannware von neuem einer Untersuchung unterworfen der Begriff eines Hilfskreuzers und der eines „bewaffneten Handelsschiffes“ festgestellt werden. Vorläufig werden alle diese Fragen und viele andere nur nach der Willkür der Northcliffe-Presse beantwortet, und selbst die dauernden Interessen Englands sind über der Kriegshetzerei vergessen worden, weil ein vorübergehender Vorteil in Sicht zu sein schien. Wie ganz anders hätte England die Londoner Erklärung ausgelegt, hätte man den U-Bootkrieg voraussehen können! Das Versenken von Handelsschiffen ist grausam und sollte nicht notwendig sein; es wäre aber zu vermeiden durch weitgreifende Maßregeln gegen die noch größere Grausamkeit einer Hungerblockade. Solche Fragen werden nie unparteiisch entschieden werden können, so lange ein einzelnes Volk den Anspruch erhebt, das Meer zu beherrschen, und jene Fragen nach dem eigenen Vorteil beantworten zu dürfen. Die Freiheit des Meeres ist eine Kulturfrage von der allergrößten Bedeutung, und ihre richtige Beantwortung ist so wichtig, daß, wenn sie durch den Krieg in befriedigender Weise erfolgen sollte, selbst dieser grausame Weltkrieg nicht gänzlich unnütz gewesen sein würde.

[1] Kurz vor dem Kriege wurde in den Vereinigten Staaten eine Art Reichsbank gegründet. Diese Bank kann Papiergeld ausgeben gegen Werte, die von angesehenen Banken als Sicherung hinterlegt und von ihnen garantiert sind.

Digitized by Google

Die französischen Angriffe auf den deutschen Katholizismus und ihre Abwehr

Von Professor Dr. F. X. Seppelt

Die Leser der „Deutschen Politik" werden sich noch des Aufsatzes erinnern (Erster Jahrgang 1916, Heft 18), in dem E. Troeltsch auf den Wert und die Bedeutung des „katholischen Kriegsbuches" hinwies[1]; er bezeichnete es als ein wichtiges Dokument der inneren deutschen Verhältnisse, des Wesens des deutschen Katholizismus, als eine allgemein verständliche, umfassende und grundsätzliche Selbstdarstellung des deutschen Katholizismus, die bislang gefehlt habe. Ähnlich anerkennend lautete das Urteil auch anderer hervorragender protestantischer Gelehrter, wie etwa das Adolfs von Harnack, der in den „Preußischen Jahrbüchern" schrieb, es komme diesem Werke eine bleibende Stelle in der deutschen Geschichte zu. Angesichts dieser gerade auch von nichtkatholischer Seite reichlich gespendeten Anerkennung ist es nicht unbegründet, von diesem Werk günstige Rückwirkungen auf das Verhältnis der christlichen Konfessionen in unserem Vaterland zu erhoffen: denn sonder Zweifel ist dieses katholische Kriegsbuch, hinter dem geschlossen das gesamte katholische Deutschland steht, wohl geeignet, den Nichtkatholiken ein besseres Verständnis des deutschen Katholizismus zu erleichtern und eine gerechtere Beurteilung und Einschätzung desselben anzubahnen, als sie vor dem Kriege des öfteren unter dem Bann mancherlei Vorurteile zum Schaden des konfessionellen Friedens anzutreffen war.

So erfreulich und begrüßenswert das ist, so darf aber doch nicht vergessen werden, daß dies nur eine zunächst nicht beabsichtigte Nebenwirkung ist. Der Hauptzweck bei der Herausgabe des Werkes war ein anderer: es galt, die unerhörten Angriffe des „Katholischen Komitees für französische Werbetätigkeit im Auslande" abzuwehren. Denn die erste größere Veröffentlichung dieses Komitees, das sich selbst rühmte, die Elite der französischen Katholiken darzustellen, und zu dessen hohem Patronat zwei französische Kardinäle und neun Bischöfe gehören, das Buch „La guerre allemande et le catholicisme" — es wurde bald auch eine deutsche Übersetzung verbreitet: Der deutsche Krieg und der Katholizismus — erhob den Anspruch, für die schier unglaubliche Anklage den Nachweis zu erbringen, Deutschland habe diesen Krieg angezettelt um die katholische Kirche und das Christentum überhaupt zu vernichten. Nachdem jetzt ein Jahr seit dem Erscheinen der deutschen Abwehrschrift verflossen ist, läßt sich die damals von Troeltsch in dieser Zeitschrift gestellte Frage, welche Verbreitung und Aufnahme sie gefunden hat, einigermaßen beantworten. Die Abwehrschrift, von der inzwischen eine französische und italienische Übersetzung erschienen ist — weitere Über-

[1] Gemeint ist das Werk: Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. In Verbindung mit 19 Gelehrten herausgegeben von Georg Pfeilschifter. Freiburg, Herder 1915 (VIII u. 494 S.), von dem eben das 14.—16. Tausend erschienen ist.

Digitized by Google

setzungen werden noch folgen — ist in mehreren Tausend Exemplaren gelehrten und gebildeten Kreisen des neutralen Auslandes zugänglich gemacht worden; es sollte jenen nicht unsere Meinung aufgedrängt werden, aber gegenüber der rastlosen französischen Werbearbeit und der französischen Schmähliteratur sollte ihnen doch auch die deutsche Auffassung der Dinge bekannt werden, und dadurch sollten sie in den Stand gesetzt werden, sich selbst ein Urteil über die französischen Anschuldigungen zu bilden. Die Erfolge, die erzielt wurden, sind recht erfreulich. Schon vor mehreren Monaten waren auf die Zusendung des Werkes mehrere Hundert Zuschriften eingegangen aus einer Reihe neutraler Länder wie Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Griechenland, Schweiz, Amerika, die mit einer einzigen Ausnahme freundlich gehalten waren, zum Teil sich im Tone begeisterter Zustimmung bewegten; ja, manche der Empfänger haben unter persönlichen Opfern sich um Weiterverbreitung des Werkes unter ihren Landsleuten bemüht. Und auch die neutrale Presse hat im allgemeinen in Worten hoher Anerkennung das katholische Kriegsbuch gewürdigt. —

Noch bevor dieses erschienen war, hatte das französische Komitee einen neuen schweren Angriff unternommen durch Herausgabe des Buches „L'Allemagne et les alliés devant la conscience chrétienne" (Deutschland und die Verbündeten vor dem christlichen Gewissen). Der Titel läßt schon zur Genüge die Anmaßung erkennen, mit der es auftritt: die Mitarbeiter dieses Buches setzen sich auf den Richterstuhl, um nach den Grundsätzen des Christentums Gericht zu halten über Deutschland, speziell die deutschen Katholiken. Es ist fast überflüssig, zu bemerken, daß letztere in diesem Gerichte nicht bestehen, ja, die gestrengen Richter erklären gar, daß ihre Verurteilung jeder Widerlegung trotze, daß sie den Wert eines Sieges und noch mehr Tragweite haben werde. Infolge der Kriegserfahrungen verwundert man sich nicht weiter, daß die Verfasser über der gründlich betriebenen Brandmarkung der deutschen Katholiken ganz vergessen haben, gemäß der Ankündigung im Titel auch die Alliierten, d. h. die Ententemächte samt ihrem Anhang vor das Forum des christlichen Gewissens zu ziehen, und dabei wäre es so interessant gewesen, zu sehen, wie etwa das Vorgehen der Entente gegen Griechenland oder die Russengreuel in Ostpreußen oder Italiens Treubruch an den strengen Grundsätzen des Christentums gemessen werden. Und schließlich ist man auch nicht erstaunt, daß die Sprache noch maßloser und reicher mit Schimpfworten und Kraftausdrücken durchsetzt ist als in der ersten französischen Angriffsschrift, obwohl auch die Namen der Mitarbeiter an der neuen Schrift, wie der des Bischofs Chapon von Nizza, des Ministers Denys Cochin, der Historiker De Lanzac de Laborie und Pierre Batiffol bisher einen guten Klang hatten. — Mit einem solchen Buch sich auseinanderzusetzen, war keine Annehmlichkeit; aber da schon der Versuch gemacht wurde, die schweigende Hinnahme der „Verurteilung" als Eingeständnis der Schuld zu deuten, und in diesem Sinne die Katholiken des Erdkreises zu beeinflussen, war eine Antwort nicht zu umgehen. Sie ist ebenso gründlich

Digitized by Google

und überzeugend wie würdig von Heinrich Schrörs gegeben worden in der eben erschienenen Schrift: „Das christliche Gewissen im Weltkriege" (Freiburg, Herder, 1916. XIV und 263 S. M. 3.40). In dieser neuen Abwehrschrift handelte es sich darum, all die französischen Vorwürfe, die eine mitunter kaum glaubliche Unkenntnis deutscher Verhältnisse bekunden, und nur durch Verfälschungen und Entstellungen des Sinnes von Dokumenten, ja durch freie Erfindungen schwankende Stützen erhalten konnten, zu prüfen und in ihrer Haltlosigkeit zu erweisen. Im Gegensatz zur ersten Abwehrschrift treten daher hier die prinzipiellen Erörterungen mehr zurück. Doch deshalb ist das Schrörssche Buch nicht weniger interessant und der Beachtung wert, so gleich das Einleitungskapitel, welches das Treiben der französischen Katholiken als eine schwere Gefährdung der Einheit der katholischen Kirche brandmarkt und die Bedeutung der kirchlichen Einheit ins Licht setzt, oder jenes andere, in dem Schrörs mit leichter Mühe das Phantom des „Pangermanismus" in Stücke schlägt, von dem der Bischof von Nizza, durch den Beifall fast des gesamten französischen Episkopates unterstützt, mit Hilfe komischer Mißverständnisse und bösartiger Mißdeutungen ein furchterregendes Bild entworfen hatte. Vor allem aber möchte ich die Aufmerksamkeit der Leser auf einige weitere Kapitel des Buches lenken: eines behandelt vorsichtig und besonnen abwägend den Anteil der romanischen Freimaurerei an der Vorgeschichte des Krieges, in zwei längeren Abschnitten werden sodann von Schrörs mit der Umsicht des Fachhistorikers die Grundgedanken und Ziele von Rußlands religiöser Politik gegenüber den slawischen Kirchen und gegenüber der orientalischen Christenheit auf Grund der Tatsachen aus Vergangenheit und Gegenwart beleuchtet. Der Wucht der Tatsachen gegenüber zerrinnen die phantastischen Hoffnungen der französischen Katholiken auf die künftige Haltung ihres russischen Bundesgenossen in ein Nichts: Von Rußland „Toleranz und Anerkennung fremder Religionen verlangen, hieße von ihm, wie es nun einmal ist und besteht, das Aufgeben seiner selbst verlangen, die Vernichtung seines innersten Wesens und den Verzicht auf seine wichtigste Lebenskraft, weil die Religion nach dem Ausdrucke eines Franzosen ‚bei dem russischen Volke noch die erste moralische Macht' ist".

Einen Aufsatz der neuen französischen Schmähschrift hat Schrörs unberücksichtigt gelassen, den des Gesandten Baron d'Anthouard über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland und Frankreich. Die Verleumdungen desselben sind im Auftrag des „Arbeitsausschusses zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg[1]" in einer besonderen eben erschienenen Schrift widerlegt worden: Die Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland. Von D. Dr. Engelbert Krebs (Freiburg, Herder 1917. XVI und 237 S. M. 3.—). Auf Grund amtlicher Informationen seitens des preußischen Kriegsministeriums, auf Grund eigener Besuche in

[1] Ehrenvorsitzender desselben ist Staatsminister Graf von Hertling, Vorsitzender Universitätsprofessor Dr. Mausbach.

Digitized by Google

verschiedenen Gefangenenlagern und Gefangenenfürsorgestellen, und schließlich auf Grund von literarischen Studien und Mitteilungen unterrichteter Kreise, wie namentlich mehrerer Seelsorger von Gefangenenlagern, entwirft der Verfasser ein umfassendes, durch schlichte Wahrhaftigkeit ausgezeichnetes Bild, wie es sich in Wirklichkeit mit der Gefangenenunterbringung und Gefangenenfürsorge in Deutschland verhält. Besondere Kapitel beschäftigen sich mit der Ernährung der Kriegsgefangenen, der Gesundheitspflege, der Disziplin und Repressalien, der Seelsorge und dem Unterricht, und mit Gefangenenfürsorge, Vermißtennachweis und Liebesgabenvermittlung. Ganz abgesehen davon, daß diese Darstellung dem Leser sachlich viel Neues und Unbekanntes bietet, — das Entscheidende ist, daß man einen tiefen Eindruck empfängt von der gewaltigen, bewundernswerten Organisationsarbeit und der umsichtigen, vorbildlichen Fürsorge, die in den deutschen Gefangenenlagern unter schwierigen Umständen geleistet worden ist und fortdauernd geleistet wird. Mag sein, daß Baron d'Anthouard und seine Gesinnungsgenossen auch weiter unentwegt an der herausfordernden Behauptung festhalten werden, daß in den deutschen Gefangenenlagern nur „die Grundsätze der Härte und die Praxis des Terrorismus" herrschen, die Wahrheit wird sich doch Bahn brechen; dann wird das Urteil allgemein anerkannt werden, das schon jetzt jedem Unbefangenen sich aufdrängt, daß hier von deutscher Seite ein zuverlässiges, auf unanfechtbarer Grundlage ruhendes Gesamtbild der deutschen Gefangenenbehandlung dargeboten wird, das der künftigen Geschichtschreibung als wertvolle Quelle zu dienen berufen ist. — Nach Lage der Dinge war es nicht möglich, in gleicher Weise ein vollständiges Bild von dem Schicksal unserer Gefangenen in Feindes Gewalt zu entwerfen, Krebs hat sich daher begnügt, in mehreren Anhängen bezeichnende Berichte aus englischen, französischen und russischen Gefangenenlagern zusammenzustellen, in denen neben vielem, was unser Grauen und unsere Empörung erregt, doch auch Züge von Güte und Menschenfreundlichkeit nicht gänzlich fehlen. —

Sehr bald zeigte es sich, daß es nicht genügte, der zähen und geschäftigen Werbe- und Hetzarbeit der französischen Katholiken mit ihren leidenschaftlichen Angriffen gegen das kriegführende Deutschland, die deutsche Kultur und besonders den deutschen Katholizismus nur in größeren Aufklärungsschriften entgegenzutreten. Es wurde daher von dem genannten Arbeitsausschuß die Veröffentlichung einer Monatskorrespondenz beschlossen, um eine regelmäßige Verbindung mit den Katholiken des neutralen Auslandes zwecks Abwehr und Aufklärung aufrecht zu erhalten. Die Herausgabe derselben hat Professor Krebs in Freiburg im Breisgau übernommen. Unterstützt durch die Mitarbeit sachkundiger Fachmänner hat Krebs in den seit Dezember 1915 regelmäßig erscheinenden „Katholischen Monatsbriefen" wertvolle Aufklärungsarbeit über die deutsche Tätigkeit auf den verschiedenen Gebieten materieller und geistiger Kultur geleistet, so wurde in denselben u. a. gehandelt vom deutschen Geist und seinem Kriegsziel, von der deutschen Liebestätigkeit an unseren Feinden, von der volks-

Digitized by Google

wirtschaftlichen Kraft Deutschlands und den in ihr lebendigen sittlichen Volkskräften, von der Ordnung der Rohstoffversorgung und der Volksernährung, von der Lage der Kirche in Belgien unter deutscher Verwaltung, von der Heilung der Kriegsschäden in Deutschland, von der deutschen Wissenschaft im Kriege; der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann schrieb über soziale Fürsorge und Krieg, der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland Dr. Pieper schilderte die Kriegsarbeit des Volksvereins, und Josef Kohler steuerte eine Studie über den Kaiser bei. — Diese Monatsbriefe, die, von der deutschen Ausgabe abgesehen, in holländischer, spanischer, portugiesischer (für Südamerika), italienischer, französischer und englischer Sprache erscheinen, werden in mehr als 10000 Exemplaren an die katholische Intelligenz des neutralen Auslandes versandt, an Staatsmänner, Bischöfe, Priester, Beamte, Ärzte, Juristen, Kaufleute, Industrielle, Professoren, Lehrer, Politiker und Journalisten. Die Briefsendungen erstreben, wie der Herausgeber selbst einmal dargelegt hat, einen dreifachen Zweck: es soll den Neutralen, die sich wirklich ein gerechtes Urteil bilden wollen, das nötige deutsche Material geliefert werden, den schon deutschfreundlich gesinnten Neutralen soll noch mehr Material an die Hand gegeben werden, damit sie in ihren Kreisen aufklärend wirken können, desgleichen den deutschen Landsleuten im Ausland, damit sie nicht gegenüber den Behauptungen der feindlichen Propaganda ratlos dastehen. —

Welche Aufnahme haben diese „Katholischen Monatsbriefe" gefunden? Schon in einer Beilage zum fünften Brief (April 1916) konnte erfreulicherweise der Herausgeber unter Beibringung zahlreicher Belege berichten, daß der Zweck der Briefsendungen in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle durchaus erreicht worden ist, und daß zahlreiche Adressaten in Zuschriften an den Herausgeber ihre aufrichtige Dankbarkeit und Freude über die Zusendungen bezeugt haben. Fragt man nach den Gründen dieses günstigen Ergebnisses, das im Gegensatz steht zu den Erfahrungen, die namentlich in der ersten Kriegszeit bei der von verschiedenen Seiten unternommenen Aufklärungsarbeit gemacht worden waren, so wird neben der trefflichen Organisation des Unternehmens und der geschickten Umgrenzung des Adressatenkreises auf die innere sachliche Gediegenheit und die ruhige, stets vornehme Haltung der „Katholischen Monatsbriefe" zur Erklärung hinzuweisen sein.

Daß angesichts der erfreulichen Erfolge die Monatsbriefe während der Kriegsdauer weiter erscheinen werden, ist selbstverständlich. Es sollte aber erwogen werden, ob sie nicht — in dieser oder anderer Form — auch über den Krieg hinaus ihr Erscheinen fortsetzen sollen. Jedenfalls würde das ebenso im deutschen wie im katholischen Interesse liegen.

Digitized by Google

Notizen

Zukunftsaussichten des Friedens. Unseres Erachtens ist das Wort Friede doch nicht vergeblich ausgesprochen worden. Die Völker haben nie so wie in diesem Augenblick gefühlt, daß sie um des Friedens willen kämpfen. Die Besprechung wird weiterdauern, während der Krieg fortgesetzt wird, daran können wir nicht zweifeln. Die Friedensbewegung der Neutralen, wenn auch übereilt, wird einen neuen Austausch von Noten und Ideen zur unmittelbaren Folge haben, die Ideen aber machen ihren Weg und breiten sich aus. („Carlino".) — Da das Wort Friede einmal ausgesprochen wurde, gärt es wie ein heiliger Sauerteig, dessen Kraft niemand unterdrücken kann. („Messaggero".) — Vielleicht wird sich die Initiative Wilsons als kraftvoller Helfer zeigen. („Sozialdemokraten".) — Die Aussichten sind nicht ganz so schwarz, wie man aus den pessimistischen Äußerungen schließen könnte. Trotz der starken Worte von kriegerischer Alamafarbe vergißt keine der Parteien, den Friedenswünschen und dem Friedensbedürfnis Ausdruck zu geben. („Politiken".) — Als alle Welt vom Kriege sprach, kam er. Es ist zu befürchten, daß jetzt, wo alle Welt von Frieden spricht, der Frieden kommt, ehe Frankreich ihn diktieren kann. (Arthur Meyer im „Gaulois".)

Die Wahl Roms für die Vierverbandskonferenz war eine Anerkennung der Gleichberechtigung Italiens und Zugeständnis, daß zurzeit die orientalische Frage im Vordergrunde steht, und Italien ein besonderes Interesse daran hat. („Giornale d'Italia".)

Amerika und der Friede. „Je mehr sich Amerika für den Frieden interessiert, um so deutlicher wird seine eigene Absicht, sich einer allgemeinen Garantie der Staatsfreiheiten Europas anzuschließen." „Mit dieser Absicht ist Amerika seit der Rede Wilsons vom vorigen Mai mehr als ein Vermittler gewesen. Jede neue Demarche seinerseits ist eine Annahme der Greyschen Aufforderung, mit Hand anzulegen (play up): Jede Note aus Washington wird nicht eine platonische Übung, sondern ein wirklicher Zug im Kriegsspiel. Nun, hoffen wir, daß dieses teilnahmsvoll gestimmte Amerika der Tatsache nicht zu großes Gewicht beilegen wird, daß gegen die Partei in unserem Lande, welche für den Sieg um einer Sache willen kämpft, eine andere Partei steht, welche die Sache als Entschuldigung benutzt, für einen Sieg en outrance, und deshalb geneigt ist, jede Straße zu einem Sieg auf dem Wege der Verhandlungen zu versperren." („Nation".)

Russische Ansichten über die Wirkung der amerikanischen Friedensnote. Das Mitglied des russischen Reichsrates, Fürst Golitzin-Murawlin sagte nach der „Birschewyje Wjedomosti": „Die Befürchtung, daß Amerika im Falle einer Ablehnung eine strenge Neutralität einnehmen und die Versorgung der Kriegführenden mit Munition einstellen wird, hat natürlich ihre Begründung." Auch einige andere Mitglieder der Körperschaft äußerten sich ähnlich.

Wachsende Friedensbewegung in Frankreich sucht Henri Guilbeaux in der „Internationalen Rundschau" nachzuweisen.

Die Zukunft der Entente. Daß die Kriegführung uns noch nicht den Sieg gegeben hat, ist nicht bedingt durch die fehlende Einsicht des Kommandos, durch fehlenden Kampfgeist unserer Truppen, sondern durch die negierend wirkende, zentrifugale und egoistische Kraft, die die Staaten der Entente mehr an die ungewisse und weit entfernte Zeit nach dem Krieg denken läßt, als an die Jetztzeit, und die das eigene Kleininteresse den allgemeinen Kriegsinteressen vorzieht; die diplomatische Hartnäckigkeit tritt an die Stelle der klaren Beurteilung der Gesamtlage, und der sehr unerfreuliche Gedanke stellt sich ein, daß nach dem Kriege unter den heute Verbündeten neue Streitigkeiten entstehen, alte Eifersüchteleien wieder aufleben, unerledigte Zwistigkeiten sich wieder einstellen werden, die alle doch erledigt sein sollten. („Revue des Nations Latines".) — „Deutschland wird nie wieder eine so mächtige Kombination gegen sich haben wie heute." („Observer".)

Digitized by Google

Die Rekrutierung in Kanada ist nach „New York American" auf einem toten Punkt angelangt.

„Freiheit der Meere". „Die Freiheit, vor allem die handelspolitische Freiheit, die in diesen Zeiten den kleinen Mächten gewährt wird, ist wahrhaftig relativ. Man sieht dies deutlich an der jüngsten Geschichte und an den Ursachen des norwegisch-englischen Konflikts." („Politiken".)

Der Handel von Tsingtau liegt nach japanischen Meldungen darnieder.

Frankreich und die griechische Note. „Leider ist die Note lange nicht so energisch wie die vorhergehende. Man ist immer zu nachsichtig mit den Griechen." („Gaulois".)

Italien ist augenblicklich die eigentliche Schutzmacht Griechenlands und genießt in Griechenland eine bevorzugte Stellung. („Stampa".) — Diese Sonderstellung ist von der französischen Presse allgemein schlecht aufgenommen worden. „Es entspricht nicht den Interessen der Alliierten, den Standpunkt Italiens zu erörtern." („Echo".) „Wie man voraussehen mußte, gibt die italienische Note den Griechen Anlaß, den Alliierten Widerstand zu leisten." („Temps".) „Es ist nötig, daß die Alliierten ein einheitliches Programm verfolgen." („Gaulois".)

Französisch-italienische Beziehungen. „Man darf heute, nach 1½ Jahren französisch-italienischer Waffenbrüderschaft, doch wohl fragen, warum die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern heute schlechter sind als jemals, warum die französischen Handelskammern der Aufforderung, in Italien zu wirken, nicht Folge leisten; warum die Anwesenheit eines italienischen Konsuls in Frankreich uns weiter mit Bitterkeit erfüllt, warum die Verwaltungsschikanen den französisch-italienischen Handel so sehr belästigen. Wir verlangen die Schaffung einer einheitlichen wirtschaftlichen Front; man soll mit dem Skandal der behindernden Maßnahmen aufhören und die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den alliierten Nationen auf jede Weise fördern. Die wirtschaftlichen Bindungen, die absolut notwendig sind, um das politische Bündnis zu festigen, müssen ausgebaut werden. („Revue des Nations Latines".)

Eine lateinische Union Frankreichs, Italiens und Spaniens empfiehlt Professor Borghese im „Corriere". Sie würde den Bedürfnissen aller Kontrahenten genügen, würde jeden von ihnen von der Notwendigkeit befreien, in dem politischen Manöver zu lavieren.

Eine Gesellschaft für eine französisch-italienische geistige Verständigung wurde unter dem Vorsitz von Henri Hauvette in Paris gegründet. Die Gesellschaft soll Propagandavorträge veranstalten.

Die Opposition gegen die Regierung in Italien. „Die wachsende Beistimmung, die in einem Teil der Presse das Eintreten für eine Kriegsregierung findet, läßt darauf schließen, daß die Lage des nationalen Ministeriums schwierig und unsicher zu werden beginnt. („Stampa".)

Das Kino in England. Die erste geheime Tagung der Kommission zur Untersuchung der Kinoverhältnisse ergab erstaunliche Ziffern: es wurde festgestellt, daß jeder zweite Mensch in Großbritannien jede Woche einmal das Kino besucht (Frauen und Kinder jedes Alters eingeschlossen). („Daily News".)

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Vom Isonzo zum Balkan. Ein Kriegstagebuch in 252 Bildern. Herausgegeben von Oberst A. Bilze. (R. Piper & Co., München.) 215 S. Preis br. M. 3.—. Erster Band eines dreibändigen Bilderwerkes aus dem Kriegsland Österreich-Ungarn, die Landschaft, Kultur, Bewohner und das Kriegsleben in 252 klar ausgeführten Bildern veranschaulichen.

Dimo Kõrtschef: Hinter der Front. Eindrücke von der Reise der bulgarischen Abgeordneten durch Österreich-Ungarn und Deutschland. Verlag Josef Habbel, Regensburg 1916. 199 S.

Dietrich Schäfer: Der Krieg 1914/16. Werden und Wesen des Weltkrieges, dargestellt in umfassenden Abhandlungen und kleineren Sonderartikeln. Mit vielen Karten, Plänen, Kunstblättern, Textbildern und statistischen Beilagen. Erster Teil, geb. M. 10.— Bibliographisches Institut, Leipzig. (VIII und 440 S.) Geschichtlich,

Digitized by Google

lexikalisch und inhaltlich aufgebaute systematische Darstellung des Krieges von den geschichtlichen Voraussetzungen an bis zu den innersten Wirkungen des Krieges auf das staatliche und geistige Leben, dargestellt von Sachkennern in knapper, volkstümlicher Form. Mit guten Hilfsmitteln für Anschauung und Erklärung des Textes. Mit Recht als ein Hausbuch und Ergänzung des Konversationslexikons gedacht.

Äußere Politik. Januarheft der Süddeutschen Monatshefte mit Beiträgen von Haller, Reventlow, Buhl und anderen.

Franz Blei: Menschliche Betrachtungen zur Politik. Verlag Georg Müller, München 1916 (316 S.). Geistvolle zum Widerspruch und zum Nachdenken reizende Glossen eines Mannes, der die herrschenden Fragen der Politik von eigenwilliger menschlicher Seite aus betrachtet.

Heinrich Tilemann: Woher das Selbstgefühl der Engländer? Hahnsche Buchhandlung, Hannover (31 S. 75 Pfg.).

Ein neuer Gesichtspunkt zur Friedensfrage. Von Henry Lambert. (Zürich 1916. Verlag Orell Füßli.) 38 S. Preis M. 0.80. Die Schrift sieht im Freihandel den Friedensstifter. „Freihandel, Industrialismus und Frieden sind untrennbar verknüpft".

Der Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes. Von Dr. h. c. Carl Jentsch. 5. Aufl. Verlag Emil Felber, Berlin 1915. Geh. M. 2.—, geb. M. 2.60. Neu aufgelegte, durch die gegenwärtige Lage aktuell gewordene Kampfschrift aus dem Jahre 1905, die gegenüber der einseitigen Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat die Schaffung einer breiteren landwirtschaftlichen Grundlage durch Gewinnung von Siedelungsland im Osten verlangt.

Emil Zimmermann: Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik. (Berlin 1917. C. S. Mittler & Sohn.) 65 S. Preis M. 1.75. Beleuchtet das Kolonialproblem im Zusammenhang mit der großen Politik und dem wirtschaftlichen und weltpolitischen Wert für die Zukunft.

Dr. Ernst Mayer: Über die Deckung der Kriegsausgaben. (München 1916. Verlag A. Buchholz.) VII und 157 S. Preis M. 3.—. Vermittelt zwischen der Frage, ob Kriegsausgaben durch Steuer oder Anleihe zu decken sind, und geht auf die anderen Deckungsmöglichkeiten (durch Banknoten und Papiergeldvermehrung) ein. Übersicht über die Deckungsmaßnahmen der kriegführenden Mächte bis Dezember 1915.

Der Triumph der Organisation und ihr Siegespreis. Von Arthur Traves-Bergstroem. Übersetzung von Dr. F. Heinemann. (Zürich 1916. Verlag Orell Füßli.) 65 S. Preis M. 1.—. Verlangt Überbrückung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit durch Übergewicht des Staates.

Georg Banzhaf: Volkswirtschaftliche Kriegsbetrachtungen 1914—1916 (20 S. 50 Pfg.). Verlag Georg Banzhaf & Co., Charlottenburg.

Dr. Kuczinski und Dr. Mansfeld: Der Pflichtteil des Reiches. (Berlin 1917, Verl. J. Springer.) 42 S., Preis M. 1.40. Regt an, das Reich pflichtteilberechtigt zu machen, wenn der Erblasser nicht mindestens drei Kinder hinterläßt. Als Reinertrag werden $^2/_3$ Milliarden veranschlagt.

M. Baerting: Der Männermangel nach dem Kriege. Verlag der Ärztlichen Rundschau Otto Gmelin, München. (84 S. M. 2.—.) Untersuchung der Mittel, welche dem durch den Krieg bedingten Männermangel abhelfen können, auf zahlreiches statistisches Material und reiche ärztliche Erfahrung gestützt.

Max Seber: Die Schicksalsstunde des Pazifismus. (Basel, Ernst Finckh, Verlag. 1917. M. 2.80.) Stellt den Zusammenbruch des „wissenschaftlichen Pazifismus" fest, entwickelt die Lehre von Mitteleuropa als übernationalem Reich zum Gegengewicht gegen die Annektionsstaaten und mahnt zu nationalem deutschem Pazifismus.

Deutschland und das Ausland

Die deutsch-spanische Vereinigung München beginnt die allgemeinen Versuche Deutschlands, das Wesen und Leben der spanischen Kultur verständlich zu machen, mit einem einführenden Buch von Rudolf Lothar: „Die Seele Spaniens", das eine auf die Kultur der Vergangenheit und das Leben der Gegenwart aufgebaute Charakterisierung des spanischen Lebens und vor allem des künstlerischen Schaffens und damit ein Bild des modernen geistigen Spaniens gibt. Als die nächsten Veröffentlichungen sind von demselben Verlag Georg Müller in München Ausgaben ausgewählter Dramen von Jacinto Benavente und Martines Sierra vorgesehen. Wir begrüßen das Bestreben der Vereinigung, auf diesem Wege einer Verständigung mit Spanien vorzuarbeiten.

Hermann Becker: Das Deutschtum im Ausland, München 1916, Georg Müller (246 S.). Überblick über das Deutschtum in den fremden Staaten und die Hemmung und Förderung des Auslandsdeutschtums durch den Krieg. Forderung kultureller deutscher Arbeit nach dem Krieg und Wahrung des Zusammenhangs des Deutschtums in der ganzen Welt. Zum Schluß Bibliographie der Schriften über das Auslandsdeutschtum.

Landeskunde

Karte des Königreichs Polen und Galiziens. Von G. Freytag. Maßstab 1:2000000. Kartographische Anstalt G. Freytag & Behrendt,

Digitized by Google

G. m. b. H., Wien. Gibt die Grenzen des Königreichs Polen nach dem Wiener Frieden von 1815, Galizien, die Bukowina, Rußland bis zur Linie Witebsk—Kiew und im Norden bis Livland.

Lechner: Übersichtskarte von Rumänien und der Bukowina, des östlichen Teiles von Galizien und Ungarn (Lechners Kriegskarte, Blatt XXV) gibt im Maße 1 : 1 000 000 in Fünffarbendruck eine Übersicht des jetzigen Kriegsschauplatzes.

Welt des Islam. Band I, Länder und Menschen von Marokko bis Persien. Von Dr. Walter Ph. Schulz. (München 1917, Roland-Verlag.) Preis M. 2.80. Sammlung von 200 zum Teil noch unveröffentlichten Photographien aus den Ländern des Islams sowie dem Volksleben mit kurzem Hinweis auf Land und Leute und einer Geschichte des Islams sowie der islamischen Staaten.

Geschichte

Weltgeschichte der Neuzeit. Von Dietrich Schäfer. (Berlin 1917, E. S. Mittler & Sohn, Hofbuchhdlg.). 2 Bände. Siebente, neu durchgesehene und erweiterte Auflage, fortgeführt bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Wichtig durch die letzten Kapitel: „Die Aufteilung der Erde im letzten Menschenalter" und „In dem Weltkrieg".

Richard August: Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht. (Leipzig 1917, Fr. Brandstetter.) XI. 192 S., geh. M. 3.50. Darstellung der Entwicklungslinie in Bismarcks Denken über das Verfassungswesen und die Wahlrechtsfrage bis zur Aufnahme des allgemeinen Wahlrechts in das deutsche Recht. Zusammenfassung aller Äußerungen Bismarcks über Natur und Zweck des Wahlrechts.

Stefan Tisza: Von Sadowa nach Sedan. Autorisierte Übersetzung aus dem Ungarischen von Dr. J. Schwartz. Verlag Ed. Strache, Warnsdorf i. B. 1916. (123 S., Kr. 4.—.) Studie des ungarischen Ministerpräsidenten über die Entwicklung des Deutschen Reiches unter Bismarcks und Preußens Führung. Besonders wertvoller Einblick in die diplomatische Lage der Jahre um den siebziger Krieg.

Erziehung

Ratschläge für die Berufswahl im Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungsleben. Herausg. von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität. Tübingen 1916. Verl. J. C. B. Mohr. 83 S. Preis br. M. 1.—.

Bericht der Königl. Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem für die Etatsjahre 1914 und 1915. Herausg. von Th. Echtermeyer, Kgl. Ökonomierat. Berlin 1916 (Verlag Abhg. Paul Parey). Besonders hervorgehoben sei die Kriegstätigkeit der Anstalt, insbesondere die Kurse für Kriegsinvaliden, weiter der Lehrgang für Obst- und Gemüseverwertung, die Verarbeitung von Liebesgaben in der Obst- und Gemüseverwertungsstation und die Untersuchung über die Verwendbarkeit von Wild- und Halbfrüchten zu Marmeladen. Auf die noch viel zu wenig bekannten Lehrgänge für Obst- und Gemüseverarbeitung seien alle Gartenbesitzer hingewiesen.

Islamische Ethik. Über Intention, reine Absicht und Wahrhaftigkeit. Von Al-Gazali. Übers. und erläutert von H. Bauer. (Halle 1916. Verl. M. Niemeyer.) X. 93 S. Eröffnet eine Bücherreihe, die die wichtigsten Denkmäler der bei uns zum größten Teil noch unbekannten ethischen Literatur des Islams weiteren Kreisen erschließen soll. Allgemeine Pflichten- und Tugendlehre des hervorragendsten Theologen des Islam und Darstellung der religiös-sittlichen Bestrebungen des Islam bei den Türken. Wissenschaftlich zuverlässige Ausgabe, gut lesbare Übersetzung.

Schöne Literatur

Friedrich Gundolf: „Goethe". (804 S. in Großoktav-Format br. M. 14.50, geb. M. 17.50.) Verlag Georg Bondi, Berlin 1916. Darstellung der Entwicklung von Goethes gesamter Gestalt als „der größten Einheit", worin deutscher Geist sich verkörpert hat, und Deutung aller Werke als „der verschiedenen Attribute der geistigen leiblichen Einheit" aus der „Bewegung des Lebens" des Dichters. Das Werk einer neuen, geschichtliches, ethisches und menschliches Schauen vereinigenden Darstellung.

Der neue Roman. Der neueste Band bringt drei Novellen des jungen Kasimir Edschmid unter dem Titel „Timur". (222 S., kart. M. 3.—, geb. M. 3.50. Kurt Wolff, Leipzig.)

Deutsche Wohnkultur fördert die von A. Koch, Darmstadt, herausgegebene Zeitschrift für Innendekoration, die ihren neuen Jahrgang mit einem sehr schön ausgestatteten Heft eröffnet.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 2. Februar 1917 • Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der amerikanische Friede

Von Professor Dr. E. Jäckh

Nach dem deutschen Angebot und der englischen Ablehnung hat sich eine amerikanische Mahnung gemeldet. Bethmann Hollweg hat den Friedensfaden angesponnen; Lloyd George wollte ihn kurzerhand abschneiden, weil er befürchtete, die Völker könnten sich darein verstricken; aber Wilson will ihn nicht abreißen lassen.

Der Notenwechsel zwischen Vierbund und Zehnverband war ein Dialog zwischen den zwei feindlich gespaltenen Teilen des alten Europa; die Senatsrede des Präsidenten Wilson ist ein amerikanischer Monolog über ein neues Europa. Dieser Monolog wählt die feierlichste Form, die die Vereinigten Staaten ermöglichen: nicht mehr nur die Formulierung einer Note des Präsidenten an eine europäische Macht, sondern das Forum des Senats, der amerikanischen Instanz für die auswärtige Politik, für Frieden und Krieg. Wilson ist Präsident geworden — als „Friedens-Präsident", durch das Programm und mit der Verpflichtung, Frieden zu halten und zu machen. Wilson hat sich und fühlt sich persönlich engagiert: er will den Frieden. Fragt sich nur: was für einen ....

Der Professor, der Präsident wurde, diktiert als Praeceptor Europae. Je mehr sich Europa schwächt, um so mehr stärkt sich Amerika — finanziell, wirtschaftlich, politisch. Ein Monroe konnte noch vor drei Generationen seine Doktrin so fassen: Amerika gehöre den Amerikanern! Ein Wilson will heutzutage weiter greifen: Europa höre auf die Amerikaner! Solche Wendung und Verschiebung hat der Weltkrieg vermocht. Und Wilson tut, als ob's ihm Ernst damit wäre: als ob auch dieser akademische Vortrag noch nicht sein letztes Wort wäre; als ob er der Theorie seiner Ideen eine Praxis der Tat einmal folgen lassen wollte. Fragt sich nur: wie und was für eine ...

Des Professor-Präsidenten Wilsons Rezept mischt zweierlei: Ideologisches und Realpolitisches, gewissermaßen Ziele und Mittel.

Ideologien sind heute alle die Wünsche von Wilson, die sich als „Pazifismus" zusammenfassen lassen: Ziele wie ein „Einvernehmen der Mächte", ein „allumfassender Bund", der „Beitritt zu einer Friedensliga", die „Abrüstungen". Solange Mars die

Digitized by Google

Stunde regiert, tönt im „Konzert der Mächte" nicht die Friedensschalmei, sondern dröhnt der Kriegsdonner. Das weiß auch Wilson, dessen Regierung zurzeit nicht „abrüstet", sondern wie nie zuvor zurüstet — im Flottenbau, wie durch Landmacht. Ein so humanes Ethos dieser Ideenflug auch bekundet — er ist heute noch ein Ikarusflug: sehnsüchtig geschaut, als unwirklich erkannt — vielleicht gleichermaßen vom Vierbund wie vom Zehnverband.

Anders werden die beiden Kriegsparteien das realpolitische Friedensprogramm entgegennehmen; anders auch seine einzelnen Teile:

Da wird schon strittig der „Friede ohne Sieg", schon weniger der „Friede mit Opfern und Konzessionen". Die erste Formulierung scheint vom amerikanischen Standpunkt diktiert, der unterscheidet beispielsweise zwischen einem europäischen Sieg Deutschlands und einem afrikanischen Sieg Englands; von Asien nicht zu reden. Solche Abwägung kann einen „Frieden mit Opfern und Konzessionen" vorschlagen. Solche Formeln ändern nichts an der Tatsache, daß Deutschland seinen Sieg sich gesichert hat — schon dadurch, daß es überhaupt sich behauptet hat gegenüber einer Welt von Angreifern, wie sie stärker und zahlreicher kaum gedacht werden könne; und auch dadurch, daß Deutschland mit seinen Verbündeten den neuen Weltteil von „Mitteleuropa" geschaffen und gewonnen hat. Ein „Mittelafrika" wird uns in Belgien und Frankreich erstritten und gesichert werden müssen.

Besonders angenehm für die Entente klingen in Wilsons Darlegung zwei Meinungen: einmal, „daß es nicht in ihrer Absicht liege, den Gegner zu vernichten". Da hat Wilson nicht nur alle verbindlichen Ministerreden in London, Petersburg und Paris überhört und übersehen, sondern selbst auch die letzte Entente-Note, die mit zynischer Offenheit die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und die Aufteilung der Türkei proklamiert hat.

Ähnlich angenehm mag der „westeuropäischen", nicht der russischen Entente der amerikanisch-demokratische Grundsatz klingen, „daß die Regierungen alle ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ableiten". Doch auch solche Weisheit braucht keinen besonderen Streit zu erregen.

Andere Punkte — und zwar die wesentlichsten — können die Zustimmung des Vierbundes beanspruchen. Das sind:

1. Das Nationalitätenprinzip,
2. das polnische Beispiel,
3. der Anspruch auf einen Ausgang zu den großen Heerstraßen der See und
4. die Freiheit der Meere.

Ad 1. Nach dem Nationalitätenprinzip ist Deutschland die einheitlichste unteilbarste Nation. Dagegen müßten England und Rußland einen förmlichen Selbstzerteilungsprozeß vornehmen (wie wir das in Heft 2 der „Deutschen Politik" nachgewiesen haben, auch für Frankreichs Kolonialreich). Wilsons Formel von den Minoritäten schützt auch Österreich-Ungarn, und der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza hat mit gutem

Digitized by Google

Grund seine ausdrückliche Zustimmung ausgesprochen, indem er im Parlament erwiderte:

„Unsere ganze öffentliche Meinung wünscht die freie Entwicklung und das Gedeihen der Nation. Das Nationalitätenprinzip kann jedoch in der Bildung von Nationalstaaten nur dort unbeschränkt zur Geltung kommen, wo einzelne Nationen innerhalb scharf gezogener ethnographischer Grenzen in kompakten Massen auf einem zur Staatenbildung geeigneten Gebiet leben. In solchen Territorien, auf welchen verschiedene Volksstämme und Nationen gemischt wohnen, ist es unmöglich, daß jeder einzelne Volksstamm einen Nationalstaat bilde. (Zustimmung.) Dort kann nur ein Staat geschaffen werden ohne nationalen Charakter, oder dasjenige Volk drückt dem Staate den nationalen Stempel auf, welches seiner Zahl und seinem Gewicht nach vorherrscht. Unter solchen Umständen ist daher nur jene beschränkte Geltendmachung des Nationalitätenprinzips möglich, welche der Präsident der Vereinigten Staaten richtig ausdrückt, indem er folgende Forderung aufstellt: Man muß für jedes Volk Sicherung des Lebens, des Gottesdienstes und der individuellen und sozialen Entwicklung schaffen. Ich glaube, daß diese Forderung nirgend in solchem Maße verwirklicht wird, wie in den beiden Staaten der Monarchie (lebhafte Zustimmung) und auch in dem einen kräftigen nationalen Charakter besitzenden ungarischen Staate. Ich glaube, daß auf den von einem bunten Gemisch von Völkern und Nationen bewohnten Gebieten im Südosten Europas die Forderung der freien Entwicklung der Nationen vollständiger nicht wird verwirklicht werden können, als dies durch den Bestand und die Herrschaft der österreichisch-ungarischen Monarchie gewährleistet wird. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Wir fühlen uns daher vollständig eins mit den vom Präsidenten der Vereinigten Staaten aufgestellten und jetzt verlesenen Forderungen, und wir werden bestrebt sein, daß in dem in unserer unmittelbaren Nähe liegenden Gebiete dieses Prinzip möglichst verwirklicht werde."

Wilsons Nationalitätenprinzip schützt auch das türkische Konstantinopel vor der russischen Gier und gewährt auch Bulgarien seine nationale Einheit.

Ad 2. Das polnische Beispiel Wilsons ist vom Vierbund verwirklicht worden — unter dem Widerspruch der Entente: „ein einiges, unabhängiges, selbständiges Polen." „Einig" ist Polen, wenn es alle reinpolnischen Bevölkerungsgebiete vereinigt; und „unabhängig-selbständig" wird Polen, wenn es mit „Mitteleuropa" gegen den russischen Bedrücker gesiegt hat.

Ad 3. „Ein direkter Ausgang zu den großen Heerstraßen der See soll jedem großen Volk gesichert sein." Solche Straßen sind die von Calais, von Gibraltar und von Suez und die Dardanellen. Für Calais, Gibraltar und Suez kann Wilson der eifrigsten Mitwirkung Deutschlands versichert sein (ob auch Englands?). Ebenso wird Wilson in den Dardanellen bei der Türkei wie bei Deutschland auf keinen Widerstand stoßen (ob auch bei England?). Die Dardanellenfrage war solange eine „Frage", als die Türkei schwach war oder schien.

Digitized by Google

Dieser Krieg hat die Leistungsfähigkeit der Dardanellen wie der Türkei gesichert und bewiesen, und so kann die Türkei durch die türkischen Dardanellen künftighin ohne Gefahr russische Schiffe durchlassen: im Frieden russische Kriegsschiffe in einer Anzahl und Folge, die eine Bedrohung von Konstantinopel ausschließen, und auch in einem türkischen Krieg mit einer andern Nation russische Handelsschiffe durch eine Rinne mitten durch die Minenfelder hindurch. Damit wird Rußland „der direkte Ausgang zur großen Seestraße" gesichert sein — durch die Türkei und durch Deutschland, entgegen einem fast jahrhundertlangen Widerstand von England.

Ad 4. „Die Freiheit der Meere ist eine conditio sine qua non für den Frieden, für Gleichheit und Zusammenarbeit." Da nimmt Wilson in aller Form eine deutsche Formel des Kriegsziels auf. Ob Wilson die amerikanische Karte daraufhin angesehen hat? Dann hat er finden müssen, daß vom Norden bis zum Süden des amerikanischen Weltteils englische Stationen die Freiheit der Meere bedrohen, ja beseitigen! Von Neufundland über Bermudainseln und Bahamainseln bis Jamaika, über Barbados und Trinidad bis zu den Falklandinseln: eine ganze Sperrkette englischer Forts entlang den amerikanischen Küsten, lauter „englische Helgolands"! Amerika hat genau das gleiche Interesse, aus seinem „nassen Dreieck" herauszukommen, wie Deutschland — beide in gleicher Weise gegenüber England, dem Feind der „Freiheit der Meere".

Man sieht: Dieser Wilson will amerikanisch-neutral sein und wirkt auch so — gleich dem „Mädchen aus der Fremde", das jedem sein Teil mitbringt. In diesem Wilson-Strauß sind Ententeblüten und Vierbundsblumen zusammengebunden; ein Friedensparadies soll daraus ersprießen. So ist es Wilsons Wille...

Einstweilen bereiten Europas Völker den letzten, blutigsten Zusammenprall vor: wird er den amerikanischen Frieden vernichten oder erfüllen? Wilson mag beides in seiner Toga wägen...

Bethmann Hollweg und Bismarck

Von Friedrich Thimme

II.

Wie würde sich Bismarck zu der Bethmann Hollwegschen Politik der inneren Erneuerung stellen, die ihren Ausgangspunkt in dem prachtvollen Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" genommen hat, die seither in den Reden unseres Reichskanzlers vom 2. Dezember 1914, vom 5. Juni, 28. September und 29. November 1916 immer deutlicher in dem Sinne der Gleichberechtigung aller Volksklassen und Parteien, einer freien Entfaltung und Nutzbarmachung aller der unendlichen im Schoß der Nation schlummernden Kräfte, letzten Endes der einigen und geschlossenen Gemeinschaftsarbeit aller Deutschen umrissen worden ist, und die durch die Thronrede vom 13. Januar 1916 ausdrücklich auch für Preußen proklamiert ist?

Digitized by Google

Die Antwort auf diese Frage hat Bismarck im voraus durch seine Haltung in den Jahren 1866 und 1870/71 gegeben.

Bismarck selbst ist es gewesen, der im Kriege von 1866 die Grundlagen zu einer allgemeinen Neuorientierung gelegt hat. Jahrelang hatte er mit den liberalen Parteien im allerschärfsten Kampf wegen der Verfassungsfrage gelebt; nun bot er auf der stolzen Höhe seiner Erfolge, wo er jeden inneren Widerstand mit Leichtigkeit hinwegfegen konnte, in der Indemnitätsvorlage der Opposition die Hand zur Versöhnung. Es ist ein grandioses Beispiel für die Jahrhunderte: „Die stärkste Regierung, welche Preußen je gehabt hat und kaum wieder haben wird, die vom Sommer 1866, erachtete es für ihre erste Pflicht, den glorreichen Erfolgen eines militärischen und diplomatischen Feldzuges ohnegleichen den inneren Frieden hinzuzufügen, welcher allein der ewige Jungbrunnen der Stärke der Nationen und der Festigkeit der Dynastien ist[1]."

Aber diese Versöhnung mit der bisherigen Opposition bedeutet doch nur die eine Seite der Neuorientierung von 1866. Von nicht geringerer weltgeschichtlicher Bedeutung ist es, daß Bismarck die „damals stärkste der freiheitlichen Künste", das allgemeine gleiche Wahlrecht, in die Wagschale warf. Beides hat er ja im Hinblick auf die kommende deutsche Einheit, die er sich als höchstes Ziel gesetzt hatte, getan. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck es selbst ausgesprochen: er habe bei der Indemnitätsfrage unter dem Druck des Bedürfnisses gestanden, dem Auslande keine Spur von vorhandenen oder bevorstehenden Hemmnissen durch unsere innere Lage, sondern nur die einige nationale Stimmung zur Anschauung zu bringen. „Eine Fortdauer des inneren Konflikts", hat er an anderer Stelle gesagt, „wäre eine äußerst ungeschickte Vorbereitung auf den französischen Krieg und auf die Durchführung der nationalen Einheit in Deutschland gewesen." Ähnlich hat er sich in bezug auf die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit der ihm höchst unsympathischen Zugabe der geheimen Abstimmung geäußert: „Die Annahme des allgemeinen Wahlrechts war eine Waffe im Kampf gegen Österreich und weiteres Ausland, im Kampfe für die deutsche Einheit, zugleich eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen." Und an anderer Stelle: „Für die preußische Regierung blieb im Hinblick auf die Möglichkeit eines schweren Krieges zur Verteidigung der gewonnenen norddeutschen Einigkeit das letzte Auskunftsmittel immer die volle Entwicklung der deutschen Nationalkraft, ihres Einverständnisses mit den gesamten neuen Einrichtungen. Die Voraussicht künftiger Kriege mußte notwendig die preußische Regierung ermahnen, die nationale Stimmung für sich im weitesten Umfange zu gewinnen und jede Abschwächung derselben zu verhüten. So ist diese Kriegs- und Koalitionsbesorgnis das Hauptmotiv zu der Nachgiebigkeit allen liberalen Forderungen gegenüber gewesen, auch in bezug auf das Wahlrecht."

[1] Nach einer von Bismarck inspirierten Auslassung in der Münchener „Allgemeinen Zeitung" vom 8. März 1892.

Digitized by Google

Heute aber liegt die Situation wieder ganz ähnlich wie die von 1866, nur noch tausendmal ernster und bedrohlicher. Im Jahre 1866 handelte es sich — wieder nach einem Bismarckschen Ausspruche — um Preußens Ansehen in Deutschland und seine europäische Aktionsfähigkeit; heute gilt es Deutschlands Ansehen in der Welt und seine weltpolitische Aktionsfähigkeit, gilt es schlechthin Deutschlands Existenz und Zukunft. Schon 1866 war die Situation so, daß wir kein inneres Hilfsmittel, das die Umstände bieten konnten, abweisen durften, einerlei, ob es allen Anforderungen, die wir daran stellen konnten, entsprach oder nicht. Heute ist es erst recht so, daß auch die letzten Kräfte, die in unserem Volke schlummern, herausgeholt, und daß alles beseitigt werden muß, was die freie, willige und freudige Entfaltung dieser Kräfte nicht bloß in den führenden und gebildeten Schichten, sondern auch in den breiten Massen des Volkes, in der Arbeiterschaft zumal, deren gewaltige Bedeutung für Krieg und Sieg von unseren Feinden rückhaltlos anerkannt und aufs stärkste betont wird, hemmen und lahmlegen könnte. Heute muß es die heiligste Pflicht der Regierung sein, die trennenden Schranken, die vor dem Kriege zwischen ihr und einzelnen Parteien, zwischen den Parteien und Volksklassen überhaupt bestanden, restlos niederzureißen, und die volle Geschlossenheit und Einheit der ganzen Nation zum höchsten Grundsatz zu erheben, dem sich alles, aber auch alles unterzuordnen hat.

Den Weg dazu hat der eiserne Kanzler im Jahre 1866 klar und deutlich vorgezeichnet. Versöhnung und aufrichtiges Entgegenkommen gegen diejenigen Parteien und Richtungen, mit denen sie in Konflikt oder auch nur nicht in Harmonie lebte, so müßte die eine Parole der Regierung im Sinne Bismarcks lauten. Man wende nicht ein, daß Bismarck selbst trotz seiner Haltung in den Jahren 1866 und 1870/71 sich wieder in schwere und leidenschaftliche Kämpfe mit großen Parteien verwickelt habe. Das geschah doch nur, weil er seine Schöpfung, das Deutsche Reich, in seiner Ausgestaltung und Sicherung durch diese Parteien, nicht immer mit Recht, bedroht glaubte. Wir wissen, daß Bismarck Zeit seines Lebens in der Vorstellung befangen geblieben ist, daß sowohl das Zentrum wie die Sozialdemokratie im Grunde reichsfeindlich gesinnt seien. Dem Zentrum hat Bismarck es noch in seinen letzten Lebensjahren vorgeworfen, daß es in seiner ganzen Tendenz ein Gegner des Reiches sei, und daß es als seinen eigentlichen Souverän den Papst ansehe: eine Auffassung, die, nebenbei bemerkt, in letzterer Beziehung doch schon durch die Vorgänge beim Septennat von 1887 widerlegt worden ist. Mehr noch als das Zentrum hat Bismarck die Sozialdemokratie leidenschaftlich befehdet, bis zu dem Grade, daß er wieder und wieder nach Ausnahmemaßregeln gegen sie rief. Aber man vergesse nicht, daß Bismarck den Kampf auch mit den am schärfsten angegriffenen Parteien immer nur als ein Mittel zum Frieden angesehen hat. Am 30. November 1881 hat er es selbst nachdrücklich betont: „Kein Kampf im Inneren zwischen Parteien und der Regierung, kein Konflikt kann von mir als eine dauernde und nützliche Institution behandelt werden. Ich muß Kämpfe führen,

Digitized by Google

aber doch nur zu dem Zwecke, den Frieden zu erlangen. Diese Kämpfe können sehr heiß werden, das hängt nicht immer von mir allein ab, aber mein Endziel ist dabei immer doch der Friede." Und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck die Zeit zu solchem Frieden für gekommen erachten würde von dem Augenblick an, wo sich mit klarer und zweifelloser Gewißheit zeigte, daß auch die von ihm befehdeten Parteien aus allen Kräften für das bedrohte Vaterland eintraten. Der kennt Bismarck schlecht, der da glauben könnte, daß er in solchem erhebenden Momente noch irgendein Vorurteil, irgendeinen Zweifel festgehalten hätte. Wie grimmig doch hat der gewaltige Mann in seinen Reden wieder und wieder der Armseligen gespottet, die jedes Zu- und Umlernen, jedes Anerkenntnis begangenen Unrechts ablehnten. „Ein Mensch, der nicht lernt, schreitet nicht fort mit seiner Zeit, und bleibt also auch der Zeit nicht gewachsen; Der bleibt zurück, wer fest steht auf dem Standpunkt, den er einmal gehabt hat."

Heute duldet es gar keinen Zweifel, daß Bismarck dem katholischen Volksteil, der in heißer Vaterlandsliebe, in Aufopferung und Hingabe, in wirksamer Geltendmachung aller christkatholischen Motive für die nationale Verteidigung, auch gegenüber den Glaubensgenossen in den uns feindlichen Ländern, in herzlichem und bereitwilligem Entgegenkommen gegen die andersgläubigen eigenen Volksgenossen wahrlich nicht hinter dem protestantischen Volksteil zurückgeblieben ist, manches Vorurteil abbitten würde, nicht minder, daß er auch das Zentrum, das doch wenigstens zum größten Teil mit der katholischen Bevölkerung zusammenfällt, schlechthin als eine nationale Partei anerkennen würde. Es kann ebensowenig bezweifelt werden, daß Bismarck, auch wenn er prinzipiell den oft betonten Grundsatz der weltlichen Leitung eines evangelischen Kaisertums, der staatsrechtlich doch nur eine Fiktion ist, festgehalten hätte, jetzt die Parität restlos im vollen Umfang des Begriffes durchführen und jedes Ausnahmegesetz auch gegen katholische Orden fallen lassen würde. Nach der vorbildlichen neutralen Haltung, die das Oberhaupt der katholischen Kirche während des ganzen Krieges eingenommen hat, würde Bismarck endlich auch ganz sicherlich hinfort den Wünschen unseres katholischen Volksteils in der römischen Frage soweit als möglich entgegenkommen.

Nicht viel anders aber würde sich Bismarck heutigen Tages gegenüber der in der Stärke ihrer vaterländischen Instinkte weit unterschätzten Sozialdemokratie verhalten. Es ist bekannt genug, daß Bismarck einst ein Bündnis mit dem sozialdemokratischen Agitator Lassalle zu dem Zweck gesucht hat, um die Arbeiterbewegung in nationale Bahnen zu lenken. Und heute, wo ein großer, wir dürfen unbedenklich sagen der weitaus größte Teil der Sozialdemokratie zu den Idealen Lassalles zurückgekehrt ist und sich auf den Boden des nationalen Staates gestellt hat, heute sollte Bismarck solche Entwicklung nicht mit der tiefsten Freude und Bewegung gut heißen? sollte nicht der nationalen Sozialdemokratie, wie einst der liberalen Opposition im Jahre 1866, die Hände weit

Digitized by Google

entgegenstrecken und es ihr möglichst leicht machen, sich auf dem Boden des nationalen Staates heimisch und wohl zu fühlen? Wir dürfen darauf hinweisen, daß auch Hermann Hofmann, der Redakteur der „Hamburger Nachrichten", der in den Hunderten von Unterredungen, die er in den neunziger Jahren mit dem Einsiedler von Friedrichsruh hatte, tiefer in seine Anschauungsweise wie jeder andere eingedrungen ist, im letzten Bande seines Bismarckswerks die gleiche Überzeugung ausgesprochen hat: nämlich, daß Fürst Bismarck, wenn er es erlebt hätte, daß die Sozialdemokratie in der entscheidungsvollen Stunde dem Vaterlande treu blieb und auch nicht den leisesten Versuch machte, durch Erhebung im Inneren seine Stoßkraft nach außen lahm zu legen oder abzuschwächen, sein Urteil über die Sozialdemokratie einer völligen Revision unterzogen haben würde.

Es ist ja möglich, daß Bismarck seine frühere Ansicht, wonach der Staat eines Schutzes gegen Hemmnisse und Störungen bedürfe, mit denen die Sozialdemokratie unsere staatliche und bürgerliche Arbeit bedrohe, auch heute noch in bezug auf die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und verwandte Gruppen festhalten würde. Aber der übergroßen Mehrzahl der Sozialdemokraten, die bereit sind, an unserer nationalen, staatlichen und bürgerlichen Arbeit positiv mitzuwirken, würde er, der Vater des Sozialistengesetzes, die Tore so hoch und weit wie nur irgend möglich aufmachen. Er, unser nationaler Heros, wäre der erste gewesen, der die Unterscheidung zwischen nationalen und nichtnationalen Parteien, die er einst selbst mit festgelegt hat, als durch die Ereignisse wesentlich gegenstandlos geworden, zum alten Eisen geworfen hätte.

Es kann denn auch nicht zweifelhaft sein — und damit kommen wir auf den zweiten Teil der vorbildlichen Neuorientierung von 1866 zurück — daß nach Bismarcks Auffassung jetzt, da die Parteien, die er vorzugsweise als reichsfeindlich ansah, Zentrum und Sozialdemokratie, gar nicht zu reden von kleineren Parteien, wie etwa den Welfen, sich als durch und durch vaterlandsliebend, als durch und durch von Staatsgesinnung erfüllt gezeigt und damit aufgehört haben, eine Gefahr für Bestand und Erhaltung des Staates zu bedeuten, daß er jetzt den Zeitpunkt für eine Neugestaltung des Reiches wie des preußischen Staates in freiheitlichem Sinne für gekommen erachten würde. Bismarck hat es oft und sehr eindringlich gesagt: „Wir erstreben und wollen alle dasjenige Maß von Freiheit und Unabhängigkeit und freier Bewegung der Volksvertretung, was mit der Sicherheit und Stetigkeit unserer Einrichtungen überhaupt nur irgend verträglich ist." Daß aber heute, wo mit der vermeintlichen, tatsächlich gar nicht oder doch nicht mehr begründeten reichs- und staatsfeindlichen Gesinnung großer Massen und ganzer Parteien die Gefahren für die Sicherheit unserer Einrichtungen stark vermindert sind, ein größeres Maß von Freiheit und Unabhängigkeit, von Volksrechten und Parlamentsrechten „verträglich", ja geboten ist, als es vor einem Menschenalter schien, das ist völlig klar. Es sei in diesem Zusammenhange daran er-

Digitized by Google

innert, daß Bismarck in seinen letzten Jahren immer wieder für eine größere Autorität der Parlamente, die er mit einem starken Königtum für durchaus vereinbar hielt, eingetreten ist, und daß er sich selbst für volle Ministerverantwortlichkeit ausgesprochen hat. Wie würde der eiserne Kanzler heute lächeln über die schwarzen Besorgnisse reaktionärer Kreise, daß wir auf dem geraden Wege zur Parlamentsherrschaft seien! Mit welchem Hohn würde er, der sich immer und zu jeder Zeit für eine gründliche Änderung des preußischen Dreiklassenwahlrechts ausgesprochen hat, die Prophezeiung lesen, die jüngst in einer Zuschrift an die „Kreuzzeitung" stand: daß die Änderung des preußischen Landtagswahlrechts um keinen geringeren Preis als das Preußen Friedrichs des Großen, den ruhmreichen Staat der Hohenzollern, den Hort der Monarchie und der staatlichen Ordnung errungen werden könne! Wahrlich, Bismarck würde heute keinen Augenblick zögern, die Axt an das preußische Dreiklassenwahlrecht zu legen. Man wende nicht ein: Bismarck habe dieses Wahlrecht, obwohl er es so herbe verurteilte, doch nicht angetastet; also könne er es nicht für so ganz schlecht gehalten haben. Das hieße übersehen, daß zu den Zeiten des ersten Kanzlers, den immer andere und dringlichere Sorgen in Anspruch nahmen, ein starker motorischer Auftrieb für eine Wahlrechtsreform gefehlt hat. Heute aber, nachdem die Überzeugung von der Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts bis in die weitesten Kreise gedrungen ist, nachdem die Krone selbst sich in feierlicher Erklärung auf diesen Standpunkt gestellt und noch während des Krieges die „Neugestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften" als etwas Selbstverständliches anerkannt hat, heute würde auch Bismarck sicherlich den Zeitpunkt für eine durchgreifende Reform des preußischen Wahlrechts für nahe gerückt halten.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß Bismarck an die Stelle des Dreiklassenwahlrechts das Reichstagswahlrecht setzen würde, hat doch auch dieses seine Schwächen und Fehler, und ist doch die Abneigung vor seiner Übertragung auf preußische Verhältnisse in zahlreichen Schichten der Bevölkerung verbreitet, auf die Bismarck immerhin Gewicht legen würde. Aber keinenfalls könnte eine Reform des preußischen Wahlrechts, wie Bismarck sie in die Hand nehmen würde, eine ängstliche und kleinliche sein; sie würde vielmehr auf die Grundlagen selbst sich erstrecken und unbedingt das eine berücksichtigen, daß den breiten Schichten des preußischen Volkes ein größeres Maß des Mitbestimmungs- und Mitverantwortungsrechts eingeräumt werde, sei es nun auf dem Wege einer Interessenvertretung, für den Bismarck immer eine besondere Vorliebe gehabt hat, sei es auf dem Wege eines Pluralwahlrechts. Daß Bismarck aber gerade hier, gerade bei dem preußischen Staatswesen mit einer Reformtätigkeit großen Stiles eingesetzt haben würde, ist um so gewisser, als es doch klar zutage liegt, daß just die preußischen Verhältnisse uns vor der Welt den Ruf allzu enger Unfreiheit und Gebundenheit eingetragen haben. Erinnern wir uns daran, wie hoch Bismarck schon 1866 und noch viel früher „Preußens Ansehen in Deutschland und seine eure-

Digitized by Google

päische Aktionsfähigkeit" in seine großen politischen Kombinationen eingestellt hat. Aus Rücksicht auf diese seine Hauptgesichtspunkte hat Bismarck 1866 die „damals stärkste der freiheitlichen Künste" als Trumpf ausgespielt, zwar nicht in Preußen, wohl aber in Deutschland; würde er heute nicht erst recht hier wie dort alle nur denkbaren freiheitlichen Künste ausspielen, wenn er damit auf der einen Seite unsere nationalen Kräfte höher anspannen, auf der anderen Seite Deutschlands weltpolitische Aktionsfähigkeit, die geradezu die Grundlage unserer ganzen Existenz und unserer Zukunft ist, günstig beeinflussen könnte? Wer Bismarck in seiner gewaltigen Größe erfaßt hat, die vor keinem Mittel, und selbst nicht vor revolutionären, unbekümmert vor späteren Folgen, zurückschreckte, dem kann die Antwort auf diese Frage nicht zweifelhaft sein.

Muß es nach alle diesem erst noch ausdrücklich gesagt und betont werden, daß die ganze Neuorientierungspolitik des Herrn von Bethmann Hollweg in vollem Umfange von der Autorität Bismarcks gedeckt wird? Weder in bezug auf Bethmann Hollwegs Verhalten zur Sozialdemokratie, noch in bezug auf die Verheißung einer freiheitlichen Neugestaltung würde der eiserne Kanzler im wesentlichen (von Einzelheiten sehen wir natürlich ab) anders gehandelt haben. Die Frage kann nur sein, ob Bismarck nicht noch weit kühner und durchgreifender vorgeschritten, ob er nicht von vornherein, wie er 1866 gleich mit dem allgemeinen Wahlrecht hervortrat, statt mit der Verheißung der Neuorientierung, mit der Neuorientierung selbst, mindestens in ihren Grundzügen herausgekommen wäre. Möglich, daß die Erfahrungen, die Bismarck mit dem allgemeinen Wahlrecht gemacht hat, ihn später doch behutsamer hätten vorgehen lassen und genau auf die gleiche Bahn geführt hätten, die Herr von Bethmann Hollweg mit seinen allgemeinen Verheißungen eingeschlagen hat.

Das aber ist wieder vollkommen gewiß, daß Bismarck der Mann gewesen wäre, das einmal Verheißene voll, ohne jeden Abstrich, durchzuführen. Er hat es einmal (6. Februar 1868) ausgesprochen: „Welcher Weg der richtige, welcher der fehlerhafte ist, entscheidet die Zukunft, vielleicht, wenn wir alle nicht mehr leben. Aber der Weg, auf dem eine Regierung zugrunde geht, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes tut, wenn sie heute etwas zusagt und dies morgen nicht mehr befolgt. Eine Regierung muß nicht schwanken; hat sie ihren Weg gewählt, so muß sie, ohne nach rechts oder links zu sehen, vorwärts gehen; kommt sie ins Schwanken, so wird sie schwach, und darunter leidet das ganze Staatswesen."

Bismarck würde also an der einmal verheißenen Neuorientierung mit völlig unbeirrbarer Festigkeit, unbekümmert um alle Hindernisse festhalten. Er würde sich durch den Widerstand keiner Partei abschrecken lassen, so wenig wie er in den Jahren nach 1866 und 1870/71 durch die Opposition der konservativen Partei von seiner vorgezeichneten Bahn abgelenkt worden ist. Er hat den Konservativen wohl einmal mahnend das eigene Beispiel seiner junkerlichen Kreuzzeitungsjahre vorgehalten: „Wo die Re-

Digitized by Google

gierung engagiert ist, wo die Sache nicht mehr res integra[1] war, da habe ich, so lange ich auf jenen Bänken der konservativen Partei saß, niemals der Regierung Verlegenheiten zu bereiten gesucht." Er hat ein anderes Mal warnend im Abgeordnetenhause darauf hingewiesen: „Wir haben hier Zeiten gehabt, wo infolge von ein, zwei Auflösungen die sehr starke und die Majorität habende konservative Partei auf 11—12 Mitglieder reduziert wurde, weil der Wind, der von der Regierung ausging, die Segel nach der anderen Seite hin blähte." Ganz sicherlich würde Bismarck auch heute die Regierung zum unbeugsamen Festhalten an allem auffordern, was dem deutschen Volk in dieser gewaltigen Zeit, wo es bereitwillig auch das Letzte auf dem Altar des Vaterlandes opfert, zugesagt worden ist. Wir können freilich gewiß sein, daß Herr von Bethmann Hollweg einer solchen Mahnung seines Vorgängers nicht erst bedarf. Er weiß es sicherlich, daß das deutsche und das preußische Volk nie darüber hinwegzukommen vermocht hat, daß die Versprechungen, die die preußische Regierung in einer ähnlichen Lage, in den Jahren der Befreiungskriege, gemacht hat, nicht gehalten worden sind, und er weiß, daß das deutsche Volk auch die größten Erfolge, die der Weltkrieg uns bringen mag, nur dann in allen seinen Schichten mit reiner Freude genießen könnte und würde, wenn ein jeder und auch der niedrigste der Volksgenossen sagen könnte: Was mein Kaiser und sein verantwortlicher Ratgeber in stolzer und schwerer Stunde uns versprochen haben, das ist restlos zu vollem Leben und Wirklichkeit durchgeführt.

Bethmann Hollweg und Bismarck! Das Schicksal selbst hat beide Männer in Parallele gestellt, indem es dem einen die Aufgabe wies, das deutsche Volk zu einigen, und dem anderen die vielleicht noch schwerere Aufgabe, die hergestellte Einheit gegen den übermächtigen Ansturm der halben Welt zu behaupten. Beide haben für die Lösung ihrer Aufgaben, wie grundverschieden sie sonst nach Art und nach Größe sein mögen im wesentlichen dieselben Wege eingeschlagen. Möge, was Bismarck über die Maßen herrlich hinausgeführt hat, auch seinem Nachfolger gelingen! Das wäre heute Bismarcks einziger Wunsch. Und in diesem Wunsch werden sicherlich alle Deutschen, mögen sie nun zu den Anhängern oder zu den Gegnern des Herrn von Bethmann Hollweg zählen, völlig und restlos einig sein.

Die vlamische Bewegung

Von G. v. Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

I. Vor dem Kriege

Das Königreich Belgien von 1830 war geplant als eine politische und kulturelle Provinz Frankreichs. Der erstere Plan scheiterte an der Gegenwirkung Englands, welches damals noch in Frankreich seinen hauptsächlichsten Mitbewerber um die

[1] unversehrt.

Digitized by Google

Weltmacht erblickte. Das Ergebnis war die Herstellung eines Kleinstaates, dem die Neutralität von den Großmächten auferlegt wurde. Ein Wandel trat hierin erst ein, nachdem Frankreich in Faschoda vor England abgedankt hatte; seitdem war Belgien auch ein politischer Annex der englisch-französischen Entente. Viel schneller und vollständiger verwirklichten sich die kulturellen Pläne Frankreichs. Das Belgien von 1830 wurde eine französische Zwergnation, deren ganzer Ehrgeiz es war, als französisch voll genommen zu werden. Insofern hatte Frankreich schon damals mehr als halb gesiegt. Der neue Staat entließ die alten niederländischen Beamten und führte das bürgerliche Recht Frankreichs ein. Französisch war die Regierung und die Beamtenschaft, das Recht und die Juristen, das nunmehr aufkommende industrielle Großkapital, sowie der seit alter Zeit urbanisierte Landadel; französisch waren die Intellektuellen, der Episkopat, wie die Loge — „alles was Macht ist". Das innerste Wesen eines Staates sprach der belgische Ministerpräsident Rogier 1842 dahin aus, daß das germanische Element in Belgien allmählich ausgerottet werden müsse. Nunmehr erst wurde das Vlamische zur Sprache „der Kneipe und Küche", während in österreichischer Zeit die provinziale Regierung wenigstens noch vlamisch verhandelt hatte und das Vlamische die Sprache des besseren Bürgerstandes gewesen ist, wie etwa die Grabsteine aus dem 18. Jahrhundert in den Kirchen Vlanderns beweisen.

Das vlamische Volk, welches seit 1830 insbesondere auch der Verwelschung durch den Unterricht ausgesetzt war, ist in seiner breiten Masse ungebildet und kulturfern. Der Vlame, welcher gesellschaftlich oder staatlich aufsteigt, nimmt die französische Sprache und Bildung an und bricht so mit seinem innersten Wesen. Auf der anderen Seite wird der soziale Aufstieg des Volkes durch die fremde Sprache gehemmt: „indem jemand in die höhere Bourgeoisie aufsteigt, steigt er in eine französische Welt, die mit dem Volke nichts mehr gemein hat." (L. de Raedt.) Die Sprachgrenze geht damit zugleich „horizontal". Bei einer großen Menge von Analphabeten in den Unterschichten wird aller gehobene Unterricht in fremder Sprache erteilt. Es gilt dies insbesondere von dem höheren Mädchenunterricht, der nicht nur der Sprache, sondern auch der Seele nach französisch ist. Die häufige Folge ist, daß keine der beiden Sprachen vollständig beherrscht wird, und die beschämende Einsicht, weder dem Vollblutfranzosen, noch dem Niederländer sprachlich gewachsen zu sein, hat manche Intellektuelle zum glühenden Anhänger der vlamischen Sache gemacht. Nur mit persönlicher Anstrengung, die von wenigen geleistet werden kann, erwarben die bewußten Flaminganten neben der französischen Schulbildung eine höhere niederländische Bildung.

Der Vlame war der Kuli, auf dessen Rücken sich der belgische Industrie- und Börsenkapitalismus aufbaute, der dem Träger sprach- und wesensfremd war — ein unsozialer Bourgeoisstaat. Man sagte mit Recht, daß man in diesem Staate habe Minister werden können mit alleiniger Kenntnis des Französischen, dagegen nicht Türsteher in dem Ministerium mit alleiniger Kenntnis des Vlamischen.

Digitized by Google

Diesen Mißständen entsprang die vlamische Bewegung[1]. Dieselbe trug, wie auch anderwärts die Anfänge nationalen Erwachens, in ihren Ursprüngen einen literarischen Charakter. Unter ihren Begründern stehen Schriftsteller wie Willems, Prudens von Duyze, Conscience, sowie der Deutsche Hoffmann von Fallersleben voran. Ihnen allen lag das Sprachliche zunächst am Herzen:

„Die Sprache ist ganz das Volk"
(De taal is gansch het volk).

In seinem weltberühmten Buche Till Ulenspiegel entdeckte de Coster die Seele Vlanderns. „Begräbt man Ulenspiegel, den Geist, und Nele, das Herz der Mutter Vlandern? Sie kann schlafen, aber sterben, nein!" Diesen literarischen Zug hat die vlamische Bewegung bis heute gewahrt und gemahnt uns Deutsche darin an die Zeit unserer Großväter. Noch heute ist „Dichter" der beste Ehrentitel, über den ein Volk verfügt, das in der Literatur allein seinem Wesen vollen Ausdruck geben kann. Noch heute grünt's und blüht's — abseits von der großen Heerstraße, — überreich im vlamischen Dichterwalde. Aus dem breitverschlungenen Geäste wuchs ein Guido Gezelle[2] in die Höhen der Weltliteratur — Gärtnerskind und katholischer Priester, Hüter der Schollennähe und Himmelssehnsucht der niederdeutschen Volksseele. In der unendlichen Biegsamkeit seiner Sprache, jugendfrisch und altertümlich zugleich, gemahnt er uns Hochdeutsche an Walther von der Vogelweide.

Verächtlich scheinen dem bewußten Vlamen jene Abtrünnlinge, welche der Weltsprache Frankreichs die Seele Vlanderns anvertrauten — glatter Form die schmelzende Stimmung. Um klingender Berühmtheit willen zerschnitt ein Maeterlinck die Wurzeln mit dem Mutterboden, aus dessen Tiefe seinen Versen der Blütenduft und der Blumenglanz zusteigt. Ihm gegenüber ist ein Stijn Streuvels der Liebling seines Volkes, — auch heute noch, trotzdem er in seinem Kriegstagebuch erklärte, daß er die Deutschen nicht hassen und von deutschen Greueln nichts berichten könne.

Seit den achtziger Jahren entstand daneben, anknüpfend an Sprachenforderungen in Schule und Staatsleben, eine vlamische Bewegung mehr politischer Natur. Die literarische Vorzeit hinterließ ihr als Streitlied die wuchtigen Verse H. van Peenes:

„Sie sollen ihn nicht zähmen,
den stolzen vlamschen Leu,

„Zy zullen hem niet temmen
den fieren Vlaamschen Leeuw

[1] Vergl. die sachkundigen Aufsätze von Dr. Dirr im „Belfried", Juli und August 1916. Ferner in niederländischer Sprache: M. Josson, Frankryk de eeuwenoude vyand van Vlandern en Wallonie. Breda, Engelbrecht, 1913. — Paul Frederic, Geschiedenis der vlaamsche Beweging. Victor de Horn Fonds, Gent. — L. de Raedt, Over vlaamsche Volkstracht. Nederlandsche Boekhandel. Antwerpen. — Die beste neuere Zusammenfassung enthält Labberton, De vlaamsche Beweging. Haag bei Stockhum 1916.

[2] Vergl. Rud. Al. Schröder: Guido Gezelle, „Belfried", Okt. 1916, sowie um einen Eindruck zu gewinnen von der vlamischen Lyrik, Vlamische Dichtung. Eine Auswahl im Urtext und Übersetzung. Jena, Diederichs. 1916.

Digitized by Google

so lang der Leu kann klauen, Zoo lang de Leeuw kan klauwen,
so lang er Zähne trägt." Zoo lang hy tanden heeft."

Diese politische Bewegung vermochte jedoch nicht die alten politischen Parteien aus dem Sattel zu heben, welche vor den Wahlen alles versprachen und nach den Wahlen im besten Falle mit papiernen Paragraphen bezahlten. Nicht nur das Zensuswahlrecht schaltete die vlämschen Führer aus der politischen Arena aus, sondern ebenso die Verwelschung der oberen Klassen, wie die Dumpfheit der vlamischen Masse.

Die Begründung einer besonderen „vlamischen Volkspartei" im Parlament mißglückte. Dagegen bedienten sich politische Streber der vlamischen Bewegung als eines Sprungbrettes: in die politische Welt emporgeschnellt, verrieten sie die vlamische Sache, um mit den bestehenden Mächten sich zu vertragen und auf Abgeordnetenstühle und in Ministersessel sich zu setzen.

Obgleich die Führer der vlamischen Bewegung die ganze Schwere politischer Ächtung, z. B. bei Staatsanstellungen, zu tragen hatten, so waren sie trotzdem mit Ausdehnung des Wahlrechts schrittweise dazu gelangt, bei den Wahlen ihre Bedingungen zu stellen. Dieselben umfaßten kurz vor dem Kriege drei Hauptforderungen — aber ohne Aussicht auf Erfolg in nächster Zukunft:

1. Voran stand die Vervlamschung der Genter Hochschule, ein Hauptwunsch der Vlamen, der bis in die bäuerlichen Kreise hinein volkstümlich war. Mir selbst sagte ein Bauer in Westvlandern, daß ein Arzt, der ausschließlich französisch vorgebildet sei, einen nur vlamisch sprechenden Kranken nicht gut behandeln könne. Die Vervlamschung der Genter Hochschule war in der Kammer diskutiert, aber von der Regierung abgelehnt worden, insbesondere von den Ministern de Brocqeville, Carton de Wiart; in dem damit betrauten Kammerausschuß wurde die Forderung von Woeste als Referenten bekämpft.

2. Man verlangte die Durchführung des Schulgesetzes vom Juni 1914, das in den Volksschulen die Muttersprache zur Unterrichtssprache machte (moedertaal — voertaal!), ein Gesetz, das zur Zeit des Kriegsausbruches noch nicht zur Ausführung gekommen war.

3. Man verlangte die Trennung des Heeres nach vlamischen und wallonischen Regimentern mit eigener Kommandosprache. Diese Forderung ist von der Regierung abgelehnt und durch van Cauwelaert, dem einstigen Fahnenträger des Vlamentums, preisgegeben worden.

Über diese vereinzelten Sprachenforderungen hinaus war die vlamische Bewegung kurz vor dem Kriege bei der allgemeinen Forderung der Verwaltungstrennung angelangt.

Diese Forderung war zuerst von radikalen Wallonen — Dupont (Vizepräsident des Senats), Jenissen, Destrée — aufgestellt worden: „séparation administrative". Sie entsprang der Besorgnis vor dem allmählichen Aufstieg des bis dahin in Unbildung niedergehaltenen, aber kinderreichen vlamischen Volksteiles, welcher mit Erweiterung

Digitized by Google

des politischen Wahlrechtes im Vordrängen begriffen war. Auf dem Wege der Verwaltungstrennung wollte man Wallonien der Gefahr der Doppelsprachigkeit entziehen und einen festen Damm gegen die germanische Flut aufwerfen. Man hoffte damit, den Wallonen auf alle Zeit die unbedingte Herrschaft im eigenen Lande zu sichern, ohne dabei auf die Eroberung Vlanderns durch französische Einflüsse zu verzichten.

„Wallonien einsprachig, Vlandern zweisprachig!" Die Urheber dieses Programms wandten sich damit zugleich und nicht ohne Erfolg an die wallonische Arbeiterschaft, welche, vom Sozialismus durchtränkt, ebenso den Klerikalismus, wie die wirschaftliche Konkurrenz des gläubigen und genügsamen Vlamen fürchtet. Dr. Dirr schildert dieses soziale Verhältnis mit folgenden Worten:

„Am Montag pflegen die vlamischen Wochenarbeiter in Scharen mit den Zügen herbeizufahren aus ihren fernen Dörfern, um bei bescheidenem Lohne und größter Genügsamkeit die Woche über in den Fabriken und Gruben zu schaffen, um am Samstag auf einige kurze Erholungsstunden zu Weib und Kind in die Heimat zurückzukehren, und dann wieder ihr Wochenwerk von vorn anzufangen. Nur mit Unbehagen ertrug der geschmeidige, bewegliche Wallone diese zähen Menschen, deren geduldiges und ausdauerndes Wesen sich auch einer Disziplin fügte, die der Wallone verabscheute."

Juli 1912 nahmen die Provinzräte von Lüttich und von Hennegau, welche beide liberal-sozialistische Mehrheiten haben — unter dem Schlagwort: „Los vom klerikalen Vlandern" — Entschließungen im Sinne einer umstürzenden Reform der belgischen Staatsverfassung an. Man wandte sich gegen den belgischen Zentralismus als „das Werk napoleonischer Tyrannei" und stellte die Forderung des staatlichen Föderativsystems. Die älteren Vlamenführer, Pol de Mont, Hippolit Meert u. a. verhielten sich demgegenüber zwar nicht ablehnend, aber abwartend und mäßigend. „Wir verlangen zwar keine Scheidung, aber fürchten sie nicht." Die radikale Richtung dagegen hat den hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen: nur durch völlige Trennung Vlanderns von Wallonien in staatlicher Verwaltung, „bestuurlijke scheiding" glaubten sie das Leitwort der Vlamen verwirklichen zu können: „in Vlaanderen Vlaamsch". Diese Richtung hat kurz vor dem Kriege in Gent einen Verein und eine Zeitschrift gegründet, welche den Gedanken der Verwaltungstrennung verfochten. Aber auch die altbewährten vlamischen Führer, welche im Vlaamschen Volksraad zu Worte kamen, (Franz Reinhard, Vital de Vos) beschäftigten sich mit der Frage der Verwaltungstrennung; bei seiner Sitzung vom 14. April 1914 hat der Volksraad einen Studienausschuß für diesen Gegenstand ernannt. Die Stammesgegensätze hatten sich kurz vor dem Kriege so zugespitzt, daß Destrée und andere Eingeweihte einen Bürgerkrieg für unvermeidlich erklärten.

Digitized by Google

Die Freiheit der Meere und die deutsche Kolonialbetätigung nach dem Kriege

Von Franz Kolbe

Wer im Laufe des letzten Sommers die Äußerungen der deutschen Presse zur Kolonialfrage verfolgt hat, dem bot sich ein eigentümliches Bild. Rechterhand — linkerhand — alles vertauschet! Während in der sozialdemokratischen Presse, vor allem in den „Sozialistischen Monatsheften" und der Gewerkschaftspresse, ein Arbeiterführer nach dem andern sich zu der Überzeugung bekannte, daß im Interesse gerade unserer Arbeiterbevölkerung und der ausreichenden Versorgung der deutschen Industrie mit tropischen Rohstoffen eine koloniale Betätigung Deutschlands unerläßlich sei, fanden wir in den früher kolonialfreundlichsten Blättern Artikel, die von einer Fortsetzung unserer Kolonialpolitik nach dem Kriege nur unter gewissen Bedingungen etwas wissen wollten.

Diese Erörterungen nahmen ihren Ausgang von den Vorträgen, die der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf, im Laufe des Frühjahrs in einer Anzahl von größeren Städten gehalten hatte. Verschiedene der äußersten Rechten angehörigen Blätter wollten daraus eine Geneigtheit des Staatssekretärs herauslesen, die von uns besetzten belgischen und französischen Gebiete gegen den vom Feinde genommenen deutschen Kolonialbesitz auszutauschen, überhaupt ein Zeichen der Nachgiebigkeit gegen England. Sie betonten demgegenüber die Notwendigkeit eines Ausbaues der deutschen Festland- und Küstenstellung und der Überseegeltung, sowie des Ausbaues der heimischen Seemacht — ohne diese sei unser Kolonialbesitz von der Gnade Englands abhängig.

Inzwischen ist in der Jäckhschen Flugschriftensammlung „Der deutsche Krieg" der Wortlaut des Solfschen Vortrages „Die Gefahren des Weltkrieges für unsere Kolonialpolitik" als Heft 85 dieser Sammlung erschienen. Wer den Vortrag mit Aufmerksamkeit durchliest, wird zugeben müssen, daß eine solche Auslegung der Worte des Staatssekretärs nicht gut haltbar ist. Wohl hat Staatssekretär Dr. Solf erklärt, selbst wenn es nicht möglich sei, die Freiheit der Meere in diesem Kriege zu erkämpfen, müsse Deutschland auch nach dem Kriege Kolonialpolitik treiben. — Er hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch er die deutsche Seegeltung und den weiteren Ausbau unserer Flotte für notwendig hält und noch besonders betont, daß ein deutscher Kolonialbesitz eine wertvolle Unterstützung der deutschen Seegeltung bilden kann.

Im weiteren Verlaufe der Preßerörterungen haben erfreulicherweise auch die Hauptrufer im Streite, die „Deutsche Tageszeitung" und die „Kreuzzeitung", anerkannt, daß weder der Besitz der flandrischen Küste die Freiheit der Meere und die Seeherrschaft verbürgt, noch ein Verzicht auf deutsche koloniale Betätigung von ihnen für richtig gehalten wird. Es handele für sie sich lediglich darum, die deutsche koloniale

Digitized by Google

Betätigung durch entsprechende Verstärkung der deutschen Flotte und ihrer Machtstellung an der Küste der Nordsee sicher zu stellen, vor allem aber zu verhindern, daß einerseits von uns Kolonien zurückerworben werden im Austausch gegen die von uns besetzten Gebiete, andererseits auf den Ausbau der deutschen Flotte auf Grund des Risikogedankens verzichtet wird. Diese Forderungen dürften offene Türen einrennen.

In Nr. 31 des „Größeren Deutschland" hat sich insbesondere Herr Graf zu Reventlow ausführlich mit diesen Fragen beschäftigt. Er hat dabei sowohl die Bedeutung unserer Kolonien als Lieferanten von Rohstoffen, als auch ihre Bewertung als Siedelungsland und ihre Verteidigungsfähigkeit in Frage gezogen. Für die Wiedererlangung des Kolonialbesitzes stellt Herr Graf zu Reventlow folgende drei Forderungen. Es dürfen als Gegenwerte nicht gegeben werden:

1. der Hochseeflottengedanke und seine Verwirklichung;
2. nicht die erforderlichen Sicherheiten und realen Garantien an der belgischen Küste bezw. in Belgien überhaupt;
3. nicht eine aktive selbständige Weltwirtschaftspolitik.

Da ich mich persönlich als Anhänger dieser drei Forderungen bekenne, insbesondere der Überzeugung bin, daß keine amtliche Stelle des Deutschen Reiches je daran gedacht hat, die Verwirklichung des Hochseeflottengedankens und eine aktive selbständige Weltwirtschaftspolitik aufzugeben, glaube ich, daß auch Herr Graf Reventlow mir das Recht zugestehen wird, meine von der seinigen abweichende Meinung in der Frage der Beherrschung der Meere und der Verteidigungsfähigkeit unseres künftigen deutschen Kolonialbesitzes auseinander zu setzen.

Bevor ich dazu übergehe, noch einige Worte über den Wert unserer Kolonien für die Rohstoffversorgung unserer Industrie und als Siedelungsland. Richtig ist, daß die aus unseren Kolonien gelieferten Rohstoffe bisher nur einen verhältnismäßig geringen Teil unseres Rohstoffbedarfes ausmachten. Schuld daran sind wir aber zum großen Teil selber, weil wir die Kolonien noch nicht genügend durch Verkehrswege erschlossen haben. Sobald die vom Reichskolonialamt geplanten Eisenbahnen in Kamerun fertiggestellt sind, wird z. B. unsere Versorgung mit Palmkernen und Palmöl von dorther sich mindestens verzehnfachen. Man vergleiche nur die steigende Ausfuhr an Palmfrüchten durch die Kameruner Nordbahn. Weiter ist aber zu beachten, daß der Friede uns sicher eine bedeutende Vergrößerung unseres Kolonialreiches bringen wird. Einiges darüber wird in meinem Aufsatze weiter unten angedeutet. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß das neue deutsche Kolonialreich einen großen Teil des Bedarfes an gewissen Rohstoffen zu decken imstande ist, sobald es genügend erschlossen ist, so daß von weiteren Rohstoffen von Jahr zu Jahr steigende Mengen nach Deutschland von dorther eingeführt werden können.

Es ist ferner ausgeführt worden, daß unsere Kolonien nur einen geringen Teil unseres Rohstoffbedarfes decken können und daß deshalb der Welthandel für uns

Digitized by Google

wichtiger sei, als der Besitz eigener Kolonien. Über den ersten Teil haben wir uns bereits ausgesprochen. Was letzteres anbetrifft, so mag doch nicht vergessen werden daß auch unser Welthandel ebenso wie die Verbindung nach den Kolonien zurzeit für uns gesperrt ist und daß daher dieselben Argumente, die gegen die Fortführung unserer Kolonialpolitik sprechen, ebensogut gegen einen deutschen Überseehandel nach dem Kriege angeführt werden könnten. Deutsche Kolonien brauchen wir aber gerade, um uns mit der Zeit von der Lieferung der Rohstoffe durch das Ausland unabhängig zu machen. Wir müssen selbst in die Lage kommen, den Preis der Rohstoffe zu bestimmen — sollen wir diese teurer bezahlen, als das Ausland, dann ist unsere Industrie auf die Dauer nicht mehr wettbewerbsfähig.

Was den Wert als Siedelungsland anbetrifft, so ist sowohl der Wert Deutsch-Südwestafrikas als auch der Hochländer Deutsch-Ostafrikas noch immer nicht genügend anerkannt — mit Angola dürften neue zur Besiedelung durch Weiße geeignete Gebiete in deutschen Besitz übergehen. Wenn Herr Graf Reventlow darauf hinweist, wir hätten keinen Auswandererüberschuß, so wollen wir doch nicht verkennen, daß noch in den letzten Jahren vor dem Kriege jährlich etwa 20000 Deutsche das Vaterland verließen, um sich in der Fremde eine neue Heimat zu gründen. Diese Ziffer allein würde schon genügen, um eine genügende Besiedelung der Kolonien sicher zu stellen. Nach dem Kriege ist aber eine starke Rückwanderung Deutscher, insbesondere deutscher Landwirte, aus einer Anzahl fremder Gebiete, mit Sicherheit zu erwarten. Es handelt sich zum Teil um Leute, die an tropische oder subtropische Landwirtschaft bereits gewöhnt sind.

Nun zur Frage der Beherrschung der Meere. Auch die „Deutsche Tageszeitung" hat zugestanden, daß selbst der Besitz der flandrischen Küste noch keine Garantie für die Beherrschung der Meere ist. Er kann lediglich die Erkämpfung der Seeherrschaft erleichtern, insofern, als er es der deutschen Hochseeflotte ermöglichen würde, die englische Flotte, die sich im Norden Schottlands in ihren dortigen Stützpunkten versteckt, ohne Gefährdung des Rückzuges dort aufzusuchen und anzugreifen. Eine Erkämpfung der Freiheit der Meere in dem Sinne, daß die Schiffahrt zwischen den deutschen Kolonien und dem Mutterlande auch während eines Krieges mit England in keiner Weise gestört ist, ist doch wohl überhaupt in diesem Kriege nicht zu erreichen. Dazu wäre die Niederkämpfung der englischen Flotte Voraussetzung. Dies ist aber nur dann möglich, wenn die englische Flotte sich in diesem Kriege der deutschen noch einmal stellt.

Sollten wir die flandrische Küste behalten, so wird England voraussichtlich durch Einbehaltung der französischen Kanalküste eine weitere Sicherung seiner Kanalstellung zu erlangen suchen. Selbst also, wenn es uns gelänge, durch den Besitz der flandrischen Küste die Osteinfahrt in den Kanal frei zu machen, könnten wir England nicht daran hindern, den Westausgang des Kanals zu sperren, oder innerhalb des Kanals mit Unter-

Digitized by Google

seebooten, Torpedozerstörern und Kreuzern einen Handelskrieg zu führen. In gleicher Weise könnten wir einen englischen Handelskrieg auf dem Atlantischen Ozean nicht verhindern. Insofern also könnte weder der Ausbau der deutschen Hochseeflotte noch der Besitz der flandrischen Küste uns die Freiheit der Meere sichern. Wohl aber könnte bis zu einem gewissen Grade ein entsprechender Ausbau der Verteidigungsfähigkeit eines großen deutschen Kolonialreiches in Mittelafrika hierzu mithelfen.

Vor allen Dingen möchte ich hier darauf hinweisen, daß, wenn der diesem Weltkriege folgende Frieden uns keinen großen Kolonialbesitz bringt, die Erringung eines solchen wohl überhaupt ausgeschlossen sein dürfte. Wir haben von Frankreich und Belgien große Teile besetzt. Diese beiden Länder werden also in erster Linie einen Teil der Kriegsentschädigung durch kolonialen Besitz zu zahlen haben, nicht in dem Sinne etwa, daß mechanisch aufgerechnet wird: der Besitz Belgiens ist so und so viel wert, der belgische Kongo dagegen so und so viel, sondern in dem Sinne, daß der unterliegende Teil verpflichtet ist, dem Sieger seine Kriegskosten und Kriegsschäden zu ersetzen. Im Jahre 1870/71 betrugen die baren Kriegskosten des Deutschen Reiches 1024 Millionen Mark, die französische Kriegsentschädigung dagegen bestand in der Abtretung von Elsaß und Lothringen und in der Zahlung von 5 Milliarden Mark. Da durch den jetzigen Krieg die Finanzen aller Teilnehmer in einer Weise in Anspruch genommen werden, daß an eine bare Kriegsentschädigung in Höhe der Kriegskosten und Kriegsschäden nicht zu denken ist, muß ein Teil der Kriegsentschädigung in Kolonialbesitz gezahlt werden. Was Frankreich anbetrifft, ist eine derartige Kriegsentschädigung auch aus dem Grunde noch notwendig, weil Frankreich bereits in diesem Kriege einen Teil der Eingeborenenbevölkerung seiner Kolonien mobil gemacht und auf dem europäischen Kriegsschauplatz verwendet hat und weil aus allen Erklärungen der französischen Staatsmänner der feste Wille hervorgeht, die Abnahme der weißen Bevölkerung Frankreichs durch entsprechende Vermehrung seiner Eingeborenentruppen wieder wett zu machen, um in einem zukünftigen Kriege gerade aus dieser Eingeborenenbevölkerung den Hauptteil des gegen uns kämpfenden Heeres stellen zu können. Es ist daher für uns direkt eine Pflicht der Notwehr, den französischen Kolonialbesitz in Afrika so zu verkleinern, daß die Gefährdung durch die schwarze Armee Frankreichs in erträglichen Grenzen gehalten wird.

Eine Erörterung über die Größe des zukünftigen Kolonialreiches verbietet sich zurzeit aus bekannten Gründen noch von selbst. Nehmen wir daher an, daß der Friede uns lediglich ein mittelafrikanisches Kolonialreich im ungefähren Ausmaße desjenigen bringt, was England uns bei den Kolonialverhandlungen des Jahres 1914 zuzustehen bereit war. Nehmen wir also an, daß wir außer der Rückgabe unserer deutschen Kolonien als zukünftigen Kolonialbesitz den gesamten belgischen Kongo, ganz Französisch Äquatorialafrika und Angola erhalten.

Digitized by Google

Wie steht es um die Verteidungsfähigkeit dieses deutsch-mittelafrikanischen Reiches? Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Gefährdung der Grenzen unserer einzelnen Kolonien bedeutend vermindert ist. Bei Kamerun ist sie z. B. auf etwa 1/3 herabgesetzt, da nur noch die Grenze gegen Nigeria zu schützen ist, während die gesamte französische Grenze in Zukunft fortfiele. Für Deutsch-Ostafrika käme in Fortfall der Schutz der Westgrenze, für Deutsch-Südwestafrika der Schutz der Nordgrenze. Neu hinzu träte allerdings für das frühere Französisch Äquatorialafrika im Norden die leicht zu schützende Saharagrenze und im Osten die Grenze mit dem Ägyptischen Sudan. Auch diese ist aber lange nicht in dem Maße gefährdet, wie früher die französische Kamerungrenze, weil der ägyptische Sudan von fanatischen Mohammedanern bewohnt wird, die eher vom deutschen Besitze her zum Aufstand veranlaßt werden könnten, als zum Angriff auf den Besitz Deutschlands, des Freundes und Verbündeten des Kalifen. Deutsch-Ostafrika würde allerdings die Grenze gegen Britisch Ostafrika und damit die Gefährdung von Norden her behalten. Der Süden des belgischen Kongo, der Osten von Angola, der Osten und Süden Deutsch-Südwestafrikas grenzen an englisches Gebiet. England wäre also auch hier unser Hauptfeind. Wenn man aber bedenkt, daß Deutsch-Südwestafrika sich trotz seiner stark verminderten Schutztruppe, die lediglich zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, ebenso wie die Schutztruppen der anderen Kolonien, gegen Eingeborenenaufstände berechnet war, 12 Monate, Kamerun 17 Monate und Deutsch-Ostafrika jetzt bereits 26 Monate hält und noch immer tapferen Widerstand leistet, so wird man zugeben müssen, daß es den Engländern bei einem Feldzuge gegen dieses mittelafrikanische Kolonialreich schwer werden dürfte, auch nur ähnliche Erfolge wie jetzt in Deutsch-Ostafrika zu erzielen, wenn von vornherein die Verteidigungsfähigkeit des deutschen Kolonialreiches in genügendem Maße von uns gesichert wird. An Menschenmaterial fehlt es nicht, insbesondere nicht an Eingeborenen. Deutsch-Südwestafrika und Kamerun mußten sich ergeben, hauptsächlich wegen Mangel an Munition, in zweiter Linie infolge Mangel an Lebensmitteln. Beides wäre unschwer sicher zu stellen, sofern die einzelnen Teile von Deutsch-Mittelafrika durch Eisenbahnen derart in Verbindung gebracht sind, daß die strategisch wichtigen Punkte in kürzester Zeit besetzt und die verfügbaren Lebensmittel von den Orten ihrer Produktion an die Orte des Bedarfes gebracht werden können. Daß dies mittelafrikanische Kolonialreich genügend Lebensmittel für die weiße Bevölkerung, insbesondere an Weizen, Mais, Reis, Fleisch usw. erzeugen kann, ist zweifellos. Bei Festsetzung der abzutretenden Gebiete wäre natürlich auf möglichst strategisch gesicherte Grenzen Rücksicht zu nehmen. Die Versorgung der Schutztruppen mit Waffen und Munition könnte wohl für die erste Ausrüstung und auch für eine hinreichende Verstärkung im Kriegsfalle ohne Schwierigkeit aus der Kriegsbeute an Gewehren, Maschinengewehren und Geschützen, sowie Munition, bereitgestellt werden. Sorge zu tragen wäre lediglich für einen hinreichenden Vorrat

Digitized by Google

an Munition und für die Möglichkeit, die verbrauchte Munition in den Kolonien selbst durch Neuanfertigung zu ergänzen — als die Anlage von Munitionsfabriken. Außerdem wären natürlich strategisch wichtige Punkte zu befestigen. Die Unverfrorenheit, mit welcher die Engländer in den unbefestigten Hafen von Daressalam eindrangen, obwohl ihnen die Ausführung kriegerischer Handlungen dort ausdrücklich untersagt worden war, hat uns den Beweis geliefert, daß die Sicherheit unserer Kolonien nicht genügend gewährt ist ohne Anlage einer hinreichenden Zahl befestigter Flottenstützpunkte. Außerdem müßte natürlich ein Geschwader von schnellen Kreuzern in hinreichender Stärke, sowie die sonstigen Hilfsschiffe zur Verteidigung, Unterseeboote, Kanonenboote, Minenleger usw. in hinreichender Zahl vorhanden sein.

Wie aber sollen wir diese Kosten decken — höre ich meine Leser fragen! Auch hierfür wäre unschwer Rat zu schaffen. Sämtliche Kolonien Afrikas haben mehr oder minder große Anleihen bei dem betreffenden Mutterlande aufgenommen für den Bau von Eisenbahnen, Häfen usw. So z. B. der belgische Kongo etwa 100 Millionen Mark, Französisch Äquatorialafrika etwa 20 Millionen Mark, Angola etwa ebensoviel. Es dürfte doch wohl beim Friedensschlusse durchzudrücken sein, daß — als Ergänzung der baren Kriegsentschädigung — die uns abzutretenden Kolonien völlig schulden- und lastenfrei abgetreten werden. Hierdurch würde einerseits die Rentabilität dieser abgetretenen Kolonien garantiert, andererseits aber dürfte voraussichtlich ein genügender Überschuß über die jährlichen Ausgaben verbleiben, der schon von Beginn der Übertragung auf das Deutsche Reich an die Aufnahme einer Anleihe zu Verteidigungszwecken ermöglichen würde. Es dürften wohl mit Leichtigkeit die Zinsen für eine Verteidigungsanleihe von 50—100 Millionen Mark sichergestellt werden. Für diesen Betrag wären einerseits eine Anzahl von Häfen als Flottenstützpunkte auszubauen — z. B. Daressalam, die Mündung des Kamerun-Ästuar, die Mündung des Kongo, ein Hafen an der Küste von Angola, ein Hafen an der Küste von Südwestafrika (etwa Lüderitzbucht).

Was dürfte dieser Ausbau der deutschen Kolonialhäfen zu Flottenstützpunkten für Folgen haben? Die ganze Küste Westafrikas von der Mündung des Großflusses bis zur Mündung des Oranje wäre in deutschem Besitz. Wenn man sich nur erinnert, welche gewaltigen Leistungen unsere „Emden" im Indischen Ozean, die „Karlsruhe" im Atlantischen Ozean vollbracht haben, ohne jeden Flottenstützpunkt, ohne jede Möglichkeit, ihre Ausrüstung an Munition, Lebensmitteln und sonstigen Ausrüstungsgegenständen in einem Hafen zu ergänzen — dann erst wird man sich klar werden darüber, was die Befestigung der halben Westküste Westafrikas für Deutschland und für England zu bedeuten hätte! Sobald in einem neuen Kriege der Suezkanal gegen England von den Türken gesperrt wird, muß der gesamte Verkehr zwischen England und seinen Kolonien: Indien, Australien und Südafrika um das Kap der Guten Hoffnung herum gehen. Der gesamte Schiffahrtsverkehr um das Kap der Guten

Digitized by Google

Hoffnung aber müßte alsdann die Küste von Deutsch-Mittelafrika passieren! Was wäre die Folge? Unmöglich könnte England seine gesamte Flotte mehr in der Nordsee zusammenhalten und Deutschland bedrohen. Es wäre vielmehr gezwungen, zur Sicherung seines Handels eine bedeutende Flotte in Südafrika zu stationieren. Das würde eine nicht unbeträchtliche Schwächung der Seestreitkräfte in den europäischen Gewässern bedeuten. Die deutschen Kolonien würden nicht nur — wie von einem großen Teil der deutschen Presse behauptet wurde — zur Schwächung der deutschen Seegeltung, sondern vielmehr, wie Herr Staatssekretär Dr. Solf dies in seinen Vorträgen bereits ausgeführt hat, eine wertvolle Unterstützung der deutschen Seegeltung bilden.

„Neu-Orientierung des Denkens"

Von Lynceus

Der „Deutschen Politik" geht aus dem Felde folgender Brief zu:

„Man spricht und hört viel von „Neuorientierung". Mir scheint es notwendig zu betonen, daß jeder Neuorientierung politischen und sozialen Handelns eine solche des Denkens vorangehen muß. Und es scheint mir ferner, daß das durchschnittliche Denken des Deutschen — in Friedenszeiten — einen der gedeihlichen Entwicklung der Gesamtheit schädlichen Grundzug aufweist, den ich gewohnt bin, als „Überschätzung des Ich's" zu bezeichnen. Die Organisation der Armee, die so Unerhörtes leistet, beruht auf der Unterordnung unter den Willen der Führer, ohne daß darum der einzelne, Offizier oder Mann, seine individuelle Entschließungs- und Handelsfreiheit innerhalb des gegebenen Rahmens verlöre. Ja gerade diese bilden einen der wichtigsten Faktoren in der Trefflichkeit des Heeres. Im Hinterland haben es auch weiteste Kreise gelernt, ihre individuellen Wünsche, Bedürfnisse, Ziele usw. dem gemeinsamen Zwecke unterzuordnen. Im Frieden aber nicht. Im Frieden hält der Deutsche vor allem die Entwicklung seiner Persönlichkeit für hauptsächlich wichtig und überspannt, wie ich glaube, dieses an sich berechtigte und wertvolle Prinzip bedeutend. Gestatten Sie mir an zwei, anscheinend sehr heterogenen Problemen dies zu illustrieren. Der Geburtenrückgang beruht, wie man wohl einig ist und Geh. Rat Bumm unlängst wieder betonte, im wesentlichen auf dem Mangel des Willens zum Kinde. Dieser Mangel entsteht aber aus zwei Hauptwurzeln: der Wertschätzung materieller Bequemlichkeit und der Furcht vor der zu übernehmenden Verantwortung für ein neues Lebewesen. Letzten Endes bedeutet das nichts anderes, als eine Überschätzung der Lust- und Unlustgefühle des Individuums zuungunsten der Gesamtheit. Die wissenschaftliche Arbeit ist bei uns durchaus unorganisiert. Versuche, zur „Organisation der Intelligenz", die „Brücke" u. dgl. haben keine Erfolge zu zeitigen vermocht. Wenn man die wissenschaftliche Arbeit Amerikas der letzten Jahre verfolgt, so sieht man — ich spreche von den mir allein vertrauten naturwissenschaftlichen Disziplinen

Digitized by Google

— ein ungeheures Ansteigen der Leistungen. Der einzelne Forscher findet dort nicht nur die entsprechende, unsere Verhältnisse weit übertreffende materielle Förderung, sondern vor allem zahlreiche Hilfskräfte. Der Chemiker etwa am Rockefeller-Institut, der sieben Wege zur Lösung eines Problems sieht, findet sieben Hilfsarbeiter, die ihm erlauben, in einem Jahr die Frage zu lösen, die der Deutsche mit einem Assistenten vielleicht fünf Jahre lang bearbeiten muß. Denn es widerstrebt anscheinend dem wissenschaftlich ausgebildeten Deutschen, sich einer fremden Idee unterzuordnen. Und das, m. E., deshalb, weil wiederum der einzelne seine Gedanken, Einfälle und seine Arbeit zu hoch einschätzt, um sie einem größerm Ziele aufzuopfern. Beide Probleme gehen also für mich auf die „Überschätzung des Ich's“ zurück. Daß diese sich noch in tausend anderen Gestalten zeigt, will ich nicht erst ausführen.“

Ein anderer Brief aus dem Felde führt die Worte eines „Bremer Majors“ an: „Wer heute nicht an sich denkt, ist verrückt.“

Um diese Zeugnisse aus dem Felde durch Worte von Zurückgebliebenen zu beleuchten, sei auf einige Sätze verwiesen, die in einer und derselben Nummer des „Berliner Tageblatt“ zu Neujahr ausgesprochen wurden.

Theobald Ziegler läßt an „jeden einzelnen“ den Ruf ergehen: „Nimm mehr als bisher teil am öffentlichen Leben und sei dir bewußt, daß auch du dafür zu sorgen hast, ob das Wahre oder das Falsche im Spiegelbild der öffentlichen Meinung überwiegen soll. Glaube nicht zu leicht und mißtraue nicht zu viel; vor allem aber — habe die Zivilcourage nach oben und nach unten, dir dein eigenes Urteil zu bilden und dir keine Ansicht einreden oder gar anbefehlen zu lassen. Charaktervolle Menschen tun uns am meisten not und werden uns nach dem Frieden erst recht not tun. Nicht nur, wir der Dichter sagt, das höchste Glück, auch das höchste Recht und die höchste Pflicht der Erdenkinder ist die Persönlichkeit. Und Persönlichkeiten werden wir gerade im Jahre 1917 sehr notwendig brauchen.

Bruno Wille entwickelt eine „Geheimlehre für solche, die Sinn haben für höhere Dinge als das Treiben der ‚Sudelköche‘.“ „Das höchste Gut, das Himmelreich, ja Gott und Heiland sind nichts Fernes und Fremdes, nicht einmal etwas Äußeres, das uns als Gegenstand gegenüber steht, sondern sind in uns zu suchen und zu finden, im Gemüte zu entwickeln, gleich wie aus erstem Morgengrauen leuchtender Tag wird. Wie spricht das Evangelium?“ Das Himmelreich kommt nicht mit äußeren Gebärden, es ist inwendig in euch“... „Wißt ihr nicht, daß ihr Götter seid?“ Und hat nicht Paulus seinen Glauben auf das Erlebnis innerlicher Heilkraft gegründet? So mag denn jeder Wünschende und Strebende im neuen Jahre auf seine Weise Gold suchen und die Losung beherzigen: Vergiß das Beste nicht!“

Und folgende Verse stehen in einem Gedicht:

„Neu wird das Jahr, wenn ihr euch selbst erneuert!
Die ganze Zukunft steht euch himmeloffen!
Wenn ihr den Mut zur großen Tat befeuert!“

Digitized by Google

Die Anschauungen prallen hart und scharf auf einander. Hat der Bremer Major und die Gruppe des „Berliner Tageblatt" oder der erste Briefschreiber aus dem Felde recht? Daß das Schlagwort, mit dem er seine Gedanken anführt, schlecht ist, ist eine Äußerlichkeit. Das Wort „Neu-Orientierung" ist die unglückseligste Sprachschöpfung unserer Zeit. Es gibt nur eine Orientierung, genau wie es nur eine Richtigkeit und nur eine Wahrheit gibt. Das gilt für alles andere und erst recht für das Denken. Aber von dieser äußeren Form abgesehen: was besagt der Kern? Die Gefahr des Friedens, also der Zukunft, ist die „Überschätzung des Ichs". Als Beweis dient „die Organisation des Heeres, die auf der Unterordnung unter den Willen der Führer beruht, „ohne daß darum der einzelne, Offizier oder Mann, seine individuelle Entscheidungs- und Handelsfreiheit innerhalb des gegebenen Rahmens verlöre". In diesem Satz steckt ein ungewollter Widerspruch. Wäre er gewollt, würde er das Gegenteil von dem beweisen, was der Briefschreiber sagen will. Daß er unbewußt das richtige gesehen hat, zeigt, wie recht der dänische Schriftsteller Karl Larsen hatte, als er in einem kürzlich erschienenen Buch „Arbeit — Dienst" das Wesen des Militarismus so umschrieb: „Wie das Individuum von der militärischen Erziehung zu einem automatisch fungierenden Maschinenteil des größeren Ganzen entwickelt werden muß, muß es unter Umständen als eine selbständige Persönlichkeit auftreten, alle persönlichen Fähigkeiten in potenzierter Form besitzen. Der gemeine Mann, der bei einem Sturmangriff als ein kleiner Bruchteil seiner Kolonne empfunden wird, kann bei besonderen Aufgaben, als Wachtposten, Ordonnanz oder Patrouillenführer eine hochentwickelte selbständige Handlungsweise anwenden müssen. Die Tendenz der modernen militärischen Ausbildung läuft darauf hinaus, in jedem Führer einen Gemeinen zu erhalten und in jedem Gemeinen einen Führer zu entwickeln." (Nur ist es nicht an der Ordnung, daß wir uns von Fremden über Grundfragen unserer Existenz aufklären lassen.) Setzen wir aber einen Augenblick voraus, was der Briefschreiber mit diesem Beispiel eigentlich hat sagen wollen: daß die Unterordnung unter den Willen der Führer die Pflicht und die Überschätzung der Entwicklung der einzelnen Persönlichkeit die Gefahr der Zukunft sei. Der Briefschreiber setzt den Fall, daß vom Rockefeller-Institut dem Chemiker sieben Hilfsarbeiter für die sieben Wege zur Lösung seines Problems zur Verfügung stehen. Jeder dieser sieben Hilfsarbeiter verfolgt einen eigenen besonderen Weg. Wird er ihn sicherer gehen, wenn er nur gelernt hat, sich einer „fremden Idee unterzuordnen", oder wenn er die „Entwicklung seiner Persönlichkeit" für „hauptsächlich wichtig" angesehen hat, bevor er wissenschaftlich arbeitet? Der Briefschreiber setzt den zweiten Fall: der Geburtenrückgang beruht auf der Überschätzung der „Lust- und Unlustgefühle des Individuums zuungunsten der Gesamtheit." Mit welchen Eltern und Kindern ist dem Staat gedient: den Eltern, die Kinder erzeugen, um ihrer Staatspflicht gerecht zu werden und mit Kindern, die nur Erfüllung einer staatlichen Pflicht sind. Oder mit Kindern, die dem gesunden Lebenstrieb der Eltern

Digitized by Google

ihr Dasein verdanken? Diese Fragen stellen heißt sie beantworten. Es wäre also überflüssig, wenn die Auffassung dieses Briefschreibers nicht schon weitere Kreise gezogen hätte als man annehmen sollte. Selbst bei denen, die diese Frage am nächsten angeht. In dem Jahrbuch des Bundes der Deutschen Frauen-Vereine 1917 (erschienen bei B. G. Teubner, Leipzig) nämlich finden sich Sätze wie die folgenden:

„Ist es wünschenswert, wenn es möglich wäre, den Willen zu größeren Familien — innerhalb der Grenzen der Verantwortungsmöglichkeit selbstverständlich — bei solchen zu wecken, die ihn jetzt nicht haben? Längst vor dem Kriege habe ich mir privatim meine eigene Meinung gebildet. Meine Antwort hieß damals und heißt heute: ja.“ „Das Wort Bevölkerungspolitik bedeutet die Unterstellung der Geburtenfrage unter den Gesichtspunkt des Volksinteresses. Wenn diese Betrachtungsweise uns im Kriege besonders geläufig geworden ist, so erklärt sich das nicht nur aus dem äußeren Zusammenhang, daß der Ersatz verlorenen Lebens besonders wichtig wird, sondern auch aus der grundsätzlich höheren Bewertung des Staates als einer lebendigen, wirklichen Wesenheit über den einzelnen, die von ihm ihre Daseinsbedingungen empfangen.“ Wie weit sind also selbst diese Führerinnen der deutschen „Frauenbewegung“ vom Leben entfernt, wenn sie die Fragen der „Geburtenpolitik“ unter dem Gesichtspunkt der staatlichen Pflicht und der Quantität betrachten!

Diese Wendung der Dinge in der Theorie über die Geburt führt zum Ausgang der Betrachtung zurück. Man fordert Rücksicht auf die Menge. nicht auf die Qualität. Man will Menschen, immer mehr Menschen, aber man verliert über diesem Ziel das Wichtigere aus dem Auge: Daß die Qualität über der Quantität steht, daß die eigenschaftslose Masse unfruchtbar ist. Wir müßten die großen Menschen unseres Volkes aus unserer Erinnerung streichen, wenn wir es anders dächten. Müßten Walter von der Vogelweide und Luther, Schiller und Goethe, Kant und Fichte ausschreiben, um die Überlegenheit der entwickelten Persönlichkeit über die unentwickelte zu beweisen.

Wir haben es einfacher. Vor einigen Wochen hat Ernst Cassirer die Frage auf dem Boden der deutschen Geistesgeschichte mit einem Buche ausgetragen, das unter dem Titel „Freiheit und Form“ bei Bruno Cassirer (Berlin) erschienen ist. Er stellt darin die Rechtfertigung dar, die der Staat als solcher in der fortschreitenden Entwicklung des deutschen Geisteslebens erfahren hat. Freiheitsbegriff und Staatsidee treten sich seit der Reformation gegenüber, um sich wechselseitig zu begrenzen und zu bestreiten. Die Kräfte, die zunächst gegen den Staat aufgerufen werden, helfen in dem Kampf, den sie gegen einander führen, die immer weiter gehende ideelle Vertiefung des Staatsbegriffs selbst vollziehen. Das Individuum verlangt in den religiösen Kämpfen der Reformation für sich die Anerkennung der Gewissensfreiheit und strebt in den Kämpfen der Aufklärung danach, die Anerkennung der Denkfreiheit für sich durchzusetzen. Aber der religiöse wie der ethische Individualismus, die so entstehen, entbehren und verleugnen nirgends die Beziehung auf das Gegenbild: das staatliche und gesellschaft-

Digitized by Google

liche Leben. Um einige Denker herauszugreifen: dem Philosophen Leibniz liegt der höchste Sinn der staatlichen Gemeinschaft nicht in dem physischen Schutz oder in der materiellen Förderung, die sie dem einzelnen gewährt, oder in dem Nutzen, den sie von dem einzelnen hat, sondern in dem Zusammenschluß der Sonderwillen zu einer einzigen „Geistesrepublik". Deshalb ist die Erziehung ein Grundrecht und eine Grundpflicht der staatlichen Gemeinschaft. Keines ihrer Glieder darf von der Möglichkeit ausgeschlossen bleiben, sich zur Selbständigkeit der Einsicht und der Willensbestimmung fortschreitend zu erheben. Durch keinen Gesellschaftsvertrag kann das Individuum auf diesen Anspruch Verzicht leisten. Denn das Eigentum, das jede „vernünftige Seele" auf sich selbst besitzt, läßt sich nicht aufgeben. An der natürlichen, unveräußerlichen Freiheit des einzelnen bricht sich jeder Absolutismus. Nach Leibniz hat Wolff „die Forderung der freien Entfaltung der Allheit der menschlichen Kräfte in überraschender Schärfe und Klarheit" ausgesprochen. Von Leibniz und Wolff übernimmt Friedrich der Große den Satz, daß „nur das Einzelne das wahrhaft Wirkliche" ist. Durch Friedrich den Großen als Herrscher und Kant und Fichte, die Lehrer ihres Volkes, wird der Staat zum Endziel. Aber die höchste Aufgabe findet dieser Staat „in der fortschreitenden Verwirklichung der Freiheit". Nicht aus dem Pathos der ästhetischen Betrachtung, etwa dem Humanitätsideal Wilhelms von Humboldt, ist diese Vollendung des Staatsbegriffs als eine ästhetische Angelegenheit herausgewachsen, sondern aus der Weltanschauung Fichtes, die rein und ausschließlich im Grundbegriff des Tuns wurzelt". Fichtes Staatslehre aber wurzelt und gipfelt in dem Satze: „Das Recht zum ‚Ich' ist das Grundrecht, das jedem einzelnen verbürgt sein muß." „Durch das Sittengesetz in mir wird die Form meines reinen Ich unabänderlich bestimmt: ich soll ein Ich — ein selbständiges Wesen, eine Person sein — ich soll meine Pflicht immer wollen; ich habe demnach ein Recht, eine Person zu sein und meine Pflicht zu wollen." „Es ist die Bestimmung des Staates, jedem erst das Seinige zu geben, ihn in sein Eigentum erst einzusetzen, und sodann erst, ihn dabei zu schützen." Mit Fichte und danach mit Hegel ist der Abschluß der gedanklichen Entwicklung erreicht worden, die darauf gerichtet war, den Staat von einer Mechanisierung zu befreien und ihm seine Stelle im Ganzen der geistigen Werte zuzuweisen. Sie haben, indem sie die Ergebnisse der großen deutschen Denker der Vergangenheit mit dem ihrigen vereinigten, „das neue gedankliche Fundament für die Entwicklung der modernen politisch-sozialen Probleme des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts" geschaffen.

Die Stimmen, von denen wir ausgingen, erhärten den Satz, mit dem Cassirer sein Buch beschließt: „Wir fühlen es mehr und mehr, daß der Gedanke des deutschen Staates, wie er von den Denkern des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts erfaßt und ausgesprochen wurde, seine eigentliche schwerste und tiefste geschichtliche Probe noch zu bestehen hat." Er fügt hinzu: „Wenn eine gemeinsame Grundtendenz in Luthers religiösem Prinzip und in Leibniz' philosophischem Wahrheitsbegriff, in Lessings Lehre

Digitized by Google

vom Genie und in Kants Gedanken von der Selbstgesetzlichkeit des Geistes, in der Form der Goethischen Dichtung und Weltanschauung wie in Schillers und Fichtes Freiheitslehre erkennbar ist: so liegt hierin zugleich die Zuversicht gegründet, daß die Kraft, die hier am Werke war, nicht erloschen ist, sondern daß sie sich an allen entscheidenden Wendepunkten der deutschen Geschichte von neuem bewähren wird." Diese Hoffnung teilen wir. Aber es gilt darum auch sie zu einer allgemeinen Angelegenheit zu machen.

Im Krieg schweigen die Musen.

Aber die Muse darf und muß sprechen, die über die „Orientierung des Denkens" wacht.

Notizen

Zukunftsaussichten des Friedens. „Wir geben keinesfalls den Mut auf. Gerade, daß jetzt das Elend so schnell wächst, verstärkt unsere Hoffnung, daß ein billiges und nüchternes Urteil sich bald durchsetzen muß." („Allg. Handelsblad".) — „Die Männer der neuen Entente wissen, daß sie sich nicht auf den Abnützungskrieg verlassen dürfen; sämtliche Stimmen des Zehnverbandes klingen darin übereinstimmend. Darin liegt eine richtige Einschätzung der Lage. Auch die Entente kann den Krieg nicht mehr jahrelang hinausziehen. Das einmal gesprochene Wort „Frieden" wirkt weiter in den Gemütern, und die Ablehnung des Friedensangebotes muß vor den Ententevölkern durch rasche und unzweideutige Erfolge legitimiert werden, sonst würde der Friedenswunsch dort unwiderstehlich anwachsen. („Basl. N.-Z.") — „... Ob gewollt oder nicht, die in letzter Zeit lawinenartig über uns niedergegangene Fülle von Dokumenten hat in allen Gehirnen einen Gedanken erstehen lassen, den nichts wieder ausmerzen wird: den Gedanken des Friedens. Ob man ihm folgen oder ihn ablehnen will, jedenfalls muß man wissen, worin er bestehen kann und soll. Man gebe sich keinen Täuschungen mehr hin, die Allgemeinplätze sind zu abgebraucht, sie befriedigen heute niemand mehr. Je ehrgeiziger und unbegrenzter sie sind, desto weniger ernst werden sie genommen werden und desto geringeren Erfolg werden sie haben. Die Vernichtung Deutschlands und die ganze Litanei derartiger Übertreibungen scheinen mir hinfort zu den überwundenen rednerischen Verfahren gezählt werden zu dürfen. Reden wir ernst und zweckentsprechend." („Correspondant".) — „Die Friedensaktion darf nicht als geschlossen angesehen werden. Sie wird fortfahren, wenn auch mit geringer Hoffnung auf unmittelbare konkrete Ergebnisse." („Stampa".)

Die Lebensmittelpolitik in England hat zu nachfolgenden Verordnungen geführt: Dem Bann gegen das frische Brot, dem Anbau der Londoner Parks, der Vollmacht des Diktators, Lebensmittelvorräte zu enteignen und alles zu tun, was ihn in den Stand setzt, die Vorräte in irgendeiner Ware genau festzustellen, um Besitzer von Land zu einem Anbau nach den Wünschen des Amtes zu zwingen. Wohl äußert sich „Daily News" zustimmend zu diesen Maßnahmen, aber mit dem „Daily Telegraf" beginnt ungefähr gleichzeitig die Unzufriedenheit sich zu äußern, wenn diese Zeitung die heutige Lage der Dinge auf „Sünden der früheren Regierung" zurückführt. Es wundert darum nicht, daß auch die Maßregeln im einzelnen einer Kritik unterworfen werden, so das Verbot des frischen Brotes durch den „Manch. Guard.": Wenn frisches Brot verboten ist, wird zweifellos mehr geröstetes gegessen und mehr Heizstoff verbraucht, mehr Butter oder Margarine verzehrt werden. Lohnt diese Art der Gesetzgebung wirklich der Mühe? „Daily News" nimmt die Entscheidung über den Anbau der Londoner Parks mit einer Mischung von Erleichterung und Besorgnis auf. Die Londoner Parks taugten zu Ackerland überhaupt nicht und als Parks erwiesen sie der Londoner Bevölkerung größeren Dienst als jeder Lebensmittel-

Digitized by Google

vorrat, der möglicherweise auf ihrer verhältnismäßig sehr beschränkten Fläche erzeugt werden könne.

Die Lage in Rußland. Drei Fragen stehen nach der „Züricher Post" im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens: 1. Die Lebensmittelversorgung, die katastrophal zu werden droht. 2. Die Frage Krieg oder Frieden. Es gibt eine mächtige Strömung für einen Sonderfrieden. Die Reaktionäre außerhalb der Regierung sind dafür. Die mächtige Hofpartei, die für ihn arbeitet, ist durch die Haltung der Regierung auch nicht aus der Welt zu schaffen. Dagegen sind eigentlich nur die Liberalen. 3. Innerpolitische Fragen. Die Liberalen rufen nach einer Regierung, zu der das Volk Vertrauen haben könne. Und zwar wollen die radikaleren Elemente ein verantwortliches Ministerium, das mit der Bureaukratie nichts zu tun hat. Aber auch innerhalb der Rechten und im Reichsrat beginnt eine Gärung, die zusammen mit dem Verlangen der Liberalen die Regierung immer mehr politisch isoliert. — „Für jeden ersteht die Frage, was für ihn teurer sei: Rußland oder jenes Rußland zugrunde richtende Staatssystem. . . . Indem es auf der schiefen Ebene zum unvermeidlichen Untergang hinabgleitet und sich an alte zerrüttete Satzungen klammert, zieht dieses System das ganze Land nach sich in den Abgrund." („Russk. Wjed.") — „Der Zerfall der Kirche und der Zerfall des Staates haben sich in einem unlösbaren Knäuel verflochten. Der Weg ihrer Beseitigung ist ein und derselbe. („Russk. Wjed.") — Selbst ein rechtsstehendes Blatt wie die „Nowoje Wremja" bezeichnet das gegenwärtige innere Leben Rußlands als ein „politisches Chaos".

Die Lage in Finnland. „An den wichtigsten Lebensmitteln herrscht Mangel. Aber an Geld herrscht ein solcher Überfluß, daß die Banken nichts mehr in Empfang nehmen können; jedenfalls geben sie nicht mehr als ½ % Zinsen. Das Börsenleben in Helsingfors ist lebhafter als je. Man spekuliert äußerst lebhaft in Waldbesitzungen, die während des Krieges um 100 % gestiegen sind. Die Zellulosepapiere- und Holzwarenfabriken arbeiten deshalb Tag und Nacht. Aber die andere Industrie liegt vollkommen brach. Die Höchstpreise sind so niedrig, daß die Waren nach Rußland gesandt werden. Das Volk muß das Jahr hindurch 200000 russische Soldaten ernähren, und der russische Staat beschlagnahmt ohne weiteres die Kühe, Pferde und die Hafervorräte der Bevölkerung. Der Schatten des Krieges liegt auf dem Lande." („Verdens Gang".)

Die Stimmung in Paris. Ein schwedischer Student der Sorbonne schreibt „Stockholms Dagblad" einen Brief über die „Stimmung in Paris während des Krieges". „Die physische und moralische Energie, die jetzt von allen gesellschaftlichen Schichten Frankreichs entwickelt wird, ist die Frucht einer nervösen Spannung, die durch den Krieg geschaffen und erhalten worden ist. — Der Haß gegen Deutschland hat schon lange die Grenzen eines ausschließlich politischen Antagonismus überschritten. Er ist zu einem persönlichen Widerwillen eines Temperaments gegenüber einem anderen geworden. Viele Franzosen empfinden es als ein ästhetisches Leiden, deutscher Musik zu lauschen, deutsche Philosophie und schöne Literatur zu studieren. — Schon der Klang der feindlichen Sprache verursacht ihnen Schmerz. Und das ernsteste ist, daß die Summe der physischen und moralischen Leiden, die das französische Volk aushält, ihnen nicht einmal die Möglichkeit gibt, sich darauf zu besinnen, daß gleichartige Leiden auch im feindlichen Lager vorhanden sind. — Der Selbsterhaltungstrieb beherrscht sämtliche Bestrebungen der französischen Nation, und auf seinem Altar opfert das französische Volk seine frondierende Eigenart, seine Vergnügungssucht und das, was im weitesten Sinn in seinen nationalen Traditionen menschlich war."

Caillaux. „Wer ist als Nachfolger Ribots geeigneter als Caillaux? Aber vor Kriegsende wird sich der Ehrgeiz Caillaux' wahrscheinlich nicht erfüllen. Caillaux ist auch der rechte Mann für die wirtschaftliche Wiederannäherung an Deutschland. Das wird ihm jetzt weder zur französischen Gunst noch zur Gunst der Minister verhelfen. Doch wird er vielleicht berufen werden

Digitized by Google

die zukünftigen Friedensverhandlungen mit Deutschland zu führen. Jedenfalls wird er ein Hauptanwalt für den „wackligen Frieden" werden, wenn derselbe, was Gott verhüte, sich bewahrheiten sollte." („Gaz. de Laus".)

Italienische Auffassung der Antwortnote der Entente. Beachtenswert ist, daß die Note keine scharfen Worte noch verletzende Wendungen gegen die Zentralmächte enthält. Der italienische Standpunkt, der davon ausgeht, in das Dokument keine Weigerungen von definitivem Charakter aufzunehmen, hat vollständig triumphiert. („Stampa".) — Sicher war die öffentliche Meinung in den verbündeten Staaten auf eine Ablehnung vorbereitet, und diese wird auch bei denjenigen keine übermäßige Bewegung hervorrufen, die nicht zwischen den Zeilen der Ablehnung zu lesen verstehen, daß nicht alle Türen verschlossen werden, um mit der Zeit das zu erreichen, was jetzt selbst den Optimisten verfrüht erschien. („Avvenire".)

Gemeinsame oder einzelne Kriegsziele der Entente? („Nuova Antologia") „Wir glauben, das Triebwerk der Entente muß von Grund aus geändert werden. Ist ein einheitlicher Generalstab nötig? Oder eine einheitliche und ständige politische Oberleitung? Oder ein ebenfalls einheitlicher und ständiger Wirtschaftsrat? So führe man sie schleunigst ein, denn wir wollen siegen." „Popolo Romano" entgegnet: Eine solche Art der Kriegführung kann nur dann von Vorteil sein, wenn es sich um solche Ziele handelt, die eine Verschmelzung zulassen. Aber wenn die Ziele verschiedenartig sind und ihrer Natur und ihren Endzwecken nach untereinander gar keine Verbindung haben, so läuft man Gefahr, durch eine künstliche Verschmelzung die Resultate aller zu schädigen.

Russische Mahnung an die Westmächte. Bis jetzt hat unser Gegner mit seltenen Ausnahmen die Verbündeten darin weit übertroffen, daß er das wertvollste Element des Sieges, — die Zeit —, richtig auszunutzen verstand. Unseren westlichen Verbündeten wird eine energischere Führung des Landkrieges durch neue Zuspitzung des U-Bootkrieges eindringlich vorgeschrieben. („Ruskoje Slowo".) — Es scheint uns, daß es notwendig wäre, während des Gedankenaustausches über die amerikanische Note die Londoner Deklaration durch eine besondere Vereinbarung zu ergänzen, in welcher die Rechte aller Koalitionsglieder auf dem Gebiete der Friedensbedingungen genau vereinbart würden. Es wäre wünschenswert festzustellen, daß die Friedensbedingungen nur gemeinsam ausgearbeitet und mit gemeinsamem Einverständnis dem Gegner vorgelegt werden können, besonders in dem Falle, wenn es den Verbündeten infolge unvorhergesehener Umstände nicht gelingen sollte, das Programm einer völligen Vernichtung des preußischen Militarismus vollständig zu verwirklichen. („Birsch. Wjed.".)

Der Sieg der Vernichtungsstrategie. Scheinbar liegen tiefere Gründe für die Meinungsverschiedenheiten vor, die den Generalissimus Joffre veranlaßt haben, sogar den Posten eines technischen Beirats im Obersten Kriegsrat abzulehnen. Joffre war ein Anhänger der Strategie der Erschöpfung und sah die Aufgabe der englisch-französischen Armee in Frankreich und Belgien als die einer strategischen Verteidigung an. Wenn die Unerschöpflichkeit des Hinterlandes unbegrenzt wäre, und andere Kriegsschauplätze nicht existieren würden, so wäre eine solche passive Strategie vielleicht wirklich das beste Mittel gewesen, Deutschland niederzuringen. Jetzt fühlt aber die öffentliche Meinung in England und Frankreich die Notwendigkeit einer energischen Kriegführung: die Strategie der Erschöpfung soll durch die Strategie der Vernichtung abgelöst werden. Joffre war ein heißer Anhänger der Idee Napoleons von den Haupt- und Nebenkriegsschauplätzen. Der Krieg hat aber gerade die Nebenkriegsschauplätze im nahen Osten in den Vordergrund gestellt. Der Nachfolger Joffres, General Nivelle, steht nur an der Spitze der in Frankreich befindlichen Armeen, General Sarrail wird dagegen mit seiner Ostarmee unmittelbar dem Kriegsminister unterstellt. General Sarrail erhält also eine größere Handelsfreiheit, und die Saloniki-Armee wird sich nicht mehr den Interessen der Westfront unbedingt unterordnen haben. („Russk. Slowo".)

Digitized by Google

Deutschland und Amerika. Man muß annehmen, daß Amerika und Deutschland sich einander genähert haben, infolge des Wunsches, den Frieden wieder herzustellen, und des Starrsinns der Entente. Amerika ist außerdem jetzt sicherlich davon überzeugt, daß Deutschland nicht besiegt werden kann. („Nationaltidende".)

Schwedens Kriegsziele. Schweden muß sich bei Friedensschluß zwei zusammengehörende und fast zusammenfallende Forderungen an sich selbst stellen: Die Schleifung der Alandsbefestigungen und das Wiederaufrichten des finnländischen Staates in der Art und Weise, wie Finnland es selbst wünscht. Es ist nicht Schwedens Sache, sich an dem Kriege zu beteiligen und Finnland zu befreien, aber es liegt im Interesse Schwedens, daß Finnland frei wird. — Ob wir es wollen oder nicht. Beim Friedensschluß wird auch das Lebensinteresse Schwedens ein aktuelles Problem. („Aftonbladed".)

Die Ausdehnung des dänischen Handels. Während des Krieges ist Kopenhagen allmählich ein Zentrum für den internationalen Handel geworden. Insbesondere sind mehrere große kapitalstarke Gesellschaften gegründet worden, deren Zweck es ist, auf dem Weltmarkt zu arbeiten. („Verdens Gang".)

Die künftige Lage der deutschen Industrie. „Der Mangel an Rohwaren nach dem Kriege scheint nicht erheblich zu sein. Deutschland hat während des Krieges große Mengen an Rohmaterial in Amerika eingekauft und gelagert, wie beispielsweise Baumwolle, Wolle, Kupfer und andere Metalle. Andererseits haben die deutschen Maschinenfabriken Mengen von Fabrikaten angefertigt, die fertig liegen, um nach den überseeischen Ländern als Bezahlungsmittel für neue Rohwaren transportiert zu werden. Die Deutschen haben außerdem ungeheure Kalimengen aufgespeichert, die die Amerikaner sehr notwendig brauchen." (Hjalmar Cassel in „Svenska Dagbladet".)

Annäherung der russischen und der schwedischen Wissenschaft. Der russische Gelehrte Papkow legte bei Überreichung eines geschichtlichen Werkes des Großfürsten Nikolai Michailowitsch dem König von Schweden den Plan zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen englischen und russischen Gelehrten dar, die vor allem der Erforschung der Geschichte beider Länder zugute kommen soll. Der Plan habe den König interessiert, fügt „Svenska Dagbladet" zu der Nachricht hinzu.

Französische Verdächtigung. Nach dem „Temps" soll der Berliner Pastor Philip folgendes „Gebet" gesprochen haben: „Danket Gott, daß er den Ausbruch des Krieges zugelassen hat, danket Gott, daß er den Friedensschluß verhindert hat. Gelobt sei Gott, daß er diesen Krieg entfesselt hat, nichts auf der Welt, als der Krieg konnte dem deutschen Volke das Heil bringen!"

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Eine neue Karte von der Kampffront in Rumänien bringt Dietrich Reimer, Berlin, heraus. (Kriegsstandkarte Nr. 10.) M. 1.—.

M. Slevogt: Ein Kriegstagebuch. (Berlin, Bruno Cassirer.) 97 S., Preis M. 12.—. Landschaftliche, Lager- und Kriegsbilder aus dem Westen in Zeichnung und Aquarell. Das Lebendigste und künstlerisch Wertvollste, was die deutsche Malerei aus dem Krieg nach Haus gebracht hat.

Die Sommeschlacht. Kriegsplaudereien von Fr. Willy Frert. (Herm. Montanus, Verlagsbuchhg., Siegen 1916.) 155 S., M. 1.—. Schilderungen eines Teilnehmers an den schweren Kämpfen in Sumpf und Schlamm.

Der Weltkrieg zur See. Von Vizeadmiral Kirchhoff. (Berlin 1916, Askanischer Verl. G. m. b. H.) 173 S., geb. M. 2.—. Schildert auf Grund von Berichten der Teilnehmer die Kämpfe der deutschen Flotte und die Schicksale der einzelnen Schiffe.

Kriegserlebnisse eines Marinearztes. Zwischen Kämpfen und Wunden. (Oldenburg 1916, G. Stalling. 164 S., 4 Taf., M. 1.20.) Eindrücke eines Arztes auf den Schlachtfeldern, auf hoher See. Ein Blick in die menschliche Seite des Kriegslebens.

Digitized by Google

Volksschriften zum großen Krieg. 96/97. Deutsche Kriegsweihnacht 1916. 32 S., Preis M. 0.20. Nr. 100: Kriegsarbeit des Evang. Bundes. 40 S., Preis 10 Pf. Beides Verl. des Ev. Bundes, Berlin.

„Ich bin ein junge Soldat." Skizzen aus dem schweizerischen Grenzkrieg von Ordonnanz Bader. Mit Zeichnungen von Ernst Hodel. Verlag Orell Füßli, Zürich. (Fr. 3.—.) Ein fröhliches, gesundes Buch voll herzlicher und aufrichtiger Kameradschaftlichkeit.

Berth. Baumstetten: Wird Holland eingreifen? (Verlag Otto Hillmann, Leipzig) 19 S., Preis M. 0.50.

Friedrich Bendixen: Sozialismus und Volkswirtschaft in der Kriegsverfassung. (Berlin 1916, I. Guttentag, Verlag) 32 S. Bedenken gegen die Höchstpreise und Beschlagnahme, denen die freie Preisentwicklung vorzuziehen gewesen sei.

Reinhard Planck: Der Sieg des Deutschen. Flugschrift des Dürerbundes. (Verlag D. W. Callwey, München) 84 S., Preis M. 1.—. Aufruf zur Ausrottung des Handelswuchers, zu sozialer Organisation größten Stils und Erweckung der deutschen „Geistes- und Herzenskräfte und des Glaubens".

Hans Niemann: Unser Kriegsziel. (Berlin 1916, E. S. Mittler & Sohn) 29 S. Dem Verf. ist das Kriegsziel die „vor dem Krieg nicht hinreichend gesicherte Unabhängigkeit und Unüberwindlichkeit Deutschlands".

Paul de Lagarde und das Deutschland von morgen. Von Paul Friedrich. (Weimar 1916, Wedrup Verlag) 44 S., Preis M. 1.—. Sucht aus Lagarde den Boden für einen neuen „Idealismus" der Tat und des täglichen Daseins.

Dr. Paul Fleischer: Welche Gefahr droht Deutschland und seiner Arbeiterschaft von einem unbesiegten England? (Berlin, Auskunftsstelle Vereinigter Verbände) 16 S.

Cornelius Gurlitt: Die Zukunft Belgiens. (Der Zirkel. Architekturverlag G. m. b. H., Berlin) 160 S., Preis 3.—. Verlangt Selbständigkeit der Vlamen, Vereinigung der Wallonen zu einem Reichsland. Neubesiedelung der französischen Grenzgebiete durch Deutschland.

Frederik Böök: Deutschland und Polen. Übersetzung aus dem Schwedischen von Fr. Stieve. (München 1917, F. Bruckmann A.-G.) 132 S., Preis M. 2.—. „Jeder, der daran interessiert ist, einen dauerhaften Wall gegen die Machterweiterung Rußlands nach Westen hin zu richten, kann einzig und allein nur wünschen, daß Polen soviel Freiheit als nur möglich erhält."

Der Handelskrieg von England, Frankreich und Italien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. (Berlin 1917, C. Heymanns Verlag. XII und 146 S., Preis M. 4.—.) Nach Ländern geordnete Übersicht über die Eingriffe der Entente in die „feindlichen Privatrechte auf dem Lande" Zusammenstellung der Ausnahmegesetze gegen die „feindlichen Vermögensinteressen".

Dr. Th. Schuchart, Zur Frage der deutschen Außenhandelsförderung. Zeitgemäße Mahnungen und Vorschläge. (Berlin 1916, Verlag L. Simion, 61 S.) Beschäftigt sich hauptsächlich mit der Reform des deutschen Wirtschafts-Nachrichtenwesens, zu der neue Wege gezeigt werden sollen.

Zur Frage eines Zoll- und Wirtschaftsbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. (Berlin 1916, I. Guttentag Verlag.) Verlangt als Vorbedingung eines Wirtschaftsbundes ein langfristiges enges handelspolitisches Abkommen zwischen den beiden Reichshälften der Donaumonarchie.

Österreichs Erneuerung. Unter diesem Titel faßt der Reichsratsabgeordnete Dr. Karl Renner eine Reihe politisch-programmatischer Aufsätze zusammen, die in drei Bänden im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand erschienen sind. (Band I M. 3.—; Band II M. 2.50; Band III M. 4.—.) Er erörtert die Aufgabe der inneren Politik, Maßnahmen zur Reform des politischen Bewußtseins, der Verwaltung, der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, die Neugestaltung der österreichischen Wirtschaftspolitik nach dem Krieg, das Verhältnis der Nationalitäten zu Österreich-Ungarn, die Probleme der auswärtigen Politik, Mitteleuropa, den nahen und fernen Südosten, Italien und Polen. Zeugnisse für die innerpolitische Haltung Österreichs während des Krieges, die Erwartung und Arbeit an „Österreichs Erneuerung".

Dr. jur. Heinz Brauweiler: Deutsche und romanische Freimaurerei. (Verlag J. P. Bachem, Köln) 77 S., Preis M. 1.60. Entwirft auf geschichtlicher Grundlage ein Bild des Freimaurerwesens mit dem Ergebnis, daß „trotz der theoretischen Anerkennung einer internationalen Solidarität eine wirkliche Einheitlichkeit der Freimaurerei, was alle Organisationen anbelangt, nicht besteht". „Die internationalen Beziehungen können leicht für geheime Machenschaften ausgenützt werden."

Alexander von Bülow: Fahneneid. Eine Kriegsnovelle. (Leipzig, F. A. Brockhaus, 160 S., Preis M. 1.—.)

Hans Grimm: Der Gang durch den Sand und andere Geschichten aus südafrikanischer Not. Geh. M. 5.—. Verlag Albert Langen, München. Geschichten aus dem Burenkrieg und Weltkrieg von einem guten Kenner.

Kolonialkriegerdank-Kalender für das Jahr 1917. (Verlag des Kolonialkriegerdankes Berlin.) Herausgeber Dr. Paul Rohrbach, 128 S., M. 1.—.

Digitized by Google

Geschichte — Biographien

Karl Sturmhoefel: Deutsche Geschichte. Zwei Teile, 243 und 255 S., geb. M. 3.—. (Alfred Kröner, Leipzig.) Veranschaulicht knapp den Gang der politischen Entwicklung Deutschlands in der Darstellungsart Rankes und Treitschkes. Bei dem Mangel an kurzgefaßten zuverlässigen Handbüchern sehr zu begrüßen.

Richard Schwemer: Restauration und Revolution. Skizzen zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Einheit bei B. G. Teubner, Leipzig „Aus Natur und Geisteswelt" (Nr. 137, 3. Auflage, 132 S., geb. M. 1.50) verfolgt die Herauslösung des nationalen Staates aus seiner universellen „Verpuppung".

J. Hashagen: Umrisse der Weltpolitik. B. G. Teubner, Leipzig, zwei Bände der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" (Nr. 153/54) Band I 1871—1907 V und 140 S., Band II 1908—1914 138 S., geb. je M. 1.50. Durch die wegen der orientalischen Fragen seit dem Jahre 1871 vorhandene Konzentrierung der internationalen Politik in Europa werden diese Umrisse der Weltpolitik eine Einführung in das geschichtliche Verständnis der Vorgeschichte des Weltkrieges, so daß dadurch die Vereinigung der Weltpolitik seit der bosnischen Krise in einem Band gerechtfertigt wird.

A. Fürst: Werner von Siemens. (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart.) 13 Abb., 188 S., geh. M. 3.—. Gut geschriebene Biographie, deren Vorzug in der allgemein-verständlichen Aufzeigung der technischen und wissenschaftlichen Verdienste Siemens' liegt.

Philosophie — Erziehung

Platons Staat, neu übersetzt und erläutert, sowie mit griechisch-deutschem und deutsch-griechischem Wörterverzeichnis versehen von Otto Apelt. Der philosophischen Bibliothek Band 80, Felix Meiner, Leipzig 1916, XXXII und 568 S., M. 7.50. Beste deutsche Übertragung der durch tiefe Sittlichkeit ausgezeichneten Staatslehre des griechischen Philosophen mit ausführlichen Erläuterungen. Welch ehrendes Zeugnis für Deutschland, daß die noch junge Übersetzung schon in vierter Auflage erscheint.

Veröffentlichungen der Vereinigung d Freunde des humanistischen Gymn siums. 7. Heft, herausgegeben von Dr. Eug Grünwald. (Berlin, Weidmannsche Buchhan lung) 160 S. Beschäftigt sich in mehreren Ein aufsätzen mit dem Kampf um das human stis Gymnasium, seinem Wert in der Vergangenh und für die Zukunft.

Bildende Kunst — Schöne Literatur

Curt Glaser: Zwei Jahrhunderte deutsch Malerei. (F. Bruckmann, A.-G., München 191 317 S., Preis geb. M. 11.50. Zusammenfassu der durch viele Einzelfunde und Einzelforschung der letzten Jahre bekannt gewordenen Erscheinu gen einer bis dahin noch wenig geklärten Epo der deutschen Kunst. Stilgeschichtliche Entwicklu an Hand reichen Bildmaterials meist unbekann wertvoller Tafelbilder.

Bernhard Shaw: John Bulls andere Ins (S. Fischer Verlag, Berlin) 292 S. Komö über die Behandlung Irlands durch England mit einem scharfen klugen Vorwort des Dichte gegen die englische Gewaltherrschaft. (Am 20. nur erste deutsche Aufführung im Berliner Lessin theater.)

Goethe-Kalender auf das Jahr 1917. Herau gegeben von Karl Schüddekopf. Mit 8 Tafe (Dieterichsche Verlagsbuch). Leipzig VIII u 136 S., M. 2.—.) Erscheint nach zweijähriger Ru mit einem Inhalt, der Goethes Stellung zur G schichte seiner Zeit und Vergangenheit veranschau licht.

Das Bodenseebuch 1917. Ein Buch für La und Leute. (Reuß & Itta, Verlags-Anstalt, Ko stanz) 200 S. Mit zahlreichen Bildern. Preis M. 2.— Gut ausgestatteter Band mit vielen Beiträgen i besten süddeutschen Dichter und Maler.

A. von Gleichen-Rußwurm: Die Schönhe Ein Buch der Sehnsucht. Stuttgart, Verlag v Julius Hoffmann. (Geh. M. 6.—, geb. M. 8.— Zusammenstellung der Worte und Meinung von Denkern und Dichtern aller Zeiten und Vö über das Wesen der Schönheit.

Ignaz Paul Mause: Deutsches Frühlic Kulturhistorische Erzählung aus Oberschlesie Vergangenheit. (Breslau 1917, Verlag S. Schö laender A.-G.) 376 S., br. 4.—.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolb, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W. Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verl M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 9. Februar 1917 • Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Die Entscheidung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Würfel über den U-Bootkrieg sind gefallen, und mit wenigen Ausnahmen hat sich unsere öffentliche Meinung, soweit sie in der Presse zum Ausdruck kommt, mit der wünschenswerten Entschiedenheit zu dem Entschluß der obersten Heeresleitung und der Regierung bekannt. Auch wir tun es ohne Rück- und Vorbehalte, gemäß dem Grundsatze, den die „Deutsche Politik", was die U-Bootfrage betrifft, von Anfang an vertreten hat: daß nur die obersten und verantwortlichen Stellen eine Angelegenheit von so ungeheurem Gewicht zu entscheiden befähigt sind; daß noch so wohlgemeinte, agitatorisch fordernde Leidenschaft ebenso verkehrt ist, wie ängstlich warnende Zaghaftigkeit; endlich daß, wie auch immer der Entscheid der Heeres- und Staatsleitung ausfallen möge, das Volk geschlossen hinter den Kaiser, den Feldherrn, den Kanzler treten müsse.

Diese Stunde ist nun gekommen, und es heißt jetzt: Vorwärts und Durch ohne Rückwärts- und Seitwärtsschauen. Davon können nur Unsicherheit und Verwirrung kommen. Auch über die eigentlichen und tiefsten Gründe, die zu dem Entschluß geführt haben, empfiehlt es sich nicht zu sprechen. Einesteils sind sie in der Rede des Reichskanzlers und in der dazu gehörigen Denkschrift genannt — vor allem die Nemesis der kärglichen Welt-Getreideernte, von der England und seine Verbündeten betroffen sind, wodurch der U-Bootkrieg in den kommenden Monaten doppelt aussichtsreich erscheint. Zum andern Teil liegen sie wohl tiefer verborgen und mögen dort ruhen, bis es Zeit sein wird, auch darüber zu sprechen.

Eins steht für uns fest: daß es noch nie, seit das Reich besteht, eine Entscheidung von größerer Verantwortlichkeit für die Männer an der Spitze gegeben hat als diese. Selbst der Entschluß der Mobilmachung und Kriegserklärung in den ersten Augusttagen 1914 reicht kaum an das heran, was jetzt geschehen ist. Nur die vollkommene Einigkeit, der feste Wille des ganzen Volkes daheim in der Arbeit und draußen unter den Waffen, die unerschütterliche Erkenntnis, daß es jetzt gilt, auch das Allerletzte an den Sieg zu setzen, werden imstande sein, wenn die Schlußbilanz des Weltkrieges

Digitized by Google

gezogen wird, die Lenker Deutschlands mit erhobenem Haupt hintreten und sagen lassen: wir haben das Äußerste gewagt — aber es war nichts Größeres, als die innere Kraft unseres Volkes zu wagen erlaubte und gebot!

Menschlich betrachtet ist es sehr verständlich, wenn an dem Tage, wo der Entsch zu dem rücksichtslosen U-Bootkrieg bekannt wurde, ein Gefühl tiefer, befreien Genugtuung durch die Herzen zog. Es ist aber nicht gut, wenn dies Gefühl sich lautem Jubel, in demonstrativem Triumphieren oder in leichtfertigen Großsprecher äußert. Erstens wissen wir, welch ein Gegner uns gegenübersteht. An dieser St ist schon öfter davon die Rede gewesen, daß der Entschluß zum Frieden für Engl darum so schwer zu fassen ist, weil ein Frieden ohne Sieg nur eine verhüllte Nie lage für England bedeutet. Allerdings nicht für ein England, das sich bereitfin läßt, in Zukunft Gleichberechtigung unter den Weltvölkern anstatt „Suprema einzutauschen; wohl aber für dasjenige England, das weiter darauf bestehen statt des Ausgleichs unter den Lebensinteressen der Nationen nur sein eigenes „höhe Recht und seine Völkertyrannei zu verfolgen. Dieses zweite England aber ist J hunderte alt, und viele Generationen haben es im Genuß einer solchen Stellung Reichtum, Stolz und Verachtung der übrigen Menschheit gelenkt. Solch ein läßt sich nicht brechen außer durch die Erfahrung der harten Unmöglichkeit, und b er sich besiegt gibt, ist auch er bereit, das Äußerste zu versuchen. Ich habe schon Anfang dieses Krieges daran erinnert und wiederhole es heute, daß während napoleonischen Kriege unter dem Druck der Kontinentalsperre die Londoner Cit der Regierung darum nachsuchte, es möge Frieden mit Frankreich geschlossen wer Der Hauptgrund des Krieges war damals die Annektion Belgiens und Holl durch Napoleon. Die englische Regierung blieb fest, obwohl die Geschäftskrisis und die Bankrotte sich häuften, und wies ihre Kaufleute ab.

Was damals für England auf dem Spiele stand, war wenig im Vergleich zu h Dazu kommt die für England, so wie es bis heute geartet ist, furchtbare Erfahr daß die Deutschen bessere Schlachtschiffe, bessere Geschütze und Geschosse, reichli gute Seeleute, leistungsfähigere und womöglich auch zahlreichere Tauchboote h als England. Das alles im Friedensschluß als unabänderliche Tatsache anzuerken würde eben die Verwandlung jenes zweiten, vermessenen und tyrannisch frevel Englands in das zuerst gedachte bessere und menschliche bedeuten. Das ist es, wo jetzt gekämpft wird, und anders als durch eine schwere, an Herz und Nieren greif Krisis, die uns entsprechende Opfer kostet, wird England sich nicht wandeln.

Der zweite Grund, aus dem es uns nicht schicklich scheinen will, den scharfen U-B krieg mit dem „Jubel der Erlösung" zu begrüßen, ist der, daß wir mit ihm Bahnen gehen, Bahnen, die einzuschlagen wir durch Rechtsbruch, Treulosigkeit Brutalität des englischen Gegners gezwungen worden sind, Bahnen, auf denen mit gutem menschlichen und deutschen Gewissen verharren werden, weil wir

Digitized by Google

ihnen die Rettung unseres Volkes und Vaterlandes suchen, die wir aber doch im Gedenken an ein früheres humaneres Zeitalter der Kriegführung, so viel an uns lag, lieber nicht beschritten hätten. England hat diesen Krieg unmenschlich gemacht, indem es den Plan faßte, ein Volk von siebzig Millionen im Herzen Europas durch Hunger, Krankheit und Siechtum all seiner Ärmeren und Schwächeren dazu zu zwingen, daß es sich berauben und zerstückeln ließ, damit sein Feind reich, mächtig und üppig bliebe. Nie wäre es uns in den Sinn gekommen, Handelsschiffen — englischen wie neutralen — die rücksichtslose Versenkung mit Mann und Maus anzudrohen, wenn England nicht neben den zähnefletschenden Schwarzen Afrikas und den Halsabschneidern aus dem Himalaya auch noch die Hungerhölle nicht gegen eine belagerte Festung, nicht gegen bewaffnete Krieger, sondern gegen Frauen, Kinder und Greise eines ganzen großen Landes zu Bundesgenossen geworben hätte. Von Ernte zu Ernte hofft England inbrünstig, daß es nun mit den Lebensmitteln bei uns zu Ende gehen möge. Was 1915 und 1916 nicht geschah, das könnte, so sehnt es sich, vielleicht 1917 oder 1918 geschehen! Gibt es doch Menschen in England, die in wahrhaft gotteslästerlicher Weise selbst die Form des religiösen Gebets dazu benutzen, um der zügellosen Wildheit ihres Hasses gegen Deutschland Genüge zu tun. Zwei der ersten Männer Englands, Lord Roseberry und der Jurist und Historiker Harrison, haben neulich einem Buch aus der Feder eines gewissen Skribenten mit ihrem Namen das Geleit gegeben: Degenerated Germany (1916), heißt es. Hier findet sich auf der Rückseite des Titelblattes in gotischen Lettern eine Ermahnung an die Christenwelt, die sich an die übliche Form der englischen Liturgie anschließt und folgendermaßen anhebt:

Forevermore Remember, O ye Christian Nations of the Earth the vile Germanic race!

In your schools teach ye your Youth the everlasting iniquity of these impious and depraved barbarians!

(Für immer gedenket, o ihr christlichen Nationen der Erde, der gemeinen deutschen Rasse! In euren Schulen lehrt eure Jugend die unaufhörliche Ungerechtigkeit dieser gottlosen und entarteten Barbaren!)

Die Anrede schließt mit den Worten:

Upon the doors of your Churches, ay, and above your altars, let those who worship read:

Father, forgiv them not, for they know, what they do.

(Auf den Türen eurer Kirchen, ja, und über euren Altären laßt die Betenden lesen: Vater, vergib ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun!)

Das ist die Gesinnung, in der England gegen uns kämpft. Aus dieser Gesinnung heraus hat es seinem Kriege den barbarischen Charakter gegeben, der uns gegen unsern Willen genötigt hat, zu der Härte des U-Bootkrieges in seiner jetzigen Form zu greifen

Digitized by Google

— und vielleicht steht die Welt, wenigstens was Englands Willen und Handeln angeht, immer noch nicht am Ende des Entsetzens.

So ist unsere Lage, und so sprechen unsere Not und unser Gewissen zu ihr. Trotzdem werden wir draußen von vielen nicht verstanden, und ein großes Volk jenseits des Ozeans hat uns durch den Mund seines gewählten Oberhaupts im vorigen Jahre mit Krieg bedroht für den Fall, daß wir beim U-Bootkrieg keine Rücksicht auf das Leben von Nichtkämpfern, insbesondere von Neutralen an Bord der Schiffe nehmen sollten, die nach England fahren oder von England kommen.

Jeder von uns fühlt, daß dies auch jetzt die Stelle ist, wo, wenn auch sicher nicht alles, so doch außerordentlich viel für uns darauf ankommt, wie die Entscheidung fällt. Wir haben versucht, es dem Volke und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika so deutlich wie möglich zu machen, daß wir den schweren Konflikt fühlen zwischen der Gewöhnung unseres Denkens und unserem Verlangen, möglichste Rücksicht walten zu lassen, auf der einen Seite — und der Zwangslage, in die uns England durch den Anschlag, unsere Kinder und Alten, unsere Schwachen, überhaupt alles was weniger widerstandsfähig in unserem Volke ist, durch Hunger zu töten, auf der andern Seite, daß wir aber um des heiligen Rechtes auf unsere Freiheit und auf unser Dasein willen nicht anders handeln können, als wir getan haben. Ob die Amerikaner diese unsere Lage würdigen wollen, steht bei ihnen. Der Einwand, den das schlechte Gewissens unseres englischen Gegners zum besten gibt, daß wir ja dem ganzen Hungerkrieg und allen drohenden Nöten ein Ende machen könnten, sobald wir uns besiegt geben und um Frieden bitten, der ist nur ein gedankenloses oder böswilliges Gerede. Wir erwidern darauf nur, was wir schon bei einer früheren Gelegenheit an dieser Stelle gesagt haben: daß, bevor ein Volk sich in solche Bedingungen fügt, wie England und die Entente sie ihm zumuten, erst das Äußerste an unerträglichem Elend wirklich hereingebrochen sein muß. Davon wird bei uns nie die Rede sein, weil wir dafür zu stark sind, auch wenn jede überhaupt denkbare Feindschaft sich noch gegen uns entladen sollte. Wohl aber könnte es geschehen, daß vorübergehend die Schwierigkeiten der Ernährung, die uns bedrängen, noch größer werden, als jetzt. Wir werden auch das überstehen und getrösten uns der Zukunft, es komme was da kommen mag, indem wir uns die Worte Hindenburgs an den Reichskanzler vor Augen halten:

„Unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die nötigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte. Und weil dieser U-Bootkrieg unter allen Umständen ein Mittel ist, um unsere Feinde auf das schwerste zu schädigen, muß er begonnen werden."

Wenn Hindenburg so spricht, dann wissen wir: Hier steht kein Wort zu viel oder zu wenig; hier ist jeder Satz getragen vom Bewußtsein vollkommener Verantwortung

Digitized by Google

für das, was er besagt. Alle Folgen — alle! — die der uneingeschränkte U-Bootkrieg nach sich ziehen könnte, sind wir auf uns zu nehmen in der Lage. Nie ist ein gewaltigeres Gewicht nationaler Zukunft mit wenigeren und schlichteren Worten von einem sterblichen Menschen auf seine Schultern genommen worden! Hindenburgs Gestalt erscheint uns in dem Augenblick, wo das deutsche Volk diese seine Worte erfährt, wie ein Atlas von übermenschlicher Kraft — aber wir glauben und vertrauen ihm, denn wir fühlen es: dieser da ist stark genug, um unser aller Last mit zu tragen und sie leicht zu machen durch sein Wort: es wird auch im ungünstigsten Fall menschlicher Voraussicht nach nicht über unser Vermögen gehen!

Nicht leichten und nicht freudigen Herzens gehen wir in den U-Bootkrieg, denn wir wollen uns auch in der Erregung des Krieges die Fähigkeit bewahren, Furchtbares als furchtbar zu erkennen und Gefahren nach ihrer wirklichen Größe, nicht nach der Verkürzung unseres Augenmaßes durch Leidenschaft, zu bewerten. Wir sind wie in einem Boot auf hochgehender See — vor uns das Land, das wir erreichen müssen, und dazwischen mit himmelansteigendem Schwall und tosendem Brechen die Brandung. Nur eins kann uns hindurchtragen: die aufs höchste gespannte vereinte Kraft unserer rudernden Armee, die dem Manne am Steuer gehorcht. Der Augenblick ist da, wo wir hinein müssen — vorwärts mit Gott für Vaterland und Freiheit!

U-Bootkrieg und innerer Frieden

Von Friedrich Thimme

Was noch vor kurzem undenkbar schien, ist Tatsache geworden: die Verkündung des ungehemmten Tauchbootkrieges hat ein einiges und geschlossenes Deutschland gefunden. Bisher schien es, als ob durch die mit solcher Leidenschaft betriebene Agitation für oder wider den uneingeschränkten Gebrauch der U-Bootwaffe, richtiger gesagt, für oder wider ihre alsbaldige Anwendung, Deutschland mehr als durch irgendeine andere Frage gespalten und zerrissen wäre. Den grundsätzlichen Anhängern dieses Kampfmittels, die schon seit Jahr und Tag für seine rücksichtslose Anwendung eintraten, standen ebenso grundsätzliche Gegner gegenüber, die das Mittel als allzugefährlich oder allzuunsicher in seinem Enderfolg verwarfen. Zwischen beiden Lagern verharrte, von den verschiedensten Eindrücken und Empfindungen hin- und hergetrieben, im ganzen sich doch mehr und mehr den Anhängern des U-Bootkrieges zuneigend, die große Masse derjenigen, die sich beschieden, ein sachliches Urteil in der Frage nicht zu haben. Leider verboten es die Umstände, über die Verhandlungen, die im Hauptausschuß des Reichstages im März, im Mai und im September des vorigen Jahres über die Führung des Tauchbootkrieges stattfanden, etwas Greifbares an die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn der Standpunkt des Reichskanzlers schon damals allem Volk bekannt geworden wäre: auch das rücksichtsloseste Mittel, das uns

Digitized by Google

zum Siege und zum schnellen Siege führe, müsse angewandt werden; es gelte nur, den rechten Zeitpunkt abzuwarten, so hätte das Vertrauen auf unsere Reichsleitung gewiß nicht ins Wanken geraten können. So mußte sich das Vertrauen an die im Sommer bekannt gewordene Tatsache klammern, daß unsere Oberste Heeresleitung, daß Hindenburg und Ludendorff an der Entscheidung über den U-Bootkrieg teilnehmen würden. Von neuem nahm die Agitation wegen des U-Bootkrieges zu, als unser Friedensangebot die Möglichkeit nahe legte, daß es zu der Anwendung unseres schärfsten Kampfmittels gegen England überhaupt nicht kommen werde. Tatsächlich aber hat erst das Friedensangebot eine einheitliche Front des deutschen Volkes in der U-Bootfrage ermöglicht. Die schnöde und aberwitzige Antwort der Entente auf unser wahrlich ernst gemeintes Anerbieten hat auch diejenigen Kreise unseres Volkes, die einen Verständigungsfrieden der Anwendung der schärfsten Kampfesformen vorzogen, davon überzeugt, daß jede Verständigung mit den Feinden zurzeit vollkommen ausgeschlossen ist, und daß wir dem Vernichtungswillen der Entente nur mit der rücksichtslosesten Kriegführung begegnen können. Jetzt geht durch unser ganzes Volk das eine Gefühl: es muß sein und es darf sein! Nicht, daß die Stimmung der verschiedenen Parteien und Richtungen in dieser Stunde eine völlig einheitliche sein könnte. Waltet auf der einen Seite das Gefühl der Erleichterung und des Aufatmens vor, daß endlich Klarheit und Sicherheit und damit auch eine bisher nicht vorhandene Gewißheit des Sieges gegeben sei, steigert sich dieses Gefühl sogar in weiten Kreisen bis zur Begeisterung, so mag auf der anderen Seite das schmerzliche Bedauern überwiegen, daß dieses äußerste und letzte Kampfmittel nicht vermieden werden konnte, und daß damit der Verständigung der Völker ein neues und schweres Hemmnis bereitet werde. Aber in der Grundstimmung: es mußte sein, und es mußte jetzt sein, wenn wir nicht in die Not und Schmach verfallen wollten, die unsere Feinde uns und unseren treuen Verbündeten zugedacht haben, ist das deutsche Volk völlig einig.

Auch darin besteht kein Unterschied unter den Parteien mehr, einerlei, wie sie bisher zu der Frage des U-Bootkrieges gestanden haben: alle treten sie in dieser Stunde, unter Zurückstellung alles bisherigen Meinungsstreits, aller kritischen Bedenken, aller sorgenden Gedanken entschlossen hinter die Regierung. Keine einzige Partei — wir sehen hier von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einstweilen ab — denkt daran, wegen der aus der absoluten militärischen Notwendigkeit heraus getroffenen Entscheidung der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Mag immerhin der „Vorwärts", der sich im übrigen ganz auf den Boden der Tatsachen stellt, erklären, daß die Sozialdemokratie für die Taten der Regierung nur insoweit Verantwortung trage, als diese zuvor von ihr verlangt und nachher in Wort und Schrift gebilligt seien, mag in anderen Blättern der Gedanke zum Ausdruck gelangen, daß die Regierung allein die Verantwortung treffe, da sie die Volksvertretung nicht zuvor gefragt habe, so fühlt sich doch das Volk in seiner überwältigenden Mehrheit, bis weit in die Reihen derer,

Digitized by Google

die sich ursprünglich keineswegs mit dem U-Bootkrieg zu befreunden vermochten, solidarisch mit der Regierung. Es ist in der Tat so, daß das deutsche und das preußische Volk, wie jüngst der Abgeordnete von Heydebrand und der Lasa sagte, bereit und mehr als bereit, daß es entschlossen ist, die Konsequenzen des U-Bootkrieges zu tragen, sobald dieser von den maßgebenden Instanzen beschlossen wurde.

Daß dem so ist, daß diese Entschlossenheit sich bis auf die Reihen der Sozialdemokratie erstreckt, verdanken wir — die Gerechtigkeit gebietet es zu betonen — nicht zuletzt unserm Kanzler. Gerade weil ganz Deutschland sich davon überzeugt halten durfte, daß Herr von Bethmann Hollweg in seiner großen, echt deutschen Gewissenhaftigkeit, in seiner nüchternen Ruhe und Umsicht nicht leichthin zu den äußersten, ihrer Natur nach zweischneidigen Entschlüssen greifen würde, daß er vielmehr erst jede Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens erschöpft haben würde, ehe er zu den letzten und stärksten Zwangsmitteln griff, daß er endlich alles für ein möglichst wirksames und überwältigendes Einsetzen dieser Mittel und für eine Herabminderung der daraus zu besorgenden Gefahren vorsehen werde, gerade darum bestand im voraus die größtmögliche, heute zur unbeschreiblich freudigen Tatsache gewordene Gewißheit, daß im entscheidenden Moment das ganze deutsche Volk sich einmütig um den Kaiser scharen werde. Was immer die Gegner des Kanzlers an ihm aussetzen mögen, dies Eine werden und müssen sie ihm lassen: schwerlich hätte ein anderer Kanzler es zuwegegebracht, daß die Einigkeit des deutschen Volkes, die durch den U-Bootkrieg schwerer wie durch irgendeine andere Frage bedroht schien, gerade durch die Entscheidung in dieser Frage fester wie je verankert worden ist. Die volle Einmütigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes aber ist und bleibt die schlechthin unerläßliche Voraussetzung unseres Endsieges. Nicht Roß noch Reisige, auch nicht die schärfsten und besten Kampfmittel allein sichern die steile Höhe ragenden Erfolges; siegen wird letzten Endes doch nur das Volk, das auch und gerade in der letzten Phase des gewaltigen Kampfes einig und geschlossen hinter seiner Regierung stehen bleibt. Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war, dies goldene Kaiserwort müßte heute mehr wie je in alle deutschen Herzen eingehämmert werden.

Wir wollen es hoffen, daß alle Deutschen und vor allem auch die, die in der heutigen Entscheidung ihre Wünsche und Hoffnungen erfüllt sehen, sich des großen, weltgeschichtlichen Moments wert und würdig erweisen. Sie würden es nicht tun, wenn sie ihren „Erfolg" zum Anlaß nehmen wollten, um in der größeren Gewißheit des Sieges auch ihre Kriegszielforderungen zu steigern. Herr von Heydebrand, den wir schon einmal zitierten, hat kürzlich noch ein höchst beherzigenswertes Wort gesprochen: daß es in der heutigen Lage nicht auf Geltendmachung irgendwelcher Kriegsziele, sondern nur noch auf das Eine ankomme: Siegen, siegen, siegen! Wird diese Mahnung, die erfreulicherweise gegenüber alldeutschen Angriffen von der konservativen Presse stark unterstrichen wird, beherzigt, hört auf der anderen Seite die Agitation

Digitized by Google

für einen Verständigungs- und Verzichtfrieden auf, die in dem gegenwärtigen Moment doch wahrlich überflüssig erscheint, so sehen wir wenig Gefahr für die Einheitsfront des deutsches Volkes in dem letzten Akt des titanenhaften Ringens. Daß der Streit um den Kanzler, in dem die Gemüter der Anhänger und Gegner des U-Bootkrieges sich so lange erhitzt haben, endlich aufhöre, erscheint als ein selbstverständliches Gebot der Stunde. Dieser Streit ist nahezu gegenstandlos geworden, seit der Kanzler in voller Einmütigkeit mit der militärischer Leitung auf die Seite des hemmungslosen U-Bootkrieges trat. Der Kanzler und seine bisherigen Widersacher, Anhänger und Gegner des U-Bootkrieges, und was sich sonst an gegensätzlichen Strömungen in unserem Vaterlande zur Stunde breit machte, alles einander genähert, alles mit einander verbunden zur Erreichung des großen Endziels — das scheint uns der innere Gewinn des denkwürdigen 1. Februar.

Und so möge denn dieser Tag für immer in der Reihe der großen und bedeutsamen Tage — 4. August 1914; 2. und 6. Dezember 1916 — genannt werden, in denen sich die Einheit und der innere Friede des deutschen Volkes verjüngte und neu belebte!

Was sagt das Völkerrecht über die bewaffneten Handelsschiffe?

Von Geh. Justizrat Prof. Dr. Theodor Niemeyer, Kiel

Die Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage muß ehrlicherweise lauten: Es gibt hierfür kein positives Völkerrecht; maßgebend ist lediglich die Natur der Sache. Diese Antwort zu begründen und in Kürze die daraus sich ergebenden Folgerungen zu ziehen, ist der Zweck der folgenden Zeilen.

Das positive Völkerrecht beruht wie alles Recht teils auf Satzung, teils auf Übung. Satzungen des Völkerrechts sind die in Staatsverträgen (Völkerrechtsvereinbarungen) niederlegten Rechtsvorschriften. Die Übung (Staatenpraxis) schafft völkerrechtliches Gewohnheitsrecht, wenn fortgesetzt und im Sinne unbezweifelter Rechtsgeltung bestimmte Grundsätze zur tatsächlichen Anwendung kommen. Neben dem positiven Recht kommt wie in allem Recht so auch im Völkerrecht die Natur der Sache in Betracht. Die im Völkerrecht wie in allem Recht vorhandenen Lücken des positiven Rechts (wohl zu unterscheiden von den Mängeln des Rechtes) heischen Ausfüllung. Für die Lückenfüllung gibt es gewisse technisch-juristische Hilfen, welche durch Begriffe wie „erweiternde Auslegung" (Extensive Interpretation) „entsprechende Rechtsanwendung" (Gesetzes- und Rechtsanalogie) u. a. m. vermittelt worden. Man ist aber heute darüber einig, daß die Lückenfüllung im wesentlichen auf freier schöpferischer Rechtsfindung gemäß der Natur der Sache beruht. Natur der Sache aber ist die aus dem Wesen des Rechtes sich ergebende Ordnung des gegebenen Lebensverhältnisses.

Digitized by Google

Die Entscheidung aus der Natur der Sache hat den Nachteil, daß sie von der Anschauung abhängt, welche der Entscheidende persönlich vom Wesen des Rechtes und von der Natur des zu entscheidenden Lebensverhältnisses hat. Sie hat den Vorteil, daß die Entscheidung von dem Zwang starrer Rechtsformeln befreit, durch keine juristische Technik beengt und somit in der glücklichen Lage ist, der Vielgestaltigkeit des Lebens und der Eigenart des besonderen Verhältnisses zu entsprechen, das heißt „dem Rechte, das mit uns geboren ist", Geltung zu verschaffen. Auch bei dem Recht der bewaffneten Handelsschiffe muß der Nachteil in Kauf genommen werden, daß das auf die Natur der Sache gestützte Urteil mit dem Vorwurf der Befangenheit oder der Willkürlichkeit von demjenigen gescholten wird, dem die Entscheidung nicht einleuchtet oder nicht gefällt, während der Mangel positiver Bestimmungen den Vorteil der Anpassung an die Besonderheit der Lage, also wirklich sachgemäßer Entscheidung bietet.

Zunächst sei eine Überschau über die in Betracht kommenden Bestimmungen in den Völkerrechtsvereinbarungen gegeben: I. Die Pariser Deklaration (1856) verbot die Kaperschiffe, das heißt Handelsschiffe, welche unter staotlicher Autorität feindliche Schiffe in Ausübung des Seebeuterechts kapern. II. Die Haager Konventionen von 1907 machten die Wirksamkeit der Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe von der Erfüllung bestimmter, die Realität der Umwandlung und die Kriegsschiffeigenschaft sicherstellenden Bedingungen militärischer Befehlshaber, militärischer Besatzung, Kriegsflagge usw. abhängig. III. Die Haager Konventionen von 1907 enthalten ferner unter der Überschrift: „Beschränkungen in der Ausübung des Seebeuterechtes" Bestimmungen zugunsten der Mannschaften (équipage) eines weggenommenen feindlichen Handelsschiffes. Von der Anwendbarkeit dieser Bestimmungen werden diejenigen Handelsschiffe ausgeschlossen, „die an den Feindseligkeiten teilnehmen". IV. In der Londoner Deklaration (1909) finden sich unter der Überschrift: „Widerstand gegen die Durchsuchung (visite)" folgende Vorschriften für neutrale Handelsschiffe: „Der gewaltsame Widerstand gegen die rechtmäßige Ausübung des Anhaltungs-, Durchsuchungs- oder Beschlagnahmerechtes hat in allen Fällen die Einziehung des Schiffes zur Folge. Die Ladung unterliegt derselben Behandlung, welche die Ladung eines feindlichen Schiffes erfahren würde; die dem Kapitän oder dem Eigentümer des Schiffes gehörenden Waren werden als feindliche Waren angesehen." Aus diesen Bestimmungen ist ebensowenig wie aus irgendwelchen anderen bisher aufgestellten Völkerrechtsregeln irgend etwas zu entnehmen, was die Behandlung eines feindlichen bewaffneten Handelsschiffesdurch gegnerische Kriegsschiffe bestimmt.

Dies ist in bezug auf die einzelnen soeben angeführten Bestimmungen noch näher zu begründen.

I. Kaperschiffe im Sinne der Pariser Deklaration, das heißt mit Kaperbriefen („lettres de marque") ausgestattete und auf Grund dieser staatlichen Autorisation nach Seebeute jagende Kauffahrteischiffe sind die bewaffneten Handelsschiffe

Digitized by Google

des gegenwärtigen Krieges nicht. Man hat zwar den Versuch unternommen, auf das Verbot der Kaperei das Dogma zu stützen: „Nur militärisch organisierte Streitkräfte sind zulässig." Dieses Dogma hat aber keine Geltung. Die Theorie des reinen Militärkrieges ist auch selbst für den Landkrieg nicht gültig. Die Haager Landkriegsordnung erkennt ausdrücklich die unorganisierte Massenerhebung in Artikel 2 an: „Die Bevölkerung eines nicht besetzten Gebietes, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antriebe zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, ohne Zeit gehabt zu haben, sich zu organisieren, ist als kriegführend zu betrachten, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachtet," ein Satz, welcher, weit entfernt das Schlagwort der organisierten Streitkräfte zu stützen, geradezu das Gegenteil bestimmt, und als wichtigste positive Stütze für die Berechtigung bewaffneter Handelsdampfer in Anspruch genommen werden könnte, wenn es solcher Stützen bedürfte und wenn nicht das Recht des See-Krieges so unabhängig neben dem Landkriegsrecht stünde, daß die analoge Anwendung nur mit größter Vorsicht gebraucht werden darf und niemals ausschlaggebend sein kann. Das Verbot der Kaperei muß lediglich aus dem Zusammenhang des Seekrieges selbst verstanden werden. In diesem Zusammenhange aber sagt es schlechterdings nichts anderes, als daß die Staaten keine Kaperbriefe ausstellen dürfen, und daß das Seebeuterecht nur durch Kriegsschiffe ausgeübt werden darf.

II. Nach den vorhin angeführten Bestimmungen der Haager Konventionen von 1907 sind die bewaffneten Handelsschiffe nicht Kriegsschiffe. Sie selbst wollen es nicht sein. Auch die deutsche Denkschrift an Amerika vom 8. Februar 1916 wendet nicht den Ausdruck „Kriegsschiffe", sondern „Kriegführende" auf sie an. Mit Recht. Zwar würde sprachlich nichts im Wege stehen, bestückte Handelsschiffe als Kriegsschiffe im weiteren Sinn das Wortes zu bezeichnen. Aber dem Tatbestandsbegriff der Haager Konventionen und den auch sonst geltenden Voraussetzungen des Kriegsschiffbegriffes entsprechen sie durchaus nicht. Man muß sich erinnern, was der Sinn der Begriffsbestimmung des Kriegsschiffes ist. Der Zweck und Sinn dieses Begriffes besteht in der Festlegung des Tatbestandes, an welchen sich die Privilegien — teils günstige, teils ungünstige — des Kriegsschiffes ein für allemal knüpfen, deren feierlichster Ausdruck die Kriegsflagge ist. Kriegsschiffe in diesem Sinn werden Kauffahrteischiffe durch Anbringung auch von schweren Deckgeschützen nicht. Es gibt nun aber eine Reihe von Grundsätzen und Rechtsfolgen, welche nicht nur für Kriegsschiffe — in dem eben angegebenen besonderen Sinn — gelten, sondern auch für andere Schiffe, nur mit dem Unterschied, daß sie bei diesen als vereinzelte und gelegentliche Folge besonderer Umstände eintreten, während sie bei Kriegsschiffen generell und ohne weiteres gelten. So z. B. ist die Exterritorialität ein allgemeines und unverlierbares Attribut der Kriegsschiffe, kommt aber auch Kauffahrteischiffen gelegentlich zu, z. B. wenn sie Staatsoberhäupter an Bord haben oder wenn sie Truppentransporten dienen, welche das Schiff zur schwim-

Digitized by Google

menden Festung machen, ohne daß die Kriegsflagge geführt wird. Fremde Kriegsschiffe kann jeder Staat (Seenot ausgenommen) von seinen Häfen ausschließen, Kauffahrteischiffe nicht. Wenn aber Kauffahrteischiffe wie in dem eben bezeichneten Fall als schwimmende Kasernen oder Festungen eingerichtet sind, so kann sie jeder Staat, auch wenn sie nicht Kriegsschiffe im Vollsinn sind, gerade so zurückweisen, wie wenn sie Kriegsschiffe wären. Man kann dies so ausdrücken: „Sie sind wie Kriegsschiffe zu behandeln", oder „sie sind im Sinne der vorliegenden Völkerrechtsfrage „Kriegsschiffe", oder etwa auch: „sie sind Kriegsschiffe im weiteren Sinne des Wortes". Ganz in derselben Weise kann auch für die mit Kanonen und mit entsprechenden Gebrauchsanweisungen versehenen Handelsschiffe, obwohl sie sicher nicht Kriegsschiffe im Sinne der Haager Konventionen und im Sinne der generellen Privilegien der Kriegsschiffe sind, die Frage gestellt werden, ob sie in bestimmten Beziehungen wie Kriegsschiffe zu behandeln sind. Und damit wird zugleich die Frage gestreift, ob sie beschossen werden dürfen wie Kriegsschiffe. Der Frage auf dem Umweg über Definition der Kriegsschiffe nachzugehen, ist nach dem Gesagten gründlich verfehlt. Man muß vielmehr unmittelbar untersuchen, ob und wann Kriegsschiffe auf bewaffnete Handelsschiffe schießen dürfen. Die Haager Konventionen geben in ihren Vorschriften über den Begriff der Kriegsschiffe weder hierfür noch für andere Fragen der bewaffneten Handelsschiffe Aufschluß. III. Die Bestimmungen der Haager Konventionen über die Besatzung weggenommener feindlicher Kauffahrteischiffe heben als besonderen Begriff hervor: „Schiffe, die an den Feindseligkeiten teilnehmen." Auf diese sollen die die Besatzung schützenden Vorschriften der Konvention keine Anwendung finden. Da es sich nur um Schiffe handelt, welche nicht Kriegsschiffe sind, so läßt sich der Gedanke nicht von der Hand weisen, daß nach dem Sinn der Konvention Handelsschiffe, welche an den Feindseligkeiten teilnehmen, keine Schonung genießen sollen, was aber nach der Konvention unter Teilnahme an den Feindseligkeiten zu verstehen ist, bleibt so sehr im Ungewissen, daß sich für die bewaffneten Handelsschiffe aus der Konvention nur der ohnehin selbstverständliche Gedanke ergibt, daß Handelsschiffe, welche an den Feindseligkeiten teilnehmen, demgemäß zu behandeln sind. Eine positive Vorschrift über bewaffnete Kriegsschiffe liegt also nicht vor.

IV. Die Sätze der Londoner Deklaration beziehen sich nur auf neutrale Schiffe. Eine Analogie für die Behandlung feindlicher Handelsschiffe darf an sie nicht geknüpft werden. Die Visitation neutraler Handelsschiffe und die Begegnung mit feindlichen Handelsschiffen sind zwei von Grund auf verschiedene Vorgänge. Der erstere ist von der Londoner Deklaration mit dem Charakter einer völkerrechtspolizeilichen Amtshandlung ausgestattet, während die Behandlung feindlicher Handelsschiffe ganz in den Bereich der Maßnahmen der Kriegführung fällt. Das Verhältnis wird in Literatur und Praxis durch die entschieden abzulehnende Anschauung verdunkelt, jede kriegerische Handlung, die nicht verboten sei, sei Rechtsausübung. Diese Auffassung wird unterstützt durch

Digitized by Google

die oberflächliche Anwendung der Begriffe „erlaubt", „unerlaubt", „berechtigt", „unberechtigt" und durch die ebenso gedankenlose als gebräuchliche Wendung: „Was nicht verboten ist, ist erlaubt." Auf die Handelsschiffe angewendet, führt dieser Gedanke, wie die Tagesliteratur lehrt, leicht zu der folgenden Auffassung: Weil die Londoner Deklaration den Widerstand neutraler Schiffe gegen die Visitation feindlicher Kriegsschiffe als unerlaubtes Verhalten behandelt und bestraft, während eine gleiche Vorschrift für feindliche Handelsschiffe nicht besteht, so beruht der Widerstand feindlicher Handelsschiffe gegen Kriegsschiffe auf einer völkerrechtlichen Rechtsausübung. Der hierin liegende Fehlschuß hängt zusammen mit dem weit verbreiteten Irrtum, man könnte auch sagen dem dialektischen Unfug, welcher, durch ein dialektisches Entweder — Oder, alles Geschehen restlos unter beliebige logische Alternativen bringt. Der Jurist, welcher im Banne dieser Denkart steht, kommt unter die Zwangsvorstellung, daß jedwedes Tun und Lassen der Menschen dem Maßstab des Rechtes unterworfen sei. Aus dieser Anschauung ergibt sich für das Völkerrecht des Krieges wiederum leicht die wie manches andere Sophisma bestechende Formel, jedes Verhalten im Kriege sei Rechtsausübung oder Delikt. Diese Meinung verkennt, daß es im Völkerrecht sehr viele gewaltig klaffende Lücken gibt, daß keineswegs alle im Verhältnis der Staaten vorkommende Tatbestände völkerrechtlich geregelt sind, und daß namentlich der Krieg eine furchtbare Fülle solcher völkerrechtlichen Lücken gebiert. Der Krieg sei aber doch als solcher ein Rechtsverhältnis, — so hört man sagen. Daß der Krieg ein Rechtsverhältnis sei, ist eine unerhörte Fiktion. Nicht der Krieg ist rechtlich normiert, sondern einzelne geringfügige episodenhafte Tatbestände des Krieges sind Gegenstand völkerrechtlicher Regelung. Seinem Wesen nach ist der Krieg das, was das Wort sagt. Was nicht durch Staatenkonsens positiv in den Bereich rechtlicher Ordnung hineingezogen ist, ist „res meae facultatis", liegt außerhalb aller Rechtsordnung. Dazu gehört auch der Tatbestand der bewaffneten Handelsschiffe und das Verhalten der Kriegsschiffe ihnen gegenüber. Die bewaffneten Handelsschiffe sind nicht völkerrechtlich verboten. Aber auch das gegnerische Kriegsschiff ist durch Völkerrecht in seiner Handlungsfreiheit nicht beschränkt. Dieses ist das Ergebnis der Umschau in den Völkerrechtsvereinbarungen.

Befragen wir das Gewohnheitsrecht, so ist das Ergebnis dasselbe. Sehr begreiflich. Erst seit März 1913 ist das Problem aufgetaucht. Damals gab Churchill im englischen Parlament die zu jener Zeit wenig verstandene Erklärung ab, England müsse seine Handelsschiffe mit Kanonen bewaffnen, um den Vorteil auszugleichen, welchen die Kontinentalstaaten dadurch hätten, daß sie das Recht beanspruchten, Handelsschiffe auf hoher See in Kriegsschiffe zu verwandeln. Heute sehen wir ganz klar, daß mit jener Maßnahme die englische Admiralität den Handelskrieg mit seinen grausamsten Konsequenzen in äußerster Energie ins Auge faßte. Wir müssen andererseits feststellen, daß ein ernstlicher Widerspruch gegen die völkerrechtliche Zulässigkeit der

Digitized by Google

Bewaffnung damals von keiner Seite geäußert ist. Eben damit aber ist zugleich die Feststellung gegeben, daß die übrigen Staaten stillschweigend den Kampf gegen das neue Kampfmittel ins Auge faßten, daß von völkerrechtlichen Beschränkungen Abstand genommen und daß die Kriegsräson als das in dieser Sache allein maßgebende Prinzip akzeptiert wurde. Und die Natur der Sache? Es ist die Unnatur der Sache, welche hier an die Stelle der Natur tritt. Der englische Admiral, spätere See-Lord R. Fisher, wurde vor einer Reihe von Jahren gesprächsweise von dem deutschen Admiral Prinz Heinrich von Preußen gefragt: „Was würden Sie als Kommandant eines Torpedobootes tun, wenn Sie einen Passagierdampfer der feindlichen Flagge auf hoher See träfen?" worauf Fisher ohne Besinnen hart einfiel: „Sink her!" Und der Engländer begründete seinen Versatz damit, daß man den Krieg so grausam wie tunlich führen müsse, damit er rasch beendet werde und der Gegner für so lange Zeit als irgendmöglich niedergeworfen sei. „Sink, burn, distroy", ist das Merkwort des englischen Seekrieges geblieben, wie es immer gewesen ist. Nur die Ausführung hat sich anders gestaltet als früher. Was an deutschen Schiffen, Waren, Menschen auf See zu fassen war, dessen hat sich England alsbald ohne irgendwelche Rücksicht und Schonung bemächtigt. Was zu gebrauchen war und abgeschleppt werden konnte wurde abgeschleppt, das übrige zerstört. Nachdem die See ausgeräubert war, kamen die neutralen Küstengewässer und Häfen an die Reihe. Mit Gewalt, Erkaufung und List wurde das neutrale Ausland in den See- und Wirtschaftskrieg hineingezogen. England lehrt die Welt, was der Krieg seiner fürchterlichen Natur gemäß ist, mit der letzten Konsequenz: Er ist das Ringen der Staaten bis zum letzten Atemzug und bis zum letzten Blutstropfen, der Kampf um Sein und Nichtsein. Von Deutschland ist dem Gegner bei Kriegsbeginn vorgeschlagen worden, beiderseits die Grenzen innezuhalten, auf welche man sich im Haag und in London geeint hatte. England zuerst und dann seine Verbündeten haben sich alsbald von diesen Schranken losgesagt. Die Frage der bewaffneten Handelsdampfer lag von vornherein außerhalb jener Schranken. England nennt die Bewaffnung und die Haltung seiner bewaffneten Handelsdampfer Selbstverteidigung. Es schärft den Kapitänen ein, daß dies nicht heißt, sie dürften nicht den ersten Schuß auf ein ihnen begegnendes U-Boot abgeben. Es instruiert die Kapitäne so, daß diese es für ihre Pflicht halten, das Prävenire zu spielen. Kapitäne, welche nicht energisch genug gegen U-Boote vorgehen, werden bestraft. In zahlreichen Fällen haben bewaffnete Handelsschiffe feindliche U-Boote angegriffen. Kann hiernach noch der leiseste Zweifel bestehen, daß die armierten Handelsdampfer der Engländer Kampfmittel sind? Sind sie nicht zu dem Zweck bewaffnet, damit sie die gemäß den harten Aufgaben des Krieges unseren U-Booten obliegende Tätigkeit, das heißt die Vernichtung der feindlichen Seemacht, bekämpfen und mit Waffengewalt vereiteln? Wer darf den ersten Schuß tun? Völkerrecht bestimmt dies nicht. Vielleicht wird es später einmal festgesetzt. In dem jetzt über die Welt hereingebrochenen Kriege stehen

Digitized by Google

die Gewalten sich in solcher Spannung gegenüber, daß die Aufstellung einer mechanischen Regel als Aberwitz erscheinen muß. Beide Parteien stehen infolge der England begangenen Lossagung von den wenigen Grundsätzen des bisher anerkannten Seekriegsrechtes im Zustande ungemessener Repressalien, von denen Frauen und Kinder noch mehr betroffen werden als die streitenden Männer. Beide Parteien stehen in einem Kampfe, in welchem Zaudern zum Selbstmord, Schwäche zum Verbrechen werden kann. Das ist die Natur der Sache, welche das Recht der bewaffneten Handelsschiffe bestimmt.

Die Friedensbotschaft Wilsons

Von Albert Osterrieth

Die Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Senat vom 22. Januar ist eine Kundgebung von großer geschichtlicher Bedeutung. Über ihren Zweck und ihre Tragweite herrscht jedoch vielfach noch Unklarheit.

Zunächst springen zwei Punkte in die Augen: zuerst die Erklärung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keinen unmittelbaren Einfluß auf den Friedensschluß beansprucht, d. h. auf die Bedingungen, unter denen der Krieg beendet wird. Man kann darin eine öffentliche Bekundung des festen Willens der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten erblicken, auch bei dem Friedensschluß nicht aus ihrer Neutralität herauszutreten. Wohl aber legt Wilson andrerseits das größte Gewicht darauf, daß im Anschluß an diesen Friedensschluß eine Vereinbarung zustande komme, die dem Frieden einen dauernden, die Wiederkehr solcher Kriege ausschließenden Charakter verleihe. Es soll ein Dauerfrieden zustande kommen und zwar unter Mitwirkung der neutralen Staaten, darunter in erster Linie der Vereinigten Staaten. Den wesentlichen Inhalt der Botschaft bildet die Darlegung des Programms für diesen Dauerfrieden. Man kann annehmen, daß in diesem Programm die persönliche Überzeugung Wilsons und die politischen Ziele seiner Regierung zusammenfließen. In welcher Art und in welchem Maße die Vereinigten Staaten ihren Einfluß üben werden, damit der Friedensschluß zu einer geeigneten Grundlage für das von Wilson erstrebte Zustandekommen des Friedensbündnisses werde, ist ein Punkt, der in der Botschaft Wilsons im dunkeln bleibt. Jedenfalls gibt aber schon die Erwägung, daß die Vereinigten Staaten nach dem Ausspruch ihres Staatsoberhaupts ein mittelbares Interesse an dem Zustandekommen des Friedensschlusses haben, besonderen Anlaß, auch sein Programm für einen Dauerfrieden einer Prüfung zu unterziehen.

Er hat die Bildung eines die Staaten Europas und Amerikas umfassenden Friedensbundes im Auge, der durch die in seiner Organisation verkörperte Macht den Gemeinfrieden verbürgen, also offenbar Friedensstörer durch Zwang in Schranken halten soll. Für die Ausführung dieses Planes eines Friedensbundes gibt Wilson einige Leitsätze:

Digitized by Google

1. Der Friedensbund soll sich aufbauen auf den Grundsatz der Gleichheit der Rechte der Staaten. Die gegenseitigen Bürgschaften sollen für alle gleich sein, so daß also die großen Staaten nicht berechtigt wären, durch Geltendmachung ihres Machtübergewichts gegenüber den kleinen den Gemeinfrieden zu stören.

2. Der Friedensbund soll sich gründen auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Zu beachten ist, daß Wilson den Nationolitätengrundsatz nicht unter seine Leitsätze aufnimmt. Er hält zwar eine gerechte Lösung der Frage der Rassen- und Stammeszugehörigkeit für wünschenswert, stellt aber nicht die Forderung, daß die nationale Zugehörigkeit einer Bevölkerung auch die staatlichen Grenzen des Landes bestimme.

3. Die Forderung eines offenen Zuganges an die See für jedes große Volk ist wohl nur aufgestellt worden, um Rußland sein Interesse an dem Friedensbund zu zeigen.

4. Die Forderung der Freiheit der Meere hängt mit der vorigen eng zusammen. Sie richtet sich gegen den Anspruch einzelner Länder auf die Alleinherrschaft zur See. Es soll in dem künftigen Friedensbund jedem Land das freie Recht zustehen, alle Weltmeere zu befahren, sich Kohlenstationen anzulegen, Kabellinien zu unterhalten usw.

5. Schließlich macht Wilson den Vorschlag der Begrenzung maritimer Rüstungen und einer Beschränkung der Landarmeen.

Wie man sieht, sind seine Vorschläge nicht vollständig genug, um ein klares Bild zu geben, wie er sich den Friedensbund vorstellt, wie seine Organisation beschaffen sein soll, welches die Rechte und Pflichten seiner Teilnehmer sein werden, und wie das Organ der gemeinsamen höheren Macht beschaffen sein soll, das die einzelnen Bundesmitglieder zur Einhaltung ihrer Pflichten anhält. Offenbar ist Wilson der Ansicht, daß es noch nicht an der Zeit ist, ein genaueres Programm hiefür zu entwerfen. Er will nur seinen Gedanken in die Welt setzen.

Seine Anregung wird in Deutschland freundliches Interesse finden. Auch wir erstreben Sicherungen für einen dauernden Frieden. Der Reichskanzler hat ausgesprochen, daß wir dem Gedanken einer Friedensorganisation wohlwollend gegenüberstehen. Auch die Leitsätze Wilsons werden wir mit grundsätzlicher Zustimmung aufnehmen können, natürlich mit einigen Vorbehalten, die sich aus geschichtlichen Bedingtheiten ergeben, und die jeder Kenner der Geschichte Europas zu würdigen wissen wird.

Allerdings wird der großartige Plan Wilsons dadurch, daß wir seinen Leitsätzen grundsätzlich zustimmen können, seiner Verwirklichung nicht näher gebracht. In welchem Zusammenhang stehen nun Wilsons Friedensbundgedanken mit der Frage der Beendigung des jetzigen Krieges? Welche Zwecke verfolgt Wilson, wenn er seine weitausschauenden Gedanken heute ausspricht und sie mit dem Friedensschluß verknüpft, der den jetzigen Völkerkrieg beenden soll? Welches ist das wirkliche, sachliche Interesse der Vereinigten Staaten an Wilsons Anregung?

Zunächst muß man in Betracht ziehen, daß Wilsons Botschaft in die Zeit fällt, welche

Digitized by Google

die Entente, angesichts der gegenwärtigen Kriegslage, nicht als die geeignete bezeic net, um in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Entente bereitet die gewaltigste Anstrengungen vor, um die Kriegslage so zu ändern, daß sie ihren Frieden mit de von ihr angekündigten Kriegszielen durchsetzen kann, — mit Kriegszielen, die geral das Gegenteil dessen sind, was Wilson als geeignete Grundlage für seinen Friedens bund bezeichnet. Denn die Erreichung dieser Ziele setzt die Vernichtung Deutschland als eines Reiches, sowie Österreichs und der Türkei voraus. Die Entente will zwa wie sie mit feiner Unterscheidung betont, die deutschen Völker bestehen lassen. Ab das Reich wäre zu Ende. — Selbstverständlich würden die deutschen Völker — fal es denkbar wäre, daß die Entente ihre Ziele erreicht — wieder den Zusammenschlu suchen und finden, und damit wäre nicht der Frieden, sondern der Krieg für absehbare Zukunft der Dauerzustand in Europa. Abgesehen davon, daß also der Friedensplan Wilsons mit den Kriegs- und Friedenszielen, die die Entente feierlich verkündet hat, in schroffstem Widerspruch steht, muß die Friedensbotschaft den Ententeregierungen gegenwärtig sehr unbequem sein. Ihr Streben ist, den Kriegswillen ihrer Völker zum äußersten anzuspornen; dagegen nährt Wilsons Botschaft die Bewegung derer, die eine Verständigung mit Deutschland auf Grund bescheidenerer Ziele erstreben. Diese Strömungen sind innerhalb der Ententevölker in solchem Maße vorhanden, daß die gegenwärtigen Regierungen eine Verstärkung oder Unterstützung dieser Bewegung nicht für wünschenswert halten können. Den heute herrschenden Gruppen der äußersten Kriegshetzer muß also Wilsons Botschaft ungelegen kommen. Wir brauchen daher nicht an der Ehrlichkeit seiner Absichten zu zweifeln.

Damit wird das Verständnis der Friedensbotschaft Wilsons noch schwieriger, da man von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht annehmen darf, daß er nur menschenfreundliche Ziele verfolgt. In diesem Zusammenhang fällt ein Wort der Botschaft auf:

„Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerndes Europa sein.“ Also haben die Vereinigten Staaten ein dringendes Interesse an einem dauernden Europa! —

Allerdings werden die Vereinigten Staaten durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen. Aber das berührt noch kein Lebensinteresse. Es scheint auch, daß die Vereinigten Staaten an einem Goldüberfluß leiden, der die heimische Währung stark drückt und im Zusammenhang mit den gewaltigen Lieferungen für die Entente eine ernste Teuerung hervorgerufen hat. Das würde zur Genüge erklären, daß die Vereinigten Staaten ein lebhaftes Interesse an der baldigen Beendigung des Krieges haben. Ob aber dieser Grund ausreicht, Wilsons Botschaft zu erklären, ist zweifelhaft. Auch hat dieser Gesichtspunkt nichts mit dem Wunsche nach einem „dauernden Europa“ zu tun.

Die Vereinigten Staaten sind bei aller Anhänglichkeit und Neigung, die sie für Europa, namentlich für ihr ehemaliges Mutterland, haben, ein Staatswesen für sich, mit eigenen Daseins- und Machtbedingungen, die sich mit denen Europas nich

Digitized by Google

decken und heute, noch mehr in Zukunft, in Gegensatz zudenen Europas treten können. — Sollte Europa seine Machtstellung verlieren, so würde — wenn man sich die beiderseitige Entwicklung der letzten hundert Jahre vergegenwärtigt — wohl Amerika das Erbe Europas antreten; würden die Vereinigten Staaten das an Macht gewinnen, was Europa verlöre. — Dann wäre also der Wunsch nach einem dauernden Europa nur ein Vorwand für ein Dreinreden, selbst auf die Gefahr, es mit beiden kämpfenden Gruppen zu verderben? Oder sollte Wilson befürchten, daß die Vereinigten Staaten noch schwere innere Krisen, wirtschaftliche und Bevölkerungskrisen, zu überwinden haben werden, bevor sie stark genug wären, Europas Machtstellung einzunehmen, und daß in dieser Zwischenzeit seinem Lande eine Gefahr von anderer Seite, von jenseits des Stillen Ozeans, drohen könnte?

Hier liegt vielleicht die Lösung des Rätsels. Die Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan um die Herrschaft im Großen Ozean scheint vielen unvermeidlich. Käme sie heute oder in nächster Zukunft, so wäre die Gefahr für die Vereinigten Staaten, deren Flottenpläne noch in der Ausführung begriffen sind, deren Panamakanal noch nicht betriebsfertig ist, die kein Landheer besitzen, sehr ernst. Der einzige, der heute Japan in Schranken halten kann, wäre England. Englands Macht ist aber mit der Europas verkettet. Daneben würden in dem zweiten Weltkriege — zwischen Asien und Amerika — auch die übrigen Länder Europas — Rußland, die Mittelmächte — eine wichtige Rolle spielen. Bricht die Macht Europas infolge des jetzigen Kriegs zusammen — auch nur vorübergehend für eine Reihe von Jahren — dann sind die Vereinigten Staaten Japan gegenüber ohne Hilfe. Sollte das das Interesse der Vereinigten Staaten an einem „dauernden" Frieden sein? Diese Sorge wäre unbegründet, wenn England einen solchen Sieg davontrüge, daß es mit ungeschwächter Macht aus dem Kriege hervorginge. Wilsons Wünsche werden wohl in dieser Richtung gegangen sein. Aber wenn er an einen solchen Ausgang für England nicht mehr glaubt, — was kann dann die Vereinigten Staaten retten? — Nur ein baldiges Kriegsende!

Ist dieser Gedankengang richtig, dann wird auch das zunächst befremdende Wort verständlich, daß der Frieden ein Frieden ohne Sieg sein muß. Da dieses Wort deutungsfähig ist, gibt Wilson gleich selbst die Erklärung dazu: er will nicht einen Frieden, der dem Besiegten aufgezwungen wird, der das dem Besiegten aufgelegte Gesetz des Siegers ist. Er fügt bei, daß ein solcher Sieg den Stachel der Rachsucht zurücklassen und dem Frieden die Aussicht auf Dauerhaftigkeit nehmen würde.

Man versteht aus den dargelegten Gründen, daß Wilson auch im Interesse der Vereinigten Staaten die Gefahr eines jederzeit drohenden Wiederausbruchs des Krieges beseitigen will, der Amerika die Möglichkeit einer Anlehnung an ein starkes Europa rauben würde.

Digitized by Google

Aber wesentlich scheint noch die Frage, ob nach Wilsons Meinung heute überhaupt ein Sieg möglich wäre, der den Vereinigten Staaten den gewünschten Rückhalt sichert. Im Interesse der Vereinigten Staaten darf England nicht besiegt werden! — Es darf aber auch als Sieger oder in der Verfolgung des Sieges nicht derart geschwächt werden, daß ihm die Kraft zu einer nachdrücklichen Unterstützung der Vereinigten Staaten gegen Japan geraubt wird. Ein glatter, leichter und vollständiger Sieg der Entente über Deutschland hätte dieses Lebensinteresse der Vereinigten Staaten nicht berührt. Wenn aber Wilson glaubt, daß England nicht siegen kann, oder wenigstens nicht ohne den Preis einer vollständigen eigenen Erschöpfung, dann ist es von diesem Standpunkte aus nur folgerichtig, wenn er sagt, im Interesse des Dauerfriedens, d. h. im Interesse der Vereinigten Staaten, darf es in diesem Frieden keinen Sieger geben; natürlich nicht in dem Sinn, daß derjenige, der seinen Zielen am nächsten kommt, sich nicht als Sieger betrachten darf, sondern nur in dem Sinn, daß der eine Teil den anderen nicht derart niederwirft, daß er ihm das Gesetz des Siegers vorschreiben kann. Ist diese Erklärung richtig, dann ist die Friedensanregung Wilsons ehrlich gemeint, und dann stimmen die idealen, menschlichen Erwägungen, die er in den Vordergrund stellt, mit dem eigenen Lebensinteresse des Landes, dessen Diener und Leiter er ist, vollkommen zusammen.

Dann kann aber auch das Deutschland, das als Erster die Anregung zum Frieden gegeben hat, Wilsons Botschaft mit Genugtuung und ehrlicher Anerkennung der hochherzigen Gedanken, die er ausgesprochen hat, begrüßen. Deutschland hat keinerlei Interesse, Wilsons Friedensplan abzulehnen, sobald England bereit ist, ehrlich darauf einzugehen. Denn auch die weitestgehenden Pläne, die der Krieg in Deutschland geweckt hat, sind nur auf die künftige Sicherung, allerdings auf eine unbedingte und wirksame Sicherung unseres Bestandes und unserer Wohlfahrt gerichtet. Wird dieses Ziel durch einen Friedensbund — mit den erforderlichen Sicherheiten — erreicht, hat Deutschland seine ihm durch die Verteidigung seines Daseins aufgezwungenen Kriegsziele erreicht. Danach kann Wilson beurteilen, wo die Freunde und die Gegner seines großzügigen Friedensprogramms sitzen. Gelingt es ihm, letztere zu bekehren, dann hat er sich ein Verdienst erworben, das ihm die Geschichte lohnen wird.

Streiflichter zur Weltlage II

(30. Januar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Als der russische Ministerpräsident Stürmer gestürzt wurde, hatte auf die Nachricht davon der kürzlich verstorbene russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, eine Unterredung mit Herrn Amphitheatrow, einem bekannten radikalen russischen Schriftsteller, die überaus charakteristisches Licht auf die jetzigen Verhältnisse in Rußland wirft.

Digitized by Google

„Entweder" — sagte Benckendorff — „werde ich alt und stumpfsinnig, oder eine Art geheimnisvoller Geisteskrankheit beherrscht die diplomatischen Kreise Pertersburgs. In Petersburg wirft man mir vor, liberal zu sein. Natürlich bin ich es, verglichen mit denen, die die Macht in Händen haben. Ich habe mein ganzes Leben in Europa verbracht und Beziehungen zwischen Rußland und England, das eine erziehende Nation ist, geschaffen. Aber in Rußland herrscht Verblendung. Man will weder sehen, noch hören. Ich wünsche Rußland alles mögliche Gute, aber ich muß gestehen, daß jeder Kurier aus Petersburg mich mehr und mehr zu tiefstem Pessimismus führt." Die „Times" und nach ihr der „Temps" vom 20. Januar drucken die Äußerung Benckendorffs ab. Wir können sie dahin ergänzen, daß Benckendorff keineswegs mit der Politik einverstanden gewesen ist, die im August 1914 zum Bruch zwischen Rußland und Deutschland führte. Er war in der Tat „Europäer" und kannte zudem die Politik Englands zu genau, um nicht zu wissen, daß die Interessen beider Mächte auseinandergehen. Wenn er England eine „erziehende Nation" nennt, ist das wohl dahin zu verstehen, daß er von englisch-russischen Beziehungen, wie er sie „geschaffen" zu haben, für sich in Anspruch nimmt, eine zivilisierende Wirkung auf die Richtung der inneren Politik Rußlands erwartete. Die Promulgierung des „Krieges gegen das Deutschtum" ist ihm gewiß unsympathisch gewesen. Er verstand den russischen Patriotismus, zu dem er sich bekannte, ganz anders, denn es lebten in ihm noch die Überlieferungen Nikolaus I. und Alexander II. fort, von denen im heutigen Rußland nichts mehr übrig geblieben ist, als die Karrikatur.

Von den russischen Ministern der letzten Jahre sind wider ihren Willen beseitigt worden: Poliwanow, Kriwoschein, Ssasanow, Ssamarin, Chwostow, aus eigenem Antriebe zurückgetreten Makarow, Schuwajew, Ignatiew, Pokrowski, Schachowskoi und endlich Bark, der Finanzminister, der als einziger sich aus der Reihe der Friedensminister während des ganzen Verlaufes des Krieges behauptet hatte. Er ist soeben durch Nikolajenko ersetzt worden.

Ebenso charakteristisch ist der Wandel, der sich in der Besetzung des Reichsrats vollzogen hat. Den mißliebigen Mitgliedern dieser höchsten politischen Körperschaft des Reiches ist die Mitteilung zugegangen, daß sie in Zukunft den Sitzungen fernzubleiben hätten, und zwar traf diese Maßregelung zunächst den Präsidenten Staatssekretär A. N. Kulomsin und den Vizepräsidenten P. Ja. Golubow, die durch Schtscheglowitow und Deutrich ersetzt wurden. Ganz wie die früheren Präsidenten wurden noch die folgenden Reichsratsmitglieder gleichfalls — nun sagen wir — an die Luft gesetzt: J. A. Kaufmann-Turkestanski, die Generale Palitzyn, Seliiwanow, von der Roop, die früheren Minister Goremykin und Stürmer, endlich Gerbel, Professor Guerrier und Pichnow. Neu berufen in den Reichsrat wurden Werewkin (ehemals im Justizministerium Ministergehilfe), Plewe, Baron Taube (früher Gehilfe des Ministers des Auswärtigen), Trusewitsch (früher Direktor im Polizeidepartement), die Sena-

Digitized by Google

toren Ochotnikow und Barsow, Professor Rasumowski, Adelsmarschall Jewreopkin und der zum Justizminister ernannte Senator Dobrowolski. Die Führer des so gebildeten ultrakonservativen Blocks werden die Herren Schischeglowitow, Maklakow und Markow sein, und eine nahe Zukunft wird uns beweisen, daß sie zuverlässige Stützen des neuen Kurses sind, den der Ministerpräsident Fürst Golitzyn auf allerhöchsten Befehl zu vertreten hat. Die „Nowoje Wremja" vom 13. Januar hat das Programm veröffentlicht, zu dem er sich bekannt hat. Es geht selbstverständlich von der Versicherung aus, die alle Führer der Entente in den letzten Tagen zum Überdruß wiederholt haben, daß nämlich auch Rußland entschlossen sei, bis zu errungenem vollen Siege zu kämpfen. Die Richtung seiner inneren Politik werde zwar die gesetzgebenden Institutionen des Reichs aufrecht erhalten, jedoch so, daß die Grundgesetze in voller Unantastbarkeit fortbestehen, woraus folgt, daß er den Gedanken nicht aufkommen läßt, daß die Regierung des Reichs den gesetzgebenden Institutionen (d. h. Duma und Reichsrat) verantwortlich sei. „Die Regierung, an deren Spitze ich stehe, ist im vollen Sinne des Wortes nur der höchsten Autorität (d. h. dem Zaren) verantwortlich." „Duma und Reichsrat hätten das Recht, Anfragen zu stellen, und das solle ihnen gewahrt bleiben." Ausschreitungen, wie sie in letzter Zeit stattgefunden hätten, würden die Regierung gleichgültig lassen. Mit den Organisationen der Gesellschaft, deren wohltätige Bedeutung er zu schätzen wisse, wolle er in den Fällen zusammenarbeiten, in denen diese Organisationen die ihnen auferlegten Aufgaben direkt erfüllen. Im Prinzip sei er nicht dafür, daß man Kongresse in Bausch und Bogen auflöse. Jeder einzelne Fall solle im Ministerrat und bei besonders wichtigen Anlässen vom Minister des Innern objektiv erwogen werden, ob ein Kongreß oder eine Versammlung zu gestatten sei, und festzustellen ob solche Zusammenkünfte zurzeit notwendig seien, ob ihr Programm den Gesetzen entspreche und ob der Personalbestand als befriedigend betrachtet werden könne. Einige Schlußworte betonten die Notwendigkeit eines einheitlichen Bestandes des Kabinetts.

Offenbar haben wir hier die authentische Auslegung des zarischen Manifestes, und es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß es sich um Beseitigung der Oktoberverfassung und um Durchführung eines scharf autokratischen Regiments handelt. Ssasanows Überführung als Botschafter nach London wird jetzt wieder bestätigt. Um die Enttäuschung zu versüßen, die das Manifest sonder Zweifel dem Botschafter Buchanan gebracht hat, ist seiner Gemahlin die 1. Klasse des russischen Roten Kreuzes verliehen worden. Die Dame habe, erläutert der „Temps" diese Nachricht, „eine sehr ausgesprochene Tätigkeit gegen die deutschen Einflüsse in den politischen Kreisen und in den hohen reaktionären Sphären Petersburgs entfaltet". Wie unzufrieden man aber in Paris mit der jüngsten Entwickelung Rußlands ist, zeigt ein Artikel über die innere Lage Rußlands, den der nach Paris zurückgekehrte Petersburger Korrespondent des Blattes veröffentlicht. Die Zensur hat ihn nicht weniger als fünfmal durch ihre Strei-

Digitized by Google

chungen unterbrochen, was immerhin noch gnädig ist, wenn man an die „Débats“ denkt, denen — wie das Blatt erklärt — alle Artikel über Rußland gestrichen worden sind. Der „Temps“ vergleicht die Zustände im heutigen Rußland mit der „terreur blanche“ nach der Restauration in Frankreich, und da die Zensur diesen gewiß für Rußland nicht schmeichelhaften Vergleich hat stehen lassen, kann man sich ungefähr eine Vorstellung von den Kraftworten machen, welche sie ausgemerzt hat. Stehengeblieben ist auch die Bemerkung, daß Rasputin „le personage central“ Rußlands gewesen sei, was für den Zaren ebensowenig schmeichelhaft ist wie die Schlußbetrachtung von Charles Rivet — so heißt dieser Exkorrespondent —, die den Gedanken ausführt, daß die Kaste der Bureaukraten den Zaren mit dem Gespenst der Revolution geschreckt und dadurch zu den oben dargelegten reaktionären Personalveränderungen veranlaßt habe. Man versteht unter diesen Verhältnissen den schmerzlichen Ausruf des „Utro Rossii“ (Russischer Morgen): „Ist es nicht entsetzlich, daß unser ganzes politisches Leben eine Lotterie ist?“ Dieses Bewußtsein ist so allgemein, daß selbst die „Nowoje Wremja“, die, wie von jeher, auch jetzt mit den Machthabern des Augenblicks durch dick und dünn geht, sich ihm nicht entziehen kann und in Anlaß der Unsicherheit, die in den ersten Stunden des 10. Januar darüber bestand, welcher Golitzyn denn eigentlich zum Ministerpräsidenten ernannt sei, sich zu der folgenden Satire aufschwang:

„Seine Exzellenz schrie vor Schrecken auf — und erwachte. Er hatte geträumt — man habe ihn „ernannt“. Er stand mit schwerem Kopf vom Bett auf, kletterte in seinen Schlafrock und wollte ins Speisezimmer gehen. Unterwegs brummte er fortwährend: Gott gebe, daß aus dem Traum nichts wird. Beim Tee bemerkte seine Frau, wie gequält er aussah: Was ist mit dir, hast du schlecht geschlafen? Ja! Gewiß hast du gestern abend zu viel gegessen! Gar nichts habe ich gegessen! Woher kommt es dann? Ich habe gestern mit deinen Gästen zu viel geschwatzt. Man kam auf diese „Ernennungen“ zu sprechen ... Nicht wahr, unser Weihnachtsbaum war gelungen. Man hat sich amüsiert wie noch nie ... Gewiß, es war nicht übel ... Aber diese dummen Gespräche ... Als alle lachten, setztest du deine Narrenkappe auf. Und dieses Jahr waren in der Knallbüchse reizende Überraschungen. Nicht wahr? Bitte, höre auf. Ich habe entsetzliches Kopfweh. — Soll ich dir etwas eingeben? Nein. Ist heute noch Festtag? Natürlich! weshalb? Ein Festtagstraum — vormittags? Ja, man sagt so. Hast du einen bösen Traum gehabt? Jedenfalls wäre es gut, bald Mittag zu essen. Was ist's mit dir. Noch hat die Uhr nicht elf geschlagen. Du erschreckst mich. Zerstreue dich, um Gottes willen. Hier sind Zeitungen ... Öffne sie nicht! Schaffe alle Zeitungen fort ... Ich werde nach dem Essen lesen ... In diesem Augenblick stürmte ins Eßzimmer — die Freude des Hauses — die Tochter Seiner Exzellenz. Mit ihr die Hunde. Alle waren in einem Freudenrausch. Sie winselten und bellten. Seine Exzellenz traute ihren Ohren nicht. Die letzten Spuren von Migräne vergingen ihm darüber.

Digitized by Google

Popa, man hat ernannt! Man hat dich ernannt! Laß dich von mir küssen! Frau, Tochter und Hunde stürzten auf den Neuernannten los. Ich habe es dir gesagt, Mischel, daß man auf dich anspielte. Sie haben es getroffen, Mutterchen. Aber du scheinst dich nicht zu freuen, Popa. Wir liegen alle in Gottes Hand, Mädchen! Aber sprich doch nicht so, Mischel, verstehst du denn nicht, du bist „ernannt". Ich verstehe, was kann ich aber dafür, daß mein Gefühl mir sagt, daß ich schon nahe daran bin, wieder entlassen zu werden? Im Kabinett meldet sich das Telephon. Alles erhebt sich, die Hunde laufen natürlich voran. Als zweiter kommt der Diener. — Was ist Ihr Programm, hohe Exzellenz? Ich stehe ganz zu Diensten. Endlich spricht auch der Neuernannte ins Telephon: — Mein Programm ist: „siegreiches Wohlwollen, Wohlwollen bis ans Ende ... Wohlwollen und bis ans Ende". Das ist meine Devise, so weit ich meine Ernennung erfaßt habe. Ich gratuliere Ew. hohen Exzellenz und kondoliere. Die Pappe wird schwer sein ... hört man aus dem Telephon. Was? Pappe, Portefeuilles gibt es ja jetzt wegen des Mangels an Leder nicht, Ew. hohe Exzellenz. Ach ja, es ist schade. Ärgern Sie sich nicht, es ist ja nicht auf lange. Freilich, freilich, aber immerhin ... Vielleicht befehlen Sie zu dementieren? Was? Daß nicht Sie es sind, sondern Ihr Namensvetter. Sie haben ja einen. Das ist ein Gedanke! Rufen Sie bitte durch das Telephon an: Nr. 0832 ... Und gratulieren Sie Seiner Hochwürden: vielleicht wird er sich freuen, und dann wundert sich alles zu allgemeiner Befriedigung — kokettiert mit seinem Telephonrohr der neue Machthaber. Das Gespräch hörte auf. Seine hohe Exzellenz fühlte sich bereits mit der Ernennung versöhnt. Als er in das Speisezimmer zurückkehrte, hatte er seine volle Parade-Uniform angelegt. Aber im Speisezimmer wußte man bereits von einer traurigen Neuigkeit. Popa, du bist schon ... Ja, ich bin schon in Uniform und fahre ... Aber verstehe doch, Mischel, du bist bereits verabschiedet."

Nachträglich sucht man in Frankreich aus den Petersburger Ereignissen das Bestmögliche zu machen und zweierlei hat man plötzlich als erfreuliche Anzeichen feststellen können: ein Manifest des Zaren, daß er bis zu errungenem Siege weiter kämpfen werde, und die Ernennung Beljajews zum Kriegsminister. Alle Tugenden und Vorzüge, die früher jedesmal seinen Vorgängern zugeschrieben wurden, mochten sie Poliwanow, Ssuchomlinow oder Schuwajew heißen, werden jetzt auf ihn gehäuft, natürlich, um gegebenenfalls auf seinen Nachfolger übertragen zu werden. Aber ist es nicht erstaunlich, daß gerade jetzt die „Nowoje Wremja" es möglich findet, über „die endlose Ministerkrisis in Österreich" zu leitartikeln? Es wird eben Komödie gespielt, und man darf wohl fragen, wer getäuscht werden soll? Eine ähnliche Komödie wird übrigens jetzt in der Presse der Entente aus Anlaß der Wilson-Note aufgeführt. Nachdem die erste große Enttäuschung überstanden war, welche gewisse Punkte des Wilsonschen Programms (in seiner Rede vor dem Senat der Vereinigten Staaten) hervorgerufen hatten, ging man ans Werk, sie zum besten zu kehren und ihnen eine Wendung zu

Digitized by Google

geben, die uns möglichst feindselig klang. Gleich bei der Einführung seiner Betrachtungen habe Mr. Wilson gezeigt, daß die Antwort der Entente auf seine Note ihn mehr befriedigt habe als unsere Antwort, und die „Débats" ziehen daraus den Schluß, „daß, was die territorialen Bedingungen des Friedens betrifft, wir (d. h. die Entente) berechtigt sind, anzunehmen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten uns in enger Sympathie zur Seite steht". Dagegen würde Herr Wilson wahrscheinlich Widerspruch erheben, so bald man ihn vor Tatsachen stellt, die ihn nötigen den unbestimmten Boden einer über den Dingen schwebenden philosophischen Phantasie zu verlassen. Es ist aber höchst charakteristisch, daß die „Débats" in ihrer Besprechung der Wilsonschen Senatsrede die Frage der Freiheit der Meere völlig übergehen. Wundern wollen wir uns nicht darüber. Im Prinzip muß natürlich auch jeder Franzose, wie überhaupt jeder Nichtengländer, die Freiheit der Meere wünschen, aber die Rücksicht auf England schließt ihnen den Mund. Von unserem Standpunkt aus ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß die Freiheit der Meere, die dem Präsidenten Wilson als Ideal vorschwebt, etwas ganz besonderes ist, wie die Erfahrungen dieses Krieges bewiesen haben. Es ist der Anspruch, daß die Anwesenheit eines Amerikaners die Bedeutung einer Assekuranz habe, die den Vertrieb von Bannware dem Kriegsrecht entzieht. Das hat natürlich mit dem Begriff der Freiheit der Meere nichts gemein. Der Kampf um die Freiheit der Meere kann unter den jetzigen Verhältnissen nicht anders geführt werden, als im Kampf gegen die englische Seeherrschaft. Offenbar aber liegt den amerikanischen Staatsmännern nichts ferner, als sich zu dieser logischen Konsequenz aufzuschwingen. Die Senatsrede des Präsidenten ist, abgesehen von der Äußerung über die Freiheit der Meere, eher darauf gerichtet, Beifall in den Kreisen der Entente, als in denen des Vierbundes zu finden. Im großen und ganzen aber ist sie amerikanisch, und so sehr von der europäischen Wirklichkeit abstrahierend gedacht, daß sich nur annehmen läßt, daß die Unkenntnis der europäischen Verhältnisse die Voraussetzung ist, die ihr den lauten Beifall der Herren Senatoren in Washington eingetragen hat. Es wäre noch manches an Sonderbarkeiten hervorzuheben, was sie charakterisiert: Die Auslegung der Doktrin des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1826, wie sie uns Präsident Wilson vorführt, steht im Gegensatz zu dem Kernpunkt dieser Doktrin, welche die Einmischung in europäische Angelegenheiten ebenso bestimmt ausschließt, als sie das Eingreifen Europas in Amerika ablehnte. Staatssekretär J. Q. Adams, der als führender Kopf der auswärtigen Politik Monroes, auch als der beste Interpret derselben gelten muß, ist unser Zeuge dafür. Die Botschaft des Präsidenten Monroe hat drei Ursachen ihre Entstehung zu danken, der Aufforderung Alexanders, der Heiligen Allianz beizutreten, dem Ukas Kaiser Alexander I. vom 4./16. April 1821, und der Frage der Unabhängigkeit der spanischen Kolonien. Aus diesen Tatsachen ist die Monroe-Doktrin erwachsen, und in den ihr vorausgegangenen diplomatischen Verhandlungen und Erklärungen ist ihre Inter-

Digitized by Google

pretation zu finden. In der vortrefflichen Studie von John C. Hildt: Early Diplomatic Negotiations of the United States with Russia, Baltimore 1906 („Alte diplomatische Verhandlungen der Vereinigten Staaten mit Rußland") sind uns zum erstenmal die Quellen zur Vorgeschichte der Monroe-Doktrin zugänglich gemacht worden. Die Unterhandlungen in den oben erwähnten drei Fragen sind durchweg von Adams geführt worden, und er hat speaking officially for Monroes administration (als offizieller Vertreter Monroes) bereits am 5. Juli 1820 die folgende Instruktion an den Gesandten der Vereinigten Staaten in Petersburg H. Middleton gerichtet (in wörtlicher Übersetzung): „Das politische System der Vereinigten ist ... seinem Wesen nach extra-europäisch. Fest und in vorsichtiger Unabhängigkeit allen Verwickelungen des europäischen Systems gegenüber zu stehen, ist der Kardinalpunkt ihrer Politik unter jeder Regierung seit dem Frieden von 1783 bis zum heutigen Tage gewesen ... Der Ruhe Europas, sowohl wie Amerikas wegen, sollten die Systeme Amerikas und Europas so getrennt und unterschieden von einander gehalten werden, als irgend möglich ist."

Auch darauf mag hingewiesen werden, daß Quincy Adams wenige Monate vor der Botschaft des Präsidenten Monroe dem Gesandten Middleton den Entwurf eines Vertrages zuschickte (13. August 1823), der eine Regelung der Rechte der Neutralen wie der kriegführenden Mächte in Kriegszeiten feststellen sollte. Der Vertrag kam zwar nicht zustande, ist aber für uns interessant als weitere Quelle für die Feststellung der politischen Anschauungen Monroes. Wäre er völkerrechtlich anerkannt worden, so hätte er sowohl die englische Blockade zur Aushungerung Deutschlands und konsequenterweise auch unsere Gegenmaßregeln ausgeschlossen. Wir meinen also, daß ein eingehenderes Studium der Monroe-Doktrin und ihrer Geschichte den Präsidenten Wilson zu Ansichten hätte führen müssen, die im Gegensatz zu den von ihm kundgegebenen Prinzipien stehen. So würde, um ein weiteres Beispiel anzuführen, die Liga zur Erhaltung des Weltfriedens genau den Tendenzen entsprechen, die Amerika entschieden ablehnte, als es sich weigerte, der Heiligen Allianz beizutreten, die sich bekanntlich die gleichen Ziele gestellt hatte, aber zugleich den Vertrag von Chaumont (1. März 1814) fortbestehen ließ, der England, Rußland, Österreich und Deutschland verpflichtete, je 150000 Mann bereit zu halten, um eine Störung des allgemeinen Friedens durch Frankreich zu verhindern. Wie viele Millionen würde wohl Präsident Wilson für erforderlich halten, um seiner Weltfriedensliga eine wirkliche Bedeutung zu sichern, und wie kombiniert sich dieser Plan mit den Abrüstungsgedanken, die zum Rüstzeug seiner politischen Ideale gehören? Das alles ist so widerspruchsvoll, daß es außerordentlich schwer fällt, sich in die Vorstellung zu finden, daß die wohlklingenden Sätze jener Senatsrede wirklich — wie wir doch annehmen müssen — die Frucht eindringender Erwägung gewesen sind. So bleibt nur übrig, daß es in der Tat kaum möglich sein muß, von Washington aus zu erkennen, wo die

Digitized by Google

Grenzen liegen, die politische Möglichkeiten von dem Unmöglichen scheiden, so bald es sich um Dinge handelt, die außerhalb des amerikanischen Horizonts liegen. In dem 1915 von der Carnegie-Friedensgesellschaft („Carnegie Endowement for International Peace") herausgegebenen Buch eines Diplomaten „Nationalismus und Krieg im nahen Orient" (englisch), finden wir in dem einleitenden Kapitel über Nationalismus und Pazifismus Sätze, die so sehr an die Senatsrede Wilsons erinnern, daß wir wohl nicht irren, wenn wir annehmen, daß sie ihn mit beeinflußt hat. Einige Beispiele dafür mögen hergesetzt werden. Der „Diplomat" schreibt: „Ein europäischer Krieg ist entweder ein Krieg gegen die Zivilisation oder ein Kreuzzug für sie; denn wir sind zu Männern herangewachsen, und sollten so kindische Dinge, wie eine Entscheidung durch Schlachten, aufgeben." Dagegen rechtfertigt er Freiheitskriege noch junger Völker, oder Kriege zur Erreichung einer demokratischen Staatsordnung. Ein Bürgerkrieg sei zwar die unzivilisierteste aller Formen des Krieges, aber auch die am meisten zu verteidigende, weil es ein Krieg um Prinzipien sei. Ein Krieg zwischen England und Amerika sei ebenso verbrecherisch, als ein Krieg zwischen Essex und Wessex, weil er ein Hochverrat gegen die Vorherrschaft der Demokratie sei, „denn ein anglo-amerikanischer Krieg wäre nur zu verteidigen, wenn man annehme, daß in einem von beiden Staaten die Souveränität der Demokratie durch einen Despotismus ersetzt würde; dann allerdings könnte der Krieg den Charakter eines Bürgerkrieges annehmen und dadurch (als Krieg um Prinzipien) zu neuem Fortschritt führen" ... Das im übrigen ganz vortreffliche Buch, das die Balkanverhältnisse von 1891 bis 1913 recht unparteiisch darlegt, ist im August 1914 abgeschlossen worden, und hat daher die Entwicklung nicht voraussehen können, die mittlerweile in England eingetreten ist. Der Despotismus von Churchill, der alle demokratischen Institutionen und Instinkte der Engländer mit Füßen getreten hat, müßte demnach das Stadium herbeigeführt haben, in welchem ein Krieg zwischen England und Amerika, zur Rettung demokratischen Fortschritts, nur zu loben wäre. Diesen Schluß aber macht die Regierung in Washington ganz bestimmt nicht mit, aber sie operiert mit den oben angeführten Vordersätzen. Dagegen ist es von Interesse, daß in dem Lande des offiziellen Pazifismus jetzt mit großem Nachdruck für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten wird. Der klägliche Ausgang des mexikanischen Abenteuers, die Furcht vor Japan, wohl auch die Sorge um die Freiheit der Meere, die Amerika meint, mögen dazu geführt haben, daß solche Stimmen laut werden können. Daß damit Ernst gemacht wird, halten wir bis auf weiteres für ausgeschlossen, wenn wir gleich überzeugt sind, daß bei ernster Gefährdung der Weltstellung Amerikas man trotz allem zur allgemeinen Wehrpflicht greifen würde. Dann würde wohl auch, wie in England, ein absolutistischer Diktator sich finden, ein Mittelding zwischen Churchill und Roosevelt, dem die ungeheuer schwere Aufgabe zufiele, ein völlig unmilitarisch gewordenes Amerika zu disziplinieren und an Waffen zu gewöhnen. Daß mit mechanischen Errungenschaften allein kein

Digitized by Google

Sieg zu gewinnen ist, hat dieser Krieg wohl bewiesen. Noch weniger aber ist er durch klingende Reden und hochtönende Noten zu gewinnen. Die Wirklichkeit schreitet über beides hinweg. Es gilt hier die kühne Konjektur Fausts: „Im Anfang war die Tat."

Nun unterliegt keinem Zweifel, daß die Entente sich zu großen „Taten" vorbereitet. Sie hat es laut genug angekündigt oder vielmehr ausposaunt. Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, die Reden von Churchill, Balfour, Bonar Law und die aller französischen und russischen Rhetoren lassen keinen Zweifel darüber aufkommen. Es handelt sich um Ausführung des so oft angegriffenen Entschlusses, durch einen gemeinsamen Angriff auf allen Fronten und durch Einsetzen der gesamten Kraft der englischen Flotte, die jetzt offiziell verleugnete Absicht, Deutschland zu „vernichten", „to knock out" wie Churchill es formulierte, wirklich auszuführen. Nun, sie mögen es versuchen. Sie haben an der Aa, am Sereth, an der Höhe 304 erfahren, wie teuer solche Anläufe zu stehen kommen, und an neuen Erfahrungen wird es nicht fehlen. Man wird aber auch damit rechnen müssen, daß erneute Verletzungen des Völkerrechts, namentlich den Neutralen gegenüber, bevorstehen. Die unübertroffene Niedertracht, durch welche König Constantin gezwungen worden ist, sich dem jüngsten Ultimatum der Entente zu fügen und die Konfiskation der neutralen griechischen Flotte, um sie zu einem Kriegsinstrument zu machen, ist eine bezeichnende Einleitung weiterer Gewalttaten. Sie stehen den skandinavischen Staaten bevor, die bereits einer Hungerblockade nahe geführt worden sind, am meisten bedroht aber ist offenbar die neutrale Schweiz. Wer die Taktik unserer Feinde während dieses Krieges genauer verfolgt hat, wird nicht übersehen haben, daß jedesmal ein Gewaltstreich damit eingeleitet wurde, daß man Deutschland beschuldigte, sich mit der Absicht eines solchen Streiches zu tragen. So geschah es — um das jüngste Beispiel dafür anzuführen — mit Griechenland. Saloniki wurde besetzt und Griechenland vergewaltigt, um es vor einem deutschen Anschlag zu schützen. Jetzt werden genau dieselben Töne der Schweiz gegenüber angeschlagen: Deutschland, schreiben seit Wochen französische Blätter fast Tag für Tag, trage sich mit der Absicht, die Neutralität der Schweiz zu verletzen. Gleichzeitig aber beginnen französische Streitkräfte sich der Schweizer Grenze zu nähern und es ist wohl nur die Wachsamkeit der Schweizer, die bisher einen französischen Durchbruchsversuch verhindert hat. Etwas ähnliches scheint jetzt von seiten der Italiener gegen Tessin geplant zu werden, und an der heuchlerischen Rechtfertigung wird es nicht fehlen, wenn — was wir noch nicht glauben wollen — wirklich an die Ausführung geschritten werden sollte. Wir sind übrigens überzeugt, daß die Schweiz stark genug gerüstet und in ihren Verteidigungsmaßregeln so gut vorbereitet ist, daß ein Angriff mit ungeheuerem Verlust der Feinde siegreich abgewiesen werden würde.

Die Korrektur der obigen Ausführungen ist mir an dem ewig denkwürdigen 1. Februar zugegangen, am Tage der offiziellen Ankündigung des unbeschränkten U-Bootkrieges. In Inhalt und Form gleich meisterhaft, bezeichnet die Erklärung des Reichskanzlers

Digitized by Google

wie die Note an die Vereinigten Staaten nebst der ihr angeschlossenen Denkschrift über die Sperrgebiete um Großbritannien, Frankreich und Italien, den entscheidenden Wendepunkt, der nunmehr eingetreten ist, um „unserem Volk herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die ihm unsere Feinde zudenken". „Der Erfolg" — so schloß der Reichskanzler — „steht in höherer Hand. Was Menschenkraft vermag, um ihn für unser Vaterland zu erzwingen, seien Sie sicher, meine Herren, nichts dazu ist versäumt, alles dazu ist geschehen." Wir nehmen diese feste und stolze Erklärung mit vollstem Vertrauen entgegen, und rechnen zuversichtlich darauf, daß auch die letzten Mißtöne, die aus den Tagen ungeduldigen Harrens übrig geblieben sind, nunmehr endgültig verstummen werden.

Notizen

Der Bund der Neutralen. Militärisch wie wirtschaftlich wäre er so groß, daß er selbst diesen Krieg in kürzester Zeit zu Ende zwingen und jedes einzelne neutrale Land vor aller Repressalie schützen könnte. („Basler Nationalzeitung" v. 15. 1.).

Die Neutralität der skandinavischen Staaten wird von der „Nowoje Wremja" einer eigenartigen Beleuchtung unterzogen: Wir haben häufig die Überzeugung ausgesprochen, daß die Neutralität der skandinavischen Länder und Hollands in der Form, wie sie jetzt besteht, nur für unsere Feinde vorteilhaft ist. Ihr offenes Hervortreten auf der Seite Deutschlands würde die Kriegführung für uns bedeutend vereinfachen. Gegenwärtig ist jedes der angeführten Länder eine angelehnte Tür, durch welche ungeheure Mengen von Lebensmitteln nach Deutschland gelangen. Ihr offenes Hervortreten an der Seite unserer Feinde würde mit einem Male die Lage verändern. Die angelehnten Türen würden fest verschlossen werden, und Deutschland wäre trotz seiner vermehrten Heeresstärke außerstande, den Krieg fortzusetzen. Die skandinavischen Länder, die selbst nicht in genügender Menge die für sie notwendigen Lebensmittel produzieren und sie aus anderen Ländern einführen, wären für Deutschland keine Hilfe, sondern nur ein totes Gebiet, das es auf den Grund zieht. Falls Schweden und Norwegen sich unseren Gegnern anschließen, würden sie uns viele Monate früher zu einem siegreichen Ende des Krieges verhelfen. Wir und unsere Verbündeten haben trotzdem nicht zu dieser einfachen Methode einer Beschleunigung des Krieges Zuflucht genommen. Die skandinavischen Reiche müssen dies schätzen und die Lage nicht erschweren, deren Spitze sich ganz zuerst gegen sie selbst kehren wird.

Die Friedensfrage. H. G. Wells schreibt in der „Daily News" vom 19. 1.: Es gibt jetzt, wo der Krieg sich seinem Ende zuneigt, zwei verschiedene Richtungen. Die eine wünscht nur zu wissen, wann der Friede kommen wird; die andere verlangt zu wissen, wie? Zur ersteren Gruppe gehören fast alle Männer an der Front, wo man den Krieg so satt hat, daß man irgendeinen Frieden, der nicht geradezu das Eingeständnis der Niederlage in sich schließt, willkommen heißen würde. Niemals in der Weltgeschichte ist ein Krieg weniger volkstümlich gewesen. Der Soldat träumt nur von der endgültigen Rückkehr und die zu Hause Gebliebenen vom Überfluß an Stelle von Entbehrungen. Unter diesen Umständen ist die Frage nach der Dauer des Krieges nur zu natürlich.

Gesamt- oder Einzelfrieden der Entente? Wenn der Friede kommt, so wird er wahrscheinlich nicht durch eine einheitliche Aktion der Ententemächte herbeigeführt werden, sondern durch Sonderverträge einzelner Randstaaten mit den stets friedensbereiten Mittelmächten. („Basler Nationalzeitung" v. 18. 1.).

Digitized by Google

Naturgemäßer Gegensatz Rußlands gegen England. Rußland ist ein antidemokratisches Land. Es betrachtet England notwendig mit der Zurückhaltung, mit der nun einmal ein antidemokratisches Land ein demokratisches ansieht. Außerdem bin ich überzeugt, daß es ein ungeheurer Fehler ist, Rußland so anzusehen, als bestände es aus 90 Proz. erleuchteter demokratischer Märtyrer und 10 Proz. antidemokratischen Profitmachern. Rußland ist homogen und es hat die Demokratie, die ihm seine charakteristischen Eigenschaften gesichert haben. Die Russen bewundern den gesunden Menschenverstand der Engländer, aber sie haben eine Verachtung für die englische Naivität. („New Statesman" v. 13. Jan.)

Die Bindung Italiens an England wird im „Berner Intelligenzblatt" so beurteilt: Nach wie vor ist man in Italien zwar der Ansicht, daß man sich von der deutschen Wirtschaftshegemonie befreien müsse; allein, man versteht unter einer solchen Befreiung die Verselbständigung der italienischen Industrien, die Verwendung der nationalen Energien im Inland und nicht die Vertauschung der deutschen mit der englischen Wirtschaftsbegemonie.

Das deutsche Friedensangebot. Das Friedensangebot Deutschlands war ein ausgezeichnet geschickter Zug — vollständig gleichwertig mit dem englischen Generalbluff in den ersten Tagen des Krieges, als Great Britain aus uneigennütziger Liebe für die Sache Belgiens die Waffen ergriff. Aber sympathischer! Das deutsche Friedensangebot war aber durchaus nicht nur ein Manöver, denn man ist ohne Zweifel in Deutschland bereit gewesen, ehrlich die Konsequenzen des Angebots auf sich zu nehmen. („Das neue Schweden", Heft 1, 1917.) — „Der Brief Kaiser Wilhelms an Bethmann Hollweg beweist, daß das Friedensangebot Deutschlands keine Falle, keine Schlinge und kein Hinterhalt war, sondern ein ernster Versuch, dem Kriegselend ein Ende zu bereiten .. Den Brief kann man nicht mit einer verächtlichen Geste oder mit einem mitleidigen Achselzucken beiseite legen." („Handelsblad" v. 15. Jan.)

Kriegszeitungen. Der Krieg, der etwa 1500 deutschen Zeitungen das Leben gekostet hat, ist auch der Vater einer Anzahl von neuen Zeitungen geworden. Ihre Menge läßt sich zwar mit der Zahl der eingegangenen Blätter bei weitem nicht vergleichen; aber ihre Eigenart, ihr besonderer Wert macht es begreiflich, daß man von ihnen mehr Aufhebens macht und wohl auch künftig machen wird als von den unglücklichen Opfern, die spurlos verschwunden sind.

„Kriegszeitungen" sind diese neuen Zeitungen alle, insofern sie unmittelbar dem Krieg ihr Dasein verdanken. Sie verfallen aber von vornherein in zwei sich scharf unterscheidende Gruppen: die Feldzeitungen und die Zeitungen, die im besetzten Gebiet zwar auch für die Truppen, in erster Linie aber meist für die Zivilbevölkerung herausgegeben werden. Zu diesen gehört z. B. im Westen die „Gazette de Lorraine" und die bekannte „Gazette des Ardennes", im Osten die „Kownoer Zeitung", die „Wilnaer Zeitung", die „Grodnoer Zeitung", die „Deutsche Lodzer Zeitung" und die „Deutsche Warschauer Zeitung". Die beiden letzten werden von den dem Generalgouvernement Warschau unterstehenden „Deutschen Staatsdruckereien für Polen" herausgegeben; ihre Gründung erfolgte durch die bereits seit Dezember 1914 arbeitende „Presseverwaltung für Polen", an deren Spitze bis vor kurzem der Herausgeber der „Grenzboten", Geheimrat Cleinow, gestanden hat. Das Erscheinen der „Deutschen Warschauer Zeitung" war seinerzeit ein Meisterstück von Fixigkeit deutscher Militärbehörden: am 5. August 1915 war Warschau gefallen, am 10. August in der Frühe erschien die erste Nummer der „Deutschen Warschauer Zeitung".

Bei weitem merkwürdiger als diese Organe, die einen Inseratenteil haben wie unsere gewöhnlichen Zeitungen und auch in ihrer Erscheinungsweise kaum von ihnen unterscheiden, sind die Kriegszeitungen im engeren Sinn, die Feld- oder Soldatenzeitungen. Die erste von ihnen war die „Kriegszeitung der Feste Boyen und der Stadt Lötzen", deren erste Nummer das Datum des 7. September 1914 trägt. Am Ende des ersten Kriegswinters gab es deren etwa ein Dutzend,

Digitized by Google

am Ende des zweiten mehr als sechzig. Auch unter ihnen läßt sich eine besondere Gattung aussondern, nämlich die für einen engeren Kreis von Kameraden bestimmten und weniger der Nachrichtenvermittlung als eben der Pflege des Kameradschaftsgeistes dienenden kleinen Blätter, die durch die besonderen Umstände ihres Entstehens und ihrer Herstellung oder durch ihre Schicksale häufig von einem gewissen Schimmer der Romantik umkleidet sind. Da sie in kleiner Auflage erscheinen und teilweise bald wieder eingingen, sind sie von Sammlern schon jetzt begehrt und werden oft teuer bezahlt. Genannt seien z. B. „Der Landsturm" von Vouzières, „Der Landsturmbote von Briey", „Der Feldgraue", die „Kriegszeitung der Feste Borkum", die „Deutsche Soldatenpost", „Der Schützengraben", „Der Drahtverhau", „Die Sappe", „Der bayrische Landwehrmann". Die Zeitungen größerer Truppenverbände — und das ist allmählich die zahlreichste, lebenskräftigste und als Kulturerscheinung bedeutungsvollste Art von Kriegszeitungen geworden — nähern sich dem Begriff der Tageszeitung, indem sie die regelmäßige Nachrichtenvermittlung als wesentliche Aufgabe in ihren Arbeitsplan aufnehmen; sie unterscheiden sich aber zunächst rein äußerlich von unserer Presse durch das Fehlen der Inserate und nicht ohne Zusammenhang mit diesem äußerlichen Merkmal durch den auffallend hohen Stand ihres Tones und Inhalts, auf den wir gleich zurückkommen werden. Es gibt etwa anderthalb Dutzend von Divisions- und Korpszeitungen („Kriegszeitung des Korps Marschall", „Kriegszeitung für das 15. Armeekorps") und eine Reihe von Armeezeitungen (für die 2., 4., 5., 7. Armee usw.). Sie haben oft recht ansehnliche Auflageziffern: Die „Liller Kriegszeitung" bis zu 100000, der „Champagne-Kamerad" (3. Armee) und die prächtige „Zeitung der 10. Armee" 50000, die „Armeezeitung" (2. Armee) 25000 Leser. Interessant sind die Bezugsbedingungen, die die Zeitung der 10. Armee in ihrer Kopfleiste mitteilt: für Unteroffiziere und Mannschaften kostet die jeden 2. Tag erscheinende Zeitung monatlich 40 Pfg., für Offiziere und Beamte der Armee 1 Mk., für sonstige Bezieher 1,20 Mk.

Die Armeezeitungen haben, wie eben erwähnt, keinen Inseratenteil. Es sind keine kapitalistischen Geschäftsunternehmungen wie unsere Zeitungen zu Hause, bei denen so häufig der Text nur ein aus Berlin in Matern oder Platten bezogenes Anhängsel zur Inseratenplantage ist, der das eigentliche Interesse des Herausgebers gehört. Daher die Höhe des in ihren Spalten gebotenen Inhalts. Lassen wir darüber den „Kunstwart" (1. Oktoberheft 1916) sprechen: „Losgelöst von allen Rücksichten auf den Verleger, die Anzeigen und die politische Richtung, zeigt die deutsche Feldpresse in einem Maße Würde und gute Haltung, die es zu einem Genuß machen, in ihren Blättern zu lesen — stellenweise sogar zu einem andächtigen Genuß. Kein fixes Journalistentum, ‚das alles kann', macht sich da breit; aus diesen Spalten strömt echte Wärme. Hier fließt ein Quell, dessen Reinheit auch wir im Reiche verspüren sollten." Und hören wir einen noch begeisterteren Beurteiler, Prof. Dr. Eduard Engel (Berlin) in der hundertsten Nummer der Zeitung der 10. Armee: „Das Wertvollste aus der ungeheuren Zeitungsliteratur während des Krieges, über den Krieg, neben dem Kriege her sind die deutschen Heereszeitungen. In der Geistesgeschichte des deutschen Weltkrieges werden sie an der ersten Stelle stehen. Jede zukünftige deutsche Literaturgeschichte wird sie nicht nur erwähnen, sondern ernsthaft werten müssen, und ich begreife durchaus, daß jede unserer Heereszeitungen sich im Feld einer weiteren Verbreitung, einer größeren Beliebtheit erfreut als irgendwelche von den Daheimgebliebenen im Vaterland hergestellte politische Zeitung." Und Prof. Dr. Engel fragt: „Werden die Hunderttausende deutscher Männer, die seit Jahr und Tag zum erstenmal im Leben eine durch und durch sachige, würdige, ganz deutsche Zeitung kennen gelernt haben, sich nach der siegreichen Heimkehr ins Vaterland die deutsche Presse gefallen lassen, die wir Nichtkämpfer für die einzig mögliche Form des Zeitungswesens halten? Sollte nicht aus den Erfahrungen der Besten unseres Volkes in den deutschen Heereszeitungen eine ganz neue Gestalt unserer Presse im Frieden hervorgehen?

Dr. Erich Schairer

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Ernst Vollbehr: Bei der Heeresgruppe Kronprinz. Zweites Kriegsbildertagebuch. Verlag F. Bruckmann, A. G., München. (Quartformat, geb. M. 12.—.) Der zweite Band schließt sich in gleicher Anlage dem ersten an. Ausgezeichnete Aquarelle, Bildnisse und Landschaftsbilder wechseln mit Photographien ab, deren Motive mit den geschulten Augen des Malers gesehen und festgehalten sind. Die dargestellten Stoffe überraschen oft durch die Nähe, mit der sie den Betrachter an den Kriegsschauplatz heranführen. Vollbehr ist also ein Kriegsmaler, der das Geschehen nicht nur hinter der Front betrachtet hat. Ausstattung so gut wie beim ersten Band.

„Z 181". Im Zeppelin gegen Bukarest. 107 S. Geh. M. 1.—. Verlag August Scherl, Berlin. Erstes Bild eines Teilnehmers einer ereignisreichen Zeppelin-Fahrt.

M. Buchberger: Im Purpur bei den Feldgrauen. Bericht über den Besuch des Kardinals von Bettinger bei den bayrischen Truppen. Jos. Kösel'sche Buchhandlung, Kempten-München. (77 S., geb. M. 1.—.) Eine Reihe eindrucksvoller Bilder vom Leben hinter der Front.

Deutsche Zukunft. (Furche Verlag, Berlin 1917.) 63 S. Als achte Liebesgabe deutscher Hochschüler sendet der Deutsche Studentendienst 1914 an die Studenten im Feld die Grüße der deutschen Hochschulen in handschriftlicher Wiedergabe der Adressen der Rektoren. (Nach Angaben Ehmckes sauber gedruckt und geheftet.)

Pax. Maria Laach. Herausg. durch das Sekretariat sozialer Studentenarbeit. Mit zwei Kupfern. (Volksvereinsverlag, M.-Gladbach, 76 S.) Schön ausgestattete Weihnachtsgabe für die katholische akademische Jugend. Aufsätze und Betrachtungen religiösen und ethischen Inhalts.

Ostpreußische Kriegshefte. 5. Heft. Der Wiederaufbau der Provinz II. (S. Fischer Verlag, Berlin. Preis M. 1.—.) Fortsetzung der Berichte über den Wiederaufbau der Provinz, Siedelungsfrage, Hebung der Bewirtschaftung mit allen Mitteln moderner Technik, Bericht über das „Institut für ostdeutsche Wirtschaft", die „ästhetischen Grundsätze beim Wiederaufbau der Provinz", sowie die Leistungen der Reichspostverwaltung. Die Veröffentlichung weiterer Berichte wird wegen der schwierigen Druckverhältnisse auf spätere Zeit verschoben.

Viktor Hahn: Unsere Feinde. Bd. I. (Verg. der National-Zeitg. Berlin.) 157 S. Pr. M. 1.—. Völkerpsychologische Bilder der Franzosen, Engländer, Russen.

Georg Solmssen: England und wir! Vortrag, gehalten im Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln. (A. Markus & E. Weber, Bonn. 42 S., br. M. —.60.) Der Verfasser, Direktor zweier großer Banken, sucht die wirtschaftliche und finanzielle Gleichberechtigung Deutschlands und Englands zu erweisen.

Paul Dehn: Englands Oberseeherrschaft im Kriege. Verlag Deutschnationale Buchhandlung G. m. b. H., Hamburg. (63 S., M. 1.20.) Zweiter Ergänzungsband der von Dehn und Zimmermann herausgegebenen Schriftenreihe „England und die Völker"; Sammlung von Preßstimmen und Auslassungen britischer Staatsmänner für die Schuld Englands am Kriege.

Prof. Dr. Dietrich Schäfer: Die Vereinigten Staaten als Weltmacht. Eine geschichtliche Betrachtung zur Beleuchtung der Gegenwart. (G. Grotesche Verlagsbuchhandlung, Berlin.) 48 S., M. —.50.

Adolf Stoll: Deutsche Kriegsziele im Westen. Mit einer handgezeichneten Skizze. (Kassel 1917, Pillardy & Augustin.) 50 S. M. —.60.

Hans Siegfried Weber: Deutsch-russische Rücksiedlung. (Globusverl., Dresden.) 61 S. Preis M. 1.80. Behandelt die Notwendigkeit und Bedeutung der Rücksiedlung der deutschen Bauernkolonisten und entwirft die Grundzüge für die Organisationen der Rücksiedlung und der Ansiedlung der Kolonisten.

Die Baltischen Provinzen. Ostsee und Ostland. Band I, 3 Bauten und Bilder. Herausg. von Otto Grautoff. Verlag Felix Lehmann, G. m. b. H., Charlottenburg. Preis M. 4.—. Bilderheft mit 200 Denkmälern deutschen Bauens und Bildens und kurzer geschichtlicher Einführung durch den Herausgeber.

Erich Bischof: Klarheit in der Ostjudenfrage. (Tatsachen, Gedanken und Grundsätze.) (Globus Verlag, Dresden.) 60 S. Preis M. 1.50. Vertritt den „rein reichsdeutschen Standpunkt", verlangt Einführung einer „Ostjudensteuer" für bemittelte Ost- und Westjuden zur Begründung einer befriedigenden Existenz der armen Ostjuden (ev. in Palästina.)

Karl Landauer: Literatur zur Frage der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsannäherung. (G. Fischer Verl., Jena) VI und 63 S. Preis M. 1.50. Objektiver Überblick über die Gedanken und Argumente in der Bewegung zugunsten einer deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsannäherung.

Ferd. Tönnies: Die niederländische Übersee-Trust-Gesellschaft. (G. Fischer Verlag, Jena.) 34 S. Preis M. —.75. Ergebnis einer Reise, die der Verfasser während des Sommers 1916 in den Niederlanden gemacht hat. „Die holländische Regierung wird durch die N. O. T.

Digitized by Google

immer mehr bedrängt und in ihren wirtschaftlichen Machtbefugnissen geradezu abgesetzt."

Arien Artaud (Präsident der Handelskammer Marseille): Bericht über die dringende Notwendigkeit, in den deutschen und österreichisch-ungarischen Absatzgebieten Fuß zu fassen, nebst Angabe einiger Mittel, unseren Export nach dort zu erweitern (übersetzt im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel). (S. Fischer Berl., Jena.) 27 S., M. —.60.

Karl Scheffler: Was will das werden? (Insel-Verl., Leipzig) VII und 236 S., geb. M. 3.50. Sucht durch Betrachtungen über Vaterland, politische und geistige Fragen und Aphorismen, die im Krieg entstanden sind, auf das geistige Leben und die Geistesstimmung einer Zukunft vorzubereiten, „die zu der Fähigkeit erzieht Tatsachen nackt zu sehen und sie dann klug zu Werkzeugen eines eisernen Willens zu machen."

Prof. Dr. A. Schenk: Die Kornkammern der Erde. (Halle 1916, W. Knapp.) 31 S. und zwei Tafeln über die Getreidezonen und den Getreidehandel der Erde. M. —.60.

Was ist Kriegswucher und wie bekämpfen wir ihn? Von Prof. Dr. Georg Obst, stellvertr. Vorsitzenden des Sächs. Kriegswucheramts. Verlag B. G. Teubner, Leipzig. (48 S., geh. M 1.—.)

Geburtenrückgang und Bevölkerungspolitik. (Medizinalpolitische Zeitfragen Heft 5.) Volksmedizin in medizinalpolitischer, juristischer und geschichtlicher Beleuchtung. Verl. Zentralverbands für Parität der Heilmethoden E. V., Heidelberg 1917. 117 S.

Als fünfte Kunstgabe deutscher Hochschüler versendet der Deutsche Studentendienst an Dozenten und Studenten eine von Heidelberg ausgehende schöne Kunstmappe mit Bildern Hans Thomas (erschienen im Furche Verlag, Berlin NW 7) 39 S. und Tafeln.

Adolf Schmid: Konstitution und ihre Beeinflussung. (Halle 1916, M. Niemeyer. 19 S. M. —.80. Faßt die Forderungen der Eugenik für die qualitative Förderung des Nachwuchses zusammen.

Der Lohn der Opfer. Von Fidelis. Vortrupp-Flugschrift Nr. 39. (Hamburg 1917, Alfred Janssen). 15 S. Preis M. —.20.

„Kleine Germanenbücherei", herausgegeben von Walther Schulte vom Brühl. (Berlin-Steglitz, Verl. Kraft und Schönheit). Erstes Heft. „An die Germanen! Von einem Deutschen." 28 S. M. —.20.

Kriegsbilder von Prof. Fahrenkrog. Sturm über Land. Mit Vorwort und Bilderklärungen von Kurt Engelrecht. (Verlag für Volkskunst, R. Keutel, Stuttgart). 85 S. und farbige Tafeln. O. Kornfeld: „In polnischer Glut". Drama einer Volksseele. (Berl. G. Müller, Leipzig). 76 S. M. 2.50.

Wirtschaftsleben

Hugo Vogel: Die Theorie des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und das Krisenproblem. Mit 4 Tabellen und 2 Kurventafeln. (Alfred Hölder, Wien). X u. 400 S. Ausgehend vom Krisenphänomen als seinem speziellen Untersuchungsobjekt, stellt das Buch das Entwicklungsproblem in den Mittelpunkt und durchforscht die gesamten sich vollziehenden Bewegungserscheinungen des Wirtschaftsprozesses an dem Beispiel einer bestimmten Volkswirtschaft und leitet daraus Schlußfolgerungen für Wesen und Stellung der Krisenerscheinung in diesem Wirtschaftsprozeß ab. Das Ergebnis ist: „Für alle kriegführenden Staaten ohne Ausnahme hat dieser Krieg eine längere Zeit friedlicher Entwicklung jäh abgebrochen. Was nach dem Kriege folgt, bedarf wieder jahrzehntelanger Gestaltung und ruhiger Verarbeitung in Zeiten ungestörter Arbeit neuer Generationen."

Geschichte

Theodor Lindner: Weltgeschichte der letzten hundert Jahre (1815 bis 1914). Zwei Bände. (Cottasche Buchhdlg., Stuttgart.) 461 und 524 S. Dem im Jahre 1914 erschienenen 1. Band, der bis zum Jahre 1859 geführt hat, folgt als letzter ein 2. Band, der mit der Zeit Bismarcks beginnt. Die große Wendung der deutschen Geschichte wird im Zusammenhang geschildert, über die Geschichte der außereuropäischen Staaten der Übergang zur Gegenwart gewonnen.

Friedr. Freksa: Der Wiener Kongreß nach Aufzeichnungen von Teilnehmern und Mitarbeitern. (Robert Lutz, Stuttgart) XLII und 337 S Sammelbuch aus den Erinnerungen hervorragender Zeitgenossen, die an den Ereignissen unmittelbaren Anteil gehabt haben.

Ludo M. Hartmann: Hundert Jahre italienischer Geschichte. (Die Grundlagen des modernen Italien 1815—1915.) 1916. München, Georg Müller. 215 S. Geht den Wurzeln der gegenwärtigen Lage in der Vergangenheit und in der Struktur des italienischen Staatswesens nach, um an die Stelle der aus Kriegspsychose heraus entstandenen Visionen „Realitäten" zu setzen und zu zeigen, daß, wenn man sich zu einem Verdammungsurteil gedrängt fühle, man es nicht über das Volk im allgemeinen, sondern über Staat und Regierung, und über den Staat auch nur tun könne, insofern er die gegenwärtige Erscheinungsform der Organisation Italiens ist, nicht über den Staat, der in Zukunft aus ihr erwachsen kann. Bekämpft den italienischen Imperialismus, „der im Bund mit England, Frankreich und Rußland Italien zu einem Portu-

Digitized by Google

gal im Mittelmeer machen wird", und glaubt, daß nach Befriedigung der wirklich legitimen nationalen Inspirationen jedweder Gegensatz zwischen Deutschland, Österreich und Italien aufgehoben würde.

M. Mayr: Der italienische Irredentismus. Sein Entstehen und seine Entwicklung, vornehmlich in Tirol. (Verl.-Anst. Tyrolia, Innsbruck) XVI und 392 S. Kommt schon kurze Zeit nach seinem Erscheinen in zweiter verbesserter und vermehrter Auflage heraus.

Theodor Lindner: Geschichtsphilosophie. Das Wesen der geschichtlichen Entwicklung, Einleitung zu einer Weltgeschichte seit der Völkerwanderung. (Cottasche Buchhdlg., Stuttgart.) VIII und 220 S. (Preis br. M. 4.50.) Führt die geschichtliche Entwicklung auf die einfachen, durch Zusammenwirken von Individium und Gesamtheit bedingten Grundzüge zurück, die zu allen Zeiten und bei allen Völkern wirksam sind.

Erziehung

Herm. Petrich: Jugendpflege und Staat. (Verl. der Buchhandl. des Waisenhauses, Halle.) 32 S. Preis M. —.50. Tritt für eine Jugendpflege ein, die der Jugend die Freuden des Daseins (vor allem der Arbeit in Feld und Flur) erschließt und doch der Arbeit nicht entwöhnt.

Max Reiniger: Vaterländischer Geschichtsunterricht. Grundsätzliches und praktische Vorschläge zu seiner Neugestaltung. Mit einem ausführlichen Lehrplanentwurf. (Beltz Verlag, Langensalza. 30 S. br. 0,60.) Für Volks- und Mittelschule.

Dr. J. Richter: Bildende Kunst und Vergeistigung der Erziehungsarbeit. (Schulwissensch. Verl. A. Haase, Leipzig.) 129 S. Geb. M. 2.—. Beweist das Dasein recht der Kunstpädagogik, gibt ihre wissenschaftliche Grundlegung und bezeichnet ihr Ziel als „Lebens- und Wertgestaltung auf ästhetischer Grundlage".

Stoffel: Rapports militairs. Herausg. und erklärt von F. Perle. (M. Niemeyer, Halle.) IX und 65 S. M. 1.50. Die im Jahre 1889 „im Interesse vertiefter und unmittelbarer Erkenntnis der Nationalentwicklung der Franzosen und Engländer" für Unterrichtszwecke herausgegebene Sammlung geschichtlicher Quellenschriften zur neusprachlichen Lektüre werden mit Rücksicht auf die Umgestaltung des Geschichtsunterrichts (der durch die Lektüre in den sprachlichen Lehrstunden ergänzt und erweitert werden soll) fortgesetzt. Den Anfang machen die Berichte des Baron Stoffel, des Militärattachés in Berlin und späteren Mitverteidigers von Paris.

Adolf Matthias: Wie erziehen wir unsern Sohn Benjamin? („Ein Buch für deutsche Väter und Mütter") erlebt seine zehnte, unter den Einwirkungen des Krieges vor allem in dem Kapitel „Was soll B. lesen" vermehrte Auflage. C. H. Beck, München, 1916.

Schöne Literatur — Bildende Kunst

Franz Kampers: Das Lichtland der Seelen und der heilige Gral. (Zweite Vereinsschrift der Görresgesellschaft, Köln 1916, Verl. J. B. Bachem. 123 S. M. 1.80.) Deutet die Sagen und Märchen des Gral in ihrem geschichtlichen Ursprung und Zusammenhang (z. B. mit der deutschen Kaisersage) und in ihrer symbolischen Beleuchtung.

Franza Feilbogen: Fr. Th. Vischers „Auch Einer". (Zürich 1916, Verl. Orell Füßli.) 203 S. Preis M. 4.—. Noch vor dem Kriege in der Pariser Sorbonne entstandene Arbeit über „diesen kernhaften, strammen Deutschen", der nicht schlecht in die Zeit paßt, „schon weil er in den Tagen der jubelndsten Freude über die deutschen Erfolge immer vor Siegerübermut gewarnt hat".

Dr. O. Hachtmann: Die türkische Literatur des 20. Jahrhunderts. (C. F. Amelangs Verlag, Leipzig.) 64 S. Schrift aus den „Literaturen des Ostens in Einzeldarstellungen", Entwicklungslinien und Persönlichkeiten der neuesten türkischen Literatur mit Proben.

Walter Mackowsky: Das niederdeutsche Bürgerhaus. (Verl. J. J. Arndt, Leipzig.) 160 S. Schöner Beitrag zum Studium der deutschen Wohnbaukunst mit geschichtlichen Erläuterungen und zahlreichem zum erstenmal veröffentlichten Bildermaterial aus den Städten Niederdeutschlands.

Alt-Wiener Kalender für das Jahr 1917. Mit 38 Abb. hsg. von Alois Trost. (Kunstverl. Anton Schroll & Co., Wien.) Ein prächtiger Spiegel der alten reichen Kultur Wiens im 18. und 19. Jahrhundert, der Schaffensstätte Grillparzers, v. Schwinds, Schuberts, der Stadt der klassischen Theater- und Musikpflege. Eine Ergänzung zu den Altwiener Büchern über das alte Burgtheater und die Häuser und Menschen von Wien, die in demselben Verlage erschienen sind. Geb. Kr. 7.20

Zeitschriften

Die „Internationale Rundschau" (Verlag Orell Füßli, Zürich) Einzelheft 80 Pfg., Abonnement vierteljährlich 3 Mk.) hat am 10. Januar einen neuen (den dritten) Jahrgang eröffnet. Die Nummer enthält Aufsätze über die Menschheitsfrage des Friedens, das Friedensangebot vom deutschen und englischen Standpunkt aus gesehen, einen Aufsatz über Friedensangebot und die Frauen. Wir empfehlen die ruhige vornehme Zeitschrift.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolb., Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 16. Februar 1917 • Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Amerikas wahres Gesicht

Von Dr. Paul Rohrbach

In der „Deutschen Politik" ist von mir stets, was die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika anging, der Standpunkt vertreten worden, daß wir die Union praktisch als unsern Gegner in dem Sinne zu betrachten haben, daß den leitenden Männern in Amerika der Sieg Deutschlands im Weltkriege unerwünscht ist. Hierfür sind teilweis Erwägungen maßgebend, die, wie Bismarck sagen würde, auf dem Gebiet der politischen Sentimentalität liegen, teilweise aber auch „realpolitische" Gedanken. Was das erste Kapitel angeht, die Sentimentalität, so ist hierüber schon einige Male in der „Deutschen Politik" gehandelt, und ich will daher nur das Wichtigste kurz wiederholen. Der Durchschnittsamerikaner — auch Wilson, Lansing und Genossen gehören in diesem Falle ganz zum amerikanischen Durchschnitt — hält die verfassungs- und sozialpolitischen Zustände, die sich das Volk der Vereinigten Staaten geschaffen hat, trotz der vorhandenen und nicht bestrittenen Ausartungen des Wirtschaftslebens für idealer und moralisch höherwertig im Vergleich mit den monarchischen, als feudal, politisch reaktionär und gesellschaftlich unfrei geltenden Staaten Europas. Als nahe verwandte Typen dieser Zustände erscheinen den Amerikanern Rußland und Deutschland. Der innere Unterschied zwischen beiden ist ihnen wenig klar. Vertreter des gegenteiligen, freiheitlichen Prinzips sind Frankreich und England; Frankreich als demokratische Republik, England als ein Staat, in dem die Monarchie gegenüber dem sonstigen als „demokratisch" geltenden Wesen nur eine nominelle Bedeutung hat.

Dies Urteil kommt vor allen Dingen aus dem amerikanischen Hochmut, und der amerikanische Hochmut kommt aus der amerikanischen Einbildung und Unwissenheit. Die Unwissenheit nicht nur der niederen, sondern auch der mittleren und überwiegend selbst der höchsten Schichten in Amerika ist in bezug auf die europäischen Verhältnisse grenzenlos, kaum vorstellbar! Ich habe hierfür früher einmal Proben aus amtlich eingeführten amerikanischen Lehrbüchern über Deutschland gegeben und möchte diese Dinge nicht mehr im einzelnen wiederholen. Auch bei uns weiß man ja vom Aus-

Digitized by Google

lande im ganzen nicht viel. Wüßte man mehr, wäre es namentlich für unsere höher gebildeten, führenden Kreise ein schärferes Erfordernis gewesen, Auslandskenntnis zu besitzen, so wäre sicher von den zahlreichen Fehlern, die bei uns vor dem Kriege und während des Krieges in der Behandlung des Auslandes gemacht worden sind, ein großer Teil vermieden worden. Gegen die Amerikaner aber sind wir noch abgrundtief gelehrt über fremde Länder und Leute.

Es ist gar nicht so lange her, da lautete z. B. über Frankreich das amerikanische Urteil, trotz der nahe verwandten Verfassungsform, noch ganz anders. Die Franzosen galten als ein frivoles und verdorbenes Volk, und deswegen keiner höheren Achtung wert. Diese durch das alte puritanische Ideal bestimmte Meinung der Amerikaner über Frankreich hat sich aber während der beiden letzten Jahrzehnte in weiten Kreisen dadurch geändert, daß man es von der französischen Seite geschickt verstanden hat, Amerika gegenüber die Gemeinsamkeit des demokratischen Verfassungsgedankens und die anziehenden Seiten der französischen Kultur, der materiellen wie der geistigen, in den Vordergrund zu schieben. Die Franzosen sind hier planmäßig und erfolgreich vorgegangen. Nirgends auf dem Festlande fanden die Amerikaner solches Entgegenkommen wie in Paris, nirgends gab man sich so viele Mühe um sie. Die amerikanische Kolonie in Paris, die an Zahl, Reichtum und Einfluß vor dem Kriege unvergleichlich bedeutender war, als in der ersten Zeit der gegenwärtigen französischen Republik, bildete einen im französischen Sinne auf Amerika wirkenden Faktor von großem und wachsendem Gewicht. Das Geschenk der Freiheitsstatue, des riesigen Leuchtturms am Eingang des New Yorker Hafens, durch die französische an die amerikanische Republik, war dazu bestimmt, bewußtermaßen eine neue Epoche der französisch-amerikanischen Beziehungen zu eröffnen — und diese Epoche wurde Wirklichkeit. Die auswärtige Politik im formellen Sinne spielte dabei keine große Rolle; die Geister sollten sich nähern, und sie näherten sich. Selbstverständlich traten auch materiell kulturpolitische Wirkungen ein. Man braucht nur daran zu erinnern, daß die Vereinigten Staaten eines der wichtigsten Absatzländer für die Luxusindustrie, für das Kunstgewerbe, die Malerei und die Plastik Frankreichs geworden waren. Erst in allerjüngster Zeit begannen die deutschen Werkbundbestrebungen auch in Amerika als Konkurrenz für den französischen Export fühlbar zu werden. An der Tatsache aber, daß während der gegenwärtigen Generation das angelsächsische Nordamerika, was seine obere wohlhabende Schicht angeht, zu einer Provinz des französischen Geschmacks geworden war, vermochte der langsam beginnende deutsche Einfluß noch nichts zu ändern.

Auch England gegenüber ist die öffentliche Meinung und daher auch die Politik der Vereinigten Staaten bis vor wenigen Jahrzehnten lange nicht so freundlich gewesen, wie jetzt. Den Beginn des Umschwungs kann man am ehesten auf die Zeit des amerikanisch-spanischen Krieges datieren. Seitdem läßt sich verfolgen, wie in erstaunlich geschickter Weise die englische Politik darauf ausgeht, die Amerikaner zu um-

Digitized by Google

schmeicheln, zu gewinnen und gleichzeitig gegen Deutschland einzunehmen. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts dachte der gewöhnliche Amerikaner, wenn ihm England in den Sinn kam, eben so oft an den Unabhängigkeitskrieg, an die Verbrennung von Washington durch die Engländer 1812 und an die Unterstützung des südstaatlichen Sonderbundes durch das amtliche England während des Bürgerkrieges, wie er an die Sprach-, Stammes- und Kulturverwandtschaft mit den Engländern dachte. Dann fing sich das allmählich zu ändern an. Das frühere Empfinden ist auch heute in Nordamerika keineswegs verschwunden, namentlich nicht in den Südstaaten und im Westen, aber es ist überall gedämpft und es ist im Osten, der bis zur letzten Wahl Wilsons politisch ohne Frage geführt hat, durch einen ebenso ausgesprochen englandfreundlichen wie deutschfeindlichen Sinn ersetzt worden. Wie schon gesagt: dieser Wechsel kam nicht von selbst, sondern er ist das Ergebnis zielbewußter, rücksichtsloser und systematischer englischer Arbeit. Sie im einzelnen zu charakterisieren, würde hier zu weit führen. Das Hauptmittel war die unausgesetzte Beeinflussung der amerikanischen Presse. Seit dem Regierungsantritt Eduards VII. wurden auch die Amerikaner und Amerikanerinnen am englischen Hof wie in der von dort aus beeinflußten Aristokratie bewußt herangezogen und verhätschelt. Eine ganze Roman- und Memoirenliteratur entstand auf dem Büchermarkt und in den illustrierten Magazinen: zu dem Zweck, Engländer und Amerikaner eigentlich als ein großes Volk erscheinen zu lassen, zwischen dessen beiden Hauptzweigen in der Vergangenheit ein schmerzliches, jetzt lange wieder ausgeglichenes Mißverständnis die Trennung herbeigeführt habe. Wenn einmal die Geschichte dieser politischen Werbearbeit Englands in Amerika geschrieben werden wird, so wird man staunend vor einem der größten und erfolgreichsten, nicht mit Waffen, sondern mit Geld, Druckerschwärze und Verdächtigung geführten und gewonnenen Feldzüge stehen, die die Geschichte kennt. Als frei organisierte, auf ein bestimmtes Ziel hin gerichtete Leistung zusammen arbeitender amtlicher und nichtamtlicher, diplomatischer, journalistischer, literarischer und geschäftlicher Kräfte ist es eine höchste bewundernswerte Sache — leider auch eine Sache, die uns sehr geschadet hat und deren Entwicklung wir zugesehen haben ohne nennenswerte Versuche, etwas für uns zu tun.

Die stimmungsmäßige Grundlage in dem Verhalten Amerikas gegen Deutschland im Weltkriege ist also sicher vorhanden und von nicht geringer Bedeutung für den Gang der Ereignisse. Eine innere Schwierigkeit für das amerikanische Empfinden bildet Rußland. Daß man Rußland an der Seite des sympathischen England und des ebenso sympathischen Frankreich sehen muß, ist störend. Natürlich haben sich England und Frankreich bemüht, den Amerikanern so sanft wie möglich über den unaussprechlichen Russen hinwegzuhelfen, aber ein Stück gefühlsmäßiger Reibung blieb und ist noch heute vorhanden. Hätte man bei uns mehr Vorstellung davon, was solche Dinge in der praktischen Politik bedeuten können, so wäre es möglich gewesen, die moralpolitische Genierlichkeit der englisch-französischen Demokraten-

Digitized by Google

freundschaft mit der zarischen Autokratie, mit der Knute und der sibirischen Hölle, wo die russischen Freiheitskämpfer gepeinigt werden, noch viel beißender zu machen. Dies indessen ist ein Gebiet unserer Politik, über dessen Tor Pessimisten auch heute noch lesen: Ihr, die ihr eintretet, lasset die Hoffnung draußen! Was vor dem Kriege nicht aufgebaut war, wofür nicht einmal Grundlagen existierten, das zu errichten ist im Kriege auch dann noch schwer, fast unmöglich, wenn Einsicht und bessernder Wille vorhanden sind ... „Jede Sache, für die England kämpfen will, sollte den übrigen Völkern begreiflich sein, vor allem den europäischen, aber ebenso denen außerhalb Europas, mindestens den Vereinigten Staaten und Japan, denn wenn wir für eine Sache kämpfen, bei der sie keine Sympathie mit uns haben oder die andere Völker mit unserem Gegner sympathisieren läßt, werden wir in schweren Verdacht verstrickt werden und uns vielleicht in einer feindlichen Welt allein finden." Diese Worte finden wir in einem der wirksamsten Bücher, die vor dem Kriege in England geschrieben worden sind, um zum Kriege zu hetzen, dem von Spenser Wilkinson: „England in Gefahr" (S. 90/91). Sie zeigen, von wie langer Hand her die englische Politik bewußtermaßen arbeitete, um „Sympathien" zu erwerben und selbstverständlich auch Antipathien zu erwecken. In Zukunft werden auch wir hoffentlich einmal merken, daß „Imponderabilien" unter Umständen zu wirksamen Ersatzmitteln für „ponderables" Blut und Eisen werden können.

Wenn der Präsident Wilson also sagt: Amerika ist neutral, so lautet der unausgesprochene Nachsatz: neutral mit dem Vorbehalt, daß England und Frankreich aus „moralischen" Gründen der Sieg gewünscht werden muß, und daß es ebenfalls „moralisch" ist, das Glück im englisch-französischen Spiel soweit wie möglich mit amerikanischen Mitteln zu korrigieren. Nach diesem Prinzip hat die amerikanische Politik vom ersten Tage des Krieges an zu arbeiten begonnen, so hat sie bis zur Ankündigung unseres verschärften U-Bootkrieges gearbeitet, und so wird sie bis zum Friedensschluß arbeiten — wenn sie nicht schon vorher den Gipfel des Moralischen ersteigt und uns den Krieg erklärt. Sehr möglich, daß sie es tut; wir besitzen kein taugliches Mittel, sie daran zu hindern. Das einzig wirksame Mittel wäre, daß wir uns hinstellten und riefen: Kommt ihr Völker und hört unser Bekenntnis! Jedes Amerikaners ungehindertes Recht, Geschäftsreisen und Vergnügungsfahrten auf einem beliebigen Schiff, mit oder ohne Kriegsmaterial zur Bekämpfung Deutschlands an Bord, auf einem beliebigen Wege und zu beliebigen Zeiten, unter Vermeidung jeder Rücksicht auf Deutschlands Daseinskampf zu unternehmen, es gilt im Himmel und auf Erden mehr, als das Recht von 70 Millionen Deutschen, sich kräftig gegen den Anschlag zu wehren, um der Hungerpein willen sich zur Zertretung und Zerstückelung ausliefern zu müssen! Unzählige Menschen, vor allem die Kranken und Schwachen, leiden, aber ihre Not soll zur äußersten Qual gesteigert und auf das ganze Volk ausgedehnt werden, bis Deutschland dem Gegner seinen Nacken darbietet, damit er

Digitized by Google

seinen Fuß darauf setze! Das alles gilt nichts in den Augen des frommen, menschenliebenden und gerechten Amerikaners. Wir aber wagen es, zur Erhaltung unseres Daseins Maßnahmen zu treffen, die amerikanische Reisende veranlassen könnten, in der Wahl des Tages und Weges gewisse Überlegungen anzustellen, und amerikanische Lieferanten, die die Friedensindustrie der Vereinigten Staaten auf Blutprofit umgearbeitet haben, dazu, die Risikoquote ihrer Verschiffungen zu erhöhen — und siehe da, Menschheit und Gerechtigkeit sind beleidigt und der Erzengel Wilson macht sich auf, mit dem bloßen hauenden Schwerte die Frevler im Garten Eden der Humanität und der Milliardenprofite zu verfolgen!

Soviel Glauben und soviel Tatkraft im Namen der Humanität findet sich natürlich nur da, wo auch ein Stück Vorteil bei dem Glauben ist. Der Vorteil Amerikas besteht darin, daß Europa sich schwächt. Das gibt amerikanische politische Macht und amerikanischen wirtschaftlichen Gewinn. Schwächung Europas im allgemeinen ist erwünscht, unerwünscht aber wäre es, wenn der Hauptschaden dabei auf England und Frankreich fiele; vielmehr muß er auf Deutschland fallen. Allerdings, wenn Deutschland völlig vernichtet würde, so wäre auch das nicht gut, denn dann würde England zu mächtig. Die Engländer sind eine ausgezeichnete Nation, aber auch sie könnten anfangen weniger ausgezeichnet zu sein, falls sie die alleinigen Herren in Europa wären. Dazu besteht freilich keine Aussicht; vielmehr zum Gegenteil, wenn man Deutschland gewähren ließe. Was folgt daraus? Daß Deutschland gehindert werden muß! Ginge es uns ganz schlecht — wohl möglich, daß man von Amerika her dann sogar England mit dem großen Stocke winkte. Es geht uns aber nicht schlecht, und darum ist es edel, menschlich und gut, uns zuzurufen: Wehe euch, wenn ihr dem Hunger Widerstand zu leisten wagt! Vermutlich hat Wilson dabei ein gutes Gewissen. Moralisierende Doktrinäre sind immer Söhne des guten Gewissens, und moralische Doktrinen pflegen auf keiner Art Feldern besser zu wachsen, als auf solchen, die mit politischem Nutzen und Kapitalprofit gedüngt sind. Ein gutes Gewissen zu behalten, ist nur für Leute schwierig, die jeder kämpfenden Partei Not und Recht kennen. Dazu sind nur wenige Amerikaner imstande, und Herr Wilson gehört nicht zu diesen. Hoffen wir, daß auch ihm eines Tages der Sinn aufgeht, wenn das sympathische England und das sympathische Frankreich ihm winken, daß er ihnen helfen möge, mit dem unsympathischen Deutschland zu paktieren, das — damned!! — so gute U-Boote hat.

Der Einfluß des U-Boot-Kriegs auf die Seefrachten

Von Dr. Richard Hennig

Schon vor Jahresfrist schrieb die „Shipping Gazette“, ein maßgebendes Organ der Reederkreise: „Wenn der Unterseebootkrieg nicht wäre, würden die Frachtsätze 50—75 % niedriger sein als jetzt.“ Heute haben sich die Dinge noch bedrohlicher

Digitized by Google

gestaltet. Wöchentlich sinken jetzt durchschnittlich 100000 tons Schiffsräume mit ihre Ladungen auf den Grund des Meeres, und der Höhepunkt dieser Wirksamkeit i offenbar noch nicht erreicht; der Durchschnitt von 20—30 versenkten Schiffen am Tag den die englische Presse vor 1 3/4 Jahren als eine allerdings überaus schwere, abe durchaus utopische Gefahr bezeichnete, ist bereits erreicht worden.

Amtlich wurde der seit Anfang des Krieges bis zum November 1916 zerstörte feind liche und neutrale Schiffsraum deutscherseits auf 3636500 t angegeben, wobei zu beachten ist, daß über 2/3 auf die englische Flagge entfielen. Mag auch ein großer Te des Tonnage-Verlustes durch die englischen Werften seither wieder ersetzt worden sein der Verlust an kostbaren Ladungen bleibt unersetzlich und wirkt in einer empfindliche Verteuerung aller Aus- und Einfuhrwaren fort. Und mag auch von englischer Seite mehr beschwichtigend, als der Wahrheit entsprechend, darauf hingewiesen werden daß die deutschen Zahlen über versenkte Schiffe viel zu hoch gegriffen seien und da sie, selbst wenn sie richtig wären, in 2 Jahren immer erst 14 % der gesamten eng lischen Handelsflotte darstellten, so ist darauf erstens zu erwidern, daß die Ausschal tung von rund 1/7 des Gesamtbestandes für die Handelsschiffahrt jedes Landes eine äußerst empfindliche Einbuße darstellt, und zweitens, daß die Gefahr für England dadurch ungleich beträchtlicher wird, weil gerade von den großen Fahrzeugen über 3000 t ein ganz ungewöhnlich hoher Anteil an den Verlusten beteiligt sind.

Deutlicher aber als alle Behauptungen und Leitartikel spiegeln sich die Wirkungen des bisherigeu U-Boot-Kriegs wider in einigen nüchternen Zahlen der englischen Handels- und Verkehrsstatistik. Daß in einer Zeit, wo rund die Hälfte der englischen Handelsflotte durch militärische Beanspruchung oder Kriegsverlust ausfällt und die neutralen Fahrzeuge vielfach den britischen Häfen am liebsten aus dem Wege gehen der Schiffsverkehr in England zurückgeht, allem „business as usual“ zum Trotz kann nicht verwundern. Das Maß dieses Rückgangs aber, der im weiteren Verlauf des Krieges nicht kleiner, sondern immer größer geworden ist, muß doch als so bedeu tend bezeichnet werden, daß verhängnisvolle Folgen für ein Land wie England, dessen ganzes wirtschaftliches Gedeihen auf Ein- und Ausfuhr eingestellt ist, nicht ausbleiben können. Man betrachte folgende Zahlenwerte, die den „Financial News“ entnom men sind:

	In englischen Häfen einlaufende Schiffe (in tons)		
	1914	1915	1916
Oktober	3125940	2824368	2469435
November	2987568	2941128	2555503
Januar bis November .	40072146	31098328	27845617

	In englischen Häfen auslaufende Schiffe (in tons)		
	1914	1915	1916
Oktober	3802613	3296616	3026720
Januar bis Oktober . . .	34417429	33426342	30418174

Digitized by Google

Der Rückgang ist für das englische Wirtschaftsleben um so empfindlicher, als vor allem der Anteil der britischen Flagge davon betroffen ist. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1914 stellten z. B. die ausfahrenden englischen Schiffe 29023000 t, die fremden 25394409 t, in den ersten 10 Monaten des Jahres 1916 dagegen war das Verhältnis, trotz des Fortfalls der wichtigen deutschen Schiffahrt, 15007103 gegen 15411071 t.

Wenn trotz dieses sehr bedeutenden Verkehrsrückgangs die meisten englischen Reedereien ausgezeichnete Geschäfte im Kriege gemacht haben, so lag dies daran, daß die Steigerung der Frachtraten prozentual noch viel bedeutender war, als die Abnahme des Schiffsverkehrs. Zugute kam aber diese beispiellose Erhöhung der Frachtraten nur dem verhältnismäßig sehr kleinen Kreise englischer und neutraler Reeder; Leidtragende waren die gesamten feindlichen Volkswirtschaften, einschließlich der englischen, denen durch die überhohen Seefrachten die Lebensführung sehr viel mehr verteuert wurde, als es durch den Krieg ohnehin bereits notwendig wurde.

Das Seefrachten-Problem gehört ja zu den schwierigsten, die der Krieg unseren Feinden überhaupt beschert hat. Natürlich stehen Knappheit des Schiffsraums und Frachtenteuerung im allerengsten Zusammenhang, und da die erstere in der Hauptsache eine Folge des U-Boot-Krieges ist, behauptet man nicht zu viel, wenn man auch die Ursache der letzteren vornehmlich in der U-Boot-Kriegführung sucht. Das oben mitgeteilte Zeugnis der „Shipping Gazette“ beweist ja zur Genüge, daß dieser Zusammenhang nichts weniger als eingebildet ist. Die Überzeugung, daß die deutschen U-Boote ausschlaggebend zu der ungeheuren Frachtenteuerung beigetragen haben, festigt sich aber noch mehr, wenn man sieht, wie die Höhe der Frachtsätze barometerartig den einzelnen Phasen des U-Boot-Krieges folgt. Jede Periode besonders erfolgreicher U-Boot-Kreuzfahrten löste fast automatisch ein kräftiges, z. T. sprungartiges Anziehen der Frachtenpreise aus, jedes Nachlassen in der Schärfe dieser Kriegführung, wie es unter dem Druck der sonderbaren amerikanischen made in England-„Neutralität“ insbesondere im September 1915 und im Mai 1916 eintrat, ließ die Frachtsätze ganz erheblich sinken. Nach der in der deutschen Note vom 4. Mai 1916 versprochenen vorläufigen Aufgabe des „verschärften“ U-Boot-Krieges sind die meisten Frachtraten, die unmittelbar vorher ihren Höchststand erreicht hatten, zunächst ganz erheblich gefallen. Seither sind sie zwar zumeist wieder kräftig gestiegen, vielfach sogar noch über die im vorigen Frühjahr erreichte Höhe hinaus. Dabei kann man fest überzeugt sein, daß am selben Tage, wo etwa die deutsche Regierung erklären sollte, jetzt liege die in der Note vom 4. Mai vorbehaltene „neue Sachlage“ vor, die die Wiederaufnahme des rücksichts- und warnungslosen U-Boot-Krieges rechtfertigt, die Frachtsätze mit einem gewaltigen Sprung auf eine vorher nie erreichte Höhe emporschnellen und bald vielleicht um Englands Lebenshaltung den würgenden Strick legen würden. Um die Sachlage recht zu ermessen, muß man beachten, daß am 14. Januar 1917,

Digitized by Google

zu einer Zeit, wo unsre U-Boote auch bewaffnete feindliche Schiffe nur nach erfolgter Warnung versenkten, die Zahl der von den U-Booten in einer Woche vernichteten feindlichen und Bannware führenden neutralen Schiffen zu 90 berechnet und gleichzeitig Klage erhoben wurde, die französische Handelsschiffahrt gehe ihrem gänzlichen Verfall entgegen, wenn nicht die Werften schleunigst für ausreichenden Ersatz sorgten. Man mag darnach berechnen, wie groß die Jagdbeute der U-Boote sein würde, wenn sie jedes bewaffnete Schiff aufs neue ohne Warnung zu versenken vermöchte.

Daß man damit ein Mittel gewinnen würde, England aufs Knie zu zwingen, lehrt bei genauerem Studium nachfolgende Tabelle, welche die Entwickelung der Frachtraten in den bisherigen verschiedenen Stadien des Kriegs veranschaulicht:

Frachten für englische Einfuhrwaren (in sh)

Art der Transporte	Frachtsatz im Frieden	Frühjahr 1915 (nach d. Beginn des U-Boot-Handelskriegs)	August 1915	Anfang 1916 (nach d. Erscheinen der ersten U-Boote i. Mittelmeer)	Frühjahr 1916 (versch. U-Boot-Krieg seit 29. Februar 1916)	Juli 1916 (eingeschr. U-Boot-Krieg seit 4. Mai 1916)	September 1916	Oktober 1916 [illegible]
Weizen aus Ver. Staaten	1.6—2	8	10.6—11.6	16	16.6	8	11.6	24.6
„ „ Kanada . . .	12—13	65	64—67.6	130	173	137.9	122.9	145
„ „ Indien . . .	14.6—16.9	57.6	51.3—52.6	110—115	132.6	93.4	130	237.6
„ „ Argentinien .	10.6—12.6	—	55.8	135	155	—	117.6	130
Reis aus Birma	16—22	75	75	130—140	165	145	170	265[1]
Erz aus Spanien	4—4.6	15.3	10.9	23	26.6	18.6—19	18.6	21
Salpeter aus Chile . . .	19—22	53	60—80	120	150	140	140	—
Holz aus Mexiko	73.6—77.6	220	—	450	560	—	440	510
Diverses aus Wladiwostok	21—25	87.6	—	170	200	165	152.6	—

Die Anpassung der Frachtsätze an die einzelnen Phasen des an- und abschwellenden U-Bootkrieges ist unverkennbar, ebenso das z. T. außerordentliche Emporschnellen der Frachtsätze in allerjüngster Zeit, zumal für die Frachten über sehr große Entfernungen. Für chilenische Häfen, für Birma und Wladiwostok sind seit einer Reihe von Wochen überhaupt keine Frachtenabschlüsse mehr zu stande gekommen. Ähnlich liegen die Dinge bei den Ausfuhrprodukten Englands, insbesondere bei den heute in der ganzen Welt zumeist begehrten Kohlen:

[1] Im Januar 1917 wurden für die Reisfrachten aus Birma schon 350 Franks geboten, ohne daß ein Schiff zu erhalten war!

Digitized by Google

Frachten für englische Cardiff-Kohlen

Bestimmungshafen	Frachtsatz im Frieden	Frühjahr 1915	August 1915	Anfang 1916	Frühjahr 1916	Juli 1916	Sept. 1916	Dez. 1916
Bordeaux	4—5.6	15.6	17	33	55	34[1]	34[1]	34.6[1]
Genua	7—7.6	20½	21	60	97.6	77.6	70	39.6[1]
Port Said	7—7.3	25	23.3	50	112.6	95	60	80
Buenos Aires	13—14.6	29	22.9	—	75	45	30	62.5

In dieser letzten Tabelle, die nicht minder charakteristisch als die erste ist, verdienen besondere Beachtung die Höchstpreise für die Kohlenseefrachten nach Bordeaux und Genua, und es ist von eignem Reiz, die mit ihnen gemachten Erfahrungen zu studieren. Als nämlich in dem ohnehin höchst kohlenarmen Italien und in dem durch die deutsche Invasion seiner Kohlenbergwerke zu mehr als 7/10 beraubten Frankreich die wertvolle englische Kohle zu stets höheren Preisen gehandelt wurde und die Klagen über die wucherische Ausbeutung durch die britischen Reeder stets vernehmlicher ertönten, erhoffte man eine Linderung der Kohlennot von einer staatlichen Festlegung der allein zulässigen Frachtraten. Lange sträubte sich die englische Regierung gegen den ihr zugemuteten Eingriff in das private Erwerbsleben und gegen die geforderte Schmälerung des britischen Verdienstes am Kriege, der ja doch eins der vornehmsten Kriegsziele Englands war. Schließlich aber mußte man, um die Alliierten nicht gar zu ungeduldig werden zu lassen, das Verlangen bewilligen. Mit Wirkung vom 1. Juni 1916 wurden für die Kohlenfrachten nach den französischen, Ende des Jahres auch für die nach den italienischen Seehäfen Höchstpreise angesetzt. Die Höhe entsprach zwar wenig den Wünschen der verbündeten Nationen und betrug ungefähr das achtfache des normalen Friedenssatzes, aber sie lag, wie die Tabelle erkennen läßt, doch noch tief unter den im Frühjahr 1916 bezahlten Preisen. In Frankreich war man ohnehin nur teilweise mit den von den Engländern gewährten Zugeständnis zufrieden: man hatte Höchstpreise gefordert, die nur etwa doppelt so hoch wie die Friedensfrachtsätze waren („Petits Gironde“ vom 8. April 1916) und mußte nun erleben, daß ein viermal so hoher Betrag von den Engländern noch als ein Zeichen ganz besonderer Selbstlosigkeit gerühmt wurde. Wie überall, erwiesen sich zudem die Höchstpreise als eine ganz zweischneidige Maßregel. Die englischen Reeder mußten von der eignen Regierung mit der Androhung der Kohlenentziehung zur Anerkennung gezwungen werden, und den neutralen Dampfern konnte man in England schwer Höchstpreise vorschreiben. Mit der Möglichkeit der Gewährung oder Verweigerung von Kohlen vermochte man zwar vielen von ihnen die Kandare anzulegen, aber ein sehr großer Teil zog dennoch „lohnendere“ Frachten in anderen Meeren der Erde vor. Die Wirkung der Höchstpreise

[1] Höchstpreis!

Digitized by Google

entsprach daher weder in Frankreich noch in Italien den Erwartungen. Die Kohlenpreise ermäßigten sich zwar anfangs infolge der billiger gewordenen Frachten, stiegen aber sehr bald wieder, weil die ohnehin knappen Zufuhren ebenfalls infolge der Höchstpreise immer spärlicher wurden. So mußte man in den französischen Mittelmeerhäfen die unerfreuliche Wahrnehmung machen, daß der Preis für die Tonne Kohle, der sich am 1. Juni 1916 auf 130 Franks stellte, nach Einführung der Frachtenhöchstpreise nicht eine rückläufige Bewegung einschlug, wie man als selbstverständlich betrachtet hatte, sondern daß er im Herbst bei stets größerer Knappheit der Ware auf 165 Franks und im Winter noch weiter stieg. In Italien erlebte man dieselbe Enttäuschung. Als am 4. Mai 1916 der verschärfte deutsche U-Boot-Krieg eingestellt wurde und die Frachtraten herabgingen, glaubte man die gefährlichste Kohlenteuerung überstanden zu haben. Aber die zunehmende Zahl und Wirksamkeit der U-Boote im Mittelmeer bewirkte trotzdem, daß in Genua Mitte Juli beste englische Cardiffkohle, deren Preis im Frühjahr 240 Lire für die Tonne betragen hatte, überhaupt nicht mehr zu haben war, während für die zweite Sorte auch schon ein Tonnenpreis von 235 Lire bezahlt werden mußte, während man in der nahen Schweiz gute deutsche Kohle für nur 36 bis 37 Franks für die Tonne erhielt! In der Folgezeit stellten sich die Dinge noch viel bedrohlicher: im Spätherbst kostete die Tonne zweitklassiger englischer Kohle in Genua 330 Franks, erstklassiger gar 360 Franks.

Welche Volkswirtschaft kann derartige Aderlasse auf die Dauer aushalten? In dem gegenseitigen Erschöpfungskrieg, den unsre Feinde nur noch fortsetzen, weil sie sich einbilden, Deutschland werde eher als sie zusammenbrechen, haben wir dank unsren U-Booten eine erfreuliche Vorgabe. Wenn unsre U-Boote ebenso weiter arbeiten wie bisher oder gar noch erfolgreicher, so treibt das Wirtschaftsleben Englands, Frankreichs und Italiens in gleicher Weise einem nahen Abgrund zu. Daß man dies in England sehr wohl fühlt, zeigt neben vielen anderen Äußerungen z. B. die folgende, die der englische Volkswirtschafter John Leyland im November 1916 niederschrieb: „Der Einfluß der feindlichen U-Boote auf die überseeischen Transporte stellt vermutlich das wichtigste und gefährlichste Problem für die Nation dar.“

Das amerikanische Bevölkerungsproblem[1]

Von Prof Dr. Wygodzinski, Bonn

Der Krieg mit seiner langen Dauer führt zu Folgeerscheinungen, die weit über die Kreise der kriegführenden Mächte hinaus Lebensinteressen auch neutraler Staaten aufs tiefste berühren. In ganzem haben diese, soweit sie nicht unter der englischen Absperrungspolitik zu leiden haben, überwiegend gewonnen, durch Lieferung von Kriegsmaterial, Lebensmitteln, Frachtraum, Gewährung von Anleihen. Zu denjenigen Ländern, welche die größten Kriegsgewinne dieser Art eingestrichen haben, gehören

[1] Der Aufsatz ist vor der Annahme des neuen Einwanderungsgesetzes geschrieben.

Digitized by Google

die Vereinigten Staaten. Selbstverständlich wird einmal ein Rückschlag dieser „Konjunktur" kommen. Rein kapitalistisch gerechnet werden die in die Kriegsindustrie gesteckten Anlagekapitalien dann längst abgeschrieben sein und Uncle Sam bei der Bilanz einen schönen Vermögenszuwachs feststellen können. Trotzdem ist es nicht unmöglich, daß der Krieg, dessen lange Dauer nur durch die materielle Unterstützung der Entente seitens der Vereinigten Staaten möglich war, schließlich für diese zu einem schweren Hemmnis ihrer Entfaltung führt. Europa war für Amerika und zwar in erster Linie für die beiden großen Länder des Nordens, Kanada und die Vereinigten Staaten, ein Lieferant für ein „Produktionselement", das in gleicher Qualität von keiner anderen Stelle zu erhalten ist, nämlich Menschen.

Auf die Verhältnisse in Kanada wurde die Aufmerksamkeit vor einigen Jahren gelegentlich des österreichischen Auswanderungsskandals gelenkt. Das Land, das sich stark entwickelt, aber menschenleer ist, suchte um jeden Preis Einwanderer heranzuziehen; die Einwanderung wurde von der Canadian Pacific und einigen Schiffahrtsgesellschaften mit Mitteln betrieben, die in Österreich als unlauter empfunden wurden. Wenn auch die Schuld auf untergeordnete Organe abgewälzt wurde, hielt die österreichische Regierung doch ein Einschreiten für notwendig. Die Auswanderung wurde verwaltungsmäßig geregelt, ein allerdings überaus scharfes Auswanderungsgesetz kam zunächst nicht über den Entwurf hinaus. In den Jahren 1902 bis 1912 waren nach Kanada aus Österreich-Ungarn insgesamt 142 349 Menschen ausgewandert, so daß man nicht mit Unrecht sagen konnte, in Kanada ständen zwei österreichische Armeekorps, die jetzt schmerzlich genug vermißt werden. Über das Schicksal dieser Kanadagänger sind die Meinungen geteilt; sie bekommen zwar Land, auch der Boden ist wenigstens stellenweise recht gut; aber die Winter sind so lang, die Verkehrsverhältnisse vorläufig noch so schlecht, daß die wirtschaftliche wie die kulturelle Lage der Ansiedler in vielen Fällen sehr zu wünschen übrig läßt. Trotzdem ist die Anziehungskraft Kanadas außerordentlich; in den eben genannten Jahren sind insgesamt mehr als 2 Millionen Menschen dorthin eingewandert, davon je ein starkes Drittel aus England und den Vereinigten Staaten. Ein gut Teil von den beiden letzteren dürfte aus anderen Staaten gekommen und von der Statistik dem Durchgangsland gutgeschrieben sein.

Aber nicht nur Kanada, sondern auch die Vereinigten Staaten sind auf Einwanderung durchaus angewiesen. Das riesige Land ist ja, von verhältnismäßig wenigen Gebieten abgesehen, noch äußerst extensiv bevölkert, obgleich es fast durchwegs besiedelungsfähig ist; auf den qkm kommen nach der Zählung von 1910 nur 11,73 Einwohner. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Städtebildung und damit die Menschenanhäufung an einzelnen Punkten in diesem Neuland sich besonders stark zeigt; so ist denn auch die entsprechende Ziffer für die nordatlantischen Staaten 59,11, für die westlichen Staaten aber nur 2,22. Die Union braucht also vor allem Land-

Digitized by Google

wirte, zumal die Landflucht innerhalb des Reichs bereits großen Umfang angenommen hat. Wie steht es nun mit der bisherigen Bevölkerung?

Die Zunahme ist ganz enorm; der jährliche Prozentsatz der Zuwachsziffer (1,90) übertrifft die deutsche (1,36) weit, die österreichisch-ungarische (0,87) um das Doppelte. Aber dieser Zuwachs beruht fast völlig auf der Einwanderung; in den neuenglischen Kernstaaten sind Geburten- und Sterbeziffern einander gleich. Roosevelt war es, der das Wort vom Rassenselbstmord der Amerikaner geprägt hat. Nach dem Zensus von 1910 waren bei einer Gesamtbevölkerung von 92 Millionen im Ausland geboren 13⅓ Millionen, von ausländischen Eltern 21 Millionen, also fast der vierte Teil. Insgesamt beträgt die Zahl der Einwanderer von 1819 bis 1910 rund 28 Millionen, gleich 30 Proz. des jetzigen Bestandes. Nimmt man das Verhältnis der von ausländischen Eltern in dieser Zeit Geborenen, die durchaus noch zur Einwanderung rechnen müssen, ebenso an wie nach dem Zensus von 1910, so erhöht sich die Zahl der als Einwanderer zu bezeichnenden auf 45 Proz. der Gesamtbevölkerung. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß nicht weniger also 10 Millionen Neger vorhanden sind, ein arger Pfahl im Fleisch der Republik. Faßt man nur die Weißen ins Auge, so ist mehr als die Hälfte der Unionsbürger unter die „Bindestrich-Amerikaner" zu rechnen.

Ohne auf diese Zahlen allzuviel Gewicht legen zu wollen, wird man daraus doch die schlechthin ausschlaggebende Stellung der Einwanderung innerhalb der amerikanischen Bevölkerungsbewegung erkennen. Ganz wird das Problem aber erst in seiner Schwere klar, wenn man auch noch die Herkunft der Zuwanderer berücksichtigt.

Von der Gesamteinwanderung in der angegebenen Zeit kamen nach den offiziellen amerikanischen Angaben 92,3 Proz. aus Europa; 28 Proz. aus Großbritannien, 19 Proz. aus Deutschland. Wenn auch der angelsächsische Kern auf 54 Proz. berechnet wird, so ist doch der Anteil Deutschlands, der deutsche „Kulturdünger" ganz ungewöhnlich groß; zu berücksichtigen ist dabei, daß unter den eingewanderten „Großbritanniern" die Iren weit überwiegen. Die Zusammensetzung der Einwanderung hat sich aber in den letzten Jahrzehnten stark verschoben, und hier liegt eine zweite Schwierigkeit. Ursprünglich überwogen die Nordwesteuropäer durchaus; die Einwandernden waren Deutsche, Skandinavier, Engländer, Schotten, Iren. Diese Elemente paßten sich verhältnismäßig leicht in den Rahmen der Stammbevölkerung ein; sie waren bereit, in ihr aufzugehen und wurden ohne Schwierigkeit eingeschmolzen. In dem Maße aber, als sich der Nordwesten Europas wirtschaftlich hob, als er „Waren statt Menschen" auszuführen imstande war, wurden diese hocherwünschten Elemente durch Angehörige von Völkern verdrängt, die wirtschaftlich wie kulturell auf einer weit niedrigeren Stufe standen. Diese „New Immigration" aus Südosteuropa wuchs und wuchs und machte den amerikanischen Politikern schweres Kopfzerbrechen. Nordwesteuropa war 1890 noch mit 75 Proz. an der Einwanderung beteiligt gewesen, 1910 nur noch

Digitized by Google

mit 19,4 Proz., während der Südosten nun nicht weniger als 71 Proz. beanspruchte. Diese Änderung war in einer zweifachen Weise verhängnisvoll. Ganz abgesehen davon, daß die Mischung aller möglichen Rassen an sich schon recht schwierige Aufgaben stellte, waren diese „neuen" Einwanderer in vielen Fällen wenig wünschenswert. Die Kampfgesetzgebung gegen „unerwünschte Einwanderung" richtete sich nicht nur gegen Farbige, sondern auch gegen diese Südosteuropäer; Vermögens-, Bildungs-, Gesundheitsbedingungen aller Art wurden aufgestellt, und Amerika, der alte Hort der Freiheit, verschloß sich den Bedrückten und Armen hartnäckiger und erbarmungsloser als je einer der „despotischen" Staaten der Alten Welt. Aber nicht nur der kulturelle Tiefstand der Ankömmlinge war es, der den Widerstand gegen sie erweckte, als vielmehr die Absicht, in der sie kamen. Die „alten" Einwanderer wollten sich fast immer eine neue Heimat gründen; sie gingen aufs Land, siedelten sich auf einer von der Regierung unentgeltlich oder unter sehr billigen Bedingungen abgegebenen „Heimstätte" an und bauten Weizen und Mais. Die „Neuen" aber, die zum großen Teil ohne Frauen kommen, stammen zwar fast alle vom Lande, gehen aber nicht auf die Farm, sondern als ungelernte Arbeiter in die Fabrik. Sie wollen nur Geld verdienen, um möglichst bald in ihre Heimat zurückzukehren, und dort, aber auch nur dort, einen Fetzen Land zu erwerben. So ist zwar in Amerika eine Industrie emporgeblüht, die sich ganz überwiegend auf die Verwendung dieser ungelernten, durchwegs gewerkschaft-freien Südosteuropäer stützt; aber der amerikanische Ackerbau geht zurück. Das ist um so bedenklicher, als die Zeit der raubbaumäßigen Ausbeutung des jungfräulichen Bodens in Amerika vorbei ist; intensivere Ausnutzungsformen müssen an deren Stelle treten, die nicht nur Stoffersatz (Kali!), sondern auch die Verwendung von sehr viel mehr Arbeitskraft erfordern. Sonst gerät das Agrarland Amerika in Gefahr, nicht nur in seiner Fleischversorgung, wo dies bereits der Fall ist, sondern auch in bezug auf die Brotversorgung von anderen Ländern abhängig zu werden.

Der Krieg hat das Einwanderungsproblem der Union in seiner ganzen Bedeutung eindringlichst gepredigt. Nach einer Ermittelung, welche die Bundes-Einwanderungs-Kommission im Jahre 1915 anstellte, waren von den in den Industriebetrieben des Landes beschäftigten Personen nur 25 Proz. Kinder in Amerika geborener Eltern, 17 Proz. solcher im Auslande geborener Eltern und 58 Proz. selbst im Auslande geboren. Zugleich ist die Einwanderung, deren Überschuß über die Auswanderung in den letzten Jahren vor dem Kriege weit über eine halbe Million jährlich betrug, im Jahre 1915/16 auf 169000 Personen gesunken. Es steht nun also zwischen Amerika und Europa so, daß die amerikanische Nachfrage nach europäischem „Menschenmaterial" voraussichtlich nach dem Kriege höher sein wird als je vorher. In besonderen wird sich Amerika und zwar sowohl die Union wie Kanada bemühen, das hochwertige nordwesteuropäische Material anzuziehen. Daraus erwächst Europa eine Aufgabe, deren Bedeutung auch schon früher nicht verkannt worden ist.

Digitized by Google

Nach den ungeheuren Menschenverlusten während des Krieges wird in Europa ein Menschenüberschuß in dem Umfange wie früher überhaupt nicht mehr vorhanden sein. Natürlich liegt es verschieden in den einzelnen Ländern. Die bisherigen europäischen Einwanderungsländer, deren Menschenzahl zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben nicht mehr ausreichte, wie vor allem Deutschland, werden die Menschenknappheit noch mehr empfinden als die bisherigen Auswanderungsländer im Südosten Europas. Denn Deutschland hatte bekanntlich eine wirkliche Auswanderung in den letzten Jahren nur noch in verschwindender Zahl, der eine Zuwanderung von Fremdarbeitern im Umfang von rund 1 Million gegenüberstand. Die Leute kamen, von kleineren Gruppen abgesehen, hauptsächlich aus Russisch-Polen, Galizien und Italien. Falls diese Länder in Zukunft überhaupt noch Menschen in nennenswertem Maße abgeben können und wollen, wird in Europa selbst die Konkurrenz um dieses Material sehr groß sein. Schon vor dem Kriege haben die skandinavischen Staaten und Frankreich namentlich die Polen an sich zu ziehen versucht; in Österreich selbst wuchs der Bedarf der sich intensivierenden Landwirtschaft und der heranwachsenden Industrie.

Es ist anzunehmen, daß Amerika mit seinem starken Menschenbedarf (für eine Reihe der südamerikanischen Staaten gilt abgeschwächt das Gleiche) nach dem Kriege alle Anstrengungen machen wird, sich aus dem großen europäischen Reservoir zu versorgen, unter Anbietung von Löhnen, welche nominal die europäischen weit übersteigen. Nachdem schon vorher diese Auswanderungspropagande durch besondere Organisationen mit großen Mitteln und mit starker Energie betrieben worden war, wird sie jetzt noch unvergleichlich stärker werden. Deutschland hat alle Ursache, ebenso wie Österreich-Ungarn dafür zu sorgen, daß ihm nicht dadurch Kräfte für immer entzogen werden, die es selbst aufs schmerzlichste entbehren würde. Man wird natürlich der Auswanderung nicht mit Polizeimaßnahmen entgegentreten dürfen, aber doch jedes mit den Interessen unseres Volkes im Einklang stehende Mittel anwenden müssen, vom unsere durch den Krieg geschädigte Arbeitskraft nicht weiter und zwar zugunsten solcher Länder vermindern zu lassen, die teils unsere Gegner wie Kanada, teils wie die Vereinigten Staaten zum mindesten nicht übermäßig wohlwollende Neutrale waren.

Die polnisch-jüdische Frage

Von Dr. Richard Weil

Mit der Proklamation des Königreichs Polen durch das Manifest vom 5. November hat die polnisch-jüdische Frage erhöhte Bedeutung und erst ihre eigentliche realpolitische Unterlage erhalten. Mit diesem Manifest hat Deutschland eine bestimmte Richtlinie seiner Politik im Osten festgelegt, und so erst die Voraussetzung für die weitere Entwicklung der polnisch-jüdischen Frage geschaffen.

Digitized by Google

Ihre Bedeutung im Rahmen des neu geschaffenen polnischen Staates ergibt sich schon aus den einfachsten Zahlen der Bevölkerungsstatistik des Landes. Polen umfaßt neben 12 Millionen Polen fast 1¾ Millionen Juden, die somit also 15 % der Bevölkerung bilden. Die Art ihrer Verteilung steigert noch ihre wichtige Stellung in außerordentlichem Maße. Sie wohnen hauptsächlich in den Städten. So bilden sie in Warschau 36,2 %, in Lodz 35,8 %, in nicht weniger als 288 Städten über 25 %, in 195 Städten über 50 % und in 34 Städten gar über 75 % der Bevölkerung. Und da gerade in Polen, in einem Lande stark verbreiteten Analphabetentums, die Bedeutung der Städte gegenüber dem Lande noch sehr viel größer ist als in Westeuropa, so bedingt diese Konzentrierung der Juden in den Städten eine noch viel größere Wichtigkeit derselben für das Land, als sie ihnen schon auf Grund ihrer allgemeinen numerischen Stärke zukommt. Hinzu tritt noch die Tatsache, daß sie im Handel und in der Industrie Polens eine ausschlaggebende Rolle spielen; mit den Deutschen zusammen haben sie eigentlich den größten Teil der polnischen Industrie und des Handels geschaffen, und auch dieser Umstand erhöht naturgemäß ihre Bedeutung für das Land. Es ergibt sich aus alledem, daß es unmöglich ist, die polnische Frage in befriedigender und fruchtbarer Weise zu regeln, ohne auch das jüdische Element in Polen zu berücksichtigen und auch der polnisch-jüdischen Frage eine dauernde Lösung zu geben.

Um diese Frage in ihrer ganzen Tragweite zu verstehen, muß man von zwei Tatsachen ausgehen: die eine betrifft den Charakter, die Wesensart des polnischen Judentums, die andere sein Verhältnis zu den Polen.

Die polnischen Juden sind im kulturellen und nationalen Sinne keine Polen, sondern stehen heute als ein eigener Bevölkerungsorganismus da: Sie sind durch alle Merkmale, die Nationalitäten von einander scheiden, von den Polen getrennt: durch Rasse, Geschichte, Sprache und Kultur. Die Politik der russischen Regierung, der eine solche Scheidung der Bevölkerung Polens nur sehr willkommen war, hat diese Trennung verstärken helfen, in erster Linie schon durch ihre allgemeine Judenpolitik, die den Juden den Zutritt zu den Schulen und Universitäten sehr erschwerte und so dafür sorgte, daß sie innerhalb ihres eigenen traditionellen jüdischen Kulturmilieus eingeschlossen blieben. Es wird eine der ersten Folgen jeder freieren Entwickelung Polens sein, daß diese tiefe Trennung verschwindet; denn es ist kein Zweifel, daß in einem polnischen Staate, in dem die Juden Gleichberechtigung genießen werden, sie auch sehr schnell die polnische Sprache erlernen und den Zutritt zur polnischen Kultur erlangen werden. Heute jedoch ist dies nicht so. Heute bilden die Juden einen selbständigen gesonderten Organismus, mit eigener Sprache und Kultur und eigenen Lebensformen. Lediglich ein kleiner Teil der oberen sozialen Schicht der Juden ist polnisch assimiliert, dadurch aber der großen jüdischen Masse völlig entfremdet und von ihr als Renegaten heftig bekämpft.

Die andere Tatsache, die grundlegend ist für eine Lösung der polnisch-jüdischen Frage,

Digitized by Google

betrifft die Art des Verhältnisses zwischen Juden und Polen. Dieses Verhältnis ist das einer überaus heftigen Spannung, eines Gegensatzes, wie er in dieser Schärfe kaum irgendwo in Europa innerhalb eines Landes zwischen zwei Bevölkerungsgruppen besteht. Es hätte keinen Sinn, vor dieser Tatsache die Augen verschließen zu wollen; denn ohne die Kenntnis und gebührende Berücksichtigung derselben ist eine fruchtbare Lösung der polnisch-jüdischen Frage unmöglich. Dieser Gegensatz ist jungen Datums. Bis in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts hinein war das Verhältnis zwischen Polen und Juden relativ recht gut. Kam doch ein großer Teil der heute in Polen wohnenden Juden auf den Ruf der polnischen Könige ins Land, die ihnen sehr weitgehende Privilegien verliehen; auch die Führer der polnischen Unabhängigkeitsbewegung nach der Vernichtung des polnischen Staates standen stets freundlich und sympathisch den Juden gegenüber, und ihr Programm umfaßte auch die völlige Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung. Woher also diese plötzliche Spannung, die an Schärfe und Leidenschaftlichkeit fast ohnegleichen ist? Man kann sie, von vielen Gründen minder wichtiger Natur abgesehen, auf zwei große Ursachen zurückführen, von denen die erste wirtschaftlicher, die andere politischer Natur ist. Die wirtschaftliche Ursache besteht in der in den letzten Jahrzehnten in Polen begonnenen Neuschaffung eines bürgerlichen wirtschaftlichen Mittelstandes. Es war seit langer Zeit die Eigenart und das Grundgebrechen der wirtschaftlichen und politischen Struktur Polens, daß ihm ein gesunder Mittelstand fehlte. Auf der einen Seite stand der Adel — größere und kleinere Grundbesitz — auf der anderen die Bauern auf dem Lande, die Handwerker und Arbeiter in den Städten. Ein bürgerlich wohlhabender Mittelstand, der in allen westeuropäischen Staaten der stärkste Träger des wirtschaftlichen und politischen Fortschritts und eine der festesten Stützen des Staates ist, fehlte. Diese Lücke in der wirtschaftlichen Struktur des Landes füllten zum größten Teil die Juden aus. Schon die polnischen Könige, die ihre Einwanderung begünstigten, taten es in dem Bestreben, durch die Juden den fehlenden Mittelstand zu ersetzen, und unterstützten daher die dahin gehenden Bestrebungen in jeder Art. Im Laufe der Jahrhunderte hatten die Juden in der Tat dann den gesamten, durch das Fehlen des polnischen Mittelstandes freien Raum eingenommen und ausgefüllt. Dieser Zustand führte zu keinerlei Reibungen, solange der polnische Mittelstand eben noch fehlte. Als aber in neuerer Zeit die Polen, durch die mehrfachen Mißerfolge ihrer politischen Unabhängigkeitsbestrebungen nüchterner geworden, ihr politisch-staatliches Ideal zurückstellten und daran gingen, die innere Struktur und Kraft des Polentums auszugestalten und zu festigen, erkannten sie, daß die Schaffung eines polnischen Mittelstandes die notwendigste und wichtigste Aufgabe sei und schritten mit Eifer und Energie an die Erfüllung dieser Aufgabe. Und damit war schon der Beginn von Reibungen und Konflikten mit der jüdischen Bevölkerung gegeben und ein wirtschaftlicher Kampf unvermeidlich geworden. Durch die Gründung

Digitized by Google

von wirtschaftlichen Genossenschaften, durch Organisierung der Bauern und Handwerker, durch Errichtung von Kreditinstituten und anderen Mitteln dieser Art sollte die wirtschaftliche Konkurrenz der Polen gegen die Juden gestärkt und ein kräftiger polnischer Mittelstand geschaffen werden. Dies alles war naturgemäß für die Juden sehr unangenehm, aber die Berechtigung der polnischen Bestrebungen konnte nicht bezweifelt werden. Wirtschaftliche Kämpfe gibt es überall, und der Wunsch der Polen, einen eigenen Mittelstand zu haben, war begreiflich und vom Standpunkt ihrer nationalen Bestrebungen nur zu billigen. Wäre es bei diesen rein wirtschaftlichen Kämpfen geblieben, der polnisch-jüdische Gegensatz hätte niemals jene unerhörte Schärfe und fanatische Form angenommen, die er heute besitzt. Diese Verschärfung erhielt er durch die andere Ursache politischer Natur, die hinzutritt und die gerade für Deutschland von Bedeutung und Interesse ist: durch die politische Neuorientierung der Polen in den letzten Jahrzehnten. Die polnische Politik war seit jeher antirussisch gewesen; Polen hatte sich stets als Träger und Vorkämpfer der europäischen Kultur und als ihr Vorposten gegen die russische Expansion gefühlt. Diese traditionelle Politik erfuhr nun in den beiden letzten Jahrzehnten eine radikale Wandlung. Die Polen hatten erkennen müssen, daß ihre Hoffnung auf die Befreiung vom russischen Joche keine Aussicht auf Verwirklichung hatte (daß der europäische Weltkrieg sie ihnen je bringen könnte, darauf konnten sie nicht rechnen). So begann sich denn unter ihnen eine Strömung geltend zu machen, die auf eine Aussöhnung mit der russischen Regierung hinarbeitete, in der Erwartung, von dieser irgendwelche Zugeständnisse zu erhalten. Diese Strömung verband sich bald mit der wirtschaftlichen, und fand in Roman Dmowski einen Führer von außerordentlichem starkem demagogischen Talent. Unter seiner Führung ward die Bewegung, die sich Nationaldemokratie nennt, bald die herrschende in Kongreß-Polen. Unter Verleugnung aller historischen Traditionen der polnischen Politik vollzog sie immer offenkundiger den Anschluß an die russische Regierung und an die Regierungspartei der Oktobristen. Der positive Erfolg war, wie vorauszusehen, gleich Null. Von ernsten Konzessionen wollte die russische Regierung natürlich nichts wissen; statt dessen gewährte sie den Polen ein anderes: sie lieferte ihnen die Juden aus. Für Dmowski und seine Genossen wurde die Vernichtung der Juden nunmehr das eigentliche Ziel und das beherrschende Schlagwort ihrer maßlosen Agitation im Lande. Hatte man sonst nichts erreicht, die Ausrottung der Juden sollte diesen Mißerfolg verschleiern; sie wurde als heiliges Ideal erklärt, und die „Polonisierung Polens" wurde der neue Schlachtruf. Ein äußerer Anlaß, die Niederlage der national-demokratischen Kandidaten in Warschau bei der Dumawahl mit Hilfe der Juden, gab das Signal zum Kampf, und ein in seiner Heftigkeit und Rücksichtslosigkeit beispielloser Vernichtungsfeldzug gegen die Juden, vor allem in der Form eines straff organisierten, wirtschaftlichen Boykotts, setzt ein. Auch der Ausbruch des Krieges, die Eroberung Polens durch die Zentralmächte und die Verkündigung der

Digitized by Google

Unabhängigkeit Polens, hat keine Änderung in der Haltung der Polen gegen die Juden gebracht. Sie besteht auch heute noch in ihrer vollen Schärfe fort und äußert sich in Maßnahmen, die man heute in Europa für kaum möglich halten sollte. So beschloß jüngst erst der Warschauer Stadtrat die Schaffung eines besonderen jüdischen Handels-Ghettos in den öffentlichen städtischen Markthallen; so bestätigte vor zwei Wochen der Magistrat der Stadt Warschau die noch aus russischer Zeit stammende Bestimmung, die Juden in ihrer traditionellen Tracht den Zutritt in den öffentlichen Park der Stadt (Lazienki) verbietet.

Es ist klar, daß dieser Zustand für die Dauer unhaltbar ist. Eine Fortdauer der gegenwärtigen polnisch-jüdischen Spannung würde die Herbeiführung innerer stabiler und ruhiger Verhältnisse unmöglich machen und das Land steten inneren Kämpfen ausliefern; da es ja selbstverständlich ist, daß die 1 3/4 Millionen Juden um ihre Stellung kämpfen werden, und sie bei der Rolle, die im Handel und in der Industrie des Landes spielen, bei ihrer starken Vertretung in den Städten, nicht ausgeschaltet werden können. So ist eine Behebung des heutigen Gegensatzes ebenso notwendig im wohlverstandenen Interesse der Polen selbst, denen doch alles an einer ruhigen und gesunden Zukunftsentwicklung des Landes gelegen sein muß, wie auch vom Standpunkte der deutschen Politik, für die es sehr wesentlich ist, daß der an der Ostgrenze des Reiches neuentstandene polnische Staat, der dauernd mit Deutschland verbunden bleiben soll, die Möglichkeit fruchtbarer Entfaltung habe.

Ein Ausgleich zwischen Polen und Juden ist aber nur möglich auf Grund einer völligen Wandlung der inneren Stellungnahme, die die Polen den Juden heute gegenüber annehmen, und die im wesentlichen getragen ist von einer oft erschreckenden Verachtung, die sie ihnen entgegenbringen, und fast stets von der Empfindung, daß die Juden Fremde in Polen seien, die früher oder später das Land verlassen müßten. Diese Auffassung vor allem muß aufhören, und die Polen müssen erkennen, daß Menschen, die seit Jahrhunderten im Lande wohnen, die in so hervorragender Weise mitgewirkt haben an der wirtschaftlichen Entfaltung des Landes, die nichts sehnlicher wünschen, als auch in Zukunft treue Bürger des polnischen Staates zu sein und alle Kraft in den Dienst seiner Entwicklung zu stellen, vollberechtigte Bürger Polens sind. Werden die Polen innerlich zu dieser Überzeugung gelangen und aufrichtig und loyal sich auf diesen Standpunkt stellen, so wird die Grundlage zu der Lösung der Judenfrage in Polen gegeben sein, denn dann kann es einem nicht schwer sein, den Juden mit ihrer vollen politischen Gleichberechtigung auch das Recht auf Wahrung ihrer Eigenart, ihrer Tradition zuzugestehen, jeder Versuch, sie gewaltsam zu polonisieren, müßte an dem Widerstande der mit zähester Energie an ihrer Eigenart und Tradition festhaltenden jüdischen Masse scheitern.

In konkreter Forderung ausgedrückt, bedeutet dies die Anerkennung des nationalen Minoritätsprinzips seitens der Polen. Denn nicht nur um die Stel-

Digitized by Google

lung der Juden geht es da, sondern ebenso um die der sechshunderttausend Deutschen, die in Polen wohnen, und der anderen Nationalitäten, die ihm möglicherweise angehören werden. Das nationale Minoritätsprinzip, das Recht der kleinen Nationalitäten zur Pflege ihrer Sonderheit und Kultur, das nach dem Kriege in allen Nationalitätenstaaten sich mit Sicherheit durchsetzen wird, muß auch in Polen zur Geltung gelangen. Vom Standpunkte der deutschen Politik ist eine solche Sicherstellung der Minoritäten im Lande auch darum noch besonders notwendig, weil gerade sie bei einer verständisvollen Politik die festesten Stützen der westlichen Orientierung des künftigen Polen werden können, und weil gerade die Erfahrungen dieses Krieges gezeigt haben, wie wünschenswert eine Kräftigung der westlich orientierten Elemente im Land ist.

Die bisherige Verwaltungspraxis der Behörden in Polen scheint in der ganzen Frage noch keinen bestimmten prinzipiellen Standpunkt gewonnen zu haben. Auf der einen Seite nimmt man in der Gestaltung des Wahlrechts zwar weiteste Rücksichten auf die jüdische Minorität und hat überall die Verhältniswahl eingeführt; auch gestattet man seitens der deutschen Schulverwaltung den Juden die Gründung von Schulen in ihrer eigenen jiddischen Sprache im Gegensatz zu den Polen, die keine selbständige jüdische Schule zulassen wollen; auf der anderen Seite aber übergeht man sie bei allen wichtigen politischen Aktionen, wie beispielsweise bei den Verhandlungen wegen des neuen polnischen Stadtrates und bei der Ernennung der Mitglieder desselben, so daß die Juden sich politisch durchaus unberücksichtigt und preisgegeben fühlen was naturgemäß für ihre Stellungnahme zu all den Ereignissen der letzten Zeit, die in der polnischen Frage vor sich gingen, nicht ohne Wirkung ist. Ein erster Versuch zu einer grundlegenden und systematischen Regelung der Judenfrage in Polen wurde erst vor wenigen Wochen durch die „Verordnung, die Organisation der jüdischen Religionsgesellschaft in Polen betreffend", gemacht. Doch muß man konstatieren, daß bei allen großen Vorzügen, die die in dieser Verordnung entworfene Organisationsform der polnischen Judenheit besitzt und sie als einen erheblichen Fortschritt gegenüber der bisherigen Lage erscheinen läßt, sie doch in der Grundfrage unbefriedigend ist und die Juden lediglich als Religionsgesellschaft anerkennt und organisiert. Damit ist das westeuropäische Vorbild auf die völlig andersgearteten Verhältnisse im Osten übertragen, wo es zur Regelung der jüdischen Frage keinesfalls genügt. Mit der Anerkennung der polnischen Judenheit als Religionsgemeinschaft ist ihr Recht auf Wahrung ihrer Eigenart und Kultur keinesfalls sichergestellt und ihre vornehmste Forderung nicht erfüllt. Doch ist in Betracht zu ziehen, daß die Verordnung keine endgültige Regelung der Frage geben will, da die Entscheidung über die nationalen Minoritätsrechte der Juden und der anderen Minoritäten in Polen Aufgabe der polnischen Verfassung ist. So muß man hoffen und fordern, daß die Organisierung der polnischen Juden auf der Grundlage ihres

Digitized by Google

Charakters als Religionsgesellschaft nur provisorisch sei und später ihre Anerkennung als besondere Minorität folgen wird. Die Schwierigkeiten des Problems sollen nicht verkannt werden: wir wissen sehr wohl, daß rein gesetzliche Maßnahmen solch heftige Gegensätze zwischen zwei Bevölkerungsgruppen, wie sie zwischen Polen und Juden bestehen, nicht sofort beseitigen können. Auch der wirtschaftliche Gegensatz wird bleiben. Aber mit der gesetzlichen Anerkennung und Sicherstellung der jüdischen Rechte wird der Anfang zu einer Besserung der Lage gemacht sein, und auf dieser Grundlage wäre dann eine allmähliche Behebung der inneren kulturellen Trennung beider Gruppen und damit der Beginn einer inneren Verständigung möglich.

Die vlamische Bewegung

Von G. v. Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

II. Während des Krieges

Nach anfänglicher Friedhofsruhe ist die vlamische Bewegung während des Krieges, nachdem der Druck der belgischen Regierung von ihr genommen war, gewaltig, ja weit über unser Erwarten in die Höhe geschossen, nicht nur in Belgien, sondern auch in dem zensurfreien Holland. In Holland vertreten die vlamische Sache die „Vlaamsche Stem", herausgegeben von Dr. Jacob und dem Dichter René de Clerq (beide Männer durch die Havre-Regierung ihrer Staatsstellungen entsetzt); die „Vlaamsche Stem" ebt heute fort in der „Toorts". Sehr bemerkenswert ist auch die Zeitschrift „De Vlaamsche Gedachte", welche der Genter Leo Picard im Haag herausgibt, sowie die „Dietsche Stemmen" und die „Toekomst", in welcher holländische Gelehrte für die vlamische Sache eintreten. Zu erwähnen in diesem Zusammenhang sind auch die vlamenfreundlichen Äußerungen des Erzbischofs und Kardinals von Utrecht, sowie der katholischen Presse in Holland. In Belgien sind die wichtigsten Vertreter der vlamischen Bewegung die Tageszeitungen „Vlaamsche Nieuws" und die „Gazette van Brussel", ferner die Wochenschrift „Ons Land".

Innerhalb der vlamischen Bewegung unterscheidet man zunächst die Passivisten und Aktivisten. Die Passivisten mit Franz van Cauwelaert und Julius Hoste jr. (in Holland) an der Spitze, haben den Zusammenhang mit der Havrer Regierung festgehalten und weigern sich, obgleich von der Havrer Regierung vielfach übergangen, „Geschenke aus der Hand der Deutschen anzunehmen". Wie weit der Anhang dieser Gruppe im vlamischen Volke reicht, ist schwer festzustellen. Jedenfalls treten ihnen die Aktivisten mit immer größer werdendem Nachdruck entgegen. Während die Passivisten eine vlamische Politik als Werk der zurückkehrenden Regierung erhoffen, bezeichnen die Aktivisten diese Meinung als hoffnungslos, wobei sie auf den Latinismus und die erwiesene Treulosigkeit der Machthaber in Havre hinweisen. Obgleich sie sich damit der Rache dieser Männer aussetzen und ihre Namen in Havre gebucht werden, er-

Digitized by Google

klären die Führer dieser Gruppe, und ihrer sind heute hunderte: „Die Schicksalsstunde des vlamischen Volkes hat geschlagen, mit Deutschlands Niederlage ginge Vlandern zugrunde. Aus dem Wirbel des Weltkrieges soll Vlandern neu geboren und dieser bedrohte Vorposten der germanischen Welt gerettet werden.“ Innerhalb der Aktivisten unterscheidet man wieder zwei Gruppen. Die breite Partei ist heute im „Landesbund“ organisiert, welcher die altbewährten Führer des früheren „Volksrates“ und die politische Volkspartei umfaßt und die großen Vereine hinter sich hat. Diese Richtung steht grundsätzlich auf dem Boden des belgischen Staates; verlangt jedoch innerhalb dieses Staates eine vollständige nationale Trennung als die Gewährleistung inneren Friedens und wahrer Neutralität nach außen. Über die Forderung der Verwaltungstrennung hinaus ist man in dieser Gruppe zur Forderung des staatlichen Föderativsystems übergegangen („tweeledige zelfregeering“). Man denkt das zukünftige Belgien etwa nach der Art der Habsburger Doppelmonarchie als ein monarchisches Staatswesen mit zwei Kammern und doppelten Ministerien, jedoch mit gemeinsamem König und gemeinsamer auswärtiger und Handelspolitik. Ich bringe das interessante Programm des Vlamischen Landesbundes zum Abdruck: „Der Vlamische Landesbund stellt sich zum Ziel, das vlamische Volk von der wallonischen Herrschaft durch das Erlangen der Selbstregierung und Selbstverwaltung zu befreien. Vlandern und Wallonien sollen einen Staatenbund unter dem Namen: „Vereinigte Staaten von Belgien“ bilden. Die Verfassung dieses Staatenbundes soll folgende Hauptbestimmungen enthalten:

1. Vlandern und Wallonien bilden einen Staatenbund, vereinigt durch enge Bande der Bundesgenossenschaft.

2. Die vlamische Sprache ist die alleinige Amtssprache des vlamischen Staates, nämlich: in Gesetzgebung, Regierung, Rechtswesen, Land- und Seemacht, Reichsmacht und Polizei; beim höheren, mittleren, niederen und Fachunterricht (offiziell und frei); in Verwaltung (Staats-, Provinzial-, Gemeindeverwaltung, und allen öffentlichen Ämtern. Das Französische bleibt die Landessprache von Wallonien. Das Deutsche soll die alleinige offizielle Sprache der deutschen Gemeinden sein.

3. Jeder Bundesstaat hat seine eigene Regierung, Vertretung und Gesetzgebung. Der Sitz der gesetzgenden Kammen und der Regierung von Vlandern ist Brüssel. Der Sitz der gesetzgebenden Kammern und der Regierung von Wallonien ist Lüttich.

4. Beide Staaten haben jedoch folgende gemeinschaftliche Angelegenheiten: a) die auswärtigen Angelegenheiten, b) die Einfuhrzölle, c) das Währungswesen, d) das Eisenbahnwesen, e) das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, f) das Heerwesen, g) die Einkünfte und Ausgaben des Staatenbundes.

Die gesetzgebende Macht in bezug auf die gemeinschaftlichen Interessen des Staatenbundes beruht bei dem Bundesrate, der aus zwei durch die gesetzgebende Macht von

Digitized by Google

Vlandern und Wallonien aus ihrer eigenen Mitte zu wählenden Abordnungen von je zehn Mitgliedern besteht.

5. Beide Staaten verpflichten sich zum Unterhalt einer geregelten Heeresmacht.

6. Die Seemacht kommt zu Lasten des Staatenbundes.

7. Da die Beziehungen beider Staaten nach außen eins sind, soll es nur einen Minister für auswärtige Angelegenheiten geben.

8. Das Staatsoberhaupt hat die Obergewalt über die Land- und Seemacht."

Während die Mehrzahl der anerkannten Führer sich heute noch auf dem Boden des belgischen Staates erhält, in Rücksicht auf die belgischen Gefühle der Masse, aber auch die unklare Haltung des deutschen Okkupanten, haben die „Jung-Vlamen" die Schiffe hinter sich verbrannt; ihre Hoffnungen gipfeln im Leitwort: „Frei Vlandern!" Dieses „Frei Vlandern" wird in seinen Grundzügen als ein streng einsprachiges Staatsgebilde gedacht von 4½ bis 5 Millionen Einwohnern, begrenzt von der scharfen und uralten Sprachgrenze im Süden, lediglich die wallonischen Enklave der Brüsseler Oberstadt einschließend, einsprachig im Unterricht von der Volksschule bis zur Universität, einsprachig im öffentlichen Leben, in der Verwaltung, in der Rechtspflege und im Parlament. Die „Jung-Vlamen" hoffen dieses Königreich Vlandern in engster politischer Anlehnung an Deutschland als den „Stammesvogt" der festländischen Germanen zu begründen. Die Macht der Französlinge im Innern und der Druck der französisch-englischen Macht von außen erscheint ihnen zu übermächtig ohne solche Anlehnung. Unter dem Schutze der germanischen Vormacht hoffen sie das hochbegabte, vlamische Volk zur Entfaltung einer reichen, wirtschaftlichen und künstlerischen Eigenkultur emporführen zu können. Auf der anderen Seite fürchten sie den deutschen Zentralismus, die Gefahr einer gewaltsamen Verhochdeutschung und die Überschwemmung mit landesfremden Beamten. Deswegen verlangen sie weitestgehende Selbständigkeit, vielfach im Anschluß an mitteleuropäische Gedankengänge, vor allem Selbstbestimmung in Schul- und Kirchensachen.

Aus diesem Programm spricht der Glaube an Deutschlands Waffenstärke und die Hoffnung, daß der Eigenart Vlanderns die föderalistische Natur des deutschen Staatswesens zuträglicher sein werde, als der Zentralismus der belgisch-französischen Welt. Von einem Verhältnis des Herzens zu Deutschland kann im allgemeinen um so weniger die Rede sein, als in vlämischen Kreisen die Unkenntnis Deutschlands groß ist. Deutschland hat vor dem Kriege alles versäumt, um diese Unkenntnis zu beseitigen, in ängstlicher Schonung der Neutralität des belgischen Staatswesens, aber im Gegensatz zur unablässigen, festorganisierten und hochdotierten Werbetätigkeit Frankreichs (fonds secret im französischen Budget). („Belgien als französische Ostmark" von Dr. Pius Dirr, Verlag Max Kirstein, Berlin.) Die in Belgien wohnenden Deutschen, vor allem der Antwerpener Großhandel, haben das Vlamentum vernachlässigt und vielfach sogar den Französlingen ihre Arbeit erleichtert. Noch heute sind in vlamischen

Digitized by Google

Kreisen die Klagen nicht verstummt, daß bei deutschen Behörden und an deutschen Bankschaltern der französisch sprechende Besucher schneller und höflicher bedient wird, als der vlamisch sprechende oder selbst des Hochdeutschen sich bemühende Volksmann. Ja, ich hörte Klagen darüber, daß mancher Deutsche, royalistischer als der König, die aktiven Vlamen zu „Hochverrätern" gegen den belgischen Staat stempeln möchte, wobei er vergißt, daß Bismarck sich nie gescheut hat, die Revolution bei dem Gegner zu ermutigen. Trotzdem fand ich — mehr im persönlichen Verkehr als in der Presse — eine Anzahl von Vlamen, deren Herz für Deutschlands Sache nicht weniger schlägt, als das unsere.

Merkwürdigerweise vollziehen sich parallele Entwicklungen auf wallonischer Seite. Je mehr man sich unter dem Druck der Kriegsereignisse an den Gedanken eines Kompromißfriedens gewöhnt, je mehr man also damit die Hoffnung aufgeben muß, ganz Belgien kulturell und politisch der Entente zu übergeben, um so mehr erwachen auch die Trennungsgedanken wieder im wallonischen Volke; auch sie halten sich nur zum Teil auf dem Boden des belgischen Staates. Die in Paris erscheinende „Opinion Wallone" vertritt den staatlichen Dualismus unter Beibehaltung des gemeinsamen Oberhauptes und der gemeinsamen Vertretung nach außen. Ähnlich die neuerdings in Brüssel herausgegebene „L'avenir Wallon". Diese Bestrebungen gehen etwa parallel mit dem vlamischen „Landsbond". Den radikalen „Jung-Vlamen" entspricht ein ebenso radikal-wallonischer Flügel, der in Flugblättern neuerdings wieder für die Annexion des wallonischen Belgiens an Frankreich agitiert. Als Beleg zitiere ich zunächst eine Stelle aus der „Opinion Wallone" vom 1. Oktober 1916[1]:

„Wir wagen zu behaupten, daß die lebendigen Kräfte des belgischen Staatswesens den Dienste des sozialen und soldatischen Fortschritts weitaus fruchtbringender gewesen wären, wenn schon längst Vlandern und Wallonien nach dem Muster der Schweiz oder Österreich-Ungarn zwar förderativ miteinander verbunden sind, doch beide in sich autonom wären. Es darf in Zukunft nicht so weitergehen, daß Vlamen und Wallonen ihre wertvolle Tatkraft in abträglichen Scharmützeln gegeneinander verbrauchend, aufs neue zwischen sich den Haß gebären lassen. Zu diesem Zwecke muß man den Unterbau der unitarischen Regierung umändern. Das Belgien von morgen, dieses geteilte und staatsbündlerische Belgien wollen wir Hand in Hand mit unseren vlämischen Brüdern aufrichten. Vlandern den Vlamen, wenn es ihr einhelliger Wunsch ist. Jede Sprache auf Erden hat ihre Schönheit; hören wir auf, uns über das vlamische Platt lustig zu machen. Wir träumen zwar von einem durch und durch französischen Belgien; aber in Vlandern darf zuletzt nur der Wille der Vlamen selber den Ausschlag geben."

Freilich steht daneben ein Satz, der mit der Neutralität Belgiens wenig vereinbar ist.

[1] Vergl. „Das neue Deutschland", Heft 3, 1. November 1916. Dr. F. M. Huebner, Die Bestrebungen der belgischen Wallonen.

Digitized by Google

„Zusammen mit dem Vlamen wollen wir Wallonen ein neues Belgien aufbauen, das blühen und gedeihen soll im unendlichen Kreise der Völker; der Mittelpunkt des Kreises aber, mehr als jemals der heilige Mittelpunkt, wird Paris sein, das arbeitsame, willensstarke, begeisterungsfrohe Paris."

Über die Trennung hinaus geht ein insgeheim im Lande verbreiteter Aufruf an die Wallonen. In diesem leidenschaftlichen Schriftstück heißt es u. a.:

„Zwischen Wallonen und Vlamen lodert seit Jahrhunderten ein Rassehaß, der niemals erloschen ist und der ebenso verderblich ist, wie der Haß zwischen Feuer und Wasser. Durch ihren verschiedenen Ursprung, ihre widersprechenden kulturellen und vaterländischen Interessen sind sie zur Feindschaft vorbestimmt. Das siegreiche Frankreich wird sich erinnern, daß Wallonien eine französische Provinz ist, die reichste und treueste der französischen Provinzen. Es lebe die Einverleibung Walloniens in Frankreich, es lebe Frankreich!"

Ob dieser Ansturm von Nord und Süd der Einheit des belgischen Staates gefährlich sein kann, wie weit der Krieg vielmehr diese Einheit zusammengekittet hat, ist eine offene Frage und hängt u. a. von den Weltereignissen ab. Ebenso schwer ist es, zu beurteilen, wie weit die ziffernmäßige Bedeutung der vlamischen Bewegung reicht. Zweifellos würde bei einer Volksabstimmung heute das „Frei Vlandern!" der Jung-Vlamen unterliegen; „aber", so erwidern die Jung-Vlamen, „ein Menschenalter des Unterrichts, des wirtschaftlichen Aufschwungs unter sozialen Reformen und die germanische Natur Vlanderns wird zum Bewußtsein durchbrechen, und das vlamische Volk wird seinen Befreier segnen." Viel weiter reicht der Gedanke der Verwaltungstrennung, welcher große Vereine hinter sich hat und weit in die Kreise der christlichen Gewerkschaften, wie der Bauernschaft hineinreicht. Wir sind im ländlichen Vlandern tatsächlich nicht im eroberten Feindesland, sondern wie jeder, der mit den Bauern zu tun gehabt hat, bestätigen wird, bei einem stammverwandten Volke, aus dessen Schoße trotz aller Härten des Krieges uns Sympathien entgegenreifen. Dieser Satz scheint um so mehr zu gelten, je mehr man sich der Seeküste nähert. Beste Kenner bestätigen, daß jüngere Kreise des katholischen Klerus dem Trennungsgedanken, wenn auch heute schweigend, anhängen; in „Vlandern Vlaamsch" scheint ihnen der beste Schutz ihrer Herden vor französischem Atheismus und Libertinismus. Von einem Ordensgeistlichen hörte ich das Wort: „Wir wollen vlamisch sein; ob mit Deutschland, ist uns gleichgültig, wenn wir nur von Frankreich loskommen" — „wie Polen", setzte der zeitunglesende Gemeindeschreiber hinzu. Waren es Ende 1915 einige Dutzende, so sind es Ende 1916 viele Hunderte von Intellektuellen, welche offen und zum Teil begeistert auf unsere Seite traten und, im Vertrauen auf Deutschland, ihr Alles wagten.

Ausgesprochene Gegner der Trennung sind die Minderheiten, die Sozialisten in Vlandern — Anseele — die Klerikalen Walloniens — Mercier — von denen die einen im schwarzen, die andern im roten Meer zu ertrinken fürchten.

Digitized by Google

Die deutsche Verwaltung[1], weit entfernt, die Vlamen-Bewegung künstlich aufzublasen, hat sich zunächst darauf beschränkt, das Land gut und gerecht zu verwalten. Ihre Erfolge auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung sowie der verminderten Säuglingssterblichkeit haben Neutrale anerkannt. Aber indem sie in unparteiischer Weise die belgischen Gesetze auszuführen bemüht war, kam sie dazu, auch die Sprachengesetze, die bis dahin vielfach nur auf dem Papier standen, durchzuführen. Es enthüllte sich dabei das parteiische Wesen der belgischen Statistik; so war z. B. für Groß-Brüssel eine Mehrheit der Nichtvlamen herausgerechnet worden, indem die noch nicht sprechenden Kinder dieser Ziffer zugezählt wurden; die hohe Geburtenziffer der Vlamen wurde also zur Waffe gegen sie verwandt. Ohne irgendwie die Wallonen zugunsten der Vlamen zu benachteiligen, gab die deutsche Verwaltung der vlamischen Bewegung die Möglichkeit, in der Presse zum Ausdruck zu gelangen. Unter unendlichen Schwierigkeiten und trotz vorausgesagter Unmöglichkeit hat der deutsche Generalgouverneur die „Vervlamschung" der Genter Hochschule mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit, beharrlich und unerschrocken, durchgeführt. Diese Lehrstätte von Pirenne war bis zum Kriege die französische Hochburg im Herzen des vlämischen Landes gewesen. Ohne den Boden der belgischen Gesetzgebung zu verlassen, da die französische Lehrsprache in Gent auf königlicher Ordonnanz beruhte, hat Deutschland damit der dringlichsten Forderung des vlamischen Volkes Erfüllung gewährt. Die „Opinion Wallone" quittiert diese Tat mit folgenden Worten: „Die vlamische Hochschule, mit oder auch ohne von Bissing, bedeutet das Ende der belgischen Einheit. Mit oder ohne Bissing, in Gent oder in Antwerpen, bleibt die vlamische Hochschule eine feste und unausrottbare Tatsache." In der Tat wäre die Wiederaufhebung der vlamischen Hochschule eine Kriegserklärung gegen das vlamische Volk. Die Genter Hochschule wird damit zu einem Brennpunkt der vlamischen Bildung und Gesinnung werden und geistige Anlehnung an die germanische Welt suchen müssen. Was immer die Zukunft bringe, ein Gefühl der Dankbarkeit gegenüber dem Sieger wird trotz aller Verhetzung im vlamischen Volke fortleben. Die Vervlamschung der Genter Hochschule war zugleich ein soziales Werk; nunmehr erst wird dem Kind des Volkes ohne das Hindernis einer fremden Sprache die Höhe des Geisteslebens erschlossen, von welcher aus das Licht der Bildung in die dunkelsten Teile der Volksmasse sich ergießen wird.

Neuerdings ist das Problem der Verwaltungstrennung, und zwar zuerst im Unterrichts-Ministerium, von der deutschen Regierung angefaßt worden. Trotz manchen Schwankens und Zögerns, trotz juristischer Bedenken, trotz der von den älteren belgischen Beamten ausgehenden Hemmnisse, welche an den Zentralbehörden ihren Einfluß gegen die Vlamen einsetzen, dringt der Gedanke durch: „Wir Deutsche haben sowohl das eigene Interesse, wie die moralische Pflicht, den Bruderstamm der Vlamen

[1] Fr. W. Freiherr von Bissing, Belgien unter deutscher Verwaltung. München. „Süddeutsche Monatshefte" 1915.

Digitized by Google

nicht zugrunde gehen zu lassen." Darüber hinaus: eine Vlamenpolitik, welche sich aller Verhochdeutschung enthält und „zur Freiheit erzieht", wird beruhigend und befreundend auf Holland wirken, dessen Kulturgebiet sich um ein Drittel erweitert. So muß der Professorenaustausch zwischen Gent und den altberühmten holländischen Universitäten auf beiden Seiten den Blick erweitern und zu gesundem Wetteifer anspornen. Als Leitsatz über unserer Vlamenpolitik stehen die Worte des Reichskanzlers vom 5. April 1916: „Auch in Belgien gibt es keinen Status quo ante. Auch hier kann Deutschland den lange niedergehaltenen vlämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben, sondern wird ihm eine gesunde, seinen reichen Anlagen entsprechende Entwicklung auf der Grundlage seiner niederländischen Sprache und Eigenheit sichern. Wir wollen keine Nachbarn, die sich aufs neue gegen uns zusammenschließen, um uns zu erdrosseln, wir wollen Nachbarn, die mit uns und mit denen wir zusammen arbeiten zu unserem gegenseitigen Nutzen." Vielleicht enthält Vlandern — ein freies und wiedergeborenes Vlandern — einmal die Lösung des Rätsels der belgischen Sphinx.

„Das Land Goethes"

Von Lynceus

„Das Land Goethes" ist ein oft gebrauchtes Schlagwort. Es liegt Stolz, aber auch Anmaßung in diesem Wort. Das begreift man, wenn man bedenkt, daß das heutige Italien sich das Land Dantes, England das Land Shakespeares, Frankreich das Land Rousseaus, Rußland das Land Dostojewskis nennen könnte. Es müßte gerade bewiesen werden können, daß Goethe für unser ganzes Volk so viel mehr bedeutet als Shakespeare für England oder Rousseau für Frankreich, daß sein Geist das Denken und Fühlen seines Volkes beherrscht und bestimmt hat.

Das vaterländische Gedenkbuch, das der Berliner Goethebund unter den Titel „Das Land Goethes 1914—1916" in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin herausgebracht hat, ist dafür kein Beweis. Das große Sammelwerk bietet sich in einem Einband dar, an dem Lucian Bernhard seinen Geschmack und seine Einfachheit von neuem bewährt. Und es gibt auf 136 Tafeln längere und kürzere Betrachtungen bekannter Männer der Gegenwart. Wie das Vorwort sagt: „Eine Heerschau der geistigen und sittlichen Führerschaft des gegenwärtigen Deutschland, ein umfassendes Bekenntnis der deutschen Geisteswelt." Das Vorwort spricht also große Worte gelassen aus. Wie sind sie erfüllt?

Schon das Namensverzeichnis macht stutzig. Wir lesen die Namen vieler Berühmtheiten im öffentlichen Leben; in Wissenschaft und Kunst. Unter den letzten Namen von Männern, die uns aus verschiedenstgearteten und keineswegs gleichwertigen Büchern und Zeitschriften geläufig sind. Wir blättern weiter und sehen uns vor alphabetische Ordnung der einzelnen Beiträge gestellt. So kommt es, daß Hindenburg und Hocker

Digitized by Google

auf ein und demselben Blatte sich äußern. Vorder- und Rückseite eines anderen Blattes schmücken Autogramme des Freiherrn von der Goltz und Ganghofers. Man sieht an diesen Beispielen: die alphabetische Ordnung ist höflich, aber unsachlich.

Wir lesen in diesen Beiträgen. Ruhige schlichte Worte und Sätze fallen uns auf. Um den Soldaten vorwegzunehmen: Da ist ein schönes Bekenntnis, was für den General von Beseler Goethe gewesen ist. „Mit größerem Recht wie Goethe vom Tage von Valmy können wir sagen, daß vom 2. August 1914 eine neue Epoche der Weltgeschichte ausgeht. Sollte sie, wie wir alle hoffen, Deutschland auf ungeahnte Höhen führen, so möge es nie vergessen, daß ihm, fast mehr noch wie die anderen Großen im Reiche deutschen Geistes, Goethe die Schwingen zu seinem stolzen Flug geliehen hat.“ Den „schöpferischen Staatsmann“ kennzeichnet Brentano richtig als den Mann, der nicht bloß „seinen Namen unter die Friedensbedingungen setzt, wie der siegreiche Soldat sie fordert, sondern als den, der sich vor der dauernden Demütigung unserer heutigen Gegner hütet und der Versuchung, deren Lebensinteressen zu vernichten, widersteht.“ Für andere sammeln sich die Forderungen der Zeit in dem Worte Pflicht, wie für Bissing: „Wer in dieser schweren und doch so herrlichen Zeit noch arbeiten kann, der soll Gott täglich dafür danken und diesen Dank beweisen in treuester Pflichterfüllung.“ Auch Gelehrte geben diesem Gedanken wertvollen Ausdruck, den schönsten Paul Laband: „Wenn Goethe den sterbenden Faust sagen läßt:

Es kann die Spur von meinen Erdentagen
Nicht in Äonen untergehn.
Im Vorgefühl von solchem hohen Glück
Genieß ich jetzt den höchsten Augenblick

so gilt dies von Goethe selbst. Was der einzelne zum Wohle der Menschheit oder seines Vaterlandes oder auch seiner Familie oder seines Freundeskreises geleistet hat, sei es viel oder wenig, ist unvergänglich, auch wenn es dem Bewußtsein der Menschen entrückt und der Vergessenheit verfallen ist. Dieses Vorgefühl irdischer Unsterblichkeit ist der „höchste Augenblick“. Wer aber konnte auf die Spur von seinen Erdentagen mit größerer Befriedigung zurückschauen als Goethe?“ In der Betrachtung des Statthalters von Elsaß-Lothringen kehrt der Gedanke in anderer Form wieder: „Möchten wir allezeit mit Stolz als Deutsche uns fühlen und bestätigen, jedoch uns frei halten von Dünkel, Übermut und Prahlerei.“ Ebenso in der Walter Rathenaus: „Gebe Gott, daß 1915 Ruhm und Einkehr vereinigt, daß äußeres Wachstum nur aus innersten Kräften quillt.“ Für die allgemein menschliche Geltung, die Goethe trotz Weltkrieg behalten hat, findet Max Dessoir richtigen Ausdruck: „Wer Goethe nur als Deutschen sieht, der verkleinert ihn; wer das Land Goethes auf sich selbst einschränken will, der verkennt des Deutschtums weltgeschichtliche Sendung.“ Neben einem Wort wie dem Euckens: „Aller blinde Haß, den wir Deutsche heute von fremden Völkern

Digitized by Google

erfahren, sollte uns nicht vergessen lassen, daß sich in der weltgeschichtlichen Arbeit jenseits der Leidenschaften und Irrungen der Menschen der Aufbau einer gemeinsamen geistigen Welt vollzieht; was immer bei einem Volke dafür geleistet ward, das sollte bei uns in unverminderten Ehren bleiben, mögen die heutigen Vertreter uns noch so wenig gefallen," — stehen freilich Sätze wie der folgende: „Nimmermehr können selbstbewußte Deutsche jene Orte Italiens betreten, die eine Stätte des Verrats und der Heimtücke geworden sind."

„Der Deutsche ist nicht hochmütig wie sein englischer Vetter, so lange er die Macht hat", sagt von Behring. Gewiß ist der feldgraue Soldat nicht hochmütig, aber in dem Sammelwerk vom Lande Goethes steht auch der Satz: In diesen vierzig Friedensjahren „haben wir es herrlich weit gebracht." — Bis an die Sterne weit, sagt Faust zu Wagner. Professor Hans Friedenthal mahnt: „Gerecht gewogen! Dies Gebot schlägt Hader, Haß und Herrschsucht tot." Aber dasselbe Werk läßt auch das „ewige Gesetz des Rechtes" in nichtssagenden phrasenhaften Versen besingen. Wir wissen uns auch frei von der Überhebung des Satzes, der die geschichtliche Wahrheit zugunsten des „monumentalen" Charakters eines Festwerkes verschiebt: „Es sei das deutlichste Zeichen für die Unbeugsamkeit des deutschen Volkes, daß es mitten in der bittersten nationalen Zeit einen Dichter großzog und hochhielt, der die Welt geistig eroberte." Und wir empfinden es erst recht als unangemessen vor Goethe mit dem Satz zu treten: „Bange machen gilt nicht."

Diese Heerschau des deutschen Geistes enthält also manche, oder gar viele, die nicht einmal Soldaten in dem Heer sein können, das für den deutschen Geist kämpft. Wir knüpfen an den Satz von Rathenau an: „Der Krieg muß uns Einkehr bringen und Wachstum aus innersten Kräften." Für die Einkehr ist es ein Schritt, sich der Erkenntnis nicht zu verschließen, daß in vielen, vielleicht den meisten Briefen aus dem Felde mehr, unendlich viel mehr vom Geiste Goethes zu verspüren ist als in den Worten und Sätzen vieler dieser „Führer des gegenwärtigen Deutschland". Wir hoffen, daß der Krieg uns dem Ideal sehr viel näher bringt, das in dem Titel dieses Werkes zum Ausdruck kommt. Aber wir brauchen dazu keine Führer mit klangvollen Namen, sondern nur Menschen, die an dem Geist Goethes stark geworden und rein geblieben sind. Männer wie Hölderlin-Hyperion einer sein wollte:

„Es muß so schwer nicht sein, was außer mir ist, zu vereinen mit dem Göttlichen in mir. Gelingt der Biene doch ihr kleines Reich, warum sollte denn ich nicht pflanzen können und bauen, was not ist? — Einer, der ein Mensch ist, kann er nicht mehr denn Hunderte, die nur Teile sind des Menschen? — Es wird von Grund aus anders! Aus der Wurzel der Menschheit sproßt die neue Welt!"

Digitized by Google

Notizen

Die „Freiheit der Meere“. „Jede einzelne der verbündeten Mächte ist überzeugt, daß in der Praxis die beste Art, um die Freiheit der Völker und die Sache des Rechtes für die Zukunft zu sichern, darin bestehe, die eigenen Eroberungen möglichst auszudehnen.“ (Luigi Federzoni in der „Idea Nazionale“.)

Das System der geheimen Diplomatie hat sich überlebt, schreibt „Telegraaf“ vom 21. 1. in einem Artikel über die Ernennung eines neuen Gesandten in Petersburg.

Amerika und Europa. Wilsons Note bezeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte der Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Die von Wilson beliebte Sprache erinnert an die Ausdrucksweise des weltbeherrschenden Rom; es ist die Sprache eines Staatsoberhaupts, mit dem nunmehr sämtliche Nationen des Erdballs zu zählen haben werden. Er spricht wie einer, der weiß, daß er sich über die Europa zerfleischenden Leidenschaften und Interessenkämpfe mit gelassener Erhabenheit hinwegsetzen kann. Wir möchten nicht gerade behaupten, daß dieses epochemachende Faktum des erstmaligen Eingreifens Amerikas in Europas Lebensinteressen mit prokonsularer Ausdrucksweise ein erfreuliches Ereignis darstelle. Es ist die erste handgreifliche Folge dieses unsinnigen Krieges, der, wie vorauszusehen war, zum alleinigen Vorteil der Vereinigten Staaten und Japans auszuschlagen beginnt. („Stampa“ v. 31. 1.)

Die Wirkungen des Weltkrieges auf China. „Peking Gazette“ veröffentlicht zwei Aufsätze über die Veränderungen der finanziellen Weltlage Chinas. „Die ungeheure Schuldenlast der europäischen Mächte (sie wird für Frankreich, Rußland, Deutschland, England Ende 1917 je 80—120 Milliarden Mark betragen) bringt es mit sich, daß das Geld jetzt schon aufgehört hat, der Normalwert im internationalen Austausch zu sein. An seine Stelle sind als völlig flüssige, leicht konvertierbare Zahlungsmittel die Schatzscheine getreten; sie sind lediglich Arbeitsscheine, ein Versprechen des Staates, ebensoviel Arbeit zu liefern. Diese Arbeitsscheine muß China ganz in eigene Hand nehmen. Der wichtigste Punkt dabei ist der, daß nach dem Krieg unter den großen Staaten nur drei sozusagen schuldenfrei sein werden: Amerika, Japan, China. (Chinas Gesamtschuld, etwa 150 Millionen Pfund, ist nicht mehr als das, was England alle 25 Tage für den Krieg ausgibt.) Diese drei Staaten bilden einen geschlossenen Kreis des Austausches um den Stillen Ozean herum, fern von dem schuldenbeladenen Europa, und daher fähig, ohne Anlehnung an eine andere Macht sich den gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Fast automatisch, durch eine Tat Gottes, ist China aus einem armen zu einem im absoluten Sinn reichen Land geworden. Das einzige Problem bleibt das, seinen Reichtum darzustellen: Durch jene Reform und Vereinheitlichung der Zahlungsmittel, für die ein festes Verhältnis zum Metallwert sich herausstellen muß, wird China schnell dazu kommen, große Mengen Silber aufzustapeln. Damit vereint sich der ungeheure stets wachsende Vorrat an Arbeitskraft, so daß es für China nicht schwer sein wird, nachdem erst innerhalb der eigenen Grenzen die finanzielle Einheit hergestellt ist, auch der Geldgeber für andere Nationen zu werden.“

Made in Germany. Im Anschluß einer Mitteilung über die dauernde Verwendung deutscher Fabrikate (Stempelkissen) durch die englische Regierung bemerkt die holländische Zeitung „Standard“ v. 19. 1.: „Wenn dies nicht in einem echt englischen Blatt erzählt würde, möchte man es kaum glauben.“

Die Stellung des Ministeriums Lloyd Georges. Eine Zuschrift an die „Times“ vom 31. 1., die der allgemeinen Stimmung Ausdruck zu geben erklärt, führt aus: „Eine unbestimmte Unzufriedenheit mit der Art und Dauerhaftigkeit der Unterstützung tritt zutage, die hinter dem jetzigen Ministerium steht. Die Verwaltung hat hinter sich weder eine Koalition noch eine

Digitized by Google

Partei. Sie genießt die Versicherung (und soweit man erkennen kann, mit Recht) der Unterstützung aller Parteien im Unterhause, aber obgleich sie augenblicklich eine Majorität genießt, so steht ihr doch keine bestimmte Majorität jederzeit zur Verfügung. Entsteht eine Spannung, so können wir ziemlich gut voraussagen, welche Haltung die vier alten Parteien einnehmen würden. Aber es würde bei allen eine Anzahl von Abgeordneten außen stehen, die schwach bleiben würde, weil keine Organisation zu ihrer Zusammenfassung und Vereinigung ihrer Kräfte besteht. Die alte liberale Organisation kann nicht mehr erwarten, vom allgemeinen Vertrauen der ganzen Gefolgschaft der Partei wie zuvor getragen zu werden."

Die Stärke der englischen Friedensbewegung nach der Note Wilsons. Ich glaube, daß ein mäßiger und früher Ausgleich der Nation näher ist (und ich habe dieselben Nachrichten aus Frankreich) als irgendeiner der Vorschläge, die in einer oder der anderen halb verschleierten Form uns auf eine unbegrenzte Verlängerung des Krieges festlegen wollen. Solch ein Krieg wird ein Journalistenkrieg, ein Politikerkrieg, ein Ideologenkrieg, aber es wird kein Volkskrieg sein. Die große Demonstration bei der Arbeiterkonferenz war das Sheering für Wilson. Dasselbe Gefühl existiert in der Armee. Ich besitze zwei Briefe von Soldaten: „Alle Männer meiner Batterie sind für die Wilsonschen Bedingungen," schreibt einer. Ein anderer Schützengrabenbewohner schreibt: „Die Soldaten hier sind nicht gegen die Noten Mr. Wilsons, auch nicht gegen die Eröffnung von Verhandlungen. Sie sind nicht für einen Krieg à outrance." Die Aufnahme von Wilsons Rede, selbst in London, war trotz ihrer Kühnheit viel günstiger, als die Aufnahme seiner Note. Der Geist der Nation schreitet fort. („Nation" v. 27. 1.).

Kriegsmüdigkeit in Südafrika findet „Nieuwe Rotterd. Cour." in Presseäußerungen aus Südafrika. „Bloemfonteiner Vriend des Volks" vom 14. 1. sagt gerade heraus, man habe herzlich genug vom Kriege und sehne sich nach dem Frieden, auch in den anderen selbstverwaltenden Kolonien herrsche eine gleiche Stimmung. Eine ähnliche Äußerung veröffentlicht das führende Botha-Blatt „Volksstem" vom 12. 12.

Paris. Wer Paris eine Zeitlang nicht gesehen hat, findet die Stadt ernster und schweigsamer. Während die Untergrundbahnen überfüllt und die Theater gedrängt sind, ist dagegen die Masse des Volkes voller Zurückhaltung, fast verschlossen, jeder lärmenden Kundgebung abgeneigt. („Corriere" v. 26. 1.)

Italien als Kritiker Rußlands. Rußland wurde in einem Augenblick innerer Umgestaltung vom Krieg überrascht, und noch heute hindern negative Elemente das große Reich, eine seiner gewaltigen Volkszahl und seinem unermeßlichen Reichtum entsprechende Kraftanstrengung auszuüben. Hoffentlich wird Rußland seine innere Schwäche, die Deutschland geschickt auszunützen versteht, überwinden. Jedenfalls muß das italienische Volk über die inneren Kämpfe und die Hindernisse der veralteten Traditionen, die die Reorganisation Rußlands aufhalten, aufgeklärt werden. („Giornale d'Italia" v. 1. 2.)

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Frhr. von Mackay: Völkerführer und -Verführer. 343 S. und 16 Bildnisse. (Rütten & Loening, Frankfurt a. M.) Preis M. 5.—. Bilder und Charakteristiken führender Männer Englands, Frankreichs, Rußlands, des Balkans und der Türkei.

Ferdinand Tönnies: Der englische Staat und der deutsche Staat. (Verlag Carl Curtius, Berlin.) VIII und 211 S. Preis M. 3.60. Volkstümliche Darstellung des englischen Staatswesens durch den ausgezeichneten Englandkenner, uns ganz persönlich durch die Vergleiche angehend, die zwischen deutscher und englischer Verfassung, Verwaltung, Freiheit in Geschichte und Gegenwart gezogen werden.

J. Frohnmeyer: Der Weltkrieg bis zum Oktober 1916. Ergänzungsheft zu den Geschichtsbüchern. (Verlag Adolf Bonz & Co., Stuttgart.) 62 S. Preis 50 Pfg.

Digitized by Google

L. Kunde: Entstehung, Ziele und Schuldfrage des Weltkrieges. (Berthold Sturms Verlag, Dresden.) 28 S.

E. Wallach: Aus dem Tagebuch eines Kriegsfreiwilligen 1914/15. (Xenien-Verlag, Leipzig.) 33 S. Lyrische Tagebuchblätter.

Dr. Pechberger: Die bayrische Feldseelsorge im Weltkriege. (Kösel'sche Buchhandlung, Kempten-München.) 123 S. Mit zahlreichen Abbildungen. Schön ausgestattetes Buch über die Tätigkeit der bayrischen Feldseelsorge in der Heimat, an der Front und im Lazarett. Mit zahlreichen Abbildungen, die diese Tätigkeit in einer packenden Weise veranschaulichen.

Kriegergrabmäler, Soldatenfriedhöfe und Ehrenstätten. Von Dr. ing. Mackowsky. Sonderdruck des „Profanbau". (Verlag J. J. Arnd, Leipzig.) 16 S. Mit zahlreichen Abbildungen.

Das Wesen und die Aufgaben der Kriegshinterbliebenenfürsorge im Deutschen Reiche. In Verbindung mit Dr. Gosse, Dr. Kraus und Dr. Schlosser herausgegeben von Bürgermeister Dr. Luppe. Frankfurt a. M. (B. G. Teubner, Leipzig 1917.) 59 S. Geh. M. 1.50. Volkstümlicher Überblick von Fachleuten der Zentralstellen für Hinterbliebenenfürsorge.

L. Löwen: Bilder aus Litauen. (Kowno 1916, Verlag der „Kownoer Zeitung".) 94 S. Ein Erinnerungsbuch von Mitarbeitern der deutschen Verwaltung in Litauen, mit Beiträgen geographischen, geschichtlicher und wirtschaftlicher Art und zahlreichen Photographien von Land und Leuten.

Im Osten des Ostens behandelt das Februarheft der „Süddeutschen Monatshefte". (Die reizvolle Frische Lage Livlands, die Lage der jüdischen Siedler in Polen, Deutsche Bauern-Ansiedelungen in der Ukraine.)

Jos. Schmid: Die Schweiz ein Vorbild in der Nationalitätenfrage? (Basel, Ernst Finckh, Verlag.) 46 S. Preis M 1.—. Mahnt zur Verbesserung des Verhältnisses der Nationalitäten in der Schweiz durch Hinweis auf die Notwendigkeit, sich zunächst gegenseitig zu verstehen.

„Schweizer Zeitfragen". Heft 51. Die geistige Unabhängigkeit der Schweiz. (Verlag Orell Füßli, Zürich.) Die der Behandlung innerpolitischer und wirtschaftlicher Schweizer Zeitfragen gewidmete Sammlung bietet mit diesem Heft ein Bild der geistigen Haltung der Schweiz. Die Professoren: Paul Seippel, E. Zürcher, F. de Quervain und L. Ragaz beschäftigen sich mit Voraussetzungen, Zielen und Durchführung der geistigen Haltung in der Schweiz.

Jos. Schmid: Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutsch und Welsch in der Schweiz seit Ausbruch des Krieges. (Ernst Finckh, Basel.) 23 S. Preis M. 0.50. Wirkt für ein richtiges Einverständnis zwischen Deutschen und Welschen in der Schweiz in der Neutralität gegenüber Deutschland.

August Sturm: Weltkrieg und Friedenszustand. Ein Beitrag zur deutschen Rechtspsychologie und zur Lehre von der richtigen Funktion des Rechts. (Wendt & Klauwell, Langensalza.) 47 S. Preis M. 1.—.

Paul Leutwein: Mitteleuropa — Mittelafrika. (Globus-Verlag, Dresden.) V und 58 S. Preis M. 150. Tritt für die Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Betätigung ein, für die ein einheitliches verteidigungsfähiges Deutsch-Mittelafrika Stützpunkt sein soll; unterstützt mit guten Gründen die Kolonialpolitik Solffs gegen Reventlow.

Friedrich Kahl: Die Pariser Wirtschaftskonferenz vom 14. bis 17. Juni 1916. (Gustav Fischer, Jena.) 94 S. Br. M. 2.—. Verfolgt an Hand des Tatsachenmaterials Aufgabe, Entstehung, Durchführung des Planes der Entente zum einheitlichen Handelskrieg gegen die Mittelmächte.

Dr. Brandt: Wirtschaftsfragen im zweiten Kriegsjahr. (R. Oldenbourg in München.) 72 S. Preis geh. M. 1.60. Feststellungen und Betrachtungen über die innere Kriegswirtschaft, die Übergangswirtschaft, die Wirtschaftsbündnisse und den Wirtschaftskrieg. Zuverlässige Materialsammlung mit ausführlichem Stichwortverzeichnis.

Joseph Gruntzel: Unsere künftige Wirtschaftspolitik. (Strache Verlag, Warnsdorf in Böhmen.) 33 S. Begründet die Notwendigkeit einer tatkräftigen, zu einheitlichem System zusammengefaßten und auf einer von Grund aus reformierten Bewaltung ruhenden Wirtschaftspolitik für Österreich, welche die Völker Österreichs zu einer die nationalen Verschiedenheiten überragenden Einheit verbinden kann.

Friedrich Everling: Kaiserworte. (Trowitzsch & Sohn, Berlin.) 247 S. Preis geb. M 2.50. Auswahl aus Reden, Ansprachen und Briefen des Kaisers vom Beginn seiner Regierung bis zum Weltkrieg.

Hermann Kötschke: Unser Reichskanzler. Sein Leben und Wirken. (Verlags-Anstalt Augustin & Co., Charlottenburg.) 165 S. Br. M. 3.—.

„Illustrierte Zeitung", Leipzig: Ungarische Krönungsnummer vom 25. Januar 1917. Preis M. 2.—.

O. Zimmermann d. J.: Soll die Religion national sein? Erläuterungen und Unterscheidungen. Ergänzungshefte zu den „Stimmen der Zeit". Erste Reihe: Kulturfragen, 3. Heft.) IV und 112 S. Freiburg, Herder 1916. Preis M 2.20. Die durch den Krieg aktuell gewordene, viel erörterte Frage des Wechselverhältnisses von Religion und Nation wird klar und tiefeindringend untersucht; besonders berücksichtigt sind

Digitized by Google

die laut gewordenen Forderungen „einer deutschen Religion" und einer „Germanisierung des Christentums", wobei sorgsam festgestellt wird, was an diesen Forderungen berechtigt erscheint, was als Übertreibung vom Standpunkt der Geschichte aus wie von dem des Christentums abzuweisen ist.

Emil Reisch: Aufgaben unserer Universitäten nach dem Kriege. (Wien 1916, Adolf Holzhausen Verlag.) Inaugurationsrede, gehalten am 6. Nov. 1916. 42 S. Begründet den Standpunkt: „Dem verstärkten Außendrucke materieller und materialistischer Kultur werden wir ohne Schaden nur dann gewachsen bleiben, wenn wir zugleich alle Kräfte des inneren Auftriebes verstärken und auch der idealistischen Weltanschauung einen Atembereich belassen."

Biographien

Eduard Sueß: Erinnerungen. Mit 2 Bildnissen und 4 Texttab. (Leipzig 1916, S. Hirzel Verl.) IX und 451 S. Preis geh. M. 9.— Erinnerungen des berühmten österreichischen Geologen, der den Werdegang des modernen Österreich politisch und geistig mit durchlebt und selbst energischen geistigen und tätigen Anteil an dieser Entwicklung genommen hat. Zugleich nicht unwesentliche Beiträge zur Geschichte der geologischen Wissenschaft des 19. Jahrhunderts und zum wissenschaftlichen Arbeiten des Mannes. Eigenartig als Verbindung zwischen politischen Erinnerungen und wissenschaftlicher Biographie.

Frankfurter Universitätsreden 1917. Wilhelm Merton: Rede bei der von dem Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. im Bürgersaal des Rathauses am 2. Januar 1917 veranstalteten Gedächtnisfeier von Philipp Stein. 18 S.

Erziehung

Hermann Lietz: Gedanken und Bilder aus deutschen Land-Erziehungsheimen. (R. Voigtländers Verlag, Leipzig.) 148 S. Preis geb. M. 3.50. Gut aufklärendes Buch über Ziele und Arbeit der Landerziehungsheime von so großer werbender Kraft, daß man diese Landerziehungsheime schnell und in den richtigen Formen vermehrt sehen möchte, die in Wort und Bild hier gezeichnet sind.

Moritz Bartsch: Frauenberuf und Lehrerinnenfrage. (Trewendt & Granier, Breslau.) 56 S. „Das Wahrheitsgefühl für die hohen Inhalte des Lebens ist in der materiellen Kultur abgestumpft worden. Wieder erworben kann es durch eine naturgemäße Erziehung werden. Sie aber ruft den Vordringen der Frau in den öffentlichen Schule ein gebieterisches „Halt!" zu. Sie verlangt von Weibe den ihr von Natur zugewiesenen Beruf der hingebungsvollen Frau und Mutter."

Ludwig Schleich: Spaziergänge in Natur und Geisteswelt. (Verl.-Buchhdl. H. C. E. Graef, Leipzig.) 76 S. Auswahl aus den zahlreichen Schriften des bekannten Berliner Arztes aus dem Gebiet seiner Wissenschaft. Dazu Stimmungsbilder und Gedichte aus der Natur.

W. Windelband: Geschichtsphilosophie. Eine Kriegsvorlesung. (Verl. Reuter & Reichhardt, Berlin.) 68 S. Die letzte Kriegsvorlesung des Philosophen, in der er den Weltkrieg in seinem Sinn für den Einzelmenschen und für die Gemeinschaft in die Grundzüge seiner Geschichtsphilosophie einzubauen versucht.

Kunst — Literatur

Alfred Werner: Impressionismus und Expressionismus. (Kesselringsche Hofbuchhandl. Frankfurt a. M.) 58 S. Sucht aus den Kunstwerken und aus den Grundbegriffen der allgemeinen Kunstwissenschaft die beiden modernen Strömungen zu begreifen und zu werten.

K. Engelbrecht: Neuland in deutscher Kunst. (Verl. für Volkskunst, Keutel, Stuttgart.) 190 S. Preis M. 1.50.

Pierre Broodcorens: Rotes Flamenblut — Roman. Berechtigte Übersetzung von Johannes Schlaf. — (Verlag von Egon Fleischel & Co., Berlin W.) Preis M. 4.— Breitangelegtes Bild des vlamischen Landes und Volkes von einem seiner größten Dichter.

Lothringer Kalender für das Jahr 1917. (Verl. Paul Even, Metz.) 131 S. Mit Abb. Preis 75 Pfg. Fortsetzung des Lothringer Hausfreundes, der zum ersten Male 1913 in Metz erschienen ist. Mit vielen Bildern aus Lothringen und allerlei nützlichen Beiträgen.

Zur gefälligen Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, unsere Abonnenten besonders auf die Bekanntmachung des Verlages auf der vorletzten Umschlagseite, betreffend Versendung der „Deutschen Politik", nochmals hierdurch aufmerksam zu machen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 23. Februar 1917 • Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Die Reform des preußischen Wahlrechts

Von Friedrich Thimme

Das innerpolitische Interesse hat sich von neuem in starkem Maße auf die Frage der preußischen Wahlrechtsreform konzentriert. Zwei Umstände haben dazu vor allem beigetragen. Der eine besteht in einem wundervollen, von der höchsten Glut der Gesinnung und schärfster Erfassung des grundlegenden preußisch-deutschen Problems getragenen Aufsatz des Berliner Historikers Friedrich Meinecke, der, vorläufig erst in einer beschränkten Anzahl von Sonderabzügen verbreitet, doch schon in der gesamten Presse steigende Beachtung gefunden hat und nach seinem bevorstehenden Erscheinen in dem fälligen Heft der „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung" seine hinreißende Wirkung sicherlich auf die große Mehrzahl der gebildeten Deutschen ausdehnen wird. Der andere Umstand liegt in der mehrtägigen Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhause, die, ohne das Problem in seiner Tiefe aufgerollt, geschweige seiner Lösung näher geführt zu haben, doch die Haltung sowohl der Regierung wie der Parteien zu ihm in mancher Beziehung geklärt hat.

Friedrich Meinecke hält es, um kurz auf seine Ausführungen einzugehen, für die höchste aller politischen Aufgaben, die mächtige Willenseinheit der deutschen Nation, wie sie in dem Kampf um Existenz und Freiheit von ausländischer Gewalt heute überwältigend in Erscheinung tritt, mit allen erdenklichen und möglichen Mitteln zum Maximum zu erheben. Er fordert zu heroischen Entschlüssen auf allen Gebieten auf, um neue Quellen der Macht zu erschließen. Er, der so tief wie kaum ein anderer Historiker in den Geist der deutschen Erhebungen, den Geist der Freiheitskriege und den der Bismarckschen Reichsgründung eingedrungen ist, weiß, daß die stärksten Kraftquellen sich noch immer aus dem innigsten Bunde von Macht und Freiheit ergeben haben. So hält Meinecke denn den geschichtlichen Moment für gekommen, für diesen Bund von Macht und Freiheit eine neue und höhere Form zu finden. Jetzt, und gerade jetzt, wo die Regierung das Alleräußerste von jedem Volksgenossen verlangen muß und verlangt, wäre nach ihm der psychologische Augenblick eingetreten, um an die Neuorientierung unserer inneren Politik, voran an die Reform des preu-

Digitized by Google

ßischen Wahlrechts zu gehen und damit nicht nur einen Hauptwunsch unserer arbeitenden Massen zu erfüllen, sondern auch ein neues starkes Band um sie und den nationalen Staat zu legen.

Das ist in konservativen Blättern vielfach dahin mißverstanden worden, als verlange Meinecke, daß jetzt, noch während des Krieges, die Wahlrechtsvorlage eingebracht werde. Aber Meineckes Schlußwendung: komme es, was freilich kaum zu hoffen sei, zum baldigen Frieden, so werde die Wahlreform die erste und dringendste Friedensaufgabe sein und die schönste Empfangspforte für unsere heimkehrenden Krieger werden, weist vielmehr darauf hin, daß er jetzt nur die Grundzüge der künftigen Wahlrechtsreform gleichsam als ein neues Feldpanier von stärkster suggestiver Kraft verkündet und festgelegt sehen möchte.

Wohin Meineckes Programm geht, sagt er mit voller Deutlichkeit: „Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht (verbunden mit dem Verhältniswahlsystem) für das Abgeordnetenhaus und als Gegengewicht gleichzeitige Verstärkung der Rechte des Herrenhauses scheint uns diejenige Lösung zu sein, die die dauerhaftesten und gesundesten Verhältnisse schafft, die am meisten dem Geiste des neuen aus dem Kriege hervorgehenden Deutschlands entspricht." Freilich rechnet Meinecke mit der Möglichkeit, daß die Regierung soweit nicht zu gehen wagen, sondern einen Mittelweg einschlagen werde, der dann aber wenigstens den Massen als eine erträgliche und wertvolle Annäherung an ihre Wünsche erscheinen müsse, und nichts sozial und politisch Aufreizendes an sich habe. Meinecke greift in diesem Zusammenhange auf einen Vorschlag zurück, den ich im vorigen Sommer in den „Grenzboten" (Nr. 34 vom 23. August) entwickelt habe: nicht mehr wie bisher die Steuerleistung, sondern die möglichst restlos zu erfassende staatliche und soziale Gesamtleistung zur Grundlage des Wahlsystems zu machen. Ich darf meinen Vorschlag, da er durch die Zustimmung eines Mannes von der geistigen Bedeutung Friedrich Meineckes wesentlich an Gewicht gewonnen hat, auch zur Kenntnis der Leser der „Deutschen Politik" bringen. Er lautete in der Fassung der „Grenzboten":

„Es ließe sich etwa vorschlagen, zu der einem jeden Wähler über fünfundzwanzig oder auch über einundzwanzig Jahren zustehenden Stimme noch eine bis fünf Zusatzstimmen an folgende Qualifikationen zu knüpfen:

1. Wer seiner Dienstpflicht im stehenden Heer und in der Landwehr genügt hat (wobei zu erwägen bliebe, ob nicht allen Kriegsteilnehmern diese Zusatzstimme als ein Zeichen der unauslöschlichen Dankbarkeit für unsere Feldgrauen zu verleihen sein möchte).

2. Wer vier lebende eheliche Kinder oder doch zwei Söhne hat, die zum Militärdienst tauglich befunden sind.

3. Wer zehn Jahre dem Staate unmittelbar oder mittelbar in einem staatlichen, kommunalen oder gleichwertigen Ehrenamt gedient hat (auch Ärzte, Rechtsanwälte usw. ließen sich in diese Kategorie einreihen).

Digitized by Google

4. Wer zehn Jahre als Arbeitgeber für eine größere Anzahl von Arbeitern Beiträge zur staatlichen Sozialversicherung geleistet hat (wobei, um der besonderen Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat Rechnung zu tragen, die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter höher bewertet werden könnte); oder wer als Arbeiter die doppelte Anzahl von Jahren solche Beiträge gezahlt hat.

5. Wer zehn Jahre hindurch einen gewissen nicht zu niedrigen Satz an direkten Staatssteuern beigetragen hat (wobei wiederum, um der besonderen Bedeutung des Grund und Bodens und vor allem auch des befestigten Grund und Bodens für den Staat Rechnung zu tragen, die Grund- und Gebäudesteuer mit dem doppelten, vom befestigten Grund und Boden mit dem vierfachen Betrage angesetzt werden könnte)."

Meinecke bemerkt zu diesem Vorschlage, der übrigens keineswegs etwas Abschließendes sein, sondern nur eine Grundlage zu einer, mit Rücksicht auf den Krieg noch zurückgestellten Sammelschrift sein wollte, mittels deren ich eine möglichst weitgehende Übereinstimmung über die schwierige Abgrenzung der Zusatzstimmen herbeizuführen hoffte): „Der einleuchtende Grundgedanke dieses Vorschlags ist, die staatliche und soziale Leistung und Bewährung in ihren hauptsächlichen Momenten zum Grund- und Eckstein des Wahlrechts zu erheben und demnach auch nicht im Besitz an sich, sondern in der Erhaltung des Besitzes eine staatliche Leistung zu sehn, die eine Zusatzstimme rechtfertigt. Keine der Bevorzugungen kann ich als ungerecht oder unbillig ansehen. Der ältere und bewährte Arbeiter kann es dabei auf ebensoviel Zusatzstimmen bringen, wie durchschnittlich die Angehörigen der besitzenden Klassen[1]."

Meinerseits gebe ich ohne weiteres zu, daß der Meineckesche Hauptvorschlag der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen bei gleichzeitiger Verstärkung der Rechte des Herrenhauses gegenüber dem meinen die kühnere Lösung der Wahlrechtsfrage vorstellt, daß er mehr von dem Geiste Bismarcks getragen ist, der, wie ich neulich in der „Deutschen Politik" ausgeführt habe, heute in der so viel drangvolleren, ganz auf Sein oder Nichtsein gestellten Lage Deutschlands erst recht die stärksten

[1] Ich darf mit Genugtuung konstatieren, daß mein Wahlrechtsvorschlag, den ich in seinen Einzelheiten demnächst näher zu begründen beabsichtige, sowohl bei seiner ersten Veröffentlichung, wie nach seiner Wiederholung durch Meinecke viel Beachtung und neben mancher Kritik, besonders von sozialdemokratischer Seite, auch viel Zustimmung gefunden hat. Hervorheben möchte ich, daß auch die einer Wahlrechtsreform so wenig geneigte „Deutsche Tageszeitung" am 5. Februar erklärt hat: „In den Vorschlägen Thimmes findet sich manches, so die Bevorzugung der Kriegsteilnehmer und aller, die ihrer Waffenpflicht genügt haben, der Väter kinderreicher Familien und des Grund und Bodens, was auch vom konservativen Standpunkte grundsätzlich annehmbar wäre." Andererseits muß ich der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" zugeben, daß das Maß der Bevorzugung, das den gewerblichen Arbeitgebern in meinem Vorschlage zugewiesen wird, der Bedeutung nicht voll entspricht, welche diesem Stand für den Staat und für die ganze Volkswohlfahrt zukommt. Aber sobald der Grundsatz eines nach der staatlichen und sozialen Leistung abgestuften Wahlrechts einmal angenommen ist, wird sich auch über die Einzelheiten ein Einverständnis erzielen lassen.

Digitized by Google

aller freiheitlichen Künste, ohne ängstliches Abwägen der Folgen ausgespielt haben würde. Aber mir ist, offen gestanden, doch recht zweifelhaft, ob die Einführung des demokratischen Reichstagswahlrechts in Preußen bei gleichzeitiger Ausgestaltung der aristokratischen Vertretungsprinzipien des Herrenhauses und größerer Machtverleihung an dieses nicht die Gesetzgebungsmaschinerie äußerst erschweren und unerträgliche Zustände herbeiführen würde, gleich denen in England, wo man sich bekanntlich vor einigen Jahren genötigt gesehen hat, die Rechte des Oberhauses auf ein Minimum zu beschränken.

Auch unterschätzt Meinecke vielleicht doch die Abneigung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen das Reichstagswahlrecht herrscht, dessen Mängel und Unerfreulichkeiten er übrigens bereitwillig einräumt. Meinecke spricht wiederholt von dem zu erwartenden Widerstand der Konservativen gegen die Wahlrechtsreform, den die Regierung bei einem wirklich starken Willen zu brechen vermöge. Daran ist soviel richtig, daß der Widerstand gegen das Reichstagswahlrecht in erster Linie immer von den Konservativen ausgegangen ist. Es verlohnt sich, daran zu erinnern, daß dieser Widerstand schon so alt ist wie das Reichstagswahlrecht selbst. Nur mit großer Mühe haben die konservativen Führer im Jahre 1866 ihre Anhänger dahin zu bringen vermocht — wir kommen darauf noch zurück — sich der Einführung des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts im Norddeutschen Reichstage nicht zu widersetzen. Die „Kreuzzeitung" hat es am 14. September 1866 ausgesprochen, daß sie die Anwendung des gleichen und direkten Wahlrechts als einen Versuch auffasse, der nur für das erste Zusammentreten des Norddeutschen Reichstages gemacht werde. Ganz folgerichtig haben die konservativen Reichstagsabgeordneten — einer von ihnen hat es nachmals ausgeplaudert — im Jahre 1871 die nationale Hochstimmung nach der Reichsgründung dahin auszunützen gestrebt, daß das verderbliche Wahlsystem beseitigt werde: „denn Bismarcks Macht sei so groß und des Kaisers Macht stehe hinter ihm, so daß eine Zurücknahme des Wahlgesetzes unter Übereinstimmung aller verbündeten Regierungen Deutschlands möglich erscheine!" Seither hat die Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht sich in konservativen Kreisen und nicht bloß in diesen noch wesentlich verschärft. Wenige Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges erschien ein gerade auch in der rechtsstehenden Presse beifällig aufgenommenes Buch, das geradezu aussprach, die Änderung des Wahlrechts müsse um jeden Preis, auch um den des Konflikts oder des Staatsstreichs betrieben und durchgesetzt werden. Unglaublich aber wahr: Dieses Buch sehnte sogar den Krieg als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volke herbei, vor allem in der Erwartung, daß der Krieg eine Erhebung der Seelen herbeiführen werde, die es gestatte, die Änderung der Verfassung im Sinne der Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu betreiben!

In dem tatsächlich ausgebrochenen Weltkriege haben nun ja die Dinge dank der einmütigen nationalen Hingabe und Opferwilligkeit fast des gesamten Reichstags eine

Digitized by Google

Wendung genommen, die in Zeit und Ewigkeit jede Gefährdung des Reichstagswahlrechts ausgeschlossen erscheinen läßt. Aber insoweit wirkt doch die Abneigung weiter Kreise, nicht bloß konservativer, gegen das Reichstagswahlrecht nach, daß sie an einem anders aufgebauten Wahlrecht für die Einzellandtage als einem Korrektiv gegen das Reichstagswahlrecht aufs hartnäckigste festzuhalten entschlossen sind. Nicht nur die konservative Partei des Abgeordnetenhauses, sondern auch die freikonservative, die nationalliberale und im wesentlichen auch das Zentrum stehen meines Wissens auf dem Standpunkt, daß die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht erstrebenswert sei. Es ist, darüber sollte sich niemand einer Täuschung hingeben, vollkommen ausgeschlossen, daß eine etwaige auf die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gerichtete Vorlage der Regierung die Zustimmung des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses oder gar des Herrenhauses finden würde, und es ist mindestens höchst zweifelhaft, ob eine einmalige oder wiederholte Auflösung des Abgeordnetenhauses und ein Pairsschub im Herrenhause der Regierung eine Mehrheit für eine solche Vorlage verschaffen könnten. Wenn aber die Sache so steht — und ich glaube, jeder Kenner unserer parlamentarischen Verhältnisse wird mir zugeben, daß sie tatsächlich so steht — so wird man es der Regierung schwerlich verdenken können, wenn sie bei der Wahl zwischen heroischen und minder heroischen Entschlüssen einen Mittelweg einschlägt.

Das ist denn auch in der Wahlrechtsdebatte der letzten Tage im Abgeordnetenhause mit aller Deutlichkeit an das Licht getreten, daß die Regierung während des Krieges nicht mit einer Wahlrechtsvorlage kommen wird. Auch das ist kaum noch zu erwarten, daß die Regierung vor dem Friedensschluß sich über die Grundzüge der künftigen Wahlreform offen aussprechen wird. Es bleibt bei den allgemeinen Andeutungen der Thronrede vom 13. Januar 1916, nach denen der Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens auch in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften seinen lebendigen Ausdruck finden soll. Immerhin wird man dieses Wort sinngemäß dahin auslegen dürfen, daß nach der Absicht des Monarchen und seiner verantwortlichen Ratgeber die Wahlreform sich nicht auf die Ausbesserung einiger Härten und Ungleichheiten des bisherigen Wahlrechts beschränken, sondern auf seine Grundlagen, die ja erst gestaltet werden sollen, erstrecken wird. Es wird sich also um eine Reform an Haupt und Gliedern handeln, die in ihrer Tragweite weit über die verunglückte Vorlage des Jahres 1910 hinausgeht. Setzen wir hinzu, daß es sich auch um eine solche Reform an Haupt und Gliedern wird handeln müssen, wenn anders die Erwartungen der großen Mehrheit des preußischen und des deutschen Volkes, das in seiner Gesamtheit an den preußischen Zuständen aufs allerstärkste interessiert ist, nicht auf das bitterste getäuscht werden sollen.

Die Chancen für das Gelingen einer solchen Wahlrechtsreform haben sich nun durch die letzten Debatten im Abgeordnetenhaus insofern gebessert, als die konservative

Digitized by Google

Partei, namens derer der Abgeordnete von Heydebrand und der Lasa die gegenwärtige Gestalt des Abgeordnetenhauses noch vor Jahresfrist als eine „nahezu ideale" gepriesen hatte, heute ausdrücklich nicht bloß Schönheitsfehler, sondern ernste Mängel und Gebrechen des Wahlrechts zugibt und sich bereit erklärt, mit allem Ernst an ihrer Abstellung mitzuarbeiten. Wie weit die Konservativen heutigen Tages gehen wollen, läßt sich aus den Worten ihres Sprechers, des Abgeordneten v. d. Osten, abnehmen: „Wir halten es für wünschenswert, unser Wahlrecht in der Richtung zu ändern, daß der Mittelstand, gewisse Kreise der Intelligenz und des Groß- und Kleingewerbes mehr als bisher an den Verhandlungen des Landtages teilnehmen können.... Wir meinen, daß der Grundsatz Wahlrecht nach Leistung in dem neuen Wahlrechtsgesetzentwurf eine eingehende Vertretung finden müsse." Das besagt, daß die konservative Partei sich einem Pluralwahlrecht zuneigt, bei dem sie allenfalls auch die schon dem Mittelstand zuzuzählenden Schichten der gehobenen Arbeiter, nicht aber die breiten Massen des Arbeiterstandes berücksichtigt sehen will. Es liegt indes auf der Hand, daß eine Wahlrechtsreform, die den Grundsatz der Leistung nicht restlos bis auf den letzten Arbeiter ausdehnt, durch und durch unsozial, aufreizend, ein Hohn auf den alten preußischen Grundsatz „Jedem das Seine" und unannehmbar für das preußische Königtum sein würde, das sich seit Friedrich dem Großen gerühmt hat, ein Königtum gerade der Armen zu sein. Mit vollem Recht hat darum auch der freikonservative Abgeordnete von Zedlitz das Zugeständnis des konservativen Redners dahin ausgedehnt, daß man neben den beiden Kategorien des Mittelstandes und der intellektuellen Bildung auch den breiten Massen der Bevölkerung einen größeren Einfluß auf die Wahlen einräumen, und daß man das Wahlrecht nach dem wirklichen Wert jeder einzelnen Stimme abstufen müsse.

Nationalliberale und Zentrum haben sich in der Wahlrechtsdebatte zu dem Problem nicht geäußert. Es ist aber bekannt, daß die Nationalliberale Partei sich schon seit langem für ein nach Besitz und Bildung abgestuftes Wahlrecht ausgesprochen hat. Auch das Zentrum, welches sich einst unter den besonderen Verhältnissen des Kulturkampfes für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen erwärmte, ist heute für ein abgestuftes Wahlrecht eingenommen, und bei den starken sozialen Instinkten, von denen es erfüllt ist, wird es sicherlich Wert darauf legen, daß auch die soziale Leistung der Arbeiter im Wahlrecht zur Geltung komme. Die Freisinnige Volkspartei wird freilich an der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen aus prinzipiellen Gründen festhalten; immerhin dürfte auch sie das Gute eines vernünftigen Pluralwahlrechts nicht um des Besseren des Reichstagswahlrechts willen allzu scharf bekämpfen. Von den Sozialdemokraten hat der Abgeordnete Leinert schlankweg jedes Kompromiß in der Richtung des Pluralwahlrechts abgelehnt. Taktisch ist das vollkommen begreiflich; je ungestümer die Sozialdemokratie in ihren Forderungen auftritt, um so mehr mag sie hoffen, die Reform zu gunsten der Arbeiterklasse zu beein-

Digitized by Google

flussen. Wenn aber die Sozialdemokratie einst sieht, daß durch ein sozial gerecht abgestuftes Wahlrecht die Vertretung der Arbeiterschaft ganz wesentlich verstärkt ist, so wird selbst sie sich mit der Reform abzufinden wissen. Im übrigen spielt die Sozialdemokratie ja einstweilen im Abgeordnetenhause zahlenmäßig keine irgend in Betracht kommende Rolle.

So viel erhellt jedenfalls aus der dreitägigen Wahlrechtsdebatte mit voller Sicherheit, daß sich für ein Pluralwahlrecht, das den breiten Massen der Bevölkerung einen stärkeren Anteil an der Gestaltung der Wahlen zugesteht, eine sehr große Mehrheit im Abgeordnetenhause, bestehend aus den Mittelparteien und dem Zentrum, finden würde. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß auch das Gros der konservativen Partei und ein Teil der Freisinnigen auf den Boden einer dahin gerichteten und mit einem großen autoritativen Akt eingeleiteten Vorlage der Regierung treten würden. Damit scheint mir auch für die Regierung ein fester Boden gegeben zu sein. Einstweilen zeigt sich sicherlich keine andere Erfolg verheißende Möglichkeit, als die eines vernünftig und gerecht abgestuften Pluralwahlrechts. Ein berufsständisches Wahlrecht, wie es Bismarck einst ins Auge gefaßt hatte, und wie es noch heute von manchen Konservativen erstrebt wird, scheint einmal wegen der immer größeren Differenzierung der Berufsklassen, vor allem aber auch deshalb ausgeschlossen zu sein, weil eine Interessenvertretung als Grundprinzip des Wahlrechts die Gegensätze der Klassen und vor allem den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht nur verschärfen, sondern auch verewigen würde. Eben deshalb kann man sich auch von einer Kombinierung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit einer ständischen Vertretung, wie sie im Grunde in der württembergischen, an sich gar nicht übeln Verfassung besteht, nicht viel versprechen. Es bleibt also kaum etwas anderes übrig, als ein nach dem wirklichen Gewicht jeder einzelnen Stimme abgestuftes Wahlrecht. Ich vermag auch nicht einzusehen, daß ein solches auf der persönlichen Leistung beruhendes Wahlrecht dem demokratischen Prinzip, das doch auch die Auslese der Tüchtigen zuläßt, unbedingt widerspreche. Das Argument des Abgeordneten Cassel: „Wenn draußen alle in gleicher Weise das Vaterland schirmen und schützen, dann darf hier im Lande keine Abstufung des Wahlrechts erfolgen," scheint mir doch ein Trugschluß. Tatsächlich bedeutet ein Hindenburg für den Schutz und Schirm des Vaterlandes unvergleichlich viel mehr als irgendein beliebiger Feldgrauer, so hoch und so dankbar wir dessen Leistung auch anerkennen. Gerade der Krieg lehrt es mit allerstärkster Deutlichkeit, daß die Verschiedenheit der Leistung auch eine Verschiedenheit des Einflusses bedingt. Nicht anders steht es in den großen Friedensorganisationen; ringt sich etwa nicht in den Gewerkschaften nur der Tüchtige kraft seiner den Durchschnitt weit überragenden Leistungen zu den führenden Stellen empor? Überall sehen wir, daß der Einfluß im graden Verhältnis zur Leistung des Tüchtigen, wenn er nur irgend freie Bahn findet, steht. Warum sollte es einzig und allein im Wahlrecht anders sein? Auch hier gilt das Wort des Kanzlers: Freie Bahn dem Tüchtigen!

Digitized by Google

Das freilich muß mit vollster Energie betont werden, daß nur wirkliche Leistung, nicht aber irgendein Zensus ein Wahlvorrecht begründen kann und darf. Leider scheint es noch immer, als ob die Konservative Partei (ob auch die nationalliberale?) daran festhalte, die Steuerleistung zwar nicht als das einzige, aber doch als das in erster Linie für die Bemessung der Abstufung ins Gewicht fallende Moment zu betrachten. Aber ich möchte doch glauben, daß just das von sozialdemokratischer Seite in die Wagschale geworfene, in der Form allerdings übertriebene Argument: „Es wäre eine Beleidigung für alle Kriegsteilnehmer, wenn hier der Geldsack des Kriegswucherers triumphiert, während die Feldzugsteilnehmer rechtlos sind," seinen Eindruck auf weite Kreise der konservativen Bevölkerung, die nicht ohne Einfluß auf die Parteileitung bleiben können, nicht verfehlen wird.

Möge sich auch die Konservative Partei dessenerinnern, wie weit die großen konservativen Parteiführer aus den Jahren der Reichsgründung davon entfernt waren, in dem Zensus des preußischen Dreiklassensystems ein konservatives Prinzip zu sehen. Hermann Wagener, von dem erst jüngst ein bezeichnender Ausspruch durch die Presse lief, hat sich am 12. September 1866 mit aller Deutlichkeit dahin geäußert: „Ich lege meinerseits Verwahrung dagegen ein, als hätte ich mich jemals zu dem Zensussystem als zu einem echten politisch-konservativen Prinzip bekannt. Ich halte das Zensussystem für nichts weiter als für eine Verfälschung der Lehre von der Volkssouveränität durch ihre eigenen Anhänger; der Konstitutionalismus hat durch das Zensussystem sein eigenes Prinzip verfälscht. Wir nehmen nicht das Prinzip der Volkssouveränität an, wir wollen aber noch viel weniger die Verfälschung annehmen, und ich bin sehr weit entfernt, die Verfälschung eines Prinzips einen konservativen Grundsatz zu nennen." Noch klarer und bestimmter sprach sich an dem gleichen Tage der Abgeordnete Moritz von Blanckenburg, der nahe Freund Bismarcks, aus: „Ich bekenne mich offen zu der Ansicht, daß das direkte Wahlrecht mir in vieler Beziehung besser erscheint als unser Dreiklassensystem. Das ist meine eigene Ansicht, und ich glaube auch nicht, daß ich damit ein konservatives Prinzip verletze. Ich habe wenigstens noch nie gehört, daß Zensus und indirekte Wahl konservative Prinzipien wären. Im Vergleiche mit unserem Wahlgesetz — dem Dreiklassensystem — glaube ich also, daß man sich der direkten Wahl des einzelnen Mannes eher anvertrauen kann als der Wahl, die auf Wahlmänner und Zensus basiert ist."

Derselben Ansicht ist bekanntlich auch Bismarck gewesen, der die Zensuswahlen immer grundsätzlich als antikonservativ verworfen hat. So hat Bismarck am 28. März 1867 das Klassenwahlsystem verächtlich bezeichnet als „ein theoretisch und praktisch im Grunde unhaltbares System, nach welchem wir hier gewählt sind, weil es verfassungsmäßig ist, und weil wir kein anderes haben, welches aber theoretisch in seinen Konsequenzen noch niemand zu verteidigen gesucht hat und noch niemand als ein konservatives Wahlsystem hinzustellen gesucht hat". Es mag in diesem Zusammenhang darauf

Digitized by Google

hingewiesen werden, daß Bismarck sich in den sechziger Jahren mit dem Plane getragen hat, das Klassenwahlsystem auf dem Wege eines Staatsstreichs mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zu vertauschen! Freilich, wenn Bismarck seit 1862 sowohl für Preußen, als auch für Gesamtdeutschland Parlamente auf breitester demokratischer Grundlage erstrebte, so war es in der Hoffnung und Erwartung, in der arbeitenden Bevölkerung konservative und monarchisch gesinnte Hilfstruppen gegen das liberale Geldbürgertum zu gewinnen. Als später die Entwicklung der Sozialdemokratie in die entgegengesetzten Bahnen lenkte, hat Bismarck ja davon Abstand genommen, aus seiner theoretischen Abneigung gegen das Klassenwahlsystem praktische Konsequenzen zu ziehen. Aber noch 1896 hat er aus seiner herben Verurteilung des preußischen Wahlsystems, insbesondere der willkürlichen Klasseneinteilung nach dem Steuerertrag, kein Hehl gemacht.

Nach alle diesem erwäge man nun, wie Bismark sich heute, wo alle Zweifel an der nationalen Haltung der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wie Seifenblasen zerplatzt sind, zu der Frage der Wahlreform stellen würde! Wir wollen nicht behaupten, daß er auf die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts zurückkommen würde; ganz gewiß aber würde er der Arbeiterschaft von neuem ein weitherziges Vertrauen entgegenbringen und dieses Vertrauen durch ein Wahlrecht, das die Gesamtleistung der Arbeiterschaft für den Staat und die Gesellschaft gerecht und wohlwollend abmißt, in die Tat umsetzen. Wir hoffen, daß auch unsere Regierung und unsere Parteien sich im Sinne unseres Nationalheros auf diesen Standpunkt stellen werden. Friedrich Meinecke, von dessen Wahlrechtsaufsatz unsere Betrachtungen ausgingen, hat an anderer Stelle das geistvolle Wort geprägt: „Jetzt ist vom Kaiser und Reichskanzler bis zum Arbeiter herunter unausgesprochen der eine Gedanke in uns lebendig: da wir keinen Bismarck unter uns haben, so muß jeder von uns ein Stück Bismarck sein:“ Bleiben wir alle dessen eingedenk, so wird auch die kommende Wahlrechtsreform von dem großen Zuge Bismarckscher Staatsweisheit durchtränkt sein. Wahrlich, nichts Geringeres sind wir uns und unserem Volke schuldig!

Wilson und die Neutralen

Von Dr. Karl Albrecht Rub

Wilsons Note vom 21. Dezember, seine Botschaft an den Senat vom 22. Januar und die Botschaft an den Kongreß vom 3. Februar, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ansagte, haben einen gemeinsamen Grundzug: sie wenden sich an eine Liga von Nationen. Der Umkreis dieser Liga ist am weitesten in den Friedensaktionen: durch sie soll „der Frieden und die Gerechtigkeit in der ganzen Welt gewährleistet werden“. Denn „das Leben der ganzen Welt ist tief in Mitleidenschaft gezogen. Jeder Geist der großen Familie der Menschen hat die Last und den

Digitized by Google

Schrecken dieses noch nie dagewesenen Waffenganges gespürt. Keine Nation in der zivilisierten Welt kann tatsächlich als außerhalb seines Einflusses stehend oder als gegen seine störenden Wirkungen gesichert erachtet werden." (Note.) „In jeder Erörterung über den Frieden, der diesen Krieg beenden muß, wird es als zweifellos hingenommen, daß diesem Frieden irgendein bestimmtes Einvernehmen der Mächte folgen muß, welches es wirklich unmöglich machen wird, daß irgendeine Katastrophe, wie die gegenwärtige, jemals wieder über uns hereinbricht." (Botschaft vom 22. Januar.) — Der Umkreis dieser Liga ist am engsten in der Botschaft vom 3. Februar: „Ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden." Ohne die ähnlich gearteten Sätze der Note und der Botschaft an den Senat gäbe dieser Satz Anlaß zur Mißdeutung. Er könnte Zweifel an der Ehrlichkeit der Friedensbemühungen aufkommen lassen. Denn der Anschein wäre der, daß sich Wilson zu derselben Zeit mit den neutralen Mächten über den gemeinsamen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland verständigte, als diese Bemühungen im Gange waren. Ist dieser Anschein begründet? Die Antwort auf den Sinn der diplomatischen Schritte des Präsidenten gibt zunächst der Staatswissenschaftler Wilson.

Wilsons „Staat" (deutsch in Hermann Hillgers Verlag 1913) nimmt zu dem Grundproblem, ob die individualistische oder die sozialistische Gesellschaftslehre im Rechte ist, folgendermaßen Stellung: Wilson erblickt den Hauptunterschied der antiken und modernen Staatsauffassung darin, daß nach der ersteren die Menschen den Zwecken des Staates dienen, nach der letzteren hingegen der Staat ein Organ der Gesellschaft ist, also den Zwecken der Bürger dient. Allein der Unterschied dieser beiden Grundanschauungen ist nach Wilson mehr ein theoretischer als ein praktischer. Tatsächlich sind die Aufgaben des Staates durch den Wandel der politischen Anschauungen wenig berührt worden. „Die Regierung tut heute, was ihr die Erfahrung erlaubt oder was die Zeit verlangt. Sie regelt Handel und Verkehr, das Arbeitswesen, das Schul- und Gesundheitswesen, kurz alles, was die Macht des einzelnen übersteigt und wodurch die Kräfte der Bürger zusammengefaßt werden. In diesem Sinne müssen wir uns heute alle als Sozialisten betrachten." Den eigentlichen Sozialismus lehnt jedoch Wilson entschieden ab, seine Forderungen sind verkehrt und nicht realisierbar. Aber auch der moderne Individualismus zeigt große Gefahren. „Die moderne Organisation der Industrie hat die Konkurrenz so verschlimmert, daß zuweilen einige Wenige die Macht in Händen haben, um die Vielen zu unterdrücken, daß sich die Reichen und Starken gegen die Armen und Schwachen vereinigen. Sie hat dem Bibelwort, daß dem gegeben wird, der viel hat, und dem genommen wird, der wenig hat, eine furchtbar materielle Bedeutung verliehen." „Alle Kombinationen, die notwendigerweise Monopole schaffen, die unerläßlichen Mittel der industriellen oder sozialen Entwicklung in der Hand von Wenigen zu vereinigen, und diese Wenigen selbst, die nicht von der Gesellschaft ausgewählt wurden, sondern durch glückliche Umstände zu ihrer

Digitized by Google

Macht gelangt sind, müssen unter die mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Gesellschaft gestellt werden. Der Gesellschaft allein kommt die Macht zu, ein Monopol zu besitzen. Sie kann es nicht dulden, daß einzelne ihrer Mitglieder eine solche Macht zu Befolgung ihrer Privatzwecke, unabhängig von scharfer Kontrolle und Beaufsichtigung, erringen."

Wilsons Anrede an eine Liga von Nationen ist aus dieser Gesellschaftslehre folgerichtig zu entwickeln.

Außerdem aber auch aus der Eigenart der Mentalität des Amerikaners.

Ich greife, um das zu veranschaulichen, aus dem kleinen Buche von Artur Holitscher „Das amerikanische Gesicht" (S. Fischer, Berlin) die Schilderung einiger Eindrücke heraus, die der Verfasser aus amerikanischen Schulen mitgenommen hat.

„Allmählich leuchtet mir der Zusammenhang zwischen Politik und Volksschule ein. Ich lerne verstehen, auf welche Art das amerikanische Kind für das öffentliche Leben vorbereitet wird, daran es teilnehmen wird, wenn es erst erwachsen ist. Ich sehe, dies ist nicht nur eine Fortsetzung des Geschichtsunterrichts bis in die Gegenwart, sondern dies ist der wahre Geschichtsunterricht. Ich sehe, was in Amerika Nationalgefühl heißt und wie dieses geweckt wird. Ich sehe, man muß nicht mit und vor den Merowingern anfangen, um dem Kind klarzumachen, daß es einer großen Nation angehört. (Nicht einmal mit den Puritanern!) Ich sehe deutlich die Grenzlinien zwischen dem Nationalgefühl und dem Gefühl für die Menschheit."

„In einer Schule läßt Miß Kellog die Kinder niedersitzen, und jetzt müssen sie einzeln aufstehen, nach Nationalitäten, dann, um zu zeigen, wie viele noch in der alten Heimat, wie viele schon herüben geboren sind. Von den fünzig sind nur zehn in Amerika geboren, die anderen kamen vor nicht langer Zeit. Zwei deutsche Kinder sind unter den fünfzig, die andern sind Böhmen, polnische Juden, Litauer, Serben, Griechen, Irländer, Sizilianer. Wie sie alle wieder sitzen, tritt Miß Kellog vor und ruft laut in den Schulsaal hinein: „Und nun, Kinder, sagt, was sind wir alle?" Die Kinder springen auf, als wäre ein elektrischer Schlag in sie gefahren, die hellen Stimmen jauchzen und schreien und jubeln auf „Americans!"

„Wir lesen mit den Kindern viele politische Artikel," sagt die Lehrerin. „Finde ich einen politischen Vorgang in einem sozialistischen Blatt gerechter und freier behandelt als in einem anderen, so lesen wir, die Kinder und ich, den Artikel aus dem sozialistischen Blatte vor . . ." Ich sehe schon: die amerikanische Schule ist keine Anstalt, in der die Kinder mit allerhand Gelehrsamkeit vollgestopft werden, die sie später nicht brauchen können, ja verschwitzen müssen, um Menschen zu werden. Sie ist ein Werkzeug, mit dessen Hilfe aus den Kindern Amerikaner, d. h. politische Wesen, d. h. Weltbürger gemacht werden. Aller fremden Nationen Kinder kommen in diesen „Schmelztiegel" hinein, aus dem das harte Metall der Zukunft Amerikas, die die Zukunft der Welt ist, hervorsteigen wird. Aller unterdrückten Völker Kinder, den russischen Juden,

Digitized by Google

Polen, Irländern, Böhmen, Finnen, wird hier beigebracht, daß sie Menschen mit Rechten sind. In ihrer alten Heimat haben sie dies nicht gewußt, ihre Eltern haben es in der neuen auch nicht mehr lernen können. Diese Wissenschaft ist, glaube ich, mindestens ebenso wichtig, wie das Einmaleins und das Alphabet. In den Kindern wird das Bewußtsein, die Lehre: Ihr seid Menschen und habt Rechte, zugleich mit dem Bewußtsein und der Lehre: Ihr seid Amerikaner! entfacht und erhitzt. Und auf einmal heißt es in diesen kleinen Gehirnen: Menschrecht ist — Amerika!"

Man braucht nicht von dem Gefühl für Unabhängigkeit und Stärke zu sprechen, das von solcher Erziehung her mit dem Amerikaner aufwächst. Jeder dieser Sätze läßt begreifen, daß es keine Phrase ist, wenn Wilson an die (gedachte) Gesamtheit der Menschen oder an einen (gedachten) Bund der Neutralen sich wendet. Das Macht- und Weltbewußtsein der Stahl- und Eisenmagneten findet darin seinen entsprechenden Ausdruck. Dieser Ausdruck scheint rein ideologisch zu sein, aber seine Voraussetzungen sind real. Nur sind die Folgerungen so weit gezogen, daß sie Maß und Grenze verlieren. Die „Stampa" hatte recht, als sie am 31. Januar schrieb:

„Wilsons Note bezeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte der Beziehungen zwischen Europa und Amerika. Die von Wilson beliebte Sprache erinnert an die Ausdrucksweise des weltbeherrschenden Rom; es ist die Sprache eines Staatsoberhaupts, mit dem nunmehr sämtliche Nationen des Erdballs zu zählen haben werden. Er spricht wie einer, der weiß, daß er sich über die Europa zerfleischenden Leidenschaften und Interessenkämpfe mit gelassener Erhabenheit hinwegsetzen kann. Wir möchten nicht gerade behaupten, daß dieses epochemachende Faktum des erstmaligen Eingreifens Amerikas in Europas Lebensinteressen mit prokonsularer Ausdrucksweise ein erfreuliches Ereignis darstelle."

Der Gegensatz zwischen Wirklichkeit und Idee, zwischen Wollen und Können, der damit sich ausspricht, hat sein Gegenstück in dem Widerspruch zwischen der Theorie des Staatswissenschaftlers Wilson und der Praxis des Präsidenten.

Der Staatswissenschaftler Wilson hatte gefordert: „Die Regierung tut, was ihr die Erfahrung erlaubt oder was die Zeit verlangt." Ein anderes Mal: „Ein jedes Volk, eine jede Nation muß sich streng an die Richtlinien der eigenen Erfahrung halten. Nationen können sich ebensowenig wie Individuen Erfahrungen anderer leihen." Der Politiker Wilson schließt von der Berechtigung des Schrittes, den er im Namen Amerikas unternommen hat, auf die Notwendigkeit der neutralen Staaten, diesen Schritt mit ihm zu tun. So geschieht das Merkwürdige, daß die europäischen Neutralen den Präsidenten der Vereinigten Staaten an eines der ersten Axiome der praktischen Politik erinnern müssen: daß, was für den einen Staat zweckmäßig oder notwendig ist, es für einen anderen noch lange nicht zu sein braucht.

Wilsons Friedensnote fand weiten und lauten Widerhall bei den Neutralen, denn auch er hatte wie der Reichskanzler „die Menschheitsfrage des Friedens" gestellt. Auch die Botschaft an den Senat begegnete in den Kreisen der Neutralen darum unmittelbarer und lauter Zustimmung. Um ein paar Beispiele anzuführen:

Digitized by Google

„In ihrem praktischen Kern, in der Mahnung an die Völker, nicht bis zum Verbluten zu kämpfen, liegt ein kluges und praktisches Wort, das wenigstens von den Neutralen lebhaft begrüßt werden muß.“ („Stockholms Dagblad“.) — Wilson hat der Friedensdiskussion neue und starke Anregungen gegeben.“ („Gotenburger Handelszeitung“.) — „Alles in allem hat der Präsident Ursache, sich durch den Empfang, den seine Friedensrede gefunden hat, ermutigt zu fühlen. Eine Aussicht, die Feindseligkeiten zum Stillstand zu bringen, liegt wohl jetzt noch nicht vor. Aber vorläufig strebt Wilson doch nur darnach, einen Meinungsaustausch zwischen den kriegführenden Mächten über Friedensziele und Friedensbedingungen in Gang zu setzen. Und hierin ist er schon ziemlich weit gekommen.“ („Politiken“.) — „Wilsons Rede muß zu den großen Ereignissen in der Entwicklung der Weltorganisation gerechnet werden ... Seine Losung, die Völker zu „sammeln,“ gilt auch uns ... Wilsons Völkerbund hat gegenüber dem ähnlichen Versuch von 1814 doch den großen Vorteil, daß er nicht aus den siegreichen Verbündeten des Augenblicks bestehen wird, sondern aus allen Staaten, auch den jetzigen neutralen. Die Organisation der Welt mit einer gemeinsamen Polizeimacht gehört zu den Perspektiven der praktischen internationalen Staatskunst. Und unsere Regierung und Volksvertretung werden, natürlich vorsichtig, doch auch zielbewußt, für ihren Teil an dieser Verstärkung der Deiche nach dem Sturm mitzuwirken haben.“ („Nieuwe Rott. Cour.“) — „In Wilsons Botschaft findet man Dinge von fast unschätzbarer Bedeutung. Der Staatenbund zur Behauptung des Weltfriedens ist von heute ab in das Stadium der praktischen Ausführbarkeit eingetreten.“ („Nieuws v. d. Dag.“) — „Die Botschaft ist ein welthistorisches Dokument und zweifellos eines der folgenschwersten Aktenstücke, die seit Beginn der Kriegswirren eine Kanzlei verlassen haben. Seine größte Bedeutung liegt darin, daß Präsident Wilson an dem Rechte Amerikas zur Intervention unbedingt festhält und daß er dem Kriege selbst Einhalt gebietet, indem er erklärt: „Der Friede muß ein Friede ohne Sieg sein ...“ Das Begehren der Botschaft, an der Schaffung des dauerhaften Friedens aktiv mitzuwirken, schafft ein vollständig neues Völkerrecht. Sie ist auch in der Darlegung der Grundlagen dieses Friedens von so weittragender Bedeutung, daß diese unmöglich sofort in allen Konsequenzen erfaßt werden kann.“ („Vaterland“.) — „Das Dokument, in dem Präsident Wilson neuerdings Stellung nimmt zu der Weltfrage, wie der jetzige Krieg beendet und das neue Europa organisiert werden könne, ist von stärkster Eindringlichkeit. Die Faktoren, die diesen Krieg beherrschen, die Stützen, auf denen das neue Europa nach der Auffassung amerikanischer Staatsmänner ruhen muß, sind mit ungewöhnlicher Kraft aus dem ungeheuren Fragenkomplex dieses Kriegsgeschehens herausgehoben und in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt, die Präsident Wilson weiterführen will.“ (Zürcher Post). — „Schon nach den Andeutungen der Botschaft an den amerikanischen Senat kann man kühnlich behaupten, daß der angebliche Theoretiker und Pazifist ein sehr kluges Mittelprogramm vorgezeichnet hat; wenn überhaupt irgendwelche Aussichten bestehen, einen Vermittelungsfrieden durchzusetzen, dann ist der Weg gefunden. Lassen wir uns nicht dadurch täuschen, daß Wilson so viel Wert auf eine pazifistische Begründung seines Eingreifens legt, das muß er tun, denn damit befestigt er in der Union seine Stellung gegenüber einer wesentlich zur Entente orientierenden öffentlichen Meinung, vor allem aber kann er nur dadurch das moralische und politische Mandat zu seiner Intervention finden.“ („Basl. Nat.-Ztg.“) — „Indem Wilson die Freiheit der Meere fordert, kann er sich auf einen von Lord Grey bereits zugestandenen Grundsatz berufen: er beruhigt alle Neutralen, die sich ihm gewiß nur sehr fest anschließen werden, wenn sie die Zeichen der Zeit, ihr eigenes wie das Menschheitsinteresse verstehen, und er erfüllt damit eine Hauptforderung Deutschlands, jene, die für das Kaiserreich so wichtig ist, daß alle seine anderen Kriegsziele davor zurücktreten müssen und können.“ („Basl. Nat.-Ztg.“)

Digitized by Google

Der „Statist“ drückte also in seinen Äußerungen vom 4. Februar bereits die Stimmung der Neutralen aus, wenn er schrieb: „Ein amerikanisches Eingreifen ist durchaus nicht wünschenswert. Wie die Dinge liegen, würde es im Gegenteil im Interesse aller Kriegführenden und Neutralen besser sein, wenn die Vereinigten Staaten neutral blieben und sich darauf vorbereiteten, die Dienste zu leisten, die alle Kriegführenden beim Ende der Feindseligkeiten dringend nötig haben werden; denn alle Welt wird an Lieferungen fast jeder Art den dringendsten und größten Bedarf haben.“ Diese Ausführungen decken sich mit denen, die „Aftonposten“ am 4. Februar gebracht hat: „Für diejenigen Staaten, die noch neutral sind, wird es selbstverständlich in hohem Grade die Lage erschweren, daß die Vereinigten Staaten mit in den Weltkonflikt hineingezogen werden.“ Fast ebenso einmütig, weil nicht minder folgerichtig, war die Ablehnung, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu einer gemeinsamen Angelegenheit aller Neutralen zu machen. Am 5. Februar schrieb der „Nieuwe Rott. Cour.“: „Die Lage der Neutralen ist, nachdem Amerika ihre Reihen verlassen hat, erheblich geschwächt.“

Wilsons Vorgehen mußte, wenn man nicht seinen Voraussetzungen und Ursachen nachging, bei den Neutralen die Wirkung auslösen, der „Aftonbladet“ am 7. Februar Ausdruck gab: „Man wird in den neutralen Ländern Europas niemals die Psyche eines mächtigen Herrschers — ein solcher ist Amerikas Präsident — verstehen, der an einem Tage zum Frieden mahnt und am anderen die Riesentrommel zum Krieg schlägt.“ Wieder hatte eine englische Zeitung, die „Times“, am 6. Februar richtig vermutet: „Washington tut klug daran, keine übertriebenen Hoffnungen auf diesen Schritt zu setzen, denn es gibt Neutrale und Neutrale. Sie alle mißbilligen zwar eine Handlungsweise, welche die ersten Grundsätze von Recht und Menschlichkeit verletzt, sowie Leben und Eigentum ihrer Bürger direkt bedroht. Aber die Lage der südamerikanischen Neutralen, wie Brasilien und Chile, ist völlig verschieden von derjenigen der europäischen Neutralen, deren Gebiet direkt von den deutschen Armeen betreten werden kann.“ „Die Lage Spaniens ist in vieler Hinsicht anders als die der Nachbarn Deutschlands. Aber in keinem verantwortlichen Teil der spanischen öffentlichen Meinung fand sich bisher der Gedanke, daß man von der strikten Neutralität abweichen solle.“

Die „Times“ hat mit diesen Äußerungen einen der Gründe (wohl den hauptsächlichen Grund) für die Ablehnung des amerikanischen Vorschlags durch die Neutralen bezeichnet. Diejenigen Gründe, die in der Presse der Neutralen selbst folgten, bezeugen das Mißtrauen, das die Neutralen dem Vorschlag Wilsons als einer Angelegenheit rein amerikanischen Interesses entgegenbrachten. Dem dänischen „Sozialdemokraten“ liegt Wilsons Schritt in der Richtung, die die amerikanische Politik in der Behandlung Englands Deutschland gegenüber während des ganzen Krieges verfolgt hat. Eine größere Reihe von Zeitungen sieht in dem Abbrechen der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland die erste kriegerische Vorbereitung Amerikas gegen-

Digitized by Google

über Japan (was die deutsche Publizistik mit äußerster Vorsicht und Zurückhaltung behandeln müßte). So „Berner Tagblatt": „Schon längst hat Amerika erkannt, daß eine Abrechnung mit dem Inselreich kommen werde. Allein es hat Angst, die Katastrophe heraufzubeschwören, versäumt, sich zu rüsten. Man dürfe den mongolischen Gegner nicht reizen — war die Weisung, die Herr Wilson noch dieser Tage an einige Staaten der Union richtete, die sich anschickten, die Einwanderung der Japaner wieder einmal zu unterbinden. Es muß unbedingt damit rechnen, daß Japan unter Umständen im Trüben zu fischen versucht und muß nun mit aller Macht auf diese Eventualität hin rüsten." — Der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda" hatte ein aus Amerika kommender Dr. L. folgende vertrauliche Mitteilung gemacht: „Seit Japan begonnen hat, China zu vergewaltigen, haben die Vereinigten Staaten mit England einen bindenden geheimen Vertrag abgeschlossen, daß sie nach dem europäischen Kriege gemeinsam die ostasiatische Frage lösen wollen. Als Ersatz dafür haben die Vereinigten Staaten England große positive Versprechen gemacht. Vom amerikanischen Standpunkt aus hat also Wilsons eigenartiger Beschluß eine gewisse Berechtigung. Der ganze Gedankengang des Präsidenten ist ja der Hauptsache nach, sämtliche europäische Staaten zu einem gemeinsamen Auftreten gegen jeden Friedensstörer zusammenzuschließen. Der Zweck dieses Vorschlages ist, daß in dem künftigen japanisch-amerikanischen Konflikt sich Europa durch Vertrag gebunden fühlen soll, eine für Amerika wichtige Lebensfrage lösen zu helfen. Man ersieht hieraus, daß die Interessen der Neutralen keineswegs zusammenfallen." Das Blatt gibt diese Aufklärung mit allem Vorbehalt wieder, meint aber doch: „wenn man die ungeheure Bedeutung des chinesischen Absatzgebietes für Amerika kennt und weiß, daß Amerika nur mit Englands Hilfe hoffen kann, Japan das Übergewicht zu entreißen, das es jetzt an sich bringt, so sieht man ein, daß es für Amerika eine Lebensfrage ist, auf Englands künftigen Beistand rechnen zu können. Für dieses amerikanische Interesse, das wahrscheinlich die Industriemagnaten der Vereinigten Staaten als das der Menschheit betrachten, hat der Idealist Wilson den neutralen Kleinstaaten Europas zugemutet, Leben und Blut zu wagen." Damit wird eines der Motive für Amerikas Politik wiederholt, das im Berner „Intelligenzblatt" schon am 5. November im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zu der Friedensaktion Wilsons ausgesprochen wurde: „Japans Stern ist in einem für den amerikanischen Nachbarn auf den Philippinen besorgniserregenden Steigen begriffen, und keine eigene Gewähr verbürgt dem Präsidenten zu Washington, daß die Union dieser Gefahr gewachsen sein wird. Wohl macht man Vorschläge zur Errichtung eines amerikanischen Volksheeres, allein das Beispiel Deutschlands vor hundert Jahren und dasjenige Englands im Weltkriege beweisen, daß solche Änderungen von Grundanschauungen nur in Augenblicken höchster Gefahr zu erreichen sind. Amerika bedarf für seinen Kampf gegen Osten der Kräfte des alten Europa. Mit dieser Erkenntnis aber ist die andere verbunden,

Digitized by Google

daß sein vollständiges Zermürben dieser Kräfte im Kampfe unter sich selbst für die Union sich zum Nachteile auswachsen kann." Auch die neutralen Staaten waren bereits durch die Note des Präsidenten Wilson vom 22. November auf die Folgerung vorbereitet, die die Vereinigten Staaten ziehen würden, wenn Deutschland die Ablehnung seines Friedensangebots mit einer schärferen Handhabung seiner U-Bootwaffe beantwortete. Denn in dieser Note steht der Satz, mit dem Wilson, ohne es auszusprechen, für eine gemeinsame Aktion der neutralen Staaten eintritt: „Die Anregung gehe von dem Vertreter einer neutralen Nation aus, deren Interessen durch den Krieg ernstlich in Mitleidenschaft gezogen worden sind und deren Interesse an einer baldigen Beendigung des Krieges sich daraus ergibt, daß sie offenkundig genötigt wäre, Bestimmungen über den bestmöglichen Schutz ihrer Interessen zu treffen, falls der Krieg fortdauern sollte."

Trotzdem kam der unvermittelte Abbruch der Beziehungen den neutralen Staaten überraschend. Nur so erklären sich ja Sätze des „Aftonposten" vom 7. Februar: „Wir wären gern dabei, wenn Wilson zum Frieden mahnte, nicht aber, wenn er jetzt eine Woche nach seiner Friedensbotschaft einen Schritt unternimmt, der bisher stets eine Vorbereitung für einen Krieg war. Darauf hat Norwegen nur ein bestimmtes Nein zur Antwort."

Wilsons Vorgehen ist aus Anlagen dieses Staatsmannes und dem Wesen des amerikanischen Geistes folgerichtig zu verstehen. Das Schauspiel, das sich demnach bietet, ist das eines Mannes, dem Ideal und Wirklichkeit zu vereinigen nicht gegeben ist. Wir wußten es aus der Geschichte, wie selten die Staatsmänner sind, die die idealen Forderungen des Staatslebens mit den Gegebenheiten zu vereinigen wußten. Wir erleben es an Wilson und seiner Entwicklung vom Staatswissenschaftler zum Friedensvermittler und zum Staatsmann, der brüsk den Abbruch der diplomatischen Beziehungen erklärt hat, von neuem.

Der Einfluß Japans im Fernen Osten

Von einem ostasiatischen Deutschen

England hat sich während des Krieges einen viel größeren handelspolitischen Feind im Fernen Osten herangezogen, wie es Deutschland jemals vor dem Kriege war. Während England noch auf der Pariser Handelskonferenz alle nur denkbaren Mittel aussinnt, um nach dem Krieg den deutschen Handel auszuschalten, während der australische Premierminister Hughes in England einen allgemeinen Schutz- und Strafzoll nach dem Krieg predigt, überflutet Japan die chinesischen, indischen, australischen und holländisch-indischen Märkte mit seinen Waren. So schreibt ein englisches Blatt, „The Far-Eastern Review": „Japan läßt keine Chancen vorübergehen. Es nimmt jede Gelegenheit wahr, seine Herrschaft über China zu festigen, und das selbst auf Kosten einiger

Digitized by Google

seiner Alliierten. In vielen Beziehungen ist es rücksichtslos in die Rechte anderer eingetreten. Wenn dieser Krieg vorüber ist, wird der Tag der Abrechnung kommen, und der Mittelpunkt des Interesses wird von Europa nach Ostasien wandern. Das ist unvermeidlich, und diese Situation in ihrer ganzen Größe wird auch jetzt schon nur noch von dem Krieg verdunkelt." (N. O. 20. Nov. 1916.) Der Verkehr auf den rasch verödeten Hochwegen auf dem Indischen und Stillen Ozean fiel mühelos der japanischen Flagge zu, und die Erzeugnisse der japanischen Industrie, die vor dem Kriege oft scharfe Kritik zu bestehen hatten, fanden aufnahmefähige Märkte, an denen fast aller Wettbewerb ausgeschaltet war. Dazu kamen mit der unerwartet langen Dauer des Krieges aus Europa riesige Aufträge der Verbündeten auf Kriegslieferungen aller Art, namentlich des industriell wenig leistungsfähigen Rußland.

Der Goldbestand der Japanischen Bank belief sich Ende März 1916 auf 1022 Millionen Mark. Hiervon lagen 642 Millionen in England und 92 in Amerika, so daß Japan in Ausland im normalen Zeiten einen starken Kredit genießt. Seine 4 1/2 %-Anleihe steht in London auf 95. Die lokale Geldnachfrage in Japan hat allerdings den Zinssatz für täglich kündbare Depositen auf 2 Sen per Tag oder auf 7 % pro Anno erhöht.

Japans Ausfuhr von 1915 im Wert von 1416 Millionen Mark übertraf das bisher in seiner Handelsgeschichte blühendste Jahr 1913 um 76 Millionen, und eine Abnahme in der Einfuhr von 394 Millionen Mark ergibt eine zugunsten Japans ausfallende Handelsbilanz von 352 Millionen Mark, während es noch im Jahre 1915 eine Unterbilanz von 334 Millionen Mark aufwies.

Die japanischen Investierungen erreichten innerhalb 18 Monaten 1915—1916 den Betrag von 1109 Millionen Mark. Weit voran in dieser Summe steht unter allen Geschäftszweigen die verarbeitende Industrie mit 355 Millionen Mark. Die Investierungen während des ersten Halbjahres 1916 haben fast die Höhe derjenigen während des ganzen Jahres 1915 erreicht, die Kapitalserhöhungen sogar den Betrag nicht unbeträchtlich überschritten. Da eine Abschwächung während des ersten Halbjahres 1916 nicht eingetreten ist, so wird man die Investierungen während des vollen Jahres 1916 mit 1 Milliarde Mark annehmen können. (N. O. 20. Nov. 1916.)

Der Schiffsbau Japans weist für die Periode 1910—1914 einen jährlichen Durchschnittstonnengehalt von 48 221 Tonnen auf, dem gegenüber für die Jahre 1915 und 1916 289 450 Tonnen stehen.

Japans Einfluß auf Australien. In Australien beschäftigen sich jetzt alle Volksschichten mit Japan. Ein bedeutender Stimmungswechsel ist eingetreten. Vor dem Kriege fürchtete man Japan. Heute findet man allgemein, daß die Konzentration der australischen Marine in Ost und West Japans Freundschaft wertvoll macht. Ein eifriger Verfechter der gesetzlichen Verhinderung feindlicher Einwanderung sagt: „Wie kann ich mich weigern, die Japaner als Freunde zu behandeln? Die Dinge können

Digitized by Google

nicht mehr so bleiben wie früher. Jeder einzelne Mensch sagt das frei und laut. Schon haben die japanischen Fabrikanten ihre Ausfuhr nach Australien vervierfacht; Schiffe, die früher durchschnittlich 450 Tonnen von Japan brachten, bringen jetzt 2500. Die Japaner haben einen großen Kundenkreis ehemals amerikanischer, britischer, deutscher und französischer Exporteure gekapert. Die billigen Arbeitslöhne ermöglichen es dem orientalischen Fabrikanten, über die Schutzzölle nur zu lächeln, wenngleich insgeheim. Und warum? Weil Japan auf einem Handelsvertrag mit Australien besteht, der den japanischen Waren die Meistbegünstigung zugestehen soll. Japan will mit seiner Forderung zunächst seine Handelsbeziehungen mit Australien stützen. Das wird nur sympathisch begrüßt werden. (Daily Chron.).

Japan erobert den indischen Baumwollmarkt. Ernste Anzeichen der Unzufriedenheit in Indien über die Zunahme der Einfuhr fertiger Waren von Japan. „Indiaman" schreibt: „Durch die eingetretene Preissteigerung des Rohmaterials und den Ausfall von fertigen Garnen an ihren bisherigen besten Kunden, Japan, wird die indische Baumwollgarn-Industrie schwer getroffen. Nicht nur hat Japan bereits 75 % der gesamten Rohbaumwoll-Ausfuhr Indiens an sich gerissen, sondern mit rund 670 000 Ballen hat es in den letzten 5 ½ Monaten seine im Verlauf des ganzen vorhergehenden Jahres gemachten Bezüge um ein Drittel übertroffen. Die Lage Indiens verschlimmert sich auch dadurch, daß Japans Einfuhr von fertigen Baumwollwaren stark im Wachsen begriffen ist und die Konkurrenz indischer Fabrikate ernstlich gefährdet. Allem Anschein nach kann Japan sein Rohmaterial zu hohen Preisen aus Indien beziehen, kann es zu Garn und Tuch verarbeiten und dann mit der fertigen Ware die Preise der indischen Manufaktur unterbieten. Es ist höchste Zeit, diese Zustände eingehend zu untersuchen, denn es ist unzulässig anzunehmen, daß hohe Arbeitslöhne in Indien oder Unfähigkeit die Schuld daran tragen." Was wird die Handelskonferenz nach dem Krieg zu der Gastfreundschaft sagen, die Indien Japan gewährt? Indische Politiker, selbst die loyalsten, beklagen sich mit Recht, daß das britische Parlament sich in Fragen von handelswirtschaftlichen Verträgen mit Japan und anderen Handelskonkurrenten so verhält, als ob ein Land wie Indien überhaupt nicht existiere und nicht zu dem großen britischen Weltreich gehöre.

Wie Indien sich auch durch den Ausfall des deutschen Handels, der sich vor dem Krieg auf 700 Millionen Mark belief, geschädigt fühlt, darüber äußert sich dieselbe Zeitung: „Ganz Indien würde stöhnen, wenn der deutsche Handel Indien dauernd entzogen würde."

Wie England seinen Handel vor dem Krieg durch Deutschland bedroht sah, wird ihm nun das Gleiche im Fernen Osten zuteil, wo Japan der große Konkurrent Englands werden wird und Zustände geschaffen werden, welche England in die Gefahr eines neuen Handelskrieges stürzen. Es wird sich darin herausstellen, ob Japan in Wirklichkeit nicht ein viel gefährlicherer Feind Englands wird, als Deutschland es je

Digitized by Google

gewesen ist. Es wird sich dann auch herausstellen, ob Deutschland schon vor dem Kriege der niederträchtige Konkurrent Englands war, zu dem es ihn erst wenige Monate nach Kriegsausbruch gestempelt, vor allem wird sich aber schon vorher erweisen, ob England nicht eher und lieber mit Deutschland unter gewissen Handelsbedingungen den Handelskampf gegen die gelbe Rasse aufnimmt, als sich in Japan einen zweiten, immer handelsmächtiger werdenden Feind großzuziehen.

Bezeichnend für die Methoden, welche Japan z. B. in Indien für seine handelspolitische Machtentfaltung anwendet, ist die Tatsache, daß während die Anzahl der in Indien weilenden Japaner im Vergleich zu denen von ihnen dort erzielten Erfolgen ganz gering ist, die japanische Regierung seit Jahren sich geeignete Inder kommen ließ, sie erzog und ausbildete, und sie dann nach Indien entsandte, um die japanische handelspolitische Propaganda bei den Indern durch ihre eigenen Landsleute zu betreiben. Darüber hinaus geht auch die fortschrittliche Richtung Japans auf geistigem Gebiet, was Indien anbetrifft, aus dem Umstande hervor, daß Sir Rabindranath Tagore, Indiens bedeutendster moderner Dichter und Philosoph, aufgefordert wurde, im Juli dieses Jahres Japan zu besuchen. Dort äußerte er sich laut „Manchester Guardian" u. a. wie folgt:

„Die Japaner haben bemerkenswerte Fortschritte gemacht, doch würde Indien, wenn ihm die Gelegenheit geboten wäre, dies ebenso gut tun. Wir stehen der japanischen Intelligenz nicht nach; wenn wir vielleicht nicht dieselbe handwerksmäßige Geschicklichkeit besitzen, so stehen wir höher in geistiger Veranlagung. Den Japanern stand es frei, sich selbst zu bilden und ihre jungen Leute auf alle Universitäten der Welt zur Ausbildung zu schicken, doch jeder Inder fühlt es und jeder aufrichtige Erforscher Indiens muß zugeben, daß die Engländer es nützlich erachteten, uns schwach zu halten und unseren Bildungsdrang zu unterdrücken. Sie sehen uns ungern in den Laboratorien Wissen erwerben. Das Tata-Institut ist ein Beispiel hierfür. Hier glaubten wir, daß für Indien endlich die Gelegenheit gekommen wäre, aber die Regierung hat die Kontrolle hierüber unternommen und diese Gründung zunichte gemacht, und damit ist für uns diese glänzende Gelegenheit verschlossen und wertlos. Der Krieg kommt und England sagt uns: Organisiert Eure Industrie, stellt die von uns benötigten Dinge her. Das ist lachhaft, denn es hat beständig und nachdrücklich gestrebt, unsere ökonomische Entwicklung zu unterdrücken und einzuschränken. Ein Versuch, uns selbst zu erziehen und auszubilden, ist hoffnungslos für uns. Die britische Regierung in Indien ist so vollkommen organisiert, daß sie all solches Streben hinfällig macht. Doch ist das ebenso schlecht für sie als für uns. Wenn eine Nation eine andere in Abhängigkeit erhält, wenn ihre Autorität so vollkommen und vollständig ist, daß sie ihren eigenmächtigen Willen leicht und ohne Anstrengung ausführen kann, so untergräbt sie ihre eigene Freiheitsliebe, ihre eigene Stärke, ihre eigene moralische Kraft. Sie kommt zu der Erkenntnis, wenn sie in Konflikt mit einer mannbaren Nation gerät."

Digitized by Google

Streiflichter zur Weltlage III

(13. Februar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

In ihrer Korrespondenz mit Melchior Grimm, der bekanntlich auch mit Friedrich dem Großen korrespondierte, macht die Kaiserin Katharina gelegentlich (22. April 1791) die folgende scharfsinnige Bemerkung: „Il n'y a rien de si mauvais que d'avoir le malheur de se tromper dans ses principes; tout dépend de là et c'est ce qu'on appelle partir du pied gauche, mais cela prouve qu'on n'a pas de jugement.“ (Nichts ist so schlimm, als das Unglück zu haben, im Irrtum in seinen Grundsätzen zu sein; alles hängt davon ab, es ist das, was man mit dem linken Fuß antreten nennt, aber das beweist, daß man kein Urteil hat.) Man könnte diesen Satz als Motto über die letzten Wilsonschen Kundgebungen setzen. Wenn einmal die Bilanz der Präsidentschaft Wilsons gezogen wird, muß sie ein ungeheures Niedergehen des moralischen Ansehens der Vereinigten Staaten und wie wir vorauszusehen glauben, auch seiner Machtstellung in der Welt ergeben. Der tertius gaudens dieses Weltkrieges wird Amerika nicht sein. Diese Rolle spielt mit unleugbarem Geschick Japan. Man spricht zu Unrecht von der japanischen Sphinx. Ziele und Politik, die Japan von Anbeginn des Krieges an verfolgt hat und jetzt unter dem Ministerium Terauchi weiter verfolgt, liegen so klar zutage, daß niemand sich darüber täuschen kann. Es hat die Hut des Großen Ozeans übernommen, um England aus einer Sphäre fernzuhalten, in der es ein sehr lästiger Konkurrent war, und mit Rußland Verträge abgeschlossen, deren Folge nicht nur die völlige Verdrängung des Zarenreiches aus den asiatischen Gewässern sein muß, sondern zugleich eine Umzingelung Chinas von Norden her, von Gebieten ausgehend, die vor der großen antideutschen Verschwörung unbestrittene russische Einflußsphären waren, und bestimmt schienen, den Zielen zu dienen, die Japan jetzt erreicht hat. Nebenher aber geht Japan darauf aus, Amerika zur Anerkennung der Rechte japanischer Einwanderer zu nötigen und ihm Hawai und vielleicht auch die Philippinen abspenstig zu machen. Sollten die Vereinigten Staaten wirklich die Torheit begehen, Flotte und Truppen für den europäischen Kriegsschauplatz zu verwenden, so ist Japan wohl sicher zu erreichen, was es erstrebt, und welches dann die weiteren Aufgaben sind, die es sich stellt, können wir der Phantasie unserer Leser überlassen: die Führung Asiens, Neu-Seeland und Australien als Kolonisationsgebiet, die großen Sundainseln — das alles würde eine Machtfrage sein, wenn erst Japan stärker geworden ist als die heutigen Herren dieser entlegenen Gebiete. Die Grundsätze und die moralischen Beweggründe, mit denen heute unsere Feinde prunken, und die hohen Ideale der Wilsonschen Staatsphilosophie werden Japan gewiß nicht fehlen, wenn es einmal daran gehen sollte, jene Aufgaben zu lösen. Der Tag, an dem das geschehen wird, mag noch fern liegen

Digitized by Google

vielleicht aber näher, als jetzt wahrscheinlich und möglich scheint. Die Welt liegt im Fieber, und ihr Puls geht schneller als in gesunden Tagen. Es ist daher keineswegs sicher, daß das sonderbare Spiel, das Amerika seit der Beseitigung von Diaz in Mexiko spielt, eine Intrige bleibt, in der es allein handelnd auftritt. Nicht umsonst hat Japan in der Magdalenenbai festen Fuß gefaßt, und es ist auch heute noch nicht festgestellt, aus welcher Quelle Villa die Kraft schöpft, seine Banden zusammenzuhalten und den Truppen die Stirn zu bieten, die Präsident Wilson sich schwer genug entschlossen hat, ihm entgegenzustellen. Vor einigen Wochen hörten wir, daß sie Befehl erhalten hätten, abzumarschieren, jetzt sollen sie einen Gegenbefehl erhalten haben, und aus den uns zugegangenen amerikanischen Zeitungen klingt ein Ton ernster Sorge deutlich hervor, der unzweifelhaft in Zusammenhang mit den Befürchtungen steht, die der Zukunftspolitik Japans gelten. Die kurzen Bemerkungen Motonos über die Beziehungen Japans zu Amerika enthielten neben lächelnden Freundschaftsbeteuerungen einen Satz, der als Drohung verstanden wurde. Er sprach von den leichten Trübungen, die in den aufrichtigen und freundlichen Beziehungen beider Regierungen bestanden hätten und jetzt der Vergangenheit angehörten. „Aber", fügte er hinzu, „natürlich können immer Fragen entstehen, die zwischen beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten hervorrufen," dann ging er auf die gewaltigen Interessen Japans in China über.

In der Halbmonatsausgabe (N. O.) des „Korrespondenzblattes der Nachrichtenstelle für den Orient", deren gediegene Aufsätze jedem Politiker dringend empfohlen seien, finden wir eine Studie von Wolf von Dewall über die wirtschaftliche Offensive der Vereinigten Staaten in China, die sich als ein Kommentar zu jener Rede Motonos, soweit sie China und Amerika berührt, auslegen läßt. Der Verfasser schließt mit einer Betrachtung, deren aktuelle Bedeutung nicht zu verkennen ist: „Obgleich das Auftreten der Vereinigten Staaten in China rein wirtschaftlich ist, so bedeutet es doch für Japan eine politische Herausforderung. In England werden wir Deutsche verlacht, weil deutsche Publizisten noch immer eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Japan und Amerika in ihre Kriegsrechnung stellen. Das mag fehlerhaft sein. Doch sind die ostasiatischen Gegensätze sehr wohl angetan, die europäische Kriegslage zu beeinflussen. Amerika, das sich nunmehr in China engagiert hat und sich von dort nicht mehr ohne gewaltige Einbuße an politischem Ansehen zurückziehen kann, ist nicht mehr imstande, in dem europäischen Streit als freier, unbeeinflußter Schiedsrichter aufzutreten. Es muß Rücksichten nehmen, um bei der zukünftigen Lösung seiner pazifischen Frage nicht ohne Rückhalt zu sein, und das Land, das es berücksichtigen muß, weil dieses ihm am meisten nützen und schaden kann, ist England. Sowohl in der Friedensfrage, wie auch in der Frage des U-Bootkrieges müssen wir uns dies stets vor Augen halten." Das wurde am 5. Februar d. J. veröffentlicht, ist aber vor Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges und vor dem Abbruch unserer diplomatischen Beziehungen zu Amerika geschrieben. Jetzt, da beides Tatsache gewor-

Digitized by Google

den und auch der Gnadentermin abgelaufen ist, der den bereits auf hoher See befindlichen Schiffen gewährt worden war, wird sich erweisen, wie weit die Leistungsfähigkeit Amerikas den Anforderungen entspricht, welche die Kombination des Interessenkonflikts mit Japan mit den Gefolgschaftsverpflichtungen, in denen Amerika zu England steht, dem Präsidenten Wilson vorschreibt. Der „Temps" vom 1. Februar berauscht sich noch an den ungeheueren Summen, welche Senat und Kammer für Schlachtschiffe gewilligt haben, deren Bau vor dem 1. Juli 1919 in Angriff genommen werden soll. Am 25. Oktober 1916 fand die Submission von 4 Schlachtschiffen von 32000 t und 21 Knoten Geschwindigkeit statt, (Colorado, Maryland, Washington und Westvirginia) dazu von 22 Zerstörern, eine weitere Submission folgte am 1. November 1916, so daß die Vereinigten Staaten im letzten Quartal 270000 Tonnen Panzerschiffe bestellt hätten, was noch niemals und in keinem Lande der Welt seinesgleichen gehabt habe. Das Entzücken der Leser des „Temps" wäre wohl wesentlich gemindert worden, wenn der Marinesachverständige des Blattes hinzugefügt hätte, wann diese Schiffe von Stapel laufen werden und wann sich eine seetüchtige geschulte Mannschaft für sie gefunden haben wird. Nehmen wir an, daß es im Jahre 1919 der Fall sein wird, was immerhin nach optimistisch gerechnet ist, so folgt daraus, daß, da kein Mensch es für möglich hält, daß der Krieg bis dahin dauern kann, bis auf weiteres mit dem bisherigen Bestand der amerikanischen Flotte gerechnet werden muß. An der Tüchtigkeit ihrer Marineoffiziere zu zweifeln liegt nicht der geringste Anlaß vor, um so geringer aber ist das Vertrauen, das in die Leistungsfähigkeit der Mannschaft gesetzt werden kann. Als 1908 die amerikanische Flotte ihre Weltreise unternahm, machte sie die Erfahrung, daß sie in jedem Hafen, den sie anlief, eine namhafte Zahl von Deserteuren zurücklassen mußte, und es ist schwerlich anzunehmen, daß der Mannschaftsbestand sich inzwischen radikal geändert haben sollte. Die „Probeschiffe", die Präsident Wilson jetzt ausgeschickt hat, um zu erfahren, ob sie unserer Erklärung zum Trotz wie in tiefem Frieden das Sperrgebiet durchqueren können, sind auf höchst gefährlicher Fahrt und müßten ein ganz ungewöhnliches Glück haben, wenn sie ihr Ziel erreichen sollten. Ihre Ausfahrt hat den Anstoß zu hohen Wetten gegeben, und es wäre interessant zu wissen, wie sich das Verhältnis des pro und contra gestaltet hat. Daß die ungeheuere Mehrzahl der Amerikaner das Eingreifen in den europäischen Krieg nicht wünscht, ist wohl sicher, zweifelhaft dagegen, ob sie durchdringt. Eine Opposition von seiten der Deutsch-Amerikaner und der Iren macht sich schon jetzt geltend, aber nach den Erfahrungen bei den letzten Präsidentschaftswahlen spricht nur wenig dafür, daß sie dem Präsidenten imponiert. Wir glauben zwar, daß beide, Deutsche wie Iren, aufrichtig den Sieg Deutschlands über die Entente wünschen, schon weil eine Niederlage unserer Waffen, die seit 1870 so wesentlich gebesserte Stellung der Deutschen in Amerika wieder tief herabdrücken würde, sie wären dann wieder die „damned Dutsch" — die verfluchten Deutschen —

Digitized by Google

die sie vorher waren, den Iren aber wäre dann alle Aussicht auf Befreiung ihres Vaterlandes vernichtet, aber beide, Deutsche wie Iren, haben keine Führer, die eine wirksame politische Macht darstellen. Die „Times“ läßt sich aus New York berichten, daß Gerard vor seiner Abreise aus Berlin von einem hochgestellten Diplomaten darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß ein Bruch der Vereinigten Staaten mit Deutschland schon deshalb nicht stattfinden würde, weil die halbe Million (sic!) Deutsch-Amerikaner leicht Unruhen erregen könnten; darauf aber habe Gerard geantwortet: „Das ist wohl möglich, aber wir haben mehr als eine halbe Million Laternen, um sie zu hängen.“ Natürlich ist die Anekdote erfunden, um England wegen des gefürchteten Einflusses der Deutsch-Amerikaner zu beruhigen. Man ist dort außerordentlich nervös geworden, wofür vielleicht das stärkste Symptom in den Angriffen der „Times“ auf Lloyd George zu finden ist, den Lord Northcliffe offenbar seine Macht fühlen lassen will. Er wirft ihm seine ungenügenden Leistungen in der Frage des Lebensmittelproblems vor, klagt über das stetige Anwachsen der Zahl der Regierungsbehörden, über die tausende neuer Beamtenstellungen und über den Mißbrauch, der mit der übermäßigen Ausnützung der Frauenarbeit in den Munitionsfabriken getrieben werde. Auch daß die Suffragetten sich wieder zu regen beginnen, ist ein übeles Vorzeichen, und der Anschlag gegen Lloyd George und Henderson, die beide durch Pfeilgift umgebracht werden sollten, wird so ernst genommen, daß der Prozeß gegen die rabiaten Frauen, die den Plan der Ausführung nahe gebracht hatten, nach London verlegt worden ist. Der überwältigende Eindruck, den man aus der englischen Presse trotz ihres fortgesetzten Bramarbasierens empfängt, ist, daß die Siegeszuversicht, mit der sie den Krieg aufnahmen, und die sie noch bis zum August vorigen Jahres in voller Überzeugung vertraten, heute nicht mehr vorhanden ist. Ein „Friede ohne Sieg“, dessen Wilsonsche Formulierung sie mit solcher Erbitterung hinnahmen, wäre ihnen heute erwünscht, wenn sie ihn bekommen könnten ohne erhebliche Schwächung ihrer Kriegsflotte, die sie so sorgfältig gehütet haben, aber sie wissen zugleich, daß, wie immer der Ausgang sein mag, aus der Beendigung dieses Krieges ein ganz anders geartetes England hervorgehen wird. Ein England der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Wahlrechts, das Wahlrecht der Frauen mit eingeschlossen, ein England, dessen irischer Pfahl im Fleisch schmerzhafter drücken wird und dessen Dominien nicht nur mit dem Anspruch, sondern mit dem Recht auf Mitregiment in den Fragen des Wirtschaftslebens wie der auswärtigen Politik ihm, höchst lästig, zur Seite stehen werden. Das liberale Ideal des Freihandels wird ausgelebt haben, und die Alliierten von heute werden ihm die Rechnung ihrer getäuschten Hoffnungen und der ihnen nicht eingehaltenen Zusagen vorhalten. So wird es, wenn nicht alles täuscht, aussehen, und Asquith und die anderen über Bord geworfenen Staatsmänner werden sich glücklich preisen, daß sie nicht mehr am Ruder standen, als die entscheidende Wendung eintrat. Wir aber wissen sehr wohl, daß es nicht der U-Bootkrieg allein sein kann, der

Digitized by Google

uns den Sieg bringen muß, sondern, daß, parallel mit ihm, die Entscheidungen, die unsere überlegene Kriegsleitung gebracht hat, und, wie wir zuversichtlich erwarten, weiter bringen wird, zu den notwendigen Voraussetzungen gehören, um ihn zu erzwingen. Unsere Blicke richten sich dabei naturgemäß auch auf Rußland, dessen Bedeutung für den endlichen Ausgang jetzt durch Beschickung der Petersburger Konferenz besonders nachdrücklich unterstrichen worden ist. Aber wie sieht es in Petersburg aus? Schon auf ihrer Hinreise, als sie an der Murmanküste landeten und von dort aus den höchst beschwerlichen Weg nach der russischen Residenz zurücklegten, müssen die Herren Milner, Castelnau und tutti quanti höchst peinliche Eindrücke aufgenommen haben. Am 26. Januar hatte eine zweite Explosion in Archangelsk stattgefunden, in Finnland waren die ungeheuren Munitionsvorräte zerstört worden, die bestimmt waren, die große Frühjahrsoffensive, auf die man sich bereits vorher verständigt hatte, zum Erfolg zu führen. In der Umgebung des Zaren und in der Haltung der Parteien aber herrschte die größte Verwirrung. An die Stelle des ermordeten (die Engländer schreiben „des hingerichteten") Rasputin waren bereits zwei neue Rasputins getreten, der schöne Montenegriner Mardari und der zauberkundige Mongole Badmajew. Der mystische Salon der Frau Wyrobowa, der Tochter des kaiserlichen Günstlings Tanejew und Freundin der Zarin, war in vollem Flor, an den spiritistischen „Seancen" der Frau Schwanebach, der Witwe des ehemaligen Reichskontrolleurs, nahm der frischgebackene Justizminister Dobrowolski teil, und kein Mensch war in der Lage, mit Bestimmtheit die Frage zu beantworten, wer der eigentliche Leiter der russischen Politik sei, der Ministerpräsident Fürst Golitzyn oder der Minister des Innern Protopopow. Noch weniger aber vermochte man zu erkennen, welcher der einander bekämpfenden politischen Strömungen die Zukunft gehören werde, ob den bisher vom Zaren begünstigten und in alle leitenden Stellungen eingesetzten Reaktionären, oder ihren Todfeinden, den Männern der liberalen Opposition mit Miljukow als führenden Heißsporn, oder endlich den im Hintergrunde stehenden, wühlenden revolutionären Elementen. Die Sendboten der Entente hatten, wie die Haltung der französischen, englischen und italienischen Presse zeigt, Wunsch und Auftrag, Rußland in die Bahnen des Liberalismus zurückzuführen. Und eine Zeitlang schien es, daß sie ihrem Ziel nahe gekommen wären. Man begann von dem bevorstehenden Rücktritt Protopopows ins Privatleben zu sprechen, Golitzyns Haltung schien gleichfalls zu schwanken. Die Namen Stürmers und Trepows als der kommenden Männer tauchten wieder auf. Nebenher aber gingen Anzeichen, welche die Lage wieder völlig verdunkelten. Während es einerseits hieß, daß die Zarin eine von Nikolaus II. bereits gebilligte neue Ministerliste zerrissen habe, weil der Name Protopopows in ihr fehlte und G. N. Kurlow, der schon 1911 die Untersuchung über die Ermordung Stolypins betrieben hatte, mit der Leitung der Untersuchung über den Tod Rasputins betraut wurde, durfte Herr Dobrowolski den, wie es hieß, bereits niedergeschlagenen Hochverratsprozeß gegen

Digitized by Google

den ehemaligen Kriegsminister Ssuchomlinow und gegen seinen Komplizen Manassewitsch Manuilow wieder aufnehmen — was ein Zugeständnis an die liberale Richtung zu sein schien — und gleichzeitig ging am 23. Januar Herrn Miljukow die offizielle Mitteilung zu, daß er im Laufe eines Monats dem Ersten Departement des Reichsrats Erklärungen in Anlaß der von B. W. Stürmer gegen ihn anhängig gemachten Klage abzugeben habe. Der Eindruck, den man von diesen widerspruchsvollen Tatsachen gewinnt, ist, daß es der Delegation der Entente zwar gelungen ist, vorübergehend den Zaren zu Entscheidungen zu vermögen, die ihren Absichten entsprechen, doß aber im letzten Augenblick stets andere Einflüsse in entgegengesetzter Richtung tätig waren. Vieles spricht dafür, daß der vielgenannte Metropolit von Petersburg und Ladoga, Pitiriim, einen sehr großen Einfluß ausübt und daß die Rolle der Entente sich schließlich ganz auf militärische Angelegenheiten beschränkte. Besonderer Aufmerksamkeit und Gunst der russischen Presse erfreut sich der General Castelnau. Man traut eben den fremden Generälen mehr als den eigenen. Merkwürdig sind auch die umlaufenden Gerüchte von der Möglichkeit einer Palastrevolution, wobei die Namen zweier Großfürsten, gewiß nicht mit Recht, genannt werden. Der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der bald an einem, bald am anderen Ende Rußlands auftaucht, ist eine fast mythische Figur geworden und wird von seinem kaiserlichen Neffen wie eine Marionette bald herangezogen, bald wieder abgestoßen. Von den Ereignissen an der Front erfährt Rußland nur, was in den ruhmredigen, aber inhaltleeren Kriegsberichten im „Russki Invalid“ (was übrigens für ein Organ des russischen Kriegsministeriums ein höchst charakteristischer Name ist) und danach in den Zeitungen an novellistischen Episoden eigener Erfindung oder appretierter Wirklichkeit zu lesen ist. Von den Ungeheuerlichkeiten, die sich hinter der Front, d. h. im ganzen weiten russischen Reich, abspielen, geben dagegen die russischen Zeitungen, trotz aller Zensurstriche, ein ziemlich deutliches und überaus drastisches Bild. Nächst den steten Minister-Ernennungen und -Entlassungen, die wahrscheinlich die Zeitungs-Redaktionen weit mehr von ihrem Parteistandpunkt aus interessieren, als die große Masse der Leser, treten vor allem die Nahrungssorgen in den Vordergrund. Die Entwertung des Geldes hat dahin geführt, daß auf dem Lande nur noch auf dem Wege des Tauschhandels der Umsatz von Waren zu bewerkstelligen ist. Der Bauer verkauft nicht sein Korn und versteht auch es den Requisitionen der Regierung zu entziehen, ist aber bereit, gegen Waren, die er nicht selbst produziert, Getreide nach eigener Schätzung zu geben. Den verbotenen Branntwein zu verfertigen, hat er bereits gelernt, und die Klagen über Völlerei werden in letzter Zeit immer häufiger. Das Verlangen Protopopows, ihm die Frage der Sicherung der Volksernährung zu übertragen, erklärt sich aus den unhaltbaren Zuständen, die sich aus dieser Rückkehr zu primitiven Wirtschaftsmethoden ergaben, machen es aber auch verständlich, daß der Ministerpräsident Fürst Golitzyn dieses wichtige Gebiet nicht aus den Händen geben will. Die „Nowoje Wremja“ vom 30. Januar will nun wissen, daß

Digitized by Google

aller Wahrscheinlichkeit nach Golitzyn seinen Widerspruch aufgeben werde, was wohl Anlaß zu dem Gerücht gegeben hat, daß seine Stellung erschüttert sei. Auch die Tatsache, daß Protopopow in der letzten Zeit fast täglich in Zarskoje Sselo vom Zaren empfangen worden ist, mag dazu beigetrageu haben, ganz wie der sehr gnädige Empfang der in Zarskoje dem früheren Ministerpräsidenten Trepow zuteil wurde, sofort das Gerücht von dessen bevorstehender Rückkehr zu seiner früheren Stellung aufkommen ließ. Als neuen Gehilfen hat Protopopow sich den Hofmeister N. N. Antziferow erwählt, der schon unter Maxarow im Ministerium des Innern tätig war und den Ruf genießt, ein Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands zu sein. Nächst der oben geschilderten Selbsthilfe der russischen Bauern wird die Not hinter der Front durch die Käuflichkeit der Intendanturbeamten gelindert, die einen Teil der für die Armee bestimmten Vorräte den meistbietenden oder gut empfohlenen Persönlichkeiten verkaufen. Das kommt jedoch natürlich nur verhältnismäßig kleinen Kreisen zugute und in den Städten herrscht neben übermäßigem Luxus derjenigen, die durch den Krieg reich geworden sind, bittere Not in den unteren Volksklassen. Auch ist es sowohl in Petersburg als auch in Moskau und in zahlreichen anderen Städten nicht nur zu Unruhen, sondern auch zu Aufständen gekommen, in denen gelegentlich, wie neuerdings in Moskau, das Militär versagte. In solchen Fällen tritt die sehr gefürchtete und rücksichtslos vorgehende Gendarmerie ein, und die Zahl der Verhaftungen und Verschickungen ist in den letzten Wochen außerordentlich groß gewesen. Wenn die Duma wieder zusammentritt, sind darüber Enthüllungen zu erwarten, welche die Regierung in eine sehr schwere Lage bringen werden. Das Treiben in Moskau schildert in einer Zuschrift der „Rjetsch", von der ich nur die Schlußworte anführe, der Publizist Aktscharow folgendermaßen: „Überall, von der Kneipe Maxims bis zum schmutzigen Picadilly, spürt man den Beigeschmack des Schmauses während der Pest. Alles hat an Wert verloren: Zeit, Geld, Tradition. Hinter der Front feiert man Orgien." Wenn die Nachricht sich bewahrheiten sollte, daß in Odessa und im Gouvernement Jelisawetgrad die wirkliche Beulenpest ausgebrochen ist, könnte es in dem von Aberglauben strotzenden Rußland zu merkwürdigen Ausschreitungen kommen. In den Zeiten großer Epedemien, speziell in den Cholerajahren, haben regelmäßig Aufstände stattgefunden. Neue Krankheiten gelten dem Volk als Folge von Vergiftungen, und diejenigen, denen es die Schuld daran zuweist, pflegt es zu erschlagen. Auch fehlt es Rußland sowohl an Ärzten wie an Medikamenten. Eine weitere Kalamität ist die Wohnungsnot, die überall dort auftritt, wohin Flüchtlinge und Verschleppte eine Zuflucht suchen. Das gilt nicht nur von Petersburg und Moskau, wo die Stadtpolizei sich durch Ausweisungen zu helfen weiß, sondern namentlich von den kleineren Städten, die eine weniger mächtige Obrigkeit haben. Die Hausbesitzer nützen die Not der unglücklichen Flüchtlinge, wenn man der „Nowoje Wremja" glauben darf, in niederträchtiger Weise durch unerhörte Mietpreise aus, was wiederum zu Überfüllung der Wohnungen mit allen

Digitized by Google

daran hängenden Übelständen führt. Zu alledem kommt der in diesem harten Winter besonders empfindliche Mangel an Kohle und, was in dem waldreichen Rußland fast unglaublich klingt, an Holz. Wohin diese Zustände führen werden, ist nicht abzusehen.

Der Ukas, der Ssasonow zum Botschafter für England ernennt, ist am 25. Januar vom Zaren unterzeichnet worden. Der neue Botschafter hat sich gleich danach ausfragen lassen und es für notwendig erachtet, zu versichern, daß keinerlei Grund vorliege, anzunehmen, daß England daran denke, Rußland in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen. Buchanan habe in seinen Reden, die ja jedermann kenne, es ausdrücklich erklärt. Dann ging er auf die Frage über, unter welchen Bedingungen Rußland nach errungenem Siege Frieden schließen werde. Sein nicht gerade bescheidenes Programm verlangte: Herstellung von Belgien und Serbien, Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, Befreiung von Polen und Rumänien, eine territoriale Entschädigung für Italien und endlich Sicherung der Herrschaft Rußlands über die Meerengen. Wann das alles erreicht sein werde, wolle er nicht sagen. Aber alle von den Armeen einlaufenden Nachrichten seien günstig und man spüre bereits das Wehen des Frühlings! Offenbar denkt er an die große Frühjahrsoffensive, der unsere U-Bootoffensive vorausgegangen ist. Von der konnte er ebensowenig etwas wissen, wie die Engländer. Sie ist ihnen allen als eine Überraschung gekommen und zwar als eine sehr unangenehme. Die Russen aber haben den Vorteil vor England voraus, jetzt in Eis zu starren. Wenn das „Wehen des Frühlings" an ihren Küsten zu spüren sein wird, wird ihnen weniger wohl zumute sein.

Notizen

Vor der Entscheidung. Wir stehen am Vorabend der letzten Anstrengung, welche die Entscheidung bringen muß. („Russk. Wjed." v. 24. Jan.) Es kann nicht bezweifelt werden, daß wir uns den letzten bedeutungsvollen und entscheidenden Tagen des Krieges nähern. („Basl. Nat.-Z." v. 1. Febr.)

Zur Ernennung Ssasonows. Mit dem Abgang Ssasonows hat sich das Schwergewicht der antideutschen Koalition von Petersburg nach London verschoben. Trotz des Scheiterns der deutschen Versuche, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, fühlt man doch unwillkürlich das Herannahen des Friedens. („Russk. Slowo" v. 18. Jan.)

Miljukow über die Kriegsziele der Entente. Im Jahrbuch der „Rjetsch" von 1916 stellt Miljukow als Grundfragen für den Frieden auf: 1. Türkei: Konstantinopel und Dardanellen an Rußland; Armenien autonom; Silizien und Syrien unter der Einfluß-Sphäre Frankreichs; Palästina unentschieden; Ägypten, Arabien, Mesopotamien an England; Westufer Kleinasiens an Italien. 2. Österreich-Ungarn: freies Polen; Trentino und Triest an Italien; Siebenbürgen an Rumänien; südlicher Teil Dalmatiens an Groß-Serbien; unabhängiges Böhmen. 3. Deutschland: Teile Preußisch-Schlesiens, Posen, Weichselmündung, südliche Hälfte Ostpreußens an Polen; Elsaß-Lothringen an Frankreich; Teilung der Kolonien. „Mit derartig traurigen Argumenten tritt man bei uns an die Lösung der wichtigsten geschichtlichen Probleme Rußlands im ernstesten Augenblick unserer Geschichte heran," bemerkt dazu die „Nowoje Wremja".

Freihandel oder Schutzzollpolitik. Die Versammlung der Arbeiterpartei von Manchester

Digitized by Google

sprach sich, wie „Manchester Guardian" vom 27. Jan. schrieb, über handelspolitische Fragen viel bestimmter aus als der Trade-Union-Kongreß seinerzeit. Ein Beschluß der Independent Labour Party in bezug auf die Pariser Beschlüsse veranlaßte zu einer Stellungnahme der Partei. Es wird Freihandel als die beste Wirtschaftspolitik für England und zugleich im internationalen Sinne, als diejenige gefordert, die am meisten geeignet sei, den Frieden zu erhalten. Eine Stimmzettelabstimmung über diese Frage erwies sich als überflüssig; die Annahme des diesbezüglichen Beschlusses bot einen deutlichen Beweis, daß die Arbeiter ihr Vertrauen in den Freihandel setzen. — Nach der „Times" spricht sich auch Fisher, der frühere Handels- und Marineminister von Neuseeland, gegen die Schutzzollpolitik aus: Es sei erfreulich, daß England endlich den Handelswünschen seiner Kolonien Gehör zu schenken beginne. Bislang habe die englische Regierung diese eher gehindert, als gefördert. Er verspreche sich nichts von Schutzzöllen und Prohibitivmaßregeln. Die deutsche Politik der friedlichen Durchdringung habe sich als durchaus überlegen bewiesen, und auch nach dem Kriege sei der deutschen Konkurrenz qualitativ und quantitativ nur durch Hebung der Leistungen wirksam zu begegnen.

Die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Finnland haben sich während des Krieges in einem ungeheuren Maßstabe entwickelt. Nachdem Finnland den deutschen Markt verloren hat und von dem englischen Markt ausgeschlossen worden ist, hat es den Blick auf Rußland gerichtet. Die finnländische Industrie ist nach dem Bedarf Rußlands umgeändert worden, und zugleich hat man damit begonnen, Rohmaterial aus Rußland zu holen. In der Zeit von 1914 bis 1916 ist die finnländische Ausfuhr von Stahl- und Eisenwaren von 964 auf 4664 Tonnen gestiegen, Maschinen von 1286 auf 3875 Tonnen, Streichhölzer von 44 auf 755 Tonnen usw. Mehrere Industriezweige wie beispielsweise die Öl- und Glasindustrie sind aus einem reinen Nichts zu großer Bedeutung erhoben worden. Rußland nimmt jetzt den ersten Platz in bezug auf den finnischen Außenhandel ein, was von großer Bedeutung für die gegenseitige Stellung der Länder nach dem Kriege sein wird. („Berlingske Tidend".)

Das japanische Budget. „Fin. News" vom 27. 1. schreibt: Der interessanteste Teil in Japans Budget für das fiskalische Jahr, daß am 31. März 1918 endet, ist die geplante Vergrößerung von 2 auf 5 Millionen Pfund der den Staatseinkünften zu entnehmenden Beträge zur Tilgung der auswärtigen Schuld, und die weitere Vermehrung des Tilgungsfonds um 3 Millionen Pfund, die durch eine innere Anleihe aufgebracht werden sollen. Diese Maßnahmen sind augenscheinlich geplant worden, um Japans Alliierten zu helfen, die Wechselkurse zu regulieren.

Die europäische Zivilisation, so schreibt Romain Rolland im „Demain", ist eine Zermalmungsmaschine. Unter dem Namen Patriotismus mißachtet sie das gegebene Wort, breitet sie schamlos ihre Lügennetze aus, richtet sie gewaltige Götzen im Tempel des Gewinns auf, welcher der Gott ist, den sie anbetet. Wir prophezeien ohne Zögern, daß das nicht ewig dauern wird. Das wird nicht ewig dauern, hört ihr wohl, Europäer? Fragen wir uns nur selbst! Welcher unter uns hat das Recht, seine Hände im Blute des meuchlings ermordeten Europa zu waschen? Jeder möge seine Schuld erkennen und versuchen, sie wieder gut zu machen! Was unter ihnen herrscht, ist antisozialer Egoismus, das Übel der Zeit. Sie sind ganz einfach die Repräsentaten einer geldbienerischen Epoche. Die Völker, die sich opfern, sterben für ein Ideal. Diejenigen aber, welche sie opfern, leben für Interessen. Wer kann heute den Krieg in vollem Laufe aufhalten? Wer kann die Wildheit bändigen? Sogar diejenigen nicht, welche ihn entfesselt haben, Dompteuren gleich, die wissen, daß sie verschlungen werden. Das Blut fließt, nun heißt es trinken! Sättige dich daran, Zivilisation! Lebe wohl, Europa, Königin des Denkens, Schützerin der Menschlichkeit! Du bist vom Wege abgeirrt, du schreitest über einen Kirchhof. Dort ist dein Platz, da lege dich nieder! — Und andere werden Führer der Welt sein!

Die belgische Greuelpropaganda. „Da wir die Überzeugung haben, daß die Leiden Belgiens

Digitized by Google

heute eine Waffe sind in der Hand der Parteien und der Kräfte, die jedem Friedensversuch abhold sind, so sind wir in vollem Recht, wenn wir uns weigern, unsererseits Mitschuldige dieser Manöver zu werden." („Avanti".)

Der Deutsche in den französischen Witzblättern. Im „Œuvre" schreibt ein Mitarbeiter, (Lieutenant Alceste) zu der Verhöhnung der Deutschen: „Die ewigen Späße über das Kriegsbrot, die Karten für Lebensmittel, die Bezugsscheine für Kleidung, den Schnurrbart des Kaisers und die fetten deutschen Frauen sind albern und gefährlich. Für viele Franzosen ist der Deutsche ein roher, dummer und feiger Kerl, der zu Hause vor Hunger verreckt und an der Front sich dem ersten besten „poilu" ergibt. Der Kaiser, sein Erbe und seine Verbündeten sind lächerliche Gestalten. Die Flut von geschriebenen, gezeichneten und gesungenen Späßen, mit der das Publikum überschwemmt wird, hindert es, den Feind in seiner wahren Gestalt zu sehen: er ist sehr intelligent, sehr mutig und sehr gefährlich. Der Boche ist durchaus nicht lächerlich — ist ein Tiger lächerlich? Selbst die Photographie muß herhalten, um unsere furchtbaren Feinde herabzuwürdigen. Eine große illustrierte Wochenschrift zeigte jüngst auf ihrem Titelbilde eine sorgfältig aus einer Schar gefangener „Kameraden" ausgewählte Jammergestalt. Wenn alle Soldaten des Kaisers solche Jämmerlinge wären, dann allerdings wäre der Frieden, unser Frieden, nahe. Aber unsere „poilus", die unsere erbitterten Gegner mühsam Schritt für Schritt zurückdrängen, wissen, daß dem nicht so ist, und sie fragen mißmutig: Haben die Pariser denn keine Ahnung, daß wir es mit wirklichen Boches zu tun haben, die mit wirklichen Gewehren schießen und sich nicht zum Spaße schlagen? Weniger erheiternd als alle diese Schilderungen verängstigter und häßlicher Preußen aber lehrreicher ist die Stelle in dem amtlichen Bericht über einen Angriff an der Somme, wo es heißt: „Ein junger sächsischer Offizier wurde aufgefordert, sich zu ergeben. Er antwortete einfach: „Ausgeschlossen!", und da er sich weiter zur Wehr setzte, mußte er niedergeschossen werden." Das ist ein getreueres Bild unserer Feinde als jene, die man uns in den Zeitungen vorführt. Gewiß ist auch der Witz eine Waffe, die erlaubt ist, aber sie darf nicht ungeschickt gehandhabt werden. Der Witz muß dazu dienen, uns die Augen zu öffnen, nicht, sie zu schließen."

Reform des Geographie-Unterrichts. Direktor A. Junod, Professor der Wirtschaftsgeographie an der Universität Neuenburg, stellt in der letzten Sitzung des Vereins schweizerischer Geographielehrer folgende Thesen auf: 1. Die Wirtschaftsgeographie, welche die Gebiete der Politik und der Staatswirtschaft nahe berührt, sieht ihre vornehmste Aufgabe in der Vermittlung der Kenntnisse, die die Grundlage der materiellen, politischen und sozialen Entwicklung eines Landes bilden. 2. Damit die Wirtschaftsgeographie diese ihre Aufgabe erfülle, ist es wichtig, daß der Unterricht in diesem Wissenszweige einen entschieden zeitgemäßen, aktuellen und lebendigen Charakter habe. 3. Die Wirtschaftsgeographie wird in wenigstens zwei Wochenstunden in allen Klassen der Großzahl der schweizerischen Handelsschulen gelehrt. Diese sind also imstande, die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen im Hinblick auf die nationale Erziehung zufällt, vorausgesetzt, daß der Lehrer sein Fach völlig beherrsche und einen klaren Einblick in die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedürfnisse unseres Landes habe. 4. Es ist wünschenswert, daß die Wirtschaftsgeographie in allen Sekundar- und Mittelschulen gelehrt werde.

Das natürliche Sittengesetz. Ein Stabsoffizier schickt uns von der Ostfront folgende Betrachtungen: Alles Leben besteht in der Aufnahme, Verarbeitung und Weitergabe von Stoffen durch eine Einheit: Mensch, Tier, Pflanze, Zelle. Das natürliche Sittengesetz oder der biologische Imperativ lautet daher: Du lebst mit, durch und für andere; nimm in dich auf alles das und nur das, was du verwerten kannst; verarbeite es zu deinem Eigentum; und gib es weiter mit dem Stempel deiner Eigenart. Oder mit anderen Worten: Werde eine Einheit, eine Persönlichkeit und schaffe persönliche Werte im Dienst und zum Wohl der Gesamtheit!

Digitized by Google

Je wertvoller für das Ganze die Frucht deiner Arbeit, desto wertvoller dein Leben und du selbst! Das natürliche Sittengesetz ist das Evangelium der gemeinnützigen Tat, das hohe Lied der sozialen Persönlichkeit, und bildet den Kern deutschen Wesens.

Neuerscheinungen

Erziehung

Max Maurenbrecher: Neue Staatsgesinnung. Tat-Flugschriften, Heft 17. (Eugen Diederichs, Jena.) 37 S. Wirbt um sittliche Bildung des Volkstums, die „sittliche Erziehung vom einzelnen ist". Will die einzelnen in allen Parteien und Klassen wecken, weil nur sie „über Wesen und Zukunft eines Volkstums entscheiden".

Carl Kindermann: Des deutschen Volkes Meisterjahre. (Verlag Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.) 300 S. Preis geb. M. 3.50. Sucht Leitlinien für die „kommende gesamte Richtung des deutschen Volkes nach innen und außen".

Josef Grunzel: Die Idee der Gemeinschaft. (Globus-Verlag, Dresden.) 65 S. Preis M. 1.50. Zeigt das Kräftespiel zwischen Individualität und Gemeinschaft im Staats- und wirtschaftlichen Leben auf, hält die Internationalisierung großer allgemeingültiger Bestrebungen durch den Weltkrieg nur gestört, nicht vernichtet, und warnt daher vor „Ausnützung eines den rohesten tierischen Instinkten fröhnenden Volkshasses".

Rudolf Goldscheid: Frauenberufe und Menschenökonomie. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 32 S. Preis M. 0.60. Verlangt Fürsorge durch Mutterschaftsversicherung, Arbeiter-, Mutter-, Kinderschutz, Erweiterung der Frauenrechte, Einfluß der Frau auf die Gesetzgebung. Sieht in der Frau die natürliche Vorkämpferin gegen den Krieg und gegen das „Wettgebären", das „solide Gattungserneuerung nicht gedeihen läßt".

Matthias Meyer: Das Zölibat der Lehrerin. Tat-Flugschriften, Heft 18. (Eugen Diederichs, Jena.) 48 S. Zeigt „zur Förderung der Kultur der Ehe und der Kultur des deutschen Hauses" Mittel und Wege auf, das Zölibat der Lehrerin (und der übrigen im öffentlichen Dienst tätigen Frauen) zu beseitigen.

Georg Sommer: Wert und Bedeutung der Ehe in naturwissenschaftlicher Beleuchtung. (Vortrag, gehalten im Hamburger Volksheim.) (Verlag C. Boysen, Hamburg.) Preis M. 0.20.

Jos. K. Fredjung: Erziehung der Eltern. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 44 S. Preis M. 0.50. Verlangt von den Eltern „Selbsterkenntnis, Selbstbeherrschung, Selbstveredelung".

Siegfried Schab: Studieren oder nicht? (Anzengruber-Verlag, Wien.) 32 S. Preis M. 0.50. Tritt für Verringerung der Studiendauer auf Mittelschule und Universität und andere sozialpolitische Maßnahmen für geistige Arbeiter ein.

Max Henning: Eine Akademie des freien Gedankens. Gesammelte Aufsätze, herausgegeben im Auftrage des Weimarer Kartells. Mit einem Geleitwort von Max Henning. (Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt). 47 S.

Else Hildebrandt: Arbeiterbildungsfragen im neuen Deutschland. Tat-Flugschriften, Heft 16. (Verlag Eugen Diederichs, Jena.) 30 S. Verlangt entsprechend den Volkshochschulkursen in Schweden Einrichtungen von Arbeiterbildungsstätten in Deutschland, Unterstützung bedürftiger Schüler durch Staat und Kommune, Unterweisung durch wissenschaftlich und pädagogisch tüchtige Kräfte der öffentlichen Schulen.

Friedrich Rommel: Die Not der höheren Schule. (Verlag Friedberg & Mode, Berlin.) 94 S. Preis br. M. 1.20. Sehr beachtenswert durch den Grundsatz, die Schule solle ihre Zöglinge „in wenigen Objekten aber gründlich schulen, sie lehren, die Dinge in Tiefe zu erfassen."

Hans Buchmüller: Der Knabe als religiöse Persönlichkeit. (Verlag Kober, Basel.) 100 S. Preis M. 1.50. Anregungen zur religiösen Erziehung.

Vogel: Einführung in das Spanische für Lateinkundige. (Verlag der Bonifazius-Druckerei, Paderborn.) 267 S. Mit erläuterndem Lektürentext und Vokabular. Preis geb. M. 2.80. Schnelle, klare Einführung in eigenartiger, gut durchdachter Anlage.

Religion

Karl Rieder: Aus der Heimat des Friedens. (Herdersche Verlh., Freiburg.) 239 S. Dorfpredigten aus dem Schwarzwald, hauptsächlich über Worte des Alten Testaments, zu den Gruppen „Heimat und Vaterland", „Mutter und Kind", „In Freud und Leid", „Bei unsern Toten" vereinigt.

Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland. Nebst Mitteilungen der amtlichen Zentralstelle für kirchliche Statistik. Herausgegeben von H. A. Krose. S. J. Fünfter Band 1914—1916. Freiburg, Herder 1916. XX und 521 S. 8 M. Übersicht über die Organisation der Gesamtkirche und der katholischen Kirche in Deutschland; kirchenrechtliche Gesetzgebung und Rechtsprechung der letzten Jahre; Besprechung der kirchlichen Zeitlage und des kirchlichen Lebens in den Jahren 1913 bis

Digitized by Google

1916; Statistik der katholischen Heidenmission und kirchliche Statistik Deutschlands; Konfession und Unterricht; die caritativ-soziale Tätigkeit der Katholiken Deutschlands; Mitteilungen der durch Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz eingerichteten amtlichen Zentralstelle für die kirchliche Statistik der katholischen Diözesen Deutschlands.

Katholische Monatsbriefe. Die Auflagezifer der in dem Artikel über „Die französischen Angriffe auf den deutschen Katholizismus und ihre Abwehr" (oben S. 131f.) erwähnten „Katholischen Monatsbriefe" ist jetzt schon auf mehr als 24000 Exemplare gestiegen, und der Wirkungskreis derselben hat noch dadurch eine beträchtliche Erweiterung erfahren, daß nunmehr auch eine Ausgabe in polnischer Sprache erscheint. Außerdem wurde bisher in Nordamerika ein englischer Nachdruck der Briefe in 10000 Exemplaren hergestellt. — Im Monatsbrief vom Januar 1917 entwirft der Herausgeber, Professor Krebs, ein wertvolle Aufschlüsse bietendes Bild von der Lage der katholischen Kirche im besetzten Gebiet von Russisch-Litauen.

Prof. Seppelt

Biographien

Wilhelm Merton zum Gedächtnis. Sammlung der Reden, die bei der Gedächtnisfeier der Stadt Frankfurt a. M. am 2. Januar 1917 gehalten wurden. (Oberbürgerm. Voigt, Professor Stein.) Erschienen (in schönem Druck) bei Englert & Schlosser, Frankfurt a. M.

Geschichte

Eine Volksausgabe von Ranke. Für Ranke ist endlich die Zeit gekommen. Seine große und ruhige Objektivität ist für die Zukunft unseres geschichtlichen und politischen Denkens mehr Vorbild als die leidenschaftliche nationale Historie Treschkes. Dr. Rudolf Schulze hat darum zeitgemäß für den Verlag J. P. Bachem, Köln, in drei Bänden (geb. je M. 4.80) zusammengehörige Einzelbilder von Männern und Zeiten unter dem Titel „Männer und Zeiten der Weltgeschichte" gesammelt. Vom Altertum führen sie bis zum Jahre 1871. Dadurch sind sie Blütenlese und Leitfaden durch die Geschichte.

Otto Crusius: Der griechische Gedanke im Zeitalter der Freiheitskriege. Ein Vortrag. (Verl. Carl Fromme, Wien.) 24 S. Preis M. 0.60.

Schöne Literatur

Almanach der Neuen Jugend auf das Jahr 1917. (Verlag Neue Jugend, Berlin.) 181 S. Preis M. 1.—. Beiträge von M. Buber, Anette Kolb, Theodor Däubler, Leonhard Frank, Franz Werfel, Fr. W. Förster, Heinrich Mann u. a. Gut orientierender Überblick über das jüngste deutsche Schrifttum und seine Gesinnung.

Fremde Völker

Stanislaw Przybyszewski: Von Polens Seele. (Verl. Eugen Diederichs, Jena.) 91 S. Preis M. 1.80. Versucht dem Fremden den Geist Polens verständlich zu machen und die individuellen Eigentümlichkeiten der reichbegabten und kulturell so hoch entwickelten polnischen Seele (die sich auf Goethes Anerkennung berufen darf) aufzuzeichnen und zu begründen.

Hermann L. Strack: Jüdisch-deutsche Texte. (Heinrichsche Buchhdl., Leipzig.) 56 S. Preis M. 1.50. Auswahl von Texten über Denken und Leben der Ostjuden in der Urschrift mit einer Reihe von Beiträgen über die Stellung zum Krieg.

Die rumänische Volkswirtschaft. Ein Handbuch, herausg. i. Auftr. der Militärverwaltung in Rumänien. (Berlin 1917, Druck der Germania, A.-G. für Verl.) 120 S.

Kriegsliteratur.

Fritz Wertheimer: Hindenburgs Mauer im Osten. (Deutsche Verl.-Anst., Stuttgart.) 173 S. Preis geh. M. 2.50. Zeitlich geordnete und nach den großen Schlachten zusammengefaßte Sammlung der anschaulichen Schilderungen des Kriegsberichterstatters.

Bei Süd- und Bugarmee 1915. Kriegsberichte von Offizieren des A.O.K. Linsingen. (Deutsche Verlags-Anst., Stuttgart.) 86 S. Mit Titelbild, 16 Abb. und 3 Karten. Preis geh. M. 1.—.

Anton Bertling: Nach Ostland wollen wir reiten! Eigene Erlebnisse und Erfahrungen in Ob. Ost. (Verl. A. W. Kafemann, Danzig.) 40 S. Preis M. 0.40.

Hövels: Kriegserinnerungen aus dem Weltkriege 1914/16. Mit Nachträgen über Kriegserlebnisse französischer und russischer Kriegsgefangenen usw. (Würzburg 1916, im Selbstverlag des Verfassers.) 135 S.

Die deutschen Schützengraben- und Soldatenzeitungen. (Kulturdokumente zum Weltkrieg I. Mit 152 Bild. und Faks. Hrsg. von Fred B. Hardt. (München, R. Piper & Co.) 153 S. Zusammenfassung der besten Bildnisse und literarischen Beiträge aus allen Schützengraben-Zeitungen.

O. v. Gottberg: Hans Hellers Höllenfahrt. (O. Eisner, Verl., Berlin.) 127 S. Mit 20 Abb. Preis M. 1.—. Leiden eines deutschen Kriegers in französischer Gefangenschaft.

Max Cohen Reuß: Das Volk und der Krieg. 1. Heft der Flugschriften des Bundes deutscher Gelehrter und Künstler. (Verlag Reimar Hobbing, Berlin.) 56 S.

Ein Wort an die unten und die oben. Von einem deutschen Sozialdemokraten. (Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart.) 24 S. M. —.30.

Digitized by Google

Mahnung zur Einigkeit für den Kampf gegen England.

Adolf Bolliger: Weltkrieg und Gottesreich. (Berl. Carl Hirsch, Konstanz.) 240 S. Sammlung der Aufsätze des bekannten Verfassers über den Weltkrieg, die Kriegsziele, Verhältnis des Krieges zur Religion.

Simplizissimus-Album Nr. 1. Keine Auswahl von Simplizissimus-Karikaturen. (Simplizissimus-Verl., München.)

Georg Stein: Das alte Rascien. (Der Sandschak Novibazar und dessen Anland.) (Wien 1916, Alfred Hölder.) 92 S. Darstellung der politisch-administrativen militärischen Verhältnisse vor dem Kriege und während des Krieges.

H. Hoppe: Die Regelung der Volksernährung in Deutschland. Auf Grund amtlicher Quellen gemeinverständlich dargestellt. (Berl. A. Spieker, Wirsitz.) 32 S.

Volksernährung im dritten Kriegsjahre. Denkschrift des Vereins Die Bereitschaft. Verein f. soziale Arbeit zur Verbreitung sozialer Kenntnisse. (Anzengruber-Verl., Wien.) 14 S. Preis M. 0.40.

Hans Payer: Invalidenelend, Staat und Gesellschaft. Ein Aufruf zur Gründung von Kriegsinvaliden-Erwerbs-Genossenschaften. (Anzengruber-Verl., Wien.) 64 S. Preis M. 1.50.

Fischbacher: Wie wird für die Angehörigen unserer Krieger gesorgt? Ratgeber für Kriegerfamilien. (Berlin 1917, E. S. Mittler & Sohn.) 24 S. Preis M. —.25.

Fab. Landau: Die Schulden der kriegführenden Staaten vor und während des Krieges. Die Kosten des Krieges. Vergleichs-Tabelle in Wort und Bild. Preis M. 1.25. (Berl. V. Knackstedt & Co., Hamburg.)

Dr. Kuczynski u. Dr. Mansfeld: Der Pflichtteil des Reiches. Ein Vorschlag zu praktischer Bevölkerungspolitik. (Berl. Jul. Springer, Berlin.) 42 S. Preis M. 1.40. Errechnet für allgemeine Reichszwecke und für bevölkerungspolitische Verwendung rund 500 Mill. Mark.

K. Rein: Wie England die deutschen Kolonien bewertet. (Berlin 1917, Gsellius Verlag.) 80 S. Sammelt die seit den Oxford Pamphlets von 1914 laut gewordenen Stimmen der öffentlichen Meinung Englands über Stand und Brauchbarkeit aller deutschen Kolonien.

Erwin Respondek: Frankreichs Bank- und Finanzwirtschaft im Kriege. August 1914 bis August 1916. XVI und 203 S. (Gustav Fischer, Jena.) Preis br. M. 4.60. Alle Tatsachen verbindende Darstellung von den Vorgängen und Entwicklungen während des Krieges auf bank- und finanzwirtschaftlichem Gebiet (Moratorium, Kriegsarbeit der Bank von Frankreich, Pariser Börse, Kreditanstalt, Entwicklung der Lage der Staatsfinanzen). Die Unterlagen sind zum ersten Male in ihrer objektiven Form herausgearbeitet.

Der Zar und der Pesthauch seines Regierungssystems. Von einem russischen Staatsmann im Exil. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 32 S. Preis M. —.50. Anklage gegen das offizielle Rußland des Zarentums und gegen Nikolaus II.

Hermann Kranold: Zollunion und Agrarpolitik. (Globus-Verl., Dresden.) VII und 135 S. Preis M. 2.—. Kommt zu dem Ergebnis, daß der privatwirtschaftlichen Rentabilität der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe aus einer Festlegung der Zollgrenzen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und den christlichen Balkanstaaten (einschließlich Rumänien) keinerlei Gefahren erwachsen können.

Hermann Kirchhoff: Die Reichsbahn. (Greiner & Pfeiffer, Stuttgart.) 83 S. Preis M. 1.50. Verlangt Zusammenfassung der Eisenbahn- und Wasserstraßen zum Zweck günstigerer Betriebs- und Wirtschaftsführung des deutschen Eisenbahnwesens.

Arthur Nußbaum: Die Kriegsprobleme des großstädtischen Realkredits. VIII und 116 S. (Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen.) Preis M. 2.40. Erörterung der wirtschaftlichen Fragen vom Standpunkt der allgemeinen Interessen unter ausgiebiger Heranziehung des tatsächlichen und literarischen Materials. Anhang mit Wortlaut der Stellungnahme der Interessenverbände, Behörden usw. Nachschlag-Register.

Georg Haberland: Großberliner Sorgen. (Verkehrsreform und Zweckverband.) (Berlin 1917, Verlag A. Unger.) 39 S.

Teuerungszulagen und Bevölkerungspolitik. Ein Wort für unsere darbenden Beamtenkinder. (Preuß. Verlagsanstalt, Berlin.) 82 S. Preis M. 0.50. Tritt für ausreichende Erhöhung der „unter der Teuerung besonders stark leidenden gering besoldeten Beamten" ein.

Die Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien. Im Auftrage des Reichsverbandes der gemeinnützigen österreichischen Bau- und Wohnungsgenossenschaften und sonstigen Bauvereinigungen herausgegeben von A. Breuer. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 21 S. Preis M. 0.80.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 30, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 2. März 1917 · Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Warum starb Rasputin? Ein Blick ins wirkliche Rußland

Von Dr. Paul Rohrbach

Wenn es einmal Verhandlungen mit unseren Gegnern gelten wird, mögen sie nun ihren Anfang im Osten oder Westen nehmen oder mögen sie auf einem andern Weg beginnen, so wird viel davon abhängen, wie weit wir es verstehen, mit der feindlichen Psychologie zu rechnen. Diese Fähigkeit ist ein Herzstück der praktischen Politik. Sie ist es immer gewesen, aber im Zeitalter der Kabinetts-Politik war es leichter, sie zu beherrschen, als heute. Vor dem Kriege und während des Krieges sind wir auf diesem Gebiet stark im Hintertreffen gewesen und haben viel Boden verloren, der andernfalls hätte behauptet werden können.

Ein besonderes Stück politischer Psychologie ist diejenige Rußlands. Falsche Gedanken über Rußland werden für den Frieden und hinter dem Frieden noch gefährlicher für uns sein als anderwärts, weil die Wirkungen eines Fehlers im Verhältnis zu der Größe des Objekts wachsen. Um zu zeigen, wie anders als wir es gewohnt sind, die inneren und äußeren Maßstäbe des Geschehens in Rußland aussehen, gebe ich auf den folgenden Seiten die (an unwichtigen Stellen etwas gekürzte) Übersetzung eines Berichts aus der englischen Presse über die Ermordung Rasputins. Der Verfasser ist ein bekannter Journalist, Hamilton Fyfe, Berichterstatter der „Daily Mail". Nicht daß die Äußerlichkeiten des merkwürdigen und charakteristischen Vorgangs richtig geschildert sind, ist die Hauptsache, sondern wir tun hier wie durch einen Riß in einer Decke einen Blick in die für unser Verständnis wesensfremd gearteten Kräfte des politischen Getriebes in Rußland. Der Engländer hat das auch gefühlt und bemüht sich, es auszudrücken, indem er sagt, hier rage noch ein Stück Mittelalter in unsere moderne Gegenwart hinein. Das ist nicht falsch, aber es ist nicht vollständig. Um vollständig zu sein, dazu müßte jemand auch noch das Dunkle und Brutal-Triebhafte, das dem russischen Wesen anhaftet, und das weder aus dem Mittelalter noch der Neuzeit, sondern aus dem tatarisch-asiatischen Element der russischen Seele stammt, würdigen können.

Digitized by Google

Hier ist etwas, was überhaupt in keine, aus unseren abendländischen Faktoren zu entwickelnde Formel der Völker-Psychologie hineingeht; etwas, das man nur durch Erfahrung und gefühlsmäßiges Begreifen zu erfassen imstande ist. Von hier aus kann man erst erkennen, daß in der russischen Politik für die Entscheidungen über Krieg und Frieden, für die Stellung zu anderen Völkern, für das Verfolgen nationaler Ziele Kräfte wirksam sind, die nur durch ein einziges Mittel gebändigt werden können: überlegene, niederschlagende Gewalt. Wenn ich mir vorstelle, daß ein deutscher und ein russischer Diplomat verhandeln, so ist es für mich immer ein beängstigendes Gefühl, zu wissen, daß der Deutsche vermutlich den Russen als eine in allen wesentlichen Stücken sich gleichgeartete Individualität betrachtet, mit der ganz auf dem Boden der allgemeinen europäischen Psychologie verkehrt werden kann. Für den Deutschen wird es schwierig, peinlich, ja unmöglich sein, sich vorzustellen, daß ein in allen Formen europäisch anmutender Partner sozusagen im seelischen Organ mehr besitzt, als wir, ein Organ, dessen Unkenntnis jeden, der mit einem echten Russen zu tun hat, von vorn herein in Nachteil versetzt, etwas Asiatisches: das Organ für Brutalität schlechthin. Der Russe besitzt es nicht nur in aktivem, sondern auch in passivem Sinne; so hochfahrend und anmaßend er sich zu gebärden weiß — vor der fraglos überlegenen Faust kapituliert er, äußerlich und innerlich überwunden, und solange er sie nicht gespürt hat, hält er sich nicht für besiegt, ja nicht einmal auf die Dauer für geschwächt.

Der englische Artikel über die Ermordung des russischen Abenteurers, einer Figur, wie sie eben nur in Rußland möglich ist, gibt uns aber auch unmittelbar wichtige politische Fingerzeige. Er zeigt uns das enge Einverständnis zwischen England, dem englischen Botschafter in Petersburg, der englischen Presse und den russischen Liberalen, die den Krieg tragen und durchhalten. Stürmer und Rasputin sind je ein Opfer der mit England verbündeten russischen Kriegspartei. Diese Partei und die Regierung stehen in einem ganz merkwürdigen Verhältnis zueinander. Man kann sagen: die Liberalen wollen den Krieg, und solange die Regierung zu ertragen ist, ohne daß der Krieg in Gefahr kommt, wagen sie es nicht, der Regierung gegenüber zum äußersten zu greifen, obwohl sie über ihre Unfähigkeit aufs tiefste erbittert sind; die Regierung ihrerseits verfolgt das Ziel, sich zu halten und die auf innere Umgestaltung drängenden Kräfte abzuwehren, und so lange es geht, dabei zugleich Krieg zu führen, will sie auch den Krieg fortsetzen. In dem Augenblick, wo die Liberalen sehen sollten, daß die Regierung zum direkten Kriegshindernis wird, können Nikolaus II. und seine „Kamarilla", wie Hamilton Fyfe sagt, das Schicksal Rasputins teilen — oder die Kamarilla sieht sich vor die Wahl gestellt, entweder die Weiterführung des Krieges damit zu bezahlen, daß sie vor den Forderungen der Liberalen kapituliert, oder — Frieden schließt, um die Hände zur Niederschlagung der Revolution frei zu bekommen.

Digitized by Google

Das eine wie das andere ist in Rußland zurzeit gleich möglich. Schon vor mehr als einem Jahre wurde von der Äußerung eines hochgestellten russischen Reaktionärs berichtet, revolutionäre Unruhen würden gar nicht so unerwünscht sein, weil sie für Rußland einen schicklichen Vorwand abgeben würden, aus der Entente auszuscheiden und Frieden zu schließen; von Deutschland könne man doch haben was man wolle. Rasputin ist ermordert worden, weil er den russischen Liberalen und aufrichtigen Patrioten eine Verkörperung der „finsteren Mächte" war, die das Mark Rußlands verdarben; gleichzeitig aber auch, weil es denkbar erschien, daß er und seinesgleichen eines Tages England den russischen Krieg gegen die Mittelmächte verdarben. Daher die Wendungen in dem Aufsatz Hamilton Fyfes, die Getreuen des Zaren und die Getreuen der Entente hätten den Schädling beseitigt.

Zwischen dem russischen Liberalismus und der amtlichen englischen Politik besteht ein vollkommenes Einverständnis. Stürmer ist beseitigt worden, weil er in der Tat bereit war, Frieden zu schließen — Frieden auf Bedingungen, die so ungeheuerlich waren, daß niemand bei uns hätte daran denken können, sie anzunehmen, aber doch für einen Frieden, in dem Rußland England allein ließ. Darum mußte er fallen. Rasputin hätte den Anlaß zu einer inner-russischen Krisis großen Stils geben können, zum Schaden des Krieges und zum Schaden Englands, darum mußte er fallen.

Wir lassen nun Hamilton Fyfe folgen.

(Daily Mail v. 1. 2. 17.)

Rußlands Wiedergeburt.

Warum Rasputin ermordet wurde.
Der große Moment für den Zaren.
Loyalität gegen Thron und Allianz.

In der folgenden bemerkenswerten Darlegung gibt Mr. H. Hamilton Fife, unser Spezialkorrespondent, die Erklärung für gewisse Ereignisse, die sich jüngst in Rußland zugetragen haben, einschließlich der Beseitigung Rasputins durch eine Anzahl Männer, die die besten Elemente Rußlands repräsentieren, und ihrem Lande, dem Zaren und der Allianz treu ergeben sind.

Am Sonnabendabend (den 30. Dezember) kam ich von Rumänien in Petrograd an. Statt der üblichen Zeit von 42 Stunden hatte ich eine Woche für die Reise gebraucht. Die russischen Eisenbahnen bedürfen einer gründlichen Reorganisation — „wie überhaupt alles in Rußland", sagte ein Offizier bitter. „Aber", fügte er hinzu, „wir haben nicht die Absicht, den jetzigen Zustand von Regierung, oder besser von Abwesenheit von Regierung viel länger zu ertragen. Jetzt ist es gerade die Armee, die unter dem schrecklichen Mangel an festem Zugreifen, Voraussicht und gesundem Menschenverstand, der unsere Führer kennzeichnet, leidet, und die Armee wird auf

Digitized by Google

Änderungen bestehen. Der Zar muß die Wahrheit erfahren und zur Einsicht darüber gebracht werden, welche Schwäche und Unfähigkeit geduldet wird. Sie werden sehen; irgend etwas wird sich bald ereignen."

... Eine halbe Stunde nach meiner Ankunft in Petograd hörte ich von der Ermordung Gregory Rasputins, des sittenlosen Mönchs, dessen Einfluß an hoher Stelle ein so düsteres Kapitel in der russischen Geschichte der letzten fünf Jahre gebildet hat. Ich wurde durch einen Beamten im Ministerium des Äußern telephonisch davon verständigt. Allgemein bekannt wurde es durch eine zwei Zeilen lange Mitteilung in einer Abendzeitung, die einfach besagte, daß Rasputin tot sei. An jenem Abend und am nächsten Morgen sprach jeder, den ich traf, mit tiefster Befriedigung und Dankbarkeit von dem Ereignis. In den Sonntag-Morgenblättern stand kein Wort darüber, obwohl in einer Zeitung, die mehr Courage hatte als die anderen, in einer kurzen Mitteilung eine verschleierte Andeutung erschien ... Noch erscheinen die Blätter mit weißen Stellen und tasten zaghaft an den Dingen herum, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß Rasputin beseitigt werden müsse. Aber sie sagen genug, um die Nation davon zu überzeugen, daß die „Beseitigung" in der Tat erfolgt ist, und das einzige Gefühl, das ich konstatieren konnte, ist ein Gefühl der Erleichterung und der Freude.

Gerade eben habe ich mich mit einem hohen Beamten unterhalten, der bis vor wenigen Monaten allen „liberalen" Tendenzen entschieden angeneigt war. Ich entsinne mich, daß er mir noch in Juli versicherte, alles stünde aufs beste, die Reformparteiler seien Leute ohne Bedeutung, die Nation sei mit den bestehenden Zuständen zufrieden und alle Bestrebungen, sie zu ändern, müßten fehlschlagen. Heute sagt er: „Ich bin sehr froh darüber, daß sich dieses Ereignis zugetragen hat, und ich bin ganz besonders froh, daß es das Werk hochgestellter Persönlichkeiten ist. Ich betrachte es als ein sehr gesundes Zeichen, daß Mitglieder der kaiserlichen Familie daran teilgenommen haben. Nun sieht die Welt, daß Rußland im Kern gesund ist."

Nun muß die britische Nation notwendigerweise fragen: „Warum wurde Rasputin ermordet?" Er wurde getötet, weil er das einflußreichste Mitglied einer kleinen Clique war (der „Kamarilla", wie sie hier bezeichnet wird), die lange Zeit hindurch einen ungebührlichen Einfluß innerhalb der russischen Regierung ausgeübt hat. Einflußreich war er nicht etwa auf Grund seines Intellekts oder Charakters; er war ein Bauer, ohne Erziehung, ohne Manieren, ein Wüstling, ein Trinker, ein Verleumder. Sein Einfluß basierte auf einer gewissen hypnotischen Kraft, die ihm eigen war, einer Kraft, die ihn Frauen ganz besonders gefährlich machte. Er hatte eine neue Art von Religion erfunden. Ein Artikel darin besagte, daß Männer und Frauen gemeinsam baden sollten, „um das Fleisch zu prüfen". Er behauptete eine wunderbare Heilkraft zu besitzen und, wie erzählt wird, hat er selbst die Kaiserin dahin gebracht, zu glauben, daß ihm die Wiederherstellung ihres Sohnes von seiner früheren Ungesundheit und Schwäche zu danken sei. Rasputin gab vor, über den Erben des Zaren zu „wachen".

Digitized by Google

Er hatte Zutritt beim Hofe. Wurden seine Gesuche abschlägig beschieden, oder sein Rat mißachtet, so konnte er damit drohen, sich zurückzuziehen und den jungen Thronerben „unbeschützt" zu lassen. All das klingt phantastisch; dennoch findet sich dergleichen in jeder geschichtlichen Periode. Aus der bloßen Tatsache, daß Rußland über Zeitungen und Eisenbahnen verfügt, daß es so etwas ähnliches wie ein Parlament besitzt, und gebildete Russen durchaus auf dem gleichen Niveau wie andere Europäer stehen, folgt noch keineswegs, daß Rußland sich auf derselben Stufe historischer Entwicklung befindet, wie England und Frankreich. Andere Länder haben alle Bande des Mittelalters abgestreift. In solchen Ländern sind die Rasputins eine Unmöglichkeit geworden. In Rußland wurde es notwendig befunden mit diesem Schuft in einer Weise zu verfahren, die mit dem Hofe nichts zu tun hatte. Es gab keinen andren Weg, das Land von seinem unheilvollen Einfluß zu befreien, als die Pistole oder das Messer.

Man darf keineswegs annehmen, daß der Entschluß zur Beseitigung Rasputins von „Revolutionären" gefaßt wurde. In der gegenwärtigen fortschrittlichen Bewegung ist nichts von dem alten revolutionären Geiste. Es ist eine Bewegung, die von Männern geleitet wird, welche die alten Methoden verabscheuen. Diejenigen, die die Tötung Rasputins beschlossen, gehören zu den vornehmsten Familien Rußlands, einige zur kaiserlichen Familie.

Seit einigen Wochen gehörte der Betrüger zu einer Gesellschaft von etwa einem Dutzend, die sich im Palaste des Fürsten Yusupow zu treffen pflegte. Ihre Zusammenkünfte fanden zur Nachtzeit statt. Sie setzten Rasputin unter Alkohol, erschlossen seinen bösen Mund und erfuhren so, was er in seinen Gedanken wälzte. Sie hatten anscheinend immer die Absicht, ihn zu töten, aber sie taten es nicht, bis die plötzliche Vertagung der Duma darüber entschied, wie bald seine Unterdrückung zum Wohle des Staates erforderlich sein würde. Rasputin wurde zu einem der üblichen Soupers eingeladen. Er mußte dazu überredet werden, die Einladung anzunehmen. Irgendeine Warnung war ihm zugekommen. Er hegte Mißtrauen, Furcht, aber eine Frau überwand sein Zögern. Er gab ihr nach und ging.

Bis zur Zeit zwischen 2 und 3 Uhr morgens spielte sich alles in der üblichen Weise ab. Als die Verschwörer dann alles über die Machenschaften der Kamarilla was sie irgend konnten aus Rasputin „herausgepumpt" hatten, änderten sie ihre Tonart. Sie sagten ihm kurzerhand, daß er sterben müsse. Man ließ ihm die Wahl zwischen Selbstmord und Tötung. Ein Revolver wurde ihm in die Hand gedrückt und man drängte ihn, ihn gegen sich zu gebrauchen. Er weigerte sich, schoß auf einen Großfürsten, fehlte und zertrümmerte ein Fenster. Im Moment wurde er gepackt, geknebelt, gebunden und nach einer kleinen Weile aus der Welt befördert. Man kennt in Petrograd die Namen derer sehr wohl, die als Richter und Vollstrecker fungierten, und man wird sie in der Geschichte Rußlands ebenso ehren, wie man die Namen

Digitized by Google

Harmodios und Aristogeiton in der griechischen und den Namen der Charlotte Corday in der französischen Geschichte ehrt. Seit Abfeuern des ersten Schusses, des Schusses, der das Fenster zerschmetterte, war die Polizei auf dem Posten. Eine Polizeistation befindet sich gegenüber vom Palast. Von hier aus wurden alle Vorgänge sorgfältig überwacht. Polizisten und Detektivs besuchten den Palast zu wiederholten Malen, was aber die Ausführung des im voraus beschlossenen Planes in keiner Weise hinderte. Um 5 Uhr früh fuhr ein Automobil vor. Vier Männer mit schwarzen Masken stiegen heraus. Das Automobil entfernte sich schnell. Nach einiger Zeit kam ein anderer Wagen, ein Körper wurde herausgebracht und hineingelegt. Dann setzte sich der Wagen in schnellem Tempo in der Richtung der Inseln in Bewegung. In der frühen Morgendämmerung wurde der Körper über eine Brücke geworfen. Er fiel nahe am Ufer der Petrowski-Insel aufs Eis. Die Stricke, mit denen die Arme festgebunden waren, waren beim Fall zerrissen, so daß sich die Arme ausbreiteten. Die Beine blieben festgebunden. Dort blieb der Körper, zu grotesker Starrheit gefroren, bis zum Anbruch des Tages liegen, wo er von Arbeitern bemerkt wurde. Auf ihre Anzeige hin wurde er von der Polizei entfernt.

Daß irgendein Verfahren gegen die Täter eröffnet werden wird, ist unwahrscheinlich. Was jedermann fragt, ist: Wird die Kamarilla nun eingeschüchtert sein? Wird sie ihren Kampf gegen die besten Elemente der Nation, gegen die Freundschaft zwischen Rußland und England, gegen die Verwendung fähiger, unabhängiger Minister und gegen den Entschluß des russischen Volkes fortsetzen, den Krieg weiterzuführen, bis Deutschland geschlagen und gezwungen ist, sich den Bedingungen der Alliierten zu fügen? Oder werden andererseits die Germanophilen, die heimlich intrigiert und Drähte gezogen haben, auf den Gebrauch noch strengerer Unterdrückungsmaßregeln hinarbeiten, mit dem Zwecke, eine Revolution der üblichen Art hervorzurufen, und sie mit Gewalt niederhalten zu lassen? Sollten sie mit dem letzteren Kurse Erfolg haben, so würde das Zarentum ernstlich kompromittiert, ja seine Position könnte geradezu schwierig werden. Die Kamarilla rechnet noch auf die Armee. Sie wird jedoch rauh aus ihren törichten Träumen gerissen werden, wenn sie die Armee an der Seite der Reformer findet. Alle ehrenhaften und patriotisch gesinnten Russen hoffen und beten, daß der Zar sein Gewicht kräftig gegen die Clique geltend machen möge, die sein Interesse, wie das des Landes verraten hat. Er kann auf die Unterstützung der Nation rechnen. Die Nation ist entschlossen, den Krieg fortzuführen, und sie fordert, daß die Methoden der Fortführung wirksamer und sachgemäßer sind, als sie seither gewesen sind. Über die militärische Direktion der russischen Kräfte hört man wenig Klagen. Die Schwäche liegt im Rücken der Armee, wie es in England vor dem Regierungswechsel der Fall war. Das Land braucht Männer, die imstande und gewillt sind, ihm einen verbesserten Eisenbahndienst, bessere Methoden

Digitized by Google

der Nahrungsmittelverteilung und eine innere Politik zu geben, die darauf abzielt, das Volk zu versöhnen und zu konsolidieren. Wenn der Zar sich bereitfinden läßt, solche Männer zur Teilnahme an den Staatsgeschäften zu berufen, und den von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen zuzustimmen, so wird die Armee befriedigt sein, anders aber nicht. Das ist die Sachlage, und es ist besser, sie offen zu schildern. Deutschland weiß das sehr wohl und hofft, daß sich das Herz des Zaren verhärtet, wie das Herz Pharaos in Ägypten. Deutsche Agenten strengen sich hierfür aufs äußerste an.

Alle die besten Herzen und Köpfe Rußlands stehen auf Seiten der Alliierten. Vorigen Abend saß beim Neujahrsdiner im Britischen Klub in Petrograd Sir George Buchanan zwischen M. Ssasonow und M. Rodzianko, dem Präsidenten der Duma, und sie hielten alle Drei Reden, die die Sachlage klar beleuchteten. Der Wert der Arbeit Sir George Buchanans kann nicht hoch genug geschätzt werden. Er hat nie im entschiedenen Erfassen einer Situation versagt, nie gezögert, seine Meinung zu sagen, wenn es notwendig schien, und es doch nie an Takt oder an Korrektheit fehlen lassen. Er weiß, und alle, die Rußland studiert haben, teilen diese Erkenntnis, daß es die Reformer sind (womit ich alle ehrlichen und intelligenten Männer in Rußland meine), die für Loyalität gegen die Alliierten und Fortsetzung des Krieges eintreten. Weil Rasputin für das eintrat, was alle echten Russen hassen, darum ist er hingerichtet worden. Er war der Vertreter der Kräfte der Dunkelheit und Unwissenheit. Seine Henker vertreten diejenigen, die das Licht zu verbreiten streben.

Philosophie im Krieg

Von Dr. Max Hildebert Boehm

Nur eine gänzlich abstraktive Betrachtung kann das geistige Leben, — so auch die Forschung und das philosophische Denken — von allen Zeitereignissen weg in eine reine Abgeschiedenheit entrücken, wo die Werke der Kultur nach ihren eignen inneren Gesetzen, unberührt von den Leidenschaften und Wirrnissen der Stunde, in kristallklarer Reinheit herausgestellt werden. Gewiß wohnt dem geistigen Schaffen der Trieb inne, sich derart auf sich selbst zu stellen und in die klare Luft reiner Geistigkeit emporzusteigen. Und doch bleibt es richtig, daß auch das Leben des Geistes seine besten Kräfte wie der Riese Antäus aus der Berührung mit der Erde zieht, und daß es dünn und blaß wird, wenn es sich zu weit von dem Bereich des triebhaften und leidenschaftlichen Menschenlebens entfernt.

Betrachtungen dieser Art legt die weltgeschichtliche Stunde, deren Zeugen wir sind, uns allen erneut nahe. Der glühende Wunsch, der zu Beginn dieses Krieges mit elementarer Selbstverständlichkeit jedweden beseelte, der Wunsch, den Tageserfordernissen

Digitized by Google

mit den besten Kräften des Leibes und der Seele zu dienen, er stellte Kunst und Wissenschaft ganz gleichmäßig auf den Stoffbereich des Krieges ein. Was aber in der ungeheuren Erregung der ersten Monate in den Hintergrund des Bewußtseins trat, mußte sich auf die Dauer um so verwirrender und drückender fühlbar machen: nicht alle Gebiete der Kultur konnten ohne tiefste innere Schädigung jene Schwenkung zu einer Art von Edel-Utilitarismus mitmachen, die die Militarisierung des Geisteslebens mit sich brachte. Daß auch der Geist in den Dienst des hohen Nutzens für den Sieg des Vaterlandes trat, schien selbstverständliches Erfordernis. Die Naturwissenschaft, die an Dienstleistungen für die Technik bereits gewöhnt war, konnte der Anforderung leicht genügen. Schon fragwürdiger war die Aufgabe der Geschichte, zeitgeschichtliche Untersuchungen apologetisch zu wenden. Immerhin lag dem Historiker ein Ausflug in das Gebiet politischer Programmatik noch nahe genug. Nicht ohne Widerstreben aber konnte sich die Kunst dem Anspruch fügen, vaterländisch erregend zu wirken und sich damit doch in irgendwelchem Maße an die Tendenz preiszugeben. Und erst recht mußten der Philosophie schwere Bedenken aufsteigen, wenn sie sich des Worts ihres Meisters Hegel erinnerte, der ihr das Recht erbaulicher Einwirkung hart absprach. Wenn die Kunst immer noch aus der Erschütterung der Stunde zu Werken gelangen konnte, in denen sich die zur Einheit verschmolzene Stimmung des einzelnen und seines Volkes einen Ausdruck schuf: dem Philosophen schien die qualvolle Sendung kühlen Abseitsstehens und nüchternen Abwägens auferlegt und jede Möglichkeit schien ihm verschlossen, wirkend in die Ereignisse einzugreifen, geschweige denn dem siegreichen Fortgang der vaterländischen Sache geradezu zu nützen.

Es bedarf somit gar nicht erst eines Blickes auf die zeitgeschichtliche Problemlage unserer Philosophie, um ihre selten unterbrochene Schweigsamkeit im Kriege und zum Kriege zu erklären. Wir begrüßten es dankbar, daß all solchen inneren Bedenklichkeiten zum Trotz Mischgebilde reiner philosophischer Reflexion und ideologischer Programmatik wie Schelers „Genius des Krieges" sich herausgestalten konnten. Aber wir verstehen es auch, daß daneben nur ein einziger Versuch ans Licht getreten ist, im Kriege schon den Krieg als solchen in umfassender Betrachtung zum philosophischen Problem zu erheben: es ist die „Philosophie des Krieges in Umrissen" des Wiener Philosophen Heinrich Gomperz, die in „Perthes Schriften zum Weltkrieg" 1915 erschienen ist. Mit der objektiven akademischen Kühle, die den deutschen Gelehrten innerhalb der Grenzen seines Berufs auszeichnet, hat der Verfasser es hier unternommen, das Daseinsrecht des Krieges vor dem Forum der Philosophie zu erhärten und abzugrenzen. Von einem weichmütigen Pazifismus und von einer berserkerhaften Vergötterung des Krieges ist Gomperz gleich weit entfernt. Auch ist das ausgedehnte Material an philosophiegeschichtlichen Nachweisen, das in die Darstellung hineingeflochten ist, ein wertvoller Beleg dafür, wie gänzlich zu Unrecht die Pazifisten fast alle großen Denker der Vergangenheit für ihren Standpunkt in Anspruch nehmen.

Digitized by Google

Aber was so den Wert des Buches ausmacht: die behutsam abwägende Vernünftigkeit, die das Für und Wider der Argumente prüft, die Sorgfalt, die die philosophischen Probleme um den Krieg herum aufdröselt — das bedeutet doch auch seine Grenze. Denn mit der entschiedenen Einseitigkeit eines kämpferisch verfochtenen Standpunkts fehlt der Arbeit auch die denkerische Leidenschaftlichkeit, die vom tieferen philosophischen Pathos schwer abtrennbar ist. Die Problematik des Krieges ist darin mehr ausgebreitet und gesichtet als fortgeführt und aufgelöst, zumal auf die tragischen Widersprüche, die im Wesen des Krieges lauern, nicht entschlossen genug hingezeigt wird.

Solche letzte Einwände stehen aber keineswegs dem Urteil im Wege, daß das sehr populär abgefaßte, aus Universitätsvorlesungen vor einem breiteren Publikum hervorgewachsene Werkchen eine begrüßenswerte Einführung in die Philosophie des Krieges bedeutet. Seine Absicht glaube ich darum zu unterstreichen, wenn ich hier in losem Anschluß an seine Ausführungen einen Versuch biete, in gedrängter Überschau die systematischen Zusammenhänge einer Philosophie des Krieges mit den philosophischen Grunddisziplinen aufzuweisen. Gerade aus der Vielfältigkeit dieser Beziehungen erhellt am deutlichsten die große Aufgabe für die kommende Philosophie, die systematische Einordnung vollends durchzuführen und dabei vor allem auch die zahllosen Widersprüche herauszuarbeiten, vor die sich die denkerische Bewältigung dieses unendlich vieldimensionalen Phänomens: Krieg gestellt sieht. —

Ganz mit Recht rückt Gomperz ebenso wie im Grunde auch Scheler den Krieg in den Gesamtzusammenhang einer Philosophie des Lebens. Schon damit aber erhebt sich ein Sturm von überaus weitgreifenden Fragen. Vor allem dies erscheint von vornherein problematisch, mit welchem Recht von einem Leben der Staaten gesprochen werden darf, in dem der Krieg eine entsprechende Rolle spielte, wie der Daseinskampf in der Natur. So sieht sich die philosophische Betrachtung des Krieges gleich auf ganz allgemeine Fragen der Sozialphilosophie zurückgeworfen, welchem Gemeinschaftstypus die Staaten zuzuordnen sind, ob eine organische Staatsauffassung hier in echter Gegensätzlichkeit einer mechanischen gegenübersteht und nach welcher Seite sich dabei die Entscheidung neigt. So wird hier der Krieg zu einer Unterfrage der Sozialphilosophie, deren Lösung zu Entscheidungen einer allgemeinen Staatstheorie in die Beziehung enger Abhängigkeit rückt. Aber auch mit andern Fragen der Sozialphilosophie als Lehre von den Gemeinschafts- und Gesellschaftsformen kommt der Krieg dadurch in Berührung. Denn sofort richtet sich die Überlegung auf das Verhältnis des Staates zur Nation. Wiederum eine neue Wendung nimmt dann die Fragestellung, wenn wir auf den Wandel dieser Gemeinschaftsformen und ihrer gegenseitigen Abhängigkeit im Verlauf der historischen Zeit den Blick lenken, auf den wogenden Prozeß des Zusammenschließens von Volks- oder Stammesgemeinschaften zu Staaten und des Verfalls des geschlossenen Volkstums beim Zerbröckeln seiner staatlichen Verfestigung. Eng verbunden zeigt sich so eine soziologische Betrachtung des Krieges mit einer

Digitized by Google

geschichtsphilosophischen. Unzweifelhaft ist die Bedeutung des Krieges innerhalb des Gesamtablaufs der Geschichte ungeheuer und nirgends leuchtet sein Sinn heller auf als in dem bunten Wechselspiegel des Blühens und Welkens, des Entstehens und Vergehens der großen und kleinen Reiche und Staaten, deren meist kriegerisch ausgetragene Machtkonflikte und Machtausgleiche recht eigentlich den Gegenstand der Geschichte ausmachen. Wenn damit aber gerade die politische Geschichte als Gerüst des gesamtgeschichtlichen Ablaufs angesprochen wird, dann müssen neue geschichtsphilosophische Bedenken rege werden. Die verschiedenen Teilströme des großen geschichtlichen Prozesses treten in Rangstreit miteinander und grundlegende Entscheidungen knüpfen sich daran, ob dieser Primat der politischen Geschichte anerkannt wird, oder ob ihr etwa mit dem Marxismus die Wirtschaftsgeschichte, mit Hegel die Dialektik des philosophischen Gedankens, mit anderen eine vitalistisch ausgedeutete Geistesgeschichte übergeordnet wird. Hier nun ist der Punkt erreicht, wo die Geschichtsphilosophie wiederum in allgemeine Kulturphilosophie umschlägt. Und es treten damit zugleich die für die Einschätzung des Krieges unendlich belangreichen Fragen auf, in welchem Verhältnis staatliche und kulturelle Entwicklung zueinander stehen und welche Bedeutung dem Kriege für die Entfaltung der geistigen Schöpferkraft der Menschheit zukommt. Ganz besonders deutlich zeigt sich hier, wie Entscheidungen über Sinn und Wesen des Krieges nur vom Boden einer in allen Fundamenten metaphysischer Art wohlverfestigten Weltanschauung möglich sind.

All diese Probleme nehmen den Krieg noch als eine die Eigenrechte der Person nicht berührende soziale Gesamterscheinung. Sie suchen den Sinn des Krieges in seiner eigentlichen Heimat, dem Mit- und Widereinander der großen überindividuellen Gemeinschaftsbildungen. Neben eine solche auf Sinn und Wesen des Krieges gehende metaphysische Betrachtung tritt die ethisch gewandte Überlegung, die schon hier Krieg und Frieden als soziale Aggregatzustände gewissermaßen gegeneinander abwägt und die von da aus gewisse Normen für eine Einschätzung gerechter und ungerechter, heiliger und frivoler, unabwendlicher und vermeidbarer Kriege zu gewinnen sucht. Recht eigentlich hier führt die Philosophie des Krieges auf die Fragen, die mit meist höchst unzureichenden Begriffsmitteln der Vulgärpazifismus durchhechelt, und so ist hier auch sicher einer der Punkte, wo das allgemeine Bewußtsein von wirklicher philosophischer Vertiefung des Kriegsproblems ernstliche Förderung erwarten darf. In der glücklichen Abwehr pazifistischer Trivialitäten durch Aufweis von vornherein verkehrter Fragestellungen liegt auch ein besonderes Verdienst der Gomperzschen Arbeit. —

In eine ganz neue Dimension von Problemen begeben wir uns, wenn wir den Krieg zum Einzelindividuum in Beziehung bringen. Und gerade, wenn anerkannt wird, daß wir damit den im Sozialen verwurzelten Krieg in ein ihm fremdes Gebiet hinübertragen, gerade dann muß auch deutlich werden, daß es besonderer Umwege bedarf, um hier zu begründeten Lösungen zu kommen. Ein solcher Umweg ist die Erörterung

Digitized by Google

des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft überhaupt, insbesondere der Beziehung des Einzelnen zu Staat und Volk. Ob Individualismus und Kollektivismus sich miteinander vertragen, und zu einer höheren Einheit zusammengehen können oder ob beide sich gegenseitig ausschließen, so daß ein Konflikt zwischen diesen beiden Auffassungen nur durch einen Kompromiß oder durch die Vergewaltigung des einen Standpunkts geschlichtet werden kann: das ist eine Frage, die sich ganz unabhängig vom Problem des Krieges erörtern läßt, obschon sie natürlicherweise im Krieg ganz besonders brennend werden muß, weil der Krieg als der große Tag der Gemeinschaftsidee die Rechte der Gesamtheit über den Einzelnen besonders hart und unerbittlich geltend macht.

Wenn also eine ganze Reihe von Grenzstreitigkeiten zwischen Individual- und Gemeinschaftsrechten, wie sie im Krieg besonders akut werden, nur in allgemeineren Erörterungen geschlichtet werden können, so darf darüber doch nicht übersehen werden, daß die Frage: Krieg und Individuum doch auch noch andere Seiten aufweist. Wenn der Weltkrieg vor allem bei seinem Beginn, aber auch noch in seinem weiteren Verlauf, wo seine Schrecken längst allen offenbar waren, noch immer eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf lebenshungrige Menschen ausübte, so tritt sein Wesen als zwischenstaatliches Phänomen dabei gänzlich zurück und er wird lediglich als Schauplatz einer ungeheuren Lebenserhöhung und Lebensbereicherung gesehen. Dabei ist sicher diese seine Rolle durch die moderne Technisierung stark zurückgetreten, für frühere Kriege muß sie noch in ganz anderem Maße in Anschlag gebracht werden. So weist hier der Krieg als individuelle Lebenserfüllung eine Menge neuer, an der Grenze von Metaphysik und Psychologie beheimateter Fragen auf, die bei Gomperz wenig Beachtung finden, dennoch aber von grundlegender Bedeutung für eine erschöpfende, systematisch abgerundete Philosophie des Krieges sind. Zugleich leiten sie über zu den — nebenbei bemerkt auch praktisch wichtigen — Fragen nach dem empirischen Verhalten des Einzelindividuums in den verschiedenen Lagen des Krieges, die sich als Psychologie des Kriegers zusammenfassen lassen. Man mag heute darüber streiten, ob solche jetzt vielfach mit den exakten Kategorien der Experimentalpsychologie behandelten Probleme noch der Philosophie im engeren Sinne zuzurechnen sind. In den weiteren Umfang kriegsphilosophischer Erörterungen gehören sie jedenfalls herein. Die Erfahrung der Heimkehrenden wird hier der wissenschaftlichen Forschung noch reiche Förderung darbieten können, wie das etwa in der überaus wertvollen Schrift von Everth, Die Seele des Soldaten im Felde (Jena 1915), bereits geschehen ist.

Ganz ebenso wie an den Krieg selbst wird man an das Kriegertum neben der Sinn- und Wesensfrage auch die Wertfrage richten dürfen, die Moral des Soldaten hat innerhalb der kriegsphilosophischen Probleme auch immer eine besonders bedeutsame Rolle gespielt. Das ist ja auch ganz natürlich angesichts des harten Zusammenstoßes der kriegerischen Pflicht mit dem Tötungsverbot, wie es etwa im Christentum die

Digitized by Google

selbstverständliche Voraussetzung höherer Moralität ist. Auch Gomperz ist an diesen Fragen nicht vorbeigegangen, obschon er hier nicht bis in die letzten Tiefen vorgedrungen ist, da seine dem Tragischen gänzlich abgewandte Weltanschauung ihn nicht einmal zur Sicht letzter unauflöslicher Antinomien heranführt. Sehr wesentliche Probleme von kriegsphilosophischer Folgenschwere knüpfen sich dann ferner an das Verhältnis des Einzelnen zur Kultur. Und es ist in besonderem Maße die moderne Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht, die wiederum zu rational kaum mehr auflöslichen Widersprüchen zwischen der kulturellen Werkverpflichtung des einzelnen und seiner vaterländischen Opferbereitschaft führen. All diese Fragen liegen im Bereich einer kriegerischen Individualethik, die freilich allenthalben in enge Beziehungen zu anderen philosophischen Disziplinen tritt.

Zu einem Kernpunkt all dieser tief ins Metaphysische hinabreichenden Fragen wird schließlich der Tod im Feld. Zugleich ist er der Ansatzpunkt, der auch die Nichtkämpfenden in die Probleme hineinzieht, die der Krieg an das Individuum als solches richtet. Ethik, Metaphysik und Religion reichen sich hier die Hand und bringen so tiefe Not über den qualvoll grübelnden Einzelmenschen, daß die kühle Reflexion hier verstummt und letzten und innerlichsten Entscheidungen der einsam ringenden Seele das Wort gibt. Nur mit demütigster Ehrfurcht kann auch das philosophische Denken an diese Tiefen des Schicksales Krieg rühren. —

Nur ein Aufriß der unzähligen Fragen philosophischer Art konnte hier versucht werden, die sich an das Phänomen Krieg knüpfen. Noch immer ist es uns so nahe, liegt so lastend als beengender Druck auf aller Denken und Sinnen, daß immer nur von einzelnen drängenden Fragestellungen her die philosophische Überlegung den Weg zu ihm findet. Wenn dies ungeheure Schicksal Europas ausgetragen, ausgelitten sein wird: dann erst wird auch der Geist die Freiheit finden, sich nach seinen eigenen inneren Notwendigkeiten zu ihm zu stellen. Daß er auch unter Verzicht auf frühere Vorurteile den Mut finden werde, sich so nach ihm zu stellen, wie es die umstürzende Wucht dieses Erlebnisses beanspruchen darf: das ist die Hoffnung all derer, die in diesem Krieg mehr als einen grausigen Zufall, mehr auch als ein bloßes politisch-wirtschaftliches Maskenspiel sehen zu dürfen glauben.

Die Siebenbürger Sachsen nach dem Weltkrieg

Von Emil Neugebören, Mitglied des ungarischen Abgeordnetenhauses

Kriegsziele im eigentlichen Sinne des Wortes hat das kleine Häuflein Deutscher in den Südkarpathen natürlich nicht; es wäre Größenwahn, solche aufzustellen. Daß aber der Weltkrieg seine gewaltigen Wirkungen selbst auf so kleine Bestandteile der kriegführenden Mächte erstreckt und daß man daher auch im Kreise der Siebenbürger Sachsen hinsichtlich der Folgen des Krieges für den eigenen Bestand Hoff-

Digitized by Google

nungen und Befürchtungen hegt, ist selbstverständlich. Von politischer Bedeutung kann es zwar nicht sein, ob und wie weit diese Hoffnungen und Befürchtungen eintreffen, aber bei dem warmen Interesse, das man im Deutschen Reiche den Sachsen entgegenbringt, erscheint der Versuch nicht unzulässig, hier darzulegen, was die Siebenbürger Sachsen vom Weltkriege erwarten.

Unter den Siebenbürger Sachsen lebt die mit der Glut einer Glaubensüberzeugung festgehaltene Hoffnung, daß der Krieg einen gewaltigen Aufschwung und die höchste Entfaltung des deutschen Geistes und der deutschen Kraft zur Folge haben werde. Wenn von dem „Siebenbürgisch-deutschen Wochenblatt", das in den 60er und 70er Jahren in Hermannstadt erschien, im Leipziger „Literarischen Zentralblatt" rühmend gesagt worden ist, es habe den Krieg von 1870/71 mit einem Verständnis wie wenige Blätter in Deutschland selbst verfolgt, so könnte ähnliches ohne Überhebung hinsichtlich des gegenwärtigen Krieges von der Gesamtheit den Siebenbürger Sachsen behauptet werden.

Es ist natürlich, daß die Sachsen von dem erhofften mächtigen Aufstieg des deutschen Volkes auch eine Belebung und Kräftigung des eigenen Bestandes, wie überhaupt des gesamten Deutschtums in Ungarn erwarten. Niemand kann den engen Zusammenschluß zwischen dem Deutschen Reiche und der österreichisch-ungarischen Monarchie, insbesondere Ungarns freudiger begrüßen als die Sachsen. Sie sind die geborenen Herolde jenes Mitteleuropa, dessen Grundlinien Naumanns bei den Sachsen förmlich verschlungenes Buch gezeichnet hat. Es ist jedenfalls zu verwundern, daß die seit einigen Monaten bestehende Waffenbrüderliche Vereinigung noch nicht auf den Gedanken verfallen ist, einmal auch einen Siebenbürger Sachsen nach Deutschland zu entsenden, um für die Vertiefung des politischen Bündnisses zu arbeiten; ein solcher Vertreter des Gedankens der Waffenbrüderschaft würde wohl manchen Punkt der deutschen Gedanken- und Gefühlswelt mit noch größerer Sicherheit treffen, als es selbst den bisherigen glänzenden Sprechern gelungen ist, zumal, wenn sie in der Lage wären, unter deutschem Gesichtswinkel hinsichtlich der künftigen Lage des Deutschtums in Ungarn der öffentlichen Meinung in Deutschland vollkommen befriedigende Mitteilungen zu machen. Nach dieser Richtung hin bewegen sich bei dem Gedanken an die Zeit nach dem Friedensschlusse die Erwartungen und Hoffnungen der Siebenbürger Sachsen mit großer Lebhaftigkeit. Nicht als ob sie für ihren eigenen Teil über die Behandlung, die ihnen bisher zuteil geworden ist, zu klagen genötigt wären. Seit einem Vierteljahrhundert ist das Verhältnis, in dem sie zu der ungarischen Regierung und zum Magyarentum überhaupt stehen, stetig besser geworden; heute liegen die Verhältnisse so, daß die Sachsen in ihrer Eigenart nicht nur geschont, sondern auch an den Quellen ihrer deutschen Kultur, in Schule und Kirche vom ungarischen Staate nachhaltig unterstützt und gefördert werden. Sie nähern sich jedenfalls dem Zustand einer vollen Befriedigung derjenigen nationalen Wünsche, die sie unter Berücksich-

Digitized by Google

tigung der politischen Möglichkeiten überhaupt hegen können. Kleinere Mißhelligkeiten, Übergriffe untergeordneter Amtsorgane, unüberlegte Preßangriffe und ähnliche Vorkommnisse können diese erfreuliche Entwicklung nicht erheblich stören. Die Lage der übrigen Deutschen in Ungarn ist nicht dieselbe, was in erster Linie auf die Verschiedenheit sowohl der geschichtlichen Entwicklung, als der gegenwärtigen Verhältnisse des Deutschtums in Siebenbürgen und im übrigen Ungarn zurückzuführen ist. Daß sich nach dem Kriege dieser Unterschied einigermaßen ausgleichen und die Lage der außersiebenbürgischen Deutschen in Ungarn demjenigen der Siebenbürger Sachsen ähnlicher gestalten werde, kann unter den Voraussetzungen, die durch die enge Zusammengehörigkeit Deutschlands und Ungarns geschaffen worden sind, erwartet werden. Diese Frage berührt nun zwar den völkischen Bestand der Siebenbürger Sachsen nicht unmittelbar, aber es ist nicht schwer zu begreifen, daß sie heute noch mehr als früher bei den Sachsen die Gemüter bewegt, wenngleich sie auch in Zukunft nicht unmittelbar zum Programme ihrer Volkspolitik gehören wird. Eines steht jedenfalls fest: das Bewußtsein, daß auch die übrigen deutschen Volksgenossen in Ungarn unter denselben Bedingungen freier Entfaltung ihrer Stammeseigentümlichkeiten und Kulturentwicklung stehen, wird zur Vertiefung und Festigung des ungarischen Staatsgedankens unter den Sachsen außerordentlich viel beitragen.

Wenden wir uns nun den unmittelbaren Folgen zu, die der Weltkrieg voraussichtlich für die Siebenbürger Sachsen haben wird, so fällt ein Passivposten zuerst ins Auge. Ein Volk von noch nicht einer Viertelmillion Menschen leidet naturgemäß unter dem großen Blutverlust, der durch den Krieg herbeigeführt worden ist, noch stärker, als größere Volksgemeinschaften. Die Sachsen haben einen Prozentsatz von Männern ins Feld gestellt, der zu den allergrößten gehört, die überhaupt in diesem Kriege vorgekommen sind. Nach zuverlässiger Zählung standen und stehen rund 35 000 Sachsen unter den Waffen, d. h. nahezu 15 v. H. des Gesamtvolkes. Eine Statistik der blutigen Verluste, die die Sachsen bisher im Kriege erlitten haben, wird wohl vorbereitet, doch sind bisher noch keine Angaben bekannt. Es läßt sich aber denken, daß bisher schon mit Tausenden von Gefallenen und schweren Invaliden gerechnet werden muß. Der dadurch entstehende Mangel macht sich in erster Linie in der bäuerlichen Schicht des Volkes bemerkbar. Hier, wo es vor allem gilt, den Kampf um die Festhaltung und Vergrößerung des Boden und Lebensraumes zu führen, ist schon vor dem Kriege der unausgesetzte Abfluß brauchbarer Kräfte durch die Auswanderung nach Amerika schmerzlich empfunden worden. Nun wird das sächsische Volk um eine so große Zahl von Männer in der Vollkraft des Lebens ärmer geworden sein. Das Verhältnis zu den es umgebenden Rumänen wird daher noch ungünstiger sein als bisher. Kein Wunder, daß noch während des Krieges der Gedanke einer in größerem Umfange als bisher nach dem Kriege durchzuführenden Neubesiedlung innerhalb und an den Rändern des sächsischen Siedlungsgebietes mit aller Energie gefaßt

Digitized by Google

worden ist. Die Arbeit an seiner Verwirklichung ist im Zuge, kann jedoch in das entscheidende Stadium natürlich erst nach dem Kriege treten. Da wird es auf zweierlei ankommen: ob es die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa, insbesondere in Ungarn möglich machen werden, möglichst viele von den sächsischen Auswanderern aus Nordamerika in die alte Heimat zurückzubringen, und ob zur weiteren Deckung des Bedarfes an Ansiedlern sonstige deutsche Volkselemente zur Verfügung stehen werden. In der letzteren Hinsicht richten sich die lebhaftester Hoffnungen darauf, daß trotz des außerordentlichen Bedürfnisses an deutschen Zuwanderern, das auch im Deutschen Reiche besteht, die leitenden Kreise Deutschlands eine schmale Wasserader des heranzuleitenden Menschenstromes auch in die Täler Siebenbürgens durchlassen werden.

Der Kampf um den Boden, in dessen Zeichen das siebenbürgisch-sächsische Volk, wie schon erwähnt, schon lange vor dem Kriege stand, wird nach dem Kriege in gesteigertem Maße fortgesetzt werden. Der Boden, das Ackerland, ist sowohl wörtlich zu verstehen, als es auch Symbol für den wirtschaftlichen Daseinskampf überhaupt ist. Dieser Kampf ist für die Sachsen schwerer und schwerer geworden, je ungünstiger sich bei ihrer geringen Vermehrung und der um so größeren Fruchtbarkeit des sie rings umgebenden rumänischen Volkes und bei dem stetigen kulturellen Aufsteigen des letzteren das zahlenmäßige Verhältnis der wirtschaftlich tätigen Arbeiter gestaltete. Die eigentliche große Lebensgefahr der Siebenbürger Sachsen sind die Rumänen — dieser vor wenigen Jahrzehnten noch vielfach angefochtene Satz ist heute schon ein Gemeinplatz geworden. Um dieser Gefahr zu entrinnen, bedarf es vor allem zweier Momente. Das eine ist die fortgesetzte Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit der Sachsen, die immer straffer werdende Anspannung all ihrer Kraft. Das andere ist die Beibehaltung der bisherigen verfassungsmäßigen Zustände in Ungarn. Die Sachsen-Erhaltung ist genau an dieselbe Bedingung geknüpft, wie diejenige der Magyaren, nämlich daran, daß die Demokratisierung des Landes nicht zu weit getrieben werde. Die Sachsen sind auf dem von ihnen bewohnten Gebiete im ganzen genommen schon lange in der Minderheit. Sehr groß ist auch die Zahl derjenigen einzelnen Landgemeinden, deren rumänische Bewohner im Begriffe sind, die Mehrheit zu erringen. Der aristokratische Zuschnitt des Wahlrechtes für den Reichstag, wie für das Munizipium und für die Gemeinde haben es bisher ermöglicht, daß die Sachsen als die Gebildeteren und Vermögenderen das Heft in der Hand behielten. Schon das im Jahre 1913 geschaffene ungarische Wahlgesetz, so wenig es der modernen demokratischen Doktrin entsprechen mag, hat die Aussichten der Sachsen auf Behauptung ihres parlamentarischen Besitzstandes zum mindesten für die Zeit in 15—20 Jahren ungünstig gestaltet. Würde in derselben Richtung weiter gegangen, und etwa ein wirkliches allgemeines Wahlrecht eingeführt werden, wie es z. B. im Deutschen Reich herrscht, so wäre damit die vollständige Verdrängung der Sachsen aus der Halle der ungarischen Gesetzgebung unweigerlich ausgesprochen. Noch weit schlimmer aber stände es um

Digitized by Google

die Sachsen, wenn auch nur das neue Wahlrecht auf Munizipium (Komitat) und Gemeinde ausgedehnt würde. In den Komitaten und in den sächsischen Städten würden die Vertretungskörper nichtsächsische Mehrheiten bekommen und in einer langen Reihe der Dorfgemeinden würde derselbe Fall eintreten. Es ist ein Glück für die Sachsen, daß in diesem Belange ihre Lebensbedingungen mit denjenigen der Magyaren dieselben sind. Da hat denn lange Zeit hindurch der Gedanke in sächsischen Kreisen sehr beunruhigend gewirkt, daß das Verhältnis unserer Monarchie zu Rumänien zu Zugeständnissen auch in bezug auf das Wahlrecht führen könnte, und es kann vom Standpunkt der Sachsen aus als eine günstige Folge des Krieges mit Rumänien bezeichnet werden, daß ähnliche Zugeständnisse, wenn sie überhaupt jemals ernstlich in Erwägung gezogen worden sein sollten, künftighin ganz ausgeschlossen sind. Der ungarische Staat wird sich nach der Niederwerfung Rumäniens und der dadurch bewirkten Zertretung der dort wuchernden dakorumänischen Irredenta gewiß angelegen sein lassen, mit seiner, den Versuchungen dieser Irredenta für immer entzogenen rumänischen Bürgern in ein gutes Verhältnis zu gelangen, aber um den Preis der Einräumung weiterer politischer Rechte in Verwaltung und Gesetzgebung wird dies ganz gewiß nicht erfolgen, so daß nach dieser Richtung hin die Sachsen von einem schweren Alpdruck der letzten Jahre befreit sind.

Die bezeichnete Notwendigkeit jedoch, gegenüber den wirtschaftlich und kulturell aufstrebenden rumänischen Mitbürgern die alte führende Stellung zu wahren, wird in erhöhtem Maße fortbestehen. Vielleicht wird sich für das Wirtschaftsleben den Siebenbürger Sachsen daraus eine Erleichterung ergeben, daß, wie anzunehmen ist, in der künftigen Neugestaltung der Dinge jene Zollschranken, die seit einem Menschenalter zwischen Ungarn und Rumänien aufgerichtet waren und durch die der einst blühende Ausfuhrhandel der Sachsen nach Rumänien nahezu ganz vernichtet wurde, fallen werden. Dadurch würde dem sächsischen Gewerbe ein Absatzgebiet wieder zurückgegeben werden, das so gut wie verloren war und für das die Sachsen angesichts ihrer in dieser Hinsicht ungünstigen geographischen Lage bisher keinen Ersatz gefunden hatten. Freilich hätte die sächsische Industrie, die insbesondere in Kronstadt ziemlich kräftige Ansätze hat, einen schweren Wettkampf vor allem mit der reichsdeutschen zu bestehen. Siebenbürgen ist wie ganz Ungarn kapitalarm, und die Siebenbürger Sachsen haben in ihrer kapitalistischen Entwicklung mit der Gegenwart nicht annähernd Schritt halten können. Wohl sind schon vor Jahrzehnten in ihrem Kreise Versuche gemacht worden, reichsdeutsches Kapital in das Siebenbürger Sachsenland zu lenken, jedoch ohne jeden Erfolg. Dürfen die Sachsen wohl hoffen, daß dies nach dem Kriege, wo die große Weltstraße Hamburg—Bagdad endgültig erschlossen sein wird, eher zu ermöglichen sein wird, als vorher und daß zu dem rein kaufmännischen Kalkül über die Ertragsfähigkeit eines geplanten Industrieunternehmens auch ein Fünkchen des völkischen Gedankens treten werde, daß es dort bei

Digitized by Google

den fernen Stammesgenossen an der Pforte des Orients die Bedingungen der Erhaltung zu verstärken gilt? Glücklicherweise kommt es nicht in erster Linie auf die Beteiligung der Großindustrie an siebenbürgischen Unternehmungen an, sondern in viel höherem Maße darauf, daß im kleinen der wirtschaftlichen Arbeit der Siebenbürger Sachsen von Deutschland aus Unterstützung jeder Art gewährt wird. Bisher war in allen Jahrhunderten, seit deutsche Ansiedler im Südosten Ungarns sitzen, der Zusammenhang mit dem Mutterlande nahezu ausschließlich ein solcher geistiger und gemütlicher Art. Die Siebenbürger Sachsen haben von deutschen Hochschulen und in regem Zusammenhang mit der deutschen Wissenschaft, Literatur und Kunst den Boden ihrer Kulturarbeit immer wieder fruchtbar erhalten. Auf wirtschaftlichem Gebiete konnte bisher eine ähnliche Befruchtung nicht erfolgen. Daß sie in Hinkunft eintrete und daß nicht nur die Träger und Pfleger der geistigen Kultur ein liebevolles Interesse für die mit so seltener Zähigkeit an ihrem Volkstum hangenden Deutschen in Siebenbürgen betätigen, sondern auch diejenigen, die die materielle Grundlage aller völkischen Entwicklung, das Wirtschaftsleben fördern — das wird in Zukunft mehr als bisher einer der Faktoren sein, die zur Forterhaltung der Siebenbürger Sachsen wesentlich beitragen.

Englands Arbeiterklasse im Kriege

Von Dr. Paul Lensch, M. d. R.

Der Kongreß, den die englische Arbeiterpartei im Januar zum Manchester abgehalten hat, gibt ein ziemlich gutes Spiegelbild der Meinungen, die in der englischen Gewerkschaftswelt über den Krieg herrschen, und bei der großen Bedeutung, die die Haltung der organisierten Arbeiterschaft für das Ministerium Lloyd Georges besitzt, konnte es nicht fehlen, daß dieser Kongreß große Beachtung fand. Allein, wer die Kongreßbeschlüsse in ihrer soziologischen Tragweite wirklich erfassen will, der muß sich die Bedingungen klar machen, unter denen sie zustande kamen.

Zunächst: wer ist die englische Arbeiterpartei? — Im Jahre 1899 beschloß der englische Gewerkschaftskongreß mit geringer Mehrheit eine politische Arbeiterpartei zu gründen. Aus diesem Beschluß entstand im Jahre 1900 die Arbeiterpartei (Labour Party), hinter der jetzt rund 2 Millionen Gewerkschafter stehen. Die übrigen 1,3 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die es außerdem noch in England gibt, haben zur Arbeiterpartei keine direkten Beziehungen. Die Gründung einer selbständigen politischen Partei bedeutete den Bruch mit einer seit Anbeginn der Gewerkschaftsbewegung aufrecht erhaltenen Überlieferung. Bis dahin hatten sich die englischen Arbeiterführer damit begnügt, durch direkte Verhandlungen mit den Abgeordneten der beiden großen Parteien die Interessen ihrer Organisation zu wahren und je nach dem Ausfall dieser Verhandlungen ihren Anhängern die Unterstützung der

Digitized by Google

Kandidaten zu empfehlen oder zu widerraten. So wählten die englischen Arbeiter — so weit sie das Wahlrecht hatten, was auch heute noch nicht für die Hälfte zutrifft — liberal oder konservativ, was natürlich nicht hinderte, daß hie und da auch einmal einer ihrer Vertrauensleute von den bürgerlichen Parteien aufgestellt und gewählt wurde. Die so Gewählten waren aber dann im Parlament lediglich Mitglieder der Partei, die sie aufgestellt hatte. Von einer selbständigen Arbeiterfraktion wollte man in Gewerkschaftskreisen nichts wissen.

Das wurde um die Jahrhundertwende anders. Freilich zunächst auch nur formell. Man würde irre gehen, wollte man etwa die Labour Party mit der französischen oder deutschen Sozialdemokratie vergleichen. Sie hat kein sozialistisches Programm, sie verlangt von ihren Abgeordneten nur politische Selbständigkeit, d. h. sie dürfen nicht Mitglieder einer bürgerlichen Partei werden. Im Parlament sollen sie auf sozialpolitische und demokratische Reformen dringen. Bei dem Mangel an politischer Überlieferung und Selbständigkeit konnte es nicht ausbleiben, daß die Arbeiterpartei in der Praxis nur ein Anhängsel der Liberalen blieb, so sehr auch einige ihr zugehörige Sozialisten sich bemühten, sie zu politischer Selbständigkeit zu erziehen.

Die soeben erwähnten Sozialisten gehören einer besonderen Organisation an: der Unabhängigen Arbeiterpartei, die also von der Arbeiterpartei wohl zu unterscheiden ist. Sie besteht seit 1893, ihr Gründer und bekanntester Führer war der Bergmann Keir Hardie. Die Mitgliederzahl übersteigt nicht 25000. Ihr Organ ist der in Deutschland viel genannte „Labour Leader". Der Sozialismus der Unabhängigen Arbeiterpartei hat mit dem Marxismus nichts zu tun, er beruht mehr auf christlich-sentimentaler Grundlage, ihre Wortführer sind meistens zugleich Prediger einer der zahllosen englischen Sekten. Während des Krieges haben sie sich als eine kleine, aber sehr mutige Kampftruppe für die Beendigung des Krieges erwiesen, den sie freilich in der Hauptsache nur mit pazifistischen Gründen bekämpfen.

Daneben muß noch die Fabian Society erwähnt werden, ein sozialistischer Klub von 2—3000 Mitgliedern, die sich aus den Reihen meist sehr wohlhabender Gelehrter, Schriftsteller, Redner, Dichter usw. zusammensetzen. Die bekanntesten sind das Ehepaar Webb, der Schriftsteller Wells und der bekannte Dichter Shaw. Ihr Organ ist die Wochenrevue „New Statesman". Beide sozialistische Gruppen sind Verbündete der Arbeiterpartei und bilden mit ihr tatsächlich eine einheitliche Partei. Das große Tageblatt der Arbeiterpartei, „Daily Citizen", konnte sich nicht halten. Es ging an der Interesselosigkeit seiner Leser im Sommer 1915 ein.

Schließlich ist noch die kleine Partei zu erwähnen, die im Jahre 1881 als demokratische Föderation gegründet wurde, bald den Namen Sozialdemokratische Föderation annahm und seit 1907 sich Britische Sozialistische Partei nennt. Sie umfaßt ungefähr 10000 Mitglieder. Ihr bekanntester Führer ist Hyndman, als Wochenblatt dient ihr die „Justice". Sie steht auf marxistischem Boden, hat aber, da sie den Zusammen-

Digitized by Google

hang mit der Arbeiterbewegung nie fand, den Sektencharakter niemals überwunden. Von der Arbeiterpartei hält diese Gruppe sich fern, da sie ihr nicht sozialistisch genug ist. Während des Krieges ist die schroffe Deutschenfeindschaft, der Hyndman seit jeher gehuldigt hat, in der Haltung seiner Gruppe stark zum Ausdruck gekommen. Er gehört zu den lautesten Kriegstreibern und Annektionspolitikern Englands.

Von wirklich erheblichem politischen Interesse ist natürlich nur die Haltung der Arbeiterpartei. Nur hinter ihr steht ein größerer Bruchteil der englischen Gewerkschaftswelt, nur sie ist imstande gewesen, politischen Einfluß während des Krieges auszuüben.

Wie die Haltung der englischen Arbeiterklasse dem Kriege gegenüber aussah, ist im allgemeinen bekannt. Von vornherein stellte sie sich geschlossen hinter das Ministerium, und diese Geschlossenheit und auch Entschlossenheit hat bis jetzt eher zu- als abgenommen. Einige der Führer traten selber in das Kabinett ein. Je schärfer im Kabinett der Kriegswille zum Ausdruck kam, desto stärker wurde die Unterstützung, die das Kabinett in der Arbeiterklasse fand, bis schließlich Lloyd George, dessen Kriegsziele in seiner bekannten Boxerrede zum Ausdruck kamen, vom Arbeiterkongreß zu Manchester ein derartiges Vertrauensvotum erhielt, wie noch kein Minister in der Kriegszeit: die Teilnahme von Parteimitgliedern an der Regierung Lloyd Georges wurde mit einer Mehrheit von 6:1 gebilligt. Dabei ließ die Haltung der Arbeiterpartei vor dem Kriege an sich sehr wohl auch eine andere Möglichkeit offen. Auf ihrer Jahreskonferenz zu Birmingham im Jahre 1912 wurde ein von der Unabhängigen Arbeiterpartei gestellter Friedensantrag angenommen, der folgenden Schlußsatz hatte:

Außerdem billigt die Konferenz den Vorschlag, zu untersuchen und darüber zu berichten, ob und inwieweit eine teilweise oder eine allgemeine Arbeitseinstellung in Ländern, die in den Krieg gegeneinander einzutreten im Begriffe sind, den Kriegsausbruch verhindern könnte; die Konferenz empfiehlt allen Sektionen der Arbeiterbewegung, diese Frage zu erwägen; sie fordert den Vorstand auf, Maßregeln zu ergreifen, um der nächstjährigen Konferenz einen vollständigen Bericht hierüber vorlegen zu können.

Eine derartige Resolution auch nur zu stellen, wäre auf einem deutschen Parteitage unmöglich gewesen. Schon auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart war die deutsche Sektion allen derartigen Anträgen von französischer und englischer Seite von vornherein entgegengetreten. Der Kongreß der gemäßigt reformerischen, unsozialistischen Arbeiterpartei hatte diese Resolution fünf Jahre später fast einstimmig angenommen! Wie wenig jedoch hinter dieser radikalen Geste steckte, sollte sich sehr bald zeigen. Der Vorstand der Arbeiterpartei versandte Fragebogen an sämtliche ihr angeschlossene Gewerkschaften. Die Frage lautete: „Sind Sie bereit, in einen Streik einzutreten, um einen Krieg zu verhindern?" Weder 1913 noch 1914 konnte der Vorstand auf der Jahreskonferenz Bericht erstatten, da die Gewerkschaften es nicht für der Mühe wert gehalten hatten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Von mehreren hundert Fragebogen waren nur acht zurückgekommen.

Das Kriegsproblem hatte in der Tat für die englische Arbeiterschaft ein ganz beson-

Digitized by Google

deres Gesicht. Man würde ihr Unrecht tun, wenn man sie für schlechthin kriegswütig ansehen wollte. Im Gegenteil: sie war seit jeher für den Völkerfrieden und gegen die Kriegsdiplomatie, und in ihrer revolutionären Periode, die man von 1832 bis 1847 ansetzen kann, zeigte sie auch ein kräftiges Solidaritätsgefühl. Sie unterstützte politische Flüchtlinge und revolutionäre Bewegungen. Dann aber machte sie ihren Frieden mit der Bourgeoisie und geriet auch geistig vollkommen in die Abhängigkeit des englischen Liberalismus. Es gab keine liberalen Illusionen, die die englische Gewerkschaftswelt nicht auf die Spitze trieb. England stand damals auf der Höhe seiner Macht. Es war im Besitz des Industriemonopols und des Seehandelmonopols, die englische Weltherrschaft hatte die Kraft eines religiösen Dogmas erreicht. Man brauchte die englische Flagge in den europäischen Gewässern nicht mehr zu zeigen, und in den außereuropäischen Gebieten machten sich sogar neue Eroberungen überflüssig. Es war die Zeit, wo man daran ging, englische Kolonien wieder aufzugeben, da sie „Mühlsteine am Halse Englands" seien. Diese Periode unbestrittener englischer Weltherrschaft zeitigte ganz folgerichtig jene spezifisch englische Vorstellung vom Weltfrieden, den man sich gern als die edelste Blüte des englischen Freihandels vorstellte und der doch im Grunde nichts anderes war, als eine pax Britannica: die friedlichen Völker, emsig beschäftigt, ihre Agrarprodukte gegen die Industrieprodukte Englands auszutauschen, in sicherer Hut des britischen Löwen.

Bei keiner Klasse fand diese Vorstellung freudigere Aufnahme, von keiner wurde sie zäher festgehalten, als von der englischen Gewerkschaftswelt. Das hatte schließlich seine guten Gründe. Die Weltherrschaft der englischen Bourgeoisie war auch dem Proletariat zustatten gekommen, und zwar nicht bloß der aristokratischen Oberschicht der Gewerkschaften, sondern auch den breiten Massen. Ihr verdankte es seine gehobene Lebenslage, ihr seine Ausnahmestellung innerhalb der europäischen Proletarierfamilie, auf deren Glieder es mit Geringschätzung herabzublicken sich gewöhnte. Wer die englische Weltherrschaft angriff, der griff die Grundlage seiner sozialen Stellung an. Wie stark auch der Gegensatz zur englischen Bourgeoisie sein mochte: in der unerschütterten Aufrechterhaltung und weiteren Ausbreitung der englischen Weltherrschaft waren beide Klassen vollkommen einig. Nicht so sehr aus nationaler Ideologie, sondern aus dem materiellen Interesse einer herrschenden Klasse heraus, die um die Aufrechterhaltung ihrer Herrscherstellung um so zäher und rücksichtsloser kämpft, je kräftiger und unverdorbener sie ist. In der Tat fühlte sich die englische Gewerkschaftswelt gemeinsam mit der englischen Bourgeoisie als die herrschende Klasse der Welt. Diese Tatsache muß man sich vergegenwärtigen, wenn man sich die Psychologie der englischen Arbeiterschaft im Weltkriege klar machen will.

Denn der welthistorische Sinn des Krieges ist kein anderer, als der Sturz der englischen Klassenherrschaft über die Welt. Als daher dieser Sinn des Krieges deutlich wurde, trat die englische Arbeiterklasse geschlossen und energisch an die Seite ihrer

Digitized by Google

Bourgeoisie, obwohl dieser Krieg für England, äußerlich genommen, der glatte Angriffs- und Handelskrieg war, und der englische Boden niemals von einem Feinde bedroht werden konnte. Man muß sich das vor Augen halten, da hier der volle Gegensatz zu der Haltung der deutschen Arbeiterklasse zutage tritt. Diese hatte ihre Haltung seit dem 4. August bis heute stets damit begründet, daß es ein deutscher Verteidigungskrieg sei, der Leben und Sicherheit der Nation gefährde. Einem deutschen Angriffs- und Eroberungskrieg gegenüber würde ihr Verhalten wesentlich anders sein.

Diese allgemeine weltpolitische Situation, wie sie sich der englischen Gewerkschaftswelt darbot, wurde freilich durch die besonderen Entwicklungstendenzen der englischen Volkswirtschaft nicht unerheblich beeinflußt. Die Erschütterung der englischen Weltherrschaft ist ja keine Erfindung der Kriegszeit. Sie hatte schon mehr oder weniger deutlich Jahrzehnte vorher eingesetzt. Englands Industriemonopol war schon lange dahin, sein Handelsmonopol ebenfalls. In Wahrheit ist die Erschütterung der englischen Weltherrschaft keine Folge des Weltkrieges, sondern umgekehrt, der Weltkrieg ist eine Folge der Erschütterung der englischen Weltherrschaft. Die englische Bourgeoisie war auf dem Wege, durch die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Konkurrenten, besonders Deutschlands, ihre bisherige Weltstellung allmählich einzubüßen. Die Verschiebung, die sich hier allmählich anbahnte, kam deutlich in der veränderten Haltung der englischen Arbeiterklasse zum Ausdruck. Ihr erstes Anzeichen war die Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei, eben der Labour Party, um 1900. Seit jener Zeit fingen die englischen Kapitalisten an, über die Labour unrest, jene merkwürdige „Unruhe" der Arbeiterklasse zu klagen, die in der Tat den Jahren vor Kriegsausbruch einen höchst eigenartigen Charakter verlieh. Nie gesehene Massenstreiks von unerhörten Dimensionen in den lebenswichtigsten Zweigen der englischen Volkswirtschaft erschütterten den sozialen Körper Englands. Zugleich begann ein ebenso unerhörtes Interesse für das Ausland, besonders für Deutschland, in englischen Arbeiterkreisen sich festzusetzen. Das parlamentarische Komitee des englischen Gewerkschaftskongresses, die Gelbmetallarbeiter von Birmingham, die Hafenarbeiter, die Kurzwarenarbeiter von Sheffield usw. sandten Vertreter nach verschiedenen deutschen Städten, um die Organisationen und die sozialen Verhältnisse der deutschen Arbeiter zu studieren. Die Berichte, die die englischen Delegierten erstatteten, waren für die deutsche Industrie und ihre Arbeiter durchweg schmeichelhaft. Noch im Mai 1914 hieß es im Bericht der National Amalgameted Union of Labour über die Zustände in Solingen: „Das erste, was einem stark auffällt, ist der kräftige Körperbau der Arbeiter. Das gesunde, energische, reinliche Äußere dieser Männer — ob Messerschmiede oder Schleifer, ob alt oder jung — ist überall dasselbe. Wir entdeckten kein Zeichen frühzeitigen Alters oder Verfalls oder Siechtums. Kein Zeichen von Überarbeit, kein Zeichen der Treiberei, des Hastens, der Einschüchterung oder der Furcht vor dem Aufseher. Die Arbeiter offenbarten alle Anzeichen freier Männer." Im allgemeinen hielten sämtliche eng-

Digitized by Google

lischen Besucher die sozialen und kulturellen Verhältnisse Deutschlands für musterhaft. Der Gewerkschaftsführer Davis, der Führer der Gelbmetallarbeiter von Birmingham, wunderte sich, daß es in Deutschland noch Unzufriedene gebe.

Es waren schwache, aber immerhin schon deutliche Anzeichen für die Wandlungen, die sich in der Ausnahmestellung Englands mitten im Frieden, lediglich durch die wirtschaftliche Entwicklung, anbahnten, und die bereits einen gewissen Eindruck auf die Spitzen der englischen Arbeiterwelt machten. Man kann daher wohl die Hypothese aufstellen, daß bei friedlicher Entwicklung die Weltherrschaft Englands immer mehr unterhöhlt und die Haltung seiner Arbeiterklasse immer unruhiger geworden wäre. Dieser drohenden Möglichkeit suchte England durch den Krieg zu entgehen, die ihm immer gefährlicher werdende friedliche Entwicklung durch die Gewalt der Waffen in eine andere Richtung zu stoßen. In diesem Zusammenhange kann man sagen, daß die Anbahnung des Weltkrieges durch die englische Bourgeoisie eine Flucht vor dem drohenden Sozialismus war, von dem sich Englands Arbeiterklasse bis dahin lediglich durch die englische Ausnahmestellung hatte fernhalten lassen, dem sie aber rettungslos verfallen würde — die Labour unrest gab schon einige Proben davon — wenn die englische Weltherrschaft erschüttert werden sollte. Hier aber zeigte sich wieder die tiefe Ironie der Weltgeschichte. Durch den Krieg hat England sein Schicksal nicht abgewendet, sondern nur beschleunigt. In drei Jahren vollzieht sich jetzt im Kriege, wozu der Friede wenigstens drei Jahrzehnte gebraucht hätte. Wer denkt dabei nicht an die tiefsinnigen Mythen des Altertums, in denen ein lange prophezeites Schicksal gerade durch die Maßregeln herbeigeführt wird, durch die der Bedrohte ihm entgehen will? —

In der Tat wird die Erschütterung der englischen Weltherrschaft, die der ganzen Welt ein anderes Gesicht geben wird, auch das Verhältnis der englischen Arbeiterklasse zur englischen Bourgeoisie tiefgehend beeinflussen. Man vergegenwärtige sich immer wieder, daß die Haltung dieser Klasse im Kriege diktiert wurde durch den Instinkt, gemeinsam mit der Bourgeoisie eine bevorrechtete Stellung in der Welt zu verteidigen. Erreicht hat das englische Proletariat durch seine Haltung nur, daß es diese Stellung mit einem Schlage und auf Nimmerwiedersehen verloren hat. Schon während des Krieges hat die englische Volkswirtschaft im allgemeinen und das englische Gewerkschaftsleben im besonderen tiefgreifende Umgestaltungen erfahren. Der tiefste Eingriff war die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Um ihr zu entgehen, hatten die Chefs der Gewerkschaften gleich von Kriegsbeginn an eine intensive Agitation für die Freiwilligen-Armee begonnen. Es stellte sich bald heraus, daß sie damit das Gegenteil des Gewollten erreicht und nur rüstige Vorarbeit für die verhaßte allgemeine Wehrpflicht geleistet hatten. Die Zwiespältigkeit zwischen Wollen und Vollbringen zeigte sich deutlich auf dem letztjährigen Kongreß der Arbeiterpartei zu Bristol im Januar 1916. Dort nahm man zwar mit ungeheurer Mehrheit eine

Digitized by Google

Resolution gegen die Wehrpflicht an, „da eine derartige Maßregel gegen den Geist der britischen Demokratie ist und die Freiheiten des Volks ernst bedroht", lehnte aber gleichzeitig eine Agitation gegen die Wehrpflicht ab und forderte zum Überfluß die drei Arbeiterminister auf, im Ministerium, das die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen eben im Begriffe stand, auch fernerhin zu verbleiben. Diese taktische Konfusion war freilich nur das Spiegelbild der theoretischen Konfusion der Arbeiterpartei. Im Namen der „britischen Demokratie" protestierte man gegen die Einführung einer demokratischen Wehrverfassung und proklamierte das aristokratische Söldnertum zum Palladium der Volksfreiheit.

Diese zwieschlächtige Logik war das echte Kind der zwieschlächtigen sozialen Position, die für die englische Arbeiterpartei so kennzeichnend ist. Sie war als Arbeiterfraktion die Vertreterin einer beherrschten sozialen Schicht, hatte aber zugleich ein Interesse an der Aufrechterhaltung der englischen Weltherrschaft, das heißt, an der Ausbeutung der Welt durch England. Außerdem aber bewies diese tragikomische Verwechslung aller Begriffe, daß in einer Entscheidungsstunde, die für England eine Weltenwende bedeutet, die Arbeiterführer vollkommen ratlos und ideenlos dasaßen und sich vom Winde treiben ließen.

Die Wirkungen, die die allgemeine Wehrpflicht auf das Wirtschaftsleben der Nation ausübt, stehen der englischen Volkswirtschaft noch bevor. Sicher ist, daß man an ihre Aufhebung nach dem Kriege um so weniger denken kann, je erschütterter sich die Weltstellung Englands und seine Seeherrschaft erweisen wird. Dazu aber hat die englische Volkswirtschaft im Kriege schon andere unerhörte Umwälzungen erlebt und ist im Begriffe, noch viel tiefere zu vollziehen, die sich mit Friedensschluß ebenfalls nicht wieder völlig beseitigen lassen. Durch das Kriegsgesetz vom Juni 1915 und die späteren Ergänzungen ist die englische Waffen- und Munitionsindustrie unter die besondere Kontrolle der Regierung gestellt worden. Die Gewerkschaften mußten auf wesentliche Errungenschaften verzichten. So wurde es zu einer strafbaren Handlung, wenn der Arbeiter den Dienst ohne Einwilligung des Arbeitgebers aufgibt, selbst wenn der Vertrag abgelaufen und die Kündigungsfrist eingehalten ist. Das Munitionsgericht lehnt die Besprechung von Löhnen, Arbeitsstunden, Anstellungsbedingungen ab. Kein Wunder, daß der bereits erwähnte Kongreß der Arbeiterpartei zu Bristol eine durchgreifende Verbesserung des Munitionsgesetzes verlangte. Jetzt aber sind in England Bestrebungen im Gange, die Zivildienstpflicht einzuführen, also den Arbeitszwang zu fordern, und zwar unter Bedingungen, die wesentlich ungünstiger sind als die Bedingungen des deutschen Gesetzes. Die Ähnlichkeit mit dem Entwicklungsgange der allgemeinen Wehrpflicht liegt auf der Hand. Auch hier anfangs das Freiwilligensystem, bei dem die Chefs der Gewerkschaften eifrig mitarbeiteten, um dem Zwang zu entgehen. Das Ergebnis ist beide Male Übergang zum Zwang, bei dem sich herausstellt, daß er gerade durch die frühere Mitarbeit der Gewerkschaften sich wesentlich leichter einführen ließ.

Digitized by Google

Alles das bedeutet eine gewaltige Zunahme der Staatsgewalt und steht damit schon im schroffsten Widerspruch zu dem überlieferten Fühlen und Denken der englischen Volksmasse. Für das bisherige englische Gewerkvereinswesen bedeutet diese Entwicklung aber direkt die Abdankung. Die Grundlagen seiner Existenz, die elementarsten Bedingungen des Gewerkschaftslebens sind preisgegeben.

Nun ist freilich ausdrücklich ausbedungen, daß nach Friedensschluß der frühere Zustand wieder hergestellt werden soll. Allein nach diesem Kriege gibt es nirgends den Status quo ante. Wenn auch selbstverständlich viele oder die meisten Gesetzesbestimmungen wieder aufgehoben werden, so gibt es für die englischen Gewerkschaften schon deshalb kein Zurück mehr in die alten Verhältnisse, weil das England nach dem Kriege wesentlich anders aussehen wird, als vorher. Jetzt wird die englische Volkswirtschaft zum ersten Male ernsthaft arbeiten und gegen Konkurrenz kämpfen müssen. Die Bedingungen der Kapitalsbereicherung werden durch die Erschütterung der englischen Weltstellung ganz außerordentlich erschwert sein. In dieser Not wird der englische Kapitalismus sich der Tatsache entsinnen, auf die jetzt die englischen Zeitungen so laut hinweisen, daß der Wegfall aller durch die Gewerkschaften auferlegten Beschränkungen in den Fabriken, sowie die eiserne Disziplin, die das Munitionsgesetz vorsah, die Arbeitsleistung des Arbeiters rund verdoppelte; daß er weiter den Ertrag der Betriebe erheblich steigern konnte, ohne die Zahl der gelernten Arbeiter zu vermehren, daß er die Lohnkosten seines Fabrikats zu verringern vermochte, ohne die Löhne der Arbeiter zu drücken. Der englische Kapitalismus wird darauf angewiesen sein, die Vorteile der modernen spezialisierenden Arbeitsmaschinen, die er in der Not des Krieges anwenden konnte, ohne den Einspruch der Gewerkvereine fürchten zu müssen, nicht wieder preiszugeben. Hier ergeben sich ganz von selber große Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die um so intensiver geführt werden mögen, als das englische Kapital nach dem Kriege keineswegs mehr über die unerschöpflichen Schätze wie vor dem Kriege verfügen wird.

Auf dem Kongreß der Arbeiterpartei zu Manchester, der mit so großer Mehrheit und Entschlossenheit die Politik Lloyd Georges unterstützt hat, kam es am zweiten Tage zu Debatten über Resolutionen, die diese kommenden Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Industrie vorbereiteten. Auch der Vorsitzende Wardle wies in seiner Eröffnungsansprache auf diese Konflikte hin. Die alten individualistischen Philosophen und Arbeitsmethoden sind niedergebrochen, führte er aus. Was die Zeit nach dem Frieden angeht, so ist der Eingriff in frühere Methoden und Gewohnheiten so tief, daß der Wiederaufbau an England ebenso große Anforderungen stellt, wie die Wiederherstellung von Belgien, Serbien und Nordfrankreich. Demobilisierung, Arbeitslosigkeit, Pensionsfrage, Arbeitsvermittlung, Wahlrecht, Steuern, Erziehung, Beziehungen der Arbeit zu Kapital und Staat: alles das ist unerledigt, und die richtige Erledigung entscheidet über unser zukünftiges Gedeihen als Nation. Wir können nicht mehr zum alten laisser faire (laissez faire, lassen) zurückkehren.

Digitized by Google

Die Schwierigkeiten, auf die hier der englische Arbeiterführer hinweist, ergeben sich ihm schon, wenn, wie es für ihn selbstverständlich ist, England seine Feinde zu Boden geschlagen und sein Weltreich neu fundamentiert hat. In Wirklichkeit werden die Schwierigkeiten noch unendlich größer sein, da England keine Aussicht auf einen derartigen Kriegsausgang besitzt. Nicht nur die alten individualistischen Philosophen und Arbeitsmethoden sind niedergebrochen, sondern auch die alten individualistischen Gewerkvereine, die grundsätzlich nur die Arbeiteraristokratie umfaßten und die große Masse des englischen Proletariats eifersüchtig von ihren Reihen fernhielten. Die Sozialisierung der englischen Gesellschaft, mit der der Krieg den Anfang gemacht hat, wird sich nicht wieder völlig beseitigen lassen. Es wird sich zeigen, mit welchem Verständnis die Arbeiterführer diesem großen Entwicklungsprozeß entgegen kommen und ihm die Existenzbedingungen ihrer Organisation anschmiegen werden.

Jedenfalls ist die Zeit der Labour unrest, über die die englische Presse schon vor dem Kriege klagte, mit dem Frieden nicht vorbei. Im Gegenteil, sie beginnt erst richtig. Die Erschütterungen, die das soziale Leben Englands nach dem Kriege durchmachen wird, werden an Schwere und Furchtbarkeit den Erschütterungen entsprechen, die der Krieg für die politische Stellung des Weltreiches selber heraufgeführt hat.

In demselben Augenblick, in dem die Weltherrschaft Englands aufhört, zerbricht auch die Solidarität zwischen der britischen Bourgeoisie und ihrem Proletariat, die diese Weltherrschaft zur Voraussetzung hatte. Unter ganz anderen Bedingungen und in riesenhaft erweitertem Umfang wird sich erfüllen, was Karl Marx einst an der Jahreswende der Revolutionsjahre 1848 zu 1849 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" schrieb, kurze Zeit, nachdem die erste revolutionäre Bewegung der englischen Arbeiterklasse, der Chartismus, zusammengebrochen war:

Das Land aber, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in dessen eigenem Schoße die Klassengegensätze sich zur ausgeprägtesten, schamlosesten Form fortgetrieben haben — England scheint der Fels, an dem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoße aushungert. England beherrscht den Weltmarkt. Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesamten europäischen Kontinent ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser. Die Verhältnisse der Industrie und des Handels innerhalb jeder Nation sind beherrscht durch ihren Verkehr mit andern Nationen, sind bedingt durch ihr Verhältnis zum Weltmarkt, und die Bougeoisie beherrscht England.

Die Befreiung Europas, sei es die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten zur Unabhängigkeit, sei es der Sturz des feudalen Absolutismus, ist bedingt durch die siegreiche Erhebung der französischen Arbeiterklasse. Aber jede französisch-soziale Umwälzung scheitert notwendig an der englischen Bourgeoisie, an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens. Jede partielle soziale Reform in Frankreich und auf dem europäischen Kontinente überhaupt ist und bleibt, soweit sie definitiv sein soll, ein hohler frommer Wunsch. Und das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein der Chartistenpartei, der organisierten Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung

Digitized by Google

gegen ihre riesenhaften Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung — erst mit diesem Augenblicke tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit. Jeder europäische Krieg aber, worin England verwickelt wird, ist ein Weltkrieg. Er wird geführt in Kanada wie in Italien, in Ostindien wie in Preußen, in Afrika wie an der Donau. Und der europäische Krieg ist die erste Folge der siegreichen Arbeitervevolution in Frankreich. England wird wie zu Napoleons Zeit an der Spitze der konterrevolutionären Armeen stehen, aber durch den Krieg selbst an die Spitze der revolutionären Bewegung geworfen werden und seine Schuld gegen die Revolution des 18. Jahrhunderts einlösen.

Selten ist die tiefreaktionäre Stellung des „demokratischen" England so scharf gekennzeichnet worden, wie in diesen Worten des großen Revolutionärs und Sozialisten. Seine geistvolle Prophezeiung, daß England einst wie zu Napoleons Zeiten an der Spitze der konterrevolutionären Armeen der Welt stehen wird, ist heute Wirklichkeit geworden. Die Zukunft wird erweisen, ob auch der zweite Teil der Prophezeiung eintreffen wird.

Ein Schrei nach dem Zensor

Von Lynceus

Ich beginne mit drei kleinen Begebenheiten, die zufällig einander an einem und demselben Abend ablösten:

Auf der Leipziger Straße in Berlin begegnete mir ein Bekannter, der mir sagte, er sei etwas müde und abgespannt und gehe darum nur noch in das Kino, um sich den neuen Kriegsfilm von der Somme anzusehen.

Am Leipziger Platz, von wo Trupps von Urlaubern nahezu den ganzen Tag hindurch in die Stadt oder zu den Bahnhöfen im Osten strömen, steht an einer Haltestelle einer dieser Urlauber, der eben von draußen kommt. Die Stiefel und Kleider sind von Schlamm bespritzt und in seinem Gesicht liegt noch das Grauen des Schlachtfeldes. Ein loyaler freundlicher Herr tritt auf ihn zu und fragt ihn teilnehmend-neugierig, woher er komme? Der Urlauber sieht ihn fremd an, als spreche er zu einem Menschen aus einer anderen Welt. Dann geht ein schmerzlicher verächtlicher Zug um seinen Mund, mit dem er nur das Wort „Somme" ausspricht, worauf der freundliche neugierige Herr bestürzt zurückschreckt, weil nun die Reihe des Fremdseins glücklicherweise an ihm ist.

Ich gehe von da in eines der großen Weinlokale. Es ist behaglich durchwärmt, hell erleuchtet, mit essenden, schwatzenden Menschen gefüllt. Ich habe eben Platz gefunden, als ich zwei Soldaten mit verlegenen Gesichtern durch die Helligkeit, die Musik und die essenden und schwatzenden Menschen hindurchgehen sehe. Auch die kommen von draußen. Sie haben sich verirrt. Vielleicht ist es also ihre Schuld, daß sich keiner von den gewandten Großstädtern in ihrer Behaglichkeit um die Verlegenheit dieser beiden Soldaten kümmert.

Digitized by Google

An diese paar Züge, die ich leicht vermehren könnte, mußte ich denken als ich am nächsten Tag einen Brief las, den ein Gefreiter aus dem Felde der „Deutschen Politik" geschrieben hat. Dieser Brief verwies zunächst auf folgenden Zeitungsausschnitt einer großen deutschen Zeitung:

„Sehr empfehlenswerte Einblicke in die schier übermenschlichen Leistungen unserer Heldentruppen vermitteln die „U.-T.-Lichtspiele Leipziger Straße 88" ihren Besuchern durch den Riesenfilm „Unsere Helden an der Somme", denn dieser Film hat den Vorzug, mit besonderer Genehmigung der Obersten Heeresleitung hergestellt zu sein und deshalb einen bisher unmöglichen Begriff zu geben von der Tapferkeit, der Ausdauer, dem Löwenmute, aber auch von dem Leiden unserer Krieger in dem noch nicht dagewesen Getümmel der Schlacht an der Somme! Um auch der anderen Seite des Geschmacks zu genügen, enthält die Vorführungsfolge ein an Komik reiches Lustspiel, das gleich dem Somme-Film allgemeinen Beifall findet."

Zu diesem Abschnitt schrieb der Gefreite: „In Ihrer Zeitschrift ist diese Art der Teilnahme für die Leistungen unserer Truppen schon mehrfach gegeißelt worden. Vielleicht haben Sie Gelegenheit, diese Anzeige in dieser Richtung zu verwerten. Ich wollte einiges darüber schreiben, wie man hier draußen, zumal an der Somme und bei den „Helden", die an „dem noch nicht dagewesenen Getümmel der Schlacht an der Somme" teilgenommen haben, über derartige Anzeigen und die dadurch gekennzeichneten Anschauungen mancher, leider vieler Geschäftsleute und solcher Leute, die von Hause zusehen, denken. Aber mir fehlen vor Empörung und Ekel die Worte. Den Herrschaften daheim sollte endlich einmal klar werden, daß wir hier draußen den „Geschmack" am Darstellen von Heldenrollen leicht verlieren können, wenn wir sehen, welch geringen Bildungseinfluß „Tapferkeit, Ausdauer und Löwenmut" auf den „Geschmack" des Volkes ausüben."

Die Gesinnung, die aus diesem Briefe spricht, ist so prächtig, daß sich jedes Wort der Erläuterung von selbst verbietet. Der Gefreite hat nur darum nicht recht, daß er den Geschmack des Volkes für solche Widerwärtigkeiten verantwortlich macht. Die Verantwortung liegt vielmehr allein an der Gedankenlosigkeit, mit der viele unserer Tagesschreiber mit der Sprache umgehen, an ihrer Unfähigkeit, mit der Sprache die Gefühle und Gedanken zu verbinden, die mit den Worten verknüpft sind, in der Aufdringlichkeit von Anpreisungen, die den Bombast und einen ungeheuren Wortschall zu brauchen glauben, um überhaupt noch zu wirken. So leblos, ausdruckslos halten sie die Sprache, daß sie meinen, mit Keulenschlägen dreinschlagen zu müssen, um sich vernehmlich zu machen. Als ob das Wort Mut nicht allein genüge. Als ob das Getümmel der Schlacht an der Somme noch nicht dagewesen sein müßte, um Eindruck zu machen. Als ob der furchtbare Ernst der Kämpfe nicht ausreichte, um dem Geschmack des Publikums zu genügen, und auch „ein an Komik reiches Lustspiel" hinzukommen müßte, um den U.-T.-Lichtspielen „allgemeinen Beifall" zu sichern.

Digitized by Google

Die Sache hat aber eine noch viel ernstere Kehrseite. Das Geschäft kann einen Charakter verderben. Warum nicht auch das Gefühl und den Geschmack und die Sprache? Für die U.-T.-Lichtspiele ist die Sommeschlacht eben nur ein Geschäft.

Schon schlimmer ist es, daß die U.-T.-Lichtspiele darauf rechnen dürfen, für einen „Riesenfilm von der Sommeschlacht" Liebhaber zu finden. Kinos sind Schaustellungen, von denen keiner ehrlichen Herzens wird sagen wollen, daß sie Bildungsstätten zu sein Anspruch machen dürfen. Ein Film von der Sommeschlacht wäre schon an einer Bildungsstätte eine Gefühlsroheit, wenn sie nicht ausschließlich militärischen Fachleuten diente, die daran etwas für ihr Fach lernen müssen und wollen. Ein Kriegsfilm in einem Lichtspieltheater ist eine Schaustellung zur Unterhaltung, also ein Hohn auf den Ernst des Kampfes, von dem man gesagt hat, er sei „heilig", eine Herabwürdigung der Majestät des Leidens und des Todes.

Am schlimmsten aber ist es, daß keine Zensur um diese Films und um diese Anzeigen sich kümmert. Weder, wenn draußen die Photographen der U.-T.-Lichtspiele das Schlachtfeld für geschäftliche Zwecke absuchen und kämpfende deutsche Männer zu Objekten ihrer Schaustellungen machen; noch im Lande, wenn ein geschäftiger Filialleiter für diese Objekte die Werbetrommel rührt oder rühren läßt.

Ein italienischer Schriftsteller hat vor kurzem im „Corriere della Sera" die Leistungen des deutschen Volkes im Kriege gerühmt. „Der „Vorwärts", das offizielle Organ der deutschen Sozialdemokratie, schreibt unter Billigung des unbeschränkten U-Bootkrieges folgende Worte, die unsere Leser sich gut einprägen mögen: ‚Am Schluß dieses schwersten aller Kriege wird niemand sagen können, daß die deutschen Soldaten, die deutschen Arbeiter und die deutschen Sozialisten nicht ihre Pflicht gegenüber der Gemeinschaft bis zu Ende, bis zum äußersten getan haben.' Das ist wahr. Niemand wird sagen können, daß das deutsche Volk, von dem vielleicht in Europa die größten Opfer gefordert wurden, nicht ein unvergeßliches Beispiel von Einigkeit, Disziplin und Hingebung gegenüber dem obersten Gesetz des öffentlichen Wohles gegeben hat. Die Soldaten kämpfen tapfer, die Arbeiter arbeiten angestrengt in den Werkstätten, die Sozialisten halten ihre Kritik an der Regierung in den Schranken einer Klugheit, die ihr unbestreitbares patriotisches Bewußtsein beweist."

Dieses deutsche Volk verlangt so wenig nach dem Kriegsfilm wie nach 500 Aufführungen des Schauspiels „Immer feste druff".

Die danach dennoch verlangen — nun, die mögen sich von der Somme ihre Kriegseindrücke gefälligst selbst holen.

Digitized by Google

Notizen

Das Kriegsende. Der Entschluß der Befehlshaber unserer Heere ist, daß der Krieg mit dem Sommer 1917 endet. (Mr. Hodge in einer Rede in „Walworths Baths".) — Die führenden Geldleute New Yorks glauben, daß dieses das letzte Kriegsjahr ist und die Entscheidung nicht lange nach der ursprünglich von Kitchener vorausgesagten Zeit von drei Jahren erfolgen werde. Das hieße also, daß am 1. August der Krieg ein Ende hätte und die Alliierten somit mit ihren Geldern, Mannschaften und übrigen Mitteln gerade auskommen würden. („Financial News".) — Die Petersburger Konferenz, welche alle Anzeichen eines Kriegsrates hat, ist zweifellos die letzte Versammlung der Alliierten vor dem Beginn der Entscheidung. („Journal de Genève".)

Das deutsche Friedensangebot. Vom deutschen Standpunkt waren die Friedenseröffnungen gerechtfertigt, ohne daß man darin ein Zeichen der Erschlaffung oder Schwäche sehen mußte, und folglich beunruhigen sie die Öffentlichkeit nicht. Sie tragen im Gegenteil einen Zug der Großmut, da sie im Anschluß an mehrere Siege über einen neuen Feind erfolgen. Ferner erfüllten sie die überwiegende Mehrheit des Volkes mit Befriedigung, denn seit mehr als zwei Jahren erzählt man demselben ohne Unterlaß von Triumphen, ohne jemals eine Aussicht auf Frieden zu gewähren. Dem besorgten hungerleidenden Deutschland mußte zum dritten Weihnachtsfest etwas anderes als Zeitungsartikel geboten werden. Die Note vom 12. Dezember ist in den Schützengräben und am heimatlichen Herd wie ein wunderbares Geschenk aufgenommen worden. (Albert Gauvain in „Revue de Paris".)

Die Friedensfrage behandelt Professor Kjellén in einer Artikelreihe der schwedischen Zeitung „Nya Daglight Allehanda": Nach der deutschen Blockadeerklärung habe die Reichsregierung sich mit dem preußischen Gedanken in bezug auf das Mittel zum Sieg solidarisch gemacht, was aber nicht bedeute, daß sie auch seine Ziele übernommen hat. — Es gibt drei Friedenstypen: Hubertusburg 1763, Frieden ohne Sieg; dies ist das Ideal Wilsons und Dagens Nyheter; der zweite ist der Typ Bukarest 1913, mit dem Losungswort: Vae Victis, das Ziel der Entente und der Alldeutschen; der dritte ist der Typ Nikolsburg 1866, der Schmerz der Niederlage durch einen Frieden gemildert, zwar unter Opfern, aber ohne Demütigung. Wenn das Geschick Deutschland den vollen Sieg vorbehält, müssen wir im Namen der Menschheit und im Namen Deutschlands hoffen, daß der letzte Typ das Friedensprogramm Deutschlands werde.

Gegen chauvinistische Kriegsziele wendet sich die russische Zeitung „Djen". Er erläutert ein chauvinistisches Programm der „Russkaja Walja", so: Weiter kann man wohl kaum gehen: höchstens noch durch die Verwirklichung der Politik der assyrischen Tyrannen: die ganze männliche Bevölkerung Deutschlands abzuschlachten und die Frauen und Kinder in die Sklaverei zu verschleppen. Herr Amphitheatrow, der Redakteur der „Russkaja Wolja" paßt sich jeder Lage an: es gab eine Zeit, da er sich in den Feuilletons als „old gentleman" über die Juden lustig machte; dann kam die Zeit des „roten Banners", und jetzt die des Quasi-Patriotismus und Kannibalismus.

„Deutsche Weisheit und Kultur" will der Genfer Korrespondent des „Telegraaf" in einer festen Rubrik behandeln. Als erste Beiträge liefert er Aussprüche von H. S. Chamberlain, J. L. Reimer, Friedrich Lange u. a., Christus sei ein Deutscher, die Germanen die Aristokratie der Menschheit, die lateinischen Völker gehörten dagegen zur Bande der Degenerierten usw.

Die Frage: Bern oder Haag? läßt sich sehr aussichtsreich in die Forderung formen: Bern und Haag. Es ist nicht allein die Parallele zu dem Frieden von Münster und Osnabrück, sondern die Wahrscheinlichkeit, daß für den kommenden Friedensschluß zwei zeitlich getrennte Aktionen zu erwarten sind, die dann sehr gut auch örtlich auseinanderfallen können... Es erscheint mir wichtig, den Ausweg aus dem gegenwärtigen Krieg von zwei getrennten Aktionen

Digitized by Google

zu erwarten, deren einer in erster Linie den Abschluß der Feindseligkeiten im sogenannten „Friedensschluß" obliegen wird, während die andere der Errichtung des künftigen wirklichen Friedens durch Grundlegung einer neuen europäischen Ordnung wird dienen müssen... Bern würde der Sitz jener Konferenz sein, die die Grundlagen der künftigen Friedensordnung beschließt. („Neue Züricher Zeitung".)

Wilson. Wenn Wilson neutral bliebe, würde er zu Friedensverhandlungen nicht eingeladen werden. Wenn er aber doch eingeladen würde, so hätte sein Wort keine volle Gültigkeit. Aber wenn er als Kriegführender und Verbündeter der Entente erscheint, dann ist es etwas anderes. Wilson wird als Feind edelmütig und wohlwollend sein. („Journal de Genève".)

Neuerscheinungen

Erziehung, Philosophie

Krieg und Schule. Vortrag, gehalten auf der Kriegs-Volks-Akademie in Diez, Okt. 1916, von Th. Bäuerle. (Zentralst. z. Verbreitung guter deutscher Literatur, Bad Nassau a. L.) 22 S.

E. von Sallwürk: Über Art und Gebrauch der Schulbücher. Heft 642 in Friedrich Manns pädagogischem Magazin. (Langensalza, H. Beyer & S.) 19 S. 30 Pfg. Äußert den (berechtigten) Wunsch, daß die Schulbücher auch Haus- und Familienbücher werden.

Hans Offe: Ziele und Wege der Erdkunde an höheren Schulen. (G. Freytag, Leipzig.) 48 S. Ruft zum Ausbau des heute unzeitgemäßen geographischen Unterrichts auf.

Fritz G. Jwand: Die Juristische Fakultät der Universität Straßburg 1538—1870. (Straßburger Druckerei und Verl.-Anst., Straßburg i. E.) 69 S.

Dr. Else Hildebrandt: Die schwedische Volkshochschule. Ihre politischen und sozialen Grundlagen. (Heymanns Verl., Berlin.) XVI und 155 S. Verfolgt die Entstehung der schwedischen Volkshochschule aus den wirtschaftlichen sozial-politischen Grundlagen des Landes in der Geschichte der Organisation und ihrer Leistungen, ihre Ausdehnung auf Industriearbeiter, schildert Arbeitsweise und Wirkung. Die Frage, ob solche Volkshochschulen in Deutschland möglich sind, wird für die Gebiete mit bäuerlicher und vorzugsweise protestantischer Bevölkerung bejaht, Selbsterarbeitung der geistigen Werte gefordert.

Alfred Leopold Müller: Praktische Gedächtnispflege. (Frankhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.) Preis geh. M. 1.60, geb. M. 2.25. 108 S.

Deußen: Die Philosophie des Mittelalters. (F. A. Brockhaus, Leipzig.) 517 S. Im Anschluß an des Verfassers Philosophie der Bibel wird der Eingang des christlichen Gedankens in die griechisch-römische Welt, in die Völker des nördlichen Europa und schließlich in die Europas überhaupt, also Patristik und Scholastik bis zu ihrer Blüte im Thomas von Aquino, die Mystik des Meisters Eckart, die Philosophie des Nicolaus Cusanus, Bacons, Brunos dargestellt. Die allgemeine Geschichte der Philosophie des Verf. wird durch diesen Band abgeschlossen.

Landeskunde

Eugen Fehrle: Deutsche Feste und Volksbräuche. 518. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" B. G. Teubner, Leipzig (107 Seiten mit 30 Abbildungen, geb. M. 1.50. Entwicklung und Schilderung der deutschen Jahresfeste und Bräuche, die sich an den Werdegang des menschlichen Lebens anschließen. Beweis des einheitlichen deutschen Denkens vom Bodensee bis zur Nordsee.

Prof. Otto Laufer: Niederdeutsche Volkskunde. (Quelle & Meyer, Leipzig.) 132 S. Preis geb. M. 1.25. Mit zahlreicher Abbildungen. — Darstellung der Stammeskunde, Lebensformen, Sprache, Dichtung, des Glaubens und der Sitten. Ein gutes Handbuch für den Freund Fritz Reuters, Klaus Groths.

Märchen und Sagen aus den Baltischen Provinzen. (Ostsee und Ostland. Band 1. Felix Lehmann Verlag, G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg.) Preis br. M. 3.—. Die schönsten Märchen des Baltenlandes.

Wilhelm Hausenstein: Belgien. Verlag Georg Müller, München-Berlin. Mit 20 Abb. 48 S. 1915. Von 20 Abbildungen begleitete Notizen über Städte, Wirtschaft und Politik, Kunst, Volkscharakter.

Flandern wird in einem Sonderheft der Illustrierten Zeitung, Kriegsnummer 132, Verlag J. J. Weber in Leipzig, Preis M. 2.—, in seiner künstlerischen Eigenart an Hand zahlreicher schöner Abbildungen geschildert.

Geschichte

Hermann Schnell: Volkstümliche Geschichte des deutschen Liberalismus. (Reinhardt-Verl., München.) 87 S. Preis M. 1.—. Volkstümliche Geschichte der Entwicklung des Liberalismus seit seiner Geburtszeit (1806), Darstellung seiner Kampfe

Digitized by Google

jahre (1819—1858), seines Triumphzuges (1858—1878) und der danach einsetzenden Zersplitterung. „Liberalismus wird früher und später immer wieder sich durchringen."

Prof. D. Wilhelm Walter: Luthers Charakter. Eine Jubiläumsausgabe der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz. Mit Titelbild. 2. Aufl. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Werner Scholl, Leipzig 1917. Geb. M. 5.—. 214 S. Volkstümliches Charakterbild, das aus den Grundzügen „einer vollendeten Offenheit und Wahrhaftigkeit" den Menschen Luther begreiflich macht.

Otto Beck: Das Herrscherhaus Hohenzollern. Etymologie des Namens Hohenzollern. (Druckerei Lehrlingshaus, Mainz.) 40 S. Preis M. 1.—.

Der Schwabenkönig und sein Haus. Eine Jubiläumsschrift von Wilh. Widmann. Uhlandsche Buchdruckerei, Stuttgart. Mit 14 Abb. 122 S. Preis M. —.75.

M. Berbig: Die Familienbeziehungen der kriegführenden Fürstenhäuser unter besonderer Berücksichtigung des Hauses Sachsen-Coburg und Gotha. Verlag F. A. Perthes, A.-G., Gotha 1917. Entwicklungsgeschichte des vielverzweigten herzoglichen Hauses Sachsen-Coburg und Gotha auf 14 großen Stammtafeln mit gegenüberstehenden geschichtlichen Erläuterungen.

Karl Aspern: Geschichte der Polen. (Verl. Josef Habbel, Regensburg.) 132 S. Preis geb. 3.—. Volkstümlich geschriebene und gegliederte Darstellung der politischen Geschichte vom Jahre 1000 bis zum Ausbruch des europäischen Krieges.

W. Stein: Im Lande des weißen Adlers. Bilder aus Polens Vergangenheit und Gegenwart. Verlag Grethlein & Co., Leipzig-Berlin. Kurze geschichtliche Einleitung und etwa 100 Bildertafeln aus Geschichte und Volksleben mit erläuterndem Text.

Schöne Literatur

J. P. Eckermann, Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. 1823 bis 1832. Kommentierte Ausgabe. Mit Einleitung, erläuternden und ergänzenden Anmerkungen, sowie mit einem Register versehen von Prof. Dr. Eduard Castle. Mit 48 Abb. und 2 Handschriftproben. (Bong & Co., Berlin.) Geb. M 8.—. Ausgezeichnetes Kommentar und ausführliches, zuverlässiges Register.

Türkische Erzählungen. R. M. Kaufmann hat für den Delphin-Verlag in München eine Reihe türkischer Erzählungen gesammelt, der zweiten Blütenlese aus der türkischen Literatur, die der Verlag veranstaltet. Die Sammlung vereinigt in gut lesbaren Übersetzungen Erzählungen, die die türkischen Anschauungen, Ideale und den Stand der Literatur kennzeichnen. (157 S., geh. M 1.80.)

Zeitschriften

Das junge Europa. Jährlich 12 Mark. Inhalt der letzten Nummer: Tagung der ungarischen waffenbrüderlichen Vereinigung. (Heft mit Beiträgen von Andrassy, Metropolit Mangra, Davis Trietsch und zahlreichen anderen ungarischen und türkischen Gelehrten.) Die Zeitschrift macht es sich zur Aufgabe, die Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland enger zu knüpfen und für das gegenseitige Verständnis feste Unterlagen zu schaffen.

Die bildende Kunst, Wiener Monatshefte, I. Jahrgang 1916, Heft 1/2. Kunstverlag Anton Schroll & Co., G. m. b. H., Wien. Unter Schriftleitung von Dr. H. Fleischer ist im Oktober 1916 eine neue österreichische Kunstzeitschrift ins Leben getreten, die von zeitgenössischer österreichischer Kunst Zeugnis abzulegen sich zur Aufgabe macht. Das erste Doppelheft (Bezugspreis 12 Hefte 25 Mark) erweckt mit der Biographie des ausdrucksstarken Plastikers A. Hanak, einem Wort der Erinnerung an M. Kurzweil, Betrachtungen zur inneren und äußeren Architektur des neuen Wien und einem Bericht über die staatliche Flüchtlingsfürsorge schöne Hoffnungen für die Zukunft und eine Gewähr für die überlegte zielbewußte Haltung des Blattes.

Kriegsliteratur

Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin. Preis pro Heft M. —.25. Heft 21: Die Schlacht vor Verdun. Die Schlacht an der Somme. Mit zwei Karten. 22 S. Heft 22: Der Dobrudscha-Feldzug. Mit einer Karte. 22 S. Heft 23: Aus den Kämpfen der deutschen Karpathentruppen (1916.) Die Ostfront im November 1916. Mit einer Karte. 22 S.

Benno Engelbert: Von den Kordillieren zur deutschen Front. Erlebnisse eines deutschen Seemanns. (E. S. Mittler & Sohn, Berlin. 80 S.) Schlichte ehrliche Schilderung mannhaft unternommener und bestandener Abenteuer eines jungen Deutschen zur Erfüllung der Pflicht.

Wilhelm Spengler: „Wir waren drei Kameraden". Mit einer Einführung von Prof. Philipp Witkop (XII und 160 S.) Freiburg 1917, Herder. Kart. M. 2.20). Eindringliche, lebensvolle Schilderungen aus den ersten Monaten des Krieges, von einem aufrichtigen gesunden Menschen mit der Einfachheit aufgezeichnet, die allein großem Geschehen gerecht zu werden vermag.

Walter Flex: Der Wanderer zwischen beiden Welten. C. H. Beck, München (106 S., geb. M. 2.50). Nachruf auf einen Gefallenen, dessen tiefe reine und edle Persönlichkeit als ein Idealbild deutschen Wesens liebevoll und nachdenklich festgehalten wird.

Digitized by Google

Andrs Jolles: Ausgelöste Klänge. Briefe aus dem Felde über antike Kunst. Berlin 1916. Weidmann. (101 S., geb. M. 2.50.) Gedankenreiche Skizzen über Sion und Wert der antiken Kultur, die, getrennt von dem Gegenstand der Betrachtung, in der Ferne aus der Erinnerung eines Kämpfers im Felde mit außergewöhnlicher Schärfe und ungetrübter Eigenart gesehen und gewertet wird. Eines der gedankenreichsten Kulturbücher des Krieges.

Franz Schrönghamer-Heimdal: Helden der Heimat. Herdersche Verlagsbuchhandlung Freiburg i. Br. Preis M. 1.80, kart. M. 2.20. Stimmungsbilder, Erzählungen und Schilderungen aus den Kämpfen.

Fritz Segelken: Hans Ludwig der Spion. Seine Erlebnisse in England. (Vogel, Leipzig.) 186 S. Preis M. 1.—. Erlebnisse des Seeoffiziers Hans Lody, der im ersten Kriegsjahr in England erschossen wurde.

Briefe unserer Gefangenen. Eine Auswahl aus eingegangenen Dankbriefen. Herausg. von F. W. Brepohl und Pastor Gottl. Fischer. Mit drei Bildern. (Bad Nassau a. Lahn.) 56 S.

Der Kleine Führer durch Lille. Kalender auf das Jahr 1917. Verlag der Liller Kriegszeitung, Herbst 1916.

Die Liller Kriegszeitung läßt durch Hauptmann Höcker die vierte Auslese aus Text und Bildmaterial im Verlag der Liller Kriegszeitung erscheinen.

Die Deutsche Bücherei in Belgien, errichtet von der Bildungszentrale beim Generalgouvernement Brüssel gibt in der Staatsdruckerei Brüssel das erste Bücherverzeichnis heraus, ein erfreuliches Zeugnis der Wirksamkeit der Bücherei. Auf die gut gewählte Schöne Literatur (darunter englisch, französisch, flämisch) kommen 64 Seiten, auf belehrende Literatur ungefähr des Doppelte.

Victor Prütz: Gott, Heimat, Vaterland, Verlag der Stillerschen Hofbuchhandlung Schwerin (Mecklbg.). Preis M. —.40. 36 S. (Fünf Feldandachten).

Hermann Müßle: Wie sorgt das Vaterland für seine kriegsbeschädigten Helden-söhne? Mit einem Geleitwort von Dr. A. Ritschl. Mit einem Titelbild und 19 Textabbildungen. Verl. der A.-G. „Badenia" Karlsruhe, 1917. 40 S.

K. A. Boeticher-Wechsungen: Die Grundlagen der natürlichen Kampf- und Lebensgemeinschaft Deutschlands und Österreich-Ungarns. (Puttkamer & Mühlbrecht, Berlin.) 151 S. Sucht die Berechtigung des mitteleuropäischen Gedankens von entwicklungsgeschichtlichen Grundsätzen aus zu erweitern.

Emil Zimmermann: Kann uns Mesopotamien eigene Kolonien ersetzen? Verlag Kolonial-Wirtschaftliches Komitee, Berlin NW 7, Preis 40 Pf. 12 S. Begründet die Notwendigkeit des Besitzes von Kolonien.

Eduard Stadtler: Französisches Revolutionsideal und neudeutsche Staatsidee. Das deutsche Nationalbewußtsein und der Krieg. Zwei Abhandlungen zu 1789 und 1914. (Volksvereinsverl., M.-Gladbach.) 67 S. Preis M. 1.20.

Dr. Josef Metzger: Vaterländische Friedensarbeit. Ein Rückblick und Ausblick. (Verlag „Volksheil", Graz.) 74 S. Preis M. 1.—. (Reinertrag zum Besten des Katholischen Kreuzbündnisses.) Tätigkeitsbericht der im Jahre 1916 begründeten Vereinigung.

Dr. Gerhard Albrecht: Übergangswirtschaft und Arbeiterfrage. Aus dem Kaiser Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie. Sonderabdruck aus dem Preußischen Verwaltungsblatte. (Carl Heymanns Verlag, Berlin.) 24 S. Preis M. 0.60.

Prof. Dr. Wygodzinski: Die Nationalisierung der Volkswirtschaft. Heft 8 der Kriegswirtschaftlichen Zeitfragen. (Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen.) 68 S. M. 1.60. „Nicht eine absolute, sondern eine relative Nationalisierung ist das denkbare Ziel unserer Wirtschaftspolitik." Die Wirtschaftspolitik mündet in die große Politik, deren Endziel die Achtung vor dem Rechte aller Völker ist.

Dr. Hugo Lindemann: Die deutsche Stadtgemeinde im Kriege. Heft 6/7 der „Kriegswirtschaftlichen Zeitfragen", herausgegeben von Dr. Franz Eulenburg. Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen. Preis M 2.—. 94 S. Begleitet die Gemeinden in ihrer Tätigkeit für die Kriegswohlfahrtspflege und versucht ihre wichtigsten Seiten zu erfassen. Der Krieg hat dem Verfasser „den unschätzbaren Wert einer freien, mit großen Rechten ausgestatteten Selbstverwaltung gezeigt, mit der die Geschicke unseres Volkes unlösbar verbunden sind".

W. Müller-Eberhart: Deutschwerdung. — Ein Weckruf allen Deutschen zur Zeitenwende. (Zentralstelle zur Verbreitung guter deutscher Literatur, Bad Nassau a. L.) 31 S.

Albert Markmann: Kriegsklänge. Gedichte aus Deutschlands Heldentagen. Xenien-Verlag zu Leipzig 1916. 35 S.

Carl Schmeltzer: Blätter der Zeit. Vom Krieg zum Frieden. Gedichte. Verlag A. W. Kaufmann, G. m. b. H., Danzig. 31 S. Preis M —.75.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 9. März 1917 · Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Deutsches Strafrecht der Zukunft

Von Wilhelm Kahl

Im Sommer 1914 schien eine neue Zukunft des deutschen Strafrechts schon recht nahe gerückt. Nach nahezu zwölfjähriger mühevoller und von Begeisterung zur Sache getragener Vorbereitung durch Wissenschaft und Praxis waren im Reichsjustizamt die amtlichen Entwürfe eines Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich und eines Einführungsgesetzes dazu fertiggestellt. Der wesentliche Inhalt der in Aussicht genommenen Reformen war fortlaufend schon während der Verhandlungen der Strafrechtskommission zwischen April 1911 und Oktober 1913 in der „Deutschen Juristenzeitung" zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die vollständige Veröffentlichung von Text und Begründung konnte etwa an Ostern 1915 erwartet werden. Für ungefähr 1917 hatte der Staatssekretär die Vorlage der Entwürfe an den Reichstag in Aussicht gestellt. Das Ganze war als ein großzügiges Gesetzgebungswerk gedacht. Denn außer dem Strafrecht engeren Sinnes sollten auch Strafvollzug und Strafprozeß, jener neu, dieser in Wiederaufnahme früher gescheiterter Entwürfe, in die Reform einbezogen werden, da diese drei eine untrennbar in sich geschlossene Gedankeneinheit bilden und erst von ihrer gleichzeitigen Einführung ein voller Erfolg für die Zukunft des deutschen Strafrechts erwartet werden kann. Allen diesen Plänen und Hoffnungen hat der Krieg ein vorläufiges Ende bereitet.

Aber doch nur ein vorläufiges. Die Hand muß am Pfluge bleiben. Gewiß werden unmittelbar nach dem Kriege dringlichere Aufgaben an die Staatsgesetzgebung herantreten. Finanzielles und Wirtschaftliches, Heilung von Wunden, Verjüngung der Volkskraft werden voranstehen. Aber auch die Fortsetzung unterbrochener Kulturwerke bleibt Staatsnotwendigkeit. Die Strafrechtsreform wird dabei mit in erster Linie zu berücksichtigen sein. Denn ihre allgemeinen und zwingenden Gründe bestehen fort. Möglicherweise werden sie noch verstärkt auftreten. Man kann hier zwar nicht von einer geschichtlich sicher beglaubigten Erfahrung sprechen; aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ein so lange andauernder und dergestalt an die tiefsten Wurzeln des Volkslebens reichender Krieg zunächst eher eine Steigerung als eine Verminderung der Krimina-

Digitized by Google

lität mit sich bringt. Auf den Inhalt des künftigen Strafrechts dürfte eine solche Erfahrung einen Einfluß freilich nicht üben. Denn das Strafrecht der Zukunft darf nicht auf vorübergehende Ausnahmezustände berechnet, sondern muß auf die Voraussetzung eines sozusagen normalen Ablaufs der Kriminalitätsbedingungen abgestellt sein. Damit ist aber andererseits doch nicht gesagt, daß, wenn die Reform wieder aufgenommen wird, es möglich oder auch nur ratsam sein werde, sie an allen Punkten da wieder anzuknüpfen, wo sie unterbrochen wurde. Die Kriegserfahrungen können unmöglich spurlos an ihr vorübergehen. Schon die von Grund aus veränderten sozialen Verhältnisse werden die Umprägung mancher Straftatbestände bedingen. Es wird ferner alles nachzuprüfen sein, was unmittelbar oder mittelbar mit dem Kriegswesen selbst in sachlichem Zusammenhange steht. Wieder anderes wird von dem Fortbestand oder Wegfall zahlreicher während des Krieges ergangener Strafgesetze abhängig sein. Auch das sogenannte internationale Strafrecht, d. h. das Fragengebiet über die Bestrafung von Inländern oder Ausländern wegen der im Ausland begangenen strafbaren Handlungen wird möglicherweise an entscheidenden Punkten durch Kriegserfahrungen beeinflußt werden. Endlich ist seit Anfang 1916 ein neues Problem in den Bestrebungen auf Einheit oder Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auch auf dem Gebiete des Strafrechts hinzugetreten. Von verschiedenen Seiten also wird der Anstoß gegeben sein, die Vorarbeiten zur Strafrechtsreform noch einmal aufzunehmen, ehe an die Verabschiedung eines Gesetzentwurfes gedacht werden kann. Eine Verzögerung ist unvermeidlich. Wie lange sie dauern werde, darüber orakelt man am besten nicht. Es darf keine Mühe gescheut werden, der Zukunft Deutschlands das denkbar beste Strafgesetzbuch zu sichern. Aber eine Verschleppung darf es nicht werden. Die Arbeit muß entschlossen wieder angefaßt werden, sobald es die Zeitlage irgendwie gestattet. Alle durch die Kriegseinwirkungen bedingten Änderungen des Kommissionsentwurfes betreffen und bedeuten gegenüber seinen führenden, aus einer langen Reihe von Erfahrungstatsachen gewonnenen Grundgedanken doch nur Einzelheiten. Von diesen Grundlagen kann nicht mehr abzuweichen sein, soll das deutsche Strafrecht der Zukunft den Dienst leisten, den Staat und Gesellschaft von ihm erwarten müssen.

Die Summa aller Erfahrungen ist eine dreifache. Die Bestrafung des Verbrechertums ist seiner psychologischen Eigenart schärfer anzupassen. Neben der Bestrafung ist als notwendig ergänzende Aufgabe die Sicherung in die Strafrechtspflege selbst organisch aufzunehmen. Die Freiheit des strafrichterlichen Ermessens bedarf der grundsätzlichen Erweiterung. Die beiden ersten Grundforderungen führen am Bilde des Lebens notwendig ineinander über. Ich fasse ihre Verwirklichung nach dem Plane der Kommission daher nachfolgend in kurzer Übersicht zusammen.

Einer schärferen psychologischen Individualisierung für die Zwecke der Strafe und

Digitized by Google

Sicherung bedürfen namentlich Jugendliche, geistig Minderwerte, Trunkenheitsverbrecher und Rückfällige.

Die Sorge um das jugendliche Verbrechertum liegt jedem auf dem Herzen. Der Krieg hat neue Bedingungen der Jugendkriminalität geschaffen. Aber gerade hier gilt, was oben allgemein gesagt ist: die Ausnahmeverhältnisse dürfen nicht zur Norm des Zukunftsstrafrechts gemacht werden. Die Regelerfahrungen des Friedenszustandes sind ihm zu Grunde zu legen. Eine Erfahrung tritt hier beherrschend in den Vordergrund. Das ist, bei der ganzen Behandlung des Problems sich gegenwärtig zu halten, daß Jugendlichen gegenüber dem staatlichen Strafrecht sehr bestimmte Grenzen der Leistungsfähigkeit gezogen sind. Nichts verkehrteres, als im Kampf gegen das jugendliche Verbrechertum in erster Linie nach dem Strafrichter zu rufen. Der Dienst, den ein verbessertes Strafrecht hier leisten kann, beschränkt sich im wesentlichen auf zwei Punkte. Zunächst ist das Alter der Strafmündigkeit überhaupt von 12 auf 14 Jahre zu erhöhen. Schulpflichtige Kinder gehören noch nicht in die staatliche Strafanstalt. Die härtesten Erziehungsmaßregeln in der richtigen Mischung von Strenge und Liebe, aber fern von Haftlokalen und Gefängnismauern. Dem Wesen staatlichen Strafvollzugs stehen sie noch verständnislos gegenüber. Nicht wenige haben von da den Keim zur Verbrecherlaufbahn mitgebracht. Eine in diesem jugendlichen Alter begangene Übeltat darf nicht infolge Verurteilung zu staatlicher Freiheitsstrafe eine Belastung für die ganze Zukunft werden. Zum anderen muß der Erziehungsgedanke mit viel größerer Wucht in das Jugendstrafrecht eintreten. Dies hat der Kommissionsentwurf durch eine Reihe sich steigernder Maßnahmen zu verwirklichen versucht. Er erweitert den Apparat der dem Strafrichter zur Verfügung zu stellenden Erziehungsmittel. Neu und grundlegend wichtig ist darunter namentlich die Einführung einer Schutzaufsicht über Jugendliche, d. h. Bestellung eines persönlichen Pflegers mit ausschließlich erziehlicher Aufgabe. Die Hauptsache aber ist der große neue Grundsatz: in geeigneten Fällen Erziehung „an Stelle der Strafe". Er beruht auf der Erfahrungstatsache, daß bei manchen jugendlichen Übeltätern die Nichtbestrafung retten, die erste Bestrafung zum zweiten Verbrechen führen kann.

Für die richtige Behandlung geistig minderwerter, sogen. vermindert zurechnungsfähiger Verbrecher ist im geltenden Strafrecht ganz ungenügende Vorsorge getroffen. Sie werden höchstens etwas milder bestraft. Einem Vorurteil ist hier zunächst zu begegnen. Nimmt die Öffentlichkeit an einem Verbrechen Interesse und es wird die Frage auch nur aufgeworfen, ob der Verbrecher zurechnungsfähig war, so erhebt sich weithin der entrüstete Verdacht, daß Mediziner und Juristen bestrebt sein werden, den Verbrecher der verdienten Strafe zu entziehen. So liegt die Sache nicht. Die Gewissenhaftigkeit der Rechtspflege darf man nicht antasten. Die Verwirklichung der Gerechtigkeit erfordert, daß den Schuldigen alles, aber hinwiederum nicht mehr und nichts anderes treffe, als er verdient. Tatsächlich sind nun die Zustände verminderter

Digitized by Google

Zurechnungsfähigkeit oder, wie richtiger zu sagen wäre, einer infolge geistiger Minderwertigkeit verminderten Schuld überaus zahlreich. Ihre Quellen sind mannigfaltiger Art: Neurasthenie, Hysterie, Epilepsie, Alkoholismus, Hypochondrie, Morphinismus und anderes. Alle derart Belasteten sind entweder im Intellekt oder in der Widerstandskraft gegen Versuchung oder in beidem erheblich herabgesetzt, ohne doch notwendig völlig geisteskrank und damit zurechnungsunfähig zu sein. Andererseits neigen gerade solche Leute leichter zu strafbarem Tun, als vollwertige Menschen; z. B. Melancholiker und Neurasthenische zu Verzweiflungstaten, Hysterische zu Beleidigungen, falschen Anschuldigungen, anonymen Briefen, falschen Aussagen, Alkoholiker zu Brutalitäten oder Sittlichkeitsverbrechen. Mit einfach milderer Bestrafung ist nichts getan, im Gegenteil geschadet. Es bedarf einer individuellen Behandlung. Die Hauptsache ist, daß solche Übeltäter nicht wieder unkontrolliert in die Freiheit entlassen werden. Die Harmlosen unter ihnen kann man wieder unter Schutzaufsicht bringen, für Frauen wären Frauen zu bestellen. Solche aber, die durch ihren Krankheitszustand der öffentlichen Sicherheit gefährlich sind, müssen nach der Strafverbüßung in einer Heil- oder Pflegeanstalt verwahrt werden. Nur davon kann ein wirksamer Schutz der Gesellschaft, vor allem auch eine Sicherung des geistig Minderwerten vor sich selbst, gegen Rückfall in das Verbrechen erwartet werden. Auf die Stimmen derer, die da sagen, die Heilung und Verwahrung habe mit dem Strafrecht nichts zu tun, ist nicht zu hören. In einem theoretisch eng gebundenen Horizont können die Aufgaben des Strafrechts der Zukunft nicht gelöst werden. Das Leben ist zu befragen, nicht die Theorie.

Einer grundsätzlich gesetzgeberischen Lösung bedarf ferner das Problem des alkoholischen Verbrechertums. Freilich muß auch hier der Strafgesetzgeber von vornherein seiner Schranken sich bewußt bleiben. Er hat nicht die Rolle des Moralisten zu übernehmen und nicht die Trinksitten zu regulieren. Ihn geht die Sache nur an, soweit sie mit dem Verbrechen zusammenhängt. Zwei Fragen sind scharf zu trennen: Begehung strafbarer Handlungen im krankhaften Zustande chronischer Trunksucht oder im Zustande akuter Trunkenheit ohne Krankheit. Im ersteren Falle wird in der Regel nicht Strafe, sondern Heilung und Sicherung in Frage kommen. Umgekehrt im zweiten Falle. Beim Rauschverbrechen des Gesunden handelt es sich nicht um Heilung und Sicherung, sondern um die Bestrafung. Hier liegen die Schwierigkeiten. Sie treten namentlich dann hervor, wenn der Täter sich sinnlos betrunken und in diesem Zustande eine Straftat verübt hat. Da er in solchem Falle total zurechnungsunfähig war, kann er wegen dieses Verbrechens nach allgemeinen Grundsätzen nicht bestraft werden. Mit Grund fühlt sich hierdurch das allgemeine Rechtsempfinden aufs tiefste verletzt. Es mußte ein Weg gesucht und gefunden werden, diese anstößige Lücke zu schließen, ohne die höchsten Prinzipien der Zurechnungsfähigkeitslehre zu verletzen. Die verschuldete Trunkenheit als solche ist zu bestrafen, wenn sie zum Ver-

Digitized by Google

brechen geführt hat. Diesen Weg hat der Kommissionsentwurf gewählt. Er bedroht mit Gefängnisstrafe den, der in selbstverschuldeter Trunkenheit ein Verbrechen begeht, für das er wegen fehlender Zurechnungsfähigkeit nicht bestraft werden kann. Es wird wenigen bekannt sein, daß schon der Kirchenvater Ambrosius dem weisen Richter diesen Weg empfohlen hat. Auch darüber hinaus ist das Trunkenheitsproblem sehr ernst angefaßt. Dazu ist es höchste Zeit. Der Alkohol spielt in der Kriminalität eine ernste Rolle. Es muß spürbar mit der weitverbreiteten verderblichen Vorstellung gebrochen werden, daß an sich der Rausch einen rechtlich privilegierten Zustand darstelle, mit dem man sich Strafmilderung verdienen könne oder müsse. Auch das Wirtshausverbot ist als Vorbeugungsmaßregel aufgenommen, falls jemand eine strafbare Handlung in selbstverschuldeter Trunkenheit begangen und auch sonst Neigung zu Ausschreitungen in Trunkenheit gezeigt hat. Manche haben das belächelt. Dazu besteht kein Grund. Ich gebe zu, daß man über den kriminalpolitischen Wert des Mittels rechten kann. Aber alles bleibt beachtenswert, was den Kampf gegen das Trunkenheitsverbrechen stärken kann.

Endlich sind es noch die Rückfälligen, deren verbrecherischer Eigenart in Strafe und Sicherung mehr Rechnung getragen werden muß. Die Rückfallsstatistik ergab vor dem Kriege eine beängstigend aufsteigende Linie. Das geltende Recht steht darin nicht auf der Höhe, daß es den Rückfall zu wenig in seiner allgemeinen Bedeutung für das verbrecherische Handeln in Betracht zieht, sondern ihn nur bei Diebstahl, Raub, Hehlerei und Betrug als besonderen Strafschärfungsgrund wirken läßt. Ebenso darin, daß es die schwersten Erscheinungsformen des Rückfalls, Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit der Verbrechensverübung, nur bei einzelnen Delikten, wie Glücksspiel, Unzucht, Kuppelei, Wucher, Hehlerei straferhöhend verwertet. Namentlich die letztere Beschränkung ist verhängnisvoll. Denn die gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrecher sind, nicht immer und notwendig, aber zumeist gemeingefährliche Schwerverbrecher. Es gibt Spielarten unter ihnen selbst. Manche lassen sich in die soziale Ordnung wieder einfügen. Die Mehrzahl ist unverbesserlich. Mit Strafen allein ist es auch hier nicht getan. Der Entwurf hat zunächst gegen den Rückfall allgemein sehr ernste Strafsteigerungen vorgesehen. Gegen gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrecher aber mußte zu dem einzigen Mittel gegriffen werden, das hier helfen kann. Neben der sechsten Verurteilung ist gegen sie auf eine Sicherungsverwahrung zu erkennen, die nach der Strafverbüßung in besonderen Anstalten zu bewirken und in ihrer Zeitdauer derart eine unbestimmte ist, daß sie unter richterlicher Kontrolle äußerstenfalls auch auf Lebenszeit erstreckt werden kann. Soll die Gesellschaft gegen unverbesserliche Verbrecher wirklich geschützt werden und soll es nicht täglich sich wieder ereignen, daß zehn- und mehrfach vorbestrafte Verbrecher von neuem die schwersten Straftaten begehen können, so gibt es eine andere Hilfe als das System der Verbindung der Strafe mit unbestimmter Sicherungsverwahrung nicht.

Digitized by Google

Neben den Reformen, die sich aus der sorgfältigeren Beachtung der Verbrecherpsychologie im Zusammenhang mit Strafe und Sicherung ergeben, hat die Erfahrung noch eine dritte Grundforderung gestellt, deren Erfüllung die oft vermißte aber unbedingt notwendige nähere Anpassung der Strafrechtspflege an das Rechtsempfinden des Volkes verbürgen soll und allein verbürgen kann: die Erweiterung der Freiheit des richterlichen Ermessens. Darunter ist in keinem Sinne Willkür, sondern vielmehr nur die dem Strafrichter vollkommener zu eröffnende Möglichkeit zu verstehen, bei der Strafbemessung der Eigenart und den Bedürfnissen des Einzelfalles Rechnung zu tragen. In vielen Beziehungen hat der Kommissionsentwurf nach sorgfältigsten Erwägungen für eine wohltätige größere Beweglichkeit des Strafrichters in diesem Sinne neue Wege betreten. Er hat die Fälle vermehrt, in denen dem Richter eine größere Auswahl unter mehreren Strafarten zur Verfügung gestellt wird. Er hat an Stelle der innerlich unbegründeten Abstufung der kleineren Geldstrafen ein für allemal, soweit nicht Ausnahmen vorbehalten sind, der Geldstrafe für Verbrechen und Vergehen den richterlichen Bewegungsraum zwischen 3 und 5000 Mark, für Übertretungen 1 und 500 Mark gegeben. Eine Ausnahme besteht z. B. bei Beleidigungen in der Höchstgrenze von 10 000 Mark. Bei Verbrechen oder Vergehen aus Gewinnsucht soll neben einer Freiheitsstrafe auf Geldstrafe bis zu 50 000 Mark erkannt werden können. Die Anwendbarkeit des Verweises ist ferner von Jugendlichen auf alle Erwachsenen erstreckt. Insbesondere aber kommt die erweiterte Freiheit an zwei Punkten zur praktischen Geltung: in möglichster Beseitigung der Kasuistik der Tatbestandsmerkmale und in der Skala der Strafmilderung. Jener dient die Einführung der „besonders schweren", dieser die Einfügung der „besonders leichten Fälle". Der Generalbegriff der besonders schweren Fälle ist geschaffen, um im Gesetz die umständliche Einzelaufzählung der verbrecherischen Mittel oder Folgen, die gegenüber dem Regelfall eine verschärfte Strafandrohung begründen, zu erübrigen und zu ersetzen. Solche Einzelaufzählung vermag doch niemals die Fülle des Lebens zu erschöpfen und birgt die Gefahr sinnwidriger Entscheidungen, indem aus dem Schweigen des Gesetzes über andere gleich verwerfliche Merkmale falsche Schlüsse gezogen werden können. Darum stellt der Entwurf bei 41 Verbrechen und Vergehen allgemein einen nach Art oder Maß erhöhten Strafrahmen zur Verfügung, „wenn der verbrecherische Wille des Täters ungewöhnlich stark und die Tat durch die besonderen Umstände ihrer Begehung oder durch ihre verschuldeten Folgen ungewöhnlich schwer ist". Ein besonders leichter Fall liegt aber vor, „wenn der verbrecherische Wille des Täters besonders gering und nach den Umständen des Falles entschuldbar ist und die Folgen der Tat unbedeutend sind, so daß auch die mildeste vom Gesetz angedrohte Strafe eine unbillige Härte enthalten würde". Die Vollmacht, die der Richter in diesen Fällen erhält, ist die, daß „er die Strafe nach freiem Ermessen mildern oder, wo es zugelassen ist, von Strafe absehen kann". Diese Vollmacht soll gegeben werden, weil

Digitized by Google

nach der Beobachtung bei vielen Verfehlungen des täglichen Lebens unter den gegebenen besonderen Umständen wohl die formale Begriffsbestimmung des Gesetzes zutrifft, nicht aber sein Geist, sein höchster Zweck und Gedanke. Da kann nur Freiheit des Richters im Sinne der vorgeschlagenen Vollmacht verhüten, daß höchstes Recht zum höchsten Unrecht werde. Daß diese Macht ihm bisher fehlte, hat oft genug zum Schaden des Ansehens der Strafrechtspflege eine tiefe Kluft zwischen Rechtsprechung und natürlichem Volksbewußtsein aufgetan. Wahrheit läßt sich nur in Freiheit gewinnen. Wir dürfen zum deutschen Richterstande das Vertrauen haben, daß er die ihm in die Hand zu legende Freiheit richtig verstehen und gebrauchen werde.

Hunderte von wichtigen Reformen habe ich bei dieser kurz gedrängten Übersicht natürlich nicht einmal andeuten können. Sämtliche Materien des Allgemeinen Teiles des Strafgesetzbuchs, wie das internationale Strafrecht, Zurechnungsfähigkeit, die Lehren von Schuld und Rechtswidrigkeit, Versuch, Teilnahme, das ganze Strafensystem und anderes sind von Grund aus nachgeprüft und, soweit erforderlich, umgestaltet. Neu aufgenommen sind die Institute der bedingten Strafaussetzung und der Rehabilitation. Alle einzelnen Tatbestände des besonderen Teiles sind nach den Ergebnissen der Rechtsprechung und der in einem halben Jahrhundert geleisteten Feinarbeit der kriminalistischen Wissenschaft zum Teil verbessert, zum Teil neu geprägt. So darf von der mit dem Kommissionsentwurf in die Wege geleiteten Reform ein segensreicher, weil organischer Fortschritt des deutschen Strafrechts erwartet werden. Denn sie bedeutet keinen Bruch mit der Vergangenheit, kein Verlassen bewährter geschichtlicher Grundlagen, keine Preisgabe unveräußerlicher Prinzipien. Den im tiefsten Rechts- und Sittlichkeitsbewußtsein des deutschen Volkes verankerten Ewigkeitswert der Gerechtigkeit, der Vergeltung und Sühne für Schuld kann und wird der Gesetzgeber nicht opfern. Aber schon das große Gesetzbuch Karls V., die Carolina, die Quelle und Grundlage des gemeinen deutschen Strafrechts, hat in Art. 104 zur „Liebe der Gerechtigkeit" den „gemeinen Nutzen" als die zweite Grundsäule des Strafrechts gefügt. Um ihren vollkommeneren Ausbau handelt es sich jetzt, nachdem die Grundsätze einer vernünftigen Kriminalpolitik durch den Einbruch des französischen Rechts lange verkümmert waren und in der Zwischenzeit Umwelt und Gestalt des Verbrechertums sich von Grund aus dergestalt geändert haben, daß die im Strafrecht darzubietende schützende Gewandung nicht mehr genügen kann. Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit schließen sich nicht aus, sondern bedingen und regulieren einander. Die Reform bedeutet daher nicht einen Neubau des deutschen Strafrechts, sondern An- und Umbau nach den praktischen Bedürfnissen einer neuen Zeit. Der trennende Streit der Strafrechtsschulen muß ihr fernbleiben, wie er ihr glücklicherweise auf allen bisher zurückgelegten Wegstrecken ferngeblieben ist. Denn Gesetzgebung und Wissenschaft haben je besonderen Beruf. Hier mag und muß der Streit um die letzten Gründe des Strafrechts seine Wahrheitswege weitergehen. Der Gesetzgeber kann nicht warten, bis er ausge-

Digitized by Google

tragen ist. Er muß sich auf Erreichbares beschränken und kann auch Kompromisse nicht vermeiden. Prinzipienfragen muß er nicht als generelle Probleme zum Austrag bringen wollen, sondern sie als Regulatoren und Maßstäbe für eine im großen und ganzen kongeniale Struktur der Einzelnormen behandeln. Wird in diesem Geiste die Reform weitergeführt, so wird sie trotz der durch den Krieg verschuldeten Unterbrechung zu einem guten Ende kommen.

Der preußische Kommissar für Ernährungsfragen

Von Oberbürgermeister Dr. Wilms, Posen

Als die ersten Nachrichten bekannt wurden über die Absichten der preußischen Regierung, die Bearbeitung der Ernährungsfragen, insoweit Preußen beteiligt, zusammenzufassen, dachte man wohl meist an die Errichtung eines besonderen Preußischen Kriegsernährungsamts. Diese Annahme lag nicht fern, zumal schon andere Bundesstaaten ihre Ernährungsorganisationen einheitlich zusammengefaßt hatten.

Die Möglichkeit solcher Sonderämter war von vornherein in den beschränkten Vollmachten begründet, die dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts bei seiner Berufung eingeräumt worden waren. Seine Abhängigkeit vom Bundesrat brachte ihn wohl mehr wie einmal in Meinungsverschiedenheiten mit widerstrebenden Interessen einzelner Bundesstaaten, die ihre Ernährungsorganisation möglichst selbständig zu gestalten bemüht waren. Wenn die Stellung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts sich als eine, wie anfangs vorgesehen, mit unbeschränkten Vollmachten versehene gestaltet hätte, stand er über der bundesrätlichen Genehmigung, seine Verordnungen und Sonderorganisationen der Einzelstaaten mit selbständigen Ämtern wären wohl kaum ins Leben getreten. Wenn diese Ämter sich nur als Teile der Reichsorganisation fühlen und mit ihr gemeinschaftlich die Ernährungsprobleme lösen würden, wären sie zu begrüßen. Aber leider gehen oft die Organisationen ihren eigenen Weg, stärken partikularistische Abschließungen und erschweren die Regelung der allgemeinen Fragen. Sollte man heute noch den Fall für möglich halten, daß in einem Bundesstaat für die heimische Verwaltungsbehörde die Lieferung vertraglich nach auswärts zu liefernder Stickstoffmengen durch Beschlagnahme unmöglich gemacht wird! Man darf die Erwartung hegen, daß die neue Kriegsernährungsstelle besonderen partikularistischen preußischen Bestrebungen keinen Ausdruck verleihen wird, sondern in Harmonie mit dem Präsidenten des Reichsamts zusammenarbeitet, und Meinungsverschiedenheiten durch eine gütliche Verständigung erledigt werden. Dazu würde auch der Eintritt des neuen Kommissars in das Kriegsernährungsamt dienen. Als Stütze des Reichsamts im größten Bundesstaat und dessen Vertreter kann er dem Amt von größtem Nutzen sein. Andererseits wird der Präsident des Kriegsernährungsamts bei der Bedeutung der preußischen Stimmen im Bundesrat auf das Urteil des preußischen Kommissars großes Gewicht zu legen haben.

Digitized by Google

Die Entwickelung besonderer Ämter für einzelne Zweige des Ernährungswesens hat sich übrigens auch in Preußen schon seit längerer Zeit vollzogen. Neben die Reichsgetreidestelle ist die Landesgetreidestelle getreten, neben die Reichsfuttermittelstelle die Landesfuttermittelstelle, neben die Reichsfettstelle die Landesfettstelle, neben das Reichsfleischamt das Landesfleischamt, neben die Reichszuckerstelle die Landeszuckerstelle, neben die Reichskartoffelstelle die Landeskartoffelstelle und dergl. Diese preußischen Stellen unter einer Spitze zusammenzufassen, lag nahe, sei es in Form eines Amtes, sei es in der Form der Unterstellung unter einen besonderen Kommissar. Man durfte sogar die Frage aufwerfen, wie es kam, daß diese Ämter solange neben den Reichsämtern arbeiteten, ohne daß Preußen Veranlassung nahm, seine Landesämter zusammenzufassen und Meinungsverschiedenheiten der verantwortlichen Männer auszugleichen; Meinungsverschiedenheiten hat man zwar dementiert. Die Tatsache des Dementis spricht aber wohl dafür und es wäre auffallend und nicht naturgemäß, wenn es anders wäre. Der Landwirtschaftsminister z. B. hat von Amtswegen, und jedenfalls auch aus Überzeugung, den Produktionsstandpunkt zu vertreten und wird für hohe Erzeugerpreise eintreten, selbstverständlich z. B. auch gegen eine Senkung der Viehpreise; der Minister des Innern wird nach seiner ganzen Stellung mehr den Konsumentenstandpunkt vertreten, und der Finanzminister ist meist sowohl beim Produzenten- wie beim Konsumentenstandpunkt der Leidtragende in der Zuschußgewährung zur Hebung der Produktion und Verbilligung des Konsumenpreises (Stickstoff-Fabriken, Nährhefe, Zuschuß zu der Kartoffelversorgung usw.). Eine Zusammenfassung der Meinungen der verschiedenen Minister in ihrer Vertretung gegenüber dem Reichsamt erschien erwünscht und geboten. Die Geschlossenheit der preußischen Regierung gegenüber dem Kriegsernährungsamt dürfte von erheblicher Bedeutung sein und, hoffen wir, von guter, damit die Kritik an der Arbeit des Kriegsernährungsamts mehr und mehr zurückgehe. Ein Zurückgehen der Kritik darf angenommen werden, wenn das neue Programm, das Herr von Batocki ausgesprochen hat, verwirklicht wird und noch größere Festigkeit und Konsequenz in den Maßnahmen des Amts in die Erscheinung tritt. Einen Beweis für zielbewußteres Vorgehen wie früher bei der Reichsregierung liefert die eine Tatsache allein, daß man einen Wirtschaftsplan aufstellt, ihn auch zeitig behandelt und bekannt gibt, hoffentlich auch durchhält. Während man früher die Kartoffelversorgung des Herbstes und Winters im Sommer, zuweilen sogar erst im Herbst zu beraten anfing, hat man jüngst schon die wichtige Kartoffelversorgungsfrage eingehend beraten. Gerade bei der Kartoffelversorgung wird, wenn es sich um die Ausführung des Programms handelt, der preußische Kommissar besonders große Aufgaben haben in der Regelung der Kartoffelabfuhr aus den östlichen Provinzen nach den Verbrauchsgebieten des Westens. Trotz des Landesfleischamts wird er auch der Tätigkeit der Viehhandelsverbände sein Augenmerk zuwenden müssen, da die Provisionen der Verbände unbedingt zu hoch sind.

Digitized by Google

Auch die preußischen Kommunalverbände werden mancherlei Wünsche haben, für die sie bei einem Reichsamt vielleicht weniger Gehör finden, als bei einer preußischen Stelle. Hier ist, um z. B. eins herauszugreifen, ein wichtiger Punkt, der einer liebevolleren Behandlung bedarf, die Hebung des Interesses der Produzenten und Verarbeiter an dem Ergebnis ihrer Arbeit. Wenn man z. B. für die stärkere Fettgewinnung Kommunalverwaltungen zur Anlage und zum Betriebe von Knochenverwertungsanlagen anregen will, muß man ihnen einen gewissen Prozentsatz des gewonnenen Fettes belassen. Mit einer vollen Beschlagnahme der Produktion fördert man nicht das Interesse an der Steigerung derselben. Ähnliches trifft auch für verschiedene landwirtschaftliche Produkte zu (Rübsen, Leinsaat usw.), deren Anbau mit beredten Worten den Landwirten von der Regierung empfohlen wird. Einen guten Anfang hat man jüngst gemacht mit der Freigabe eines kleinen Prozentsatzes bei den Erbsen.

In der dem neuen Staatskommissar besonders naheliegenden und bewährten Getreideversorgung kann man seinen Entschluß, zur 94 %igen Vermahlung überzugehen, bei der allgemeinen Knappheit der Nahrungsmittel nur begrüßen, selbst auf die Gefahr hin, daß in der Versorgung mit Kleie für eine gewisse Zeit Schwierigkeiten entstehen. In den Ernährungsfragen darf nicht va banque gespielt werden. Ein gewisser Sicherheitskoëffizient muß vorhanden bleiben. Diesen Eindruck gewinnt man unbedingt aus der bisherigen Arbeit des neuen Herrn Staatskommissars, gewinnt man auch, wenn man den Verhandlungen unter seiner Leitung beiwohnt.

Mit der stärkeren Ausmahlung allein wird die Frage aber noch nicht gelöst werden, wenn nicht unbedingt die Kohlenversorgung verbessert wird. Ohne Kohlen kann der Landwirt nicht dreschen, der Müller nicht mahlen, der Bäcker nicht backen, der Städter kein Brot bekommen. Hier gibt es nur eine Lösung: keine langen Beratungen, keine neuen Organisationen, sondern die Eisenbahnverwaltung muß beauftragt werden, die kleinen Stationen, an denen Großgrundbesitzer und bäuerliche Besitzer wohnen, mit Kohlen für Dreschzwecke zu versehen; der Landrat ruft die Kohlen ab, die Kohlen werden auf der Bahnstation gleich in Empfang genommen oder abgeladen und auf Abruf auf Lager genommen. Jetzt beraten vier oder fünf Stellen, und trotz der Beratungen kommt keine Kohle. Läßt sich nicht sofort helfen, so sollte man für 14 Tage in ganz Deutschland die Kaffees, die Restaurationen, Kientöppe, Theater, Vortragssäle, künstlerische Veranstaltungen (Malschulen, Konservatorien) und dergl. schließen. Das gäbe wenigstens eine große Entlastung, und brächte die Kohlenversorgung auch für die spätere Zeit wieder in die Reihe. Vielleicht prüft der neue Staatskommissar diesen Gedanken und befürwortet ihn.

Auch die Exekutive unserer Lebensmittelversorgung bedarf seiner Fürsorge. Keine neuen Behörden und Instanzen, sondern Vereinfachung. Die Kommunalverbände in Stadt und Land, die die Ausführenden sind, haben vorgesetzte Instanzen im Überfluß: Regierung, Oberpräsidium, Minister, Generalkommando, in Festungen Gou-

Digitized by Google

vernement, Kriegsämter, Kriegswirtschaftsämter, die provinziellen Stellen für Fleisch, Fett, Futter, die entsprechenden Landesstellen und Reichsstellen, dazwischen hineingeschoben noch Staatskommissare und dergl. Sitzungen und Beratungen reichlich, und dabei soll die Arbeit vorwärts gehen. Das geht nicht. Die mit der Lebensmittelversorgung beauftragten Herren müssen vor allen Dingen ihr Arbeitspensum erledigen können und sind so wenig wie möglich zu akademischen Beratungen heranzuziehen. Wollen Kommissare die Lebensmittelberatungen der Stadt prüfen, so kann das auch ohne lange Beratung durch die Inaugenscheinnahme der Betriebe in der Stadt selbst erfolgen, und vielleicht noch besser als durch die Aussprache in langen Sitzungen.

Der neue Kommissar möge die Komunen möglichst vor neuen Verordnungen schützen, der Bedarf ist voll gedeckt. Die verschiedenen Instanzen müssen mehr darauf Rücksicht nehmen, daß sie nicht die einzigen sind, die anordnen, sondern daß jede Instanz den gleichen Betätigungsdrang hat, und daß die Leidtragenden immer die ausführenden Kommunalverbände sind. Möge der neue Kommissar die Verordnungen, bevor sie durch seine Hand in die Tat umgesetzt werden, daraufhin einer genauen Prüfung unterziehen, ob nicht ohne die Verordnung ausgekommen werden kann, und wenn die Verordnung nötig, ob sie einfach und klar gefaßt und praktisch und gut durchführbar ist.

Auch der Auffassung, daß es nicht schlimm sei, wenn der einzelne sich über die Verordnungen hinwegsetzt, muß rücksichtsloser als bisher entgegengetreten werden. Es hat sich eine zu laxe Auffassung in dieser Hinsicht herausgebildet, der von Seiten der Zentralstellen nicht immer scharf genug entgegengetreten worden ist.

Der neue Staatskommissar gebe den Kommunalverwaltungen die Strafbefugnis für Verstöße gegen ihre Bestimmungen; man spart Zeit und Arbeitskraft. Nehmen wir den einfachen Fall, die Bäcker verkaufen Brot auf Marken, die noch nicht fällig sind. Die Kommune will einschreiten, sendet Kontrolleure, die noch nicht fällige Marken anbieten, die Bäcker verkaufen. Anzeige an die Polizei; polizeiliche Vernehmung der Bäcker und Kontrolleure; Abgabe an den Amts- oder Staatsanwalt, von diesem an das Gericht; Eröffnung des Strafverfahrens; Ansetzen eines Termins, Ladung der Zeugen und der Beschuldigten; langes Warten im Gerichtsflur, 1—1 1/2 Stunden Verhandlung, wenn ein Anwalt beteiligt ist, länger; Urteilszustellung, Rechtsmittel; nach Rechtskraft des Urteils Einziehung der Strafen, Haftvollstreckung und dergl., eventuell, wie tatsächlich geschehen, Einleitung der Strafverfahrens gegen die städtischen Kontrolleure wegen Verausgabung noch nicht fälliger Marken, Vernehmung und schließlich Einstellung des Verfahrens. Warum nicht einfach Anzeige des Kontrolleurs beim Magistrat, Strafbescheid des letzteren, zunächst mit geringeren, bei Wiederholung größeren Geldstrafen und, wenn der Bestrafte sich zu Unrecht belastet fühlt, erst dann Widerspruch beim Gericht. Der Bestrafte denkt nicht daran, ans Gericht zu gehen, zahlt seinen Betrag, ist gewarnt, und viel Arbeitskraft, auf die es in der Kriegszeit besonders ankommt, ist gespart. Wie gesagt, die Durchführung der Ver-

Digitized by Google

ordnungen nicht nur bei den Gewerbetreibenden, sondern auch bei den einzelnen muß viel mehr wie bisher Gegenstand der Beachtung werden, damit die Auffassung allgemein wird, daß jeder für sich am Ganzen verantwortlich ist, wenn er nicht auch seinerseits den Bestimmungen entsprechend seine Lebenshaltung einrichtet.

Weit ist das Arbeitsfeld des neuen preußischen Kommissars für die Ernährungsfragen, aber auch dankbar, wenn es gelingt, den richtigen Weg für seine Arbeit zu finden. Seine bisherige Tätigkeit in den Getreideversorgungsfragen erweckt die besten Hoffnungen. Möge ein guter Stern auch über seiner neuen Arbeit leuchten!

Die Geographie des Vaterlands auf deutschen Hochschulen

Von Prof. Dr. Robert Sieger

Da, wie es scheint, kein deutscher Geograph auf die Ausführungen zurückgekommen ist, die in dem bemerkenswerten Aufsatze von Dr. Offe, „Deutsche Politik" 1916, Seite 2082, den deutschen Hochschullehrern unseres Faches gewidmet wurden, möchte ich mir dazu einige Bemerkungen erlauben. Obwohl ich an der Heidelberger Tagung deutscher Hochschulgeographen und deren Beschlüssen — sie sind in allen geographischen Fachblättern, insbesondere in „Petermanns Mitteilungen", der „Geographischen Zeitschrift", dem „Geographischen Anzeiger", der „Zeitschrift" der Berliner Gesellschaft für Erdkunde, den „Mitteilungen der k. k. geographischen Gesellschaft in Wien" usw. mitgeteilt und zumeist zustimmend besprochen — nicht teilgenommen habe, habe ich vorher und nachher ähnliche Ansichten ausgesprochen. Daß ich Österreicher bin, ist kein Grund zur Zurückhaltung; gilt doch für uns dasselbe, wie für das Deutsche Reich, wenn wir bei uns eben diejenige Stelle der Monarchie zuweisen, welche die reichsdeutschen Kollegen ihrem Vaterland in Vorlesungen und Übungen einräumen. Nach dem genannten Aufsatz sieht es aus, als wären wir verzopfte, rückständige, des Nationalgefühls bare Pedanten, welche vor zeitgemäßen Reformen „weitschallende Warnungssignale" geben, welche in einer ungehörigen Weise die „Objektivität" als den Stolz deutscher Wissenschaft erklären und das Vaterland gröblich vernachlässigen; haben doch im Sommersemester 1916 nur drei deutsche Universitätsvorlesungen sich mit Teilen oder besonderen Gesichtspunkten der deutschen Landeskunde beschäftigt und eine einzige mit Deutschland! Ich will nicht „polemisieren", lediglich berichtigen. Die übertriebenen Folgerungen, die manche aus den „Lehren des Krieges" für die Geographie gezogen haben, und denen gegenüber in Heidelberg vorsichtige Zurückhaltung beschlossen wurde, werden sich ja von selbst als Übertreibungen erweisen. Was an ihnen gesund ist, insbesondere das Verlangen nach Pflege der bisher weniger berücksichtigten, praktisch wichtigen Zweige des Fachs, ist schon vorher von uns nachdrücklich vertreten und in Heidelberg festgehalten worden. Es wird um so leichter erreichbar sein, wenn die zweite Lehrkanzel für Geographie, die wir für notwendig halten,

Digitized by Google

überall errichtet wird und somit neben den notwendigen grundlegenden Zweigen der allgemeinen Geographie auch für die Länderkunde der auch von uns für sie verlangte Raum gewonnen wird. Heutzutage bleibt für die gesamte Länderkunde nur etwa die Hälfte der dem geographischen Unterricht verfügbaren Zeit frei.

Der Satz, auf den sich Offes Wendung von der „Objektivität" bezieht, kann nur der folgende sein: „Unter Festhaltung ihrer rein wissenschaftlichen Aufgabe einer Natur und Menschen umfassenden Erforschung und Darstellung der Erdoberfläche muß die Geographie bestrebt sein, an den politischen und wirtschaftspolitischen Aufgaben unseres Vaterlandes mitzuarbeiten." Mit der Art dieser Mitarbeit beschäftigen sich dann weitere Sätze; einer davon betont, daß das unsichere politische Urteil des deutschen Volks großenteils auf unzulänglichen geographischen Kenntnissen beruhe; weiterhin wird auch auf die Förderung politisch-geographischer und wirtschafts-geographischer Bildung und auf die Auslandskunde (die doch ein wesentlicher Teil der auch von Offe verlangten „Weltkunde" ist) Gewicht gelegt. Der zweite beanstandete Satz lautet wörtlich: „Wir sind ferner überzeugt, daß es gerade den heutigen Bedürfnissen nicht entspricht, wenn die Geographie von Deutschland auf Kosten der andern Länder Europas und der außereuropäischen Erdteile noch stärker betont wird. Auch die erwünschte Erweiterung des geographischen Unterrichts soll ebensowohl der Kenntnis der außerdeutschen Länder, wie der Deutschlands zu gute kommen." Dieses „noch stärker" stünde allerdings in einem lächerlichen Mißverhältnis zu der von Offe betonten Tatsache, daß in einem Sommersemester von 86 geographischen „Darbietungen" sich nur eine oder wenn man will, vier, mit dem Vaterland beschäftigten, wenn dies die Regel wäre. Herr Offe hätte noch ein anderes Semester heranziehen müssen, dann hätte er erkannt, daß im Sommer 1916 nur zufällig in dem mehrjährigen „Turnus" der einzelnen Hochschulen die Reihe seltener an Deutschland kam. Er hätte sich vielleicht auch aus seiner Studienzeit erinnern können, daß die umfassenderen und wichtigeren Kollegien in dem längeren Wintersemester gehalten zu werden pflegen und nicht im Sommer, besonders in einem so kurzen Sommersemester, wie es 1916 der späte Ostertermin (23. April) bedingte. Außerdem fassen „Petermanns Mitteilungen", auf Grund deren die Verhältniszahl 4:86 gegeben wird, den Begriff geographischer Vorlesungen sehr weit und beziehen die (zumeist allgemeinen) Kollegien aus Hilfs- und Nachbarwissenschaften mit ein, wodurch die Zahl der länderkundlichen „Darbietungen" überhaupt im Verhältnis zu gering erscheint. Endlich werden an allen Universitäten deutscher Zunge geographische Übungen („Seminar" und sonstige Übungen) und Lehrausflüge regelmäßig gehalten, aber die erstgenannten nur zum größeren Teil, die Ausflüge dagegen in der Regel nicht im Vorlesungsverzeichnis „angekündigt". In dem Verzeichnis der „Petermannschen Mitteilungen" fehlen beide. Daß ein gut Teil der Übungen sich mit dem Vaterland und der ihm gewidmeten Literatur beschäftigt, insbesondere aber die Ausflüge mit verschwindenden Ausnahmen der Kenntnis des hei-

Digitized by Google

mischen Bodens und seiner Bewohner dienen, sollte dem strengen Kritiker auch nicht unbekannt sein. Haben doch auch reichsdeutsche Geographen nach dem Vorbild, das Penck vor längerer Zeit in Wien gegeben, des öfteren wissenschaftliche Berichte über diese Lehrausflüge durch ihre Schüler veröffentlichen lassen oder selbst abgefaßt! Aber wir wollen Offe auf den Boden seiner, wie wohl einleuchtet, nicht einwandfreien Statistik (von kleineren Mängeln, wie nachträglichen Änderungen des Vorlesungsverzeichnisses u. dergl. sehe ich ab) folgen. „Petermanns Mitteilungen", 1916, 2. Halbband, S. 339, 365, 404 und 425 verzeichnen im Deutschen Reiche eine Unmasse von Vorlesungen im Wintersemester 1916/17; die Namen der Professoren und Dozenten der Geographie sind fettgedruckt. Ich beschränke mich auf deren Vorlesungen[1]; sind doch sie allein von Offe an den Pranger gestellt worden. Rechnen wir zu den Kollegien, die sich auf Deutschland beziehen, nur solche, in deren Titel es zum Ausdruck kommt, schließen wir also z. B. die zum Teil mehrfach vorkommenden Kollegien über die Länder Europas, historische Geographie von Europa, die Großmächte Europas oder der Erde, Mitteleuropa, die Alpen, spezielle Wirtschaftsgeographie und solche von Europa, „Repetitorium" für Kriegsteilnehmer u. a. aus, in denen sicher auch von dem Deutschen Reich in bedeutendem Umfang gesprochen wird, so ergibt sich, daß Geographen an 6 von den 21 Universitäten des Deutschen Reichs über „Deutschland" gelesen haben. Von 57 Vorlesungen sind ihm oder seinen Teilen 7, von 127 Vorlesungsstunden aber 18 gewidmet worden. Außerdem haben Geographen an 4 Handelshochschulen 14 Vorlesungen mit 27 Stunden gehalten, von denen zwei einstündige Vorlesungen sich auf das Deutsche Reich bezogen, und an 6 technischen Hochschulen 11 Vorlesungen mit 17 bis 18 Stunden, von denen ein einstündiges Kolleg das deutsche Klima behandelt. Diese Unterscheidung der verschiedenen Hochschularten ist deshalb notwendig, weil die Handelshochschulen die Auslandsgeographie, die technischen Hochschulen die allgemeine Geographie besonders zu pflegen haben, und an beiden die Länderkunde gegen die auf bestimmte praktische Ziele und Arbeitsgebiete angewandte Geographie zurücktreten muß. Auch ist hier die Stundenzahl so gering, daß man sich mit allgemeinen Abrissen der Erde begnügen muß, und das Vaterland wohl ausführlich, aber nicht selbständig behandeln kann. An den Universitäten aber, wo solche Bindungen in geringerem Maße auftreten, sind im laufenden Wintersemester für Deutschland und seine Teile folgende Vomhundertzahlen erreicht: 29 v. H. der Hochschulen, 12 v. H. der angekündigten Vorlesungen, 14 v. H. der Stundenzahl. Es sind also durchschnittlich die umfangreicheren Vorlesungen — die „Hauptkollegien" — diesem Gegenstand gewidmet. In anderen Wintersemestern mag sich ein noch günstigeres Bild ergeben. Jedenfalls weichen diese Zahlen von jenen, die Offe herausgriff, stark ab und sie sind — nach all den Ausscheidungen, die ich vornahm — „Minimalzahlen". Es ist neuerlich üblich geworden, über unsere Hochschulen leicht-

[1] Druckfehler habe ich zu ungunsten meiner Anschauung berichtigt.

Digitized by Google

herzig abzusprechen und auf Grund von Augenblickswünschen eine „Universitätsreform“ zu verlangen. Wir deutsche Volksschullehrer brauchen eine eingehende Prüfung des akademischen Unterrichtsbetriebs nicht zu scheuen und erwägen seine Verbesserung selbst sorgfältig; aber wir müssen — und das gilt nicht nur auf geographischem Gebiet — mit Nachdruck verlangen, daß die Kritik von einer genauen Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ausgehe.

Ein französisches Flugblatt

(Lettre aux Abonnés de la Vie Ouvrière)

Die Regierungen riefen dem französischen Volke zu: „Das ist ein befreiender Krieg, — ein Krieg der Zivilisation gegen die Barbarei, ein Krieg der Rassen, ein Krieg des Rechts, ein notwendiger Krieg zur Niederschlagung des feindlichen Militarismus, ein Krieg für das Prinzip der Nationalitäten: für die Unabhängigkeit der kleinen Völkerschaften. Das sind jedoch nur Klischees, die die Regierungen bei Beginn jedes Krieges hervorziehen und deren sie sich gegeneinander bedienen. Auch die Parole vom letzten Kriege ist ein altes Klischee. In einem Schreiben an Clémenceau hat Georg Brandes schon daran erinnert, daß man im Jahre 1870 den Krieg für den letzten gehalten hatte. Die Arbeiter ließen sich jedoch durch das verfälschte Ideal betrügen. Sie nahmen es als echt an, und einer unserer Soldaten schrieb uns neulich: „Die Regierungen haben den Sinn des Krieges verfälscht.“ Nein! Die Regierungen haben ihn nicht verfälscht, denn sie wußten, daß der Krieg gar nicht diesen Sinn hat.

Die Verantwortlichkeiten für diesen Krieg.

„Die Syndikalisten, die seit Beginn der Feindseligkeiten sich auf die Seite der Regierung stellten, haben zwei Dinge entdeckt: sie behaupten, daß sie alles taten, um den Krieg zu verhindern und daß Deutschland allein die Verantwortung trage. Wahrhaftig, bequeme und nützliche Zugeständnisse. Man hat sich nichts vorzuwerfen, man hatte sich doch gegen einen langgeplanten Angriff zu verteidigen.

Nur sind leider die beiden Versicherungen falsch. Was haben die allzuleicht sich der Verantwortung entziehenden Syndikalisten denn zur Verhinderung des Krieges getan? Außer der bekannten Demonstration gab es fast täglich Sitzungen der Verbandsleitung. Die Geschichte dieser Sitzungen wird einmal geschrieben werden. Sie ist keine rühmliche gewesen. Schon allein die Prüfung der diplomatischen Akten der Verbündeten läßt die Behauptung nicht zu, daß nur Deutschland den Krieg wollte und heraufbeschwor. Der im August 1914 ausgebrochene Krieg schwebte über Europa in der Luft seit zehn Jahren. Und jedesmal, wenn er unmittelbar bedrohlich wurde, wie in den Jahren 1905, 1911, 1912, haben wir ihn als den Zusammenstoß des imperialistischen Wettbewerbes be-

Digitized by Google

zeichnet und riefen die Arbeiter Frankreichs zu internationalen Kundgebungen auf. Und heute, wo er trotz allem ausgebrochen ist, tut man so, als ob man dies alles nicht mehr anerkenne. Man gibt dem Krieg die Bedeutung eines brutalen Angriffes des preußischen Militarismus auf die Freiheit der Völker. Glaubt man damit die eigene Unfähigkeit zu bemänteln?

Ist dies der Vorwand, den man macht, so ist er erbärmlich und gefährlich. Denn er läßt zwei Schlußfolgerungen zu: eine für die Vergangenheit, die andere für die Zukunft.

Wenn Deutschland sich seit 40 Jahren rüstete, um sich zu der ihm genehmen Stunde auf Frankreich zu stürzen, so haben unsere Nationalisten recht gehabt, die wir aber immer der Kriegshetze beschuldigten. Und es war falsch von uns, sie zu bekämpfen. Und in Zukunft hätten die „Zerstückler" Deutschlands recht. Den Militarismus zerstören wollen, ist Unsinn; es kann nur heißen Deutschland schlagen und ihm Stück für Stück entreißen. Es ist sicher, daß ein des linken Rheinufers beraubtes Deutschland, wie es unsere Patrioten wünschen und es auf ihren Karten darstellen, die sie unter den Soldaten verteilen lassen zum Beweis dafür, daß Frankreich keinen Eroberungskrieg führt, militärisch geschwächt wäre. Es ginge geschwächt aus dem Krieg hervor und hätte lange Jahre zu seinem Wiederaufbau nötig. Aber das würde in keiner Weise den Militarismus schädigen. Die Verlegenheitserklärung, die plötzlich im Gegensatz zu allem, was wir vor dem Krieg sagten, aufgetaucht ist, hat auch noch die andere Gefahr: sie enthebt unsere Nationalisten und Chauvinisten jeder Verantwortung. Auch sie behaupten ja, daß dies der Krieg des Rechts und der Gerechtigkeit, der Krieg gegen die Barbarei sei. Sollten wir die deutschfeindliche Politik Delcassés vergessen, die Jaurès so oft an den Pranger stellte und die ihm die Wut der französisch-englischen Imperialisten zuzog! Sollten wir verschweigen, daß seit der Wahl Poincarés eine schlechtweg nationalistische Politik getrieben wurde!... Wir haben keine Neigung, Deutschlands Verantwortlichkeit zu mildern. Es hat seine Alldeutschen, die um so gefährlicher sind, als sie sich als Sieger fühlten und sich bewußt waren, sich auf eine größere Militärmacht zu stützen. Aber unsere und die englischen Nationalisten gaben sich alle Mühe, ihnen in nichts nachzustehen. Und nach allem, was wir erlebt und gesehen haben, ist die einzig mögliche Haltung, die wir dem Krieg gegenüber annehmen können, die, ihn als Ergebnis des Zusammenstoßes der imperialistischen Konkurrenten darzustellen ... Weil wir es ablehnen, die amtliche Deutung des Krieges anzunehmen, hält man uns für Deutschenfreunde.

Imperialismus

Der jetzige Krieg ist derselbe, der uns in den Jahren 1905, 1911 und 1912 bedrohte. Damals hätte man die Regierungen verpflichten müssen, sich zu einigen. Aber die Ursache des dauernden Konfliktes blieb bestehen. Der Friede von Agadir, so sorgfältig

Digitized by Google

er geschlossen wurde, war nur ein Waffenstillstand. Er entwaffnete die Imperialisten nicht. In Frankreich verjagten unsere Nationalisten das Ministerium, das ihn unterzeichnet hatte. In Deutschland beschuldigten die Alldeutschen ihren Kaiser der Feigheit. Tatsache ist, daß England dabei zum ersten Male klar erkennen ließ, welches seine Haltung im Falle eines deutsch-französischen Krieges wäre. Es entschied sich für Frankreich. Damit wurde das zwischen den beiden Ländern bestehende geheime militärische Abkommen bestätigt, dessen Vorhandensein die Minister jedesmal, wenn darüber befragt, geleugnet hatten. Der Zorn der Alldeutschen kühlte sich ab, aber unsere Nationalisten, die nunmehr der englischen Unterstützung sicher waren, wurden aggressiver. Die Lage klärte sich dahin auf, daß nunmehr Dreiverband gegen Dreibund stand. Diese Scheidung Europas in zwei Mächtegruppen brachte nicht den Frieden, sondern den Krieg. Und in Afrika, in Asien, im Balkan stießen sie aneinander. Wenn man heute den Ausdruck Imperialismus anwendet, gibt man ihm nicht seine moderne Bedeutung, sondern den alten Sinn, der jetzt jedes Interesse verloren hat. Imperialismus bedeutet den Wirtschaftskampf, den die Großmächte untereinander zum Zwecke der Eroberung neuer Märkte führen oder zur Gewinnung neuer Einflußsphären in nicht industrialisierten Ländern, wo man mit den eigenen Produkten handeln, Konzessionen erringen, eine Art Beschützerrolle spielen kann. Darauf beruhen fast alle modernen Kriege. Der Krieg der Vereinigten Staaten gegen Spanien wegen Kuba und Panama, Englands gegen Südafrika wegen Ausnutzung der Goldminen, Japans gegen Rußland wegen der Mandschurei und Korea. Selbst der Balkankrieg, der für kurzsichtige Leute ein Nationalitäts- und Rassenkampf ist, ist ein imperialistischer Krieg: die Balkanstaaten, Griechenland, Serbien, Bulgarien verbündeten sich nicht von sich aus gegen die Türkei; der Balkanbund war das Werk des russischen Gesandten Herrn von Hartwig in Belgrad. Es bezeichnete Rußlands Rückkehr nach Europa, nach dem unglückseligen Abenteuer im fernen Osten. Die Türkei sollte geschwächt werden, die ein Stützpunkt für Deutschland war. Ein Groß-Serbien sollte geschaffen werden, das Österreich-Deutschland den Weg nach Kleinasien und Mesopotamien verlegen sollte, den diese Länder im Begriff waren herzustellen. Das war die Lage Europas in den letzten Jahren. Die beiden Mächtegruppen stellten kein Gleichgewicht her, sie trugen im Gegenteil die Keime des Krieges, eines furchtbaren Krieges, in sich ..."

Die Verfasser des „Lettres" weisen noch darauf hin, daß dieser Krieg schon im Jahre 1911 von mehreren sozialistischen und anarchistischen Schriftstellern vorausgesagt worden sei. Sie bekämpfen die „Union Sacré" (Heilige Einigkeit) und verlangen eine Rückkehr der französischen Arbeiter zur Internationale und zur Friedenspolitik.

Digitized by Google

Streiflichter zur Weltlage IV

(28. Februar 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Wenn wir von den sehr erfreulichen Erfolgen unserer Unterseekreuzer, unserer Torpedogeschwader und der „Möwe" II oder III absehen, hat die Kriegslage während der letzten vierzehn Tage sich nicht wesentlich geändert. Die große Frühjahrsoffensive der Entente-Verschwörung besteht nach wie vor als Drohung fort, und die geringe tatsächliche Kampftätigkeit unserer Feinde wird durch die Ungunst der Witterung entschuldigt und durch das Aufbauschen von Versuchen kleiner Truppenabteilungen, an unsere Schützengräben heranzukommen, verschleiert. Dagegen sind einige recht erfolgreiche Vorstöße gegen die Westfront unserer Feinde durchgeführt worden. Die Russen nehmen Truppenverschiebungen vor, von denen sehr zweifelhaft ist, ob sie Verbesserungen bedeuten, die Italiener mühen sich die Quadratur des Zirkels zu finden, d. h. Triest zu „befreien", wohl nach der Anweisung des Generals Nivelle, eines der vielen militärischen Lehrmeister, die Frankreich seinen Bundesbrüdern stellt; vielleicht hätte es sich mehr empfohlen, ihn zu Sarrail zu senden, der sich in Saloniki weder zu raten noch zu helfen weiß und, um doch etwas getan zu haben, die armen Griechen weiter peinigt. In Mesopotamien haben die Engländer in letzter Zeit sehr bedeutende Verluste erlitten, aber aller Wahrscheinlichkeit nach steht ein ungeheueres Triumphgeschrei ihrerseits bevor, da die Türken Kut el Amara geräumt haben. Es heißt, daß sie beträchtliche Verstärkungen zu erwarten haben. Wenn nun die Engländer in Kut einrücken, findet sich vielleicht für sie Gelegenheit, die Heldentaten des Generals Townshend zu wiederholen. Im übrigen zerbricht man sich in der feindlichen politischen Einheitsfront den Kopf darüber, welches die nächsten Pläne des deutschen Generalstabes seien, ob er beabsichtige in die Lombardei hinabzusteigen, oder aber Belfort anzugreifen und die Franzosen aus dem noch von ihnen besetzten Teil des Elsaß hinauszuwerfen, oder ob es gar diesesmal Calais gelten solle. In bezug auf Rußland schwankt man darüber, ob wir gegen Odessa oder gegen Petersburg vorgehen wollen, und für den Fall, daß eine dieser Mutmaßungen zutreffen sollte, kündigt man uns furchtbare Niederlagen und sich selber jenen endlichen Sieg an, dessen Termin auch die Allerzuversichtlichsten stetig weiter hinausschieben. Auch ist es charakteristisch, daß bereits erwogen wird, ob nicht diese Frühjahrsoffensive von deutscher Seite ausgehen werde und ob das nicht am Ende das vorteilhafteste wäre. Bei uns sieht man den kommenden Dingen mit Zuversicht und Vertrauen entgegen. Wir brauchen nicht nach einer einheitlichen Leitung zu suchen, wir haben sie und glauben nicht, daß sie besser sein könnte als sie ist. Was uns meist interessiert, sind die inneren Verhältnisse in Feindesland, die jetzt, da allseitig die Vorstellung um sich greift, daß ein Endstadium sich vorbereitet, wohl von besonderer Wichtigkeit sind.

Digitized by Google

Ausgehen wollen wir dabei von England selbst und vom Staatenkomplex seiner Dominien und Dependenzen. Sir Roger Casement, der von England so schmählich hingerichtete Märtyrer irischer Freiheitssehnsucht, hat wohl das treffendste an Charakteristik geliefert, was über das politische England geschrieben worden ist. „Das britische Weltreich — schreibt er[1] — ist kein nordischer Eichbaum. Es ist eine kriechende Kletterpflanze, die, um die Glieder anderer festgeringelt, von einem Safte groß wurde, der nicht ihr eigener war. Suchen wir nach einer Analogie in der pflanzlichen, nicht in der tierischen Welt, so müssen wir in die Dickichte der Tropen gehen, nicht in die nordischen Wälder. In den großen Sümpfen an der Mündung des Amazonenstromes beschreibt der Naturforscher Bates eine ungeheuerliche Liane, den „Sipo Matador" oder „kletternden Mörder" . . .: „Die Basis seines Stammes würde nicht imstande sein, die Schwere des oberen Wachstums zu tragen; er ist daher genötigt, sich auf irgendeinen Baum anderer Art zu stützen; hierin unterscheidet er sich nicht wesentlich von anderen kletternden Pflanzen und Bäumen, allein die Art wie der „Matador" dies bewerkstelligt, ist eigentümlich und macht einen peinlichen, abstoßenden Eindruck. Er wächst dicht an einem Baum empor, an dem er sich klammern will, und das Holz seines Stammes wächst, indem es sich wie ein plastischer Abguß über eine Hälfte des Stammes seines stützenden Erhalters legt. Dann treibt er beiderseits einen armdicken Ast hervor, der rasch wächst und so aussieht, als flösse ein Saftstrom hindurch, der auf seinem Wege schon sich härtete. Dieser hält sich dicht an dem Stamm des Opfers, und beide Arme begegnen sich und verwachsen miteinander auf der anderen Seite. Diese Armepaare greifen beim Emporwachsen in ziemlich regelmäßigen Abständen vor, und das Opfer wird, wenn sein Erdrößler ausgewachsen ist, von einer Anzahl unlösbarer Ringe fest umklammert. Diese Ringe werden allmählich stärker, indem der Mörder gedeiht, während er seine Blätterkrone mit dem Laube des Gefährten gen Himmel sendet, das er im Laufe der Zeit tötet, indem er den Durchfluß seines Saftes unterbindet. Dann bleibt der seltsame Anblick des selbstsüchtigen Schmarotzers, der in seinen Armen den leblosen und verfallenden Körper seines Opfers hält, das ihm zum Wachstum verholfen. Sein Fortkommen wurde gesichert — er blühte und trug Früchte, erzeugte und verbreitete seine Art; und nur wenn der tote Körper seines Opfers verfault, naht auch seinem Ende heran; seine Stütze ist hin und so stürzt auch er zusammen." Die Analogie — bemerkt dazu Casement — ist fast die vollkommenste, die je geschrieben worden ist, und wenn wir sie nicht in der Geschichte vervollkommnet sehen wollen, müssen wir uns aus der parasitischen Klammer befreien — aus Englands Schmarotzergriff

[1] Sir Roger Casement. Gesammelte Schriften. Irland, Deutschland und die Freiheit der Meere und andere Aufsätze. Jos. C. Hubers Verlag, Dießen bei München. Eine vortreffliche Übersetzung in Deutschland bekannter und unbekannter politischer Schriften Casements, als Quelle für die Geschichte des Weltkrieges von größter Wichtigkeit.

Digitized by Google

los machen, bevor wir ganz erdrosselt sind. Wollen wir das kommende Dunkel des Zusammensturzes nicht mit ihm teilen, so müssen wir des Mörders Griff abschütteln, ehe Mörder und Opfer zusammen fallen! Dieser Fall steht nahe bevor. Eine mutige Hand kann noch den „Sipo Matador" durchschneiden und so den Schlächter schlachten, bevor sein Opfer ganz erstickt wird.

„Wenn die kühne Hand keine europäische sein soll, dann mag sie kommen, bronzen, scharf und geschmeidig aus der tropischen Stille! Die Vögel des Waldes sind auf dem Fluge" ... So geschrieben im Februar 1914. Der Baum, an dessen Erdrosselung Casement dachte, war Irland — der „Sipo Matador" umarmt es noch immer, — aber seither dachte er ein neues Opfer zu umfassen, das stark genug ist, den Mörder abzuwehren und eben jetzt zu der scharfen Waffe gegriffen hat, die ihm an der Wurzel das Fundament seiner Kraft zu durchschneiden bestimmt ist. Die bronzefarbigen Knechte Englands mögen sich an die Nachlese halten und mit ihnen die andern heute von England umschmeichelten Insulaner des Großen Ozeans, die kaum noch an sich halten können, aus Gier das Erbe Englands anzutreten.

Die Opfer, aus deren Erdrosselung der englische „Sipo Matador" vor allem seine Kraft gesogen hat, sind Irland und Indien. Er hat während des Krieges alles daran gesetzt, um, was an wirtschaftlichen Hilfsmitteln und an Männerkraft in beiden Ländern noch vorhanden ist, in den Dienst der Kriegsziele der von England organisierten Verschwörung zu stellen. Iren und Inder haben auf allen Schlachtfeldern geblutet, auf denen englische Fahnen wehten: an Ancre und Somme, in Ägypten und Mesopotamien, an den Dardanellen und in Mazedonien. Als Soldaten haben sie tapfer ihre Pflicht erfüllt, das bringt der Instinkt der Selbsterhaltung ohnehin mit sich. Den Dank ihres Vaterlandes, das England nicht ist, ernten sie dafür nicht. In Irland hat der blutige Dubliner Aufstand gezeigt, daß die Gedanken des irischen Volkes auf ganz andere Ziele gerichtet sind, als den Engländern zu einem Siege zu verhelfen, der — wie sie wissen — für sie nur eine weitere Schmälerung des dürftigen Restes von Menschenrechten bringen würde, den die Tyrannei Englands ihnen gelassen hat. An das Home Rule-Phantom zu glauben, vermag heute kein ehrlicher Mann mehr in Irland. Man weiß dort und weiß heute auch in England, daß unser großer Geschichtschreiber, Berthold Georg Niebuhr, einen prophetischen Blick in die Zukunft tat, als er vor mehr als einem Jahrhundert schrieb: „Sollte England sein Verhalten Irland gegenüber nicht ändern, so mag das Land ihm noch eine lange Zeitperiode gehören, nicht aber für immer; und der Verlust Irlands ist der Todestag nicht nur der Größe, sondern der Existenz Englands." Die von Redmond geführte Partei der Nationalisten, die diesem Home Rule-Phantom nachjagt, begeht in Wirklichkeit einen Verrat am eigenen Volke. Wie heute die wirkliche Gesinnung der Irländer ist, zeigt wohl am besten die Tatsache, daß England es nicht wagt, die allgemeine Wehrpflicht auf Irland auszudehnen, und sich genötigt gesehen hat, ein Heer von 150000 Mann in Irland

Digitized by Google

unter Waffen zu halten, um zu verhindern, daß sie sich zu offenem Aufstand erheben. Die Parole „Dies ist kein irischer, sondern ein englischer Krieg" hat die Werbetätigkeit Redmonds für das englische Heer gelähmt, die Sinn Feiner-Bewegung erhebt wieder ihr Haupt, und eben jetzt hat der offizielle Kandidat der Redmond-Partei im irischen Wahlkreise North Rascommon eine Niederlage erlitten, die dem Sinn Feiner Grafen Plunkett den Sieg brachte. Von den Söhnen des Grafen aber ist einer von den Engländern hingerichtet worden, die andern schmachten noch in englischen Gefängnissen. Aber gerade deshalb haben die Iren den Vater zum Vertreter Irlands gewählt. Das ist die Stimmung! Dieser Tage ist in Berlin eine „Deutsch-Irische Gesellschaft" begründet worden, die mit einer eigenen Zeitschrift zur Pflege deutsch-irischer Bestrebungen hervortreten wird. Wir wünschen ihr besten Erfolg und verständnisvolle Unterstützung.

Nicht so vollkommen wie Irland hat der „Sipo Matador" es vermocht, die Lebenskraft Indiens aufzusaugen. Während die Bevölkerung Irlands um die Hälfte ihres Bestandes in dem letzten halben Jahrhundert zurückgegangen ist, sind aus den 316 Millionen Inder nicht 150 Millionen geworden, sondern die Kopfzahl des Landes ist seit langen Jahren so ziemlich die gleiche geblieben. Die fast jährlich wiederkehrenden Hungersnöte, die Millionen eines elenden Todes sterben lassen, regulieren die Normalzahl, für deren Erhöhung kein englisches Interesse spricht. Sir Charles Dilke in den „Problems of Greates Britain" stellt als die wichtigsten Aufgaben der englischen Politik in Indien hin: Verhütung von Invasionen und Rebellionen. Dilke schrieb 1890 und die Furcht vor Invasionen galt der russischen Gefahr, die Furcht vor Rebellionen aber hat seit der großen nationalen Erhebung Indiens 1857 nie geruht und ist heute für die Engländer in zweifacher Gestalt zu einer Gefahr geworden. Zu Ende der 80er Jahre hatte man in England erkannt, daß den nationalen Bestrebungen der Inder, die zu beseitigen unmöglich schien, ein Ventil geöffnet werden mußte, und so entschloß man sich auf den Rat des Vizekönigs Lord Dufferin im Jahre 1888, den ersten indischen Nationalkongreß zu berufen. Was dabei zutage trat, war die große Zahl europäisch gebildeter Inder, die, wie es schien, der englischen Herrschaft nicht feindselig gegenüberstanden, aber einen Anteil an der Regierung des Landes beanspruchten. Neben ihnen aber gab es auch eine Gruppe von Extremisten, die auf ihr Programm ein indisches Home Rule, Swaradasch, setzten, aber keinerlei Aussicht hatten, durchzudringen. Diese Nationalkongresse haben sich dann alljährlich unter überwiegender Teilnahme der gemäßigten Elemente wiederholt, aber die Zahl der jungen Inder, die nach England zogen, um sich dort eine Bildung zu holen, die ihnen die Voraussetzungen für Bekleidung einer höheren Stellung in der Beamtenhierarchie geben sollte, wuchs stetig, und allmählich haben drei Tatsachen den Geistern in Indien eine entschieden antienglische Richtung gegeben: die Teilung Bengalens in zwei Provinzen durch Lord Curzon, das englisch-japanische Bündnis und die russische Revolution. Er-

Digitized by Google

regte die bengalische Frage Haß, so erweckten die beiden anderen Ereignisse Hoffnungen. Weshalb sollte Indien nicht nachahmen, was in Rußland zu gelingen schien, und war nicht in Japan, das von England als gleichberechtigte Macht anerkannt war, der künftige Befreier Asiens von der englischen Fremdherrschaft zu erwarten? „Japan hat sich erhoben, wie lange noch wird Indien am Boden liegen bleiben?" So dachte man 1905 in Indien. Im folgenden Jahre schlug die indische Presse bereits direkt aufrührerische Töne an: „Die Tyrannen sollten sich dessen bewußt sein, daß, wenn Indien in seinem Kampf gegen den Despotismus siegreich sein sollte, sie schwerlich Zeit finden werden, aus dem Lande zu flüchten." Das war die Stimmung der indischen Patrioten, als der Nationalkongreß zu Kalkutta zusammentrat, der jedoch verhältnismäßig zahm auslief. Der einzige tiefer greifende Beschluß, der gefaßt —, aber nicht konsequent durchgeführt wurde, war, sich der englischen Industrie zu enthalten und die heimische Industrie an ihre Stelle zu setzen. Das ist die sogenannte Swadeschi-Bewegung. 1907 tagte der Nationalkongreß in Surat unter dem Eindruck revolutionärer Erhebungen und Hungersnot, die Bengalen heimsuchte. Danach gab es einen förmlichen Feldzug gegen die Leiter des aktiven Widerstandes. Prozesse, Verschickungen, Hinrichtungen folgten, aber gegen Ende des Jahres schlug die Regierung mildere Saiten an. Der ausschlaggebende Anlaß zu dieser Wendung war die englisch-russische Verständigung über Persien, die das Vorstadium der im Juni 1908 vor Reval perfekt gewordenen russisch-englischen Verschwörung war. Man brauchte für Indien von Rußland nichts mehr zu fürchten, griff aber sehr bald wieder zur Politik der Repression zurück, als seit 1908 die islamischen Inder unter dem Eindruck der Ereignisse in Tripolis und auf dem Balkan, sich den nationalen Bestrebungen der anderen indischen Gruppen zu nähern begannen, und in den sechs Jahren, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges hingingen, tatsächlich die bestehenden Gegensätze fast völlig verwischten. Schon 1910 erhoben die englischen Zeitschriften Klagen über diese „bedauerliche" Tatsache. Man hatte sich zwar ein Jahr vorher entschlossen, indische Notabele in den Rat des Vizekönigs und der Gouverneure zu ziehen, aber wie wenig damit die Absicht verbunden war, dadurch die Nation zur Selbstverwaltung zu erziehen, zeigte eine Rede des Vizekönigs Lord Curzon, der am 8. Juni 1909 erklärte: koloniale Selbstregierung für Indien sei unvereinbar mit der Fortdauer der englischen Herrschaft in Indien. Es ist kaum möglich, drastischer die Existenz des englischen Regiments in dem unglücklichen Lande zu verurteilen. Wenige Wochen nach dieser Erklärung Curzons wurde auf englischem Boden der Oberst Sir William Curzon Willies von einem bereits anglisierten Inder erstochen, weil er einen seiner Verwandten einen Nigger genannt hatte. Der Mann wurde hingerichtet, und es hat sich an dieses Symptom der indischen Stimmung eine Reihe von Prozessen geknüpft, die zur lebenslänglichen Verbannung von vier der angesehensten Inder in die Andomanen, und von sechs anderen zu 7—10 Jahren führte. Das waren aber Männer, von denen die Engländer selbst sagten, es seien nicht

Digitized by Google

gewöhnliche Verbrecher, sondern Männer von guter Erziehung, von starken religiösen Instinkten und von bedeutender Charakterstärke. Aber sie hätten sich des Verbrechens schuldig gemacht, ihr Land vom britischen Königreiche trennen zu wollen! Dieses Königreich ist dann durch die Krönung Eduard VII. zum Kaizar i Hind noch enger an England gefesselt worden, es hat damit ein neuer Trieb des „Sipo Matador" den indischen Lebensbaum umklammert und die Verlegung der gesamten Verwaltung aus Kalkutta nach Delhi sollte dem Ausdruck geben. Die Inder empfanden die Degradierung Bengalens als eine Schmach, und dieser Empfindung gab das Attentat Ausdruck, das gleich nach der Kaiserproklamation gegen Lord Hardinge verübt wurde. Als dann der Krieg gegen Deutschland unmittelbar vor der Tür stand, traten die Engländer mit dem Plan hervor, ein Drittel des Rats von Indien mit eingeborenen indischen Notabeln zu besetzen. Ausgeführt haben sie diesen Plan nicht; es war, wie das Home Rule für Irland, ein Phantom, das sie den Indern vorspiegelten. Seither sind über zwei Jahre hingegangen, und als im Dezember 1916 wiederum ein indischer Nationalkongreß zusammentrat, fand er den Mut, Selbstregierung für Indien zu verlangen, und dieser Forderung schloß sich die All India Moslem League an. Wir ziehen aus alledem den Schluß, daß die Inder aus ihrer Waffenbrüderschaft mit den Engländern bitteren Haß heimbringen werden, und daß für sie wie für Irland, wenn die Stunde der deutschen Siege geschlagen haben wird, der Tag der Befreiung aufgehen kann.

Daß die großen und kleinen Dominien Englands: Kanada, Australien, Südafrika, Neufundland und Neuseeland an diesem Kriege mitgewirkt haben, als gelte es, ihr eigenes Haus zu verteidigen, ist eine nicht zu übersehende Tatsache; mit Ausnahme der beiden kleinsten, Neufundland und Neuseeland, hat es überall nicht unbeträchtliche Widerstände zu überwinden gegeben. In Kanada haben die Franzosen abseits gestanden, weil ihnen die gottlose französische Republik innerlich fremd geworden ist, in Australien haben die Iren und ein Teil der Deutschen nicht mitgemacht und hat schließlich die Majorität der Bevölkerung die Oktroyierung der allgemeinen Wehrpflicht mit großer Entschiedenheit abgelehnt, in Südafrika gibt es Hunderttausende, die den Krieg des Renegaten Botha beurteilen, wie er es verdient. Der Köder, durch den England die Dominien zu weiteren Leistungen anzuspornen sucht, ist die bevorstehende britische Reichskonferenz, deren Programm dahin zu gehen scheint, durch Heranziehung von ständigen Vertretern der Dominien diesen ein Mitbestimmungsrecht über die auswärtige Politik des Gesamtreiches zu gewähren, wofür sie dann ihrerseits den Chamberlainschen Gedanken gegenseitiger Zollbegünstigung zu verwirklichen und zugleich dem so entstehenden panbritischen „Commonwealth" ihre Wehrkraft zur Verfügung zu stellen hätten. Commonwealth ist bekanntlich der Titel, den die Cromwellsche Republik ohne König und Oberhaus führte, und es klingt nach den Ausführungen über Irland und Indien wie Spott, wenn auch diese beiden Ge-

Digitized by Google

biete des Greater Britain in die Reichskonferenz hineingezogen werden sollen, was übrigens noch keineswegs feststeht, und falls es geschehen sollte, jedenfalls in einer Form geplant ist, die diese beiden Stimmen „unschädlich" machen würde. Es liegt aber alle Ursache vor, anzunehmen, daß jener Commonwealth niemals Wirklichkeit werden kann. Einmal sprechen die ungeheueren wirtschaftlichen Gegensätze dagegen, welche die Dominien von einander und von England trennen, dann liegt die gewiß nicht unbegründete Befürchtung vor, daß die in London tagenden Reichsvertreter sehr bald so anglisiert sein würden, daß die besonderen Interessen des „Sipo Matador", die ihres speziellen Mutterlandes völlig absorbieren und ertöten würden, nota bene wenn diese Dominien bereit wären, es sich gefallen zu lassen. Sie haben aber alle sehr eigenwillige Sonderregierungen und Sonderparlamente, und wenn es auch, wie nicht unmöglich ist, gelänge, jener Regierungen Herr zu werden, ganze Volksvertretungen auf die Dauer auf Wege zu fahren, die ihren besonderen Interessen widersprechen, ist so gut wie unmöglich. Endlich, und das ist wohl das entscheidende, der babylonische Bau dieses Commonwealth steht und fällt mit der ungeheueren Illusion von dem sicheren schließlichen Erfolge der Ententemächte.

Von den englischen Dominien zu der großen Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist kein weiter Sprung. Das Regiment des Präsidenten Wilson hat während des Verlaufs dieses Krieges, mit einigen Modifikationen, gehandelt wie ein an England gebundener Vasall, der sich das Recht gewahrt hat, den Schein eigenen Willens aufrecht zu erhalten. Man hat nicht von ihm verlangt, daß er Truppen und Flotten übers Meer schicke, um die Mittelmächte zu bekriegen, aber man wußte, daß er seinen „Untertanen" kein Hindernis in den Weg legen werde, wenn sie ihren Kriegssport auf unsere Kosten zu befriedigen suchen werden.

Man nahm dem Präsidenten nicht übel, daß er gegen englische Völkerrechtsbrüche protestierte, da man wußte, daß damit alles erledigt war, was er brauchte, um sein zartes Gewissen zu beruhigen. Im übrigen billigte man es höchlich, daß er nicht nur England, sondern auch Franzosen, Russen, Italiener und Rumänen mit Munition, Kriegsgerät aller Art, Nahrungsmitteln und was sonst ihr Herz begehrte, versorgte, und daß er ihnen den Kredit seines reichen Landes ohne jede Beschränkung zur Verfügung stellte. Als aber die Wendung eintrat, da durch die Proklamierung des unbeschränkten U-Bootkrieges die englische Seetyrannei ernstlich gefährdet wurde, da brauchte England nicht einmal den Wunsch auszusprechen, daß er nunmehr den Schein der Unparteilichkeit aufgeben solle, sein Vasallenherz drängte ihn von selbst dahin, er brach die politischen Beziehungen mit uns ab und wird auch den letzten entscheidenden Schritt tun und die Kriegserklärung folgen lassen — wenn das amerikanische Volk es ihm erlaubt. Darüber zu prognostizieren, wollen wir nicht einmal versuchen. Aber einige nüchterne Tatsachen anzuführen, wird vielleicht nützlich sein. Mexiko gegenüber

Digitized by Google

sind die Vereinigten Staaten infolge der zugleich scheinheiligen Politik Wilsons in eine Lage geraten, wie sie unwürdiger nicht sein kann. Erst wurde die Regierung von Diaz durch Begünstigung amerikanischer Petroleum- und Silberinteressenten gestürzt, danach eine Revolution ins Leben gerufen, mit Krieg gedroht, die Drohung rückgängig gemacht, lange zwischen den einander bekämpfenden Prätendenten geschwankt, Carranza anerkannt, begünstigt, in Stich gelassen, ein Heer ins Land geschickt und wieder zurückgezogen und schließlich ruhig hingenommen, daß Carranza in einer höhnischen Note dem Präsidenten seinen Handschuh ins Gesicht warf — den Dank, Wilson, begehre ich nicht! Jetzt ist die kubanische Revolution hinzugekommen, die ernster ist als jene, die einst Roosevelt gebändigt zu haben für sich in Anspruch nimmt, und im Hintergrunde droht das unberechenbare Japan, dem gegenüber Wilson bereits einen Rückzug nach dem anderen angetreten hat. Gewiß ist er bereit, damit fortzufahren, aber es ist fraglich, ob Japan sich diesesmal mit geringen Abschlagszahlungen zufriedengeben wird. Es geht rücksichtslos seinen eigenen Interessen nach und wartet ohne Zweifel auf den rechten Augenblick, um, wenn Amerika sich so festgelegt hat, daß es nicht mehr zurück kann, sie zu befriedigen. Welches diese Ziele sind, ob Hawai oder Philippinen, ob Anschluß an Mexiko, oder ob es sich damit begnügen wird, auch die Amerikaner aus China hinauszudrängen, das zu entscheiden, muß man den Japanern überlassen, die für jede dieser Unternehmungen gewiß ein verbindliches Lächeln bereit halten. Sicher ist nur das eine, sie sind weder Freunde Englands, Rußlands und Frankreichs, noch auch Amerikas. Sie treiben, wie England, Piratenpolitik.

Wir wenden uns nunmehr Rußland zu, das ja heute zu den besten Freunden Japans gehört, aber, wie wir wissen, diese Freundschaft recht teuer bezahlen muß. Es ist jedoch charakteristisch, daß an der Petersburger Konferenz kein Japaner teilgenommen hat. Ob das Zufall oder Absicht war, läßt sich von hier aus nicht erkennen. Vielleicht wird damit angedeutet, daß Japan an der Offensivaktion nicht beteiligt ist. Die Delegierten der drei Mächte sind Ende Januar an der Murmanküste gelandet, und die letzte Nachricht, die bisher zu uns gelangt ist, besagt, daß ein Diner, das in Petersburg ihnen zu Ehren am 18. Februar stattfinden sollte, verschoben worden sei. Die Herren sind auf einer Reise, die sie über Moskau nach Kiew und wahrscheinlich auch die russische Front entlang führen sollte. Am 6. Februar wurden sie in Moskau gefeiert; darüber, wann sie ihre Rückreise anzutreten gedenken, verlautet bisher nichts. doch läßt sich annehmen, daß sie den Beginn der Dumaverhandlungen, der für Dienstag, den 27. Februar festgesetzt war, nicht versäumt haben. Auch in betreff der Tätigkeit der Konferenz ist uns nichts Zuverlässiges bekannt geworden. Trotzdem läßt sich mit Sicherheit behaupten, daß die Aufgabe der Delegierten der drei Ententemächte eine doppelte war: sie waren beauftragt, die mit Energie und Geschick von dem englischen Botschafter vertretene Politik der Einwirkung auf den Zaren nach liberaler Richtung zu unterstützen und die militärischen Vorbereitungen für die vereinbarte Frühjahrs-

Digitized by Google

offensive zu kontrollieren und nach Möglichkeit den Absichten der Westmächte anzupassen. Die politische Seite dieser Aufgaben ist wohl von den Führern der Delegation, Lord Milner, dem Kolonialminister Doumergue und dem italienischen Kabinettsminister Scialoia vertreten worden, die militärische von sechs englischen, zwei französischen und zwei italienischen Generalen, dazu von zahlreichen Militär- und Marineagenten der drei Nationen. Was nun zunächst die politische Arbeit der Delegierten betrifft, so sind sie zwar, wie selbstverständlich ist, vom Zaren in Zarskoje Selo empfangen worden, wo sie die Versicherung erhielten, daß ihm, dem Zaren, nichts erwünschter sei, als ein Zusammenarbeiten seiner Regierung mit der Duma, aber der Ministerpräsident Golitzyn bemerkte dazu, ob die Duma mit der Regierung werde zusammenarbeiten wollen, könne er nicht wissen. Einen Systemwechsel hat die Entente keinesfalls durchzusetzen vermocht, vielmehr weist alles darauf hin, daß der Kurs Protopopow bestimmt ist, bis auf weiteres der alte zu bleiben, d. h., daß Besiegung des Feindes durch die Machtmittel des „unbeschränkten" Zaren die Parole bleibt. Was sonst an die Öffentlichkeit gekommen ist, verdient kaum, wiederholt zu werden. Wenn es mehr als ein Kompliment sein sollte, wäre der Äußerung Castelnaus Bedeutung beizumessen, daß die Hauptlast des Angriffs jetzt Rußland zufalle. Der Generalstabschef Alexejew ist zurückgetreten (worden?), Kuropatkin zurzeit in Turkestan, wo, wie es scheint, schon längere Zeit gefährliche Erhebungen der Bevölkerung im Gange waren, an denen auch Chiwa und Buchara beteiligt waren. In Chiwa wurde der Aufstand schon im Februar 1916 unterdrückt, aber, wie es scheint, unter Mitwirkung des Khans, der, wie der Emir von Buchara, als russischer Pensionär treu zur Regierung stehen soll. Bis in den Sommer hinein blieb es danach in diesen Gebieten ruhig, danach aber wurde die zum Heeresdienst nicht verpflichtete Bevölkerung durch einen zarischen Ukas vom 25. Juli 1916, der die männliche Bevölkerung aller Fremdvölker Rußlands, die zwischen 19 und 43 Jahre zählte, zu den Waffen rief, auf das tiefste erregt, da der derzeitige Ministerpräsident Stürmer die Gesamtmobilisierung Turkestans anordnete. Es kam darüber wiederum zu Aufständen und Kämpfen in Ferghana, Taschkent, Syr Darja und Samarkand. Auch Transkaspien erhob sich, so daß europäische Truppen hingeschickt werden mußten. Diese Truppen hat Kuropatkin geführt, dem Land und Leute wohl bekannt sind. Er hat es verstanden, ohne all zu große Opfer die Ruhe wieder herzustellen, indem er an Stelle der Zwangsaushebung die Stellung von freiwilligen Arbeitern zu Kriegszwecken setzte. Nebenher haben die Kriegsgerichte gearbeitet, und in Dschizak im Samarkandschen sind nicht weniger als 32 Mann gehängt worden. Im Dezember interpellierten die Muselmanen in der Duma wegen der Hungersnot in Turkestan, wobei sie von den Trudowiki unterstützt wurden. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit folgende Debatte ist nicht bekannt gegeben, aber aus dem Wortlaut der Interpellation ergibt sich, daß heftige Angriffe auf Stürmer und auf den Kriegsminister stattgefunden haben

Digitized by Google

müssen. Überhaupt ist Russisch Zentralasien in Gärung. Die Russen behaupten, daß die Erregung der Bevölkerung von Zentralasien von dem chinesischen Turkestan ausgegangen sei, während diese islamischen Grenzgebiete Chinas des Glaubens sind, daß Rußland sich mit der Absicht trage, ihre Ländereien zu annektieren. Ganz unwahrscheinlich ist das im Hinblick auf den russisch-japanischen Vertrag keineswegs. In Moskau hat die dort tagende Adelsversammlung die folgende Resolution gefaßt und durch den Adelsmarschall A. D. Ssowarin dem Zaren überreichen lassen: „Die Moskauer Adelsversammlung hat bei Erwägung der Beschlüsse der bevollmächtigten vereinigten Adelsversammlungen vom 30. November 1916 über die innere Lage des Reichs, und in Anbetracht dessen, daß diese einmalig gefaßten Beschlüsse die Lage Rußlands ganz richtig darstellen und den Weg weisen, auf welchem unserem Vaterlande aus der schweren Lage geholfen werden kann, in der es sich befindet — ihrerseits beschlossen, sich der obigen Resolution vollständig anzuschließen. Zugleich kann die Moskauer Adelsversammlung nicht ohne große Beunruhigung und Erregung sich enthalten zu bemerken, daß alle traurigen Erscheinungen, auf welche die vereinigten Adelsversammlungen hinweisen, nicht nur nicht beseitigt sind, sondern daß auch keinerlei Anzeichen vorhanden sind, daß die Wünsche des Kongresses und die wesentlich mit ihnen übereinstimmenden Resolutionen der gesetzgebenden Institutionen, in absehbarer Zeit verwirklicht werden. Andererseits hat in allen Zweigen des Volkslebens die Lage sich auf äußerste zugespitzt, so daß die natürliche Befürchtung entsteht, daß die bedrohte Lage hinter der Front von verderblicher Wirkung auf die Gesamtentwicklung des Krieges sein werde. Unter solchen Verhältnissen, die davon Zeugnis ablegen, daß die Lage im Innern des Landes von Tag zu Tag drohender wird, muß auch des Moskauer Adel seine Stimme laut erheben und bestätigen, daß der einzige Ausweg zum Heil des Vaterlandes und zur Sicherung des Thrones zu finden ist in der unverzüglichen Durchführung der Prinzipien, die der Kongreß der vereinigten Adelsversammlungen bestimmt ausgesprochen hat."

Was nun die vereinigten Adelsversammlungen beschlossen haben, ergibt sich aus einer Erklärung, die der Fürst P. D. Dobzocukow im Namen vor 31 Edelleuten abgegeben hat. In dieser Erklärung schließt er sich den gefaßten Beschlüssen an, obgleich es nicht übereinstimmt mit einigen der ausgesprochenen Prinzipien „wie daß es notwendig sei, eine Regierung zu schaffen, die nur dem Monarchen verantwortlich sei".

Es handelt sich demnach um einen energischen Protest des Moskauer Adels und der vereinigten Adelsversammlung, mit Ausnahme jener 31, an deren Spitze der Fürst Dobzocukow steht, gegen die auf Konstituirung einer Regierung, die der Duma verantwortlich sein soll, gerichteten Bestrebungen der russischen Liberalen und Radikalen. Die Bestrebungen der letzteren aber unterstützte Buchanan, und wer die Delegation der Petersburger Konferenz ohne Zweifel zu unterstützen beauftragte, darüber kann nach den Äußerungen der englischen und französischen Presse heute nicht mehr gestritten werden.

Digitized by Google

Damit ist das lehrreichste Licht auf die innere Lage im heutigen Rußland geworfen.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß der russische Ministerrat beschlossen hat, daß ihm (dem Ministerrat) das Recht zu erteilen sei, die Aktien russischer Aktiengesellschaften, die Aktionären feindlicher Staatsangehörigkeit gehören, zu verkaufen, ohne daß jene Aktiengesellschaften deshalb geschlossen werden. Offenbar handelt es sich wiederum um einen ganz ungeheuerlichen Eingriff in private Eigentumsrechte. Der genauere Text ist in der „Nowoje Wremja" vom 1./14. Februar 1917 Nr. 14695 zu finden.

Notizen

Der Friede. „Je nüchterner sich die deutsche Regierung in ihrem Urteil und in ihren Zielen hält, je entschlossener sie zwischen sich und den Beutepolitikern und Weltmachtpredigern den Trennungsstrich zieht, desto rascher kann der Friede kommen und desto dauernder wird er sich bewähren." („Basler National-Zeitung".)

Die Bedeutung des Eintritts Amerikas in den Krieg. „Lloyd Georges Bemerkung, daß die letzten 100 Millionen Pfund den Krieg entscheiden würden, haben wir nicht, wie anscheinend die Deutschen, aus den Augen verloren. An dem Tage des Kriegseintritts Amerikas werden sich die wirtschaftlichen Hilfsquellen der Entente verdoppelt haben. Die Vereinigten Staaten könnten z. B. ganz die Sorge für Frankreich übernehmen, sowohl was Geld, Munition wie Nahrungsmittel anlangt. Wie die „New York World" richtig bemerkt, fordert Deutschland nicht gleich die Kriegsmacht von 100 000 amerikanischen Soldaten heraus, sondern diejenige von 40 Milliarden Pfund." („Daily Telegraph".)

Die Deutsch-Amerikaner werden in einem Aufsatz der „Neuen Züricher Zeitung" im Anschluß an den Ausfall der Präsidentenwahl so charakterisiert: Der Sieg Wilsons bezeugt, daß die große Masse der Deutsch-Amerikaner im stillen aber endgültig sich in zwei Lager getrennt hat. Die Mehrheit der in Deutschland geborenen stimmte für Hughes, die in Amerika geborenen Deutsch-Amerikaner dagegen im Sinne ihrer Parteien. Wie könnte es anders sein? Wie vermöchte der im Lande Geborene eine auf die Vorherrschaft Deutschlands gegründete Politik unterstützen, die als letzte Konsequenz eine Gefahr für die Vereinigten Staaten bedeutet? Tatsächlich ist der in Amerika geborene Deutsche ein echter republikanischer Amerikaner. Mag er aus sentimentalen Gründen für das Land seiner Vorfahren schwärmen und mit dessen Sitten und Gebräuchen sein Alltagsleben schmücken, so hat er doch weder Gemeinschaft mit den Rassen- noch den Kulturzielen der Deutschen in Europa, noch auch das geringste Interesse an den deutschen nationalen Aspirationen.

Wilson. „Warum hat der Präsident der Vereinigten Staaten drei Jahre gewartet, ehe er seine pazifistischen Ideale auseinandersetzte, und ist nicht gleich bei Kriegsausbruch eingeschritten? Das kommt daher, daß sich Wilson vor allem als der Vertreter des nordamerikanischen trustfrohen Bürgertums empfindet, und dessen heute schwer gefährdete Interessen veranlassen ihn zum Handeln. Während mehr als zwei Jahren verschaffte der Krieg allen Volksklassen Nordamerikas ungeheure Gewinne. Auch den Arbeitern ist der Krieg bemerkenswert zugute gekommen, so sehr, daß auf dem Kongreß der Trade-Unions in Toronto eine vage Tagesordnung, die das Ende des Krieges herbeiwünschte, abgelehnt wurde. Die Sorge um das eigene Wohlergehen verführte die Arbeiter dazu, alle Ideale zu vergessen. Aber die Situation beginnt sich zu ändern. Die Verteuerung der Lebenshaltung ist bereits unerträglich geworden und übersteigt die Erhöhung der Gehälter. Die Finanzleute beginnen an der Solvenz ihrer Schuldner

Digitized by Google

zu zweifeln, die wie die Wahnsinnigen Milliarden auf Milliarden vergeuden, die sie nicht leicht wieder beschaffen können. Auch in Amerika werden die Nahrungsmittel knapp, und Verbrauchsbeschränkungen sind unvermeidlich. Da kam Wilsons Botschaft, die gleichzeitig die Äußerung einer gewissen demokratischen Idealität ist, allerdings der Situation der Vereinigten Staaten angepaßt, und ein Ausdruck der Bedürfnisse und der Interessen der nordamerikanischen Bürgerschaft. Der einzige Teil darin, der wirklichen und unmittelbaren Wert hat, ist der, der den Zielen des nordamerikanischen Kapitalismus dient. Der Präsident der Vereinigten Staaten verlangt die Freiheit der Meere, die Internationalisierung der Meerengen und der Häfen. Diese Forderung scheint sich gegen England zu richten, das die erste Nation von Kolonisatoren war, und dem es gelang, sich zum Herrn der Schlüssel zu sämtlichen Meeren zu machen: Gibraltar, Suez, Malta, Mauritius. Darin besteht eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Amerika. Aber gleich darauf bricht der Konflikt aus. Deutschland, das die ihm von England auferlegte Hungereinkreisung sprengen will, nimmt seine Zuflucht zu den U-Booten und antwortet den Nationen, die ihm Bruch der internationalen Verträge vorwerfen, daß die Verträge aus der Zeit vor Erfindung der U-Boote stammen und daher keine Verfügungen betreffs dieser treffen konnten. So entsteht unversehens ein Konflikt zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten: letztere wollen die Freiheit der Meere für die Zukunft, ersteres will sie sogleich. Beide Nationen aber sind nur um ihre unmittelbaren Interessen besorgt." (Serrati, Direktor des „Avanti" in einer in Turin gehaltenen Rede.)

Wilson und die Neutralen. Es wäre sicher besser gewesen, wenn der Präsident davon Abstand genommen hätte, an Neutrale, die unter so ganz verschiedenen Bedingungen existieren, die Aufforderung zu einer gemeinsamen Politik mit den Vereinigten Staaten ergehen zu lassen. Wie konnten z. B., ohne ihren Untergang herbeizuführen und der Sache der Entente schweren Schaden zuzufügen, die Schweiz, Dänemark, Holland, Schweden und Norwegen alle diplomatischen Beziehungen mit Deutschland abbrechen und ihm etwa morgen den Krieg erklären? („Gazzetta del Popolo".)

Die Neutralen und der U-Bootkrieg. Die Verbandsmächte haben kein Recht, die Neutralen daran zu hindern, auf den deutschen U-Bootkrieg so zu reagieren, wie sie es für notwendig und zweckmäßig halten. Die Verbandsdiplomatie müßte sie aber rechtzeitig davon in Kenntnis setzen, daß sie aktive Schritte nur auf eigene Gefahr und eigenes Risiko unternehmen können und daß die Verbandsmächte sich kaum in der Lage sehen werden, ihnen irgendwelche Unterstützung zuteil werden zu lassen. („Birshevija Wjidowoski".)

China und der Weltkrieg. Die japanischen Zeitungen weisen auf die Nachteile hin, die die Teilnahme chinesischer Delegierter an der Friedenskonferenz mit Stimmrecht für Japan haben kann, ebenso darauf, daß die Frage der Teilnahme Chinas am Kriege nur unter Zustimmung Japans entschieden werden darf. „Kokuminto" spricht sich offen gegen den Anschluß Chinas aus, da es mit dem gegenwärtigen Kriege nichts mehr zu tun hat, nachdem Japan Tsingtau besetzt und die deutsche Basis in China zerstört hat.

Die Ablehnung der Wehrpflichtvorlage in Australien ist dadurch begründet, daß Australien seine Männer braucht, um sich in Rassenkämpfen verteidigen zu können, die sich für eine nahe Zukunft im Gebiete des Atlantischen Ozeans ergeben werden. („Action Française".)

Japan und Sibirien. „Der europäische Krieg hat Rußland und Japan dadurch enger aneinander gebracht, daß es Rußland von Japan abhängig und Japan befähigt hat, bei der Deckung des russischen Bedarfs mitzuhelfen. Gegenseitige Dankbarkeit hat zu dem neuen Bündnis geführt. Japans kommerzielle und industrielle Interessen sind durch den europäischen Krieg gewaltig gefördert und entwickelt worden, denn er hat zahlreiche neue Gewerbezweige und Unternehmungen emporgebracht und Japans produktive Fähigkeit stark ausgedehnt. Einer der

Digitized by Google

Märkte, nach denen Japan voller Hoffnung ausblickt, ist Sibirien. Japan wird in Sibirien aber nicht nur ein Feld für seine gewaltige industrielle Entwicklung, die der Krieg gefördert hat, finden, sondern es kann wohl auch hoffen, die Auswanderung nach Sibirien zu leiten, um diesem Land zu einer stärkeren Bevölkerung zu verhelfen." („Japan Magazine" v. 2. Februar.)

Schiffsbau in Japan. Im Jahre 1916 wurden in Japan Handelsschiffe von insgesamt 250000 Tonnen gebaut, gegenüber nur 100000 Tonnen im Jahre 1915. („Economigta d'Italia".)

Charles M. Schwab, der Vorsitzende der amerikanischen Bethlehem-Steel Co., erwähnt in einer Rede, daß er gegenwärtig mit den neuen Anlagen seiner Werke 50 Proz. mehr liefere als die „berühmten Kruppwerke" in Essen.

Die Verarmung im Krieg. „Die Freiheit in Handel und Industrie wird allmählich zur Fiktion, denn Syndikate, Kartelle, Trusts, Verbände, Kompagnien beanspruchen den Nutzen aus den verbreitetsten und für die Allgemeinheit notwendigsten Betrieben, wie die Naphta-, Kohle-, Zucker-, Eisen- usw.-Industrien es schon vor dem Kriege bewiesen. Wir erleben augenblicklich eine elementar sich entwickelnde Abnahme des Volksreichtums, der ohnedies schon kärglich bei uns ist." (Menschikow in der „Nowoje Wremja".)

Petersburg an Stelle Leipzig zum Zentrum des Weltborstenhandels zu machen, mahnt die russische Presse. Jährlich sollen vier Messen stattfinden.

Die Utrechter Messe soll nach dem Bericht des niederländischen Generalkonsuls in London fortan jedes Jahr stattfinden.

Die französische Propaganda im Ausland. Aus dem Programm der öffentlichen und kostenlosen Kurse, die vom 12. Januar bis zum 14. März 1917 im großen Saal der Genfer Universität stattfinden, entnehmen wir folgende Vorlesungen: „Die Wiederherstellung der Prinzipien und der Grundlagen der Zivilisation"; „Das Nationalitätenprinzip"; „Die vlamische Frage"; „Die französischen Frauen während des Krieges" („Weltdamen und Bürgerinnen", „Arbeiterinnen und Bäuerinnen").

Die Zukunft der Schweiz. „Unsere Rolle in der Zukunft des europäischen Wirtschaftslebens kann und darf nicht diejenige des leidenden Abseitsstehen sein. Das wäre gleichbedeutend mit Aufgabe unseres Eigenlebens. Wir wollen nicht Gefahr laufen, eines Tages einem der großen Wirtschaftskörper Europas zugeschlagen zu werden, wie eine Ware dem Meistbietenden. Und nur deshalb, weil wir im richtigen Augenblick nicht den Ruf der Zeit verstanden haben. Heute, in den Wirren des Krieges, laden wir uns Beschränkungen, unserem Verkehr Belastungen aller Art auf. Morgen aber, im Augenblick, da die Tragödie endet, verlangt auch unser Wirtschaftsleben „freie Bahn allen Tüchtigen" nach innen und außen." („Bern. Int.-Bl.")

Der deutsche Imperialismus in der Literatur. Ein in Moskau erschienenes Buch des Professors W. M. Fritzsche sucht den deutschen Imperialismus aus der Literatur nachzuweisen. In Deutschland herrscht „die Religion des Willens, der Materialismus". „Der kategorische Imperativ Kants, der nach Verkörperung strebende Geist des Volkes Hegels, die Verkündigung der Herrenmoral Nietzsches sind die Hauptetappen der Entwicklung der Philosophie des Willens in Deutschland. Parallel läuft die romantische Idee von der Wiedergeburt des Deutschen Reiches und verbindet sich einigermaßen merkwürdig mit dem rein ästhetischen Programm der Schaffung einer allumfassenden Kunst — dieses sowohl wie jenes wurde in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts verwirklicht, als Richard Wagner vor dem Kaiser und den Bundesfürsten der deutschen Länder in Bayreuth den ‚Ring des Nibelungen' zur Aufführung brachte. In Stockholm schrieb der ‚französische Deutsche' Graf Gobineau sein Werk über die Ungleichheit der menschlichen Rassen, worin nur die Germanen als reine Arier anerkannt werden." Den deutschen Imperialismus beleuchteten die „Hermannsschlacht" von Kleist, das Drama Grabbes und Raupachs (die Presse fügt Freytags „Soll und Haben", Clara Viebigs „Wacht am Rhein"

Digitized by Google

hinzu). Der „Djen“ bemerkt nach der Wiedergabe dieser hauptsächlichen Gesichtspunkte des Werkes: „Dennoch ist es erfreulich, daß sich auch in Deutschland selbst eine, wenn auch schwache, Opposition gegen die imperialistische Politik seiner Chauvalisten bemerkbar macht. Die Weltbrände können diesen Funken des Widerspruchs leicht zu einer reinigenden Flamme entfachen, aus der wieder das Antlitz des ehemaligen Deutschlands hervorblicken wird, welches nicht nach der Weltherrschaft strebte, sondern nach der Erreichung des höchsten Menschheitsideals — nach der harmonischen Vereinigung der Religion der Vernunft, der Religion des Herzens und der Religion des Willens.“

Die deutsche Zukunft. Generalleutnant Freiherr von Freytag-Loringhoven, Chef des Stellvertretenden Generalstabes der Armee, hat (in dem „Gruß der deutschen Hochschulen an ihre Bürger im Felde auf das Jahr 1917“, Furcheverlag Berlin) den Studenten im Felde folgenden Gruß gesandt: „Die deutsche Studentenschaft, die 1813 die Abteilungen des freiwilligen Jägerkorps füllte, hat ihre Hingebung in so manchem heißen Kampfe bewiesen; weit Schwereres aber hat die heutige zu ertragen gehabt. Sie hat weit größere Opfer gebracht. Mit Stolz kann sie darum zurückblicken auf das, was sie, dem Heere zum Vorbild, geleistet hat. Mit Vertrauen mag sie der deutschen Zukunft entgegensehen, für die sie sich mit unserem gesamten Volksheer eingesetzt hat, einer schöneren Zukunft, als sie dem Geschlecht der Befreiungskriege beschieden war.“

Französische Verdächtigung. Unter diesem Titel brachte Heft 5 der „Deutschen Politik“ folgende Notiz: „Nach dem „Temps“ soll der Berliner Pastor Philipp folgendes „Gebet“ gesprochen haben: „Danket Gott, daß er den Ausbruch des Krieges zugelassen hat, danket Gott, daß er den Friedensschluß verhindert hat. Gelobt sei Gott, daß er diesen Krieg entfesselt hat, nichts auf der Welt, als der Krieg konnte dem deutschen Volke das Heil bringen!“ Die „Deutsche Politik“ erhielt dazu am 20. Februar folgendes Schreiben eines württembergischen Pastors: „Unter Bezugnahme auf die Notiz S. 166 in Nr. 5 der „Deutschen Politik“ „Französische Verdächtigung“ erlaube ich mir, der Redaktion einen Ausschnitt der „Bremer Nachrichten“ zu übersenden, aus dem hervorgeht, daß es sich hier nicht um eine grundlose Verdächtigung handelt, sondern daß das Zitat dem Sinne nach vollkommen richtig ist und der einzige Irrtum darin besteht, daß die Worte in einem „Gebet“ enthalten sein sollen.“ Ein Pastor, dessen Beruf die Versöhnung ist, und der dennoch seine Aufgabe darin sieht, zum Krieg zu hetzen, muß solches „vaterländisches Tun“ vor seinem Beruf und seinem Gott rechtfertigen. Mit der Gesinnung des deutschen Volkes hat ein solcher Mann nichts zu tun. Bedauerlich bleibt nun nur der Titel, unter dem wir die Notiz gebracht haben. Als der anständige Teil in dieser Angelegenheit steht diesmal der französische Tagesschreiber da, der solche Sätze an den Pranger gestellt hat.

Neuerscheinungen

Geschichte

Cl. Huart: Geschichte der Araber. Übersetzt von Seb. Beck und M. Färber. Band I und II. (A. F. Koehler, Leipzig.) IV u. 381 S. u. 396 S. Das berühmte Werk des französischen Konsuls Huart, das Land, Geschichte und Kultur der Araber von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit und flüssiger Darstellung schildert. In einer autorisierten Übersetzung vorgelegt, die vor dem Kriege begonnen und im Jahre 1916 durch ein ausführliches Namen- und Sachregister ergänzt und fertiggestellt wurde.

Leop. Karl Goetz: Deutsch-russische Handelsverträge des Mittelalters. Abhandlungen des Hamburgischen Kolonialinstituts. Band 37. (L. Friedrichsen & Co., Hamburg.) XV und 394 S. Preis M. 8.—. Untersuchung und Erklärung der deutsch-russischen Handelsverträge des Mittelalters „als der Grundlage für die deutsch-russische Handelsgeschichte im Mittelalter“, „die in weiteren Arbeiten darzustellen sein wird“.

Professor Hubert Bastgen: Dalbergs und Na-

Digitized by Google

poleons Kirchenpolitik in Deutschland. (Ferd. Schöningh, Paderborn.) X und 370 S. Preis M. 12.—. Auf den Aktenkorrespondenzen aufgebaute wissenschaftliche Untersuchungen.

Hohenzollern-Anekdoten bilden den 2. Band der Anekdoten-Bibliothek des Stuttgarter Verlages Robert Lutz. Gesammelt und herausgegeben von Hermann Jahnke. 285 S. Anekdoten aus der ältesten Zeit bis zu Wilhelm I.

Bismarck-Anekdoten. Heitere Szenen, Scherze, charakteristische Züge aus seinem Leben sind von Fr. Schmidt-Henniger zu einem Buche vereinigt, das in dem Stuttgarter Verlage von Robert Lutz erschienen ist. 238 S.

Wirtschaft

W. Kleeberger: Unsere Kartoffel- und Gemüseversorgung in der Zukunft. — Unsere Öl- und Gespinstversorgung in der Zukunft. Kriegswirtschaftliche Arbeiten des Landwirtschaftlichen Vereins für die Provinz Oberhessen. Heft I und II. (Verlag Emil Roth, Gießen.) 42 Seiten. Preis M. —.50.

Die Rohstoffe des Wirtschaftsgebietes zwischen Nordsee und Persischem Golf. II. Heft. Herausgegeben von Prof. Dr. H. Binz. (Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig.) VI und 63 Seiten. Preis geh. M. 3.—. Feststellung der Waldbestände und Wasserkräfte des mitteleuropäischen Gebiets und ihrer Bedeutung für die Industrie.

Arthur Travers-Borgstroem: Der Triumph der Organisation und ihr Siegespreis. Übersetzt von Dr. Franz Heinemann. (Zürich, Art. Institut Orell Füßli.) 85 Seiten. Preis M. —.60. Vorschlag für Schutzvorkehrungen zur Überbrückung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit.

Friedrich Bendixen: Das Inflationsproblem. Finanzwirtschaftliche Zeitungen Heft 31. (Verlag Ferd. Ente, Stuttgart.) 42 Seiten. Behandelt die Inflation „als einen Fehler der Geldschöpfung" und tritt für Befreiung des deutschen Geldwesens vom Zwange des Goldes ein.

Hans Dittrich: Der Kampf zwischen Gläubiger und Schuldner. (Verlag Alfred Metzner, Berlin.) 36 Seiten. Preis M. —.80. Lenkt die Aufmerksamkeit auf Mißstände der Rechtswege und des Vollstreckungswesens und macht Vorschläge zur Neuordnung.

Dr. rer. pol. W. Plügge: Innere Kolonisation in Neuseeland. Probleme der Weltwirtschaft. Schriften des Kgl. Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser-Wilhelm-Stiftung, herausgegeben von Professor Dr. Bernhard Harms. Jena (Gustav Fischer) 1916. 148 S., Preis br. M. 5.—.

Technik

Prof. Dr. Erich Giese: Schnellstraßenbahnen. Mit 100 Textabbildungen und 4 Tafeln. Preis M. 6.—. Verlag W. Moeser, Buchhandlung, Berlin S. 14. Vergleiche über den Verkehrswert der großstädtischen Bahnen, der Schnellbahnen und Straßenbahnen.

Joh. Schreiber: Altes und Neues von der Wünschelrute. Die Wünschelrute im Dienste der leidenden Menschheit. Kommissionsverlag der Körnerschen Buchhandlung, Erfurt, 1917. 24 S.

Schöne Literatur

Volkstümliche Bücher von Malern gibt der Delphin-Verlag, München, als „Delphin-Bücher" heraus. Zu niedlichen, kleinen Heften sind Abbildungen von Bildern von Spitzweg, Schwind, Waldmüller, Feuerbach, Richter und Oberländer vereinigt. Verse, Briefe und Erinnerungen sind beigegeben, so daß jedes Bändchen einen lebendigen Eindruck von dem Menschen und Künstler vermittelt. Die Preise (M. —.70) sind sehr wohlfeil.

Kriegsliteratur

Zwei Brüder. Feldpostbriefe und Tagebuchblätter der Leutnants Gotthold von Rohden und Heinz von Rohden. (Tübingen 1916. J. C. B. Mohr. 1. Bändchen, 101 Seiten, br. M. 1.—; 2. Bändchen, 212 Seiten, br. M. 2.—.) Briefe zweier Marburger Studenten aus dem Felde. Zeugnisse für die innere Teilnahme an den Geschehnissen, das starke Bewußtsein der Pflicht und ihrer geistigen Durchdringung durch zwei Menschen, in denen die besten Kräfte des deutschen Idealismus lebendigen Ausdruck gefunden haben. Die Tagebuchblätter Heinz von Rohdens verraten die tiefer unterrichtete, wohl auch die tiefer veranlagte Natur.

Hans Würtz: Lebensschicksale neu ertüchtigter Kriegsinvaliden. 1. Band der Beiträge zur Invalidenfürsorge. Erschienen bei Hermann Kalkhoff, Berlin. 140 S.

Wilhelm Breitenbach: England als Völkervernichter. (Selbstverlag des Verfassers, Bielefeld.) 63 S. Preis M. —.80.

Fr. Brie: Der irische Aufstand von 1916. (Kriegspolitische Einzelschriften, Heft 17. C. A. Schwetschke & S., Verlh., Berlin.) VIII u. 62 S.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—. Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 16. März 1917 · Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele

Von Dr. Paul Rohrbach

Im Haag existiert der „Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad", die Niederländische Gesellschaft gegen den Krieg. Diese Vereinigung verschickt Berichte über Vorträge, Artikel und dergleichen, die sie im Interesse des Friedens veranlaßt. Die äußere Aufmachung soll neutral sein, d. h. für keine der beiden kriegführenden Gruppen Partei nehmen. An sich wäre auch vom deutschen Standpunkt nichts dagegen zu sagen, daß in den Ländern, die bisher nicht vom Weltkriege ergriffen sind, aufrichtige Freunde des Friedens sich zur Besprechung der Lage und um für den Friedensgedanken zu wirken, zusammentun. Sie könnten sicher sein, daß ihre Zuschriften auch in Deutschland mit Aufmerksamkeit und Sympathie gelesen werden — wenn nur diese Männer in Wahrheit neutral wären! Neutralität erschöpft sich aber nicht darin, daß man für keinen der Kriegführenden zu den Waffen greift — das kann äußere Gründe haben, von denen die Gemütsverfassung dieses oder jenes „Neutralen" weit abweicht — sondern wer im höheren Sinne neutral sein will, und das beansprucht der „Anti-Oorlog-Raad", der muß sich auch fähig zeigen, die Streitenden zu verstehen, und objektiv würdigen, was beide Teile vorbringen.

Nehmen wir die Berichte des „Anti-Oorlog-Raad" Nr. 210 vom 20. Februar und Nr. 212 vom 27. Februar des Jahres und sehen wir zu, wie sich die Gesellschaft hier gibt. Sie teilt zunächst einen Artikel von Professor Dr. C. van Vollenhoven aus Leiden über Wilson-Politik und U-Bootpolitik folgenden Inhalts mit:

Die zwei Methoden zur Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung stehen sich nun klar und deutlich gegenüber; eine dritte gibt es bis jetzt nicht. Die Wilson-Methode strebt danach, das Gemeinsame in den Lebensinteressen sämtlicher Völker zu erblicken und meint, die Sicherung gemeinsamer Interessen sei am besten zu erzielen durch die Begründung eines Völkerbundes. Sie versucht also die öffentliche Meinung auf den Gedanken zukünftiger Zusammenarbeit als ein Mittel zum Frieden, zu lenken. Die U-Bootmethode hingegen glaubt den Frieden beschleunigen zu können, nicht nur indem sie Gleiches mit Gleichem zu vergelten versucht, sondern auch indem sie das Leben und das Gut der ganzen Welt bedroht. Die Welt zu erschrecken

Digitized by Google

scheint ihr ein geeignetes Mittel zur Erzielung des Friedens. Der Gegensatz zwischen den beiden Methoden fällt um so mehr auf, wenn man sich klar macht, daß der Reichskanzler, nachdem er am 9. November 1916 erklärt hatte, dem Prinzip eines Völkerbundes beistimmen zu können, am 31. Januar 1917, als er eine Reihe von Anhaltspunkten zwischen Wilsons Wünschen und den Seinigen nannte, gerade über den Hauptpunkt der Wilsonschen Rede, den zukünftigen Völkerbund, schwieg. Wilson wünscht den Frieden durch Verständigung, Hohenzollern wünscht ihn — es scheint wenigstens so — durch Erschreckung, die Alliierten wünschen beide Methoden in Anwendung zu bringen.

Was soll ein ruhiger deutscher Beurteiler zu dieser Art von Neutralität sagen! Wilson, heißt es, will einen Frieden durch Verständigung zustande bringen, Deutschland einen solchen durch den U-Bootschrecken. Wer hat denn zuerst den Vorschlag gemacht, in Friedensverhandlungen ohne vorhergehende Anwendung des U-Bootschreckens einzutreten? War es der deutsche Reichskanzler oder war es der Präsident Wilson? Wenn wir nicht irren, so kam doch wohl Wilson hinter dem deutschen Verhandlungsvorschlag, nicht wahr? Und kam dann nicht eine Antwort der Entente auf unser Anerbieten? Lautete sie nicht, daß Deutschland und seine Verbündeten erst vollkommen niedergeworfen werden müßten, bevor an Frieden zu denken sei? Sollte nicht Österreich-Ungarn zerstückelt und Konstantinopel samt den Dardanellen russisch werden und noch einiges andere, was wenig nach einem Verständigungsfrieden aussah?

Was hat man uns und unseren Verbündeten angedroht? Den Schrecken der Niederwerfung, der Zertrümmerung, der Beraubung, und erst darauf, daß die Entente sich weigerte, mit uns überhaupt zu verhandeln, wenn wir uns nicht vorher besiegt ihrem Richterspruch überlieferten, haben wir mit dem scharfen U-Bootkrieg geantwortet. Geschah es, um den Krieg zu verlängern? Nein, sondern um endlich in absehbarer Zeit ein Ende zu machen. Der U-Bootkrieg soll eine Methode des Schreckens, der Bedrohung von Gut und Leben der ganzen Welt sein? Und was ist es, womit England das deutsche Volk vom Säugling und vom noch Ungeborenen bis zum Greisenalter bedroht? Ist es nicht der Schrecken des Hungers? Und wie verfährt England mit den Neutralen, Griechenland, Norwegen, Holland usw.? Vergewaltigt es nicht ihre Bewegungsfreiheit so sehr wie nur möglich, damit sie ihre Schiffe und ihre Lebensmittel einseitig in den Dienst der Entente stellen und mit der andern kriegführenden Partei keinen Verkehr unterhalten? Kann man noch voreingenommener gegen die Beweggründe des deutschen Handelns und der deutschen Stimmung sein, als Professor van Vollenhoven und der niederländische „Anti-Oorlog-Raad"? Begreifen die Herren nicht, daß es im Grunde nur wie blutiger Hohn von den Deutschen empfunden werden kann, denen sie ihre Blätter schicken, wenn es darin heißt: Hier Wilson, der Gute — dort Hohenzollern, das Böse — und zwischen beiden wird die Verkündigung der Entente, Mitteleuropa und der Orient müßten erst zerschlagen werden, bevor an Frieden zu denken sei, als nicht existierend behandelt?

Der U-Bootschrecken! England sagt: Neutrale Schiffe dürfen nicht nach deutschen

Digitized by Google

Häfen fahren, und damit sie es nicht zu tun versuchen, werden sie mit Gewalt daran verhindert; ja noch mehr, sie dürfen sogar nicht nach andern neutralen Häfen fahren, aus denen Zufuhr nach Deutschland gelangen könnte. Das ist nach den Begriffen der Art von Neutralität, wie sie der „Anti-Oorlog-Raad" vertritt, anscheinend in Ordnung. Es scheint für den „Raad" auch in der Ordnung zu sein, daß England so viele Deutsche durch Hunger und Not umkommen ließe, bis der Rest es nicht mehr aushielte und sich gebunden überliefert. Ganz und gar nicht in der Ordnung scheint es aber für den „Anti-Oorlog-Raad" zu sein, wenn Deutschland den Spieß umdreht und es sagt: es darf kein Schiff nach England fahren oder von England auslaufen, und wer es doch zu tun versucht, der muß die Folgen tragen!

Wenn die Herren vom „Anti-Oorlog-Raad" weiter bei dieser Art von Neutralität verbleiben wollen, dann werden wir Deutsche, denen sie ihre Schriften bisher geschickt haben, uns die weitere Zusendung höflich verbitten. Wir — wenigstens erkläre ich es für mein Teil — lehnen Gemeinschaft mit den alldeutschen Gewaltidealen und Mitverantwortlichkeit für sie ab, aber wir müssen die Herren Neutralen vom „Anti-Oorlog-Raad" und Genossen bitten, das nicht so zu verstehen, als ob wir freundlichst über den Sarg quittieren wollten, den man uns ins Haus schickt, damit wir uns und unsere nationale Zukunft hineinlegen. Wir stellen es jedem Neutralen frei, den U-Bootkrieg zu bedauern und sein Ende herbeizuwünschen. Es gibt keinen besonnenen Politiker in Deutschland, der nicht das gleiche täte und der nicht zufrieden wäre, wenn der Feind den Aushungerungsplan aufgäbe und uns damit vor die Möglichkeit neuer Entschlüsse stellte. Den Hungerkrieg aber gutheißen oder stillschweigend über ihn hinweggehen, den deutschen U-Bootkrieg aber als eine Methode des Schreckens beklagen, sie als die Schwärze der Nacht gegen den lichten Engel Wilson hinstellen — das ist entweder bewußter Hohn auf das mit allen seinen Kräften kämpfende Deutschland, oder wenn es das nicht sein soll, so zeugt es von viel Weltfremdheit oder Voreingenommenheit für die Entente, und eine Fortsetzung der Diskussion wäre dann ebenso zwecklos, wie bei bösem Willen. Wir bitten die Herren vom „Anti-Oorlog-Raad", wenn sie weder das eine noch das andere wahr haben wollen, uns zu erklären, was wir uns dann unter ihrem Verhalten denken sollen?

Das zweite Stück, Nr. 212, trägt die Überschrift: „Ein Franzose über Krieg und Frieden" und berichtet über eine Zusammenkunft im engern Kreise des „Anti-Oorlag-Raad", bei der ein französischer evangelischer Geistlicher, Pastor Edouard Soulier aus Paris, die französischen Anschauungen über den Krieg und den kommenden Frieden erörtert hat. Souliers Ausführungen werden folgendermaßen wiedergegeben:

Frankreich hat immer den Frieden gewollt; der Beweis dafür ist der Widerstand, auf den das Gesetz der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich gestoßen ist. Wegen seiner Liebe zum Frieden hat Frankreich die Revanche-Idee in bezug auf Elsaß-Lothringen aufgegeben. Während

Digitized by Google

man im Anfang den Wunsch hegte, daß das Reichsland ein unabhängiger Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich werden möge, forderte man vor dem Ausbruch des jetzigen Krieges nur noch, daß Elsaß-Lothringen ein autonomer Staat des Deutschen Reiches werde. In begeisterten Worten stellte Pastor Soulier die Gefühle, von denen ganz Frankreich gegenwärtig beseelt wird, dar und sprach von der Bereitschaft des ganzen Volkes jedes Opfer zu bringen, damit der Krieg vom Kriege getötet werde... Als das Kriegsziel der Alliierten nennt er die Festigung des „dauernden Friedens", zur Erreichung dessen in den neutralen Ländern so manche Bewegung tätig ist. Er wies darauf hin, daß drei Dokumente existieren, in denen dieses Kriegsziel ausführlich dargelegt ist, nämlich: die Antwortnote der Entente an Präsident Wilson, welche als das wichtigste der drei zu betrachten ist, und ferner der Brief Balfours an den englischen Botschafter in Washington und die Rede Bosellis...

Als Bedingungen, deren Erfüllung für das Zustandekommen eines dauernden Friedens unbedingt nötig sei, nannte Pastor Soulier vor allem die Vernichtung des Militarismus, die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten und zum Schlusse die Feststellung von besseren natürlichen Grenzen für jedes Land. Daraus geht hervor, daß es sich für Frankreich in diesem Kriege nicht nur um die Zurückgabe von Elsaß-Lothringen sondern obendrein um seine Ausdehnung bis an das linke Rheinufer handelt. Eine ähnliche, Änderung der Grenzen möge dem Anschein nach eine „Eroberung" sein, in Wirklichkeit ist sie einfach als eine Sicherheitsmaßnahme zur Verhütung künftiger Kriege zu betrachten. Dieses Ziel wird aber nur mittels der Waffen erreicht werden können. Aus dem Grund hat das Wort „Friede" in Frankreich keinen guten Klang, denn heute bedeutet es für den Franzosen nichts wie die Wiederherstellung des früheren Zustandes und eine ständige Drohung des Militarismus ... Die meisten Redner betonten nachdrücklich, daß sie auf der Seite der Entente stehen und daß sie, wie die Franzosen, nicht den Frieden um jeden Preis, sondern einen Frieden, der auf dem „Recht" begründet ist, wünschen. Keiner von ihnen konnte jedoch den von Pastor Soulier angeführten Kriegszielen beipflichten, denn man war einstimmig der Meinung, daß aus diesen der Geist eines „französischen Militarismus" hervorging und man fürchtete, daß gerade ein solcher Kriegsausgang Ursachen zu neuen Kriegen schaffen würde. Der Vorsitzende schloß die Sitzung, indem er dem Redner für seine Ausführungen dankte und an das Recht der Neutralen erinnerte, schon jetzt das Studium zur Lösung der Probleme des Dauerfriedens anzufangen. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß die französischen Kämpfer und die niederländischen Pazifisten, die alle die Einführung des Dauerfriedens erstreben und nur in betreff des zu diesem Ziele führenden Weges nicht einig sind, sich gegenseitig schätzen lernen mögen.

Es ist erfreulich, daß die Vereinigung den französischen Pastor, der in einem Atem das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Annexion des linken Rheinufers mit soundsoviel Millionen Deutschen an Frankreich fordert, darauf hinweist, daß dies französischer Militarismus sei. Trotzdem wird die Sympathie der Teilnehmer mit der Entente festgestellt und der Wunsch ausgedrückt, die französischen Kämpfer und die niederländischen Pazifisten, die beide über das Ziel des Dauerfriedens einig und nur über den Weg dazu verschiedener Meinung seien, mögen sich gegenseitig schätzen lernen! Wie würden sich wohl die Herren vom „Anti-Oorlog-Raad" ausdrücken, wenn ein deutscher Vertreter an der Zusammenkunft teilgenommen und als den deutschen Weg zum Dauerfrieden die Annexion Belgiens und der besetzten Teile Nordfrankreichs an Deutschland verkündet hätte? Dadurch würden ungefähr soviel Belgier

Digitized by Google

und Franzosen an Deutschland kommen, wie durch die Annexion des linken Rheinufers Deutsche an Frankreich. Würde der „Anti-Oorlog-Raad“ dann auch sagen, die deutschen Kämpfer und die holländischen Pazifisten strebten auf verschiedenen Wegen nach demselben Ziel und sollten sich nur immer näher kennen lernen? Oder hat er dem Pastor Soulier am Ende gar geglaubt, Frankreich habe zuletzt nichts weiter mehr erstrebt, als daß Elsaß-Lothringen die Anerkennung als Bundesstaat fände? Sollten Herr Soulier und die niederländischen Pazifisten nicht wissen, was die Berichte der belgischen Gesandten in Berlin, Paris und London über die Bemühungen König Eduards um die französische Revanche enthalten? Sollten sie nicht wissen, daß Poincaré als Präsident der Revanche gewählt worden ist? Dann empfehlen wir ihnen die Lektüre des Artikels von Jules Duheme in der „Revue de Paris“ vom 1. November 1916, wo offen herausgesagt ist, durch die Wahl des Lothringers Poincaré sei das Bekenntnis zur Auferweckung der alten nationalen Politik Frankreichs abgelegt worden, das Bekenntnis zur Formulierung des elsaß-lothringischen Problems mit den Worten: „Elsaß-Lothringen, das Frankreich mit Gewalt entrissen ist und unter dem Joche der Stärke festgehalten wird, ohne jemals germanisiert werden zu können, wenngleich Jahrhunderte dazu verwandt wurden, kann nur mit Gewalt zurückgenommen werden.“

Glaubt der „Anti-Oorlog-Raad“ auch an das Märchen vom „französischen“ Elsaß-Lothringen? Weiß er, daß 1870 die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt noch kein Französisch sprach, und daß heute vielleicht nur 10 Prozent der Menschen, die in diesem alten Gebiet des Deutschen Reiches wohnen, das Ludwig XIV. geraubt hat, Französisch als Muttersprache sprechen? Weiß er, daß 1870 nicht Deutschland, sondern Frankreich den Krieg erklärt hat? Vielleicht wird er sagen, die Kriegserklärung beweise noch nichts dafür, wer den Krieg gewollt habe. Warum aber soll denn nach der Meinung so vieler „Neutraler“ in diesem Weltkriege trotzdem gerade die Kriegserklärung Deutschlands beweiskräftig dafür sein, daß Deutschland der Teil war, der den Krieg wollte?

Wenn gar nichts mehr weiter anzuführen ist, dann kommen die Feinde und die Neutralen in Gänsefüßchen mit den Alldeutschen. Auch die Adlonkonferenz wird jetzt natürlich im Auslande so benutzt. Wir möchten zunächst dazu sagen: Jede Regierung hat die Alldeutschen, die sie verdient! Die alldeutsche Agitation hätte weder vor dem Kriege noch während des Krieges so stark werden können, wenn nicht auch die Regierung Fehler gemacht hätte. Zugegeben, daß die sogenannte Adlonkonferenz eine „alldeutsche“ Sache war, denn hervorragende Vertreter dieser Richtung waren dabei. Zugegeben auch, daß dieser Streich, über den man spotten kann, wenn man will, uns neuen Schaden tun wird, weil er nicht nur bei den Feinden, sondern auch bei den „Neutralen“ von der Art der Herren im „Anti-Oorlog-Raad“ von neuem einen Vorwand gibt, den deutschen Friedenswillen zu verdächtigen. Das ge-

Digitized by Google

schieht sicher, indem der Kanzler, der das Angebot gemacht hat, man möge über den Frieden verhandeln, von den Alldeutschen — und in dieser Beziehung sind die Alldeutschen als nationale Partei und die Teilnehmer jener Versammlung gleich zu beurteilen — angegriffen wird, mit dem laut verkündeten Ziel, er müsse gestürzt werden. Dadurch werden unsere Feinde und die mit ihnen sympathisierenden Neutralen gestärkt, denn es wird dadurch der Glaube an unsere innere Uneinigkeit verbreitet. Beispiele aus der feindlichen Presse werden das zeigen:

„Der Streit zwischen den Alldeutschen und Bethmann tritt in ein akutes Stadium... Was nicht die Presse tut, das besorgen die politischen Konventikel, deren Widerhall ins Ausland herübertönt... Die Presse von der „Deutschen Tageszeitung" bis zur „Täglichen Rundschau" hat sich entschlossen in den Kampf gegen den Reichskanzler gestürzt, mit der festen Absicht, ihn zu stürzen und an seinen Platz einen Annerionisten zu setzen... In den Kreisen des Alldeutschtums hält man den Kanzler für erledigt." („Idea nazionale" vom 14. 7. 1916.)

„Mit derselben Freude, mit der man die glücklichen Resultate der Gesamtoffensive der Alliierten vernimmt, hört man von dem alldeutschen Kampf gegen den Reichskanzler. Es ist wahrhaftig ein großer Genuß, die Ausschnitte aus den teutonischen Blättern zu überblicken, die über den Führer der Regierung zu Gericht sitzen." („Parole" vom 25. 7. 16.)

„In dem teutonischen Felsen, nicht etwa im Vierverband zeigen sich Risse... Die Bannerträger des Alldeutschtums erheben sich gegen den Reichskanzler." („Gazzetta del Popolo" vom 27. 3. 16.)

„Die Alldeutschen wollen den Reichskanzler stürzen, und sie wissen gar nicht mehr, was sie noch ersinnen wollen, um den Kaiser zur Entlassung des Reichskanzlers zu zwingen." („Depêche de Toulouse" vom 19. 7. 16.)

„Schrittweise bereitet sich in Deutschland eine große politische Krise vor. Die Alldeutschen machen alle Anstrengungen,... um Bethmann Hollweg zu stürzen." („Petit Parisien" vom 25. 9. 16.)

Reinach im „Figaro" (2. 10. 16.) über „Wut der Alldeutschen": „Man muß ihre Reden, ihre Artikel lesen, die die Zensur nicht wagt, „„weiß zu machen"".... Sie wollen buchstäblich Bethmann Hollwegs Haut. „Man müßte ihn totschießen", hat einer von ihnen gedruckt... Man kann mit Sicherheit annehmen, daß die Alldeutschen binnen kurzer Frist mit ihrem Mann ans Ruder gelangen... Es ist erwiesen, daß der Kaiser immer noch ziemlich großen Einfluß besitzt: er wird ihn einbüßen... Wenn die Alldeutschen den großen Sturz Deutschlands, dessen Urheber sie waren, zu Ende geführt haben, wird der Kaiser..."

Gut also, wir geben dem „Anti-Oorlog-Raad" solche Politiker, aus deren Verhalten der Feind sich seine Waffen schmieden kann, wenn er uns mit ihnen zu erschlagen versuchen sollte, von vornherein als Gegner unserer Gesinnung zu und als Leute, die, in gutem Glauben, die Sache Deutschlands und die Sache des Friedens schädigen. Es wird uns auch nicht imponieren, wenn man uns noch mehr englische, französische und sonstige Zeugnisse darüber beibringt, daß Deutschtum und Alldeutschtum dasselbe sein soll. In Frankreich sagt André Chéradame:

„Der Alldeutsche Verband mit seiner methodischen Politik von Schriften und Versamm-

Digitized by Google

lungen hat die alldeutsche Flut entfesselt, bis endlich deren Gewalt drüben über dem Rhein vor dem Kriege unwiderstehlich geworden war."

In England sagten die „Oxfort Pamphlets:

„Der Alldeutsche Verband hat das Ideal des Angriffskrieges in Deutschland heimisch gemacht und hat über die geschriebene Verfassung triumphiert, welche die höchste Gewalt des Landes Wilhelm dem Friedfertigen vorbehielt."

Was aber wird der „Anti-Oorlog-Raad" sagen, wenn wir ihm einen französischen Politiker nennen, Charles Albert, der in der „Bataille" vom 12. Oktober 1916 gegen den Chauvinismus seiner Landsleute polemisiert, die Deutschland vernichten und auf seinen Trümmern „die schönsten Blumen der Zivilisation hervorsprießen lassen wollen? Diese Art von Politikern nennt Albert einfach die „französischen Alldeutschen", und er sagt, es genüge, ihre Artikel zu lesen, um zu wissen, daß sie für Frankreich dasselbe bedeuteten, wie die deutschen Alldeutschen für Deutschland.

Genug, meine Herren vom „Anti-Orlog". Wir bitten Sie, einmal diese bescheidene Antwort auf Ihre Zusendungen auf einer Ihrer Konferenzen zu diskutieren. Aber — verschieben Sie die Diskussion nicht auf das Gebiet „alldeutscher" Kriegsziele, sondern bleiben Sie beim englischen Hungerkrieg und bei unserer U-Bootwehr!

England und der Sudan[1]

Von Professor Dr. Adolf Hasenclever, Halle a. S.

I.

Es wird stets ein merkwürdiges Zusammentreffen bleiben, daß zu derselben Zeit, als im Jahre 1881 in Ägypten der an den Namen Arabi Paschas geknüpfte nationale Aufstand losbrach, im fernen Sudan sich Muhammed Ahmed, der Mahdi, erhob, um die reine Lehre zu verkünden, um zugleich die drückende Herrschaft der im Dienste des Khediven stehenden türkischen Paschas abzuschütteln. Denn gegen diese richtete sich in erster Linie der Mahdismus, nicht gegen die im Sudan damals nur spärlich vertretenen Christen, wie es denn hervorgehoben zu werden verdient, daß der Mahdi und auch später sein Nachfolger, der Khalifa Abdullahi, Christen wohl lange Jahre gefangen gehalten haben, daß sie aber keinen dieser Christen trotz Fluchtversuchen und erwiesenem heimlichem Einverständnis mit ihren Gegnern haben töten lassen.

Ein unmittelbarer innerer Zusammenhang zwischen der Bewegung Arabi Paschas und des Mahdi besteht nicht, so sehr auch überscharfsinnige Beurteiler den Beweis haben erbringen wollen, daß hinter beiden die heimlich schürende Hand Englands

[1] Die in diesem Aufsatz zum Teil nur ganz kurz berührten Fragen habe ich eingehend behandelt in meinem demnächst im Verlag von Max Niemeyer, Halle, erscheinenden Buch: „Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert (1798—1914)".

Digitized by Google

wirksam gewesen sei; ein mittelbarer Zusammenhang besteht jedoch insofern, als die durch den inneren Aufstand hervorgerufene Schwäche der Regierung in Kairo die rechtzeitige Entsendung von Truppen in den Sudan zur Unterdrückung der Erhebung verhindert und damit das schnelle Umsichgreifen der mahdistischen Bewegung erst ermöglicht hat.

Die Jahre 1883 und 1884 sind recht eigentlich die entscheidenden Jahre dieser gewaltigen Erhebung: nach allen Richtungen dehnte sich der Aufstand von Kordofan aus, nachdem im Januar 1883 el Obeid gefallen, nachdem im November desselben Jahres die große Armee General Hicks Paschas völlig vernichtet, ihr Führer, ein früherer englischer Offizier in ägyptischen Diensten, selbst gefallen war; die unmittelbare Folge war des Mahdi Vormarsch gegen Khartum, das Bollwerk der ägyptischen Herrschaft im Sudan, das nach zehnmonatlicher tapferer Verteidigung durch Gordon Pascha am 25. Januar 1885 mit stürmender Hand genommen wurde: Gordon selbst fiel unter den Streichen der fanatischen Mahdisten.

Seitdem war England aufs unauflöslichste mit der Sudanfrage verknüpft; denn hatte Hicks Pascha ohne vorheriges Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt in London lediglich als Offizier der ägyptischen Regierung seinen nicht genügend vorbereiteten Vormarsch gegen Kordofan unternommen, so war Gordon von der Londoner Regierung oder richtiger von der Kriegspartei innerhalb des britischen Kabinetts in den Sudan geschickt und später im entscheidenden Augenblick von dem Ministerium Gladstone schmählich im Stiche gelassen worden. Die Ehre des englischen Volkes war verletzt: Rache für Gordon war die Losung selbst bei denjenigen, welche besonders im Hinblick auf die damaligen gespannten Beziehungen zu Rußland vor den großen Kosten einer innerafrikanischen Unternehmung zurückbebten. Und doch hat es noch mehr als 10 Jahre gedauert, bis das sonst so sehr auf die Wahrung seiner Würde bedachte englische Volk und seine Regierung sich aufgerafft haben, um diesen Makel auszutilgen. Wie ist das gekommen? Es hängt zusammen mit der eigenartigen Stellung, welche England seit dem Jahre 1882 in Ägypten einnahm: unter dem mehr oder weniger scharfen Einspruch der europäischen Mächte hielt es das Pharaonenland besetzt, lediglich unter dem Vorwande, die allgemeine Unsicherheit gestatte nicht, die Truppen zurückzuziehen; und als Ruhe und Ordnung einigermaßen hergestellt, als besonders die verwirrte Finanzfrage wenn auch nicht geregelt, so doch in sichere Bahnen gelenkt war, da mußte das an der Südgrenze Ägyptens entstandene Mahdistenreich zum Vorwand dienen, weshalb die englischen Truppen nicht zurückgezogen werden konnten.

So sehr sich die englische Regierung der Mahdistenherrschaft gegenüber auf die Verteidigung verlegt hat, aufgegeben hat sie niemals den Gedanken einer — um das englische Volksempfinden zu kennzeichnen — Rache für Gordon. Freilich das Bestimmende war für sie nicht dieses sentimentalen und unpolitischen Gedankengängen entspringende Gefühl, ausschlaggebend waren vielmehr imperialistische Erwägungen:

Digitized by Google

solange man in London nicht die Gewißheit hatte, daß es gelingen werde, Ägypten zu behaupten, wäre es töricht gewesen, dem Gedanken eines kostspieligen Sudan-Feldzuges näher zu treten; aber als man um die Mitte der neunziger Jahre diese Gewißheit erlangt hatte, als man gleichzeitig durch Slatin-Paschas berühmtes Buch: „Feuer und Schwert im Sudan" einen scheinbar zuverlässigen, freilich nicht kontrollierbaren Einblick in die morschen Zustände des Mahdistenreiches gewonnen hatte, da ist man in London und Kairo dem Gedanken einer Zurückgewinnung des für die europäische Kultur vor einem Jahrzehnt Verlorenen nähergetreten, und zwar aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus: es war ausgeschlossen, daß die Quellgebiete des Stromes, der von solch unendlicher Bedeutung für das gesamte Leben Ägyptens ist, auf die Dauer in feindlichen Händen waren: „die wirksame Kontrolle der Gewässer des Nils von den äquatorialen Seen bis zum Meere ist für die Existenz Ägyptens wesentlich", in diesen kurzen Worten hat Lord Cromer die damalige Zwangslage Englands im Hinblick auf die Fortdauer seiner Herrschaft im Pharaonenlande später treffend gekennzeichnet.

Vorgearbeitet hatte die britische Regierung bereits einer solchen Lösung der Dinge durch die Heranbildung eines nach europäischem Muster ausgebildeten ägyptischen Heeres unter englischer Führung, besonders aber durch eine weit vorausschauende, alle Möglichkeiten ins Auge fassende Kolonialpolitik, welche, allein in ihren einzelnen Maßnahmen betrachtet, bereits großartig wirkt, die jedoch ihre Krönung erst finden sollte, als ihr durch die Eroberung des Sudan der alles Einzelne zusammenfassende Mittelpunkt gegeben wurde.

II.

Wir reden so viel von jener Einkreisungspolitik König Eduards VII. gegenüber dem Deutschen Reiche; auch gegenüber der Herrschaft der Mahdisten im Sudan hat England in den 13 Jahren nach dem Falle von Khartum eine großartige Einkreisungspolitik verfolgt, welche weniger freilich darauf ausging, den Nachfolger des im Juni 1885 gestorbenen Mahdi, den Khalifa Abdullahi, politisch zu isolieren, als den vor Gott und den Menschen wohlgefälligen, gewissermaßen moralischen Untergrund herzurichten, auf dem sich der stolze Bau von Englands großem afrikanischem Kolonialreich, das schließlich in dem Programm Kap—Kairo sein für jedermann greifbares Endziel erhalten sollte, erheben konnte. Erst nach Erfüllung dieser Vorbedingungen, erst nach Einschnürung des Mahdistenreiches durch eine Reihe englischer Außenposten — Wadi-Halfa, Suakin, Zeila, Berbera, Uganda und Äquatorial-Afrika sind die Etappen dieser Einkreisungspolitik —, erst da ist der geistige Urheber und Leiter dieser großzügigen Politik, Sir Evelyn Baring, der spätere Lord Cromer, in Verbindung mit dem ihm kongenialen Sir Herbert Kitchener zum vernichtenden Angriff übergegangen, und als im entscheidendsten Augenblicke nach dem Siege bei Omdurman und der Eroberung Khartums im September 1898 die Franzosen durch den Vorstoß nach

Digitized by Google

Faschoda unter Hauptmann Marchand diese ganze mühsame Arbeit eines Jahrzehnts zu gefährden drohten, ist es der vor keinen äußersten Folgen zurückschreckende rücksichtslose Machtwille Englands gewesen, der sich hier geltend gemacht hat, vor dem sich Frankreich furchtsam verkrochen hat: seit dem Tage von Faschoda war die eine Tatsache unzweifelhaft entschieden, daß Frankreich niemals die vorwaltende Kolonialmacht in Afrika sein werde.

Wenn wir von Wadi-Halfa absehen, hat England mit seiner Einkreisungspolitik gegenüber dem Khalifen Abdullahi zuerst bei Suakin begonnen, dem in räumlicher Entfernung dem oberen Nil zunächst gelegenen Hafen. Indem es nach langen wechselnden Kämpfen schließlich im Jahre 1891 seine Hand auf Tokar, die Kornkammer des östlichen Sudan, legte, war es fortan nur noch eine Frage der Zeit, wann der Angriff auf das Mahdistenreich beginnen solle, sei es, falls England im ungestörten Besitz Ägyptens blieb, von Norden her unter Ausnutzung der Wasserstraße des Nils, sei es durch einen Vorstoß quer durch die Wüste von der Küste des Roten Meeres her; besonders aber — und darin erkennen wir das zielbewußt Vorausschauende der englischen Politik — beginnt durch diese Festsetzung sich das Sudanproblem loszulösen und unabhängig zu machen von seiner engen Verflechtung mit der ägyptischen Frage. Sollte England sich in Ägypten nicht behaupten können, so hatte es sich hier einen Stützpunkt erworben, von dem aus es gegen den Sudan gleichwohl vorgehen konnte, und einmal im sicheren Besitz dieser innerafrikanischen Gebiete, vermochte es alsdann kraft seiner zentralafrikanischen Stellung jederzeit auf die ägyptische Regierung einen empfindlichen Druck auszuüben.

Und weiter schritt Englands Einkreisungspolitik: Die Insel Sokotra war bereits seit 1876 britischer Besitz; im Jahre 1884 hatte die Londoner Regierung trotz des ägyptischen Einspruchs die Somali-Küste mit den beiden vortrefflichen Häfen Zeila und Berbera in Besitz genommen; in derselben Richtung bewegte sich die Tätigkeit Sir William Mackinnons, des Begründers der britisch-ostafrikanischen Gesellschaft, die damals am Werk war, im Gegensatz zu den gleichartigen deutschen Bestrebungen, den englischen Einfluß an der ganzen ostafrikanischen Küste bis tief in das Binnenland hinein zu verbreiten, und derselbe Mackinnon war es, der sich an die Spitze des Emin-Pascha-Komitees stellte und damit unter dem Deckmantel humanitärer und zivilisatorischer Hilfsbereitschaft gegenüber einem von der Kulturwelt abgeschnittenen Europäer seine Hand ausstreckte nach dem innerafrikanischen Seengebiet. Es war ein kritischer Augenblick für die britische Afrikapolitik, denn schon waren deutsche Pioniere, an ihrer Spitze Karl Peters, an der Arbeit, jene weiten Länderstrecken für das junge Deutsche Reich zu erwerben: wie nun, wenn der Deutsche Emin Pascha[1] die ihm unterstehende Äquatorialprovinz unter den Schutz seines neu geeinten Vaterlandes stellte? da hat es der Anglo-Amerikaner Stanley — eine typische Mischung des rücksichtslos

[1] Vgl. die Literaturnotiz auf S. 359.

Digitized by Google

brutalen Engländertums und des gewissenlosen, nur auf seinen Vorteil bedachten Amerikanertums, beides jedoch für ferner Stehende glücklich verschleiert durch jederzeit sich vordrängendes salbungsvolles Christentum —, da hat es Stanley durch recht zweideutige Mittel nicht ohne Anwendung von Zwang durchzusetzen gewußt, daß dieser unbequeme Beobachter Emin Pascha aus seiner Provinz entfernt wurde; vieles spricht dafür, daß man damals englischerseits darauf ausgegangen ist, in Fortsetzung der auf die Erwerbung von Uganda eingeleiteten Politik dieser Kolonie die Äquatorialprovinz anzugliedern; ein solcher Vorschlag ist Emin Pascha nahegelegt worden, und bereits im Jahre 1895, drei Jahre vor der Zertrümmerung des Mahdistenreiches, hat das englische Parlament auf Anregung des späteren Lord Curzon die Mittel für einen Eisenbahnbau von der ostafrikanischen Küste bis zum innerafrikanischen Seengebiet bewilligt.

Ihre völkerrechtliche Weihe hat diese Gewaltpolitik durch den sogenannten Helgolandvertrag zwischen Deutschland und England vom 1. Juli 1890 erhalten: was der Besitz Helgolands heute für uns bedeutet, braucht nicht gesagt zu werden; vom Standpunkt des Kolonialpolitikers aus jedoch, der freilich nicht maßgebend sein darf bei einem Staat mit den geographischen Grenzen des Deutschen Reiches, begreift man sehr wohl die tiefe Erregung, welche damals weite Kreise ergriffen hatte. Wohl hatte Deutschland in Einzelfragen manches erreicht, aber das Entscheidende war doch, daß es gegen eine genaue Festsetzung der Grenzen seiner afrikanischen Kolonien auf wesentliche Zukunftshoffnungen verzichtete, besonders daß es sich verpflichtete, der Ausdehnung Englands bis zu den Quellen des Nils hin keine Hindernisse in den Weg zu legen. In dem Helgolandvertrag haben wir die Grundlage für des britischen Reiches innerafrikanische Politik zu erblicken; erst durch ihn blieb Kitcheners Marsch auf Khartum nicht eine Episode, nicht ein Kriegszug wie so viele andere, nicht lediglich ein Racheunternehmen wegen Gordons Tod, sondern wurde der wuchtige Schlußstein einer über lange Jahre hin sich erstreckenden, trotz mancher Rückschläge zielbewußt durchgreifenden innerafrikanischen Politik.

Seine ganz besondere Bedeutung erhielt jedoch der Helgolandvertrag wenige Wochen nach dem Siege bei Omdurman: als damals — im September 1898 — wegen des sogenannten Faschoda-Zwischenfalles die Beziehungen zwischen England und Frankreich äußerst gespannte wurden, da durfte die Londoner Regierung sicher sein, daß Deutschland in Afrika ihr keine Schwierigkeiten bereiten werde. Seine territoriale Entschädigung für Englands jetzige Eroberungen hatte das Deutsche Reich bereits erhalten; der wohl kaum zu vermeiden gewesene Fehler der britischen Diplomatie, in dem großen Einkreisungssystem gegen das Mahdistenreich von Westen her eine Lücke gelassen zu haben, wurde glücklich beseitigt, als auch Frankreich in dem Londoner Abkommen vom 21. März 1899 sich unter Verzicht auf bereits in Besitz genommene wichtige Gebiete Innerafrikas mit England über die beiderseitigen zentralafrikanischen Besitzungen einigte. Es war zugleich die erste nach außen hin sichtbare, freilich von

Digitized by Google

den Zeitgenossen damals als solche kaum empfundene Etappe auf dem Wege zur entente cordiale.

III.

Als dieser Vertrag in London unterzeichnet wurde, war der Sudan seit zwei Monaten in friedlicher, wenn auch keineswegs völkerrechtlich gültiger Form erklärter englischer, richtiger englisch-ägyptischer Besitz durch die am 19. Januar 1899 in Kairo erfolgte Unterzeichnung des anglo-ägyptischen Sudanvertrages.

In zweiundeinhalbjährigem Feldzuge, von März 1896 bis September 1898, war es Sir Herbert Kitchener gelungen, von Wadi-Halfa aus nach Süden immer weiter vorzudringen, bis am 2. September 1898 bei Omdurman der entscheidende Schlag fiel, Khartum zurückerobert und das Mahdistenreich an einem Tage für immer zertrümmert wurde.

Ein ägyptisches Heer unter englischer Führung, im letzten Stadium des Krieges besonders noch verstärkt durch britische Truppen, hatte die Entscheidung herbeigeführt. Die Frage war, wem diese Eroberung gehöre. Rein rechtlich betrachtet, unzweifelhaft dem Khediven und in letzter Instanz dem Sultan als Oberlehensherrn Ägyptens. Denn wenn auch im Jahre 1884 der Sudan von ägyptischen Truppen geräumt worden war, so war eine rechtlich gültige Verzichtleistung auf diese weiten Gebiete von seiten des früheren Besitzers niemals ausgesprochen worden. Der Sudan war keineswegs, wie wohl behauptet worden ist, herrenloses Land, res nullius. Andererseits hatte Ägypten nur zu deutlich bewiesen, daß es außerstande sei, mit seinen materiellen Mitteln und geistigen Hilfskräften diese weiten zukunftreichen Ländermassen zu behaupten und für die Kultur zu erschließen. Es ist deshalb englischerseits der Gedanke aufgetaucht, den Sudan dem britischen Weltreich einzuverleiben, aber Gründe innerpolitischer finanzieller Natur, vornehmlich jedoch die Rücksicht auf die eigene auswärtige politische Lage ließen eine derartige Herausforderung der öffentlichen Meinung Europas im damaligen Augenblicke, als bereits die südafrikanische Frage ihre düsteren Schatten vorauswarf, nicht ratsam erscheinen.

Deshalb entschied man sich in London durch die Begründung des sogenannten Kondominiums von England und Ägypten im Sudan zu einer geschickten Verschleierung des wirklichen Sachverhalts. Das Wesen der Macht hatte England freilich gerettet: was schadete es daher, daß man dem doch machtlosen Khediven scheinbar die Gleichberechtigung mit der Beherrscherin des britischen Weltreiches zugestand? Allerdings auch dieser Schein von Gleichberechtigung bestand in der Tat gar nicht, denn in Wirklichkeit hatte der Herrscher Ägyptens als Vasall der Hohen Pforte gar nicht das Recht, einen derartigen reinpolitischen Vertrag abzuschließen; er konnte sich deshalb als souveräner Herr des Sudan neben England nur betrachten, solange dieses ihn gegenüber den Einsprüchen des Sultans und der europäischen Mächte schützte; zudem war die Souveränität zwischen beiden Parteien keineswegs gleichmäßig verteilt, insofern

Digitized by Google

England sich das Recht vorbehalten hatte, von sich aus die leitende Persönlichkeit in dem neuen Herrschaftsbereich zu bestimmen: durch Erlaß des Khediven wird der Generalgouverneur zwar ernannt, aber nur auf Vorschlag der englischen Regierung, und, wenn dies auch nicht ausdrücklich erwähnt wird, es steht Ägypten kein Recht zu, einen derartigen Vorschlag abzulehnen und einen ihm nicht genehmen Generalgouverneur abzuberufen.

Wie sehr es sich bei diesem ganzen Vertrag um eine Machtfrage, nicht um eine Rechtsfrage handelt, zeigen die vereinbarten handelspolitischen Bestimmungen: das Zollwesen wird auf ganz anderer Grundlage aufgebaut, als das bisher für den Sudan in Kraft gewesene ägyptische; die Zulassung fremder Konsularvertreter wurde an die zuvor einzuholende Genehmigung der englischen Regierung geknüpft, für einen selbständigen Staat eine völlig unmögliche Bedingung; damit stand in engstem Zusammenhang, daß die Kapitulationen für den Sudan willkürlich aufgehoben wurden, so daß die Untertanen fremder Nationen sich in diesem unzivilisierten Lande ohne rechtlichen Schutz befanden, und da die in Ägypten eingeführten sogenannten „Gemischten Gerichtshöfe" auf den Sudan nicht erstreckt wurden, sahen sich die Nicht-Engländer in all ihren rechtlichen Streitigkeiten auf die Eingeborenen- oder auf die englischen Gerichte angewiesen.

Aus allem geht hervor, daß England seine kolonisatorische Tätigkeit im Sudan zu verschleiern, fremden Beobachtern den Einblick in die dortigen Verhältnisse, eine unmittelbare Beteiligung am dortigen Handel erschweren wollte. Die Erschließung des Landes erfolgte auf Kosten des ägyptischen Staates, wie auch bereits die Kosten für seine Eroberung dem ägyptischen Staate zum weitaus größten Teile aufgebürdet worden waren, aber den Nutzen hatte doch vornehmlich England. Das tritt besonders zutage, wenn man sich die britische Verkehrspolitik in Ägypten und im Sudan vergegenwärtigt: während das ägyptische Eisenbahnnetz nur bis Assuan ausgedehnt wurde, von dort aus bis Wadi-Halfa jeglicher Personen- und Warenverkehr auf den Nil angewiesen war — eine merkwürdige Verwirklichung des imperialistischen Programms Kap—Kairo! —, ist der Sudan durch den in den Jahren 1904—1906 erfolgten Bau der Bahn Port Sudan—Berber und von dort aus weiter nach Khartum und neuerdings nach el Obeid in Kordofan, unmittelbar auf dem kürzesten Wege mit dem Roten Meere verbunden; damit ist aber zugleich Ägypten zu einem wesentlichen Teile um eine Haupteinnahmequelle, um die Zolleinkünfte für Waren aus dem Sudan und in den Sudan, durch England betrogen. Nicht mehr an die durch den wechselnden Wasserstand und die gefährlichen Stromschnellen erschwerte Nilschiffahrt ist das wirtschaftliche Emporblühen jener zukunftreichen Gebiete geknüpft, sondern an die gesicherte Durchfahrt durch den Suezkanal: nicht die Eroberung Ägyptens, sondern bereits die Sperrung des Suezkanals wäre deshalb der furchtbarste Schlag für die handelspolitische Entwicklung dieser neuesten britischen Erwerbungen.

Digitized by Google

So schnell, wie Optimisten wohl gehofft haben, ist der wirtschaftliche Aufbau des Sudan nicht erfolgt. Hemmend wirkte in den ersten Jahrzehnten der starke Menschenmangel, eine Folge der furchtbaren Menschenverluste durch Krieg und Seuchen während der Mahdistenzeit, ein Mißstand, der infolge der weisen Eingeborenenpolitik Englands, zumal die Sklavenjagden jetzt wirklich aufgehört haben, und Sicherheit und Ordnung je länger je mehr vorwaltet, von Jahr zu Jahr besser wird. Richtschnur dieser Eingeborenenpolitik ist die geistige und wirtschaftliche Hebung der gesamten Bevölkerung: wie die Sudanesen nicht englisiert oder ägyptisiert werden sollen, sondern man darauf ausgeht, ihnen nach Möglichkeit ihre Eigenart zu belassen, so richtet sich auf der anderen Seite das Bestreben dahin, die Besteuerung möglichst gelinde zu gestalten, unter Beibehaltung und Anlehnung an die zur Mahdistenzeit gültigen Normen, und indem die Regierung in durchaus berechtigter kluger Weise jegliche christliche Mission unter dem muhamedanischen Teil der Bevölkerung aufs strengste verbot — ein Verbot, das wir Deutsche bei dem Wiederaufbau unseres Kolonialreiches nach dem Weltkriege uns zur Richtschnur dienen lassen sollten —, wußte sie einer wesentlichen Quelle von Beunruhigung in diesem von Fanatismus noch so sehr zerwühlten Lande von Anfang an vorzubeugen.

Noch steht die Entwicklung des Landes in ihren Anfängen, noch sind die ungeheuren Schätze, welche sein überreicher Boden birgt, nur zum allerkleinsten Teil erschlossen und gehoben, noch ist unendlich viel zu tun durch den Bau von Eisenbahnen und Verkehrswegen, durch die Schiffbarmachung der großen Wasserstraße, des Nils; besonders aber mit einem großzügigen Unternehmen ist man über Vorarbeiten noch nicht hinausgelangt: was die Staudämme Ägyptens bei Kairo, Siut und Assuan für seine gesamte Wirtschaft bedeuten, braucht hier im einzelnen nicht ausgeführt zu werden. Die Absicht besteht, auch die ungeheuren bisher nutzlos dahinflutenden Wassermassen des oberen Nil in Staudämmen aufzufangen, um weite Gebiete einer intensiven und besonders einer gesicherten Kulturarbeit teilhaftig werden zu lassen. Und hier eröffnet sich eine Zukunftsaussicht so gewaltiger, freilich auch von so dämonischer Natur, daß man wohl begreift, weshalb England so skrupellos nach dem Besitz des Sudan gestrebt hat: bestimmend war nicht allein der Wunsch, bei dem immerhin möglichen Verlust Ägyptens sogleich einen Ersatz zu haben für die dort verlorenen Kulturwerte, sondern der Beherrscher des Sudan wollte es nach der Durchführung der großartigen Stauanlagen im Stromgebiet des Blauen und Weißen Nil in der Hand haben, auf Ägypten einen wirtschaftlichen und besonders auch einen politischen Druck auszuüben, indem er durch zeitweise Absperrung des oberen Nillaufes einem unbotmäßigen und feindlichen Ägypten die Quelle seines Reichtums, den jahraus jahrein geregelten und sicheren Zufluß von Wasser in genügender Menge während der für eine erfolgreiche Bebauung geeigneten Monate verschloß: das Land der Pharaonen wäre wieder wie in früheren Jahrhunderten in seiner gesamten wirtschaftlichen Entwicklung von

Digitized by Google

dem rechtzeitigen Steigen und Fallen des Nils abhängig geworden, nur daß jetzt nicht — und das ist das Entscheidende — eine wenn auch unerforschliche, so doch allgütige Natur, welche in dem einen Jahre um so reichlicher spendet, was sie in dem anderen versagt hat, sondern ein erbarmungsloser politischer Gegner, der geistige Urheber und Organisator des Hungerkrieges gegen Deutschlands Frauen und Kinder, der in allem, was er tut, nur auf seinen materiellen Vorteil ausgeht, der entscheidende Faktor für Gedeihen und Verderben des ganzen Landes geworden wäre.

Gesunder Menschenverstand ist Not

Eine Philippika von Jedermann und für Jedermann

Das alte, dem schwedischen Kanzler Oxenstierna zugeschriebene Wort von der geringen Weisheit, mit der die Welt regiert werde, wird gern von allen, die noch nicht oder nicht mehr im Regimente sitzen, im Munde geführt. Das Wort ist an und für sich richtig, es irrt aber in der Voraussetzung, daß zum Regieren überhaupt viel Weisheit erforderlich sei. Wenn dem so wäre, dann wäre die Auswahl der Regierenden verhältnismäßig leicht, dann brauchte man nur die Leute, die durch irgendein strenges, umfassendes Examen sich als die Männer des größten Wissens erwiesen hätten, zu Ministern zu ernennen, oder man könnte, noch einfacher, aus der Reihe der Professoren, für die das Wissen Beruf ist, die Staatslenker erwählen oder wählen lassen.

Von dieser Voraussetzung aus hat schon Plato die Staatsleitung für die Philosophen beansprucht und in seinem Idealstaat die Leitung des Staats einem Rat von Philosophen übertragen. Ich glaube, wir brauchen nicht auf das Versagen der Hoffnungen Platos auf „Dionys von Syrakus" zurückzugehen. Lebendige Beispiele liegen uns näher, daß es nicht notwendigerweise zum Heil der Völker dient, wenn Professoren, zumal solche der Philosphie, zur obersten Stellung im Staat emporsteigen. Auf der Weisheit, dem Wissen und der Bildung der Staatslenker ruht wahrlich nicht das Wohl der Staaten, oft ist ihnen deren Gelehrsamkeit und Geistreichigkeit eher eine Gefahr als ein Nutzen gewesen. Die unerläßliche Eigenschaft zum Regieren ist wesentlich einfacher und wesentlich seltener: Gesunder Menschenverstand. Deshalb weist auch die Geschichte eine verhältnismäßig große Anzahl hervorragender Königinnen auf. Der Frauen gesunder Menschenverstand ist naturwüchsiger, weniger durch Intellekt beeinträchtigt und durch Wissen verbildet, als der des stärkeren Geschlechts, das vielmehr das gelehrte heißen sollte. Gesunder Menschenverstand und entschlossener Wille machen den Staatsmann, sie verleihen ihm die unerschütterliche Ruhe und Heiterkeit des Gemüts, geben ihm die schlafwandelnde Sicherheit des Handelns, machen ihn frei von dem jähen Auf und Ab der schwankenden Stimmungen der Schwachnervigen und von den gesuchten Künsteleien der Geistreichen. Alles Große ist einfach.

Im Krieg ist der gesunde Menschenverstand, um so notwendiger er ist, um so selte-

Digitized by Google

ner geworden, wenigstens in den Amtsstuben und in den Sitzungssälen. Wer draußen an den Fronten kämpft, oder an der inneren Front des Wirtschaftskrieges in praktischem Wirken arbeitet, hat weder Zeit noch Gelegenheit zu Grillen, Theorien und Ängsten. Man kann fast den Satz aufstellen: der gesunde Menschenverstand wächst mit dem Quadrat der Entfernung von den Zentralsitzen des Regiments. Das wäre beispielsweise bei uns in Deutschland Berlin. Ich habe Respekt — Liebe wäre ein verkehrtes Wort für die Bezeichnung der Gefühle des Deutschen gegen seine Hauptstadt — vor Berlin, bewundere die ungeheure Arbeitskraft, den raschen Umtrieb Berlins als des sozialen und geschäftlichen Zentralorgans Deutschlands. Davon ist schon im Frieden, aber erst recht im Krieg zu unterscheiden das andere „Berlin", dieses ungefüge wirre Durcheinander und Gegeneinander von Ressorts, Zentralstellen, Redaktionen, Zirkeln, Cliquen, Konventikeln, von Hofleuten, Exzellenzen und Journalisten, Geheimräten und Geschäftsleuten, Politikern und Neugierigen, Geschichtemachern und Geschichtenerzählern, Plänemachern und Strebern. In dieser Atmosphäre gedeiht alles andere eher als gesunder Menschenverstand und entschlossener Wille.

Dieses „Berlin" ist der Sitz des Hauptquartiers unserer Politik und unserer Lebensmittelversorgung; man bedenke dem gegenüber: Hindenburg und Ludendorff säßen dauernd, statt mit ihrem Stabe, mit einem Beirat von 75 Sachverständigen in „Berlin" — ein in seiner Hoffnungslosigkeit gar nicht auszudenkender Gedanke.

Wer pflichtmäßig unsere Zeitungen, die Berichte über die Verhandlungen der Reichs-, Staats- und Stadtparlamente liest, wird sich nicht selten die Augen reiben und fragen: „Gegen wen kämpfen wir eigentlich? Bisher habe ich angenommen, daß die Engländer, die Franzosen, Russen usw. unsere Feinde seien. Jetzt steht aber der Feind im eigenen Land, bald heißt er Agrarier, bald Hamster, bald Wucherer oder Alldeutscher oder Pazifist, und es ist nur zu verwundern, daß ein anderer Lissauer nicht schon längst einen Haßgesang' ‚Gegen den deutschen Feind' gedichtet hat." Wir schimpfen und schelten uns, schlagen uns die Köpfe wund, andere haben Zeit, sich über kühne Theorien die Köpfe zu zerbrechen, als wären wir allein auf der Welt, als herrschte ringsum Friede. Ich war im letzten Herbst längere Zeit im Ausland. Stolz empfand ich mich als Deutscher, wenn ich mit kühlen Kritikern oder glühenden Bewunderern über Deutschlands militärische und wirtschaftliche Kraft sprach, und jedesmal mußte ich in heißer Scham verstummen, wenn die Rede auf unsere inneren Streitigkeiten kam. Der deutsche Streit klang hinüber ins Ausland, wie das wüste Schelten und Keifen wilder Weiber, die in einer Mietkaserne über die Benutzung der Waschküche sich in die Haare geraten sind. Dieser Streit aber schädigt uns nicht bloß im Innern, sondern er beeinträchtigt im Ausland unser politisches Ansehen, erschwert unsere wirtschaftliche Stellung auf den ausländischen Märkten. Unsere Lebensmittelerörterungen kommen uns in den Auslandspreisen sehr, sehr teuer zu stehen. Dabei geht der Streit, — das ist unser Glück, aber deswegen ist dieser häusliche Zank doppelt widerwärtig und un-

Digitized by Google

nötig, — nicht ans Mark und nicht an die Wurzel. Der Wortstreit, dieses alte deutsche Erbübel, ist das Laute, das Wirksame aber ist die deutsche Arbeit, und die geht unerschüttert ihren Gang weiter trotz Zank und Streit, trotz Ressortzwistigkeiten, trotz viel zu vieler Sitzungen und Beratungen, trotz aller Rederei und Schreiberei.

Unser System der Bewirtschaftung der Lebensmittel

Von Prof. Philipp Stein

Aufbau und Gefüge unserer Lebensmittelversorgung sind weder gut noch schlecht. Sie sind da, und wir haben uns mit ihnen abzufinden. Ob man es von Anfang an anders und besser hätte machen können und sollen, wird das Thema vieler der Tausende von Doktor- und Habilitationsschriften sein, die den wissenschaftlichen Ertrag des Weltkrieges einmal darstellen werden. Heute haben wir Dringenderes zu tun. An Plänen zur „großzügigen" Umgestaltung unserer Lebensmittelversorgung fehlt es nicht; es gibt auch nichts Einfacheres. Wer die Reihe „großzügiger" Pläne verfolgt, wird mit Bedauern feststellen, daß das Wort großzügig in der Regel sich dann einzustellen pflegt, wenn dem Verfasser der Atem oder das Wissen ausgegangen ist.

Wir können heute nicht mehr das System der Bewirtschaftung unserer einheimisch erzeugten Lebensmittel wie das System des zentralisierten Einkaufs im Ausland umstürzen. Wir können es verbessern, verfeinern, elastischer machen, geschäftlich durchorganisieren. Das sind Aufgaben, an denen die besten Köpfe unseres Volkes in der Arbeit mitwirken können und sollten.

Unser System der Lebensmittelversorgung ruht auf zwei untrennbar miteinander verbundenen Pfeilern: dem zentralisierten Einkauf im Auslande durch die Z. E. G., den Kriegsausschuß für tierische und pflanzliche Öle und Fette u. a. und der Bewirtschaftung und Verteilung der Auslandswaren wie der inländischen Erzeugnisse durch behördliche Stellen, die ihre Spitze im Kriegsernährungsamt haben. Der Oberbau ist nahezu restlos durchgeführt und das Arbeitsbereich der Reichszentralen und Gesellschaften einigermaßen sicher umgrenzt. Die Z. E. G. ist ausschließlich auf den Einkauf im Ausland und die Einfuhr beschränkt. Sie vertreibt weder, noch verteilt sie ihre Waren, wie dies noch bis in den vorigen Sommer hinein geschehen ist. Heute ist sie im Inland nichts anderes mehr als ein Lagerei- und Speditionsbetrieb, der seine Waren nach den Weisungen der Reichsstellen, insbesondere des Kriegsernährungsamts zu versenden hat. Die Reichsstellen haben sowohl die Erfassung der inländischen Erzeugung wie die Verteilung der gesamten aus Auslandskäufen und Inlandserzeugung verfügbaren Mengen zur Aufgabe. Sie sind nach den großen Warengruppen: Fleisch, Getreide, Fette, Gemüse, Obst und Zucker geschieden. In der Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier ist, wie es bei dem Reichsamt des Innern oder den philosophischen Fakultäten unserer Universitäten für andere Gebiete gilt, an Nahrungsmitteln vereinigt, was sonst nicht unterzubringen war.

Digitized by Google

Die Reichsstellen zerfallen in Verwaltungsabteilungen, die die behördliche Tätigkeit ausüben, während für die geschäftlichen Aufgaben besondere Gesellschaften in der Regel in der Form der G. m. b. H. errichtet sind.

Auf der Gegenseite war das Fundament des Systems in den Gemeinden und Gemeindeverbänden gegeben, aber hier zunächst nur für die Verteilung, nicht auch für die Erfassung der heimischen Erzeugung. Zwischen dem Unterbau der Gemeinden und dem Oberbau der Reichsstellen stehen als Zwischenglieder unsere Landes-, Provinzial- und Bezirksbehörden, die sich zum Teil schon besondere, den Reichsstellen entsprechende kriegswirtschaftliche Organe geschaffen haben. Sowohl behördliche Lebensmittelstellen, die mit der Erfassung wie mit der Verteilung betraut sind, als auch Einkaufsgesellschaften, die sogenannten Bezirkszentralen, die anfänglich nach dem Muster und in Verbindung mit den Z. E. G.-Waren für ihren Geschäftsbezirk einkaufen und verkaufen oder verteilen sollten, die aber ebenso wie die Z. E. G. heute zu den Geschäftsabteilungen der Behörden ihres Gebietes geworden sind und die die Waren zu lagern, zu spedieren und nach den Anweisungen der Behörden zu verteilen haben. Am frühesten, zum Teil schon vor der Errichtung des K. E. A. und der Reichsstellen, hatten die mittleren und kleineren Bundesstaaten die behördliche Organisation der Erfassung und der Verteilung durchgeführt, am spätesten hat Preußen diesen Weg beschritten und sich erst in der allerjüngsten Zeit in dem neuen Amt des Staatskommissars für Ernährungsfragen, das die verschiedenen den Reichsstellen entsprechenden preußischen Landesstellen umfassende oberste einheitliche Organ, geschaffen. Damit hat diese Entwicklung einen gewissen Abschluß erreicht. Die Aufgaben der nächsten Zeit sind gegeben:

1. Die behördliche und geschäftliche Durchbildung des Systems der Verteilung in den Mittelstellen der Bundesstaaten, der Provinzen und Bezirke zwischen Reich und Gemeinden.
2. Die Schaffung eines behördlich wie geschäftlich leistungs- und arbeitsfähigen Unter- und Mittelbaues für die Erfassung unserer einheimischen Erzeugnisse.

Dabei liegt das Entscheidende gleichermaßen in dem klaren Aufbau der Arbeitsgebiete der behördlichen und der geschäftlichen Organisation und der Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete, wie in der durchgehenden Anwendnng der kaufmännischen Mittel und der Arbeitsweisen bei allen geschäftlichen Stellen, damit sowohl die Erfassung wie die Verteilung sich nach kaufmännisch-geschäftlichen Gesichtspunkten, geringster Kosten, raschester Erledigung und kleinsten Verlustes vollziehe.

Die Verbesserung des Systems der Verteilung ist verhältnismäßig einfach. Es handelt sich in der Hauptsache darum, die Verteilung zu beschleunigen und sicherzustellen, damit die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Zuweisungen in Waren und nicht auf dem Papier erhalten, und zum anderen in der Aufstellung von Verteilungsplänen für längere, mehrmonatliche Zeiträume, die den Gemeinden ein vorsorgliches Haus-

Digitized by Google

halten ermöglichen und die, was nicht minder wichtig ist, das Entstehen von unwirtschaftlichen Reserven unnötig machen. Die behördliche Verwaltungsarbeit der Verteilung geht in der Weise vor sich, daß die Reichsstellen Verteilungsplan und Verteilungsschlüssel nach den Bundesstaaten aufstellen. Die bundesstaatlichen Stellen stellen sodann für ihr Gebiet und die ihnen zugewiesenen Mengen Verteilungsplan und Schlüssel nach Provinzen, den Bezirken auf, und diese haben für ihre Gebiete die Unterverteilung vorzunehmen, bis dann schließlich die Gemeindeverbände den letzten Verteilungsplan auf die einzelnen Verbraucher und Verbrauchergruppen auslegen. Bei dieser Verwaltungsorganisation ist die Wahl des Systems und des Schlüssels der schwierigste Teil der Arbeit. Ist beides erst gelöst und eingerichtet, so ist die Erledigung im gewissen Sinne Sache des Schemas. Der geschäftliche Ablauf der Verteilung vollzieht sich in der Regel in der Weise, daß die den Reichsstellen unterstellten Kriegsgesellschaften und die von ihnen verpflichteten Fabriken die Waren entweder an die Bezirkszentralen liefern, die sie an die Gemeinden weiterverteilen oder sie nach deren Anweisungen unmittelbar an die Gemeinden liefern. Bei dem geschäftlichen Ablauf ist z. T. der Großhandel, für die letzte Warenverteilung an den Verbraucher fast durchweg der gemeindliche Kleinhandel beteiligt.

Eine wesentliche Verbesserung unseres Verteilungssystems wäre erreicht, wenn, nachdem für sämtliche Bundesstaaten Bezirkszentralen bestehen, diesen die geschäftliche Erledigung aller ihren Bezirk betreffenden Verteilungen übertragen würden. Dann hätten wir auch für den Geschäftsablauf der Verteilung ein von oben bis unten einheitliches System von kaufmännischen Organisationen, die sich in ihren Maßnahmen und in ihrer Arbeitsweise ebenso aufeinander einzustellen und einzuspielen hätten, wie es für den behördlichen Verteilungsapparat gilt. Die Verteilung muß rasch und mit dem mindesten Aufwand an Reibungen und Störungen sich vollziehen. Der Verteilungsplan muß zudem für längere Zeiträume gelten und den untersten Verteilungsstellen, den Gemeinden, bekannt sein. Die Gemeinden sind heute große Haushaltungen. Wirtschaften und Haushalten, das lernt jeder Student der Nationalökonomie und das weiß und übt jede Hausfrau, heißt Vorsorgen. Heute müssen aber unsere Gemeinden und unsere Hausfrauen von der Hand in den Mund wirtschaften; dadurch geht einmal jede Übersicht verloren, aber nicht minder schädlich ist, daß dadurch alle, von der Hausfrau bis zur obersten Reichsstelle, in der Sorge für den kommenden Tag zum Vorratansammeln genötigt werden. Auf diese Weise bilden sich in den Haushaltungen, Gemeinden, Bezirken, Provinzen, Staaten und schließlich bei den Reichsstellen Reserven von einem Umfang, den wir uns nicht bei freiem Wirtschaftsverkehr, geschweige in der geschlossenen Kriegswirtschaft gestatten können. Vorräte sind notwendig, aber bei dem heutigen System der Unsicherheit über künftige Zuteilungen entstehen an allen möglichen und unmöglichen Stellen Reserven, die die allgemeine Ration für den einzelnen Verbraucher herabdrücken, zur Bildung von „vergessenen Lägern", zu un-

Digitized by Google

nötigen Verlusten und Unkosten führen, die Übersicht erschweren und die, und das ist nicht die geringste Gefahr, zu Sonderzuweisungen führen. Gleichmäßige Zuweisungen sind notwendig zur klaren, vorsorglichen Wirtschaftsführung, aber ebenso zur Aufrechterhaltung der gleichmäßigen Stimmung. Stimmung und psychologische Momente spielen im Wirtschaftsleben eine viel größere Rolle als gemeinhin geglaubt und beachtet wird. Nicht bloß, weil durch Sonderzuweisungen an den einen der Neid des anderen geweckt wird, sondern weil ebenso verhängnisvoll, dadurch die Neigung hervorgerufen und verstärkt wird, durch noch lauteres Schreien, durch noch stärkeres Ausmalen der Not ebenfalls einen Anteil an den Sonderzuweisungen zu erhaschen. Damit wird das wirkliche Bild der Verhältnisse für die entscheidenden Stellen verzerrt und geschwärzt, und die Verteilung erfolgt nicht nach objektiven Maßstäben höheren Bedarfs sondern, wie der Berliner so derb bildhaft sagt, „nach Schnauze". Wir leiden heute schon mehr als gut und notwendig an Sonderzuweisungen, je enger wir den Kreis der Bevorrechtigten wieder ziehen, um so höher können wir die allgemeinen Rationen erhöhen und um so besser wird die allgemeine Stimmung werden. Der Neid ist größer und ein stärker aufreizender Geselle als die Not.

Wesentlich schwieriger und ungeordneter liegen die Dinge für die Erfassung unserer einheimischen Lebensmittel. Am einfachsten und besten ist sie noch geordnet für Getreide. Hier haben wir aber auch mit einem in einer Ernte verhältnismäßig einfach zu erfassenden, zu lagernden und zu transportierenden Erzeugnis zu tun. Die Kartoffel ist schon ein viel heikleres, empfindlicheres Ding. Wie vorsichtig wollen aber erst Schweine, Butter, Eier, Gemüse und Obst angefaßt werden. Ein Lieferungszwang ist ebenso wirkungslos und schädlich wie ein Produktionszwang, darüber sollte unter Menschen, die das Abc der Nationalökonomie und der Psychologie gelernt haben und die das Land nicht bloß von einem Aufenthalt im Dorfwirtshaus „Zur schönen Aussicht" kennen, kein Wort mehr verloren werden. Unser heutiges System der behördlichen Erfassung des halben Zwangs und der halben Überredung führt von unseren einheimischen Erzeugnissen nur einen größeren oder geringeren Bruchteil in die behördliche Hand. Selbst bei Getreide erfaßt die Behörde nicht den gesamten zur allgemeinen Verteilung verfügbaren Überschuß. Unsere Reichsstellen sind daher mehr oder minder Restverwaltungen, der andere Teil des Produktionsüberschusses geht Schleichwege. Der innere Schmuggel ist die natürliche und notwendige Ergänzung unseres Systems. Die Polizei ertappt manchen Schmuggler. Sowie aber Tausende und Abertausende diese Wege gehen, sowie sich dieser geheime Geschäftsverkehr in tausenderlei Formen des Alltags vollzieht, ergeht es der Polizei, deren Tätigkeit und Macht ich im übrigen durchaus nicht unterschätze, wie in den anderen Fällen, bei denen Tausende und Abertausende sonst friedliche Staatsbürger beteiligt gewesen sind. Sie faßt ab und zu den richtigen, häufig den verkehrten, chikaniert viele, ärgert alle und erreicht das Gegenteil des Gewollten. Daran ist nicht die Polizei schuld, sondern die,

Digitized by Google

die ihr Unmögliches zumuten, und nicht selten haben die Gegner des polizeilichen Systems die übertriebenste Vorstellung von der Macht der Polizei.

Unser System der Erfassung sollte die Konsequenz aus der Tatsache ziehen, daß sie Restverwaltung ist und bleibt. Sie sollte mit andern Worten die Erfassung dieses Restes geschäftlich richtig organisieren, auf daß die den Behörden zufließenden Mengen möglichst gesteigert, möglichst rasch und billig und mit den geringsten Verlusten erfaßt und gesammelt werden. Den anderen Teil dagegen dem offenen freien Markt überlassen. Das bedeutet, daß wir in den Erzeugergebieten eine neben der Behörde und unter deren Aufsicht arbeitende geschäftliche Organisation schaffen, die Ankauf, Sammlung, Verpackung, Lagerung und Versendung der Überschüsse übernimmt und zwar in einen bis in den Kreis oder gegebenenfalls in die einzelnen Gemeinden hinein sich erstreckenden Unterbau. In letzter Zeit haben Württemberg und Preußen eine solche Organisation in die Wege geleitet. Das Entscheidende für den Erfolg dieses Vorgehens wird sein, daß, wie es in dem Erlaß vom 15. Februar des preußischen Ministeriums des Innern vorgeschrieben ist, „in jedem Kreis eine finanzkräftige, bewegliche, nach kaufmännischen Grundsätzen geleitete Organisation" ins Leben gerufen wird, die mit den Erzeugern und ihren Genossenschaften und unter Heranziehung des Fachhandels geschäftlichlich denkt und geschäftlich arbeitet.

Das Wirtschaftsleben besteht scheinbar aus tausenderlei Kleinig- und Kleinlichkeiten. Nicht Zwang, sondern nur mit Vorsicht und Maßen angewendeter Zwang, wenn und wo es nicht anders geht, und im wesentlichen Elastizität der Bewegung, Beweglichkeit der Formen und Methoden hält die Maschine des wirtschaftlichen Lebens im Gang.

Neue Wege für die Landwirtschaft

Von Domänenpächter K. Schneider, Hof Kleeberg b. Hachenburg (Westerwald)

Der gegenwärtige Weltkrieg veranlaßt uns in ganz besonderem Maße Betrachtungen darüber anzustellen, ob unsere Landwirtschaft zukünftig auf den alten Bahnen weiter wandeln kann oder neue Wege einschlagen muß.

Durch den jetzigen Weltkrieg ist die deutsche Landwirtschaft in eine Lage gebracht, die man kaum voraussehen konnte. Nicht nur während des Krieges, sondern voraussichtlich noch lange darüber hinaus muß die Landwirtschaft allein die Nahrungsmittel für Mensch und Vieh, sowie viele Rohstoffe für die Industrie produzieren. Sollen diese Aufgaben gelingen, dann ist eine Neuordnung auf vielen Gebieten der landwirtschaftlichen Tätigkeit notwendig.

Neue Wege werden wir vor allem auf dem Gebiete der Viehzucht einschlagen müssen, weil wir von Jahr zu Jahr in eine größere Abhängigkeit vom Ausland geraten waren. Der deutsche Viehbestand betrug vor Kriegsausbruch 22 Millionen Stück Rindvieh und 25½ Millionen Schweine. Die Einfuhr von lebendem Vieh war zwar auf eine

Digitized by Google

verschwindend geringe Zahl gesunken, dagegen betrug der Wert der Einfuhr von Futtermitteln aller Art im Jahre 1½ Milliarden Mark. Sowohl die Abmelk- als auch Mastwirtschaften waren auf die ungeheure Futtereinfuhr aufgebaut. Die Milchwirtschaftsbetriebe in der Nähe der großen Städte sind zurzeit sozusagen kaltgestellt, weil ihnen das ausländische Kraftfutter fehlt. Die großen Schweinemästereien, welche nur mit russischer Futtergerste mästeten, sind verschwunden. Unser Viehstand hat bereits eine beträchtliche Verminderung erfahren, welche zum großen Teil allerdings durch das futterarme Jahr 1915 bedingt war. Auch der Pferdebestand erleidet durch den Krieg eine wesentliche Verringerung. Der Viehstand ist aber die letzte Reserve für die Volksernährung; es gilt deshalb alle Mittel zu ergreifen, um einem weiteren Zurückgang unserer Viehbestände Einhalt zu gebieten. Zur Viehhaltung fehlen vor allen Dingen eiweißhaltige Futterstoffe, nicht nur für die Milchproduktion, sondern auch für Jungviehaufzucht und Mast. Mir will scheinen, daß für die Zukunft in der gesamten Viehhaltung die Parole: „Rückkehr zur Natur" den besten Ausweg aus der Notlage zeigt. Wir können dem Vieh Eiweiß genug schaffen, wenn wir es zunächst von Frühjahr bis Herbst mit Grünfutter in möglichst jungem Zustande ernähren. Das geschieht am besten auf Viehweiden, welche nach neuzeitlichen Grundsätzen bewirtschaftet werden. Die Weidewirtschaft wird im ganzen Lande an Ausdehnung sehr gewinnen. Im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch ist in dieser Hinsicht schon gute Vorarbeit geleistet worden, so daß wir nicht mehr als Neulinge dieser Forderung der Zeit gegenüberstehen. Auf einer gut gepflegten und gedüngten Viehweide findet alles Vieh, sowohl Rindvieh als auch Pferde und Schweine eine so eiweißreiche Ernährung, daß jede Zufütterung, speziell Zukauf von Kraftfutter überflüssig ist. Je jünger Gras, Klee und anderes Grünfutter sind, um so höher ist auch ihr Eiweißgehalt. Das Vieh frißt auf der Weide sozusagen lebendes Eiweiß, während es im Stalle totes Eiweiß bekommt. Allerdings ist die Zeit des extensiven Weidebetriebs vorbei, weil man bei demselben eine zu große Bodenfläche zur kärglichen Ernährung von einem Stück Vieh benötigt. Seit wir gelernt haben durch intensive Bodenkultur und rationelle Düngung unter besonders reichlicher Verwendung von Kunstdünger neben Stallmist die Ernterträge fortdauernd zu erhöhen, hat man diese Grundsätze auch auf die moderne Weidewirtschaft übertragen. In Zukunft gilt es die Weiden so intensiv zu bewirtschaften, daß zur reichlichsten Ernährung von einem Stück Vieh nur eine verhältnismäßig kleine Bodenfläche erforderlich ist. Wir können auf den Hektar berechnet 4 bis 5000 Liter Milch oder 600 kg Fleisch erzeugen. Dabei bringt der Weidegang eine Gesundung unserer Viehbestände von selber mit sich, er bedeutet aber auch eine Verbilligung der gesamten Viehproduktion des landwirtschaftlichen Betriebs. Allerdings ist die Möglichkeit des neuzeitlich intensiven Weidebetriebs an gewisse Voraussetzungen gebunden. Genügend atmosphärische Niederschläge und graswüchsiger Boden müssen vorhanden sein. Eine weitergehende

Digitized by Google

Arbeitsteilung in der Landwirtschaft wird sich voraussichtlich in der Weise herausbilden, daß diejenigen Gebiete, welche für Weidewirtschaft sich eignen, dieser sich mehr und mehr zuwenden, während die anderen den Getreide- und Hackfruchtbau pflegen. Die Großstädte, überhaupt Konsumenten für Milch und Fleisch, werden ihren Bedarf nicht mehr in ihrer direkten Umgebung, sondern aus den Weidedistrikten beziehen müssen. Die Technik der Tiefkühlung ist so weit ausgebildet, daß durch dieselbe alle Transportschwierigkeiten überwunden werden können. Für die Jungviehaufzucht wurde schon lange von der Praxis der Grundsatz aufgestellt: „Jungviehaufzucht ohne Weidegang ist ein Unding." Jetzt wo uns die Kraftfuttermittel fehlen, werden die Viehzüchter geradezu gezwungen, dieser Parole zu folgen, denn es ist längst erwiesen, daß Rinder nach dem 6. Lebensmonat und Fohlen nach dem ersten Lebensjahre in rationell geleiteten Weidewirtschaften kein Kraftfutter mehr nötig haben. Sogar in der Schweinezucht wird man wieder zur Ernährung der Zuchtschweine auf besonderen Schweineweiden zurückkehren, denn etwa vom fünften Lebensmonat ab können sie bei guter Entwicklung ausschließlich auf der Weide ernährt werden. Der Weidegang kann je nach den klimatischen Verhältnissen einer Gegend verschieden lang ausgedehnt werden; die Weidezeit kann sechs bis neun Monate dauern. Fohlen und Jungrinder können sogar unter Umständen auch den Winter hindurch geweidet werden, solange nicht eine Schneedecke das Grasen verhindert. Allerdings müssen in manchen Gegenden Deutschlands mit vorherrschend bäuerlichem Besitz noch manche Vorurteile aus der Welt geschafft werden. Durch die seit einem Jahrhundert übliche Stallhaltung sind die meisten Viehzüchter soweit von einer naturgemäßen Haltung des Viehs abgekommen, daß sie sich zunächst gar nicht vorstellen können, ihr Vieh könnte bei jeder Witterung Tag und Nacht unter freiem Himmel leben. Es ist deshalb noch viel Aufklärungsarbeit nötig, bis die Viehzüchter gelernt haben, wie man das Jungvieh für den Weidegang naturgemäß aufzieht.

Wo keine Dauerweiden infolge der Boden- und klimatischen Verhältnisse geschaffen werden können, müssen Wechselweiden angelegt werden, auf denen das Vieh getüdert wird. Dieses Weideverfahren ist in Ostholstein und Dänemark seit langer Zeit üblich. Beim Tüdern wird das Vieh an ein etwa 5 m langes Tau angepflöckt. An einem 60 cm langen eisernen Pflock befindet sich oben ein Doppelkopf, in welchem sich ein Ring frei dreht. Sobald ein Stück Vieh den Platz, soweit das Tüderseil reicht, abgegrast hat, muß es weiter gepflöckt werden. Die Anhänger der Tüdermethode behaupten, die Ausnutzung der Weide sei dabei besser als beim freien Weidegang. Mag dem sein wie ihm wolle, Hauptsache ist, daß bei Anwendung des Tüderns jeder Viehhalter in der Lage ist, sein Vieh draußen im Freien zu ernähren und ihm die Vorteile des Weidegangs zu verschaffen. Zur Tüderweide eignen sich nicht nur süße Wiesen und andere Grasflächen, sondern vor allen Dingen auch Kleegrasfelder, welche besonders zu diesem Zweck angelegt werden.

Digitized by Google

Häufig kann man gegen das Ausdehnen des Weidegangs das Bedenken hören, wir kämen dadurch mit unserer Landwirtschaft auf englische Verhältnisse. Das ist aber durchaus nicht zu befürchten. Hier dreht es sich nur um die Frage, ist es vorteilhafter den vorhandenen Viehbestand im Stall zu füttern oder auf der Weide zu ernähren. Die Futteranbaufläche für einen bestimmten Viehbestand ist im intensiven Weidebetrieb durchaus nicht größer, als wenn man Grünfutter baut und dieses im Stall füttert. Es soll durch die Ernährung des Viehs auf der Weide weder der Getreide-, noch der Hackfruchtbau in Deutschland eingeschränkt werden, wie dies in England geschehen ist.

Im engsten Zusammenhang mit der Zunahme des Viehbestandes steht die Ertragssteigernng unserer Kulturböden. Der Mist läßt sich nicht durch künstliche Dünger ersetzen. Je mehr Mist eine Wirtschaft produziert, um so mehr wird auch die Fruchtbarkeit ihres Ackers steigen. Viehlose Wirtschaften sind in Deutschland ganz vereinzelt geblieben, und manche sind nach jahrzehntelangem künstlichem Hochhalten wieder zu Viehwirtschaft zurückgekehrt. So werden wir voraussichtlich nach dem Kriege bestrebt sein müssen, unsere Viehbestände wieder zu vermehren. Dabei wird uns die moderne Weidewirtschaft den gangbarsten Weg bieten.

Können wir durch die Einführung des Weidebetriebs in den Sommermonaten den Kraftfutterzukauf ausschalten, so bietet uns die künstliche Trocknung für die Zukunft einen neuen Weg, um auch für die Winterfütterung uns von der ausländischen Zufuhr unabhängig zu machen. Der Kriegszeit blieb es vorbehalten, die deutsche Landwirtschaft auf die enormen Vorteile hinzuweisen, welche die künstliche Trocknung ihr noch bringen kann. Sie wird uns wahrscheinlich bei entsprechender Ausdehnung von der ausländischen Futtermittelzufuhr vollständig unabhängig machen; sie wird infolgedessen unsere gesamte Viehhaltung und Viehernährung wesentlich beeinflussen. Zunächst sei auf folgende Punkte hingewiesen. Wenn es uns gelingen würde, alle Ernteprodukte vor Verlusten, welche durch die Ungunst der Witterung entstehen, zu bewahren, dann würde auch unsere Volksernährung in ganz anderem Maße gesichert sein. Wie oft kommt es vor, daß eine reiche Ernte durch anhaltende Regenperioden auf dem Felde verdirbt, oder daß man im Herbst bei der Hackfruchternte vom Frost überrascht wird. Ich brauche nur an den nassen Sommer 1912 zu erinnern, wo eine vorzügliche Ernte auf den Feldern stand und zu einem sehr großen Teil durch anhaltendes Regenwetter verloren ging. Wie häufig kommt es vor, daß eine Heu- oder Grummeternte total verregnet, daß die Kartoffeln infolge anhaltender Nässe massenhaft verfaulen. Der Krieg hat sich in dieser Hinsicht als guter Lehrmeister bewiesen, indem er die Technik veranlaßt hat, der Landwirtschaft Allestrockner zur Verfügung zu stellen, mit Hilfe deren, sowohl im Groß- wie im Kleinbetrieb, sämtliche landwirtschaftlichen und gärtnerischen Produkte getrocknet werden können. In normalen Jahren werden in Deutschland 50 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet. Davon

Digitized by Google

gehen nach praktischer Erfahrung durch Fäulnis und Schwund rund 10 Prozent verloren, also 5 Millionen Tonnen. Kann dieser Verlust durch künstliche Trocknung vermieden werden, dann können wir z. B. die gesamte Maiseinfuhr entbehren. Man schätzt den Gesamtertrag an Zuckerrübenblättern in Deutschland auf rund 100 Millionen Doppelzentner. Durch künstliche Trocknung lassen sich daraus etwa 20 Millionen Doppelzentner Trockenblätter herstellen, welche ein vorzügliches Kraftfutter für alle Viehgattungen sind. In vielen Wirtschaften wird ein Teil der Blätter noch untergepflügt; die Blätter der Runkelrüben, Kohlrüben, Möhren, Stoppelrüben und dergl. werden nur zu einem ganz geringen Teil durch Fütterung ausgenutzt, weil ihre Konservierung nicht überall zweckmäßig durchzuführen ist. Zuerst wurde die künstliche Trocknung im Anschluß an die Zuckerfabrikation zur Trocknung der Schnitzel eingeführt. Sodann entwickelte sich im letzten Jahrzehnt eine große Kartoffeltrocknungsindustrie. Der hohe Wert der Trockenkartoffeln und der Kartoffelflocken ist gerade jetzt zur Kriegszeit auch von der Landwirtschaft allgemein anerkannt worden. Auch zur Trocknung von feucht geerntetem Getreide sind bereits große Trockenanlagen seit längerer Zeit in Betrieb. Der Hauptfortschritt der Trocknungstechnik, welchen uns die Kriegszeit gebracht hat, besteht darin, daß sie Trockenapparate, sog. „Allestrockner", auch für die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe herstellt. Infolgedessen kann sich in Zukunft auch jeder kleine Bauer die Vorteile der künstlichen Trocknung zunutze machen. Es liegt in der Beschaffenheit der zu trocknenden wasserreichen Materialien begründet, daß sie keine weite Achsenfracht nach einer Trocknerei vertragen. Deshalb lautet die Forderung für die Zukunft: möglichst viele kleine Trockenanlagen zu errichten, nach denen jeder Produzent seine Produkte bequem hinbringen und wegholen kann. Die Parole lautet also Dezentralisation und nicht Zentralisation. Die Darretrockner in Verbindung mit Trockenluftgeneratoren, bei welchen durch Koksofenheizung heiße Luft erzeugt und durch ein starkes Windgebläse durch das auf den Darrfeldern ausgebreitete Naßgut geblasen wird, haben eine große Zukunft. Ihre Anschaffungskosten sind im Vergleich zu den durch sie erreichten Vorteilen so mäßig, daß sie bei der Verbreitung der künstlichen Trocknung kein nennenswertes Hindernis sind. Die wichtigsten Vorteile der künstlichen Trocknung sind folgende: Wasserhaltige Stoffe erleiden, sofern sie bald nach der Aberntung getrocknet werden, keine Zersetzungsverluste, weil die chemische Zersetzung abgeschnitten ist. Jeder praktische Landwirt weiß, wie sehr die Qualität des Futters durch Verregnen, durch Pilzbefall und durch Fäulnis leidet. Bei der künstlichen Trocknung werden die grünen wasserhaltigen Stoffe mit heißer Luft von 100 bis 160 Grad Celsius durchströmt, so daß nicht nur ein sehr schnelles Trocknen, sondern auch eine Sterilisation bewirkt wird. Viele seither fast wertlose Stoffe, wie Rübenblätter, Herbstgrünfutter, Kartoffelkraut, ja sogar Unkraut, können durch Trocknung in ein wertvolles Dauerfutter umgewandelt werden. Die Trockenware hat einen höheren Futterwert als das nasse Produkt,

Digitized by Google

weil die Nährstoffe in konzentrierter Form und ihre Wirkung nicht durch einen zu großen Wasserballast behindert werden. In Zeiten des Futterüberflusses, wenn in der Regel Futterverschwendung getrieben wird, kann ein Teil des Grünfutters in Dauerware verarbeitet werden. Wenn z. B. infolge nasser Herbstwitterung die Kartoffeln leicht faulen, dann wird man sie direkt nach der Ernte sortieren und den anfälligen Teil in Trockenware verarbeiten, um Fäulnisverluste zu verhüten. Wie sehr die künstliche Trocknung die Futterstoffe für die Viehhaltung zu vermehren vermag, beweist die Tatsache, daß in einer ganzen Reihe von Großstädten die Küchen- und Haushaltungsabfälle getrocknet und dadurch in ein vorzügliches Kraftfutter verwandelt werden. In manchen Städten werden täglich 1000 Zentner Haushaltungsabfälle getrocknet In einigen Schlachthöfen wird Panseninhalt sowie Fleischabfälle durch Trocknen und Vermahlen in ein wertvolles Viehfutter verwandelt. In den norddeutschen Heidedistrikten wird Heidekraut künstlich getrocknet, nachher abgedroschen, um aus den Blättern und Blüten das Heidemehl als ein gutes Futter zu gewinnen. Man kann einen Allestrockner in jedem landwirtschaftlichen Betrieb das ganze Jahr hindurch ausnutzen. Bei Regenwetter in der Heuernte wird man Gras und Klee darauf trocknen, bei Regen in der Getreideernte das Getreide, bei nasser Herbstwitterung das Grummet und alles sogenanntes Herbstgrünfutter. Ferner kommen Kartoffeln, Rüben, Rübenkraut, Eicheln, Bucheckern, Obst, Gemüse usw. in Betracht. Wenn Klee und Luzerne in jugendlichem Zustande vor der Blüte künstlich getrocknet und zu Mehl vermahlen werden, kann man damit auch in der Schweinefütterung die ausländische Futtergerste ersetzen. Alle Leguminosen enthalten in ihrem jugendlichen Zustande sehr hohe Mengen leicht verdaulichen Eiweißes. Daß ein Allestrockner sich sicher rentiert, leuchtet schon aus dem Umstande ein, daß enorme Werte in der Landwirtschaft und Gärtnerei, welche mit viel Mühe und Schweiß erzeugt worden sind, vor dem Untergang gerettet werden können. Kann man z. B. Tausende von Tonnen Getreide, welche dem Verderben durch anhaltendes Regenwetter ausgesetzt sind, durch künstliche Trocknung retten, so spielt es gar keine Rolle, ob der Zentner 10, 20, oder gar 50 Pfg. Trocknungskosten verursacht. In Gegenden mit vorherrschendem Kleingrundbesitz kann eine Trockenanlage zur gemeinsamen Benutzung für ein ganzes Dorf errichtet werden. Hier bietet sich für das Genossenschaftswesen noch ein weites Tätigkeitsfeld. Ganz besonders möchte ich hierbei nochmals auf die Beschaffung des notwendigen Eiweißbedarfes für die tierische Ernährung hinweisen. Ich sagte oben schon, daß der Eiweißgehalt jeder Futterpflanze um so größer ist, in je jüngerem Zustande sie geerntet wird. Nun ist es aber ein bekannte Tatsache, daß junges Gras, junger Klee usw. sehr lange Zeit zum Dürrwerden bei natürlicher Trocknung auf der Erde gebrauchen. Auch sind die Verluste durch Blätterabfall beim natürlichen Trocknen durch Wind und Sonne zu groß. Die Kleeblätter z. B. enthalten etwa viermal so viel Eiweiß als der Stengel. Können wir die genannten Grünfutterstoffe direkt nach dem Mähen auf einem Alles-

Digitized by Google

trockner künstlich trocknen, so bleiben alle verdaulichen Eiweißstoffe unverändert darin enthalten, es finden auch keine Futterverluste durch Verkrümeln statt, und das Futter behält seine grüne Farbe. Man kann z. B. auf einer Normaldarre von Dr. O. Zimmermann-Ludwigshafen a. Rh. in 24 Stunden 100 bis 150 Zentner Heu gewinnen. Der Zentner künstlich getrocknet ist für die Fütterung bedeutend mehr wert, als die Trockenkosten betragen gegenüber der natürlichen Trocknung auf der Erde. Durch die künstliche Trocknung von Futterstoffen sind wir aber auch in die Lage gesetzt, andere Futterstoffe, welche fehlen, zu ersetzen. So kann man z. B. bei der Pferdefütterung den Hafer vollständig durch Trockenkartoffeln oder getrocknete Kohlrüben und andere Knollengewächse ersetzen. Die Kartoffelerträge können in Deutschland noch um 40 bis 50 Prozent gesteigert werden. Wird der Überschuß über den gewöhnlichen Bedarf in Trockenkartoffeln verwandelt, dann kann dadurch auch die seitherige Hafereinfuhr aus dem Auslande überflüssig werden. Einen neuen Weg zur Vermehrung eiweißreichen Futters im einzelnen Betrieb zeigen uns auch Versuche, welche an der Versuchsstation in Bonn ausgeführt worden sind. Es ist dort nachgewiesen worden, daß durch stärkere Düngung namentlich mit stickstoffhaltigen Düngemitteln der Eiweißgehalt aller Futterpflanzen außerordentlich gesteigert wurde. Sind unsere Fabriken zur Gewinnung von Stickstoff aus der Luft erst einmal voll ausgebaut, dann wird der Landwirtschaft soviel Stickstoffdünger zur Verfügung stehen, daß sie mit Hilfe desselben bedeutend mehr, und vor allen Dingen eiweißreicheres Futter produzieren kann ... Daß Futterpflanzen nach reichlicher Düngung besser nähren als ohne Düngung, ist auch dem einfachsten Landwirt längst bekannt. Arbeiten also in Zukunft die künstliche Trocknung und stärkere Düngung Hand in Hand, dann wird die Eiweißnot ein Ende haben.

Die obigen Ausführungen mögen genügen als Beweis dafür, daß der landwirtschaftlichen Produktion durch den Krieg manch neue Wege gezeigt worden sind. Selbstverlich wird auch auf anderen als den besprochenen Gebieten eine „Umwertung aller Werte" kommen. Besonders erwähne ich die Notwendigkeit der Förderung einer höheren Allgemeinbildung unter der heranwachsenden ländlichen Jugend, sowie die Neugestaltung der Landarbeiterfrage. Die Not der Zeit wird die Landwirtschaft lehren, daß sie sich mehr als seither mit diesen wichtigen Fragen beschäftigen muß.

Große weltgeschichtliche Ereignisse bringen stets eine Fülle neuer Probleme mit sich. Der Wert einer blühenden Landwirtschaft für das Leben und Gedeihen eines Volkes ist in diesem Kriege wie selten erwiesen worden. Möge die Zukunft ein Geschlecht von Landwirten finden, welches nie rückwärts wie Lots Weib schaut, sondern mit Geschick und Ausdauer die neuen Bahnen betritt, welche uns das Geschick zuweist.

Digitized by Google

Notizen

Deutschlands Kriegsziele. Prof. Erich Brandenburg versucht in einer bei Quelle & Meyer in Leipzig erschienenen Schrift dieses Titels zusammenzufassen, was nach seiner Meinung erreicht werden kann und muß. Er will damit den Illusionen die Wirklichkeit entgegenstellen. Die erste Illusion besteht nach seiner Meinung darin: daß man die Wiederherstellung des alten Zustandes vor dem Weltkriege ohne nennenswerte Veränderung für möglich hält. Die zweite Illusion besteht in der Hoffnung, daß die furchtbaren Leiden dieses Krieges die Neigung zu künftigen Kämpfen beseitigen und den Boden für einen neuen Zustand bilden würden, indem der Weltfriede durch internationale Abmachungen, Schiedsgerichte oder Abrüstung gewährleistet sei. Die dritte Illusion besteht in der Überzeugung, daß die Völker, denen wir zu einer selbständigen staatlichen Existenz verhelfen, uns dafür unendlich dankbar sein und ihre Anhänglichkeit durch freiwilliges festes Zusammenstehen mit uns gegen unsere Feinde beweisen würden. Die vierte Illusion besteht in der Hoffnung, daß ein dauernder politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit Österreich-Ungarn und vielleicht auch mit den übrigen verbündeten Staaten, ein neues Staatengebilde „Mitteleuropa", uns für die Zukunft dauernd gegen Angriffe sichern und im wirtschaftlichen Kampf zu einem selbständigen, vom Ausland unabhängigen Wirtschaftsgebiet machen werde. Die fünfte Illusion besteht in dem Glauben, daß Deutschland um so stärker werden würde, je mehr Gebiete es seinem Reich einverleibte. Annexion volksfremder Bevölkerung bedeutet in Wahrheit Schwächung, nicht Stärkung eines Staates, der auf nationaler Grundlage ruht. Die sechste Illusion besteht in der Erwartung, daß dieser Krieg uns ohne volle Niederwerfung Englands einen Zugang zum offenen Weltmeer und die Freiheit der Meere von der englischen Oberherrschaft bringen könne.

„Neutralität zur See". „Die Art der Kultur, die seit Generationen Millionen menschlicher Wesen eingeflößt ist, kann nicht in wenigen Tagen ausgemerzt werden. Bemerkenswert ist gerade jetzt ein Gesetzbuch über die Neutralität zur See, wie es auf Anregung von Sekretär Lansing vorbereitet und bei der gegenwärtigen Sitzung des amerikanischen „Institute of Intern. Law." in Havanna vorgelegt wurde. Dieses Gesetzbuch soll im nächsten Jahre von den Gesellschaften für internationales Recht in jeder der 21 amerikanischen Republiken aufgenommen werden. Es tritt für das Prinzip ein, daß, wenn ein Konflikt von den Neutralen nicht verhindert werden kann, alles geschehen muß, um ihn zu beenden und daß eine der Obliegenheiten der Neutralität „die menschliche Pflicht der Friedensstiftung" ist. Das Buch behandelt auch die Freiheit der Meere. Handelsblockaden würden untersagt und Postsendungen unverletzlich erklärt werden; Handelsschiffe ohne Bannware, einerlei ob sie den Kriegführenden oder Neutralen angehören, sollten unbelästigt bleiben, wenn sie beglaubigte Papiere führen; das Recht der Untersuchung auf See wäre abzuschaffen. Nach Annahme dieses vorgeschlagenen Gesetzbuches könnten die Neutralen eine „internationale Gewalt" anrufen, um Neutralitätsverletzungen zu bestrafen." („Boston Transcription".)

Schutzzollpolitik. Lord Sheffield drückte in einer am 24. Februar in Manchester abgehaltenen Versammlung seine schwere Besorgnis über die Zollpolitik aus, in welche England unter dem Vorwande, daß der Krieg sie erfordere, verwickelt werde. Es berge schwere Gefahren in sich, daß man Leuten wie dem Arbeitsminister John Hodge erlaube eine derartig extreme und unsinnige Art von Schutzzollpolitik zu vertreten. Aber auch in ihrer Wirkung auf den Krieg sei diese von keiner Sachkenntnis getrübte Art und Weise, mit dem Handel umzuspringen, geradezu verrückt, da auf diese Weise die Verpflichtungen Englands gegenüber seinen Verbündeten in Frage gestellt würden.

Nationalisierung der Volkswirtschaft. „Eine strenge Nationalisierung in dem Sinne,

Digitized by Google

daß Produktion und Konsumtion sich völlig im Rahmen eines Staates wie Deutschland vollziehen, ist deshalb unmöglich, weil uns wichtige Staatsquellen und Rohstoffe entweder ganz fehlen oder in nicht genügendem Maße zur Verfügung stehen, weil die Produktionsfähigkeit des deutschen Bodens ebenso begrenzt ist, wie die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und Kapitalien, weil der Konsum nicht fähig ist, sich in allen Fällen mit den in der heimischen Produktion gebotenen Gütern zu befriedigen. Eine solche Nationalisierung, selbst wenn sie möglich wäre, würde unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen lahmlegen und damit nicht nur wichtige Glieder unserer Wirtschaftsorganisation, wie Ausfuhrhandel und Seeschiffahrt sowie die Ausfuhrgewerbe vernichten, sondern uns auch von der Weltkultur abschließen. Es ist also nicht eine absolute, sondern nur eine relative Nationalisierung ein denkbares Ziel unserer Wirtschaftspolitik." Wygodzinski in einer bei J. C. B. Mohr (Tübingen) erschienenen Schrift „Nationalisierung der Volkswirtschaft".

Haßpropaganda. Gegen die Ausführungen Romolo Murris im „Giornale del Mattino" von Bologna, daß man die Italiener von dem Verdacht, nicht hassen zu können, befreien müsse, wendet Marchese Filippo Crispolti im „Corriere d'Italia" vom 25. Februar ein: Das Angriffsprinzip des Feindes selbst darf man hassen, aber es ist unzulässig, diesen Haß auf die Personen zu übertragen, die Urheber oder Werkzeuge dieses Prinzips sind. Das Christentum erlaubt den Abscheu vor der Sünde, nicht vor dem Sünder. Es ist zum mindesten ein Zeichen historischer Unerfahrenheit, diesen Krieg so anzusehen, als ob das Christentum, das von ihm überrascht sei, nicht Anwendung finden könne. Es ist ein Irrtum, die Vaterlandsliebe zum Haß gegen den Feind stempeln zu wollen. Eine Haßpropaganda mit Ausdehnung auf die persönlichen Abneigungen gegen andere Menschen anzufachen, könnte den Verdacht hervorrufen, als ob die Vaterlandsliebe als Ansporn für unseren Krieg und für den Sieg nicht ausreichte. Eine solche Propaganda würde vergessen, daß der Haß, was man auch immer sagen mag, nach dem Kriege aufhören muß. Gott sei Dank stirbt ein Haß zwischen Völkern schnell, wenn er auch einmal als unsterblich gepredigt wird. Laßt uns daher lieber etwas Lebenskräftigeres predigen. Neulich sagte mir noch ein hervorragender Spanier: In den Jahren 1808 bis 1814 haben die Franzosen jede Grausamkeit gegen uns begangen, und wir haben ihnen dafür mit gleichem vergolten. Es schien, daß der Haß Jahrhunderte dauern müsse. Und 1825 waren wir wieder die besten Freunde.

Deutschland und die französische Kunst. Ein erstaunliches Erzeugnis der deutschen Kriegsliteratur legt ein deutsches Reservekorps vor: Ein Monographie La Tours, des Pastellmalers Ludwig XV. Ein Oberarzt hat für den größten Teil der 89 Nachbildungen von Kunstwerken in St. Quentin die Aufnahmen angefertigt. Die Erläuterungen zu den einzelnen Bildern und die Einleitung sind von Hermann Erhardt geschrieben. Sie sind darin vorbildlich, daß sie den Maler eines fremden Landes aus der fremden Volksart verstehen und doch den allgemein menschlichen Gehalt seiner Kunstwerke darüber nicht übersehen. La Tour ist einer der großen französischen Malerpsychologen, eine reizbare, empfindliche, gesellige Natur, die mitten in der „geschmackvollen Frivolität" des Rokokos nirgends den Ernst verleugnet, mit dem er seiner Kunst gedient hat. „Neben dem geistreich-heiteren La Tour, der sich dem Rokoko anpaßt, bleibt der unerbittliche Wahrheitssucher bestehen, der die Wirklichkeit ohne Rücksicht aufdeckt. Vor La Tours Kunst sind alle Menschen gleich. Als La Reynière ihm eines Tages absagte, behielt La Tour den Diener da, zeichnete ihn und ließ den Herrn wissen, daß er dieses Modell entschieden geistreicher finde." Die Nachbildungen, die zum großen Teil sogar die Farbigkeit des Pastells wiedergeben, sind ausgezeichnet und in jeder Beziehung einwandfrei, nicht minder der Druck. Das ungenannte deutsche Reservekorps kann auf diese Leistung stolz sein, der König Wilhelm II., dem das Werk gewidmet ist, wird mit uns allen die Energie und die Vorein-

Digitized by Google

genommenheit des Willens schätzen, mitten im Kriege fremdes Wesen zu verstehen und zu würdigen. Der Band erscheint als erster einer geplanten Sammlung über die französische Kunst überhaupt. Als Verleger zeichnet die Korpsverlagsbuchhandlung Bapaume; der buchhändlerische Vertrieb geschieht durch R. Piper in München.

Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung. Neben die Vereinigungen, die sich die Reform der Schulerziehung als Ziel gesetzt haben, ist in jüngster Zeit die Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung getreten. Ihre Gründung wird man als ein neues Anzeichen dafür begrüßen können, daß die Erkenntnis von der Bedeutung einer zeitgemäßen Erziehung weitere Kreise erfaßt. In der Tat hat hier bisher eine Lücke bestanden; es gab kein Gegengewicht gegen die lauten Gegner der vermeintlich „veralteten" Familienerziehung, es gab andererseits auch wenig Stimmen, die die zahlreichen Gleichgültigen und Lauen in der Elternwelt aufrüttelten. Was auf dem Gebiet der Familienerziehung vor allem nottut, habe ich in der Deutschen Politik (Heft 38, September 1916) bereits gesagt und kann es jetzt nach der Gründung der neuen Vereinigung nur wiederholen: Verinnerlichung und Vergeistigung des Familienlebens, bewußte erzieherische Einwirkung auf Grund wenigstens elementarer Kenntnisse von Wesen, Zweck und Mitteln der Erziehung. Das Programm der Deutschen Gesellschaft z. T. der häuslichen Erziehung stimmt damit überein; es wäre zu wünschen, daß die Arbeit der Gesellschaft wirklich darauf hinauskäme, an die Stelle der vielgepriesenen, innerlich gedanken- und wertlosen Gemütlichkeit des deutschen Familienlebens besonders der höheren Schichten, Verantwortlichkeitsgefühl und das ehrliche Bemühen um die strenge Geistigkeit zu setzen, die eine Vorbedingung für die schweren Zukunftsaufgaben unsers Volkes ist. Von den Mitteln, deren sich die Gesellschaft zur Förderung ihrer Zwecke bedienen will, sei die Einrichtung von Elternberatungsstellen besonders hervorgehoben. Sie erinnert an den Vorschlag, regelmäßige „Pädagogische Wochen für Eltern und für Studierende" einzurichten, der nach Beendigung des Krieges zuerst an der Dürerschule Hochwaldhausen durchgeführt werden soll.

G. F. Neuendorf

Neuerscheinungen

Landeskunde

Deutschkunde. Ein Buch von deutscher Art und Kunst mit 2 Karten, 32 Tafeln und 8 Abbildungen, herausgegeben von Walther Hofstaetter. (B. G. Teubner, Leipzig. 1917. 169 S., geb. M. 2.70.) Versucht die Entwicklungslinien der Geschichte, der Volks- und Kulturkunde, d. h. der Literatur der Kunst, der Musik usw. zu einem kurzen Überblick über die gesamte Entwicklung zusammenzufassen und dadurch in Wort und Bild von deutscher Art und Kunst eine lebhafte Vorstellung zu geben. Man möchte wünschen, daß dieses Buch ergänzend zu den üblichen geschichtlichen und Literaturbüchern der Schule tritt und ein deutsches Hausbuch wird.

Hans Besser: Natur- und Jagdstudien in Deutsch-Ostafrika. (Franckhsche Verlh., Stuttgart.) 79 S. Preis M. 1.—.

A. Ischirkoff: Bulgarien, Land und Leute. 1. und 2. Teil. Verl. Dr. J. Parlapanoff, Leipzig. 129 und 124 S. Mit diesem Werke wird eine bulgarische Bibliothek eröffnet, die dem Deutschen über alle Gebiete des öffentlichen Lebens, über Geschichte und Volkskunde Auskunft geben soll. Es enthält ein durch zahlreiche Abbildungen veranschaulichtes geographisches Bild, danach eine Schilderung der Bevölkerung und der volkswirtschaftlichen Siedelungsverhältnisse.

Emile Guillaume: Ein Kampf um die Scholle. Eugen Diederichs Verlag, Jena. 1916, M. 3.—, geb. 4.20, 233 S. Getreue Schilderung des Seelenzustandes des kleinen französischen Bauern. Gegeben von einem französischen Bauer. Ein Seitenstück zu Reymonts „Polnischen Bauern".

Geschichte

Heinrich Margulies: Der Kampf zwischen Bagdad und Suez im Altertum. Deutsche Orient-Bücherei, Heft 21. Verl. Gustav Kiepenheuer, Weimar. 54 S. Preis M. 1.30. Merkwürdige Zeugnisse von der Wiederkehr der großen politischen Probleme der Weltpolitik, die in den Namen Suez und Bagdad sich konzentrieren.

Dr. Walther Lehmann: Die Kapitulationen. Deutsche Orient-Bücherei. Bd. 22. Verl. Gustav Kiepenheuer, Weimar. Geschichtlicher Überblick über Einführung, Wesen und Wirkungen der Kapitulationen; Darstellung der rechtlichen Bedeutung ihrer Aufhebung. In einem Anhang der

Digitized by Google

Wortlaut der preußischen Kapitulationen von 1761 und der Note der Worte vom 9. Sept. 1914.

Richard Feller: Polen und die Schweiz. Ein geschichtlicher Rückblick. Mit 4 Abbild. (Bern, A. Francke.) 40 S. Preis M. —.50.

Karl Goetz: Die Deutsch-Russischen Handelsverträge 1189—1904. Ein geschichtlicher Überblick. Verl. der Grenzboten, Berlin. 24 S. Preis M. 1.25.

Biographien

Die Tagebücher von Dr. Emin Pascha. Herausgegeben mit Unterstützung des Hamburgischen Staates und der Hamburgischen wissenschaftlichen Stiftung von Dr. Franz Stuhlmann. Verlag von George Westermann, Hamburg-Braunschweig-Berlin 1917. 128 S. Preis M. 9.—. Seinem Verdienst, die Tagebücher Emin Paschas, welche bereits den Weg über den großen Teich gefunden hatten, wieder für Deutschland zu erwerben, läßt der Hamburgische Staat jetzt die Herausgabe dieses höchst wertvollen Materials folgen. Das vorliegende Heft I des ersten Bandes enthält neben dem ersten Teil der Tagebücher vom 28. Oktober 1875 bis 24. Juli 1910 vorbereitendes Material aus der Feder des verdienstvollen Herausgebers, das zum Verständnis der Tagebücher selbst notwendig ist: eine Übersicht über das Material der Tagebücher und ihre Geschichte, einen kurzen Überblick über die Geschichte und Entwickelung der Äquatorialprovinz und eine Übersicht der Völkernämme der Umgegend der früheren Äquatorialprovinz, sowie eine Übersicht der im Nachlaß von Emin Pascha aufgefundenen arabischen Dokumente und eine ausführliche Literaturübersicht über Emin Pascha.

Max Ludewig: Erinnerungen eines alten Stettiners. Nationalverlag G. m. b. H., Stettin 1917. Preis M. 1.50. 144 S. Biographie eines Mannes, der die Schicksale Stettins nach 1850 bis zu unserer Zeit miterlebt hat.

Philosophie — Erziehung

Fritz Löwy-Cleve: Die Philosophie des Anaxagoras. (Verlag Carl Konegen, Wien. 101 S. brosch. M. 5.—.) Versuch einer zusammenfassenden Darstellung des Philosophen, der ein Freund des Perikles, der „genialen Republik" zugerechnet werden darf, die die großen griechischen Denker vor Sokrates darstellen.

Dr. Martin Meyer: Nietzsches Zukunftsmenschheit. Das Wertproblem und die Rangordnungsidee. (Bibliothek für Philosophie. 13. Band, Beilage zu Heft 4, Berlin, L. Simeon. 78 S. M. 2.50.) Entwirft aus geschichtsphilosophischem Grund und der Kritik des Zeitgeistes durch Nietzsche seine Forderungen an die kommende Menschheit als das positive Gegenbild zu ihrer historisch gewordenen Auffassung.

Walter Rathenau: Von kommenden Dingen. 1917. S. Fischers Verlag, Berlin. 355 S. Geh. M. 5.—.) Ein Mann der praktischen Arbeit geht der Entwicklung nach, die der große Krieg zu bringen scheint: der Mechanisierung als dem Wollen zur Einheit, die „transzendente Weltanschauung, die Andacht der Seele, den Glauben zum Absoluten" an die Seite zu setzen, weil sie diesen Einheitswillen durchseelen, von der Herrschaft entthronen und zum Dienste zwingen. Ein Buch, das eine Brücke zwischen Weimar und Potsdam, zwischen dem Deutschtum des Idealismus und der schaffenden Arbeit schlägt.

Ernst Proetsch: Humanismus und Nationalismus in unserem Bildungswesen. Vortrag in der Versammlung der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums in Berlin und der Provinz Brandenburg. (Berlin, Weidmann, 1917. 42 S. M. —.80.)

Herm. Muckermann: Der biologische Wert der mütterlichen Stillpflicht. (Herdersche Verlagshandlung, Freiburg.) IIV und 70 S. Preis M. 1.20.

Heinrich Pudor: Das Familienrecht und die deutsche Jugenderziehung. (Herm. Beyer & Sohn Verlag, Langensalza. 20 S.) Empfiehlt Einrichtung von Elternabenden, um das Familienprinzip innerhalb der Staatsschule wieder zur Geltung zu bringen.

Ernst Hering: Die Seele des sechsjährigen Kindes. (Verlag Beyer & Söhne, Langensalza. 73 S.) Zeigt die Probleme und Methoden der Erforschung der seelischen Entwicklung des Weltbildes, der Sprache, des Spiels des sechsjährigen Kindes auf.

Bruno Clemens: Beobachtung und Berücksichtigung der Eigenarter Schüler. (Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 42 S.) „Fassen wir das Kind als künftige Persönlichkeit auf, so verbietet sich das Schematisieren von selbst. Dem Vorwurf, die Natur schafft Persönlichkeiten, die Erziehung hebt sie wieder auf, soll die Schule keine Unterlage bieten."

Reinhard Strecker: Die Neuordnung des deutschen Unterrichts an höheren Schulen. (Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 32 S.) „Es soll bei der vermehrten deutschen Lektüre nicht eigentlich mehr gelernt, sondern mehr erlebt werden."

H. E. Timerding: Naturwissenschaft und Mathematik in unserem höheren Bildungswesen. (Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 65 S.) Aus der äußeren Stellung für Naturwissenschaft und Mathematik und der Bedeutung der naturwissenschaftlichen Fächer für das Bildungswesen werden Wege und Ziele der Mathematik, Physik, Chemie, der Erdkunde aufgezeigt.

G. Weiß: Der Sinn der nationalen Einheitsschule. (Verlag Herm. Beyer & Söhne, Langensalza. 24 S.) Im ganzen pädagogischen Aufbau unseres gesamten Schulwesens soll endlich der Gedanke seine Wirkung ausüben, daß die

Digitized by Google

sicherste Grundlage aller Humanität das Humane bildet, das in unserem Volkstume niedergelegt ist. Die Höhen seiner Entwicklung sollen als die Ziele für die zukünftige Arbeit des ganzen Volkes praktische Bedeutung erlangen.

E. von Krmán: Ein kriminalpädagogisches Institut. (41 S. Verlag Herm. Beyer & Söhne, Langensalza.) Skizze über Plan und Einrichtungen eines kriminalpädagogischen Instituts und die Anwendung der Grundgedanken der Pestalozzi-Herbartschen Pädagogik auf das Jugendgerichtsverfahren.

Schöne Literatur — Bildende Kunst

Norbert Jacques: Piraths Insel. Roman (S. Fischer Verlag, Berlin.) Geh. M. 3.50, geb. M. 4.25. Ein Werk, das ein Einzelschicksal in ein universales Bild der seelischen, wirtschaftlichen und weltpolitischen Kultur Europas verwebt und die seelischen Forderungen des Einzelmenschen mit den wirtschaftlichen, politischen Forderungen des Typus des Europäers zu vereinigen sucht.

Münchener Jahrbuch der bildenden Kunst. X. Band 1916/17. Heft 1 und 2. Verlag G. D. W. Callwey, München. 177 S. Mit vielen Abbildungen im Text. Enthält Aufsätze über die Münchener Michaelskirche, Süddeutsche Freskomalerei, die deutsche Plastik in Würzburg.

Kriegsliteratur

Generalleutnant z. D. Baron von Ardenne und Dr. Hans Helmolt: „Das Buch vom großen Krieg". I. Band mit 234 Abbildungen im Text, 19 Kunstblättern, 5 Kartenbeilagen. (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart. 204 S. M. 12.—.) enthält Darstellung der Vorgeschichte des Krieges, Schilderung der ersten Kämpfe zu Land, See und in der Luft, bis zum Eintritt Italiens in den Krieg. Volkstümliches, mit zahlreichen Bild- und Kartenbeigaben versehenes, Buch für das deutsche Haus.

Oberst Karl Egli: Zwei Jahre Weltkrieg. (Verlag Schulheß & Co., Zürich. 224 S. Geb. M. 6.—.) Ausgezeichnete kurze Kriegsgeschichte des schweizerischen Generalstabsoffiziers und Mitarbeiters der Basler Nachrichten mit 22 ausgezeichneten Skizzen vom Aufmarsch, den Gefechten usw. und ausführlichen zuverlässigen Namen- und Sachregistern.

W. v. Seidlitz: Das zweite Jahr des Kulturkrieges. 162. Flugschrift des Dürerbundes. Verl. G. D. W. Callwey, München. 30 S. Preis M. —.50.

Sebastian v. Oer: Ohne Furcht und Tadel. Ein Wort von einem alten Kameraden an unsere jungen Offiziere. (Herdersche Verlagsbuchhandlung, Freiburg.) VI und 80 S. Preis geb. M. 1.—.

Siegfried Jakobsohn: Die ersten Tage. (Reuß & Itta, Konstanz.) 73 S. M. —.50. Sammlung von Stimmungsbildern aus den ersten Tagen des Krieges.

Max Schippel: England und wir. („Kriegsbetrachtungen eines Neutralen".) 1917. S. Fischer Verlag, Berlin. 197 S. Geb. M. 2.—. Aufsätze aus den Sozialistischen Monatsheften über die englische Weltpolitik, Zeugnis für die antienglische Orientierung der sozialdemokratischen Auffassung.

Die russische Gefahr. Beiträge und Urkunden zur Zeitgeschichte. Herausgegeben von Paul Rohrbach. (J. Engelhorn Nachf., Stuttgart.) Heft 5. Die nordische Brücke. Von R. Nordlander und S. Sario. 79 S. Br. M. 1.50. Stellung Finnlands im Kriege und als gedachter Hauptpfeiler der zukünftigen russisch-englischen Verbindungsbrücke über Skandinavien und das Nordmeer und geplanter Hauptstützpunkt der englischen Zukunftspolitik. Heft 6. Die russische Gefahr im deutschen Hause. Von Professor Dr. J. Haller. 94 S. Br. M. 1.50. Kritische Auseinandersetzung mit den „Russophilen" von der Art des Professor Hoetsch.

Conrad Bornhak: Belgiens Vergangenheit und Zukunft. Verlag „Der Grenzboten", Berlin. Preis M. 1.25.

Dr. Franz Rothenfelder: Casement in Deutschland. Verlag Gebr. Reichel, Augsburg. 124 S. Erinnerungen und Briefe Casements mit zahlreichen Photographien und Faksimiles. Ein Erinnerungszeichen für Casements freundschaftliche Stellung zu Deutschland.

H. N. Reichl: Die weibliche Kampfesart der Gegner Deutschlands im Weltkrieg. (Verlagsbuchhandlung für Lebenswissenschaft, Nürnberg.) 28 S. Preis M. —.50.

Ferd. Avenarius: Das Bild als Verleumder. Bemerkungen zur Technik der Völkerverhetzung. Mit 72 Abbildungen. 151. Flugschrift des Dürerbundes Verlag G. D. Callwey, München. 78 S. Preis M. —.75.

G. Stäbler: Erhebendes aus dem Weltkrieg. (Holland & Josenhaus, Stuttgart.) 190 S. Preis M. 1.50. Anekdoten und Erzählungen, die von der ethischen Größe im Felde und in der Heimat erzählen.

Reinhold Zellmann: Der Weltkrieg. Niederschriften und Unterrichtsergebnisse. (Herm. Beyer & S., Langensalza.) 64 S. Darstellungen von der Hand der Lehrer und der Schüler über die Anteilnahme an den Ereignissen des Krieges.

Georg Haberland: Das Mietverhältnis im Kriege. Vorschläge zur wirtschaftlichen Erhaltung des Hausbesitzes. Verlag A. Unger, Berlin. 24 S. Preis M. —.60.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 23. März 1917 • Heft 12

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Zeichnet die sechste Kriegsanleihe

Die Kriegsopfer für alle Völker abzukürzen, hat kaiserliche Großmut angeregt. Nun die Friedenshand verschmäht ist, sei das deutsche Volk aufgerufen, den verblendeten Feinden mit neuem Kraftbeweis zu offenbaren, daß deutsche Wirtschaftsstärke, deutscher Opferwille unzerbrechlich sind und bleiben.

Deutschlands heldenhafte Söhne und Waffenbrüder halten unerschütterlich die Wacht. An ihrer Tapferkeit wird der frevelhafte Vernichtungswille unserer Feinde zerschellen. Deren Hoffen auf ein Müdewerden daheim aber muß jetzt durch die neue Kriegsanleihe vernichtet werden.

Fest und sicher ruhen unsere Kriegsanleihen auf dem ehernen Grunde des deutschen Volksvermögens und Einkommens, auf der deutschen Wirtschafts- und Gestaltungskraft, dem deutschen Fleiß, dem Geist von Heer, Flotte und Heimat, nicht zuletzt auf der von unseren Truppen erkämpften Kriegslage.

Was das deutsche Volk bisher in kraftbewußter Darbietung der Kriegsgelder vollbrachte, war eine Großtat von weltgeschichtlich strahlender Höhe.

Und wieder wird einträchtig und wetteifernd Stadt und Land, arm und reich, groß und klein Geld zu Geld und damit Kraft zu Kraft fügen — zu neuen wuchtigen Schlägen.

Unbeschränkter Einsatz aller Waffen draußen,
aller Geldgewalt im Innern.

Machtvoll und hoffnungsfroh der Entscheidung entgegen!

Revolution und Neuorientierung

Von Friedrich Thimme

In Rußland herrscht die Revolution!

Die Triebkräfte der russischen Umwälzung sind heute für uns noch in Dunkel gehüllt. Die Tatsache allein aber, daß an der Spitze des zwölfgliedrigen Exekutivausschusses, der die Macht in Petersburg an sich gerissen hat, der Dumapräsident Rodzianko, der nahe Vertraute des großbritannischen Botschafters Buchanan steht

Digitized by Google

läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß England, das von je der Fluch seiner Verbündeten war, auch hier seine ränkevolle Hand im Spiele gehabt hat.

Ob Englands Beweggründe darin zu suchen sind, daß die russischen Liberalen die ärgsten Kriegsfanatiker sind, oder ob die Berechnung dahin geht, daß eine Umgestaltung des autokratischen russischen Regiments in revolutionärem Sinne den Weg frei machen werde, um die geschlossene Demokratie des Weltalls gegen die allein noch „reaktionär" regierten Mittelmächte zum Sturm zu führen, und um vor allem auch dem demokratischen Amerika, das wenigstens im ersten Stadium des Krieges noch an dem Bündnis des zaristischen Rußlands und der liberalen Westmächte Anstoß nahm, den Kampf gegen Deutschland vollends als ein Gebot freiheitlichen Menschentums erscheinen zu lassen, das mag dahingestellt bleiben; sicher ist nur, daß England der Hauptinteressent und Nutznießer der russischen Revolution ist.

Umgekehrt könnte unserem Todfeind England zurzeit gar nichts Schlimmeres passieren, als wenn wir ihm durch eine freiheitlichere Gestaltung unserer Verhältnisse die demokratische Waffe aus der Hand zu winden suchten. Daß es einen „akuten Triumph" Englands bedeuten würde, wenn wir unsere Institutionen nach dem westeuropäischen Freiheitsbegriff modelten, wie es jüngst in einer viel zitierten Herrenhausrede hieß, das ist, mindestens vom englischen Standpunkte aus, vollkommen falsch gedacht. Nein, Englands Kriegsziel ist es gewiß nicht, uns mit jenen demokratischen Freiheiten zu beglücken, die sich ja in Frankreich und neuerdings auch in England selbst mit dem ausgeprägtesten Militarismus nur zu gut vertragen; das hieße ja, immer vom englischen Standpunkt aus, uns neue moralische Kräfte zuführen! Englands einziges Ziel ist vielmehr, uns und unsere Bundesgenossen vernichtend zu schlagen; erst wenn wir am Boden liegen, sollen uns Demokratie und Völkerrecht gleichsam als Zwangsjacke angezogen werden, damit wir uns nie wieder zu erheben vermögen.

Wenn wir also die Pläne unserer Gegner vereiteln wollen, so können wir gar nichts Besseres tun, als ihnen nach Möglichkeit den demokratischen Wind aus den Segeln zu nehmen. Hat nicht auch Bismarck in der Krise des Jahres 1866 die Trumpfkarte des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das noch heute das freieste Wahlrecht in der ganzen Welt bedeutet, ausgespielt? Hat er nicht auf der Höhe der Erfolge von 1866 „unter Einfluß von Erwägungen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik" sich entschlossen, jeden Schachzug im Innern danach einzurichten, ob der Eindruck der Solidität unserer Staatskraft dadurch gefördert oder geschädigt werden könne?[1] Hat er nicht allezeit neben Preußens Stellung in Deutschland seine europäische Aktionsfähigkeit im Auge gehabt? Und vergeben wir uns, die wir dieses klassische Beispiel unseres größten Staatsmanns vor Augen haben, das geringste, wenn wir in der gewaltigen Krise des Weltkrieges, wo unsere ganze Existenz und unsere Zukunft auf Sein oder Nichtsein

[1] Gedanken und Erinnerungen II, 56.

Digitized by Google

gestellt ist, wie unser außenpolitisches, so auch unser innerpolitisches Tun und Lassen danach prüfen und abmessen, wie es auf unsere weltpolitische Aktionsfähigkeit im Kriege und über den Krieg hinaus wirkt.

Davon kann natürlich auch nicht entfernt die Rede sein, daß wir unsererseits sozusagen in Wettbewerb mit den russischen Umstürzlern träten. Ob die russische Revolution wirklich die Folgen zeitigen wird, die die Engländer von ihr erhoffen, steht doch noch sehr dahin; leicht möglich, daß sie anstatt einer Befestigung des Kriegswillens und der Kriegszuversicht die Vollendung des Chaos und der Anarchie herbeiführt. Unsere Stärke aber im Weltkrieg hat von Anfang an die unerschütterliche Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes, die Einheit und das Ineinanderaufgehen von Kaiser, oberster Heeres- und Reichsleitung und Volk ausgemacht. Bei allen unseren Gegnern haben die Regierungen gewechselt. Kaum noch einer von den Machthabern, die in den Jahren 1914—1916 uns den Krieg ankündigten, ist im Amt geblieben, und jetzt ist gar der russische Zar als erster unter den Herrschern selbst entthront worden, oder er hat sich der Entthronung durch die Abdankung entzogen! Mit den Regierenden hat auch das Regierungssystem überall mehr oder minder tief einschneidende Veränderungen, ja Umwälzungen erfahren, in Frankreich sowohl wie in England, und nun gar in Rußland! Wir dagegen sind noch immer der feste Pol in der Erscheinungen Flucht geblieben. Bei uns beschränkt sich der Wechsel der leitenden Persönlichkeiten auf ein Mindestmaß; nur das Kriegsministerium, das Reichsmarineamt und zwei Staatssekretariate haben ihren Inhaber gewechselt. Auch unser Regierungssystem haben wir nur auf die Bedürfnisse und den Geist des Krieges einzustellen brauchen, im übrigen aber fast unverändert lassen können. Jene Parole, die unser Kaiser gleich zu Beginn des Krieges als ein Symbol unserer Einheit und Geschlossenheit ausgab „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche" ist bis heute das Zeichen geblieben, in dem wir siegen. Alle Hoffnungen unserer Feinde auf unsere innere Zerrissenheit, auf den Abfall der Sozialdemokratie, auf eine fortschreitende Entnervung der Volksmassen infolge der Entbehrungen und Nöte des Hungerkrieges sind schmählich zuschanden geworden; ungebeugt wie am ersten Tage des Krieges ist der Wille zum Durchhalten nur noch gestiegen, trotz des drohenden Eingreifens Amerikas in den Weltkrieg, die Zuversicht auf den endlichen Sieg. Mag auch der innere Friede des deutschen Volkes im langen Lauf des Krieges durch die verschiedenen Ansichten über Kriegsmethoden und Friedensziele, über Organisationsfragen und einzelne gesetzgeberische Maßnahmen beeinträchtigt sein, mag das Urteil über unsere leitenden Persönlichkeiten mehr als wünschenswert auseinandergehen: unsere geschlossene nationale Front besteht dennoch. Keine Streiks, keine Revolte haben sie auch nur einen Augenblick ernstlich bedroht. Der Gedanke an Revolution, der in Rußland so jäh zur Tat und Vollendung gediehen ist, hat bei uns wohl kaum in den Köpfen der wil-

Digitized by Google

desten Sozialdemokraten gespukt. Uns ist es vielmehr zum schönsten Erlebnis des Weltkrieges geworden, daß der ärmste Sohn unseres Volkes auch sein getreuester war!

Wir dürfen vertrauen, daß gerade der sich aufdrängende Vergleich zwischen Rußland und uns, zwischen der „Solidität unserer Staatskraft" und dem jähen Zusammensturz des russischen Staatssystems, zwischen unserer Neuorientierung und der russischen Revolution aller Welt und nicht zuletzt den Neutralen eindrucksvoll aufzeigen wird, auf welcher Seite die tieferen und sittlicheren Kräfte des Volkes und des Staates, und damit auch die größere Gewähr des endlichen Sieges zu suchen ist. Es trifft sich eigen, daß der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident just in dem Augenblick, wo uns die ersten Nachrichten von den Erfolgen der russischen Revolution erreichten, im Abgeordnetenhause die eindringlichste und wirkungsvollste aller seiner bisherigen Reden über die Neuorientierung hielt. Eine stärkere Folie konnte seinen Ausführungen über die Erneuerung unseres deutschen Volkes überhaupt nicht geboten werden als durch den blutigen Umsturz in Rußland. Der äußere Anlaß der Rede des Herrn von Bethmann Hollweg, die Ablehnung der Diätenvorlage durch das Herrenhaus, tritt trotz der wichtigen innerpolitischen Folgerungen, zu denen diese Ablehnung führen zu wollen scheint, im Moment ganz zurück. Wichtiger erscheint uns heute, daß gerade in dem Moment, wo Rußland zu einer freiheitlichen Verfassung übergeht: ein Umstand, der alsbald aufs stärkste von unseren Feinden gegen uns ausgespielt werden wird, der Reichskanzler vor aller Welt von neuem in den eindrucksvollsten Tönen nicht bloß seine unerschütterliche Überzeugung kund gibt, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in freiheitlichem Sinne führen muß und wird, allen Widerständen zum Trotz, sondern auch seinen festen und unbeugsamen, mit Unrecht hier und da bezweifelten Willen diese Reformen durchzuführen. „Ich will diese Gedanken und ich werde sie durchführen. Und ich werde mein Letztes daran setzen."

In einer Stunde also, wo der russische Staatskörper von konvulsivischen Zuckungen erschüttert wird, wo er nicht etwa aus eigener Kraft, sondern unter der eigennützigen Nachhilfe seiner Bundesgenossen durch ein Blutbad hindurch zu neuen Staatsformen schreitet, kündigen wir eine Politik der Stärke, eine starke auswärtige Politik, wie eine Politik der inneren Stärke an, die beruhen soll auf der vollberechtigten und freudigen Mitwirkung des ganzen Volkes, auch der breiten Massen an der staatlichen Arbeit, und folglich auch auf der vollen Teilnahme an den staatlichen und politischen Rechten. Der Reichskanzler spricht nicht von der Einführung des parlamentarischen oder des demokratischen Systems, nicht von Volkssouveränität und ähnlichen Schlagwörtern, deren Hohlheit der Krieg gerade in den Ententeländern enthüllt hat, wo doch wahrlich heute nicht mehr Freiheit als bei uns herrscht. Nicht nach westmächtlichem oder gar nach neuestem russischen Muster, am wenigsten mit freundlicher Nachhilfe

Digitized by Google

der Ententestaaten wollen wir das Verhältnis zwischen Volk und Staat neugestalten. „Wo wir von etwas zu befreien sind, da wollen wir es selbst besorgen," hat der Kanzler schon neulich mit einem stolzen Wort gesagt. Ja, aus eigenem Willen, aus eigener Kraft wollen wir uns von den uns anhaftenden Schwächen und Unvollkommenheiten befreien. Wir brauchen, um das zu erreichen, nichts von dem aufzugeben, was unsere Stärke ausmacht: nicht die kraftvoll führende Monarchie die längst ihre eigenste Aufgabe darin erkannt hat, auch den breiten Massen des Volkes ihr Recht, ihr volles Recht zu geben; nicht unser unüberwindliches Heer, das doch nicht bloß ein monarchisches, sondern zugleich ein Volksheer ist, auch nicht unseren ureigensten Freiheitsbegriff, der nicht auf Ungebundenheit, sondern auf freigewollte Hingabe in Pflicht und Ordnung gestellt ist. Wir brauchen bloß aus den Erfahrungen des Weltkriegs heraus, der uns als schönste Frucht die Wiedergeburt und die Steigerung der Staatsgesinnung vor allem auch unserer Arbeiterschaft beschert hat, den Bund zwischen Kaiser und Volk, zwischen Macht, Ordnung und Freiheit immer inniger zu flechten. Ein deutsches Kaisertum, ein preußisches Königtum, das eingedenk des ungeheuren Erlebens dieser Zeit, seine Kraft aus der Liebe des freien Mannes zieht, das vermag nahezu alles, das wird alle Parteien des Reichstages und des preußischen Landtages, nicht zuletzt das Herrenhaus, das sein Dasein und seine Zusammensetzung doch nur von Königs Gnaden hat, mit sich fortreißen!

Aus den Worten des Kanzlers aber dürfen wir neue und freudigste Gewißheit schöpfen, daß unser Kaiser und sein verantwortlicher Ratgeber sich der Größe der Aufgabe wie des einzuschlagenden Weges durchaus bewußt sind. Mit voller Sicherheit greift der Kanzler die Gebiete heraus, auf denen vor allem die Reformen großen Stiles einzusetzen haben: eine Regelung des Arbeitsrechts, eine Regelung des preußischen Wahlrechts, eine Neuordnung des Landtages im ganzen. Mit allem Nachdruck hebt der Kanzler auch wieder die arbeiterfreundliche Tendenz der geplanten Reformen hervor. Warnend, wie mit einem vorahnenden Hinweis auf die russischen Ereignisse, mahnt er die Parteien: „Wenn wir nicht entschlossen sind, diese Folgerungen zu ziehen, dann gingen wir inneren Erschütterungen entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann." Er weist es weit von sich, solche Schuld auf sich zu laden. Ist auch nur eine unter unseren Parteien, die es kann und will, ohne für ihren Bestand zu zittern?

Wir sind überzeugt, daß die von tiefster Bewegung getragenen Worte des Kanzlers ertönen werden, nicht nur über Tag und Stunde, sondern auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Sie werden dazu beitragen, unsere Feinde um den moralischen Erfolg zu bringen, den sie aus der russischen Revolution zu ziehen suchen werden. Sie werden unsere innere Front, nicht zuletzt das Vertrauen unserer Arbeiterschaft zu dem Staate stärken, und sie werden so zu dem Siege beitragen, der unser allerheißester Wunsch ist!

Digitized by Google

Wetterleuchten im Osten

Von Arel Schmidt

Will man die augenblicklichen Vorgänge in Rußland verstehen, so muß man einen Überblick über das Kräfteverhältnis im Lande besitzen. Der führende Kopf in der Regierung ist Protopopow, mit dem Ministerpräsidenten Golitzyn, Justizminister Dobrowolski und Unterrichtsminister Kultschiski gehen. Die älteren Kabinettsglieder wie Bark, Fürst Schachowskoi und Pokrowski machten dagegen dem Minister des Innern Opposition, die so weit ging, daß sie dem Bankett Protopopows zu Ehren der Petersburger Konferenz fernblieben. In Rußlands Oberhause, dem Reichsrate, war die oppositionelle Stimmung in den letzten Monaten des vorigen Jahres soweit gestiegen, daß der Zar zu Neujahr zu einem bedeutenden Pairsschub griff und außerdem noch zum Vorsitzenden den früheren Justizminister Schtscheglowitow machte, dessen brutaler Energie die Bändigung des Oberhauses anvertraut wurde. In der Duma waren seit Beginn des Krieges drei größere Gruppen entstanden: die Rechte, der Block und die Linke. Die Majorität besaß der fortschrittliche Dumablock, den ursprünglich sechs Parteien (die fortschrittlichen Nationalisten, das Zentrum, die Semstwo- und Links-Oktobristen, die Progressisten und die Kadetten) bildeten. Ihr geistiges Haupt ist der Führer der Kadetten Prof. Miljukow, der sich mit dem größten Teil der Liberalen von einem pazifistischen Demokraten zu einem nationalistischen Imperialisten entwickelt hat. Der Einfluß des Blockes war im Lande sehr groß; er hatte nicht nur Industrie und Handel hinter sich, sondern auch große Teile des Großgrundbesitzes und der Bildung. Dazu kam, daß er in dem Städte- und Landschaftsbunde zwei riesige Organisationen zur Verfügung hat, die jederzeit bereit sind, den Block politisch zu unterstützen. Einen weiteren Rückhalt besitzt er bei den Botschaftern der Bundesgenossen, die offen mit der Dumaopposition sympatisieren. Dieses Fraternisieren der Vertreter der Ententemächte mit dem Dumablock trat besonders während der Petersburger Konferenz zutage. Waren doch die Repräsentanten der Westmächte mit den Blockführern häufiger zusammen, wie mit den Gliedern des russischen Kabinetts. Als kürzlich noch die Adelsorganisationen, die bisher die festeste Stütze der Reaktion waren, auf ihren provinziellen Versammlungen sich auf die Seite der Duma stellten, löste das in der liberalen Presse ungeheuren Jubel aus. Die meisten Versammlungen schlossen sich nämlich der Resolution des Vorstandes des Adelsverbandes an, in der der Sorge um die Lage des Landes offen Ausdruck gegeben wurde. Die Adelsversammlung in Moskau sandte sogar ihren Vorsitzenden direkt zum Zaren, um ihm die Bedenken der Versammlung über die jetzige Regierung bekannt zu geben. Die liberale Presse schwamm über diese Schwenkung im Adel in eitel Wonne, weil, wie ein liberales Blatt erklärte, das ganze Land, soweit es unabhängig sei, sich jetzt der Opposition angeschlossen hätte. Selbst

Digitized by Google

das rechtsstehende „Now. Wr." hob hervor, daß die Stimme des russischen Adels jetzt zur Stimme des ganzen Landes geworden sei. Diese Verstärkung des rechten Flügels des Blockes war freilich nur zustande gekommen, weil seine linken Elemente immer wieder Teile des ursprünglichen Programms fallen lassen mußten. Dieses ewige Anschlußsuchen nach rechts ging schließlich den Progressisten zu weit und sie schieden aus dem Blocke aus, weil sie sich die Forderung nach einer parlamentarischen Regierung nicht in das Verlangen nach einem Kabinett des öffentlichen Vertrauens verwässern lassen wollten. Ganz froh wurde der Block jedoch seiner Erfolge in der Oberschicht nicht. Denn die Linke fing in letzter Zeit an sie energischer an ihre alte Forderungen zu gemahnen und diese Mahnungen wurden von den breiten Massen des Volkes beifällig aufgenommen. Bevor ich auf diese Auseinandersetzungen zwischen der Linken und dem Blocke eingehe, sei noch mit einigen Worten die Rechte und Linke skizziert. Die Rechte zerfällt in zwei Gruppen: Erstens die eigentlichen Reaktionäre unter Markow II und Lewaschew in der Duma und Maklakow und Schtscheglowitow im Reichsrat, die lieber einen faulen Frieden, als Konzessionen im Innern wollen und deshalb in den Geruch der Deutschfreundlichkeit gekommen sind. Zweitens die rechten Nationalisten mit Balaschow in der Duma und Trepow im Reichsrat an der Spitze, die zwar kriegsfanatisch sind, aber die Forderungen des Blockes in innerpolitischen Fragen nicht mitmachen. Die Linke besteht aus der Arbeitsgruppe unter Kerenski (Kleinbauern und Kleinbürgern) und den Sozialisten, die in Kriegsgegner (Maximalisten) und Kriegsförderer (Minimalisten) zerfallen.

Zu Anfang des Krieges, als noch die Wogen des Deutschenhasses hoch gingen, war der Einfluß der Linken nicht groß, zumal seit sie die Unvorsichtigkeit begangen hatte, zu erklären, daß sie eine Niederlage herbeisehnte, weil nur solche Rußland Fortschritte gebracht hätte. Sie wiesen dabei auf die Reformen nach dem Krimkriege und dem japanischen hin. Des Sozialisten Suchanow Broschüre „Warum führen wir Krieg", die in Deutschland viel zu hoch eingeschätzt worden ist, war ein Beleg für die damals in der Linken herrschende Strömung. Seit jener Zeit hat diese Gruppe ihre Taktik geändert. Sie „spekuliert nicht mehr auf die Niederlage", sondern hat sich die Wilsonsche Losung „Krieg ohne Sieg" zu eigen gemacht. Derselbe Suchanow hat diesem Thema einen langen Aufsatz gewidmet, und die annexionswütigen Pläne Miljukows wurden von dem Blatt der Arbeitsgruppe, „Djen", schroff abgelehnt, weil auf diese Weise der Krieg zur Befreiung der kleinen Völker zu einem reinen Annexionskrieg entarten würde. Diese neue Taktik der Linken sagte dem Blocke wenig zu. Er begann heftig über die „vaterlandslose Gesellschaft" herzufallen und scheute nicht davor zurück, die Linke zu beschuldigen, um den Dumablock zu schädigen, mit der Regierung unter einer Decke zu stecken. Die Diskussion wurde immer heftiger, so daß Protopopow an diesem Kampfe der Opposition untereinander seine helle Freude

Digitized by Google

zu haben begann. Als dann der Ministerpräsident Golitzyn die Schlauheit besaß, die Duma ohne Erklärung zu eröffnen und den Landwirtschaftsminister Rittich vorzuschicken, um die Diskussion von der Politik auf das Gebiet der Wirtschaftsfragen abzulenken, gerieten sich die beiden Oppositionsparteien in die Haare. Selbst liberale Blätter mußten zugeben, daß der erste Tag der Duma „blaß" gewesen sei. In ihrem Mittelpunkt stand eine Anklagerede des Sozialistenführers Tschcheidse, der jedoch seine Angriffe nicht gegen die Regierung richtete, sondern gegen den Block. Sie gipfelten in dem Vorwurfe, daß der Block gar nicht ernsthaft gegen die Regierung ankämpfe, weil zu einem wirklichen Kampfe Bewegung gehöre, die freilich zu einer Revolution führen könne. Das aber wolle der Block unter keinen Umständen, weil er nur an seine imperialistischen Tendenzen denke. Deshalb habe auch der Block der hochmütigen Ablehnung des Friedensvorschlages der Mittelmächte seitens der Entente zugestimmt. Er könne sich daher jetzt darüber nicht beklagen, daß es in Rußland „so bleibe, wie es immer gewesen sei".

Der zweite Tag verlief viel interessanter. An ihm kamen der Führer des Blockes und der Linken zum Wort. Der Spiritus rector des Blockes, Miljukow, lehnte strikt den Vorschlag Wilsons, „Krieg ohne Sieg", ab. Dann ging er zu einem scharfen Angriff auf die Regierung und insbesondere auf Rittichs Wirtschaftspolitik über, die für das Land ruinös sei. Er beschwor noch einmal die Regierung, die Kräfte des Landes nicht durch Polizei, die besser an die Front gehöre, zu fesseln, sondern endlich den großen Verbänden im Lande die Freiheit zu geben, den Sieg zu organisieren. Er schloß mit der Warnung an die Regierung, nicht wie bei den Dumawahlen zu glauben, die Bauernschaft auf ihrer Seite zu haben. Der Linken gegenüber betonte er dagegen, daß, da das Volk alles von dem Parlament erwarte es Vertrauen zur Dumamajorität besitze.

Der Führer der Linken Kerinski blieb Miljukow die Antwort nicht schuldig. Er warnte davor, allzusehr auf den Kräfteverfall der Mittelmächte zu spekulieren, weil sich auch Rußland immer mehr erschöpfe und die Stimmung der Volksmassen in immer stärkerer Progression falle. Die russischen Zustände begannen immer mehr denen vor der Französischen Revolution zu ähneln. Zum Schluß warnte er, über den imperialistischen Träumen den richtigen Moment zu versäumen, um den europäischen Konflikt zu liquidieren. Als Grundlage dazu könne aber nicht das Prinzip imperialistischer Eroberungen hingestellt werden, sondern die Freiheit aller Völker. Wenn auch dank dem russischen beschränkten Wahlrecht nicht, wie in England und Deutschland, die Stimme der Demokratie sich Gehör zu verschaffen imstande sei, so stehe es doch fest, daß die russischen Volksmassen nicht für uferlose Annexionsziele zu haben seien.

Dann kam die Sensation des Tages. Die Partei der Semstwo-Oktobristen, zu der auch der Vorsitzende der Duma Rodzianko gehört, erklärte, daß sie als Glied des

Digitized by Google

Blockes zwar den politischen Ausführungen Miljukows zustimme, nicht aber seiner Kritik der Pläne des Landwirtschaftsministers Rittich. Der Regiernng war es damit geglückt, durch einseitige Begünstigung der Agrarier einen Keil in den Dumablock zwischen die Produzenten (Semstwo-Oktobristen) und die Verbraucher (Kadetten) zu treiben. Nach diesem für die Regierung so erfolgreichen Anfang scheint es auf den ersten Blick nicht erklärlich, warum sie bald darauf zur Vertagung gegriffen hat. Wenn auch die russischen Preßstimmen darüber noch nicht eingetroffen und die Telegramme wenig zuverlässig sind, so bietet doch die Bemerkung der „Rjetsch", daß die Ausführungen Kerenskis starken Eindruck gemacht hätten und die Strömung, die die innerpolitischen Fragen unabhängig von der Duma gelöst sehen will, an Anhängern gewinnt, einen Fingerzeig für die letzten Vorgänge. Solange die Opposition von dem Blocke geführt wurde, konnte sich die Regierung die scharfen Kritiken schließlich gefallen lassen. Denn der Block als Träger des Kriegsgedankens konnte nicht von Worten zu Taten übergehen, weil er sich damit zu seiner Losung „Alles für den Krieg" in Widerspruch gesetzt hätte. Anders würde sich aber die Lage für die Regierung gestalten, wenn die Elemente die Führung im innerpolitischen Kampfe an sich zu reißen im Begriffe wären, denen innerpolitische Fragen viel wichtiger sind als der ganze Krieg. Diese könnten sehr gut von Worten zu revolutionären Taten übergehen. Hatten sie damit doch in ihren letzten Reden bereits gedroht, und wie der Draht meldet, ist auch bereits das erste Blut auf den Straßen Petersburgs und Moskaus geflossen. Die ständigen Vorwürfe der Linken, als ob es dem Blocke mit seinem innerpolitischen Programm nicht ernst sei, sind ein sehr geschickter taktischer Kniff, um ihn zu zwingen, immer radikalere Töne anzuschlagen, damit er die Fühlung mit den breiten Volksmassen nicht verliere. Allem Anscheine nach hat die Episode mit dem falschen Miljukow, der die Arbeiter zu Arbeitseinstellungen überredet hatte, den Zweck, den Keil zwischen Block und Linken noch tiefer hineinzutreiben. Daß diese Provokation von seiten der Regierung ausging, ist anzunehmen, weil Protopopow sonst kaum mehrere Tage lang das Miljukowsche Dementi zu veröffentlichen verboten hätte. Andererseits stehen natürlich die Arbeiterunruhen auch mit der Arretierung der Arbeitervertreter in den Kriegsindustrie-Komitees zusammen, was große Erbitterung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen hat.

Noch wäre es zu früh, von dem Beginn der Revolution in Rußland zu sprechen. Das erste Wetterleuchten aber ist am politischen Himmel Rußlands erschienen. Die augenblickliche Situation spitzt sich immer mehr auf die Frage zu: Wer ist der Stärkere, Protopopow oder Kerenski? Der Block, der, abgesehen von der Unterstützung der Entente, nach dem Anschluß des Adels so gut wie ganz Rußland unter seiner Fahne versammelt hatte, würde, sobald es zur Kraftprobe käme, zur Ohnmacht verurteilt sein. Schon vor Jahren hat Professor Miljukow den Ausspruch getan, daß „die nächste Revolution in Rußland sich gegen den guten Rock

Digitized by Google

richten werde". Damit hat er andeuten wollen, daß die Volksmasse zwischen Regierung und oppositioneller Bourgeoisie keinen Unterschied machen werde. In diesem Falle würden sich die Kadetten ohne Zweifel ebenso unter die Flügel der reaktionären Regierung retten, wie 1905 der oppositionelle Grundbesitz unter Stolypins Schild flüchtete, als die Bauern die Gutshöfe anzuzünden begannen. Die Lage der Kadetten ähnelt der der Girondisten. Mehrfach waren sie nahe daran, die Macht an sich reißen zu können, jetzt aber würden sie, falls die Volksbewegung nicht im Keime erstickt werden sollte, von den Linken unter Kerenski und Tschcheidse ebenso überrannt werden, wie seinerzeit die Girondisten durch die Partei des Berges.

*

Nachwort. Diese Zeilen waren am Mittwoch, also vor Eintreffen der Nachrichten von der russischen Revolution, geschrieben. Jetzt ist dem Wetterleuchten das Gewitter gefolgt. Nikolai der Zweite hat das Kriegsabenteuer, das ihm von den Liberalen aufgezwungen war, mit dem Throne büßen müssen.

Soweit aus den spärlichen und sich widersprechenden Nachrichten zu erkennen, ist die Revolution von der Petersburger Arbeiterschaft gemacht worden. Die vor kurzem durch die Blätter gehende sonderbare Nachricht, daß die streikenden Arbeiter in Petersburg dem Militär zugejubelt hätten, klärt sich jetzt dahin auf, daß das Militär mit der Arbeiterschaft fraternisiert hat und zu ihr übergegangen ist. Viel zu diesem Umschwung im Militär dürften der Städte- und der Landschaftsverband beigetragen haben, die seit Ausbruch des Krieges das gesamte Sanitätswesen leiteten. Der heftige Kampf, den Protopopow gegen diese beiden Verbände führte, erklärt sich eben daraus, daß die Regierung fühlte, die Arbeit dieser Organisationen verfolge nicht nur charitative Zwecke, sondern auch politische Ziele.

Wie im Jahre 1905 hat auch dieses Mal die liberale Bourgeoisie die Früchte der Arbeiterbewegung gepflückt. Damals freilich brach bald der Gegensatz zwischen dem liberalen Bürgertum und den Arbeitern auf. Letztere begannen, wie erinnerlich, nach Erlangung der politischen Rechte (Duma) soziale Forderungen zu stellen (höhere Löhne und achtstündiger Arbeitstag), worauf die Bourgeoisie unter Stolypins Schutz flüchtete und um Hilfe gegen die Bundesgenossen von gestern flehte. Wie wird es dieses Mal werden? — Das ist die große Frage. Ist doch zum Gegensatz sozialer Natur noch der von Krieg und Frieden gekommen. Während die Liberalen die Revolution benutzen, um den Krieg besser fortsetzen zu können, sind die Arbeiter nichts weniger wie kriegsbegeistert, sondern verfolgen innerpolitische Ziele. Siegen wird, wer das Heer für sich zu gewinnen versteht. Eins hat aber der bisherige Verlauf der Revolution schon gezeigt, Protopopow ist nicht der starke Mann, für den ihn z. B. die „Vossische Zeitung" auszuposaunen liebte. Für uns ist es natürlich viel wichtiger, daß endlich völlige Klarheit darüber geschaffen ist, daß das ewige Gerede von einem russischen Sonderfrieden nicht nur müßig, sondern schäd-

Digitized by Google

lich war; nur zu geeignet, um unsern festen Siegeswillen bei Feind und Neutralen in Zweifel zu bringen. Der Zwölferausschuß der Duma mit Rodzianko an der Spitze wird fürs erste natürlich für unbeugsame Fortsetzung des Krieges alle Kräfte anspannen. Freilich ist nicht zu übersehen, daß die Kadetten, wie oben ausgeführt, nicht fester im Volke wurzeln, wie seinerzeit die Girondisten. Daher kann es leicht dazu kommen, daß die Arbeiter, die die Revolution auf ihren Schultern getragen haben, auch dieses Mal auf Erfüllung ihrer speziellen Forderungen bestehen werden. Das Revolutionsdrama kann also leicht noch einen neuen blutigen Akt erhalten. Nur eins ist ausgeschlossen: die Rückkehr zu den alten Zuständen. Die Selbstherrschaft ist in diesen Tagen in Rußland zu Grabe getragen.

Trotzdem der Kriegswille (nicht die militärische Stoßkraft) durch den Umsturz unzweifelhaft gestärkt worden ist, so ist die Bewegung im deutschen Interesse den noch zu begrüßen. Die Zustände in Rußland dürften nämlich so zerfahren sein, daß auch der beste Wille der neuen Männer nicht imstande sein wird, das Chaos während des Krieges zu beseitigen. Den schlechten Frieden werden also die Liberalen unterzeichnen müssen, und damit werden sie sich im Auge des Volkes derartig kompromittiert haben, daß es ihnen unmöglich sein dürfte, ihr altes Spiel der Kriegsverhetzung wieder aufzunehmen. Das aber wäre ein großer Gewinn für uns. Denn da der Dumablock ziemlich die ganze Bildungsschicht in Rußland umfaßt, so werden diese Männer stets auf die geistigen Strömungen von großem Einfluß sein, selbst wenn sie politisch nicht am Ruder bleiben sollten.

Offensivgeist

Unsere Kriegslasten stehen erst dann im rechten Licht, wenn wir sie in Vergleich setzen mit unseren Kraftquellen und den Lasten der Feinde. Unsere Geldwirtschaft hat den Stürmen des Kriegs getrotzt, sie wird auch den künftigen Anforderungen standhalten.

Zwar steht dahin, ob Begeisterung und Opferfreude der ersten Kriegszeit, das trutzige Zusammenstehen aus der Stunde der Gefahr hinüberzuretten seien in die Zeit des Friedens. Aber was zweifellos als Gewinn aus schwerer Heimsuchung uns bewahrt bleiben wird, das ist der geläuterte Ernst der Lebensauffassung, die Arbeitsamkeit und Betriebsamkeit, die gespornte deutsche Erfindungsgabe und Organisationskunst, das deutsche Volksvermögen mit seinen reichen Einkommensquellen, von denen freilich manche neu erschlossen und neu gefaßt werden müssen.

Eine ausreichende Kriegsentschädigung wird uns die Neuordnung der wirtschaftlichen Dinge erleichtern. Mit ihr werden wir reicher, ohne sie ärmer, aber nicht wirtschaftsunfähig sein. Die Aussichten für eine solche Entschädigung steigen natürlicherweise in dem Maße, als wir unsere Überlegenheit, unseren Sieg vollständig machen,

Digitized by Google

indem wir zu den militärischen Erfolgen den geldwirtschaftlichen Sieg fügen. Können wir das? Die neue englische Anleihe war als Kraftprobe gedacht; sie schließt, wobei nichts verkleinert werden soll, jedenfalls nicht so ab, daß sich die Hoffnungen jenseits des Kanals auch nur halbwegs erfüllt hätten. Das neue Geld deckt knapp den Bedarf von 5 bis 6 Monaten, die ersehnte Umwandlung der schwebenden kurzfristigen in eine langfristige Anleihe aber ist so gut wie völlig mißlungen. Und das, obwohl der englische Markt eine Schonzeit von mehr als 1½ Jahren genossen hatte! Dabei ist England, dessen Schwierigkeiten sich häufen (U-Bootkrieg, Ernährungssorgen, Beeinträchtigung der Einfuhr und der Ausfuhr), eine Hauptstütze der Entente, oder sollte sie doch sein. Daß die Stütze brüchig wird, ist um so beachtlicher, als das Zusammenraffen langfristiger Kapitalien im eigenen Lande der Bundesgenossen nachgerade auf bedrohliche Schwierigkeiten stößt. Zudem wachsen die Verschuldungen ans Ausland (Amerika übte von Anfang an eine zärtlich wohlwollende Neutralität, während es für uns nur Neutralitäts-„Ersatz" hatte), und die Kriegsaufwendungen geldlicher Art sind ungefähr doppelt so hoch wie die unsrigen.

Demgemäß ergibt sich beim Abmessen der beiderseitigen Widerstandskraft ein mehrfaches Mißverhältnis zuungunsten der Feinde. Also wird der Sieg auf dem Gebiete der Finanzen unser sein, wenn die Einsicht in die eigene Kraft und die Erkenntnis der feindlichen Lage bei uns daheim jenen hochgemuten Offensivgeist wecken, den Hindenburg kündet: „Das deutsche Volk wird seine Feinde nicht nur mit den Waffen, sondern auch mit dem Gelde schlagen." Und einmal muß da drüben die Erkenntnis aufdämmern, daß ein Weiterkämpfen nur die Opfer — und den deutschen Vorsprung steigert.

Die britische „Siegesanleihe" und die Mitwirkung der Lebensversicherungsgesellschaften

Von Franz Kolbe

Zum dritten Male seit Beginn des Krieges rief im Januar 1917 der britische Schatzkanzler die Nation zur Zeichnung einer Kriegsanleihe auf. Der Erfolg der beiden ersten Kriegsanleihen war nur ein mäßiger gewesen — die 3½ prozentige Kriegsanleihe vom November 1914 hatte nur 63 000 000 £, die 4½ prozentige vom Juli 1915 nur 900 000 000 £[1] ergeben. Seitdem hatte man sich — abgesehen von den äußeren Anleihen in Amerika, die 210 000 000 £, und einer japanischen Anleihe, die 10 000 000 £ ergab — mit der Ausgabe von Schatzwechseln und hochverzinslichen Schatzscheinen — zuletzt 6 Proz. — beholfen. Insgesamt waren Anfang dieses Jahres 170 000 000 £ 5 prozentige Schatzscheine, 365 000 000 £ 6 prozentige Schatzscheine 1 100 000 000 £ Schatzwechsel, schließlich 35 000 000 £ Schuldscheine und ähnliche schwebende innere Schuldentitel, insgesamt 2 813 000 000 £ im Umlauf.

[1] Davon war aber nur der kleinere Teil neues Geld, das meiste bestand aus Konvertierungen.

Digitized by Google

Länger aber als bis zum Januar 1917 konnte man mit Auflegung der neuen Anleihe nicht warten. Nach einer Aufstellung des „Manchester Guardian“ waren für das Finanzjahr vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 2 100 000 000 £ aufzubringen. Durch Steuern und ähnliche Einnahmen waren nach dem Voranschlage gedeckt 560 000 000 £, so daß 1 540 000 000 £ im Anleihewege zu beschaffen waren. Am 3. Februar betrug die auf diesem Wege beschaffte Summe 1 354 000 000 £, wovon aber Vorschüsse (wahrscheinlich an die Verbündeten) in Höhe von 380 000 000 £ abzurechnen waren. Die zu beschaffende Summe betrug also 566 000 000 £, wovon in Japan (10 000 000 £) und in den Vereinigten Staaten (50 000 000 £) 60 000 000 £ bereits durch äußere Anleihen gedeckt waren, so daß also ein Betrag von 506 000 000 £ bis zum 31. März zu beschaffen war, wenn England nicht in Zahlungsschwierigkeiten kommen sollte.

Nun ist es natürlich so gut wie undenkbar, daß ein Land von dem Reichtum Englands wirklich zahlungsunfähig werden sollte. Als ultima ratio (letztes Mittel) blieb immer noch die Erhebung einer Zwangsanleihe übrig, an eine solche hat man aber sehr ernstlich gedacht, denn der Schatzsekretär Mr. Bonar Law hat offen damit gedroht für den Fall, daß die freiwillige Anleihe die nötigen Mittel nicht ergeben sollte. Nach dem Mißerfolg der beiden ersten Anleihen war ein solches Ergebnis nicht gerade unwahrscheinlich. Eine Zwanganleihe aber wäre zum mindesten eine moralische Bankerotterklärung gewesen, denn die Notwendigkeit zu einer solchen hätte den Nachweis erbracht, daß die Nation sich weigerte, ihrer Regierung die zur Führung des Krieges notwendigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, welche das Parlament anstandslos bewilligt hatte.

Es ist daher kein Wunder, daß ganz Großbritannien dem Ergebnis der dritten Kriegsanleihe mit fieberhafter Erwartung entgegensah. Mit ungeheuren Mitteln — nach einer Mitteilung des Schatzkanzlers im Parlament sind nicht weniger als 1½ Millionen Mark für die Propaganda ausgegeben worden — und mit einem Riesenaufwande von Reden, Umzügen, Flugblättern, Zeitungsinseraten usw. wurde für die Anleihe Stimmung gemacht. Besonderer Wert wurde von vornherein darauf gelegt, daß nicht nur die reichere, sondern gerade auch die ärmere Bevölkerung sich an der Anleihe beteiligen sollte. Um dieser die Beteiligung zu ermöglichen, bediente man sich in der Hauptsache der Postsparkassen, welche zum Preise von 15 s 6 d (15.50 Mark) einen Anleiheschein über 1 £ = rund 20 Mark verkauften. Die Versicherungsgesellschaften wurden mit ausdrücklicher Zustimmung des Premierministers aufgefordert, bei ihren Versicherten anzufragen, ob sie damit einverstanden wären, daß ihnen im Falle der Auszahlung der Versicherungssumme der Betrag in Kriegsanleihe anstatt in bar ausgehändigt werde. Von ganz besonderem Einfluß auf die Propagierung der Anleihe war die Arbeit des National War Savings Committee, welches allein in England und Wales 22697 War Savings Associations für je einen größeren Be-

Digitized by Google

zirk und 1073 War Savings Local Committees gründete. Von diesen Gesellschaften und Komitees wurde nun besonders bei der Arbeiterbevölkerung eine außerordentlich intensive Propaganda betrieben, deren Erfolg denn auch nicht ausblieb. Das War Saving Committee arrangierte Tausende von öffentlichen Versammlungen und Umzügen, besonders aber auch eine Preßpropaganda durch Inserate, wie sie die Welt bisher noch nicht gesehen hatte.

Am 19. Februar konnte Mr. Bonar Law im Unterhause mitteilen, daß das Anleiheergebnis mindestens 700 000 000 £ betrage, daß davon genügend neues Geld da sei und daß eine Zwangsanleihe nicht notwendig werden würde. Endlich, am 26. Februar, konnte der Schatzkanzler dem Unterhaus die Mitteilung machen, daß das Gesamtergebnis ein bedeutend höheres sei, als er es geschätzt habe und sich auf 1 000 312 950 £ stelle. Hiervon seien

bei Banken gezeichnet	819 586 000	£
Schatzscheine konvertiert	130 711 950	„
Zeichnungen durch die Postämter . .	30 715 000	„
Kriegssparscheine-Verkauf	19 300 000	„

Unter dem jubelnden Beifall der Abgeordneten rühmte sich der Schatzkanzler, weil er dieses Ergebnis bei einem Zinsfuß von nur 5 Proz. erzielt habe, obwohl ihm von Sachverständigen geraten worden sei, den Zinsfuß unter keinen Umständen unter 6 Proz. zu halten. Ein weiterer Erfolg sei darin zu erblicken, daß fast alles Geld von den Zeichnern selbst aufgebracht sei, während bei der Anleihe von 1915 die Banken rund ein Drittel selber zugesteuert hatten.

Welches ist nun das Gesamtergebnis der Anleihe? Was zunächst die Zeichnungen selbst betrifft, so gingen bei den Banken 1 089 000 ein, bei den Postämter 1 Million, von den Kriegssparscheinen im Betrage von 12 £ und darüber wurden 400 000, von den Sparscheinen zu 15 s 6 d 2 800 000 (diese Zahl geschätzt) gezeichnet, schließlich an kleineren Beträgen 2 711 000. Die Gesamtzahl der Anleihezeichner betrug also rund 8 Millionen. Von den rund 11 Millionen Schatzwechseln wurden 130 711 950 £ konvertiert, ebenso 233 000 000 £ Schatzscheine, über den Betrag der konvertierten früheren Anleihen — sämtliche Kriegsanleihen hatten das Recht, bei Ausgabe höher verzinslicher Anleihen eine Konvertierung auf diesen Zinsfuß zu verlangen — nahm er an, daß wohl alle konvertiert seien, obwohl die Bank von England ihm noch keine bestimmten Zahlen darüber habe geben können. Jedenfalls sei das Ergebnis der Anleihe dahin zu schätzen, daß die schwebende Schuld jetzt nicht mehr als 994 000 000 £ betrage. Da die Schatzscheine dreijährige Laufzeit haben, seien sie eigentlich nicht schwebende Schuld, und deren Betrag nur noch 718 000 000 £.

994 Millionen schwebende Schuld, also etwa 20 Milliarden Mark als Endergebnis einer mit noch nie dagewesenen Mitteln der Propaganda unternommenen Anleihewerbung! Und mit diesem Ergebnis erklärte sich der Schatzkanzler nicht nur befrie-

Digitized by Google

digt, sondern entzückt davon und behauptete, es sei ein Beweis davon, daß England auch auf finanziellem Gebiete Deutschland nunmehr wieder geschlagen habe. Denn das Ergebnis der beiden letzten deutschen Anleihen habe jedesmal nur etwas über 10 Milliarden betragen, während England mit einem Male über 20 Milliarden aufgebracht habe, auch hätten sich im ganzen 8 Millionen Zeichner an der Anleihe beteiligt, während die Zahl der Zeichner bei der letzten deutschen Anleihe von 5 280 000 auf 3 810 000 zurückgegangen sei. Dabei sei die englische Bevölkerung nur ungefähr halb so groß wie die deutsche.

Auch diese Mitteilung wurde natürlich laut bejubelt, obwohl sie ebenso unzuverlässig ist, wie viele andere Mitteilungen des Herrn Schatzkanzlers. Während Bonar Law die Zeichnungen durch das Postamt mit etwa 30 000 000 £ angab, erklärte bereits am 3. Februar der Generalpostmeister, es seien 59 000 000 Zeichnungen über 125 000 000 £ bei der Post erfolgt. Vor allem geht aus ihnen noch immer nicht klar hervor, welches in Wirklichkeit das Ergebnis der Anleihe ist. Was nun den Vergleich mit der deutschen Anleihe anbetrifft, so macht Herr Bonar Law sich die Sache leicht, indem er die letzte englische mit der letzten deutschen Anleihe vergleicht. Er übersieht dabei aber gänzlich, daß seit Juni 1915 England keine feste Anleihe mehr begeben hatte, Deutschland aber drei mit über 33 Milliarden Mark neuem Geld. Berücksichtigt man, daß von den 20 Milliarden Mark der dritten englischen Kriegsanleihe wohl mindestens eine Milliarde in Konvertierungen besteht, so ist das Ergebnis der deutschen Anleihen innerhalb desselben Zeitraumes um mehr als 50 Proz. höher. Und was die Zahl der Zeichnungen anbetrifft, so würde die Zahl der deutschen Zeichnungen bedeutend höher sein, wenn wir ebenfalls kleine Beträge von 15.50 Mark und darunter in Sparscheinen ausgegeben hätten.

Was diese Sparscheine anbetrifft, so antwortete der Schatzkanzler auf eine im Parlament an ihn gestellte Anfrage, daß sie allerdings während der fünf Jahre Laufzeit keine Zinsen erhielten, aber nach einem Jahre seien sie zu 15 s 9 d und von da an jeden Monat um 1 d mehr verkäuflich. Der Besitzer eines derartigen Schatzscheines könne ihn also jederzeit zu Geld machen. Auch die anderen Anleihescheine dürfen zu Zahlungen benutzt werden. In vielen Verkaufsanzeigen in den Zeitungen befindet sich die Bemerkung, daß Kriegsanleihe an Stelle von Bargeld in Zahlung genommen werde.

Wenn auch, wie wir eben auseinandergesetzt haben, der Gesamterfolg der englischen „Siegesanleihe“, nach deutschem Maßstab gemessen, nichts weniger als den Namen eines „Riesenerfolges“ verdient, so wollen wir doch gerne zugeben, daß das englische Volk sich zu einer ganz außerordentlichen Kraftanstrengung aufgerafft hat. Insbesondere muß dies anerkannt werden, wenn man den Erfolg der dritten Anleihe = 1000 Millionen £ mit dem Erfolg der zweiten = 900 Millionen £, oder gar mit dem Erfolg der ersten Anleihe = 63 Millionen £ vergleicht.

Die Größe des Erfolges ist drei verschiedenen Umständen zuzuschreiben: 1. der

Digitized by Google

gründlichen Bearbeitung des ganzen Landes durch die War Savings Committees, 2. — und zwar betrifft dies hauptsächlich die Zahl der kleinen Zeichner — durch die War Savings Certificates (Kriegssparscheine) es sind nicht weniger als 5 600 000 zu 15 s 6 d und 400 000 zu 12 £ verkauft worden, — schließlich ein Umstand, den der Herr Schatzkanzler in seiner Rede überhaupt nicht erwähnt hat — das ist die Beteiligung und Arbeit der Lebensversicherungsgesellschaften.

Einzelne Gesellschaften haben Summen bis zur Höhe von 110 Millionen Mark, davon 80 Millionen Mark neues Kapital gezeichnet. Daß sie dies nicht mit Hilfe ihrer eigenen Mittel erzielen konnten — obwohl ja gerade bei den Lebensversicherungen die Zahl der hohen Versicherungen und die Versicherungssummen der hohen Versicherungen bedeutend höher zu sein pflegen als in Deutschland, liegt auf der Hand. Wir haben schon oben darauf hingewiesen, daß mit Genehmigung des Premierministers die Versicherungsgesellschaften aufgefordert worden sind, ihre Versicherten darüber zu befragen, ob sie bei Auszahlung der Policen mit der Zahlung der Kriegsanleihe anstatt in Bargeld einverstanden seien. Aber auch das allein hätte noch nicht genügt. Einen ganz bedeutenden Erfolg scheint dagegen eine speziell für die Zwecke der Erhöhung der Zeichnungsergebnisse eingeführte neue Versicherungsart, eine Verbindung von Lebensversicherung mit Anleihezeichnung gehabt zu haben.

Wenn man während des Offenstehens der Anleihezeichnung die großen englischen Zeitungen durchsah, so fand man darin eine große Anzahl von Anzeigen von Lebensversicherungsgesellschaften, welche zum Ankauf einer War Loan Policy aufforderten. Es wurden drei Arten der Versicherung empfohlen: eine Versicherung, die nur auf 1, 2 oder 3 Jahre laufen und keinen andern Zweck haben sollte, als der versicherten Person ihrer Bank gegenüber die Rückzahlung des von dieser Bank entliehenen Betrages für den Fall zu verbürgen, daß der Versicherte während dieser Zeit sterben würde. Diese Versicherung war als reine Risikoversicherung gedacht — eine Rückzahlung der eingezahlten Prämie, falls der Versicherte nach Ablauf der Versicherungsdauer noch am Leben sein würde, war nicht in Aussicht genommen. Die zweite Form entsprach unserer deutschen Lebensversicherung auf den Todesfall mit Auszahlung des Versicherungsbetrages im Todesfall oder bei Erreichung eines bestimmten Alters. Auch diese Versicherung verlangte, wie unsere deutsche Lebensversicherung, eine ärztliche Untersuchung der zu versichernden Person. Die Anleihe wird in diesem Falle von der Versicherungsgesellschaft selbst gezeichnet, welche im Todesfall bezw. nach 5, 10 oder 15 Jahren (je nach der Versicherungsdauer) den Versicherten das Anleihepapier aushändigt. Der dritte Modus entspricht der deutschen Versicherung auf den Erlebensfall, auch vielfach Aussteuerversicherung genannt. Die Prämien sind 5, 10 oder 15 Jahre zu zahlen, eine ärztliche Untersuchung findet nicht statt. Bei Ablauf der Versicherung erhält der Versicherte sein Anleihepapier, stirbt er vorher, so werden seinen Erben entweder die eingezahlten Prämien zurückgezahlt, oder sie können durch

Digitized by Google

Weiterzahlung bis zum Fälligkeitsjahre der Police ihren Anspruch auf Aushändigung des Anleihepapieres aufrecht erhalten.

Eine besondere Abart der zweiten Versicherungsart wird von der großen englischen Versicherungsagentur Maurice Dering & Co. in London, die für mehrere der größten englischen Versicherungsgesellschaften arbeitet, empfohlen: durch Zahlung einer Zusatzprämie erhält der Versicherte das Recht, vom Ablauf des ersten Jahres an jährlich auf seine Einzahlung 5 % Zinsen ausgezahlt zu erhalten. Es ist also in Wirklichkeit weiter nichts als eine alljährliche Verminderung der Einzahlung, macht aber auf den Versicherten den Eindruck, als ob er sein Geld auf Zinsen ausgeliehen hätte und ist insofern außerordentlich bestechend.

Alle diese englischen Versicherungsmethoden mit Ausnahme der letzten, haben einen Fehler: die Prämie bleibt während der ganzen Versicherungsdauer die gleiche. Nun werden gerade aus den mittleren und unteren Volksklassen viele während der Kriegszeit große Ersparnisse gemacht und Einkünfte in Gestalt von Gehältern und Arbeitslohn bezogen haben, die sich nach Friedensschluß bedeutend ermäßigen. Werden diese Leute in der Lage sein, ihre Versicherung bis zum Fälligkeitstermin fortzusetzen?

Empfehlenswerter ist in diesem Falle eine von der Niederösterreichischen Landes-, Lebens-, und Renten-Versicherungsanstalt im vorigen November eingeführte Versicherungsart. In einem höchst lesenswerten Aufsatze in Nr. 65 der „Frankfurter Zeitung“ vom 7. März berichtet Stadtrat Bleicher, Frankfurt, darüber, daß „sich bei derselben Männer und Frauen bis zum 55. Lebensjahr mit Beträgen von 1000, 2000, 3000 und 4000 Kronen an den Kriegsanleihezeichnungen beteiligten können, unter der Bedingung, daß eine Abzahlung in 12 Jahren in vierteljährlichen Raten erfolgt. Für eine Kriegsanleihe von 1000 Kronen nebst Versicherung ist eine Anzahlung von 201 Kronen und weiter 47 Vierteljahresraten zu je 11 Kronen zu leisten. Nach 12 Jahren (1928) oder bei eventuell früher eintretendem Tode wird die Kriegsanleihe ausgefolgt. Ärztliche Untersuchung und Wartezeit kommen nicht in Betracht; die Police ist unter gewissen Voraussetzungen unanfechtbar. Bei Unterlassung der Ratenzahlungen ist ein entsprechendes Abrechnungsverfahren vorgesehen.“ (Näheres darüber siehe österreichische Versicherungszeitung Nr. 50 vom 9. 12. 1916.)

Auch bei uns ist jetzt eine neue, die 6. Kriegsanleihezeichnung ausgeschrieben. Es ist von der äußersten Wichtigkeit, daß diese einen vollen Erfolg zeitigt und daß ihr Ergebnis hinter den früheren nicht zurückbleibt, sondern sie möglichst übertrifft. Erzielen wir auch hier einen vollen Erfolg, einen neuen finanziellen Sieg, so muß England einsehen, daß auch im Kampfe mit den silbernen Kugeln der Sieg auf unserer Seite ist. Deshalb sollte alles aufgeboten werden, um auch den letzten Zeichner, der dazu imstande ist, zur Zeichnung des höchstmöglichen Betrages heranzuziehen. Das hier geschilderte österreichische Versicherungsverfahren empfiehlt sich hier ganz besonders. In Nr. 9 des „Archiv für Versicherungswirtschaft“ vom 3. März 1917 hat der Schrei-

Digitized by Google

ber dieser Zeilen unter dem Titel „Kriegsanleihe-Lebensversicherung, ein Mittel zur Erhöhung der nächsten Kriegsanleihezeichnung" die englischen Versicherungsmethoden und ihre Tarife ausführlich besprochen, sich aber für das österreichisch-ungarische Verfahren als das bei uns empfehlenswerte entschieden, weil es Gelegenheit bietet, die großen Ersparnisse der Kriegszeit als Anzahlung zu verwerten und die späteren Zahlungen verhältnismäßig recht gering sind. Welcher Segen z. B. für einen jetzt dem Sparzwang unterliegenden Jugendlichen, wenn er mit vielleicht 400 Mark Ersparnissen Mark 2000.— Anleihe zeichnen könnte und dafür später alle Vierteljahre nur noch Mark 22.— noch nicht einmal Mark 2.— wöchentlich — nachzuzahlen hätte. Im Alter von 28—30 Jahren würde er dann über ein Kapital von Mark 2000.— verfügen. Aber auch für erwachsene Arbeiter, Landwirte und dergleichen, die jetzt große Ersparnisse gemacht haben, ist diese Versicherungsform dringend zu empfehlen, noch mehr vielleicht, wenn sie mit dem Maurice Dering-System kombiniert würde, das dem Zeichner den regelmäßigen Zinsgenuß seiner eingelegten Gelder sichert.

Herr Stadtrat Bleichert empfiehlt neben dieser österreichischen Versicherungsform eine Art Volksversicherung mit einmaligen Prämien, für eine einfache oder gemischte Todesfall-Versicherung. Mit steigendem Eintrittsalter wird die Summe, die durch eine einmalige Einlage für den Fall des Todes in Aussicht gestellt werden kann, geringer. Ein 25jähriger hätte also für Mark 100.— Versicherungssumme Mark 40.— anzulegen, ein 50jähriger dagegen Mark 60.— und ein 60jähriger Mark 75.—.

Auch diese Versicherungsform kann nur entschieden empfohlen werden und würde die englischen War Savings Certificates ersetzen. Jedenfalls ist es dringend wünschenswert, daß die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften ebenfalls eine Form der Kriegsanleiheversicherung einführen und sich so in den Dienst der Anleiheverbung stellen. Nach dem österreichischen Verfahren kann ein Versicherer rund das Fünffache des ihm zur Einzahlung zur Verfügung stehenden Betrages versichern. Auf diese Art könnten wir den Gesamtbetrag der englischen Anleihezeichnung nicht nur erreichen, sondern möglicherweise sogar übersteigen.

Nachtrag. Erfreulicherweise ist der Appell an die Lebensversicherungsgesellschaften nicht erfolglos gewesen: bereits unter dem 15. März hat die Arminia, Deutsche Lebensversicherungsbank A.-G. München die Versicherung von Kriegsanleihen nach einem dem österreichischen Verfahren nachgebildeten System aufgenommen. Mögen ihr andere Lebensversicherungsgesellschaften folgen! Die deutschen Lebensversicherungsgesellschaften haben sich zwar auch an den früheren Anleihen mit namhaften Beträgen beteiligt, aber an Summen wie die 80 Millionen Mark (4000000 £) der Eagle and British Dominions Insurance Companies, der 64 Millionen der Sun Fire and Life Offices, der 60 Millionen Mark der Refuge Assurance Company (Manchester) und die 110 Millionen Mark der Scottish Widows' Fund and Life As-

Digitized by Google

surance Society usw. reichten ihre Zeichnungen auch nicht entfernt heran. Jetzt haben sie es in der Hand, ihre Zeichnungsbeiträge ganz gewaltig zu steigern. Möge das Beispiel der Arminia viele Nachfolger finden!

Streiflichter zur Weltlage V

(14. März 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Der große Pazifist und Humanitätstheoretiker Woodrow Wilson ist seinem Ziel, die gesamte Welt in den Feuerbrand des europäischen Krieges hineinzuziehen, erheblich näher gekommen. Zwar ist es ihm nicht geglückt, wie er schon im Frühjahr 1916 versicherte, die neutralen Staaten Europas zu bewegen, sich seiner Leitung zu unterstellen. Spanien hat schon damals abgelehnt, sich als Dependenz der Vereinigten Staaten von Wilson in den Krieg drängen zu lassen, den er schon damals geplant hat. Und ebenso haben die südamerikanischen Republiken daran festgehalten, daß sie eine eigene Politik verfolgen dürfen, die nicht unbedingt mit den angelsächsischen Interessen identisch zu sein braucht. Die zweieinhalb Jahre dieses Krieges haben die Enthusiasten panamerikanischer Ideale sehr merklich ernüchtert. Nicht nur der Blick in die Vergangenheit ist schärfer geworden, auch der Ausblick in die Zukunft zeigt eine neue Färbung, die jedenfalls nicht die der Jingos und Yankees ist. Die Blicke wenden sich dem spanisch-lateinischen Mutterlande zu, ganz wie dieses den geistigen Zusammenhang mit Süd- und Mittelamerika wieder lebhafter empfindet. Auf diesem Boden war demnach für Wilson keine politische Ernte einzuheimsen. Da haben sich seine Blicke China zugewandt, dem klassischen Lande pazifistischer Ideale, und wirklich scheint es ihm gelungen, dank der Mithilfe der Entente, zu der im Gebiet des Großen Ozeans ja auch Japan gehört, China seiner Gefolgschaft anzureihen. Wir sagen „scheint", denn entschieden ist es noch keineswegs, daß der Präsident der chinesischen Republik zu gewinnen ist. Er wehrt sich, so weit seine Kräfte reichen, und vielleicht — denn Bestimmtes läßt sich nicht erkennen — reichen sie zur Aufrechterhaltung einer lavierenden Neutralität. Von einer Neutralität der Vereinigten Staaten kann ja im Grunde schon lange keine Rede sein. Sie hörte in dem Augenblick auf, da die Protestpolitik Wilsons darauf verzichtete, sich England gegenüber durchzusetzen und eine nur gegen Deutschland gerichtete Wendung annahm. Sie wurde zu einer Unwahrheit, seit den Amerikanern freigegeben ward, die Ententemächte einseitig mit Kriegsbedarf jeder Art zu versorgen, und seit Amerika darauf ausging, dem System der Schwarzen Listen Englands sich zu fügen, das jeden wirtschaftlichen Verkehr mit den Mittelmächten unmöglich machte, sie wurde zu einer Politik offener Feindseligkeit, seit Amerika, wie uns Lord Northcliffe mitgeteilt hat, 50000 Mann nach Frankreich ziehen ließ, um uns zu bekämpfen. Die Kundgebung, durch die Wilson am

Digitized by Google

26. Februar vom Kongreß die Ermächtigung erbat, die amerikanischen Kauffahrteischiffe zu bewaffnen, ist ihm inzwischen, nachdem die 13 Mann der Opposition ihren Rückzug angetreten haben, wie zu erwarten war, erteilt worden, und jetzt rüstet Amerika, bereit, den Krieg zu erklären, sobald eines dieser harmlosen bewaffneten Handelsschiffe versenkt sein wird. Der Reichskanzler hat am 27. alle die Fallstricke der Politik des Präsidenten bloßgelegt und zugleich in nicht mißverständlicher Weise das Programm formuliert, das wir in diesem Kriege verfolgen und durchzusetzen fest entschlossen sind: Entschädigung für alle erlittene Unbill und Sicherung für Dasein und Zukunft eines starken Deutschland. Nun ist uns soeben eine Schrift des Professor der Columbia-Universität Monroe Smith zugegangen, die Ende vorigen Jahres im „Political Science Quarterly" unter dem Titel „Amerikanische Diplomatie im europäischen Kriege" veröffentlicht worden ist. Der Verfasser ist kein Bewunderer der Diplomatie des Präsidenten und seines Staatssekretärs und geht von der richtigen Anschauung aus, daß, wenn Wilson bei Beginn des Krieges den Kongreß zusammengerufen und sich die Genehmigung erwirkt hätte, die amerikanische Flotte zu mobilisieren und einen ökonomischen Druck auf diejenigen auszuüben, welche die Rechte der amerikanischen Bürger und die Freiheit der Meere verletzen, zugleich aber Verhandlungen mit den neutralen Mächten angeknüpft hätte, um die Aufrechterhaltung neutraler Rechte auf den Meeren zu behaupten, der Verlauf des Krieges ein anderer gewesen wäre. Statt dessen hätte Wilson nur mit Noten agiert und dadurch nicht nur eine Mitwirkung der Neutralen verspielt, sondern auch die Gelegenheit versäumt, der Welt einen wichtigen Dienst zu erweisen und den moralischen Einfluß der Vereinigten Staaten zu steigern. Über diese einleitende Beobachtung aber geht unsere Zustimmung zu den Ausführungen von Monroe Smith nicht hinaus. Er spricht den Engländern das Recht zu, Minenfelder anzulegen, bestreitet es aber uns; die Hungerblockade, die England über Deutschland verhängt hat, findet er völkerrechtlich erlaubt, für den neuen Typus der Blockade, den die Order in Council vom 11. März 1915 aufbrachte, hat er zwar Tadel, aber schließlich doch Bewunderung, und zur Rechtfertigung der Duldung der weiteren Rechtsbrüche Englands hat er den Satz vorzubringen, daß Amerika als ein demokratisches Staatswesen der Unterstützung der öffentlichen Meinung des Landes sicher sein müsse, Repressalien wegen der Anhaltung und Prüfung der Postsendung und wegen der Schwarzen Listen würden jedoch keine Billigung gefunden haben „not have received general support among the American people", weil, wie er eingehend ausführt, materielle Verluste und ausfallende Gewinne die Folge gewesen wären. Wenn er diesen Abschnitt mit der Erklärung schließt: „Die Haltung unserer Diplomatie, soweit Großbritannien und seine Alliierten in Frage kommen, ist vollkommen zu verteidigen", „is fairly defensible", so hört für uns jede Diskussion um so mehr auf, als aus dem steten Entschuldigen auf der einen Seite ein stetes Anklagen wird, wo die andere, die deutsche Seite, behan-

Digitized by Google

delt wird. Das Argument, mit dem er alle Gründe, die für uns sprechen, zu widerlegen meint, ist, daß England nur neutralen Handel, Deutschland aber neutrales Leben zerstöre, wobei er einen besonderen Abschnitt der Frage der amerikanischen Munitionslieferungen widmet und sie dadurch rechtfertigen will, daß wir weniger der Zusendung von Waffen und Munition bedürftig gewesen seien, als England, Frankreich, Rußland und Italien (the [Central Powers] stood in no such need of arms and munitions as did the Entente Allies). Es ist dieselbe Logik, die ihn zum Schluß führt, daß die englische Hungerblockade nicht ernst zu nehmen sei, da in Deutschland noch niemand verhungert wäre!

Die Schrift von Smith ist geschrieben, bevor wir den unbeschränkten U-Bootkrieg wieder aufgenommen hatten, aber offenbar in Erwartung desselben und, wie nicht unwahrscheinlich ist, im offenen oder geheimen Einverständnis mit den auf eine schließliche Kriegserklärung hinarbeitenden Plänen Woodrow Wilsons, der sich um seine Landsleute noch das weitere Verdienst erworben hat, ihnen das ungeheure Geschäft zu vermitteln, das mit jenen 1340 Millionen Dollar verbunden ist, die den Entente-Alliierten als Anleihe gewährt wurden. Der letzte Trumpf, den der Präsident ausspielte, war die auf noch nicht erklärte Weise in seine Hände gelangte, an den deutschen Gesandten in Mexiko gerichtete Depesche, die diesen beauftragte für den Fall eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko dem letzteren Vorschläge zum Anschluß eines Bündnisses zu machen. Die Entrüstung darüber ist um so lächerlicher, als diese Vorschläge erst jetzt, und zwar durch Amerika, zur Kenntnis Mexikos gelangt sind, und nur in Kraft treten sollten, wenn die Vereinigten Staaten durch einen offenkundigen Bruch uns die Pflicht auferlegten, nach Bundesgenossen in Amerika auszuschauen. Es ist uns in diesem Zusammenhang von Interesse gewesen, daß der „Economist" nach Aufzählung der südamerikanischen Staaten, die gegen den U-Bootkrieg protestiert haben (Brasilien und Chile, nachdrücklich, mit weniger Energie Uruguay, Bolivien und Argentinien), seinen Lesern vorführt, wo in Amerika die Sympathien für Deutschland sprächen. In Südbrasilien und Chile seien große Teile der Bevölkerung deutscher Abstammung (das gilt bekanntlich in noch weit höherem Grade von den Vereinigten Staaten). In Mittel- und Südamerika seien die Vereinigten Staaten nirgends populär, in Kolumbien und Ecuador sei ganz das Gegenteil der Fall. Die Armee in Paraguay trage deutsche Uniform und werde von deutschen Offizieren geschult. In Panama und Nicaragua überwiegen deutsche Sympathien, u[illegible] die Absicht des Washington-Kabinetts, in den Galopagos-Inseln eine Marinestation zu errichten, um den Panamakanal stärker zu schützen, habe die Antiyankeestimmung noch weiter gesteigert. Auch sei es offenbar ein Fehler gewesen, daß in Kolumbien und Venezuela alteingesessene Firmen von England auf die Schwarze Liste gesetzt worden seien. Am gefährlichsten aber erscheint dem „Economist" Mexiko und darin darf man wohl hoffen, daß er recht behalten wird. Unter der Überschrift „Der Exodus der

Digitized by Google

Deutschen" bringt das „Journal des Débats" vom 10. März die folgende, nicht zu kontrollierende Nachricht: „Man schätzt die Zahl der Deutschen, welche die Vereinigten Staaten verlassen und die mexikanische Grenze überschritten haben, auf 50000 Mann. Dieser Exodus macht der Regierung Sorge, da sie Beweise hat, daß Aufstandspläne von den Deutschen in den drei an Mexiko grenzenden Staaten beraten wurden, die von der famosen Zimmermannschen Note den Mexikanern versprochen wurden. Dagegen protestiert Kolumbien gegen jede unloyale Absicht, und die kolumbische Regierung hat soeben eine Militärmission beauftragt, die Küsten nach Niederlagen deutscher U-Boote zu durchsuchen." Falls die erste dieser Nachrichten richtig sein sollte, kann es sich wohl nur um deutsche Staatsangehörige handeln, die einer Internierung entgehen wollen. Die Aufstandspläne gehören ohne jeden Zweifel der Phantasie des „Journal des Débats".

Als wir vor vierzehn Tagen die Lage in den großen Dominien Englands besprachen, bot sich noch nicht die Möglichkeit, eingehender von Australien zu reden. Inzwischen ist hier die „Los Angelos-Zeitung" vom 7. Januar eingetroffen, die Berichte wiedergibt, die sie von australischen Auswanderern und von einem deutschen Kriegsschiff (wahrscheinlich der „Möwe" II) empfangen hat, das den Pazifischen Ozean unsicher mache. Ein sehr eingehender Artikel des Blattes berichtet über „die Krisis in den Antipoden und die furchtbare Lage, die sich aus der Berührung mit den Eingeborenen Ägyptens ergeben hat". Beides steht in innerem Zusammenhang. „Australien ist in voller Anarchie. Unter Ausnutzung der durch den Krieg hervorgerufenen Krisis haben die Arbeiterverbände (Labor Unions) und die I. W. W. (Internationalen Weltarbeiter) eine Schreckensherrschaft aufgebracht, und durch die Drohung, die Städte niederzubrennen, die Regierung gezwungen, die gefangenen Mitglieder der I. W. W. (International Workers of the World) wieder in Freiheit zu setzen. Die Arbeiter revoltieren gegen Absendung des australischen Truppenkontingents nach Frankreich, wo zurzeit 50000 Australier stehen. Das traurigste, was diese Auswanderer erzählen, ist die Ausbreitung der Syphilis durch Soldaten, die in Ägypten und an anderer Stelle angesteckt wurden. Alle stimmen darin überein, daß der Haß gegen die Amerikaner in Australien sehr heftig ist. Amerikanische Preisfechter werden verhöhnt, wenn sie siegen. Ein Australier, der aufgefordert wurde, an der Bibelstunde eines amerikanischen Geistlichen teilzunehmen, ließ ihm antworten, er wolle lieber in die Hölle gehen, als die Seligkeit kennen lernen, die aus der Hand eines Amerikaners stamme." Mit diesen Worten beginnt jener „Les Angelos-Zeitung"-Artikel. Aus dem weiteren Inhalt ergibt sich, daß die Unruhen begannen, als der Premierminister Hughes aus England mit der Nachricht heimkehrte, daß für 75000 gefallene Australier Ersatz geschafft werden müsse, da Australien und Neuseeland verpflichtet seien, 120000 Mann dauernd an der Schlachtfront zu haben. Hughes schrieb Wahlen aus, um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durchzusetzen, die Wahlkampagne dauerte sechs Wochen und

Digitized by Google

wurde mit großer Erbitterung geführt. Sie brachte u. a. zutage, welche furchtbare Gefahr die geschlechtskranken Soldaten für Australien bedeuteten. In Sydney stellte ein Komitee 3000 Erkrankungen in sechs Monaten fest, in Melbourne, daß 25 Prozent der Kinder mit erblicher Syphilis belastet seien usw. Der Eindruck dieser Tatsachen war erschütternd. Den Ausschlag bei den Wahlen gab aber die Erwägung, daß die allgemeine Wehrpflicht das „weiße Australien" gefährden würde. Der ungeheure Verlust an Männern würde den Import von Hindus und Japanern zur Folge haben. Da die englische Regierung sich verpflichtet habe, entlassene Soldaten nach dem Kriege mit Land auszustatten, frage man, was sie mit den Indern tun werde? Sie in Kanada oder Australien anzusiedeln, werde eine Revolution zur Folge haben. Das waren die Schlagworte der Agitation. Als deshalb einer der Führer der I. W. W., Barker, festgenommen wurde, drohten die Arbeiter, Sydney in Brand zu stecken, wenn er nicht freigelassen werde, und in der Tat brachen nun Nacht für Nacht Feuersbrünste in der Stadt aus. Als der Schaden die Höhe von drei Millionen Dollar erreicht hatte, ward Barker freigegeben, bald danach aber zehn bis zwölf I. W. W. festgenommen unter der Anschuldigung, Hochverrat begangen zu haben, auch sie mußten freigegeben werden. Als nunmehr die Abstimmung über die allgemeine Wehrpflicht erfolgte, blieb die Regierung mit 60000 Stimmen in der Minorität. Nun verlangte man von Hughes, daß die von ihm bereits ausgehobenen 30000 Mann demobilisiert würden, und als er sich dessen weigerte, legten alle Arbeiter der Kohlenminen in Nordaustralien die Arbeit nieder und stellten die Forderung, daß ihre Arbeitszeit auf 6½ Stunden herabgesetzt werden. Sie haben alle ihre Forderungen durchgesetzt und Australien steht jetzt tatsächlich unter der Diktatur der I. W. W.

An diese Dinge knüpft die „Los Angelos-Zeitung" noch folgende Mitteilung einiger „Britisher", die erst vor kurzem England verlassen hatten. Sie sagten, daß auf dem Übungsplatz von Salisbury Plain 2—3 Millionen Mann ausgebildet würden, die noch niemals an der Front gewesen seien. Man nehme an, daß sie bestimmt seien, die Reserven zu bilden, um, wenn Frankreich völlig erschöpft sei, allein den Krieg zu gewinnen, und dadurch in die Lage zu kommen, den Frieden ohne Rücksicht auf Frankreich so zu diktieren, wie das englische Interesse es verlange. Daß dies vom englischen Standpunkt aus eine wahrhaft ideale Lösung wäre, ist nicht zu bezweifeln. Ausgeführt wird sie wohl nur so weit werden, als die völlige Erschöpfung Frankreichs, jenes „seigner à blanc", von dem es nicht mehr allzuweit entfernt ist, in der Tat erreicht wird, dann aber könnten die Engländer selbst an die Reihe kommen und ihr ruchloses Spiel den verdienten Lohn finden.

Daß übrigens England über die Verhältnisse in Australien wohl orientiert ist, zeigt eine Betrachtung des „New Statesman", die bereits damit rechnet, daß, falls Hughes zur Reichskonferenz nach London kommen sollte, keine vernünftige Hoffnung bestehe, daß Verpflichtungen, die er im Namen Australiens eingehe, von den gesetzgebenden

Digitized by Google

Körperschaften Australiens eingelöst würden. Sein Prestige sei völlig vernichtet, er habe nicht einmal einen Sitz im Parlament, den er zu behalten Hoffnung hätte.

Kurz, diese australische Frage wird zu einem Gegenstück des irischen Problems, von dem wir das letztemal gesprochen haben. Die Debatten im Unterhause lassen kaum Zweifel, daß die Lage sich stetig verschärft und die Zahl der Sinn Feiner in einer für England gefährlichen Weise wächst. Daß Redmond mit seinen Anhängern mit dem Unterhause ernstlich gebrochen hat, glauben wir nicht. Er geht auf ein Kompromiß aus und wird mit sich handeln lassen, daß er aber dann das Vertrauen seiner Landsleute zurückerobern kann, darf wohl als ausgeschlossen gelten. Der „Gaelic American", von dem uns Nummern bis gegen Ende Januar zugegangen sind, zeigt deutlich, wie tief das Mißtrauen sitzt, das seine Volksgenossen gegen ihn hegen. Wir können die hartnäckige Verblendung, mit der England sich den an der Wurzel seiner Weltstellung nagenden Problemen verschließt, nicht gerade bewundern. Das ist in der Tat Bulldogg-Temperament, nur haben sie sich festgebissen im Fleisch ihrer Alliierten der Russen und der Franzosen, und es beginnt zweifelhaft zu werden, wie lange diese noch den Charakter der ihnen erwiesenen Freundschaftsdienste als Liebkosungen empfinden werden. „Fair Play", eines der gehässigsten und unwahrsten englischen Blätter, hat sich kürzlich zu der Behauptung verstiegen, die Westfront werde „Deutschlands Kirchhof" werden. Man befrage die Franzosen danach, sie werden diesem Kirchhof einen andern Namen geben, und England wird ihnen dazu helfen, den anderen Namen zur Wahrheit zu machen. General French hat schon am 10. November vorigen Jahres angekündigt, daß die größte Schlacht der Weltgeschichte sich vorbereite, und jetzt kündigen die Franzosen auch den Beginn ihrer großen Offensive an. Sie wagen es nicht, die Engländer darauf hinzuweisen, daß sie noch immer nicht den Entschluß fanden, ihre Hauptwaffe, die Schlachtflotte, auszuspielen, um „die Ratten aus ihrem Loch zu locken", aber die Franzosen beginnen es doch zu empfinden, daß sie dem Untergang geweihte Werkzeuge englischer Selbstsucht sind. Hat doch Carson am 9. März im Klub von Alwich nicht nur erklärt, daß das Problem der Bekämpfung der U-Boote noch nicht gelöst sei, sondern mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß die englische Hochseeflotte sich nicht hervorwagen könne. „Ich sage euch, wir dürfen unsere Flotte keinem Risiko aussetzen!" So spricht das meerbeherrschende England. Lloyd Georges Rede am 23. Februar hat in Frankreich schon vorher erschütternd gewirkt, weil sie zum erstenmal das richtige von Soraen durchfurchte Gesicht Englands zeigte. Es ist ein gekünstelter Optimismus, den die Residenzpresse noch aufrecht zu erhalten sucht und an dem die Kammern sich aufrichten. Die immer erneuten Vertrauensvoten, die sie, um sich nicht selber bloß zu stellen, Briand erteilen, sind der Ausdruck steigender Angst vor einer Zukunft, die sie kommen sehen, und die eine Abrechnung des enttäuschten Volkes auch für sie bringen wird. Diese Abrechnung bereitet sich gleichzeitig auch in Rußland vor. Man soll sich darüber nicht täuschen. Pa-

Digitized by Google

rallel mit der offiziellen Geschichte Rußlands während dieses Krieges geht eine geheime, die wir nur aus ihren Symptomen erkennen und die sich als eine fortlaufende innere Revolutionierung bezeichnen läßt. Eine Revolution von oben leitet mit wechselndem Erfolge der Zar selbst, eine Revolution gegen ihn organisierten die Kreise des Hofes und der Petersburger Gesellschaft, ein dauerndes Revolutionieren gegen die wechselnden offiziellen Regierungskreise zeigt die Tätigkeit der Duma, und daneben verpufften bisher ziemlich wirkungslos die bald hier, bald dort auftauchenden revolutionären Regungen der Arbeiter und, seit sie zu hungern beginnen, auch der Bauern. Zu diesen revolutionierenden Elementen sind nun die Männer der Petersburger Konferenz gekommen die kein Hehl daraus gemacht haben, daß sie darauf ausgingen, den Zaren der Duma zu unterwerfen und Rußland in einen parlamentarischen Staat umzuwandeln. Was in der englischen und französischen Presse über den Aufenthalt der Delegierten in Rußland bekannt geworden ist — die russischen Blätter haben natürlich schweigen müssen — läßt keinen Zweifel darüber, daß dieses einer der wesentlichsten Gründe ihrer Anwesenheit auf russischem Boden gewesen ist. Nur dadurch erklärt sich auch der überaus kühle Empfang, den sie am in Zarskoje Sselo bei Nikolaus II. fanden. Die Herren haben noch die Wiedereröffnung der Duma am 27. Februar mitgemacht und sind wahrscheinlich gleich danach auf der Murmanbahn nach Romanow gefahren und von dort, von Kriegsschiffen geleitet, nach England zurückgefahren, wo sie am 3. März eintrafen. Es war ihnen nicht gelungen, Protopopow und Golitzyn zu stürzen, aber vorbereitet haben sie nicht nur den Sturz der Regierung, sondern auch den des Zaren, auch haben sie sehr wichtige geschäftliche Abmachungen getroffen und sich mit Rußland über die gemeinsame große Offensive verständigt. Ob auch eine Vereinbarung über die Teilung Persiens stattgefunden hat, steht nicht fest. Doch ist das gleichzeitige Vorrücken der Russen und Engländer gegen Bagdad wohl auf feste militärische Abmachungen zurückzuführen. Daß dabei die Engländer den Russen in Bagdad zuvor kamen, hat entschieden verstimmt. Gleich nach Abreise der Delegation haben in der Duma wie im Reichsrat stürmische Debatten stattgefunden, die wohl als Beweis dafür dienen können, daß die von der Konferenz ausgegangenen Einflüsse der liberalen und radikalen Opposition den Nacken gesteift haben. Der Zar hat darauf hin die Duma für die Zeit vom 11. März bis zu einem unbestimmten Datum des April in die Ferien geschickt, er selbst aber wollte am Tage vor Veröffentlichung des Vertagungsbefehls in seinem Hauptquartier Sicherheit finden. Man hat ihn jedoch unterwegs aufgebracht und als Gefangenen nach Petersburg gebracht. Auch seine Minister fielen der inzwischen organisierten Revolution als Beute in die Hand, sie sind heute Gefangene in den Kasematten der Peter Pauls-Festung.

Aus eigener Initiative hat Miljukow, in frecher Fälschung, die Abdankung des Zaren und die Thronbesteigung Alexej Nikolajewitschs unter der Regentschaft des Großfürsten Michail Alexandrowitsch proklamiert. Dieser Fälschung schloß sich ein

Digitized by Google

improvisierter Wohlfahrtsausschuß (das Exekutivkomitee) und ein ebenfalls improvisiertes Ministerium an. Danach hat man Nikolaus II. gezwungen, für sich und seinen Sohn wirklich abzudanken und Michael zum Regenten, Nikolai Nikolajewitsch zum Oberkommandierenden der Truppen zu ernennen, d. h. man hat den Zaren genötigt, ein Manifest dieses Inhalts zu unterzeichnen. Auch der darauf folgende Verzicht Michails stammt aus der politischen Küche des Wohlfahrtsausschusses. Die Garden in Petersburg sind zur Revolution übergegangen, alle großen Städte haben sich ihr angeschlossen. Doch sind Anzeichen vorhanden, daß eine Gegenbewegung im Gang ist. In Moskau wird noch gekämpft, die Männer der Rechten und die Geistlichkeit sind noch nicht zu Wort gekommen. Aber ihnen fehlt der Zar, für den sie streiten könnten, denn in Rußland gibt es zurzeit keinen Zaren. Der große Anwärter für die Zukunft ist die Republik.

Alles kommt auf die Haltung an, welche die Armee an den Kampffronten einnehmen wird. In ihrer Hand liegt die Entscheidung.

Zeichnet die sechste Kriegsanleihe!

Notizen

Die Verschuldung Europas. Der Finanzattaché der russischen Botschaft in Paris Artur Raffalovich führt in der „Revue des Economistes" vom 15. 1. in seinem Jahresbericht über das Finanzjahr 1916 aus: Zweiundeinhalb Jahre Krieg haben sämtliche Staaten Europas, die neutralen inbegriffen, in bezug auf Getreide, Fleisch, Metalle, Munition, Kriegsbedarf und Ersatz, von den überseeischen Ländern abhängig gemacht. Die Neutralen sehen einen Goldstrom sich über sie ergießen, der in Holland, Schweden und Dänemark, vor allem aber in Nordamerika, das ganze Finanzsystem und jede Berechnung auf den Kopf stellt. Alle kriegführenden Staaten sehen sich gezwungen, höher verzinsliche Anleihen von längerer Dauer und kurzfristige Schatzbons aufzunehmen. Zweiundeinhalb Jahr Weltkrieg haben Milliarden verschlungen und ein wirtschaftliches Chaos und Unheil angerichtet, dessen Größe allen Ländern erst klar werden wird, wenn es heißt, „die Last zu zahlen und zu tragen, welche wir uns aufgebürdet haben". Bei allen Staaten hat sich eine bisher ungeahnte Finanzkraft gezeigt, welche ihren Grund in der Notwendigkeit, die Ersparnisse anzulegen, ferner in den erhöhten Löhnen und in dem Mangel anderer Anlagemöglichkeiten als gerade in neuen Kriegsanleihen zu höherem Zinsfuß findet. Die Erhöhung der Löhne ist jedoch überall nicht etwa von dem steigenden Hang zur Sparsamkeit begleitet, im Gegenteil, die hartarbeitende Bevölkerung lebt mehr als je von der Hand in den Mund! Das Problem der Währung, der Wechselkurse und der Valuta ist augenblicklich für alle Staaten, zumal für England, ein Sorgenkind. Gegenüber einem Europa, das ein langer, grausamer Krieg zerfleischt, dessen Werte er zerstört hat und dessen normale Produktion er hemmt, sehen wir ein Nordamerika, das plötzlich zu einem kaum jemals erträumten Grade von Wohlstand gelangt ist.

Krieg und Vernunft. Leonhard Nelson schreibt in der Einleitung zum ersten Bande seiner Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik („Kritik der praktischen Vernunft", Verlag Dieterich & Co. Leipzig): „Unter Verhältnissen wie den gegenwärtigen mit einer Ehrenrettung der menschl

lichen Vernunft hervorzutreten, möchte zwar nicht eben zeitgemäß erscheinen. Sollte indessen, angesichts der Zertrümmerung einer ganzen Gesellschaftsordnung, dieser oder jener sich einfallen lassen, nicht sowohl an der Vernunft irre zu werden, als vielmehr an der Vernünftigkeit dieser Gesellschaftsordnung, so wird er bei der Ausschau nach den Maßstäben für den Wert einer neuen Ordnung nicht umhin können, zu den Quellen hinabzusteigen, aus denen die letzten Urteile über menschliches Treiben entspringen, womit er dann unvermeidlich auf eine Untersuchung des Vermögens praktischer Urteile überhaupt geführt wird. Wer immer so denkt, dem wird ein Unternehmen wie das hier eingeleitete den Anforderungen der Zeit um so angemessener erscheinen. Im übrigen erprobt echte Wissenschaft ihren Wert nicht daran, wie weit sie dem Bedürfnis der Zeit entgegenkommt. Und so gilt auch mir der Trost, der in den Worten liegt, mit denen Kepler inmitten der Zerrüttungen des Dreißigjährigen Krieges seine Weltharmonik hinaussandte: „Si ignoscitis, gaudebo, si succensetis, feram; jacio en aleam librumque scribo seu praesentibus seu posteris legendum, nihil interest; expectet ille suum lectorem per annos centum." (Wenn ihr mir verzeiht, will ich mich freuen; wenn man ihr zürnt, will ich es ertragen; ich habe mich entschieden und das Buch geschrieben, möge die Gegenwart oder die Zukunft es lesen, das ist mir gleich viel; es kann 100 Jahre auf seinen Leser warten.)

Vier Kardinalpunkte für den kommenden Frieden stellt die Pariser Korrespondenz des „Journal de Genève" auf: 1. Belgien. Über die von den zukünftigen Friedensfragen an erster Stelle stehende belgische Frage besteht eine vollständige und absolute Übereinstimmung, was Deutschland durch seine Note an die Alliierten bestätigt, in welcher es sagt, daß es Belgien in seiner Unabhängigkeit und in seinen Rechten völlig wiederherstellen wolle. 2. Nordfrankreich. Deutschland hat offiziell anerkannt, daß es Nordfrankreich ebensowenig behalten will, als es Belgien behalten wird. 3. Polen. Das unglückliche Polenvolk wird nicht Eigentum Deutschlands und Österreichs bleiben, wird auch nicht wieder Rußland in die Hände fallen, sondern es wird seine endgültige Unabhängigkeit erhalten, die bei den zukünftigen Friedensverhandlungen sanktioniert werden wird. 4. Völkervereinigung. Das bedeutet heute das Hauptproblem, und galt noch vor drei Jahren als größte Utopie. Sie ist die alleinige praktische Lösung zur Entwirrung des Konfliktes, wodurch den gegnerischen Völkern Garantien für ihre Zukunftssicherheit gegeben werden kann.

Der deutsch-österreichische Ausgleich. Der „Cole" meldet vom 28. Februar halbamtlich aus Wien: Alle bisherigen in deutschen und österreichischen Zeitungen erschienenen Nachrichten über den Ausgleich und die Handelsvertragsverhandlungen sind reine Vermutungen. Als Grundforderungen werden die Sätze aufgestellt: 1. Die politisch-wirtschaftlichen Beziehungen müssen festgestellt werden, da man über einen bloßen Handelsvertrag hinausgehen und der Form und dem Wesen nach ein Zoll- und Handelsbündnis schließen will. 2. Eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber den heute neutralen und feindlichen Staaten ist festzusetzen, damit die vertragschließenden Teile sich gegenseitig eine Vorzugsbehandlung auch gegenüber den am meisten begünstigten Nationen sichern.

Deutsche Arbeit in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Für das Ineinandergehen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches, wie es der Krieg gebracht hat, hat es bis jetzt an literarischen Denkmälern nicht gefehlt. Das weitest umfassende wird ihm jetzt in einem großen Sammelwerk gesetzt, das Adam Müller-Guttenbrunn für die Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin, herausgegeben hat. Die Bilder vom Ineinandergreifen der deutschen und österreichisch-ungarischen Geschichte von den Zeiten Karls des Großen an bilden die Eckpfeiler, zwischen denen die Betätigung deutschen Gewerbefleißes und Kunstschaffens durch Wort und Bild veranschaulicht wird. Was deutsches Siedelungswesen, Baukunst, Kulturarbeit, was die Wissenschaft, die Technik, das Kunsthandwerk und die Künste in

Digitized by Google

Österreich nach deutschem Vorbild im Laufe der Geschichte geleistet haben, wird aufgezeigt. Dabei kommt ein sehr bedeutender Anteil Österreich-Ungarns an der Entwicklung der deutschen Kultur heraus. Vor allem in dem Österreich des 18. Jahrhunderts finden Geistesrichtungen und Kulturwille des gleichzeitigen Deutschland so selbständigen, die Entwicklung fördernden Ausdruck, daß reichsdeutsche und österreichische Arbeit am Aufbau des Geistes des 19. Jahrhunderts fortan nicht voneinander zu trennen sind. Der Krieg hat das nur festgestellt und uns Bewußtsein gerufen, aber es ist gut, daß er als Zeit der Selbstbesinnung auch diese inneren und innersten Beziehungen zwischen beiden Reichen zum lebendigen Allgemeingut hat machen helfen.

Die Zukunft der deutschen Wissenschaft. In einem Artikel der „Italia" vom 7. März schreibt der Professor des Verfassungsrechts in Rom Carmelo Caristia: „Was nach diesem Kriege geschehen wird, weiß ich nicht, es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß diejenigen, welche jetzt den meisten Lärm gegen das Übergewicht der deutschen Wissenschaft in Italien erheben, zu einem gegebenen politischen Augenblick auf das, was früher war, zurückkommen und mit einer schnellen Versöhnung ihre alten Lieblingsautoren wieder vornehmen werden. Gegen die politische Wut der akademischen und außerakademischen Revolution von heute steht eine noch sehr junge Vergangenheit, die weder die Irrtümer noch die Schrecken des Krieges vergessen lassen dürfte: Ein Deutscher gab uns die ersten Unterrichtsgrundlagen der Sprache Virgils und Cäsars, ein Deutscher gab die ersten Elemente des Griechischen, Deutsche waren es, die uns mit den beliebtesten Ausgaben der literarischen Meisterwerke, belastet mit philosophischer Pedanterie nach deutschem Modell, versorgten. Das gelehrte Deutschland übte so im Reflex auch auf die unreife Intelligenz unserer Knabenzeit einen wundersamen Reiz aus, und die Namen, die wir aus dem Mund der Lehrer hörten, und die wir in unseren mechanischen Wiederholungen verstümmelten, schienen uns mit magischer Kraft ohne eigenes Zutun zum Palladium der Wissenschaft führen zu können. Wenig anders war es auf der Universität. An diesen Tatsachen kann der Krieg gewiß nichts ändern, trotz aller langen und tönenden Reden in Akademien und anderwärts. Man denkt an nichts weniger als an einen intellektuellen Vierverband, der zunächst, um bessere Resultate als der politische zu erzielen, versuchen müßte, sich mit einiger Genauigkeit über seine eigene Bedeutung anderen gegenüber klar zu werden. Die sehr verehrungswürdigen Herren Professoren, die heute mit jugendlichem Enthusiasmus und mit dem Eifer von Neophyten über die nationale Kultur reden, sollten gewisse Tatsachen im Auge behalten, die auch die Kanonen aller Armeen und alle Parlamentsreden zusammen nicht aus der Welt schaffen."

Buchpflege im Krieg. Eine der erfreulichen Erscheinungen für das geistige Leben in der Kriegszeit ist die Fürsorge, die Verleger und Künstler nach wie vor der Herstellung schöner Bücher angedeihen lassen. Zuletzt ist es der Münchner Verlag Hans von Weber gewesen, der seine Sammlung „Dreiangeldrucke" um drei weitere Bände vermehrt hat. Heinrich von Kleists „Michael Kohlhaas" ist von Bruno Goldschmitt mit Holzschnitten geschmückt, die dem Charakter der Dichtung und der Wahl der kräftigen herben Fraktur angepaßt sind. Georg Büchners Drama „Dantons Tod", das durch Reinhardts Aufführung wieder dem Leben zugeführt wurde, ist von Walo von May mit phantastisch erregten Steinzeichnungen geschmückt. Ganz in das Reich phantastischer Dichtung führt E. T. A. Hoffmanns Nachtstück „Der Sandmann" mit Ursteinzeichnungen von G. Königer.

Humanismus und Nationalismus. Ernst Troeltsch hat einen in der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums in Berlin gehaltenen Vortrag bei Weidmann, Berlin, herausgegeben. Die Ausführungen sind typisch für einen Gesinnungswandel, der sich in der Frage der deutschen Bildung durch den Krieg vollzogen zu haben scheint. Den ersten Ausdruck davon gab eine Arbeit von Eduard Spranger („Das humanistische und politische Bildungsideal im

Digitized by Google

bewigen Deutschland", Berlin 1916.) Der Kenner und Darsteller Wilhelm von Humboldts erkennt in dem humanistischen Ideal die Züge der beschaulichen Innerlichkeit und ein wesentlich auf die Vollendung der Persönlichkeit gerichtetes Bildungsziel. Das scheint ihm in der furchtbaren Härte der gegenwärtigen und kommenden Zeit ein „allzu genießerisches und selbstbezogenes Ideal", weshalb er ihm das politische gegenüberstellt, worunter er die Erziehung des Individuums zur Hingabe an den staatlichen Gesamtwillen und zur freiwilligen Einordnung in die organisatorischen Bedürfnisse des Ganzen versteht. Troeltsch nimmt nicht die Beweismittel, aber die Ziele der Ausführungen auf. Auch ihm hat der Krieg „den Gedanken eines nationalen Bildungswesens und nationaler Bildungsquellen" heute mit schrofferen Forderungen als je auftreten lassen. „Die nationalistischen und imperialistischen Weltspannungen in den letzten Jahrzehnten, die die wirtschaftliche und politische Verteilung des Planeten bedeuten, haben den nationalen Gedanken vertieft, und die gesteigerte internationale Berührung und Verflechtung hat in Wahrheit die Unterschiede betont und herausgearbeitet statt sie zu verwischen. So ist auch in das Bildungswesen die Forderung nationaler Erziehung, der Nährung des Geistes aus den nationalen Schätzen und Überlieferungen eingedrungen und hat hier in dem antikischen Humanismus eine dem nordisch-deutschen Wesen doch innerlich fremde Welt empfunden." Wohl sieht Troeltsch nicht wie Spranger die Aufgabe der Erziehung des Individuums in der „Hingabe an den staatlichen Gesamtwillen und der freiwilligen Einordnung in die organisatorischen Bedürfnisse des Ganzen". Aber er verlangt, daß sie statt wesentlich aus antiken Quellen auch aus deutschen genährt und gebildet werden, daß statt des Ideals des griechischen Menschens das des deutschen Menschen dargestellt wird. „Ruhe und Beschaulichkeit ist zu Ende, die Einheit des Lebensstiles zertrümmert; neue Klassen dringen in den Besitz der nationalen Bildung ein und wollen sie ihren Bedürfnissen anpassen; tausend neue Interessen und Reizungen der Phantasie, Belebung alter phantastisch bewegter deutscher Formenwelt und ganz andere praktische Bedürfnisse des Lebens tauchen auf. Da ist das humanistische Bildungsideal trotz aller Größe und Schönheit von innen heraus entleert und entkräftet worden." Damit wird Troeltsch zu einem anderen Ideal geführt. Vor ihm steigt „als die eigentliche große Mutterschicht unseres Wesens das Mittelalter empor oder besser gesagt, der gotische Mensch, dessen Geist und Wirken in unserem Vaterland durch tausend Denkmäler unserer schaffensfrohesten Zeit sich allenthalben in großen und kleinen offenbart, an dessen Kundgebungen aber der akademische Italienfahrer und seine minder gebildeten Nachahmer rasch vorübereilen. Es ist gewiß richtig, daß der gotische Mensch sich mit dem deutschen nicht deckt, sondern seine Anregungen von Frankreich der erfahren hat. Aber es war das alte mittelalterliche, noch stark vom Germanentum durchtränkte und noch nicht von der Renaissance im tiefsten Grunde umgeformte Frankreich, und eben diese Gotik hat doch erst in Deutschland ihre reichste und phantasievollste Entfaltung gefunden." „Erst mit der mittelalterlichen Stadt kommt die deutsche Sondergotik auf ihre Höhe, und diese Stadt ist in Institutionen, sozialen Verhältnissen und geistigen Leistungen vor allem der Ausgangspunkt deutschen Wesens, wie das Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation" an einer berühmten Stelle mit Recht hervorhebt und der Forschung zu näherer Aufklärung empfiehlt." „Eine solche nationale Bildung kann in den Volksschulen mit der Heimatkunde, Geographie und Geschichte verbunden werden, und vielleicht wäre ein bißchen künstlerische Schulung auch nur nicht unmöglich; vom deutschen Lied könnte man vielleicht einen Weg zur deutschen Kunst überhaupt finden. Die modernsprachlichen Schulen könnten gerade das Wechselverhältnis deutscher und westeuropäischer Kultur nach der positiven und negativen Seite erläutern und dabei eines durch das andere klar machen, wenn sie die kostbaren, in ihren Händen befindlichen Literaturwerke auch nach der Seite des humanen Inhalts ausbeuten lernen. Gerade von da aus könnten sie dann auch ihr schwierigstes Problem bewältigen, ein inneres und grundsätz-

Digitized by Google

liches Verhältnis naturwissenschaftlicher und humanistischer Bildung zu schaffen. Sie können das ganz gut auch ohne Antike dann erreichen, wenn an diese der Humanismus nicht gebunden ist. Freilich den fruchtbarsten Boden für eine solche Bildung böte dann gerade das Gymnasium als Stätte historischer Bildung, die von der Aneignung der alten Sprache und Kultur her überhaupt den Sinn für die unendlichen Feinheiten und Tiefen des historischen Geistes eröffnet und damit einem echten deutschen Unterricht die beste Empfänglichkeit und Schulung entgegenbrächte. Seine hohe Kraft als eigentlichste Bildungsschule könnte dann einen neuen Aufschwung nehmen, und es könnte mit seinen alten Mitteln neuesten und lebendigsten Bedürfnissen genügen."

Neuerscheinungen

Geschichte.

J. Schmieder: D. Martin Luther, der deutsche Reformator. Mit Buchschmuck und einem Titelbild. Verlag Ernst Wunderlich, Leipzig. 180 S. Preis geb. M. 3.—. Sammlung von Stellen aus Luther-Werken und von Briefen zur Form einer selbsterzählten Biographie.

D. L. Schneller: Lutherstätten. Verlag H. G. Wallmann, Leipzig. 305 S. Preis M. 4.—. Wanderungen durch die Lutherstätten nach der Zeitfolge in Luthers Leben, also eine Biographie Luthers nach Örtlichkeiten.

Hans Joachim von Zieten. 2 Bände. (Felix Lehmann, Berlin.) 400 S. Ein Neudruck der 1797 in Berlin erschienenen Lebensbeschreibung, die von dem großen Mann „eine getreue Erzählung" auf die Nachwelt zu bringen unternommen hat. In schlichter Sprache werden zum Teil aus persönlichen Erinnerungen Leben und Persönlichkeit des Mannes geschildert.

Ed. Wilh. Mayer: Das Retablissement Ost- und Westpreußens unter der Mitwirkung und Leitung Theodors von Schön. (G. Fischer, Jena.) IX und 124 S. Preis M. 3.60. Zusammenfassung der Maßnahmen, die der Amtsvorgänger des Herrn von Batocki nach den napoleonischen Kriegen getroffen hat. Auf Sammlungen beruhend, die Verfasser in den preußischen Archiven für das Buch gesammelt hat.

Die ersten Deutschen in der Fremdenlegion. Selbsterlebnisse eines Tübinger Studenten 1831—1833. Verlag Oskar Gerschel, Stuttgart. 159 S. Preis geb. M. 2.—. Neudruck einer der ersten deutschen Schriften (1839 in Stuttgart anonym erschienen) über das Wesen der Fremdenlegion und das Los der Legionäre. Ein Student, der sich hat anwerben lassen, schildert seine Erlebnisse.

Norddeutscher Lloyd — Bremen. 1857 bis 1917. Sechzig Jahre der Entwicklung. (Hofbuchdruckerei M. Hausschild, Bremen.) 191 S.

Schriften des Deutsch Chinesischen Verbandes E. V. Heft 3. Beiträge zur neuesten Geschichte Chinas. Von Dr. Pyfu Ling. Dolmetscher bei der chinesischen Gesandtschaft Berlin. (Verlag Karl Curtius, Berlin.) 157 S. Rein chinesische Betrachtung und Auffassung der Ereignisse in China vor dem europäischen Kriege.

Karl Stählin: Weltgeschichte des letzten Menschenalters. (Karl Winter, Heidelberg). 48. S. Preis M. —.50. Kurz zusammenfassender Überblick von dem Bismarckschen Zeitalter bis in unsere Zeit.

Wirtschaft.

Alfred Gürtler: Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsleben. (Ulrich Moser's Buchhdlg. Graz.) 58 S. Preis M. 1.60. Theoretische Auseinandersetzung über die wechselseitigen Forderungen.

Dr. A. Ruppin: Syrien als Wirtschaftsgebiet. (E. S. Mittler & S., Berlin.) IV und 418 S. Br. M. 8.—. Einführung in den geographischen und wirtschaftlichen Aufbau, in Produktion, Verkehr, Industrie des Landes.

Recht

A. Romen: Vereins- und Versammlungsrecht der Gewerkschaften und Gewerkvereine. Mit einem Anhang: Das gewerkliche Koalitionsrecht. (Guttentag Verlh. G. m. b. H., Berlin.) 117 S.

Philosophie

Fritz Fleiner: Politik als Wissenschaft. (Art. Inst. Orell Füßli, Zürich.) 27 S. Preis M 1.—. „Im Ergebnis bleibt es sich gleich, ob der politisch Handelnde auf dem Wege der Affektion die notwendigen Einsichten erwirbt oder wie das politische Genie durch die Kraft der Intuitionen". „Die Politik als Wissenschaft entwirft ihre lebendige Wirkung am Lernenden, am einfachen Bürger, indem sie ihn lehrt, daß die Hingabe an das Gemeinwesen, in dem die Wurzeln unserer Kraft ruhen, der politischen Tugenden größte ist."

Digitized by Google

Leonhard Nelson: Kritik der praktischen Vernunft. 1. Bd. der Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik. (Veit & Co., Leipzig.) XXXIV und 710 S. Preis geh. M 16.—. Breit angelegte wissenschaftliche Untersuchung zur Kritik der praktischen Vernunft als der Propädeutik zur Ethik, d. h. Vorunterschungen für einen systematischen Aufbau der Ethik. Durch ausführliches Register ein Nachschlagewerk über die Probleme der Kritik der praktischen Vernunft.

Vorgeschichte und Jugend der mittelalterlichen Scholastik. Eine kirchenhistorische Vorlesung von Franz Overbeck. Aus dem Nachlaß herausgegeben von C. A. Bernoulli. (B. Schwabe & Co., Basel.) XII und 315 S. Sachverständiger Bericht eines fremden, aber durchaus legitimen Beobachters, eines „kirchenfernen protestantischen Theologie-Professors", der als Amtsgenosse Nietzsches in Basel bekannt geworden ist, über die Theologie als Kampfmittel der mittelalterlichen Kirche zur Wahrung ihrer irdischen Macht. Von allgemeinem Interesse wegen des Einschlags von Gedanken Nietzsches bei Lösung des Problems.

Deußen: Philosophie des Mittelalters. In der Anzeige dieses bei F. A. Brockhaus, Leipzig, erschienenen Werkes ist ein Irrtum unterlaufen. Nur diesem Teil ist die allgemeine Geschichte der Philosophie dieses Verfassers noch nicht abgeschlossen. Sie wird erst durch einen noch in diesem Jahr zu erscheinenden Band abgeschlossen, der die Geschichte der neueren Philosophie behandelt.

Schöne Literatur — Kunst

Das neue Bühnenwerk von Georg Kaiser, „Die Sorina", dessen Erstaufführung im Berliner Lessing-Theater stattgefunden hat, ist bei S. Fischer Verlag, Berlin, als Buch erschienen.

Felix Salten: Kinder der Freude. Drei Einakter des Wiener Schriftstellers (S. Fischer Verlag, Berlin).

J. P. Jakobsen: Gedichte. Übertragen von E. L. Schellenberg. Verlag Morawe & Scheffelt, Berlin. Die erste vollständige Ausgabe der Gedichte des nordischen Lyrikers. 143 S. Preis M. 1.20. Sigbjörn Obstfelder: Tagebuch eines Pfarrers. Verlag Morawe & Scheffelt, Berlin. 156 S. Preis M 1.20. Ein einsamer Mensch gibt die Selbstbrichte eines schwer und nachdenklich verbrachten Lebens.

Jakob B. Bull: Lichte Rache. (Morawe & Scheffelt Verlag, Berlin.) 158 S. Preis M 1.20. Bull ist der norwegische Rosegger, ein Dichter humorvoller Bauernromane, von denen hier nach zwei anderen Büchern ein dritter übersetzt vorgelegt wird.

E. Lindberg-Dovlette: Konstantinopel. Aus dem Tagebuch einer jungen Türkin. (Verlag Morawe & Scheffelt, Berlin.) 115 S. Preis M 1.20. Eine schwedische Schriftstellerin, die als Gattin des persischen Gesandten in Konstantinopel das orientalische Leben genau kennen lernte, schildert Stadt und Lebenshaltung Konstantinopels.

Rudolf Metzger: Die dynamische Empfindung in der angewandten Kunst. Mit 56 Abb. (Eugen Diederichs Verlag, Jena.) 72 S. Br. M 2.—. „Von dem Moment an, wo man auch die Maschine sich sozial untertan machen kann, wird man Möglichkeiten suchen, Persönliches auszudrücken." „Dieser Moment scheint für die Technik gekommen zu sein, den Werkbundströmungen und anderen nach zu schließen." Die Schrift sucht in zahlreichen Bildern diese Entwicklung und ihre Prinzipien zu demonstrieren.

Kriegsliteratur

Emil Berger: Wer ist an dem Weltkriege schuld? (Zürich, 1917, Art. Inst. Orell Füßli.) 16 S. Preis M. —.50. Vertritt den Standpunkt, daß die Schuldfrage eine sehr verwickelte und darum heute noch nicht lösbare Frage ist, und wirft die Gegenfrage auf, ob für den Augenblick nicht die Frage der Schuld für die weitere Fortsetzung des Krieges eine wesentlich wichtigere sei.

M. v. Sartor: Kriegsatlas. Chronologischer Atlas der Kämpfe des Weltkrieges in Europa und an den Grenzen der asiatischen Türkei. (Velhagen & Klasing, Bielefeld.) Auf 21 Tafeln werden mit kurzen Begleitworten die Geschehnisse des Krieges in einfachen übersichtlichen Faustskizzen chronologisch dargestellt.

Kriegsatlas. 52 Karten von allen Schauplätzen des Weltkrieges. (Ullstein & Co., Berlin.) Preis M. 1.—.

In Ost und West. 730 unveröffentlichte authentische Kriegsbilder der 47. Reserve-Division. Nebst einer Einleitung und einer Übersichtskarte. (Verlag F. Bruckmann, A.-G., München.) Preis geb. M. 6.—. Gut wiedergegebene Photographien aus dem Leben hinter der Front und an der Front.

Eberhard Buchner: Kriegsdokumente. (Der Weltkrieg 1914/16 in der Darstellung der zeitgenössischen Presse. VII. Band: Vom 18. Februar bis zur Befreiung Memels. Geh. M. 4.—, geb. M. 6.—. Albert Langen, München.) Fortsetzung des gut gesichteten zuverlässigen Werkes.

Der Vatikan. Märzheft der Süddeutschen Monatshefte (einzeln M. 1.50) mit Beiträgen von Paul Maria Baumgarten; Hartmann Grisar S. J.; Franz Ehrle S. J.; J. B. Sägmüller; Ignaz Seipel; Philipp Dengel; Heinz Brauweiler; Josef Hofmiller; Josef Sauer, Th. Frhr. von Cramer-Klett.

Carl Worms: Schloß Mitau. Bilder aus Kurlands Vergangenheit. (Cottasche Buchhandlung,

Digitized by Google

Stuttgart.) 249 S. Preis brosch. M. 2.50. Bilder aus dem alten Leben M taus von der Zeit der Könige bis in den Wel. krieg. Geschichte der Ostseeprovinzen in darstellenden Einzelbildern.

Die Fäulnis Rumäniens, im Lichte rumänischer Dichter und Schriftsteller. Herausgegeben von Herm. Kienzl. (Georg Müller, München.) 249 S. Dichter und Schriftsteller Rumäniens schildern den Zustand ihrer Heimat „nicht mit anklagenden Worten, aber mit realistischen Darstellungen".

W. Kapp: Das innerpolitische Deutschland und der Krieg. 90. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg". Herausgegeben von Prof. Ernst Jäckh. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.) 35 S. Preis M. —.50.

Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Erschienen in der Sammlung deutscher Reichsgesetze der Guttentagschen Verlagshandlung, Berlin. 31 S.

Karl Bälz: Beamtenrecht und Familie. 89. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg". Politische Flugschriften, herausgegeben von Prof. Ernst Jäckh (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart). 28 S. Preis M. —.50.

August Winnig: Die deutschen Gewerkschaften im Kriege. (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.) 78. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg", Herausgeber Ernst Jäckh. 36 S. Preis M. —.50.

Arbeiterfürsorge 1916. Vereinigte Königs- und Laurahütte, A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb. (Verlag Gebr. Böhm, Katowitz.) 11 S.

J. Hohmann und E. Reichel: Die Dienstpflicht der deutschen Frauen. (Mathilde Zimmer-Haus Berlin-Zehlendorf.) 364 S.

Dr. Hans Schuppel: Bargeldloser Verkehr, unsere Reichsbank und der Krieg. (Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart. 78. Heft der Sammlung „Der Deutsche Krieg", Herausgeber Ernst Jäckh.) 50 S. Preis M. —.50.

Dr. Josef Redlich: Bericht über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der österreichischen Finanzverwaltung, sowie Vorschläge der Kommission zur Reform dieser Verwaltung. (Hof- und Staatsdruckerei, Wien.) 193 S.

Neue Wege zur Förderung der Lebensmittelproduktion und -Versorgung. Von Reg.-Rat Risch und Dr. v. Wagner. (Veit & Co., Leipzig.) 32 S. Versucht Anregungen zur Vermehrung der Produktion und richtigen Verteilung „unter Berücksichtigung der natürlichen Voraussetzung und Zusammenhänge" zu geben.

Erich Brandenburg: Deutschlands Kriegsziele. (Leipzig 1917, Verlag Quelle & Meyer.) 98 S. Zeichnet „allgemeine Richtlinien", die bei den Friedensverhandlungen maßgebend sein sollen, um Fühlung zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung herzustellen und versucht, Mindestforderungen zu ermitteln.

Labor und Löwe: Wirtschaftliche Demobilisation. (Verlag der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung, Berlin.) 69 S. Preis M. 2.—. Die Schrift behandelt systematisch die Fragen der Übergangswirtschaft.

M. Kloß: Potsdam und Weimar, die Wurzeln deutscher Kraft. Rede. Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin. 29 S.

Karl O. Erdmann: Besinnliches zum Fremdwörterstreit. 165. Flugschrift d. Dürerbundes. (Verlag Callwey, München.) 23 S. Preis M. —.50. Bekämpft mit guten Gründen die Übertreibungen und Unklarheiten der Fremdwörterbewegung.

Davis Trietsch: Deutsch als Weltsprache. Grundlagen und Ziele. Mit zwei farbigen Karten. (Ostlandverlag, Charlottenburg.) 63 S. Preis brosch. M. 1.—.

Oskar Bürmer: Der Weltkrieg und die Liebe Gottes. (Joh. Schergens, Bonn.) 300 S. Preis geh. M. 3.—.

Bruno Wille: Und gibt uns Frieden. (Deutsches Verlagsh. Bong & Co., Berlin.) Preis M. 2.60. Eine Gedichtsammlung, die zur Selbstbesinnung und inneren Einkehr führen will.

Zum neuen Deutschland! Zehn Vaterlandslieder in Wort und Weise von Friedr. Schön. (Xenien-Verlag, Leipzig.) 15 S. Preis M. —.50.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 30. März 1917 · Heft 13

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Die russische Revolution

Von Dr. Paul Rohrbach

Das lange erwartete und oft vorausgesagte Ereignis, die russische Revolution, ist nun also Tatsache geworden. In Deutschland hat man die Revolution erst zu früh erwartet und dann, als sie nicht zu kommen schien, in weiten Kreisen voreilig den Glauben, daß sie kommen würde, verloren. Das war ein Fehler, der sich wie vieles andere in unseren Vorstellungen über Rußland aus den Schwierigkeiten erklärt, die sich namentlich jetzt während des Krieges dem Verständnis der russischen Verhältnisse entgegenstellen. Unsere Politiker konnten sich zu schwer denken, daß die Autorität nicht bei einer Regierung sein sollte, die äußerlich so stark dazustehen schien. Die meisten in Deutschland hielten die Regierung des Zaren für stark und rechneten daher auch bei dem Gedanken eines Sonderfriedens mit Rußland immer nur mit dieser Regierung, mochte sie nun von Stürmer, Protopopow oder sonst jemandem vertreten sein. Namentlich Protopopow galt als der starke Mann, der imstande sei, die Opposition in der Duma und auf der Straße zu meistern.

In Rußland ist nun nach mehr als zweieinhalb Jahren Krieg das Merkwürdige geschehen, daß eigentlich zwei miteinander konkurrierende Revolutionen gleichzeitig von verschiedenen Kräften unternommen wurden. Die eine kann man eine Revolution für den Krieg nennen, und die andere, wenn auch nicht direkt eine Revolution gegen den Krieg, so doch eine solche, bei der nicht die Kriegsfrage, sondern innerpolitische Dinge die Hauptsache sind. Wir müssen, um das zu verstehen, auf die erste russische Revolution von 1905 zurückgehen.

Damals wurde der Sieg der freiheitlichen Bewegung über den alten Zarismus durch das Zusammengehen der gebildeten und besitzenden Schichten mit der Masse, den Radikalen, entschieden. Der Druck der Rechtlosigkeit unter dem Absolutismus wurde im ganzen Volke so stark empfunden, daß alle in dem Verlangen einig waren: es muß besser werden, so geht es nicht weiter! Der allgemeine große Verkehrsstreik im Herbst 1905 brachte die Regierung zum Nachgeben, und in dem sogenannten Oktobermanifest wurde der Eintritt Rußlands in die Reihe der Verfassungsstaaten verkündet.

Digitized by Google

Als aber das erreicht und die Volksvertretung vom Zaren zugestanden war, gingen die Interessen der oberen Stände und der Masse nicht mehr zusammen. Die Bauern verlangten Land und die Arbeiter verlangten den Achtstundentag, gute Löhne, unbeschränktes Streikrecht usw. Daran lag den Besitzenden und Gebildeten nichts, und infolge dieses Mangels an Teilnahme für die Arbeiterforderungen gelang es der Regierung, der Revolution Herr zu werden. Die Entscheidung fiel in der blutigen Straßenschlacht in Moskau, die vom 22. bis zum 28. Dezember 1905 dauerte und mit der Niederlage der Arbeiter durch die aus Petersburg geschickten Gardetruppen endete.

Dieser Ausgang der Revolution wurde in der Arbeiterschaft als Verrat der oberen Stände an den wirklichen Volksinteressen empfunden. In der ersten und zweiten Duma war aber, neben den mehr oder weniger „liberalen" bürgerlichen Mittelparteien, infolge des ursprünglich gewährten umfassenden Wahlrechts auch eine sehr starke radikale Linke vorhanden, und diese beherrschte die Duma. Die Regierung hatte den von ihrem Standpunkt aus verhängnisvollen Fehler gemacht, die Bauern für „zarentreu" zu halten und ein Wahlrecht einzuführen, bei dem sie mit Hilfe der bäuerlichen Stimmen eine sichere Mehrheit zu erhalten hoffte. Daß dies eine falsche Spekulation war, erkannte schon bei der berühmten Peterhofer Beratung, die vom 19. bis 26. Juli 1905 unter dem persönlichen Vorsitz des Zaren stattfand, der damalige Finanzminister Kokowzew. Über diesen merkwürdigen und lehrreichen Vorgang verweise ich auf die Schrift „Aus den Geheimprotokollen des Zaren", Heft 3, der von mir herausgegebenen Sammlung „Die russische Gefahr" (Stuttgart, Engelhorns Nachf., 1916). Bei der Beratung über das Wahlrecht, das für die Duma bestimmt werden sollte, antwortete Kokowzew denen, die an die „widerstandsfähige Mauer" der konservativen Bauern glaubten, an der sich „die Wellen der fortschrittlichen Beredtsamkeit" zerschlagen sollten, folgendes: „Ich kann in keiner Weise den Vergleich des bäuerlichen Elementes mit einer Mauer, welche die Duma vor unerwünschten Strömungen beschirmt, als der Wirklichkeit entsprechend anerkennen. Die Bauern sind eher Wachs, aus welchem man die herrlichsten Dinge, oder auch ganz untauglichen Kram herstellen kann, je nachdem, in wessen Händen sich dieses weiche Material befinden wird. Ich fürchte sehr, daß die Stimmen der Bauern von den unzuverlässigen Elementen ausgenutzt werden würden, die auf diese oder jene Weise in die Duma gelangen werden."

Dieser Minister kannte die russischen Bauern gut, denn es kam genau so, wie er vorausgesagt hatte. Die „unzuverlässigen Elemente" in seinem Sinn waren die Radikalen, die aufs Land gingen und zu den Bauern sprachen: wählt uns, wir werden dafür sorgen, daß ihr mehr Land bekommt und weniger Steuern zu zahlen habt! Die Folge war, daß die heute sogenannte „Arbeitsgruppe", russisch „Trudowiki", deren Führer der Saratower Rechtsanwalt Kerensky ist, in der ersten Duma, die am

Digitized by Google

10. Mai 1906 zusammentrat, die stärkste Partei war. Der Ausdruck „Trudowiki" würde im Deutschen ungefähr soviel heißen wie die Mühseligen, von Arbeit Beladenen. Es ist die graue Masse, die unter dem Druck der täglichen Arbeit ohne Lebensfreude und ohne Rechte ans Dasein seufzt, die Masse, von der man gesagt hat, sie habe bisher in Rußland den Staat nicht getragen, sondern ertragen. Die im Deutschen eingeführte Übersetzung „Arbeitsgruppe" (Trud russisch = Arbeit) ist ganz irreführend; eher könnte man übersetzen „Kreuzträger". Die Trudowiki sind nicht Sozialdemokraten oder Sozialisten, sondern Kleinbürger und Kleinbauern, die sich von ihren Führern das unverstandene Ideal der demokratischen Republik vorpredigen lassen.

Die erste Duma fiel so radikal aus, sowohl in der Forderung nach weiteren politischen Freiheiten als auch nach der Aufteilung aller Staatsdomänen, der Apanagengüter und des privaten Großgrundbesitzes an die Bauern, daß der Zar sie schon am 21. Juli auflöste. Die zweite am 5. März 1907 zusammengetretene Duma war aber vom Standpunkt der Regierung aus nicht viel besser. Auch die konstitutionell-demokratische Partei, die sogenannten Kadetten, zumal ihr linker Flügel, war damals noch sehr radikal gesinnt. Die Kadetten schienen entschlossen, die Landverteilung an die Bauern auch zu ihrer Forderung zu machen und der kadettische Abgeordnete Herzenstein, den die Regierung später in Finnland durch einen Gendarmen ermorden ließ, rief der Rechten höhnisch zu: macht euch auf die Bauernstimmen keine Hoffnung, der Bauer gehört uns, denn bei uns riecht es nach Land!

Die Moskauer Straßenschlacht vom Dezember 1905 und die Tausende von den Bauern in Brand gesteckten Gutshöfe auf dem flachen Lande wirkten aber doch so weit nach, daß die Regierung, als sie auch mit der zweiten Duma nicht fertig wurde, den Staatsstreich wagen und ein neues Wahlgesetz erlassen konnte, durch das die Bauernstimmen ausgeschaltet wurden. Der Mann des Staatsstreichs war der Minister Stolypin. Die dritte Duma, nach der neuen Wahlordnung gewählt, trat am 14. November 1907 zusammen und war regierungsfreundlich. Die Trudowiki und die Sozialdemokraten waren eine kleine Minderheit geworden. Stolypin wandte die beiden politischen Bändigungsmittel an, daß er den Bauern durch die Abschaffung der Gemeinwirtschaft und die Einführung des bäuerlichen privaten Landbesitzes eine Landreform gab, die in absehbarer Zeit durchgreifend zu wirken versprach, und daß er die mehr oder weniger liberalen Mittelparteien, Oktobristen, Kadetten usw. durch die Erhebung der Fahne des Nationalismus gewann. Der Nationalismus wandte sich einerseits gegen die „Fremdvölker" in Rußland, Polen, Deutsche, Finnländer, Armenier, Juden usw.; andererseits übernahm er unter der Firma des Neoslawismus die alten panslawistischen Eroberungsziele nach außen, vor allem gegen Österreich-Ungarn (Ostgalizien) und gegen die Türkei. Konstantinopel und die Dardanellen wurden nach dem Scheitern der russischen Weltpolitik in Ostasien und nachdem Rußland dem System der gegen Deutschland gerichteten Einkreisung durch den englisch-russischen

Digitized by Google

Vertrag von 1907 beigetreten war, um so stärker das Ziel der in der inneren Politik liberal interessierten Mittelparteien, als sich mittlerweile ein außerordentlich starkes Wirtschaftsinteresse an der Beherrschung der Meerengen durch Rußland erhoben hatte. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands, der Getreidebau, die Großindustrie, der Handel haben sich seit dem Beginn der Ära Witte mehr und mehr im Süden, im Gebiet des Schwarzen Meeres konzentriert — zum mindesten gilt das für alle mit dem Bergbau zusammenhängenden Industrien — und gerade die Liberalen waren Träger dieses modernen russischen Wirtschaftslebens.

Damit war die politisch-ökonomische Lage hergestellt, in der Rußland, was seine innern Verhältnisse betraf, in den Krieg ging. Die Liberalen waren die eigentliche Kriegspartei, zumal auch sie, in Gestalt der von ihnen vertretenen russisch-industriellen Interessen und eines großen Teils der Landwirtschaft, lebhaft unzufrieden mit dem Handelsvertrage mit Deutschland waren, der von ihnen als das über Rußland aufgerichtete deutsche Joch dargestellt wurde. Der Fehler in der Kriegsrechnung der Regierung wie der Parteien war aber der, daß jedermann glaubte, der Krieg gegen Deutschland und Österreich-Ungarn würde mit Hilfe der verbündeten Engländer und Franzosen schnell gewonnen werden — während in Wirklichkeit das Gegenteil eintrat. Nun zeigte sich, daß Rußland doch nicht imstande war, die notwendigen organisatorischen Leistungen dauernd zu verwirklichen, namentlich unter so erschwerten Umständen, wie der Absperrung des gesamten Verkehrs mit dem Auslande ausgenommen die Wege über den hohen Norden und die weit entlegene ostasiatische Küste. Das größte Verhängnis war die Sperre der Dardanellen, durch die sonst die Versorgung des ganzen Südens mit Kriegsmaterial und sonstigem Bedarf hätte gehen können. Die Zurückschlagung der englisch-französischen Angriffe gegen die Befestigungen an der Meerenge war im Grunde entscheidend dafür, daß die Zustände in Rußland auf dem Gebiet des Verkehrs, der Verpflegung und der Lieferung des Heeresbedarfs sich immer kritischer entwickelten — bis zur Revolution.

Der Beginn der Revolution oder der zur Revolution führenden Bewegung ist eigentlich schon mit der Bildung des „progressiven Blocks" in der Duma, im Frühjahr 1915, gegeben. Der Block umfaßte die sechs „Mittelparteien" der Duma, von den Kadetten auf der linken bis zu den sogenannten fortschrittlichen Nationalisten auf der rechten Seite. Die stärksten Blockparteien waren Kadetten und Oktobristen. Links vom Block standen die Trudowiki und die Sozialdemokraten, rechts vom Block die äußerste Rechte, die zaristisch-reaktionäre Grundsätze vertrat.

Der Durchbruch der russischen Front bei Gorlice, der Verlust Galiziens bis auf einen geringen Rest und die deutschen Siege in Polen verstärkten den vom Block erhobenen Ruf: diese Regierung ist unfähig, alles für den Krieg Notwendige zu tun, der Zar soll ein Ministerium des nationalen Vertrauens, d. h. des Vertrauens der Blockmehrheit in der Duma, ernennen und alle freien Kräfte Rußlands, die Semstwos, die

Digitized by Google

kriegsindustriellen Komitees, die Kaufmannschaft, die Universitäten zur Selbstorganisation im Dienste des Krieges aufrufen. So, aber auch nur so, würde es gelingen, die Verkehrsnot zu bemeistern, die Volksverpflegung zu sichern und das Heer zu versorgen.

Dem gegenüber nahmen der Zar und die Leute seines Vertrauens den Standpunkt ein, daß sie, wenn es zum äußersten kam, eher bereit waren, auf den Krieg als auf den Absolutismus zu verzichten. Die Dumamehrheit dagegen sagte: kommt es dazu, daß zwischen Krieg und Beseitigung des reaktionären Systems mit revolutionären Mitteln gewählt werden muß, dann lieber die Revolution als den Verzicht auf den Krieg! Die Triebfedern zum Kriege waren dabei gleichermaßen der Haß gegen Deutschland, die Furcht vor der Niederlage, das Vertrauen, mit Englands Hilfe schließlich doch noch das ausgehungerte Deutschland zu besiegen, und über dem allen der leidenschaftliche Wille der Liberalen von Miljukow bis zu Gutschkow und darüber hinaus, aus den oben genannten wirtschaftspolitischen Gründen Konstantinopel und die Meerengen zu besitzen.

Ein enges Bündnis bestand, wie begreiflich, zwischen dem Block und England. Der englische Botschafter war der Hausfreund der Blockpartei. Rasputins Ermordung, die letzte scharfe Warnung an den Zaren vor dem geplanten Staatsstreich, geschah mit Vorwissen und Billigung Englands. Aus englischer Quelle stammten auch die Geldmittel, über die der Block verfügte. Im Sinne Englands und der Blockmehrheit lag aber begreiflicherweise nur ein unblutiger Staatsstreich oder eine unblutige Revolution. Ob man glaubte, sich mit Nikolaus II. weiter behelfen zu können, nachdem ihm ein Ministerium des Blocks und ein Wechsel des politischen Kurses im Innern, alles natürlich unter scharfer englischer Kontrolle, aufgezwungen war, oder ob man von Anfang an auch einen Personenwechsel an der obersten Stelle geplant hat, das läßt sich zurzeit schwer sagen. Für den Block und für England aber kam es darauf an, daß der Regierungsapparat nicht erschüttert oder zerstört wurde und daß sofort nach dem Siege über den Zaren und die Reaktion die gesammelte Kraft der neuen Männer und des neuen Systems zur Besiegung der drei Notstände verwendet werden konnte, in deren Gefolge die Niederlage drohte: Verkehrsnot, Lebensmittelnot, mangelhafte Versorgung des Heeres mit Kriegsmaterial.

An diesem Punkte nun setzt die zweite Revolution ein, von der wir eingangs sprachen. Die Parteien der Masse, die Trudowiki und die Sozialdemokraten, getrieben durch Hunger, Kälte und sonstige materielle Mißstände, und getrieben durch die Besorgnis, sie würden, sobald die „Revolution der Leute im guten Rock" geglückt war und diese im Besitz der Gewalt waren, wiederum die Betrogenen sein wie 1905/06, erhoben sich und führten ihre Anhänger zum Kampf um Brot und Volksrechte auf die Straße. Der äußere Hergang der Ereignisse war dieser: Während die Blockparteien und die englische Botschaft den Staatsstreich vorbereiteten,

Digitized by Google

die Aufregung aufs höchste stieg und jedermann fühlte, daß die Krisis nahte, brachen plötzlich, von den Parteiführern Kerensky und Tschcheidse und ihrem Anhang organisiert, die blutigen Straßenaufstände aus, die der Regierung den Entschluß eingaben, die Duma zu einer langen Vertagung nach Hause zu schicken. Nun mußten auch die Verbündeten, der Block und der Botschafter Buchanan, handeln. Es war aber zu spät, die revolutionäre Straße hatte die Truppen der St. Petersburger Garnison gewonnen, und damit hielten nicht die Blockparteien, sondern die beiden Gruppen der radikalen Linken die Macht in der Hand. Um überhaupt noch etwas zu erreichen, mußten Miljukow, Rodzianko und die übrigen Führer des Blocks ein Kompromiß mit Kerensky, Tschcheidse und ihren Leuten schließen, und es war von Anfang an klar, daß dabei die größere Stärke nicht bei den Blockvertretern, sondern bei den Radikalen war.

Dieses Kräfteverhältnis tritt auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge immer deutlicher hervor. Der Block ist Kriegspartei, die Trudowiki und die Sozialdemokraten, unter denen die Stellung der einzelnen zu dem akuten vorhandenen Krieg nicht einheitlich sein mag, wollen vor allen Dingen materielle Verbesserungen für die Lebenshaltung der Masse und ein bis zum Überfluß gefülltes Maß von Volksrechten radikaldemokratischer Natur. Es kann nicht ausbleiben, daß sich hieraus, wie auch schon geschieht, Konflikte zwischen dem Block und den Radikalen ergeben. Die Trudowiki und die Sozialdemokraten haben durchgesetzt, daß die Monarchie, wenn nicht grundsätzlich abgeschafft, so doch zeitweilig suspendiert ist (etwas was ganz und gar gegen den Wunsch des Blocks und Englands ist!) und sie verlangen die schleunige Wahl einer konstituierenden Volksvertretung nach allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht. Damit aber würden die Parteiverhältnisse der ersten und zweiten Duma wiederkehren. Die Mittelparteien oder der Block würden in die Minderheit kommen, links von ihnen würde der Radikalismus wahrscheinlich für sich allein die Dumamehrheit bilden und rechts würde eine unbestimmt große, wahrscheinlich nicht allzu geringe Zahl reaktionärer „echt russischer Leute" sitzen. Mit einem solchen Parlament kann Rußland natürlich keine Verfassung und keine Regierung im Sinne der Oktobristen und Kadetten bekommen, vielmehr statt dessen die demokratische Republik und der den Bürgerkrieg, aber vielleicht auch so kommt, ohne daß die Constituante erst zusammentritt.

Politische Voraussagungen im einzelnen sind natürlich nicht möglich. Unwahrscheinlich im höchsten Grade erscheint es, daß es den Kriegsparteien gelingen sollte, die Schwierigkeiten, die der Kriegführung entgegenstehen, zu besiegen. Die Masse wird ganz entschieden auf das Aufhören der Lebensmittelnot stärker drängen als auf die Fortführung des Krieges. Der Trumpf, den England und der Dumablock jetzt in das Kriegsspiel werfen, ist der, daß sie sagen: wir müssen siegen, nicht nur wir vom Block, sondern auch ihr Radikalen, denn wenn unsere Heere geschlagen werden, so bringen uns die

Digitized by Google

Preußen den Zaren, den Absolutismus und die Knechtschaft wieder! Nachdem nun auch Rußland ein Land der Volksfreiheit geworden ist, ist Preußen-Deutschland als die einzige reaktionäre Macht übrig geblieben und diese muß nieder, falls die Freiheit in Rußland sicher sein soll!

Alles was an Einzelnachrichten kommt, zeigt, daß die Radikalen den Block zu zwingen imstande sind, ihre Forderungen von Regierungswegen zu verkünden. Das aber ist einstweilen mehr eine Zwangsanerkennung der politischen Theorie der Radikalen, als eine praktische und endgültige Entscheidung. Es frage sich: 1. wird es dem Block glücken, die Radikalen vorläufig beim Kriege zu halten? 2. wird es den Radikalen glücken, schleunige Wahlen nach dem verkündeten weitgehenden Wahlrecht durchzusetzen? 3. Wie lange wird sich unter den jetzigen Umständen die Versorgung der Armee und die Abwendung der zunehmenden Hungersnot bewirken lassen? Davon hängen die nächsten Entscheidungen ab.

China?

Von Dr. Fritz Wertheimer

China hat die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Das Fehlen des eigenen Nachrichtendienstes macht uns völlig von den Nachrichten der feindlichen und der neutralen Presse abhängig, aber es besteht wohl kein Zweifel, daß chinesische Soldaten die deutschen Niederlassungen, Hankau und Tientsin, besetzt haben. Von weiteren unmittelbar feindseligen Handlungen, die über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen hinaus den Übergang in den Kriegszustand erkennen ließen, ist bis jetzt nichts bekannt geworden, wir dürfen uns aber darüber keinen allzu rosigen Hoffnungen hingeben. Es wird jetzt viel von der Ähnlichkeit der Lage Chinas und Amerikas gesprochen und davon, daß das in dem Jungchinesentum amerikanisch gesinnte und erzogene China das amerikanische Beispiel einfach nachahme. Man muß sich aber hüten, die chinesische Politik mit allzu europäischen Augen zu betrachten — was schon bei der amerikanischen ein schwerer Fehler war! Wilson hat immerhin mit einer recht stark entwickelten öffentlichen Meinung zu rechnen, weniger mit Iren und Deutsch-Amerikanern, als mit verdienenden Banken, immer reicher gewordenen Stahlmagnaten, auch einer organisierten Friedenspartei. Seine Kriegsdiplomatie erfordert Taktik und Strategie, will er die Entscheidung so lenken, daß er das gesamte Volk zu ihr hinter sich hat. China aber kann sich der Entente nicht erwehren. Japaner sind durch chinesisches Gebiet gezogen, unbekümmert um alle Proteste Chinas, um das deutsche Tsingtau zu belagern und zu erobern. Die Entente hat das natürlich gebilligt. Wo aber war der patentierte Beschützer der Rechte der Neutralen, Herr Wilson? Wer hat etwa von seiner Unterstützung Chinas gehört? Was ist von einer Bewegung des amerikanisierenden Jungchinas bekannt geworden, um Amerika auf diese Verletzung chinesischer Interessen hinzuweisen? Nichts, nichts, nichts.

Digitized by Google

Wenn je die egoistisch-amerikanische Interessenpolitik Wilsons eine Beleuchtung nötig hätte, das chinesische Beispiel würde es am besten liefern. Amerika hat China nicht unterstützt, so lange seine eigenen Interessen es nicht erforderten. Aber es ist wahrscheinlich, daß Amerika China seine Unterstützung versprochen hat, im Moment, wo die eigenen Interessen es erwünscht erscheinen ließen.

Was wir heute über Chinas Beteiligung am Weltkrieg und über die vermutlichen Ursachen und Folgen sagen können, das ist alles Hypothese und Vermutung. Es erscheint uns heute so, als ob Japan, trotz des wütenden Drängens seiner „Bundesgenossen", trotz der Lockungen und Drohungen Englands und der bissigen Fragen des Herrn Clemenceau, seine Kriegsbeteiligung nach dem kriegerischen Intermezzo von Tsingtau nur noch als eine Geschäftsbeteiligung auffasse. Es denkt nicht daran — und denkt jetzt nach dem „Eingreifen" Chinas sicher weniger als je daran — Truppen nach dem europäischen Kriegsschauplatz zu senden. Es baut seine Industrie und seine Schiffahrt aus. Es sammelt Gold an und es verdient. (Wobei an die möglichen Folgen der russischen Revolution auf die japanische Haltung nur ganz andeutungsweise gedacht werden soll!), es hat seine Pläne in China und Südost-Asien, die es in stetem diplomatischem Kampf mit seinen Bundesgenossen fördert und stützt. Der Eintritt Chinas in die Reihe ihrer Verbündeten macht aus einem unterlegenen und geführten Lande plötzlich einen Bundesgenossen, dem die Hilfe der übrigen Ententegenossen gleichermaßen zur Verfügung steht. Daraus mögen Gefahren für Japan entstehen, über deren Einschätzung im Mikadoreiche selbst uns die nächsten Reichstagswahlen schätzenswerte Aufschlüsse geben können. Terautschi ist ein guter Soldat; ob er ein geschickter innerer Politiker ist, mag er jetzt beweisen. Das Eingreifen Chinas bringt aber auch für Japan Vorteile. Die Chinesierung der deutschen Konzessionen in China nützt, wie die ganze Hereinziehung Ostasiens in den Krieg, beileibe nicht den Engländern, sondern den Japanern, das etwaige Ausscheiden der Deutschen aus der Handelskonkurrenz stärkt nur die japanische Stellung. Die Rohstoff-Hilfsquellen eines verbündeten China wird Japan zu eigenen Gunsten noch viel rücksichtsloser auszunutzen verstehen als das bisher möglich war, eine völlige Japanisierung der Jangtse-Schiffahrt und des Erzhandels wird die nächste Folge sein. Japan wird sich das Geschäft schon gut überrechnet haben, ehe es seine Zustimmung zum Eingreifen Chinas gab — und ohne japanische Zustimmung ist dieses Eingreifen sicherlich nicht erfolgt. England liegt zunächst nur an einer weiteren Schwächung seines grimmigsten europäischen Gegners durch Handelsstörungen und Unterbindung von Handels- und Absatzmöglichkeiten nach dem Kriege. Gerade jetzt nach dem Einsetzen des scharfen U-Bootskampfes und der zu erwartenden gewaltigen Vernichtung der englischen Tonnage mit der auf dem Fuße folgenden Schwächung des englischen Handels nach dem Kriege spielt dieser Vernichtungswille in England eine größere Rolle, weil die Gedanken schon immer mehr zur künftigen

Digitized by Google

Friedenskonkurrenz hinüberschweifen. England wünscht ferner eine möglichste Unterstützung seines russischen Freundes mit Waffen und militärischer Rüstung und gestattet deshalb gern die Ausnutzung chinesischer Möglichkeiten durch Japan. Wilson hat nun endlich einen bisher noch neutralen Staat, bei dem sein Vorgehen Nachahmung gefunden hat, und diese Folge mag die persönliche Eitelkeit Herrn Wilsons kitzeln. Sicherlich hofft er auch, durch das Eintreten Chinas in die Kreise der Verbündeten künftigen japanischen Versuchen der Schröpfung, Schwächung und Landverkleinerung Chinas besser entgegentreten zu können und dadurch den eigentlichen Gegner Amerikas, nämlich Japan, im Schach zu halten. Gleiche Hoffnungen mag China nähren, das doch sicherlich von Amerika und von der Entente größere Versprechungen erhalten hat, als es nur die Schenkung der Restschuld aus der Boxerentschädigung bedeutet. Über alle diese Dinge aber sehen wir nur unklar.

Tatsache ist, daß die deutschen Konzessionen in China von China nun übernommen sind, daß der Abbruch der Beziehungen zu Deutschland das sofortige Einsetzen deutscher Handelsbetätigung in China nach dem Kriege erschwert. Ob China noch weiter geht und im Gegensatz zu Amerika nun auch gleich zur Liquidation der deutschen Unternehmungen in China schreitet, ob es zur Kriegserklärung und zu offenen Feindseligkeiten kommt, die natürlich nur in Handelsstörungen und indirekter Kriegseinwirkung bestehen können, das muß die Zukunft lehren, das hängt vom Druck der Entente und von der englisch-amerikanisch-japanischen Verständigung ab. Allzu sehr soll uns das nicht kümmern. Wir schätzen die Störung des deutschen Handels nicht gering ein, aber wir vertrauen doch darauf, daß uns das wichtigste vom ostasiatischen Handelsgeschäft, die Kaufleute, die persönlichen Träger des deutschen Handels und Kulturgedankens, erhalten geblieben sind. Nach dem Kriege wird ihre verdoppelte Energie und die im Kriege gefestigte Erkenntnis in ganz Deutschland über den Wert der Chinabeziehungen schon wieder zu unserer Stellung verhelfen. Der Krieg wird in Europa und auf seinen Schlachtfeldern entschieden!

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg

Von Prof. Dr. W. A. Versluys, Haag. Übersetzt von Adolf Teutenberg, Weimar

Sowie England am Kriege teilzunehmen begann, hat es, unter Hintansetzung des Völkerrechtes, durch Ausdehnung des Begriffes Bannware (Kontrebande) das geltende Blockaderecht zu einem Aushungerungsmittel gegen die Mittelmächte gemacht. Es war nun merkwürdig zu sehen, wie die öffentliche Meinung diese Maßregel hinnahm.

*

Rußland konnte die Einführung der neuen Kampfmethode gleichgültig lassen; denn Rußland wird niemals auszuhungern sein. Wenn aber England später einmal Frank-

Digitized by Google

reich durch Aushungerung niederzuringen bestrebt sein sollte, so hätte dieses immer noch Aussichten auf Zufuhr über Land aus Rumänien, aus Rußland und vielleicht auch aus Amerika: und zwar über Deutschland, das nicht so einfach auf Rationen zu setzen sein würde wie heute Holland und die skandinavischen Länder, da Deutschland die neue Lehre von der fortgesetzten Reise nicht so leicht als Recht zu erkennen geneigt sein dürfte. Nur wenn Frankreich nicht nur gegen England, sondern auch noch gegen Deutschland und gegen Österreich kämpfen müßte, könnte die Abschließung vollständig sein, aber in diesem letzteren Falle wäre ein Widerstand Frankreichs sowieso hoffnungslos. Frankreich also kann das neue Recht auch annehmen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben das englische Einfuhrverbot von Lebensmitteln und Baumwolle nach den Mittelmächten, geschehe sie nun direkt oder indirekt, ruhig hingenommen. Die Verminderung der Zahl ihrer Abnehmer war sicher kein wirtschaftlicher Vorteil für die Vereinigten Staaten, aber Deutschland selber machte die Sache von sich aus zum Teil wieder gut, indem es dennoch Einkäufe machte und die erstandene Ware in Amerika einlagerte, um über die Vorräte nach Beendigung des Krieges sogleich verfügen zu können. Im übrigen war jenseits des Ozeans keine Spur von Aufregung über die Unmenschlichkeit der neuen, von England eingeführten Kampfmethode zu bemerken. Hoffen wir zugunsten der Amerikaner, daß sie das Mißlingen des englischen Aushungerungsplanes vorhersahen. Sie werden weiter auch wohl in Rechnung gezogen haben, daß die Vereinigten Staaten mit ihrer blühenden Landwirtschaft jeder Bedrohung mit Aushungerung immer würden spotten können, während umgekehrt das neue Kampfmittel mit guter Aussicht auf Erfolg sich würde anwenden lassen auf Japan, Mexiko und England selber! Die Einführung des Aushungerungskrieges in Brauch und Recht ist ein amerikanisches Interesse.

Deutschland beantwortete den Aushungerungskrieg mit dem Tauchbootkrieg. Jedes Kriegsschiff und also auch jedes Tauchboot hatte das Recht, ein erbeutetes Fahrzeug, das nicht aufgebracht werden konnte, zu vernichten, aber mit dem Beding, daß für Leben und Sicherheit der Fahrgäste gehörige Sorge getragen würde. Da aber ein Tauchboot die Bemannung des Beuteschiffes unmöglich aufnehmen konnte, so wurde diese genötigt, in die Rettungsboote zu gehen, und diese Notwendigkeit brachte gelegentlich Gefahren mit sich. Wohl führten die Tauchboote diese Gefahr auf ein Kleinstmaß zurück, indem sie die Boote regelmäßig bis in die Nähe einer Küste schleppten, oder indem sie ein Fischerboot oder ein neutrales Handelsschiff anriefen und dieses um Aufnahme der Bemannung angingen, aber gleichwohl verschob nun Deutschland seinerseits die Grenzen des Erlaubten. Diese so ausgeübte erste Phase des U-Boot-Krieges kostete indessen nur sehr wenigen Menschen das Leben. Die Ententepresse aber war voll von suggestiv wirkender Entrüstung, während die englische Regierung die U-Boote-Leute als Seeräuber behandeln wollte.

Dann wurde die Sache verwickelter. England bewaffnete die Handelsschiffe, und

Digitized by Google

diese beschossen die so leicht zu verletzenden U-Boote. Einige von ihnen wurden dann durch Kauffahrer gerammt. Das aber war der Franktireurkrieg zur See, und kein kriegführender Staat wird unterlassen, dieses Verbrechen aufs schärfste zu bekämpfen. Die deutschen U-Boote gingen nun dazu über, in allen Fällen, wo sie es mit einem bewaffneten englischen Kauffahrer zu tun zu haben glaubten, ohne Warnung zu torpedieren, und hierbei konnten Irrtümer nicht ausgeschlossen sein. Sicher ist es gelegentlich vorgekommen, daß ein torpedierter Kauffahrer nicht bewaffnet war und auch nicht beabsichtigte, das U-Boot zu rammen, und ebenso ist gelegentlich ein nichtenglisches Schiff torpediert worden, wie unsere „Katwyk". Die deutsche Regierung verschob abermals die Grenze des Erlaubten, und die Entente folgte dem Beispiel: in der Ostsee und im Adriatischen Meer wurden Kauffahrteischiffe und Passagierdampfer der Mittelmächte ohne Warnung torpediert, und auch hierbei gingen Menschenleben zugrunde. Und das, obwohl weder deutsche noch auch österreichische Kauffahrer jemals als Franktireurs aufgetreten wären, so daß für diese Kampfweise der Entente-Tauchboote keinerlei Notwendigkeit vorhanden war.

Die deutsche Regierung scheint nun die Handelsschiffe der Entente, die Kriegshandlungen begehen, nicht mehr als Franktireurs behandeln zu wollen, sondern sie als Kriegsschiffe anzusehen. Sie werden deshalb ohne Warnung torpediert werden, und die Engländer suchen diesem ihrem Schicksal dadurch zu entgehen, daß sie gemäß Befehl unter falscher Flagge fahren, was wieder die Gefahren für die neutrale Schiffahrt sehr stark vermehren muß.

Im Januar d. J. glaubte nun die deutsche Regierung genug Tauchboote zu besitzen, um über England, Frankreich und Italien eine Art von Blockade verhängen zu können. Deutschland glaubt, nachdem sein Friedensangebot auf eine so kränkende Art abgeschlagen wurde, in dem verschärften U-Boot-Krieg ein Mittel in der Hand zu haben, das einen gerechten Frieden erzwingen kann. Es wendet nun auf drei seiner Gegner die Aushungerungsmethode an, und wenn diese Erfolg haben sollte, so wird die Ententepresse vielleicht einsehen, daß dieses von England erfundene und zuerst angewandte Kampfmittel durchaus verwerflich ist. Vielleicht aber verläßt sich Deutschland nicht so sehr auf die Waffe des Hungers, als vielmehr auf die Möglichkeit, alle Zufuhr von Grundstoffen, die für die Munitionsherstellung unentbehrlich sind, nach England hin abzuschneiden und gleichzeitig die Transporte von England nach Frankreich stark zu belästigen. Den Entente-Heeren an der Westfront könnte dadurch mit der Zeit die Schlagkraft ertötet werden.

Nun aber können die Tauchboote ein solches Ergebnis nur durch einen verschärften oder „rücksichtslosen" U-Boot-Krieg erreichen, womit gemeint ist, daß jedes Fahrzeug innerhalb eines als gefährlich bezeichneten Gebietes ohne Warnung vernichtet werden kann. In der Anwendung dieser Maßregel liegen einige unangenehm berührende Härten. Schon die bloße Ankündigung, daß eine Kriegswaffe auch gegen Neu-

Digitized by Google

trale zur Verwendung gelangt, wirkt verstimmend, und den sowieso schon in der Klemme sitzenden Neutralen kann eine Verschärfung welcher Art Kriegführung auch immer nur unwillkommen sein; und niemand bewundert „Rücksichtslosigkeit", während Vernichtung an und für sich sicher kein Mittel zur Kulturmehrung ist. Denn wenn ein Schiff mit kostbarer Ladung auf den Grund des Meeres hinabgesandt wird, so ist es für den Besitzer nur ein karger Trost, daß Schiff und Ladung nun auch dem Feinde nicht zugute kommen kann, während diese Art von sinnlos scheinender Vernichtung in den heutigen Tagen überall herrschender Not auf den Rest der Menschheit einen peinlichen Eindruck machen muß. Das alles aber schließt die Anerkennung der Tatsache nicht aus, daß die Deutschen auf diese Vernichtungsarbeit ein ebenso großes Recht haben wie die Engländer es hatten auf die Zerstörung der Petroleumquellen in Rumänien oder auf die Verbrennung der Vorräte in Antwerpen — wenn schon Antwerpen, da zum Vernichten großer Vorräte Zeit gehört, eigens deswegen einer Beschießung ausgesetzt werden mußte.

Das Torpedieren ohne Warnung schleppt obendrein noch den traurigen Folgezustand mit sich, daß Leben von Nichtkämpfenden verloren gehen können. Um die Möglichkeit solcher Verluste zu verringern, hat die deutsche Regierung den Neutralen angeraten, das als gefährlich bezeichnete Seegebiet zu vermeiden, was soviel wie eine Forderung ist, keine Bannware — in der neuen englischen Bedeutung des Wortes — mehr fahren zu wollen. Nicht aber bedeutet diese Forderung eine Stillegung der neutralen Handelsflotten, denn theoretisch ist die Fahrt nach allen neutralen Ländern und sogar nach einigen kriegführenden Ländern noch frei. Und wenn diese Fahrt praktisch unmöglich sein wird, so ist das alsdann eine Folge englischer und nicht deutscher Maßregeln.

Die deutsche Forderung hat gewiß ihre Konsequenzen, denn wenn ihr willfahrt wird, so werden große Gewinne, die bisher mit dem Fahren von Bannware für die Entente gemacht werden konnten, preisgegeben werden müssen. Von der Verfrachtung von Nahrungsmitteln für die Mittelmächte, mit der auch Riesengewinne zu machen gewesen wären, haben die Neutralen bereits Abstand genommen. Aber sollte Deutschland nicht recht haben mit der Behauptung, daß es der Unparteilichkeit im eigentlichen Wortsinne mehr entsprechen würde, wenn nun auch für die Entente nicht mehr Seefrachten geführt würden?

Die deutsche Forderung scheint ungewöhnlich, aber wenn es einmal gewöhnlich geworden sein wird, nicht mehr durch Kriegssperrgebiete oder gefährliche Zonen hindurch Seeschiffahrt zu treiben, so wird ein Versuch, dennoch durch solche Gebiete zu dringen, ebenso ungewöhnlich geworden sein wie heute etwa ein Versuch wäre, durch einen Einschließungsgürtel in eine belagerte Festung zu dringen. Insbesondere die Verkündiger der Lehre, Deutschland sei eine belagerte Festung, werden nicht leugnen können daß die Seefahrt nach dem heute weit wirklicher als Deutschland „belagerten" England mit dem Eindringenwollen in eine belagerte Festung einige Ähnlichkeit hat.

Digitized by Google

Führt der verschärfte Tauchbootkrieg zu dem von Deutschland erhofften Ziel, so wird er sicherlich Brauch und darnach auch Recht. Alsdann aber wird eine offizielle Mitteilung, daß ein gewisses Gebiet auf dem Meere durch U-Boot-Gefahr für Handelsschiffe unzugänglich geworden ist, ebenso Beachtung und Folgeleistung finden, wie heute ein Schuß vor den Bug. Und würde es zugleich auch nicht würdevoller sein, ein durch den Krieg bedingtes Verbot zu beachten, ohne daß ein Kreuzer als leibhaftiger Polizist sich einmischen muß? Gewiß wird es Reeder geben, die dies durchaus nicht werden einsehen wollen; es steht indessen zu hoffen, daß diese Leute durch die Schiffsmannschaften, die ihr Leben nicht leichtsinnig aufs Spiel werden setzen wollen, zu andern Ansichten erzogen werden. Sobald das Fahren von Bannware den Verlust von Menschenleben im Gefolge haben kann, wird es bald als ungehörig angesehen werden, so wie heute etwa der Schmuggelhandel. Dann aber wird das Fahren von Bannware ungebräuchlich und höchstwahrscheinlich so wenig zurückersehnt werden wie heute der Sklavenhandel oder die Freibeuterei auf Grund von Kaperbriefen. Die Gewinne, die durch das Verfrachten von Bannware erzielt werden, erwachsen nicht aus Diensten, die der Menschheit erwiesen werden, sondern vielmehr aus künstlichen Verlängerungen dieses jammervollen Krieges. Sicher würde es einen Schritt vorwärts bedeuten, wenn man aus solchen Quellen keine Gewinne mehr schöpfen wollte. Und je geringer die Möglichkeiten großer Kriegsgewinne werden, um desto weniger geneigt dürften die Geldbesitzer werden, fremden Staaten zu Anleihen zu verhelfen, die Kriegsrüstungen dienen sollen, und um so mehr dürften die Aussichten auf Krieg in weite Ferne rücken.

Die Vereinigten Staaten leisten dem verschärften U-Boot-Krieg Widerstand. Das war von dem Lande, in dem der Dollar König ist, zu erwarten, denn es konnte den Ententemächten für Milliarden Munition und anderes Kriegsgerät liefern. Eine Behinderung dieses „friedsamen Handels" in Kriegsgerät mußte mächtigen Interessen, die auch in der hohen Politik eine Rolle spielen, zuwiderlaufen. Es gibt aber mehr Gründe für Wilsons Antipathie gegen den U-Boot-Krieg. Das Tauchboot kann einmal eine starke Waffe gegen den amerikanischen Handel — in der Hand von Mexiko werden. Auch England würde zu seiner Zeit das Tauchboot mit Nutzen von Kanada oder Britisch-West-Indien aus gegen Uncle Sams Handelsschiffe verwenden können, während es umgekehrt den Vereinigten Staaten an Stützpunkten fehlen würde, um eine Tauchbootblockade gegen England mit Erfolg durchführen zu können. Und dann meint Wilson ja, ein dauerhafter Friede werde nur möglich sein, wenn es nach diesem Kriege keine Besiegten gäbe. Sollte der praktische Amerikaner in dem verschärften U-Boot-Krieg das Mittel erblicken, durch das Deutschland England besiegen wird? Aber Wilson protestiert ja aus Gründen der Menschlichkeit... Nun verlangt eine humane Kriegführung in der Tat, daß man das Leben von Nichtkämpfenden so wenig wie möglich in Gefahr bringe. Aber jene amerikanischen Bürger, die als wirkliche

Digitized by Google

oder als geheuerte Schiffsgäste oder als Matrosen ihr Leben in die Schanze schlagen, nehmen denn doch sicher tätiger teil an der Kriegführung, als die durch den englischen Aushungerungskrieg zum Tode verurteilten deutschen Säuglinge. Die amerikanische Regierung aber hat nichts getan gegen die nur durch Rechtsbeugungen möglichen und unmenschlichen Versuche, das deutsche Volk auszuhungern, und ebensowenig gegen die Verwendung von Schwarzen gegen die Deutschen, die in amerikanischen Augen sicher sehr verabscheuenswert sein muß. Die Vereinigten Staaten haben kein Recht, im Namen der Menschlichkeit zu sprechen, da mit der von ihnen der Entente gelieferten Munition Hunderttausende von Bürgern der Mittelmächte getötet und verstümmelt wurden, während andererseits ohne ihre Hilfe die Entente schon längst derartig aufs Haupt geschlagen worden wäre, daß sie ihre Eroberungspläne hätte aufgeben müssen und der Friede inzwischen längst wiederhergestellt worden wäre.

Wenn Holland dem deutschen Ersuchen Folge gibt und seine Schiffahrt nach England unterbricht, so werden englische Schiffe den Güterverkehr zwischen Holland und England aufrecht erhalten müssen. Die Abführung der bei uns von England gekauften Lebensmittel ist ja auch sicher mehr ein englisches als ein holländisches Interesse. Unsere Produzenten werden vom Ausfall der englischen Bestellungen wenig bemerken, da wir an der Landseite unserer Grenzen noch einen guten Abnehmer haben. Sollten die Preise dennoch fallen, so wird das dem holländischen Konsumenten keineswegs unangenehm sein. Unsere Reeder werden die Gewinne, die sie mit der Schiffahrt nach den drei Ententeländern machten, einbüßen, aber die Frachten sind nach allen Punkten der Welt so hoch, daß sie ihr Geschäft dennoch werden gewinnbringend machen können, so daß auch sie letzten Endes wohl bereit sein werden, die als gefährlich erklärten Gebiete zu meiden. Aber England zwingt unsere Schiffe, einen bezeichneten englischen Hafen anzulaufen, um dort ihre Ladung untersuchen zu lassen, ihre Post auszuliefern und sogar liegen zu bleiben, wenn die englische Regierung das als ihren Zwecken nützlich erkennt. Erzeigen sich unsere Schiffe nicht willig, so werden sie aufgebracht, und da der Aufenthalt bei freiwilliger Gestellung noch jedesmal kürzer war als bei gewaltsamem Aufgebrachtwerden, so war das erste dieser beiden Übel immer noch das erträglichere. Das Anlaufen eines englischen Hafens ist nun aber unmöglich geworden. Noch können die englischen Kreuzer, wenn auch auf Kosten großer Vorräte der jetzt so teuren Kohle und nur unter ständiger Gefahr des Torpediertwerdens, unsere Schiffe nach England zu bringen versuchen, aber die Aussichten sind in diesem Betracht nicht eben groß. Auf die Gefahren, die unsern Schiffen dann von deutscher Seite droht, ist von unserer Regierung schon hingewiesen worden. Wir dürfen hoffen, daß die deutsche Marine ihr Bestes tun wird, um diese Gefahr auf ein Kleinstmaß herabzumindern.

Aber es gibt nun noch eine Schwierigkeit, die sich aus dem englischen Steinkohle-Monopol ergibt. Unsere Dampfer können in englischen Kohlenstationen nur unter

Digitized by Google

der Bedingung Kohle erhalten, daß die Reederei England den Laderaum zur Verfügung stellt, was so viel heißen will, daß unsere Schiffe Frachten von und nach England bringen müssen. Weigern wir uns, so bekommen wir keine Steinkohle von England mehr. Und da deutsche Kohlen als Bannware gelten, so müssen also unsere Dampfer mit indischer oder mit amerikanischer Kohle fahren oder aber unsere Schiffe müssen derart eingerichtet werden, daß sie mit Rückständen von Petroleum geheizt werden können. Gelingt die Tauchboot-Blockade, so werden übrigens schon bald keine Kohlen in den englischen Stationen mehr vorrätig sein, und auch in Anbetracht dieser Möglichkeit wird es gut sein, wenn wir uns ohne englische Kohle behelfen lernen. Zugleich verfügen wir dann über mehr Laderaum für nationale Eigenzwecke — wenigstens so lange, bis die englische Regierung ein neues Mittel gefunden hat, das uns zwingen kann, unsere Schiffe und Mannschaften wieder für England einzusetzen.

Gelingt es, uns von der englischen Kohle, durch Not gedrungen, unabhängig zu machen, so brauchen unsere Dampfer keine englischen Kohlenstationen mehr anzulaufen. Je weniger aber unsere Schiffe England anlaufen müssen, um so schwerer wird es England werden, unsere Schiffahrt zu kontrollieren und unser Volk auf Nahrungsrationen zu setzen, und um so weniger Faustpfandgut wird es in der Hand haben, womit es uns zwingen kann, jede peinliche Maßregel hinzunehmen.

Der verschärfte U-Boot-Krieg kann also, neben Ungemach und Gefahren, für Holland doch auch unmittelbar gute Folgen haben. Es gibt aber noch einen andern Grund, der es Hollands Regierung nicht geraten erscheinen lassen kann, der Entwickelung der U-Boot-Waffe Hindernisse in den Weg zu legen. Das U-Boot ist nämlich eine Kriegswaffe, die finanziell durchaus im Bereich unserer Möglichkeiten liegt, und die zur Bemannung einer ansehnlichen Tauchbootflotte nötigen Menschen haben wir auch.

Je kräftiger und vielseitiger diese neue Waffe ist, um so größer wird unsere defensive Macht sein. Gelingt es Deutschland heute, das sehr umfangreiche Sperrgebiet mit seinen U-Booten zu beherrschen, so dürfen wir mit gutem Grund erwarten, daß unsere zukünftigen U-Boote imstande sein werden, wenn nötig die deutsche Bucht oder den englischen Kanal zu schließen. Wir werden dann unsern großen Nachbarn nicht mehr so wehrlos ausgeliefert sein. Es ist ein niederländisches Nationalinteresse, daß der verschärfte U-Boot-Krieg der Deutschen von Erfolg gekrönt sei, und eben darum müssen wir die Unannehmlichkeiten, die er mit sich führen wird, als Unvermeidlichkeiten hinnehmen.

Die Änderung des Wahlrechts

Von Dr. Karl Schneider

Vorbemerkung der Redaktion: Nachdem das Thema von der Wahlrechtsänderung in der „Deutschen Politik" angeschnitten worden ist, geben wir unserem geehrten Mitarbeiter gern Gelegenheit, zu der nachfolgenden persönlichen Meinungsäußerung:

Digitized by Google

Als bei Beginn des Krieges unter allgemeiner Zustimmung beschlossen wurde, den Burgfrieden zu wahren, verstand man darunter das Fernhalten jeder Erörterung über Fragen der inneren Staatsgestaltung, die vor dem Kriege zu leidenschaftlichen Kämpfen Anlaß gegeben hatten. Dazu rechneten weite Kreise in allererster Reihe die Frage des preußischen Wahlrechts. Die Grundanschauungen über die Staatsnotwendigkeiten werden immer verschiedene bleiben. In dem Wesen des Verfassungsstaates liegt der Anspruch an das Wahlrecht begründet, den unverfälschten Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Auf der anderen Seite ist es unbestritten, daß der Wähler eine gewisse Bürgschaft für eine verständige Ausübung dieses Wahlrechtes bieten muß. Endlich soll ihm unbedingt die Möglichkeit gewahrt bleiben, unbeeinflußt von jeder Art des Zwanges nach seiner eigenen Überzeugung zu wählen. Die Verfassung des Deutschen Reiches wie die des Preußischen Staates haben beide das Recht, zu wählen und gewählt zu werden von einem bestimmten Lebensalter abhängig gemacht. Das gleiche Wahlrecht des Reiches kennt keine weiteren Unterscheidungen zwischen den nicht auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Wählern. Seine stillschweigende Voraussetzung ist es, daß alle Wähler das gleiche Interesse am Reiche haben, und daß bei der allgemeinen Volksbildung jedermann imstande sei, sich ein eigenes und selbständiges Urteil zu bilden. Das preußische Wahlrecht hat in der Klasseneinteilung und in dem indirekten Wahlverfahren Sicherungen eingeschaltet, die von dem einen als notwendig und segensreich gepriesen, von dem andern als ungerecht und schädlich bekämpft werden.

So standen sich die Ansichten vor dem Kriege gegenüber. Dem gepriesenen Burgfrieden zum Trotz setzten die Angreifer des preußischen Wahlrechts durch, daß in der Thronrede seine Änderung in Aussicht gestellt, und daß auch während des Krieges die Erörterung darüber niemals zur Ruhe kam. Der Hinweis auf die geschichtlichen Erfahrungen: darauf, daß bei demselben Wahlrecht sehr verschiedene Parteien die Mehrheit erlangt haben; daß der Preußische Staat nicht nur ein geordnetes Finanzwesen aufweist, sondern auch durch Schulgeldfreiheit und durch Steuererlaß für alle Einkommen unter 900 Mark in sozialer Beziehung gerechten Ansprüchen genügt; daß er unter dieser Verfassung die Kraft gewonnen hat, das Deutsche Reich zu neuem Leben zu erwecken; daß endlich die Staatsmänner des Auslandes, denen der Haß die Augen schärft, in dem Preußentum, das auf diesem Wahlrecht erstarkt ist, das Rückgrat des Deutschen Reiches erblicken, hat nicht weiter geführt. Mit Eifer stellt man es so hin, als sei die Notwendigkeit, gerade das preußische Wahlrecht grundlegend zu ändern, unbestritten, und als ob es nur zum Vorteil einer kleinen Schicht, die ihre Sonderrechte bedroht fühle, verteidigt werde.

Mit dem Hinweise darauf, daß auch der Reichstag große und unbestreitbare Verdienste habe, und mit der nicht ohne weiteres abweisbaren Behauptung, daß in Preußen unter einem anderen Wahlrechte Gleiches oder Besseres geleistet worden wäre, verschiebt man den Standpunkt.

Digitized by Google

Wer das Wahlrecht ändern will, muß ohne Rücksicht auf Parteien, auf rechts oder links fest im Auge behalten, worauf es ankommt. Es gilt, dasjenige Wahlrecht zu finden, bei dem das Staatswohl am besten gedeiht.

Der Wunsch, dem einfachen Manne einen freien und maßgebenden Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstags zu verschaffen, wird durch das allgemeine gleiche Wahlrecht in Wirklichkeit nicht erfüllt. Die Kosten des Wahlverfahrens sind sehr groß und steigern sich von Wahl zu Wahl. Die Herstellung und Verbreitung von Drucksachen, die Bereitstellung und Besoldung von Berufsrednern, der Kampf um die Säle, die Beschaffung von Lichtbildern und das Schleppverfahren verlangen große Geldmittel und einheitliche Leitung. Dadurch bekommt der, der beides zur Verfügung stellen kann, den entscheidenden Einfluß auf die Aufstellung des Wahlbewerbers. Das geschieht um so mehr, je sorgfältiger der Einfluß der von jener Geldmacht unabhängigen Regierung ausgeschaltet wird. Wenn auch die Entwicklung im Deutschen Reiche noch nicht so weit gekommen ist wie z. B. in Amerika, so führt doch aus innerer Notwendigkeit dieses Wahlrecht, das gerade dem Unbemittelten den gleichen Anspruch gewähren will wie dem Reichen, zur Entrechtung der Vermögenslosen und zur Herrschaft der Geldfürsten. Daran ändert auch die kluge Vorsicht nichts, mit der die entscheidenden Männer politische Führer vorschieben und ihren eigenen Einfluß verschleiern.

Dieser Entwicklung wirken im preußischen Wahlrecht drei Hemmnisse entgegen: die Verteilung der Wahlkreise, die Klassenwahl und das indirekte Verfahren. Die Massenbeeinflussung erfolgt am leichtesten in den größeren Städten, deren Bewohner zwar regsamen Geistes, aber zumeist wirtschaftlich abhängig sind und in geringerer Zahl Gelegenheit haben, die letzten Grundlagen eines jeden Staatswesens aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Durch Handel und Verkehr verwöhnt, täuschen sich sehr viele von ihnen über die Bedeutung einer blühenden Landwirtschaft, die doch, wie der jetzige Krieg zeigt, allein imstande ist, das Weiterbestehen eines Staates auch dann zu gewährleisten, wenn er ringsum von Feinden bedroht ist. Die ländlichen Kreise, deren Bewohner im Sommer nicht selten überhaupt keine Zeitung lesen und Versammlungen selten besuchen, unterliegen weniger der Gefahr, fremden Interessen dienstbar gemacht zu werden. Das preußische Wahlrecht hat diesen Kreisen im Verhältnis mehr Sitze zugewiesen als den Städten. Die Klasseneinteilung hat den Zweck, den Besitz zu bevorzugen aus dem Gedanken heraus, daß der Besitzende, dem in der Regel auch weitere Bildungsmöglichkeiten offen gestanden haben, nicht nur ein größeres Interesse am Staate haben muß, der ihn schützt, sondern auch über größere Einsicht in die Lebensbedingungen der staatlichen Gemeinschaft verfügt. Das Wahlmännerverfahren gab den kleinen Kreisen die Möglichkeit, den in langjährigem Zusammenleben erprobten Vertrauensmann mit der Auswahl des geeigneten Abgeordneten zu beauftragen. Es zielte also dahin, in den Landtag ähnlich wie in die

Digitized by Google

Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage nicht Parteimänner, sondern anerkannte Vertrauensmänner des Wahlkreises zu führen. Aus dieser Absicht erklärt sich auch die Forderung offener Stimmabgabe.

Diese Schutzwehren, die das preußische Wahlrecht im Interesse des Staates gezogen hat, werden als solche nicht anerkannt und namentlich in großstädtischen Kreisen als unerträgliche Ungerechtigkeit empfunden. Tatsächlich haben sich auch im Laufe der Jahre Mißstände entwickelt, die zu einer Prüfung nötigen, ob diese Hemmnisse nicht besser beseitigt werden. Die offene Stimmabgabe hat zur Folge gehabt, daß Wähler von gegnerischen Parteien wirtschaftlich geschädigt wurden, oder aus Furcht vor solcher Schädigung gegen ihre Überzeugung wählten, oder sich ganz der Stimmabgabe enthielten. Das Wahlmännerverfahren hat seinen Zweck verloren, seit die Parteien von vornherein bestimmte Bewerber aufstellten, und die Wahlmänner auf die Wahl dieser Bewerber verpflichtet wurden. Seine Berechtigung könnte heute nur noch aus der Vereinfachung hergeleitet werden, die es bei Ersatzwahlen mit sich bringt. Die Klassenwahl bringt keine gleichmäßige Bevorzugung der besitzenden und gebildeten Stände, weil wir sehen, daß Minister in der dritten Klasse und in anderen Bezirken herzlich ungebildete Leute in der ersten Klasse wählen. Die Einteilung der Wahlkreise endlich hat bei dem schnellen Wachstum der Großstädte die Benachteiligung der städtischen Wähler ein hohes Maß erreichen lassen. Diese Mißstände haben die im Anfang des Aufsatzes gekennzeichnete Strömung verursacht. Es wäre aber gefährlich, das Kind mit dem Bade auszuschütten, und es dürfte ratsam sein, auch die dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht innewohnenden Gefahren nicht aus dem Auge zu verlieren. Nur wenn sich ein Weg findet, ihnen auf andere Weise zu begegnen, kann man es wagen, jene Sicherungen ganz oder teilweise fortzuräumen. Ein solcher Weg bietet sich vielleicht bezüglich der Klassenwahl und des Wahlmännerverfahrens in der Einschränkung der Wählbarkeit, während bezüglich der Wahlkreiseinteilung nichts anderes übrig bleiben dürfte, als die größten Wahlkreise allmählich zu teilen.

Die Wählbarkeit eignet nach dem heutigen Gesetze einem jeden, der bürgerliche Ehre genießt, keine Armenunterstützung erhält und das dreißigste Jahr vollendet hat. Darüber, ob er sich für sein hohes Amt eignet oder nicht, wird allein nach Parteirücksichten entschieden. Das hat zur Folge, daß sich der Abgeordnete vielfach allein der Partei und nicht den Wählern verantwortlich fühlt, und daß jene auch darüber entscheidet, was er von seiner Betätigung im Landtage im Wahlkreise bekannt geben darf. Und doch schickt niemand seine Stiefel zum Glaser und seine Uhren zum Tischler. Es ist aber wahrlich nicht leichter, über die entscheidenden Fragen im Reichstage oder im Landtage zu beschließen, als Stiefel oder Uhren zu verfertigen. Man sollte daher niemand dorthin entsenden, der nicht seine Befähigung bewiesen hat, an der Leitung eines Organismus mitzuarbeiten, von dessen Gedeihen das Wohl und Wehe einer größeren Zahl von Menschen abhängt, und der nicht

Digitized by Google

gelernt hat, in gemeinsamer Beratung mit Leuten anderer Ansicht auszukommen und sich zum gemeinen Nutzen von seinen Parteiansichten im einzelnen Falle loszumachen. Eine solche Schule für die Betätigung im öffentlichen Leben ist in erster Reihe in den Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen, dann aber auch in den Beschlußversammlungen der verschiedenartigen Berufsverbände gegeben. Wer sich dort in mehrjähriger Arbeit bewährt hat, hat auch die Erfahrungen gesammelt, die in größerem Kreise unentbehrlich sind. Er weiß, daß man nicht Zahlungen aus öffentlichen Mitteln beschließen oder auch versprechen darf, ehe für sichere Deckung gesorgt ist. Er weiß auch, daß die wirtschaftlichen und staatlichen Lebensbedingungen aller Stände so innig ineinander verflochten sind, daß jede einseitige Begünstigung auf der anderen Seite empfindlichen Schaden zur Folge hat, und wird daher von vornherein zu einer gerechten Abwägung widerstreitender Ansprüche eher geneigt sein als der unerfahrene Parteimann, dem die Wirkung auf die Masse bei allen Entscheidungen den Ausschlag gibt. Wie im einzelnen die Begrenzung der Wählbarkeit erfolgen müßte, und inwieweit verantwortliche Mitarbeit an der Leitung großer Betriebe als ausreichende Vorbildung für den hohen Beruf des Gesetzgebers anzusehen ist, darüber kann erst dann entschieden werden, wenn ein solcher Vorschlag von maßgebender Seite dem Landtage unterbreitet werden sollte. Einen Vorteil kann man sich für die Verhandlungen in den hohen Häusern sicherlich davon versprechen, daß ungeeignete Männer sich schon in den engeren Körperschaften selbst des Vertrauens berauben würden, das ihnen die Tür zur gesetzgebenden Körperschaft aufschließen müßte.

Ob dieser Weg gangbar erscheint, und ob auf ihm die großen Schwierigkeiten umgangen werden können, die bei einer Änderung des preußischen Wahlrechts überwunden werden müssen, das kann sich erst bei einer Erörterung im öffentlichen Kreise herausstellen. Wenn der Vorschlag dazu dienen könnte, die sich leidenschaftlich widerstreitenden Ansichten in etwas auszugleichen, so wäre dem gefährdeten Burgfrieden damit gedient. Jedenfalls sehe ich keinen besseren Weg, die Gefahren zu vermindern, die bei jedem Wahlrechte von der Übermacht des Großkapitals drohen als den, die Wählbarkeit nur erprobten verständigen Männern zuzusprechen.

Staatsmonopole und Sozialpolitik

Von J. Giesberts, M. d. R.

Infolge der Schwierigkeiten, neue Steuerquellen zu erschließen, um die steigenden Finanzbedürfnisse des Reichs zu befriedigen, ist schon vor dem Krieg der Gedanke erwogen, durch Schaffung von Reichsmonopolen neue Einnahmequellen zu schaffen, aber die Frage blieb vorläufig ungelöst. Das Branntweinmonopol, wie auch das Petroleummonopol scheiterten, weil in allen bürgerlichen Parteien neben Freunden

Digitized by Google

der Monopolbildung auch grundsätzliche Gegner sitzen. Vielfach schreckte man auch zurück vor den praktischen und technischen Schwierigkeiten. Solange man deshalb einigermaßen sich helfen konnte, ist auch mit Einverständnis der Reichsregierung die Monopolfrage zurückgestellt. Indessen, die ungeheuren Anforderungen an die Finanzen des Reichs, die der Krieg gebracht hat, schieben sie erneut wieder in den Vordergrund. Die Reichsregierung hat zwar bei ihrer jetzigen Steuervorlage, die rund eine Milliarde zweihundert Millionen Mark neue Einnahmen erschließen soll, von Monopolen abgesehen. Die Zeit ist dafür gegenwärtig nicht günstig. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch den Krieg vollständig umgestellt und es fehlt somit eigentlich die sichere Grundlage für eine Monopolbildung. Aber nach dem Krieg wird man sicher damit rechnen können, daß der Versuch unternommen wird, auf dem Wege der Monopole Reichseinnahmen zu schaffen. Es wird eine sehr umfangreiche und schwierige Gesetzgebungsarbeit werden. Selbst wenn man von allen grundsätzlichen Bedenken absieht, bietet die Materie in sich große Schwierigkeiten, besonders in den Produktionsmonopolen. Zündhölzer und Zigaretten werden sich verhältnismäßig einfach in Reichsbetrieben herstellen lassen, weil ihre Fabrikation wenig kompliziert ist und im Verhältnis zum Produktionswert geringe Arbeitskräfte erfordert. Schwieriger würde schon ein Zigarrenmonopol werden, doch auch dies könnte unter Umständen technisch noch leicht gemacht werden. Ganz anders liegen die Verhältnisse schon bei einer Monopolisierung des Bergbaues oder der Beleuchtungsindustrie. Schließlich werden auch die Erfahrungen der Kriegswirtschaft mitsprechen. So steht zu befürchten, daß aus diesen Erfahrungen heraus kaum begeisterte Anhänger der Reichsmonopole entstehen werden. Dazu aber kommt eine Frage, von deren richtiger Lösung es wesentlich abhängen wird, ob überhaupt eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag für die Monopole sich bilden wird, das ist die Erfüllung von bestimmten sozialpolitischen Forderungen, die zum Teil aus den Erfahrungen der Kriegswirtschaft mit herauswachsen. Die im Vaterländischen Hilfsdienstgesetz niedergelegten sozialpolitischen Errungenschaften wird man zum mindesten auf die zu schaffenden Monopolbetriebe in geeigneter Form übertragen müssen.

Mit dieser Frage der Erfüllung von sozialpolitischen Mindestforderungen bei der künftigen Monopolisierung industrieller Betriebe beschäftigt sich eine Eingabe der deutschen Gewerkschaftsverbände an den Reichstag. Dieselbe ist von allen Gewerkschaftsgruppen, den sozialdemokratischen, christlichen, Hirsch-Dunckerschen und der polnischen Berufsvereinigungen gemeinsam abgefaßt und dem Reichskanzler zugesandt. Die in der Eingabe aufgestellten Mindestforderungen, die in zwanzig Punkten zusammengefaßt sind, verdienen ernste Beachtung.

Die erste Gruppe umfaßt das Koalitionsrecht. Der § 152 der Gewerbeordnung soll für die zu schaffenden Monopolbetriebe aller Art, gleichgültig ob es sich um Gemeinde-, Staats- oder Reichsmonopol, oder um solche privatwirtschaftlichen Charak-

Digitized by Google

ters handelt, gelten. — Selbstverständlich auch alle übrigen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Die Arbeiter der Monopolbetriebe sollen in keinem Punkt minderen Rechtes sein als die in Privatbetrieben und die Sozialversicherung in vollstem Umfange gelten. So einfach diese Forderung auf den ersten Augenblick erscheint, so bedingt sie doch den Bruch mit einer bisherigen Praxis. Soweit der § 152 der Gewerbeordnung das Organisationsrecht der Arbeiter enthält, wird er von allen Staatsverwaltungen nicht beanstandet. Sowie aber das Streikrecht damit verbunden ist, ist er von sämtlichen deutschen Eisenbahnverwaltungen ausgeschlossen worden. Man wird es den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nachfühlen müssen, daß sie nicht eine ähnliche Praxis für die zu schaffenden neuen Monopolbetriebe dulden wollen. Aktuell würde diese Frage hauptsächlich werden bei Schaffung eines Reichseisenbahnmonopols, welches allerdings die allergeringste Aussicht unter allen Monopolplänen haben dürfte. In der Begründung weist die Eingabe auf die Gefahr hin, daß in den künftigen Monopolbetrieben sich ähnliche Verhältnisse entwickeln könnten, wie in der Bergbau- und Großeisenindustrie, diese schon jetzt privatwirtschaftlich stark kartellierte Industrie lehnt nach wie vor grundsätzlich die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisation bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ab. Das dürfte bei den künftigen Monopolbetrieben des Reichs unter keinen Umständen eintreten. Die Eingabe verlangt deshalb in Ziffer 13, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen in monopolisierten Industrien durch Vereinbarungen mit den „von den Unternehmern unabhängigen" gewerkschaftlichen Berufsvereinen der Arbeiter und Angestellten zu regeln sind.

Die zweite Gruppe von Forderungen umfaßt die Vertretung der Arbeiter in den Monopolverwaltungen selbst. In dieselben sollen Vertreter der Arbeiter gewählt werden, die als vollberechtigte Mitglieder an der Verwaltung mitwirken. Unter der Voraussetzung, daß ein Reichsarbeitsamt oder Reichswirtschaftsamt geschaffen wird, verlangt die Eingabe innerhalb eines solchen Amtes einen Beirat, in dem der Reichstag und die wirtschaftlichen Interessengruppen — also auch die Gewerkschaften — vertreten sein müssen. Diesem Beirat sind wichtige Funktionen vorbehalten. Er soll das Recht haben, Revisionen der Monopole anzuordnen und die mit der Ausführung betrauten Personen zu bestimmen. Die Revision soll sich erstrecken auf die Quotisierung der Produktion; der Festsetzung der Richtpreise und der Verrechnungsart, sowie der Lohn und Arbeitsbedingungen der Angestellten und Arbeiter und der Verteilung der erzielten Gewinne.

Diese Forderungen stellen also sowohl eine Mitverwaltung des Reichstags, wie auch die wirtschaftlichen Interessengruppen dar, d. h. der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Der Gedanke kann auf den ersten Augenblick mancherlei Bedenken erregen. Wenigstens steht er im Widerspruch mit der bisherigen geübten Verwaltungspraxis. Er erscheint aber erklärlich, wenn man sich die große Bedeutung vorstellt,

Digitized by Google

welche künftig die Monopolbetriebe für die Gesamtwirtschaft haben würden. An sich kann nur ein Staat mit einer gesunden, auf historischer Erziehung beruhenden Verwaltungspraxis Monopole durchführen. Wo diese Voraussetzung fehlt, ist die Gefahr der Korruption erheblich groß. Deutschland kann sich auf eine solche gute Verwaltungspraxis berufen. So sehr sich der deutsche Staatsbürger angewöhnt hat die „Bureaukraten" für alles verantwortlich zu machen, wenn er in unangenehmer Weise mit den komplizierten Gesetzesapparaten Bekanntschaft macht, so steht andererseits fest, daß unser deutsches Beamtentum in allen Zweigen der Staatsverwaltung an treuer und sittlicher Stärke in Erfüllung seiner Berufspflichten in der ganzen Welt nicht übertroffen wird. Deshalb können wir von diesem Gesichtspunkt aus ruhig die Monopolwirtschaft einführen. Aber diese Tatsache wird nicht beeinträchtigt, wenn der Reichstag und die wirtschaftlichen Interessengruppen gewissermaßen zur kontrollierenden Verwaltung herangezogen werden. Nachdem wir im Kriege diese Bahn beschritten haben, bei der Einrichtung des Kriegsernährungsamts und des Kriegsamts liegt kein Grund vor, dieselbe zu verlassen und nicht die gleiche Praxis auf die Monopolbetriebe zu übertragen. Es wird das Vertrauen beim Volke und vor allem auch bei den Arbeitern in erheblichem Umfange stärken, und die politischen Angriffsflächen auf die Monopolwirtschaft selbst verringern. Für viele wird es ja ein grundsätzliches Umlernen sein, aber ein Umlernen, das durch die vorausgegangenen Erfahrungen des Krieges doch ganz erheblich erleichtert wird.

Die dritte Gruppe von Forderungen bezieht sich auf die Schaffung gesetzlicher Arbeitervertretung, Arbeiterkammern (oder Arbeitskammern) und Errichtung eines Reichswirtschaftsamts. Ein Arbeitskammergesetz soll schleunigst erlassen werden und unter anderm auch die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten (Arbeitersekretariate) enthalten. Bekanntlich ist das Arbeitskammergesetz vor einigen Jahren gescheitert, weil die Regierung der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre glaubte nicht zustimmen zu können. Beide Gedanken, sowohl die Arbeitskammern wie das Reichsarbeitsamt, sind ja nicht neu und dürften wohl mit zu den sozialpolitischen Aufgaben gehören, die zuerst nach dem Krieg zu lösen sind, unabhängig davon ob Monopole geschaffen werden oder nicht. Sie werden in die Eingabe der Gewerkschaften auch wohl nur deshalb einbezogen, weil durch die Arbeitskammern die Vertreter in den Monopolverwaltungen gewählt werden sollen und durch das Reichsarbeitsamt diejenigen Personen, welche im Beirat die Kontrolle der Monopole durchführen sollen. Organisatorisch ist diese Lösung zweckmäßig und dürfte erheblichen Bedenken kaum begegnen.

Eine vierte Gruppe der Forderungen bezieht sich auf verschiedene allgemeine Fragen. In den Monopolen sollen Maßregelungen von Arbeitern wegen Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften nicht erfolgen dürfen und unter Strafe gestellt werden. Die Arbeitsvermittelung soll durch die paritätischen Arbeitsnachweise erfolgen, Führung von

Digitized by Google

Schwarzen Listen soll als Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen des § 253 des Strafgesetzbuches bestraft und die Konkurrenzklausel soll in den Verträgen der Angestellten und Arbeiter in Monopolbetrieben verboten werden.

Ferner verlangt die Eingabe, daß die Arbeiter und Angestellten in Industrien, die durch die Monopolisierung geschädigt werden — arbeitslos werden — eine Entschädigung erhalten. Vor Einbringung der Monopolgesetze an die gesetzgebenden Körperschaften soll man den Gewerkschaften Gelegenheit geben zur gutachtlichen Äußerung. Für die beiden letzteren Forderungen gibt es ja gute Vorbilder.

Am Schlusse der Begründung dieser Forderungen sagt die Gewerkschaftseingabe: „daß die Gewerkschaft gegen die Monopolisierung der Industrie in Deutschland grundsätzlich Bedenken nicht erhebe. Das staatlich organisierte Monopol kann dazu beitragen, den Arbeitsmarkt stabiler zu gestalten, was im Interesse der Arbeiter liegen würde, oder es kommt auf die Ausführung an. Wird die Monopolgesetzgebung vom rein fiskalischen und privatwirtschaftlichen Standpunkt unter Ausschaltung des sozialen Ausgleichs durchgeführt, müßten die Arbeiter den schärfsten Widerspruch dagegen erheben." Die Darlegung bezieht sich also wesentlich auf die Industriemonopole. Bei Schaffung von Handelsmonopolen, die im wesentlichen reine Verwaltungseinrichtungen darstellen, würde der größte Teil der Gewerkschaftsforderungen weniger in Betracht kommen. Im übrigen würde die Mitwirkung und Mitarbeit in der Verwaltung auch für solche Monopole gefördert werden. Soviel ist sicher, daß eine künftige Monopolgesetzgebung vom sozialen Geist getragen werden muß, sonst wird sie nicht marschieren können. Die rechtzeitige Aufstellung dieser Forderungen seitens der Gewerkschaften ist deshalb zweckdienlich, weil sie bei den zu erwartenden Entwürfen mit berücksichtigt werden können und die Parteien in der Lage sind, dazu Stellung nehmen zu können.

„Vorwärts und aufwärts"

Von Lynceus

Der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann hat in der Reichstagssitzung vom 27. Februar seine Rede mit den Sätzen beschlossen: „Wozu wäre all das kostbare Blut geflossen, hülfe es uns nicht zu einem neuen großen Fortschritt der Menschheit? Keiner von uns sollte mehr sein als ein Stück dieses Volkes, keiner sollte eine andere Aufgabe kennen als die, mit unserem Volk den schweren und harten Weg zu gehen, durch Not und Tod, vorwärts und aufwärts." Das Stenogramm verzeichnet (für die gesamte Rede) „Beifall links". Diese Sätze aber, allein und für sich betrachtet, verdienen den Beifall des ganzen Hauses und des ganzen Volkes.

Der erste Satz wiederholt oft Gesagtes in neuer Form. An Stelle des leeren Schlagwortes „Neuorientierung" spricht er mit alltäglich einfachen und ruhigen Worten von

Digitized by Google

einem „neuen großen Fortschritt". Statt von uns allein erwartet er ihn von der Menschheit. Die Menschheitsfrage des Friedens, die vom Reichskanzler am 12. Dezember gestellt wurde, hat den Weg zu dem Gedanken an die Fortschritte geöffnet, die nicht nur das einzelne Volk, die vielleicht die ganze Menschheit aus dem Kriege zieht, der sie in ihrer Gesamtheit getroffen hat.

„Vorwärts und aufwärts" soll dieser Weg gehen, sagte Scheidemann. Übernommenes und Neues steht auch in diesem Satz beisammen.

Vom Marschall Blücher hat heute wieder Hindenburg als seinen Beitrag für das Sammelwerk des Berliner Goethebundes „Das Land Goethes 1914—1916" den Schlachtruf „Vorwärts" übernommen. Denn dieser Ruf peitscht alle Energie des Daseins im Kriege zu dem Ziel jedes Krieges auf. Aber der Krieg überbrüllt mit seinem Ruf „Vorwärts" gar leicht die stillere, besinnlichere Mahnung zum „Aufwärts".

Der Mann, der nicht als Militär, sondern aus politischer Überlegung den Krieg überschaut, fügt darum das unbedeutende Wörtchen „und aufwärts" hinzu. Mit dem Schlachtruf „Vorwärts" haben Hindenburg und seine Heere die Heimat gerettet. Wer über den Krieg hinaus denkt, muß seine Blicke aufwärts richten. Alles menschliche Wollen, jede Sehnsucht und jede Erfüllung, der ganze Sinn und Reichtum des menschlichen Daseins liegt in dem „Aufwärts".

Die Debatten im Preußischen Abgeordnetenhaus über Erziehung und Unterricht haben gezeigt, daß es dunkel den Weg ahnte, der zu dem „Aufwärts" führt. Dunkel — denn dieser Weg hat nichts mit dem Mehr an fremden Sprachen, an naturwissenschaftlichen Kenntnissen und all dem anderen zu tun, was man dort verlangte; auch nichts mit dem „zu viel Goethe". Wir haben uns zu viel mit Goethe beschäftigt, weil wir zu viel Biographien, Kommentare, Erläuterungen, Vor-, Nach- und Unterworte (zuletzt gar ein „Goethe-Handbuch") geschrieben haben. Zu wenig, wenn wir uns erst einmal darauf besinnen, was wir von Goethes Lebensanschauung uns zu eigen gemacht haben. Der wahre Weg ist auch noch nicht durch „die Vorbildung für Auslandstätigkeit, die Bürgerkunde und die Frage der Politisierung der oberen Klassen höherer Schulen" gesichert, die gefordert werden. Das sind alles — dazu noch unaufgeklärte — Mittel zum Ziel, und es blieb zu befürchten, daß die Mittel zu eifrig diskutiert würden, ehe das Ziel feststand.

Auf dieses Ziel wies in Heft 11 der „Deutschen Politik" die „Philippika für Jedermann" hin, indem sie den Satz aufstellte: „Gesunder Menschenverstand tut not." Dieser Aufsatz verlangt „statt des wirren Durcheinanders und Gegeneinanders von Ressorts, Zentralstellen, Redaktionen, Zirkeln, Kliquen, Konventikeln, von Hofleuten, Exzellenzen und Journalisten, Geheimräten und Geschäftsleuten, Politikern und Neugierigen, Geschichtenmachern und Geschichtenerzählern, Plänemachern und Strebern eine Atmosphäre des gesunden Menschenverstandes und des entschlossenen Willens". Die Zukunftsfrage liegt also darin, wie sich künftighin der Staatsbürger dem Bildungsgang

Digitized by Google

zum Trotz seinen gesunden Menschenverstand und entschlossenen Willen bewahrt. Wir sagen dem Bildungsgang zum Trotz: denn es war zum großen Teil eine Folge der Überlastung der jetzigen Bildungswege, des Überwiegens des Wissens und Lernens, daß die Meisten in der Schablone stecken blieben, in die sie Schule, Universität, Beruf hineingepreßt haben. Die Debatten im Preußischen Abgeordnetenhaus haben trotzdem statt Entlastung von dem überreichen Wissensstoff größtenteils eine weitere Belastung verlangt. Auch das Abgeordnetenhaus stürmte nur „vorwärts“ und kam darüber nicht zur Selbstbesinnung, zu dem „Aufwärts“. Daß seine Forderungen nicht auf klarer Einsicht in das beruhen, was uns nottut, zeigt jetzt erst recht ein Buch von Eduard Spranger: „Begabung und Studium“ (erschienen im Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin, 1917, 99 S., br. 2 M.). Diese Schrift kann uns weiter bringen, weil sie von einem Mann stammt, der lange und ernst über die Bildungsfragen nachgedacht hat, die die Wurzeln für den inneren Frontwechsel sind, auf den wir nach dem Krieg hoffen, und weil dieser Mann trotz allen Wissens und Könnens sich den engen Zusammenhang mit dem Leben nicht verbaut hat.

Die Schrift ist eine Veröffentlichung des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht, der sich die Förderung des „Aufstieges der Begabten ausdrücklich zum Problem gemacht hat“. Der Aufstieg der Begabten aber ist ein politisches Problem. „Denn nur durch Staatskunst und Gesetzgebung kann planmäßig dahin gewirkt werden, daß die hervorragenden Einzelleistungen dem Ganzen, der Einheit, ihrem Gedeihen und ihrer Macht, zugute kommen.“

Spranger stellt sich darum — als Universitätslehrer — die Frage: „Wie erreichen wir es, das möglichst die Begabten in die Universität hineinkommen und die Unbegabten von ihr fern gehalten werden?“ Denn, so sagt er freimütig: „Es ist zweifelhaft, ob für die Auffindung der Talente bisher alles geschehen ist, was im Interesse der Wissenschaft hätte geschehen sollen.“ „Gaben des Geistes und Gaben des Geldes aber stehen in keiner inneren Beziehung.“

Daraus folgert Spranger: „Es ist eine Aufgabe unserer Bildungspolitik, wenigstens die äußeren Beziehungen zwischen Geist und Geld einzuschränken.“ „Kämen wir dahin, daß, wie im Staate Platos oder der katholischen Hierarchie, die Könige im Geist wirklich den Thron besteigen, der ihnen gebührt, dann wäre das Band zwischen Nation und Universität, zwischen Volksleben und Bildungsaristokratie von neuem tief und schön geschlungen.“

Spranger regt, um den Begabten den Zugang zu den Bildungsmitteln zu öffnen, die ihnen gebühren, Auslese der Tüchtigen und, soweit sie ihrer bedürfen, materielle Unterstützung durch den Staat an. Diese Unterstützung soll dem begabten Studenten ebenso zukommen wie dem begabten Privatdozenten. Freilich bleibt selbst dann, wenn der Staat dem Nachwuchs der Begabten fortan diese Fürsorge widmen würde, noch immer die Schwierigkeit der Auslese. Daß sie nicht von der Zufälligkeit und Einsei-

Digitized by Google

tigkeit des Examens abhängen kann, ist selbstverständlich. Man brauchte an den bestehenden Einrichtungen nichts zu ändern, wenn man die Examina als die einzigen Prüfsteine betrachten könnte. Das hat auch Spranger gesehen, wenn er sagt: „Nicht verkürzen, sondern verlängern, vertiefen und verfeinern möchte ich das Verfahren; nicht einstellen auf diese oder jene vereinzelte Fähigkeit, sondern jede Fähigkeit im Zusammenhang des ganzen Menschen suchen; kurz „ich möchte das Technische aus dem Ganzen möglichst beseitigen und das lebendig Geistige zur Wirkung gebracht wissen, wie denn Individualität immer nur in lebendiger Intuition aufgefaßt werden kann."

Von diesem Standpunkt aus muß Spranger überhaupt in dem „allzu engen Spezialistentum die Gefahr der Routine oder Verödung sehen". „In allen Fakultäten besteht ja heute die Neigung den Kandidaten zu einem kleinen Tausendkünstler zu machen." Statt den Einzelnen mit Wissensstoff also noch mehr zu bepacken, als es bis jetzt der Fall war, fordert Spranger eine Entlastung nach der Seite hin, daß „das lebendig Geistige" in Wirkung bleibt. Die Universität soll nicht aufhören, die Einrichtung zu bleiben, die der Erkenntnis und Befruchtung der wissenschaftlichen Begabung dient. „Aber eines muß allgemein, auch für die Begabtesten gefordert werden; die Universität muß sie in die elementaren Hilfsmittel, in die grundlegende Arbeitstechnik und die fruchtbaren Kunstgriffe wirklich einführen. Es hat keinen Sinn, den Begriff der Selbsttätigkeit so zu überspannen, daß jeder Anfänger sich dieses alles von neuem entdecken soll. Das gibt Zeitverlust an der unrechten Stelle. Wollen und können die produktiven Forscher, die dauernd auf der höheren Stufe verweilen, dies nicht übermitteln, so müssen jüngere Hilfskräfte das pädagogische Moment in ihrer Wirksamkeit umso stärker betonen. Berufskunde, mindestens als Vorlesung, noch besser als Elementarübung gehört in alle Fakultäten." Bis jetzt hat in der Universität zu sehr „das Gesetz von einseitiger Herkunft, das Gesetz der reinen Erkenntnis" geherrscht. Für sehr viele höhere Berufe aber ist die streng wissenschaftliche Schulung nur eine Stufe des Hindurchgehens, und Gelehrtenleistung gibt noch kein Maß der künftigen Berufsleistung ab.

Die Universität hat bis heute in der Abkehr von dem praktischen Leben gern eines ihrer Ideale gesehen. „Nach dem Kriege werden für die deutsche Universität Zeiten kommen, wo sie von den gewohnten Formen abgehen muß, um denen wirksam zu helfen, die eine ehrenvolle Pflicht auf nur zu lange Jahre ihren Hallen fernhielt." Aber auch ohne diesen Zwang sollte die Universität die Lehre hören und aufnehmen, die einer ihrer begabtesten und treuesten Angehörigen in diesem Buche gibt: „Daß dem bewegten Leben Leben entgegenkommen muß", nicht nur „als Empfänglichkeit, sondern als fortzeugender Eifer und also als Arbeitsenergie."

Der Universität wird es dann nach den stürmischen Jahren nicht schwerer, sondern leichter werden „sich auf der alten Höhe des Geistes und der Wissenschaft wieder-

Digitized by Google

zufinden". Spranger spricht den richtigen Satz aus: „Es ist ein irreführendes Wort: Man solle den Fortschritt organisieren, das eigentlich Produktive läßt sich nicht in vorgebildete Formen fassen; es gedeiht allein in ungehinderter Freiheit." Die freie Form der Universität wird also nicht geschmälert, sondern gefördert, wenn sie sich den Neuerungen nicht verschließt, zu denen Spranger mahnt.

Mitten in den Tagen, in denen das Wort „Vorwärts" Parole ist, erklingt so aus den Kreisen der konservativsten Einrichtungen des Staates der Ruf nach Besinnung auf neue Formen und neue Wege. Die liberalen Elemente der deutschen Universität haben sich wieder einmal frei gerungen (denn die Universität ist auf Selbsthilfe und Selbstbestimmung, auf freie Berufswahl und Freizügigkeit, auf Selbstverantwortung und innere und äußere Freiheit aufgebaut). Dieses gewichtige Zeichen läßt vielleicht darauf schließen, daß auch im übrigen unser künftiger Weg nicht nur „Vorwärts", sondern auch „Aufwärts" geht.

Die Kriegsanleihe ist die Waffe der Daheimgebliebenen!

Notizen

Asien nach dem Krieg. Während noch kein Ende des Krieges abzusehen ist, wenden doch einige der europäischen Mächte bereits der Zukunft Asiens ihr Interesse zu. Seit 300 Jahren haben die Europäer Asien als das Land betrachtet, in dem man reich werden und das man willkürlich treten kann. Hätte Japan den Weißen nicht im russischen Krieg einen Schlag versetzt, so hätte ganz Asien unter ihre Herrschaft geraten können. Jener Krieg aber hat die Völker Asiens dazu aufgeweckt, der Leitung Japans zu folgen. Mit Schrecken sehen viele Weiße dem Erwachen Chinas und Indiens entgegen. China entwickelt sich besonders auf industriellem Gebiet jährlich mehr; nicht lange, und die Weißen werden aus dem Innern Chinas verdrängt sein. Die Inder sind entrüstet über das englische Regiment, das aus dem armen Land jährlich 300 Millionen herauszieht. Die grausamen Briten aber können sich gegen die Tatsache nicht verschließen, daß Indien erwacht ist. Wird Asien auch ferner unter der Herrschaft der Weißen stehen, oder wird es nach dem Krieg von den Asiaten selbst zu eigenem Nutzen entwickelt werden? Das ist die Frage, die von uns Asiaten gründlicher als von den Europäern und Amerikanern studiert werden sollte. Wir helfen jetzt der Entente so viel als möglich, den Militarismus der Zentralstaaten niederzuschlagen. Aber nach dem Krieg müssen wir uns darauf vorbereiten, unsere eigenen Ansprüche zu verteidigen. Besteht etwa kein Grund zu solcher Besorgnis? Manche denken, die erschöpften europäischen Nationen würden nicht mehr fähig sein, etwas in Asien zu unternehmen. Ist das richtig? Es werden große Wandlungen eintreten in den Beziehungen von Asien zu Europa. Aber werden diese Wandlungen hervorgehen aus dem Erwachen der Asiaten oder aus dem erneuten Druck der europäischen Mächte? Sollen wir Japaner müßig diese Entwicklung abwarten, oder sollen wir positive Maßregeln ergreifen, um eine für uns vorteilhafte Lage herbeizuführen? („Japan Advertiser".)

Europa und Japan. Nach einem Bericht des japanischen Ackerbau- und Handelsministeriums konnten, infolge des Krieges, in Japan chemische Fabriken gegründet werden. Mangels Erfahrung konnten nur kapitalkräftige Firmen gangbare Artikel herstellen. Die Preise sind

Digitized by Google

aber so hoch, daß auch kleinere Firmen angespornt werden, ihre Artikel zu vervollkommnen. Als erfolgreiche Firmen werden genannt: Tokyo Gas Company. Misiu Mining Co., Japan Dye Stuff Co.... Sämtliche Farbstoffe, aber auch Karbolsäure, Salizylsäure und Glyzerin werden jetzt in Japan selbst hergestellt. Infolge Einstellung der Anfuhr von Glaswaren aus Deutschland und Belgien sind jetzt u. a. Britisch-Indien, Holländisch-Indien und Australien Käufer auf dem japanischen Markt geworden. Während früher die Asahi Glass Company nur kleine Mengen Fensterglas herstellte, hat sie ihre Leistungsfähigkeit dermaßen steigern können, daß sie jetzt jährlich 7 Millionen Kisten dieser Glassorte liefern kann. Von Zelluloidartikeln, die früher unter der Konkurrenz Deutschlands litten, können jetzt kaum die vielen Bestellungen aus England, Frankreich, Rußland, Amerika, Australien, Holländisch-Indien und China ausgeführt werden. Die Papierindustrie blüht, ebenso die Phosphorindustrie. („Nieuwe Rotterd. Conrant".)

„Pazifistische Schlupfwinkel". Unter diesem Stichwort schrieb die „Unabhängige Nationalkorrespondenz" vom 27. Februar 1917: „Einer der ganz modernen „Dichter", mit Namen Leonhard Frank, hat die deutsche Leserwelt mit einem Werk „Der Vater" beglückt, auf dessen Inhalt und Tendenz wir die Kreise, die es angeht, aufmerksam machen möchten. Besagter „Vater" ist aus Gram um seinen im Felde gefallenen Sohn so aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht worden, daß er zum neurasthenischen Pazifisten wird, dessen an Landesverrat grenzende Tiraden den wirksamsten Teil des Stückes bilden. Nicht der Feind sei schuld am Kriege, sondern wir selbst, die wir in unseren Kindern die Freude am soldatischen Spiel, an der Jungmannschaftsbewegung und damit den Militarismus einpflanzen. Damit nicht genug: Der Kunstsalon Cassirer stellt diese Dichtung in den Mittelpunkt eines Vortragsabends vor geladenen Zuhörern. Frau Tilla-Durieux-Cassirer hilft der merkwürdigen Friedenspropaganda mit allem Glanze ihrer schauspielerischen Begabung zum vollen Erfolge.

Die „Unabhängige Nationalkorrespondenz" hat damit die allgemeine Aufmerksamkeit auf die kleine Arbeit des Dichters gelenkt, die in dem ziemlich entlegenen Sammelbuch „Almanach der Neuen Jugend auf das Jahr 1917" erschienen ist. Der Leser urteilt am besten, wenn er die „Tiraden" des Vaters, um die der Streit geht, selbst kennt. Der Schriftsteller läßt den Vater in einer Versammlung sprechen:

Unsere Männer und unsere Söhne erschießen Männer und Söhne. Und jene Männer und Söhne erschießen unsere Männer und Söhne. Und jeder Daheimgebliebene hofft: mein Mann, mein Sohn kommt zurück. Mögen die andern fallen und sterben. Solches kann nur ein Wahnsinniger wünschen. Ich frage euch, ist der kein Mörder, der ein unschuldiges Kind so erzieht, daß es erst zum Mörder werden muß, bevor es selbst ermordet wird? Wird der so erzogene Unschuldige, wenn er einen gleichfalls schlechtberatenen Unschuldigen erschießt, nicht zum Mörder? Es gibt heute in Europa keinen Menschen mehr, der nicht ein Mörder ist!... Wir sind verblendet und Mörder, weil wir den Gegner außer uns suchen und zu finden glauben. Nicht der Engländer, Franzose, Russe und für diese nicht der Deutsche, sondern in uns selbst ist der Feind. Und wir stempeln deshalb andere Menschen zum Feind, weil der tatsächliche Feind in uns etwas ist, was nicht da ist. Das Nichtvorhandensein der Liebe ist der Feind und die Ursache aller Kriege. Ganz Europa weint, weil ganz Europa nicht mehr lieben kann. Ganz Europa ist wahnsinnig, weil es nicht lieben kann. Oder ist es nicht Wahnsinn, wenn ihr euch freut über die Notiz: zweitausend französische Leichen lagen vor unserer Linie? Ist die Einwohnerschaft von Paris nicht wahnsinnig, wenn sie sich freut über die Notiz: zweitausend deutsche Leichen lagen vor unserer Linie? Wir schreien vor Schmerz oder die Augen bleiben trocken vor Schmerz, wenn unser Sohn fällt. Solange wir nicht ebenso vor Schmerz schreien, wenn ein Franzose fällt, lieben wir nicht. Solange wir nicht fühlen: ein Mensch, der

Digitized by Google

uns nichts getan hat, fiel und starb, so lange sind wir Wahnsinnige. Denn dieser Mensch, der fiel und starb, hat eine Mutter, einen Vater, eine Frau, die vor Schmerz schreien. Ist ein Mensch. Wollte so gerne leben. Und mußte sterben. Wofür? Warum? Er mußte sterben, weil er nicht liebte. Und wir, seine Mörder, ließen ihn sterben, weil wir nicht liebten... Man braucht ja nur zu lieben, dann fällt kein Schuß mehr. Dann ist der Friede da. Kinder sind wir dann auf unserer Erde... Der ganze Erdteil weint. Daran merkt man doch, daß der Erdteil fähig ist zur Liebe. Ganz hoffnungslos wäre erst dann alles, wenn Europa lachen würde, weil ganz Europa blutet. Aber es gibt kein Haus in Europa, in dem nicht die Tränen fließen. Das ist die Liebe, die aus den Menschenaugen heraus weint, weil sie vertrieben worden ist aus den Herzen der Menschen. — Die Menschen sind wahnsinnig, wirklich und wahrhaftig wahnsinnig, weil sie die Liebe vergessen haben. Und weil sie die Liebe vergessen haben, glauben sie, es müsse alles so sein, wie es ist. Wenn man jetzt noch die Arme und Beine, die losgetrennten Menschenköpfe, die Millionen zerrissnen Leichen, unter denen auch eure Söhne und Männer sind, von den Schlachtfeldern holen und auf eure Straßen werfen würde, euch vor die Augen, würdet ihr auch dann noch sagen, man muß sich halt damit abfinden? Oder würdet ihr endlich hinknien, bereit zum Lieben, was auch dabei herauskomme? Würdet ihr dann endlich sagen: ich will nicht leben, wenn ich nicht lieben darf? Würdet ihr einsehen, daß diejenigen, die euch das Lieben verbieten, Feinde sind? Feinde des Menschen. Volksfeinde! Seht ihr nicht die Berge von zerrissenen Menschenleibern? Sie liegen auf euren Straßen, daß kein Wagen mehr fahren kann und ihr keinen Schritt mehr machen könnt. Eure Söhne! Eure Söhne! Eure Männer! Väter! Blutig! Zerrissen! Unkenntlich! — Wir dürfen uns nicht länger belügen und sagen: der Zar, der Kaiser, der Engländer ist schuld. — Ich bin schuld. Und du bist schuld. Und du und du, nicht mehr und nicht weniger als der Zar, der Engländer, der Kaiser und der Milliardär. Denn auch die nur hatten, ebenso wie wir, die Liebe vergessen. Nehmt die Schuld auf euch, damit ihr der Liebe wieder teilhaftig werden könnt. Denn nur, wer hier sich schuldig fühlt, kann entsündigt werden und wieder lieben. Und jetzt wisset: die Liebe trägt in sich ein hartes Gebot. Die Liebe sagt: wer nicht liebt, ist schuldig und böse und soll weichen, damit der Liebe auf Erden keine Schranken mehr gesetzt werden können. Wir wollen fallen und sterben dafür, daß der Liebe die Regierung Europas übergeben werde. Die Menschengesichter unten im Saale waren aufgelöst. Weitersprechend stieg Robert vom Podium herunter. Alle waren aufgestanden, drängten ihm nach. — Die Nachricht hatte sich schon verbreitet, als sie durch die Straßen zogen. „Die wollen Frieden machen. Die wollen Frieden machen." Verkäuferinnen — verwaiste Bräute — verließen den Ladentisch und schlossen sich an. Zwei Schaufensterreiniger — alte Männer — ließen die Leiter stehen und schlossen sich an. Der Wagenführer der Elektrischen hörte das Wort „Friede", erstarrte und sprang vom Wagen herunter, schloß sich an. Die Fahrgäste schlossen sich an. In wenigen Minuten hatte sich die Menge verdreifacht. Und verzehnfachte sich, als Robert, auf dem Platze angelangt, auf der Brunnenschale stand und sprach. Sein Mund zeichnete den letzten Satz in meterhohen Buchstaben an den Himmel: „Es ist schon die Axt an die Wurzel gelegt. Darum, welcher Baum nicht gute Frucht bringt, wird abgehauen und ins Feuer geworfen." Eine junge Frau stand da und tat nichts als lächeln und „Friede" sagen. Reisende, die vom Bahnhof kamen, vergaßen alles und schlossen sich an, als die Menge weiterzog. Flammend. Schnell. Entzündet vom Glauben. Eine Schar Urlauber, feldmarschmäßig ausgerüstet, das Gewehr quer über dem Rücken und das Grauen des Schlachtfeldes in den Augen, schloß sich an. Alte Mütterchen kamen kaum mit. Kinder bekamen schmale Gesichter vor Staunen und ahnten das Große. Ein alter Polizeiwachtmeister mit grauem Spitzbart, das Trauerband am rechten Arm, bekam fanatische Augen und schloß sich an, Menschen, die dem Zug entgegenkamen, machten kehrt,

Digitized by Google

vom Feuer ergriffen. Radfahrer sausten durch die Straßen. „Die wollen Frieden machen!" Die Wirtshäuser entleerten sich. Werkstätten, Baustellen entleerten sich. Transmissionen standen still. Eine Abteilung Soldaten unter Gewehr wurde mitgerissen. Gesänge der Liebe ertönten im Marschtempo. Kranke stiegen aus den Betten, schleppten sich ans Fenster. Kilometerlange Linien von Frauen, schräg bewegt, trieben aufeinander zu, stießen zum Zuge. Ein Zwanzigjähriger — Fanatismus und Geist auf der Stirn — sprang aus einer menschengefüllten Seitengasse heraus, auf den Kellner zu, küßte ihn. Und sein heißer Blick öffnete die Herzen. Die ganze Stadt war aufgestanden und schrie ein Wort: Friede. Das so gesprochene Wort wurde zu vieltausendstimmigem gewaltigem Gesange. Alle Kirchenglocken läuteten."

Wir haben das Recht, Betrachtungen wie diese in das Reich der Dichtung zu verweisen, aus dem sie stammen. Die Gegenwart stellt andere Forderungen als „der Vater" sie erhebt, aber wir haben kein Recht, einem Dichter zu verbieten, sich in dem Gebiet der reinen Idee zu bewegen, vor allem keinen Grund ihn darum herabzuwürdigen. Lassen wir auch in einer Zeit, wo die Dinge im Raume so hart aufeinanderstoßen, den Dichter die Wege gehen, auf die sein Gefühl ihn treibt!

Die Handelsfeindschaft nach dem Kriege. In einem Artikel schreibt der englische Abgeordnete J. M. Robertson: „Die sehr unklaren Vorschläge der Anhänger des Handelskrieges vergessen, daß in jedem Fall der deutsche Handel im Frieden aufblühen wird wie der französische nach 1871. Das Ergebnis eines englischen Boykotts gegen Deutschland wäre dann nicht nur Verlust des deutschen Geschäfts für England, sondern auch gefährlichster deutscher Wettbewerb mit England im neutralen Markt. Wenn die Anhänger des Handelskriegs allgemein ihre Politik auf die Form bringen: „Würden wir nicht gut tun, die Ausdehnung des deutschen Handels nach unseren Kräften zu verhindern, selbst auf die Gefahr unseres eigenen Schadens?" — so ist die Antwort darauf dreifach. Erstens ist der Vorschlag schlechtes Geschäft. Zweitens ist er schlechte Kriegspolitik. Es gibt nur ein Mittel, Deutschland unschädlich zu machen, das ist, sich Sicherheiten für seine angemessene Entwaffnung geben zu lassen, wobei jeder Vertragsbruch in Zukunft ein Kriegsfall wäre und eine Liga der Völker entsprechend eingreifen müßte. Der Gedanke, daß Sicherheit gegen Deutschland durch eine Zollpolitik erreicht werden kann, die es in Armut erhalten soll, ist die Torheit der Torheiten und übertrifft weit die Utopien der Pazifisten. Drittens ist der Plan auch schlechte Politik. Sie würde Deutschland berechtigen, beständig Rachsucht zu fühlen und den künftigen Krieg vorzubereiten."

Neuerscheinungen

Geschichte

Hauser: Der Mensch vor 100000 Jahren. (Leipzig 1917. F. A. Brockhaus.) 142 S. 96 Abb. 3 Karten. Preis M 3 —. O. Hauser, der bei Ausbruch des Weltkrieges die Stätte seiner Forschungen in Südfrankreich hatte verlassen müssen, legt die Ergebnisse seiner Erforschungen des Urmenschen in einer Veröffentlichung vor, die von dem Ausgangspunkt derselben und den Früchten seiner Forschungen allgemein verständlichen und überzeugenden Eindruck gibt.

Franz Thöne: Versuch einer kurzgefaßten Weltgeschichte auf stammesgeschichtlicher Grundlage. (G. J. Manz, Regensburg.) 96 S. Preis brosch. M 2.—. Versuch einer Stammesgeschichte der Völker auf Grund der vergleichenden Sprachwissenschaft, vergleichenden Urgeschichte und Kulturgeschichte.

Philosophie, Erziehung

A. J. Schilling: Welt- und Staatsbürgertum in deutscher Freimaurerei. (Falken-Verlag, Darmstadt.) 35 S. Preis M —.60.

H. Scherer: Deutsches Reich, deutsche Schule deutsche Bildung. (Falken-Verlag, Darmstadt) 22 S. Preis M —.40.

Staatsbürgerliche Belehrungen in der

Digitized by Google

Kriegszeit. 2. Band. (Carl Heymanns Verlag, Berlin.) 342 S. Behandlung einzelner aus dem Verlauf des Krieges erwachsener politischer und staatsbürgerlicher Einzelfragen, die dem Leser Stoff und Anregung für den Unterricht bieten sollen, aber auch ein allgemein beachtenswertes Bildungsmittel darstellen.

Joseph Frebes: S. J. Lehrbuch der experimentellen Psychologie. Erster Band. Mit 59 Textfiguren und einer farbigen Tafel. (Herdersche Verlagshandl., Freiburg.) XXIV und 605 S. Preis brosch. M 12.60. Bringt das Material der experimentellen Wissenschaft in dem augenblicklichen Stand in einer aus langjährigem Unterricht entwickelten, leicht verständlichen schulgemäßen Weise zur Darstellung.

Ernst Moering: Kirche und Männer. („Eine grundsätzliche Untersuchung über die Unkirchlichkeit der Männer und die Mittel zu ihrer Überwindung.") (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.) 125 S. Preis geh. M. 2.40.

Schöne Literatur

Alt-Göttinger Stammbuch. Die Georgia Augusta sandte ihren Angehörigen im Felde Weihnachten 1916 ein jetzt bei Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen erschienenes Stammbuch mit alten Ansichten von Göttingen und Worten der Lehrer an die Schüler im Felde.

Altfränkische Bilder. Kalender mit Bildern aus der Kunst und Landschaft in Würzburg. Erschienen im Verlag der Kgl. Universitäts-Druckerei H. Stürtz, A.-G., Würzburg.

Land an der Weichsel. Novellen aus Westpreußen. Herausgegeben von Paul Enderling. (Reuß & Itta, Konstanz.) 75 S. Proben der wenigen Lichter Westpreußens, das Max Halbe für die Literatur entdeckt hat.

Karl Grieß: Das deutsche Volksmärchen. Aus Natur und Geisteswelt. 587. Bändchen. B. G. Teubner, Leipzig. Geb. M 1.50. Behandelt das Märchen nach der philologisch literarischen und volkskundlichen Seite hin, nach Stoff und Gestalt, Alter, Herkunft, Gehalt, Deutung.

Poggfred. Kunterbuntes Epos. Von Detlev von Liliencron. (Schuster & Loeffler, Berlin.) 329 S. Feldausgabe des berühmtesten Werkes Liliencrons.

Die Standarte. Balladen und Lieder des Freiherrn Börries von Münchhausen. (Egon Fleischel & Co., Berlin.) 200 S. Preis M 3.50. Balladen (zum Teil über den Dreißigjährigen Krieg und Friedrich den Großen) und lyrische Gedichte, die eine neue Seite in der Begabung des Balladendichters offenbaren.

Viktor Wendel: Die Schalmei der Scholle. Gedichte. (Xenien-Verlag, Leipzig.) 25 S.

Paul Ilg: „Der starke Mann." Eine schweizerische Offiziersgeschichte. (Verlag Huber, Frauenfeld.) Geb. M. 5.—. Ein stark erzähltes Bild vom Widerstand der Schweizer gegen militaristische Einflüsse.

Kriegsliteratur

Carl Hagemann: Der deutsche Feldsoldat. (Reuß & Itta, Konstanz.) 55 S. Tagebuchblätter vom ersten Winterfeldzug in den Karpathen.

Als Schipper an der Front. Aufzeichnungen des Armierungssoldaten Otto Ribbicke. (Creutzsche Verlagshg., Magdeburg.) 119 S. Preis M. 1.—.

Joh. Geffcken: Deutschlands akademische Jugend. 1813, 1870, 1914. (H. Warkentiens Buchhandlung, Rostock.) 30 S.

Wilhelm Schmidtbonn: Das kleine Kriegsbuch. (Reuß & Itta, Konstanz.) 87 S. Auswahl aus den Kriegsbüchern des Verfassers.

Kriegsgefangen in Afrika. Von dem Kriegsgefangenen E. Braner aus Beerfelden, in die Schweiz ausgetauscht im Mai 1916. Bericht in Briefen. (Falken-Verlag, Darmstadt.) 115 S. Preis M. 1.50.

Ludwig von Pastor: Konrad von Hötzendorff. Ein Lebensbild. (104 S. kart. Preis M. 1.40) und Viktor Dankl. (77 S. kart. Preis M. 1.20.) Wien und Freiburg, Herder. Zwei Musterbeispiele für volkstümliche, gediegene und verständige Lebensbeschreibungen.

Gesetz über den Kriegszustand. Bearbeitet von M. Hahn. (Emil Roth, Gießen.) 15 S. Preis M. —.20.

Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst. Bearbeitet von M. Hahn. (Emil Roth, Gießen.) 21 S. Preis M. —.20.

J. Lebenbaum: Der Großhandel im Kriege. Ein Vortrag. (Verlag C. Boysen, Hamburg.) 26 S. Preis M. —.20.

Die Versorgung der Westmächte mit Nahrungs- und Futtermitteln in der Zeit vom 1. August 1916 bis zum Übergang der Herbsternten 1917 in den Verbrauch. Dritter Abschnitt: Fleisch. (Broschek & Co., Hamburg.) 32 S.

Paul Schütze: Küchenabfälle und andere Ersatzstoffe als Viehfutter. (Reichenbachsche Verlagshandlung, Leipzig.) 25 S. Preis M. —.80.

Dr. Fritz Elsas: Verordnungen der Stadtgemeinde Stuttgart über Kriegsernährungsfragen. (Stuttgart 1917, Carl Grüninger.) 490 S. Preis M. 5.—. Umfangreicher Band, der typisch ist für die Fürsorge der Kommunen und des Staates vom Beginn des Krieges bis auf den heutigen Tag.

Annie Ackerhielm: Von Stockholm nach Berlin und Brüssel. (Verlag E. S. Mittler & Sohn, Berlin.) 91 S.

Eduard Bernstein: Sozialdemokratische Völkerpolitik. (Verlag Naturwissenschaften, G. m. b. H., Leipzig.) Sammlung von Aufsätzen über: Die Demokratie und die auswärtige Politik. Die

Digitized by Google

Demokratisierung der Diplomatie. Völkerpolitik und Staatenpolitik. Der Parlamentarismus und die auswärtige Politik. Brauchen wir eine andere Internationale? Vom geschichtlichen Recht der kleinen Staaten. Die sogenannten nationalen Lebensfragen. Patriotismus und Klassenkampf. Der Streit um die große Politik. Handelspolitik und Völkerbeziehungen. Das kommende Europa usw. 222 S. Preis broschiert M. 3.60.

Julian Borchardt: England und die Sozialdemokratie. (Max Kirstein, Berlin.) XII und 318 S. Preis brosch. M. 4.—. Geißelt den Umfall der Sozialdemokratie fast aller Länder (mit Ausnahme der russischen, der serbischen der italienischen und eines leider nur kleinen Teils der englischen Genossen) zu Beginn des Krieges.

Carl Peters: Zum Weltkrieg. (Rüsch'sche Verlagsh., Hamburg.) 237 Seiten. Aufsätze aus der Kriegszeit über innerpolitische und außerpolitische, kolonialpolitische Fragen.

Georg G thein: Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat. (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.) 87 S. Begründet die Zweckmäßigkeit des von den Mittelmächten getanen Schrittes und fordert die Gründung eines Nationalitätenstaates aus Polen, Kurland, Litauen, der seine wirtschaftliche und politische Anlehnung an die Zentralmächte nimmt.

M. Nachimson: Die Wirtschaftslage der Schweiz im Weltkriege. (Unionsdruckerei, Bern 1917.) 77 S. Untersuchungen über Handel, Industrie, Finanzen, Teuerung, Lebensmittelversorgung. „Der Staat muß zum Wirtschaftsorganisator der Zukunft werden."

Wilh. von Wannisch: Österreich-Ungarn nach dem Kriege. (Deutsche Verl.-Anst., Stuttgart.) 84 S. „In einem erweiterten Mitteleuropa bildet Österreich-Ungarn die Brücke zu einem Südost-Europa. Die Interessengemeinschaft mit dem Südosten zu erhalten ist seine Aufgabe." „Diese Aufgabe erstreckt sich auf die politischen, wirtschaftlichen, militärischen Beziehungen der Verbandstaaten und die Neugestaltung der inneren Politik, für die ein der Gesamtmonarchie opferwillig ergebener Dualismus gefordert wird."

Nach dem Weltkrieg. Schriften zur Neuorientierung der auswärtigen Politik. Heft 1: „Völkerrechtsgeist" von Dr. Hugo Sinzheimer; Heft 2: „Der Weltfriedensbund und die Wiedergeburt des Völkerrechts" von Dr. Walter Schücking. Preis je 80 Pfg. Die Sammlung wird fortgesetzt. — Sinzheimer zeigt, daß die Beziehungen zwischen den Völkern den gleichen ethischen und rechtlichen Gesetzen folgen müssen, wie die Beziehungen zwischen den Einzelpersonen und daß nur ein starker Ausbau der Haager Bestrebungen Europa gegenüber der amerikanischen und ostasiatischen Gefahr vor dem Untergang zu bewahren vermag. — Schücking stellt den erhofften Weltfriedensbund als erreichbares realpolitisches Ziel hin.

Richard Bahr: Von der Schicksals- zur Lebensgemeinschaft. (Reichsverlag Herm. Kalkoff, Berlin.) 45 S. Unterrichtet über die politische nationale Schichtung in Österreich-Ungarn.

Edgar Landauer: Unsere Rohstoffversorgung nach dem Kriege. (Veit & Co., Leipzig.) 40 S. Rohstoffeinfuhr vor dem Kriege, Organisationen der Rohstoffversorgung im Kriege, Vorschlag für die Organisationen nach dem Kriege.

Der deutsche Landarbeiter nach dem Weltkriege. Ursachen der Landflucht und Vorschläge zu ihrer Beseitigung. Von einem Landarbeiter. (Reichenbach'sche Verlagshandlung, Leipzig.) 31 S. Preis M. —.80.

Moritz Loeb: Schürer des Weltbrandes. Neue Folge: Eduards unselige Erben. (Verlag Haas & Grabherr, Augsburg.) 150 S.

Ernst Wengel: Der Kreuzzug?! Heft 5 von „Das neue Zeitalter". (Verlag des Evangelischen Volksbundes, Godesberg.) Preis M. —.30.

Paul Althaus: Um Glauben und Vaterland. (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.) 111 S. Preis M. 1.20.

J. K. Viktor: Wie kann es besser werden? „Das neue Zeitalter", Heft 6. (Verlag des Deutschevangelischen Volksbundes, Godesberg.) 24 S. Wir müssen durch! Ein Osterparolebuch von Heinr. Stuhrmann. (E. Biermann, Barmen.) 30 S. Du sollst leben! Ein fröhlicher Ostergruß von Gottlieb Fischer. (E. Biermann, Barmen.) 32 S.

Theodor Krausbauer: Lieder, Blumen, Eichenreiser. Geschichten aus dem Kriege. (Buchhandlung des Nass. Kolportagevereins, Herborn.) 287 S.

Viktor Wendel: Wo die Kanonen stehen. Gedichte. (Xenien-Verlag, Leipzig.) 15 S.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.70, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 6. April 1917 · Heft 14

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

„Demokratie" contra „Militarismus"

Von Dr. Paul Rohrbach

Aus den Ländern der Entente einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika sind wegen der russischen Revolution Glückwünsche aller Art an das neue Rußland gesandt worden, weil auch Rußland nun zu den großen demokratischen Nationen der Welt gehöre. Diese Glückwünsche sind allerdings von einigen nicht offiziellen Schritten vorsichtiger Natur begleitet worden, aus denen zu sehen ist, daß man in der Entente nicht frei von Besorgnissen lebt, es könne in dem demokratisch-glückseligen neuen Rußland, das eigentlich erst jetzt wert geworden ist, ein wahrer Bundesgenosse zu heißen, am Ende zuviel des demokratischen Guten getan werden. So haben die französischen Sozialisten in der Stille ihre Vertrauensleute nach Petersburg geschickt, um den zur Macht gelangten russischen Kollegen gut zuzureden, sie möchten nicht gar zu wild gegen das militaristische Erbe des gestürzten Zarentums vorgehen und nicht zuviel Demokratie, mit Regimentsausschüssen, Offizierswahl, Streikrecht der Soldaten, Matrosen usw., auf Heer und Flotte übertragen. Bei der baltischen Flotte in Helsingfors z. B. fing, wie verlautet, die Demokratie damit an, daß die Mannschaft des Panzers „Poltawa" ein Loch in die Eisdecke des Hafens hieb und ihre Offiziere hineinwarf. Dann wurden sie mit Stangen unter das Eis gestoßen und so ertränkt. Von andern Schiffen hat man erfahren, daß wichtige Maschinenteile herausgenommen und versenkt worden sind. Mr. Lloyd George ist sicher ein großer Demokrat, aber mit dieser Art bundesgenössischer Demokratie wird er wenig zufrieden sein. Die französischen Genossen waren bei ihrer Reise sicher auch nicht ganz frei von Sorge, welche Absichten wohl die öffentlich mit so tönender Sympathie begrüßten Herren Kerensky und Tscheidse in bezug auf die 20 Milliarden Franken haben könnten, die Frankreich dem absolutistischen Rußland geliehen hat und für die ihm das demokratische nun weiter haftbar bleiben soll. Einstweilen hat auch auf finanziellem Gebiet die Republik in Rußland so angefangen, wie ihre erste große Vorgängerin in Frankreich, die bald genug dazu kam, den Teufel des Staats-

Digitized by Google

bankerotts unter dem alten Regime durch den Beelzebub der republikanischen Assignatendruckerei auszutreiben.

Indessen die Sache „Demokratie contra Militarismus" — unter dem Militarismus die auch in politischer Beziehung straff organisierte Staatsform mitverstanden — hat trotz solcher mehr ins Groteske spielenden Begleiterscheinungen im Falle Rußland doch ihre ernste Seite. Es kann kein Zweifel daran sein, daß durch die russische Umwälzung, so sehr uns vermutlich ihre Folgen auf direkt militärischem Gebiet zugute kommen werden, der Krieg bei den Gegnern einen neuen starken Antrieb gewonnen hat, der auf geistigem Gebiet liegt und von da wirksam und uns unbequem ins Materielle übergreifen kann. Es wäre der verhängnisvollste Fehler, wenn wir uns einbilden wollten, daß der Krieg von der Gegenseite ohne starke moralische Kräfte geführt werden kann. Man lege sich nicht fest auf einen bestimmten Sinn des Wortes „moralisch", indem man ausruft: Wie kann von Moral die Rede sein bei Reuterlügen, Baralongmördern, französischer Gefangenenbehandlung und dergleichen! Es handelt sich nicht darum, ob die Kriegführung unserer Feinde „sittlich" ist, d. h. ehrenhaft und frei von unnötiger Grausamkeit und von gemeiner Lüge, sondern darum, daß die Völker willens sind, Opfer und immer neue Opfer an Behagen, Gut und Blut zu bringen, die stets drückender werdenden Lasten des Krieges geduldig zu tragen, damit sie von ihren vorgesetzten nationalen Zielen und Hoffnungen nicht abzulassen brauchen.

Das englische Beispiel ist da besonders deutlich. Als der Krieg anfing, konnte Grey vor dem Parlament und der öffentlichen Meinung ihn einfach dadurch rechtfertigen, daß er sagte: Wenn wir in den Krieg eintreten, so wird uns die Sache an wirtschaftlichen Störungen nicht viel mehr kosten, als wenn wir draußen bleiben, aber der Gewinn hinterher wird sehr viel größer sein! Gegen diesen kalten rechnerischen Standpunkt bei der Entfachung des Weltbrandes auf der englischen Seite hat man mit Recht auf Deutschland verwiesen, wo vom ersten Tage an im ganzen Volke das Bewußtsein lebendig war, es gehe ums Ganze, um die nationale Zukunft. Gewiß, man kann ein Volk der allgemeinen Wehrpflicht nicht in einen Krieg wie diesen bringen und man kann ihm nicht zumuten, daß es darin durchhält, wenn nicht die Mehrzahl sich darüber klar ist, warum gekämpft und durchgehalten werden muß. In England war es nichts besonderes, daß Grey so sprach wie er es getan hat, denn woran er und seine Landsleute dachten, das war kein Volkskrieg, wie wir ihn von Anfang an aufnehmen mußten, sondern das war eine „Fortsetzung des englischen Geschäfts mit veränderten Mitteln", und die Mittel waren die kleine, gut gedrillte und bezahlte Söldnerarmee, und die Flotte, für die niemand ernstlichen Schaden fürchtete. England hat sich aber während des Krieges, als es sah, daß die Dinge anders liefen als gedacht war, immer mehr zu der Einsicht durchgearbeitet, daß in dem leichtsinnig und hochmütig begonnenen Kampf seine Zukunft ähnlich eingesetzt ist, wie Deutschland

Digitized by Google

genötigt worden ist, die seine zu verteidigen. Aus dieser Erkenntnis kommt die immer noch fortdauernde englische Kriegsentschlossenheit, die sich unmöglich halten könnte, wenn das englische Volk nicht eine starke moralische Opferwilligkeit für den Krieg hervorbrächte. Man denke nur an die englischen Kriegssteuern, namentlich an die direkte Einkommensteuer, die die Wohlhabenden in einer Weise belastet, daß unsere Steuererhöhungen daneben kleinlich und winzig erscheinen, und die doch ohne Murren getragen wird.

Eine der stärksten moralischen Stützen nicht nur in England, sondern auch in der übrigen angelsächsischen Welt, zur Erhaltung des „guten" Gewissens beim Kriege und der Opferwilligkeit für den Krieg ist das Gefühl, für den demokratischen Gedanken, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für die Entwicklungsfreiheit der Kultur mitzukämpfen. Es hat wenig Zweck, dagegen die tatsächliche Vergewaltigung so vieler kleiner Nationen durch England und Frankreich anzuführen; zu zeigen, wieweit die angelsächsischen und die romanischen Demokratien davon entfernt sind, daß sie eine höhere politische Lebensform darstellten als die unsrige, oder selbst nur das von ihnen für sich selber behauptete Ziel erreichten, Verkörperung des Volkswillens in der Regierung! Ein fundamentaler politischer Urteilsgrundsatz ist der, daß ebensosehr mit dem gerechnet werden muß, was geglaubt wird, wie mit dem was wirklich ist. Es gibt viele Millionen Engländer, Franzosen und Amerikaner, die, jeder für sich betrachtet, gradeso tüchtige, vaterlandsliebende und ihrem Bewußtsein nach ehrliche Leute in diesem Kriege sind, wie wir deutschen Patrioten es zu sein wünschen. Diese Leute sehen nicht das, was wir als ihre Feinde im politischen und kriegerischen Verhalten Englands, Frankreichs oder Amerikas mit der Schärfe des feindlichen Blicks als heuchlerisch und brutal wahrnehmen, sondern sie leben des irrigen aber psychologisch begreiflichen, ja man möchte sagen unvermeidlichen Glaubens, daß sie zugleich für die Größe und Sicherheit ihres Vaterlandes und für die großen Güter der Menschheit kämpfen oder kämpfen werden. Wie außerordentlich hoch man auf der Gegenseite diese „moralischen" Faktoren für den Krieg einschätzt, dafür wird ja der schlagendste Beweis dadurch geliefert, daß ein so ungeheurer Apparat entfaltet wurde, um Deutschland mit allen Mitteln, die es gibt, auch den denkbar unsittlichsten, als den moralisch schuldigen Teil am Kriege hinzustellen. Wie erfolgreich das geschah, ist bekannt genug, und es bildet einen der großen und fürs erste nicht wieder gut zu machenden Fehler unserer Politik vor dem Kriege und während des Krieges, daß wir hierauf nicht recht gerüstet waren und hiergegen nicht recht zu fechten verstanden. Unmöglich ist es, Kriegsbegeisterung oder auch nur Kriegswillen in einem Volke zu entzünden (und noch weniger möglich, sie zu erhalten), wenn dabei nicht auch, ganz gleich ob wahrhaftiger- oder unwahrhaftigerweise, die Massenüberzeugung erweckt werden kann, daß neben den materiellen auch ideale Interessen verfochten werden. Die Völker der Entente glauben nicht nur selbst, sondern auch verschiedene

Digitized by Google

Neutrale glauben daran, daß in diesem Weltkriege von uns weniger als von unsern Gegnern für moralische Güter gekämpft werde, und als ein moralisches Gut von besonderem Wert erscheint für die allgemeine Überzeugung der Menschen, die mit der Waffe gegen uns stehen, und für ihre Freunde, dabei auch die Demokratie.

Es ist interessant, zu sehen, wie sich schon jahrelang vor dem Kriege die Linien der politischen Kunst abzeichneten, mit der England es verstanden hat, als der entscheidende Augenblick kam, im Urteil der Welt eine vorteilhaftere Figur zu machen, als wir. Ein englischer Imperialist, Spenser Wilkinson, schrieb 1909 ein Buch: Britain at Bay, England in Gefahr. Darin stellt er die beiden Sätze auf:

1. England muß im kommenden Krieg im Recht sein; 2. Englands Sache muß aller Welt sympathisch und klar sein. Er sagt:

„Wenn nun England in Streit mit Deutschland oder irgendeinem anderen Staate gerät, so muß sein Volk dafür sorgen, daß er nicht von irgendeiner obskuren Sache ausgeht, über die man sich im Lande selbst nicht einig ist, sondern von einem greifbaren Unrecht, das durch die andere Macht begangen wird; einem Unrecht, das dazu aufruft, ihm mit aller Macht zu widerstehen!" (S. 87.)

Die zweite Stelle bei Wilkinson lautet: „Seit 1884 ist das deutsche Volk gelehrt worden, jedes Stück britischer Politik mit Argwohn anzusehen, und natürlich genug hat diese argwöhnische Haltung ihr Gegenstück beim englischen Volke gefunden. Das Ergebnis war, daß die Verständigungen, durch die England verschiedene Mißhelligkeiten mit Frankreich und Rußland beseitigt hatte, in Deutschland so angesehen wurden, als ob sie ein Bündnis gegen dieses Land vorbereiten sollten, und mit Rücksicht auf die frühere Geschichte Großbritanniens kann diese Deutung kaum als unnatürlich bezeichnet wurden. **Jede Sache, für die England kämpfen will, sollte den übrigen Völkern begreiflich sein, vor allem den europäischen, aber ebenso denen außerhalb Europas, mindestens den Vereinigten Staaten und Japan, denn wenn wir für eine Sache kämpfen, bei der sie keine Sympathie mit uns haben oder die andere Völker mit unserm Gegner sympathisieren läßt, werden wir in schweren Verdacht verstrickt werden und uns vielleicht in einer feindlichen Welt allein finden.**" (S. 90/91.)

Das ist mit großer politischer Klugheit gedacht, und nach dieser Vorschrift ist verfahren worden. Was Wilkinson ausspricht, ist nicht nur seine persönliche Meinung, sondern Prinzip und System der englischen Politik. Das Ausspielen des demokratischen Trumpfes gegen den deutschen „Militarismus," unter dem, wir wiederholen es, bei den Gegnern nicht nur eine militärische, sondern auch eine politische Denk- und Handlungsweise verstanden wird, ist nur ein Stück der „moralischen" Kriegführung gegen uns, aber dies Stück ist darum so wirksam, weil so viele Menschen und Völker an das demokratische Evangelium glauben. Jetzt, im Falle Rußlands und mit Rücksicht auf die bevorstehende Entscheidung in den Vereinigten Staaten, die sehr wahrscheinlich für den Krieg fallen wird, hat die Demokratisierung eines bisher absolutistischen Staates noch eine andere Folge, die uns unangenehm werden kann. Noch mehr als den einigermaßen ehrlich empfindenden liberalen Engländern war die Zugehörigkeit Rußlands zur Entente den Amerikanern peinlich. Rußland, das

Digitized by Google

Land des Zarismus, der Knute, der sibirischen Freiheitsmärtyrer, der Judenpogroms, Seite an Seite mit dem demokratischen England und mit dem republikanischen Frankreich — das war einigermaßen hart. Politikern vom Schlage Roosevelts, Tafts oder auch Wilsons wird der Zarismus innerlich wenig Kopfschmerzen gemacht haben, denn Rußland, gleichgültig wie es dort politisch aussah, ist für sie nur ein Faktor für die amerikanische Politik. Denjenigen Amerikanern aber, die nicht für den Krieg waren, bot Rußland bis zur Revolution ein gutes Mittel, um gegen den Krieg in tatsächlicher Bundesgenossenschaft mit der Entente und damit auch mit Rußland Stimmung zu machen. Dieses Argument fällt nun weg. Noch mehr: innerhalb der starken jüdischen Hochfinanz in New York bestand ausgesprochene Abneigung, Geld für die Entente zu geben, da zur Entente auch Rußland gehörte, wo die Juden rücksichtslos mißhandelt wurden. Was für eine Art Politik in bezug auf die jüdische Frage das neue Rußland machen wird, ist noch nicht so sicher, wie manche vielleicht meinen, aber zunächst werden jedenfalls in der Gesetzgebung die Schranken fallen, die das Judentum in Rußland von der politischen und menschlichen Gleichberechtigung trennten. Alle diese Dinge sollte man sich klar machen, wenn man über die Folgen urteilen will, die die russische Revolution nicht nur nach der uns günstigen, sondern auch nach der uns ungünstigen Seite haben kann. Auch in China ist wahrscheinlich außer mit materiellem Druck und mit dem Versprechen von allerlei Vorteilen mit dem Argument gearbeitet worden, China müsse sich zum Ausdruck des Protestes gegen den deutschen Militarismus im gegebenen Augenblick von Deutschland ab und nach der Seite der großen Demokratien hinwenden. Ich glaube noch aus der Zeit der chinesischen Revolution so viel Fühlung mit dem modernen Amerikanismus in China zu haben, um diesen demokratisch-moralischen Einschlag in dem Vorgehen der chinesischen Regierung für wahrscheinlich zu halten. Auch das neue China glaubt fürs erste an die alleinseligmachende Demokratie, und soweit man nicht wirklich daran glaubt, fühlt man doch ein Bedürfnis, so zu tun, als ob man daran glaubte.

Natürlich wäre es verkehrt, wollte nun jemand sagen: die Demokratie ist überall in der Welt hoch, also demokratisieren auch wir uns so schnell und so dramatisch wie möglich; dann nehmen wir dem Feind den Wind aus seinen Segeln! Mit so plumpen Mitteln kann in der Politik nicht gearbeitet werden, und selbst die wirklichen Anhänger des demokratischen Gedankens in Deutschland werden das verständigerweise nicht verlangen. Wohl aber muß verlangt werden, daß man bei uns keine Politik macht, die geradezu Stoff für die Stärkung der „moralischen" Gegenerschaft gegen uns abgeben kann, die uns ohnehin schwer genug zu schaffen macht. Unsere staatliche und nationale Kraft beruht gerade darauf, daß Regierung und Volkswille, so wie Hans Delbrück das in seiner gleichnamigen grundlegenden Schrift ausgeführt hat, bei uns in einem ebensowenig nicht demokratisch wie militaristisch beeinflußten Gleichgewicht stehen. Nur ist der Vorgang der Gleichgewichtsbildung noch nicht ganz abgeschlossen,

Digitized by Google

und es stehen noch Reststücke aus einer früheren Zeit, wo man in Preußen nicht nur undemokratische, sondern bewußt antidemokratische Politik machen wollte, weithin sichtbar aufrecht. Sie sind keine Felsen mehr, an denen sich die Woge des Volkswillens kraftlos bricht, aber sie tun Schaden genug, weil doch Volkskraft sich an ihnen verbraucht — und für das feindliche und neutrale Ausland noch viel mehr als für die meisten unter uns sind sie zum Wahrzeichen dafür geworden, daß Deutschland antidemokratisch und militaristisch sein soll. Auf sie wird von allen Seiten hingewiesen: Da, seht die Beweise, daß wir recht haben gegen das reaktionäre militaristische Deutschland! Es ist, als ob wir Markierstangen aufgesteckt hätten, um dem Feinde zu zeigen, wo er hinschießen soll, wenn er uns mit „moralischen" Geschossen treffen will. Sollte es da nicht zweckmäßiger sein, wenn wir die Stangen umlegten? Die Sache „Demokratie contra Militarismus" würde unseren Feinden dann sicherer verloren gehen.

Das ostasiatische Rätsel

Von Prof. Dr. O. Franke

Das Abendland hat sich bereits daran gewöhnen müssen, von Ostasien durch rätselvolle Wendungen in seiner politischen Entwickluug überrascht zu werden. Die letzte Ursache solcher Vorgänge lag schließlich fast immer in der für uns so unendlich schwer faßbaren Art der asiatischen Seele, die bei der Berührung mit den erregenden Kräften in der großen Politik oft anders zurückwirkt als wir erwarten. Auf den soeben vollzogenen förmlichen Bruch der chinesischen Regierung mit Deutschland, so erstaunlich er uns mit Recht erscheint, trifft diese Erfahrung indessen nicht, oder nur in beschränktem Maße zu. Hier reichen die uns bekannten Tatsachen und die Schlüsse, die wir daraus ziehen, zu einer Erklärung des Schrittes selbst aus, dunkel bleibt uns vorläufig nur noch der Zusammenhang mit der ostasiatischen Gesamtentwicklung während des Krieges, d. h. vor allem die Stellung Japans dazu.

Vom Ausbruch des Krieges an hat sich China, und zwar sowohl die amtliche Regierung wie die breite Masse des Volkes, besonders in Nord- und Mittel-China, ausgesprochen freundlich zu Deutschland gestellt. Noch vom Anfang dieses Jahres liegen hier zuverlässige Nachrichten vor, daß die Chinesen die deutschen Kriegsleistungen mit höchster Bewunderung verfolgten, daß sie fest an den deutschen Sieg glaubten und daß sie auch im eigenen Interesse auf ihn hofften, weil er allein ihnen die Möglichkeit zu bieten schien, gegen den übermächtigen Druck der Verbandsmächte ein Gegengewicht zu finden. Als im Oktober 1915 England den Versuch unternahm, China zum Eintritt in den Krieg an seiner Seite zu überreden, einmal um den deutschen Handel wirksamer schädigen zu können, und dann um das von Japan schwer bedrängte China und zugleich die stark gefährdete eigene Stellung in Sicherheit zu bringen, lehnte Yuan Schi-kai diese Lockungen auf das bestimmteste ab, die chine-

Digitized by Google

sische Presse fuhr zornig gegen den englischen Gesandten Jordan und seine Helfer auf, und Japan, das die Absicht durchschaute, nahm eine so unzweideutige Haltung ein, daß England sich erschrocken duckte und dem Verbündeten versicherte, es würde in Ostasien keinen neuen Schritt ohne vorherige Verständigung mit ihm unternehmen. Noch am 25. Oktober 1916 nannte der Vertreter des „Daily Telegraph" und anderer englischer Zeitungen in Peking, Putnam Weale, der Sohn eines deutschen Renegaten, der sich als Engländer Lenox-Simpson nannte, in einem Leitartikel der „Peking Gazette", in dem er die ganze planlose Politik des Verbandes in Ostasien einer vernichtenden Kritik unterzog, jenen Versuch von 1915 „ein groteskes Unterfangen" (a bizarre attempt).

Was England nicht gelungen, hat Amerika jetzt zuwege gebracht, allerdings, wie es sogar nach den allein hierher gelangenden englischen und französischen Meldungen angenommen werden muß, nur unter erheblichen Schwierigkeiten. Um die Möglichkeit eines solchen Erfolges zu verstehen, muß man sich die Lage des chinesischen Staatswesens, den Charakter seiner regierenden Männer und die Stellung Amerikas in China vergegenwärtigen. Seitdem Japan durch seine berüchtigten Forderungen vom 18. Januar 1915 in China die Schraube angesetzt hat, windet sich das wehrlose Staatswesen unter dem Drucke des furchtbaren Gegners; hilfeflehend hat es seine Augen auf Amerika gerichtet, das einzige Land, von dem es Rettung erhoffen zu können glaubt, denn Deutschland kämpft zurzeit um sein eigenes Leben, und was es von den übrigen zu erwarten hat, weiß es. Dazu kommt die finanzielle Notlage im Innern, die den ganzen Organismus zu lähmen droht, sowie die politische Zerfahrenheit, die dem südchinesischen Demagogentum zu verdanken ist, das in Japan seinen heimlichen Rückhalt findet. Auch hier kann nur amerikanisches Geld und amerikanische Freundschaft helfen. Zwei Jahre hindurch hat der große Gönner am anderen Ufer des Stillen Ozeans sich allen Bitten und Hoffnungen des verängstigten Riesen versagt; inzwischen ist das Südchinesentum wieder in maßgebende Stellungen gelangt, das „Parlament" ist wieder einberufen, und in beiden befindet sich eine beträchtliche Zahl ehemaliger Zöglinge amerikanischer Bildungsstätten, die berauscht sind von dem demokratischen Phrasentum und die große Schwester-Republik für das reichste, machtvollste, aufgeklärteste und uneigennützigste Staatswesen der Welt halten, zugleich auch für das einzige, das bei seinem Interessengegensatze zu Japan zurzeit als dessen Mitgegner in Betracht kommt. Und nun erscheint dieser einzige „wahre Freund", wenn nicht auf Anstiften Englands, so sicherlich nach vorheriger Absprache mit ihm, und bietet dem von aller Hilfe verlassenen, den Abgrund vor sich sehenden Lande Errettung aus der finanziellen Not, Schutz vor dem japanischen Bedränger, Befreiung aus der duldenden Einsamkeit. Aber der Preis ist: Bruch mit Deutschland. Denn das ist auch der Preis bei dem anglo-amerikanischen Handel: Ausnutzung des amerikanischen Einflusses zur Zerstörung des Deutschtums

Digitized by Google

in China gegen Beihilfe beim Austrag des amerikanisch-japanischen Gegensatzes; bei dem letzteren hofft auch England noch außerdem ein Guthaben für die eigene Stellung heimzubringen, Verrechnung mit Amerika bleibt vorbehalten.

Soweit ist die Entwicklung klar und verständlich. Was man England, dessen Raubtiernatur die Chinesen zur Genüge kennen, unbedenklich verweigerte, war, als es von dem „uneigennützigen" Freunde Amerika kam, eine starke Versuchung für die schwache Regierung. Zwar lehnte sich hier und da, mag es nun bei dem Präsidenten gewesen sein, wie die englischen Nachrichten wollen, oder bei den Militärgouverneuren einschließlich des Ministerpräsidenten Tuan Tschi-jui, wie man bei deren Deutschfreundlichkeit annehmen sollte, das Ehrgefühl gegen diesen hinterlistigen Verrat an dem bewunderten Deutschland auf, aber offenbar hat das Südchinesentum (die Nachrichten nennen ausdrücklich den bekannten Reformtheoretiker Liang Ki-tschao), über dessen politische Urteilslosigkeit weniger Zweifel bestehen als über seine sittliche Sauberkeit, die Oberhand behalten: nach einem stürmischen Hin und Her schlug man in die amerikanische Hand ein und opferte Deutschland. Über das Wie brauchte man sich den Kopf nicht lange zu zerbrechen: dieselben öligen Phrasen über Völkerrecht, Menschlichkeit, Gerechtigkeit usw., die wir von Herrn Wilson bis zum Überdruß gehört haben, finden wir in den Erklärungen der Chinesen wieder, einschließlich der, die der Gesandte am 23. März im Auswärtigen Amte hat abgeben müssen. Diese Redewendungen sind ja auch dem Konfuzianertum ganz besonders vertraut, und die Noten des Herrn Wilson in ihrer lehrhaften Weltfremdheit könnten ebensogut von einem konfuzianischen Literaten geschrieben sein wie die Erklärung des Gesandten von Herrn Wilson. Dem Kenner des chinesischen Volkstums wird sich in dieser Zeit ein verblüffender Parallelismus bereits mehrfach aufgedrängt haben: der phrasendrechselnde Wilson und der zornwütige Roosevelt auf der einen Seite, der salbadernde Literatenfürst und der augenrollende Kriegsgott auf der andern: beide Paare volkskundlich interessant, aber beide nur Schaustücke.

Wie steht nun aber — und hier stoßen wir, wie gesagt, auf das noch nicht lösbare Rätsel — wie steht Japan dem ganzen Handel gegenüber? Nimmt es noch denselben Standpunkt ein wie 1915, oder hat es ihn gewechselt? Ist das erstere der Fall, wie wird es ihn zur Geltung bringen? Trifft das letztere zu, welches sind die Gründe für den Wechsel gewesen? Ist es vor dem vereinigten Anglo-Amerikanertum, mit dem es sich irgendwann und irgendwie, aber mit unzweifelhafter Sicherheit, einmal auseinanderzusetzen haben wird, gleich beim ersten Zusammenstoß zurückgewichen? Und wenn das der Fall ist, war der Rückzug bedingungslos, oder ist er durch Zugeständnisse erkauft worden? Worin bestehen im letzteren Falle die Zugeständnisse? Das sind die Fragen, die erst die weltpolitische Bedeutung des chinesischen Schrittes hervorziehen, auf die aber eine Antwort dank der englischen Nachrichtensperre und Nachrichtenfälschung heute noch nicht gegeben werden kann. Möglich sind nur einige ganz schüchterne

Digitized by Google

Vermutungen. Daß die englisch-amerikanische Pressung Chinas trotz der Versicherung von 1915 ohne Zustimmung Japans und in rücksichtsloser Überrennung seines ebenfalls seit 1915 bekannten Standpunktes erfolgt sein sollte, ist sehr unwahrscheinlich: eine solche Behandlung seiner wichtigsten Interessen würde den weiteren Verbleib Japans im Verbande unmöglich machen, England aber wird sich bei der heutigen Kriegslage ängstlich hüten, einen neuen offenen Gegner gegen sich aufzubringen. Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß Japan dem notenschreibenden Amerika, dessen kriegerische Leistungsfähigkeit es, nach seinem Verhalten während der letzten Jahre zu schließen, recht gering einschätzt, ohne weiteres das zugestanden haben sollte, was es England nebst Rußland und Frankreich bereits verweigert hat. Dann bliebe also nur die Möglichkeit übrig, daß Japan sich seine Zustimmung zu der chinesischen Tragikomödie — denn eine solche ist oder wird die neue „Aktivität" der kraftlosen Theoretiker in Peking — habe abkaufen lassen. Worin der Preis bestehen mag, entzieht sich allerdings noch einer begründbaren Vermutung. Einen Fingerzeig gibt vielleicht die Nachricht, daß Japan die portugiesische Besitzung Macao „erworben" haben soll. Macao liegt westlich gegenüber dem englischen Hongkong auf dem stark vorspringenden Festlande und beherrscht ebenso wie dieses den wichtigen Eingang in das Mündungsdelta des Perlflusses. Politisch wie wirtschaftlich könnte die jetzt ganz verwahrloste Kolonie wieder wie ehemals ein höchst gefährlicher Nebenbuhler für das einflußreiche Hongkong und damit für die ganze englische Stellung in Südchina werden, die Folgen würden auch für uns sehr weittragende sein. Daß England, wenn überhaupt, nur äußerst schweren Herzens und unter dem Drucke der Not in diese „Erwerbung" eingewilligt haben könnte (bei Portugal wird man sich nicht lange aufgehalten haben), ist sicher. Sollte hier vielleicht der Preis oder ein Teil des Preises zu suchen sein? Japan würde jedenfalls damit ein weiteres Mittel in die Hände bekommen haben, den anglo-amerikanischen Einfluß in China auch in der neu geschaffenen Lage nicht ausschlaggebend werden zu lassen. Die Kosten wird in jedem Falle China zu tragen haben. Auffallend ist es, daß in den bisher vorliegenden Nachrichten niemals von Japan die Rede ist.

Wir selbst sollen den Bruch Chinas mit uns zunächst nicht zu schwer, aber auch nicht zu leicht nehmen. Wir besitzen in allen Klassen des chinesischen Volkes bis in seine Spitzen hinauf, wie uns die englischen und französischen Nachrichten während des Krieges oft genug bezeugt haben, ein beträchtliches Kapital ehrlicher Zuneigung, und dieser Besitz bleibt uns trotz des Schachers der betörten Machthaber in Peking ungeschmälert erhalten, ja er mag sogar dadurch noch gesteigert werden, und es ist nicht unmöglich, daß das ganze wenig ehrenvolle Gebahren in den Provinzen noch starke Bewegungen hervorrufen kann. Die Regierung wird vermutlich auch zunächst noch nicht planen, über den einfachen Abbruch der Beziehungen hinauszugehen, dessen Bedeutung und Folgen den politisch unerfahrenen „Staatslenkern" in Peking kaum

Digitized by Google

genügend klar sein dürften. Aber es ist sehr fraglich, ob nicht der amerikanische Faust mit dem englischen Mephisto im Rücken das schwache Gretchen bald zu weiteren Schritten verleiten wird, nun, da der erste und schwerste getan ist. Niemand kann wissen, ob nicht heute schon die Hand auf das blühende deutsche Eigentum, namentlich die beiden Niederlassungen von Tientsin und Hankou, gelegt ist oder gelegt wird; nach Chinas eigenen Auffassungen von Recht und Ehre wird von den Aposteln beider nicht viel gefragt werden. Das ganze, vielleicht mit hohen Unkosten verbundene Unternehmen hat ja für England nur dann Wert, wenn dadurch in Ostasien wie überall in der Welt die deutsche Arbeit von Grund auf zerstört, jede Quelle deutscher Macht verschüttet wird. Aber dem heimtückischen Würger ist jetzt endlich selbst die Schlinge um den Hals gelegt, möchte die deutsche Seemannsfaust sie zuziehen, ohne Zagen, ohne Erbarmen! Dann wird auch den Weisen von Peking klar werden, welche begreifliche, aber deshalb nicht weniger gefährliche Torheit sie begangen haben.

Götterdämmerung

Von Hermann Weil

Als im Herbst des Vorjahres mein Artikel „Nemesis" erschien, hielten mich viele für einen Utopisten oder grenzenlosen Optimisten. Inzwischen haben die Ereignisse meine Berechnungen zum großen Teile bestätigt und aus dem englischen Blätterwalde rauscht es in anderem Ton. Die Götterdämmerung beginnt. Der Monat Februar war das Vorspiel, — jetzt hört man schon die Stimme Northcliffe-Alberichs: „Schläfst du, Carson, mein Sohn?"

Die Unterdrückung aller Nachrichten über die Verschiffungen in der ganzen Welt, die Einstellung der Veröffentlichung aller Statistiken, die Verheimlichung der Versenkungen, zeigen mehr als alle Worte, wie sehr die Alliierten der Schuh drückt. Die Verheimlichungen haben von seiten Englands einen dreifachen Grund. 1. Sollen wir über die wirkliche Lage im unklaren bleiben; 2. sollen die Neutralen veranlaßt werden, sich wieder auf die See zu wagen, denn ohne die neutralen Schiffe können die Alliierten ihren Schiffsverkehr nicht bewältigen, und 3. sollen weder Frankreich noch Italien wissen, was mit den wirklich verladenen Quantitäten von Lebensmitteln und Rohstoffen geschieht.

Es ist gar keine Frage, daß die Engländer versuchen, vor allem für sich selbst zu sorgen, und wenn ihre Alliierten dies Woche für Woche ziffernmäßig vor Augen sähen, so würden sie gewaltig darüber schreien. Enthält man ihnen dagegen die Nachrichten vor, so kann man sie glauben machen, auch England bekomme nichts. Es wird sich ja zeigen, wie lange Frankreich und Italien sich diese Praxis gefallen lassen.

Die „Neue Zürcher Zeitung" meldete bereits, daß im Monat Februar der Import

Digitized by Google

Englands um ein Drittel geringer war als zuvor. Um aber die Bedeutung des U-Bootkrieges im vollen Umfange würdigen zu können, müssen der englische Verkehr überhaupt und die Mittel zu seiner Bewältigung einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden. Noch im Jahre 1916 importierte England an sogenannten Massengütern folgendes:

1. Getreide	Weizen	5084	
	Mehl	506	
	Gerste	800	
	Hafer	689	
	Mais	1735	
	Reis	440	
	Hülsenfrüchte . .	120	
		9374 Mill. Tonn.	9374 Mill. Tonn.
2. Lebensmittel . .	Fleisch	1300	
	Schmalz . . .	100	
	Margarine . . .	150	
	Fische	250	
	Butter und Käse .	250	
	Öle	100	
	Ölsaaten . . .	1000	
	Zucker	1400	
	Kaffee und Tee .	200	
		4750 Mill. Tonn.	4750 Mill. Tonn.
3. Gewebe	Baumwolle . .	1000	
	Wolle	300	
	Hanf, Jute usw. .	500	
		1800 Mill. Tonn.	1800 Mill. Tonn.
4. Eisen usw. . . .	Eisen und Erze .	8200 Mill. Tonn.	8200 Mill. Tonn.
5. Edelmetalle usw. .	Edelmetalle u. Erze	1300	
	Schwefel usw. . .	200	
	Phosphate . . .	339	
		1839 Mill. Tonn.	1839 Mill. Tonn.
6. Papier usw. . . .	Papierstoff . . .	800	
	Papier	260	
	Holz	8700	
		9760 Mill. Tonn.	9760 Mill. Tonn.
7. Technische Öle usw.	Petroleum, Benzin und Schmieröle	4000 Mill. Tonn.	4000 Mill. Tonn.
		Insgesamt	39599 Mill. Tonn.

Digitized by Google

Ausfuhr:	Kohle	52000	Mill. Tonn.	
	Koks	1500	„ „	
	Briketts . . .	1300	„ „	
	Eisen und Stahl .	3300	„ „	58200 Mill. Tonn.
	Gesamt-Import und -Export:			97000 Mill. Tonn.

Außerdem noch Leder, Gerbstoffe, Gewebe-Fabrikate, Chemikalien, Maschinen und Stückgüter, ohne Berücksichtigung des Post- und Passagierverkehrs, der Küstenschiffahrt und aller Kriegstransporte.

Die wahrscheinliche Beschränkung des Verkehrs stellt sich wie folgt:

Import:	Getreide	2	Mill. Tonn.
	Fleisch Fische und sonstige Lebensmittel	1	„ „
	Gewebe, Holz und Stroh	3	„ „
	Erze	2	„ „
		7	Mill. Tonn.
Export:	Minderexport von Kohlen an Neutrale	6	„ „
		13	Mill. Tonn.

bleiben 84 Millionen Tonnen oder 1,7 pro Woche = 1,1 Bruttoregister-Tonnen oder 500 Dampfer zu 2200 Bruttoregister-Tonnen = 70 Dampfer per Tag.

Nun muß berücksichtigt werden, daß die erforderliche Tonnage sich multipliziert mit der Entfernung des Landes, von woher die Importstoffe oder wohin die Exportstoffe gebracht werden sollen. Genügt z. B. eine Tonnage von 300 000 Tonnen für den Export der 15 Millionen Tonnen Kohlen nach Frankreich, da ein Schiff die Hin- und Rückreise inklusive Ein- und Ausladen in einer Woche bewerkstelligt, so braucht der 15 Wochen in Anspruch nehmende Verkehr nach Australien 15 mal 300 000 Tonnen = 4,5 Millionen Tonnen. Da nun die Haupt-Erz- und Getreidezufuhren, sowie ein großer Teil der Fleisch- und Wollezufuhren von dort kommen, ferner ein erheblicher Teil der Kohlentransporte und Fabrikatexporte für Südamerika bestimmt sind und die Schiffe auf der Rückreise von dort Getreide, Fleisch und andere Produkte laden, wozu eine elfwöchige Reisezeit erforderlich ist, während für den Verkehr nach Nordamerika durchschnittlich sechs Wochen zu rechnen sind und für die Kohlenstationen und das Mittelmeer drei bis vier Wochen, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein großer Teil der Tonnage nur auf der Ausreise oder der Rückfahrt mit Ladung ausgenützt werden kann, so ist nach sachverständiger Berechnung allein für den englischen Verkehr mit den genannten Massengütern eine Flotte von 10 Millionen Ladetonnen erforderlich. Die Versorgung Frankreichs und Italiens mit Rohstoffen und Lebensmitteln, — außer Kohlen —, der Post- und Passagierverkehr, sowie der Verkehr mit Stückgütern und Fabrikaten nach und von den alliierten Ländern erfordern außerdem noch mindestens 8 Millionen Tonnen Laderaum, zusammen ungefähr 11 Millionen Registertonnen. Nach eigenen Angaben der englischen Zeitungen sind

Digitized by Google

aber von militärischen Requisitionen nur noch 7,5 Millionen alliierte Tonnage frei, wozu noch 1/2 Million neutrale Tonnage (teils gestohlene griechische Schiffe, teils zwangsweise zurückgehaltene holländische, dänische, norwegische oder schwedische Schiffe) und 1/2 Million möglicherweise von Nordamerika zu stellende Tonnage zu rechnen sind, obwohl bisher von Amerika kaum mehr als 100 000 Tonnen im Verkehr mit den alliierten Ländern beschäftigt waren. Das macht zusammen 8,5 Millionen Tonnen gegenüber den erforderlichen 11 Millionen; die Differenz wurde seither von den nun aufgelegten neutralen Schiffen gestellt.

Im Jahresbericht der Liverpooler Dampfschiff-Besitzer-Vereinigung wurde ausgeführt, daß vom 1. August 1916 bis 31. Januar 1917 der Import in England nur noch 21 Millionen Tonnen betragen habe, gegen 29,8 Millionen Tonnen im Vorjahr, und daß dazu 10,1 Millionen Netto-Registertonnen englische und 4,6 Millionen neutrale Schiffe Verwendung fanden. Sind im Monat Februar 750 000 Tonnen versenkt worden, so verbleiben nur noch 7 3/4 Millionen gegenüber dem erforderlichen Raume von 11 Millionen Tonnen. Es müßte also der Import und Export Englands bereits um ein Drittel verkürzt werden, was übrigens mit der Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung" im Einklang steht, daß eine Verminderung um ein Drittel bereits eingetreten ist. Es ist nun schwer zu sagen, ob eine Verminderung des Lebensmittel-, des Holz- oder Erz-Importes, die Engländer am schwersten trifft. Die Verkürzung der Lebensmittel macht sich gewiß in erster Linie fühlbar, aber der Mangel an Kohlen, Erzen, Petroleum trifft die Kriegsindustrie ebenso hart.

Die angenommenen 750 000 Tonnen Februarversenkungen bedeuten also 10% der alliierten Tonnage, oder 16% des englischen Verkehrs. Es ist anzunehmen, daß die nun stetig zunehmende Tageshelle und die von Woche zu Woche gesteigerte Anzahl der deutschen Unterseeboote die Zahl der Versenkungen stetig steigern wird. Wenn wir noch 3 Monate einen gleichen Erfolg zu erzielen vermögen, so wird die vorhandene Tonnage um weitere 2 1/4 Millionen Tonnen verringert, während durch Neubauten innerhalb 4 Monaten höchstens 3 bis 400 000 Tonnen ersetzt werden können. Wir haben also begründete Aussicht, innerhalb eines Vierteljahres die Tonnage auf nahezu 50% der erforderlichen Menge herabzusetzen und die Zufuhren nach den alliierten Ländern auf ein derartiges Maß zu beschränken, daß auch der fanatischste Engländer einsehen muß, daß ein Fortsetzen des Kampfes unter diesen Umständen Selbstmord bedeutet. Allerdings muß auch damit gerechnet werden, daß allein die Schwierigkeit, Schiffsbesatzung zu finden, sowie das völlige Ausbleiben der neutralen Schiffe die Versenkungsobjekte verringern muß; es werden also unsere U-Boote auch dann einen großen Erfolg erzielen, wenn sie wenig Schiffe versenken, denn es kommt ja nicht lediglich auf die Zahl der Versenkungen, sondern auf die Verhinderung der Schiffahrt überhaupt an.

Die von England verfügten ungeheuren Einfuhrverbote werden keinen besonderen

Digitized by Google

Einfluß haben und erregen ohnehin schon viel böses Blut, selbst in den alliierten Ländern. Unter das Verbot fallen: Maschinen jeder Art, Papier, Bücher, Articles de Paris, Baumwollfabrikate, Modisterei, Hüte, Kleider, Spitzen, Luxusartikel, Früchte, Obst, Spiritus Rum, Mineralwasser, Parfümerie, Seide jeder Art, Tee, Kaffee, Kakao, Tomaten, Salm, Hummer, lebendes Geflügel, Luxusleder, Strohgeflechte, Kunstgegenstände, Antiquitäten, Bilder, Malerartikel, Farben, Pelzwerk und Felle jeder Art, bearbeitetes Luxusholz, Glas, Uhren, Möbel. Erzielte Ersparnis ca. 2 Millionen Tonnen.

Auch die vom Food-Controller verfügten Verbrauchsbeschränkungen sind in England bis jetzt ohne erhebliche Wirkung geblieben. — Die ersten Fachblätter machen darauf aufmerksam, daß mit den gestatteten 3 Pfd. Mehl und 2,5 Pfd. Fleisch die Lebensführung einfach unmöglich ist. Der Friedensverbrauch in England war 4,5 Pfd. Mehl, 2,5 Pfd. Fleisch und 5 Pfd. Kartoffeln = 12 Pfd. pro Kopf und Woche. Nach der letzten Kartoffelernte von nur 4 Millionen Tonnen stehen nur 1 3/4 Pfd. pro Kopf und Woche zur Verfügung und selbst diese Ration wird nur noch kurze Zeit möglich sein, da der größte Teil der Kartoffeln bereits verzehrt und kein Import möglich ist. Auch die Fleischration von 2,5 Pfd. kann für die Dauer nicht beibehalten werden, weil der Import stark zurückgehen wird.

Das vorgeschriebene Quantum inklusive Kartoffeln ergibt nur eine Kopfration von 7 1/2 Pfd. pro Woche, während in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung der Selbstversorger und Schwerarbeiter und der Sonderverteilung von Grieß und Graupen, noch immer 3,5 Mehl, 8 Pfd. Kartoffeln mit Rübenersatz und ca. 1 Pfd. Fleisch, im Durchschnitt also 12,5 Pfd. pro Kopf und Woche zur Verfügung gestellt werden können.

Frankreich verzehrte bisher ca. 7,5 Pfd. Mehl und jetzt, bei der beschränkten Ration, ca. 6,5 Pfd., dagegen nur 3 Pfd. Kartoffeln und ca. 1,5 Pfd. Fleisch. — Italien verbrauchte seither ca. 5,5 Pfd. Mehl, ca. 2 Pfd. Fleisch und fast gar keine Kartoffeln, dagegen sehr viel Mais. Da die italienische Maisernte in diesem Jahre um ein Drittel unter normal war, so kann das Land an seinem Mehlkonsum kaum etwas sparen.

Der berühmte Pathologist und Dietist Professor Woods Hutchinson wertet in einem aufsehenerregenden Artikel in den „Times" 1 Pfd. Mehl = 1 Pfd. Fleisch oder 2 Pfd. Kartoffeln und führt aus, daß, wenn man den Arbeitern die gewohnten 4,5 Pfd. Mehl auf nur 3 Pfd. reduziere, man auch einen entsprechenden Ersatz geben müsse, aber die Frage nach diesem beantwortet er mit der Gegenfrage: Where to find it?[1] Außerdem ist das Brot noch immer das billigste Nahrungsmittel, denn die Kartoffeln kosten im Kleinhandel 2 d. das Pfund.

Wie oben erwähnt, ist die Durchführung der Fleischration von 2,5 Pfd. nicht möglich. Die heimische Produktion Englands im Jahre 1914 betrug an Rindfleisch 794 000 Tonnen, an Hammelfleisch 316 000 Tonnen und an Schweinefleisch 390 000

[1] Wo kann man sie finden?

Digitized by Google

Tonnen, zusammen 1 500 000 Tonnen, der Import an Fleisch jeder Art, inklusive Schinken, Speck und Fett, fast ebensoviel. Infolge der schlechten Ernteergebnisse und der anhaltenden Dürre in den Vereinigten Staaten und in Südamerika ist es ganz ausgeschlossen, daß auch nur annähernd das gleiche Quantum im laufenden Jahre geliefert werden kann, trotz der gewaltig erhöhten Preise. Ebenso sind die Zufuhren der großen Quantitäten Lebensmittel, Fleisch und Speck usw. aus Dänemark, Holland usw. durch die Sperre unterbunden. — Auch der Zuckerimport von fast 1,4 Millionen Tonnen dürfte stark nachlassen. Es ist daher damit zu rechnen, daß der Import um die Hälfte zurückgeht. Wenn aber auch infolge der knappen Futtermittel und der bereits angekündigten weiteren Einschränkung des Futtermittelimports zu großen Abschlachtungen geschritten werden wird, so ist nicht zu vergessen, daß die Verminderung des Viehbestandes von 28 Millionen Schafen, 12½ Millionen Rindern und 3,4 Millionen Stück Schweinen, durch Schlachtung von 15 Millionen Stück Schafen zu 20 Kilo und 3 Millionen Stück Rindvieh zu 200 Kilo Schlachtgewicht nur 300 000 und 600 000 Tonnen Fleisch erbringt, also kaum mehr, als der Minderimport an Fleisch ohnehin ausmachen dürfte. Durch diese Abschlachtungen wird aber die englische Produktion an Schaffleisch um 50 Proz. = 160 000 Tonnen, an Rindfleisch um 25 Proz. = 200 000 Tonnen herabgesetzt, ganz abgesehen davon, daß damit auch die Produktion von Milch, Butter und Käse usw. und auch an Düngemitteln einen gewaltigen Rückgang erfährt, so daß auf die Dauer die Ernährung des Volkes in Frage gestellt wird. Der englische Ackerbau ist nun einmal auf Weidebetrieb eingestellt, und wenn jetzt auch krampfhafte Anstrengungen gemacht werden, um eine Änderung herbeizuführen, so läßt sich aus der Umwandlung von Weide- in Ackerland doch nicht viel praktischer Erfolg erwarten. — Einen Ersatz für die mangelnden Getreidezufuhren bedeutet diese Abschlachtung nicht; sie wird die Volksernährung um kaum 2 Wochen verlängern. Selbst wenn wir annehmen, daß die von den englischen Fachblättern behauptete Einschränkung des Getreidebedarfes um 15 % möglich wäre, — die aber einzig wieder auf Kosten der Viehhaltung durch erhöhte Ausmahlung des Getreides und dadurch verringerte Menge an Viehfutter durchführbar ist, — so gebraucht England immer noch ca. 550 000 qrs. Weizen per Woche = 100 000 Tonnen Mehl. Untersuchen wir nun, wie es mit der Brotversorgung der alliierten Länder jetzt eigentlich steht. Die eigene Ernte Englands im Jahre 1916 abzüglich Saatgut und abzüglich der für menschliche Nahrung unbrauchbaren Menge

betrug nur	5 000 000 qrs.[1]
der Vorrat im Lande am 1. August 1916	2 500 000 „
die Verschiffungen bis 17. März 1917 betrugen	16 500 000 „
insgesamt:	24 000 000 qrs.
wovon bestimmt	750 000 „
versenkt sind; es bleiben also:	23 250 000 qrs.

[1] 1 qrs. = 217½ kg.

Digitized by Google

Der Verbrauch während 26 Wochen ab 1. August 1916 war wöchentlich 640000 qrs., = ...	16600000 qrs.
während der letzten 7 Wochen angeblich nur 550000 qrs., = . .	3990000 „
insgesamt:	20500000 qrs.

so daß $2^3/_4$ Millionen qrs. verbleiben. Englands Vorräte reichen demnach ungefähr bis zum 21. April.

Die Ernte in Frankreich betrug 29 Millionen qrs., wovon die nach der Schweiz exportierten und die für menschliche Nahrung nicht brauchbaren Quantitäten mit 3 Millionen abzuziehen sind,

so daß insgesamt nur verbleiben	26000000 qrs.
Verschiffung vom 1. August 1916 bis 17. März 1917 . . .	9500000 „
insgesamt:	35500000 qrs.
Verbrauch während 26 Wochen zu 850000 qrs.	22100000 „
und von 7 Wochen bis 17. März 1917 zu 750000 qrs. . . .	5200000 „
insgesamt:	27300000 qrs.

so daß 8,2 Millionen qrs. verbleiben, die bei einem Wochenverbrauche von 750000 qrs. bis Ende Mai reichen.

Die Ernte in Italien plus Vorräte betrug	22000000 qrs.
verschifft wurden	5800000 „
insgesamt:	27800000 qrs.
Verbrauch in 30 Wochen zu 650000 qrs.	19500000 „
und in den letzten drei Wochen 600000 qrs.	1800000 „
insgesamt:	21300000 qrs.

so daß 6500000 qrs. verbleiben, die ebenfalls bis ungefähr Ende Mai reichen.

Bei allen Ländern sind die **nicht unerheblichen Quantitäten abzuziehen, die versenkt worden sind.**

Selbstverständlich kommen jede Woche neue Importe an und dadurch wird den Alliierten das Durchhalten pro rata der Ankünfte weiter möglich. Angenommen, daß in den nächsten zehn Wochen die Ankünfte in England sich wöchentlich auf 350000 qrs. halten, so macht das 3,5 Millionen qrs. aus, oder eine Versorgung mit Weizen und Mehl für weitere sechs Wochen und gestattet das Durchhalten bis 27. Mai d. J. Allerdings beliefen die Ankünfte schon in den Monaten Dezember und Januar sich nur auf etwa 380000 qrs. pro Woche, so daß sie in der Zeit des verschärften U-Bootkrieges und der Frachtraumknappheit noch weiter stark zurückgehen werden. Wenn in den kommenden zehn Wochen die seitherige Rationierung in der Zufuhr für Frankreich und Italien mit wöchentlich 220 respektive 200000 qrs. = 2,2+2 Mill. qrs. weiter durchgesetzt wird, so genügen auch für sie die Zufuhren nur zu einer Verlängerung der Versorgung um drei Wochen. Bei den letzteren beiden Ländern ist jedoch, abgesehen

Digitized by Google

von den Verlusten durch die U-Boote, auch damit zu rechnen, daß ein nicht unerheblicher Teil der eigenen Ernte — nach berühmten Mustern — verfüttert, also nicht mehr vorhanden ist, so daß die Vorräte höchstwahrscheinlich nicht so lange reichen, wie oben angenommen wurde.

Eine gewisse Reserve bedeuten allerdings die am 1. August vorhanden gewesenen ca. 5 Millionen qrs. schwimmende Vorräte, aber dieser eiserne Bestand muß schwimmend erhalten bleiben, wenn nicht die Versorgung Europas plötzlich aufhören soll. Gegenüber aber stehen die seit dem 1. August durch die U-Boote versenkten Mengen, die immerhin nicht unbedeutend sind.

Noch erforderlich ist also folgender Einfuhrbedarf:

Frankreich für die Zeit von Ende Mai bis Ende August ca. . . .	10000000 qrs.
Italien für die Zeit bis Ende Juli ca.	5000000 „
England für die Zeit von Mitte April bis Mitte September 25 Wochen zu 550000 qrs. ca.	13700000 „
Total ca.:	28700000 qrs.

Exeuropa und Spanien brauchen noch 7 Millionen qrs., die europäischen Neutralen mit Belgien 9 Millionen qrs.

Ob die Verhandlungen, den letztgenannten diese Zufuhren weiterhin zu ermöglichen, zum Ziele führen werden, ist zurzeit noch nicht klar. Jedenfalls haben die Neutralen ihren Bedarf in Nord- und Südamerika eingekauft, und wenn die Entente die Zufuhren nach diesen Ländern nicht gestattet, so verhindert sie zugleich auch die Ernährung Belgiens und Nordfrankreichs. Es ist daher zu hoffen, daß nicht nur die in England zurückgehaltenen holländischen und skandinavischen Dampfer, sondern auch die in Übersee liegenden für die Neutralen und die Schweiz bestimmten Quantitäten noch durchgelassen werden.

Die für Holland bestimmten und zurückgehaltenen Mengen sind ca. 800000 qrs. Weizen und Futtergetreide; für Skandinavien dürften ebenfalls 400000 qrs. in Frage kommen. Holland selbst hat, laut Bericht der Regierung in der Kammer, 2 Millionen qrs. Getreide gekauft, und es ist anzunehmen, daß die Schweiz und Skandinavien mindestens ebensoviel in Amerika gekauft haben.

Wirklich vorhanden für den Export sind:

in den Vereinigten Staaten und Kanada wahrscheinlich noch . .	8000000 qrs.
in Argentinien und Indien „ „ . .	4000000 „
in Australien, alte und neue Ernte „ „ . .	16000000 „
(wieviel davon abtransportiert werden kann ist Frage der Tonnage)	
in verschiedenen Ländern inklusive Archangelsk wahrscheinlich noch	1000000 „
insgesamt:	29000000 qrs.

Davon ist abzuziehen das nach Exeuropa und Spanien gehende und das von den

Digitized by Google

Neutralen gekaufte Quantum mit zusammen 11 Millionen qrs., so daß für die Entente noch 18 Millionen qrs. greifbar sein könnten, gegenüber einem Bedarf von 28 Millionen, wobei vorausgesetzt ist, daß von Australien die oben erwähnten 16 Millionen abtransportiert werden können, woran aber auch nicht im entferntesten zu denken ist.

Von Mai ab dürften auch von Indien aus neuer Ernte Zufuhren möglich sein, die aber mit denselben Transportschwierigkeiten zu kämpfen haben. —

Dazu kommt noch der Bedarf an Futtergetreide, welcher für die Entente ungefähr 18 Millionen qrs., für die Neutralen noch etwa 7,5 Millionen qrs. beträgt. — Durch Abschlachtungen mag der Bedarf an Viehfutter etwas vermindert werden, obwohl nicht zu vergessen ist, daß infolge des außerordentlich strengen Winters die Weiden lange Zeit unbenutzbar waren, weshalb unverhältnismäßig viel mehr Heu und Futtermittel als sonst verbraucht wurden. Die von der englischen Regierung bereits angekündigte Einschränkung des Futtergetreide-Imports bereitet auf Massenabschlachtungen vor.

Selbst wenn England das den Neutralen gehörende, zurückgehaltene Getreide nicht herausgibt, so wird das nur über eine kurze Spanne Zeit hinweghelfen und der gesamten Ernährung nur sehr wenig nützen, denn die Neutralen werden dann keine Rücksicht nehmen und ihrerseits England Lebensmittel jeder Art sowie Fische nicht mehr liefern.

Wie bereits erwähnt, werden in England alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Parks, Tennis- und Golfplätze in Anbauflächen umzuwandeln und an Stelle der Weidewirtschaft intensiven Ackerbau zu betreiben. Man hat schon einige hundert Dampfpflüge in Nordamerika bestellt, mit welchen Tag und Nacht gearbeitet werden soll, und es wird beabsichtigt, große Mengen Manitobaweizen als Frühjahrsaussaat zu verwenden. Praktisch wird mit all diesen Anstrengungen nicht viel erreicht werden, denn der Mangel an Arbeitern, sowie das schlechte Wetter haben bis jetzt noch nicht erlaubt, mehr als die Hälfte des normalen Areals mit Wintergetreide zu bestellen. Der Landwirtschaftsminister fordert deshalb jetzt vom Kriegsministerium die Zurückziehung einer großen Anzahl Arbeiter von der Front.

Auch in Frankreich sind über eine Million Hektar weniger mit Wintergetreide angebaut als im Vorjahr, und auch hier wird die Entlassung von Ackerbauern vom Kriegsminister gefordert. Der Frühjahrsanbau mit Manitobaweizen wird ebenfalls versucht.

Außerdem hat man in Frankreich und Italien große Anbauprämien bewilligt, während man in England sehr hohe Preise auf Jahre hinaus gesetzlich festlegt.

Überall, — auch in den neutralen Ländern, — herrscht Mangel an Salpeter, Kali und allen Düngemitteln; das gleiche gilt für Nordamerika. Der strenge Winter hat in diesem Lande zweifellos den Stand der Wintersaaten schwer geschädigt, — die Berichte lauten sehr beunruhigend und die Preise sind gewaltig gestiegen.

Digitized by Google

Auch in Italien sind große Klagen über den Stand der Wintersaaten laut geworden, und in Rußland ist der Anbau ebenfalls stark zurückgegangen. Es ist ausgeschlossen, daß in allen diesen Ländern durch den Frühjahrsanbau das verlorene Areal auch nur annähernd eingeholt werden kann, und ob der anzubauende Manitobaweizen einen einigermaßen normalen Ertrag gibt, ist mehr als fraglich. —

Wenn jetzt in den Vereinigten Staaten gar noch ein Heer aufgestellt werden sollte, so werden auch dort dem Landbau die ohnehin schon stark verminderten Arbeitskräfte entzogen, und wenn wir nicht ein ganz besonders günstiges Frühjahr — und — Sommerwetter in der ganzen Welt haben, so ist die Gefahr einer Welthungersnot sehr nahe gerückt, die Europa, — selbst bei einem baldigen Friedensschluß, — um so härter treffen wird, je mehr Tonnage noch weiterhin versenkt wird.

Es ist daher von allergrößter Wichtigkeit, daß wir sowohl in Deutschland als auch in den besetzten Gebieten alles aufbieten, um allen ertragfähigen Boden rechtzeitig zu bestellen. Es ist geradezu Pflicht, darauf hinzuweisen, daß jetzt keine Zeit für politische Streitigkeiten ist, sondern daß die eiserne Notwendigkeit dazu zwingt, den Gegensatz von Stadt und Land dadurch zu überbrücken, daß aus der Stadt Alt und Jung ohne Unterschied von Rang und Stand sich freiwillig zur Hilfe auf dem Lande zur Verfügung stellt. Sind auch die Städter nicht zur schweren Landarbeit zu verwenden, so bedeutet bei dem, auch bei uns vorhandenen Mangel an Düngemitteln allein das Jäten des Unkrautes schon eine wirksame Ertragförderung. Zum Kartoffeln- und Rübenstecken, zur Heu- und Getreideernte ist beinahe jeder Arm brauchbar. Ebenso können die Städter auf dem Lande Beihilfe leisten zu einem großzügigen Gemüsebau. Wenn man sieht, wie auf dem Lande die ältesten Greise bis hinab zu den jüngsten Kindern von früh bis spät auf den Feldern tätig sind, und bedenkt, daß dem Landbau etwa zwei Millionen der tüchtigsten Arbeitskräfte fehlen, so wird es ohne weiteres klar, daß nur durch eine systematische Auswanderung der Stadt auf das Land eine rationelle Hilfe geleistet werden kann. Auf diese Weise entlasten die Städter ihre Lebensmittelämter und finden die Bauern willig, sie zu ernähren, wenn sie dafür arbeiten. Das Recht auf die Lebensmittelkarte bedingt auch die Pflicht, an der landwirtschaftlichen Produktion mitzuarbeiten. Darum fort mit allem Parteihader, fort mit allen Diskussionen über künftiges Wahlrecht, Neuorientierung und Kanzlerfronde, denn jetzt gilt es alle Kräfte zusammenzufassen, um durch einmütige, zielbewußte Arbeit der Möglichkeit einer Hungersnot vorzubeugen.

Der Aufruf der Professoren über die Preisbildung ist nur zu begrüßen. Durch Heraufsetzung der Getreide- und Kartoffelpreise und Herabsetzung der Viehpreise muß der Anreiz zur Verfütterung der Lebensmittel aus der Welt geschafft werden. Diese Maßregel ist wirksamer als alle Gesetze und Verbote. Man kann nicht einen Gendarm hinter jeden Futtertrog stellen, sondern muß eine Situation schaffen, die eine freiwillige Befolgung der vaterländischen Pflicht fördert und herbeiführt. — In England, Frank-

Digitized by Google

reich und Italien zahlen die Regierungen enorme Produktionsprämien und verhindern damit[1] eine Verteuerung der Brotpreise, indem sie die Mehrausgaben auf den Staatssäckel übernehmen. — Das sind auch Kriegskosten. — Nichts wäre gerechter, als daß auch in Deutschland den Minderbemittelten und den Festbesoldeten, die während des Krieges keine erhöhten Einnahmen, aber erhöhte Ausgaben haben, Brot und Kartoffeln auch weiterhin ohne Preiserhöhung geliefert würden, durch Zuweisung von Vorzugskarten, während die Differenz von den Kommunen oder dem Staat übernommen wird. Auf diese Weise wäre der Anreiz zur Produktion und zur vermehrten Arbeit gegeben und die Verfütterungsgefahr nahezu beseitigt, ohne daß der minderbegüterte Teil der Bevölkerung getroffen wird. Es ist überhaupt viel zuviel Gewicht auf die Niederhaltung der Kartoffel- und Roggenpreise gelegt worden. Hätte man die Kartoffelpreise schon längst um 1 Pfennig pro Pfund erhöht, so würde das bei einem Tagesverbrauch von 1 Pfund pro Kopf im Jahre 3.65 Mark ausmachen. Selbst wenn der Staat für ein Drittel der Bevölkerung diesen Betrag zulegt, so wären das vielleicht 70 Millionen im Jahr, was bei den ungeheuren Kriegsausgaben gar nicht in Betracht kommt. Auch die Erhöhung der Roggenpreise wäre unter den gleichen Gesichtspunkten nur eine relativ geringe Belastung für den Staat und stände in keinem Verhältnis zu der Gefahr, in welche wir durch den Anreiz zur Verfütterung geraten können.

Die hohen, für Frankreich beschlossenen Produktionsprämien von 7 Franks per 100 Kilo allein bedeuten viele Hunderte von Millionen, und wenn man bedenkt, daß der Krieg auch Deutschland monatlich ca. 2 Milliarden kostet, so sollte man aus finanziellen Gründen nicht vor solchen wichtigen Fragen halt machen.

Das inzwischen ergangene argentinische Ausfuhrverbot für Weizen und Mehl verkleinert das von dort erwartete Quantum um 3 Millionen qrs. Das rechnerische Fehlquantum für Weizen beträgt daher 13 Millionen qrs. = 2,8 Millionen Tonnen.

Auch die argentinische Maisernte ist ein Fehlschlag. Bisher wurden 300000 Tonnen verladen; es bleiben noch maximum 500000 Tonnen gegen 2800000 Tonnen Export im Vorjahr. Die benötigten 25,5 Millionen qrs. = ca. 5 Millionen Tonnen Futtergetreide sind daher kaum mehr als zur Hälfte zu beschaffen.

Front und Politik

Von Paul Göhre

So oft man von der Front in die Heimat zurückkehrt und wieder mit der Politik Fühlung bekommt, stößt man immer und immer wieder auf eine Drohung: „Wartet nur, wenn erst die aus dem Schützengraben wieder nach Hause kommen!"

[1] Trotz dieser weisen Voraussicht ist die englische Regierung nicht imstande gewesen, ein ungeheures Ansteigen der Brotpreise zu verhindern. Wie die „Times" vom 24. März mitteilt, beträgt seit dem 26. März für den Laib Brot von 4 lb., also 18 : 2 Gramm, der Preis 1 s. = M. 1.00!!! Der Preis für englischen Weizen ist nach demselben Blatte in Derby auf 88 s., in Lincoln auf 90 s. pro Quarter gestiegen!

Digitized by Google

Gerade die, die nie draußen gestanden, spielen und arbeiten mit dieser Drohung. Sie wird von Partei gegen Partei und innerhalb einzelner Parteien von Richtung gegen Richtung erhoben. Jede Partei, jede Richtung reklamiert die Mehrheit der Kämpfer draußen für sich, für ihre Ideen, als ihre Gefolgschaft. In der Spekulation darauf macht man ein gut Teil der Politik daheim. Die Heimatkrieger identifizieren sich mit den Frontkämpfern. Das geschieht, ohne daß man kaum jemals ernstlich untersucht hätte, wie denn in Wirklichkeit die politische Gesinnung der Massen draußen, ihr politisches Interesse an den Vorgängen in der Heimat, ja auch nur die Fähigkeit, sich solches Interesse zu wahren und solche Gesinnung zu gewinnen, beschaffen ist. Ich selbst bin nur erst einmal und nur ganz neuerdings einem solchen Versuche begegnet. Sonst machte man sichs bisher äußerst bequem: man begnügte sich mit einer Anzahl zustimmender Briefe, die man von persönlichen Bekannten aus dem Felde erhielt, nahm und erklärte sie für charakteristische Symptome der Meinung draußen an der Front und verallgemeinerte ihren Inhalt. Die Folge davon ist eine grobe Täuschung seiner selbst, der eigenen Parteifreunde und der Gegner, die es etwa doch mit solcher Drohung zeitweilig zu schrecken gelingt.

In Wahrheit liegt es mit dem Maß der politischen Einsicht und des politischen Unterrichtetseins derer draußen — soweit es sich um die wirkliche Masse der Kämpfer und zwar der Kämpfer aller sozialen Schichten handelt — ganz anders, als daheim meist angenommen wird. Man kann, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, geradezu sagen, daß die Kenntnis der politischen und parteipolitischen Vorgänge im einzelnen und damit das Interesse an der Politik daheim unter den Kämpfern im Grunde überraschend gering ist und zwar desto geringer, je länger einer bereits Soldat ist. Das gilt selbst von denen, die teils infolge von Verwundung oder Erkrankung, teils infolge von Beurlaubung zum heimatlichen Arbeitsdienst einmal längere Zeit wieder in der Heimat verlebt haben. Die Ursache dieser Erscheinung liegt natürlich nicht an irgendwelchem bösen Willen, sondern einfach an der Unmöglichkeit, sich draußen dauernd und gründlich politisch auf dem Laufenden zu halten.

Die besten Mittel, politisch im Bilde zu bleiben, waren von je und sind es für die Daheimgebliebenen noch jetzt Lektüre politischer Zeitungen und Broschüren, Besuch politischer Versammlungen, Austausch über politische Fragen im engeren Kreise, sowie schließlich mehr oder weniger aktive persönliche Beteiligung an der politischen Aktion der eigenen Parteifreunde. Von ihnen allen bleibt draußen nur das erstgenannte Mittel, die Lektüre politischer Zeitungen und Broschüren, als möglich übrig; alle andern fallen aus Mangel an Gelegenheit von vornherein weg. Aber auch die Möglichkeit der politischen Lektüre schrumpft in Wirklichkeit auf ein Mindestmaß zusammen; für die übergroße Zahl aller in Front wie Etappe Stehender scheidet schließlich auch sie so gut wie ganz aus. In den ersten Monaten des Krieges, wo die Politik noch größtenteils im Flußbett der politischen Ereignisse und Anschauungen der Friedenszeit weiter-

Digitized by Google

lief und jeder noch im Zusammenhang mit ihnen und unter ihrem Einflusse stand, mag es damit, wenigstens unter den jüngeren Elementen des Heeres, anders und besser ausgesehen haben. Jetzt, nach zweiundeinhalbjährigem Krieg, der auch der inneren Politikt einen vielfach veränderten Inhalt gegeben hat, ist der Zustand so, wie ich es eben skizzierte. Eine nüchterne Vertiefung in die Verhältnisse, wie sie draußen herrschen, macht das schnell und unwiderleglich klar.

Zunächst fällt jede, auch die geringste politische Orientierungsmöglichkeit weg, solange Truppen im Bewegungskrieg stehen. Die kriegerischen Anstrengungen sind in solchen Zeiten verdoppelt und verdreifacht, die Erschöpfung der Kräfte häufiger, die Postverbindungen unregelmäßig, oft wochenlang ganz unterbrochen. Kommen schließlich Briefe und Zeitungen wieder an, so meist nicht in der Reihenfolge, wie sie in der Heimat abgeschickt wurden. Selbst der, der von stärkerem politischem Interesse erfüllt sich bemüht, noch aus Bruchstücken von Berichten sich ein Bild zu machen, gibt den Versuch bald als aussichtslos auf. Damit ist der Zusammenhang mit der Heimatpolitik zum erstenmal zerrissen; die Konturen der politischen Vorgänge daheim verdämmern und verschwinden rasch; die Lust und die Fähigkeit, später, wenn sich wieder bessere Gelegenheit bietet, den Zusammenhang wieder zu finden, ist äußerst verringert. Nun soll man bedenken, daß trotz aller Schützengräben, mit denen die Mittelmächte sich umgürten, solcher Bewegungskrieg nicht selten war. Ich erinnere an die Offensive durch Belgien und Frankreich im Sommer 1914, an die Bewegunsschlachten im Winter 1914/15 in Ostpreußen, an den sich daran anschließenden Vormarsch gegen Warschau und den darauf folgenden Rückzug von dort im Frühjahr 1915, an die erneute und diesmal erfolgreiche Offensive der Verbündeten gegen Rußland im Sommer und Herbst 1915, an die Eroberung des Balkan 1915/16, sowie schließlich an die Erstürmung Rumäniens in der zweiten Hälfte 1916. Es ist ferner bekannt, daß es Grundsatz unserer Heeresleitung ist, abwechselnd alle mobilen Divisionen an diesem Bewegungskriege zu beteiligen. So ergibt sich, daß wohl alle oder wenigstens beinahe alle unsere Frontkämpfer die völlige und länger andauernde Zerreißung der Fäden, die sie mit der Heimatspolitik verbanden, erlebt haben. Sie alle sind mindestens einmal, manche, viele, sogar mehrmals völlig außer Bild und Zusammenhang mit ihr geraten. Aber auch in dem Augenblick, wo der Bewegungskrieg wieder zum Stellungskrieg erstarrt, ist die Verbindung mit den politischen Vorgängen daheim und das Interesse an ihnen noch lange nicht wieder hergestellt. Anlage und Ausbau der neuen festen Stellung wie der Verbindungen nach rückwärts erfordern wochen- und monatelange angestrengteste Arbeit. Alle Kräfte müssen zur möglichst raschen Erledigung dieser Aufgabe von früh bis spät, selbst die Nächte hindurch, auf das höchste angespannt werden; dazu kommt die ununterbrochene Wacht gegen den Feind — da bleibt wieder kaum Kraft und Lust, zerrissene politische Fäden von neuem mühsam anzuknüpfen. Erst allmählich kommt mehr Ordnung, Ruhe, Regelmäßigkeit in die neue Schützen-

Digitized by Google

grabenexistenz hinein; aber inzwischen ist das politische Interesse noch geschwächter, die Wiederorientierungsfähigkeit noch geringer geworden. In diesem Augenblick mag solche politische „Neuorientierung" dennoch von manchem mit Hilfe der jetzt wieder regelmäßig eintreffenden Zeitungen versucht werden — da macht ihr dann oft die berühmte Translozierung der Truppen von neuem ein rasches Ende. Längere Eisenbahnfahrten schieben sich ein, und wo immer diese enden, in einem neuen Bewegungskriege oder einem neuen Schützengraben oder gar in den kurzfristigen, sogenannten Ruhequartieren: wiederum sind sie neue Hindernisse, den politischen Anschluß mit der Heimat zu erhalten; sie schwächen die Lust, sie zu überwinden, weiter ab: „Es hat ja doch keinen Zweck," heißt es schließlich, „wer weiß, wo wir morgen sind."

Nun gibt es ja Truppen (und ihre Zahl ist wahrlich nicht gering), die, aus älteren Jahrgängen zusammengesetzt, nie zum Bewegungs-, stets nur zum Schützengrabenkrieg verwendet werden. Deren Existenz ist „ruhiger", mehr als die jener an die Scholle gefesselt. Sie haben also anscheinend viel mehr Zeit und Gelegenheit, Kenntnis und Überblick über die politischen Vorgänge in der Heimat zu erhalten. Aber auch hier trügt in den meisten Fällen der Schein beträchtlich. Gewiß rücken solche Formationen oft in von jenen andern bereits angelegte Stellungen ein; ebenso oft aber müssen sie sie sich erst selbst schaffen, selbst ganz neu aus dem Boden stampfen. Für die ganze Zeit, wo dies geschieht, gilt von ihnen das gleiche, was wir vorhin über die andern, die Bewegungstruppen, ausgeführt. Aber auch wo Landwehr und Landsturm in schon vorhandene Stellungen einrückt, sind diese meist erst halbfertig. Und auch wo sie schon als angeblich ganz ausgebaut übergeben werden, sind sie es doch nicht ganz und werden es eigentlich nie. Das Regiment, bei dem ich selbst stehe, liegt bereits seit fünfviertel Jahren an derselben Stelle den Russen gegenüber: wir sind noch heute nicht mit dem Ausbau unsrer Stellung fertig, werden nie fertig werden. Teils zerschießt der Feind das mühsam Geschaffene doch immer wieder, teils werden immer neue Verstärkungsarbeiten in Angriff genommen, neue Verbesserungen durchgeführt, alte, erfahrungsmäßig als ungeeignet erwiesene Bauten und Einrichtungen beseitigt. Die Instandhaltung der Gräben kostet viel Zeit, das Postenstehen (die Hauptsache) natürlich desgleichen. Die zuerst oft höchst primitiven, höhlenartigen Unterstände werden gegen das feindliche Feuer immer stärker, immer wohnlicher gemacht. Feuerholz, Fourage, Post, Arbeitsmaterial, Munition, tausenderlei andere Dinge müssen täglich, oft von weit hinten und bei jedem Wetter und jedem feindlichen Feuer herangeschafft werden. Im Winter kommt das mühselige, immer neue Schneeschaufeln dazu. Übungskurse aller Art, zeitweilige Abkommandierungen nach rückwärts erhöhen noch die Arbeit und Unruhe der Tage: wahrlich, die Gelegenheit, die Lust, die Fähigkeit, sich mit den politischen Vorgängen in der Heimat etwas angelegentlicher zu beschäftigen, ist auch in diesen älteren, „ruhigeren" Formationen noch immer sehr beschnitten. Man muß auch bedenken, daß sich zwischen diesen eben ge-

Digitized by Google

schilderten Ablauf einer arbeitsreichen Schützengrabenexistenz Kampfzeiten schieben: feindliche und eigene Angriffe, Gefechte links und rechts, infolgedessen Alarmierungen oft ganze Nächte hindurch — in solchen Zeiten ist alles Interesse nur dem Augenblick und den Vorgängen der nächsten Umgebung gewidmet; alles andere versinkt in der Aufregung und Anstrengung solcher Erlebnisse. Aber auch wenn der Kampf ruht, die tägliche Arbeit auf ein erträgliches Maß heruntergegangen ist — auch dann steigt das politische Interesse nicht wieder, jedenfalls nicht in dem Maße, wie jene fielen. Man ist nun längst zu müde geworden, lebt zu sehr in einer andern, der Welt seiner neuen Schützengrabenheimat, als daß man solches Interesse in stärkerem Maße auf die Dauer noch aufzubringen vermöchte. Hemmungen anderer Art wirken in der gleichen Richtung: der Mann ist nie allein, weder bei Tag noch Nacht, weder beim Postenstehn, noch bei der Arbeit, weder beim Essen, noch in den dienstfreien Stunden. Er ist stets mit seinen Kameraden in den engen Gräben oder den noch engeren, oft überfüllten Unterständen zusammen; die Möglichkeit zu einer äußern und innern Sammlung und Ruhe, und damit auch zu geregelter politischer Lektüre ist da verflucht knapp. Außerdem ist ja die politische Gesinnung auch nur der Leute einer einzigen Gruppe selten ganz übereinstimmend; vielmehr sind fast immer verschiedenste Richtungen und Parteien unter ihnen vertreten. Das schließt manchem Vorsichtigen den Mund zu politischen Gesprächen fest zu. Auch ist, wo selbst die Lust dazu vorhanden wäre, die Unbeholfenheit im Diskutieren und daher die Gefahr, in unkameradschaftlichen Streit zu geraten, ebensowenig geeignet, politische Unterhaltungen und damit das Interesse an den politischen Dingen in der Heimat zu wecken und zu pflegen. Selbst die alte Scheu aus der Zeit vor dem Kriege, nur ja während des Lebens in der Kaserne nichts „Politisches" zu zeigen, ist im Schützengraben, und gerade unter den älteren Leuten, noch nicht ganz erstorben. Dazu kommt die eigenartige mächtige Wirkung des ganzen militärischen Milieus, das auch im Kriege, vor dem Feinde, im Graben auch den ältesten Mann wieder gefangen nimmt: der Dienst wird wieder der Inhalt seines täglichen Lebenslaufs, er sieht, fühlt, denkt militärisch, nicht bürgerlich-politisch. Damit parallel geht freilich eine wachsende Sehnsucht nach dieser bürgerlich politischen Existenz, nach der Heimat, nach raschem Sieg und Frieden: aber diese Sehnsucht ist ganz in die Zukunft gerichtet, macht den Mann gegen das gegenwärtig Politische in der Heimat, auf das er doch keinen Einfluß zu üben vermag, nicht weniger gleichgültig. So kommt es ganz von selbst, daß verhältnismäßig nur wenige Leute schließlich ihre heimatliche Zeitung regelmäßig sich nachschicken lassen, und unter ihnen sind mehr unparteiische Lokalblätter mit den kleinen täglichen Nachrichten und Neuigkeiten aus dem Heimatorte, als die früher einmal unentbehrliche politische Parteizeitung. Was an politischem Interesse noch vorhanden ist, läßt man sich schließlich immer mehr durch die Frontzeitung befriedigen, die man für wenige Pfennige abonnieren kann, die verhältnismäßig rasch die hauptsächlichen Tatsachen und Vor-

Digitized by Google

gänge aus Politik und Weltkrieg berichtet und in einer Viertelstunde gelesen ist. Fast unüberwindlich groß aber werden die Schwierigkeiten einer regelmäßigen politischen Information draußen im Schützengraben während des Winters. Bei uns im Osten war es schon um 3 Uhr dunkel, eine Stunde später Nacht. Erst zwischen 7 und 8 Uhr morgens wurde es wieder hell. In der ganzen Zwischenzeit waren die Mannschaften eigentlich ohne Licht. Petroleum war in diesem Winter auch an der Front eine rare Sache. Aber auch wenn es dagewesen wäre, hätten die Lampen dafür gefehlt. Das gleiche galt, bei dem Fettmangel, von Talg- und andern Kerzen. Selten wurden einmal einige verteilt. Sie mußten sorgfältig für den Fall nächtlicher Alarmierung oder andrer außergewöhnlicher Vorkommnisse aufbewahrt werden. So saßen denn die Leute die Hälfte des Tages im Dunkeln; denn in den Unterständen, in die nur ein winziges Fensterlein Tageslicht hineinläßt, wird es noch früher finster als in andern menschlichen Behausungen. Die einzige Lichtquelle, trübe genug, war der Lichtschein aus dem Ofenherd, wenn man die Ofentür offen ließ. Meist war dessen zweifelhafter Genuß aber teuer bezahlt: bei offner Ofentür pflegten die meisten Unterstandsherde recht aufdringlich zu rauchen. Auch war es ganz ausgeschlossen, bei diesem „Ofenlicht" längere Zeit zu lesen. Wenn nicht der eine oder andere ab und zu noch von zu Hause eine Kerze erhielt, von deren kurzfristigem Licht aber natürlich auch nur immer ganz wenige profitierten, herrschte ewige Dämmerung in den Räumen. Daß unter diesen Umständen alles politische Interesse an daheim schließlich zum Teufel gehen mußte, ist klar. An andern Stellen der Schützengrabenfront gibt es allerdings elektrisches Licht. Auch wir erhielten schließlich welches Ende Januar, nach über einjährigem Aufenthalt in unsrer zweiten Heimat. Aber viel geholfen war den Leuten damit für die Pflege ihrer politischen Interessen auch nicht. Denn auch dann waren die Unterstände nicht allzuhell beleuchtet. Eine Flamme für 10 bis 20 Mann. Die Brennstärke derselben war nicht allzugroß. Höchstens 4 bis 6 Leute konnten bei ihrem Licht lesen. Denn nie mehr als diese hatten an dem kleinen Tisch in dem engen Raum unter ihrem Lichte Platz. Auch brannte es nicht immer. Störungen an der Maschine, die das Licht lieferte, waren nicht selten. Bei dem Mangel an Ersatzstücken und der Schwierigkeit, sie zu beschaffen, dauerten Reparaturen erheblich länger als in der Heimat. Ersatzmaschinen fehlten natürlich. Oft pustete auch der Feind freundnachbarlich mit einer Granate das Licht aus. Diese brauchte nicht einmal den Leitungsdraht zu treffen, nur in seiner Nähe zu platzen, so war er zerrissen, und das Licht setzte wieder für einige Abende aus; denn nicht gleich war das Ausbesserungskommando zur Stelle. Natürlich gibt es in jeder Kompanie einige, deren Lesebedürfnis trotz aller geschilderten Hindernisse nicht unterdrückbar ist. Sie befriedigen es auch bei all diesen Hindernissen. Aber merkwürdig: viel mehr durch Lektüre von Dingen, die mit der Politik nichts gemeinsam haben. Ich habe das an mir selbst erfahren: was dicht am Feinde noch wirklich fesselt, auf Stunden oder Viertelstunden den Geist der harten, kargen Wirklichkeit,

Digitized by Google

die einen umgibt, entführt, das ist weder Politik, noch technische oder gar Kriegsliteratur, sondern Bruchstücke aus den Werken unsrer Besten, unsrer Dichter: sie geleiten in eine Welt, deren überdiesseitige Verklärung den Lesenden allein beglückt und befreit.

Bleibt noch das Heer der Etappentruppen. Soweit ich deren Existenzbedingungen kenne, unterscheiden sich aber auch diese in bezug auf die Möglichkeit einer Befriedigung eines politischen Interesses, nicht allzusehr von denjenigen der Fronsoldaten. Auch sie haben großenteils ihr gerüttelt Maß voll Arbeit, wenn auch meist Gelegenheit einer regelmäßigen Nachtruhe. Aber sie liegen oft in zerschossenen Häusern oder eng zusammengepfercht in kasernenartigen Baracken. Die Verhältnisse auch in ihnen entbehren gewöhnlich des Mindestmaßes von Bequemlichkeit, die zur Pflege solcher geistigen Bestrebungen, wie es auch die politischen sind, unerläßlich ist. Oft fehlt schon auch ihnen das unbedingt nötige Licht. Auch ist der Wechsel unter den Etappentruppen nicht selten, und gerade er ist ein besonderer Feind jener Bemühungen.

Fassen wir endlich alles zusammen: der Soldat draußen bleibt, durch tausend widrige Umstände verhindert, je länger der Krieg dauert, desto weniger politisch interessiert und orientiert. Politische Gleichgültigkeit tritt an die Stelle einer Anteilnahme an der heimatlichen Politik. Diese selbst, wie sie sich im Laufe des Kriegs entwickelt hat, ist auch nicht sehr dazu angetan, ihn anzuziehn und zu fesseln. Gegen die immer leidenschaftlicher geführten Streitigkeiten innerhalb und zwischen den einzelnen Parteien empfindet er vielfach geradezu Ekel und Verachtung. Dem Liebeswerben der einzelnen Richtungen setzt er, unorientiert wie er ist, unsichere Ablehnung entgegen. Selbst über die Zukunftsgestaltung Deutschlands nach außen macht er sich weniger Gedanken als man sich im Inland einzubilden scheint. Er weiß aus den Kämpfen, die er hinter sich hat, daß die Konstellationen, auf die hin man daheim vielfach seine Kombinationen aufbaut, sich noch dutzendmal ändern können. Dazu kommt der Moment des Sachlichen, Tatsächlichen, Reellen, zu dem er durch den Krieg erzogen wurde. Nur nicht schwätzen, sonder handeln! Er ist ganz instinktiv und elementar nur von einem Doppelten erfüllt: Deutschland darf nicht kaput gehen, eher die andern; und: Nach dem Kriege muß es zu Hause anders, ganz anders werden als es vor dem Kriege war. Wie, das wird sich dann schon finden. Er wird schon die rücksichtslose Energie, die er im Felde nun seit Jahren aufbringen muß, auch dann wieder bewähren.

In dieser Verfassung etwa wird er zurückkommen. Auf diese Verfassung jedes einzelnen Kämpfers und auf nichts anderes müssen sich die Parteien gefaßt machen. Er wird sich gewiß einmal, zweimal, selbst dreimal die Argumente der streitenden Parteien und Richtungen sehr aufmerksam anhören. Partei wird er danach gewiß ergreifen, ergreifen müssen. Aber entscheidend dafür wird für ihn aus seiner ganzen Verfassung heraus schließlich das sein, was die einzelnen Gruppen und Strömungen gewirkt und geleistet, nicht geredet und prophezeit haben. Und entscheidend wird für ihn sein, welche

Digitized by Google

der Parteien ihm nach allem am geeignetsten erscheint, ihm in dem schweren Daseinskampf, der dann doppelt erbittert bevorsteht, am wirksamsten und uneigennützigsten zu helfen und zu vertreten. Der Mann, der draußen unerhörte Taten mit hat vollbringen helfen, der selbst dabei ganz Tat geworden, wird die Partei wählen, deren Wirken während des Kriegs am meisten Tat war.

Die Partei also, die im Verlauf des Kriegs in volkstümlicher Gesinnung, im Kampf gegen den Wucher, in der Steuerpolitik, in der Volksversorgung, in der Erringung neuer freiheitlicher Rechte die beste, klarste, gradlinigste und fruchtbarste Politik getrieben hat, wird nach dem Krieg die Repräsentantin der Masse der Frontkrieger sein.

Wer Kriegsanleihe zeichnet, fördert den Frieden!

Briefe an die „Deutsche Politik"

Stuttgart, den 26. März 1917

An den Schriftleiter der „Deutschen Politik" Herrn Oberleutnant a. D. Franz Kolbe
Berlin W 50, Augsburgerstraße 74, II.

Ihre Ausführungen in Heft 12 der „Deutschen Politik" über Kriegsanleihe-Lebensversicherung scheinen mir trügerisch zu sein. Es will mir nicht einleuchten, daß durch den Abschluß derartiger Versicherungen das Reich mehr Geld bekommt, und darauf kommt es doch auch Ihnen allein an. Nehmen wir ein Beispiel: Es hat jemand 300 Mark bei der Sparkasse, die er sich vornimmt, in Reichsanleihe anzulegen. Eine Versicherungsgesellschaft hält ihn davon ab, unter dem Hinweis darauf, daß das Reich den fünffachen Betrag, also 1500 Mark, von ihm erhalte, wenn er diese 300 Mark zur Bezahlung der ersten Prämie einer Kriegsanleihe-Versicherung benütze; das Reich bekomme also 1200 Mark mehr, als wenn er sein Spargeld unmittelbar selbst anlege.

Wie kann nun die Versicherungsgesellschaft diese Zusage erfüllen? Sie erhält von dem Mann 300 Mark, sie verpflichtet sich aber, 1500 Mark Anleihe zu zeichnen; sie muß also die zunächst fehlenden 1200 Mark aus ihren eigenen Beständen nehmen, da sie von dem Versicherten ja erst im Lauf von einer Reihe von Jahren einbezahlt werden. Wenn aber die Versicherungsgesellschaft hierfür noch verfügbare Bestände hat, warum verwandelt sie diese nicht von sich aus in Kriegsanleihe, ohne erst den Abschluß eines derartigen Versicherungs-Geschäfts abzuwarten? Ich möchte doch meinen, daß auch die Versicherungsgesellschaften den letzten verfügbaren Pfennig dem Reich ohnedies zur Verfügung stellen, umsomehr, als doch gerade sie gehalten sind, ihre Reserven in sicheren Papieren anzulegen. Ich kann doch auch nicht annehmen, daß eine Gesellschaft, die unter Hinweis auf die Not des Vaterlandes andere zum Abschluß solcher Kriegsanleihe-Versicherungen zu bewegen sucht, nicht vorher selbst von sich aus das Äußerste leistet. Jede Gesellschaft, die dies tut, hat aber dann doch keine Mittel mehr frei, um die ihr in der neuen Kriegsanleihe-Versicherung einbezahlten Gelder in fünffacher Höhe dem Reiche zu leihen. Mit anderen Worten: Wenn die Versicherungsgesellschaften ihre Pflicht tun, so wie der Mann in unserem Beispiel sie zu tun beabsichtigte, dann erhält das Reich nicht weniger Anleihekapital, auch wenn sich der Mann nicht versichern läßt.

Anders steht es mit einem anderen Mittel, auf das Sie in Ihrem Aufsatz ebenfalls hinweisen.

Digitized by Google

Ich meine den Vorschlag, daß die Lebensversicherungs-Gesellschaften diejenigen ihrer Versicherten, deren Versicherungssummen etwa im Laufe dieses Jahres noch zur Auszahlung fällig werden, fragen, ob sie diese in Kriegsanleihe anzunehmen bereit sind. Im Falle der Zustimmung kann die Bank dann diese Summen, die sie sonst in Bargeld bereit halten müßte, in Anleihestücken festlegen und auszahlen. Hier wird also tatsächlich Geld, das sonst flüssig bleiben würde, dem Reiche gegeben. Von einer großen deutschen Lebensversicherungs-Bank weiß ich, daß sie in diesem Sinne für die Kriegsanleihe arbeitet. Sollte das nicht allgemein gemacht werden, so würde ich es für verdienstlich halten, wenn alle Gesellschaften zur Mitarbeit in diesem Sinne aufgefordert würden. Von derselben Bank hörte ich übrigens, daß die Zeichnungen der deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften insgesamt erheblich mehr als eine Milliarde betragen und daß sich diese recht wohl mit denen der englischen Gesellschaften vergleichen ließen.

Ich füge schließlich noch an, daß ich selbst in keinerlei Beziehung zum Lebensversicherungs-Geschäft stehe. Ich habe mich mit den vorbehandelten Fragen nur beschäftigt, weil eine Gesellschaft den Wunsch hatte, das Personal der Firma, welcher ich vorstehe, für diese neue Versicherungsart zu gewinnen, und dazu um meine Unterstützung nachsuchte.

Hochachtungsvoll Hugo Borst

Antwort: Berlin, 29. März 1917

Sehr geehrter Herr!

Auf Ihr Schreiben vom 26. März 1917 erlaube ich mir, Ihnen nachstehendes zu erwidern:

Ihre Auffassung geht von der falschen Ansicht aus, daß die Versicherungsgesellschaften bedeutende eigene Bestände an Bargeld vorrätig halten und damit ihre Zahlungen leisten. In Wirklichkeit ist gerade das Gegenteil der Fall: Jede Versicherungsgesellschaft muß bestrebt sein, möglichst geringe Barbestände in der eignen Kasse zu halten und möglichst alles eingehende Geld, sofort einer Verzinsung zuzuführen. Unnötige Kassenbarbestände sind gleichbedeutend mit Zinsverlust. Jede Versicherungsgesellschaft hat daher ein Konto bei der Reichsbank, vielleicht auch noch bei einer größeren Privatbank. Sie wird — abgesehen von den für täglich fällige Auszahlungen notwendigen Geldern — möglichst wenig Bargeld im Hause halten, sondern eingehende Gelder möglichst umgehend der Verzinsung durch Einzahlung bei der Reichsbank oder ihrer Bankverbindung entgegenführen. Dort werden die Gelder zunächst aber nur als tägliches Geld verzinst, dessen Zinssatz bekanntlich verhältnißmäßig gering ist, es liegt daher im Interesse der Versicherungsgesellschaften, ihren Depositenbestand möglichst bald in eine feste Kapitalsanlage zu möglichst hohem Zinssatz umzuwandeln. Das, was Sie die eigenen Bestände der Gesellschaft nennen, sind also neben geringfügigen Beträgen in bar tägliches Geld bei den Banken, in der Hauptsache aber zinstragende Kapitalsanlagen, meist wohl Hypotheken, daneben Staatspapiere usw.

Bei jeder Versicherungsgesellschaft kann, ebenso wie bei einem Privatmann, der Fall eintreten, daß er zwar Kapital, aber nicht genug flüssiges Bargeld hat, um plötzlich auftretenden größeren Zahlungsanforderungen zu genügen. In diesem Falle wird die Lebensversicherungs-Gesellschaft, ebenso wie der Privatmann es tut, Wertpapiere bei der Bank lombardieren, d. h. gegen Zinszahlung verpfänden. So würden es die Lebensversicherungs-Gesellschaften auch bei der Kriegsanleihe-Lebensversicherung machen.

Sie schreiben: „Warum verwandeln die Versicherungsgesellschaften ihre verfügbaren Bestände nicht von sich aus in Kriegsanleihe?“ Darauf ist zu erwidern: Die Versicherungsgesellschaft kann unmöglich ihre gesamten Kapitalsanlagen, also Grundstücke, Gebäude, Hypotheken und Wertpapiere, verkaufen, um dafür Kriegsanleihe zu zeichnen! Sie wird vielmehr im allgemeinen nur ihre gerade der Anlage harrenden Kapitalien in Kriegsanleihe anlegen. Bei der

Digitized by Google

Kriegsanleihe-Lebensversicherung dagegen schließt die Versicherungsgesellschaft mit dem Versicherer einen Vertrag ab, wonach sie sein Zahlungsversprechen zugunsten des Reiches gewissermaßen diskontiert, sich also verpflichtet, ihm seinerzeit bei Fälligwerden der Versicherung den Versicherungsbetrag in Kriegsanleihe an Stelle baren Geldes auszuzahlen. Damit ihr hierdurch kein Verlust entsteht, müssen die Prämien so berechnet werden, daß trotz der durch Lombardierung bei der Bank entstehenden Mehrkosten die Prämien der Versicherten ausreichen, um zum Fälligkeitstermine mit den bis dahin aufgewachsenen Zinsen die versicherte Summe zu decken.

Ich hoffe, daß nunmehr kein Zweifel darüber besteht, daß tatsächlich jemand, der 300 Mark auf der Sparkasse hat, diese benutzen kann, um eine Kriegsanleihe-Versicherung von 1500 Mark zu zeichnen, gegen Anzahlung seiner 300 Mark und spätere vierteljährliche Prämienzahlungen. Die 1200 Mark, die das Reich über die ersparte Summe von 300 Mark hinaus erhält, sind durch Lombardierung der festen Kapitalbestände der Lebensversicherungs-Gesellschaft flüssig gemacht worden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener F. K.

Notizen

„**Unsere Stellung zu England** hängt von dessen Stellungnahme gegen uns ab. Solange es den Anspruch auf Weltherrschaft aufrecht hält und uns unser gleiches Recht an der Erde streitig macht, solange ist es unser Feind, den wir bekämpfen. Wenn es aber seine Ansprüche aufgibt und uns unser Recht zugesteht, können wir uns politisch mit ihm verständigen. Ist Rußland unser östlicher Nachbar, so berühren wir uns mit England in allen Teilen der Welt. Jeden Tag ergeben sich Fragen, die sich besser in Eintracht lösen lassen, und in vieler Beziehung sind unsere und Englands Interessen gegenüber anderen Staaten die gleichen, die wir nur gemeinsam mit Erfolg verfechten können. Gerade durch den Krieg mit England sind besonders viele Kulturwerte vernichtet und besonders viele Beziehungen zerstört worden. Man darf sich durch die jetzige Stimmung des gerechten Zornes nicht so weit hinreißen lassen, daß man das leugnet. Die englische Kultur ist der unsrigen trotz großer Unterschiede verwandter als die der anderen großen Nationen, namentlich als die französische und russische, und sowohl in den Kreisen des Handels und der Industrie wie in den Kreisen der Wissenschaft hatte die Gemeinsamkeit der sachlichen Bestrebungen oft zur Freundschaft geführt. Gute Kenner der Psyche des englischen Volkes halten es für möglich, daß es nach dem Kriege, möge er ausfallen, wie er wolle, geneigt sein werde, die alten Beziehungen wieder aufzunehmen. Der Krieg sei für die Engländer teils Geschäft, teils Sport, ihr jetziges niederträchtiges Verhalten gegen uns sei teils Kampfmittel, teils hysterische Erregung. Wenn der Krieg vorbei sei, so würde uns das englische Volk, wie nach geendigtem Sportskampf, mit ausgestreckten Händen entgegenkommen, wie ja auch englische Gefangene den deutschen Soldaten die Hand hinstreckten. Das ist uns Deutschen unverständlich und unmöglich. Trotzdem müssen wir uns hüten, uns dem Hasse gegen England so viel mehr hinzugeben als dem Hasse gegen Franzosen und Russen. Diese haben uns ebensoviel Böses zugefügt, und der Haß gegen uns durchdringt nach dem Urteil unbefangener Beobachter das französische Volk viel mehr als das englische; zwischen ihm und uns klafft eine noch tiefere Kluft. Es ist nicht gut, wenn wir uns durch die Predigt tödlichen Hasses die Möglichkeit einer Verständigung mit England für alle Zukunft verbauen." (Schlußwort der Neuauflage von Hettner, „Englands Weltherrschaft". B. G. Teubner, Leipzig.)

Gedanken über den Völkerfriedensbund. H. K. Brailsford hat ein Buch über „Eine Liga der Nationen" erscheinen lassen, das die „Nation" vom 3. März bespricht und neben Naumanns „Mitteleuropa" als beträchtlichstes Ergebnis durch den Krieg angeregten politischen Nach-

Digitized by Google

denkens rühmt. Brailsford denkt sich den Völkerbund so, daß die Mitgliedschaft darin jedem Staate große Vorteile und das Fernbleiben oder Wiederausscheiden große Nachteile verschafft. Er möchte dem Bunde eine „geistige Heimat" in dem Empfinden der Völker bereitet sehen, ihm aber auch geographisch einen Mittelpunkt, möglichst in einer alten geschichtlichen Hauptstadt wie Konstantinopel, anweisen. Der Bund werde so viele Vorteile bieten, daß kaum ein Staat auf die Teilnahme verzichten kann. Er würde sogar „Prämien" an seine Teilhaber in der Form von Anteilen an den Rohstoffmengen verteilen, über die er verfügen würde; er würde den Markt jedes Teilnehmers den anderen, allen die unerschlossenen Teile der Welt und allen gleichmäßig die nicht selbständigen Kolonien eröffnen. Diese Vorteile würde ein ausscheidendes Mitglied verlieren, und sollte es sich weigern, einen Streit dem Schieds- oder Versöhnungsgericht zu unterbreiten, auch Gewaltsmaßregeln, wie bis zur äußersten Anwendung der Seegewalt, unterliegen. Doch soll nach Brailsfords Ansicht jede Gewaltanwendung nur ein äußerstes Hilfsmittel darstellen; in erster Linie rechnet er auf die Möglichkeit einer Ausstoßung und die Wirkung der damit verbundenen Nachteile. Die Mitglieder sollen gehalten sein, bei sich Home Rule und religiöse und kulturelle Freiheiten für abhängige Völker zu gewähren und ein Grundgesetz der Handelsfreiheit anerkennen, dagegen nicht gezwungen werden, bestehende Bundesverhältnisse aufzugeben, die sich vielmehr allmählich mit dem allgemeinen Leben des Bundes verschmelzen sollen. Den Zwecken des Bundes soll nach Brailsford dienen, daß jeder Teilnehmer etwas aufgibt. Deutschland und andere Landmächte sollten ihre Militärdienstzeit auf sechs Monate beschränken, England auf den vollen Gebrauch seiner Seegewalt für „Privatkriege" verzichten, so daß das unbegrenzte Blockade- und Embargorecht nur in den Straf- oder Verhinderungskriegen des Bundes zur Anwendung kämen. Im übrigen denkt sich Brailsford den Bund mit vier Organen ausgestattet: 1. einer Exekutive mit voller Handlungsfreiheit, die als ein Kabinett der Kabinette der Großmächte in einer ein für allemal gewählten Hauptstadt tagen und einen mächtigen Stab militärischer, juristischer, Marine- und Handels-Attachés haben würde; 2. einem ständigen Untersuchungs- und Versöhnungsrat, in dem die kleinen Mächte vertreten sein würden; 3. einer unabhängigen richterlichen Körperschaft; 4. und späterhin auch einem wirklichen internationalen Parlament, das sich allmählich aus dem beratenden Ausschuß entwickeln würde, der aus verhältnismäßiger Vertretung der Parteien in den Einzelparlamenten hervorgehen müßte. Brailsford will also den Bund als einen Bund der Regierungen beginnen, der sich erst nach und nach in eine Vertretung der Völker verwandelt. Die „Nation" hält den umgekehrten Hergang für möglich und meint: „Ein Krieg, der den allgemeinen Ruin bedeutet, kann sehr wohl ein dramatisches Ende haben und ein Friedensbund errichtet werden durch die Tätigkeit revolutionärer Regierungen in allen Hauptstädten Europas."

Deutsch-österreichisch-ungarische Interessengemeinschaft. Das „Neue Wiener Tagblatt" vom 20. März bezeichnet die von der Österreichischen Kreditbank und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank mit der Berliner Diskonto-Gesellschaft, der Brasilianischen Bank für Deutschland und der Bank für Chile und Deutschland eingegangene Interessenverbindung als eine Tatsache von erheblicher Bedeutung, „da die organisierte Bankverbindung nicht nur über viele Valutaschwierigkeiten hinweghelfen, sondern auch der Geltung Österreich-Ungarns in überseeischen Gebieten wesentlich nützen werde."

Giolitti hat nach dem „Figaro" vom 14. März die Hoffnung nicht aufgegeben, den „Baum des größeren Italien" wieder zu entwurzeln.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Erziehung

Gedanken über Jugendpflege. Von Dr. M. Breitbarth. (Herm. Schroedel, Halle.) 114 S. Ratschläge für die Jugendpflege in Mittel- und Großstädten, in Kleinstädten und auf dem Lande.

„Land-Erziehungsheime und Freie Schulgemeinden." Von Dr. F. Grunder. (Band VII der von Professor Dr. Neßmer und Professor Dr. Aloys Fischer herausgegebenen Methodensammlung für Erziehung und Unterricht: „Pädagogium".) Mit 32 Abbildungen. IV. 209 S. Preis: Geheftet M. 5.20, in Leinenband M. 6.—. Leipzig 1916. Julius Klinkhardt. Stellt einige typische moderne Landschulen verschiedener Länder auf Grund von Tatsachen dar, die der Verfasser während zwölf Jahren gesammelt hat. Wichtig für die Kenntnis und Beurteilung der freien Schulgemeinde und des Wertes ländlicher Erziehungsheime.

Jahrbuch des Vereins für wissenschaftliche Pädagogik. Herausgegeben von Prof. Dr. W. Rein. 49. Jahrgang 1917. (Bleyl & Kaemmerer, Dresden-Blasewitz.) 282 S. Preis M. 5.—. Enthält Aufsätze über die Frage nach der Möglichkeit einer selbständigen pädagogischen Wissenschaft, die kindliche Eigenart in Herbarts Erziehungslehre, Bildungswesen und Schulreform in der neuen Türkei, die Pflege der Selbsttätigkeit der Schüler im Unterricht, die Vorläufer der Herbartschen Pädagogik, den lateinischen Anfangsunterricht im Gymnasium, Stellung des ästhetischen Verhaltens im System der Pädagogik.

Volkskunde

Otto Hoetzsch: „Rußland". Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom japanischen bis zum Weltkrieg. Zweite vollständig umgearbeitete Auflage mit zwei Karten, Berlin 1917. (Verlag Georg Reimer.) br. M. 12.—, geb. M. 13.—. Die Umarbeit ist unter dem Gesichtspunkt vorgenommen, daß ein Bild Rußlands gegeben wird, wie es zu Beginn des Weltkrieges war, denn das Jahr 1904 bis 1914 „ist eine eigene abgeschlossene Periode russischer Geschichte geworden". An dem Grundsatz, auf Grundlage der Geschichte und unter Ausschluß politischer Stellungnahme in das Verständnis der Gegenwart einzuführen, ist auch in der neuen Auflage festgehalten.

Nadja Strasser: Die Russin. Charakterbilder. (S. Fischer, Verlag, Berlin.) 264 S. Geh. M. 3.50, geb. M. 4.50. Abriß des Wesens der russischen Frau, ihrer schmerzenreichen Geschichte und ihres Einflusses geben; menschliche und literarische Porträts der russischen Frauen.

Hugo Grothe: Türkisch-Asien und seine Wirtschaftswerte. (M. Hendschel, Frankfurt a. M.) 96 S. Untersucht zusammenfassend die deutsch-türkischen Wirtschaftsziele unter Heranziehung des Tatsachen- und Zahlenmaterials und unter dem Gesichtspunkt geographischer Betrachtungsweise.

Finanzwesen

Handbuch des österreichischen Finanzverwaltungsrechts. Nachtrag 1916, nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung. Bearbeitet von Heinrich Konrad. (Manzsche Verlagshandlung, Wien.) 106 S. Preis geb. M. 4. (Das Handbuch des österreichischen Finanzverwaltungsrechts selbst ist im Jahre 1913 im Umfang von 1016 S. in demselben Verlage erschienen.)

Ernst Kahlo: Versicherungsbedingungen und Prämiensätze. Erschienen im Selbstverlag des Verfassers. Preis M. 1.50.

Geschichte

H. Scherer: Die deutsche Reichsgründung. Eine Betrachtung mit Rücksicht auf den Unterricht in der Volks-, Mittel- und Fortbildungsschule. (Schulwissenschaftl. Verlag A. Haase, Leipzig.) 41 S. Preis M. 1.25.

Gottlob Egelhaaf: Historisch-politische Jahresübersicht für 1916. Karl Krabbe Verlag, Stuttgart. 191 S. Preis geh. M. 3.—. Neunter Jahrgang des kurzgefaßten, für den Handgebrauch bestimmten Jahrbuches.

Jean Luvès: Calais sous la Domination Anglaise. (Ferd. Wyß, Bern.) 30 S.

Kunst — Schöne Literatur

Hans Much: Norddeutsche Backsteingotik. Ein Heimatbuch. (M. Glogau, Hamburg.) 38 S. und 80 Abb. Preis M. 4.75. Ein Kenner des deutschen Nordens schildert und beschreibt die Kirchen, Stadttore, Ratshäuser des Nordens, die in ganzseitigen guten Abbildungen veranschaulicht werden.

Walter Heymann: Max Pechstein. 78 S. mit 4 Farbdrucken, 44 Netzätzungen nach Gemälden und 58 Strichätzungen im Text. 1916. R. Piper & Co., München. Würdigung eines der stärksten Talente der jungen Malerei durch einen liebevoll nach Verständnis der neuen Werte des Malers suchenden Dichter.

Prof. Dr. Viktor Michels: Goethe und Jena. Gedruckt als Weihnachtsgruß des derzeitigen Prorektors an die im Kriegsdienst stehenden Angehörigen der Universität Jena. (Gustav Fischer, Jena. 1916.)

Max Nußberger: Schiller als politischer Dichter. Shakespeare und das deutsche Drama. Zwei Aufsätze. (Rascher & Co., Zürich.) 56 S. Preis M. 1.50. Sieht Schiller unter dem

Digitized by Google

Eindruck der politischen Umwälzungen durch die Französische Revolution seine freiheitlichen Bestrebungen aufgeben und zu einem Verfechter der Rechte des Staates werden. Geht den tiefgreifenden Veränderungen in der Auffassung der dichterischen Persönlichkeit Shakespeares nach.

Zeitschriften

Das erste Märzheft der Internationalen Rundschau (Art. Institut Orell Füßli, Zürich) enthält Vorschläge zur Abkürzung des Krieges, zur Lösung der sozialen Frage durch Fortbildung der Zivildienstpflicht, über „Die europäische Anarchie", Mitteilungen über englische und deutsche Gefangene, aus Cobdens Reden (Mißhandlung Griechenlands!).

Vom „Zwiebelfisch" (Hans von Weber, Verlag, München) ist das 3. Heft des VIII. Jahrganges erschienen. Es behandelt die Frage der Feldbuchhandlungen, bringt Bücherbesprechungen und allerhand witzig-spöttische Glossen über Gegenwartsfragen.

Kriegsliteratur

Deutschlands Weltpolitik. 17 Aufsätze zeitgenössischer Schriftsteller (für die obersten Klassen der höheren Lehranstalten ausgewählt von Jacob Wychgram. Velhagen & Klasing, Bielefeld. Geb. M. 1.—. 152 S.) Aufsätze von Ruedorffer, Kjellén, Bülow, Meinecke, Hettner, Wiedenfeld, Jäckh und Rohrbach. Einführung in weltpolitisches Denken.

Lothar Ritter v. Wimmer: Die Ostmark. — Österreich-Ungarns Mission in der Weltgeschichte. (Karl Fromme, Wien.) 94 S. Preis M. 2.— Geschichtlicher Überblick über die Ostmarkenidee und die Orientpolitik, hauptsächlich in der Entwicklung im 19. Jahrhundert. Ergebnis: Österreich-Ungarn, im weiteren Sinne die ganze Ostmark, hatte als nützliche Vorhut für Deutschland im Orient eine günstige Stellung besetzt, ehe die deutsche Hauptmacht folgte. „Zu hoffen ist nach dem Kriege als Folge der geläuterten Erkenntnis eine einheitlichere, beiden Bundesgenossen entsprechende Richtung der auswärtigen Politik, vor allem, um der beiden Teilen so schädlichen Zersplitterung der Kräfte vorzubeugen."

Alfred Hettner: Englands Weltherrschaft und ihre Krisis. Dritte umgearbeitete Auflage („Englands Weltherrschaft und der Krieg") (B. G. Teubner, Leipzig.) 296 S. br. M. 4.20. Einführung in Wesen und Ursachen der englischen Weltherrschaft vom geographischen Standpunkt aus. Die dritte Auflage ist auf Grund der Veränderungen der Dinge und unserer Auffassung stark umgearbeitet, außerdem ist ein Literaturverzeichnis beigegeben.

Paul Kretschmar: England als Feind des Kontinents. Die amerikanische Frage. (Wagnersche Universitäts-Buchdruckerei K. Kiesel. Innsbruck.) 31 S. Preis M. 1.20

Der Krieg gegen England. Karten zum Weltkriege, dritte vermehrte Auflage. Die Nordsee und ihre Küsten. (Velhagen & Klasing, Bielefeld.) Preis M. 1.25.

Gustav Seibt: Die Aushungerung Englands. (Verlag Aug. Scherl. Berlin.) 48 S. Preis M. 0.50. Behandelt Schiffsraumnot, Verkehrsrückgang, Zufuhren landwirtschaftlicher Produktionen Englands.

Englands Kriegführung gegen die Neutralen. (Orell Füßli, Zürich.) 91 S. Preis M. 1.50. Charakterisiert Englands Verhalten den Neutralen gegenüber.

Heinrich Pohl: Amerikas Waffenausfuhr und Neutralität. (Verlh. Guttentag, Berlin.) 73 S. Preis M. 1.60.

Eduard Spieß: Anti-Wilson. Eine Studie und eine Streitschrift. (Herm. Kalkoff, Berlin.) 50 S.

Richard v. Kralik: Vom Weltkrieg zum Weltbund. (Verlagsanstalt Tyrolia, Innsbruck.) 448 S. Preis M. 4.20. Abhandlungen, Aufsätze, Gedanken und Stimmungen. Politische, ethische, geschichtliche und allgemein politische Betrachtungen, die aus Vorträgen oder Aufsätzen hervorgegangen sind.

Karl Mehrmann: Das neue Gleichgewicht der Staaten. (Verlag Das Größere Deutschland, Dresden.) Glaubt an eine Interessengemeinschaft Japans mit dem mitteleuropäischen, vorderasiatischen, mittelafrikanischen Bereich und sieht darin und dem Bunde mit Rußland die Grundlagen der neuen Gleichgewichtspolitik gegen einen angelsächsischen Staatenbund.

Der Krieg an sich und als Geschichtsereignis. (Aus der Kriegsphilosophie.) Von Eduard Reimpell. (Franz Ahrenhold, Buer i. W.) 46 S.

Durch deutschen Sieg zum deutschen Frieden. Mahnruf ans deutsche Volk, von Dietrich Schäfer, Graf Westarp, Dr. Pfleger, Dr. Stresemann, Dr. Traub. (Verlag Carl Curtius, Berlin.) 54 S. Preis M. —.80.

C. Rosenkranz: Bevölkerungsfrage und Schule. Sonderabdruck aus der „Praxis der Volksschule". (Herm. Schroedel, Halle.) 16 S. Preis M. —.50.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.70, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 13. April 1917 · Heft 15

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Illusionen und Tatsachen im Wirtschaftskrieg

Von Prof. Dr. Philipp Stein

So unentbehrlich und notwendig zum Leben Hoffnungen sind und vor dem Harren das Hoffen steht, so sind Illusionen giftige Rauschmittel, die vorübergehend die Sinne peitschen, um so nachdrücklicher aber Geist und Tatkraft erschlaffen lassen. Wir hatten und haben in der Politik noch viel Illusionen abzuwerfen, sind wir doch ein unpolitisches Volk, soviel wir auch von Politik reden und schreiben. Der Krieg nimmt uns erst in eine harte Schule politischen Denkens. Unser Volk hat Ernst und verdient Wahrheit. Wenn einer nach Beweisen fragt, dann verweise man auf die bewundernswerte Haltung unseres Volkes in den letzten schweren Wochen, ja Monaten, der durch Frost und Transportschwierigkeit gesteigerten Kohlen- und Kartoffelnot. Deshalb sollte man es mit kühnen Prophezeiungen, daß die Engländer am soundsovielten April ohne Kartoffeln und am soundsovielten Mai ohne Weizen sein würden, verschonen und sich an die Angaben der Marine halten, daß sie 600000 Tonnen Schiffsraum monatlich zur Strecke bringen werde. Das ist eine gewaltige Leistung von starken Wirkungen auf das Wirtschaftsleben, auf die Waffen- und Munitionsherstellung und auf die Kriegführung unserer Feinde. Mit jedem weiteren Tag des U-Bootkrieges werden sich die Wirkungen verstärken, aber es ist eine Illusion, einen Tag zu bestimmen, an dem wir dadurch England sicher „auf die Kniee gezwungen" haben werden. So malerisch-dramatisch werden Aktschlüsse im Theater gestellt. Die Wirklichkeit ist nüchterner und arbeitet unendlich langsamer mit einer ungeheuren Zahl von Mitteln und Möglichkeiten.

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß der U-Bootkrieg unsern Gegnern schwere Schäden verursacht; die Zufuhren lassen nach, Angstkäufe setzen ein, Fracht und Preise steigen, die Vorräte verschwinden aus dem offenen Markt. Die Behörden quälen sich mit der Rationierung der Lebensmittel, möchten am liebsten um dieses „deutsche" System herumkommen, erhoffen vergebens von Mahnungen zur Sparsamkeit eine Milderung der Ernährungsschwierigkeiten. Namentlich in England denkt man mit Grauen an die Rationierung, die ohne das ganze System der polizeilichen

Digitized by Google

Listenführung mit An- und Abmeldung, ohne einen durchgebildeten, in Kleinlichkeiten zuverlässigen Beamtenstab kaum durchführbar ist. Zu Hilfe kommt unserm U-Bootkrieg der ungünstige Stand der Vorräte wie der Saaten in den großen Produktionsländern der Vereinigten Staaten und Argentinien, auch aus Australien lauten die Nachrichten ungünstig. Die Getreidedecke ist für die ganze Welt zu kurz geworden. Das stellt an Geschicklichkeit, Tatkraft und den Geldbeutel der Staaten wie an die Ausdauer, Einsicht und den Magen der Bevölkerung aller Länder schwere und immer schwerer werdende Anforderungen, die einmal die militärische und politische Widerstandskraft übersteigen können, doch es ist ebenso eine Illusion, mit diesem Ereignis mit mathematischer Sicherheit zu rechnen, wie den Zeitpunkt seines Eintreffens im Voraus fast auf den Tag zu bestimmen. Wir haben gesehen und erleben es noch Tag für Tag, in welchem über jede Vorausberechnung hinausgehenden Maße sich in einem großen Lande die Vorräte von Lebensmitteln und Rohstoffen strecken und ersetzen lassen, welch starken Einschränkungen in der Lebenshaltung, welch starken Veränderungen in der Lebensweise sich die Bevölkerung unterwirft.

Die Verschlechterung der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen ist eine wesentliche Hilfe, aber doch eben auch nur eine Hilfe in dem System der Strategie und Taktik des Weltkrieges.

Eine andere Illusion ist, daß durch den U-Bootkrieg die gesamten Produktionsüberschüsse der europäischen neutralen Staaten gleichsam selbsttätig in einem breiten Strom nach Deutschland sich ergießen müßten, und daß nur Ungeschicklichkeit oder Schwäche von unseren Diplomaten und Kriegsgesellschaften diese natürliche Entwicklung nicht zur vollen Wirkung kommen lasse. Gewiß, der Seeverkehr zwischen England und den europäischen neutralen Staaten hat sich vermindert, obwohl die Sperrung der Straße Holland—England wegen der Kürze der gefährdeten Strecke nicht in dem Umfang möglich ist, wie man sich's im Lehnstuhl vor der Karte sitzend erträumt. Aber ein anderes ist wichtiger. Die Handelsgeschäfte im neutralen Ausland sind heute diplomatische Handlungen, keine kaufmännischen Geschäfte, auch wenn sich Privatpersonen und private oder halb private, halb öffentliche Gesellschaften gegenüberstehen. Jedes kaufmännische Geschäft, mag es sich um Kohle oder Käse, Eisen oder Eier handeln, ist heute eine politische Maßnahme von weitreichenden politischen Wirkungen innerhalb der neutralen Staaten wie in ihren Beziehungen zu den kriegführenden Mächten. Heute ist über die Produktionsüberschüsse durch Verträge mit den beiden Vertretern der kriegführenden Länder, mit England und Deutschland, verfügt, Verträge, die auch, wenn sie nicht von Staat zu Staat abgeschlossen sind, vielleicht überhaupt nicht schriftlich niedergelegt sind, doch die Wucht und Schwere von Staatsverträgen besitzen. Dieser Zustand ist erst allmählich gekommen, hat seine Höhe und Abschluß erst gegen Ende des zweiten Kriegsjahres, im Sommer 1916 erreicht. Aus der Entwicklung der Dinge wird der heutige Zustand verständlich, deshalb seien, so-

Digitized by Google

weit und soviel darüber heute gesprochen werden kann, einige der wichtigsten Tatsachen nebeneinandergestellt.

Die beiden großen Produktionsländer an Lebensmitteln, die vor dem und im Krieg für England (mehr) wie für Deutschland (weniger) in Betracht gekommen sind, sind Dänemark und Holland. Schweden und Norwegen lieferten Rohstoffe und Halbfabrikate, Holz und Mineralien, Erze und Eisen. Norwegen hatte daneben noch eine starke Ausfuhr von gesalzenen und getrockneten Seefischen, in erster Linie nach England und über England nach den Ländern des Kontinents und nach Amerika, wie nach Deutschland, das in Fischen zudem noch von Holland, Dänemark, Schweden versorgt wurde. In der Heringseinfuhr Deutschlands stand England weit voran an erster Stelle (1913 mit 663 000 Faß), ihm folgten Holland mit 470 000 Faß und dann erst schloß sich Norwegen mit 157 000 Faß an.

Dänemark war der große Lebensmittellieferant für England, es lieferte zudem Qualitätswaren. Zum Teil unter der Wirkung unseres landwirtschaftlichen Schutzzolles hatte sich die dänische Landwirtschaft ganz den Gewohnheiten und Bedürfnissen des englischen Marktes angepaßt, war sie in gewissem Sinne die Viehwirtschaft Englands geworden. Der Wert der Gesamtausfuhr Dänemarks betrug 1914 780 Millionen Kronen, 80 Prozent davon kamen auf Erzeugnisse der Viehzucht, auf Fleisch, Butter und Eier. Von den 419 Millionen Kronen Wert dänischer Ausfuhr nach England kamen allein rund 400 Millionen Kronen auf Fleisch, Butter und Eier, und zwar führte England nur geschlachtete, gesalzene Schweine ein und verschloß aus Sorge vor Seuchen den lebenden Rindern die Häfen. Diese gingen nach Deutschland in einem Gesamtwert von 160 Millionen Kronen 1914, dazu kamen für Rahm, Eier, Käse und Fleisch weitere 50 Millionen Kronen, so daß Deutschland 1914 an Vieh und Vieherzeugnissen rund für 210 Millionen Kronen aus Dänemark empfing bei einem Gesamtwert der Ausfuhr Dänemarks nach Deutschland von rund 275 Millionen Kronen. Holland hatte neben der Viehzucht den Gemüsebau stark entwickelt und war für uns wie für England, nicht im selben Maße wie das ganz auf die landwirtschaftliche Ausfuhr gestellte Dänemark, ein willkommener Lieferant von Gemüse, Frühkartoffeln, Butter, Eiern und Käse, für England dann auch noch in Ochsen- und Schweinefleisch, die geringe Ausfuhr von Hammeln ging nahezu ausschließlich nach England. Als der Krieg ausgebrochen war, warf sich Deutschland auf die Lebensmittelmärkte der neutralen Staaten. Es ist eine seltsame, zum Teil nur durch das traditionelle Denken und Handeln der Engländer erklärbare Tatsache, daß, so sehr auch der Wirtschaftskrieg der Krieg Englands ist, so methodisch geschickt, mit zäher Energie und kühler Rücksichtslosigkeit England seine Kriege zu führen gewohnt ist, im Kampf auf den neutralen Märkten der dortigen heimischen Erzeugnisse England zunächst völlig geschlagen wurde. Sein Augenmerk war im ersten Kriegsjahr in der Hauptsache darauf gerichtet, uns die überseeische Zufuhr

Digitized by Google

abzuschneiden, und auch da beschränkte es sich zunächst auf die wichtigsten, für unsere Lebenshaltung besonders empfindlichen Waren Getreide, Schmalz und Futtermittel. Es überließ uns dagegen fast völlig den Markt der einheimischen Erzeugnisse. Erst der drohende, bei der Verschlechterung der Lage auf dem Weltmarkt auch für England schwerwiegende Verlust der Zufuhren, sowie die Hoffnung, die durch die Verschärfung der Marktverhältnisse in Deutschland, durch die Lebensmittelergüsse in der deutschen Öffentlichkeit genährt wurde, Deutschland durch Abschneiden dieser Zufuhren niederzuzwingen, die vorhandene Unruhe zu explosiven, die Kriegsstimmung lähmenden Ausbrüchen zu steigern, veranlaßte England, leise beginnend im Herbst 15, dann stärker einsetzend im Frühjahr 16, seine Front im Wirtschaftskampf auch auf die einheimische Erzeugung der neutralen Länder auszudehnen, um zum mindesten verlorenes Gelände wiederzugewinnen, darüber hinaus aber die deutsche Lebensmittelversorgung selbst empfindlich zu treffen. Die militärische und die wirtschaftliche Offensive wurden einheitlich vorbereitet und ins Werk gesetzt.

England ist durch seine geographischen Lage der Hofhund Europas. War vor dem Krieg Deutschland, namentlich für die skandinavischen Staaten, ein wesentlicher Vermittler zur Weltwirtschaft, so öffnet und sperrt England die Wege, die die neutralen europäischen Staaten mit der Welt verbinden, zugleich aber auch die wichtigsten Gründe für den skandinavischen und den holländischen Fischfang. Dieses Machtmittel ist gerade durch seine Einfachheit und Eindeutigkeit wirksam und gibt, weil es auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens in der mannigfachsten Form angewandt werden kann, die Möglichkeit, von kleinlichen Schikanen oder von der Gewährung eines Sondervorteils im einzelnen bis zur brutalen Sperrung der Zufuhr oder der Beschlagnahme von Schiffen, den neutralen Mächten den englischen „Schutz" aufzuzwingen. Britische Strategie des Wirtschaftskriegs schätzt in dem System der „Hilfen" die Methode, unter dem Druck scheinbaren oder anerkannten Rechts eine Forderung vorzubringen. Das Bewilligte, Geduldete oder Abgezwungene wird bei nächster passender Gelegenheit oder bei einem anderen Gegenspieler Grundlage neuer weitergehender Forderungen. Es ist ein Arbeiten mit erst kleinen, dann großen Mitteln, ein Kampf auf den schwachen Punkten des geringsten Widerstandes. Deshalb setzt England stets bei dem schwächsten oder dem gefügigsten Staate ein, „portugalisiert" erst den einen, dann geht's zu den anderen über. Unterstützt wurde der Druck durch den kaufmännischen Hinweis, daß die neutralen Staaten zwar im Krieg an Deutschland einen gutzahlenden Käufer hätten, aber Gefahr liefen, den gutzahlenden Käufer England für immer zu verlieren und dabei nach dem Krieg vor einer hohen deutschen Zollschranke zu stehen.

Das Ergebnis dieser lange vorbereiteten Offensive war, daß — in loser Form anfänglich — schließlich in festen, mit juristischem Scharfsinn ausgeklügelten Verträgen sich England für sich und seine Verbündeten, denn Lieferungen nach Frankreich und Belgien und selbst damals schon in gewissem Umfange auch nach den Ver-

Digitized by Google

einigten Staaten sollen den Lieferungen nach England gleichgeachtet werden, bestimmte Anteile an den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und den Fischfängen als einer Pflichtlieferung oder in Form eines Kaufrechts sichert. Der Pflichtlieferung an England steht ein Ausfuhrrecht nach andern Ländern, d. h. nach Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber, das bei Fischen auf 20 Proz. für den holländischen Fang auf nur 15 Proz. in Norwegen zugelassen ist.

Da die neutralen Staaten fast durchweg die Ausfuhr von Lebensmitteln allgemein gesperrt haben und nur Waren gegen Ausfuhrbewilligung heraus lassen, so ist das Kaufgeschäft im neutralen Ausland auf die einfache Formel gestellt: die jeweils genehmigten Ausfuhrbewilligungen restlos zu möglichst billigen Preis zu erhalten. Aber auch in dieser einfachsten Form erfordert der Einkauf heute draußen neben höchster kaufmännischer Begabung und Kenntnis diplomatische Gewandtheit und Takt, sowie Verständnis und Beachtung der Unwägbarkeit der öffentlichen Meinung, denn heute ist, wie gesagt, jedes kleine Kaufgeschäft eine politische Handlung.

Dieses Vertragssystem besteht heute auch nach Beginn des verschärften U-Bootkriegs zu Recht. England ist nach wie vor Käufer seines Pflichtanteils, auch wenn die Waren gar nicht oder nur zum Teil nach England gebracht werden können.

Es ändern oder aufheben kann man nicht durch irgendein Ultimatum, solche Dinge sollen wirklich ultima ratio sein. Wir sollten in den Methoden des Wirtschaftskampfes vielmehr bei den Engländern in die Schule gehen. Sie verfügen über eine Mannigfaltigkeit der Mittel und Methoden, namentlich der stillwirkenden, die wir in ihrem Wert erst im Krieg kennen gelernt haben. Wir stehen im Wirtschaftskrieg nicht waffenlos England gegenüber. Wir haben aber auch ein starkes eigenes Interesse daran, in den neutralen Staaten keinen Raubbau zu treiben. In unserem eigenen Interesse liegt es, daß die neutralen Staaten genügend versorgt sind, um so gleichmäßiger und reichlicher können sie an uns liefern. Entscheidend ist doch bei allem unser deutscher Acker und sein Ertrag. So wichtig und wertvoll die Zufuhren aus den neutralen Ländern sind, so sind sie doch nur Zuschüsse. Deshalb ist das Wort, daß wir an der wirtschaftlichen wie der militärischen Stärke der kleinen europäischen Staaten aufs stärkste interessiert sind, keine scheinheilige Redensart, sondern sachlich begründet.

Streiflichter zur Weltlage VI

(4. April 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Der März dieses Jahres hat mit dem 970. Tage des Weltkrieges seinen Abschluß gefunden. Es war einer der denkwürdigsten Kriegsmonate und wir glaubten nicht mit der Annahme zu irren, daß er den entscheidenden Wendepunkt gebracht hat, der die gerechte deutsche Sache ihrem Triumph entgegenführt. Der 1. März leitete

Digitized by Google

die neue Kriegführung an unserer Westfront durch den beginnenden Rückzug am Ancre ein, sie ist seither den Plänen Hindenburgs entsprechend weiter geführt worden, unter steten verlustreichen Kämpfen der völlig an der eigenen Strategie irre gewordenen Engländer und Franzosen. Sie tasten sich jetzt vorsichtig und unsicher vorwärts auf dem ihnen freigegebenen Boden; es ist ein ödes Stück Land geworden, mit seltenen Oasen, wie Noyon, Ham, Nesles, tiefen Geschoß- und Minenrissen, zerstörten Unterständen, ohne Baum und Strauch, eine schußfreie Fläche, deren Zielweite unserer Artillerie wohlbekannt ist. Irgendwo in dem nicht erreichten Hintergrunde ahnt der Feind eine neue deutsche Stellung von furchtbarer Stärke und Bewaffnung, und das häufigere Vorrücken unserer Stoßpatrouillen, die größere Hartnäckigkeit, mit der sie Stellungen zeitweilig behaupten, die bestimmt sind, geräumt zu werden, läßt ihn fühlen, daß er sich ihr nähert. Das war das Kampfbild während der 31 Märztage, und dabei wird es bleiben, so lange Hindenburg es so nützlich findet. Was dann folgen wird, wissen außer ihm wohl nur noch der Kaiser und Ludendorff, und das ist gut. Mögen Engländer, Franzosen und Italiener sich das Hirn daran zermartern, sie können sicher sein, daß es anders kommen wird, als sie erwartet haben. Zu den zahlreichen Enttäuschungen, die ihnen dieser Krieg gebracht hat, kommt offenbar eine neue, über welche sie dann, wie jetzt in der Frage der Dardanellen-Expedition, nachträglich Zeit finden werden, retrospektive Betrachtungen anzustellen. Der am 9. März veröffentlichte Bericht der Kommission, welche das Dardanellen-Unternehmen zu prüfen beauftragt war, hat der bis dahin höchsten militärischen Autorität Großbritanniens, Lord Kitchener, den Lorbeerkranz vom Haupt gerissen und fast ebenso schwer die Autorität von Churchill, Fisher und Asquith geschädigt. Es sind dieselben politischen und militärischen Leuchten, die mit verächtlichem Achselzucken die vom deutschen U-Bootkrieg drohenden Gefahren glaubten abtun zu können, im Vertrauen auf die unüberwindliche englische Armada, deren Allgegenwart ihnen ebenso sehr ein Dogma war, wie jedem Vollblutengländer. Inzwischen hat sich ein Wort bewährt, das ich in Anlaß englischer Drohungen schon 1905 auszusprechen wagte, „daß, wenn einmal der Tag — den wir nicht suchen — kommen sollte, da unsere Marine beweisen muß, was sie vermag, die Welt dieselbe Überraschung erleben wird, wie einst in betreff unserer Armee". Das haben jetzt die Engländer einzusehen begonnen. Die Februarbeute unserer U-Boote hat 781 500 Brutto-Tonnen betragen, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Ertrag des März noch größer sein wird. Wir haben den Triumph erlebt, daß Kapitänleutnant Graf Dohna zum zweitenmal die „Möwe" mit ihren Prisen nach glänzender Kreuzerjagd durch die englischen Sperren heimgeführt hat, daß Kapitänleutnant Graf Luckner mit dem „Seeadler" die Gewässer von Trinidad ängstigt, daß Teile unserer Flotte Dover und Calais, die Themsemündung und Dünkirchen besuchen und mit der Kunde ungeschädigt heimkehren, daß die meistbefahrene Schiffsstraße der Welt heute verödet und einsam daliegt. Die verant-

Digitized by Google

wortlichen Leiter von Flotte und Marineministerium aber erschöpfen sich in Ausführungen, um ihr Volk und die Welt davon zu überzeugen, daß es ein Gebot der Klugheit und der Selbsterhaltung sei, die englische Schlachtflotte von den deutschen Küsten und der deutschen Flotte so fern wie möglich zu halten. In Scapa flow hat sie nichts zu fürchten. Dort liegt sie Tag und Nacht unter Dampf, um den französischen, russischen und italienischen Besuchern gezeigt zu werden, und allerdings mag der Anblick imponierend sein, aber die Taten dieser Flotte während der bald tausend Tage dieses Krieges imponieren wohl niemanden mehr. Haben doch die Engländer selbst es aufgegeben, zu bestreiten, daß sie am Skagerrak eine Niederlage erlitten haben, und ist es nicht die schärfste Selbstkritik, daß sie heute den endgültigen Sieg von einer Schlacht auf dem Festlande erwarten? Was sie tröstet, sind die Erfolge, die ihnen die Streitkräfte Bothas und Smuts in Süd- und Ostafrika, die ihnen Inder und Australier in den ägyptisch-arabischen Grenzgebieten errungen haben, ist die bei Bagdad ausgewetzte Schande von Kut el Amara, ist die Hoffnung, die sie auf weitere Hilfe aus Kanada setzen, ist endlich die jetzt zusammengetretene Reichskonferenz, die, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, bestimmt ist, die englische wirtschaftliche und militärische Diktatur durch ein anspruchsvolles Mitregiment der großen Dominien und wahrscheinlich auch Indiens zu ersetzen. Australien nimmt bereits an der Reichskonferenz nicht teil, in Südafrika hat die Nationalpartei von Transvaal ein Manifest erlassen, das auf Grund des von England proklamierten Nationalitätsprinzips für die ehemalige Südafrikanische Republik und den Orange-Freistaat volle Unabhängigkeit verlangt, und dabei auf Sympathien in Kapland und in Natal glaubt rechnen zu dürfen! Wie in Australien geht es auch in Südafrika nicht mehr mit der Stellung von Freiwilligen, und wenn, wie es scheint, sich England mit der Absicht tragen sollte, auch dort die Dienstpflicht einzuführen, so könnte dadurch ein Gegensatz lebendig werden, der zu ähnlichen Erscheinungen führen muß, wie sie in Irland heute vorherrschen. Zu all diesen für ein imperialistisches englisches Herz wenig erquicklichen Tatsachen kommt die steigende wirtschaftliche Not, die schwer getragene Beschränkung aller bürgerlichen Freiheitsrechte, der Umbau der englischen Verfassung zu dem „riesenhaften bureaukratischen System", dessen unbeschränktes Oberhaupt, in der Tat ein „englischer Zar", heute Lloyd George ist. Die Londoner „Nation" hat in einem Artikel voll erbarmungsloser Kritik jüngst die Frage aufgeworfen „unter welchem George" das heutige England lebe? und sie dahin beantwortet, daß die Stellung, die Lloyd George „ein erster Konsul ohne Referendum", „ein Präsident, der nie gewählt wurde", einnimmt „sich zu einer unverantwortlichen persönlichen Macht entwickelt hat, die selbst mit der Monarchie unverträglich ist und unmittelbare Berührung mit der Demokratie durch allerhand Künste der Behandlung, durch Reden und durch die Sensationspresse sucht." „Nation" scheut nicht vor dem Vergleich zwischen den englischen und den russischen Zuständen zurück

Digitized by Google

und spricht, unter unverkennbarem Hinweis auf Lord Northcliffe, von den „dunkelen Mächten", welche die drei Regierungswechsel in England herbeigeführt hätten. Das wurde aber geschrieben zwar nach der Ermordung Rasputins, aber vor Ausbruch der russischen Revolution. Die Vorgeschichte der Revolution erst in Petersburg, danach in ganz Rußland, können wir in den wesentlichen Zügen jetzt bis zum 18. März urkundlich verfolgen. Die „Nowoje Wremja" von diesem Datum bringt die dafür in Betracht kommenden Aktenstücke und schließt daran auch eine drastische Darstellung des Verlaufs der Ereignisse. „Das Volk zog aus um Brot zu bekommen und kam zurück mit der Thronentsagung des Kaisers. Zuerst gingen die Arbeiter vor, man schickte gegen sie die Polizei und Soldaten. Die Polizei schoß, aber die Soldaten machten kehrt und schlossen sich dem Volk an. In der Stadt herrschte einige Tage lang Anarchie. Man hörte Flintensalven, Maschinengewehre knatterten und Kanonenschüsse dröhnten, das Volk lärmte. Man trug Verwundete fort und sammelte die Leichen.

Infolge der ersten Schüsse verschwand die Obrigkeit. Die Minister versteckten sich, die berittene Polizei galoppierte fort, nur die Stadtpolizisten schossen von den Dächern her auf das Volk. Man machte Jagd auf sie, fing sie, schleppte sie zur Duma und schlug einen Teil von ihnen nieder. Die Menge drängte zum Taurischen Palais. Inzwischen aber drangen die Soldaten und Arbeiter ins Arsenal und plünderten es. Die Waffen wurden wahllos verteilt, unterwegs einige Leute erschlagen, dann strömte das Volk zu den Gefängnissen. Die Gefangenen sollten befreit werden! Man schlug die Türen des Gefängnisses ein und befreite zunächst die politischen Gefangenen, danach auch die Diebe und Mörder. Irgend jemand steckte das Kreisgericht in Brand. Dunkle Rauchwolken bedeckten die Stadt. Im Taurischen Palais sammelten sich die erschütterten Abgeordneten. Der Rat der Ältesten trat zusammen; er wußte nicht, was er tun sollte. Man verlas den Ukas von der Vertagung der Duma und beschloß, nicht auseinanderzugehen. Aber noch fand man nicht den Mut, die Regierung zu übernehmen. Volk und Soldaten rücken an! Kerenski, ohne Mantel und Hut, lief in die Spaljärnaja ihnen entgegen und sprach sie an: „Wir stehen zu euch! Wir danken euch, daß ihr gekommen seid, und versprechen zum Volke zu stehen." Die Menge hob ihn auf und zog weiter, die Soldaten kamen teils einzeln, teils in Kompanien, Patronen und Maschinengewehre wurden angeschleppt, irgendwoher erschienen Automobile mit Soldaten, so daß allmählich ein Lager am Palais erstand. Dort ruhte zurzeit alle Macht — es gab keine andere. Das Volk drang in den Weißen Saal, man begann zu reden, Abgeordnete und Soldaten durcheinander. Im Katharinensaal wurden Gewehre aufgestapelt, daneben wurden Säcke mit Mehl ausgeschüttet, und barmherzige Schwestern und Freiwillige verteilten Milch und Brot unter die Soldaten.

Die Duma wollte ein Exekutivkomitee! Rodsjänko schickte ein Telegramm ins Hauptquartier und an die Befehlshaber der Armeen, um die Lage aufzuklären. Die Antworten lauteten nicht beruhigend. Der Zar hatte noch Hoffnung und glaubte, daß

Digitized by Google

man ihn nur einschüchtern wolle. Alle Antworten trafen mit großer Verspätung ein und alle Entschlüsse sind nachträglich gefaßt worden. Als schließlich der Zar sich entschloß, ein verantwortliches Ministerium zuzugestehen, war es zu spät, man verlangte seine Abdankung.

Nachdem das Volk die Gefangenen befreit hatte, wollte es seinen Zorn an den Schuldigen kühlen; es nahm die Polizisten fest, riß den Pristavs die Achselschnüre ab, fing verkleidete Gendarmen und suchte nach den Würdenträgern.

Schtscheglowitow, der Präsident des Reichsrats, ward in das Taurische Palais geführt. „Iwan Grigorjewitsch Schtscheglowitow?" fragte Kerenski, der fortan alle Verhafteten befragte. „Ich bin Schtscheglowitow." „Sie sind arretiert." Und Kerenski befahl zwei Schildwachen, ihn in den ehemaligen Ministerpavillon abzuführen.

Die Ereignisse drängten sich, Nachrichten, die gestern noch undenkbar schienen, liefen ein. Das Staatsgefängnis ist eingenommen. Man hat alle Gefangenen entlassen. Die Peter Pauls-Festung hat sich ergeben. Die Geheimpolizei ist erstürmt und die Akten sind verbrannt worden. Die Menge räumte die Polizeistationen auf. Bewaffnete drangen ein, zertrümmerten die Fenster, warfen die Papiere auf die Straße und dort häufte man sie zu Scheiterhaufen zusammen und verbrannte die „verfluchten Protokolle". Danach erschienen die ersten Proklamationen, die Nachricht von der Bildung eines Rats der Arbeiterdeputierten gaben. Zwei neue Autoritäten tauchten auf: das Exekutivkomitee der Duma und der Rat der Arbeitervertreter. Sie standen in Beziehung zueinander und verhandelten, konnten sich aber nicht immer verständigen. Im Exekutivkomitee ging man vorsichtig vor, bei den Arbeitern hatten die Hitzköpfe das Übergewicht. Die Soldaten erschienen jetzt nicht nur in Kompanien, sondern in ganzen Regimentern. Zuerst kamen, von ihrem Oberst und den Offizieren geführt, die Leibgrenadiere, denen Rodsjänko und Miljukow Ansprachen hielten. Danach die Preobrashenskis, die Garde-Kavallerie, die Reserve, die Michail-Artillerieschule in vollem Bestande, mit allen Offizieren. Den größten Eindruck machte offenbar die Ansprache des „bleichen" Kerenski. Man tauschte Schwüre aus, es war eine große Verbrüderung zwischen der kaiserlichen Garde und der Revolution. Das Kommando der Petersburger Truppen ging gleichsam von selbst auf das Dumamitglied Engelhardt über, der zugleich Oberst des Generalstabes ist. Von ihm sind die militärischen Befehle der nächsten Stunden ausgegangen. Auch die Frostnacht machte den Kämpfen kein Ende, die sich bis zu den Mauern des Taurischen Palais hinziehen, während Soldaten und Abgeordnete auf den Seidenpolstern der Bänke schlafen. So endete der erste Tag der Revolution. Die Schläfer wurden frühmorgens durch den Klang der Arbeitermarseillaise geweckt: „Steh auf und erheb dich, du Arbeitervolk." Ein Regiment mit roten Fahnen zieht vorbei. Unter Bedeckung werden gefangene Polizeibeamte, zum Teil verwundet, und Gendarmen weitergeführt. Das Wolhynische Regiment schützt sie vor dem erregten Pöbel. Darauf werden

Digitized by Google

die Minister der gestürzten Regierung eingebracht: Der alte Goremykin, Stürmer, Kurlow, Bark, der Metropolit Pitirim, endlich Protopopow, der sich ungeleitet selbst als Gefangener dem Exekutivkomitee ergibt. Die Mitglieder des Komitees haben mittlerweile die Kasernen der Regimenter aufgesucht: Miljukow das Reserveregiment, Gutschkow das Pawlowsche, Maklakow das Wolhynische. Es kam ihnen vor allem darauf an, sich anerkennen zu lassen und dem Saufen Einhalt zu tun, zu dem das Erstürmen der Wein- und Branntweinkeller verführte. Auch die städtischen Behörden wurden zur Anerkennung der Revolution gebracht. Der erste Großfürst, der sich unterwarf, war Kirill Wladimirowitsch, er führte die Garde-Flotten-Equipage dem Exekutivkomitee gleich am zweiten Revolutionstag, dem 14. März, zu. Diesem Beispiel folgten das Baltische Schiffskommando, die Pyrotechniker und vollzählig alle Offiziere des Generalstabes. Sie gaben die feierliche Erklärung ab, daß sie die Autorität des Exekutivkomitees bis zum Zusammentritt einer konstituierenden Versammlung anerkennen. Als letzte Trümmer der zarischen Gewalt erschienen in der Duma der Konvoi Nikolaus II., seine Kosaken und endlich auch die Kuriere und die gesamte Dienerschaft des Winterpalais. Ähnlich ist es auf allen Lieblingssitzen des russischen Zaren in der Umgebung Petersburgs hergegangen: in Zarskoje Sselo, Strelna, Peterhof, Oranienbaum. Es war eine Treulosigkeit sondergleichen, nicht nur in der Geschichte Rußlands, aber wer wollte verkennen, daß Nikolaus II. während seiner 23jährigen Regierung nichts getan hat, um die Treue der Nation an sich und an sein Haus zu fesseln.

Die Abdankung Nikolaus' fand am 2./14. März 3 Uhr nachmittags in Pskow statt, am 3/15. erklärte der Großfürst Michail, den er zu seinem Nachfolger bestimmt hatte, daß er die Entscheidung über den Thron der durch allgemeines Stimmrecht zu berufenden konstituierenden Versammlung anheimgebe. Beide Erklärungen wurden am 4. März durch den Präsidenten des neuen Ministerrats, Fürsten Lwow, dem Oberkommandierenden General-Adjutant Alexejew, allen Stadthäuptern, den Vorsitzenden der Semstwos, den Kommandierenden Generälen aller Fronten, der Baltischen, Schwarzen Meer- und Sibirischen Flotte, den Hafenkommandanten von Wladiwostok, Sewastopol, Kronstadt und dem Gehilfen des finnländischen Generalgouverneurs telegraphisch mitgeteilt. Am 2./14. März wurde General Kornilow zum Oberkommandierenden der Petersburger Truppen und bis zu dessen inzwischen erfolgtem Eintreffen zu seinem Stellvertreter General Anosow ernannt. Von den Mitgliedern des Exekutivkomitees der Duma wurden zu Ministern bestimmt: Fürst G. L. Lwow zum Ministerpräsidenten und Minister des Innern, P. N. Miljukow zum Minister des Auswärtigen, A. F. Kerenski zum Minister der Justiz, N. W. Nekrasow zum Minister der Wege, A. J. Konowalow zum Minister des Handels und der Industrie, A. A. Manuilow zum Minister des Unterrichts, A. J. Gutschkow zum Minister des Kriegs und der Marine, A. J. Schingarew zum Minister der Landwirtschaft, M. J. Tereschenko

Digitized by Google

zum Minister der Finanzen, J. W. Godnew zum Reichskontrolleur, W. N. Lwow zum Oberprokureur der Heiligen Synod. Mit alleiniger Ausnahme des sozial-revolutionären Justizministers sind alle Mitglieder dieses Kabinetts nationalistisch und entschlossene Feinde Deutschlands und alles Deutschen. Die erste Verfügung des neuen Justizministers vom 2./14. März war an die sibirischen Autoritäten gerichtet und befahl Freilassung und ehrenvolles Geleite der verschickten Mitglieder der Duma: Petrowski, Muranow, Wadojew, Schachow und Samoilow. Ebenfalls am 2./14. März organisierte sich der Rat der Arbeiterdeputation unter Führung von Tscheidse und fand eine Konferenz der Sozialrevolutionäre statt, welche das Petersburger Stadtkomitee der Partei beauftragte, in nächster Zeit eine städtische Konferenz der Partei zu berufen. Diese Konferenz hat dann mit der provisorischen Regierung die folgenden Grundsätze vereinbart und durch eine Proklamation am 16. März verbreitet:

1. Allgemeine unmittelbare Amnestie für alle Personen, die Verbrechen politischer oder religiöser Natur begangen haben, darunter auch terroristische Handlungen, Militärrevolten und Verbrechen gegen die Landwirtschaftsgesetze.
2. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, sowie Streikrecht mit Ausdehnung dieser Rechte auf die Militärpersonen innerhalb der Grenzen, die die militärischen und technischen Verhältnisse gestatten.
3. Abschaffung aller aus sozialen, religiösen und nationalen Gründen bedingten Einschränkungen.
4. Unmittelbare Vornahme von Vorbereitungen zur Einberufung einer konstitutionellen Versammlung, die, auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhend, eine Regierung einrichten und die Verfassung annehmen soll.
5. Die Polizeiinstitution wird durch eine Nationalmiliz mit gewählten Chefs, die der Leitung der Selbstverwaltung unterstellt sind, ersetzt.
6. Die Kommunalwahlen finden auf Grund des allgemeinen Wahlrechts statt.
7. Truppen, die an der revolutionären Bewegung beteiligt waren, sollen nicht entwaffnet, sondern in Petersburg konsigniert werden.
8. Abschaffung aller Einschränkungen für die Soldaten hinsichtlich der sozialen Rechte, die andere Mitbürger besitzen, doch nur unter der Bedingung einer strengen militärischen Disziplin im aktiven Dienst.

Die provisorische Regierung legt Gewicht darauf, hinzuzufügen, daß sie nicht beabsichtigt, den Kriegszustand zu benutzen, um die Durchführung der obengenannten Reformen aufzuschieben.

Durch den Minister des Auswärtigen, Miljukow, hat am 17. März die provisorische Regierung den Mächten, die sich mit Rußland nicht im Kriegszustande befinden, telegraphisch von den Ereignissen Mitteilung gemacht, die sich in Rußland vollzogen haben und versprochen, die internationalen Verpflichtungen zu achten, die von der gefallenen Regierung übernommen worden sind, sowie die Beziehungen zu pflegen, die Rußland mit seinen Bundesgenossen und mit den befreundeten Nationen verbinden.

Wir können den weiteren Verlauf der revolutionären Entwickelung summarisch behandeln. Aus den bis heute, den 4. April, vorliegenden Nachrichten ergibt sich, daß

Digitized by Google

von Versuchen der Anhänger der Dynastie, das Zartum wieder aufzurichten, bisher keine Rede sein kann. Der Zar und seine nächsten Familienglieder sind Gefangene. Wie einst Ludwig XVI. Louis Capet genannt wurde, heißt Nikolaus II. heute Nikolai Romanow, und als Wohnstätte ist ihm die Peter Pauls-Festung angewiesen worden. Von seiner Übersiedelung nach Livadia ist weiter keine Rede und ebensowenig davon, wie ursprünglich beabsichtigt wurde, ihn nach England zu verbannen. Von den Großfürsten hat kein einziger Mannhaftigkeit und Initiative gezeigt. Sie haben sich dem Schicksal gefügt und sind bemüht gewesen durch rückhaltlose Anerkennung der neuen Regierung die Gunst, oder mindestens die Nachsicht der neuen Herren zu gewinnen. Kein einziger von ihnen hat eine militärische Charge behalten dürfen, sie haben alle auf ihre Apanagengüter verzichtet; wie es mit ihrem Privatvermögen gehalten wird, steht noch aus. Von sämtlichen Generalen der Armee hat nur einer, Iwanow, daran gedacht, für den Zaren einzutreten. Er ist heute in Haft. Alle übrigen, auch Rußki, an den der Zar glaubte, und Alexejew sind der Revolution zugefallen. Die Armeen an den Fronten und die Truppen im Innern haben widerspruchslos ihren Eid der provisorischen Regierung geleistet und an der russischen Westfront gezeigt, daß sie bereit sind weiter zu kämpfen. Man hat ihnen das Zugeständnis gemacht, daß die ihnen mißliebigen Offiziere beseitigt wurden. Von der im Prinzip verkündeten Gleichberechtigung aller russischen Untertanen sind die Deutschen ausdrücklich ausgenommen worden, auch gilt nur für sie nicht die angekündigte Amnestie. Keiner der verschickten Deutschen hat die Erlaubnis erhalten, in die Heimat zurückzukehren. Von der vielgerühmten Anhänglichkeit und Treue der russischen Bauernschaft zum „weißen Zaren" ist bisher keine Spur an die Öffentlichkeit getreten. Die Bauern wenden wiederum ihr Augenmerk der großen Gelegenheit zu, die sich ihnen bietet, Land zu erwerben. Die Krongüter und die Apanagen der Großfürsten sollen an sie fallen, auch der Landbesitz der adligen Gutsherren lockt, und, wie es scheint, haben bereits gewaltsame Expropriationen stattgefunden. Die staatlichen Aufsichtsorgane über die bäuerliche Verwaltung sind beseitigt, und die Selbstverwaltung auf breitester demokratischer Basis hat Platz gegriffen. Wohin das führen wird, läßt sich zunächst noch nicht absehen, daß es ohne schwere Unordnungen abgeht, ist wohl auszuschließen. Ganz unklar ist bisher noch die Haltung der Geistlichkeit. Die Metropoliten von Nowgorod und Moskau sind beseitigt, aber der heilige Synod zeigt unter Leitung des Metropoliten von Kiew keine Neigung, sich ohne weiteres der provisorischen Regierung zu fügen. Er hat sich geweigert, den neuen Oberprokurator Lwow in seiner Mitte zu dulden, und verlangt nach einem Konzil und nach Wiederherstellung der Patriarchenwürde. Von der Haltung der niederen Geistlichkeit verlautet nichts. Es ist aber unwahrscheinlich, daß sie allen Einfluß verloren haben sollte und ebenso unwahrscheinlich, daß der Bauer sich ganz den kirchlichen Einflüssen entziehen kann. Dazu umfaßt die griechische Kirche zu fest das Leben ihrer Angehörigen. Wohl aber

Digitized by Google

ist anzunehmen, daß die angekündigte volle Gewissensfreiheit dem Sektenwesen mächtigen Vorschub leisten, und daß die Geistlichkeit keine Neigung zeigen wird, das ruhig hinzunehmen. Die neue Regierung hofft, der Verpflegungsschwierigkeiten, dank der Opferfreudigkeit von Bauern, Gutsbesitzern und Kaufleuten Herr zu werden, und das mag eine Zeitlang allerdings geschehen, auf die Dauer gewiß nicht. Es wird sehr bald der Zwang zur Lieferung eingreifen müssen, mit allem, was als wahrscheinliche Folge sich daraus ergeben wird. Die aus den Petersburger Schreckenstagen geborene Revolution rechnet mit idealen Menschen, nicht mit der russischen Wirklichkeit, die schwerlich über Nacht schwinden wird. Die Duma hat seit 1907 alle Gewalttaten des Zarismus gegen die Fremdvölker nicht nur gutgeheißen, sondern mitgemacht. Sie ist die Trägerin des Panrussismus gewesen, und Gutschkow und Miljukow waren dabei am eifrigsten bei der Hand. Wie ist es denkbar, daß eine aus allgemeinen, geheimen, direkten Wahlen hervorgehende konstituierende Versammlung nun plötzlich neue Wege einschlagen sollte, ohne auf den erbitterten Widerstand der Großrussen zu stoßen?

Und noch eins kommt hinzu. Herr Miljukow, der neue Minister des Auswärtigen, wird sich mit der Erbschaft abfinden müssen, die ihm seine Vorgänger auf dem Felde der auswärtigen Politik hinterlassen haben. Da wird er aber überall auf die entschlossene Feindseligkeit seiner jetzigen Verbündeten, vor allem Englands stoßen. Unter dem Titel „Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens" ist soeben im Verlag „Der Neue Orient" ein Buch erschienen, das unwiderleglich, an der Hand von authentischen Dokumenten, nachweist, wie der englisch-russische Gegensatz im asiatischen Orient auch während der Bundesgenossenschaft, die der Weltkrieg brachte, nicht nur lebendig geblieben, sondern noch weiter verschärft worden ist, und England den russischen Lieblingsplan der transpersischen Bahn durchkreuzt hat. Hand in Hand gingen beide Mächte nur, wo es galt, Persien zu schwächen und auszubeuten, aber keiner von ihnen gönnte dem Konkurrenten die Beute; sie standen sich als Todfeinde auf diesem Boden gegenüber. Ganz ähnlich wird der Eindruck sein, den Miljukow von den russisch-japanischen Beziehungen gewinnen wird, und Landwirtschafts- und Finanzminister werden ihm diese Erkenntnis noch verstärken. Wirtschaftlich ist Rußland schon heute eine englische Satrapie; die Fabel von der deutschen Vergewaltigung wurde ersonnen als Deckmantel für die englischen Bestrebungen, die auf Ausbeutung Rußlands gerichtet sind, und die bekanntlich während des Krieges dahin geführt haben, daß die wertvollsten Bergwerke des Landes in englische Hände übergegangen sind. Es ist nicht anders denkbar, als daß über kurz oder lang eine ungeheure Ernüchterung in Rußland Platz greifen muß. Auch das läßt sich vorhersehen, daß die in der jüngsten Rede des Reichskanzlers und in der Kundgebung des Grafen Czernin laut gewordene Neigung der Mittelmächte über die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung noch in währendem Kriege in Verhandlung zu treten, trotz der dagegen gerichteten Umtriebe der Engländer und Franzosen in Rußland nachwirken wird. Das kann gewiß nicht schon jetzt

Digitized by Google

zutage treten, da das unsinnige Eingreifen Amerikas die sinkende Zuversicht der Entente wieder auffrischt, aber nachwirken wird es, und dann wird man bedauern, nicht früher zur Einsicht gekommen zu sein.

Auch für Frankreich wird diese Stunde schlagen, und der Zusammenbruch des Kabinetts Briand kann als ein erstes Anzeichen der sich vorbereitenden Wendung angesehen werden. Daß der alte Ribot, der seit dem 21. März Ministerpräsident ist, eine mehr als dekorative Rolle spielen wird, ist schwerlich anzunehmen. Auch stellen die Franzosen ihre Hoffnung nicht auf ihn, sondern auf Painlevé, den neuen Kriegsminister, der den energischen Lyautey zu ersetzen bestimmt ist. Wir wollen abwarten, was er leisten wird, haben aber den Eindruck gewonnen, daß auch in Frankreich die Einsicht zu überwiegen beginnt, daß der englische Bundesgenosse eine gefährliche Last geworden ist. Sie rufen deshalb wieder einmal nach japanischer Hilfe, werden sie aber nicht erhalten, da die klugen Insulaner zurzeit das wichtigere Geschäft vorhaben, Amerika aus China zu verdrängen. Wenn Präsident Wilson, nach dem Urteil des „Journal des Débats", glaubt, daß er mit dem Kriege, den er gegen Deutschland in Szene setzt, „the greatest business in the world" eingeleitet habe, sollte ihn schon die geschäftliche Freundlichkeit, mit der die Japaner ihn gewähren lassen, daran irre machen. Das Geschäft wird nicht Amerika als Staat machen, es wird unternehmenden Ingenieuren, vor allem den amerikanischen Juden zufallen, die, wie ein Brief von Oskar Strauß an den französischen Botschafter in Washington, M. Jasserand, beweist, mit Leib und Seele zur Entente stehen und für den Krieg gegen Deutschland eintreten. Oskar Strauß zählt die jüdischen Koryphäen auf, die gegen Deutschland und für den Krieg eintreten: Die Bankiers Georg Blumenthal, Eugen Meyer, Isaak Seligmann, W. Salomon und Philip Lehman, die Großindustriellen Adolf Lewisohn und Daniel Guggenheim, die Rabbiner Wise, Lyons, Philipson, die Professoren Richard Gottheil, Hollander, Wiener, die Journalisten Fabian Franklin und Simon Stransky, die Publizisten Dr. Beer und Professor Frankfurter, die Pädagogen Dr. Abraham Flexner, Dr. H. Leipziger, die Mediziner Dr. Jacobi, Simon Flexner, die Richter Benjamin Cardozo, Louis Marschall und Alfred Joretzki.

Oskar Strauß knüpft daran die folgenden Betrachtungen: „Ich führe diese Namen an, um eine Tatsache zu bekunden und kann hinzufügen, daß in meiner eigenen Familie in all ihren Verzweigungen es keinen gibt, der seit Beginn dieses Krieges, zu dem die Alliierten gezwungen wurden, nicht ebenso enthusiastisch für die Allianz gewesen ist wie ich selbst. In einem Wort, die Lage läßt sich dahin zusammenfassen, daß, wie von der amerikanischen Nation die große Mehrzahl für die Alliierten ist, auch unter den Juden Amerikas eine Majorität für sie ist, die vielleicht noch größer ist. Jetzt, da die russische Demokratie sich so großartig erhoben hat und allen unterdrückten Nationen durch die Gleichberechtigung eine glorreiche Zukunft bietet, kann die Stimmung der Juden für die Allianz als fast einmütig bezeichnet werden . . ."

Digitized by Google

Vielleicht denkt Herr Oskar Strauß sich noch um, wenn er näheres von den Progroms erfährt, die sich in Südrußland gegen die Juden richten und ohne allen Zweifel noch weiterhin fortgesetzt werden dürften. Aber allerdings ein ungeheueres Geschäft wird sich trotz allem für den in Rußland machen lassen, der sich rechtzeitig den wechselnden Strömungen anzupassen versteht.

Daß aber, wie Strauß behauptet, die Mehrheit der Amerikaner für den Krieg gegen Deutschland sei, haben wir alle Ursache zu bestreiten. Die Mehrzahl auch der Vollblutamerikaner ist in ihres Herzens Grunde antienglisch gesinnt, ganz zu geschweigen von den Amerikanern deutschen und irischen Geblüts.

Wie so häufig wird auch in diesem Fall die Entscheidung durch eine Minderheit herbeigeführt; daß sie an dem Präsidenten Wilson einen Führer gefunden hat, der all seine Ideale in England findet und in konfusen staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Utopien die Rechtfertigung für das Verbrechen findet, das er begeht und in das er die Nation drängt, ist ein Verhängnis, das ihn und sie, nicht uns treffen wird. Wir kennen jetzt den Wortlaut der Botschaft, durch die er gestern den Kongreß zum Kriege gegen Deutschland aufruft, und zweifeln nicht daran, daß er sein Ziel erreichen wird, wenn auch wahrscheinlich ist, daß es noch erregte Debatten gibt. Die selbstgerechte Heuchelei des Präsidenten ist so durchsichtig, die Unwahrhaftigkeit seiner Behauptungen so handgreiflich, daß sie nur von denen übersehen werden kann, die sich absichtlich gegen die Wahrheit verstecken. Es ist ja kein Zweifel darüber möglich, daß Wilson ebenso gut wie wir selbst, es weiß, daß der Handelsneid Englands, die Rachsucht Frankreichs und die Verzweiflung Nikolais an der Möglichkeit, daß seine Willkürschaft ohne große Erfolge nach außen hin sich behaupten lasse, uns den niederträchtigen Überfall dieses Krieges gebracht. Ebenso weiß der Präsident, daß der Kampf für die Freiheit der kleinen Nationen eine elende Phrase im Munde der Engländer ist, deren Geschichte die Geschichte andauernder Unterdrücken der „smaler nations“ ist. Er weiß, daß Deutschland niemals daran gedacht hat, Amerika anzugreifen, daß der angekündigte Plan, uns auszuhungern, uns nach langem, vielleicht allzulangem Zögern bewogen hat, zur Waffe des Unterseebootkrieges zu greifen, und daß die jetzt verleugnete Absicht, Deutschland zu vernichten, das Programm war, mit dem alle drei, England, Frankreich und Rußland, in den Krieg eingetreten sind. Ich finde keine Worte, um das verächtliche Treiben dieses Mannes entsprechend zu charakterisieren, aber sein Name wird fortleben in der Geschichte als der eines Mannes, der zu den niedrigsten Verbrechern an der Menschheit gehört. Wir verhehlen uns nicht die schwierige Lage, in welcher sich jetzt die deutschen Bürger der Vereinigten Staaten befinden. Findet, wie nach der Zustimmung des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten nicht mehr zweifelhaft sein kann, der Antrag des Präsidenten die Billigung der Mehrheit des Kongresses, so ist damit eine Entscheidung gefallen, die für die Gesamtheit der Vereinigten Staaten Nordamerikas verpflichtend ist. Es ist ausgeschlossen,

Digitized by Google

daß die deutschen Bürger Amerikas ihn rückgängig machen oder gegen ihn rebellieren konnten. Wohl aber haben sie die Möglichkeit, ihn nicht zu fördern. Niemand kann ihnen einen Vorwurf daraus machen, wenn sie sich weigern, als Freiwillige in Heer oder Flotte zu dienen, niemand sie zwingen, den Krieg pekuniär oder durch Arbeit an Herstellung von Munition zu fördern, und keiner ihnen gebieten, die Wahrheit zu verschweigen, die sie über Ursprung und Verlauf des Krieges, über den diplomatischen Trug, der ihn vorbereitet hat, und über die Mittel der Agitation kennen, durch die ein System bewußter Täuschung und Unwahrheit, den Krieg volkstümlich zu machen bemüht ist. Es ist ihre Pflicht, für die eigene Überzeugung einzutreten und sie zu bekennen. Mehr erwarten und verlangen wir nicht von ihnen.

Die letzte Entscheidung liegt in Gottes Hand. Wir blicken im Vertrauen auf ihn und auf die Kraft unserer Waffen, auf die Weisheit unserer Führer und auf unsere gerechte Sache getrost der Zukunft entgegen.

Bundesstaat, Nationalstaat und überstaatlicher Staatenbund[1]

Von Prof. Dr. A. Meister

Als der Eiserne Kanzler noch am Ambos stand und das Deutsche Reich zusammenschmiedete, da ließ er den einzelnen Teilen, die bisher selbständig gewesen waren, das Bewußtsein, daß sie nicht ganz unterzutauchen brauchten in einem einzigen straffen Staatsorganismus, sondern daß sie weiterhin wichtige Rechte der Souveränität behalten konnten, wie sie sie vorher besaßen. Ein schonendes Einfühlen in den Reichsbegriff genügte. Bismarck war nicht der Mann, der sein neues Reich nach doktrinären Theorien der Staatslehrer einrichtete, er war gar nicht dazu veranlagt, um über „juristische Zwirnsfäden zu stolpern". Er rechnete nur mit Tatsachen und Wirklichkeiten, nahm sie, wie sie waren, und fragte nicht, ob sie in eine gelehrte Kategorie paßten.

Dabei war er frei von jeder Weichlichkeit. Was geschehen mußte zur Festiguug seines Werkes, zur Sicherstellung des Reichs, das setzte er durch. So hat er erst Preußen durch Annexionen gestärkt, so hat er dann dem Reiche die notwendige Abrundung in Elsaß-Lothringen hinzugefügt. Jeder siegreiche Staat ist völkerrechtlich befugt, zu seinem Schutz gegen künftige Angriffe und zur Ermöglichung seiner staatlichen Ziele sich diejenigen Sicherungen nach außen zu verschaffen, die er für notwendig hält. Es wäre ein Verbrechen am Staatswohl, wenn dies aus sentimentalen Erwägungen oder theoretischen Bedenken nicht geschähe.

Wie das im gegebenen Fall am geeignetsten zu erfolgen hat, das ist hier nicht zu erörtern, aber auch da gilt die Losung, rein realpolitisch vorzugehen, frei von jeder Doktrin oder staatsrechtlichen Theorie. Andere Verhältnisse schaffen andere Formen.

[1] Wie anderen unserer verehrten Herren Mitarbeiter haben wir auch gern Herrn Prof. Dr. A. Meister das Wort zu einer persönlichen Meinungsäußerung gegeben. Die Schriftleitung.

Digitized by Google

Das Deutsche Reich hat nach dem Willen seines Schöpfers einen föderativen Charakter erhalten. Dadurch war die geschichtliche Überlieferung am besten gewahrt, es war eine Grundlage gegeben, auf der es den deutschen Stämmen leicht wurde, Freude am Ganzen zu gewinnen. Dem deutschen Wesen liegt nun einmal der Partikularismus im Blute, der Unitarismus widerstrebt ihm. Im bundesstaatlichen Verhältnis war diesem Hange Rechnung getragen, die Sonderbestrebungen ordneten sich darin ein und traten im richtigen Maße zurück hinter den Gemeinschaftsinteressen. Die Zugehörigkeit zum Reich sicherte den einzelnen Bundesstaaten ihren Besitz und ihre Rechte, diese Erkenntnis mußte die Bundesfürsten zu stärksten Stützen des Reichsgedankens machen. Das Bewußtsein, im Reich die Sicherheit des eigenen Daseins begründet zu sehen, hat denn auch die Einzelstaaten ihre Interessen aufs innigste mit denen des Reichsverbands verknüpfen lassen.

Der bundesstaatliche Gedanke hat sich für die bisherigen kontinentalen Aufgaben des Reichs auf das glänzendste bewährt. Der Zusammenschluß der deutschen Völkerschaften hat einen Nationalstaat ergeben, der zwar nicht alle Volksteile deutscher Zunge umfaßt, aber in der Hauptsache auf ein in Sprache und Kultur einheitliches Volk sich stützt.

Die nationale Idee hat die Einheitsbestrebungen gefördert und dann auch im geeinten Reich einen großen Anteil gehabt an dem engeren Zusammenwachsen und an der Abwehr schädlicher Einflüsse. Der Reichsgedanke überstrahlte den Territorialgedanken.

Überheblich ist dabei unser Nationalsinn nicht geworden, wenn auch allmählich ein guter Teil Nationalstolz hinzugekommen ist. Wir gingen nicht über zum Nationalismus und erhoben nicht die Fahne der Völkererlösung, wie das andere Nationen taten. Für uns gab es keine Irredenta!

Im Ausland verstand man das nicht und dichtete uns daher ganz unbegründet Eroberungssucht an. Bismarcks Wort von der „Sattheit" Deutschlands war ihnen unbegreiflich. Crispi mußte sich eine schroffe Antwort Bismarcks holen, als er einmal darauf hinwies, daß die Deutschen Österreichs noch nicht zum Reiche gehörten. Für die nächstliegenden Zwecke des Reichs genügte damals vollauf der Reichsverband, wie er einmal war.

Gewiß, hätten wir das Beispiel unserer Gegner nachahmen wollen und nationalistische Politik nach ihrem Rezepte getrieben im Sinne der Angliederung aller Volksgenossen derselben Sprache, dann hätten wir auf die Wiedergewinnung der Deutsch-Schweizer, Deutsch-Österreicher, der Balten und vielleicht auch der Niederländer und Vlamen ausgehen müssen. Wir hätten dann nichts anderes getan, als was Rußland mit seinen panslawistischen Bestrebungen, Italien mit seinem Programm des Irredentismus, Frankreich mit seinem Anspruch auf Elsaß-Lothringen und Rumänien mit seinen Absichten auf Siebenbürgen, die Bukowina und Beßarabien zu erreichen streben, ganz zu schweigen von dem wahnsinnigen Verlangen der belgischen Wallonen nach

Digitized by Google

Gebieten der Rheinlande mit geringer wallonischer Volksuntermischung. Man braucht nur diese Gleichung aufzumachen, um zu erkennen, wie unberechtigt die Ausdehnung der nationalen Idee ist, wenn sie sich mit irredentistischen Zielen verquickt. Denn wenn Deutschland solche Forderungen als nationale begründen und erheben würde, dann ginge zweifellos in der ganzen Welt ein großes Geschrei los über diese Anmaßung und Ländergier.

Wir wissen, daß nicht die gleiche Entrüstung ausgelöst wird bei den entsprechenden Forderungen Rußlands, Rumäniens, Italiens und Frankreichs, aber das liegt nur an dem zweierlei Maß, mit dem man heute unter der gegen uns gerichteten Haßsuggestion, die durch Englands Reuterapparat geschürt und wachgehalten wird, zu messen pflegt; an der Sache ändert das nichts. Und was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Ist der Irredentismus als Ausfluß des nationalen Gedankens bei dem einen Volk zu verwerfen, so ist er auch bei dem andern zu verurteilen.

Damit ist nicht zu verwechseln, daß das nationale Fühlen selbstverständlich über die Staatsgrenzen hinaus den Volksgenossen sympathisch entgegenschlägt. Das völkische Mitgefühl macht nicht am politischen Schlagbaum halt. Das Bewußtsein der Volksgemeinschaft macht es zur Pflicht, den Zusammenhang mit abgesprengten Volksteilen zu wahren, die Gemeinsamkeit der Sprache und Kultur mit den unter einem andern staatlichen Banner lebenden Volksgenossen zu pflegen. Aber das sind kulturnationale, nicht politisch-nationale Aufgaben. Sobald wir uns damit auf politisches Gebiet begeben, gelangen wir auf Abwege, greifen wir in fremde Staatssphäre ein. Das ist vielfach der Fehler der Ideen, die sich äußerlich mit den Wörtchen Pan-, All-, Groß-schmücken, die so viel Unruhe in der Welt stiften, weil sie dem Staate auch solche nationalpolitische Erweiterungsziele stecken, die nicht in den realen Verhältnissen begründet sind, sondern allein völkischer Begeisterung entstammen. Die ganze Welt hat heute den Schaden von der großserbischen Idee, hinter der schützend der panslawische Gedanke stand.

Mit anderen Worten: der Nationalstaat muß eine nationale Diaspora als geschichtlich gegeben hinnehmen können, nationalpolitische Aufgaben haben einen engeren Kreis als nationalvölkische. Ja, die völkischen können geradezu die nationalstaatlichen gefährden, sie können den Staat auf eine Bahn führen, die seinen realen Zukunftsinteressen völlig entgegenläuft, wie das bei Rumänien und Italien offenbar der Fall ist. Das erstere hätte in einer Zurückdrängung Rußlands, das letztere an einer Schwächung Frankreichs und Englands sein realpolitisches Ziel sehen müssen, statt umgekehrt nationalistischen Träumen nachzujagen und Völker zu „erlösen", die zum Teil gar nicht erlöst werden wollten und nach dieser zweifelhaften Erlösung gar keine Sehnsucht hatten.

Wenn aber durch die Gunst des Schicksals im Zusammenhang großer kriegerischer Ereignisse, wie in diesem Weltkrieg, ein früher deutsches Land, wie das der Balten, von

Digitized by Google

selbst dem Sieger in den Schoß fällt, ohne daß um seinen Besitz der Krieg entbrannt ist, und realpolitische wie militärische Erwägungen das Festhalten des Gewonnenen gebieterisch heischen, wer vermöchte das noch mit der verpönten Irrendeta-Politik zu verwechseln?

Auch von dem durch die Zentralmächte neugeschaffenen Polenreich erwarten wir, daß es seine nationalen Aufgaben nur innerhalb der ihm zu gebenden Grenzen erfüllt und darin Genüge findet. Es wird für Polen nationale Staatsvernunft sein, wenn es auf der Hut ist vor dem russischen Erbfeind; es wäre dagegen wiederum der falsche Nationalismus, in politischer Irredenta-Sehnsucht nach den Polen im preußischen Staatsverbande hinüberzuschielen.

Die Menschheit wird nur dann Ruhe haben, wenn sich die Staaten mit geschichtlichen Tatsachen abfinden, wenn es als unumstößliches politisches Dogma anerkannt wird, daß der Staatsverband vor dem Volksverband den Vorrang hat.

Staatsverband über Volksverband! Zu dieser Erkenntnis hat schon die ganze bisherige realpolitische Erfahrung gedrängt. Selbst Staaten, die keine Nationalstaaten in unserem Sinne, sondern Nationalitäten-Staaten sind, haben ihre Daseinsberechtigung bewiesen. Welche politische Utopie läge in dem Gedanken, etwa die Schweiz, die der Abstammung und Sprache nach Italiener, Franzosen und Deutsche umschließt, unter die angrenzenden Nationen im irredentistisch-nationalistischen Sinne aufteilen zu wollen. Die Schweiz ist heute als selbständiger Staat eine politische Notwendigkeit, wäre sie nicht da, müßte sie erfunden werden. Und ebenso verhält es sich mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie. Die Durchstaatlichung der Nationalitäten mag dort vielleicht noch nicht vorbildlich erreicht sein — das ist eine innerstaatliche Frage für sich — aber die staatliche Zusammengehörigkeit hat sich als eine dauerhaftere politische, militärische und wirtschaftliche Daseinsgrundlage erwiesen als alle gegenteilige Prophezeiungen. Sie hat die denkbar größte Belastungsprobe in diesem Kriege, wenn auch nicht ohne einige bittere Erlebnisse, bestanden und wird als Staatsgemeinschaft auch weiter über den Nationen stehen. Bekanntlich hat ja auch kein Geringerer als Bismarck die Notwendigkeit des Fortbestehens Österreichs als selbständiger Großmacht ohne Vorbehalt vertreten.

Eine lange geschichtliche Zeiträume, vielleicht Jahrhunderte dauernde Zugehörigkeit zu einem Staate, zu denselben Rechtsverhältnissen, den gleichen Kulturbedingungen erweckt und kräftigt das Zusammengehörigkeitsgefühl. So bildet sich als verbindender Kitt zwischen den Nationen wie zwischen den Religionen das Staatsbewußtsein. Das Interesse am Staate geht doch zuletzt allen anderen Interessen vor. Das zeigt so recht die Zeit der Not, das lehrt vor allem die Offenbarung des Krieges. Über dem Trennenden steigt auf die Empfindung des Geeinigtseins im schützenden Staate, man fühlt sich als zusammengewachsene Staatsnation. So war es bisher bei uns im bundesstaatlichen Reich.

Digitized by Google

Und unser Krieg hat es ja auch wiederum erwiesen. Die preußischen Polen kann man nicht gerade große Preußenfreunde nennen, aber mit dem ersten Tage der Mobilmachung waren alle Sonderbestrebungen vergessen, und der Pole hat im Heer und in der Heimat brav seine Pflicht getan Und ebenso war es beim welschen Abkömmling von der Vogesengrenze — der deutsche Elsässer ist nicht gemeint, er steht außer Frage. Ein Versagen einzelner blieb die Ausnahme und nimmt angesichts der von uns in Elsaß-Lothringen begangenen Fehler und gewisser Verhetzung nicht Wunder.

Es fragt sich nun aber, ob der so gestaltete Nationalstaat, der im Herzen einer großen Nation wurzelt und fremde Volksteile sich staatlich assimiliert, ausreicht über den kontinentalen Staat hinaus zum Weltstaat.

Der über die Meere reichende Weltstaat, der auf dem Meere und jenseits der Meere sich Geltung verschaffen muß, wird darauf bedacht sein müssen, diejenigen Stützpunkte seiner staatlichen Macht zu gewinnen, deren er zur Aufrechterhaltung seiner Wirksamkeit und seines Ansehens bedarf. Weltwirtschaftspolitik ist nun einmal eine Machtfrage. Bismarck, dem Weltpolitik noch ferner lag als uns, hatte doch schon erkannt, daß Deutschland eine Seemacht brauche gegen diejenigen Staaten, die es sich „zu Lande nicht langen könnte". Dazu wird aber die Grundlage sein eine starke Vermehrung der Hochseeflotte, eine Erweiterung der allzu engen Flottenbasis im „nassen Dreieck" durch Ausbesserung unserer europäischen Küstenstellung und der Ausbau eines Systems maritimer Flottenstützpunkte in überseeischen Ländern. Es muß fernerhin auf dem Kontinente selbst die eingeengte Mittellage erweitert und so in sich tragbarer, insbesondere wirtschaftlich haltbarer gemacht werden.

Das wird nicht angehen, ohne daß neue Organisationsformen gefunden werden, die über den nationalen Kern hinaus die lösere oder festere Angliederung anderer Staaten an das Reich ermöglichen. Es handelt sich hier vorerst nur um die theoretische Erörterung von Möglichkeiten und Notwendigkeiten.

Zunächst bietet uns da der Blick in die geschichtliche Vergangenheit und auf historisch hervorgewachsene Gegenwartsbildungen anderer Staatsgemeinschaften Anhaltspunkte über verwandte Lösungen ähnlicher Bedürfnisse.

In gewissem Sinne ist schon das Römerreich zum Vergleiche heranzuziehen. Es hat die sich ihm aufdrängenden weltstaatlichen Aufgaben bewältigt dadurch, daß es sich fremde Nationen angliederte, ohne sie ganz in das Reich aufzunehmen. Schon das italische Reich Roms ist früh als eine Verbindung staatlicher Organisation und völkerrechtlicher Abhängigkeit ausgestattet worden. Das römische Weltreich der Republik und des Prinzipats hat dieses Vorbild nur erweitert und bestand eigentlich aus einem Oberstaat und halbsouveränen Unterstaaten. Die Romanisierung des Weltreiches setzte nur langsam ein; okkupierte Staaten erhielten niemals sogleich das römische Bürgerrecht.

Digitized by Google

Das Mittelalter hatte diese Fragen durch das Lehnswesen gelöst. Zum „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" gehörten zu Zeiten italienische Staaten, Sizilien, verwelschte Burgunder, Slawen und Tschechen. Ihre Fürsten waren Lehnsfürsten des Reichs, die freien Kommunen der Lombardei leisteten Lehnshulde durch ihre Konsuln; sie übernahmen Treuverpflichtungen, deren Wert außer in finanziellen Leistungen zumeist in dem negativen Erfolge beruhte, daß sie nicht gegen Kaiser und Reich aufzutreten vermochten, ohne der Reichsacht zu verfallen und der Reichsexekution gewärtig zu sein. Im übrigen waren weder die italienischen Kommunen, noch die die Hoheit des Reichs anerkennenden stammfremden Fürsten, wie der Polenfürst, der Böhmenherzog, vorübergehend der Dänenherrscher, die italienischen Fürsten, in ihrer Selbstverwaltung im geringsten beschränkt. Treue und formelle Oberhoheit kennzeichnete das Verhältnis.

Das russische Riesenreich hat die ihm einverleibten Nationen zusammengehalten durch das Mittel des Cäsaro-Papismus. Es ist klar, daß diese Organisationsform nur stumpfen, noch nicht zum Selbstbewußtsein erwachten Völkern gegenüber durchzuführen ist. Werden die einzelnen Völker mündiger und selbständiger, so muß Rußland zu anderen Einrichtungen übergehen, wozu es ja schon einige Anläufe gemacht hat; sonst würde es sich zeigen, daß der Koloß doch auf „tönernen Füßen" steht. Jedenfalls kommt das russische System für die aufgeklärteren Westvölker nicht in Betracht.

Amerika hat die nicht schlecht arbeitende Einrichtung der Vereinigten Staaten, und es sind dort Bestrebungen im Gange, die darüber hinaus die weitere Vereinigung aller süd-, mittel- und nordamerikanischen Staaten bezwecken. Es ist hier dem föderativen Gedanken in weitgehendem Maße Rechnung getragen, und bei den Plänen des Panamerikanismus kann es sich ebenfalls nur um bundesstaatliche Formen handeln.

In England endlich hat man die gewaltige Weltmacht so aufgebaut, daß das englische Mutterland die anderen Glieder beherrscht und daß man diesen je nach ihrer Eigenart weniger oder mehr innere Selbständigkeit gelassen hat. Es ist dies die Form der Dominions; Australien, Südafrika, Kanada sind fast selbständige Tochterstaaten während Indien, wie auch andere kleinere Kolonien in großer Abhängigkeit gehalten werden. Im Verlaufe des Krieges sind nun bei den Tochterstaaten Bestrebungen zur Teilnahme an der Zentralregierung des Weltreiches hervorgetreten, aber ein Ergebnis dieser neuen Ansprüche ist noch nicht abzusehen. Der Imperialismus eines Chamberlain steht hier in Gegensatz zu liberaleren Konzessionen.

Wir erwähnen diese verschiedenen Versuche zur Lösung der Weltreich-Frage nicht um eine etwaige Nachahmung anderswo erprobter Verhältnisse zu empfehlen. Das wäre ganz unhistorisch gedacht. Das historisch Gewordene ist zeitlich und örtlich bedingt und kann nicht einfach kopiert werden. Wir lernen nicht

Digitized by Google

aus der Geschichte, um nachzuahmen, sondern um die Bedeutung der wirkenden Faktoren richtig einzuschätzen. Daraus ergeben sich Anregungen und Lehren auch für andersgeartete Verhältnisse der Gegenwart. Wir erkennen durch die vergleichende Betrachtung, daß die bisher bei uns ausgebildeten staatsrechtlichen Formen und Begriffe nicht die einzig möglichen sind, sondern daß wir bei dem Übergang von der kontinentalen Großmacht zum Weltstaat hinzulernen und unsere bisherigen starren juristischen Formulierungen verlassen müssen. Wir müssen umlernen, Vorurteile preisgeben, uns von überlieferten Anschauungen freimachen und nach ganz neuen Formen suchen, wo es nötig ist.

Der Krieg hat die Frage der Sicherung unserer Weltmachtstellung aufgerollt; er hat gezeigt, daß die bisherigen Maßnahmen versagt haben. Wir sind in der Zukunft vor gewaltige neue Aufgaben gestellt. Da gilt es eine Organisation des Weltstaates zu finden, bei der das nationale Übergewicht des deutschen Kerns erhalten bleibt, aber darüber hinaus die notwendigen realen Bindungen erfolgen, die zur Sicherung der Weltstellung nötig sind.

Man könnte sich denken, daß in einer Verknüpfung von Bundesstaat und Staatenbund das Heil zu suchen sei, daß um unseren heutigen Bundesstaat, Deutsches Reich genannt, sich einmal ein Staatenbund herumlegen könnte, der mit uns einen einheitlichen Militärverband und Wirtschaftsverband bilden würde und eine gemeinsame auswärtige Politik und auswärtige Vertretung besitze. Dazu wäre eine gemeinschaftliche Wirtschaftsorganisation etwa mit einem wirtschaftlichen Bundestag zum Zwecke des gegenseitigen Ausgleichs nötig. Denn die Wirtschaftseinheit muß dann über die nationalen Grenzen hinausgehen und auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse und Leistungen der verbündeten Staaten umfassen.

Die geschichtliche Entwicklung hat den Staatsgedanken über den nationalistischen gestellt; aus der völkischen Nation ergab sich die politische Auslese der Staatsnation. Jetzt stehen wir in Begriff, einen Schritt weiter zu tun zum übernationalen Staatsbegriff. Um große Reiche legen sich kleinere, mit ihnen eng verbundene, herum, wirtschaftlich, militärisch und außenpolitisch mit ihnen Hand in Hand gehend. Und die großen Reiche werden ihrerseits zwischenstaatlich mit einander engere Bindungen eingehen müssen.

Vom innern Frieden des deutschen Volkes

Gedanken zu Fr. Thimmes zweitem Sammelband von Lic. D. Emil Fuchs, Pfarrer

Thimme hat sich durch die Herausgabe der beiden Sammelbände „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“ und „Vom innern Frieden des deutschen Volkes“ ein großes Verdienst erworben. Es kann ja gar nicht genug geschehen, die Menschen einander nahe zu bringen. Solche Bücher aber, in denen die Vertreter verschiedenster Richtungen und Parteien verständnisvoll miteinander über ihre Gedanken und ihr

Digitized by Google

Wollen reden, bringen die Menschen ohne Zweifel einander näher. Das erlebt man beim Lesen an sich selbst.

Welche Spannungen enthält doch dies deutsche Volk in sich. Davon reden schon die Überschriften der einzelnen Kapitel mit ihren vielen, vielen Unterabschnitten: Spannungen der Weltanschauung, Spannungen der Konfessionen und kirchlichen Parteien, Spannungen der Klassen und Stände, Spannungen der politischen Parteien, der Nationalitäten.

Versuchen wir, ein Bild vom Wesen der Gegensätze zu gewinnen, so zeigen sich uns vor allem die aus den Notwendigkeiten der völkischen Entwicklung aufsteigenden Gegensätze konservativ — fortschrittlich und mit ihnen verschieden gemischt die aus Weltanschauungen stammenden ethischen Ideale des Individualismus und Sozialismus.

Liest man unter diesem Gesichtspunkt die sämtlichen Artikel dieses Buches, dann spürt man etwas vom neuen Geiste der Einigkeit, der in diesen Wortführern der verschiedenen Richtungen sich regt. Welch ein starkes Gefühl für die innern Werte unserer deutschen Vergangenheit erfüllt alle Vertreter des Fortschritts bis hin zu den Sozialdemokraten. Vielleicht ist nur eines nicht genügend betont: was der deutsche Staat der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie gab durch seine Volkserziehung, besonders die Volksschule. So konnte diese deutsche Masse auch den Reichstag zu der Bedeutung emportragen, die und deren Zukunftsmöglichkeiten Naumann so wunderbar fein und staatsmännisch schildert. Ebenso schildert Fendrich tapfer und in eigenartiger Selbständigkeit die Bedeutung christlicher Frömmigkeit für das Werden der Zukunftsziele des Sozialismus, würdigt Kolb die Bedeutung des Staates, klingt durch den Aufsatz von Peus die Sehnsucht nach einer volksumfassenden Gemeinschaft der „Gemüts-erziehung und -tröstung," wie sie bis jetzt die Kirche war. Das ist jene echte konservative Gesinnung, die den Fortschritt will, der des Fortschritts Kraft, die aus den geistigen Werten der Vergangenheit quillt — nicht töten will sondern pflegen. — Umgekehrt finden wir bei den Vertretern der religiös und politisch konservativen Richtungen bis zum Katholizismus die Einsicht, die weiß, daß gar oft die geistigen Werte des Überkommenen nur erhalten werden können durch Reform jener äußern Verhältnisse, die der geistigen Kraft des Menschen zur Gefahr werden oder geworden sind. Man fühlt beim Lesen aller dieser Aufsätze recht deutlich, daß die Spannungen bleiben und daß wir einem zähen Ringen entgegengehen um die Größe, Art des Fortschrittes und der notwendigen Neubildungen. Man fühlt aber auch, daß in all diesen ringenden Kräften gemeinsam Ehrfurcht vor dem aus der Vergangenheit zu uns kommenden deutschen Geistesleben, deutschem Staat, deutscher Eigenart und den von ihr gebildeten Ordnungen und Daseinsformen vorhanden ist. So wird die Spannung des großen Ringens jene innere zusammenhaltende Kraft in sich tragen, durch die aus der Spannung Neubildung geschaffen wird.

Digitized by Google

Auch in den Aufsätzen vom wirtschaftlichen Kampf und Frieden leuchtet hinter den Gegensätzen der Gesinnung und Zielsetzung eine letzte Einheit auf. Jeder der Vertreter der Arbeiterorganisationen kennt die gewaltige Bedeutung schaffenden Unternehmertums, jeder Vertreter des Unternehmertums kennt die Bedeutung einer geistig selbständigen, mitschaffenden Arbeiterschaft. Besonders erfreulich ist hier der Aufsatz von Fr. Rößler. Er ist gänzlich auf dem Gedanken aufgebaut, daß der Arbeiter auch geistig ein Mitarbeiter des Unternehmers und als solcher zu behandeln und zu immer erfolgreicherer Betätigung zu erziehen ist. In diesem Bewußtsein, daß die geistige Kraft, Selbständigkeit, Bildung und das damit verbundene Wertgefühl in einem des andern beste Hilfe ist, wird jene Stellungnahme zwischen Arbeiter und Unternehmer angebahnt, die der Weg zum Frieden ist. Von hier aus muß der Unternehmer wünschen Arbeiter zu haben, die weitblickend genug sind, sich kraftvoll zu organisieren. Der Arbeiter muß sich den Unternehmer wünschen, dessen harte Kraft die gewaltigste Organisation bildet und beherrscht.

Merkwürdig ist, daß in den Aufsätzen über die Weltanschauung eine Weltanschauung fast gar nicht oder nur als Gegenstand der Polemik erwähnt wird. Es ist der Materialismus. Es ist eben doch wohl allen Mitarbeitern durchaus selbstverständlich, daß der Materialismus wohl hier und da ein wissenschaftliches Forschungsprinzip sein kann, wie im historischen Materialismus u. a., daß er aber als tragende Lebensanschauung nicht mehr in Betracht kommt. Er war schon vor dem Krieg geistig überwunden. Nun ist es gar nicht mehr möglich zu übersehen, daß die Kräfte des Opfermutes, der Überwindung aller eigenen Interessen, das Zwingen des Körpers zum Dienste des Geistes, selbst wenn der Geist den Körper darüber opfert, daß sie zur Grundlage jeglicher Weltanschauung gemacht werden müssen. Darüber füllt sich der Individualismus mit einem starken Gefühl für überragende Werte, ohne die der einzelne wertlos ist, und der Sozialismus füllt sich mit dem Bewußtsein, von diesen sittlichen Kräften des Individuums getragen zu sein. Universalismus, Individualismus und Staatsgesinnung fügen sich zusammen. Die Einheit der deutschen Weltanschauung leuchtet auf.

Darüber erheben sich in den Reihen der Sozialdemokratie Stimmen, die von der Notwendigkeit der Seelenbildung und Gemütserziehung reden, wie sie nur in starker Frömmigkeit gefunden werden kann (Peus, Fendrich) und das Wertgefühl für das Geistige betonen, aus dem allein segensvolle Zukunft werden kann. — Umgekehrt wacht aus den Kreisen der Frömmigkeit her das Pflichtgefühl auf, daß es gelte, durch die Frömmigkeit eine starke, wahrhaftige Seelenbildung zu geben, solche Seelenbildung, die Kraft zur Neubildung des Volkslebens, Überwindung seiner sittlichen Schäden und großen sozialen Nöte wird. Darin muß die Frömmigkeit ihre Kraft und Wahrheit bewähren, daß sie zukunftschaffend wird und nicht ein narkotisches Mittel für die vom Elend falscher Gestaltungen und unnötiger Not Gedrückten sein kann und will.

Digitized by Google

Wir müssen aus unserer Frömmigkeit dem deutschen Geiste eine Kraft geben, die geistigen Kräfte seiner Tiefe immer heller leuchten zu lassen, die äußern Gestaltungen seines Gemeinschaftslebens immer vollkommener zu bilden, deutschen Menschen einen glückbringenden Wert ins Leben zu wirken. Dies ungeheure Pflichtgefühl für die Bildung des deutschen Geistes leuchtet aus allem hervor, was die Vertreter der Frömmigkeit schreiben, Rade, Liebster, Thimme, Baumgarten, Mahling, Kahl, Dunkmann von protestantischer, Rademacher, Lippert, Mausbach von katholischer Seite. — Sollte nicht aber hier die eigentliche Möglichkeit des Friedens in dieser tiefsten Zerspitterung, die unser Volks scheidet, liegen? Die einzelnen religiösen Richtungen und Parteien sehen die ungeheure Aufgabe, die innersten Werte und Kräfte des deutschen Geistes zum Bewußtsein zu bringen, zu pflegen und kraftvoll zur Gestaltung der deutschen Zukunft zur Geltung zu bringen. Jede aber fühlt, daß dieser deutsche Geist so unendlich vielgestaltig, tief und widerspruchsvoll ist, daß er von einer Richtung allein gar nicht zur vollen Auswirkung seines Wesens gebracht werden kann. Gewiß, er wird einmal zur vollen Klarheit und Geschlossenheit seines Wesens kommen. Jede Richtung mag hoffen, daß in ihrer Eigenart zuletzt diese volle Geschlossenheit sich finden und die andern bei wahrhaftiger Weiterentwicklung zur ihr kommen werden. Jede aber soll wissen, daß ein Zerdrücken der andern ein noch nicht vollendetes Stück deutschen Geistes erdrückt. So soll sie an ihrem Teil das deutsche Wesen pflegen und sich der andern freuen, die es auch pflegen und zu der Vollendung bilden, die sie schaut. — Auch über die kirchlichen Richtungen hinaus zu Monismus, Freikirchentum, deutschem Judentum (vergl. dazu den prächtigen Artikel von H. Cohen) kann dieses Verstehen ausgedehnt werden, unbeschadet der kraftvollen Arbeit in dem, was eigenem Wesen entspricht.

Und gilt nicht dasselbe für die Nationalitäten? Jede von ihnen ist eine eigenartige Kraft, deren Zerbrechen und Vernichten nur arm macht. Ringen müssen wir mit ihnen und werden wir mit ihnen. Wird dies Ringen zu einem gewaltsamen Niederbrechen, so werden eben aus dem zerbrochenen Geistesleben immer giftigere, häßlichere Gewalten aufsteigen und uns gefährlich werden. Geistig stärker werden müssen die Völker, stärker werden kann man aber nur in seiner Eigenart und nicht durch Annehmen fremden Wesens. Und dies geistige Stärkerwerden muß — wenn unser Volk die starke, umfassende Kraft hat, an die wir glauben, zu einem Frohwerden sich gestalten, einem Frohwerden an der staatlichen Gemeinschaft mit diesem Volk, aus der so viel Reichtum ihnen zuströmt. Sie werden auch uns wieder bereichern aus der Kraft ihres Wesens, und die vielgestaltige deutsche Seele wird neuen Reichtum aufnehmen, bis es gelingt, all diese Gegensätze auch zu einer vollen Einheit geistiger Gemeinschaft zu verarbeiten. Man lese in diesen Aufsätzen, wie viel geschadet wurde, weil man die geistige Seite dieser Frage gar nicht sah und Nationalitäten durch äußere Gewalt brechen, statt innerlich zur Freude an der Gemeinschaft mit dem andern Volk

Digitized by Google

und dem gemeinsamen Staate erheben wollte. So lange uns aber letzteres nicht gelingt, so lange bleiben diese Völkersplitter eine Gefahr und Not für uns.

Wie groß und klug war die Politik unsers Kaisers, die uns Protestanten manchmal so falsch schien, durch die er aber den Katholizismus zu einer tragenden Kraft deutschen Geisteslebens und deutschen Staatslebens machte. Wir werden den Katholizismus nach dem Krieg noch mehr als solche anerkennen müssen, und er muß wissen, daß es kein deutsches Volk ohne deutschen Protestantismus gibt. Wollen wir die Größe und Zukunft unsers Volkes, müssen wir auch die Größe dessen wünschen, was gegensätzlich zu uns aus dieser Seele wächst. Groß und stark ist die Politik unsers Kaisers gegenüber der Sozialdemokratie im Kriege. Auch hier gilt es das zu wecken und zu stärken, was als deutsche Seelenkraft in dieser Bewegung liegt, und die Einheit der wirtschaftlichen Spannungen zu schaffen, die aus ihnen allein eine kraftvolle Zukunft gestaltet. Sollte es nicht möglich sein, mit demselben Vertrauen und derselben innern Sicherheit deutschen Wesens auch den Splittern der Fremdvölker gegenüberzutreten? Es ist nicht deutsch, sie zu zertreten. Es ist deutsch, sie am Zusammenleben mit uns größer, stärker, eigenartiger zu machen und dadurch zu einer Kraft unsres Staates und der zukünftigen gemeinsamen Geschichte und der aus ihr werdenden Einheit.

Ich schließe mit Thimmes Wort:

„Denn die größeste und stolzeste Zukunft wird das Volk haben, das die Einheit und den innern Frieden am meisten in sich verkörpert und dessen Glieder am willigsten und freudigsten einander die Hände zur vollen Gemeinschaftsarbeit reichen.

Deutsches Volk, sorge und trachte, daß du dieses Volk seiest!“

Und füge hinzu: Es ist das Volk der größten Spannungen. Wird es das Volk des Friedens sein können? — Unsere Zeit gibt die Antwort. Auch in diesem Buche schimmert sie zwischen den Zeilen. Ja es wird es sein können. Wie groß aber wird die Kraft und Wirksamkeit eines Volkes sein, das endlich nach langem dumpfem Ringen aus solchen Spannungen zur Klarheit und Einheit gekommen sein wird.

Man zeichnet Kriegsanleihe bei jeder Bank, Kreditgenossenschaft, Sparkasse, Lebensversicherungsgesellschaft, Postanstalt!

Notizen

Die amerikanische Volksseele. Politisches Denken setzt die Kenntnis des Landes und der Menschen voraus, die es angeht. „Das ist eine schwierige Aufgabe. Kennen doch die meisten Menschen nicht einmal den Geist ihres eigenen Volkes, wie sollen sie da dem eines fremden nahe treten können?“ — schrieb in der Einleitung zu einem 1911 erschienenen Buch über die amerikanische Volksseele ein seither nicht mehr bekannt gewordener Verfasser, Ernst Bruncken. Seit 1911 hat sich darin wohl wenig geändert. Was Bruncken 1911 für notwendig erachtete: die Grundlagen zu schaffen, die für das Verständnis der amerikanischen Volksseele notwendig sind, ist auch 1917 nicht überflüssig. Bruncken ist dabei der beste Führer. Es gibt

Digitized by Google

kein Buch, das wie das seine Vertrautheit mit Land und Leuten, Ernst und Klarheit des Denkens zu so ruhiger Sachlichkeit sich auswirken läßt. (Erschienen ist das Buch bei F. A. Perthes, A.-G., Gotha). Bruncken sucht den Amerikaner zunächst aus seiner Geschichte zu verstehen. In dem Anfang dieser Geschichte steht der hervorragendste Typ Amerikas: der Hinterwäldler. Ein bis auf die äußerste Möglichkeit ausgebildetes Verlangen nach persönlicher Unabhängigkeit erfüllt ihn. Um ein ähnliches Unabhängigkeitsgefühl zu finden, müßte man auf die germanische Urzeit zurückgehen. „Niemand kann das amerikanische Volk, seine Verhältnisse und seine Anschauungsart verstehen, wenn er nicht fortwährend diese psychologischen Resultate der Hinterwaldperiode im Auge behält. Mannigfach abgeschwächt, verpflanzte sich dennoch ein gut Teil dieses Unabhängigkeitsverlangens durch Beispiel, Lehre und unbewußte Überlieferung auf die Enkel der Hinterwäldler, die unter ganz anderen Verhältnissen leben." Von den Hinterwäldlern verschieden, sind die neuen Einwanderer, die vor allem in den Großstädten vereinigt sind. Die Großstädte, ganz besonders New York, sind „untypisch" für Amerika. „Das Großstädtertum ist hier zu vielfacher Potenz erhoben; aber zudem wirken andere Einflüsse zu stark ein, daß die Metropole kaum eine amerikanische Stadt zu nennen ist, sondern durchaus nur sich selbst repräsentiert. Nicht sie, sondern die Altamerikaner machen darum die große Mittelklasse aus, die den Typus des amerikanischen Lebens bestimmt. Sie ist das eigentliche amerikanische Volk, mit Traditionen aus der Kolonialzeit, mit Sitten und Gewohnheiten, die sich in der Hinterwaldperiode aus dem von Europa mitgebrachten Schatz der völkischen Eigenart gebildet haben. In dieser Mittelklasse freilich findet man alle Abstufungen, vom Millionär bis zum Buchhalter und Handlungsgehilfen. Das Neuamerikanertum, insbesondere die Arbeiterklasse, steht zu dem Altamerikanertum in größerem Gegensatz, als das im allgemeinen in Europa der Fall ist. Freilich ist diese Superiorität, die die höhere Gruppe empfindet, von den Untenstehenden nur in sehr beschränktem Maße anerkannt. Das bekannte Scherzwort, der Amerikaner glaube, jeder sei so gut wie jeder andere und ein wenig besser, gilt für alle Schichten der Gesellschaft. Für den Amerikaner sind wirtschaftlicher Individualismus, die Notwendigkeit der Entwicklung der Hilfsquellen des Landes durch den Unternehmungsgeist des einzelnen, die Beschränkung der Staatstätigkeit auf das geringste Maß typische Züge schlechthin. Erst in der neueren Zeit hat die gesellschaftliche Gesamtarbeit, die die Technik notwendig macht, neben das individuelle Ideal das soziale, wenn nicht gerade das sozialistische treten lassen." In den Augen der zielbewußten Arbeiterführer, und neuerdings auch in denen einer schnell wachsenden Zahl von Angehörigen des Mittelstandes, soll der Staat nicht mehr bloß einen weiten Rahmen bilden, innerhalb dessen alle wirklich bedeutende Tätigkeit von Privaten ausgeht. Der Staat soll, wo immer es not tut, für die Wohlfahrt seiner Angehörigen Sorge tragen, soll gegebenenfalles selbst die wirtschaftliche Tätigkeit organisieren oder wenigstens die freiwillige Organisation überwachen." Die Grundlage der abstrakten Demokratie hat sich der Herrschaft des Kapitalismus angeglichen, die Demokratie ist im Laufe der kulturellen Entwicklung in ihr Gegenteil umgeschlagen. Unverändert erhalten hat sich nur das Zentrum, um das sich das Seelenleben des amerikanischen Volkes seit Alters dreht, der moralische Standpunkt. „Alle Fragen des öffentlichen wie privaten Lebens werden in einer so einseitigen Weise vom moralischen Standpunkt aus beurteilt, daß alles, was sich auf wissenschaftliche und ästhetische Kultur bezieht, dem dominierenden ethischen Bewußtsein gegenüber durchaus in die zweite Linie tritt." „Man hat in Europa, und in Deutschland vielleicht mehr denn anderswo, dem Amerikaner den Vorwurf gemacht, daß er beinahe ausschließlich für „materielle" Dinge Interessen habe. Der Vorwurf ist völlig ungerechtfertigt. Daß die wirtschaftliche Tätigkeit in dem Bewußtsein des Volkes den breitesten Raum einnimmt, ist wahr. Denn die Aufgabe des amerikanischen Volkes ist immer noch vor allem anderen die wirtschaftliche Eroberung seines Kontinentes. Doch wenn

Digitized by Google

es manchmal scheint, als ob der Wert des Menschen bloß nach seinem wirtschaftlichen Erfolge eingeschätzt werde, so ist das nur richtig, wenn man an der Oberfläche kleben bleibt. Denn im amerikanischen Volksbewußtsein hängt wirtschaftlicher Erfolg und sittliche Tüchtigkeit ganz eng zusammen. Erst in allerjüngster Zeit beginnt es dem Durchschnittsmann aus der Mittelklasse klar zu werden, daß zu dem Aufbau der Riesenvermögen, die in den letzten fünfzig Jahren so zahlreich geworden, doch wohl andere Dinge das meiste beigetragen haben, als Fleiß, Rechtlichkeit und Organisationstalent. Noch aber fällt es ihm selten ein, diese Erkenntnis auch auf die Vermögen mittleren und kleinen Grades anzuwenden. Noch gelten ihm die führenden Geschäftsleute seines Heimatortes als das, was die Zeitungen sie nennen: „Unsere besten Bürger." Noch ist in seinem Augen das Löblichste, was man von einem Menschen sagen kann: „Er ist ein guter Geschäftsmann." Denn das sittliche Ideal des Amerikaners ist durchaus das, was man in Deutschland früher ein „bürgerliches" zu nennen pflegte. Ein rechter Mann ist vor allem tüchtig in seinem Beruf, fleißig, nüchtern, nicht geizig, aber beileibe nicht verschwenderisch; dann ist er ein guter Familienvater, nach der Weise gemessen, wie er für die äußeren Bedürfnisse von Frau und Kindern sorgt; ferner auch ein guter Staatsbürger, der prompt zum Stimmkasten geht, sich ein wenig an der Wahlarbeit beteiligt, und auch einmal willens ist, ein mäßiges Geldopfer für öffentliche Zwecke zu bringen. Schließlich ist er durch und durch „respektabel", das heißt, er tut nie etwas, was den Nachbarn Ärgernis geben oder ihn in irgendwelcher Art auffallend von anderen unterscheiden könnte. Gewiß ein trockenes, langweiliges, hausbackenes Bild des Idealmenschen. Persönlichkeiten von größerer Entwicklungsmöglichkeit wird es nicht anziehen, wird es sogar abstoßen. Aber es hat die gute Eigenschaft, in den breiten Schichten des Volkes gesunde, kräftige Menschen heranzuziehen, welche in den täglichen Geschäften Tüchtiges leisten. Aus ihnen mögen sich dann die Auserwählten losringen und jeder für seine eigene Person ein höheres, umfassenderes Ideal sich bilden. Der Widerstand, der ihnen dabei von der Masse entgegengesetzt wird, mag ihrer Entwicklung kräftigend zu Hilfe kommen." Die Wurzeln dieses Idealismus reichen oft hinab in die Anschauungen der alten Puritaner, aus der sich der Amerikaner in dem neuen Land eine neue Zivilisation und Kultur aufgebaut hat. „Und wie das Individuum als Baustoff benutzt, was ihm von der älteren Generation überliefert wird, aber deshalb doch nicht eine bloße Fortsetzung seiner Vorfahren, sondern zugleich eine neue selbständige Persönlichkeit ist, so ist es auch mit dem amerikanischen Volke. In diesem Sinne kann man dasselbe mit vollem Recht als ein junges bezeichnen, mit allen Vorzügen der Jugend, aber auch mit ihren Schwächen und Schranken. Wenn man dies im Auge behält, wird man den Optimismus, mit dem der Amerikaner in die Zukunft seines Landes schaut, völlig gerechtfertigt finden."

Goethe über Revolution. In Goethes Gesprächen mit Eckermann findet sich der Satz: „Auch war ich vollkommen überzeugt, daß irgendeine große Revolution nie Schuld des Volkes ist, sondern der Regierung. Revolutionen sind ganz unmöglich, sobald die Regierungen fortwährend gerecht und fortwährend wach sind, so daß sie ihnen durch zeitgemäße Verbesserungen entgegenkommen und sich nicht so lange sträuben, bis das Notwendige von unten her erzwungen wird."

Die Wasserstraße Mitteleuropas. Erzherzog Heinrich Ferdinand (Sohn des verstorbenen Großherzogs von Toskana) hat eine als Manuskript gedruckte Schrift über die Wasserstraßen Europas erscheinen lassen. Die Schrift geht von der Absperrung Österreich-Ungarns und Deutschlands vom Seeverkehr und von der Notwendigkeit aus, einen Ersatz des Seeweges durch die Donau zu finden. „Die Donau als Wasserstraße, durch einen Schiffahrtskanal mit dem deutschen Wasserstraßennetz verbunden, würde zwischen der Nord- und Ostsee einerseits und dem Orient andererseits einen wirksamen Ersatz für den unterbundenen Seeweg bilden." Der Verfasser begründet seine These so: „Uralt ist der Donauweg über March und Oder. Schon vor

Digitized by Google

zweihundert Jahren war der erste Plan zu einer Verbindung der Donau mit der Oder entstanden. Nun hat der Weltkrieg 150 Millionen Menschen von der Nordsee zum Euphrat und von der Adria zum Schwarzen Meer zusammengeschmiedet. Dieses Band, durch den größten Krieg der Weltgeschichte geflochten, wird wohl als wirtschaftliche Vereinigung noch weiter bestehen müssen, soll Handel und Wohlstand dieser Völker gefördert werden. Und hier fällt der dem deutschen Wasserstraßennetz angegliederten Donau, als der die Bundesstaaten verknüpfenden mitteleuropäischen Binnenwasserstraße, die Hauptaufgabe zu."

Die finanzielle Belastung der kriegführenden Staaten in neutraler Beleuchtung. Baron Dr. Raymund de Waha hat in einem Vortrag der Luxemburger Volkshochschule am 25. Februar 1917 (gedruckt in der Hofbuchdruckerei Viktor Bück, Luxemburg) einen Vortrag über dieses Problem gehalten, den er mit folgenden Betrachtungen beschließt: „Niemand von uns vermag im gegenwärtigen Augenblick mit Sicherheit zu erkennen, wie lange noch der männer- und gütermordende Weltkrieg dauern soll. Bis auf weiteres werden sich noch Anleihen auf Anleihen türmen, zu ihrer Verzinsung und Tilgung wird man immer mehr laufende Mittel durch Anziehen der Steuerschraube flüssig machen müssen und auch die Notenpressen aller Länder werden, trotz der bereits reichlich vorhandenen Inflation, weitere Massen von fiktivem Geld in den Verkehr werfen. Die schwerste finanzielle Belastungsprobe steht den am Kriege beteiligten Ländern nach den Erfahrungen früherer Zeiten unmittelbar nach dessen Beendigung bevor, wenn es gilt, Mittel zu finden, um die gewaltigen Mengen von zerstörten Werten wieder herzustellen, um aus der leidigen Papierwirtschaft herauszukommen; um vor allem die drückenden Auslandsschulden, aber auch die inneren, soweit sie kurzfristige sind, zu konsolidieren und dann die Heimzahlung der Gesamtschuld in die Wege zu leiten; endlich um eine leistungsfähige Friedenswirtschaft wieder auf die Beine zu bringen. Möge die göttliche Vorsehung, die unser geliebtes Heimatland Luxemburg und seine Bewohner vor der Blutsteuer bewahrt hat, uns dann auch vor einem Übermaß an finanzieller Belastung bewahren, wie er unsern kriegerischen Nachbarn in Ost und West leider droht.

Über nationale Kunst. Siegmund von Hausegger hat zur Aufführung der Phantastischen Symphonie von Berlioz am 20. November 1916 einen Vortrag gehalten, der jetzt gedruckt bei Hermann Seippel, Hamburg, herauskommt. Hausegger ging bei dem Vortrag aus von der Nebeneinanderstellung von Berlioz' Phantastischer Symphonie und Beethovens Pastorale, die auf Berlioz bestimmenden Einfluß ausübte. Dieser Einfluß machte sich nicht im Sinne einer Verdeutschung, sondern der Steigerung romanischer Eigenart geltend. Umgekehrt wird der Einfluß französischer Kunst auf unsere deutsche nie darin bestehen können, ihr französische Züge aufzudrücken, und es gibt sich das Unproduktive äußerlicher Nachahmung. Die Geister zweier Völker werden sich dort im Wettstreit um die Erringung höchster Menschheitsgüter begegnen, wo die ins allgemeine gebenden Kräfte ihrer „Persönlichkeit" tätig sind, nicht aber, wo die individuellen Besonderheiten enge Grenzen ziehen. Deshalb seien wir weder international noch chauvinistisch, sondern national und kosmopolitisch. Mit der Erkenntnis, daß wir im Sinne des Weltbürgertums stets national sein müssen, ergibt sich die erhabene Verpflichtung für uns, uns auf die eigene Art zu besinnen, mit unerbittlicher Strenge alles von uns weisend, komme es von außen oder von innen, was ihrem Aufblühen Schaden bringen könnte. Unsere Soldaten sehen draußen täglich dem Tode ins Auge, haben wir den Mut, der Wahrheit ins Auge zu blicken, um uns von ihrem Lichte leiten zu lassen. Sie wird uns verkündet durch die großen Persönlichkeiten aller Völker. Von ihrem Geist erfüllt, werden wir auch den Zusammenhang mit der übrigen Menschheit nicht verlieren, dabei aber die Kraft finden, feindlich zersetzenden Gewalten, wo sie sich zeigen, siegreich zu begegnen. Bürger sind wir dann einer Welt, vor der die Wut des Hasses ohnmächtig zusammenbricht.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Volks- und Landeskunde

F. Arnheim: Schweden (F. A. Perthes, Gotha.) 208 S. Preis geb. M. 4. Mit dem Bande von Arnheim wird die mit Irland und Rumänien eröffnete Sammlung mit einem ausgezeichneten Band fortgesetzt. Landeskunde, Geschichte, Wirtschaft, Kultur Schwedens bis in die neueste Zeit sind zu einem einheitlichen Gesamtbild vereinigt, das staatliche Dasein Schwedens aus der alten bis in die neueste Zeit allgemein faßlich und zuverlässig geschildert.

Alwin Oppel: Kanada und die Deutschen. (Heimat- und Welt-Verlag, Dresden.) 100 S. Geographische und wirtschaftliche Landeskunde Kanadas, Anteil der Deutschen und seine Besiedlung.

Th. H. Engelbrecht: Landwirtschaftlicher Atlas des Russischen Reiches in Europa und Asien. Mit 30 Karten. (Dietrich Reimer, Berlin.) Übersichten der Landbaugebiete des Russischen Reiches mit Angabe des Wertes der Verkehrslage, der Bevölkerungsdichtigkeit, begleitet von zahlreichen Tabellen über Flächen und Preise.

Franz Xaver Nagl: Die deutsche Binnenschiffahrt. (Erschienen im Selbstverlag des Verfassers.) 20 S. Preis M. 1.25. Tritt mit wirtschaftlichen und politischen Gründen für einheitliche Ausgestaltung und Verwaltung der deutschen Wasserstraßen ein.

Kriegsliteratur

Otto Baumgarten: Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika. 1. Heft der von Martin Wenck herausgegebenen Schriften „Der Tag des Deutschen". (Verlag Eugen Diederichs, Jena.) 33 S. Beweist durch zahlreiche Proben die Schädlichkeit der alldeutschen Agitation und weist überzeugend nach, daß „sich durch alle unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten die Einmischung der Alldeutschen wie ein Verhängnis hindurchzieht".

Georg Wilh. Schiele: Überseepolitik oder Kontinentalpolitik. (Lehmanns Verlag, München.) 82 S. Preis M. 2.—. Sammlung von Tagebuchblättern und Beiträge vor allem für die alldeutschen Blätter über die politischen Grundfragen der Kriegs- und Friedenszeit.

Max Rosenfeld: Polen und Juden. Zeitgemäße Betrachtungen. (R. Löwit, Wien.) 61 S. Verlangt Sicherung der nationalen Existenz als Minderheitsnation auf den polnischen Territorionen.

L. Volkmann: Generalgouvernement Belgien. (E. A. Seemann, Leipzig.) 11 S. Mit 100 Abb. Gibt durch Wort und Bild auf Grund eigener Reisen in Belgien eine Anschauung von den Einrichtungen und Betätigungen der deutschen Verwaltung in Belgien.

A. Hesse und H. Großmann: Englands Handelskrieg und die chemische Industrie. Neue Folge: England, Frankreich, Amerika. (Ferd. Enke, Stuttgart.) 344 S. Preis M. 11 —. Behandelt die aus Frankreich und Amerika seit dem Jahre 1915 (im Erscheinungsjahr des 1. Bandes) bekanntgewordenen Nachrichten über Neugründungen der chemischen Industrie und ihre Tätigkeit.

Alfred Schmidt: Kriegsfinanzen. Wir und die Feinde. (Volksvereinsverlag, M.-Gladbach.) 31 S. Preis M. —.50. Vergleicht Geldverwaltung und Finanzwirtschaft bei uns und der Entente.

Barnabas: Joseph, Salomo und unsere Kriegsfinanzen. 22 S. Preis M. —.60. (Verlag d. Ärztl. Rundschau, O. Gmelin, München.)

Alfred Schmidt: Währungspolitik und staatsbürgerliche Erziehung. (Volksvereinsverlag, M.-Gladbach.) 30 S. Sieht in der Währungsfrage eine staatsbürgerliche Erziehungsfrage, weil der wünschenswerte Wegfall der Triebdeckung der Reichsbank „die Mitarbeit und das Verständnis aller Volksschichten" voraussetzt.

W. Wygodzinski: Produktionszwang und Produktionsförderung in der Landwirtschaft. Heft 5 der Beiträge zur Kriegswirtschaft. (Reimar Hobbing, Berlin.) 42 S. Preis M. —.60. Erörtert die Mittel zur Produktionsförderung (allgemeine Aufklärung, geistige und materielle Förderung).

Volksernährung im dritten Kriegsjahre. Denkschrift des Vereins Die Bereitschaft, überreicht an Se. Exz. den Herrn Minister des Innern im Oktober 1916. (Anzengruber-Verlag, Wien.) 14 S.

Adolf Cluß: Das Bier und unsere Volksernährung im Weltkrieg. (Wilh. Baumüller, Wien.) 23 S. Preis M. —.60.

Wilhelm Müller: Der Weltkrieg und die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. (Albert Müller, Zürich.) 35 S. Begründet die Notwendigkeit des allgemeinen Arbeitszwanges auch nach dem Kriege.

Carl Schirmer: Das Zentrum und die Hilfsdienstpflicht im Kriege. (Verlag Leeb, München.) 56 S. Preis M. 1.—.

Henriette Fürth: Die deutschen Frauen im Kriege. Kriegswirtschaftliche Zeitfragen Heft 4. (J. C. B. Mohr, Tübingen.) 62 S. Preis M. 1.60. Lohnverhältnisse, Frauenarbeit als persönlicher und Produktionsfaktor, die Frauenarbeit und das Wirtschaftsleben, Mutter- und Familienschutz, genossenschaftliche und politische Organisation, sozial Kriegsarbeit der Frauen.

Von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft (Wünsche und Vorschläge für den kommenden

Frieden.) Vom Verband reisender Kaufleute in Leipzig. (Selbstverlag, Leipzig.) 20 S. M. —.25.
Deutsche Ostern 1917. Ein Gruß der Heimat an die tapferen Krieger. (Vaterländ. Verl.-Anst., Berlin.) 32 S
Gotth. Schulz-Labischin: Die Gräber draußen, sie täten sich auf... Ein Großdeutschland-Erleben. (Verlag Rainer Wunderlich, Leipzig.) 24 S. Preis M. —.50.
Kurt Engelbrecht: Sein oder Nichtsein 1917! (Rich. Mühlmann, Verlh., Halle.) 48 S.
Schützengraben-Bücher für das deutsche Volk. Neue Folge: Oncken, Die Friedenspolitik Kaiser Wilhelms II. von 1888—1914. — Sinn, Die Kriegsziele unserer Feinde. — Doehring, Heer und Heimat. — Naumann, Österreich-Ungarn, der Waffengefährte Deutschlands. — Küntzel, Die Urfeindschaft Frankreichs gegen Deutschland. — Hollweg, Unsere Flotte im Weltkriege. — Boehm, Die deutschen Balten in Liv-, Est- und Kurland. — Hoetzsch, Polen in Vergangenheit und Gegenwart. Preis pro Band M. —.20. (Erschienen im Verlag Karl Siegismund, Berlin.)
Hauptmann Otto Lehmann: Überm Feind. Tagebuch eines Fliegers. (Eckart-Verlag, Berlin.) 126 S. Preis M. 2.—
Mit Schleswig-Holsteinern an der Westfront. 104 Lichtbilder. (R. Piper, München.) Hundert Aufnahmen eines aus Schleswig Holsteinern, Hamburgern und Mecklenburgern bestehenden Infanterieregiments über seine Tätigkeit und Erlebnisse im Stellungskriege.
Das Kriegsjahr 1916. Sammlung der in der „Züricher Post" von besonderer militärischer Seite veröffentlichten Betrachtungen. Mit 6 Kartenbeilagen und 13 Textskizzen. (Rascher & Co., Zürich.) 158 S
Walther Kolbe: Die Marneschlacht. (Velhagen & Klasing, Bielefeld.) 73 S. Schildert aus französischen und englischen Quellen den Gang der Ereignisse im September 1914.
Franz Carl Enders: Der Krieg gegen Rumänien. Preis M. 1.—. (Fr. Seybolds Verlag G. m. b. H., München.) Militärisch zuverlässiges Bild des ganzen rumänischen Feldzuges.
Otto Anthes: Rund um die Erde zur Front. (August Scherl G. m. b. H., Berlin.) 222 S. Preis br. M. 2.—. Ein Hanseate, den der Ausbruch des Krieges in Rußland überraschte, hat sich von Petersburg nach Irkutsk, durch den Norden der Mongolei und durch die Wüste Ghobi nach Peking, von da nach San Franzisko und von dort nach Lübeck durchgeschlagen. Seine abenteuerlichen Erlebnisse, seine Geistesgegenwart und Unerschrockenheit werden von Otto Anthes nacherzählt. Das schadet der Unmittelbarkeit und Frische, die die Darstellung des Helden selbst gehabt hätte. Aber es hat wenigstens dieses bunte, abenteuerliche, oft wie ein Märchen anmutende Buch möglich gemacht.
Heinrich Herner: Ein Jahr bei der kaiserlich deutschen Südarmee. (Mit schleswig-holsteinischem und hanseatischem Landsturm im Etappengebiet.) (Verlag Herner, Kiel-Eschenhagen.) 44 S.
Paul Meyer: Auf Schneeschuhen in den Karpathen. (Verlag Gerhard Stalling, Oldenburg i. Gr.) Preis M. 1.—. Erlebnisse aus den Karpathenkämpfen im Winter 1915.
Aug. v. Thomsen: Die deutsche Flotte. Eine Plauderei. (J. F. Lehmanns Verlag, München.) 60 S. Preis M. 1.—.
John Meier: Das deutsche Soldatenlied im Felde. (K. J. Trübner, Straßburg.) 76 S. Preis M. 1.25. Untersucht mit wissenschaftlicher Gründlichkeit das Aufleben der alten Soldatenlieder im Feld und die Schaffung neuer Lieder während des Krieges.
Plattdütsche Jungs in 'n Krieg. (Quickborn Verlag, Hamburg.) 62 S. Plattdeutsche Feldpostbriefe, Skizzen und Erzählungen aus dem See- und Landkrieg.
K. E. Selow-Serman: Kapitänleutnant von Möllers letzte Fahrt. Geh. M. 1.—. (Verlag Aug. Scherl, Berlin.) In einem kleinen Segelschiff hat v. Möller mit sechs Begleitern von Surabaja auf Java bis Lohadsch in Arabien den Indischen Ozean durchquert. Nach neunzigtägiger Fahrt landet er in Arabien, wo man ein Jahr zuvor den „Ayesha"-Leuten zugejubelt hat. Dort fallen sie durch räuberische Beduinenstämme.
Kapitänleutnant Freiherr v. Spiegel: Oberheizer Zenne, der letzte Mann der „Wiesbaden". (August Scherl, Berlin.) Preis brosch. M. 1.—. Darstellung des heldenhaften Kampfes und Unterganges des kleinen Kreuzers „Wiesbaden" (in der Seeschlacht am Skagerak) durch den einzigen Überlebenden. Der Verf. von „U 202" hat das Buch nach dem Bericht des Oberheizers geschrieben.
W. Wath: Breslau-Midilli. Ein Jahr unter türkischer Flagge. (August Scherl, G. m. b. H., Berlin.) Preis M. 1.—. Die Schicksale des kleinen Kreuzers „Breslau", der nach der Kriegserklärung Rußlands an die Türkei Kriegsfahrten im Schwarzen Meere ausführte, die den Russen schweren Schaden zufügten.
Kriegsgefangene. 100 Steinzeichnungen von Hermann Struck. (Ditr. Reimer, Berlin.) Ausgezeichnete Faustskizzen von Typen der Kriegsgefangenen. F. v. Luschan gibt eine anthropologische Einführung.
H. Fonck: Farbige Hilfsvölker. Die militärische Bedeutung von Kolonien für unsere nationale Zukunft (Kolonial-Wirtschaftliches Komitee, Berlin.) 20 S. Preis M. —.50.
„Österreichs Ruhmeshalle", Reihe I. A: Künst-

Digitized by Google

lerische Bilderbücher. Preis M. 1.40. A: „Der Weltkrieg 1914/1916", B: „Berühmte Österreicher". (Schulwissenschaftl. Verlag A. Haase, Leipzig.) Band I schildert in Wort und Bild den Feldzug gegen die Russen bis zur Schlacht bei Gumbinnen, der zweite den vom September 1914 bis März 1915. Vor uns der Tag. Eine Gabe deutscher Studentinnen in großer Zeit. (Furche-Verlag, Berlin.) 162 S. Preis M. 1.—. Sammelbuch von Beiträgen unserer Schriftstellerinnen und Dichterinnen über wirtschaftliche und ethische Fragen in der Kriegszeit.

Joh. Mühlradt: Aus dem Tagebuch eines Sachsengängers aus der Heide. Tuchler Heide in Wort und Bild, Band X. (Selbstverlag, Liebenwerda.) 148 S. Preis geb. M. 2.—. Mit Abb. Schildert charakteristische Fahrten von Sachsengängern zu den Stätten ihrer Arbeit, ihre Lebensweise, Anschauungen, ihr Verhältnis zur Landschaft und Welt. Zum Schluß wird die Teilnahme am Weltkrieg geschildert.

Geschichte

Otto Hauser: Die Germanen in Europa. (Heimat- und Welt-Verlag, Dresden.) 162 S. Preis geb. M. 2.—. Nachweis der Bedeutung des Germanentums für die allgemeine Kultur.

Voigtländers Quellenbücher erscheinen jetzt in neuer handlicher und geschmackvoller Ausstattung. Was sie wollen, haben sie hinreichend gezeigt: Sie wollen an Hand sorgfältig gewählter Quellen unmittelbar zu den Ereignissen und Menschen der Geschichte hinführen. Wie sehr diese Bestimmung die Sammlung für das deutsche Haus geeignet macht, zeigt die letzte Auswahl zur Reformationsgeschichte. Für mäßiges Geld werden in einem Bändchen 36 Lutherbildnisse, in einem anderen Lutherbriefe, dann Akten zu Luthers Auftreten vor dem Wormser Reichstag gegeben, die alte Geschichte der Reformationen von Myconius, Berichte und Briefe des hugenottischen Märtyrer von Lyon und Johannes Calvin sind zu besonderen Bändchen gesammelt. Aus der älteren Zeit die Chronik U. v. Richenials, Das Konzil zu Konstanz. Selbstschilderungen des Stralsunder Bürgermeisters Sastrow, 1595 niedergeschrieben, die Geschichte der Herren v. Frundsberg (1572 erschienen), die Lebensgeschichte Thomas Platters (16. Jahrhundert) geben Bilder von großen Menschen der Zeit.

Carl Kaulfuß-Diesch: Das Buch der Reformation. (R. Voigtländers Verlag, Leipzig.) 523 S. In Leinen geb. M. 6.50. Sammelbuch von Berichten der führenden, mithandelnden und miterlebenden Männer der Reformationszeit. Mit Bildern von Zeichnern und Malern, Schrift- und Handschriftenproben der Reformationszeit, Erinnerungsbuch an die Reformation für das deutsche Haus.

Hessische Volksbücher. In der von Wilh. Diehl herausgegebenen Sammlung erschienen neu: Hessische Briefe und Berichte aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Gesammelt und erläutert von Fritz Herrmann. Erste Hälfte. (Friedberg 1916, Bh. H. L. Schlapp, Darmstadt.) 176 S. Preis br. M. 1.20. — Pirmasens und Buchsweiler. Bilder aus der Hessenzeit der Grafschaft Hanau-Lichtenberg. Herausg. von Karl Esselborn. Im gleichen Verlage erschienen.

Erziehung

Die Lehre vom wahren Leben. Von Dr. med. H. J. Oberdörffer. Karlsruhe 1917, im Kommissionsverlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Preis M. 1.80.

P. Viktor Kolb: Über den Zauber der menschlichen Sprache. Ein Vortrag. (Mayer & Co., Wien.) 31 S.

Fr. von den Velden: Neue Wege zur Ursprache der alten Welt. (Carl Georgi, Bonn.) 61 S.

Heinrich Nienkamp: Kultur und Sprache. (Vita, Deutsches Verlagshaus, Berlin-Charlottenburg.) 282 S. Beachtenswerte Sammlung von Briefen aus dem Felde, die sich vor allem mit Fritz Mauthner über die wesentlichen Unterschiede der künstlichen Sprache von den Volkssprachen auseinandersetzen und praktische Vorschläge für die Ausbildung der Unter- und Mittelschicht unseres Volkes und die Auslese der Tüchtigen machen.

Schöne Literatur

Franz Schubert: Österreichs Ruhmeshalle. Mit zahlreichen Abbildungen. (Schulwissenschaftl. Verlag A. Haase, Leipzig.) Preis M. 1.40. Volkstümliche Bilder aus dem Leben und Schaffen des Meisters.

Zur gefälligen Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, dem besonderen Interesse unserer Leser den beiliegenden Prospekt über „Die Probleme des Ostens", neue Schriften aus dem Verlage B. G. Teubner, anzuempfehlen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.90. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 20. April 1917 · Heft 16

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Der Krieg und die amerikanische Politik

Vorbemerkung. Der nachfolgende Brief eines amerikanischen Freundes ist mir zum Abschied, bevor der Briefschreiber nach der amerikanischen Kriegserklärung Deutschland verließ, zugegangen. Unsere Leser werden beides darin bemerken: die Wahrung des amerikanischen Standpunktes und die aufrichtige Freundschaft für unser Land und Volk, trotz der mancherlei Kritik, die an unserem Verhalten geübt wird. Ich glaube, selbst im gegenwärtigen Augenblick wird es noch gut sein, einer solchen Stimme das Wort zu geben. Ich behalte mir vor, bei nächster Gelegenheit auch noch das Nötige dazu zu sagen. Rohrbach

Lieber Doktor!

Die Kriegspolitiker drüben haben also ihr Spiel vorläufig gewonnen, und das hat auch für die letzten von uns, die noch auf deutschem Boden weilen, zur Folge, daß wir Deutschland verlassen müssen. Ich sage „müssen" nicht darum, weil ich es für unmöglich hielte, daß die Deutschen einem Amerikaner auch nach der Kriegserklärung erlaubten, unauffällig und zurückhaltend in ihrer Mitte zu leben, aber da ich mich so lange nur zu dem Zweck in Deutschland aufgehalten habe, um für die Möglichkeiten der Vermeidung des Krieges zu arbeiten, so hat es keinen Sinn mehr, jetzt, nachdem mein Land sich anders entschieden hat, und jeder zu seinem Lande stehen muß, bei Ihnen zu bleiben. Lassen Sie mich aber Ihnen zum Abschiede noch ein offenes und, wo es sein muß, recht offenes Wort darüber sagen, warum es meiner Überzeugung nach zum Kriege zwischen unsern beiden Ländern gekommen ist.

Sie in Deutschland machen bei all Ihrer Tüchtigkeit unausgesetzt Fehler, die Sie selbst nicht begreifen, die aber so schwer wiegen und so gefährliche Folgen haben können, daß es, ich fürchte, Sie eines Tages ein Stück von Ihren Siegen kosten wird. Die Fehler, die ich meine, kommen daher, daß Sie sich nicht vorstellen, wie Ihre Politik, Ihre Kriegführung, Ihre Erfolge, Ihre Propaganda[1], Ihre Parlamente, Ihre Presse, schließlich auch Ihre Diplomatie oder was die andern dafür halten, im Auslande und namentlich in den Vereinigten Staaten wirken. Ihr Deutschen habt alles Mögliche, versteht alles Mögliche, könnt alles Mögliche, aber Ihr versteht Euch merk-

[1] Werbung von Anhängern.

Digitized by Google

würdig wenig auf die Psychologie[1] der Völker, die neben Euch auf der Welt wohnen. Wenn Ihr einen Schritt in Eurer Politik oder Kriegführung begründen wollt, so tut Ihr das jedesmal so, als ob die Gründe und die Beweise, die geeignet sind, bei Euren Leuten Eindruck zu machen, auch für Amerikaner, Spanier, Holländer oder Engländer wirksam wären. Ich sage auch Engländer, weil es in England gar nicht so wenig Menschen gibt, die sich innerlich genötigt fühlen, die Debatte über den Krieg mit Euch und mit ihrem eigenen Gewissen laut oder in der Stille zu führen und sich darüber zu beruhigen, daß es wirklich für sie ein notwendiger, ein gerechter Krieg, ein Krieg, der nicht von ihnen, sondern von Euch angefangen wurde, sei. Es tut mir leid, daß ich es sagen muß — aber auch Eure amtliche Politik hat Amerika gegenüber Fehler begangen, die sich nur daraus erklären lassen, daß man nicht richtig an die Psychologie unseres Volkes gedacht hat. Hier ist nicht die Zeit und der Ort, eine grundsätzliche Kritik auszusprechen — aber war es nötig, uns gerade zu sagen, um Euer Sperrgebiet zu passieren, müßten wir unsere Schiffe schwarz-weiß-rot anstreichen! Die Schiffe sind schwarz und sollten weiße und rote Streifen bekommen. Dies ist nur eine Kleinigkeit, aber ein Beispiel für Vieles.

Der Grund, weswegen Präsident Wilson und die Kriegspartei es schließlich bis zur Kriegserklärung gebracht haben, liegt tiefer, als daß ein Erfolg dagegen allein durch taktische Methoden sicher gewesen wäre, aber selbst an der Taktik habt Ihr es fehlen lassen. In den Vereinigten Staaten hat es außerhalb der Deutsch-Amerikaner, der Iren und einiger ganz alter amerikanischer Familien, die in der Tradition gegen England lebten, als der Krieg begann, wenig bewußte Freunde Deutschlands gegeben. Dazu ist die Verschiedenheit in den nach außen hervortretenden Einrichtungen beider Länder und auch die Verschiedenheit zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Charakter zu groß. Es gab aber eine starke Anhängerschaft für den Frieden, für die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Europas, und es gab viele, denen es an jeder Sympathie für England fehlte. Viel stärker und allgemeiner als für England ist in dem Empfinden unseres Volkes, namentlich der Gebildeten, die Vorliebe für Frankreich. Es gibt kaum noch etwas von der alten Abneigung gegen die Franzosen als gegen ein Volk ohne Moral und Ehrbarkeit. So urteilte man bei uns früher, aber an die Stelle dieses Urteils — ich übergehe hier die Gründe der Veränderung — sind Vorliebe für die französische Kultur und den französischen Geschmack und Mitgefühl mit den politischen Schicksalen Frankreichs getreten. Wenn Euch Deutschen also etwas daran lag, einer gefährlichen Entwicklung des durchschnittlichen Volksempfindens auf amerikanischem Boden entgegenzuarbeiten, so mußtet Ihr vor allen Dingen dafür sorgen, daß die Gegenpartei keine moralischen Waffen gegen Euch erhielt. Das war ja sofort klar, daß England versuchen würde, seinen Krieg gegen Euch als die Sache der Freiheit und Menschlichkeit darzustellen, als die Sache derjenigen Ideen

[1] Seelenkunde.

Digitized by Google

also, die auf amerikanischem Boden die stärkste öffentliche Wirkung haben. Ich will nicht von den Dingen sprechen, die in den ersten neun oder zehn Monaten des Krieges geschehen sind. Ich will nur sagen, daß Ihr es offenbar lange nicht der Mühe wert gehalten habt, einen besonderen, mit großen Mitteln und den besten Kräften zu führenden Feldzug zu unternehmen, um alles das herauszustellen, was auch von Eurem Kriege Freiheit und Menschlichkeit auf der ganzen Welt zu erwarten haben. Ihr glaubt, Ihr habt ein gutes Gewissen, weil Ihr Euch nicht als die Angreifer fühlt, sondern als die Angegriffenen, und Ihr habt immer nur davon gesprochen, Ihr würdet mit Eurem Schwert die Feinde zusammentreiben und eine große Zukunft für Euch aufrichten. Da, eines Tages, kam die Torpedierung der „Lusitania". Warum sie geschah, das ist eine Frage für sich, und es ist nicht die Sache eines Fremden, auch nicht, wenn der Fremde ein Freund war und es trotz der unglücklichen Gegenwart zu bleiben hofft, Euch eine Belehrung über die Sache selbst zu geben. Wie notwendig aber die Gründe für die Versenkung des Schiffs Euch auch erschienen sein mögen — eins mußtet Ihr wissen, nachdem die Sache geschehen war: daß ihre Folgen auf dem moralischen Kriegsschauplatz soviel bedeuteten, wie die Eroberung einer ganzen Provinz durch Eure Gegner. Die Kriegskarte rund um Eure Grenzen verschob sich immer mehr zu Euren Gunsten, aber die andere Kriegskarte, die, wo der Stand der Stimmungen, der Vorliebe und Abneigung Euch gegenüber, eingetragen war, besserte sich seitdem nicht für Euch, sondern für die anderen. Sie gewährte die Möglichkeit, politische Schachzüge gegen Euch zu führen!

Vom Fall der „Lusitania" an handelte es sich zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten immer ausschließlicher um die Frage des U-Bootkrieges. Ihr hattet viel Gebiet in unserem öffentlichen Urteil verloren. Wolltet Ihr es zurückerobern oder das halten, was noch nicht verloren war, so hättet Ihr anders vorgehen müssen, als Ihr getan habt. Ihr habt es beinahe zwei Jahre lang verschmäht, der Welt zu versichern, daß der U-Bootkrieg, wie ich sicher annehme und wie ich aus vielen Gesprächen mit Deutschen weiß, auch für Euch eine moralisch drückende Seite hat. Ihr solltet das amerikanische Volk doch soweit kennen, um zu wissen, welch eine Behandlung der Dinge bei uns stets Eindruck macht. Ihr mögt meinetwegen von Eurem Standpunkt aus sagen: die sentimentale Behandlung! Ihr mögt auch sagen, daß die großen Geld- und Geschäftspolitiker sich in ihrem Herzen und in ihren politischen Maßnahmen keineswegs aufrichtig um Menschlichkeit und verwandte Gefühle kümmern. Sie kümmern sich aber um die öffentliche Meinung, und auch nach dem Lusitaniafall war derjenige Teil unserer öffentlichen Meinung, der kein Eingreifen Amerikas in den Krieg wollte, immer noch stark genug. Hier hätte versucht werden können, stärker als es geschah, zu zeigen, daß Deutschland nur um seiner eigenen drohenden Not, nur um seiner Frauen und Kinder, seiner Alten, Schwachen und Kranken willen, gegen die England das unmenschliche und völkerrechtswidrige Mittel des Volkstodes durch Hunger

Digitized by Google

aufbot, zum U-Bootkrieg greife. Sogar in England hat es ja geheißen: man kann Babys so gut durch Hunger töten wie durch Granaten! Davon ist in Euren Stimmen zum U-Bootkrieg weniger die Rede gewesen, als von Eurem Recht und Eurer Stärke. Ihr hättet dafür sorgen sollen, daß die Abneigung bei uns, den Krieg mitzumachen, unterstützt wurde durch eine aufrichtige, ausführliche und auf jede Art unterstrichene Darstellung Eurer nicht nur materiellen, sondern auch moralischen Zwangslage. Daß ein Volk sich mit allen Mitteln gegen seinen Untergang wehrt, das ist eine aller Welt verständliche Sache, vor allen Dingen dann, wenn sich die Welt davon überzeugt, daß es wirklich der allgemeine Volkswille ist, einen solchen Kampf ums Dasein durchzuhalten. Was Ihr tun mußtet, um das moralische Schlachtfeld wiederzuerobern, das war (und ist immer noch): ein gutes Bekenntnis dafür ablegen, daß Ihr nicht aus dem Hochgefühl der Gewalt, nicht in Anbetung der Waffe, sondern aus wirklicher schwerer Not Eures Volkskörpers und Eures Volksgewissens mit U-Booten kämpft. Dies moralische Mittel kräftig zu brauchen (und es ist doch ein Mittel, das Eurer Stärke ebensowenig Schande macht, wie Eurer Ehrlichkeit!), habt Ihr zu sehr verschmäht, und das hat viel dazu beigetragen, daß die Partei der Nichteinmischung in den Staaten schließlich von der Kriegspartei überwältigt werden konnte. Ihr fürchtetet, Eure schwierige Lage zu zeigen, weil Ihr glaubtet, ein Eingeständnis der Schwäche schüfe neue Gegner. Aber gerade die Betonung Eurer Stärke hat sicherer als andere Dinge die Zahl derer, die gegen Euch sind, vermehrt. Ihr habt denen, die Euch zwar auch nicht gerade liebten und denen nichts an Eurem Siege lag, die aber doch lieber den Frieden bewahrt hätten, das Feld zur Verteidigung ihres Friedensstandpunktes nicht geebnet, und Ihr habt den wenigen, die wirklich im Herzen etwas für Euch übrig hatten, keine Waffen geliefert, um für Eure Menschlichkeit zu kämpfen, die Ihr doch im Herzen so gut besitzt wie England, Frankreich und Amerika selbst. Nur daß Ihr nicht versteht, sie der Welt glaublich zu machen! Darauf aber wäre viel angekommen.

Vielleicht ist es der stärkste Fehler, den unsere öffentliche Meinung drüben begeht, wenn sie in diesem Kriege einen Unterschied zwischen dem deutschen Volke und seiner Regierung macht. Auch Präsident Wilson ist leider nicht frei von diesem Irrtum. Das sieht man deutlich aus seiner Botschaft über den Krieg. Er hat unbestimmte Nachrichten darüber, was Ihr Eure „Neuorientierung" nennt, und er scheint sie so mißzuverstehen, daß er glaubt, es sei richtig, jetzt schon, um bald die Brücke zum Frieden mit Deutschland zu finden, die Freundschaft zum deutschen Volke zugleich mit der Kritik an Eurer Regierung zu betonen. Ihr selbst aber seid schuld daran, daß man Euch falsch beurteilt.

Noch etwas anderes macht Ihr Euch nicht klar, und das ist für den Entschluß zum Kriege in Washington die Hauptsache gewesen. Ihr denkt nicht daran, welch einen Eindruck nicht nur die betonte, sondern auch die wirkliche Stärke macht, die Ihr

Digitized by Google

bisher im Kriege gezeigt habt. Gewiß, auch der demokratische Gedanke spielt eine große Rolle. Ihr werdet nie etwas daran ändern können, daß ein demokratisches Volk von Natur größere Teilnahme für andere Demokratien fühlt und ihnen eher den Sieg wünscht, als den monarchischen Staaten. Daß in Rußland der Absolutismus stürzte, hat ganz ungeheuer bei uns gewirkt. Daß es bei Euch Zustände gibt, die scheinbar oder wirklich der Volksfreiheit widersprechen, schadet Euch auch in der übrigen Welt und macht es den Gegnern leicht, mit „moralischen" Waffen gegen Euch zu kämpfen. Es ist aber Eure eigene Angelegenheit, wie Ihr Euch Euer politisches Haus einrichtet. Ihr könnt nicht verlangen, daß ein Volk wie das unsrige Sympathien mit den Grundsätzen Eurer Beamtenwahl oder der Zusammensetzung des preußischen Parlaments empfindet, aber Ihr habt das Recht, Euch jede fremde Einmischung in diese Dinge zu verbitten. Trotz allem ist selbst der Unterschied der Verfassungen und der Volksrechte, eine so große Rolle er bei dem amerikanischen Empfinden gegen Deutschland spielen mag, nicht das Letzte und Entscheidende. Auch der angelsächsische Gedanke ist es nicht. Entscheidend für die andern Völker, nicht nur für die, die mit Euch kämpfen, sondern auch für die meisten, die bisher beiseite gestanden haben, ist die Frage: was wird aus uns, was wird aus der Welt, wenn ein Staat oder eine Vereinigung von Staaten, die politisch ein der Demokratie und der angelsächsischen Kultur entgegengesetztes Prinzip in solcher Schärfe vertreten, und die außerdem eine so unermeßliche militärische und politische Kraft darstellen, die Sieger im Weltkampf werden?

Wer das letzte Jahr in Deutschland zugebracht, und wer mit erlebt hat, mit welcher Anstrengung das deutsche Volk seinen Kampf gegen die inneren Schwierigkeiten führt, die es drücken, gegen die Knappheit der Lebensmittel und mancher Rohstoffe, gegen die Folgen der Einziehung aller wehrfähigen Männer auf den meisten Gebieten des inneren Lebens, der begreift wohl, daß in Deutschland die Stimmung des Verteidigungskrieges gegen mächtige Angreifer vorherrscht. Ihr Deutschen vergeßt aber darüber zu sehr den Eindruck, den euer Kampf — nicht auf die große Masse im feindlichen und neutralen Ausland ausmacht, die von den Tagesberichten, von der Stimmungsmache beeinflußt wird, sondern auf die denkenden und leitenden Politiker. Diese sagen: Wenn Deutschland samt seinen Verbündeten siegt, d. h. wenn es in der Hauptsache seine jetzige Stellung, seine Bündnisse und die Verfügung über die eroberten Gebiete in irgendeiner Form behauptet, so bildet sich damit im Zentrum Europas eine Macht von unwiderstehlicher Stärke, die alle Kraft, die wirtschaftliche, die finanzielle und großenteils auch die militärische Leistungsfähigkeit Mitteleuropas, mit derjenigen Belgiens, Polens, der eroberten Provinzen Litauen und Kurland, eines Teils von Weißrußland und von der Ukraine, Serbiens, Rumäniens, Bulgariens und des gesamten türkischen Orients vereinigt. Diesem kolossalen Block, dessen Gebiet von der Scheldemündung bis zum Rigaschen Meerbusen, von Hamburg bis Bagdad, von den

Digitized by Google

Wolhynischen Sümpfen bis zum Adriatischen Meer und bis zur Grenze Ägyptens reicht, würde in Zukunft überhaupt nichts widerstehen können, denn nicht nur seine direkte militärische und ökonomische Kraft wäre über die Maßen groß, sondern auch durch die Beherrschung oder Bedrohung einiger der wichtigsten geographischen und strategischen Punkte der Welt, des Einganges aus der Nordsee in den englischen Kanal, der Donaumündung, der Dardanellen, des Suez-Kanals, der Übergänge aus dem Mesopotamischen Tiefland nach dem Iranischen Plateau und anderer, würde er den stärksten Druck auf die ihn umgebenden Staaten und Völker auszuüben imstande sein. Es gibt allerdings auch in Amerika eine ganze Anzahl von Politikern, die glauben, mit Deutschland gehe es zu Ende, und die vor allen Dingen beim „Urteilsspruch" dabei sein wollen. Gerade aber diejenigen, die am besten Fühlung mit der Entente in Europa haben, teilen mit den Ententeregierungen die Besorgnis von den weltpolitischen Folgen Eurer Kraft — wenn dieser keine Grenzen gesetzt werden.

Indem ich Ihnen, lieber Doktor, das schreibe, weiß ich, daß wir gegenseitig, namentlich auch ich, von dem Mißverständnis frei sind, anzunehmen, daß dieses bisherige Ergebnis des Krieges von Anfang an in den Plänen der deutschen Politik gelegen habe und daß Deutschland oder der deutsche Kaiser den Krieg absichtlich herbeigeführt und unternommen hätten, um ein derartiges Stück Weltherrschaft zu verwirklichen. Unmöglich aber werden Sie und andere nachdenkende Politiker in Deutschland sich darüber wundern können, wenn Ihre Feinde — und nicht nur Ihre Feinde, sondern auch ein großer, wenn nicht der größte Teil der Neutralen — bewußt oder unbewußt den alten Satz, es könne nichts in der Wirkung sein, was nicht schon vorher in der Ursache enthalten war, in diesem Falle so ausdeuten, daß Deutschland das, was es jetzt erreicht hat, von Anfang an gewollt habe und entschlossen sei, mit allen Mitteln darum zu kämpfen, daß es den unbestrittenen Besitz seiner jetzigen Stellung behaupte. Eure Siege, die auf die ganze übrige Welt, auch auf die Engländer und Franzosen, auch auf die maßgebenden und führenden Politiker in Amerika, einen viel stärkeren Eindruck gemacht haben, als Euch selber bewußt ist, und dazu das Bild der unermeßlichen Macht, die Euch als die Frucht solcher Siege zufallen zu sollen scheint, haben je länger desto mehr als ein starkes Mittel dafür gewirkt, die politische Neutralität auch des amerikanischen Volkes Euch gegenüber zu erschüttern. Ihr macht hier wieder den Fehler, daß Ihr Euch nicht überlegt: für uns Deutsche ist es zwar natürlich, unseren nationalen und staatlichen Gedanken mit dem monarchischen und dem militärischen zu verbinden — der Amerikaner dagegen, dem seine demokratische Staatsform und seine bürgerlich-unmilitaristischen Einrichtungen als ein hohes politisches Gut erscheinen, kann da nichts anders, als sich besorgt fragen, ob er wirklich noch länger zusehen dürfe, wie Monarchismus und Militarismus (wir sind uns wiederum gegenseitig über den Sinn im klaren, der bei diesen Worten sein soll) sich in der Alten Welt machtvoll über die ganz oder halb demokratischen Nationen innerhalb der Entente erheben, zu denen jetzt sogar Rußland gehört!

Digitized by Google

So außerordentlich schwierig mußte sich notwendig das Feld der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten gestalten, auf dem Ihr mit der Entente den Kampf um die fernere Neutralität Amerikas zu führen hattet. Wiederum ist es ein Zeichen dafür, wie schwer Ihr Deutschen Euch in fremde politische Gedankenwelten hineinversetzen könnt, wenn Ihr Euch unausgesetzt über den „Mangel an wahrer Neutralität" und über die „politische Heuchelei" des Präsidenten und der amerikanischen Politik beklagt. Auch in der amerikanischen Politik wird es nicht der einzige Beruf der Worte sein, die wahren Gründe der Politiker zu offenbaren, und Ihr könnt doch unmöglich verlangen, daß unsere Staatsmänner und unsere Zeitungen Euch bescheinigen, daß sie Besorgnis vor Eurer Stärke empfinden! Ihr müßt immer bedenken, daß die Amerikaner, ganz abgesehen von der Frage des Geldverdienens, die Empfindung haben, wenn sie gegen Euch Partei nehmen, wenn sie Munition liefern, wenn sie gegen die englischen Rechtswidrigkeiten nicht vorgehen usw., nicht dem stärkeren Teil gegen den schwächeren zu helfen, sondern eher umgekehrt, und dazu noch so, daß der bedrohte Teil ihnen menschlich und politisch sympathischer ist, als Ihr es seid.

Unter diesen Umständen scheint es mir eigentlich wunderbarer, daß die amerikanische Neutralität, d. h. der Einfluß der kriegsfeindlichen Richtungen bei uns gegen den Krieg, noch solange gedauert hat, als daß der Entschluß zur Teilnahme am Kriege schließlich doch gefaßt worden ist. Hätte Deutschland trotz der großen entgegenstehenden Schwierigkeiten die amerikanische Neutralität erhalten wollen, so wäre das einzige Mittel eine auf Stärkung der kriegsgegnerischen Partei in den Staaten berechnete Taktik gewesen (und ich muß hier hinzufügen: nicht nur eine Taktik, sondern auch eine aufrichtige und deutlich erkennbar gemachte Entschlossenheit), aus der hervorging, daß Deutschland sich die ernstlichste Sorge um das Prinzip und um die Praxis der Menschlichkeit, der Völkerfreiheit und eines nicht militaristischen, langen und gesunden Friedenszustandes hinter dem Kriege machte. Ihr Deutschen werdet darauf antworten: aber das alles liegt ja auch uns, dem Kaiser und dem Reichskanzler am Herzen! Gut, ich und dieser oder jener meiner gebildeten Landsleute, wir haben Euch soweit kennen gelernt, daß wir die Ehrlichkeit dieses Standpunktes bei Euern maßgebenden Leuten oder doch bei den meisten von ihnen erkennen und auf sie vertrauen. Ihr habt aber ein merkwürdiges Geschick, einmal dasjenige nicht zu sagen, was gesagt werden sollte, und das andere Mal Leute für Euch reden zu lassen, die genau das Gegenteil von dem sagen, was im Interesse Deutschlands vor der übrigen Welt zu sagen wäre. Es ist nicht leicht, eine Vorstellung davon zu geben, was Eure Pangermanisten drüben für einen Schaden angerichtet haben. Nicht nur, daß sie immer von neuem verkündeten, welche Länder und Völker Ihr verschlucken solltet — sie wußten auch darüber hinaus nichts Klügeres zu tun, als uns zu verhöhnen: „Amerika blufft, es wird nie wagen, wirklich die Waffen zu erheben!" Das hat ebensolche Indignation verursacht, wie Eure scharfe und von Eurer alldeutschen Presse bejubelte Weigerung, die

Digitized by Google

Vereinigten Staaten mit an der Friedenskonferenz teilnehmen zu lassen. Nun, Ihr seid ein wunderbar starkes Volk, und Ihr werdet Euch trotz allem durchkämpfen. Mir tut nur leid, daß Ihr Euch selbst Euren Weg in der Welt so schwer macht. Es scheint aber, den Völkern muß es gehen wie den Menschen, daß sie erst durch die Erfahrung klug werden. Ich hoffe, lieber Doktor, daß trotz allem die Zeit nicht mehr fern ist, wo wir das Konto unserer Kriegserfahrungen werden abschließen und wo unsere beiden Völker sich wieder werden die Hand reichen können. Verzeihen Sie all diese Offenheiten und bewahren Sie mir ein freundliches Gedächtnis!

Ihr getreuer

S. H. Lashmore.

Krone und Parlament

Von Friedrich Thimme

Nächst der Frage der preußischen Wahlreform ist um kein innerpolitisches Problem in den letzten Monaten so andauernd und hartnäckig gestritten worden wie um das parlamentarische System und seine Einführung in deutschen Landen. Nur über das eine herrscht allgemeines Einverständnis: daß das bei uns in Geltung befindliche konstitutionelle System, das auf dem Gleichgewicht der gesetzgebenden Gewalten, des Bundesrats und des Reichstags im Deutschen Reiche, der Krone und der Landtage in den der großen Mehrzahl nach monarchischen Einzelstaaten, beruht, das hier wie dort die Ernennung und Entlassung der Minister lediglich dem Kaiser und den Landesherrn vorbehält und nur ganz unbedeutende Ansätze in der Richtung der Ministerverantwortlichkeit enthält, dem parlamentarischen System von Haus aus entgegengesetzt ist. Aber schon darüber gehen die Meinungen auseinander, ob wir nicht längst in einer Fortbildung des konstitutionellen Systems zu dem parlamentarischen begriffen seien. Erst recht streitet man sich über die Frage, ob das parlamentarische System mit den deutschen Verhältnissen, dem deutschen Volkscharakter verträglich sei, über die Vorzüge und Nachteile des Parlamentarismus an sich, schließlich über die Frage, ob die Lehren des Weltkrieges für oder gegen die Einführung dieses Systems in Deutschland sprechen. Je nachdem unsere Parteien nach links oder rechts orientiert sind, pflegen sie diese Fragen, unbeschadet einzelner Nuancen mit ja oder nein zu beantworten. Entschiedene Vertreter des parlamentarischen Gedankens sind bei uns die Linksparteien von der Fortschrittlichen Volkspartei bis zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, wobei die Sozialdemokraten allerdings das parlamentarische System, so entschieden sie es als das „notwendige Regierungssystem der Zeit" fordern, nur als Vorstufe und Durchgangsstufe für die volle Volkssouveränität ansehen. Geteilt sind die Auffassungen innerhalb der nationalliberalen Partei; den Führern Bassermann und Friedberg, die sich gegen die Einführung des Parlamentarismus ausgesprochen haben, und die das Gros der Partei hinter sich haben dürften,

Digitized by Google

stehen jüngere Kräfte, wie die Abgeordneten von Richthofen und Stresemann, gegenüber, die dem parlamentarischen Gedanken entweder zuneigen oder offen huldigen. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Zentrum; auch hier hält das Gros gewiß an den Grundlagen der Reichs- und Staatsverfassung fest; doch fehlt es keineswegs an Elementen, die einer Fortbildung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse in der Richtung des Parlamentarismus geneigt wären. Prinzipielle Widersacher des parlamentarischen Systems sind unsere rechtsstehenden Parteien. Wie die Stimmung in den breiten, den Parteiorganisationen ferner stehenden Volksmassen ist, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Es darf nicht vergessen werden, daß vor dem Kriege in weiten Kreisen des deutschen Volkes eine wachsende Unzufriedenheit mit den Leistungen unserer Parlamente, eine ausgesprochene Teilnahmlosigkeit angesichts ihrer gar zu sehr ins Breite gesponnenen Verhandlungen offenbar war. In dem groben Wort Chamberlains: „In Wahrheit sind alle Nationen der Erde satt der Parlamente; satt des hochheiligen, allgemeinen Stimmrechts, satt der unerschöpflich quillenden Redekaskaden, unter denen die gesamte zivilisierte Welt wie unter einer neuzeitlichen Sintflut dem Tode durch Ersaufen entgegengeht", war immerhin mehr als ein Körnlein Wahrheit enthalten. Das hat sich ja im Kriege, wo die Verhandlungen der Parlamente auf ein Mindestmaß eingeschränkt und auch sie mehr auf das Handeln als auf das Reden gestellt wurden, geändert. Gleichwohl darf bezweifelt werden, daß das deutsche Volk sich seiner großen Mehrheit nach schon heute für die Einführung des Parlamentarismus erwärmen würde. So viel man auch von dem mündig gewordenen Volk spricht und nach den Erfahrungen des Weltkrieges zu sprechen berechtigt ist, so weiß es doch gerade mit einem so abstrakten Begriff wie dem des parlamentarischen Systems wenig anzufangen.

Es ist in der Tat für das deutsche Volk keine leichte Aufgabe, sich für oder gegen den Parlamentarismus zu entscheiden. So einfach liegen die Dinge denn doch nicht, daß man sich bei den seichten Scheinargumenten, wie sie im Kampf der Parteien mit Vorliebe angewandt werden, beruhigen könnte und dürfte. Da wird von der einen Seite immer wieder der Gemeinplatz ins Feld geführt, daß Staaten nur durch die Mittel erhalten werden, durch die sie groß geworden seien, daß folglich der Parlamentarismus kein Mittel sein könne, Deutschland groß und mächtig zu erhalten, sondern es im Gegenteil von seiner Größe herabziehen müsse. Als ob der militärische Absolutismus, der Preußen groß gemacht haben soll, es vor der Schande von Jena bewahrt hätte. Und als ob die Umwandlung des absolutistischen Preußens in das konstitutionelle, die doch eine viel größere Umwälzung bedeutete, als die mähliche Umwandlung des konstitutionellen Preußen-Deutschland in ein parlamentarisch regiertes vorstellen würde, seinen weiteren Aufstieg zu Macht und Größe verhindert hätte! Oder wir hören von seiten einer anderen Partei: „Das parlamentarische System hat sich in allen Ländern der Welt — Deutschland ausgenommen — durchgesetzt, folglich

Digitized by Google

kann und darf Deutschland nicht länger zurückbleiben." Dem brauchen wir bloß das bekannte Wort Goethes entgegenzuhalten: „Für eine Nation ist nur das gut, was aus ihrem eigenen Kern und ihrem allgemeinen Bedürfnis hervorgegangen ist, ohne Nachäffung einer anderen, denn was dem einen Volk auf einer gewissen Altersstufe eine wohltätige Nahrung sein kann, das erweist sich für ein anderes vielleicht als ein Gift."

Dieses Wort Goethes leitet uns zu der entscheidenden Frage über, ob dem deutschen Volke nach seiner Wesensart und nach seinen Bedürfnissen der Parlamentarismus frommen würde. Nicht darum handelt es sich, welche Regierungsform, ob die monarchisch-konstitutionelle oder die parlamentarische, an sich die größeren Vorzüge oder Nachteile bietet. In Wahrheit hat ja jede Regierungsform ihre Vorzüge und ihre Nachteile. Die Vorzüge des Parlamentarismus erblickt man im allgemeinen darin, daß er Regierung und Volk enger miteinander verknüpfe, insofern zu den Leitern der Regierung nur solche Persönlichkeiten berufen werden, die sich das Vertrauen des Volkes (in Wirklichkeit oft nur der Parteien und der herrschenden Kliquen) erworben haben, daß er die Auslese der Talente in den Parlamenten und den Regierungen befördere, daß er die Parteien mit größerem Verantwortlichkeitsgefühl erfülle. Solche Vorzüge werden aber nur zu leicht durch die Nachteile aufgewogen, die jedem Parteiregiment anhaften. Ein Parteiregiment wird immer sein erstes Augenmerk darauf richten, sich in der Herrschaft zu erhalten und zu befestigen. Solches Streben aber kann der sachlichen Arbeit und positiven Leistungen nicht eben günstig sein. Eine Regierung, die über den Parteien steht und die von den wechselnden Meinungen der Tageskämpfe, dem raschen Auf und Nieder der Parteikonstellationen unabhängig ist wird viel leichter große und weitausschauende Reformen in Angriff nehmen und durchführen können. Es ist gewiß kein Zufall, daß das große Beispiel einer umfassenden Sozialreform nicht von einem parlamentarisch regierten Lande ausgegangen ist, sondern von dem angeblich so reaktionären monarchischen Deutschland. Umgekehrt wird bei einer monarchischen Regierungsform, die bei allem Gleichgewicht der gesetzgebenden Faktoren doch starke Prärogative in der Hand der Krone läßt, immer die nicht zu unterschätzende Gefahr eines persönlichen Regiments vorliegen. Diese Vorzüge und Nachteile generell gegen einander abzuwägen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es wird sich immer um die Frage handeln, ob für ein ganz bestimtes Volk, hier das deutsche nach seiner geschichtlich erwachsenen Art und nach seinen Lebensbedingungen die Schatten- oder die Lichtseiten des einen oder des anderen Systems überwiegen.

Von diesem Gesichtspunkte haben auch alle unsere großen Staatsmänner, auf deren Urteil wir zu hören pflegen, die Frage des Parlamentarismus angefaßt. Prinzipielle Gegner des Parlamentarismus sind weder ein Fürst Bülow noch ein Bismarck gewesen. Fürst Bülow hat in seiner „Deutschen Politik" die mannigfachen Vorzüge des parlamentarischen Systems höchst unbefangen gewürdigt. Um so schärfer betont er: „Für die Eigenart gerade unseres deutschen Staatslebens wäre das parlamentarische

Digitized by Google

System keine geeignete Verfassungsform. Wo sich der Parlamentarismus bewährt, und das ist auch nicht überall der Fall, ruht die Kraft des staatlichen Lebens in der Kraft und Geltung, in der politischen Weitherzigkeit und staatsmännischen Fertigkeit der Parteien. Da haben die Parteien mit ihrer eigenen Entwickelung und Gründung den Staat gebildet, wie in England, in gewissem Sinne auch im republikanischen Frankreich. In Deutschland sind die monarchischen Regierungen Träger und Schöpfer des Staatslebens. Die Parteien sind sekundäre Bildungen, die erst auf dem Boden des fertigen Staates wachsen konnten. Es fehlen uns für ein parlamentarisches System die natürlichen, die geschichtlichen Voraussetzungen."

Auf einem ganz ähnlichen Standpunkt hat auch Fürst Bismarck gestanden. Er hat einmal zu Moritz Busch geäußert: „Der Parlamentarismus geht nur, wo bloß zwei Parteien mit einander ringen und wechseln, und wo die Vertreter der Gesetzgebung wohlsituiert, nicht egoistisch sind, nicht nötig haben, strebsam für sich zu sein. Ich bin kein Absolutist. Der Parlamentarismus ist gut, auch bei uns, als Veto gegen den Willen unverständiger Regierungen und schlechter Monarchen, als Kritik. In England waren es bisher im Parlament zwei große Parteien, die in ihren Grundsätzen in der letzten Zeit nicht sehr auseinander gingen und beide das Beste des Landes wollten, nichts für sich ... Jetzt kommen die Irländer als dritte hinzu und die Radikalen, die noch gefährlicher als jene sind. Bei uns ist das schlimmer: wir haben acht oder zehn Parteien, und die Führer sind Streber, die sich verbessern wollen, Minister werden, auch dem Kapitale dienen und nicht umsonst." Ein anderes Mal hat Bismarck (26. November 1882) im Reichstag gesagt: „Das ist ja das Unglück; hätte die Majorität im Reichstage einen einheitlichen Charakter, dann würde ja heute eine Koalition der Parteien, der die beiden Herren Vorredner aus dem Zentrum und aus dem Fortschritt angehören, berufen sein, den Reichskanzler und Minister bei uns zu stellen, und wenn sie homogen wäre, eine dauernde Majorität, wäre ich der erste, der dazu riete; die Parteien sind zwar bei den Wahlen zusammengegangen, aber ob sie im Ministerium zusammengehen würden, ist mir noch zweifelhaft. Wenn ich darüber einige Sicherheit hätte, mache ich mich anheischig, Seiner Majestät den Vorschlag zu machen, Seine konstitutionelle Auffassung dadurch zu betätigen, daß die Minorität von der Majorität abgelöst wird." Gerade die Rücksicht auf die tiefen Gegensätze in dem deutschen Nationalcharakter und die dadurch bedingte Zersplitterung des Parteiwesens in Deutschland ist für Bismarck ein Anlaß gewesen, in der deutschen Reichsverfassung an dem Gleichgewicht der gesetzgebenden Faktoren, wie es in der preußischen und den sonstigen einzelstaatlichen Verfassungen bestand, festzuhalten. Daß er, nachdem dies Gleichgewicht einmal als eine der Grundlagen des Deutschen Reiches verankert war, von einer gesetzlichen Verschiebung der Schwerpunkte der Regierungsgewalt als einer Gefährdung seines Lebenswerks nichts wissen wollte, begreift sich. Mit aller Macht hat er sich gegen die Einführung eines

Digitized by Google

Reichsministeriums gestemmt, das durch die Art der ihm auferlegten Verantwortlichkeit dem maßgebenden Einflusse der jedesmaligen Mehrheit des Reichstags unterliegen müßte. Bekannt ist die Kundgebung, die Bismarck im Namen Preußens in der Bundesratssitzung vom 5. April 1884 abgeben ließ, und in der es u. a. hieß: „Selbst wenn es gelänge, feste Majoritäten aus den heute im Reichstage vorhandenen Parteien zu bilden, würde die Königliche Regierung doch die Herstellung eines parlamentarischen Regiments für die sichere Einleitung zum Verfall und zur Wiederauflösung des Deutsches Reiches halten." Das scheint ja im Widerspruch zu jener Äußerung Bismarcks vom 26. November desselben Jahres zu stehen, wonach nur die Rücksicht auf die nicht vorhandene Homogenität der Reichstagsmajorität ihn hinderte, dem Könige zu einer entsprechenden Veränderung in der Besetzung des Reichskanzler- und der Ministerposten zu raten. Aber der Widerspruch ist nur ein scheinbarer. Bismarck wollte allerdings keine gesetzliche Beeinträchtigung des Rechts der Krone, Reichskanzler und Minister nach eigener Entscheidung zu ernennen und zu entlassen. Selbstverständlich wollte er aber auch der Krone nicht die Möglichkeit vorenthalten wissen, bei der Besetzung der Ministerposten im Einklang mit einer homogenen Majorität des Reichstages oder mit einem starken und einhelligen Volksempfinden vorzugehen. Bismarck sah geradezu einen Vorzug der Reichsverfassung darin, daß sie die Grenzen und Möglichkeiten so weit ziehe. Er wußte es sehr wohl, daß es Zeiten gebe, in denen man liberal, d. h. parlamentarisch regieren müsse, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren müsse, „es wechselt alles, hier gibt es keine Ewigkeit". Er nahm denn auch keineswegs in Anspruch, die Verteilung der Macht zwischen Ministerium und Parlament ein für allemal richtig reguliert zu haben. „Über die richtige Verteilung der Macht zwischen Ministerium und Parlament", sagte er in den neunziger Jahren einmal zu Hermann Hofmann, dem politischen Redakteur der „Hamburger Nachrichten", „kann ein allgemeines, für alle Zeiten gültiges Rezept nicht festgelegt werden. Wenn ein Minister sein Geschäft tadellos versteht und betreibt, kann das Land mit geringerem parlamentarischen Einflusse, und wenn es eine vollkommene Regierung gäbe, könnte es schließlich sogar ohne Parlament auskommen. Der Bedarf an parlamentarischer Mitwirkung steht im umgekehrten Verhältnisse zu der Einsicht der regierenden Staatsmänner. Bei sachkundiger und verständiger ministerieller Leitung kann das Land die parlamentarische Autorität und die durch sie vorzunehmende Korrektur der Regierungspolitik in höherem Maße entbehren als bei Mangel guter ministerieller Geschäftsführung." Ganz folgerichtig ist Bismarck während der Amtszeit seines Nachfolgers Caprivi, dessen ministerielle Geschäftsführung ihm ja durchaus minderwertig erschien, stets für eine Stärkung und Mehrung der parlamentarischen Autorität eingetreten, in dem Maße, daß er jetzt selbst eine Verschärfung der Verantwortlichkeit der Minister befürwortete. Mehrfach hat er beklagt, daß er selbst durch seine jahrzehntelangen Kämpfe mit dem Reichstag dazu beigetragen habe, das Niveau des Reichstages herabzudrücken.

Digitized by Google

Er fand jetzt das Gleichgewicht der beiden verfassungsmäßigen Gewalten, Krone und Parlament, zum Nachteil des Parlaments verschoben und gestört, allerdings zum guten Teil durch die Schuld des Parlaments selbst. Wieder und wieder betonte er in seinen zahlreichen Ansprachen die absolute Notwendigkeit eines wirklich starken Parlaments als Brennpunkt des nationalen Einheitsgefühls. Freilich erwartete er dies Ergebnis nicht so sehr durch eine verfassungsrechtliche Umbildung, als vielmehr durch die Herausbildung einer konstanten Majorität: „Ohne einen Reichstag, der vermöge einer konstanten Majorität, die er in seinem Schoße birgt, imstande ist, die Pflicht einer Volksvertretung dadurch zu erfüllen, daß sie die Regierung kritisiert, kontrolliert, warnt und unter Umständen sogar führt, der imstande ist, dasjenige Gleichgewicht zu verwirklichen, welches unsere Verfassung zwischen Regierung und Volk in demselben hat wirklich schaffen wollen, ohne einen solchen Reichstag bin ich in Sorge für die Dauer und für die Solidität unserer nationalen Einrichtungen."

Man wird nicht sagen können, daß sich der Wunsch Bismarcks nach einer Hebung und Stärkung der Autorität des Reichstages mit Hilfe einer konstanten Majorität seither erfüllt habe. Zwar hat für eine Weile die konservativ-liberale Paarung des Bülowblocks bestanden, aber nur um einer desto größeren Zersplitterung und Zerfahrenheit unseres Parteiwesens Platz zu machen. Der große Block der Linken, von dem so viel die Rede gewesen ist, ist bis heute im Grunde weiter nichts als ein schöner Traum gewesen. Ob der Krieg, der unser ganzes Parteiwesen auf einem ungewöhnlich tiefen Niveau fand, dessen Hebung und Konsolidierung im Sinne des Zusammenschlusses zu großen Majoritäten herbeiführen wird, steht doch sehr dahin. Einstweilen scheint ja eine große Mehrheit für die Neuorientierungspolitik zu bestehen; der kürzlich eingesetzte Verfassungsausschuß des Reichstags ist ja mit der Majorität von 227 gegen nur 33 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen zustande gekommen. Möglich, vielleicht selbst wahrscheinlich, daß die große Energie, mit der sich die kaiserliche Osterbotschaft für den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens einsetzt, dem Neuorientierungs- oder Bethmann-Block, wie man ihn wohl genannt hat, stärkeren Halt verleiht. Auf die Dauer wird aber doch aller Voraussicht nach gerade die Fülle schwieriger Probleme, die die Neuorientierung in sich schließt, jede Blockbildung sprengen. Niemand vermag obendrein voraus zu sehen, wie die nächsten Reichstagswahlen ausfallen werden und welche Folgen sich aus ihnen ergeben. Im Sinne Bismarcks, dem wir uns hier nur anschließen können, wären also die unumgänglichen Voraussetzungen für die Einführung des parlamentarischen Systems noch keineswegs gegeben. Die Voraussage, die man hin und wieder in linksliberalen Blättern las, daß die Einführung des Parlamentarismus gleichsam von selbst die Parteien soweit disziplinieren würde, um den Zusammenschluß kompakter Majoritäten in die Wege zu leiten, daß man folglich ruhig erst einmal mit der Einführung vorschreiten möge, ist natürlich gar nicht ernst zu nehmen.

Digitized by Google

Nun, eine unmittelbare Einführung des parlamentarischen Systems, etwa auf dem Wege der Arbeiten des Verfassungsausschusses, werden auch unsere eifrigsten und drängendsten Reformer kaum erwarten. Sie suchen die Erfüllung ihrer Hoffnungen, Wünsche und Forderungen wohl mehr in der Richtlinie des allmählichen Hinübergleitens in das parlamentarische Regiment. Nach einer weitverbreiteten Auffassung, die besonders von konservativer Seite vertreten wird, wären wir schon mitten in dieser Entwickelung begriffen. Vor einiger Zeit erschien ein höchst charakteristischer Aufsatz in der „Kreuzzeitung" (vom 21. und 22. Dezember 1916) „Auf dem Wege zur Parlamentsherrschaft", der unsere innerpolitischen Zustände vor und seit dem Kriege geradezu mit einer „parlamentarischen Siegesallee" verglich. Die von England her eingeführten sehr harmlosen „kleinen parlamentarischen Anfragen", das Mißtrauensvotum aus den Tagen von Zabern (das doch gar keine Folge gehabt hat!), die parlamentarische Rüstungskommission, die „Untersuchungskommission, das Verlangen der Budgetkommission auf Vorlegung inneramtlichen Briefwechsels, die verschiedenen parlamentarischen Beiräte, und gar die Beschlüsse des Reichstags vom 26. und 27. Oktober auf eine Erweiterung der Rechte des Haushaltungsausschusses in der Richtung auf eine Kontrolle der auswärtigen Politik und mit Tagungsrecht auch nach der Schließung des Reichstags, bedeuten dem Schreiber dieses Aufsatzes ebensoviele Vorstöße der parlamentarischen Demokratie zur Erlangung der Parlamentsherrschaft. Vollends sieht der Aufsatz in der Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses bei dem Hilfsdienstgesetz eine verfassungsrechtliche Degradierung des Bundesrats, eine Aufsaugung der eigentlichen Regierungsgewalt durch verantwortungslose Parlamentskonventikel, ja einen Einbruch in das Kernwerk, in die innerste Zitadelle des alten stolzen Bismarckbaues (gemeint ist die Sphäre des Bundesrats), „vor dem wir gerade heute, nach seiner Kriegsbewährung, in historischer Ehrfurcht und Dankbarkeit anbetend niederknien sollten, anstatt ihn aus parlamentarischer Herrschsucht als Angreifer und Zerstörer anzugehn".

Genau in dieselbe Kerbe hat Graf Yorck in seiner berühmt gewordenen Herrenhausrede vom 9. März d. J. gehauen. Auch Graf Yorck wittert überall das „stete Streben nach Ausdehnung der Macht und der Befugnisse des Parlaments", zumal in dem Versuche der Ausschüsse, sich in die Exekutive zu mischen. Die Bestimmung des Hilfsdienstgesetzes, wonach die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen von dem Bundesrat nur mit Zustimmung des Reichstagsausschusses erlassen werden können, findet er, rein staatsrechtlich angesehen, objektiv revolutionär. Die Exekutive sei damit zwischen Bundesrat und Reichstag geteilt. Die Grundlage der Reichsverfassung sei theoretisch an einem Punkte und zwar an einem entscheidenden Punkte durchbrochen.

Gerade an diesem Punkte läßt sich zeigen, wie übertrieben alle solche Befürchtungen sind! Nach Paragraph 17 der Reichsverfassung hat allerdings der Bundesrat über die

Digitized by Google

zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen zu beschließen, aber doch nur „sofern nicht durch Reichsgesetz etwas anderes bestimmt ist". Bei Laband und anderen staatsrechtlichen Autoritäten kann man nachlesen, was sich ohnehin auch ein Laienverstand sagen kann, daß durch diese Klausel gegebenenfalls die Zustimmung des Reichstags, die in unserem Falle durch das Hilfsdienstgesetz auf vollkommen legale Weise an den Ausschuß delegiert ist, habe vorbehalten werden sollen. Bismarck selbst hat also die Hinzuziehung des Reichstages zu den Arbeiten des Bundesrats ins Auge gefaßt, und wir dürfen annehmen, daß er gegen die Einsetzung des Ausschusses um so weniger etwas einzuwenden gehabt hätte, als er immer auf ein möglichst verständnisvolles und ersprießliches Zusammenwirken von Bundesrat und Reichstag als zwei ganz auf einander angewiesener Faktoren gedrungen hat.

Daß bei uns von einem Hinübergleiten in eine parlamentarische Regierung weder im pessimistischen noch im optimistischen Sinne die Rede sein könne, hat auch Hans Delbrück in seiner kurz vor Ausbruch des Krieges erschienenen, trotz vieler anfechtbarer Einzelheiten klassischen Vorlesung „Regierung und Volkswille" bestätigt. Während des Krieges aber haben sich, im großen betrachtet, die tatsächlichen Verhältnisse gewiß nicht zugunsten der Parlamente verändert. Die Dauer ihrer Tagungen ist auf spärliche und kurze Sitzungen beschränkt, der Umfang des Gesetzgebungswerks ist durch Übertragung auf den Bundesrat auf ein Minimum herabgesetzt; bei den wichtigsten Entscheidungen bleibt der Reichstag, sehr zur Beschwerde auch der konservativen Partei, ausgeschaltet. Was will es dagegen besagen, wenn dem Haushaltungsausschuß das Recht gegeben ist, auch während der Vertagung des Reichstags zusammenzutreten, oder wenn der Hilfsdienstausschuß die Befugnis erhalten hat, bei der Ausführung des Gesetzes mitzuwirken? Man soll die Einsetzung dieser Ausschüsse gewiß nicht gering anschlagen; jede engere Berührung und Fühlungnahme zwischen Regierung und Volksvertretung, jede gemeinsame Arbeit der gesetzgebenden Faktoren ist nur mit Freuden als eine Nötigung zu gegenseitigem Verstehen und Vertrauen zu begrüßen. Auch die Niedersetzung des Verfassungsausschusses gewährt in jedem Falle hoffnungsvolle Ausblicke in die Zukunft. Er wird um so fruchtbarer wirken, je mehr er es sich angelegen sein läßt, nicht etwa den bisher gleichberechtigten Machtfaktor der Krone bzw. des Bundesrats aus seiner Stellung zu drängen, sondern nach Mitteln und Wegen zu suchen, um das Vertrauensverhältnis zwischen beiden immer inniger und enger zu gestalten und um im Sinne der kaiserlichen Osterbotschaft für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes an unserem staatlichen Leben Raum zu schaffen. Damit soll nicht gesagt sein, daß in der Verteilung des Schwergewichts zwischen Regierung und Parlament alles beim alten bleiben solle. Gerade wenn das Vertrauensverhältnis zwischen beiden gesetzgebenden Faktoren sich mehr und mehr befestigt, kann der bisher durch die Verfassung bevorzugte Teil von seinen Vorrechten

Digitized by Google

manches nachlassen. Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das auch den Kanzler nötigen würde, bei einem ausgesprochenen Mißtrauensvotum des Parlaments sein Amt dem Kaiser zur Verfügung zu stellen, scheint heute beispielsweise keineswegs aus dem Bereich der Möglichkeit zu liegen, wenn nur der Krone das Recht endgültiger Entscheidung bleibt. Auch unsere Linksparteien werden heute froh sein, daß das Mißtrauensvotum von Zabern nicht der Tätigkeit des Herrn von Bethmann Hollweg, auf die sie heute so große Hoffnungen setzen, ein Ende bereitet hat. Daß im übrigen die Krone nach den gewaltigen Erfahrungen des Weltkrieges mehr wie je das höchste Gewicht darauf legen wird, ihre Entschließungen im Einklang mit dem Volksempfinden zu halten, daß sie bei der Auswahl ihrer verantwortlichen Ratgeber ihr Augenmerk vor allem auch auf die Volksvertreter richten, und daß sie bei den wichtigen Entschließungen nicht zuletzt in der auswärtigen Politik sich nach Möglichkeit den Rat der Volksvertreter und sonstiger Vertrauensmänner des Volkes sichern wird, das scheint uns heute auch ohne besondere gesetzliche Festlegung gesichert zu sein. Die Parole kann heute und für alle Zeit nur lauten: stärkstes und engstes Vertrauen, gemeinsame Arbeit, weitgehende Synthese zwischen Krone, Parlament und Volk. Bei einem solchen engen Zusammenwirken wird auch der Schein des autokratischen Charakters, den unsere Feinde so gern der deutschen Monarchie anheften möchten, von selbst verschwinden.

Keinesfalls aber könnte es geraten sein, die Krone ihrer kraftvollen Initiative in der Gesetzgebung wie überhaupt ihrer Machtstellung zu entkleiden. Was beides für unser Staatswesen bedeutet hat und noch bedeutet, das lehrt uns zur Genüge unsere Geschichte, hat uns eben erst wieder die kaiserliche Osterbotschaft gelehrt, die mit fester Entschlossenheit die wichtigsten Richtlinien für die künftige Umgestaltung des preußischen Landtags festlegt und Größeres noch ahnen läßt. Daß die Verfassungsreformen in den Einzelstaaten, vor allem in Preußen, ohne das energische Durchgreifen der Krone nicht vom Fleck kommen könnten, haben im Grunde auch unsere Radikalen anerkannt, indem sie jene aufs dringendste aufforderten, die Verfassungsänderung zu oktroyieren. Auch hat der Krieg selbst, der in Rußland die zaristische Monarchie vom Throne fortgefegt hat, bei uns die Stellung der Krone womöglich noch gesichert und befestigt. Auf den gegenwärtigen Kaiser blickt auch die Sozialdemokratie mit Vertrauen und Hoffnungen. Der „Vorwärts" selbst hat kürzlich anerkannt, daß die große Mehrzahl des deutschen Volkes monarchisch gesinnt sei, und daraus den Schluß gezogen, daß es hiernach für die Sozialdemokratie nur eine Möglichkeit gebe: ihre Grundsätze zu vertreten und der Mehrheit ihr Recht werden zu lassen. Die Sozialdemokratie wird also der Mehrheit auch ihr Recht werden lassen, wenn diese die kraftvolle Führung und Initiative der Monarchie gewahrt wissen will. Wir sind überzeugt, daß auf dem Wege der Volksabstimmung, die vielleicht auch einmal zu den Einrichtungen gehören wird, um die direkte Mitwirkung des Volkes an entscheidenden Fragen des Staats-

Digitized by Google

lebens zu sichern, sich eine große Majorität für eine starke Monarchie, nicht für eine Schattenmonarchie ergeben würde. Es mag richtig sein, daß die Majorität des deutschen Volkes, wie der „Vorwärts" anführt, daneben demokratisch gesinnt ist und weitgehendste Reformen in der Richtung des gleichen Wahlrechts, der Selbstverwaltung und des parlamentarischen Systems will. Nun, dann gibt es eben nur den Ausweg, auf den wir eben hinwiesen: engstes Bündnis zwischen Kaisertum und Demokratie, gegenseitiges Geben, Nehmen und Vertrauen. Die Formen werden sich finden, wenn nur auf beiden Seiten der gute Wille besteht. Und wenn sich keine geschriebenen Formeln finden ließen, nun wohl, auch England hat keine geschriebene Verfassung. Auch ohne Festlegung gesetzlicher Formeln, auch im Rahmen der bestehenden Verfassung sehen wir große und weite Möglichkeiten. Adolf Grabowsky hat neulich einmal in dem „Neuen Deutschland" gemeint, die Zeit, da es möglich sei, einen sozialdemokratischen Arbeiter zum Minister zu ernennen, sei noch nicht gekommen. Ich sehe nicht ein, warum hier die Parole „freie Bahn für alle Tüchtigen" vor einem Sozialdemokraten Halt machen sollte. Ebensowenig ist einzusehen, weshalb unsere Arbeiterführer, die in internationalen Verhandlungen diplomatisches Geschick zu erwerben gewußt haben — zeigte nicht das bekannte Telegramm des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, an den Präsidenten der amerikanischen Federation of Labour eine klassische Formulierung, die einem Staatssekretär des Auswärtigen zur Ehre gereicht hätte? — nicht zu wichtigen Missionen verwandt werden sollten. Bringen die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten den Sonderfrieden mit Rußland und damit das Vorspiel des allgemeinen Weltfriedens zustande, so würden gerade sie sich ein Anrecht darauf erwerben, auch in Fragen der auswärtigen Politik nicht bloß gehört zu werden. Kein Zweifel, daß die Arbeitervertreter die heute während des Krieges sich eine so einflußreiche Stellung erobert haben, auch in der Zukunft die Rolle spielen werden, die der ganz eminenten Bedeutung der Arbeiterschaft zukommt.

Parlamentarismus oder Nichtparlamentarismus, das scheint uns nach alledem keine Frage von ausschlaggebender Bedeutung, am wenigsten eine solche zu sein, die unmittelbarer Lösung bedarf oder überhaupt eine solche finden kann. Auch wenn es wahr wäre, was wir oben geleugnet haben, daß Deutschland sich nicht als einziges Land dem Siegeszuge des Parlamentarismus entziehen könnte: ja, kann denn von einem Siegeszuge überhaupt noch die Rede sein? Ist nicht beim Ausbruch des Krieges der Parlamentarismus in Frankreich und England kläglich zu schanden geworden? Haben die Parlamente in dem einen wie dem anderen Lande auch nur eine Ahnung von dem wirklichen Verlauf der Dinge gehabt, haben sie im mindesten auf die Geschicke ihres Landes einwirken können, sind sie nicht wie Marionetten in den Händen der Drahtzieher Grey, Asquith und Poincaré gewesen? Und wie hat sich dort erst das Schicksal des Parlamentarismus während des Krieges gestaltet? Die englischen

Digitized by Google

Zeitungen sind voller Klagen über die Umgehung des Parlaments; wieder und wieder lesen wir, daß das Parlament nicht nur seine Macht, sondern auch den Charakter einer Volksvertretung verloren habe. Die ganze Parteiregierung ist in England in Stücke gegangen; längst schon ähnelt Lloyd Georges Stellung nicht mehr der eines englischen Kabinettsministers, sondern der eines absoluten Diktators, gerade heraus gesagt, eines Autokraten. Mit schnellen Schritten wandelt sich der Volksstaat in den härtesten Obrigkeitsstaat, und wehmütig hieß es z. B. jüngst in der Zeitschrift „Nineteenth Century": „Es sind schon so viele Dinge in den Schmelztiegel gegangen, daß die parlamentarischen Formen kaum demselben Schicksal entgehen können." Nicht viel anders steht es in Frankreich. Kein Mensch vermag heute zu sagen, was und wie viel vom Parlamentarismus bei unseren Feinden zurückbleiben wird. Und das sollte für uns der gegebene Moment sein, um den Siegeszug des Palamentarismus, der in Wahrheit das Gegenteil ist, nachzuahmen? Nein, nicht diesen Siegeszug wollen wir uns zum Vorbild nehmen. Wir wollen uns vielmehr freuen, daß das Verhältnis zwischen Krone, Parlament und Volk, wie es bei uns bestand, trotz aller seiner Schwächen und Unvollkommenheiten uns befähigt hat, einer Welt von Feinden siegreich zu widerstehen. Wir wollen dieses Verhältnis von seinen Schlacken und Unebenheiten zu befreien suchen und es neugestalten nach unserer eigenen Art, und so wie es unsere Erfahrungen im Weltkriege lehren. Dann dürfen wir hoffen, daß wir dem deutschen Freiheitsideal, wie es zu tiefst in unser aller Brust lebt, immer näher kommen werden!

Ungarn und die weltpolitische Stellung Deutschlands

Von Emil Neugeboren, Mitglied des Ungarischen Abgeordnetenhauses

Die Deutschen fangen seit diesem Kriege und durch ihn belehrt an, nach dem Worte Friedrich Naumanns „in Erdteilen zu denken". Zugleich mit dem ihrigen hat sich auch der Gesichtskreis derjenigen Völker und Staaten erweitert, die von altersher oder erst in der jüngsten Zeit durch politische und kulturelle Notwendigkeit ihnen an die Seite gestellt worden sind. Auch diese müssen sich die Frage vorlegen, wie sie an ihrem Teil den neuen größeren Aufgaben gerecht werden können, die ihnen durch die gehobenere Geltung Deutschlands gestellt werden. Sie müssen genau ebenso wie das Deutsche Reich über sich selbst hinauswachsen, um sich an seiner Seite behaupten zu können und zugleich auch ihre eigene Individualität zu bewahren, aus der ihre Kraft quillt.

In der vordersten Linie dieser Länder steht jedenfalls Ungarn. Seine Geschichte als Bundesgenosse des Deutschtums ist mindestens ebenso alt, wie seine Geschichte als europäischer Staat, ja eigentlich noch etwas älter. Denn schon als die Magyaren vor rund tausend Jahren noch als staatlich nicht organisiertes Nomaden- und Kriegsvolk in die Tiefebene an der Donau und an der Theiß einbrachen, da haben sie, obwohl

Digitized by Google

in der ersten Zeit der Schrecken des benachbarten Deutschen Reiches, unbewußt und durch ihr einfaches Dasein dem Deutschtum einen unermeßlichen Dienst geleistet. Franz Palacky, der große tschechische Geschichtschreiber, sagt einmal, die Besetzung Ungarns durch die Magyaren sei der schwerste Schlag, der das Slawentum jemals getroffen habe, denn dadurch sei ein Keil in die Slawen getrieben worden, der ihre Trennung in Nordslawen und Südslawen bewirkt habe. Umgekehrt war nun dies für die Deutschen ein großes Glück. Der magyarische Keil hat es verhindert, daß das Slawentum für die Deutschen schon im Mittelalter eine unüberwindliche Gefahr wurde. Nachdem dann die Magyaren ihren Staat gegründet hatten, vollzogen sie mit Bewußtsein die Wahl zwischen der östlich-byzantinischen und der römisch-germanischen Völkergruppe zugunsten der letzteren. Daß der Magyarenherzog Waik (Stefan) seine Königskrone aus den Händen der Papstes entgegennahm und nicht aus denen des byzantinischen Kaisers, ist eine Tat von großer geschichtlicher Bedeutung nicht nur für Ungarn selbst, sondern auch für Deutschland. Ungarn hat sich damit für immer in den deutschen Kulturkreis gestellt, an den es allerdings schon durch die geographische Lage gewiesen wurde. Es hat sich zwar darin nicht immer wohlgefühlt, denn es hat in den ersten Jahrhunderten von dem deutschen Imperialismus des damaligen Gepräges mancherlei Anfechtung zu erdulden gehabt und nur mit Mühe seine staatliche Unabhängigkeit von den deutschen Kaisern bewahren können. Dafür wurden aber auch die Deutschen in einem Umfang Kulturbringer für Ungarn, wie es sich wohl in der Geschichte kaum jemals zwischen stammfremden Völkern zugetragen hat. Unaufhörlich sind von den Tagen Stefans des Heiligen an bis in das 18. Jahrhundert hinein und selbst nachher noch deutsche Ansiedler scharenweise nach Ungarn gezogen. Die gesamte Kultur Ungarns, auch abgesehen von den Stellen, wo die deutschen Zuwanderer noch ihre Volkseigenart bewahrt haben, ist durchtränkt von deutschem Geiste. Nahezu das gesamte städtische Bürgertum, sofern es nicht auch heute noch deutsch ist, ist aus deutscher Wurzel emporgewachsen, und selbst in den Reihen des Adels, namentlich des Hochadels, läßt sich mehr als eine weitverzweigte Familie auf deutsche Ahnherrn zurückführen. Es ist ein Beweis für die außerordentliche Stärke des nationalen Instinktes der Magyaren, daß sie trotz dieser kulturellen Überflutung durch das Deutschtum ihre Eigenart nicht nur zu behaupten, sondern sie auch unausgesetzt den vielen Hunderttausenden fremdnationaler Landesgenossen, nicht zuletzt den kulturschaffenden Deutschen selbst aufzudrängen vermochten.

Dies ist um so erstaunlicher, als in dem zweiten großen Abschnitt der ungarischen Geschichte neben dem kulturellen auch der Machteinfluß des Deutschtums außerordentlich wuchs, seitdem nämlich nach der Schlacht bei Mohács (1526) Ungarn an die Habsburger gefallen war. Diese Verbindung des bis dahin selbständigen Landes mit der Vormacht des Deutschen Reiches hat allerdings auf das Magyarentum eher abstoßend, als anziehend gewirkt. Der Kampf Ungarns gegen die von Wien her dro-

Digitized by Google

hende Auffaugung zieht sich von der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in verschiedenen Erscheinungsformen bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und ist gleichbedeutend mit einer Verteidigung des Magyarentums gegen den deutschen Einfluß. Es ist begreiflich, daß ein solch vielhundertjähriger Kampf nicht vorübergehen konnte, ohne in der magyarischen Volksseele tiefe Spuren zu hinterlassen. Der einstige Haß gegen das Deutschtum, wie man es in den sehr oft nichts weniger als deutschen Organen der Wiener Einschmelzungsbestrebungen verkörpert glaubte, ist zwar verschwunden, seit sich jene Bestrebungen aus der praktischen Staatskunst in die Schriften einiger österreichischer Staatsrechtslehrer zurückgezogen haben, aber eine gewisse Angst vor der kulturellen und politischen Übermacht des Deutschtums ist bis zur Stunde im Bewußtsein des Magyarentums vorhanden und bildet im ungarischen öffentlichen Leben eine geheime Triebfeder von nicht unbedeutender Kraft. Der maßgebende Teil der ungarischen Politiker hat schon seit Jahrzehnten erkannt, daß die Stellung Ungarns nur im engen Verbande mit Österreich und an der Seite des Deutschen Reiches gegeben ist. Es ist kein Zufall, daß es ein Magyare war, der im Verein mit Bismarck das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis vom Jahre 1879 geschaffen hat, Graf Julius Andrássy, derselbe, dem es neben der Weisheit Franz Josefs zu danken ist, daß sich die Österreichisch-ungarische Monarchie im Juli 1870 für die unbedingte Neutralität entschied. Aber so fest auch der Dreibundgedanke in Ungarn Wurzel geschlagen hatte, so hat es doch niemals an Gegenströmungen und gelegentlichen Quertreibereien dagegen gefehlt. Das hing zunächst damit zusammen, daß das staatsrechtliche Verhältnis zu Österreich, so groß auch seine Vorteile für Ungarn sind, hier niemals im vollen Sinn des Wortes volkstümlich geworden ist, und daß insbesondere die Gemeinsamkeit der Armee mit ihrer deutschen — also nichtmagyarischen — Dienstsprache für das durch ein streberisches Demagogentum[1] genährte Volksempfinden immer ein Pfahl im Fleische war. Die fortgesetzten Rüstungen der letzten zwei Jahrzehnte vor dem Krieg wurden daher nicht nur wegen der damit verbundenen großen Geldopfer, sondern auch deshalb sehr mißliebig, weil durch sie die Machtstellung der militärischen Kreise, also eines als volksfremd empfundenen Faktors, gestärkt wurde. Es ist begreiflich, daß bei dem Vorhandensein solcher gefühlsmäßigen Widerstände gegen die Erhöhung der Wehrkraft die Erkenntnis ihrer unbedingten Notwendigkeit verdunkelt wurde. So konnte in Ungarn ein gewisser Pazifismus[2] aufkommen, der gegen den „Militarismus" und den „Wahnsinn der Rüstungen" wetterte. Da sich weiter Ungarn seiner absoluten Friedfertigkeit und Uninteressiertheit an allem weiteren Machterwerb, sowie dessen bewußt war, daß es für keine der großen Mächte Gegenstand des Begehrens sei, so schlich sich angesichts der immer neuen Anforderungen für Heereszwecke die falsche Auffassung in manche Kreise ein,

[1] Volksverführung.

[2] Strömung, die den Krieg abschaffen zu können glaubt.

Digitized by Google

als ob dem Lande im Grunde genommen nur durch das Bündnis mit Deutschland und dessen weltpolitischen Ehrgeiz so große Opfer auferlegt würden. Dann trat auch jene, schon erwähnte geheime Furcht vor dem Deutschtum bei vielen in Wirksamkeit und suchte auf geschichtlicher Grundlage Sympathien für Frankreich und England zu erwecken; jene Mächte hatten nämlich in den ungarischen Freiheitskämpfen der Vergangenheit gelegentlich Gönnermienen aufgesetzt, selbstverständlich aus keinem anderen Grunde, als weil es in ihre, gegen die habsburgische Macht gerichtete Politik hineinpaßte. Wie sehr in einzelnen Köpfen diese gefühlsmäßig unklare Auffassung Kraft gewinnen konnte, zeigt nichts deutlicher, als der Umstand, daß einige Mitglieder der sogenannte 1848er Unabhängigkeitspartei, die sich als die unverfälschte Vertretung des Magyarentums zu geben liebt, imstande waren, sogar die Abneigung gegen das Moskowitertum, die das magyarische Volk seit der russischen Einmischung im ungarischen Bürgerkrieg 1849 beherrscht, zu überwinden, und noch im Frühjahr 1914 den Gedanken einer Fühlungnahme mit der russischen Politik zu fassen. Es ist um so notwendiger, darauf hinzuweisen, daß nur ein unbedeutender Teil der ungarischen Opposition solche dreibundgegnerische und ententefreundliche Anwandlungen gehabt hat, als sich andererseits Oppositionelle wie die Grafen Apponyi und Andrássy in allen Wandlungen ihres innerpolitischen Bekenntnisses und bei aller Gegnerschaft gegen die offizielle Heerespolitik ihre Dreibundfreundlichkeit unerschüttert bewahrt haben. Allerdings haben sich trotzdem selbst so hervorragende Geister wie die genannten beiden Staatsmänner durch die vermeintliche Volksnotwendigkeit der erweiterten Geltung der magyarischen Sprache im österreichisch-ungarischen Heer in der folgerichtigen Umsetzung ihrer klaren außenpolitischen Anschauungen in die Praxis beirren lassen. Sonst hätten sie es nicht über sich gewinnen können, wie immer sie über die Möglichkeit einer sprachlichen Zweiteilung des Heeres denken mochten, die Obstruktion[1] zu fördern, die die zeitgemäße Ausgestaltung der Wehrmacht Österreich-Ungarns um mindestens ein Jahrzehnt verzögert hat. Ihnen und der gesamten Opposition gegenüber erscheint Graf Stefan Tisza als der Mann, der die Aufgabe Ungarns in der Stufe der Entwickelung vor dem Kriege nicht nur klar zu erkennen vermochte, sondern auch den Mut hatte, die praktischen Forderungen daraus restlos zu ziehen. In dem Kampfe Tiszas gegen die Obstruktion, der mit ihrer Niederwerfung geendet hat, sehen wir modernste Gegenwart, ja ein Stück Zukunft den Überresten des ungarischen Mittelalters gegenüberstehen. Die weltpolitische Gestaltung der Zukunft hat hier eines ihrer kleineren Hindernisse niedergebrochen, um an die Überwindung der größeren und ganz großen gehen zu können. Die über Ungarn führende Wegstrecke der großen Straße Hamburg—Bagdad ist damals freigemacht worden. Es ist bedeutungsvoll, fast symbolisch zu nennen, daß der Mann, der dies vollbracht hat und damit so recht eigentlich ein Vorkämpfer des „Größeren Deutschland" ge-

[1] Verhinderung der Abstimmung.

Digitized by Google

worden ist, zugleich als eine der kraftvollsten Verkörperungen seiner magyarischen Rasse gelten kann. In seiner Handlungsweise als Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses ist das Problem gelöst, wie Ungarn die künftige Stellung des Deutschtums stützen und doch sich selbst und seinem berechtigten Daseinsdrang treu bleiben kann.

Die objektive Lösbarkeit dieses Problems steht außer allem Zweifel. Die eingebildeten Hindernisse, gefühlsmäßigen Vorurteile und Hindernisse, die der Lösung entgegenzustehen scheinen, sind durch den Krieg zu einem guten Teil beseitigt worden. Jene oben erwähnte kurzsichtige Auffassung, als ob die schweren Rüstungsopfer Ungarn durch das Bündnis mit Deutschland auferlegt werde, hat auch während des Krieges noch in der Form ihre Fortsetzung gefunden, daß man in diesem Sommer die Klage hören konnte, wegen des deutsch-englischen Gegensatzes sei der Krieg von so endloser Dauer. Sie ist durch die Ereignisse des letzten halben Jahres gründlich widerlegt worden. Das eine dieser Ereignisse war die rumänische Kriegserklärung, die ja hauptsächlich von den auf ungarischen Boden gerichteten begehrlichen Wünschen Rumäniens eingegeben war. Aber wenn man hier vielleicht doch noch einwenden könnte, Rumänien habe nur angesichts der Länge des Krieges den Mut zum Eingreifen bekommen, so ist durch die Antwort des Vierverbandes auf das Friedensangebot der Mittelmächte jeder Zweifel daran zerstreut worden, daß es unsere Feinde genau ebenso auf die Zerstückelung Ungarns abgesehen haben, wie auf die Schwächung und Lähmung der übrigen Staaten des Vierbundes. Diese Antwort hat daher in Ungarn auch den letzten Anhauch von platonischer Sympathie für die Westmächte fortgeblasen. Von allen störenden Quergedanken gereinigt, steht heute die Erkenntnis vor der Seele jedes zurechnungsfähigen ungarischen Patrioten und Politikers da, daß Ungarns Heil ausschließlich in einem rückhaltslosen und hingebungsvollen Anschluß an das Deutsche Reich gesucht werden kann. Der Krieg hat einfach wieder die tausendjährige Wahrheit erwiesen, daß Ungarn in das Kielwasser Deutschlands gehört. Diese Feststellung wäre nur dann beleidigend und demütigend, wenn Ungarn, richtiger gesagt, das magyarische Volk eine so große Ausdehnung hätte, daß es jemals hoffen könnte, mit den großen Weltvölkern in vollen Wettbewerb zu treten. Da dies von vorneherein ausgeschlossen ist, da das Magyarentum zu den mittelgroßen Völkern gehört und da die Entwickelung des Staatensystems der Erde beim Großbetrieb angelangt ist, der es für alle Staaten, die sich nicht in die vorderste Reihe stellen können, ratsam erscheinen läßt, an eine Weltmacht Anschluß zu suchen, so muß sich eben auch Ungarn mit diesem Los der Kleinen abfinden. Ungarn kann eben weder für sich allein dastehen, auch um den Preis eines völligen Verzichtes auf jede Weltpolitik nicht, noch auch hat es hinsichtlich der Mächtegruppe, der es sich anschließen will, freie Wahl. Andererseits aber liegt bei dem Anschluß Ungarns an Deutschland im neuen Zeitalter die Gefahr nicht vor, daß es die Selbstbestimmung als selbständiger Staat verlieren und zu Deutsch-

Digitized by Google

land in ein Verhältnis geraten könnte, etwa wie Portugal zu England oder vor dem Krieg Serbien zu Rußland. Das Deutsche Reich ist in ungleich höherem Maße auf Ungarn angewiesen als England und Rußland auf ihre genannten Satrapenstaaten[1] und wird daher Ungarn gegenüber stets sorgfältig nach dem Grundsatz „Do ut des" vorgehen müssen. Die Größe, wirtschaftliche Bedeutung und geographische Lage Ungarns, nicht zuletzt die stark ausgeprägte Rassenindividualität des Magyarentums mahnen Deutschland zu rücksichtsvoller Behandlung des ungarischen Bundesgenossen, überdies ist Mißachtung fremden Volkstums der deutschen Art ohnehin völlig entgegengesetzt. Tiefere Interessengegensätze zwischen Deutschland und Ungarn gibt es nicht; in kleineren Fragen wird sich bei gutem Willen der Ausgleich leicht finden lassen. Der deutsche Hang zur Schulmeisterei und der preußische Krachton werden an der Lässigkeit und Disziplinlosigkeit, die vielfach in Ungarn herrscht, manchmal Veranlassung nehmen, sich zu betätigen; auch hier wird richtiger Takt über die Schwierigkeiten hinüberhelfen. Bei alledem ist die Besorgnis der Magyaren, daß bei einem allzuengen Anschluß an Deutschland auch ohne besondere politische Absichten auf Seiten des letzteren von der überlegenen deutschen Kulturorganisation Wirkungen auf ihr Volk ausgehen könnten, die dessen Eigenart beeinträchtigen würden, nicht unberechtigt, um so weniger, als die einfache seelische Schutzvorrichtung, deren sich sonst kleinere oder kulturell zurückgebliebene Völker in ähnlicher Lage zu bedienen pflegen, die Erweckung und Pflege von offenem oder geheimem Haß gegen den angeblichen Unterdrücker, natürlich in unserem Fall nicht zur Anwendung kommen kann. Die Schwierigkeit der Aufgabe für das Magyarentum liegt darin, den Deutschen als Freund, Bundesgenossen und Helfer zu schätzen, zu achten, zu unterstützen und zu fördern und seine Wesensart doch nicht zuviel Gewalt über sich gewinnen zu lassen. Das starke magyarische Rassegefühl, das in den Kämpfen eines Jahrtausends von so beispielloser Energie Zeugnis abgelegt hat, wird neue Formen der Bewährung suchen und finden müssen, um der friedlichen Eroberergewalt des deutschen Geistes genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Die von einsichtigen Führern bisher nicht immer mit Erfolg bekämpfte Neigung, sich einfach auf Abschließungsmaßregeln zu verlassen, wird nicht in Geltung bleiben können; die Vertiefung der Volksbildung und die intensive Steigerung der Kulturarbeit überhaupt auf der Grundlage des eigenen Volkstums ist der einzige Weg zum bezeichneten Ziel. Die utilitaristische[2] Richtung, die das magyarische Schulwesen schon seit Jahrzehnten eingeschlagen hat, verbunden mit einer sehr ungesunden Politisierung, läßt ihre verflachende Wirkung schon deutlich wahrnehmen.

Nicht nur von dieser Seite her betrachtet und nicht nur in dieser Rücksicht stellt die neue Gestaltung große Anforderungen an Ungarn. Es ist durch seine in Zukunft noch

[1] Abhängiger Staat.
[2] Praktische Ziele verfolgend.

Digitized by Google

enger werdenden Beziehungen zum Deutschen Reich in den scharfen Luftzug der Weltpolitik und Weltwirtschaft geraten und soll in ihm erstarken, um seine alte Sendung, die Verbindung zwischen Mitteleuropa und dem europäischen Orient herzustellen, in beträchtlich erweitertem Maße erfüllen zu können. Es ist damit wie mit allen Volkssendungen: sie sind nicht ganz freiwillig und sind nicht selbstlos. Die Verhältnisse, in die das Volk hineingestellt ist, zwingen sie ihm auf, und indem es sie erfüllt, nützt es einfach die gegebene Lage auf das vollkommenste aus. Die Herstellung der Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und dem Balkan wird für Ungarn eine sehr lohnende Aufgabe sein, wenn es sie mit Energie erfaßt. In geistreicher Weise hat Roland von Hegedüs in einer, inzwischen auch in deutscher Übersetzung erschienenen, Schrift über die Zukunft des Magyarentums nach dem Kriege vorgeschlagen, Ungarn möge sich, dem sparsamen Bauern gleich, für seinen eigenen Gebrauch mit den geringerwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen des Balkans begnügen und seine eigenen hochwertigen Erzeugnisse nach Deutschland ausführen, an dem Differenzgewinn aber sich bereichern. Daß der Hauptpunkt, in welchem der Wert Ungarns für „Mitteleuropa" zur Geltung kommen wird, auf dem Gebiete der Landwirtschaft liegt, braucht nicht noch eigens gesagt zu werden. Ungarn ist, wenn auch nicht mehr ausschließlich, so doch noch immer vorzugsweise Agrarstaat und hat daher die Aufgabe, zur Versehung Mitteleuropas mit Getreide Wesentliches beizutragen. Ein Zollbündnis, das ihm die Verwertung seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem deutschen Markt ermöglicht, wird den Übergang der ungarischen Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit von der extensiven zur intensiven Bodenbearbeitung nicht nur fördern, sondern geradezu zur Vorbedingung haben. Die intensive Wirtschaft wird dann ihrerseits die Lösung eines anderen Problems, von der die Erhaltung der magyarischen Rasse zum guten Teil abhängt, brennend machen und herbeiführen, die Reform des Bodenbesitzes. Ungarn krankt an dem unvereinbaren Gegensatz der überzahlreichen Latifundien und des Bodenhungers der bei der Aufhebung der Leibeigenschaft mit Boden ungenügend bedachten Bauern. Während in Deutschland nur ein Zehntel des bebauten Bodens von Besitztümern von mehr als 1000 Joch (1 ungarisches Joch = 4316 Quadratmeter) bedeckt ist, macht der Großgrundbesitz in Ungarn ein Drittel bis vier Zentel aus. Eine der Hauptforderungen, mit denen die Zukunft an Ungarn herantritt, ist die der beträchtlichen Ausgestaltung seiner Verkehrswege, des Eisenbahnnetzes wie des Kanalnetzes im Anschluß an das reiche Flußsystem des Landes; eine Forderung, die ebenso von den strategischen, wie von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten erhoben wird. Daß Ungarn von den diesbezüglichen Anstrengungen, deren Schwere man nicht unterschätzen darf, selbst nachher den größten Vorteil ziehen wird, liegt auf der Hand. Was die Industrie anlangt, so könnte es auf den ersten Blick erscheinen, als ob die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland hier große Schädigungen bringen müßte. Jedenfalls braucht die schwache ungarische Industrie des Schutzes gegen die Erdrück-

Digitized by Google

kung durch die weit überlegene deutsche Industrie, nachdem sie auch schon den Wettbewerb der österreichischen nur mit Mühe und nur mit Hilfe weitgehender staatlicher Unterstützung ertragen kann. Allzugroß darf dieser Schutz allerdings nicht sein. Auch schon das bisherige Protektionssystem hat der Entwickelung der ungarischen Industrie zu Gediegenheit und voller Zuverlässigkeit eher geschadet als genützt; es gibt zahlreiche ungarische Industriezweige, deren Erzeugnisse schließlich auch die opferwilligste Begeisterung für heimisches Fabrikat sich haben abstumpfen lassen. Hier kann der nicht allzusehr gemilderte Wettkampf mit der deutschen Industrie nur wohltätig wirken.

Alles in allem, wird sich in Ungarn, das in einen hochwichtigen neuen Abschnitt seiner Geschichte tritt, eine tiefgreifende Umgestaltung der Lebensgewohnheiten, Auffassungen und Arbeitsweisen vollziehen, und es wird sehr stark mit Urväter Hausrat aufgeräumt werden müssen, in Wirtschaft, Verwaltung und sozialem Leben gleichermaßen, damit Land und Volk der neuen Zeit und ihren Anforderungen gewachsen sei. Der Preis ist die Teilhaberschaft an der großen Rolle, die dem Deutschtum nach dem Kriege in der Welt zufallen wird, eine Teilhaberschaft, der man sich freiwillig nicht entziehen kann, denn Selbstbescheidung würde für Ungarn nur mit einem Verzicht auf Fortschritt überhaupt gleichbedeutend sein und den Niedergang einleiten.

Notizen

Briefe an die „Deutsche Politik"

Ein Offizierstellvertreter schreibt aus dem Felde: „An den Verfasser der Abhandlung über die ‚Neuorientierung des Denkens' in Heft 5 (2. Februar 1917).

„In Ihrem Artikel über die ‚Neuorientierung des Denkens' beschäftigte mich besonders der an erster Stelle angeführte Brief aus dem Felde, der eine neue Richtung des politischen und sozialen Denkens für den kommenden Frieden für notwendig hält. Dieses Umdenken soll sich auch auf die Einschätzung des Ich erstrecken, und zwar erwartet der Einsender, daß seine Warnung vor einem Grundübel des Deutschen, nämlich der Überschätzung der Persönlichkeit, beherzigt werde. Zum Beweis der Fruchtbarkeit der Unterordnung individueller Wünsche unter das große Ganze führt Einsender die mustergültige Organisation des Heeres und seine trotz der unbedingten Unterordnung unter den Führerwillen glänzenden Leistungen an. Weiter glaubt er in der Überschätzung des Sonderwillens eine Ursache des Geburtenrückganges und der Unfruchtbarkeit wissenschaftlicher Arbeit zu finden. Im folgenden haben Sie ausführlich Für und Wider besprochen; ich erlaube mir zu der aufgeworfenen Frage einiges Wenige zu bemerken.

Die erwünschte Hebung des Willens zum Kinde dürfte auf dem angegebenen Wege wohl kaum zum Ziele führen. Solange der Staat die grundlegende Gemeinschaft der Familie nicht als Selbstzweck sondern mehr und mehr als bequeme Einrichtung zur Staatsbürgervermehrung und kostenlosen Lieferung von Soldaten ansieht, wird für den Einzelwillen wenig Reiz vorliegen zur Erweiterung und gedeihlichen Festlegung des Ich in der Familie. Sie darf nicht ein Mittel zum Zweck sein für eine größere Organisation. Und der Staat wird die Sozialisierung des Einzelwillens nicht in einem vorsätzlichen Untersuchen der Persönlichkeit erreichen,

Digitized by Google

sondern dadurch, daß er dem einzelnen den Übergang in diese soziale Gemeinschaft erleichtert. Hierher gehören alle Fürsorgebestrebungen auf dem Gebiete geschlechtlicher Sittlichkeit, die Unterstützungen an kinderreiche Familien, die Wohnungs- und Lohnfrage. An ihr werden dann dem gesamten Volksleben neue sittliche und persönliche Kräfte zuströmen, die sich im geschätzten Kreis der Familie entwickeln konnten.

Die auch anderweitig verlangte noch größere Unterordnung des Einzelwillens unter Staatszwecke könnte mit der Zeit zu einem allgemeinen Untergang jeder schaffenden Persönlichkeit — besonders der kleineren — führen. Der einzelne, seiner Kraft bewußt, müßte sich fragen, ob er sein Ich dem Staate opfern will. Durch die Geringschätzung jeden Persönlichkeitswertes würde sich der Staat ein Durchschnittsproletariat aller Stände ohne eigenes Urteil im öffentlichen Leben heranzüchten. Und es würde schließlich so weit kommen, daß nur ganz Wenige (sehr viele waren es nie) die Schicksale des Volks zu bestimmen hätten, gestützt und blindlings gefolgt von einer indifferenten, herdenartigen Masse.

Der bewußte Einzelwille, der aus eigener Anschauung und Beobachtung der Vorgänge sein Urteil bildet, aber zu einer großen führenden Rolle im Staatsleben nicht bestimmt ist, wird eigene Wege gehen. Er ist unerwünscht; also beschränkt er sich auf Ausbildung und Entwickelung seiner inneren Kräfte, wendet seinen Willen auf die Entfaltung persönlicher Gemütswerte an. Im öffentlichen Leben wird er nicht hervortreten aus der ungezählten Menge der Vielen, Allzuvielen, die ohne eigenes Urteil in völkischen Fragen mechanisch angelernte Formeln nachsprechen. Wir haben in allen Ständen und Gesellschaftsschichten, in allen Berufen und Gewerken, in Politik und Literatur Überzahl an unfruchtbaren Kriechern und verächtlichen Nachbetern ohne eigene Meinung. Vor dem Kriege hielten viele bedeutende Köpfe sich aus verschiedenen Gründen vom öffentlichen Leben fern. Teils aus tadelnswerter Trägheit, teils aus Abscheu (gerechtem) vor dem häßlichen Ton, den der politische Kampf in der Zeit vor dem Kriege angenommen hatte. Und nicht Wenige deshalb, weil sie eine freie, von Parteisatzungen unabhängige Ansicht in öffentlichen Dingen verpönt sahen. Nicht die Ent-Persönlichung darf das Ziel eines wagenden Staatslenkers sein. Er muß diese auseinanderstrebenden Sonderwillen durch zielbewußte Erziehung die ihm nutzbringende Richtung weisen. Die wenig Aufrechten, die sich durch materielle und ideelle Fährnisse ohne Einbuße an Persönlichkeit gebracht haben, sollen uns ein Gegenstand der Freude sein. Ein gesundes politisches Leben ist unmöglich, in dem nicht jeder sich seines Selbst bewußt ist. Eigenes Urteil über Wahr und Falsch, Mißtrauen und Vertrauen aus eigener Kraft und Erfahrung nicht auf höheren Befehl wollen wir dem neuen deutschen Volke wünschen.

Im kommenden Frieden werden wir Jahre hindurch einen harten Kampf um unsere wirtschaftliche Existenz zu führen haben. Dazu brauchen wir ganze Männer, die sich ihres Eigenwertes bewußt sind. Die den nötigen Mut und genügend „Civilcourage" haben, aus eigener Einsicht heraus eine von ihnen als wahr erkannte Ansicht frei zu bekennen. Die sich nicht durch starres Parteiprogramm den Mund verschließen lassen. Sie werden dem Staate geben, was des Staates ist und für ihre Persönlichkeit verlangen, was er ihr schuldet: Freiheit und Entwickelung. Schützengraben und Trommelfeuer bürgen mir dafür. Der Staat hat die Pflicht dem einzelnen Willen die Möglichkeit selbständiger Entfaltung zu verschaffen. Der vernünftige Mensch kann einfach nicht das angeborene Recht auf sein Ich preisgeben. Es ist für ihn das einzige Eigentum, dessen unbedingten Besitz ihm kein Gott und keine Welt schmälern darf. Dieses Recht sollte der Staat nicht untergraben. Er kann die Sonderwillen zusammenfassen und sie so leiten, daß sie zu dem Leibnizschen Gedanken einer „Geistesrepublik" zusammenfließen. Bei der reichlich im kommenden Frieden eintretenden Mechanisierung des staatlichen und mehr noch des wirtschaftlichen Lebens möge der Staat Fichtes Worte nicht vergessen:

Digitized by Google

„Das Recht zu Ich ist das Grundrecht, das jedem einzelnen verbürgt sein muß.“ Wir dürfen hoffen, daß unser deutsches Volk nach den schwersten Erfahrungen dieses Völkerkrieges persönlich genug sein wird (auch jeder in seiner eigenen Person), seine Pflicht zu wollen.“

Das „perfide Albion“. Nach der gewöhnlichen Annahme (vergl. Büchmann, Geflügelte Worte) ist das „perfide Albion“ ein Schlagwort der französischen Revolution, das seinen Ursprung hat in der Enttäuschung der republikanischen Franzosen über den Anschluß Englands an das gegen Frankreich gerichtete Bündnis der Großmächte nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. Nach dieser Zeit begegnen wir häufig den Ausdrücken wie perfidie anglaise, perfide Anglois, ile perfide usw. in der französischen Literatur. Immer wieder fand seitdem das Wort Nahrung an den historischen Ereignissen, vor allem durch die Behandlung, welche die Engländer dem gefangenen Napoleon zuteil werden ließen. In neuerer Zeit (vergl. H. Spies, Deutschlands Feind 1915) ist es nun gelungen, die perfida gens Britonum bereits bei dem italienischen Gelehrten D. A. Muratorie (1672—1750) nachzuweisen, der diesen Ausdruck in seiner Chronik von Este auf das englische Reiterfähnlein anwendet, das 1370—78 in päpstlichen Diensten stand. Tatsächlich ist aber das Wort noch viel älter, bezeichnenderweise so alt, als überhaupt die Sitte reicht, Nationen zu charakterisieren. Mit der Charakteristik der einzelnen Nationen befaßten sich seit der Antike als erste wieder in moderner Zeit die Humanisten, die dabei von den römischen Geschichtschreibern ausgingen. Einer aus ihrem Kreise, der berühmte in Riva geborene Humanist Julius Caesar Scaliger, eine Persönlichkeit von völlig internationalem Anstrich, der in Frankreich und Deutschland eben so gut zu Hause war wie in Italien, ist es denn auch gewesen, der in seinen „Sieben Büchern der Poesie“ (Poetices Libri Septim, III. Kap. 17) mit der epigrammatischen Kürze eines Tacitus eine noch heute in vieler Hinsicht zutreffende Charakteristik der Engländer gegeben hat, die mit dem Worte „Perfide“ anhebt: Angli perfidi, inflati, feri, contemptores, stolidi, amentes, inertes, inhospitales, immanes. (Die Engländer: perfide, aufgeblasen, wild, alles verachtend, dumm, dreist, unsinnig, träge, ungastlich, unmenschlich.) Eine solche Charakteristik läßt uns auch mit Interesse auf seine Beurteilung der übrigen Nationen blicken. Am schlimmsten unter ihnen kommen die Italiener weg: Itali cunctatores, irisores, factiosi, alieni sibi ipsis, bellivosi, coacti, servi, ut ne serviant, de contemptores. (Italiener: Zauderer, Spötter, neigen zu Parteiungen, kennen sich selbst nicht, haben Freude am Krieg, unfrei, knechtig und Verächter Gottes.) Günstig die Franzosen: Galli ad rem attenti, mobiles, leves, humani, hospitales, prodigi, lauti, bellicosi, hostium contemptores, atque iccirco sui negligentes, imparati, audaces, cedentes, labori, equites omnium longe optimi. (Gallier: sind aufgeweckt, wankelmütig, leicht bewegt, menschlich, gastfreundlich, verschwenderisch, kriegslustig, sie verachten den Feind und kümmern sich darüber nicht um sich selbst, sie bereiten sich nicht vor, sie sind kühn, arbeitsam, ausgezeichnete Reiter. Am günstigsten die Deutschen. Germani fortes, simplices, animarum prodigi, veri amici, verique hostes. (Deutsche: tapfer, einfach, von aufopferndem Gemüt, aufrichtige Freunde und Feinde.)

Die Bauernfrage in Rußland. Rußland hat augenblicklich zwei Regierungen, das Kabinett Lwow und den Arbeiter- und Soldatenrat. Ersteres stützt sich auf die oberen Schichten, während letzterer die breiten Massen des Volkes vertritt. Adel, Großgrundbesitz, Handel, Industrie und Intelligenz stehen auf seiten des Kabinetts Lwow, während die Arbeiter, die niederen Staatsbeamten, die Kommunalangestellten, die revolutionären Soldaten und Teile der Bauernschaft den Arbeiter- und Soldatenrat stützen. Wie scharf dabei die Gegensätze dieser beiden Regierungen aufeinanderprallen, geht aus folgendem Zitat der sozialistischen Zeitung „Prawda“ hervor: „Die provisorische Regierung ist nicht anzuerkennen, ihrem Wesen nach ist sie eine Bourgeoisregierung, darum können wir mit ihr nichts gemein haben. Wir brauchen eine Dik-

Digitized by Google

tatur des Proletariats und der Bauernschaft. Immer klarer wird es, daß den endgültigen Sieg diejenige Gruppe in Rußland erringen wird, die es versteht, die Bauern für sich zu gewinnen. Denn 85 Proz. der Gesamtbevölkerung wohnt noch im Dorfe. Für den Bauer treten aber alle Verfassungsfragen vor der Frage der Landzuteilung in den Hintergrund. Es „riecht" in Rußland wieder einmal nach Land. Dann wird der Bauer unruhig und fängt zu sengen und brennen an, um den Gutsbesitzer vom Lande zu vertreiben. Welcher Partei es daher gelingen wird, die Bauern durch Versprechungen zu ködern, die bekommt die Macht der konstituierenden Versammlung in die Hände. Noch ist es schwer zu sagen, wem dieser Fang glücken wird. Die Kadetten unter Miljukow und die Sozialrevolutionäre unter Kerenski (während der zarischen Regierung versteckte sich diese Partei unter der Maske der Arbeitsgruppe) werden beim Wahlkampfe ein verzweifeltes Ringen um die Seele des russischen Bauern beginnen. Da die sozialrevolutionären Elemente seit jeher mit ihrer Propaganda ins Dorf gegangen sind, so dürften sie dem bäuerlichen Empfinden näher stehen, als die städtische Intelligenz, die die Kadetten vertreten. Es machen sich aber auch unter der bäuerlichen Bevölkerung Stimmen bemerkbar, die für die Bauern eine selbständige Organisation schaffen wollen, um dem zukünftigen Rußland den bäuerlichen Stempel aufzudrücken. Alle Fragen: Monarchie oder Republik, Krieg oder Frieden, treten hinter der Landfrage zurück. Erst von dieser Grundlage aus werden die jetzigen Vorgänge in der russischen Revolutionsbewegung verständlich. Wohl konnten nämlich die Arbeiter und Soldaten das morsche Staatsgebäude des Zarismus stürzen, den neuen Staat aber aufbauen kann nur derjenige, der den Bauer gewonnen hat. Noch aber hat das Dorf nicht gesprochen. Nur eins ist klar, die „Zaretreue" der Bauern ist ein westeuropäisches Märchen, das in Rußland unbekannt ist. Haben doch die Bauern in die erste und zweite Duma, die ein demokratisches Wahlrecht besaß, so gut wie nur revolutionäre Elemente hineingewählt, die vor allem die Aufteilung des Großgrundbesitzes verlangten. Diese kommunistische Grundstimmung der Bauern hat sich auch in den letzten zehn Jahren nicht geändert.

Tartarennachrichten. Ein Teil der deutschen Presse gefällt sich heute darin, die Reuterdepeschen aus und über Amerika kommentarlos und in möglichst sensationeller Aufmachung dem Publikum vorzusetzen. Damit werden in einer ganz unangebrachten Weise aber die Massen des deutschen Volkes aufgeregt.

Wie oft hört man heute, daß Amerika eine Milliarde Dollar oder eine Million und mehr Soldaten England zu Hilfe schicken will, oder daß die gewaltige amerikanische Flotte England im Kampfe gegen Deutschland unterstützen wird und was derartige Märchen mehr sind. Von dem Durchschnittsleser kann man selbstverständlich nicht beanspruchen, daß er die amerikanischen Verhältnisse genügend kennt, um zu wissen, daß es sich bei allen diesen Tartarennachrichten lediglich um Reuterlügen oder echt amerikanischen „Bluff" handelt. Die Pflicht der Presse aber wäre es, das Volk aufzuklären, daß Amerika nicht imstande ist, England und seinen Verbündeten die gemeldeten Riesensummen an Mannschaften zur Verfügung zu stellen. Die Fortlassung solcher erläuternder Kommentare macht aber die deutsche Presse zu Mitschuldigen bei der Verbreitung der Reuterlügen, und sie begeht an dem deutschen Volke ein Verbrechen, indem sie es dadurch an Gefahren glauben macht, die gar nicht bestehen.

Aber die Angelegenheit hat noch eine ernstere Seite. Als Reuter mit Ausbruch des Krieges seinen Lügenfeldzug gegen Deutschland eröffnete, um das gesamte neutrale Ausland zur krassesten Deutschfeindlichkeit aufzuhetzen, sah sich Deutschland gezwungen, auch dagegen anzukämpfen. Mit großer Mühe und erheblichen Kosten gelang es Deutschland dann auch schließlich, das Reutersche Lügengewebe zu zerreißen und dem Auslande durch sachgemäße Berichte eine einigermaßen bessere Ansicht über Deutschland beizubringen. Jetzt aber geht ein Teil der deutschen

Digitized by Google

Presse hin und vertreibt nun gar selbst kommentarlos die früher von ihr als Lügenmeldungen gebrandmarkten Reuterdepeschen. Viele derselben tragen für die Kenner amerikanischer Verhältnisse Erfindung, Lüge und Entstellung offensichtlich aufgeprägt. Man findet anscheinend in den Schriftleitungen dieser Blätter nichts dabei, daß man sich heute selbst dazu hergibt, die unsinnigsten Reutermeldungen über Amerika zu verbreiten. Kein einzige dieser scheint bisher auf den Gedanken gekommen zu sein, daß man dadurch nicht nur Reuter, sondern vor allen Dingen England selbst den größten Dienst und Gefallen erweist. Jede von und über Amerika hier anlangende Reuterdepesche ist vor allen Dingen darauf zugeschnitten und berechnet, ein scharfes Echo in Deutschland zu wecken. Jede deutsche Äußerung aber wird sorgfältig von Reuter gesammelt, in passender Weise im Auslande verbreitet und für weitere Hetzarbeit dort ausgenutzt.

Damit nutzt man aber doch lediglich England. Andererseits aber beweisen die deutschen Blätter dem Auslande dadurch, daß sie selbst, trotz aller Proteste, den Reuternachrichten auch heute noch viel mehr Bedeutung beimessen als sie verdienen.

Eine weitere Folge wird aber auch noch die sein, daß Reuter sorgfältig alle die deutschen Zeitungen sammeln wird, die heute seine Lügendepeschen kommentarlos verbreiten. An der Hand dieser wird Reuter dann dem Auslande zu beweisen versuchen, daß seine Nachrichten auch heute noch in Deutschland nicht nur nachgedruckt, sondern auch geglaubt werden wie die kommentarlose Wiedergabe in der deutschen Presse beweist.

Dadurch werden aber auch die bisher von dem deutschen Aufklärungsdienste im Auslande erzielten Erfolge nicht nur glattweg wieder vernichtet, sondern auch das Ansehen der Reuterbureaus neuerdings wieder gehoben.

Neuerscheinungen

Übersicht über die Berichtswoche (8.—14. April).

Die Kriegsliteratur zeigt das seit Wochen gewohnte Bild. Bücher aus dem Felde sind selten geworden. Nur noch Nachzügler (die aus der Gefangenschaft zurückgekehrt sind, darunter gleich zwei aus Leidensfahrten in Rußland) und Sammelbücher, wie das über die Fahrten des Kaisers ins Feld und von den deutschen Truppen an der Düna, melden sich zum Wort. Auch politische Probleme werden nur vereinzelt erörtert. Das amerikanische durch einen vorurteilsfreien Deutsch-Amerikaner, das Baltenproblem von O. v. Dungern, vom österreichischen Standpunkt die vielumstrittene Triester Frage. Für die Beurteilung der englischen Politik im allgemeinen von Wert ist die Sammlung: Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens. Das Osterfest mag es mit sich gebracht haben, daß die ethisch-religiöse Literatur diesmal in den Vordergrund tritt. Eine Schrift — Krieg und Goethes „Faust" — erinnert an den Osterspaziergang freilich nur unangenehm; Goethes Dichtung ist nicht dazu da, den Treubruch Italiens, Handel- und Seeräuberei, Selbstsucht Amerikas, Kriegswucher und Luftfahrtwesen mit ihren Versen zu belegen. Neben dieser Verirrung nimmt sich der Beitrag eines unbekannten Pastors für die siebente Liebesgabe deutscher Hochschüler doppelt erfreulich aus: er mahnt zur Ausbildung der schlummernden Kräfte der Menschheit und sieht die Mittel dazu in gesammelter Ruhe, in der Besinnung auf sich selbst. Denn nur „aus der heiligen Stille wächst ewige Kraft". Ein Zeugnis für den Ernst, mit dem manche Verse des Krieges der wahren Stimmung Ausdruck gegeben haben, ist das Buch von der Frömmigkeit der deutschen Kriegslyrik. Es ist ein seltsamer Zufall, daß die Verse der Arbeiterdichter (Petzold, Barthel, H. Lersch, O. Wohrle) so stark aus der Reihe der Kriegslyriker heraustreten. Sehr nachdenklich machen die Zahlen der Studiengesellschaft für die sozialen Folgen des Krieges über die Bevölkerungsbewegung im Kriege, wenn auch Deutschland gegenüber dem mit ihm verglichenen Frankreich nicht gleich schwer getroffen ist. Für die Fragen, die sich schon heute in die ungewisse Zukunft hineinrichten, ist die nach der Voraussetzung des Donau-Main-Rhein-Kanals die wirtschaftlich und politisch bedeutendste. Der Plan H. Peus' für eine Weltanschauungsorganisation mutet gegenüber dieser nüchternen Sachlichkeit erst recht hochherzig ideologisch an, so daß man auch

Digitized by Google

über den gleichzeitig unternommenen Versuch, die Weltsprache wieder aufleben zu lassen, geht hinwegsieht. Um die wichtigste Frage der Zukunft, die Neugestaltung unseres Bildungswesens bemüht sich W. Rein, der sich tapfer für das einheitlich gedachte Schulsystem einsetzt, das er vorsichtig und praktisch „sorgfältig an das geschichtlich Gewordene anknüpfen zu können meint". Eine Hamburger Schrift erinnert durch die Forderung wissenschaftlicher Fundierung des wirtschaftlichen Lebens Hamburgs an die alten Universitätspläne, die durch die Schrift auf das praktisch durchführbare und wünschenswerte Maß eingeschränkt werden. Daß auch in England der Krieg das Bildungswesen aus seiner Friedensruhe aufgescheucht hat, zeigt die Übersetzung einer Reihe von englischen Äußerungen zum naturwissenschaftlichen Unterricht. Zukunftsaussichten geben auch einige der Gegenwartserscheinungen der Schönen Literatur. Eine Schrift stellt zu unserer Genugtuung fest, daß das deutsche Volkslied auch in der Gegenwart nicht abgestorben ist. Daß unsere Liebe zum Heimatboden durch den Krieg tiefer geworden ist, beweist das Heimatbuch „Stimmen der Heimat" und die Zusammenfassung der Osterbräuche und des Osterglaubens. Die Sammlungen der zeitgenössischen Schriften werden weiterhin unentwegt durch beschauliche, freundliche Bücher (von S. Fischer — Reuß & Itta, Konstanz) fortgesetzt, durch Äußerungen von Stürmern und Drängern (von Kurt Wolff), dessen technisch bemerkenswert wohlfeiler Almanach mit ihnen auch eine Reihe von abgeklärten Begabungen vereinigen kann. Eine Neuausgabe von Carlyle, Essays on German literatur leitet die Gedanken zu den vergangenen ungehemmten geistigen Beziehungen zwischen deutscher und englischer Kultur, Neuausgaben von Schiller und Körner an eine fruchtbare Zeit unseres Volkes. Auch die wissenschaftlich volkskundlichen Bücher aus Ost-Turkestan wirken heute wie eine Nachlese aus der Zeit internationalen wissenschaftlichen Verkehrs. Nur für die Auswahl aus Zwinglis Werken dürfte man uneingeschränktes Interesse bekunden.

Volkswirtschaft

Donau-Main-Rhein-Großschiffahrtsweg. Bearbeitet von Friedr. Karl Zahn. Unterrichtet über die technischen und finanziellen Grundlagen für den geplanten Ausbau.

Die Selbsthilfe der arbeitenden Klassen durch Wirtschaftsvereine und innere Ansiedelung. Mit einem Geleitwort von C. J. Fuchs, Herausgeber der Zeitschrift „Janus". (Wilh. Langguth, Eßlingen.) 75 S. Neudruck der im Jahre 1848 in Berlin erschienenen anonymen Schrift, deren Verfasser vermutlich Professor V. A. Huber ist. Enthält sozial-reformatorische und genossenschaftliche Gedanken und Pläne, durch die Huber ein Pionier für die Lösung der sozialen Frage gewesen ist.

Volkskunde

Volkskundliches aus Ost-Turkestan. Von A. v. le Coq, und einem Beitrag von O. v. Falke. Mit zahlreichen Abbildungen (Dietrich Reimer, Berlin.) Preis M. 25.—. Wissenschaftliche ethnographische Aufzeichnungen von der preußischen Turkan-Expedition mit ausgezeichneten Lichtdrucktafeln.

Heinrich Sohnrey: Osterfeuer. (Deutsche Landbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin.) 98 S. Zusammenstellung von Osterbräuchen, Osterglauben zur Pflege heimatlicher Art.

Jakob Oettinger: Methoden und Kapitalbedarf jüdischer Kolonisation in Palästina. (Jüdischer Verlag, Berlin.) 111 S. Erörtert Methoden, Wirtschaftsfragen und Kostenanschläge für Kolonistenbetriebe nach dem Gesamtplan der jüdischen landwirtschaftlichen Besiedelung Palästinas.

Adolf Böhm: Der jüdische Nationalfonds (Jüdischer National-Fonds, Haag.) 76 S. M. Abb. Entwickelt Anlage, Aufgabe des jüdischen Nationalfonds, seine Tätigkeit in Palästina, seine Organisationen und Propaganda.

Geschichte

Zwingli. Abschnitte aus seinen Schriften, ausgewählt und übersetzt von Chr. Graf (Pfarrer in Zürich). Eine Jubiläum-gabe der Züricher Kirche zur 400jährigen Reformationsfeier. 126 S. mit 2 Bildnissen. Pappband 2 Fr. (Orell Füßli, Zürich.) Gute Blütenlese aus Zwinglis Schriften.

Erziehung

Wilhelm Rein: Zur Neugestaltung unseres Bildungswesens. Tatflugschrift 19. (Eugen Diederichs, Jena.) Kämpft mit guten Gründen für Fortbildung des nationalen Schulwesens im Sinne eines einheitlich gedachten Schulsystems.

H. Großmann: Englands Kampf um den naturwissenschaftlichen Unterricht. (Ferdinand Enke, Stuttgart.) 69 S. Zeugnisse für die durch den Krieg in England allgemein geworden Erkenntnis der Notwendigkeit intensiver Pflege der Naturwissenschaften.

Wilhelm Osbahr: Hamburg am Scheidewege. (Georg Westermann, Hamburg.) 70 S. Preis M. 1.—. Verlangt zur Förderung der naturwirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Geltung Hamburgs enaere Verflechtung mit volkskulturwirtschaftlichen Studien.

Franz Leonhard: Auslegung und Auslegungsnormen. (N. G. Elwertsche Verlag, Marburg. Marburger Akademische Reden Nr. 1.) 30 S. „Die Sicherheit des Rechts verlangt, daß

ohne Rechte durch die Anwendungsnormen feste Schranken gezogen werden."
Heinrich Peus: Kämpfen und doch glücklich sein. (Verlag Unesma, Leipzig.) 16 S. Pläne für eine Weltanschauungsorganisation.
Emil Felden: Im Strome von Zeit und Ewigkeit. (Verlag Unesma, Leipzig.) 124 S. Andachtsbuch „für Menschen, die auf dem Boden einer wissenschaftlichen, also einheitlichen Weltanschauung stehen".
Morgenglanz der Ewigkeit. Jahrbuch für religiöse Lyrik. (Müller & Fröhlich, München.) 229 S. Anthologie ungedruckter Gedichte lebender Verfasser auf dem Gebiet religiöser Lyrik.

Schöne Literatur

Friedrich Schlegel: Anfangspunkte des christlichen Nachdenkens. (Hans Sachs-Verlag, München.) 103 S. Preis M 2.30. Neuausgabe eines erst 1910 als ein Werk Schlegels erkannten Aufsatzes, der eine Art katholischen Glaubensbekenntnisses und eine Interpretation zum cherubinischen Wandersmann des Angelus Silesius darstellt.
Körners Werke. Erschienen in neuer kritisch durchgesehener und erläuterter Ausgabe durch Hans Zimmer in gewissenhafter Auswahl und Wiedergabe im Bibliographischen Institut, Leipzig. 2 Bde.
Thomas Carlyle: Essays on German Literatur. (Tauchnitz Edition, Leipzig.) 310 S. Preis brosch. M. 1.60. Essays über Jean Paul Friedrich Richter, Luther, Schiller, Nibelungen-Lied.
G. Kentenich: Das deutsche Volkslied der Gegenwart. Mit einem Melodienanhang. (Lintzsche Buchhandlung, Trier.) 31 S. Preis M —.80. Zeigt, daß die Klage über angebliche Verrohung des Volksgesanges übertrieben ist.
G. A. Müller: Die Stimme der Heimat. (Hugo Schmidt Verlag, München.) 278 S. Preis M 4.—. Sympathisches Heimatbuch aus dem Süden Deutschlands.
Hertha Koenig: Die kleine und die große Liebe. Roman. (Fischers Romanbibliothek. VII. Reihe.) Geb. M. 1.—, in Leinen M. 1.25. Eine ernste, warme Geschichte aus der norddeutschen Heide.
„Die Zeitbücher". Sammlung der Verlagsanstalt Reuß & Itta, Konstanz a. Bodensee (herausgegeben von Walter Jerven) bringt eine neue Reihe der geschmackvollen kleinen Bändchen (jedes geb. 50 Pfg.). Leonhard Adelt schreibt über sechs Dichter (Hille, Dehmel, Scholz u. a.). Ferdinand Künzelmann sammelt Geschichten und Bilder unter dem Titel „Frühlingszaun", Hermann Weinhart „Phantastische Nachtstücke". Kurt Münzer gibt die Erzählung: „Die Heimkehr des Tobias Hug", O. E. Sutter eine kleine Sammlung von Geschichten heraus. Alles gut gewählte Literatur.
Vom Jüngsten Tag. Ein Almanach neuer Dichtung 1917. (Kurt Wolff Verlag, Leipzig.) 270 S. M. —.80, geb. M. 1.50. Zweite veränderte Ausgabe. Vereinigt eine Anzahl Dichter der jüngeren Generation aus dem Verlag Wolff und Beispiele zeitgenössischer Kunst. E. Stadler, G. Heim, G. Trakl, F. Werfel ragen besonders hervor. Im übrigen als Einblick in das jüngste Schaffen reizvoll.
Der jüngste Tag. (Reihenfolge von Büchern der jünsten Dichter.) Jeder Band geh. M. —.80, geb. M. 1.50. (Kurt Wolff Verlag, Leipzig.) Neue Bände: 26. Carl Sternheim, Meta (Erzählung). 27/28. Albert Ehrenstein (Novellen). 29/30. Franz Werfel (Gesänge aus den drei Reichen). 31. Mynona (Schwarz-Weiß-Rot. Grotesken). 32. Max Brod (Eine Gespenstergeschichte). 33. Ludwig Rubiner (Gedichte). 34. Franz Kafka (Eine Geschichte). 35. Gottfried Benn (Novellen). 35. Ernst Wilhelm Lotz (Gedichte).

Kriegsliteratur

E. Schwartz: Weltreich und Weltfriede. Ein Vortrag. (J. Trübner, Straßburg.) 24 S. Erörtert die Idee des Weltreiches und des Weltfriedens an Hand der antiken (römischen und griechischen) Geschichte.
Karl Gutmann: Sittliche Bedingungen nationalen Gedeihens. (Max Kellerers Verlag, München.) 32 S. Preis M. —.60. Verlangt Läuterung unseres politischen, religiösen, künstlerischen Lebens als Vorbedingung eines deutschen Aufstieges.
Vom deutschen Geist. Fünf Abhandlungen aus der Sammlung „Der Weltkrieg". (Volksvereins-Verl. M. Gladbach.) 88 S., br. M. 1.—. Christus und der Krieg (Förster) — Stille Gedanken im Weltkrieg (Maresch) — Krieg und Kultur (Hoeber) — Krieg und Kunst (Simon) — Der deutsche Idealismus und der Weltkrieg (Dyroff).
Herm. Platz: Krieg und Seele. (Volksvereinsverlag, M. Gladbach.) 62 S., br. M. 1.20. Betrachtungen über die Kulturnöte der Seele vor dem Krieg und den Einfluß der Kriegsereignisse und des Lebens im Krieg auf den Geist des einzelnen und der Gesamtheit. „Der Sinn unserer Zeit ist Wiedergeburt."
Prof. Dr. A. Harnack: Vom Reiche Gottes. Predigt im akadem. Gottesdienst in der Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche in Berlin, 4. III. 17. (Martin Warneck, Berlin.) 11 S. M. —.20.
Otto Herpel: Die Frömmigkeit der deutschen Kriegslyrik. (Alfred Töpelmann, Gießen.) 182 S. Preis M. 5.—. Untersucht die deutsche Kriegslyrik auf ihre Frömmigkeit und stellt die Art dieser Frömmigkeit ausführlich dar. Gang

Digitized by Google

durch die Kriegslyrik und die durch den Krieg geschaffenen Wandlungen der Weltanschauung. Dadurch Monographie der modernen Religion und Ethik.

Edgar Bertin: Krieg und Goethes „Faust". (Xenien-Verlag, Leipzig.) 23 S. Preis M. —.50.

Werdet zu Stahl! Ein Aufruf von Joh. Haecker. (E. Runge, Berlin, Lichterfelde.) 23 S. M. —.20.

Kurt Riedel: Germanen der Zukunft. (Sis-Verlag, Zeitz.) 13 S. Preis M. —.30.

Charles A. Collmann: Die Kriegstreiber in Wall Street. (Schick & Co., Leipzig.) 88 S. Sucht nachzuweisen, daß die Wallstreet-Millionäre zum Kriege gedrängt haben. Weiterer Beitrag zur Erkenntnis der plutokratischen Verflechtung des Krieges.

Otto von Dungern: Balkan-Probleme. (Max Kellerers Verlag, München.) 40 S. M. —.75. Mit dem Willen zum Nationalstaat in seiner strengsten Form „als wirtschaftlichem und politischem Volksideal müssen wir Deutschen in Zukunft uns abfinden."

Johann Androvic: Die Triester Frage in ihrem Verhältnis zu Österreich und Italien. (Leykam, Komm.-Verl., Graz.) 136 S., br. M. 1.20. Sucht die Triester Frage „vom realpolitischen Gesichtspunkt zu beantworten". „Den Interessen des Triester läuft ein Anschluß an Italien direkt zuwider."

Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens. (Verl. „Der Neue Orient", Berlin.) 182 S. M. 1.—. Zeugnisse für die Bedrückung Persiens durch England und Rußland mit Verwertung des im Konsulat von Schiras gefundenen Beweismaterials.

Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. Deutschland und Frankreich. Bulletin der Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges. (Kopenhagen 1917.) 147 S. Betrachtung des Einflusses des Krieges auf das Bevölkerungsproblem, durchgeführt an den Beispielen Deutschland und England. Als Bevölkerungsstand wird berechnet für Deutschland vor dem Kriege 67,8 Millionen, nach drei Jahren Krieg 66,5 Millionen. Für Frankreich 39 Millionen, nach drei Jahren Krieg 36,8 Millionen.

Was fordert der selbständige kaufmännische Mittelstand zur Behebung der ihm durch den Krieg entstandenen wirtschaftlichen Schäden? Vortrag von Dr. W. Tewes. (Verbd. kath. kaufm. Vereinig. Deutschlands, Essen.) 23 S. Forderungen zur Fürsorge für den kriegsbeschädigten Kleinhandel und die Neuregelung der Kreditverhältnisse im kaufmännischen Mittelstand.

Kriegsfürsorge für die Angestellten in Handel und Industrie. (Verlag des Verbandes kath. kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, Essen.) 42 S. Anregungen und Vorschläge für Invaliden- und Kriegsteilnehmer-Fürsorge.

Taschen-Atlas aller Kriegsschauplätze. (24 Übersichts- und Sonderkarten. Verl. L. Schwan & Co., Berlin C 14.) Preis M. —.25, bei Sammelbestellungen von 10 Stück an M. —.15. In Anbetracht des billigen Preises zu empfehlen.

Deutsche Truppen an der Düna, Herbst 1916. Von Karl Mönckeberg, Ltn. d. Res. (Deutsche Verlags Anstalt, Stuttgart.) 52 S. M. —.20. Mit 12 Abb. Erzählt von Land und Leuten, schildert das Gefecht bei Glaudon und Gornz, erzählt aus dem Leben hinter der Front und unter der lettischen Bevölkerung.

Bogdan Krieger: Der Kaiser im Felde. Mit 80 Abb. (Kameradschaft, Wohlfahrtsgesellschaft, Berlin.) 412 S. Darstellung aus Originalberichten, urkundlichem Material und zuverlässiger Kriegsliteratur. Erste vierteljährliche Zusammenfassung der Fahrten des Kaisers zur Front.

Die Abenteuer des Ostseefliegers. Von Ltn. zur See Erich Killinger. (Ullstein & Co., Berlin.) 185 S. M. 1.—. Geschichte eines Fliegers, der gefangen genommen, durch die Mandschurei, China, Japan, Amerika und England sich nach Deutschland rettete.

Der Mordversuch an Oberleutnant zur See Crompton. (Leipzig 1917, S. Hirzel.) 34 S. Preis M. —.80. Darstellung der in der Presse viel diskutierten Versenkung von U 41.

Hans Zuchhold: Aus der Hölle empor. (August Scherl, Berlin.) 145 S. M. 1.—. Erzählung eines deutschen aus russischer Gefangenschaft Ausgetauschten.

Als deutscher Spion kriegsgefangen in Rußland. (Verl. Boll & Pickart, Berlin.) 106 S. Schilderung der Leiden eines kriegsgefangenen Deutschen in Rußland.

Lug ins Land. Siebente Liebesgabe deutscher Hochschüler für die Studenten im Felde. (Furche-Verlag, Berlin.) 250 S. Beiträge zur wirtschaftlichen, kulturellen Einzelforschung und über sittliche Erziehung.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 1.—. Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.90. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 27. April 1917 · Heft 17

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Die radikale Linke und die Revolution in Rußland

Von Dr. Paul Rohrbach

Rußland ist vor dem Kriege bei uns nicht verstanden worden, als mit Händen zu greifen war, daß es den Krieg auf kürzeste Sicht vorbereite, während wir auf russische Geschäfte ausgingen und Verständigungen für möglich hielten — es wurde weiter im Kriege nicht und es wird auch jetzt wieder nicht verstanden. Von der Menge der politischen Fehler, die also in der russischen Frage möglich sind, werden wir wohl nur die wenigsten vermeiden, und auch die nicht so sehr aus Einsicht, wie aus Zufall. Jedenfalls wäre es schwer zu sagen, auf welchen der Faktoren, die sich jetzt aktiv mit unsrer russischen Politik befassen, man auf Grund geleisteter Proben ein besonderes Vertrauen setzen sollte. Ich fürchte, nicht einmal unsere sozialdemokratischen Führer haben vollen Einblick in die russischen Dinge. Ihre Bestrebungen sind wertvoll und verdienen Interesse und alle Unterstützung, aber die Herren täuschen sich, scheint es, darüber, was ihre Gesinnungsgenossen drüben, die in der Duma nur 14 Abgeordnete zählen, gegen die feindlich gerichteten Kräfte vermögen.

Die russische Sozialdemokratie kann auf absehbare Zeit keinen kräftig fortdauernden Einfluß in der Politik Rußlands erhalten, weil Rußland eben kein Industriestaat ist und auch noch sehr lange keiner werden wird. Sozialdemokratische Stimmen und Abgeordnete gibt es in dem agrarischen Rußland ausschließlicher als anderswo nur in dem Industriebezirke und den großen Städten. Auf diese gestützt, kann aber eine Partei in Rußland nicht die Mehrheit oder einen nennenswerten Teil der Parlamentssitze gewinnen, denn zwischen 80 und 90 % der Bevölkerung wohnt auf dem flachen Lande. Bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht muß in Rußland die Masse der Bauernstimmen alles andre erdrücken. Die Bauern aber können mit ihren Stimmen zwar einer sozialrevolutionären Partei zum Siege verhelfen, wie sie das bei den Wahlen zur ersten und zweiten Duma (1906) schon getan haben, und wie sie es noch viel entschiedener tun werden, sobald jetzt die konstituierende Duma gewählt wird; aber die Sozialdemokratie hat wenig von ihnen zu erwarten. Der

Digitized by Google

Bauer will mehr Land, weniger Steuern und Freiheit vom Druck der „Obrigkeit", die ihn aussaugt. Vor allen Dingen will er Land, Land und nochmals Land. Alles andre ist ihm verhältnismäßig gleichgültig; Sozialdemokratie und Zarismus machen da für die Meisten noch keinen großen Unterschied.

Die augenblickliche Stellung der Sozialdemokratie in Rußland, die viel bedeutender ist, als man nach dem Gesagten erwarten sollte, beruht darauf, daß in den Straßenkämpfen, die zum Siege der Revolution führten, die Petersburger Garnison sich mit den Arbeitern verbrüderte, „die ausgezogen, um Brot zu suchen und die Freiheit nach Hause brachten". So sagt es die „Nowoje Wremja" und so bestätigt es indirekt Miljukow in seiner Rede, in der das Wort fiel: noch am Morgen der Revolution habe er geglaubt, in einer Viertelstunde werde der Spektakel vorbei sein! Der Übergang der Truppen zu den Arbeitern entschied zugleich den Sieg der Revolution und die Abhängigkeit des Blocks, der Dumamehrheit, von den Radikalen. Der Block wollte seine Revolution mit Rußki, Alexejew und Buchanan machen, aber die Arbeiter machten sie schneller mit der Garde, die von ihren Studentenoffizieren revolutioniert worden war. Das ist der Grund dafür, daß die Sozialdemokraten bei der Revolution überhaupt eine so starke Rolle spielen konnten. Ihre Stärke dauert genau so lange, wie ihre Einigkeit mit der Petersburger Garnison (Arbeiter- und Soldatenrat), und so lange, wie sie selbst und die Truppe in der Hauptstadt ihre Unabhängigkeit gegen Überredung, Geld, Druck oder bewaffnete Gewalt von anderer Seite bewahren.

Wie ist nun in dieser Beziehung heute die Lage? Die russische Sozialdemokratie zerfällt in zwei Gruppen, die Bolschewiki (d. h. Maximalisten, Unentwegte) und die Menschewiki (Minimalisten, Opportunisten). Nur die Bolschewiki sind an sich kriegsfeindlich und setzen die Erreichung ihrer sozialen und innerpolitischen Ziele jeder andern Rücksicht voran. Von ihnen gilt die vortreffliche Selbstcharakteristik, die einer ihrer Anhänger neulich einem Mitarbeiter der „Köln. Volkszeitung", Frhrn. v. Reden, in Kopenhagen gegeben hat. Dort heißt es:

„Daß diese Revolution während des Krieges ausbrach, hat seinen Grund nicht in der Unzufriedenheit des Volkes mit etwa zu lauer Kriegführung, sondern, weil nur ein Krieg die Revolution zu rascher Reife bringen konnte und ihren Erfolg verbürgte. In diesem Sinne ist es auch zu verstehen, warum alle Russen, denen an der Erneuerung ihres Vaterlandes etwas gelegen war, einem Kriege und zwar nur einem schweren, eventuell unglücklichen Kriege hoffend entgegensahen. Nur ein solcher Krieg war geeignet, das herrschende System unrettbar zu kompromittieren und dadurch aus der Welt zu schaffen. Wir wußten genau, daß der alte russische Staat trotz aller Hilfe seiner Verbündeten eine so lange dauernde Belastungsprobe nicht aushalten würde. Ein leichter und siegreicher Krieg hätte anderseits unsere Hoffnungen in weite Ferne verschoben, weil er das alte System gerechtfertigt hätte. Wir haben während des Krieges stets genau die gerade bestehenden Chancen am Kurse der inneren Politik gefühlt. Jeder militärische Erfolg der russischen Waffen hat sofort wieder die schärfste Reaktion einsetzen lassen, wogegen Niederlagen die Regierung wieder liberaleren Anschauungen zugänglich machten. Da sich aber dies Spiel

Digitized by Google

öfters wiederholte, behielten die vielen recht, die im Interesse der Freiheit Rußlands einen verlorenen Feldzug herbeiwünschten. Es war aber anderseits ebenso im Interesse des alten Systems, den militärischen Erfolg anzustreben, um sich weiter halten zu können. So ergab sich das merkwürdige Schauspiel, daß wahrhaft patriotische Russen scheinbar Verräter ihres Vaterlandes wurden. Sie erblickten eben in militärischen Niederlagen das kleinere Übel, da von einer Vernichtung Rußlands durch einen äußeren Feind doch nie die Rede sein kann. Rußland kann sich eben einen verlorenen Krieg leisten, die Hauptsache bleibt, daß die hieraus geborene innere Befreiung dem Reiche unendlich mehr bringt als der vollendetste Sieg nach außen. So wollen wir von der Welt verstanden sein."

Die Menschewiki dagegen sind für den Krieg mit Deutschland, und auf ihre Seite hat sich auch der alte orthodoxe Marxist Plechanow gestellt, der jetzt nach mehr als dreißigjähriger Verbannung als Vertrauensmann des Arbeiter- und Soldatenausschusses Minister ohne Portefeuille in der vorläufigen Regierung geworden ist. Ein anderer sozialdemokratischer Führer und Märtyrer, der georgische Fürst Zereteli, der Abgeordneter zur zweiten Duma war, seit 1906 in Sibirien gesessen hat und jetzt Arbeitsminister geworden sein soll, hat sich gleich Plechanow, dem bedingungslosen Vertreter der krirgsfreundlichen Sozialisten Frankreichs und Englands, auf Seite der Entente gestellt.

Damit noch nicht genug, hat neuerdings sogar die „Práwda" (Wahrheit), die Zeitung der Bolschewiki, die so denken, wie die Stimme in der „Kölnischen Volkszeitung" es ausdrückt, einen langen Artikel gebracht: Rußland darf mit Deutschland keinen Sonderfrieden schließen! Warum nicht? Weil die russische Sozialdemokratie der französischen und englischen für die Revolution zu viel zu verdanken habe und diese Stütze nicht aufgeben könne. Die deutsche Sozialdemokratie dagegen habe sich in diesem Kriege als „grundsatzlos" und „nationalistisch" schwer kompromittiert. Auch Lenin, ein anderer sozialdemokratischer Führer, Gegner der Entente, der in der Schweiz lebte und mit einer Anzahl Gesinnungsgenossen kürzlich den Weg durch Deutschland gestattet erhielt, hat mit seinen Ideen bei den Genossen in St. Petersburg eine Niederlage erlitten. Er ist geschlagen und Plechanow und Zereteli sind die Sieger. Der innere Grund ist natürlich der, daß es den französischen und englischen Einflüssen, die durch den Beitritt Amerikas in ihrem Gewicht verstärkt sind (trotzdem der amerikanische Kapitalismus dem Sozialismus reichlich fernsteht), die russischen Genossen davon zu überzeugen gelang, daß die allgemeine internationale und die besondere russische Zukunft des demokratischen wie des sozialistischen Gedankens erst sicher ist, wenn das reaktionäre Deutschland am Boden liegt. Wir müssen uns vorstellen, daß die ganze Macht des politischen, persönlichen und klingenden Einflusses der Entente, einschließlich Amerikas, jetzt bei den russischen Sozialisten und beim Arbeiter- und Soldatenrat auf dies eine Ziel hinarbeitet, ihnen glaublich zu machen, daß die „freiheitlichen" Errungenschaften Rußlands nicht eher im Hafen sind, als bis die „deutsche Gefahr" für die Weltdemokratie vorbei ist. Daß man zu dem Zweck nicht

Digitized by Google

die ungewandtesten Agenten und nicht die magersten Kassen nach Petersburg geschickt haben wird, liegt auf der Hand.

Demgegenüber könnten deutsche sozialdemokratische Politiker sich zwar bemühen, ihre sozialistischen Kollegen in Rußland aufzuklären, und wir haben ja genug geschickte und trotz des internationalen Gedankens vaterländisch empfindende Persönlichkeiten innerhalb der Sozialdemokratie, um eine solche Aufgabe in die Hand zu nehmen, aber es fragt sich, was diese erreichen würden und was uns der Versuch, so vorzugehen, anderwärts kosten würde. Eins ist von vornherein sicher: daß unsere Sozialdemokraten, um nicht mit leeren Händen die Russen begrüßen zu müssen, verlangen, daß wir „auf Annexionen verzichten" sollen. Wenn sie mit einer solchen Erklärung als Mitgift zum Beginn der Besprechungen kommen, so gibt ihnen das eine bessere Position. Es fragt sich nur, wie weit man damit gelangt und ob das nicht ein vorzeitiger und gefährlicher Verzicht auf notwendige Sicherungen werden kann.

Angenommen selbst den günstigsten Fall, es würde der deutschen Sozialdemokratie gelingen, trotz der starken und durch die wirksamsten Beweisgründe gestützten Stellung der Gegner, die Mehrheit der russischen Genossen zu gewinnen, so ist doch damit noch nichts Entscheidendes für den Friedensschluß erreicht. Die russische Sozialdemokratie bedeutet als politische Macht heute genau soviel, wie die augenblickliche Vereinigung zwischen der St. Petersburger Arbeiterschaft und der revolutionären Garnison. Diese Vereinigung übt gemeinschaftlich einen starken Druck auf die den Blockparteien der Duma angehörige Mehrheit der vorläufigen Regierung aus, einen Druck, der den Miljukow, Jefremow, Rodsjanko, Gutschkow usw. peinlich ist und von dem sie sich unter der Hand zu befreien suchen. Es ist kein Geheimnis — aus der englischen Presse ist es offen zu sehen — daß England auf die Wiederherstellung der Monarchie und des Hauses Romanow hinarbeitet. Hierzu verhalten sich Sozialdemokratie und Trudowiki natürlich ablehnend, die Kadetten geteilten Herzens, alle übrigen russischen Parteien aber bedingungslos zustimmend. Der Abgeordnete Jefremow, ein Führer der Progressisten, die in der Duma gleich rechts von den Kadetten sitzen, soll sich, wie neulich die Zeitungen meldeten, an der Front um die Bildung einer Armee „zum Schutze der vorläufigen Regierung" bemühen. Daß solche Bemühungen im Gange sind, läßt sich vermuten. Die Generale, vor allen Dingen der schon vor der Revolution von den Blockparteien gewonnene Rußki, mit dessen Hilfe die Absetzung des Zaren in Pleskau gelang, halten natürlich das gegenwärtige System in der Regierung und namentlich in der Armee für eine Gefahr, die früher oder später zum Zusammenbruch führen müßte. Von den Soldatenvertretern in Petersburg hat man bereits gehört, daß sie in den Munitionsfabriken erschienen sind und sehr bestimmt ordentliche und eifrige Arbeit verlangt haben. Die russischen Sozialdemokraten sind ehrliche Leute und vielleicht die größten Idealisten in ganz Rußland. Dagegen läßt sich eine Truppe von 40 000 oder 50 000 Mann sowohl im ganzen als auch in ihren Vertretern (von jeder

Digitized by Google

Kompanie ist einer im Soldatenrat), wenn man es versteht, so bearbeiten, daß sie im entscheidenden Augenblick auch denen folgen würde, die etwas anderes von ihr wollen, als die sozialdemokratische Parteileitung, angenommen, daß diese für den Frieden gewonnen wäre. Schwenken aber die Soldaten in Petersburg ab, so bedeutet die ganze russische Sozialdemokratie für die Frage Krieg oder Frieden überhaupt nichts mehr — ebensowenig, wie sie in einem zukünftigen Rußland, in dem sie bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht vielleicht 10 % der Dumastimmen zählen könnte, etwas Entscheidendes bedeuten wird. Das alles sollte man sich überlegen, bevor man von hier aus auf eine Aktion für den Frieden große und bestimmte Hoffnungen setzt.

Von den sozialdemokratischen Führern ist Tscheidse, wie es scheint, ein leidlicher Friedensfreund. Er wird aber jetzt immer mehr hinter den anderen zurücktreten, die aus dem Auslande und aus Sibirien aus der Verbannung zurückkehren. Er selbst war nur dadurch während der Revolution an die Spitze der Partei gekommen, daß alle übrigen Führer der Dumafraktion nach der Kriegserklärung nach Sibirien verschickt wurden. Neben ihm wurde in der Revolution als das Haupt der zweiten Gruppe der radikalen Linken, der Trudowiki, der Abgeordnete Kerenski genannt. Kerenski und die Trudowiki sind in der umgekehrten Lage wie die Sozialdemokraten: sie bedeuten in Wirklichkeit viel mehr und haben eine viel mächtigere Zukunft, als ihrer Stellung in der bisherigen Duma, mit 8 Abgeordneten, und in der vorläufigen Regierung entspricht. Wenn die neue konstituierende Regierung gewählt wird, so haben sie in dieser vermutlich die absolute Mehrheit, denn ihnen werden sicher die meisten Bauernstimmen zufallen. Unter dem jetzigen Dumawahlrecht sind die Trudowiki ungefähr ebenso behindert wie die Sozialdemokraten. In Wirklichkeit gehört ihnen Rußland. Außerdem hat Kerenski in viel entschiedenerem Sinne die Führung der Partei, als es bei einem der sozialdemokratischen Persönlichkeiten der Fall ist. Kerenski und seine Leute sind zwar „sozial-revolutionär", insofern sie ein neues Rußland auf neuer sozialer Grundlage und mit einer veränderten sozialen Schichtung schaffen wollen, aber sie sind keine Sozialdemokraten. Sie sind Republikaner und radikale Demokraten, aber vom Marxismus sind sie weit entfernt. Die Losung „semlja i wolja" (Land und Freiheit) zeigt ihr Ideal, das nicht durch den Gegensatz zum industriellen Kapitalismus, sondern zum ländlichen, das geheiligte Recht der Bauern aufs Land einschränkenden Großbesitz und durch den Kampf gegen die Niederdrückung der Masse unter die Willkür, Verdorbenheit und Brutalität des zarischen Beamtentums bedingt ist. Die Trudowiki sind eine Volkspartei, die Sozialdemokraten sind eine Arbeiterpartei. Damit ist gesagt, daß ihre Wege in der Revolution nur soweit zusammenfallen, wie es die Beseitigung des Zarismus gilt. Eine innere Verwandtschaft liegt freilich in dem demokratischen Prinzip beider Parteien und in dem kommunistischen Empfinden des russischen Bauern in bezug auf die Landfrage. Die Interessenkreise

Digitized by Google

beider Parteien sind aber verschieden, und es ist ganz und gar nicht gesagt, ja es ist nicht einmal wahrscheinlich, daß Beeinflussungen, die von uns aus bis zu den russischen Sozialdemokraten reichen könnten, auch noch die Trudowiki mit erfassen werden.

Ohne Frage will Kerenski den Frieden, um darnach auf Grund der Neuwahlen und der konstituierenden Versammlung Rußland als demokratischen Volksstaat, vielleicht sogar als bundesstattliche Vereinigung einer ganzen Anzahl autonomer demokratischer Unterrepubliken, für jede Nationalität eine, neu aufzubauen. Auch unter den Sozialdemokraten finden sich ähnliche Gedanken. All das ist aber noch sehr verschwommen, wenig durchdacht und könnte eines Tages auch ganz anders lauten. Wie die Mehrheit der Sozialdemokraten, so ist aber auch die Kerenskigruppe vor allen Dingen von der Besorgnis erfüllt, die russische Volksfreiheit würde doch nicht sicher sein, solange Deutschland, die schwarze Macht des Absolutismus und Militarismus, nicht besiegt ist. Weder die Sozialdemokraten noch die Trudowiki sind in ihrer Mehrheit imperialistisch, d. h. nationalistisch und eroberungspolitisch gesonnen, wohl aber schwebt den meisten von ihnen das „Programm Wilsons" als Kriegs- oder Friedensziel vor. In diesem läßt sich ohne Mühe unter der Deckformel von der Freiheit der Nationalitäten auch die Auflösung Österreich-Ungarns und die „Befreiung" der preußischen Polen unterbringen, die in dem Polenaufruf der provisorischen russischen Regierung gleichfalls verkündet wurde. Wie stark die Radikalen in Petersburg sich kriegspolitisch von der Entente führen lassen, geht ja aus der Nachricht hervor: Das Komitee der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten hat endgültig bekannt gegeben, daß es die Idee eines Sonderfriedens zurückweise! Das heißt also: die Niederwerfung des Zarismus war nur die erste Hälfte der Arbeit; die andere Hälfte muß die Beseitigung der deutschen Gefahr sein!

Aus dem Gesagten geht hervor, daß der Gedanke, jetzt zum Frieden mit Rußland zu gelangen, doch sehr fraglich ist. Es gibt keine Regierung und keine Partei in Rußland, die heute die äußere Kraft und maßgebliche Befugnis zum Friedensschluß besäße. Die Sozialdemokraten haben nicht entfernt den Einfluß, um, selbst wenn sie geschlossen für den Frieden wären, im Namen Rußlands oder einer russischen Regierung zu sprechen. Kerenski kann es ebensowenig, solange noch keine konstituierende Versammlung stattgefunden hat — und daß sie in nächster Zukunft stattfinden wird, ist aus äußeren und inneren Gründen unwahrscheinlich. Innerhalb des progressiven Blocks, aus dem die Mehrheit der Mitglieder der vorläufigen Regierung stammt, stehen sich die nationalistischen Eroberungspolitiker und die Gemäßigten gegenüber. Sie alle miteinander sind aber Gefangene unter dem Druck der Arbeiter- und Soldatenherrschaft in Petersburg, und sie sinnen mit den Frontgeneralen darauf, wie sie, im Einverständnis mit England und mit englischer Hilfe, den Staat in die Bahnen eines bürgerlich-liberalen, nach außen sobald wie möglich wieder erobernden, im Innern die nichtrussischen Nationalitäten dem Großrussentum zur weiteren Knechtung aus-

Digitized by Google

liefernden Systems bringen. Der Friedensschluß, wer auch immer ihn in Rußland unternehmen mag, wird von den Gegnern dazu benutzt werden, um den für die Sache verantwortlichen Teil zu bekämpfen und zu stürzen. Den wirklichen Frieden kann nur der machen, dem die Armee an der Front soweit gehorcht, daß sie auf seinen Wink auch auf den Gegner im Innern schießt. Wer das in Rußland sein wird, ist noch völlig unklar. Gewiß war der Gedanke richtig, den kriegerischen Druck auf der russischen Front unter bestimmten Voraussetzungen zeitweilig abzuschwächen, so richtig, daß selbst die unglückliche „Entschuldigung" für den Sieg am Stochow keinen Gegengrund bildet. Weitere militärische Erwägungen hierüber sind Sache der obersten Heeresleitung, und wir brauchen nicht auszuführen, weshalb wir sie hier unterlassen. Soweit aber nicht die Heeresleitung, sondern die Politik mitspricht, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß ein wesentlicher und wie wir annehmen möchten bald entscheidend werdender Gesichtspunkt nicht außer Acht gelassen werden darf. Man darf nicht etwa grundsätzlich darauf verzichten, die Entwicklung der Dinge in Rußland dadurch einen Schritt vorwärts zu treiben, daß ein verstärkter äußerer Druck hinter die Entschließungen der beteiligten Kräfte gesetzt wird, denn sonst könnte es uns passieren, daß die Zeit dort von den kriegsfreundlichen Parteien im Bunde mit England sehr zu unserem Schaden genutzt, die Munitionserzeugung wieder in Gang gebracht, die Disziplin einigermaßen erneuert wird, die Verkehrsnöte und die Lebensmittelnot sich dadurch bessern, daß längere Zeit hindurch keine Besorgnisse für die Front bestehen, und daß schließlich unsere Vertrauensleute kühl und beschämend verabschiedet werden, ohne daß sie etwas Brauchbares für den Frieden haben tun können. Bei allen diesen Erwägungen dürfen wir namentlich nie aus dem Auge verlieren, daß die Entente, wenn auch in manchen russischen Kreisen sich Mißvergnügen gegen die Ausbeutung durch England regt, im ganzen doch noch starken moralischen, Kredit sowohl bei den liberalen als auch den radikalen russischen Parteien besitzt. Es ist z. B. leicht möglich, daß man sich jetzt in Rußland sagt: können wir die Ostseeprovinzen nicht halten, so geben wir lieber den Engländern (wie vor kurzem ausfürlich aus Schweden gemeldet wurde) die verlangten militärischen Stützpunkte im Finnischen, Bottnischen und Rigaischen Meerbusen samt Reval als englischem Freihafen, als daß wir sie Deutschland überlassen. Ich halte die Verhandlungen über die russische Ostseeküste zwischen Rußland und England für keineswegs unglaubhaft, selbst wenn die gemeldeten Einzelheiten vorläufig noch englische Wünsche sein sollten. Was das mit Rücksicht auf die Frage des Friedensschlusses für Deutschland bedeuten würde, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden.

Schließlich kommt für Rußland beim Frieden noch etwas in Betracht, was ihm den Entschluß, weiterzukämpfen, mehr erleichtert als irgendeinem andern Volk. Es hat im Hintergrunde, auch den Ententefreunden gegenüber nicht ausgesprochen, aber in der Stille wirksam, immer die Aussicht, sich den größten Teil der Kriegsschuld durch

Digitized by Google

einen äußern und innern Staatsbankerott mit einem Male vom Hals zu schaffen. Für die auswärtige Schuld ist das ein Mittel, das jeder russischen Regierung zur Verfügung steht, und für die innere werden hinter dem Kriege weder die Sozialdemokraten noch die radikale Volkspartei große Schmerzen bei dem Gedanken empfinden, den Kriegsanleihekupon zu kürzen. Ein Land, dessen Wirtschaftsgrundlage so agrarisch ist wie in Rußland, kann sich auch einen inneren Bankerott leisten, ohne daß eine ähnliche Katastrophe eintritt, wie es in gleichem Fall bei vorgeschrittener industrieller und handelspolitischer Wirtschaftsordnung der Fall wäre. Auch die Angst vor dem russischen Bankerott trägt natürlich dazu bei, daß die Entente, die ja vor uns durch den Alleinbesitz der Verbindung mit Petersburg in großem Vorteil ist, alles aufwendet, um dem russischen Kriegswillen aufrecht zu erhalten. Unbedingt muß also davor gewarnt werden, zu lebhafte Erwartungen an die jetzt umlaufenden Gerüchte und Nachrichten gewisser Art zu knüpfen und die Stockholmer, Kopenhagener und verwandten Telegramme der dortigen Berichterstatter, die eifrig nach jedem Körnlein vielleicht nur zu falschen Friedensgoldes in der von Rußland herüberkommenden Spreu von Nachrichten suchen, mit zu gläubiger Hingabe aufzunehmen!

Die neue englische Wahlrechtsvorlage

Von Wilhelm Dibelius

Beim englischen Wahlrecht fällt zunächst auf, daß es ganz außerordentlich verwickelt ist. Niemand ist ohne weiteres Wähler, sondern auf Grund einer besonderen Berechtigung, die es erst im Einzelfalle nachzuweisen gilt. Man kann auf das Wahlrecht Anspruch haben entweder als Besitzer eines Grundstücks oder als Pächter oder als Haushaltungsvorstand schlechthin, weiter als Mieter oder als Dienstbote. Als Haushaltungsvorstand wird man noch nachzuweisen haben, daß man ein Jahr lang Gemeindesteuern bezahlt hat, als Mieter, daß man dieselbe Wohnung ein Jahr lang innegehabt hat und daß sie mindestens 10 £ jährliche Miete wert ist. Bei diesen Bestimmungen fällt ein nicht ganz unerheblicher Teil von Männern aus: kein Wahlrecht haben Junggesellen, die bei ihren Eltern wohnen, viele Mieter von bescheidenen Zimmern; viele Handlungsreisende, reisende Handwerker und vor allem Wanderarbeiter werden den einjährigen Wohnsitz nicht nachweisen können. Das Wahlrecht schließt somit einen großen Teil der jugendlichen Arbeiter in Stadt und Land aus, dazu hier und da auch Angehörige der Oberschicht. Vor allem aber erfordert die Aufstellung der Wählerlisten jedesmal einen ziemlich zeitraubenden und umständlichen Apparat. Die Berechtigung des Wählers muß von einer besonderen Kommission unter Vorsitz eines Anwaltes (revising barrister) geprüft werden. Diese Formalitäten werden dem Wähler nun allerdings zum größten Teil durch die Wahlagenten der Parteien abgenommen, aber es bleiben doch recht beträchtliche Schichten zurück, die

Digitized by Google

entweder ihr Wahlrecht nicht beweisen können oder die die Umständlichkeiten scheuen, die auch der Wahlagent dem Wähler zumuten muß. Die Folge davon ist, daß in Großbritannien und Irland 1914 bei 12,8 Millionen Männern über 21 Jahren 60 % der männlichen mündigen Bevölkerung das Wahlrecht besaß, im Deutschen Reiche 1912: 70 % (Tönnies, Der englische Staat 1917, S. 64).

Das geltende englische Wahlrecht ist also von einem allgemeinen Wahlrecht noch weit entfernt. Daß ausgerechnet England mit seinem völlig unsystematischen und vom allgemeinen Stimmrecht so weit entfernten Wahlrecht Deutschland seine Rückständigkeit vorwirft, das für den Reichstag ein viel weitergehendes Stimmrecht besitzt, ist eine groteske Komödie, und daß das Ausland ihm das glaubt, ist ein beschämendes Zeugnis für die internationale Kultur. Alle Beschränkungen des englischen Wahlrechtes wirken natürlich zu ungunsten der unteren Klassen. Wie bereits oben gezeigt, sind es zum größten Teil Arbeiter, die zwischen die Bestimmungen dieser unsystematisch aneinandergeklebten Regeln fallen und daher kein Wahlrecht haben. Vor allem aber wirkt in höchstem Maße unsozial die umständliche Feststellung des Wahlrechts vor dem revising barrister. Es handelt sich hier sehr oft um ein schwieriges, zeitraubendes und teures Verfahren. Der Wahlagent X. der konservativen Partei sucht vor dem Anwalt festzustellen, daß sein Klient die Bestimmungen des Gesetzes erfüllt hat, der Wahlagent Y. der liberalen Partei sucht das Gegenteil zu beweisen. Dabei sind tausende von sehr verwickelten Bestimmungen zu beachten, die sich meist um die Fragen drehen, was „Wohnsitz" und „Besitz" bedeuten und zu einer umfangreichen juristischen Literatur geführt haben. Außerdem gibt es noch in mäßigem Umfange gewisse persönliche Wahlrechte der freemen — Bürger eines Ortes — (von denen vorher zur Vereinfachung des Tatbestands nicht die Rede gewesen ist), die natürlich auch oft bestritten werden. Was für eine Arbeit bei der Aufstellung des Wahlregisters zu leisten ist, erhellt aus einem Beispiel, daß Lawrence Lowell anführt, daß einmal im Jahre 1893 von 84000 Wählerstimmen eines Wahlkreises in diesem Verfahren 13000 vom Vertreter einer Partei angefochten wurden. Einen Apparat von Wahlagenten, die imstande sind, diese Arbeit zu bewältigen, kann sich aber nur eine sehr gut ausgestattete Parteikasse leisten. Tatsache ist nun aber, daß wohl die konservative und die liberale Partei — die erstere besonders — über Wahlgelder in Hülle und Fülle verfügen, daß namentlich die erstere auch einen sehr fein ausgebildeten Wahlapparat besitzt, daß aber die Arbeiterpartei in dieser Beziehung sehr viel ungünstiger dasteht. Während man darauf rechnen kann, daß jeder konservative Wähler ausnahmslos auch die Ermächtigung zur Stimmabgabe erhält, gilt dies von den Arbeitern, die eigentlich die Wahlberechtigung besitzen müßten, nur in beschränktem Maße.

Und noch ein anderer Umstand wirkt zu ungunsten der Arbeiterschaft: das Mehrstimmensystem des englischen Wahlrechts. Jeder hat eine Stimme dort, wo er

Digitized by Google

Grundbesitz hat. Jeder hohe Herr hat nun zum mindesten sein Haus in London und sein Haus auf dem Lande, und mit dem Anwachsen des Kapitalismus sind zu den Aristokraten, von denen ursprünglich dieser Satz galt, auch sehr viele Fabrikanten und Geschäftsleute gekommen. Nach altem Brauch finden nun die Wahlen nicht am gleichen Tage statt, sondern verteilen sich auf mehrere Wochen — denn, so will es der alte Zopf, — der königliche reitende Bote, der den Befehl zu den Neuwahlen ins Land hinausträgt, braucht nach Aberdeen länger als nach Windsor. Der Inhaber mehrerer Wahlstimmen hat also durchaus die Möglichkeit, von seinem mehrfachen Wahlrecht zu verschiedenen Tagen an verschiedenen Orten Gebrauch zu machen, und namentlich bei Nachwahlen, die das Land stark erregen, geschieht dies auch in weitestem Umfange. Die Zahl dieser Mehrstimmen, die natürlich hauptsächlich für die konservative Partei in die Wagschale fallen, wird auf eine knappe halbe Million geschätzt; 1905, als die liberale Partei die Abschaffung dieses Mehrstimmenrechtes beantragte, rechneten konservative Kreise damit, hierdurch 40 Sitze zu verlieren. Ein weiterer, allerdings geringerer Vorteil kommt den alten Parteien, namentlich den Konservativen, zugute durch das Mehrstimmenrecht der Akademiker. Die Inhaber des Magistergrades einer Universität haben (unter bestimmten, sehr weit gefaßten Voraussetzungen) das Recht, die Abgeordneten ihrer Universität mitzuwählen, neben dem Wahlrecht, das sie sonst als Haushaltsvorstand, Grundbesitzer usw. von ihrem Wohnort besitzen; auf diese Weise haben die alten Parteien durch die Universitäten Oxford, Cambridge, Dublin, London, Glasgow, Edinburgh, Aberdeen, St. Andrews ein Mehr von neun Abgeordneten zu verzeichnen. (Die neuen Hochschulen wie Birmingham, Bristol, Manchester, Leeds, Belfast erfreuen sich dieses Rechtes nicht.)

Gegen dieses Wahlrecht läuft von alters her die am meisten benachteiligte Gruppe, die Arbeiterpartei, Sturm und verlangt dringend die Abschaffung der Vorrechte der Plutokratie. Die Liberalen haben allein Interesse an der Abschaffung des Mehrstimmenrechtes der Wähler mit verschiedenen Wohnsitzen und haben ein derartiges Gesetz schon zweimal im Unterhause durchgebracht, aber den Widerstand des Oberhauses bisher noch nicht beseitigen können. Was bis zum Jahre 1914 nicht gelang, soll der Krieg bringen. Denn er fordert geradezu eine Reform des Wahlrechts. Will man überhaupt Neuwahlen vornehmen — und jede oppositionelle Strömung im Parlament will dies Drohmittel gegen die Regierung nicht missen — so kann man sie sehr schwer auf Grund des alten Wahlgesetzes machen. Die beiden zahlreichsten Kategorien der Wahlberechtigten sind die Nutznießer und Mieter resp. Pächter, also derer, die nicht Grundbesitzer sind. Aber Heeresdienst, Munitionserzeugung in neuerbauten Fabriken, Aufbietung aller irgendwie verfügbaren Kräfte zum Bergbau, zum Schiffsbau, zum Entladen von Schiffen, haben die englische Arbeiterschaft derartig durcheinandergewirbelt, daß wohl die Mehrzahl der Arbeiter ihr Wahlrecht verloren hat, weil sie die Vorbedingung dazu — einjährige Wohnung am gleichen Orte — nicht mehr er-

Digitized by Google

füllen kann. Wer überhaupt Neuwahlen in Erwägung zieht — und schon um auf die Regierung drücken zu können, tut dies jeder Abgeordnete, der nicht Minister ist oder hofft, es in kurzer Zeit zu werden — muß mindestens an ein Notgesetz denken, das die Zahl der Wähler einigermaßen auf einer gewissen anständigen Höhe hält.

Denkt man aber überhaupt an eine Änderung des bestehenden Zustands, dann kann man schwer um die dringlichen Fragen des Augenblicks herumkommen, dann muß man die langjährigen Forderungen der Liberalen und der Arbeiter berücksichtigen, wenn diese auch zu Folgerungen führen, die nicht ganz in die Zeit des Burgfriedens passen. Die Regierung hat alle Reibungen dadurch zu vermeiden gesucht, daß sie im August 1916 die Wahlrechtsfragen einem besonderen Ausschuß unter dem Vorsitz des Sprechers des Parlaments unterbreitete und dessen Vorschläge nunmehr dem Parlament zur Entscheidung überweist. Am 28. März hat das Unterhaus mit 341 gegen 62 konservative Stimmen sich grundsätzlich für die Reform erklärt. Es liegt in der Natur der Sache, daß die neuen Vorschläge den Stempel der Zeit tragen, daß sie eine starke Demokratisierung des Wahlrechtes enthalten.

Die Wahlreform kommt dem Gedanken des allgemeinen gleichen Wahlrechts sehr nahe. Sie schafft mit einem Schlage alle einzelnen Wahlberechtigungen des Grundbesitzers, des Pächters, des Haushaltungsvorstandes, des Mieters ab, füllt alle Spalten, die zwischen diesen Einzelberechtigungen noch klafften und verleiht jedem mündigen Engländer, der sechs Monate an einem bestimmten Orte gewohnt hat, eine Stimme. Damit wird in der üblichen englischen Art nach mehreren Menschenaltern voll Flickwerk endlich ganze Arbeit gemacht. Damit wird das Wahlrecht ziemlich ebenso demokratisch sein wie das des „autokratischen" Deutschland, dessen reaktionären Charakter man ja durch diesen Krieg mit Blut und Eisen beseitigen will. Man kommt damit den Wünschen der Arbeiterpartei eine weite Strecke Weges entgegen. England kapituliert weiter vor der Frage des Frauenstimmrechts. Noch wagt man nicht, den Frauen ohne jede Einschränkung das Wahlrecht der Männer zu geben. Über die Frage des Alters, von dem ab jede Frau stimmberechtigt sein soll, hat man sich nicht einigen können. Die Beschlüsse der Konferenz zeigen an diesem Punkte eine auffallende Lücke, und Asquith, der den Antrag im Parlament einbrachte, überließ die Entscheidung über diesen wichtigen Punkt der Weisheit des Hauses. Noch schreckt man vor einem allgemeinen Frauenstimmrecht zurück, das die Folge haben würde, daß nach dem Kriege für die Gestaltung der Geschicke Englands die Frauen ein größeres Gewicht haben würden als die Männer. Man denkt daran, das Frauenwahlrecht erst etwa im 30. oder 35. Lebensjahr eintreten zu lassen, um wenigstens nicht allzu radikal mit der bisherigen männlichen Grundlage des Staatslebens brechen zu müssen.

Ob das Frauenstimmrecht irgendeine nennenswerte Verschiebung der Parteistärke zur Folge haben wird, muß nach den bisher in anderen Ländern gemachten Erfahrungen zweifelhaft bleiben. Auch eine zweite Bestimmung der Vorlage ist eine Verbesserung

Digitized by Google

des Wahlrechts an sich — ohne parteipolitische Tendenz. Es wird ein Verhältniswahlrecht eingeführt, wie es schon seit Hare und John Stuart Mill viele Theoretiker empfohlen haben. Auch hier sind, wie beim Frauenstimmrecht, die Einzelheiten noch unklar, und aus den Reden von Lloyd George und Asquith spricht nicht gerade viel Zuversicht, daß dieser Punkt der Reform zustande kommt. Größere parteipolitische Bedeutung dürfte er schwerlich haben.

Aber der eigentliche Sinn der Wahlreform ist doch ein parteipolitischer. Sie soll eine Verschiebung der politischen Kräfte nach links hin bringen. Die Wahlkreise Großbritanniens werden neu eingeteilt; etwa 60 Städte werden ihre besondere Vertretung verlieren und die freiwerdenden Mandate sollen andern ungenügend vertretenen Wahlkreisen zugeschlagen werden — eine Neuverteilung, die man schon wiederholt (1832, 1868, 1885) vorgenommen hat. (An das dornige Problem der irischen Stimmen, die im Verhältnis zur jetzigen Bevölkerung viel zu zahlreich sind, wagt man sich auch jetzt nicht.)

Natürlich handelt es sich hier um eine Ausgleichung zugunsten der neuen Industriemittelpunkte und zuungunsten der ländlichen Bezirke, also um eine Verschiebung nach links. Einen noch stärkeren Ruck nach links bedeutet die Vereinheitlichung des Wahlrechts durch Abschaffung all der früheren Sonderbestimmungen; denn all die Bevölkerungsgruppen, die bisher noch kein Wahlrecht hatten, werden zum größten Teil für die Arbeiterkandidaten stimmen: jetzt erhalten auch ihr Wahlrecht alle männlichen Dienstboten, alle jüngeren Arbeiter, die noch im Hause der Eltern wohnten, alle herumziehenden Handwerker, Land- und Wanderarbeiter. In gleicher Richtung wird die Einschränkung des Mehrstimmrechtes und die Verlegung der Wahlen auf einen Tag wirken. Ganz beseitigt wird es nicht: Die Akademiker behalten ihre Sondervertretung und die neuen Universitäten erhalten eine solche. Weiter hat jeder eine doppelte Stimme, der in einem Wahlkreis wohnt und in dem anderen sein Gewerbe ausübt. Die große Zahl der Mehrstimmenbesitzer bleibt also erhalten; aber auch manche Arbeiter werden zu ihnen gehören, deren Werkstätte sich fern von dem Wohnsitz befindet. Aber da die Wahlen sämtlich auf einen Tag fallen sollen, hat die ganze Bestimmung für die allgemeinen Wahlen, welche ja die Hauptentscheidung bringen, nur noch geringen praktischen Wert. Die Zahl der Mehrstimmen also, die früher ganz überwiegend den Konservativen gegen die Arbeiter zugute zu kommen pflegten, wird also bedeutend eingeschränkt.

Vor allem aber ist eins wichtig: die Kosten der Aufstellung der Wählerliste werden auf den Staat übernommen (genauer: zwischen Staat und Gemeinden geteilt). Damit fällt eines der wesentlichsten Hindernisse, welche sich der Arbeiterpartei bei den Wahlkämpfen entgegenzustellen pflegen. Die Arbeitergroschen konnten nicht mit dem riesigen Parteivermögen der Konservativen und den erheblichen Wahlgeldern der Liberalen den Wettbewerb aufnehmen, die Arbeiterpartei konnte nicht die gewaltigen Kosten auf sich nehmen, die erforderlich gewesen wären, um wirklich in jedem Wahl-

Digitized by Google

kreise die eigenen Parteianhänger ins Wahlregister eintragen zu lassen; sie sah sich gezwungen, ihre Wahlagitation auf gewisse, besonders aussichtsreiche Kreise zu beschränken. Einer der Gründe für diese Zurückhaltung fällt jetzt fort. Und auch der andere wird bei der nächsten Wahl beseitigt sein: die Diätenlosigkeit des Parlaments, die der Arbeiterpartei die Notwendigkeit auferlegte, aus Parteimitteln ihre Abgeordneten zu besolden und dadurch natürlich die ohnehin kleinen Wahlfonds ganz bedeutend schwächte. Reichliche Diäten (400 £) sind in dieser Parlamentsperiode Gesetz geworden.

Kommt es also zu einer Wahlreform im Sinne der jetzigen Vorschläge, so tritt die Arbeiterpartei in den nächsten Wahlkampf unter ganz erheblich verbesserten Bedingungen ein: was sie an Parteigeldern für Diäten und Registrierung erspart, kann sie auf den eigentlichen Wahlkampf verwenden, und die Zahl der für sie in Betracht kommenden Wähler wird ganz erheblich gewachsen sein. Zum ersten Male wird sie in der Lage sein, den Kampf unter einigermaßen ähnlichen Bedingungen aufzunehmen wie die Sozialdemokratie in Deutschland und anderen Ländern. Und es kann wohl mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß die Zahl der Arbeiterabgeordneten sehr bald erheblich über die jetzige Ziffer von 42 steigen wird. In Deutschland hat die Sozialdemokratie $^1/_4$ aller Reichstagssitze, in dem viel stärker industriellen England die Arbeiterpartei nur $^1/_{16}$ — diese Seltsamkeit wird sich bald ändern. Es liegt sehr wohl im Bereiche der Wahrscheinlichkeit, daß die nächsten und vor allem die übernächsten Wahlen eine Arbeiterpartei ins Parlament schicken werden, die neben den althergebrachten Parteien der Liberalen und Konservativen sich als eigene Macht wird behaupten können, statt bloß Anlehnung an die stärkere der beiden Gruppen suchen zu müssen.

Ist das aber der Fall, so ist das Zweiparteiensystem dahin, und damit der wesentlichste Faktor, der das englische Parlament an Ansehen, Würde und politischer Geltung so hoch über alle gleichartigen Körperschaften des Kontinents hob. Zwei Parteien bekämpfen sich dauernd: die schwächere sucht dauernd die stärkere zu hemmen, zu schwächen, aus dem Sattel zu heben. Die stärkere lebt unter beständiger drohender Kritik, sie wird also nie ihre Macht allzu sehr mißbrauchen können. Die schwächere wird aber stets sich davor hüten müssen, bloß demagogische Reden zu halten und die Massen gegen die Regierung aufzuhetzen; denn der Ausfall der nächsten Abstimmung kann sie selbst ans Ruder bringen und sie zwingen, ihre Versprechungen wahr zu machen. Dies System ist durch das Aufkommen der Iren seit 1828 schon etwas durchlöchert worden: sie sind in dem Palast alter Würde ein rücksichtslos demogogisches Element, das auch im Weltkriege sich stets energisch geweigert hat, an der Verantwortung teilzunehmen. Tritt nun mit der Arbeiterpartei eine vierte, auch nur annähernd gleich starke Gruppe auf den Plan, so bleibt es sehr zweifelhaft, ob die alte Grundlage des Parlamentarismus in England noch aufrecht erhalten werden kann. Bereits jetzt entwickeln sich die Dinge in dieser Richtung: eine eigentliche Opposition

Digitized by Google

gibt es nicht mehr, seit England vom Koalitionskabinett regiert wird, wohl aber eine konservative und eine liberale — sie arbeiten gelegentlich auch zusammen — Gruppe zur energischen Fortsetzung des Krieges, Zollvereins- und Freihandelsgruppen, eine Gruppe zur Durchsetzung von Homerule (Selbstverwaltung) für Irland, eine andere für die Aufrechterhaltung der englischen Freiheit; schon jetzt sind die Grundlagen gelegt für die Auflösung des Zweiparteiensystems in ein Gruppensystem nach französischem Muster, und — um noch weiter die Wurzeln des Parlamentarismus zu gefährden — Lloyd George regiert nicht mehr mit Abgeordneten als Minister, sondern ernennt zu Verwaltungshäuptern tüchtige Fachmänner außerhalb des Parlaments und schwebt mit seinem praktisch unangreifbaren Kriegskabinett über den Häuptern seiner früheren gleichgestellten Genossen wie ein ehemaliger Erster Konsul der Französischen Republik.

Daß die Dinge sich in dieser Richtung bewegen, ist mir nicht zweifelhaft. Fraglich ist nur die Schnelligkeit, mit der sie es tun werden. Noch ist die Wahlreform nicht Gesetz. Ausgegangen ist sie von dem Häuflein Unzufriedener, die sogleich nach Gründung des Koalitionskabinetts im Mai 1915 gegen dieses ihre Ränke spannen. Aufgenommen hat sie Asquith mit seiner altliberalen Gruppe, um Lloyd Georges Mehrheit — Konservative und Arbeiter — zu sprengen, aber dieser hat den Stier bei den Hörnern gepackt und die Reform auf sein Programm geschrieben. Die Arbeiter sind natürlich dafür. Vielleicht gehörte die Wahlreform zu den Bedingungen, unter denen sie in das Kabinett Lloyd George eintraten. Nur die Hauptleidtragenden, die Konservativen, sind sich über ihre Haltung nicht ganz klar. Der rechte Flügel wühlt energisch hinter den Kulissen gegen die Reform, der gemäßigtere — der „Daily Telegraph" ist sein Sprachrohr geworden — will den Versuch Disraelis wiederholen und eine volkstümliche konservative Politik treiben. Ein organisierter konservativer Parteiwiderstand ist unwahrscheinlich. Aber es sind noch so viele Einzelfragen zu erledigen — wobei nur an die tatsächliche Ausgestaltung des Frauenstimmrechts zu denken ist — daß eine Taktik der Verschleppung und Verhinderung ein leichtes Spiel haben kann. Aber selbst wenn der Entwurf diesmal scheitern sollte — abgelehnte Gesetzentwürfe sind in England noch stets die Wegweiser in die Zukunft gewesen. Daß die englische Wahlreform kommen wird und bald kommen wird, dafür sorgt schon die oben angedeutete Unmöglichkeit, unter dem jetzigen Wahlrecht zu Neuwahlen zu schreiten. Und einmal muß es doch zu Neuwahlen kommen, wenn auch dieses seit 1910 tagende „Lange Parlament" alle Aussicht hat, seinem berühmten Vorgänger aus dem 17. Jahrhundert an Lebensdauer ähnlich zu werden.

Nichts wäre aber verkehrter, als aus den gewaltigen Umwandlungen, die England in diesem Weltkrieg durchmacht, auf Zerfahrenheit und Schwäche schließen zu wollen. England hat mit Einführung der Wehrpflicht die persönliche Grundlage seines ganzen Staatswesens beseitigt, mit dem Koalitionskabinett, dem Kabinett Lloyd George

Digitized by Google

und der Wahlrechtsreform die politische Grundlage, mit der Verstaatlichung der verschiedenartigsten Betriebe, mit Regelung von Preisen und Arbeitslöhnen, mit der bevorstehenden Einführung von Schutzzöllen fällt auch die letzte Grundlage des viktorianischen England. Es ist billige Schadenfreude, über die „Verpreußung" Englands zu spotten. Gewiß können wir stolz darauf sein, daß in unserer vielgeschmähten Kultur im Grunde doch ein sehr guter Kern enthalten sein muß, wenn unser gefährlichster Feind ein Stück nach dem andern davon hinübernimmt. Aber täuschen wir uns darüber nicht: die Wandlung Englands ist kein Zeichen der Schwäche. Es ist vielmehr ein Zeichen der Stärke, wenn ein Volk es wagt, unter dem schärfsten äußeren Druck inneren Entwicklungen nachzugeben, die schon lange im Gange waren und nun plötzlich an die Oberfläche drängen. In all diesen Fällen handelt es sich tatsächlich um alte Probleme der letzten ein bis zwei Menschenalter. Für Wehrpflicht, Preisregelung und Schutzzoll dies zu erweisen, würde einen größeren Raum beanspruchen; nur auf eins sei daher hingewiesen: die Reform des Wahlrechts ist seit 1832 nie aus der politischen Erörterung geschwunden, und spätestens seit John Stuart Mill sind Frauenstimmrecht und Verhältniswahl beachtenswerte Probleme geworden. Indem England es wagt, mitten unter dem Druck des Weltkrieges sein ganzes Staatsleben auf neue Grundlagen zu stellen, stärkt es sich und wird als Gegner nur noch bedrohlicher; Gott sei Dank, daß wir endlich den Mut zum gleichen Entschluß gefunden haben!

England und Napoleon, Napoleon und wir

Von Gustav Roloff

Zur Aufpeitschung der kriegerischen Leidenschaften ihrer Landsleute haben sich die englischen Minister wiederholt historischer Reizmittel bedient und mit Stolz die augenblicklichen Aufgaben Englands mit den ruhmreichsten Epochen der englischen Geschichte verglichen. Wie gegen Ludwig XIV., so schütze auch heute England Recht und Freiheit der kleinen Staaten gegen die Verschlingungsgelüste brutaler Eroberer, haben Grey und Asquith bei Beginn des Krieges erklärt, und der augenblickliche Beherrscher Albions, Lloyd George, fühlt sich gar als ein neuer Pitt, da er Englands Kampf gegen Deutschland dem gegen Napoleon gleichsetzt. Diese Anrufung hat auch bei uns einige Aufmerksamkeit erregt. U. a. haben sich Hans Delbrück und der Abgeordnete Stresemann polemisch damit beschäftigt.

Delbrück (Preußische Jahrbücher, Bd. 147, S. 353 ff.) weist zunächst, gestützt auf die neuste historische Forschung, nach, daß man Napoleons Politik nicht einfach aus Eroberungssucht herleiten dürfe, und der Behauptung, daß Deutschland wie angeblich Napoleon nach Weltbeherrschung gestrebt habe, entzieht er jeden Boden durch den Nachweis, daß Deutschland sich militärisch nicht auf den Weltkrieg vorbereitet habe,

Digitized by Google

da es bekanntlich vor dem Kriege seine Wehrkraft nicht vollständig eingerichtet hatte und erst unter dem Donner der Kanonen selbst zur Einziehung und Organisierung vieler Ungedienter schreiten mußte. Vollends aber, sagte er, hinke der Vergleich mit Napoleon, wenn man sich vergegenwärtige, daß im napoleonischen Machtbereiche ungefähr ebenso viel Menschen lebten wie in den Ländern aller seiner Gegner von 1813 zusammen: Deutschland mit seinen Verbündeten habe dagegen an Einwohnern weniger als die Hälfte der Entente in Europa allein, ungerechnet die Tausende und Millionen, die den feindlichen Ländern in den Kolonien angehören. Es wäre also eine absurde Politik, wenn Deutschland das, was Napoleon nicht mit gleichen Kräften erreichen konnte, mit so viel geringeren Mitteln erstreben wollte.

In anderer Richtung bewegen sich Stresemanns Gedanken. Sie gipfeln in den Sätzen: „Die Weltgeschichte liebt Wiederholungen. Wie einst Napoleon, so kämpfen wir heute für die Freiheit der Meere.“ Wie heute England die Seele des Bündnisses gegen Deutschland ist, so war England auch der Hauptfeind Napoleons, weil er den Drang zur See hatte und eine England ebenbürtige Flotte bauen wollte. „Für die Engländer der napoleonischen Zeit war Napoleon derselbe Gegner wie heute Deutschland.“ Lassen wir den kühnen Satz über die weltgeschichtlichen Wiederholungen ebenso beiseite wie die Frage nach der Seele der heutigen antideutschen Koalition und beschäftigen wir uns allein mit der Anschauung, die kurzerhand die moderne deutsche Politik und die Napoleons auf eine Linie stellt: wir werden sehen, daß es ein überaus bedenkliches Beginnen ist, ja, daß ungenügende historische Vorstellungen der deutschen Politik einen recht gefährlichen Dienst leisten könnten.

*

Schon die Ursachen der beiden großen Weltkrisen sind verschieden. Der Ursprung unseres Gegensatzes zu England liegt, kurz gesagt, in dem Bestreben Englands, die legitime Vergrößerung der deutschen wirtschaftlichen und vor allem militärischen Macht zu hemmen, und der Ursprung des Weltkriegs liegt in der Verbindung dieser englischen Absicht mit den gegen Deutschland, Österreich-Ungarn und die Pforte gerichteten Eroberungsplänen Frankreichs und Rußlands, wodurch schließlich England zum Kriege mit fortgerissen wurde, obgleich seinen führenden Politikern aus der Schule Edwards VII. eine Fesselung Deutschlands ohne Krieg ursprünglich vorteilhafter erschienen war. Die Mittelmächte verteidigen daher nur ihren angestammten Besitz und das Recht, einen „Platz an der Sonne“ einnehmen, d. h. ihre moralischen und materiellen Kräfte in derselben Weise wie die übrigen Staaten entwickeln zu können. Eine so reinliche Scheidung zwischen Offensive und Defensive gibt es aber in dem Konflikt zwischen England und Napoleon nicht. Zwar befand sich Napoleon, als im Mai 1803 der Seekrieg wieder anhob, in der Verteidigung und hätte den erst im Oktober 1801 geschlossenen Frieden gern erhalten, aber hinter seiner augenblicklichen Defensive stand der Vorsatz, nach Verlauf einiger Jahre, wenn Frankreich sich erst

Digitized by Google

maritim gekräftigt hatte, eine antienglische Offensivpolitik durch Eroberung Ägyptens und Bedrohung Indiens einzuschlagen. England durfte daher mit Recht den Krieg, den es provozierte, als Präventivkrieg bezeichnen, allerdings, ohne ihn damit erschöpfend zu charakterisieren, denn da die englische Regierung ebenfalls Absichten gegen das französische Machtgebiet hegte und namentlich die Vereinigung Belgiens mit Frankreich aus militärischen und wirtschaftlichen Gründen nicht dulden wollte, und da viele Politiker den im Frieden erstarkenden Seehandel Frankreichs durch einen raschen Krieg wieder zu zerstören wünschten, so stießen zwei Offensiven aufeinander. Aber vor allem: was Napoleon gegen England verteidigte, war etwas ganz anderes als der Vierbund heute verteidigt. Er verteidigte nicht den alten nationalen Besitz Frankreichs, sondern Eroberungen der Revolution, die sogenannten „natürlichen" Grenzen, die durch Vergewaltigung Deutschlands, Sardiniens, Hollands und Belgiens zustande gekommen waren, er kämpfte für eine in Bündnisform verkleidete französische Herrschaft über Spanien, die Schweiz, Holland, Ober- und Mittelitalien, die ebenfalls durch Gewalt aufgerichtet war und den Bundesgenossen drückende Fesseln anlegte. Er verteidigte damit eine Machtfülle, die Frankreich ein solches Übergewicht in Europa gab, daß sich auf die Dauer neben ihm kein anderer Staat ebenbürtig behaupten konnte. Es war im wesentlichen die von Ludwig XIV. angestrebte politische Stellung, die Napoleon besaß. Es ist daher ein Korn Wahrheit in der Behauptung der englischen Minister, England kämpfe für die Freiheit der Welt, wenn es das durch die Revolution und Napoleon vergrößerte Frankreich befehde, und aus jenen Übergriffen Frankreichs über seine nationalen Grenzen hinaus erklärt es sich, daß England nach dem Bruch des Friedens von Amiens schnell wieder Bundesgenossen auf dem Festlande fand.

Napoleon verteidigte die Eroberungen der Revolution, und als Sohn der Revolution stand er durchaus im Bannkreis des Gedankens, daß Frankreich die Rheingrenze und die Leitung der benachbarten kleineren Staaten gebühre. Die Durchführung dieser Politik erwies sich auf die Dauer unmöglich, weil sie zu viele europäische Interessen verletzte, und daher die neue Machtstellung Frankreichs weder von England, noch von Österreich, noch von Rußland vorbehaltlos anerkannt wurde. Zwar endeten die ersten Angriffe der Festlandsmächte gegen das französische Übergewicht mit Niederlagen und der Errichtung neuer französischer Bollwerke — Eroberung Venedigs und Neapels, Gründung des Rheinbundes usw. —, aber jede solche Sicherung vergrößerte aufs neue die auf Europa drückende Last und rief neue Feindschaften hervor. Auch Preußen, ursprünglich kein Gegner des napoleonischen Frankreichs, wurde hierdurch in die Reihe seiner Feinde gedrängt. Es war die Tragik in Napoleons Leben, daß sein Schicksal ihn zwang, sein Genie im Kampf um ein Phantom aufzureiben, und diese Tragik wird verstärkt dadurch, daß die Urheberin dieser Politik, die französische Nation, ihn beim Schutz ihres Werkes im Stich ließ. Sie verkannte, daß jene Eroberungen einen

Digitized by Google

unheilbaren Gegensatz zu den europäischen Großmächten heraufbeschworen und daß die napoleonischen Kriege in letzter Linie aus der Vorschiebung der französischen Grenzen über nichtfranzösisches Gebiet folgten, führte sie vielmehr auf Fehler des Kaisers zurück und lehnte es ab, sich für die vermeintliche kaiserliche Willkürpolitik zu opfern. An dieser ungenügenden Unterstützung des französischen Volkes ist Napoleon gescheitert. Noch 1813 und 1814 hatte Frankreich hinreichend Mannschaften, um bei gleichen Anstrengungen, wie sie Preußen damals machte, eine den Verbündeten überlegene Armee aufbringen zu können, aber die Wehrpflichtigen blieben zum großen Teil zu Hause, weil sie den Zweck des Krieges nicht verstanden. Die von dem amerikanischen Halbwisser Mahan verbreitete und auch von Stresemann aufgenommene Anschauung, Napoleon sei überwältigt worden, „weil seine Flotte der englischen nicht ebenbürtig war", Trafalgar also eine größere Wichtigkeit habe als Leipzig, führt daher in die Irre.

Nicht weniger unhistorisch ist die Behauptung, Napoleon habe die Freiheit der Meere erstreiten wollen. Gewiß, das englische Übergewicht zur See wollte er brechen, und das konnte zunächst wohl manchem Kleinstaat willkommen sein, aber seine Politik führte im Falle des Krieges nicht etwa zur Herstellung des Gleichgewichts zur See, sondern zur Ersetzung der englischen Seeherrschaft durch die französische. Ein Gleichgewicht zur See und die daraus hervorgehende Freiheit der Meere ist nur denkbar, wenn mehrere ungefähr gleich starke Großmächte zur See neben einander bestehen. Davon konnte aber nach einer Überwältigung Englands durch Frankreich keine Rede sein: dann war eben Frankreich die weitaus mächtigste, vielleicht gar einzige Seemacht, und man darf wohl die Frage aufwerfen, welches Übergewicht das drückendere gewesen wäre, das englische oder das französische, das sich zu Wasser und zu Lande zugleich geltend machte. Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß Napoleon vom Anfang seiner Laufbahn an bewußt auf dies Ziel hingearbeitet habe, glaube vielmehr, daß er zeitweilig an ein Nebeneinanderleben Englands und des England zur See ebenbürtigen neuen Frankreich gedacht hat, aber die Natur der Dinge, sein „Herz ohne Herr", zwang ihn, wie hier nicht näher begründet werden kann, wie zu unaufhörlichen Festlandskämpfen, so auch auf den Weg, der mit dem Zusammenbruche der französischen oder englischen Macht enden mußte.

Wir haben also allen Grund, uns gegen eine allzu enge Vergleichung unserer Politik mit der napoleonischen zur Wehr zu setzen. Weder so reinen Gewissens, noch mit solcher Zuversicht auf Sieg könnten wir den Krieg führen, wenn das napoleonische Muster zuträfe. Wir führen einen uns aufgedrungenen Krieg um unser nationales Dasein unter Aufbietung aller geistigen und materiellen Kräfte, die in unserem Volke leben; das napoleonische Frankreich führte Krieg zur Behauptung von Eroberungen, die für sein nationales Gedeihen nicht notwendig waren und nur einen Teil seiner Volkskraft in Bewegung brachten. Unsere Niederlage würde unseren Staat vernichten

Digitized by Google

und unsere innere und äußere Kraft auf unabsehbare Zeit knicken, Frankreich blieb trotz der Niederlage Napoleons das reichste Land und eine der stärksten Mächte des Festlandes.

Mit noch größerer Deutlichkeit aber ergibt sich die Ungereimtheit der Gleichsetzung, wenn man das Verhältnis des heutigeu Deutschlands und Napoleons zu den Bundesgenossen betrachtet.

Für Napoleon waren die Bundesgenossen nicht etwa gleichberechtigte Helfer, die an den Vorteilen des Sieges vollen Anteil haben sollten, sondern Vasallen und Ausbeutungsobjekte, die ihr Blut und Geld in den Dienst Frankreichs stellen mußten und von der Beute kaum Anteil empfingen. Von einem freiwilligen Anschluß an Frankreich und der Möglichkeit einer selbständigen auswärtigen Politik war, wie schon angedeutet, keine Rede, aber auch wirtschaftlich standen sie unter schwerem französischen Druck. Napoleon stellte als echter Merkantilist die politische Macht in den Dienst der Wirtschaftspolitik und zwang seinen Verbündeten ungünstige Handelsverträge auf; bald mußten sie, wie Spanien und Italien, ihre Produkte zum Besten der französischen Industrie nach Frankreich liefern — so Spanien Merinoschafe, Italien Rohseide — bald mußten sie ihre Grenzen den französischen Waren öffnen oder ihnen gar eine Monopolstellung einräumen wie Italien den französischen Baumwollwaren; Napoleon schloß dagegen Frankreich durch hohe Zölle oder Einfuhrverbote gegen ihre Erzeugnisse ab. Mit Strenge wachte er darüber, daß sie die Kontinentalsperre innehielten und jeglichen Verkehr mit England abbrachen, während Frankreich auch da begünstigt wurde: Napoleon gestattete, daß gewisse der französischen Industrie und den Konsumenten unentbehrliche Rohstoffe und Kolonialwaren, die allein England liefern konnte, eingeführt wurden. Allen Klagen der Bundesgenossen über diese Härten und Ungerechtigkeiten setzte Napoleon ein unbeugsames „Nein" entgegen. Seinem Stiefsohn, dem Vizekönig von Italien, der sich beschwerte, daß Italien erst seine Rohseide exportieren dürfe, nachdem Frankreich seinen Bedarf gedeckt habe, und daß Italien nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Durchfuhr deutscher und schweizer Waren verboten sei, erwiderte er barsch: „la France avant tout!"

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, daß die französische Nationalwirtschaft während des Seekrieges einen großen Aufschwung genommen hat, obgleich Frankreich vom Meere fast ganz abgeschnitten war. Vornehmlich die Industrie wuchs beträchtlich, denn überall, wo die englischen Waren verschwanden, trat die französische Industrie, ohnehin die stärkste des Festlandes, als begünstigte Nachfolgerin ein. In Lyon und Nîmes z. B. übertraf im Jahre 1812 die Zahl der Seidenarbeiter wieder die vor der Revolution, obgleich das Seidengewerbe durch die revolutionären Unruhen außerordentlich gelitten hatte; an Rohstoffen verbrauchte die französische Industrie 1815 mehr als 1789 und ebenso war die Ausfuhr an Fabrikaten gestiegen. Weitaus die meisten anderen Industrien gingen dagegen zurück. Nur an wenigen Stellen, wo

Digitized by Google

die Verhältnisse besonders günstig lagen, sind Fortschritte gemacht worden, so in Sachsen und der Schweiz, die beide schon ältere, wirtschaftlich gefestigte Gewerbe und zugleich günstige Absatzverhältnisse in den industriell wenig entwickelten polnischen und österreichischen Nachbargebieten besaßen. Aber auch hier war der Fortschritt nicht allgemein; die sächsische Baumwollindustrie z. B. hat Verluste erlitten, und die sächsische Volkswirtschaft im ganzen dürfte auch Schaden genommen haben, da während der Kontinentalsperre der Umsatz der Leipziger Messe sich um etwa 35 % vermindert hat. (Hasse, Geschichte der Leipziger Messen, Leipzig 1885.) An anderen Stellen waren die Zustände weit übler. In Preußen und Hannover ging die Leinenindustrie fast zugrunde, die preußische Wollindustrie litt außerordentlich, der Transithandel in Deutschland, von Norden nach Süden und umgekehrt, hörte fast auf, die Nord- und Ostseereederei brach zusammen, kurz, überall verminderte sich Arbeit und Verdienst in Deutschland, die Lebenshaltung verschlechterte sich, da alles, was man kaufen mußte — überseeische Lebensmittel und ausländische Industriewaren — teurer wurde, die eigenen Produkte aber im Werte sanken, da der Hauptkäufer, England, verschwunden war. Um 60—80 % sank z. B. in Ostpreußen der Getreidepreis. Es ist begreiflich, daß die Grenzlandschaften mit Neid auf die so viel günstigere Lage des linken Rheinufers blickten und daß die Bergischen Industriellen einen Antrag auf Annexion an den Kaiser richteten, um der wirtschaftlichen Vorteile seiner unmittelbaren Herrschaft teilhaftig zu werden. Ebenso verständlich ist, daß die französische Industrie solche Wünsche lebendig bekämpfte. Ähnliche Leiden hatten die anderen Nebenländer Frankreichs zu ertragen. Der fortgesetzte Druck Napoleons auf allen Gebieten trug seine Früchte: Frankreich, das zu Beginn von Napoleons Laufbahn vom größeren Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland als Retter vom wirtschaftlichen Übergewicht Englands begrüßt worden war, erscheint nach einem Jahrzehnt als unerträglicher Bedrücker, dessen Herrschaft man mit Englands Hilfe abzuschütteln strebte. (Näheres hierzu in meinen Arbeiten: „Von Jena bis zum Wiener Kongreß", Leipzig 1914, und „Nauticus" 1900, Die Kontinentalsperre.)

Die Bundesgenossen Frankreichs ausgesogen, verarmt und politisch geknechtet, das führende Land blühend und wohlhabend: ich denke, das ist ein Bild, das wir nicht weit genug von uns wegweisen müssen — und **können**. Wir müssen es abweisen, denn jener auf oberflächlicher historischer Betrachtung ruhende Vergleich, in dem Deutschland die Rolle des napoleonischen Frankreich spielen soll, könnte in unseren Bundesgenossen wenig freundliche Gefühle für uns wecken, aber wir können es auch abweisen, denn Deutschland nimmt im Vierbunde wahrhaftig nicht die Stelle eines privilegierten Mitgliedes ein, sondern blutet, arbeitet und zahlt wie sie; und die anderen haben sich ihm angeschlossen, weil sie an seiner Seite ihre besonderen nationalen Ziele am besten erreichen zu können überzeugt sind.

Unsere Bundesgenossen wissen, daß Deutschland nicht für die Ersetzung der eng-

Digitized by Google

lischen Suprematie zur See durch eine deutsche, sondern für ein wahrhaftes Gleichgewicht kämpft, da es England nicht aus der Reihe der großen Seemächte streichen, sondern nur durch Brechung der absoluten englischen Seeherrschaft einen Zustand herbeiführen will, in dem sich nicht wie im 19. Jahrhundert die Festlandsmächte zugunsten Englands im Schach halten. In einem solchen künftigen europäischen Konzert, dessen Grundlagen, wie der Reichskanzler schon erklärt hat, durch besondere internationale Verträge garantiert werden mögen, ist gerade für die Kleinstaaten aller Weltteile, die unter Napoleons Druck ebenso wie unter dem des heutigen und früheren England gelitten haben, am besten gesorgt. Im Gegensatz zu Napoleon und England ist Deutschland seiner Natur nach der berufene Schützer der kleinen Nationen und Mächte. Denn Deutschland und Österreich-Ungarn, die nun einmal zur gemeinsamen auswärtigen Politik untrennbar verbunden sind, müssen vermöge ihrer Zusammensetzung Duldsamkeit und Gerechtigkeit gegen nichtdeutsche Nationalitäten in ihren eigenen Grenzen üben, können also unmöglich daran denken, in der auswärtigen Politik Grundsätze zu befolgen, die dem Geiste ihrer inneren Politik zuwiderlaufen. Sie können nicht daran denken, die Unabhängigkeit der Kleinstaaten zu beugen und durch Gewinnung erzwungener und unlustiger Untertanen oder Bundesgenossen ihre inneren und äußeren Schwierigkeiten zu vermehren. Im Gegenteil, sie werden ihren Vorteil darin sehen, die volle Selbstbestimmung der kleinen Nationen gegen fremde Angriffe zu schützen. Keine Nation weiß besser als die deutsche, daß sie ihre geistige und materielle Schaffenskraft, ihre ganze Kultur nicht aus sich allein geboren, sondern durch den Verkehr mit anderen nationalen Kulturen die fruchtbarsten Antriebe empfangen hat; keine Nation weiß besser als sie, daß die europäische Kultur nur vermöge ihrer Vielgestaltigkeit so reiche Früchte hat tragen können, und daß die Begabung jeder nationalen Individualität sich nur in politischer Freiheit und Selbständigkeit zu voller Höhe erheben kann. Um sich diesen fruchtbaren Gedankenaustausch zu erhalten, wird sie deshalb niemals den Wunsch empfinden, die kleinen Völker zu beschränken oder gar zu unterdrücken. Der Sieg Englands und Rußlands dagegen würde die Schwachen zu willenlosen Zwergen zwischen Riesen herabdrücken. Beide Parteien, Deutschland wie die kleinen Staaten, haben so Ursache, einander zu suchen und sich den gegenseitigen Anschluß zu erleichtern.

Der Sieg Deutschlands über seine Feinde bietet also allen Nationen, den verbündeten wie neutralen, Schutz und die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihrer inneren und äußeren Kraft; dem höchsten Ziele des menschlichen Strebens, dem Gewinn der inneren Freiheit, wird ein unschätzbarer Dienst geleistet werden. Man blicke nach innen oder nach außen in der gegenwärtigen Krisis, überall bietet sich ein Bild, das so wenig gemein mit der napoleonischen Politik hat, daß es geradezu eine Beleidigung für Deutschlands Regierung und Volk ist, unsere Politik nach dem Maßstabe der französischen vor einem Jahrhundert beurteilen zu wollen. Will man den politi-

Digitized by Google

schen Charakter der Führer beider Epochen im Kampfe gegen England auf eine kurze Formel bringen und einander gegenüberstellen, so kann sie nur lauten: Napoleon ein Tyrann — Wilhelm II. ein Befreier.

Philosophische Gedanken zur Wahlrechtsfrage

Von Rudolf Eucken

Der sehr erfreuliche Erlaß des Kaisers hat die Wahlrechtsfrage endlich sicher in Fluß gebracht, jetzt gilt es nicht rückwärts, sondern vorwärts zu schauen. Aber zugleich gilt es vollste Anspannung der Gedanken und sorgsamste Überlegung dessen, was zum Heil unseres Volkes notwendig sei, denn an der Lösung dieser Frage hängt ja zum guten Teil die Gestaltung unserer politischen Zukunft. Die erste Bedingung des Gelingens ist jedenfalls die, daß wir im Suchen uns alle als Genossen eines gemeinsamen Werkes betrachten, ein Streben nach Wahrheit auch abweichenden Meinungen zuerkennen und das Für wie das Wider vorgeschlagener Lösungen unbefangen erwägen. Nur kein Operieren mit bloßen Schlagwörtern, nur kein Niederschreien dessen, der anders denkt als wir!

An erster Stelle steht in den Erörterungen das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Zu seinen Gunsten spricht unverkennbar ein starker Zug der Zeit. Schon vor beinahe hundert Jahren sprach Hegel das Wort: „Die Massen avancieren"; wer könnte leugnen, daß im weiteren Fortgang die breiten Massen des Volkes weit mehr Bedeutung gewonnen und sich auch innerlich sehr gehoben haben; dem gehobenen berechtigten Selbstgefühl entspricht aber die Forderung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Was immer aber, auch im Hinblick auf andere Völker, bei uns zu seinen Gunsten spricht, das wird verstärkt durch die Erfahrungen des Weltkriegs mit seinen gemeinsamen Taten und Leiden, mit seinem Zurückdrängen aller Unterschiede gegenüber dem, was uns miteinander verbindet. Auch die Tatsache, daß bei uns Deutschen Kastengeist und hochmütiger Standesdünkel noch keineswegs ganz verschwunden sind, gibt der Forderung Nachdruck, an einem so entscheidenden Punkte, wie ihn das Wahlrecht bildet, alle Abstufungen aufzuheben und im Staatsbürger nur den Menschen zu ehren.

Aber auch wer in dieser Forderung einen Ausdruck der Zeitlage sieht und ihren Reiz ganz wohl versteht, dürfte die Schranken der Sache und ihre Gefahren nicht aus dem Auge verlieren. Bisweilen sieht es so aus, als ob die Einführung dieses Wahlrechts ein Heilmittel aller Schäden wäre und mit Sicherheit einen Sieg der Vernunft in politischen Dingen verbürgte. Eine ideale Form des Wahlrechts würde aber diese Art nur sein, wenn alle einzelnen Bürger ein selbständiges Urteil hätten und dieses in voller Freiheit zum Ausdruck bringen könnten. So aber steht die Sache nicht. Zu allen Zeiten haben Minderheiten, oft recht kleine Minderheiten, wie die Geschichte,

Digitized by Google

so auch die öffentliche Meinung gemacht; das Vermögen kleiner Kreise ist aber durch die moderne Entwicklung ins Riesenhafte gesteigert, wie wir Deutsche heute von draußen her aufs schmerzlichste erfahren; denn wenn heute die feindlichen Völker sich mit wilder Wut auf Deutschland werfen, so geht das keineswegs aus dem innersten Willen der ganzen Nationen hervor, sondern sie sind durch die ungeheure Macht der Presse, einer vornehmlich den Interessen kapitalistischer Kreise dienenden Presse, in solche Wut gegen uns hineingehetzt worden; unter dem Scheine und im Gewande der Freiheit herrscht in Wahrheit das Geld; wo die Menschen, wie z. B. die Amerikaner, selbst zu erkennen und zu entscheiden glauben, da sind sie lediglich gefügige Stücke einer großen Herde. Und solche Abhängigkeit vermag sich in die gesetzgebenden Körperschaften selbst hineinzuerstrecken, wie das neueste Beispiel Italiens mit greller Deutlichkeit zeigt. Ein paar Monate vor Ausbruch des Krieges schrieb mir ein hervorragender römischer Gelehrter, er habe neuerdings Gelegenheit gehabt, die Volksstimmung in den verschiedensten Gegenden Italiens kennen zu lernen, und er habe sich dabei überzeugt, daß mindestens 85 % für den Frieden seien; trotzdem gelang es bald darauf einer rücksichtslosen Minderheit, das Volk in den Krieg zu treiben. Die moderne Wissenschaft hat die unheimliche Macht der Suggestion eingehend erörtert, der Kunst, die eigne Meinung anderen als ihre eigne aufzudrängen; nirgends aber ist die suggestive Macht gewaltiger, als da, wo sich große Massen zusammenballen und das eigne Urteil wie das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen dem ungeheuren Zustrom von außen erliegt. Das hat schon Plato eindringlich geschildert. Immer lauert hier die Gefahr, daß Unverantwortliche die Dinge nach ihrem Belieben und leicht nach ihren selbstischen Zwecken lenken, und daß dabei dem Volke das, wozu man es haben will, als seine eigne Meinung und sein eignes Interesse eingeredet wird.

Ferner bleibt zu erwägen, daß ein Wahlrecht, welches das Volk gar nicht als eine Gliederung, sondern nur als eine gleichartige Masse, als ein Nebeneinander einzelner Individuen behandelt, besonders wenig Gewähr dafür bietet, die Kulturarbeit der Gemeinschaft mit ihrer reichen Verzweigung zu gleichmäßiger Vertretung zu bringen; es ist ein bloßer Zufall, wenn das auch nur in leidlicher Weise geschieht. Nun aber hat sich eben die moderne Kultur in besonderem Maße technisch gestaltet, guter Wille und gesunder Menschenverstand reichen zur Lösung ihrer Aufgaben keineswegs aus; die Gefahr liegt nahe, daß die Vertretungskörper das geistige Niveau ihrer Zeit kaum erreichen, es jedenfalls nicht überschreiten, damit aber mehr zur Hemmung als zur Förderung wahren Fortschritts wirken. Das Streben, gegenüber solcher Gefahr der Gliederung des Volkes mit ihrer Arbeit mehr Einfluß zu verschaffen, hat bekanntlich zum Zweikammersystem geführt, aber wir sehen nicht, daß damit viel erreicht und das Gewicht der Vertretungskörper wesentlich gehoben ward. Solche Trennung ergibt keine nähere Berührung der Persönlichkeiten und keine Ausgleichung der Interessen, auch wird die allgemeinen Wahlen entsprungene Vertretung natur-

Digitized by Google

gemäß die Hauptrolle spielen, die andere mehr die unliebsame Aufgabe einer Hemmung haben und daher wenig Einfluß gewinnen.

Soll daher in der Vertretung auch die Gliederung des Volkes zu angemessenem Ausdruck kommen, so bleibt kein anderer Weg als der, die Vertreter des Volkes im ganzen mit den Vertretern seiner Gliederung in einer einzigen Körperschaft zu vereinigen. Die verschiedenen Berufe haben sich in jüngster Zeit vielfach organisiert, es kann bei gutem Willen nicht zu schwer sein, Vertreterwahlen aus ihnen hervorgehen zu lassen; beide Arten der Abgeordneten wären Vertreter des Volkes, aber des Volkes von verschiedenen Seiten her erfaßt. Natürlich wäre bei der Auswahl der zu vertretenden Berufe alle Parteitendenz fernzuhalten, es müßten zum Beispiel die Organisationen der Arbeitnehmer dieselbe Anerkennung finden wie die der Arbeitgeber; geschähe aber dies, so sehen wir nicht, weshalb eine solche Einrichtung von vornherein Mißtrauen erwecken sollte. Sie würde aber den Vorteil haben, daß neben den durchgehenden Strömungen und Stimmungen des ganzen Volkes auch alle Hauptinteressen der Kulturarbeit durch sachkundige Männer vertreten wären, und daß sich zwischen den Sachkundigen und den Gesamtvertretern eine fruchtbare Wechselwirkung in persönlicher Berührung und im Austausch der Erfahrungen entwickeln könnte; das würde sicherlich den Gesamtstand heben und die Gefahren des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bei der gemeinsamen Vertretung des Volkes weit eher überwinden lassen. Eins ist unbedingt zu verlangen, dieses, daß nicht das Sorgen für die Rechte und Interessen der einzelnen das Recht und das Gedeihen des Ganzen völlig vergessen lasse.

Eben indem wir dies schreiben, geht uns das neueste Buch von Professor Kjellén „Der Staat als Lebensform" (S. Hirzel Verlag) zu, und wir finden zu unserer Freude auch in ihm den Gedanken einer Vertretung der Gliederung des Volkes mit großer Energie verfochten. Kjellén meint sogar (Seite 193): Eine Gruppenvertretung, worin die großen tatsächlichen Arbeitssphären der modernen Gesellschaft mit ihren Vertrauensmännern als Sprachrohre und mit keinem anderen Gewicht als dem ihrem Wert für das allgemeine Wohl entsprechenden vor den Staat hintreten — das ist die Lösung des großen Problems der Repräsentation." Zugleich führt er verschiedene Stimmen an, die sich neuerdings in ähnlicher Weise äußerten. Unsererseits möchten wir meinen, daß eine solche Art der Vertretung eine andere aus allgemeinem und gleichem Wahlrecht hervorgegangene neben sich haben sollte, da sonst das Volk zu sehr in lauter einzelne Gruppen aufgelöst und in seiner Einheit geschädigt würde. Es darf über dem Ganzen nicht die Gliederung, aber es darf auch über der Gliederung nicht das Ganze zurückgestellt werden. Zunächst aber kommt es darauf an, daß der Gedanke einer Berufs- und Gruppenvertretung innerhalb einer Gesamtvertretung von weiteren Kreisen mehr erörtert wird; diesem Zwecke vornehmlich sollte unsere Darlegung dienen. Das bloße Verlangen eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts löst die verwickelte Frage nicht.

Digitized by Google

Notizen

Der Caprivismus als politisches Prinzip. Unter diesem Titel hat Generalleutnant Keim in Nr. 14. der „Alldeutschen Blätter" einen Aufsatz veröffentlicht, der das Gegenteil von dem behauptet, was bisher von alldeutscher Seite über Caprivi und seine Politik gesagt worden ist. Da Generalleutnant Keim im Alldeutschen Verbande eine bedeutende Rolle spielt. so ist seine Meinung von nicht geringem Interesse. Um zu zeigen, wie stark die Keimschen Ausführungen von der bisherigen alldeutschen Ansicht abweichen, stelle ich vier Sätze von Keim, vier Sätzen von Claß, dem Führer des Alldeutschen Verbandes aus seiner Programmschrift „Die Bilanz des neuen Kurses" entgegen.

Kolonialpolitik. General Keim: „Wenn dem Grafen Caprivi ferner der Ausspruch vorgeworfen wird: „Es könnte uns kein größeres Unglück passieren, als wenn man Deutschland ganz Afrika schenkte", so hat er auch hierbei richtig herausgefühlt, daß eine erfolgreiche Kolonialpolitik ohne eine nicht allein große, sondern geradezu übermäßige Flotte England gegenüber gar nicht durchzuführen sei. Ob Fürst Bismarck vorausgesehen hat, daß England einmal unser größter Todfeind würde, weiß ich nicht, jedenfalls beweist der Ausspruch von ihm, daß, als er bei Anfang der Kolonialpolitik darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Frankreich hier Schwierigkeiten bereiten könnte, „Sie vergessen daß Paris sozusagen unter den Kanonen von Metz und Straßburg liegt", — daß er an eine solche Möglichkeit in voller Schärfe wohl nicht gedacht hat. Der Gang des Krieges hat nach dieser Richtung, wenn man will dem Grafen Caprivi recht gegeben."

Claß: „Er (Caprivi) erklärte mit einer Harmlosigkeit die für den verantwortlichen Leiter eines großen Volkes mehr als beschämend ist, „die Periode des Flaggenhissens und Vertragschließens muß beendet werden, um das Erworbene nutzbar zu machen". Die Nutzbarmachung bestand darin, daß wir mit vollen Händen schenkten. Wir gaben unsere Ansprüche an Sansibar, Witu und Uganda auf; verloren den Zutritt zum mittelafrikanischen Sudan von Osten. Dagegen gewannen wir Helgoland. Caprivi war stolz uud glücklich über diesen Vertrag; das deutsche Volk aber in seinen besten Teilen brauste vor Empörung und Unwillen auf, und schuf sich in den Vorgängern des Alldeutschen Verbandes ein Mundstück für seine Anschauungen."

Flottenvorlage. Keim: „Caprivi hatte gerade für die Flotte schon in musterhafter Weise vorgesorgt, als Chef des Reichsmarineamtes durch Schaffung der Torpedowaffe. Deutschland war lange Jahre dank dem Eingreifen des Grafen Caprivi in dieser Beziehung allen anderen Flotten überlegen. Er war es auch, der den späteren Admiral von Tirpitz als den richtigen Mann erkannt hatte, um bei der Reorganisation unserer Flotte in erster Linie tätig zu sein."

Claß: „Für die Flotte geschah nichts, bekannte doch Caprivi, daß er kein Flottenenthusiast sei, und daß für die Entwickelung der Flotte enge Grenzen gezogen seien."

Rückversicherungsvertrag. Keim: „Caprivis Gegner wollen das deutsche Volk bis auf den heutigen Tag glauben machen, als ob durch diese Kündigung die Feindschaft Rußlands entstanden sei. Die Sache liegt anders. Erstens hatte Alexander III. dem Grafen Caprivi wiederholt persönlich versichert, daß er sein volles Vertrauen besäße, und er sicher sei, daß unter Caprivis Amtsführung die Beziehungen mit Rußland nicht getrübt würden. Der Rückversicherungsvertrag mag seiner Zeit von Wert gewesen sein, daß er aber in kritischen Zeiten, wie wir sie beispielsweise im Sommer 1914 erlebt haben, irgendwie Rußland abgehalten haben würde, uns feindlich entgegenzutreten, wird man wohl ernstlich nicht behaupten wollen ... Zweitens rührt die Feindschaft Rußlands einschließlich einflußreicher Schichten des russischen Volkes in erster Linie vom Berliner Kongreß her."

Digitized by Google

Claß: „Die Quittung für die Rußland gefährdende Polenpolitik und die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages wurde bald erteilt, es trat eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland ein, die demonstrativ in die Öffentlichkeit kam."

Handelsverträge. Keim: „Es unterliegt schließlich keinem Zweifel, daß die Feindschaft gegen den Grafen Caprivi in den konservativ-agrarischen Kreisen mit auf dem Abschließen der Handelsverträge beruht. Der Graf Caprivi hat darunter selbst schwer gelitten, denn er war eine durch und durch konservativ gerichtete Person. Ich will nicht bestreiten, daß die betreffenden konservativ-agrarischen Kreise auch im Interesse der Landwirtschaft und damit im Sinne der Allgemeinheit handelten, indem sie diese Seite der Amtsführung des Grafen Caprivi bekämpften. Das aber sollte nicht dazu führen, diese Feindschaft auch auf die übrige Tätigkeit des Grafen Caprivi zu übertragen und seine Verdienste, sowie sein ganzes Wirken herabzusetzen und zu vergessen."

Claß: „Es ist klar, einem Manne, der Rußlands Deckung fahren lassen konnte, der die Freundschaft der Polen suchte, der wichtige koloniale Ansprüche verschleuderte, fehlte es an allem was zum Staatsmann erforderlich, am Blick für Gegenwarts- und Zukunftswerte vor allem."

Ein englischer Rat an Rußland. „Rußland: und die Notwendigkeit einer höchsten Autorität", so überschreibt die „Saturday Review" vom 24. März den ersten ihrer Leitartikel, dem sie volle drei Spalten widmet. Der Artikel enthält viel Schmeichelhaftes und viele gute Wünsche für die Russen, gipfelt aber in dem Rate, schleunigst dafür zu sorgen, daß eine oberste Autorität im Staate geschaffen wird: „Wir können indessen den Gegenstand nicht verlassen ohne noch ein Wort über die absolute Notwendigkeit einer obersten Autorität zu sagen. Es kann keinen Erfolg, keine Hoffnung auf Erfolg im Kriege geben, wenn nicht in irgendeiner Form eine wirklich leitende Persönlichkeit, ein Diktator, vorhanden ist. Wenn das nicht in Deutschland der Fall gewesen wäre, dann wäre es jetzt bereits schon untergegangen: und Österreich würde Lemberg nicht überlebt haben. Eine große Nation muß im Kriege ein Haupt haben, oder seine Glieder werden versagen. Ohne eine herrschende Persönlichkeit wird das Chaos die Regel sein. Einer muß an der Spitze stehen, um zu handeln, um schnell zu handeln, um Erfolg zu haben: ein Dutzend Häupter oder 22 Häupter — nun wir wissen, was das bedeutet. (Schon vorher heißt es an einer Stelle desselben Artikels: „Engländer werden nicht der Arroganz verdächtigt werden, wenn sie die Russen bitten, sich vor englischen Fehlern warnen zu lassen. Wir haben durch bittere Erfahrung gelernt, daß einzig Autorität, Disziplin, Organisation und Arbeit unsere Heere ausrüsten und ihnen die Aussicht auf Sieg im Felde geben können. Wir haben auch gelernt, daß Konzentration in das eine Ziel seitens aller Klassen notwendig ist, wenn wir unseren mächtigen Feind besiegen sollen.") Wir werden uns freuen zu hören, daß unser edler Verbündeter, Rußland, seine Änderungen durchgeführt hat, sich von deutschem Einfluß befreit und seinen Herrscher gefunden hat. Großbritanniens Schwierigkeiten in der nächsten Vergangenheit infolge Mangels einer klaren und einzigen Autorität sind ein warnendes Beispiel.

Die englische Magna Charta aufgehoben. Am. 6. April wurde in London eine Verordnung des Lebensmittel-Kontrolleurs veröffentlicht, die sich gegen Vorratskäufe von Lebensmitteln und Anhäufen derselben in Privatwohnungen wendet. Niemand darf mehr Lebensmittel in seinem Besitz haben oder unter seiner Kontrolle, als er für den gewöhnlichen Verbrauch seines Haushaltes oder Geschäfts notwendig hat. Die Beweislast dafür, daß er die in seinem Besitz befindliche Menge wirklich braucht, wird in jedem Falle einer gerichtlichen Verfolgung der angeschuldigten Person überlassen. — Den Geschäften wird es als strafbares Vergehen angerechnet, wenn sie irgend jemandem etwas verkaufen, sobald sie Grund haben anzunehmen, daß die für den Verkauf freigegebene Menge dadurch überschritten wird. Jede Person, welche

Digitized by Google

durch den Nahrungsmittel-Kontrolleur schriftlich dazu ermächtigt wird, hat das Recht, jedes Haus zu betreten, in welchem er glaubt mit Recht annehmen zu dürfen, daß irgendein Lebensmittel-Artikel in Zuwiderhandlung gegen diese Verordnung gehalten wird und darf solche Durchsuchungen und Prüfungen in den Häusern vornehmen, wie er es für notwendig hält. Diese Erlaubnis zum Eintritt in fremde Häuser beschränkt sich auf die vom Nahrungsmittelkontrolleur besonders autorisierten Personen. Damit ist die Magna Charta Englands, die das Haus jeden Engländers zu seiner Burg macht, für die Dauer des Krieges aufgehoben.

China, Japan und die Vereinigten Staaten. Die „New York Times" vom 12. Februar veröffentlicht einen längeren Artikel aus der Feder von Frederick Moore, der längere Zeit Vertreter der „Associated Press" in Peking war und welcher behauptet, Japan habe gegen Zusicherung entsprechender Kompensationen seine Zustimmung zu Chinas auf Aufforderung der Vereinigten Staaten erfolgtem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gegeben und zwar habe das Hauptverdienst daran Dr. Morrison, früherer „Times"-Korrespondent in Peking und jetzt offizieller Ratgeber des Präsidenten der chinesischen Republik. Er habe den Chinesen in Aussicht gestellt, daß eine Kriegserklärung ihrerseits für sie folgende Vorteile haben würde: sofortiges Aufhören der Verpflichtung zur Zahlung der jährlichen Entschädigung an Deutschland aus dem Boxerkriege; eine Stimme auf der Friedenskonferenz als kriegführende Macht, was ihnen erlauben würde, ihre Rechte gegen die Ansprüche Japans zu verstärken; wahrscheinlich Zurückgabe von Tsingtau und der Schantungbahn, die Freundschaft und den Schutz der Verbandsmächte, einschließlich der Vereinigten Staaten.

Mr. Moore behauptet, daß Dr. Morrison schon Yuan-Schi-Kai diesen Vorschlag gemacht habe und daß seit jener Zeit die chinesische Regierung zum Anschluß an die Verbündeten bereit gewesen sei, bisher aber wegen Widerspruches von seiten Japans, das seine Geschäfte in China besser besorgen zu können hoffte, wenn China nicht kriegführende Macht war, den Abbruch der Beziehungen usw. zurückstellen mußte. Noch heute sei das chinesische Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl deutschfreundlich, aber die Stimme des Volkes habe kein Gewicht gegenüber der Regierung, die sich ausschließlich von Dr. Morrison leiten lasse!

Dieses Geständnis des amerikanischen Korrespondenten ist von einer gar nicht zu unterschätzenden Bedeutung, denn es beweist, daß auch Wilsons Behauptung, die Vereinigten Staaten kämpften für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen die Autokratie der Regierungen, nichts weiter als Bluff ist.

Dieselbe Nummer der „New York Times" bringt übrigens einen Leitartikel „Japan und Chinas Handel", wonach vor kurzem Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan stattgefunden haben bezüglich Teilnahme Japans am Handel der Vereinigten Staaten mit China und gemeinschaftlichen Entwicklung der reichen Hilfskräfte Chinas. Diese Verhandlungen schienen „guten Erfolg" zu versprechen, denn der japanische Minister des Äußeren habe vor einigen Wochen im japanischen Reichstage seine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß amerikanische Kapitalisten ein Zusammenarbeiten von China und Japan in China vorgeschlagen hätten. Auch der japanische Gesandte in Washington habe kürzlich in einer öffentlichen Ansprache bemerkt, daß hervorragende Leute in seinem Lande auf die Vorteile ökonomischen und handelswichtigen Zusammenarbeitens hingewiesen hätten!

Es wäre wünschenswert, daß diesen Behauptungen des amerikanischen Korrespondenten auf den Grund gegangen wird.

Sonderbare Schwärmer. Max Schippel erwärmt sich in den „Sozialistischen Monatsheften" dafür, im Osten alles beim alten zu lassen. Besonders hält er für wenig ratsam, Kon-

Digitized by Google

großpolen, um ihm eine größere Selbstregierung zu gönnen, „aus dem russischen Staatskörper loszulösen". Demnach ist er dafür, Polen gegen den Wunsch der Polen auf dem Altar der von der „Kreuzzeitung" bis zu den „Sozialistischen Monatsheften" neuerwachten Vorliebe für Rußland zu opfern. Daß damit das sonst von der Sozialdemokratie über alles hochgehaltene Recht der kleinen Nationen auf Selbstbestimmung mit Füßen getreten wird, scheint den Verfasser weiter nicht zu beunruhigen. Der Englandhaß hat hier wieder einmal blind gemacht.

Neuerscheinungen

Übersicht über die Berichtswoche vom 14.—20. April.

Die Erörterungen und Vorschläge für die Neugestaltung unseres Daseins nach dem Kriege mehren sich. Einige davon beschäftigen sich mit der Zukunft unserer deutschen auswärtigen Politik. Richard Witting stellt in einer Schrift über die auswärtige Politik und Diplomatenkunst die deutsche Teilnahmslosigkeit an der auswärtigen Regierung vor dem Kriege fest. Er führt sie auf die geschäftlichen Interessen zurück, die vor dem Kriege überwogen haben, zum Teil freilich auch darauf, daß wir in Deutschland in einem „Obrigkeitsstaat reinster Ordnung lebten", dem das deutsche Volk die Tugenden verdanke, die seinen Widerstand ermöglichen, der aber auch den Mangel an politischer Reife und an Zivilcourage mit sich bringe. So will er die auswärtige Politik Deutschlands von dem Zeichen der Obrigkeitsregierung gelöst wissen, für den Diplomaten von heute „Kenntnis von Land und Leuten, volkswirtschaftliches, geschichtliches Wissen, Sprachenkunde, soziales Interesse, psychologischen Takt, die Kunst des Beobachtens, die Gabe, Menschen zu behandeln, zu gewinnen, geschmeidig nach seinen Wünschen zu leiten" als unerläßliche Eigenschaften anerkannt sehen. Zu England nimmt ein Sonderheft der „Süddeutschen Monatshefte" von neuem Stellung. Ausgangspunkte sind die Sätze: „Während die deutschen Kriegserfolge durchaus mit Blut erkauft wurden, sind die englischen Erfolge überwiegend erzielt worden durch die Arbeit der Politiker." Uns fällt an der politischen Denkweise des Engländers am meisten auf, daß ihm moralische Politik fremd und daher an andern unglaubwürdig ist." Nutzanwendung ist der Satz: „Jedes Volk muß seine eigene Denkweise ausbilden, und die dem deutschen Volk eigene ist nicht die amoralische Politik der Engländer." Den mitteleuropäischen Gedanken fördern zwei Schriften, die sich mit unserem Verhältnis zu den übrigen Mitgliedern des künftigen Mitteleuropa beschäftigen. Joseph August Lux widmet sich Ungarn, seinem landschaftlichen und geistigen Leben, seinen Wirtschaftsproblemen und politischen Fragen, seiner geistigen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die programmatische Erklärung, mit der er seine Betrachtungen begründet, ist lehrreich und wichtig. „Nützlichkeitsforderungen entstehen unter dem Schlagwort ‚Mitteleuropa', ohne daß sich dieses ‚Mitteleuropa' in den elementaren Wesenszügen seiner verschiedenen Teile eigentlich genau kennt. Konkret gesprochen: wie wenig weiß der Deutsche von dem österreichischen Wesen und um wieviel weniger noch weiß er von dem ungarischen Genius?! Wie groß sind die Schatten alter Irrtümer und geschichtlicher Vorurteile, die sich verdunkelnd zwischen den Ungar und den österreichischen Bruder stellen?! Und alle zusammen dürfen wir uns fragen: was wissen wir von dem inneren Leben und völkischen Bedingtheiten der übrigen verschiedenen Nationen, mit denen wir zusammen leben?" Hermann Bahr stellt an die Spitze eines neuen Buches den Satz: „Deutschland und Österreich haben in diesem Krieg erst einander wirklich kennen gelernt." Das klingt erfreulich und verführerisch, weil es mitten in der Arbeit gesagt ist, die hüben und drüben erst noch zu leisten ist. Hermann Bahr hilft wie immer lebhaft und zukunftsfroh zur Förderung dieses Verständnisses, das unser Wunsch ist und ein gutes Stück unserer Zukunftsarbeit bleiben muß (in dem Sinne seines Wortes: „Nicht besser können Österreich und Deutschland einander dienen als jedes mit den ihm eigenen Gaben, also je deutscher der Deutsche, je österreichischer der Österreicher ist und schafft").

Auch für innere Politik und Kulturpolitik fehlt es nicht an wertvollen neuen Zeugnissen.

Einen sehr beachtenswerten Beitrag zur Judenfrage ergibt der Abdruck zweier Artikel Martin Bubers aus der Monatsschrift „Der Jude" über das Schicksal des Judentums — ein prachtvolles Schauspiel, den ehrlichen und starken, charaktervollen Juden Martin Buber für die geistigen Werte des Zionismus sich einsetzen zu sehen, zum Teil mit Sätzen, die er schon vor Jahren geschrieben hat, wie dem folgenden: „Für den, der sich in der Wahl zwischen Umwelt und Substanz für diese entschieden hat, gilt es, wahrhaft von innen heraus Jude zu sein und aus seinem Blute, mit dem ganzen Widerspruch, mit der ganzen Tragik und mit der ganzen Zukunftsfülle dieses Blutes als Jude zu leben." Was der Krieg geistig für die Frauen, besonders die der geistigen Berufe, bedeutet hat, suchen eine Reihe bekannter und unbekannter Schriftstellerinnen in „einer Gabe aus großer Zeit" festzustellen:

Digitized by Google

Auslösung „eines unendlichen Reichtums an Liebe, Klarheit und Treue". Auch der Verzicht „auf winzige Erfolge im gesellschaftlichen Leben" ist angeführt. (Denn „für Leute, die Lasten tragen, ziemt sich kein Karnevalsgewand".) Sehen wir zu, ob wirklich in Zukunft die Frau den Schwerpunkt ihres Daseins in dem Reichtum an Liebe, Klarheit und Treue sucht. Wie sehr die Erziehungsfrage in den Mittelpunkt unserer Teilnahme gerückt ist, zeigt eine Anregung von Dr. Felisch, ein deutsches Jugendgesetzbuch zu schaffen. „Ein solches Gesetzbuch ist noch nirgends in der Welt vorhanden; auch die Zusammenfassung des englischen Rechtes ist weit von diesem Ziele entfernt. Würde das deutsche Volk sich dazu aufraffen, das so in seiner Tiefe erfaßte Jugendproblem der Lösung entgegenzuführen, so wäre das eine Kulturtat, die als eine der bedeutendsten unserer Tage bezeichnet werden müßte, und die von unübersehbaren Wirkungen nach vielen Richtungen sein würde." Daß es aber bei Gesetzen und Formeln nicht bleiben wird, mag man aus der unbefangenen Stellung schließen, die Hermann Cohn in seinem Kommentar zu Kants Kritik der reinen Vernunft der gelehrten Diktion seiner Fachgenossen gegenüber einnimmt. „Bei manchem, der mit frischem Sinn an das Studium der Philosophie herangehen möchte, ist vielleicht die geistige und die seelische Disposition für Kant vorhanden, aber der Abstand von dem literarischen Ton, dessen Einwirkungen er sonst zu erfahren hat, erschwert ihm die Sammlung für diese Schreibweise und die dazu erforderliche Lesezucht."

Zu einer inneren Selbstbesinnung mahnen zwei Schriften, die den Kern aller Zukunftsprobleme klar und deutlich sehen und feststellen. Arthur Trebitsch widmet eine schöne Schrift über „Geist und Leben", über die „Schaffenden, die Vermittler und das Publikum" den regierenden deutschen Fürsten, „sofern in ihnen der Geist der Macht genugsam lebendig, wach und rege ist, daß sie die Macht des Geistes zu kennen, zu erkennen und anzuerkennen vermögen". „Er kämpft für die Qualität, die in unserer traurigen Zeit durch die Quantität ertötet wurde, dieweil die Fülle des Vorhandenen das Publikum unfähig machte, das Richtige herauszuhören." Mag jeder sehen, wie richtig Trebitsch das Vergangene durchschaut und das Künftige ahnt: „Wieder soll regieren statt leerem Gerede die Rede, statt schalem Gekönne die Kunst, statt wirrem Gedenke der Gedanke. Wenn jene leblosen Geister herrschen, in denen das Leben nicht Wort ward, sondern das Wort in kläglichem Bemühen waltet. Leben vorzutäuschen, dann freilich ist es klar, daß der lebendige Geist von ihnen verdrängt wird aus Selbsterhaltungsdrang!" Ein Buch, das man in vieler Leute Hand wünscht, vor allem derer, die auf die Neugestaltung des künftigen Deutschland Einfluß haben, ist eine Aufsatzsammlung von Leopold Ziegler, „Volk, Staat und Persönlichkeit". Sie erörtert das wechselseitige Verhältnis der Persönlichkeit zur Gemeinschaft, die Pflicht des einzelnen gegen das Volk, die Rechte, die in der Gemeinschaft jedem einzelnen trotz aller Pflichten bleiben müssen. Der Notstand (weil er die Einsamkeit mit sich bringt), aber auch das Glück und die Voraussetzung jedes Schaffens bleibt ihm der Persönlichkeit. „Sie fühlt sich fortwährend zu Handlungen und Äußerungen gedrängt, die die Gesellschaft notwendig entweder ablehnen oder unerwidert lassen muß, obwohl der Wunsch in ihr brennt, auch sie soziologisch auszumünzen. Aber ihr Ich strebt doch immer wieder zu der Gemeinschaft zurück, für die ihr Wirken um so reicher an Segen wird, je voller und reiner im Können, Glauben und Schaffen sie sich entfaltet, um so an der Schaffung der noch so fernen Gemeinschaft mitzuarbeiten", einer „abstrakten, politisch und ideell gerinnigten Gesellschaft", der seine Nationalität, seine Staffelung in Klassen und Stände auch angesichts einer allgemeinen Gerechtigkeit „der konkrete Staat" zu opfern nicht die Notwendigkeit hat. Zu dieser Selbstbesinnung mag man auch die Ausgabe des Sammelbuches Deutsche Zeichenkunst rechnen, die das deutsche Wesen gefühlsmäßig erfassen läßt mit Blicken in die deutsche Landschaft, in Dörfer und Städte, in die Wälder und die Berge, winklige alte Gassen, mit treuherzigen Bildern aus dem Soldatenleben und Bildnissen großer deutscher Männer.

Für welche Stoffgebiete des Wissens sich das allgemeine Publikum interessiert, sieht man den Neuauflagen aus Teubners allgemein verständlicher Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" ab. Für eine so sehr die Allgemeinheit angehende Angelegenheit wie die Geschichte des Welthandels (die von M. G. Schmidt in Lüdenscheid bearbeitet ist) nimmt es nicht wunder, daß sie schon die dritte Auflage nötig macht. Es überrascht auch nicht, daß die zweibändige übersichtliche Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert, die Friedrich Muckle für die Sammlung geschrieben hat, schon zum zweitenmal aufgelegt ist. Aber daß G. Steinhausens volkstümliche „Germanische Kultur in der Urzeit" nun schon zum drittenmal herauskommen kann, ist ein überraschendes erfreuliches Zeichen für die Teilnahme unseres Volkes an seiner Geschichte.

Im Gebiet der Schönen Literatur ist es still geworden. Ricarda Huch hat sich mit dem neuen Buch „Der Fall Deruga" dem Detektivroman und aus dem Insel-Verlag dem Ullstein-Verlag zugewandt. Aus Österreich dringen ein paar Stimmen an Herz und Ohr: eine Auswahl aus lyrischen Dichtungen der Siebenbürgischen Sachsen, die durch ihre unentwegte Liebe zur Heimat ergreifen. Ein Österreicher macht uns uns mit der Entwicklung des österreichischen Volks- und Kriegsliedes bekannt, von dem er

Digitized by Google

mit Fug und Recht klagen kann, daß es seit dem Prinzen Eugen zu Unrecht vom deutschen Volk und der deutschen Literaturforschung vernachlässigt worden ist. Im übrigen mag man sich an die Beiträge zu den Biographien großer Deutscher halten. Luther verdankt dem Gedächtnisjahr einen weiteren Beitrag; die besten deutschen Historiker wollen neues Verständnis für Bismarck in das deutsche Volk tragen; zwei Bücher Leben und Schaffen Zeppelins lebendig halten. Vom Kaiser und König Karl und seiner Familie kann man sich gleich aus zwei österreichischen Büchern ein Bild machen.

In der Kriegsliteratur erfahren Entstehung und Ausbreitung des Weltkrieges neue Beleuchtung aus einem Sammelwerk, das Ernst Müller-Meiningen, M. d. R., herausgebracht hat. Sammlung und kritische Sichtung der diplomatischen Akten der europäischen Mächte ergeben eine neue Beleuchtung der Schuldfrage im Sinne einer Wahrung und Bestärkung des deutschen Standpunktes. Der Verfasser weiß, daß er nur „das ungeheuerliche Material der einstigen Geschichtschreibung in seinen rohen Umrissen vorbereitet". Aber es steckt zugleich ein gemessenes Maß lebendigen politischen Gutes in den politischen Anmerkungen zu den einzelnen Aktenstücken. Das Werk ist auf drei Bände veranschlagt. Der dritte soll die Friedensverträge umfassen. Hoffen wir mit dem Verfasser, daß diese Berechnung richtig ist. Das Bilderbuch von der Somme gibt von dem Leben und der Auffassung draußen eine fußbar lebhafte Anschauung. Behutsam und bescheiden sucht daneben ein kleines Buch Wege zum dauernden Frieden „und zur Versöhnung in einem allgemeinen Staatenbund".

Erziehung — Philosophie

K. Bechtolsheimer: Der Vaterländische Hilfsdienst der Schuljugend. (Wallmanns Verlag, Berlin-Lankwitz.) 32 S. Preis M. —.50. Bericht und Anregung zur Betätigung der Schuljugend.

(Dr. Felisch: Ein deutsches Jugendgesetz. E. S. Mittler & S., Berlin.) 72 S. Preis M. 1.—. Forderung und Vorschläge für ein Jugendgesetz, d. h. ein Gesetz, durch das lückenlos das gesamte öffentliche und bürgerliche Recht der Jugend einschließlich aller Verfahrensarten und Vollzugsmaßnahmen enthält.

Arthur Trebitsch: Geist und Leben. (Wilhelm Borngräber Verlag, Berlin 1917.) 59 S. br. M. 1.—. Betrachtungen von den natürlichen und geschichtlichen Grundlagen des deutschen Geistes aus die wechselseitigen Forderungen des Geistes und des Lebens.

Leopold Ziegler: Volk, Staat und Persönlichkeit. (S. Fischer Verlag, Berlin 1917.) 237 S. geb. M. 2.—. Hoffnungen auf Lebensmöglichkeiten der Gemeinschaft und der Einzelpersönlichkeit, die die Symptome der Wirklichkeit widerlegen und gegen das Recht behalten, „was jetzt täglich geschieht". Betrachtungen über das Volk und seine Souveränität, „den Staat und Gerechtigkeit, den Notstand der Persönlichkeit und seine Überwindung, Klärung der Begriffe „Volk", seines Verhältnisses unter sich, zu den Einzelnen und zum Staat".

Hermann Cohen: Kommentar zur Kritik der reinen Vernunft. (Felix Meiner, Leipzig.) 233 S. Preis geb. M. 3.60. Kurzer, nach Objekt virät strebender, aufklärender Führer durch das klassische Werk der kritischen Philosophie, das Fundament aller wissenschaftlichen Erkenntnis.

Kurt Engelbrecht: Am Urquell des Geistes. (Richard Mühlmann, Halle.) 278 S. Preis geb. M. 4.—. „Alle Kultur ist wertlos, wenn sie nicht zur Versittlichung des Menschen führt." Von der Natur ausgehend, wendet sich der Verfasser gegen die Verlogenheit, die sich mit der Kultur zu paaren trachtet und „die in dem Charakter der Menschen nur zu häufig eine wohleingerichtete Rüstkammer findet".

Otto v. d. Pfordten: Organisation. (Carl Winter, Heidelberg.) 110 S. Preis M. 1.20. Definition, Inhalt, Forderungen eines vielgebrauchten Begriffes.

A. St. Watson: Die Cherubim und der Thron. (Verlag Wahrheit und Freiheit Berlin-Halensee.) 77 S. Erörterung über die Gestalt und Bedeutung der Cherubim.

Naturkunde — Länderkunde

Carl Koppenberger: Werden und Vergehen auf der Erde im Rahmen chemischer Umwandlungen. (A. Marcus & E. Weber, Bonn.) 172 S. Preis geh. M. 3.20. Mit 26 Abb. Beschreibt an ausgewählten Beispielen Einzelheiten, die dem Leser einen genügenden Einblick in die Geschehnisse der Natur geben, und ihm den Zusammenhang der sog. anorganischen und der sog. organischen Welt unseres Planeten vor Augen führen.

Michael Haberlandt: Völkerkunde. I. Allgemeine Völkerkunde. Wesentlich vermehrte und erweiterte Neuauflage der wissenschaftlich begründeten Einführung in Begriffe und Aufgaben der Völkerkunde. (G. J. Göschenschen Verlh., Leipzig.) 138 S. Mit 39 Abb. Preis geb. M. 1.—. durch die Erweiterungen, wie intensiv sich die Forschung inzwischen um Begriff und Aufgabe, Voraussetzungen und Entwicklungskräfte der Völkerkunde bisher gekümmert hat.

Joseph Aug. Lux: Ungarn. Eine mitteleuropäische Entdeckung. (C. H. Beck, München.) 365 S. Preis geb. M. 6.50. Sucht durch seelische Annäherung „die Fremdheit zu bannen", die trotz gemein-

Digitized by Google

samer Siege und trotz gemeinsamer Wirtschaftsprobleme zwischen den einzelnen Gliedern Mitteleuropas fortbesteht. Ein unpolitisches Buch, aber ein Beispiel dafür, daß man die Dinge unvoreingenommen und allseitig auf sich einwirken lassen muß, Menschen und Dinge, Nationen und Land aus innerem Wesen und dem Erlebnis zu erfassen suchen muß.

Biographisches

Emanuel Hirsch: Luther-Brevier. Von Gottesfurcht und Gottvertrauen. Betrachtungen Martin Luthers. (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.) 76 S. Preis M. 1.—. Religiöse Betrachtungen Luthers, zu einer innerlich zusammenhängenden Auswahl vereinigt.

Max Lenz und Erich Marcks: Das Bismarck-Jahr. Eine Würdigung Bismarcks und seiner Politik in Einzelschilderungen. (Broschek & Co., Hamburg.) Mit 14 ganzs. Kupferdruckbildern. 274 S. Preis M. 6.—. Groß angelegtes, für das deutsche Haus bestimmtes Sammelbuch mit Beiträgen aus Bismarck-Werken, zahlreichen Bildnissen und Beiträgen erster Bismarckkenner über die menschlichen, geistigen Eigenschaften Bismarcks und über seine Politik.

Dr. Adolf Saager: Zeppelin. Der Mensch, der Kämpfer, der Sieger. (Robert Lutz, Stuttgart.) 262 S. Preis geh. M. 2.—. Sammlung von Anekdoten aus dem wechselvollen und reichen Leben des Gefeierten.

Trauerrede, gehalten am Sarge S. Exzellenz des Grafen von Zeppelin von Pfarrer Korth, Berlin, den 9. März 1917. (Vaterländische Verl.-Anst., Berlin.) 16 S.

Otto Kolshorn: Aus Mackensens Schulzeit. (Verlag d. Verbds-Zeitung d. Vereine ehem. Realschüler Deutschlands, Leipzig.) 31 S.

Friedrich Schwan: Erinnerungen eines Konsuls. (Wilh. Braumüller, Wien.) 136 S. Preis M. 2.50. Tagebuchblätter über Land und Leute, Kultur und Wirtschaft, Geschichte, Politik und Verwaltung des älteren türkischen Reiches. (Ägypten, Griechenland, Konstantinopel (871—87.)

Austro-Hungaricus: Kaiser und König Karl. Mit 4 Abb. (Moritz Perles, Wien.) 125 S. Preis M. 3.—. Leben, Charakter, Bildungsgang, Persönlichkeit des Kaisers, mit zahlreichen eingelegten Urkunden und authentischen Berichten. Bilder der Kaiserin Zita und des Kronprinzen, sowie eine Schilderung der Königskrönung in Budapest sind beigegeben.

Richard von Kralik: Das Buch von unserm Kaiser Karl. (Verlag Das Neue Österreich, Wien.) 121 S. Sonderheft der neuen Zeitschrift zum Regierungsantritt, mit programmatischen Beiträgen von Gedanken und Gesinnungen für den neuen Herrscher, im Zusammenwirken von Österreichern und Ungarn und aus „Liebe zur Heimat, Treue zum Vaterland, Begeisterung für den Monarchen" entstanden.

Sprache — Literatur

Aug. Steiger: Pflege und Schutz der deutschen Sprache in der Schweiz. (Ernst Finckh, Basel.) 35 S. Preis M. 1.—. Ausdruck der Teilnahme der deutschen Gruppe in der Schweiz an Erhaltung, Pflege und Geltung der deutschen Sprache als der dritten Landessprache.

Dr. J. M. Verweyen: Vom Geist der deutschen Dichtung. (Ludwig Röhrscheid, Bonn.) 94 S. Ein Neujahrsgruß an die Feldgrauen der Bonner Universität, der die deutsche Dichtung als Ausdruck des deutschen Idealismus und der deutschen Gesinnung betrachtet.

Richard Csaki: Jenseits der Wälder. (W. Krafft, Hermannstadt.) 206 S. Erster Versuch einer Auswahl aus den lyrischen Dichtungen der Siebenbürger Sachsen vom Zeitalter der Reformation bis zur Gegenwart, Zeugnis der Treue des kleinen deutschen Volksstammes, der sich durch innere und äußere Not acht Jahrhunderte hindurch die Eigenart eines geistigen Lebens erhalten hat.

Oskar Hellmann: „Das ist Altösterreichs Siegesschritt!" (Verlag Hellmann, Glogau.) 63 S. Preis M. 1.20. Bilder aus der österreichischen Geschichte an Hand des österreichischen Volkslieds, dessen Kenntnis bei uns zu Unrecht mit dem Prinzen Eugen abzureißen pflegt.

Ricarda Huch: Der Fall Deruga. (Ullstein & Co., Berlin.) Roman. 408 S. Preis geb. M. 3.—. Ein Detektivroman, der eine arg mißhandelte Gattung für die Literatur zu retten sucht.

R. O. Frankfurter: Ohne Götter. Roman. 450 S. Preis geh. M. 4.50 (Grethlein & Co., Leipzig.)

Bildende Kunst

Deutsche Zeichenkunst 1917. Zeichnungen und Holzschnitte des vergriffenen 9. Jahrgangs des Kalenders Kunst und Leben. (Fritz Heyder, Berlin-Zehlendorf.) Preis M. 3.—. Gute, ganzseitige Wiedergaben von Schwarz-Weiß-Blättern zahlreicher deutscher Künstler, von den Akademikern bis zu Liebermann und Slevogt.

Geschichte

G. Steinhausen: Germanische Kultur in der Urzeit. Verlag B. G. Teubner, Leipzig. 75. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". Dritte Auflage. 132 S. Geb. M. 1.50.

M. G. Schmidt: Geschichte des Welthandels. Verlag B. G. Teubner, Leipzig. 118. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". Dritte Auflage. 127 S. Geb. M. 1.50.

F. Muckle: Die Geschichte der sozialistischen Ideen im 19. Jahrhundert. B. G. Teubner, Leipzig. 269. und 270. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt". 2. Auflage. 1. Band 156 S., 2. Band 152 S. Geb. je M. 1.50.

Digitized by Google

Recht

Wolfgang Ritscher: Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland. Staatswirtschaftliche Abhandlung. (J. G Cottasche Buchhandlung, Stuttgart.) XVI, 307 S. Gibt vom wirtschaftlichen Standpunkt aus einen Überblick über Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland (vom Jahre 1530 an) bis zur Festlegung durch das geltende Recht und die Reichsgewerbeordnung. Aus der Schule. Brentanos hervorgegangene wissenschaftliche Arbeit.

Kriegsliteratur

Ernst Müller-Meiningen: „Diplomatie und Weltkrieg". Ein politischer Führer durch die Welt isis. Verlag Georg Reimer, Berlin. 1917. Band I. 624 S. Geh. M. 15.—. Leitsätze, Richtpunkte, Glossen für die Entstehungsgeschichte des Krieges an Hand der wichtigsten diplomatischen Urkunden vom Standpunkt des praktischen Politikers aus kritisch betrachtet und dadurch der erste Versuch „einer politisch kritischen Darstellung der Entstehung und Ausdehnung der Krisis auf Grund des diplomatischen Rüstzeuges und politischer Führer durch Entstehung und Ausbreitung des Weltkrieges".

Richard Witting: Auswärtige Politik und Diplomatenkunst. Kronen-Verlag, G.m.b.H., Berlin. 80 S., br. M. 1.—. Erstes Heft der Flugschriften des Berliner Tageblatts. Verlangt, ausgehend von der politischen Teilnahmslosigkeit vor dem Krieg und einem Überblick über Aufbau und Organisation des diplomatischen Korps, Reformen der Diplomatie und gibt dafür sehr beachtenswerte Anregungen und Vorschläge im einzelnen.

Englands Wachstum. Süddeutsche Monatshefte, April 1917, einzeln M. 1.50. (Mit Beiträgen von Lina Hug, Carl Peters, Karl Alexander von Müller, Gustaf F. Steffen, Josef Hofmiller, Johann Gustav Droysen, Justus Hashagen, Jonathan Swift, Hans Schilling u. a.) Versucht englische Denkweise an Beispielen darzustellen.

Hermann Bahr: „Schwarzgelb". S. Fischer Verlag, Berlin. 1917. Geh. M. 2.—. 216 S. Aufsätze über deutsches und österreichisches Wesen, „dem großen Österreicher Richard von Kralik" gewidmet, von Stolz auf die Länder und Städte Österreichs und der Hoffnung auf gedeihliche Zukunft der eigenen Arbeit und des Zusammenarbeitens mit Deutschland erfüllt.

Dr. Wl. Gorski: Ratsalerwägungen zur polnischen Frage. (Westpreuß. Verlag, Danzig.) 32 S. Preis M. —.75. „Die Zukunft des neuen Königreichs an der Seite der Zentralstaaten ist gegeben; seine Aufgabe ist es, seinerseits zur vollen Erreichung dieser Zukunft an der Seite der Zentralmächte tätigen Anteil zu nehmen."

„Vor uns der Tag". Eine Gabe deutscher Studentinnen in großer Zeit. Furche-Verlag, Kassel. 1916. 162 S., br. M. 1.—. Beiträge von deutschen Dichterinnen und bekannten und einigen noch unbekannten Schriftstellerinnen über Fragen aus dem geistigen und seelischen Leben der Frau.

Großer Kriegsatlas 1916. (Gea Verlag, G. m. b. H., Berlin.) Zwanzig gut ausgeführte Karten der einzelnen Kriegsschauplätze im Taschenformat.

Kriegsgeographie 1914—1917. Für den Schulgebrauch bearbeitet von P. Laufenberg. (Schulbuchhandlung Laufenberg, Köln-Deutz.) 40 S. Anleitung für kartenmäßiges Verständnis der Kriegsschauplätze.

An der Somme. Mit 321 Bildern herausgegeben von einem deutschen Reservekorps. (Piper & Co., München.) Preis M. 3.—. Dem Erinnerungsbuch „Zwischen Arras und Peronne" läßt die Korpsverlagsbuchhandlung in Bapaume dieses zweite Sammelbuch von Photographien folgen, die in vorzüglicher Wiedergabe das Leben hinter der Front und die Orte festhalten, die der Schauplatz der Somme-Schlacht sind. Verständnis für die Landschaft und die (leider oft schon zerstörten) Bauten, kameradschaftliches Zusammenleben spricht auch aus diesem Buche.

Hans Gilg: „Nimm aufwärts den Flug". (Buchdruckerei Rößler-Herbert, Heidelberg.) Gedächtnisbuch eines Vaters für seinen gefallenen Sohn, einen tüchtigen Soldaten und gütigen Menschen.

Max Osterberg: Der ewige Friede. (E. Zeyscher Verlag, Stuttgart.) 24 S. Sucht nach Wegen, die über einen großen Völkerbund zu einem dauernden Frieden führen können.

Lic. Doehring: Gott und wir Deutsche. Neue Folge. Verlagshandlung Fr. Zillessen, Berlin. 247 S. Preis M. 2.— br. Sammlung des Materials der Predigten des Berliner Hof- und Domprediger aus der Kriegszeit.

Pfarrer D. Sardemann: Das Reich Gottes und der Krieg. Kriegspredigt. (Pillardy & Augustin, Kassel.) 31 S.

Deutsche Kriegsdichtung. Herausgegeben von Konrad Meniel. (Verlag L. Ehlermann, Dresden.) 108 S. Preis M. —.80. Auswahl der besten Zeugnisse der neuen deutschen Kriegslyrik für die Schule.

Deutschland über alles! Gedichte aus dem Weltkrieg von Luise Schultz-Bipontinus. (Salm-Verlag, Köln.) 75 S. Preis M. 1.80.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 24 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 4. Mai 1917 • Heft 18

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Der Ministerwechsel in Spanien

Von Professor Dr. Paul Herre, Leipzig

Ministerwechsel in Spanien pflegen durch innerpolitische Verhältnisse begründet zu sein. Im Sinne des Schaukelsystems, das seit 1876 das staatliche Leben bestimmt, folgen die Konservativen den Liberalen und die Liberalen den Konservativen, wenn die jeweilige Regierung einem bedeutenderen Hemmnis begegnet. Da dieses zur Regel gewordene Verfahren für die Regierungsänderung nicht zutrifft, die Spanien am 20. April erlebte, so erweist sie sich von vornherein als eine bedeutsame Ausnahme. Denn auf das liberale Ministerium des Grafen Romanones folgte keine konservative Regierung, sondern das Kabinett Garcia Prietos, der den im Herbst 1913 verselbständigten demokratischen Flügel der liberalen Partei führt. In der Tat sind die Beweggründe für Romanones' Abtreten vorwiegend in den außerpolitischen Verhältnissen Spaniens zu suchen, wenn auch einige innerpolitische Gesichtspunkte mitgesprochen haben.

Es ist nicht möglich, von Deutschland aus schon heute den Vorgang zuverlässig zu beurteilen. Wir sind für die spanischen Ereignisse fast ausschließlich auf die Berichterstattung der feindlichen Presse angewiesen, die jedes Ereignis zu ihren Gunsten zu wenden sucht. So feierten die französischen Zeitungen die Ernennung Garcia Prietos, des bekannten Freundes romanischer Gemeinschaftsbestrebungen, zunächst als einen Erfolg der Entente, der vielleicht Spaniens Eintritt in den Weltkrieg einleitete. Inzwischen sind die französischen Urteile jedoch bereits wesentlich kleinlauter geworden, und die aufklärenden Mitteilungen, die wir namentlich der englischen Presse verdanken, lassen deutlich erkennen, daß der Rücktritt Romanones' vielmehr als ein Mißerfolg der Ententepolitik aufzufassen ist. Der Minister, der vom Schauplatz abtrat, war entschlossen, die Neutralität aufzugeben und sich den Feinden Deutschlands anzuschließen; der Staatsmann, der an seiner Stelle die Regierung übernahm, hat sich das Ziel gesetzt, ohne Anschluß an eine kriegführende Partei das staatliche Interesse Spaniens wahrzunehmen.

Digitized by Google

Auch Graf Romanones hatte sich diese Aufgabe gestellt, als er im Dezember 1915 die Regierung übernahm. Er hatte kurz zuvor die programmatische Versicherung abgegeben, daß die spanische Neutralität kein von einer Partei oder Regierung aufgestellter Leitsatz sei, sondern eine einmütig von der ganzen Nation vorgezeichnete Verhaltungsmaßregel. Das war unter dem Eindruck der wahrhaft neutralen Politik des konservativen Kabinetts Eduardo Datos gesprochen, das die Gesinnung der großen Mehrheit des spanischen Volkes verkörperte, und es ist kein Zufall, daß eine lebhafte deutschfreundliche Bewegung die Herrschaft der liberalen Partei einleitete. In jener Höhezeit deutschfreundlicher Stimmung auf der Grundlage unbedingter Neutralität umfaßte das Lager der „Germanófilos“ nicht nur die konservativen Kreise nebst Heer und Geistlichkeit, sondern auch nicht wenige Angehörige der liberalen Partei. Indessen im Laufe des Jahres 1916 trat eine Rückentwicklung ein, an der verschiedene Ursachen mitwirkten. In wachsendem Maße stellte der Unterseebootkrieg, zu dem sich Deutschland gezwungen sah, die deutschfreundliche Gesinnung auf die Probe, und mit einer schrankenlosen Propaganda nährten Frankreich und England geflissentlich die Mißstimmung über die Behinderung des freien und einträglichen Handelsverkehrs. Aber wenn auch die Begeisterung für das um sein Dasein kämpfende Deutschland dadurch eine gewisse Abschwächung erfuhr, so blieb die Entschlossenheit, an dem furchtbaren Kampfe nicht teilzunehmen, im spanischen Volke doch unerschüttert. Pflicht der Regierung war es, dieser Willensmeinung, der immer wieder Ausdruck verliehen wurde, sorgsam Rechnung zu tragen. Jedoch das Gegenteil war der Fall. Es machten sich die alten politischen Bande geltend, die Romanones und seine liberale Gefolgschaft aus früherer Zeit mit den Ententemächten verknüpften, war er doch der Vater jenes Cartagena-Abkommens vom Oktober 1913, das Spanien an der Seite Englands und Frankreichs in das gegen Deutschland gerichtete Einkreisungssystem einbezog und nur infolge seines kurz darauf erfolgten Sturzes keine bindende Kraft erlangte. Es äußerte durch ihn jene von sprachlicher Gemeinschaft und verwandtschaftlichem Gefühl getragene Vorliebe des spanischen Liberalismus für die französische Kultur, und nicht zuletzt auch das große persönliche Interesse, das Romanones als Besitzer ertragreicher Erzgruben an dem ungehinderten Absatz in den Ententeländern und als Besitzer französischen Grund und Bodens gar am Siege der Entente hatte. So wich er Schritt für Schritt von den Bahnen der wahren Neutralität ab. Er ließ es zu, daß die Propaganda der Feinde Deutschlands sich in einem großangelegten System über das Land erstreckte und vielfach selbst die Grenzen der staatlichen Oberhoheit überschritt, während er die deutschfreundliche Gegenbewegung mit scharfen Verboten verfolgte. Er duldete es, daß trotz aller Schranken unentbehrliche Nahrungsmittel und sonstige Erzeugnisse der spanischen Volkswirtschaft nach England und Frankreich ausgeführt wurden, und versündigte sich so an den Daseinsbedingungen des eigenen Volkes. Es war das System, das der Entente erlaubte zu versuchen, Spanien auf einem

Digitized by Google

ähnlichen Wege wie Griechenland in den Krieg hineinzuzwingen. Nicht zu Unrecht ist Romanones als der spanische Venizelos bezeichnet worden.

Tatsächlich hielten die Verbündeten seit dem Beginne dieses Jahres die Zeit für gekommen, in Verbindung mit dem gefügigen Minister die Folgerung der umfassenden Minierarbeit zu ziehen. Durch die Entfachung einer aufständischen Bewegung sollten die letzten Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, damit sich nötigenfalls auf republikanischer Grundlage vollzöge, was auf monarchischer nicht erreicht werden konnte. Es steht wohl außer Zweifel, daß der Generalstreik, der im März und April das spanische Wirtschaftsleben aus den Angeln heben sollte, aber an dem gesunden Sinn der Arbeiterschaft scheiterte, sich dieses Ziel gesteckt hatte. Daß er auf die geheimen Antriebe der Ententemächte zurückzuführen ist, kann bereits heute als erwiesen gelten, und es ist durchaus glaubhaft, daß der unfreiwillige Fortgang des Lord Hardinge, der als englischer Botschafter in Madrid die Fäden des Unternehmens in seiner Hand vereinigt hatte, damit in Zusammenhang steht. Aber neben dem rücksichtslosen Druck handhabten die Verbündeten auch die feine Lockung, und mit Geschick gingen sie auf die alten nationalen Wünsche der Spanier ein. Man stellte dem ehrgeizigen Volke die Verwirklichung des paniberischen Programms vor Augen, jenes Ideales einer Gemeinschaft Spaniens mit Portugal, das auch in den jüngsten Bemühungen um eine Wiedererhebung eine bedeutende Rolle gespielt hatte. England schickte sein bewährtes Lissaboner Werkzeug Affonso Costa nach Madrid zur Herstellung einer spanisch-portugiesischen „Intimität" und machte durch abhängige Zeitungen für das Programm Stimmung. Namentlich die liberalen Politiker, die seit dem Zusammenbruch von 1898 die eifrigsten Betreiber einer imperialistischen Prestigepolitik Spaniens gewesen waren, gaben sich der Hoffnung hin, daß sich die paniberischen Zukunftsrechnungen nunmehr im Anschluß an die Ententemächte, die bisher dem Zusammenschluß der beiden iberischen Staaten widerstrebt hatten, erfüllen könnten; Romanones selbst trat publizistisch dafür ein.

Ein weiteres Moment wirkte mit, um den innerlich längst geneigten Staatsmann zur offenen Parteinahme zu bewegen. Das paniberische Programm erstreckte sich nicht nur auf die iberische Halbinsel, sondern umfaßte auch die einstigen Kolonien Spaniens in Süd- und Mittelamerika. Mochten sich diese Bestrebungen auch über die realen Grundlagen hinwegsetzen, so beschäftigten sie doch die Köpfe, zumal der Liberalen, und auch für diesen Programmpunkt schien sich eine Entwicklung anzubahnen, die den offenen Anschluß Spaniens an die Ententemächte wünschenswert machte. Das Ereignis, das dahin sprach, war der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg. Nicht als ob die Politik des Präsidenten Wilson die spanische Regierung zur Nachfolge gedrängt hätte. Allzu sehr wirkt in Spanien noch die Erinnerung an den grausamen Überfall nach, der 1898 seinem Kolonialreich ein Ende machte. Aber der Zwang, den die Union auf die wirtschaftlich von ihr abhängigen Staaten Süd- und

Digitized by Google

Mittelamerikas ausübte, drohte diese in die gänzliche Botmäßigkeit der Vereinigten Staaten zu bringen und der geistigen und politischen Führung des einstigen Mutterlandes für immer zu entziehen. Nur wenn wir uns der wichtigen Rolle bewußt sind, die das weitere panibérische Programm in der Gedankenwelt der Spanier spielt, vermögen wir die Worte zu würdigen, die Romanones bei der Begründung seines Rücktritts dieser Frage widmet. Er konnte es als eine schwere Gefährdung der Zukunft des spanischen Volkes hinstellen, „wenn Spanien und die aus ihm hervorgegangenen Rassen in einer so entscheidenden Stunde getrennt erscheinen"; durch den Beitritt zur Partei der Entente sollte sie umgangen sein. So schloß sich ihm alles zu dem Eindruck zusammen, daß es in Spaniens Interesse liege, aus der Neutralität herauszutreten, und die Wirkung des verschärften U-Bootkrieges drängte ihn vollends zur entscheidenden Tat.

Indessen wie er es in seiner Erklärung selbst eingestanden hat: die große Mehrheit des spanischen Volkes teilte auch jetzt seine Überzeugungen nicht. Nur die eingefleischten Frankreich- und Englandfreunde im republikanischen und sozialistischen Lager waren bereit, dem Ministerpräsidenten auf dem gefährlichen Wege zu folgen. Die Konservativen, deren Wachsamkeit geweckt war, gaben in den Tagen, da Romanones zu dem verhängnisvollen Entschluß gelangte, offen zu verstehen, daß sie ihm die Gefolgschaft verweigern würden. Der Führer des klerikalen Flügels Maura deutete auf die Möglichkeit revolutionärer Ausbrüche hin; Vasquez de Mella, das Haupt der Jaimisten, sprach ganz unverblümt davon und selbst der Führer der gemäßigten Konservativen Eduardo Dato, Romanones' Vorgänger, erklärte im Falle, daß dieser die Neutralität brechen würde, mit seiner Partei die beabsichtigte Intervention verhindern zu wollen. Aber was noch wichtiger war: sogar die eigene liberale Anhängerschaft ließ den zum fanatischen Ententefreunde gewordenen Führer im Stich. In dem entscheidenden Ministerrat vom 18. April lehnten es mehrere einflußreiche Mitglieder der liberalen Partei ab, sich dem Votum des Präsidenten anzuschließen, und da die Einmütigkeit in der Regierung für alle weiteren Schritte die notwendige Vorbedingung war, so räumte Romanones das Feld. In dem erklärenden Schriftstück hat er zugegeben, daß es eine moralische Unmöglichkeit für ihn war, gegen die öffentliche Meinung zu regieren, und man kann sich angesichts dieses Eingeständnisses nur wundern, daß er es so lange Monate mit seiner staatsmännischen Gewissenhaftigkeit für vereinbar gehalten hat, hinsichtlich einer dem Volkswillen keineswegs entsprechenden übelwollenden Neutralitätspolitik die Unmoralität auf sich zu nehmen.

Schon die Vorgeschichte des Ministerwechsels zeigt somit aufs klarste, daß der neuen Regierung die Aufgabe zugefallen ist, in Fortsetzung der bewährten Neutralitätspolitik das staatliche Interesse Spaniens zu vertreten. Zum Überfluß hat der neue Ministerpräsident sogleich nach seinem Amtsantritt die programmatische Versicherung abgegeben, daß er im engsten Zusammenhange mit der Volksvertretung auf die pein-

Digitized by Google

liche Einhaltung der Neutralität bedacht sein werde. Dem entspricht auch das frühere Verhalten Garcia Prietos, soweit wir es zu beurteilen vermögen. Allerdings hat er sich immer als ein Freund französischer Kultur erwiesen und im politischen Sinne dem Zusammengehen Spaniens mit den beiden westeuropäischen Mächten das Wort geredet. Aber bereits die Art, wie er als Minister des Auswärtigen im Ministerium Canalejas 1911/12 unter geschickter Benutzung der Parallelität der spanischen Interessen mit den deutschen den schwierigen Marokkovertrag mit Frankreich zum Abschluß gebracht hat, wirft auf den realpolitischen Grundzug seiner Persönlichkeit ein helles Licht, wie ihn denn auch in innerpolitischer Hinsicht das Hervortretenlassen des demokratischen Gesichtspunktes staatsmännisch dem Geschäftspolitiker Romanones bei weitem überlegen macht. Während des Krieges hat er mehrere Male seiner Auffassung Ausdruck gegeben, daß Spanien neutral bleiben müsse, ja in den entscheidenden Apriltagen hat er als Präsident des Senats gemeinsam mit dem gleichgesinnten Kammerpräsidenten Villanueva gedroht, aus der liberalen Partei auszuscheiden, wenn Romanones den beabsichtigten Schritt tue. Es ist demgemäß zu erwarten, daß Garcia Prieto eine rein spanische Politik treiben wird.

Gilt das für die Person des Ministerpräsidenten, so trifft es auch für das Kabinett zu, mögen ihm auch einige überzeugte Ententefreunde im Sinne Romanones' treu geblieben sein. Welche Gesinnung in ihm vorherrscht, lehrt die Besetzung der hervorragenderen, mehr „politischen" Ministerien. Santiago Alba, der als Finanzminister aus der alten Regierung in die neue übergetreten ist, war immer ein heftiger Gegner des von Romanones verkörperten Systems der heimlichen Liebesdienste und Sonderzugeständnisse an die Entente, die den wirtschaftlichen Notstand und die schwere Verkehrskrise hervorriefen, aus denen die gefährlichen inneren Unruhen emporgewachsen sind. Der neue Minister des Auswärtigen Juan Alvaredo aber, der im Kabinett Romanones das Justizministerium innegehabt hatte, war mit dem früheren Unterrichtsminister Julio Burell, der im neuen Kabinett das Ministerium des Innern übernommen hat, in dem Ministerrat vom 18. April dem Vorschlage, die Neutralität aufzugeben, entgegengetreten. Das sind bedeutungsvolle Tatsachen, die an die genaue Einhaltung des laut verkündigten Neutralitätsprogrammes glauben lassen.

Eine noch stärkere Sicherheit dafür bietet die Persönlichkeit des Königs. Alfons XIII hat sich während des Krieges so oft zur Politik der gewissenhaften Neutralität bekannt, daß diese nicht gefährdet ist, solange die Monarchie fest steht, und da die große Mehrheit des spanischen Volkes mit ihm übereinstimmt, so droht ihr innerlich keinerlei Gefahr. Um so schärfer aber müssen Einflüsse, die auf die Erschütterung der monarchischen Grundlagen hinarbeiten, abgewehrt werden. Welchen Anteil der König im einzelnen an dem Verlauf und Ergebnis der Regierungsänderung gehabt hat, entzieht sich bisher der öffentlichen Kenntnis. Daß seine Einwirkung sehr groß, wahrscheinlich entscheidend war, dürfen wir annehmen. Auf seinen selbständigen Entschluß

Digitized by Google

wird es auch zurückgehen, daß er nicht ein konservatives Ministerium anstelle des abtretenden liberalen berief, sondern diesem wieder ein liberales folgen ließ. Für dieses Verfahren sprachen mehrere Erwägungen. Sicherlich hat er sich dadurch die Lage gegenüber der Entente leichter gemacht. Zugleich aber ist er damit der Auflösung des Parlamentes ausgewichen, die sonst erforderlich geworden wäre, und so der Gefahr entgangen, daß die Liberalen als Opposition eine der Entente günstige Tätigkeit entfalteten. Zum erstenmal erwies sich die Parteispaltung des Jahres 1913 mit ihrer günstigen Wirkung zugunsten einer größeren Bewegungsfreiheit der Krone als heilsam für das politische Leben Spaniens. Daß zu gegebener Stunde doch ein konservatives Ministerium den Platz des gegenwärtigen einnehmen wird, darf trotzdem angenommen werden.

Die Aufgabe, die das neue Kabinett zu lösen hat, ist überaus schwer und wird es zu manchem widerspruchsvollen Lavieren im einzelnen nötigen. Mit gutem Willen und entschlossener Festigkeit wird es jedoch die entscheidende Richtung einhalten können, um so mehr als Deutschland sich immer wieder bereit zeigt, der schwierigen Lage Spaniens bis an die Grenze der Möglichkeit Rechnung zu tragen. Selbst unter den Einschränkungen, die der verschärfte Unterseebootkrieg im Gefolge hat, ist die Neutralität für Spanien noch gewinnbringend, während ein Verlassen der neutralen Bahn alles aufs Spiel setzt. Der Ausgang der Ministerkrise dieser Tage macht es offenbar, daß die Madrider Staatsleitung trotz aller Trübungen und Hemmungen, die auf die Menschen einwirken, sich den klaren Blick für die Welt der Tatsachen bewahrt hat. Das eröffnet zusammen mit dem, was den beiden Völkern im Toben des Weltkrieges an unverlierbaren Erkenntnissen, an gegenseitigem Verständnis wie gegenseitiger Wertschätzung und Zuneigung erwachsen ist, frohe Zukunftsaussichten für die kommende Friedenszeit.

Nochmals der Krieg und die amerikanische Politik

Von Dr. Paul Rohrbach

Der Brief Mr. Lashmores über die amerikanische Politik mit seinem kritischen Urteil, was unser taktisches Verhalten gegenüber den Amerikanern angeht, hat lebhaftes Interesse bei den Lesern der „Deutschen Politik" erweckt. Offenbar ist er in der Hauptsache ebenso richtig gewürdigt worden, wie unser Entschluß, ihn trotz oder vielmehr wegen der kritischen Stellen dem Urteil unserer Leser vorzulegen. Nur nach einigen Zuschriften könnte es scheinen, als ob ein Mißverständnis bei der Lektüre mit untergelaufen ist.

Ich hatte mir vorbehalten, noch kurz meine eigene Meinung zur Sache zu sagen. Sie läßt sich dahin ausdrücken, daß es natürlich leicht ist, gegen manches von dem, was Lashmore sagt, zu polemisieren — und noch mehr gegen das, was er nicht sagt.

Digitized by Google

Eine Antwort auf einen sehr wichtigen, in dem Briefe, wenn auch nicht ganz übergegangenen, so doch nur vorübergehend gestreiften Punkt bringt die von Herzen kommende und zu Herzen gehende Anrede eines Feldgrauen an Herrn Wilson, die aus dem Schützengraben an die „Deutsche Politik" geschickt worden ist und die ich gleich hiernach folgen lasse. Auch anderes wäre noch in Fülle zu sagen.

Das ist aber gar nicht die Hauptsache. Es handelt sich in der praktischen Politik nur selten darum, daß man dem Gegner in der Debatte gegenübersteht mit der Aussicht ihn durch den Austausch von Gründen und Gegengründen zu überzeugen. Ebenso hat es in der Regel wenig Zweck, eine falsche, d. h. auf unrichtigen oder ungerechten Anschauungen, Urteilen oder Vorurteilen des Gegners beruhende Politik, die dieser macht, dadurch bloßzustellen, daß man sie kritisiert und ihre inneren und äußeren Schwächen aufdeckt. Namentlich wenn die Gegensätze sich bereits verschärft haben, wenn jeder Augenblick eine Krisis bringen kann und die gegenseitige Verständigung schon äußerlich so erschwert ist, wie seit Kriegsausbruch zwischen uns und den Vereinigten Staaten, ist es umsonst, sich gegenseitig zu beweisen, wie unrecht der eine oder der andere hat.

Für den Politiker, der sich ein Urteil darüber zu bilden hat, was er tun und was er lassen soll und der verantwortliche Entscheidungen zu treffen hat, kommt es unter Umständen gar nicht darauf an, wie eine Sache sich wirklich verhält, sondern nur darauf, was die andern für eine Vorstellung davon haben. Die Vorstellung des Gegners kann das gerade Gegenteil vom Wirklichen sein, aber wenn jener nicht nach dem handelt, was wirklich ist, sondern nach dem, was er glaubt und sich einbildet, so hilft mir die Wirklichkeit gar nichts — ich muß mein eigenes Handeln nicht nach dem richten, was Wirklichkeit ist, vielmehr nach dem, was mein Gegner für Wirklichkeit hält. Der naive Anfänger in der Politik entrüstet sich in solchen Fällen heftig, und je besser unser eigenes Gewissen ist, desto stärker ist unsere Entrüstung. Wenn der Krieg vorbei ist, wird man auch wieder debattieren können, und vielleicht kann es dann noch einmal Zweck haben, die ungeheuerlich falschen Urteile Wilsons über Deutschland und Feindschaft und Heuchelei, die in jedem Fall in seinem Verhalten gegen Deutschland steckten, systematisch darzulegen. Im gegenwärtigen Falle aber liegen die Dinge einfach so, daß man in den Vereinigten Staaten auf die und die Weise über Deutschland dachte und noch denkt — und daß diese bestimmten Denkweisen oder diese Verschiedenheit von Denkweisen für uns politisch in Betracht kommen. Die Amerikaner handeln nun einmal nicht darnach wie wir sind, sondern darnach, was sie von uns glauben. Das kann uns sehr unangenehm sein, und das kann eine sehr große amerikanische Torheit und Ungerechtigkeit bedeuten, aber für die praktische Politik gilt in einem solchem Fall der tiefste Irrtum so viel wie die unanfechtbarste Wahrheit. Die politische Tatsachenhärte ist in einem wie im anderen Falle die gleiche.

Der Lashmoresche Brief zeigt, wie man darüber denkt. Er ist ein politisches Doku-

Digitized by Google

ment und als solches von großem Wert — gleichgültig, wie wir uns zu dem stellen, was er uns offenbart. Als Gegenstück zu ihm folge nun die mit besonderer Genugtuung von uns gebrachte:

Deutsche Antwort an Herrn Wilson

Von einem Feldgrauen

Als Sie, Herr Wilson, von Ihrem Volke forderten, daß der seit nunmehr zwei Jahren gegen uns geführte „neutrale" Krieg in einen offenen verwandelt werde, haben Sie das deutsche Volk Ihrer freundschaftlichen Gefühle versichert und erklärt, der Krieg richte sich nur gegen die deutsche Regierung.

Haften Sie denn wirklich an der harmlos-kindlichen englischen Idee, bei uns treibe zwangsweise die Regierung ein widerstrebendes Volk zum Kriege? Haben Sie als ein führender Staatsmann wirklich so wenig Begriff von der Seele unseres Volkes, dieses Volkes, das nun schon jahrelang mit äußerster Kraft, mit zornigem Ingrimm um seine Heimat kämpft und um sein Daseinsrecht auf diesem Erdball? Dieses Volkes, das eine Regierung, die nicht mit aller Kraft diesem seinem Drängen folgen wollte, überhaupt nicht dulden würde?

Und haben Sie gar kein Empfinden, wie ungefähr wohl dieses Volk über Sie denken mag? Ist das wirklich so schwer zu erraten? — —

Gleich nach Kriegsausbruch begannen sich die Vereinigten Staaten auf das größte Profitgeschäft zu rüsten, das sie je erlebten, auf das Geschäft an dem großen europäischen Blutbad. Amerika verwandelte sich sehr rasch in ein einziges großes Arsenal, denn es ließ nicht nur seine bisherigen Munitionsfabriken für die Entente arbeiten, sondern stellte seine Industrie im ganzen von Grund auf für das Blutgeschäft gegen Deutschland ein.

Welch ein wundervolles Geschäft! Die Aufträge wuchsen aus Millionen zu Milliarden!

Es kamen Stimmen auf, die so etwas schon in gewissem Grade eine Teilnahme am Kriege nannten, die sich schlecht vertrage mit Amerikas „hoher Mission" als „Verfechterin des Friedensideals", ja nicht einmal mit dem Begriff einer schlichten Neutralität. Wie angenehm, da einen guten Paragraphen zur Hand zu haben, hinter den man sich verkriechen konnte, sich auf das formelle Recht berufen zu können, Munition zu liefern! Wenn andere sagen wollten: Die schönste Neutralität, der schönste Friedensdienst sei doch jedenfalls der, alles zu vermeiden, was irgendwie den Kampf und seine Mittel förderte, so ließ sich dem so hübsch entgegenhalten: dem Völkerfrieden kann man auch durch große Worte dienen, das Geschäft aber das unvergleichliche, das nie wiederkehrende, das will nicht nur geredet, das will wirklich gehandelt sein.

Und wenn jemand sagte: Da Deutschland nichts geliefert werden kann, so sei es eine Begünstigung der einen Partei, nur dieser so ungeheuer zu liefern; wie herrlich ließ

Digitized by Google

sich darauf die sophistische Antwort geben: Da Deutschland nicht bestellen kann, so würde es ihm ja nützen, wenn ich überhaupt alles Liefern verböte. Wie darf ich aber Deutschland nützen, dem „befreundeten" Deutschland!

Wie neutral ist es doch, seinen Feinden zu nützen. Wie nebensächlich ist die Tatsache, daß ich alle meine Kraft dem einen leihe, wenn ich nur den Buchstaben erfülle! Wie nebensächlich — nein vielmehr, wie unaussprechlich segensvoll ist es, durch dieses Geschäft den Krieg in alle Ewigkeit zu verlängern, und durch den Krieg ein unbegrenztes Geschäft zu machen! Wie nebensächlich ist es, daß täglich darüber das Blut in Strömen fließt, es ist ja vor allem das Blut des so „freundschaftlich geliebten" deutschen Volkes!

Aber was meinen Sie wohl, was sagt dieses Volk dazu? Was sagen die deutschen Mütter, deren Söhne, was sagen die deutschen Frauen, deren Männer von den Milliarden amerikanischer Geschosse zerrissen sind? Ist keiner der verzweifelten Flüche deutscher Frauen je in eure Munitionswerkstätten gedrungen? Was frißt sich in das Herz des deutschen Soldaten, der seine Kameraden links und rechts von amerikanischen Granaten zerrissen sieht, der den wilden Schrei der höchsten körperlichen Qual derer, die er liebte wie sich selbst, in seine Seele aufnahm, um sie nie bis zu seinem Tode wieder zu vergessen?

Ich selber erlebte im Schützengraben folgendes: Eine Granate krepierte nicht weit von mir. Sie verletzte zwei Offiziere und einen Unteroffizier leicht an der Hand, an der Wange, an der Wade. Man verband alle drei. Am nächsten Tage waren alle drei plötzlich tot. „Vergiftet" konstatierten die Ärzte und zuckten die Achseln. Auf den Sprengstücken fand man das amerikanische Zeichen!

Der eine war mein treuer Kamerad in manchem heißen Kampf. Ich kannte seine junge Frau und seine drei kleinen Kinder und nie sah ich eine glücklichere Familie. Ich schrieb selber den traurigen Brief an sie. Was, meinen Sie, habe ich gedacht, als ich an der offenen Gruft des Toten stand?

Was, meinen Sie, denken all die Tausende und Abertausende, die ebenso vor ihren toten Kameraden stehen, und denen es nicht gegeben war, Vergeltung zu üben am selben Volk, das ihnen den Tod gab?

Was, meinen Sie wohl, empfindet das deutsche Volk, der deutsche Krieger, für den Sie so viel „Sympathie" haben? Soll ich Ihnen sagen, daß ich auch so manchen mit einem grimmen Blick in den harten Augen sagen hörte: Der verhaßteste unserer Feinde ist doch der Amerikaner?

Graust es Ihnen nicht bei Ihren schönen Worten, daß das alles Ihr Werk ist, Herr Präsident, Ihres ganz allein?

Immer wieder flossen die Worte von ihren Lippen von allgemeiner Menschheitsliebe, vom ewigen Frieden, von den höchsten Gütern der Zivilisation, vom Abscheu gegen alles Blutvergießen!

Digitized by Google

Und dabei floß alle Tage deutsches Blut aus Adern, die ihr Werk aufgerissen hatte, sahen wir unsere Freunde fallen, die treu standen Schulter an Schulter, um Weib und Kind, Haus und Hof und die Fluren der Heimat zu schirmen gegen eine Übermacht von Feinden!

Keuchend stand hier in schwerem Ringen Mann gegen Mann. So oft der Deutsche seinem Gegner eine Waffe fortschlug, stand der getreue Sekundant dahinter und reichte — ein zweiter Mephistopheles — eine neue Waffe her! Er hält den halb wankenden mit neuem Kredit. Er weiß, daß er selber unverletzlich für den deutschen Partner ist — er ist ja nur Sekundant!

Vor unseren Fronten liegen Millionen Toter, eigene und fremde, Millionen, die leben würden, wenn Sie Herr Wilson ein einziges Wort zur rechten Zeit gesprochen hätten, indem Sie dem eisenfressenden Kampf die amerikanische Munition abgeschnitten und damit den Krieg rasch beendet hätten. Denken Sie das ganz aus und suchen Sie dann in der ganzen Weltgeschichte einen Namen auf dem größere, sinnlosere Blutschuld liegt, als auf dem Ihren!

Kommen Sie, Herr Wilson! Treten Sie vor unser Volk,
Vor unsere Krieger! Und wenn Sie auch dann noch
Den Mut finden, von der „Freundschaft und Sympathie"
Für dieses Volk zu reden, dessen Söhne Ihre Geschosse erschlugen, —
Dann sollen Sie seine Antwort haben!

Die geographischen Grundlagen der Politik

Von Alfred Hettner

In den üblichen Darstellungen der Geschichte, wie sie auch die Schule beherrschen, und auch in den tagespolitischen Erörterungen in den Zeitungen erscheint die Politik meist als ein Intrigenspiel der Diplomaten, die einander durch List oder durch starkes Auftreten Vorteile abzugewinnen suchen und abgewinnen, sich ihrem Ziele nähern oder von ihm abgedrängt werden. Selbst viele Diplomaten und Staatsmänner mögen in ihren Gedanken kaum über die nächsten Ziele und die Mittel zu deren Erreichung hinausgehen. Was dahinter steht, die eigentlichen Lebenswünsche und die Notwendigkeiten, die der politischen Zielsetzung zu Grunde liegen, sowie die inneren Kraftverhältnisse der Staaten, die es ihnen möglich machen, ihre Wünsche und Notwendigkeiten durchzusetzen, oder sie nötigen, vor fremdem Widerstand zurückzuweichen, werden meist nur kurz berührt, als etwas Gegebenes hingenommen, ohne selbst als Problem aufgefaßt und gründlich untersucht zu werden. Über den handelnden Personen und ihren mehr oder weniger geschickten Manövern übersieht man oft den Drang der inneren Entwicklung. Sicher gibt es rühmliche Ausnahmen; so möchte ich z. B. Rohrbachs Buch „Deutschland unter den Weltvölkern" und mehrere der kurz

Digitized by Google

vor oder im Kriege erschienenen Abhandlungen ausnehmen — aber im allgemeinen beschreibt man mehr das Spiel der Wellen an der Oberfläche, als den großen, das Ganze bewegenden Strom. Das scheint mir ein Hauptgrund dafür zu sein, warum das eigentliche politische Denken, die Fähigkeit, das Wesen der Dinge zu erfassen und die wirklichen Probleme zu sehen, bei uns so mangelhaft entwickelt ist. Es war doch ein Mangel politischen Denkens, daß man überall, namentlich bei der englischen Politik, die Schuld einzelner Persönlichkeiten suchte, statt die wirklichen Ursachen scharf zu erfassen. Erst im Laufe des Krieges haben weitere Kreise mehr politisches Verständnis gewonnen. Und das ist uns so nötig, um unsere Zukunft richtig aufzubauen.

Wenn man sich an der Hand guter politischer Untersuchungen in das Wesen der Politik vertieft, so treten einem, möge es ausdrücklich betont sein oder nicht, bei den meisten politischen Problemen direkt oder indirekt geographische Motive entgegen. Ich will natürlich nicht sagen, daß sie ganz von geographischen Ursachen abhängig seien, und erst recht nicht sagen, daß die Ziele und Wege der Politik im einzelnen geographisch aufgefaßt werden könnten — dazu spielen zu viele persönliche Einflüsse und Zufälligkeiten hinein —; wohl aber, daß jedes Problem, möge es sich um territorialen Besitz oder wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß handeln, einen geographischen Kern hat, daß seine Lösung durch politische Besitzergreifung, Ansiedlung, Bau von Verkehrswegen, Einrichtung neuer Produktionszweige, nicht nur im Ergebnis zu neuen geographischen Tatsachen führt, die im Bilde der Landschaft zum Ausdruck kommen und das Wesen des Landes ändern, sondern auch in der Möglichkeit ihrer Durchführung von Bedingungen der geographischen Lage und der Landesnatur oder der vorhandenen geographisch bedingten Kultur abhängen.

Ich will das an einigen Beispielen erörtern, wozu ich mit Absicht triviale Fälle wähle.

Vielleicht am deutlichsten tritt uns das bei allen Tatsachen der Kolonisation entgegen. Ob bei der Aufteilung der Erde unter die verschiedenen Völker und in dem, was das kolonisierende Volk mitbringt und leistet, geographische Einflüsse zur Geltung kommen, mag einmal dahingestellt bleiben (tatsächlich ist es in hohem Maße der Fall); aber ob das Gebiet sich zu europäischer Besiedelung eignet oder nur Bewirtschaftung mit Hilfe der Eingeborenen oder nur europäische Herrschaft gestattet, hängt von seinem Klima und der Dichte und Kultur der vorhandenen Bevölkerung ab. Eine Kolonie kann mehr oder weniger stark entwickelt werden, aber die Richtung der Entwicklung ist vorgezeichnet. Beispielsweise mußten sich Deutsch-Südwest, Deutsch-Ost und Kamerun in ganz verschiedener Weise entwickeln, weil sie klimatisch ganz verschieden sind. Der gegen die Spanier oft erhobene Vorwurf, daß sie die Andenländer von Mexiko bis Bolivia nicht in derselben Weise entwickelt hätten, wie die Engländer später den nordamerikanischen Kontinent, ist ganz töricht, weil die Andenländer eine dichte Bevölkerung mit hoher Kultur hatten, der nordamerikanische Kontinent dagegen eine dünne Bevölkerung mit niedriger Kultur, so daß die englischen Einwan-

Digitized by Google

derer hier wirkliche Siedlungskolonien begründen konnten. Welche Flut von törichten Ansichten ist doch in den letzten Jahrzehnten über Deutschlands Betätigung im Orient geäußert worden, weil man sich die Natur und die vorhandene Kultur des Orients nicht klar machte; die wirklichen Kenner haben immer ausgesprochen, daß es sich weder um staatliche Eroberung noch um deutsche Siedlungskolonien, sondern nur um wirtschaftliche Betätigung handeln könne. Wenn wir daran festhalten, daß deutsche Betätigung in der Welt ein unbedingtes nationales Erfordernis ist, so müssen wir daraus auch die Folgerung ziehen, daß wir die Welt kennen müssen, das Klima und überhaupt die Naturverhältnisse ebenso wie die auf Grund der Landesnatur erwachsene Bevölkerung und Kultur. Wenn wir ohne solche Kenntnis handeln, ja auch schon, wenn wir ohne solche Kenntnis reden, wie es der Bierphilister und der Radaupolitiker nur allzuviel tun, so verlieren wir nicht nur Zeit und Geld, sondern können auch unheilbaren Schaden anstiften.

Eine andere Reihe von Problemen, bei denen die geographischen Bedingungen eine große Rolle spielen, sind die Verkehrsprobleme. Bei ihnen kommt es einerseits auf die Bevölkerung und wirtschaftliche Produktion der Länder, die erschlossen werden sollen, andererseits auf die in Bodengestaltung und Gewässern liegenden Bedingungen der Herstellung der Verkehrswege an. Am deutlichsten ist der Einfluß der Naturbedingungen wohl bei den Binnenwasserstraßen, der Einrichtung von Flußschiffahrt und dem Bau von Kanälen. Aber auch bei den Eisenbahnen und der Seeschiffahrt ist er unverkennbar. Schon die Trassierung einer Bahn im eigenen Lande muß sich genau nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen und dem Gelände richten — man denke z. B. an die Überlegungen über die großen Alpenbahnen. Aber viel weiter gehende Überlegungen sind bei allen Kolonialbahnen, wozu ich in diesem Sinne auch die Bagdadbahn rechne, nötig, teils weil man hier auch große Rücksicht auf die Eigenheiten des fremdartigen Klimas, z. B. plötzliche Regengüsse, nehmen muß, teils weil diese Bahnen der Besiedelung und wirtschaftlichen Entwicklung vorangehen, und man diese daher nicht als mehr oder weniger gegebene Tatsachen hinnehmen, sondern aus den Naturbedingungen vorhersagen muß. Jeder Eisenbahnbauer im fernen Lande ist ein praktischer Geograph, und die Vorbereitung dazu kann nur durch geographische Belehrung gewonnen werden. Handelt es sich dabei zunächst um verkehrsgeographische Probleme, so sind es doch mittelbar auch politisch-geographische, denn die ganze wirtschaftliche und militärische Kraft der Staaten muß mit den Verkehrsverhältnissen rechnen. Man denke nur einmal an den Unterschied des russischen und des deutschen Eisenbahnnetzes oder an die militärische und politische Bedeutung der sibirischen Eisenbahn oder der Murmanbahn. Der Bau der Bagdadbahn ist eine der größten politischen Angelegenheiten gewesen.

Wohl die größten verkehrspolitischen Probleme entspringen aus der Stellung der Staaten zum Meere und zu den großen Kontinentalwegen. Ich will hier nicht erörtern,

Digitized by Google

welche Rolle das im Laufe der Geschichte gespielt hat und wie sich die größten Umwälzungen in der Bedeutung der Staaten an die Veränderungen knüpfen, die durch die Entwickelung der Verkehrsmittel im Verhältnis der Staaten zum Meere und zum Kontinent eintreten; ich will hier nur ein aktuelles Problem der Politik ins Auge fassen, nämlich Rußlands Stellung zum Meere. Es ist jetzt schon ein trivialer Satz geworden, daß Rußlands Politik durch seinen Drang zum Meere bestimmt werde; ja, die Bedeutung dieses Motives wird jetzt oft zu groß eingeschätzt, indem man andere Motive daneben nicht genügend würdigt. Es hat Peter den Großen an die Ostsee geführt und zur Gründung von Petersburg bestimmt; dagegen ist es schon zweifelhaft, ob bei Rußlands Vordringen in Südrußland eigentlich der Drang nach dem Schwarzen Meere eine Rolle spielte, oder ob dieses nicht vielmehr nur die natürliche Grenze des auf den Besitz des Landes gerichteten Dranges war. Heute, da Rußland in Weltwirtschaft eingetreten ist, empfindet es störend, daß es nur zu Binnenmeeren und zum Nördlichen Eismeere Zugang hat, der ihm in Kriegszeiten gesperrt werden kann. Daraus entspringt wenigstens hauptsächlich sein Wunsch auf die Beherrschung des nördlichen Teiles der skandinavischen Halbinsel und auf den Besitz von Konstantinopel, der ja doch sein Hauptmotiv für den Krieg ist. Man hat mit Recht hervorgehoben, daß der Wunsch nach freiem Auslaß aus dem Schwarzen Meere besonders deshalb so stark ist, weil das Hauptgebiet des Getreidebaues und der Getreideausfuhr in dessen Nähe liegt. Aber wie Bosporus und Dardanellen Meeresstraßen sind, so liegt hier anderseits die Brücke für den Verkehr aus Mitteleuropa durch die Balkanhalbinsel nach Vorderasien. Unser Recht auf ungestörten Landverkehr, der durch den russischen Besitz von Konstantinopel aufgehoben würde, steht also dem russischen Anspruch auf unbedingt freie Seeschiffahrt gegenüber. Es ist also ein Kampf zweier verkehrsgeographischer Motive. Wenn wir, wie wir jetzt sicher hoffen dürfen, die russischen Eroberungsgelüste zu Schanden werden lassen, so wird es sich doch empfehlen, Rußland das, was es wirklich braucht, nach Möglichkeit zu gewähren. Abgesehen von der Erlaubnis der Durchfahrt für Kriegsschiffe hat man deshalb öfters auch vorgeschlagen, Rußland den Zugang zum Persischen Meerbusen zu erleichtern, wobei auch der Gedanke muspricht, Rußland und England hintereinander zu bringen. Wirtschaftsgeographisch betrachtet, kann aber der Persische Meerbusen Rußland das Schwarze Meer nicht ersetzen, weil die Getreidetransporte auf diesem Wege viel zu teuer werden würden; er würde hauptsächlich militärisch, als eine neue Pforte für die Einfuhr von Kriegsmaterial, also in einer uns keineswegs erwünschten Weise, Wert haben. Und dabei würde die Ausdehnung Rußlands über ganz Westpersien es in eine beherrschende Stellung zu Mesopotamien bringen, das wir doch nicht den Russen ausliefern, sondern unserem türkischen Bundesgenossen erhalten wollen. Man sieht also, daß man sich nicht mit einem Schlagwort wie dem, daß Rußland Zugang zum offenen Meere brauche, begnügen darf, sondern das Problem verkehrsgeographisch scharf durch-

Digitized by Google

denken muß, wenn man nicht falsche Schritte tun will. Man kann sogar noch weiter gehen und die Richtigkeit des Satzes überhaupt prüfen; man kann fragen, ob der Satz überhaupt allgemein gültig ist, oder ob nicht ein so riesiges Kontinentalreich wie das russische die Möglichkeit autarker[1] Entwicklung hat und einen jederzeit freien Zugang zum offenen Ozean entbehren kann. Ich glaube, daß die Zukunft Rußlands in dieser Richtung liegt.

Das führt uns zu den wirtschaftspolitischen Problemen. Die Wirtschaftspolitik, wenn ich dabei die ja auch wirtschaftspolitisch bedingten Fragen der Territorialpolitik ausscheide, hat es mit den Absatz- und Bezugsgebieten zu tun. Alle großen Staaten sind heute in die Weltwirtschaft verflochten, beziehen einen großen Teil der Bedürfnisse ihrer Bevölkerung von außerhalb und setzen einen Teil ihrer Erzeugnisse nach außerhalb ab; und zwar beschränkt sich dieser Austausch meist nicht auf die Nachbarländer, sondern geschieht auch mit fernen Ländern, die durch das Meer oder durch andere Kontinentalgebiete getrennt sind. Und dieser wirtschaftliche Austausch ist im Laufe der Zeit immer größer geworden und ist für die meisten Kulturländer, auch für Deutschland, heute eine Lebensnotwendigkeit; wenn der Handel auf die Dauer unterbunden würde, würde ein großer Teil unserer Bevölkerung elendiglich zu Grunde gehen. Es ist daher die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diesen Handel zu fördern und für seine Sicherheit zu sorgen. Seine erste Bedingung sind die in Verschiedenheiten der Natur und Kultur begründeten Produktionsmöglichkeiten zusammen mit den Transportbedingungen, sind also, anders ausgedrückt, die Tatsachen der Wirtschaftsgeographie; es ist klar, daß die Wirtschaftspolitik von deren genauer Kenntnis ausgehen muß, aber es ist hier nicht nötig, näher darauf einzugehen. Wenn das Ideal des Freihandels richtig wäre, so würde es sich nur darum handeln; der Staat brauchte dann nicht einzugreifen, sondern könnte den Handel ganz der Tatkraft der Kaufleute überlassen. Tatsächlich hat es sich aber, gerade in der letzten Zeit, immer mehr gezeigt, in wie hohem Grade der Handel von der staatlichen Zugehörigkeit der Länder abhängt, und der Handelskrieg, den unsere Feinde auch im Frieden gegen uns fortsetzen wollen, wird der staatlichen Zugehörigkeit noch größere wirtschaftliche Bedeutung verleihen.

Die Wirtschaftspolitik muß darum die Absatz- und Bezugsgebiete sorgfältig nach ihrer staatlichen Zugehörigkeit unterscheiden und darüber wachen, daß genügende Absatzgebiete für unsere Industrie frei bleiben und daß wir alle wichtigen Nahrungsmittel und Rohstoffe aus eigenen Besitzungen oder doch aus Ländern beziehen können, auf deren Neutralität wir rechnen dürfen. Es ist das einer der wichtigsten Gesichtspunkte für die Auswahl unserer Kolonien, aber auch für unseren Widerstand gegen die Bestrebungen fremder Staaten, besonders wertvolle Produktions- oder Absatzgebiete für sich in Besitz zu nehmen und unserer wirtschaftlichen Betätigung zu entziehen. Der Staatsmann und der Politiker müssen also mit den Produktions- und Absatz-

[1] Sich selbst genügend.

Digitized by Google

verhältnissen der ganzen Erde vertraut sein, und dabei handelt es sich nicht etwa nur um die Verhältnisse, wie sie heute sind, die man ja leicht aus den Nachschlagebüchern entnehmen kann, sondern wie sie sich auf Grund der Natur- und Kulturbedingungen entwickeln können, also um eine Wertung der wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie sie nur auf Grund eindringender geographischer Überlegungen möglich ist. Dazu kommt als dritter Teil wirtschaftspolitischer Überlegungen die Erwägung, ob die Länder, die nach ihrer Natur und Kultur und nach ihrer staatlichen Zugehörigkeit die angegebenen Bedingungen erfüllen, auch in Kriegszeiten mit Sicherheit zugänglich sind, oder ob der Verkehr durch Feinde unterbrochen werden kann. Das ist die Frage, an die wir früher zu wenig gedacht hatten und die uns in diesem Kriege in so furchtbarer Deutlichkeit entgegengetreten ist. Sie führt uns auf die verkehrspolitischen Probleme zurück und zeigt uns deren ganze große Bedeutung. Nicht nur um die Schnelligkeit und Leichtigkeit des Verkehrs und seine größere oder geringere Sicherheit vor Naturereignissen handelt es sich, sondern auch um seine Sicherheit vor feindlicher Absperrung. Damit wird das Problem zu einem politisch-geographischen Problem im engsten Sinne.

Auch die militärischen Operationen und mehr noch der Aufmarsch und seine Vorbereitung sind von geographischen Bedingungen abhängig. Eine ältere strategische Theorie, die in den Freiheitskriegen noch teilweise Geltung hatte, hatte die Bedeutung des Geländes für die militärischen Operationen übertrieben; aber dann ist eine Zeit der Unterschätzung gefolgt; der Verlauf des jetzigen Krieges hat uns die Bedeutung des Geländes im großen und kleinen wieder deutlich erkennen lassen. Auch das Klima spielt hinein; ist doch z. B. die Dauer der winterlichen Unterbrechung der Operationen auf dem östlichen Kriegsschauplatz viel länger als auf dem westlichen und bringt dem Orient umgekehrt der Sommer eine Pause! Wenn die Einflüsse der Landesnatur auf die Operationen als solche nur die Militärgeographie interessieren, so bekommen sie politisch-geographische Bedeutung dadurch, daß die Friedensschlüsse in hohem Grade, ja man kann wohl sagen in erster Linie, von militärgeographischen Erwägungen abhängig sind. Der Sieger sucht eine Grenze zu gewinnen, die militärisch vorteilhaft für ihn ist. 1871 war für die Wiedergewinnung des Elsasses neben dem populären geschichtlichen und nationalen Motiv, wie Bismarck mehrfach betont hat, die Erwägung bestimmend, daß Frankreich vom Elsaß aus Süddeutschland stark bedrohte und seinen staatlichen Anschluß an Norddeutschland unmöglich machte. Im Kamme der Vogesen glaubte man damals eine militärisch vorteilhafte Grenze zu bekommen; auf das militärisch wichtige Belfort mußte man verzichten, aber Metz nahm man, trotz seiner Lage in französischem Sprachgebiet, gleichfalls wegen seiner militärischen Wichtigkeit. Bei allen heutigen Erwägungen über die Friedensbedingungen spielen gerade die militärischen Rücksichten eine große Rolle. Wenn sie von militärtechnischen oder, was auf dasselbe herauskommt, marinetechnischen Überlegungen ausgehen, so sind sie doch immer auf bestimmte geographische Erscheinungen gerichtet, müssen genaue geo-

Digitized by Google

graphische Kenntnis zur Grundlage haben. Und wenn die Politik sich in diesen Dingen dem Urteil der militärischen Politiker unterordnet, so muß sie doch ein Verständnis dafür zu gewinnen suchen.

Auch nationalpolitische, religionspolitische, kulturpolitische Erwägungen sind schließlich geographisch; denn die Verteilung der Nationalitäten, Religionen, Kulturen sind geographische Tatsachen, die sich in früherer Zeit aus geographischen Ursachen ergeben haben. Um nur ein Beispiel zu nehmen, so ist der große Kulturgegensatz West- und Osteuropas die Folge einer verkehrsgeographischen Tatsache. Es war in der geographischen Lage begründet, daß jenes Christentum und Kultur von Rom, dieses von Byzanz empfing, und daß dieses später den starken Einflüssen der asiatischen Steppenvölker unterlag, von denen jenes verschont blieb. Auch daß sich an der Ostseeküste deutscher und auch schwedischer Einfluß weit hinein nach Osteuropa erstrecken konnten, ist geographisch begründet. Das genaue Studium und Verständnis der Völker- und Religionskarte muß mit dem der Gelände-, Verkehrs- und Wirtschaftskarten usw. verbunden werden, um ein sicheres Urteil über die Bedingungen der politischen Verhältnisse zu gewinnen. Der Verlauf der Grenzen läßt sich nur aus allen zusammen verstehen.

Die politische Geographie hat in ihrer theoretischen Ausbildung die Aufgabe, die heutigen staatlichen Verhältnisse in ihrer Abhängigkeit von den verschiedenen geographischen Bedingungen zu untersuchen. Die Staaten sind nicht durch den Zufall von Kriegsglück, Erbteilungen usw. so geworden, wie sie heute sind, sondern sind mehr oder weniger gesetzmäßig gebildet. Stellenweise treten uns allerdings Zufälligkeiten entgegen, aber meist sind solche im Laufe der Zeit wieder ausgeglichen worden, und vielfach sind von vornherein vernünftige, d. h. auf die Natur begründete, Überlegungen maßgebend gewesen. Die meisten europäischen Staaten sind heute an ganz bestimmte Naturgrenzen herangewachsen, und wo wir unbeständige und unnatürliche Grenzen finden, wie z. B. zwischen Deutschland und Frankreich, liegt es daran, daß hier die Natur nicht in großen bestimmten Linien gezeichnet ist, sondern verschiedene Möglichkeiten offen läßt. Aus der Lage und Natur des Staatsgebietes aber ergeben sich die Art der Besiedlung und die Dichte der Bevölkerung, die Art des Verkehrsnetzes, der Charakter der Volkswirtschaft und Kultur, und aus diesen allen zusammen das Wesen und die Macht des Staates. Die Staaten sind nicht überirdische Gebilde, die nur zufällig in ihrem Lande sitzen, sondern irdische Gebilde, aus dem Lande erwachsen. Um es einmal ganz grob auszudrücken: das englische Staatswesen und auch die englische Politik sind nur in England, das russische Staatswesen und die russische Politik nur in Rußland denkbar. In dieser allgemeinen Form ist der Gedanke trivial und von mäßigem Erkenntniswert; aber wenn man ihn in die Einzelheiten durchdenkt, wie ich es z. B. in meinen beiden Büchern über Rußland und England und in einer vergleichenden Charakteristik (in der Geographischen Zeitschrift) versucht habe, so erkennt

Digitized by Google

man, daß sich die geographische Grundlage in alle wichtigen Tatsachen des Staatswesens und der Politik verfolgen läßt. Das gilt natürlich ähnlich für alle anderen Staaten der Erde.

An die Aufgabe der Erkenntnis dessen, was ist, schließt sich die praktische Aufgabe der Beschäftigung mit dem, was sein soll, d. h. die Feststellung unserer Ziele und der Wege, die zu diesen Zielen führen. Neben der theoretischen gibt es also auch eine praktische politische Geographie, eine Geographie gleichsam der Zukunft, wie wir sie wünschen und uns vorstellen. Es ist die Geographie der Probleme. Unser Ideal ist ein großes, mächtiges, freies Deutschland. Dieses Ideal muß aber von der Wissenschaft näher bestimmt werden, ehe man an seiner Verwirklichung arbeiten kann. Der Geographie fällt dabei die Aufgabe zu, die Ziele und Wege der Politik aus ihren geographischen Bedingungen heraus zu prüfen. Ist das Deutschland, wie wir es wünschen, geographisch möglich, oder wie muß es aussehen, um geographisch möglich zu sein? Man braucht ja nur einmal die Friedensbedingungen des kommenden Friedens anzusehen, über die jetzt der Streit hin und her geht, um zu erkennen, wie sehr es sich dabei um geographische Dinge handelt, und um auch zu erkennen, wie wenig Rücksicht oft auf die geographische Grundlage genommen wird. Die Gedanken besseren Grenzschutzes, einer besseren Operationsbasis für unsere Marine, einer Vermehrung unseres Siedelungslandes oder der Gewinnung von Erz- und Kohlenlagerstätten usw. sind sämtlich geographische Gedanken; man kann sie nur ausdenken, wenn man die Karte gründlich studiert und sich aus der geographischen Literatur näher darüber unterrichtet. Wenn man das versäumt, so kommt Bierbankpolitik heraus.

Die Politik muß also auf geographischer Grundlage ruhen, und für den Politiker ist geographische Einsicht erforderlich. Es kann sich nur um die Frage handeln, auf welche Weise die Geographie an die politischen Probleme herantreten soll. Gewöhnlich geht man — vielleicht ist das eine Nachwirkung der älteren teleologischen Auffassung — von den einzelnen Naturerscheinungen, Lage, Küstengliederung, Bodengestaltung usw., aus und fragt, wie sie auf den Menschen oder im besonderen auf die staatlichen Verhältnisse und die Politik wirken. Auch Ratzels politische Geographie, die erste und bisher eigentlich einzige zusammenfassende Behandlung der politischen Geographie, geht diesen Weg. Und sicherlich wird ein Durchdenken der Probleme in dieser Weise die politische Einsicht sehr fördern; das Ratzelsche Buch hat sicherlich viele Anregung und Belehrung gebracht. Aber zu einer bestimmten Erkenntnis kann man auf diesem Wege nicht kommen; immer stellen sich viele Ausnahmen heraus, die beweisen, daß die vermeintliche Wirkung eines geographischen Verhältnisses wohl eintreten kann, aber nicht eintreten muß, so daß dann meist ein Appell an die Freiheit und Ohnmacht des menschlichen Willens folgt. In der Tat wirken die Naturbedingungen nur in der Minderheit der Fälle als ein Zwang auf den passiven Menschen, meist

Digitized by Google

vielmehr als Motiv auf den Willen, und die Annahme einer Wirksamkeit der geographischen Bedingungen geht daher von der Voraussetzung aus, daß der Mensch auf die Naturanregungen verständig reagiert; — inwieweit diese Annahme berechtigt ist und inwieweit sich unverständige Entschlüsse nachträglich korrigieren, soll hier nicht weiter erörtert werden. Eine Fehlerquelle liegt auch darin, daß man die Naturbedingungen oft zu oberflächlich auffaßt. Wenn man den Einfluß der Küsten auf die Entwicklung der Schiffahrt und überseeischen Betätigung erörtert, darf man sich nicht mit der Angabe der Küstenlänge begnügen, sondern muß berücksichtigen, daß die verschiedene natürliche Beschaffenheit der Küsten deren Einfluß ganz verschieden sein läßt; die moderne Geographie hat diese verschiedene Beschaffenheit scharf aufzufassen gelehrt. Man darf nur in wenigen Fällen von dem Einfluß der Tropennatur im allgemeinen sprechen; für die meisten Fragen muß man zwischen tropischen Waldländern und Savannen scharf unterscheiden. Von grundsätzlicher Bedeutung sind zwei andere Fehler. Der Mensch unterliegt nie dem Einflusse einer Naturbedingung allein, sondern immer dem Einflusse aller Naturbedingungen zusammen: die gleiche Küstenbeschaffenheit wird ganz verschieden wirken, je nachdem z. B. die Verkehrsbedingungen des anschließenden Binnenlandes und auch die natürlichen Bedingungen der Produktion sind. Noch wichtiger aber ist der Umstand, daß sich die Wirkungsweise der Naturbedingungen im Laufe der Zeit, mit der Kultur, ändert. Jeder Fortschritt der Technik oder überhaupt jeder Fortschritt oder Rückschritt gibt den Naturverhältnissen eine andere Bedeutung für den Menschen. Um nur ein Beispiel, allerdings vielleicht das wichtigste, zu nennen, so hat sich die Bedeutung der Erdoberfläche, namentlich die Verteilung von Land und Meer, für den Menschen mit erlangter Fähigkeit zur Seeschiffahrt und dann zur Ozeanschiffahrt, dann aber wieder mit der Ausbildung der Mittel des Landtransportes, also der Binnenschiffahrt und mehr noch der Eisenbahnen, vollkommen umgekehrt, und dadurch ist die Weltstellung der Länder zu wiederholten Malen ganz anders geworden. Das Aufkommen von Englands Weltherrschaft und ihre heutige Krisis haben beide in diesem Wechsel ihren Grund. Auch im einzelnen gegebenen Augenblick werden die gleichen Naturbedingungen selbstverständlich auf Menschen von verschiedener Kulturstufe und von verschiedener Fähigkeit der Naturbeherrschung, sagen wir auf den Botokuden und den Menschen der europäischen Vollkultur, ganz verschieden wirken; sie geben auf die gleichen Motive verschiedene Antwort. Die von den Naturbedingungen ausgehende Betrachtungsweise kann also wohl anregend wirken, aber keine Tatsachen wirklich erklären; sie ist eine Einleitung, eine Propädeutik[1], aber noch keine eigentliche Erkenntnis. Die sichere geographische Erkenntnis muß hier, wie überall in der Wissenschaft, von der Analyse[2] der Tatsachen ausgehen, für die es aber immer der Leitgedanke, die wissenschaftliche Forderung, sein muß, daß alle Tatsachen, die an verschiedenen Erdstellen verschieden sind, also geographische Verteilung

[1] Vorbereitung. [2] Zerlegung, Untersuchung.

Digitized by Google

zeigen, irgendwie in der Natur der Erdstellen begründet sein müssen. Das gilt natürlich nicht nur für die rein wissenschaftliche Betrachtung der Vergangenheit und der Gegenwart, sondern auch für die praktische Auffassung der politischen Probleme: man stellt sich das Bild der Zukunft vor und analysiert es, führt es auf seine Ursachen und Bedingungen zurück.

Ebenso wie auf der Geschichte und vielleicht mehr als auf der Geschichte, die leicht zu falschen Analogien[1] führt, muß eine gesunde Politik auf der Geographie beruhen. Ebenso wie geschichtliche und auch ebenso wie nationalökonomische und staatswissenschaftliche Bildung muß der Politiker und muß jeder Staatsbürger, der die auswärtige Politik des Reiches verstehen will, und das sollten wir doch alle anstreben, geographische Bildung besitzen. Auch mit der nationalökonomischen und staatswissenschaftlichen Bildung ist es oft schlecht genug bestellt; aber davon habe ich hier nicht zu reden. Es besteht wohl auch ein Unterschied darin, daß ein Eindringen in die Nationalökonomie und Staatswissenschaft erst im reiferen Lebensalter möglich ist, daß dagegen der Grund für eine solide geographische Bildung ebenso wie für die geschichtliche Bildung schon auf der Schule gelegt werden kann und muß, wenngleich tieferes Verständnis auch erst in späteren Jahren gewonnen werden kann.

Die Geographie ist heute das Stiefkind der Schule. Sie wird auf weitaus den meisten höheren Schulen nur bis in die mittleren Klassen und auch in diesen nur mit einer Wochenstunde gelehrt und fällt in den oberen Klassen ganz aus; denn die mit anderen Fächern verbundenen Repititionen sind meist für die Katz. Der geographische Unterricht wird vielfach, vielleicht in der Hälfte der Fälle, nicht von fachmäßig ausgebildeten Geographen, sondern von jedwedem Lehrer erteilt, der gerade noch eine Unterrichtsstunde frei hat und von der Geographie nur das weiß, was er sich gerade vor der Stunde aus einem Lehrbuch einpaukt. In der Reifeprüfung fragt kein Mensch nach geographischen Kenntnissen. Da kann man sich nicht wundern, wenn die geographische Bildung unseres Volkes so gering ist. Rohrbach führte neulich als ein krasses Beispiel an, daß einer Togo für die Hauptstadt einer anderen Kolonie gehalten habe; wenn das das schlimmste wäre, würde ich gern ein Auge zudrücken, aber ich habe es erlebt, daß Oberprimaner Stuttgart und Stockholm verwechselten und daß Examenskandidaten von den Eisenbahnlinien nach Italien, vom Simplon, Gotthard und Brenner, keine Ahnung hatten. Und, was meiner Meinung nach noch schlimmer ist, welche volle Unkenntnis der Natur der Tropen oder des Orients tritt uns doch in kolonialpolitischen oder weltpolitischen Erörterungen immer wieder entgegen. Die Leute schämen sich dieser Unkenntnis auch gar nicht und haben gar nicht das Gefühl eines großen Mangels ihrer allgemeinen Bildung. Nur leise dämmert den Schulverwaltungen die Erkenntnis der Rückständigkeit auf. Nein, so darf es nicht bleiben! Der geographische

[1] Wörtlich: Entsprechung; etwa: Gleichsetzung.

Digitized by Google

Unterricht muß durch alle Klassen der Schule durchgeführt werden, denn erst in den oberen Klassen, mit reifen Schülern, die auch schon geschichtliche und naturwissenschaftliche Kenntnisse haben, kann er volle Frucht bringen; er muß von fachmännisch gebildeten Lehrern erteilt werden, weil nur Lehrer mit eigener geographischer Bildung ihn über das Niveau des Namenwissens hinaus erheben und ihm Bildungswert geben können, und die Geographie muß bei der Reifeprüfung ebensogut wie die Geschichte und andere Fächer berücksichtigt werden, weil sie sonst bei den Schülern für minderwertig gilt und von ihnen vernachlässigt wird.

Aber unter dem Eindrucke des Krieges ist auch die Frage erhoben worden, ob denn die Methode des geographischen Unterrichtes, wie sie gerade von wissenschaftlichen Methodikern vertreten wird, richtig sei. Diesem kritischen Zweifel ist auch in dieser Zeitschrift vor kurzem Ausdruck gegeben worden, vielleicht mit mehr Temperament als sachlicher Unbefangenheit[1]. Die Reformbewegung, die seit den 70er Jahren gleichzeitig mit dem Wiedererwachen der Geographie als Wissenschaft eingesetzt, aber sich auch heute noch keineswegs ganz durchgesetzt hat, will über das tote Wissen von Zahlen und Namen hinaus zu einer deutlichen Auffassung der Dinge selbst führen und nicht nur die Staaten und Städte, sondern auch die Natur der Länder kennen lehren. Demgegenüber wollen die neuen Reformer die politische Geographie ganz in den Vordergrund schieben und dem geographischen Unterricht eine spezifisch nationale Färbung geben. Offe sieht in dem einstimmigen Widerspruch der Hochschullehrer gegen diese Bewegung zopfiges Akademikertum. Hätte es ihn nicht vielleicht doch stutzig machen sollen, daß sich darunter eine ganze Anzahl Männer befinden, die sich mit großem Eifer den Aufgaben der politischen Geographie und der Kriegsgeographie zugewandt haben? Es würde hier zu weit führen, die Fragen ausführlicher zu erörtern; nur auf die Hauptgesichtspunkte soll hier hingewiesen werden.

Zunächst besteht die große Gefahr, daß ein geographischer Unterricht, der die politische Geographie ganz in den Vordergrund rückt, wieder in die Anhäufung von totem Wissensstoff verfällt, die wir eben im Begriffe sind zu überwinden; denn eine tiefere, den Geist bildende Auffassung der politischen Probleme geht zum großen Teil über das Niveau der Schule hinaus und ist auch, sagen wir es ganz offen, dem Verständnis vieler Lehrer verschlossen. Es besteht eine große Gefahr, daß politisch-geographische Lehrsätze auswendig gelernt werden, und eine dadurch hervorgerufene Verknöcherung unserer politischen Bildung wäre vielleicht schlimmer als das heute vorhandene Vacuum. Vielleicht würden sich darum gerade verständige Lehrer auf die Tatsachen zurückziehen. Die politische Geographie, mit der ja Verkehrsgeographie und Wirtschaftsgeographie eng verbunden sind, setzt die physisch-geographische Grundlage voraus, läßt sich ohne gute Kenntnis der Natur der Länder gar nicht verstehen, und diese Kenntnis der Natur der Länder kann nicht vom Wege aufgerafft, sondern nur in

[1] Prof. Sieger hat bereits darauf hingewiesen, wie irreführend die dort gegebene Statistik ist.

Digitized by Google

strenger, folgerichtiger Arbeit erworben werden; es ist eine merkwürdige Kurzsichtigkeit, wenn man politische Geographie ohne das treiben zu können glaubt. Die Schule kann nicht die Aufgabe haben, die Lösung der politisch-geographischen Probleme zu lehren; die Probleme und ihre Beantwortung sind immer wieder neu, und die Beschäftigung mit ihnen muß uns durch unser ganzes Leben begleiten. Die Schule kann dafür nur den Grund legen, aber einen soliden Grund, auf dem das Leben aufbauen kann; dieser Grund ist Kenntnis der Erdoberfläche, zwar nicht in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit, sondern nur in den Hauptzügen, aber diese gut und klar, so daß ein deutliches Bild der Länder vor den geistigen Augen der Schüler steht.

Aber es bestehen noch weitere Bedenken. Der Mensch kann und soll nicht bloß Politiker sein; er bedarf geographischer Bildung auch aus anderen Gründen. So ist gerade jetzt im Kriege noch auf einen anderen großen Mangel unserer geographischen Bildung hingewiesen worden, nämlich auf die weitverbreitete Unfähigkeit, Karten zu lesen, einfache Kartenskizzen zu zeichnen und sich überhaupt im Gelände zurechtfinden und einfache Naturverhältnisse aufzufassen. Auch hier muß Abhilfe geschaffen werden. Also schon um anderer praktischer Zwecke willen darf der geographische Unterricht nicht in politischer Geographie aufgehen. Dazu kommen Gründe der allgemeinen Bildung. Die verschiedenen Wissenschaften müssen im Leben und in der Schule einander unterstützen: die Geschichte braucht den geographischen Schauplatz, aber nicht die heutigen Staaten, sondern die Länder, wie sie von Natur sind und dem Menschen im Altertum und Mittelalter entgegentraten; auch die Naturgeschichte muß die physische Geographie zu Hilfe ziehen. Und schließlich ein ganz allgemeiner Gesichtspunkt! Wissenschaft und Schule müssen in letzter Linie dem Leben dienen, aber sie dürfen nicht unmittelbar auf die Zwecke und Bedürfnisse des praktischen Lebens gerichtet sein. Es ist der Hauptgrundsatz unserer Bildung, die einzelnen Fächer nach ihrem inneren Werte zu würdigen. Die Geographie ist bis heute in niedriger Stellung geblieben, weil die Schulverwaltungen nur ihren praktischen Wert und nicht ihren Bildungswert erkannten. Wir Geographen kämpfen seit Jahren darum, diesen zur Anerkennung zu bringen. Darum bedauern wir es, wenn uns jetzt gut gesinnte, aber einseitige Reformer in den Rücken fallen und sich mit den Reaktionären verbinden. Ich darf für mich in Anspruch nehmen, daß ich Sinn für die Anforderungen der Politik an die Geographie habe, und ich betone nochmals, daß eine größere politische Bildung des deutschen Volkes, wie wir sie erstreben müssen, auch eine viel bessere geographische Bildung erfordert; aber ich muß andererseits davor warnen, die Geographie auf der Schule einseitig in den Dienst der politischen Bildung stellen zu wollen und gar, sie einseitig in politische Geographie auslaufen zu lassen.

Digitized by Google

Ein Lehrbuch der Politisierung?

Von Professor Dr. Hugo Preuß

„Der Weltkrieg hat alle denkenden Deutschen gelehrt, welche Einwirkung auf ihr persönliches Schicksal, auf das ihrer Berufs- und Gesellschaftsschicht und auf den Bestand und Aufstieg der Volksgemeinschaft die Art der staatlichen Politik besitzt." Hoffen wir, lieber Leser, daß dieser Satz aus einer Buchhändler-Anzeige nicht zu viel sagt. Es wäre ein keineswegs zu unterschätzendes Ergebnis dieser Jahre blutigster Zerstörung, wenn wirklich dadurch allen denkenden Deutschen — man braucht das „alle" nicht einmal wörtlich zu nehmen — die Überzeugung eingeprägt wäre, daß die Politik zu jedem spricht: tua res agitur[1]. Denn das wäre die Voraussetzung der vielberufenen Politisierung des deutschen Volkes. Daß die unsagbar harte Schule dieser Jahre schon irgendwie greifbare Erfolge in jener Richtung aufzuweisen habe, läßt sich nicht nachweisen. Immerhin mag man es als einen Anfang betrachten, wenn die Behauptung, daß es uns hier an etwas sehr Wichtigem und Bedeutungsvollem fehle, heute doch nicht mehr als Nörgelei eines Schwarzsehers abgetan wird. Die Zahl der „denkenden Deutschen", denen die Politisierung unseres Volkes als wünschenswert oder gar nötig erscheint, ist wohl heute wirklich nicht mehr so gering wie vor dem Kriege. Und da man heute realpolitisch tätig sein will, so geht man auch gleich auf mancherlei Wegen ans Werk. Die Einen gründen Vereine, Verbände, Ausschüsse zu diesem und jenem Zwecke, deren Tätigkeit sich freilich meist auf die Gründer beschränkt, und die bezeichnenderweise um die bestehenden politischen Parteien und Fraktionen in vorsichtigem Bogen herumgehen. Denn die Parteien spinnen in der Hauptsache ihre alten Fäden fort; die Fraktionen sind eifrig beflissen, sich in ihrer unfruchtbaren Vielzahl unverändert zu behaupten; die einzige große Partei, die mit der Neuorientierung bei sich selbst begonnen hat, geht darüber in die Brüche und vermehrt durch Spaltung die Zahl der vielzuvielen Fraktionen. Andere Politisierer verfassen Flugschriften oder gründen Zeitschriften, deren Standpunkt ebenfalls dem der politischen Parteien geflissentlich inkommensurabel gehalten ist. Doch all dies läßt einen stärksten Grundzug deutschen Wesens unbenutzt: die methodische Gründlichkeit. Muß sich nicht eine Politisierung deutscher Art auf der soliden Grundlage des wirklichen Wissens vom Staate aufbauen? Das deutsche Volk hat so Vieles und Schwereres gelernt und das meiste sehr gut gelernt; warum soll es nicht auch das Politische lernen können? Zum Lernen durch Selbstunterricht, auf den es hier vornehmlich ankommen wird, bedarf es zunächst eines guten Lehrbuchs. Für die verschiedensten Disziplinen haben Deutsche Lehrbücher geschaffen, die auch das mißgünstige Ausland als mustergültig anerkannt hat. Also gilt es, auch ein Lehrbuch der Politisierung für das deutsche Volk zu schaffen.

Dieser Aufgabe hat sich Professor Dr. Stier-Somlo mit der ihm eigenen fleißigen Gründlichkeit angenommen: „Grund- und Zukunftsfragen deutscher Politik"[2]. Es ist

[1] Um deine Sache handelt es sich.

[2] Bonn 1917, A. Markus & E. Webers Verlag. XII, 392 Seiten. Preis geheftet 6, gebunden 7.20 M

Digitized by Google

die ausgesprochene Absicht des Buches, „ein Erzieher zum politischen Deutschtum zu sein"; in jedem Fall eine vortreffliche Absicht. Eine Ursache für den hier zu überwindenden Mangel sieht der Verfasser ganz richtig in der deutschen Neigung zur Arbeitsteilung, die auf manchem anderen Gebiete so große Erfolge gezeitigt hat. Der typische Deutsche hat die Vorstellung, „daß das Wirken im Staate und für den Staat, in der Gemeinde und für sie, gewissen Personengruppen obliegt, wie ihm seine tägliche Beschäftigung, seine wirtschaftliche oder geistige Leistung". Seine innere Teilnahme gilt weit eher der Religion und Kunst, dem Recht und der Wirtschaft; „nur das Politische hat noch keine greifbare Macht über ihn gewonnen". „Wenn aber dem Deutschen, wie dies hier versucht worden ist, auch die Einzelheiten der politischen Gestaltung nahe gebracht werden; wenn er sie nicht in verwirrender ordnungsloser Fülle, sondern durch einige führende Linien geteilt und schattiert erkennen kann, dann tritt der dunkel im Bewußtsein schlummernde Trieb nach Verständnis politischen Wesens in das helle Licht des Tages hinaus. Das ist meine feste, wohl begründete Hoffnung."

Eine fast überreiche Fülle von Material bietet unzweifelhaft dieses Lehrbuch dem politischer Bildung Beflissenen; und dem, der weiter einzudringen wünscht, gibt ein umfangreicher literarischer Anhang gute Anleitung. Auch ist der Verfasser nicht ohne Erfolg bemüht, durch Ordnung und jene „führenden Linien" die Fülle des Stoffes gliedernd zu beherrschen. Er geht davon aus, daß aus dem Grundfehler unseres Volkes, kein politisches Volk zu sein, „ein großer Teil des Elends unserer Verkennung in der Welt seit Jahrzehnten fließt, die zum wahnwitzigen Haß emporgewachsene Gegensätzlichkeit und Verständnislosigkeit des Auslandes für deutsche Geistesarbeit, deutsches Menschentum, deutsche Leistungen und deutschen Staat". Eben deshalb haben auch alle militärischen Erfolge und alle heimischen Leistungen „nicht zu den weltbeherrschenden Erfolgen geführt, die all diesen Fähigkeiten, Kräften und Taten hätten entsprechen müssen". Also dürfen wir „bei aller zu bewahrenden Eigenart daheim, uns dem normalen politischen Wachstum in der Richtung freiheitlicher Gestaltung nicht verschließen, damit das — freilich von den Feinden meist im Hohlspiegel verzerrte — Bild unseres politischen Wesens nicht der Grund zum Haß und zur Verachtung werde. Der Lohn solchen Mühens wird eine Besserung unserer auswärtigen und inneren Politik und ein Aufstieg des Deutschen Reiches sein." Daß ich mit dieser Auffassung und Tendenz völlig einverstanden bin, bedarf kaum der Betonung. Daß sich Stier-Somlo zu ihr bekennt, ist ein erfreulicher Beweis für die Empfänglichkeit seines Geistes, die sich dem ungeheuren Erleben unserer Tage nicht verschloß. Das gilt auch im einzelnen von vielen der hier vorgetragenen Lehren und Meinungen. Dem gegenüber bedeutet es wenig, wenn hie und da noch etwas vom alten Adam zum Vorschein kommt; nicht bloß bei gewissen Vorbehalten und halben Zugeständnissen, sondern gelegentlich in einer noch etwas formal-juristischen Auffassung politischer Probleme.

Digitized by Google

Das Bestreben, der eigenen Natur der letzteren gerecht zu werden, ist jedoch überall unverkennbar.

Die Zustimmung zu der im allgemeinen leitenden Tendenz macht den Verzicht auf die — in diesem Rahmen gar nicht zu lösende — Aufgabe leicht, die kritischen Vorbehalte und Einwendungen im einzelnen vorzutragen, die bei der Menge der behandelten Fragen natürlich zahlreich genug wären. Wenn z. B. der Verfasser gleich im ersten Abschnitt „Vom Wesen der Politik" eine ausführliche Polemik gegen die organische Staatsanschauung anhebt, die ein ernstes Hindernis der Politisierung sei, so bin ich zwar vom Gegenteil inniglichst und festiglichst überzeugt und sehe in jener Auffassung eben eine Nachwirkung der formal-juristischen Methode, die das Individuum nicht nur als Bestandteil der Gesamtheit, sondern auch in einer „gemeinschaftsfrei gedachten Vereinzelung" betrachten zu können glaubt; aber ich lasse auch diese theoretische Kardinalfrage hier gern auf sich beruhen. Denn über das, was praktisch nottut, kann man sich wohl auch so verständigen. Für solche Verständigung ist es nicht ohne Bedeutung, wenn ein Staatsrechtslehrer der Schule, aus der Stier-Somlo hervorgegangen ist, jetzt von „den Gefahren einer einseitigen Betonung des monarchischen Prinzips" spricht. Freilich wird nicht recht klar, durch welche Institutionen diesen Gefahren vorgebeugt werden soll. Daß der Ausbau der Ministeranklage ein durchaus ungeeignetes Mittel für die Umschichtung der politischen Machtverhältnisse wäre, ist zuzugeben; dagegen hat sie ihren richtigen und notwendigen Platz als Krönung der Rechtskontrollen der Verwaltung. Aber Stier-Somlo sagt selbst, daß in Deutschland auch die anderen „verfeinerten, leicht federnden", daß überhaupt alle „wirksamen Mittel zur Durchführung jenes an sich richtigen und unentbehrlichen Grundsatzes der Ministerverantwortlichkeit" fehlen. Und doch möchte er „ohne Übernahme des parlamentarischen Systems" durchkommen. Nun ist gewiß das parlamentarische System nicht etwas, das man nach Belieben übernehmen oder nicht übernehmen könnte. Fehlen die Voraussetzungen dafür in der ganzen politischen Struktur, so kann es kein Gesetzgeber schaffen; und sind diese Voraussetzungen vorhanden, so kann es keine Regierung verhindern. Worüber in einem Lehrbuch der Politisierung gerade heute immerhin etliches zu sagen wäre; denn vielleicht hat die Politisierung eines Volkes mit jenen Voraussetzungen etwas zu tun. Einen sehr wichtigen, eng damit zusammenhängenden Punkt berührt Verfasser an einer ganz anderen Stelle, wo er den Begriff des Staatsmannes umschreibt. Dies Prädikat will er Ministern, Staatssekretären, Ministerialdirektoren, Diplomaten teils von Amtswegen, teils angebrachtermaßen beilegen. „Seltener pflegt man maßgebende Parlamentarier mit jenem Ausdruck zu belegen, jedenfalls nicht in Deutschland." Der Verfasser sagt das ganz harmlos und scheint es auch so zu meinen; und doch ließe sich gerade unter dem Gesichtspunkt der Politisierung dabei mancherlei minder Harmloses denken.

Ganz richtig sagt der Verfasser: „Es kennzeichnet die deutschen Rechtszustände, daß

Digitized by Google

im Grundsatz der Rechtsstaat anerkannt und zu seiner Durchführung gar vieles dankenswerterweise geschehen ist; daß wir aber von seiner vollständigen Erscheinung weit entfernt sind." Demgemäß bezeichnet er als große politische Forderung der Gegenwart und Zukunft die möglichste Verwirklichung der politischen Rechtsstaatsidee und den gründlichen Bruch mit dem Polizeibegriff des im preußischen Landrecht kodifizierten bureaukratischen Absolutismus. Das reiche Material aus allen Gebieten der Verwaltung, insonderheit auch der Schulverwaltung und den Beziehungen zwischen Staat und Selbstverwaltung, ist sicherlich politisch sehr lehrreich. Das gilt namentlich für den Nachweis, wie geringe Bedeutung abstrakte Verfassungsbestimmungen im wirklichen Leben haben, so lange die ganze Struktur der Verwaltung davon unberührt bleibt. Trotz Verfassung und Reichsgesetz ist es eine offenkundige, nur von der regierenden Verwaltung mit erstaunlicher Gemütsruhe abgeleugnete Binsenwahrheit, „daß ganze Volksschichten von dem Zugang zu bestimmten öffentlichen Ämtern durch die regierende Verwaltung ausgeschlossen worden sind, wobei es grundsätzlich gleich ist, ob dieses Schicksal auf der Zugehörigkeit zu einer Geburts- oder Gesellschaftsschicht, zu einer Konfession oder Nationalität beruht". Und Stier-Somlo hat auch recht, wenn er meint: „Daran wird auch alles Reden und Deuteln nichts ändern, sondern nur eine gründliche Wandlung des die ganze Volksgemeinschaft beherrschenden politischen Geistes, der antidemokratische Gesinnungen in bezug auf diese Punkte bei leitenden Staatsmännern und herrschenden Verwaltungsstellen zu dulden nicht mehr geneigt ist und der mit Hilfe der Presse und der öffentlichen Meinung, der Versammlungen und nicht zuletzt durch wirksame Taten der Volksvertretungen gegenüber der Regierung sich stark genug erweist, um solche freilich alteingewurzelten Übel allmählich auszurotten". Auch die auf vielen Gebieten nötigen „gesetzlichen Neuschöpfungen müssen sich als reife Frucht einer herrschenden politischen Grundstimmung und Gesinnung ergeben". Das gilt aber nicht nur von Verwaltung und Gesetzgebung, sondern nicht minder von der Politik im engeren Sinne, auch von der äußeren. Den der auswärtigen Politik gewidmeten Abschnitt möchte ich nicht für einen besonders geglückten Teil des Buches halten, wobei man freilich berücksichtigen muß, daß sich gerade dieses Kapitel zurzeit kaum mit der nötigen Rückhaltlosigkeit behandeln läßt. Immerhin ist ein Satz in seiner vielsagenden Kürze geradezu klassisch; der Satz nämlich, mit dem der Verfasser seine Betrachtung über Deutschlands Imperialismus beginnt: „Vor dem Weltkriege hatte die deutsche Weltpolitik noch keine festen Ziele." Ach nein; und nicht nur in der Weltpolitik.

Ob sich nun freilich eine herrschende politische Grundstimmung und Gesinnung im Volksgeiste durch Lehre und auch Lehrbücher erzeugen läßt, das ist eben die Frage. Am Schlusse des Buches zollt der Verfasser den Bestrebungen der „staatsbürgerlichen Erziehung" Anerkennung; jedoch mit einer durchaus gebotenen zurückhaltenden Vorsicht. Wenn man näher zusieht, was bei uns diese angeblich neutrale Flagge an rela-

Digitized by Google

tiver und absoluter parteipolitischer Bannware decken muß, wird man noch zurückhaltender und vorsichtiger werden. Es ist ein fataler Zirkel, daß erst auf der Grundlage eines politisierten Volksgeistes die staatsbürgerliche Erziehung ihren Beruf wirklich erfüllen kann. Und das gleiche gilt von den weit mächtigeren Faktoren: Presse und öffentliche Meinung, welch letztere ja eben der politisierte Volksgeist selbst ist. Warum die Sache gerade bei dem sonst so fähigen und tüchtigen deutschen Volke ihre besonderen Schwierigkeiten hat, das ist die viel erörterte Frage: Anlage oder Geschichte? Stier-Somlo sagt natürlich: Geschichte. Bei uns habe der feudale, nachher der ständische, endlich der absolutistische Staat und die staatliche Zersplitterung viel länger gedauert als anderswo. „Weil sich England, Frankreich, Italien, Ungarn usw. so wie geschehen entwickelte, war die Anteilnahme des einzelnen am öffentlichen Leben viel früher als in Deutschland und mit größerer Eindringlichkeit möglich, konnte sich die Notwendigkeit politischen Denkens und Mitwaltens unmittelbar aufdrängen, Kräfte wecken und zu Taten leiten." Leider kann man diese Beweisführung aber auch gerade umkehren; denn warum entwickelten sich jene so wie geschehen, und wir ganz anders? Daß es die „Bildung" nicht tut, ist klar; denn gebildet sind wir auch als Volksgesamtheit gewiß so gut wie irgendeine. Auch in den zur staatsbürgerlichen Bildung nötigen Disziplinen haben wir die ausgezeichnetsten Lehrbücher, die auch im politischeren Ausland anerkannt werden; aber unsere eigentlich politische Literatur ist vergleichsweise quantitativ und qualitativ merkwürdig gering. Sollte es unserer Natur entsprechen, daß ein Wandel in dieser Hinsicht mit dem politischen Lehrbuch anhebt? Hoffen wir, lieber Leser. Jedenfalls ist die Notwendigkeit, jenem Ziele näherzukommen, für Gegenwart und Zukunft so bitter ernst und dringend, daß jeder ehrliche Versuch ehrlich zu begrüßen ist.

Briefe an die „Deutsche Politik"

Deutsche Ostfront, den 12. April 1917

An die Schriftleitung der „Deutschen Politik", Berlin W 50.

Heute empfing ich das Heft 14 der „Deutschen Politik", aus dem der Aufsatz von Paul Göhre über „Front und Politik" den Frontsoldaten ganz besonders lebhaft interessiert und der auch hier bei uns besonders eingehend besprochen wurde. —

Zweifellos trifft Herr Göhre mit den Darstellungen der Schwierigkeiten, an der Politik Anteil zu nehmen, für den Frontsoldaten das Richtige; oft sogar übersteigen die Schwierigkeiten und Hemmnisse die Betrachtungen Ihres Herrn Berichterstatters um ein Vielfaches, denn Herr Göhre ist ja immerhin so glücklich, 1 1/4 Jahr im Stellungskrieg zu liegen, während wir in dieser Zeit etwa ein dutzendmal umzogen. Unbestritten zugegeben sei auch, daß die harte Arbeit, Kampftätigkeit, enges, ungemütliches Wohnen in oft drangvoll fürchterlicher Enge, der Mangel an Licht und die Sorge um des Lebens allerelementarste Dinge, Kopf und Herz von dem großen Hintergrund dieses furchtbaren Geschehens ablenken und Interesse und Gedanken fast immer auf Dinge konzentrieren, die sich der metaphysischen Philosophie oft mehr nähern als der vaterländischen Politik.

Digitized by Google

Auch die Beobachtung Ihres Berichterstatters, daß relativ wenig politische Zeitungen in die Front kommen und die Feldgrauen den unbedeutenden Lokalblättern den Vorrang lassen, kann ich bestätigen. Doch das hat seinen Grund weniger in unpolitischem Denken — das man unserem Volke ja früher schon nachredete — als im verstärkten Interesse an dem Schicksal der „engeren" Heimat und der Bekannten im Kriegsgetriebe. Meine Beobachtungen gehen dahin, daß die Verhältniszahl der heute politisch denkenden Menschen hier draußen gewaltig viel größer ist, wie sie das im Frieden war, und es ist nicht zutreffend, daß „alles politische Interesse von daheim schließlich zum Teufel gehen mußte"! Wenn ich Sie objektiv unterrichten will, dann darf ich von einer einfachen, instinktiven Politik primitivster Anschauung auch nicht sprechen, mit dem Wort „politische Gleichgültigkeit" geschieht der Front Unrecht, gegen das mir Verwahrung einzulegen gestattet sei.

Meine Erfahrung und meine Beobachtungen lassen mich im Gegenteil versichern, daß der Soldat heute politischer, kritischer und urteilsfähiger geworden ist. Das ist ein Glück, zu dem man der Front gratulieren sollte. Fideikommißgesetzvorlage, Wahlrechtskämpfe, aufstrebende Demokratie, parlamentarische Regierungskontrolle haben hier in unseren Erdhöhlen manchen Kampf hervorgerufen, in dem es Angreifer und Verteidiger gibt und dessen Heftigkeit oft manchem heimatlichen Kampf nicht nachsteht.

Vorgestern wurde das Kaiserliche Manifest über das Landtagswahlrecht bekannt, wegen dem heute noch die Wogen hoch gehen und das ebensowohl begeisterte Enthusiasten, wie auch Pessimisten findet, die sich auf eine über 100 Jahre zurückliegende Analogie berufen. Selbst politische Angstmeier kennen wir, die den kaiserlichen Erlaß als den ersten Meilenstein auf dem Etappenweg zur Republik erblicken und Unheil für das Vaterland wittern wollen. — Im großen und ganzen aber ist der Gedanke einer gesunden Demokratie, die Idee des „sozialen Kaisertums", dynamisch gestärkt. Darüber sollte sich die Heimat freuen und uns nicht als volle politische Null betrachten!

Für die Veröffentlichung bin ich Ihnen sehr verbunden. Mit bester Hochachtung

A. Chr.

Notizen

Theorie und Praxis eines russischen Sozialdemokraten. Der kürzlich zum Minister ernannte Führer des rechten Flügels der russischen Sozialdemokratie Plechanow hat auf dem internationalen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß in Zürich im Jahre 1893 den preußischen Militarismus als einzige Stütze gegen den russischen Zarismus gepriesen. Er entfesselte damals mit der Ansicht, daß durch Generalstreik und Dienstverweigerung Deutschlands „erlösende Mission" gegenüber dem russischen Zarismus gefährdet würde, bei den Franzosen Stürme der Entrüstung. Im Züricher Protokoll ist über Plechanows Rede folgendes verzeichnet: „Man spricht davon, das die russische Gefahr durchaus nicht so drohend ist. Aber haben Sie denn vergessen daß der russische Zar sich mit Ihrer (zu den Franzosen gewandt) Bourgeoisie alliiert hat, daß er der Mörder Polens ist! Wie kann Frankreich seine altrevolutionäre Vergangenheit so sehr vergessen, daß es sich durch Annahme der holländischen Resolution zum Helfershelfer des Zarismus machen will. Wenn die deutsche Armee über unsere Grenzen einziehen würde, so käme sie als Befreier wie die Franzosen des Nationalkonvents vor hundert Jahren nach Deutschland kamen, um als Sieger über die Fürsten dem Volke die Freiheit zu bringen." Kaum war der Weltkrieg ausgebrochen, in dem Plechanows Wunsch vom Kampf Deutschlands gegen den Zarismus in Erfüllung ging, so wandte er sich mit einem leidenschaftlichen Aufruf an das russische Proletariat, um es zum Kampf mit dem russischen Zarismus gegen den preußischen Militarismus mobil zu machen.

Digitized by Google

Dieser Umfall eines der führenden russischen Marxisten ist ein schlagender Beweis für die Richtigkeit der Karl Leutnerschen Ausführungen vom russischen Volksimperialismus, der als mongolisches Erbe in jedem Russen steckt.

Demokratisierung der französischen Diplomatie? Unter den Aufgaben des Ministeriums Ribot führt Viktor Basch in „L'Evénement" vom 23. 3. eine Reform der französischen Diplomatie an: „Seit Kriegsbeginn hat gerade die auswärtige Betätigung Frankreichs in den Kammern und im Lande ganz zurückhaltende Beurteilung gefunden, die durchaus berechtigt war. Denn diese Betätigung war ein einziges Gewebe von falschen Berechnungen und Irrtümern. Irrtümer in Bulgarien, in Griechenland, China, den Vereinigten Staaten, den skandinavischen Reichen, ganz besonders aber in Rußland, wofür neben vielen anderen berühmten Beispielen die Antwort des Quai d'Orsay auf das Communiqué des Herrn Miljukow Zeugnis ablegt. Man darf mit Bestimmtheit behaupten, daß eine wachsamere, entschiedenere und wagemutigere Diplomatie den Krieg wesentlich abgekürzt hätte. Nicht nur die Methoden, auch die zu ihrer Anwendung bestimmten Männer müssen gewechselt werden." Nach derselben Richtung weist ein Artikel der „Heure" vom 26. 3., in dem Maurice Raynaud verlangt, daß man jetzt bereits Maßregeln treffe, um Frankreichs Handel nach dem Kriege zu schützen. „Das erste, was wir tun müssen, ist, den Handel von dem Ministerium des Auswärtigen zu trennen und die Konsulate dem Handelsministerium zu unterstellen. Unsere Konsulate müssen, wohl oder übel, zu wirklichen Agenturen werden, die für die Ausdehnung unseres Handels im Ausland wirken. Mag man im zukünftigen Friedensvertrag noch so viel Vorkehrungen treffen, um dem Handel der Verbandsmächte Vorteile zu sichern, die Absatzmärkte werden sich nicht von selber anbieten, sondern man wird sie aufsuchen müssen. Wenn aber unsere Konsuln fortfahren, sich als kleine Botschafter zu fühlen, so werden sie zweifellos auch in Zukunft dieselbe Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit gegen unsere Handelsinteressen zeigen wie bislang. Die vorgeschlagene einfache Änderung der Ressortverhältnisse wird für die Sinnesänderung der Konsularbeamten mehr tun als alle Instruktionen. Je eher man sie vornimmt, um so besser wird es sein."

Die ukrainische Bewegung. Erst allmählich beginnen Nachrichten aus der Ukraine in der russischen Presse aufzutauchen So meldet das offiziöse Organ des Finanzministeriums:

„Der Oberrat der ukrainischen Studenten (Holovna Ukrainska Rada) hat beschlossen, im April in Kiew einen Kongreß der Vertreter aller Organisationen der ganzen Ukraine einzuberufen, an dem außerdem auch Vertreter aller der Städte teilnehmen sollen in welchen sich ukrainische Kolonien befinden. Ferner wurde beschlossen, einen Aufruf zu erlassen, in dem die Ukrainer aufgefordert werden sollen, möglichst regen Anteil an dieser Konferenz zu nehmen, damit sie die Blüte der ukrainischen Nation darstelle, die es sich zur Aufgabe machen müsse, ein Programm gemeinsamen nationalen Vorgehens auszuarbeiten."

Ferner meldet eine Depesche aus Charkow, daß man im Begriffe steht, einen Bund aller ukrainischen Bauern des Gouvernements von Charkow zu gründen, damit der Revolution der Sieg gesichert werde und um es der Landbevölkerung zu ermöglichen, die Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen in die Hand zu nehmen.

Diese Nachricht ist sehr interessant, weil bekanntlich in der Ost-Ukraine der Großgrundbesitz in großrussischen und in der West-Ukraine in polnischen Händen ist. Der „Landhunger" in der Ukraine bekommt damit ein nationales Gesicht. Im Süden dürfte daher die Agrarfrage für die provisorische Regierung die größten Schwierigkeiten machen.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Übersicht über die Berichtswoche vom 22.—28. April.

In der Kriegsliteratur fällt ein kleines Heft von Johannes Haecker auf. Einem Lehrer bricht mit seinem gefallenen Sohn der ganze Bau seiner sittlichen und religiösen Überzeugung zusammen. Ein Pfarrer schreibt ihm dann darüber: „Sie dürfen nicht bei Ihrem Ziel bleiben, Sie dürfen nicht den Haß fortan als den Sinn Ihres Lebens erfassen! Das hat mich doch kalt überlaufen, als Sie das Kreuz gefaßt und bei diesem Kreuze Haß geschworen haben! Wollen Sie dieses heilige Kreuz zur Lüge machen oder doch zum Wahn? Ich verstehe viel von dem, was Sie über die Entmenschten geschrieben haben! Wollen Sie dieses Meer zum Grab der ganzen Menschheit machen sehen? Sie sollen nicht umsonst gestorben sein, unsere lieben deutschen Jungen und Männer! Jetzt gilt es, einen Blutbund schaffen mit einem leidenschaftlichen Haß gegen das Gemeine bei uns und in aller Welt! Und anfangen wollen wir bei uns selbst! Heraus aus unserem Herzen alles, was unterm menschlich ist! Heraus unsere eklige, klebrige Selbstsucht. Heraus unser gemeines Suchen, unser kleines Ich zu streicheln und zu hätscheln! Ich fasse Ihre Hand, mein Freund, ich fasse Sie bei Ihrem glühenden Haß, ich will mithassen! Aber nicht wie Pharisäer wollen wir hassen, nicht die Menschen, nicht die drüben und nicht die bei uns, — das Schlechte, das Ungöttliche wollen wir hassen! Dann wird es Frühling! Und wenn wir den Frühling hier nicht erleben, wir wollen uns an den Stürmen genügen lassen, die ihn ankünden!" Wie ein Pfarrer die Sorgen und Leiden des Krieges seiner Gemeinde erleichtern kann, mag man aus dem kleinen Büchlein eines süddeutschen Pfarrers, Karl Hesseloacher, sehen und lernen. „Der Herr des Friedens gebe dir Frieden allenthalben und allerlei Weise, wie du den Frieden unter uns trägst mitten in der Not." Mit diesem Wort eines Dorfgenossen an den Pfarrer läßt sich sich seine Sorge um die ihm anvertraute Gemeinde auf eine kurze inhaltsreiche Formel bringen. Daß recht viele Gemeinden von ihrem Pfarrer solches möchten sagen können!

Die russische Revolution macht ein vor wenigen Jahren in dem Verlag von Theodor Thomas in Leipzig erschienenes zweibändiges Werk (geh. Mk. 4.80, geb. Mk. 6.—) von Peter Kropotkin über die Französische Revolution wieder lebendig. Ein Überblick über die ganze Entwicklung der Französischen Revolution wird von Kropotkin mit Betrachtungen geschlossen, die zugleich Ausgangspunkt und Leitmotiv seiner Darstellung waren und aus der französischen ein zeitgemäßes russisches Problem haben werden lassen: „Welche Nation wird die Aufgabe auf sich nehmen — eine furchtbare Aufgabe, die aber mehr ist als furchtbar —, die nächste große Revolution zu machen? Man hat einen Augenblick glauben können, daß es Rußland sein wird. Wenn es aber seine Revolution über eine bloße Einschränkung der Gewalt des Kaisers hinaustreibt, — wenn es die großen Grundeigentumsfragen revolutionär anfaßt, — wie weit wird es gehen? Wird es den Fehler der französischen Nationalversammlung zu vermeiden wissen und den vergesellschafteten Boden denen geben, die ihn mit eigenen Händen bestellen wollen? — Wir wissen es nicht. Wer diese Frage beantworten wollte, müßte prophezeien können. Sicher ist eins. Welche Nation es auch sein mag, die in unseren Zeiten einmal den Weg der Revolution betritt, sie wird erben, was unsere Vorfahren in Frankreich geschafft haben. Das Blut, das dabei vergossen wurde, ist für die Menschheit geflossen. Die Leiden, die sie durchgemacht haben, haben sie für die ganze Menschheit erduldet. Ihre Kämpfe, die Ideen, die sie in die Welt brachten, der Zusammenprall dieser Ideen — das alles ist das Erbe der Menschheit. Das alles hat seine Früchte getragen und wird noch andere, noch schönere tragen, wird uns immer weiter und weiter führen in dem Sinne, den wir in den Worten der Großen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" finden, die wie Flammenzeichen leuchten, dem wir entgegen marschieren."

Für Österreich hat der Vorstand der Wiener Frauenklinik die Tatsache errechnet, daß „die Zahl der Geburten im ganzen Land um etwa 50 % abgenommen, und daß vor allem das Verhältnis von Mädchen zu Knabengeburten sich wesentlich zu ungunsten der Knabengeburten verschoben hat". Soweit das statistisch nachzuweisen ist, soll sich auch ergeben haben, „daß ein Einfluß der Minderernährung der Mütter bei den Kindern nicht zum Ausdruck komme", jedenfalls werden für die Notwendigkeit gesunder Bevölkerungspolitik damit Beweise genug erbracht.

Für die Betrachtung der Grundfrage aller Bevölkerungspolitik, dem Wohnungswesen, widmet sich die Schrift eines Berliner Fachmanns. Aus wirtschaftlichen Rücksichten wird die Errichtung „marktgängiger Typenhäuser" gefordert. Das hat wirtschaftlich viel Verlockendes und auch architektonisch könnte auf diesem Wege viel gewonnen werden, wenn dem Architekten und Künstler ausreichende Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben wird.

Für eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Österreich setzt sich der Wiener Privatdozent S. Schilder ein, indem er die „Irrtümer und Mißverständnisse" nachzuweisen sucht, die das Verhältnis zwischen Zollbevorzugung und Meistbegünstigung zum Ausgangspunkt neh-

Digitized by Google

men und aus einer auf wechselseitigen Zollbevorzugungen aufgebauten wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Österreich Zollstreitigkeiten und Zollkrieg mit drei Ländern befürchten.

Durch Denkmäler der klassischen vlämischen Literatur sucht und versteht der Insel-Verlag in einer Reihe seiner kleinen Insel-Bücher uns vlämischen Geist und Gefühlsart nahe zu bringen. Sie beginnen mit dem alten niederländischen Schrifttum, mit Ruisbroeck, dem großen alten vlämischen Mystiker, und altvlämischen Liedern. Ihren Schwerpunkt suchen sie im 19. Jahrhundert. Neben die bekannten klassischen Erzähler Conscience, de Coster treten neue, der gefühlvolle edle Lyriker Gezelle, der versonnene Bauerndichter Streuvels und die zierliche Kunst Teirlincks.

Die Zeitumstände spiegeln sich in der Entwicklung der Zeitungs-Korrespondenz der Nachrichtenstelle für den Orient, aus der eine Zeitschrift („Der neue Orient") geworden ist, die politische, wirtschaftliche und geistige Probleme des gesamten Ostens erörtert und schon heute über einen bedeutsamen Stab sachkundiger Mitarbeiter verfügt, die von Überschwänglichkeit frei sachlich und nüchtern zu den Fragen des Ostens sich äußern.

Was der Krieg für die Schweiz bedeutet, stellt eine Schrift des Schweizer Nationalökonomen E. Grejmann fest. „Beschränkten sich die Lehren des Krieges von 1870/71 im wesentlichen auf das militärische Gebiet, so ist der europäische Krieg von 1914 ein weit strengerer Lehrmeister gewesen. Schonungslos hat er alle Lücken und Schwächen in unserer politischen Organisation und öffentlichen Verwaltung enthüllt und eine solche Fülle von Begehren gezeitigt, daß unsere Behörde für Jahrzehnte mit dringlichem Arbeitsstoff versehen sind. Ich nenne nur die Begehren um Erweiterung des Bundesrats, um Einführung der Verhältniswahl für den Nationalrat und des Referendums über Staatsverträge, um eidgenössische Regelung des Automobilwesens, der Bank- und Börsengesetzgebung, um Ausbau der Sozialversicherung durch Einbeziehung von Alter und Invalidität, um Neuordnung der Bundesfinanzen, um Vereinfachung der Verwaltungsorganisation der Bundesbahnen und anderer eidgenössischer Betriebe usw. Als Grundforderung wird die klare und scharfe Abgrenzung der Finanzhoheit des Bundes von der der Kantone aufgestellt."

Eine Schrift untersucht von neuem die Beziehungen zwischen Weltkrieg und Völkerrecht. Sie stammt von Ferdinand Tönnies, dem Kieler Sozial- und Rechtsphilosophen. Wie jüngst durch den Göttinger Philosophen Nelson, so wird auch hier die Forderung des Weltfriedens von dem Willen der Vernunft und des wissenschaftlichen Bewußtseins erhofft: „Zuversichtlich darf man sagen: weinerliches Winseln und hysterisches Ausstoßen des Wortes ‚Verbrechen' gegen die Kriegshandlungen des Feindes werden ebensowenig, wie sie das Ende eines Weltbrandes zu bewirken geeignet sind, die Menschheit überhaupt einem dauernden friedlichen Zustande näher bringen. Nur die klare, starke, gerüstete Vernunft wird dies leisten, und das heißt in Wahrheit nichts Geringeres als die Ausbreitung und Stärkung eines echten wissenschaftlichen Bewußtseins." Das echte wissenschaftliche Bewußtsein ist so gut, und vielleicht noch mehr als der kriegerische Sinn, als die militärische Organisation, Frucht des männlichen Geistes. Nur die männliche Vernunft wird mit Erfolg der männlichen Kraft und Kampfgesinnung begegnen. Dies ist auch der Gedanke der großen Lehrer des Naturrechts gewesen, die eben als solche Lehrer der Menschheit waren. Im gleichen Sinne und fast mit gleichen Worten macht Kant davon die Anwendung auf das Verhältnis zwischen Staaten, wenn er sagt, der Naturzustand der Völker sei, ebensowohl als einzelner Menschen, ein Zustand, aus dem man herausgehen soll, um in einen gesetzlichen zu treten, wenn er betont, die Vernunftidee einer friedlichen, durchgängigen Gemeinschaft aller Völker auf Erden, die untereinander in wirksame Verhältnisse kommen können, sei nicht etwa philantropisch und ethisch, sondern ein rechtliches Prinzip."

Eine Zeitschrift ist unter dem Titel „Deutschlands Erneuerung" herausgekommen. Sie wird durch eine Philippika gegen die Zeit vor dem Krieg eröffnet. Nun will sie zu den Zielen mithelfen, die uns der Krieg gezeigt hat, „zur Echtheit, Schlichtheit und zu innerem Gehalt". Das klingt sehr schön und richtig, es kommt nur auf die Auslegung dieser Worte und die Art ihrer Umsetzung in der Tat an. Da heißt es zusehen und abwarten.

Kriegsliteratur

„Er ist gefallen!" Zwei Briefe und eine Rede von Johannes Haecker. (Verlag Edwin Runge, Berlin Lichterfelde.) 24 S. Eine Auseinandersetzung zwischen verzweifelter Skepsis und vertrauender Liebe, die aus dem Blutmeer eine bessere Zukunft nahen sieht und daran mitzuarbeiten entschlossen ist.

Karl Hesselbacher: „Daheimgeblieben". (Verlag Eugen Salzer, Heilbronn.) 112 S. br. M. 1.—. Tagebuchblätter eines Pfarrers, der die Erlebnisse seiner Dorfgemeinde während des Krieges mit seiner Teilnahme, seiner Sorge, seinem Rat und seiner Liebe begleitet.

v. Heimburg: U-Boot gegen U-Boot. (August Scherl, Berlin.) 124 S. Preis geh. M. 1.—. Bilder aus den Kämpfen der U-Boote untereinander, bunte und wechselvolle Abenteuer in allen Meeren.

Digitized by Google

Giorgio Molli: Englands Verhängnis. Die Folgen des U-Bootkrieges. Übersetzung aus dem Italienischen von L. Hämmerle. (Stuttgart, Verlag Julius Hoffmann, 1917.) 63 S. M. 1.—. Ein italienischer Marineoffizier erhärtet mit diesen Betrachtungen die Berechtigung des deutschen U-Bootkrieges.

Eberhard Buchner: Kriegsdokumente. (Albert Langen, München.) 7. Bd. 341 S. Preis M. 6.—. Reicht vom Beginn des verschärften U-Bootkrieges (18. Februar 1915) bis zur Befreiung Memels von der Russenherrschaft. Wie die früheren Bände gediegen bearbeitet und verständig ausgewählt, und wieder ein Beweis für die Brauchbarkeit dieser weitangelegten Dokumentensammlung des Krieges.

Karl Pannier: Kriegsgesetze des Deutschen Reiches. 3., 4. und 5. Ergänzungsheft. Textausgaben mit kurzen Anmerkungen und Sachregister. (Ph. Reclam, Leipzig.) Die Bände sind übersichtlich und gut gedruckt, mit zahlreichen und erläuternden Hinweisen und mit ausgezeichneten Sachregistern und Inhaltsangaben versehen, für den Handgebrauch also ausgezeichnet eingerichtet.

Siegfried Wille: Der vaterländische Hilfsdienst. Für den praktischen Gebrauch mit den Gesetzestexten, Musterformblättern und einem Sachregister. (München, Bayr. Kommunalschriften-Verlag, G. m. b. H.) 134 S.

Dr. jur. Georg Baum: Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dez. 1916. Mit Einleitung und Erläuterungen. (J. Heß, Stuttgart.) 136 S. Preis M. 2.—.

Otto Rommel: Modernes Industrie-Raubrittertum. Zur Aufklärung und Mahnung des Publikums. (Hugo Steinitz, Berlin.) 96 S.

Schauta: Die Frau von 50 Jahren. — Krieg und Geburtshilfe. (M. Perles, Wien.) 77 S. Die Zahl der Geburten hat um ca. 50% abgenommen. Einfluß der minderen Ernährung der Mütter kommt bei den Kindern nicht zum Ausdruck. Knabengeburten haben sich stark vermindert.

Friedensfragen

R. C. Hentzsch: Friedensziele — Kriegsziele. Was soll aus Rumänien, Polen, Serbien und Belgien werden? (Grasers Verlag, Annaberg i. S.) 13 S. Preis M. —.50.

Sigmund Schilder: Mitteleuropa und die Meistbegünstigungsfrage. (Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. 32. Heft.) (Verlag Ferd. Enke, Stuttgart, 1917.) 74 S. geh. M. 2.80. Sucht nachzuweisen, daß die gegenseitige Bevorzugung, wie Deutschland und Österreich sie suchen, seit Jahr und Tag zwischen den verschiedenen Staaten, die handelspolitisch einander näher kommen wollen, üblich gewesen ist und die Bedenken nicht gerechtfertigt sind, die durch Ausbedingung von Vorzugszöllen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn die handelspolitische Stellung beider Monarchien auf dem Weltmarkt gefährdet glauben.

Ferdinand Tönnies: Weltkrieg und Völkerrecht. (S. Fischer Verlag, Berlin, 1917.) 88 S. geb. M. 1.—. Befreit das auf Vernunft gegründete Naturrecht als das notwendige Urelement des Rechts von der Verdunkelung durch die philosophische, sogenannte historische Denkungsart und knüpft die Betrachtungen über die Zukunft des Völkerrechts an den Satz aus Kant „Zum ewigen Frieden“: „Wenn es Pflicht, wenn zugleich gegründete Hoffnung da ist, den Zustand eines öffentlichen Rechts, obgleich nur in einer ins Unendliche fortschreitenden Annäherung, wirklich zu machen, so ist der ewige Friede, der auf die bisher fälschlich sogenannten Friedensschlüsse (eigentlich Waffenstillstände) folgt, keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die, nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele (weil die Zeiten, in denen gleiche Fortschritte geschehen, hoffentlich immer kürzer werden) beständig näherkommt.“

Eugen Großmann: Bundesstaatliche Finanzpolitik mit besonderer Rücksicht auf die schweizerische Finanzreform (Verlag Rascher & Cie., Zürich.) Schriften für Schweizer Art und Kunst 59/60. 1917. 86 S. Untersucht für die bevorstehende Notwendigkeit der eidgenössischen Finanzpolitik eine grundlegende Änderung in ihren Beziehungen zu den Kantonen vorzunehmen, die Grundsätze, nach denen ein Ausgleich der Finanz vor sich gehen kann und vor sich gehen muß. Zur Lösung des Problems wird vergleichsweise neben den Vereinigten Staaten auch das Deutsche Reich herangezogen.

Dr. phil. V. Karl Löffl: Die chemische Industrie Frankreichs. Eine industriewirtschaftliche Studie über den Stand der chemischen Wissenschaft und Industrie in Frankreich. Ferdinand Enke, Stuttgart, 1917. VI, 311 S., brosch. M. 10.—. Industrie- und handelswirtschaftliche Studie auf Grund reichhaltig und sorgfältig gegebenen Tatsachenmaterials. Die Schrift kommt zu dem Schluß, daß nach dem Stande der chemischen Industrie im Anfang des Jahres 1914 Frankreich auf chemischem Gebiete, wenn es nach dem Kriege auf wirtschaftlich feindlicher Seite bleibt, nicht imstande ist, uns weitgehende Absatzgebiete streitig zu machen. Bei einer eventl. handelspolitischen Annäherung würden gegen die Eisenerze Frankreichs unsere Kohlen das vollkommenste Äquivalent bilden, ebenso vollkommen als Frankreichs Phosphate einen Tauschartikel gegen unsere Kalisalze bieten würden, zum Nutzen von Industrie und Landwirtschaft beider Länder.

Martin Wagner: Bauwirtschaft, Realkredit und Mieten in und nach dem Kriege. (Fi-

Digitized by Google

nanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. 34. Heft.) (Verlag Ferd. Enke, Stuttgart, 1917.) 45 S. geh. M. 1.80. Rat zur planmäßigen Förderung der Bautätigkeit durch die öffentlichen Organe, durch ein auf aufbauendes Regierungssystem (im Sinne Friedrich Wilhelms I. und Friedrich des Großen), insbesondere zur Errichtung preiswerter Kleinwohnungen durch gemeinwirtschaftliche Baubetriebe und zur Einrichtung staatlicher und städtischer Siedlungsämter.

Schöne Literatur

Deutsche Ausgaben vlämischer Literatur. Jan van Ruusbroeck: „Das Buch von den zwölf Beghinen". Insel-Verlag, Leipzig Insel-Bücherei Nr. 206. Aus dem Vlämischen von Friedrich Markus Huebner.

Visionen der Schwester Hadewich. Aus dem Vlämischen von Friedrich Markus Huebner. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 207.

„Lanzelot und Sanderein". Altvlämisches Schauspiel. Aus dem Vlämischen von Friedrich Markus Huebner. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 208.

Alte vlämische Lieder. Im Urtext mit den Singweisen. Herausgegeben von Johannes Bolte. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 209.

Der Viekrut. Erzählung von Hendrik Conscience. Übertragen von Herbert Alberti. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 210.

Anton Bergmann: Das Ziegelhaus. Aus dem Vlämischen übertragen von Anton Kippenberg. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 211.

Charles de Coster: Herr Halewijn. Eine vlämische Märe. Aus dem Französischen übertragen von Albert Wesselski. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 212.

Gedichte von Guido Gezelle. Aus dem Vlämischen von Rudolf Alexander Schröder. Insel-Verlag, Leipzig Insel-Bücherei Nr. 213.

Stijn Streuvels: Die Ernte. Erzählung. Übertragen von Rudolf Alexander Schröder. Insel-Verlag, Leipzig, Insel-Bücherei Nr. 214.

Stijn Streuvels: Der Arbeiter. Erzählung. Übertragung aus dem Vlämischen von Anton Kippenberg. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr 215.

Georges Eekhoud: Burch Mitsu. Novelle. Übertragung von Jean Paul von Ardeschah. Insel-Verlag. Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 216.

Hermann Teirlinck: Johann Dora. Szenen aus dem Leben eines Brabanter Gotikers. Übertragung von Rudolf Alexander Schröder. Insel-Verlag, Leipzig. Insel-Bücherei Nr. 217.

Prosastücke von Robert Walser. 55. Heft der Schriften für Schweizer Art und Kunst. Verlag Rascher & Co., Zürich, 1916. 50 S. Eine kleine Auswahl feingliedriger nachdenklicher kleiner Stimmungsbilder und einfach erzählter Geschichten aus dem Leben, für die Walser sich einen eigenen Stil und eigene Ausdrucksformen erarbeitet hat.

Charles Eos: Ausgewählte Skizzen von der Grenzwacht. Schriften für Schweizer Art und Kunst 56/57. Verlag von Rascher & Co., Zürich, 1917. 65 S. Aus dem Französischen übersetzte Skizzen von bleibendem literarischen Wert. Sie schildern kleine Begebenheiten aus dem schweizerischen Soldatenleben, in dem sie die menschliche Seite aufsuchen und unterstreichen.

Paul Keller: Von Hause ein Päckchen Humor. (Verlag Stadt-Verlag, Breslau) 220 S. Preis M. 3.— Auswahl aus den Schriften des beliebten Autors.

Almanach der Freiburger Rhenanen auf das Jahr 1917. Herausg. von Werner Meißner. (Englert & Schlosser, Frankfurt a. M.) Schön ausgestatteter und gedruckter Kalender mit Gedichten und Worten großer Deutscher, Bilder aus dem alten Freiburg i. Br. und Erinnerungsblättern an die gefallenen Korpsbrüder.

Zeitschriften

Der Neue Orient. Halbmonatsschrift für das politische, wirtschaftliche und geistige Leben im gesamten Orient. Verlag der Neue Orient, G. m. b. H., Berlin W. 50. Einzelband 75 Pfg. Jahresabonnement M. 15. Unter der Schriftleitung, die bisher das N.-O.-Korrespondenzblatt der Nachrichtenstelle für den Orient zusammengestellt hat, wird seit dem 1. April die Zeitschrift „Der Neue Orient" herausgegeben, die sich aus diesem Korrespondenzblatt entwickelt hat. Die Zeitschrift will das ganze Gebiet des Orients behandeln, von Marokko bis Korea und Japan, und den Zeitumständen entsprechend der Türkei einen besonders großen Raum zuweisen. Sachkenner aus Theorie und Praxis und Korrespondenten im Orient wirken zusammen, ein stofflich zuverlässiges und reichhaltiges Organ zu schaffen, das für die Kenntnis des Orients wertvolle Dienste zu leisten geeignet und berufen ist.

„Deutschlands Erneuerung." Monatschrift für das deutsche Volk. J. F. Lehmanns Verlag, München. Einzelheft M. 1.50. Erstes Heft mit Beiträgen von Dr. Erich Kühn, H. St. Chamberlain, H. Claß, Dr. Fritz Lenz, Prof. Dr. Otto Stählin, Geh. Rat M. v. Gruber.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 11. Mai 1917 · Heft 19

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Rußland und Wir

Eine Umfrage

eingeleitet von Prof. Philipp Stein

England, der Herrscher Rußlands, ist durch die russische Revolution überrascht worden. Es hatte eine Revolution des Parlaments vorbereitet, Rußland sollte anglisiert werden, der Zar Herrscher bleiben, die Kadetten sollten regieren. Aber die Revolution des Parlaments wurde in den Strudel der Revolution der Straße gerissen, und die Straße stellte nicht bloß die Soldaten der Revolution, sondern sie verlangte und erlangte auch Anteil an der Herrschaft und der Regierung. Nach dem ersten Augenblick schmerzlicher Überraschung gewann England wieder Fassung und steckte seine Trümpfe um. Dem entthronten Herrn widmete es Worte verehrungsvoller Anerkennung für sein nationales Opfer — denn man kann nie wissen, ob nicht das Zarentum und der Zar Nikolaus wiederkommen werden, — zugleich galt es, die Radikalrevolutionäre für die Fortsetzung des Kriegs zu begeistern. Das Stichwort war leicht gefunden und gegeben: Das freie Rußland muß sich gegen die preußische Autokratie verteidigen. Die Hohenzollern werden den Romanows den Steigbügel halten. Das geschichtliche Beispiel des Koalitionskrieges gegen das Frankreich von 1789 brauchte nur aus dem Requisitenschrank hervorgeholt zu werden.

Das Stichwort hat gewirkt. Wie stark, wie nachhaltig? ist heute noch unübersehbar. Manche Zeichen sprechen dafür, daß es in russischen Köpfen zu dämmern beginnt: „Wir zogen aus, um uns von dem wirtschaftlichen deutschen Einfluß zu befreien; wir haben dafür nicht bloß die wirtschaftliche, sondern auch die politische Herrschaft Englands und der Vereinigten Staaten eingetauscht."

Daß das Stichwort gewirkt hat, zeigt ein Aufruf, den der „Manchester Guardian" aus der „Rjetsch" veröffentlicht. Sein Verfasser ist Wladimir Korolenko, einer der ersten und angesehensten Schriftsteller Rußlands. Er erklärt selbst, daß er bis jetzt nicht eine einzige Zeile zum Kriege geschrieben habe. Die Pflicht der nationalen Verteidigung rufe ihn aber auf den Plan.

„Mit unserm Lande verteidigen wir unsere neue Freiheit, welcher durch fremde In-

Digitized by Google

vasion tödliche Gefahr droht. Wenn das deutsche Banner jetzt über unserm Lande entfaltet würde, dann würde neben ihm das schwarze Banner der Restauration, der Wiederherstellung der despotischen Herrschaft aufgerichtet werden. Wir würden nicht nur wieder durch Nikolaus Romanow, sondern durch ihn von Wilhelm Hohenzollern beherrscht werden. Angesichts dieser drohenden Gefahr müssen wir allen Streit vergessen und alle Auseinandersetzungen der Zukunft überlassen. Nieder mit Parteikämpfen! Nieder mit dem Rufe nach Kampf! Lasset die verhängnisvolle Stunde Rußland bereit finden. Laßt alle in jener Richtung blicken, wenn das schwere Gestampfe der deutschen Füße und das Brüllen ihrer Geschütze gehört wird!"

Diese Auffassung des Herrn Korolenko, die wieder einmal beweist, daß man ein sehr guter Schriftsteller und ein sehr schlechter Politiker sein kann, hat gleich dem englischen Regiekunststück, Deutschland als Stütze der Legitimität der Romanows hinzustellen, für unser Selbstgefühl etwas Beschämendes, denn für so töricht sollten selbst unsere Feinde uns nicht halten. Auch wenn Deutschland nichts aus der Geschichte gelernt hätte, so könnte es für uns keine andere Politik geben, als Rußland sich selbst und seinen Parteien zu überlassen. Das haben mit genügender Deutlichkeit der Reichskanzler und unsere Parteiführer erklärt. Das besagen die folgenden Briefe, die uns auf eine Umfrage von hervorragenden Persönlichkeiten der Politik und Wissenschaft zugegangen sind:

1. Deutschlands Stellung zur russischen Revolution

unterliegt naturgemäß verschiedener Beurteilung, je nachdem man von der Vergangenheit oder von der Gegenwart ausgeht.

Die heilige Allianz, wie sie von 1815 bis 1850 im Gegensatz gegen Frankreich entstand, beruhte auf der nahen Verwandtschaft der russischen und preußischen Herrscherfamilie, auf dem Vorherrschen konservativer Interessen in Petersburgs und Berlins regierenden Kreisen. Kaiser Wilhelm I. lebte bis zu seinem Tode ganz in diesen Ideen. Und Bismarck pflegte sie, weil er die wohlwollende Neutralität Rußlands brauchte, um 1866 Österreich und 1870 Frankreich zu besiegen, um für Preußen drei Provinzen zu erwerben und das Deutsche Reich zu gründen. Daher auch damals die Notwendigkeit für Preußen, eine Polenpolitik zu treiben, die der Freundschaft mit dem konservativen Rußland entsprach.

Aber Bismarck selbst brach innerlich doch schon mit dieser konservativ gefärbten Russenfreundschaft, indem er das Bündnis mit Österreich-Ungarn schloß. Dieses ist zuletzt die Hauptursache, die zum Bruch mit Rußland, zum heutigen Krieg führte.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben heute gar keine Ursache mehr, die ältere, auf der Russenfreundschaft beruhende Polenpolitik zu treiben; sie haben ebensowenig Ursache mehr, den Übergang Rußlands zu moderner Staatsform, zu sozialen Reformen, zu einer Teilnahme des russischen Volkes an der Regierung zu hindern. So wenig wir je einen Finger rührten, um in Frankreich die Monarchie

Digitized by Google

wieder herzustellen., so wenig haben wir Veranlassung, ähnliches in Rußland zu tun. Die unerhörten Mißbräuche in der russischen Staats- und Heeresverwaltung, wie sie bisher herrschten, finden keine Sympathie in Deutschland, am allerwenigsten in unserem Beamtenstand und in unserem Offizierstand: in diesen Kreisen weiß man genau, welchen Segen eine unbescholtene Verwaltung, welchen Fluch eine korrupte, bestechliche Staatsmaschine darstellt.

Es ist einer der größesten internationalen Fortschritte der Gegenwart, daß der Grundsatz mehr und mehr allgemein siegt: Regierungen und Völker sollen sich in die innern Angelegenheiten der andern Staaten so wenig als möglich einmischen. Dies muß auch für uns die Losung gegenüber den jetzigen inneren Wirren Rußlands sein. Ob die Russen die Monarchie oder die Republik vorziehen, das haben sie mit sich allein abzumachen. Wir haben uns in dieser Frage ganz neutral zu verhalten.

22. April 1917. Gustav Schmoller.

2. Wenn im russischen Volke wirklich starkes Mißtrauen gegen Deutschlands Stellung zur Frage der Monarchie oder Republik in Rußland bestehen sollte, so können die Befürchtungen doch nur dahin gehen, daß Deutschland sich etwa für eine Wiederherstellung der Zarenherrschaft einsetzen werde. — Ich kann mir nicht denken, daß es in Deutschland irgendeinen ernst zu nehmenden Politiker geben sollte, der in einer solchen innerpolitischen Entwicklung Rußlands einen Vorteil für Deutschlands Sicherheit gegen künftige russische Angriffe erblicken könnte.

Und darauf allein kommt es doch für uns an.

In dieser Hinsicht dürften auch heute noch die gleichen Erwägungen maßgebend sein, welche Bismarck nach 1871 in bezug auf die Wiederherstellung einer französischen Monarchie leiteten; nämlich die, daß — ganz abgesehen davon, ob eine republikanische Verfassung einem Volke jemals die gleiche militärische Kraft wie eine monarchische zu geben vermag — eine solche neu herzustellende Dynastie, um sich zu befestigen, doch geradezu darauf angewiesen sein würde, erst einmal einen neuen siegreichen Krieg gegen Deutschland zu führen.

Wenn der Reichskanzler also von einer „Uninteressiertheit Deutschlands an Rußlands inneren Verhältnissen" gesprochen hat, — so möchte ich sagen, daß Deutschland — wenn überhaupt an diesen Verhältnissen — so höchstens dahin interessiert sein könnte, eine Wiederherstellung des alten Zarenreiches der Romanows mit ihrem panslawistischen Programm zu verhüten. — Und wenn in Deutschland wirklich jemand die Wiederherstellung des alten Zarenreiches wünschen sollte, so wäre das jedenfalls sehr wenig realpolitisch gedacht.

Dies meine Ansicht zu der von Ihnen gestellten Frage. —

Hochachtungsvoll

Dr. Graf von Schwerin-Löwitz

Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Deutschen Landwirtschaftsrates.

Digitized by Google

3. Wenn in Rußland die Meinung verbreitet sein sollte, daß man in Deutschland die Rückkehr der Romanows auf den russischen Thron wünsche, so wäre dies ein arger Irrtum. Jeder freiheitlich gesinnte Deutsche kennt und verwirft die absolutistischen Gesinnungen dieser Herrscherfamilie. Die Katholiken Deutschlands wissen, was ihre Kirche jahrhundertelang unter der grausamen und gewalttätigen Unterdrückung und Verfolgung dieser Despoten zu leiden hatte und sie erblicken in dem jähen und schmachvollen Fall der Romanows ein längstverdientes Gottesgericht.

Berlin, den 3. Mai 1917. Gröber, Mitglied des Reichstags.

4. Die Tatsache, daß Rußland uns die Absicht einer Einmischung in seine inneren Verhältnisse zutraut, ist unleugbar, aber schwer verständlich. Vielleicht erklärt sie sich aus gewissen geschichtlichen Erinnerungen an die Heilige Allianz, die ja allerdings dazu bestimmt gewesen war, gegen alle freiheitlichen Bestrebungen der beteiligten Staaten auch mit freundnachbarlicher Gewalt einzuschreiten; und Rußland mag hieran durch sein schlechtes Gewissen besonders erinnert werden, wenn es an seinen Generalfeldmarschall Paskewitsch denkt, der noch im Jahre 1849 Ungarns Freiheit mit brutaler Waffengewalt zerstampfte. Jedenfalls liegt uns ein derartiger Gedanke völlig fern. Dagegen verkünden allerdings unsere Gegner, daß sie keineswegs dieselbe Zurückhaltung zu beobachten gesonnen sind, vielmehr gerade darauf ausgehen, unsere innerpolitischen Zustände nach ihrem Sinne zu verbessern, indem sie uns von den Hohenzollern, von der Monarchie, von den Junkern, von dem Militarismus und wer weiß wievielen anderen Dingen „befreien" wollen. Das weisen wir kraft unseres Selbstbestimmungsrechtes und unseres berechtigten Selbstbewußtseins zurück; weisen es mit derselben Entschiedenheit zurück, mit der wir nicht nur darauf verzichten, sondern es geradezu ablehnen, das Selbstbestimmungsrecht und das Selbstbewußtsein anderer Völker zu kränken oder zu verletzten. Möge Rußland selbst der Schmied seines Glücks sein; wir werden uns am Schmiedefeuer seiner Revolution nicht die Finger verbrennen.

Schiffer, Oberverwaltungsgerichtsrat, M. d. R. u. d. A.

5. Die deutsche Regierung hat auswärtigen Staaten gegenüber immer den Standpunkt eingenommen, daß sie sich um deren innere Angelegenheiten nicht bekümmert. Es scheint mir dies übrigens, wenn ich von gewissen phrasenhaften Erklärungen der Westmächte und Wilsons während dieses Krieges und von zaristischen Treibereien in Österreich und auf dem Balkan vor dem Kriege absehe, ein anerkanntes Prinzip der europäischen Politik gewesen zu sein. Sonst wäre das Bündnis zwischen dem republikanischen Frankreich und dem zaristischen Rußland nicht möglich gewesen.

So wird die deutsche Regierung auch jetzt es bedingungslos als eine Sache des russischen Volkes betrachten, wie es seinen Staat innerpolitisch ausgestalten will. Rußland allein hat darüber zu entscheiden, ob es eine Monarchie oder eine Republik sein will.

Digitized by Google

Das deutsche Volk aber in seiner überwältigenden Mehrheit geht über die der obersten Leitung des Reiches gebotene kühle Zurückhaltung hinaus.

Es begreift, daß der Sieg des russischen Volkes über den Zarismus einen ungeheuren Fortschritt in der Geschichte der Menschheit bedeutet. Es freut sich, wenn das russische Volk, befreit von einem System sinnloser Brutalität, einer guten und freien Zukunft entgegengeht.

Niemand in Deutschland hat ein Gefühl des Hasses oder auch nur der Abneigung gegen das russische Volk. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb wir ihm nach einer Leidensgeschichte sondergleichen seine Freiheit mißgönnen sollten.

Schafft sich Rußland eine innerlich wahrhaftige und völlig freie Demokratie, frei von undemokratischen, imperialistischen Gedankengängen, frei von den Wünschen und politischen Weisungen fremder Kapitalisten, dann werden wir an unserer Ostgrenze einen friedlichen Nachbarn haben, der die berechtigten Interessen anderer achtet, wie er für seine Interessen, für sein Recht auf Arbeit und Kultur Achtung beansprucht.

Der Zarismus aber, seine von niemanden kontrollierte Politik, ausgesetzt den unberechenbarsten Einflüssen, zum Kriege bereit, unter Umständen aus Gründen der inneren Politik, war für uns eine ständige Gefahr.

Wir führen einen Verteidigungskrieg für unsere Existenz und für unsere Zukunft. Daß dabei der Zar seinen Thron verlor, war für uns nicht der Zweck des Krieges; aber die weitesten Kreise des deutschen Volkes freuen sich, daß es so kam.

Kühle Erwägungen der Politik, herzliche Stimmungen des Volksempfindens können das deutsche Volk nur wünschen lassen, daß eine starke und echte Demokratie dem neuen Rußland Wege und Ziele weist.

Dr. Ludwig Haas, Mitglied des Reichstags.

Streiflichter zur Weltlage VII

(Den 2. Mai 1917)

Von Professor Dr. Schiemann

Der Monat April

Wir blicken auf einen Monat ununterbrochener Kämpfe an unserer Westfront zurück, wie sie so blutig, um so hohen Einsatz und so ruhmvoll für uns noch nie gekämpft wurden. Niemals, so lange das Gedächtnis der Menschheit reicht, haben gleich gewaltige Massen in einem Ringen auf Leben und Tod einander gegenüber gestanden, und niemals sind Kampfmittel von so unerhörter Wirkung aufgeboten worden, um das Ziel, den Sieg, zu erreichen. Alle Hindernisse sind überwunden worden, welche die Natur als unüberwindliche Schranken den Menschen gesetzt zu haben schien: die Luft ist eine Straße geworden, die mit größerer Schnelligkeit als der eines Eilzuges befahren wird, sie trägt geduldig Lasten wie unsere Ströme und ist zugleich ein

Digitized by Google

Schlachtfeld geworden für die blutigen Turniere, in denen der Todesmut unserer Flieger, die Überlegenheit deutscher Kühnheit, deutschen Erfindungsgeistes und deutscher Technik uns den Erfolg sichern. Der Beherrschung der Meere, die England so lange und so übermütig behauptet hat, haben wir die unbestrittene Herrschaft unter dem Meere entgegengesetzt und erreicht, daß die stolzeste Waffe Englands, die Dreadnoughts, sich scheu hinter den durch Minen gesperrten Gewässern des Insellabyrinths der Orkneys verbirgt. Was die Gegner ins Feld zu führen vermocht haben, ist ohne jede Ausnahme Nachahmung deutscher Vorbilder, und original ist ihre Kriegführung nur in der Hinsicht, daß sie sich nicht gescheut hat, die schnöden Massen der Barbarenstämme Afrikas und die Horden Asiens als Hilfsvölker heranzuziehen. Am 6. April haben sie den weiteren Triumph erlebt, daß die große Republik der Vereinigten Staaten auch ihrerseits in den Kriegszustand gegen uns eingetreten ist, sie und diejenigen ihrer Trabanten, die sich ihnen zu entziehen nicht vermochten. Ist schon vorher die Umschmeichelung Amerikas durch die offiziellen und offiziösen Agenten der Entente weit über die Schranken hinausgegangen, die staatliches Selbstbewußtsein und ein Gefühl für nationale Würde zu gebieten scheinen, so hat sie seither auch von Regierung zu Regierung ähnliche Formen angenommen. Die Einleitung boten die von Europa nach Amerika geschickten Dankestelegrammme für den Aufruf, durch den Wilson „sein vielgeliebtes Volk" zum „Kampf für die Demokratie und die Menschheit" mobilisierte und die entsprechenden Antworten des Präsidenten, denen hüben und drüben bombastische Freundschaftsbeteuerungen parallel liefen, in denen die politischen Körperschaften und Persönlichkeiten sich zu überbieten bemüht waren. In Frankreich ernannte man den ehemaligen Leitartikler des „Temps" Herrn André Tardieu, zum zeitweiligen (à titre de mission passagère) „hohen Kommissar" der Französischen Republik in den Vereinigten Staaten, mit dem besonderen Auftrage, die französischen Vertretungen daselbst zu leiten, um sowohl in Frankreich wie in Amerika, die auf seinen Antrag von der Regierung beschlossenen Maßregeln technischen Zusammenwirkens in Einklang zu bringen und Zusammenhang und Einheit im Verhalten der Botschaften der alliierten Mächte zu sichern. Er steht direkt unter dem Ministerpräsidenten Ribot. Diese ungewöhnliche Mission Tardieus wurde durch Dekret vom 17. April angeordnet, kurz bevor eine amerikanische Delegation in Paris eintraf, um dem Andenken Lafayettes ihre Huldigungen darzubringen. Am 19. April prangte ganz Paris ihm und ihnen zu Ehren im Flaggenschmuck, und der amerikanische Botschafter William Sharp hatte Gelegenheit, von der Dankbarkeit Amerikas für den Beistand zu deklamieren, den Frankreich der großen Republik der Neuen Welt in den schweren Stunden ihrer Geburtswehen geleistet habe. Daß damals England der Feind beider, Frankreichs wie Amerikas war, fand er nicht nützlich hervorzuheben. Das alles waren jedoch nur Einleitungen zu der großen Aktion, die jetzt in Gang gesetzt worden ist. Die Franzosen schickten den am 18. April zum Maréchal de France ernannten General Joffre mit einem Stabe von Offizieren

Digitized by Google

und dem Vizepräsidenten des Ministeriums, Herrn Viviani, die Engländer Balfour nebst Gefolge nach Washington; die Franzosen sind am 25. April dort eingetroffen, die Engländer etwas früher, so daß ihre Verhandlungen mit Wilson bereits am 23. beginnen konnten, aber offenbar stehen gemeinsame Sitzungen bevor, wobei unklar ist, welche Rolle dabei Herrn Tardieu mit seinen weitgehenden Vollmachten zufallen wird. Nach einer Mitteilung des „Petit Parisien" wird es sich zunächst um Feststellung der Geldhilfe handeln, die Amerika leisten will, danach um die Hilfe im Seekriege, wobei erstens ein Abpatrouillieren der amerikanischen Küsten und die Bekämpfung der Unterseeboote ins Auge gefaßt werde, jedoch die Rekrutierung der Mannschaften für die Kriegsflotte ernstliche Sorge mache; zweitens wolle man mit möglichster Schnelligkeit eine Flotte von Holzschiffen bauen. Erst danach soll die Frage der militärischen Hilfsleistung klargestellt werden, die in Abhängigkeit von dem Rekrutierungsgesetz stehen werde. Nun hat Mr. Balfour bereits vor Eintreffen der Franzosen durch den amerikanischen Schatzsekretär eine Schatzanweisung auf 200 Millionen Dollar erhalten, was für den Anfang des Zusammengehens immerhin etwas bedeutet. Gleichzeitig hat Wilson die von Repräsentantenhaus und Senat bewilligte 7 Milliarden-Anleihe für Kriegsbedürfnisse unterzeichnet, wobei ausdrücklich bestimmt wurde, daß ein parallel laufendes Ausfuhrverbot nach Sicherung der Bedürfnisse Amerikas für die Entente nicht gelten sollte, für die neutralen Mächte behält sich dagegen Amerika nur Ausnahmen von dem Verbot soweit vor, als der vorhandene Schiffsraum es gestatten werde. Es ist nicht zweifelhaft, daß die Absicht besteht, dadurch einen Druck auf die Neutralen, speziell auf die skandinavischen Staaten und auf Holland, auszuüben, was namentlich die Franzosen unverhüllt aussprechen. Die Neutralen, schreibt der Historiker Hanotaux im „Figaro", müßten sich jetzt entscheiden; sie seien Mitschuldige Deutschlands, wenn sie nicht alle Handelsbeziehungen mit uns abbrechen. In gleichem Sinn spricht auch der „Gaulois", wie denn die Franzosen sich in der phantastischen Ausmalung der Rache, die sie an uns nehmen wollten, gegenseitig zu übertrumpfen bemüht sind. Daß sie es damit ernst meinen, wissen wir sehr wohl, und wenn die Durchbruchsversuche der Engländer zwischen Lens und Arras und die der Franzosen an der Aisne und in der Champagne einen anderen Ausgang genommen hätten, wäre die sadistische Wut, für die der „Rappel" wirkt, von der Wirklichkeit wohl noch in den Schatten gestellt worden. Je schwerer die Niederlagen sind, die ihre Armee zertrümmern, um so sehnsüchtiger richten sich daher ihre Blicke auf Amerika, und mit um so größerem Jubel haben sie die am 29. April erfolgte Annahme des Wehrpflichtgesetzes durch beide Häuser in Washington begrüßt. Daß der Pazifist Wilson, der die Völker der Vereinigten Staaten zum Kampf gegen den deutschen Militarismus aufgerufen hat, nun die Amerikaner selbst militarisiert, gehört zu den Widersprüchen und den grotesken Unwahrheiten, die das Verhalten unserer Feinde kennzeichnen. Es steht wohl damit in Zusammenhang, daß Roosevelt

Digitized by Google

jetzt die Ermächtigung erhalten hat, die ihm ursprünglich verweigert ward, vier Divisionen als amerikanischen Beitrag zum Weltfrieden, für den Wilson so aufrichtig eingetreten ist, an die französische Kampffront zu führen. Wir sehen dieser Expedition nicht ohne Humor entgegen. Als Schiffe, die sie hinüberführen soll, wird Amerika wohl die unseres Norddeutschen Lloyd und der Hamburg—Amerika-Linie benutzen, vorausgesetzt, daß sie rechtzeitig wieder instand gesetzt sind, daß die Mannschaft für die Divisionen einigermaßen kriegsfähig vorbereitet und die Mannschaft für Bedienung der Schiffe aufgebracht worden ist, wie französische Blätter berichten, was, im Augenblick die größte Schwierigkeit sein soll. Dann kommen noch die neu zu bauenden Holzschiffe in Betracht, in Summa 1104, wie mit erstaunlicher Präzision angekündigt wird, die gleichfalls bemannt werden müßten und für deren Bau Amerika jetzt in Spanien kundige Leute zu werben bemüht ist. Wenn aber alle diese Schwierigkeiten vor Beendigung des Krieges überwunden sein sollten, bleibt noch die Fahrt über den Ozean zu überwinden, der unsere U-Boote recht erhebliche Schwierigkeiten in den Weg setzen dürften. Kurz, das alles müßte dem Präsidenten noch Kopfzerbrechen verursachen, ihm und seinen Beratern, den einheimischen sowohl wie den fremden. Die Franzosen machen kein Hehl daraus, daß sie vor allem auf amerikanische Ergänzug ihrer so furchtbar zusammengeschmolzenen Divisionen rechnen. Wenn nun wirklich Amerikas allgemeine Wehrpflicht mehr werden soll, als ein heroischer Beschluß, an dem sich der Chauvinismus der Jingos weiter erhitzt, wird sie zunächst ungeheuere Kosten verursachen, um die Bevölkerung einzukleiden, zu bewaffnen, militärisch auszubilden — und die aus ihrer Tagesarbeit Gerissenen zu ernähren, so daß infolgedessen die amerikanischen Milliarden rascher zusammenschmelzen werden als heute vorausgesehen wird. Die Wehrpflicht wird sich natürlich auch auf Indianer und Neger erstrecken, und es sollte uns nicht wundern, wenn gerade diese Elemente zunächst herangezogen und ins Feuer geschickt werden sollten. Es wäre das zugleich ein Weg, um das sehr ernste und gefürchtete Negerproblem, für dessen Abwehr bisher ein Mittel nicht gefunden werden konnte, der Lösung näher zu bringen. Sicher ist aber, daß diese Probleme nicht über Nacht gelöst werden können und daß die Einsicht über die wachsenden Schwierigkeiten, nachdem der jetzige Rausch verflogen ist, je länger je mehr eine Opposition gegen die Diktatur Wilsons hervorrufen werden. Das macht ihm jetzt, da ihm seine Unfehlbarkeit zu Kopf gestiegen ist, offenbar keine Sorge. Der Telegraph meldet, daß er Mr. Balfour zu einer Golf-Partie herausgefordert habe, und vor der großen Sensation über den Ausgang dieses „match" werden die weiter abliegenden Entscheidungen wohl an Interesse verlieren. Von der japanischen Gefahr spricht man nicht, obleich der Blick in die Möglichkeit dieser Gefahr wahrscheinlich erheblich dazu beigetragen hat, daß der Kongreß sich zur Annahme der Wehrpflichtvorlage entschloß. Auch hat, wie ich dem „Neuen Orient", der vortrefflichen Halbmonatsschrift für das politische, wirtschaftliche und geistige Leben im

Digitized by Google

gesamten Osten, entnehme, der neue japanische Botschafter in Petersburg, Vicomte Uchida, erklärt, Japan und Amerika stünden heute so gut zueinander wie nie zuvor. Wahrscheinlich würden die japanischen Diplomaten das Gleiche von allen übrigen Staaten, mit Ausnahme der Mittelmächte, sagen. Soll doch demnächst eine japanische Abordnung nach Europa gehen, um den Mächten der Entente den Ausdruck der Sympathie und der Anerkennung des japanischen Volkes in Anbetracht der von ihnen gebrachten Opfer und Mühen zu übermitteln". Trotzdem hat Japan auch diesen Mächten offenbar seine scharfen Zähne gezeigt, denn anders ließe es sich nicht erklären, daß die englische Regierung das Einfuhrverbot auf japanische Wirkwaren „trotz allen Sträubens" wieder aufgehoben hat. Daß aber die Anerkennung Japans „als der politischen Vormacht Ostasiens" auch von seiten Englands geschehen konnte, ist wohl durch die Befürchtung zu erklären, daß das Inselreich des Stillen Ozeans es sich einfallen lassen könnte, diese Vormachtstellung auch auf beide Indien auszudehnen, in denen ein unheimliches Selbstbewußtsein zutage zu treten beginnt. Das Ministerium Terauchi hat die am 20. April erfolgten Wahlen zum Parlament siegreich überstanden und steht mit 199 unbedingten Anhängern der über 158 Stimmen gebietenden Opposition gegenüber. Dieser neue japanische Reichstag wird jedoch erst am 20. Juni zusammentreten und gewiß seine Orientierung aus den Verhältnissen schöpfen, die sich inzwischen auf den Schlachtfeldern Europas ergeben haben werden. Wir halten es keineswegs für ausgeschlossen, daß dann ein überraschender Frontwechsel eintreten könnte.

Bei den französischen Angelegenheiten können wir nur kurz verweilen. Die Nation macht in den Äußerungen, die uns durch die Presse und aus dem Munde ihrer führenden Männer entgegentreten, den Eindruck von Geisteskrankheit: so maßlos, würdelos und zynisch sind sie. Beispiele dafür brauchen nicht aufgeführt zu werden, die Tagesblätter des letzten Monats sind wieder voll von drastischsten Belegen. Schlagen sie sich mit dem Mut der Verzweiflung, so ist dabei das Wort Verzweiflung besonders zu betonen. In den Tagesbefehlen des Generals Passaga (XXXII. A.-K.) vom 4. und 13. April tritt es uns besonders deutlich entgegen. „Die bevorstehende Handlung", schrieb er, „ist entscheidend für das Schicksal des Vaterlands." Seither hat aber Frankreich nur furchtbare Verluste und keinen einzigen wesentlichen Erfolg zu verzeichnen gehabt! Der Hunger beginnt seine Wirkung zu tun, die Ereignisse in Rußland verstimmen, das Vertrauen zu den politischen und auch zu den militärischen Führern beginnt zu schwinden. Joffres Feldmarschallstab kann nicht darüber täuschen, daß man ihn nicht mehr für geeignet hielt, Frankreichs Fahnen zum Siege zu führen, Pétain ist Chef des Generalstabes geworden, jetzt heißt es, daß auch Nivelle zurücktreten werde, von Sarrail hört man nur Brutalitäten und nichts von Erfolgen, zum Kriegsminister, von dem man offenbar hofft, daß er ein neuer Carnot sein werde, hat man den Mathematiker Painlevé gemacht, der jetzt als der eigentliche

Digitized by Google

Führer der französischen Armeen zu betrachten ist, ein Zivilist, dem bisher nichts ferner gelegen hat, als die Probleme der Taktik und Strategie zu ergründen. Was nach wie vor blüht, ist die Phrase, in der sie alle Meister sind: Poincaré, wie Clemenceau, Viviani und Hanotaux, und wie sie sonst alle heißen, aus deren Chor man deutlich die Stimme des Grand Orient de France heraushört, dessen Mitglieder in höheren oder niederen Würden sie allesamt sind.

In England dauert die Gewaltherrschaft Lloyd Georges fort. Man fügt sich ihr, aber wir haben den Eindruck gewonnen, daß es bereits mit heimlichem Zähneknirschen geschieht. Ebensowenig wie Violette in Frankreich hat der englische Nahrungsminister Lord Devenport es verstanden, die steigende Nahrungsnot zu mildern. Er empfiehlt freiwillige Selbstbeschränkung des Konsums, namentlich von seiten der Reichen, und in der großen Rede, die er am 27. April in Guildhall hielt, hat er zwar vieles gesagt, was den Engländern die Zuversicht auf einen für sie glücklichen Ausgang des Krieges zu erwirken bestimmt war, aber verschwiegen, was an dem Herzen der englischen Patrioten zehrt. Während er nicht Worte genug finden konnte, um die U-Boote und ihre Helden zu schmähen: Schwarm der Seeräuber, Haifisch, Pest, Bazillus, waren die Koseworte, mit denen er sie belegte, sprach er kein Wort von der englischen Hochseeflotte und keines von den verlorenen Schlachten an der deutschen Nordwestfront. Er begrub gleichsam das alte England mit seinen Freiheitsidealen, kündigte einen völligen Bruch mit der bisherigen Haltung Irland gegenüber an, trat für die Teilnahme der Dominien[1] und Indiens an der Reichspolitik ein, und sprach das bedeutsame Wort aus, England müsse wählen zwischen „engem Zusammenschluß mit den Dominien" oder mit einer „Auflösung des britischen Reiches". Natürlich versicherte er, daß es unmöglich sei, England durch Hunger zu zwingen, da wenn alle Engländer ihre Pflicht täten, es sich selbst ernähren könne; aber es klang wie bitterer Zweifel, als er dabei ausrief: „Hilf uns, du altes Land (daß nämlich jede Verschwendung vermieden werde!). Helft uns, ihr in den Gruben, ihr in der Fabrik, helft uns in der Küche und helft uns bei der Mahlzeit, helft uns überall im Lande und wir werden einen vollen Triumph erleben." Das wollen wir abwarten! Er stand unter der Suggestion der Reichskonferenz, der er selbst präsidiert hat, und deren Beschlüssen, die im wesentlichen das Programm Joe Chamberlains verwirklichen wollen, wir höchst skeptisch gegenüberstehen. Lebensinteressen, die durch klimatische und geographische Verhältnisse bedingt sind, und der natürliche Egoismus jener Dominien sträuben sich dagegen. In Australien und Südafrika ist das bereits sehr deutlich zutage getreten; wir glauben nicht, daß es in Indien anders sein wird, sobald man ihm wirkliches Selbstbestimmungsrecht gewährt, und in Kanada bereitet sich ein kanadischer Partikularismus[2] bereits deutlich vor. Daß England keine Aussicht hat, aus den Kolonien neue Truppen zu erhalten, hat Lord Derby soeben ausdrücklich bekannt.

[1] Dominien = englische Selbstverwaltungskolonien, wie Kanada, Australien und Südafrika.

[2] Partikularismus = Sonderbestrebungen, Kleinstaaterei.

Digitized by Google

Von unseren italienischen Feinden ist nur wenig zu sagen. Sie haben mit ihren Versuchen, sich den Weg nach Triest und Trient zu bahnen, ebensowenig Erfolg gehabt, wie während der früheren Kriegsmonate, dafür aber mehr noch als England und Frankreich infolge der Isolierung vom mitteleuropäischen Kontinent zu leiden gehabt. Ihr Treubruch uns und Österreich gegenüber hat ihnen wenig Dank gebracht. Die Franzosen haben ihnen ja nie das Recht zuerkannt, die eigenen Interessen zu verfolgen, sobald sie nicht als mehr oder minder bewußtes Werkzeug Frankreichs handelten, so daß es uns nicht Wunder nehmen kann, wenn die Pariser Presse in ihrem naiven Egoismus heute sich dahin ausspricht, daß Italien besser täte, an der Oise als am Isonzo zu kämpfen!

Es ist jedoch noch auf eine gemeinsame Tendenz aller Ententestaaten hinzuweisen. Sie nennen sich demokratisch, obgleich sie in Wirklichkeit oligarchisch[1] regiert werden, die bestimmende Richtung ihrer Politik aber ist vornehmlich antimonarchisch. In Rußland ist ihnen der Zarismus und zugleich die monarchische Idee zum Opfer gefallen, der Sturz der Monarchie in Portugal 1908 war eine Folge der politischen Sklaverei, in der England das Land hielt, die Könige von Serbien, Montenegro und Rumänien leben im Exil, und es ist mehr als zweifelhaft, ob sie je wieder in ihre Residenzen zurückkehren werden. Jetzt wird am Sturz König Konstantins von Griechenland in niederträchtigster Weise gearbeitet, und es läßt sich nicht übersehen, daß auch in Spanien und in Italien antimonarchische Bewegungen gepflegt werden. Sogar das ist zweifelhaft, ob König Georg von Großbritannien, der Kaisar i Hind, seinen Thron weiter vererben wird. Zunächst bemüht er sich, seinen Vetter, den Zaren, den Händen der von seinem Botschafter Buchanan zur Macht geführten provisorischen Regierung zu entziehen. Man weiß jetzt in England, daß die Revolution Rußland für die nächst absehbaren Zeit von aller wirksamen Teilnahme an der Offensive gegen die Mittelmächte ausgeschaltet hat, und hofft auf einen Sieg der zahlreichen reaktionären Elemente, deren persönlicher Vorteil eine Wiederherstellung der alten Regierungsart verlangt. Die Aussicht, dieses Ziel zu erreichen, ist größer, wenn Nikolaus II. auf englischem Boden in persönlicher Sicherheit ist, als wenn ihm, wie jetzt sehr ernstlich beabsichtigt wird, ein Hochverratsprozeß an den Hals gehängt wird. Darauf aber arbeiten die Sozialrevolutionäre hin, speziell der Petersburger Rat der Arbeiter und Soldaten, der zwar infolge der törichten Verhandlungen, die von deutsch-sozialistischer Seite mit ihm angeknüpft wurden, zum Programm Kampf bis zum Siege übergegangen ist, aber zugleich die Politik der provisorischen Regierung eifersüchtig kontrolliert. Von einer Freigebung des Zaren will dieser Arbeiter- und Soldatenrat nichts wissen, er hat sogar verlangt, daß der Zar in die Trubezkoi-Kasematte der Peter Pauls-Festung übergeführt, wo neben anderen Gefangenen seine früheren Minister ein klägliches Unterkommen gefunden haben. Buchanan und Miljukow ist aber gelungen, diese Ge-

[1] Oligarchie = Herrschaft einer kleinen Oberschicht.

Digitized by Google

fahr von Nikolaus II. abzuwenden, er weilt nach wie vor in Zarskoje Sselo, getrennt von der Zarin, die er weder sehen noch sprechen darf, und unter steter militärischer Aufsicht. Man hat die Forderung, ihn in die Peter Pauls-Festung zu sperren, mit der Begründung abgewiesen, daß dort bereits alle Räume besetzt seien. Das wird gewiß richtig sein, denn wie die Regierung des Zaren die Gefängnisse mit Revolutionären und Liberalen füllte, so werden sie jetzt durch Leute besetzt, die im Verdacht stehen, weder revolutionär noch liberal zu sein. Die russische Freiheit verurteilt alles, was anders denkt, als dem neuen Evangelium entspricht, das Gespenst der drohenden Gegenrevolution dient als Vorwand, um mit den möglichen Gegnern aufzuräumen, und von jenen Grundrechten, der russischen Magna charta[1], um welche die erste russische Revolution kämpfte, ist keines in Kraft geblieben. Weder persönliche Sicherheit, noch Eigentum, noch Freiheit des Wortes und der Schrift. Es ist in Wirklichkeit eine neue Tyrannei und daher wohl verständlich, daß die Engländer darauf rechnen, für eine Gegenrevolution Anhänger zu finden. Wie weit damit die Pläne in Zusammenhang stehen, die ihnen zugeschrieben werden, das heißt eine Festsetzung Englands an den Ostseeküsten und auf den Ostseeinseln, läßt sich zurzeit noch nicht erkennen. Tatsache ist, daß darüber verhandelt worden ist, und daß durch englische Agenten namhafte Landbesitze an der Küste Estlands aufgekauft worden sind. Auch das verdient Beachtung, daß die estnischen Zeitungen Annoncen bringen, welche die Esten auffordern, nach England zu kommen, um Land und Leute kennen zu lernen! Die von den Meuterern in Helsingfors, Kronstadt und Reval ermordeten russischen Marineoffiziere sind übrigens, wie jetzt zuverlässig bekannt geworden ist, nicht durch englische, sondern durch französische Marineoffiziere ersetzt worden! Offenbar, weil England in seiner Bedrängnis mit erfahrenen Seeleuten sparsam umzugehen genötigt ist.

Zusammenfassen läßt sich das Gesamtbild Rußlands dahin, daß ein Prozeß der Selbstauflösung sich vollzieht, der noch in seinen Anfangsstadien ist. Wie sich diese Auflösung in der Armee vollzieht — man sagt aber dafür: wie sie sich organisiert, mag ein Beispiel zeigen. In der 10. Armee steht an der Spitze jeder Kompanie ein Komitee von 8 Soldaten, jedes Bataillonskomitee besteht aus je 1 Offizier und 4 Soldaten aus jeder Kompanie; das Regimentskomitee aus je 1 Offizier und 4 Soldaten jeder Kompanie und 1 Offizier und 4 Soldaten aus allen Regimentskommandos zusammen, das Divisionskomitee aus 1 Offizier und 3 Soldaten von jedem Regiment und der Artillerie-Brigade, sowie aus 3 Offizieren und 3 Soldaten aus den Divisionsinstituten, das Korpskomitee aus je 1 Offizier und 2 Soldaten der Divisionskomitees nebst 2 Offizieren und 6 Soldaten der Korpsinstitute, endlich das Armeekomitee aus je 1 Offizier und 3 Soldaten jedes Korpskomitees und 2 Offizieren und 6 Soldaten des Kommandos und der Stäbe!! Dieses ideale Schema ist in einer Beratung mit dem General Polivanow geprüft und empfohlen worden und

[1] Magna charta = die englische Verfassung.

Digitized by Google

heute wahrscheinlich bereits überall eingeführt. Dazu kommen die massenhaften Verhaftungen von Generalen und höheren Offizieren. Der Kriegsminister Gutschkow hat an der nördlichen Front 35 kommandierende Offiziere entlassen, an der Westfront 40, darunter alle Armeekommandanten, in der 3. Armee alle Korpskommandeure. Verhaftet ist General von Rennenkampf und wegen Hochverrats im Kriege und gefährlicher Anschläge gegen die Sicherheit des Staates in Anklage gestellt, verhaftet General Kuropatkin auf Befehl des Soldatenrats, mit ihm General Ilfremow und der Stabschef General von Sivers, sowie der Chef der 1. sibirischen Brigade. Das Exekutivkomitee der Arbeiter und die anderen Organisationen haben diese Verhaftungen gebilligt. Die Generäle hatten Waffen an die russische Bevölkerung Turkestans verteilen lassen, weil sie einen Angriff der Turkmenen fürchteten. Das wurde ihnen als „Provokation" angerechnet. Daß Offiziere bestraft werden, weil sie die Soldaten nicht höflich genug grüßen, ist ein weiterer Beleg für die völlige Verkehrung aller bisher geltenden Ordnungen in Rußland. Dazu finden bald hier, bald dort Soldatenexzesse statt, Delegationen der Armeen an die provisorische Regierung und Besuche der sozialistischen Organisationen an der Front, Desertationen und Beurlaubungen und furchtbare Exzesse der Urlauber, wie sie namentlich in Livland und Estland stattgefunden haben. Daß die parallel laufenden Besuche der französischen und russischen Sozialisten in Petersburg und die der deutschen Sozialisten in Stockholm, die Rückkehr Lenins und Sinowjews nach Rußland weder den inneren Frieden gefördert, noch eine Friedensstimmung in Rußland hervorrufen würden, war vorauszusehen. Die Unordnung ist gesteigert und die ursprünglich sehr lebhafte Sehnsucht nach einem baldigen Friedensschluß erheblich gemindert worden. Man bewegt sich wiederum in phantastischen Forderungen, so schreibt die „Nowoje Wremja": ein bloßer Verzicht auf Annexion von seiten Deutschlands sei lächerlich, Deutschland müsse alles herausgeben, was es in den letzten zweihundert Jahren annektiert habe, vor allem also Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen! Dasselbe Blatt schreibt am 15. April: Es ist unerlaubt und verbrecherisch, zu verlangen, daß der barbarische türkische Staat in Europa erhalten bleibe. Auch die zuerst in Englaud laut gewordene Forderung, daß die beiden Kaiser Wilhelm und Karl zu beseitigen seien, haben die Russen sich zu eigen gemacht. Die Russen — d. h. die Großrussen. Die Fremdvölker an der Westgrenze, im Süden und im Osten machen diesen Wahnsinn nicht mit. Sie organisieren sich wirklich und denken daran, sich von dem großrussischen Zentrum, dem sie gewaltsam angeschlossen wurden, wieder zu trennen. So ist die Stimmung in Finnland, in der Ukraine, im Kaukasus und in den tatarischen Gebieten. Nebenher aber geht die höchst gefährliche agrarische Bewegung, die auch in das Heer überzugreifen begonnen hat, und geht das Ringen um die Stellung am Staatsruder, die Miljukow, Lwow und Gutschkow auf jede Weise zu behaupten bemüht sind. Alle diese Probleme verdienen eingehend erörtert zu werden, wozu heute der Raum mangelt. Eines aber ist sicher, die russische Revolution ist nicht abgeschlossen, sie hat erst begonnen.

Digitized by Google

Kolonien und Seemacht

Von Karl Rathgen

Den wirtschaftlichen Nutzen eigenen Kolonialbesitzes für die kommende Friedensarbeit wird so leicht niemand bestreiten. Wir sehen jetzt schon, wie unsere Gegner uns auch für die kommende Zeit die Zufuhr von Rohstoffen aus den von ihnen abhängigen überseeischen Gebieten abschneiden wollen. Erze, Ölfrüchte, Kautschuk und so vieles andere, was wir für unsere industrielle und landwirtschaftliche Produktion brauchen, sollen wir, wenn überhaupt, nur durch die Vermittlung unserer Feinde, verteuert durch Gunstzölle, erhalten und so in Abhängigkeit gebracht werden. Die Tätigkeit deutscher Kaufleute und Techniker in den feindlichen Gebieten ist zerstört und soll endgültig ausgeschaltet bleiben. Wir brauchen überseeische Gebiete, die unter unserer Flagge für unsere heimische Volkswirtschaft nutzbar gemacht werden, in denen Deutsche ihrem Erwerb nachgehen können. Wir brauchen diese überseeischen Produktionsgebiete nicht bloß für uns, wir brauchen sie auch für das mit uns eng zusammengeschlossene Österreich-Ungarn. Schon aus diesem Grunde kann der Gedanke an Mittelcuropa uns nicht an den kolonialen Notwendigkeiten irre machen. Er kann sie nur verstärken.

An der Notwendigkeit ist kein Zweifel. Aber wie ist es mit der Möglichkeit? Hier ist der Punkt, wo Kolonialpolitik und Machtpolitik aufs engste zusammenhängen. Hier lag die Schwäche unserer bisherigen Kolonialpolitik. Sie war rein wirtschaftlich orientiert. Der Gedanke an das machtpolitische Moment allen Kolonialwesens lag uns fern. Wir waren harmlos genug, uns auf die Solidarität der weißen Rasse zu verlassen trotz mancher warnender Anzeichen. Unsere Kolonien waren militärisch nur auf die Bewahrung der inneren Ordnung eingerichtet, aber nicht auf die Verteidigung gegen äußere Angriffe, geschweige auf machtpolitische Einwirkung nach außen. Auch Tsingtau war ein nur gegen einen Handstreich gesicherter Stützpunkt.

Ganz anders die überseeischen Besitzungen anderer Großmächte. Es ist ja bekannt, daß das britische Reich fast mehr eine asiatische Macht geworden ist, als eine europäische. Die englische Kolonialpolitik ist seit der Mitte des 17. Jahrhunderts ein wesentlicher Teil seiner Machtpolitik gewesen. Die kolonialen Besitzungen waren immer gleichzeitig die Stützpunkte der englischen Seegewalt. So besetzte und behauptete England Gibraltar seit dem spanischen Erbfolgekrieg, um das Mittelmeer zu beherrschen, so besetzte es Malta in der zweiten Einschnürung des Mittelmeeres und weigerte sich, es zu räumen, trotz der Versprechungen des Friedens von Amiens. Die Besetzung von Ägypten vollendete den Abschluß dieses Herrschaftsgebietes und schloß den Ring der von Indien her über Aden und Perim gespannten Kette, der sich nach Osten über Penang und Singapore nach Hongkong erstreckte. Den alten Weg nach dem Osten aber hatte man schon vorher durch St. Helena und Kapstadt gesichert,

Digitized by Google

wie den Weg nach Westindien und nach Panama durch die Bermudas und Jamaika. Den Weg nach Kap Horn aber beobachtete man von den Falklands-Inseln, die allen Protesten Argentiniens zum Trotz weggenommen waren und deren strategische Bedeutung in diesem Kriege die dort geschlagene Seeschlacht gezeigt hat.

Auch Frankreich hat seinen Kolonialbesitz in ähnlicher Weise nutzbar gemacht. Es hat im Senegalgebiet Dakar ausgebaut, es hat im Osten Afrikas Obok am Ausgang des Roten Meeres und Diego Suarez im Norden Madagaskars zu Flottenstützpunkten gemacht, es hat Biserta zu einem großen Kriegshafen ausgebaut. So ist die Flankenstellung, die Afrika zu den Handelswegen nach Südamerika und nach Süd- und Ostasien einnimmt, systematisch ausgenutzt. Seit Jahren treten die französischen Fachzeitschriften für den Ausbau einer mit allen Hilfsmitteln der Technik ausgerüsteten Flottenstation in Indochina ein. Die Vollendung des Panamakanals zeitigte große Pläne für Tahiti.

Denselben Weg ist die jüngste der kolonialen Großmächte, die nordamerikanische Union, gegangen, um die Seegewalt in Westindien und auf den Wegen zum Panamakanal zu sichern. Der Kanal, selbst mehr aus militärischen, denn aus Handelsgründen gebaut, ist jetzt der Grund, aus dem in den Vereinigten Staaten seine Sicherung gefordert wird. Die Mündungen des Kanals sind stark befestigt, Docks gebaut, Lager für Kohlen und Heizöl eingerichtet. Auf der Ostseite hat man sich von Cuba Guantanamo als Flottenstützpunkt abtreten lassen und zum gleichen Zwecke jetzt Dänisch-Westindien erworben. Auf der Westseite ist auf den Sandwich-Inseln Pearl Harbour zum Kriegshafen gemacht. Nicaragua ist veranlaßt worden, zum gleichen Zweck Gebiet an der Fonseca-Bucht abzutreten, trotz der entgegenstehenden Verpflichtung dieser Republik gegenüber ihren an die gleiche Bucht anstoßenden Nachbarn Honduras und Salvador.

Die Notwendigkeit solcher Stützpunkte, will man überhaupt Seemachtpolitik treiben, bedarf keines Beweises. Sie sind unentbehrlich für die Seegeltung. Besitzt ein Staat sie nicht, so sind im Kriege seine Schiffe wie Landvögel, die nicht weit von der heimischen Küste fliegen können, schrieb Kapitän Mahan in seinem bekannten Werke über die Geschichte der Seegeltung. Wolle ein Staat seine Macht zur See entwickeln, sei eine der ersten Pflichten, für sie Ruheplätze zu haben, wo sie Kohlen einnehmen und ausgebessert werden können. Mahan wollte sein eigenes Volk vorwärts treiben. Was er damals schrieb, ist auch für uns bedeutsam. Es sind Gesichtspunkte, die ja unendlich an Bedeutung gewonnen haben, seit wir nicht mehr hölzerne Segelschiffe haben, die als Triebkraft überall den Wind hatten und an jeder stillen Küste ausgebessert werden konnten. Was für die Engländer selbstverständlich war, haben französische Fachschriftsteller immer wieder betont: die Notwendigkeit nicht bloß von Kohlenstationen, sondern von technisch gut ausgerüsteten Hafenplätzen, um so komplizierte Kunstwerke, wie moderne Kriegsschiffe es sind, reparieren zu können. Wir haben

Digitized by Google

wohl unsere Flottenpolitik mit unseren Übersee-Interessen begründet. Aber wir haben aus begreiflichen politischen Gründen uns gescheut, alle Konsequenzen daraus zu ziehen, und es ist gegenstandslos, jetzt darüber nachzudenken, wie anders wirksam unser Kreuzerkrieg von einer Anzahl solcher Stationen aus hätte geführt werden können. Und nicht bloß für den Kreuzerkrieg sind solche Stützpunkte wichtig. Mahan war es auch, wenn ich nicht irre, der betonte, wie dadurch feindliche Seestellungen im Schach gehalten und zerspalten werden können. Man denke an die Trennung des spanischen Nordwestens vom Südosten durch Gibraltar. Man mache sich klar, was es bedeutet, daß Malta und Biserta der Südspitze Italiens gegenüber liegen, daß von Korsika aus seine ganze Ostküste bedroht wird.

England und Frankreich haben aber, über die Politik der Flottenstützpunkte hinaus ihre Kolonien zur Verstärkung ihrer militärischen Machtmittel benutzt.

Schon seit langer Zeit hat Britisch-Indien diesen Zwecken gedient. Indische Truppen haben nicht bloß an den indischen Grenzen die Herrschaft Englands gesichert und erweitert. In englischen Kriegen in China, in Ostafrika, in Ägypten und dem Sudan haben indische Truppen gekämpft. In den zehn kritischen Jahren vor dem Ausbruch des Kriegs sind die indischen Truppen trotz der Finanzbedenken der dortigen Regierung anhaltend verstärkt worden. Nach den Etats wurde die Friedensstärke der Eingeborenen-Truppen Indiens von 1904/05 bis 1913/14 von 134 000 auf 176 000 Mann Aktiver und von 33 000 auf 96 000 Mann Reserve vermehrt, zusammen also um 105 000 Mann, gleich 63 Prozent der Anfangsstärke. Auch Ägypten und der Sudan waren in der Hauptsache durch eingeborene Truppen gesichert.

Vor allem ist die englische Regierung aber bestrebt gewesen, die Selbstverwaltungskolonien, die Dominions zu vermehrter militärischer Leistungsfähigkeit heranzuziehen mit der Vorsicht, die gegenüber der ihre Selbständigkeit eifersüchtig wahrenden Empfindlichkeit dieser Tochterstaaten geboten war. Man kam dieser entgegen, als man die englischen Truppen aus Australien, Neu-Seeland und Kanada herauszog. Aber gleichzeitig entlastete man die Heimatstruppen, indem man diesen Kolonien die Verteidigung ihres eigenen Gebiets überließ. Der südafrikanische Krieg entflammte das Reichsbewußtsein in den Tochterstaaten. Australische und kanadische Freiwillige kämpften an der Seite der englischen Truppen und das wirkte stark nach. In Australien kam hierzu das Gefühl, daß man sich gegen Japan verteidigungsfähig machen müsse. In der Bewegung für Imperial Federation, für besseren Zusammenschluß des Reiches, spielten nun die militärpolitischen Erwägungen eine Hauptrolle, was in der Reichsverteidigungskonferenz von 1909 zum Ausdruck kam. Einheitliche Ausrüstung und Ausbildung wurde erstrebt, ein Reichsgeneralstab gebildet (1909), einheitliche Ausbildung und Prüfung der Offiziere, Zulassung der Offiziere aus den Dominions zu den Kriegsakademien in England und in Indien, englische Inspektion der Truppen in den Dominions eingeführt, alles mit dem vorsichtigen Zusatz, soweit die Dominions

Digitized by Google

es wünschen. Überall erfolgte eine Reorganisation der Milizen und Verstärkung ihrer Kaders. So ist die Entsendung der starken Freiwilligen-Kontingente in den europäischen Krieg vorbereitet und ermöglicht.

Älter schon sind die englischen Bemühungen, die Kolonien zu veranlassen, das Mutterland bei den wachsenden Kosten der Seerüstung zu entlasten. Gegenüber den ursprünglichen Wünschen auf Übernahme eines Teils der Kosten siegte seit 1909 in den großen Dominions der Plan, eigene Flotten zu bauen. Die Zusammenziehung der englischen Flotte in den europäischen Gewässern verstärkte das. Welchen Anteil australische Kriegsschiffe an der Jagd auf unsere Kreuzer genommen haben, ist bekannt. Neu-Seeland, Südafrika, Neufundland blieben bei ihren Geldbeiträgen für die Marine, ebenso steuerte Indien bei, die Malayischen Staaten wurden zum „Geschenk" eines Schlachtschiffes veranlaßt. Auch in den gesonderten Kolonialflotten wurde für Gleichmäßigkeit der Ausbildung gesorgt und in Kriegszeiten sollten sie einen Teil der britischen Flotte bilden.

Von 1903/04 bis 1913/14 stiegen die Ausgaben für die Landesverteidigung in Kanada von 13½ Millionen Mark auf 34 Millionen, in Australien von 16 Millionen auf 76 Millionen und mit den Neubauten auf 105 Millionen Mark.

Auch Frankreich hat immer seine Heeresmacht aus seinen Besitzungen zu verstärken gesucht. Algerische Eingeborenen-Truppen sind uns 1870 entgegengetreten. Bei der Sorge, wie man bei der stockenden Volkszunahme im Mutterland die Heeresstärke steigern könne, legte man der Schwarzen Armee eine immer größere Bedeutung bei, und es war kurzsichtig, wenn man das bei uns vielfach verkleinerte und bespöttelte. Im „Deutschen Offiziersblatt" hat im November 1912 und im Juli 1913 der Generalleutnant Rathgen eingehend geschildert, wie im Zusammenhang mit dem Marokko-Unternehmen die Zahl der farbigen Truppen vermehrt, wie mit Vorsicht, aber zielbewußt, die Aushebung von Tunis auf Algerien ausgedehnt, am Senegal vorbereitet wurde, so daß die farbige Armee im Sommer 1913 schon gegen 100000 Mann unter den Fahnen bei erheblichen Reserven zählte, neben 60000 Mann weißer Kolonialtruppen. Im Kriege sind diese Zahlen bekanntlich sehr gesteigert. Der Abgeordnete Boussenot hat für das Frühjahr 1916 eine Zusammenstellung veröffentlicht („Frankfurter Zeitung" vom 2. Dez. 1916), wonach damals 435000 Mann aus den Kolonien aufgebracht waren, wovon 288000 Eingeborene, allein aus Westafrika gegen 120000 Mann.

England und Frankreich haben aus ihren Kolonien ihre Armeen in Europa verstärkt, sie haben Aufstandsgelüste in ihren Besitzungen niedergehalten, haben unsere Kolonien erobert, haben im Sudan, in Mesopotamien, in Mazedonien Krieg durch sie führen können. Es wäre doch wertvoll für uns gewesen, wenn wir durch stärkere militärische Entwicklung unserer Kolonien größere Teile dieser feindlichen Kräfte hätten binden und festhalten können. Man macht sich nicht immer genügend klar, welche erhebliche

Digitized by Google

Truppen- und Materialmengen unsere Gegner haben aufbieten müssen gegen den heldenmütigen Widerstand der kleinen Scharen in unseren Schutzgebieten. Ohne diesen hätten die dort gebundenen Mengen in anderen Gegenden verwendet werden können. Liegt hier nicht ein deutlicher Hinweis darauf, wie Kolonien zur Machtverstärkung dienen können! Überseeische Gebiete, die sich behaupten können, hätten auch unmöglich gemacht, daß wir vom Nachrichtenverkehr mit der übrigen Welt und mit unseren Schiffen so jammervoll abgeschnitten wären.

Man hat behauptet, Kolonien könnten sich in einem künftigen Kriege nicht behaupten ohne die Beherrschung der Meere. Nun — Ostafrika ist trotz ganz unverhältnismäßiger Anstrengungen nach 33 Monaten immer noch nicht ganz erobert. Und es war auf den Krieg nicht vorbereitet. Wenn man sich aber für diese Behauptung auf die Geschichte beruft, so scheint mir das nicht beweiskräftig zu sein. Gewiß haben in der Zeit der großen Kolonialkriege von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis 1815 Inseln und isolierte Küstenstützpunkte oft den Besitzer gewechselt. Mit großen Kontinentalbesitzungen ist es anders gewesen. Die Franzosen haben den beherrschenden Einfluß auf Vorderindien an England verloren im Landkrieg, und dieser Krieg ist ausgefochten mit eingeborenen Truppen. Die französischen Besitzungen in Nordamerika sind um dieselbe Zeit erobert überwiegend durch die Milizen der englischen Kolonisten unter mäßiger Beteiligung englischer Truppen.

Die Holländer haben sich in Brasilien gegen den Widerstand der portugiesischen Bevölkerung nicht behaupten können. Engländer und Franzosen haben trotz aller Unbehilflichkeit der Spanier dem spanisch-amerikanischen Reiche wohl Inseln weggenommen, aber nicht einmal Cuba. Sie haben auf dem Festlande Hafenstädte geplündert, aber sie haben die spanische Herrschaft auf dem amerikanischen Kontinent nicht erschüttert, und noch 1806 ist die große englische Expedition nach dem Laplata, die man nach dem Sieg von Trafalgar und der Vernichtung der spanischen Flotte ausgesandt hatte, an dem Widerstand der spanischen Kolonisten gescheitert.

Man hat unter dem Einfluß englischer Gedankengänge den Einfluß der Flotten auf den Ausgang großer kontinentaler Kämpfe doch wohl arg überschätzt. Und wir glauben doch nicht an die englische Legende, daß Napoleon I. durch die englische Seebeherrschung gestürzt sei. Ist doch auch der amerikanische Sezessionskrieg nicht durch die Blockierung der Südstaaten durch die Nordstaaten entschieden, sondern durch die großen Landkämpfe von Gettysburg und Vicksburg und Shermans Marsch von Atlanta nach Savannah.

Für die Befreiung der Meere von englischer Tyrannei kämpfen wir. Aber sichern können wir sie auf die Dauer nur mit Hilfe von eigenen Besitzungen über See.

Digitized by Google

Grundlagen des Wahlrechtes

Von Professor Dr. W. von Lume

Daß das preußische Landtagswahlrecht geändert werden muß, ist eine ausgemachte Sache. Auch die Konservative Partei hat die Notwendigkeit seiner Reform durch den Mund ihres Wortführers, des Grafen Westarp, anerkannt. Die Äußerungen einzelner Eigenbrödler können außer Betracht bleiben. Streit herrscht also nicht mehr über die Frage des „Ob", sondern lediglich über das „Wann" und „Wie".

Nur über die zweite Frage soll hier gesprochen werden. Wann die Wahlrechtsvorlage eingebracht werden kann und muß, das wird von der Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse abhängen. Zu warnen ist nur vor nervöser Überhastung. Wir müssen der Welt zeigen, daß wir wie in der äußeren so in der inneren Politik Besonnenheit mit Festigkeit des Wollens zu vereinigen vermögen. Vertrauen wir unserer Kraft zur Neugestaltung unseres Staates, wie wir auf unsere Kraft zur Selbstbehauptung in der Welt unbeirrt unser Vertrauen setzen!

Das schließt nicht aus, daß schon jetzt ernsthaft und gründlich überlegt wird, was geschehen soll. Die Frage der preußischen Verfassungsreform muß baldigst theoretisch geklärt werden, damit ihre praktische Lösung so wenig Zeit erfordert wie möglich. Wir werden nach Beendigung des Krieges eine Fülle der schwierigsten Aufgaben zu lösen haben, die nicht deshalb aufgeschoben werden dürfen, weil wir mit der Frage des Wahlrechtes nicht fertig werden können. Es war schon vor dem Kriege wahrlich genug reformbedürftig in Preußen und im Reich, und die Erfahrungen des Krieges sind denn doch wohl nicht dazu angetan, den Wunsch nach Besserung unserer innerstaatlichen Verhältnisse zu bannen. Die Behauptung, daß unser Staatswesen sich in jeder Hinsicht bewährt habe, ist eine gedankenlose Redensart, wenn nicht schlimmeres. Unser Volk hat sich bewährt! Aber, ehe es den Staat hat, den es verdient, wird noch manches zu geschehen haben. Die Wahlrechtsreform ist nicht die Reform schlechthin; sie ist nur der Anfang, aber der notwendige Anfang. Denn die breite Masse des Volkes, die die ganze Last dieses Krieges getragen hat und willig getragen hat, muß ein Wort mitsprechen können, wenn es das künftige Schicksal ihres Staates gilt. Und diese Mitwirkung bei der Neugestaltung des Staatswesens ist nur dem „gemeinen Manne" möglich, wenn er auf die Zusammensetzung des Parlaments bestimmenden Einfluß hat. Die Erledigung der Wahlrechtsfrage darf also nicht länger zurückgestellt werden, als unbedingt notwendig ist. Und die Vorbereitungen zu ihrer Erledigung vertragen keinerlei Aufschub.

Wie das parlamentarische Wahlrecht gestaltet sein soll, ist eine politische Angelegenheit. Aber keine parteipolitische. Ob bei dieser oder jener Gestaltung diese oder jene Partei Vorteile hat oder Nachteile erleidet, darf nicht entscheidend sein. Parteien vergehen, der Staat soll bestehen. Hier gilt es endlich einmal Ernst zu machen mit dem

Digitized by Google

Worte, das unsere Parteiführer so gern im Munde führen: das Vaterland über die Partei!

Die Wahlrechtsfrage darf auch nicht mit den billigen und üblichen Schlagworten erledigt werden. Es handelt sich um eine der wichtigsten Angelegenheiten unserer Zukunft. Und wir haben allen Anlaß, sehr sorgfältig und sehr ernsthaft darüber nachzudenken, was geschehen soll, dann aber das für richtig Erkannte mit festem Willen und fester Hand durchzuführen.

Bei dieser Überlegung müssen die Frage des Wahlrechts und die Frage des Wahlverfahrens voneinander geschieden werden. Die Frage also, welches Maß von Einfluß dem einzelnen Wähler bei der Wahl zukommen soll, und die Frage, in welcher Form er diesen Einfluß zur Geltung zu bringen hat. Zwar ist unbestreitbar, daß durch die Ordnung des Verfahrens der Zweck vereitelt werden kann, der mit der Zuerteilung des Wahlrechts verfolgt wird. Die Öffentlichkeit der Wahl kann das Wahlrecht illusorisch machen, die Wahlkreiseinteilung trotz Gleichheit des Wahlrechts große Ungleichheiten schaffen. Im Enderfolg also hängen Wahlrecht und Wahlverfahren voneinander ab. Dennoch sind es andere Gesichtspunkte, unter denen die Frage zu beantworten ist, ob das Wahlrecht allgemein sein soll oder nicht, ob es gleich sein soll oder abgestuft, und andere, unter denen entschieden wird, ob die Wahl geheim oder öffentlich, direkt oder indirekt sein soll. An dieser Stelle wird nur vom Wahlrecht selbst die Rede sein. Es soll versucht werden, zu zeigen, wie man zu einem Urteil über seine Zuerteilung oder Vorenthaltung gelangen kann.

Abzulehnen ist von vornherein der nicht selten verwendete Gedanke, daß das Wahlrecht wie ein „Grundrecht" zu behandeln sei. Wenn die Verfassung dem einzelnen die Freiheit der Person und die Unverletzlichkeit des Eigentums gewährleistet, so grenzt sie den Machtbereich des Staates gegenüber dem einzelnen ab. Sie schafft, wie man wohl gesagt hat, eine „staatsfreie Sphäre". Sie gewährt „Freiheit vom Staate". Das Wahlrecht dagegen stellt den einzelnen in den Staat hinein, indem es ihm Einfluß auf das Staatsleben zugesteht. Es gewährt „Freiheit vom Staate". Es ist folglich nicht „Individualrecht", sondern „Sozialrecht". Als Recht der Teilnahme am Gemeinwesen ist es beherrscht von dem Gedanken des Gemeinwohls. Der Rücksicht auf das Gemeinwohl muß jeder Anspruch auf Gewährung des Wahlrechts weichen. Und so ist denn in Deutschland das Frauenwahlrecht immer abgelehnt worden mit der Begründung, daß es die Familie und damit den Unterbau des Staates gefährden würde. Ob angesichts der Veränderung unseres öffentlichen Lebens die Begründung heute noch zutrifft, ist eine andere Frage, die möglicherweise für das kommunale Wahlrecht anders zu beantworten ist als für das parlamentarische, für das passive Wahlrecht anders als für das aktive.

Das parlamentarische Wahlrecht hat eine doppelte Bedeutung. Augenfällig ist die erste: der Wähler wirkt bestimmend mit bei der Zusammensetzung der Volksvertretung.

Digitized by Google

Aber die zweite Bedeutung des Wahlrechts ist nicht minder wichtig: der Wähler übt durch die Wahl mittelbar einen Einfluß auf die Staatsleitung aus. Das erste ist die staatsgestaltende Funktion des Wahlrechts, das zweite die machtverteilende. Unter dem ersten Gesichtspunkt betrachtet, ist die Wahlrechtsfrage eine solche der Zweckmäßigkeit, unter dem zweiten wird sie zu einer Frage der Gerechtigkeit.

Die Wahl zum Parlament ist eine Staatshandlung. Das Parlament ist ein Staatsorgan, das durch Wahl gebildet wird. Indem der einzelne berufen wird, an der Wahl teilzunehmen, wird ihm also vom Staat eine Aufgabe übertragen, deren Erfüllung für das Staatswesen unumgänglich ist. Er übt eine unentbehrliche Funktion des öffentlichen Lebens aus. Insofern ist es nicht unberechtigt, wenn man das Wahlrecht geradezu als „Wahlamt" bezeichnet hat. Folglich darf der Staat von dem Staatsbürger, dem er das Wahlrecht verleiht, erwarten, daß er es auch ausübt. Und zwar im Staatsinteresse. Das öffentliche Wohl muß für den Wähler, wenn er zur Urne schreitet, der Richtpunkt des Verhaltens sein.

Ob daraus eine Wahlpflicht abzuleiten ist, ist eine Frage für sich. Aber das eine ist sicher, daß, so betrachtet, das Wahlrecht sein Maß erhalten muß, indem man fragt: wie wird das bestmögliche Ergebnis der Wahl gesichert? Anders ausgedrückt: welche Gestaltung des Wahlrechts ist am besten geeignet, ein leistungsfähiges Parlament hervorzubringen? Dabei ist zu beachten, daß die Zusammensetzung des Parlaments nicht nur von der Gestaltung des aktiven, sondern auch von der des passiven Wahlrechts abhängt. Durch Beschränkungen der Wählbarkeit können Gefahren beseitigt werden, die mit einer weitgehenden Zulassung des Rechts zu wählen möglicherweise verknüpft sind. Der nach dieser Richtung von Schneider gemachte Vorschlag (Deutsche Politik II, 13) dürfte allerdings daran scheitern, daß er eine durchgreifende Änderung unserer Kommunalverfassung voraussetzt. Denn die heutige Zusammensetzung der preußischen Stadtverordneten-Versammlungen, Kreistage und Provinziallandtage zeigt dieselben Fehler wie die des Landtages. Die Landtagsreform aber ist politisch die Voraussetzung einer Reform der kommunalen Körperschaften.

Im konstitutionell-monarchischen Staate hat das Parlament die doppelte Aufgabe der Teilnahme an der Gesetzgebung und der Kontrolle der Beamtenregierung. Fragt man nun, wie das aktive Wahlrecht sein muß, wenn ein Parlament erwartet werden soll, das diesen wahrlich nicht leicht zu nehmenden Aufgaben gewachsen ist, so ist zunächst klar, daß eine gewisse Altersreife vom Wähler verlangt werden muß. Daher liegt aber auch nahe, noch weiter eine Sichtung der Wählerschaft auf ihre „Wahlreife" hier vorzunehmen, um den politisch Einsichtigeren ein größeres Maß von Einfluß zu gewähren als der politisch Minderreifen. Jedoch ein „Wahlreife-Examen" gibt es nicht. Fragt sich, ob andere Unterlagen für eine Abstufung der Wahlfähigkeit gefunden werden können. Das englische Recht sucht sie bekanntlich in der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Wählers. Andere Rechte finden sie im „Zensus", sei es,

Digitized by Google

indem sie eine Mindeststeuerleistung verlangen, sei es in der Form einer Abstufung des Wahlrechts nach der Steuerleistung. Auf dieser Grundlage ist das preußische Dreiklassenwahlrecht entstanden. Es beruht auf der Vorstellung, daß mit dem Besitz die Anteilnahme an dem Staate, damit aber auch das Verständnis für den Staat wachse.

Wie unvollkommen dieser Maßstab ist, darüber bedarf es nicht vieler Worte. Aber auch die Gegner des Dreiklassenwahlrechts sollten anerkennen, daß es ursprünglich nicht plutokratisch gedacht war, daß es vielmehr einen mißglückten Versuch darstellt, die politische Einsicht mit der Steuerleistung in Verbindung zu bringen.

In Wahrheit verbürgt allerdings der Besitz in keiner Weise die politische Urteilsfähigkeit. Ob etwa unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit den Besitzenden ein erhöhter Anteil an der Staatsregierung zu gewähren ist, darüber sei nachher noch ein Wort gesagt. Der Gedanke der zweckmäßigen Auslese der Volksvertreter kann heute nur — unter Ausschaltung jeder Rücksicht auf den Besitz — zur Gewährung von Zusatzstimmen für politisch Gereifte führen. Es liegt nahe, eine Zusatzstimme für Erreichung höheren Alters, etwa des bekannten Schwabenalters, zu gewähren. Eine zweite Zusatzstimme könnte vielleicht erhalten, wer einen selbständigen Hausstand gegründet hat. Schließlich ließe sich auch noch eine dritte Zusatzstimme rechtfertigen für solche, die ein bestimmtes Maß wirtschaftlicher Selbständigkeit erlangt haben. Den Gedanken, etwa ein besonderes Maß von allgemeiner Bildung zur Grundlage einer Zusatzstimme zu machen, halte ich für verfehlt; denn Allgemeinbildung und politische Bildung sind durchaus zweierlei.

Der Gedanke des Mehrstimmenwahlrechtes hat manches Einleuchtende und darum nicht wenige Anhänger. Aber es fragt sich, ob er unter dem Gesichtspunkt der gerechten Machtverteilung ebenso Stich hält, wie unter dem Gesichtspunkt der zweckmäßigen Auslese des Parlamentes. Unter den Verteidigern des geltenden preußischen Wahlrechtes finden sich zwar solche, die dieses gerade mit dem Gedanken der Gerechtigkeit begründen wollen. Es ist sogar das Wort gefallen, daß man das „Portemonnaie der Besitzenden" nicht der besitzlosen Masse ausliefern sollte.

Ein böses Wort in der Zeit der Kriegswuchergewinne! In einer Zeit der unerhörtesten Opfer an Blut und Entbehrung. Wer da meint, daß die Steuerleistung an und für sich schon ein Vorrecht rechtfertige, der übersieht vollständig, daß diese federleicht wiegt im Verhältnis zu der Leistung dessen, der sich selbst opfert. Er übersieht auch, daß die Steuerleistung ja ihrerseits nur ein bescheidenes Entgelt darstellt für die Erwerbsmöglichkeit, die der Staat dem Steuerzahler verschafft hat.

In eigenartiger und beachtenswerter Weise hat Thimme in den „Grenzboten" und in der „Deutschen Politik" (2. Jahrgang, Heft 8) den Vorschlag eines Mehrstimmenwahlrechts ausgestattet und begründet. Er stuft nicht ab auf die Kreise der Wähler, also auf die Zweckmäßigkeit der Gestaltung des Wahlrechts, sondern er nimmt, wie manche Verteidiger des Dreiklassen-Wahlrechts, die Leistung der Wähler zur Grund-

Digitized by Google

lage, sucht also nach einem gerechten Wahlrecht. Er sieht dabei zwar nicht ganz ab von der Steuerleistung. Aber er stellt sie in einen größeren Rahmen. Er will die „staatliche und soziale Gesamtleistung" erfassen und dem Wahlrecht zugrunde legen. So berücksichtigt er zunächst die Heeresdienstleistung, sodann die Leistung für die Volksvermehrung, weiter die ehrenamtliche Leistung, nicht minder die soziale Leistung, endlich die Steuerleistung, bei der die Grund- und Gebäudesteuer besonders hoch bewertet werden soll.

Der Vorschlag ist bestechend und könnte, wenn ein Ausgleich zwischen den entgegengesetzten politischen Richtungen auf mittlerer Linie gesucht werden soll, guten Dienst leisten. Aber er hat doch auch manche Bedenken gegen sich. Zunächst dieses, daß die Minderbemittelten auch nach Thimmes Vorschlag unter allen Umständen im Wahlrecht benachteiligt bleiben. Es ist ferner nicht möglich, die Höchstzahl der Stimmen zu erwerben. Und auch, wenn dieser Fehler beseitigt würde, bliebe noch ein grundsätzlicher Einwand bestehen: die Leistung, die der einzelne für den Staat vollbringt, darf überhaupt nicht als Maßstab des Wahlrechts dienen. Es ist meiner Überzeugung nach ein Irrtum, wenn man meint, der Gerechtigkeit zu genügen, indem man das Wahlrecht als Belohnung für die vom Wähler vollbrachte Leistung ersieht.

„Gerechtigkeit ist Verhältnismäßigkeit." Wenden wir diese Begriffsbestimmung auf das Wahlrecht an, so muß gefragt werden, wozu es in ein Verhältnis zu setzen ist. Handelt es sich zwischen dem Staat und dem Wähler darum, daß sie beiderseits Leistungen austauschen, so wäre allerdings die Leistung, die der Wähler für den Staat vollbringt, der Maßstab für das, was er beanspruchen kann. Aber, so wenig die Gewährung des Wahlrechts eine Leistung ist, die der Staat dem Wähler zukommen läßt, so wenig kann umgekehrt der Wähler auf seine Leistungen für den Staat einen Anspruch auf Wahlrechtsgewährung gründen. Das Wahlrecht ausüben heißt: handelnd am Staat teilnehmen. In Beziehung gesetzt werden muß diese aktive zur passiven Teilnahme am Staate. Gewiß ist das Wahlrecht, wenn es den Pflichten entspricht, die die Teilnahme am Staate den einzelnen auferlegt. Es muß den Opfern angemessen sein, das der Staat von seinen Mitgliedern verlangt.

Das parlamentarische Wahlrecht ist heute für die Masse der Staatsbürger der Weg zur Mitwirkung im Staate. Und zwar der einzige Weg, während für die Höherstehenden sich noch manche andere Möglichkeit des Einflusses eröffnet. Ganz sicher kann Rechtsgleichheit zur Ungerechtigkeit werden. Aber in diesem Falle nicht. Die Gerechtigkeit des gleichen Wahlrechts beruht in der Verhältnismäßigkeit, die dadurch zwischen dem Recht im Staate und der Pflicht gegenüber dem Staate begründet wird. Und diese ist heute bei dem ärmsten Staatsbürger nicht geringer als bei dem reichsten. Es ist oft gesagt worden und in der Tat richtig, daß der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht, besser gesagt: der unbedingten Hingabe jedes einzelnen an den Staat not-

Digitized by Google

wendig zur Gleichheit des Wahlrechts hinführt. Die volle Staatsbürgerpflicht bedingt das volle Staatsbürgerrecht und dieses die volle Beteiligung an der Wahl der Volksvertretung.

Es fragt sich also nur, ob wir den Gedanken der zweckmäßigen Gestaltung des Parlamentes oder den Gedanken der gerechten Machtverteilung bei der Zumessung des Wahlrechtes vorwalten lassen sollen. Zwischen beiden muß eine Auseinandersetzung stattfinden; denn sie decken sich, wie ich zu zeigen versuchte, nicht völlig. Die Entscheidung wird davon abhängen, was den Antrieb zur Revision der Verfassung gegeben hat. Und da glaube ich nun, daß unter den heutigen innen- und außenpolitischen Verhältnissen der Gedanke der Gerechtigkeit sich in den Vordergrund drängen muß. Daß er in den Vordergrund gestellt werden darf, ohne, daß wir zu besorgen brauchen, es werde daraus eine Gefahr für den Staat erwachsen. Die Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist eine Frage des Vertrauens. Verdient etwa das Preußenvolk weniger Vertrauen als das gesamte deutsche Volk?

Entscheidend ist für mich, daß auf die Dauer eine Verschiedenheit in der Gestaltung des Wahlrechts, die zwischen dem Reiche und dem größten Einzelstaate sowie zwischen dem preußischen Wahlrecht und dem der süddeutschen Staaten heute noch besteht, völlig unerträglich wird. Wir können und dürfen das Reichstagswahlrecht nicht ändern. Also bleibt nichts andres übrig, als das preußische Wahlrecht dem Reichstagswahlrecht anzupassen. Man wage den Schritt, und das preußische Volk wird das Vertrauen rechtfertigen.

Richtig ist ja: es handelt sich um einen Schritt in der Richtung zur „Demokratie". Und für manche Leute ist das gleichbedeutend mit einem Schritt zum Abgrunde hin. So stoßen sie denn Kassandrarufe aus oder kommen wenigstens mit dem Schlagwort: „principiis obsta", das von jeher von denen gebraucht worden ist, die an den bestehenden Zuständen nichts geändert wissen wollen.

Aber die Angst vor der Demokratie soll uns ebensowenig berühren wie das Gerede über unsere „Autokratie". Wir wissen, daß eine Mischung beider Staatsformen für unser deutsches Staatswesen das einzig Richtige ist. Wir haben sie heute schon, und dabei soll es bleiben. Nur, daß wir etwas mehr Demokratie, das heißt: tätige Teilnahme des Volkes am Staate nicht nur sehr gut vertragen können, sondern dringend nötig haben, um alle Kräfte unseres Volkes für den Wiederaufbau dessen, was dieser Krieg zerstört hat, zu gewinnen.

Wir sind von der reinen Demokratie noch sehr, sehr weit entfernt und kommen auch durch eine Erweiterung des preußischen Wahlrechtes noch nicht in die Gefahr, unseren Staat unversehens in eine parlamentarische Republik zu verwandeln. Will man ein übriges tun, so verbinde man die gleichfalls notwendige Reform des Herrenhauses — es muß ein Parlament der Berufsstände und Selbstverwaltungskörper werden! — mit einer Erweiterung der Rechte dieser Ersten Kammer, wie es seinerzeit in Würt-

Digitized by Google

temberg bei der Neugestaltung des Landtags geschah. Denn die Zurücksetzung des Herrenhauses im Budgetrecht verliert ihren Sinn, wenn es seinen feudalen Charakter abstreift. Aber man verschone unser Volk mit der Angst vor einer Vermehrung der Volksrechte. Nicht oft genug kann in unserer Zeit der Leitsatz der Steinschen Städteordnung, dieses Grund- und Ecksteines des neuen preußischen Staates, wiederholt werden: „Zutrauen veredelt den Menschen; ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen."

*

Diese Bemerkungen waren niedergeschrieben, als die Osterbotschaft des Kaisers in lapidaren Worten kundtat, daß „für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr" ist. Möge sie eine neue Zeit für Preußen und Deutschland einleiten! Eine Zeit in der wir der Welt zeigen, daß wir ein Volksstaat sind mit einem erblichen Oberhaupt, das nicht nur dem Namen nach, sondern in Wahrheit ein Führer seines Volkes ist.

Notizen

Der Grenzsaum an der Westfront. Ich weiß nicht, ob Hindenburg oder Ludendorff Friedrich Ratzels „Politische Geographie" kennen; fast aber ist es zu vermuten. Denn was sie vor einigen Wochen mit einem wesentlichen Teile der Westfront vorgehabt und durchgeführt haben, entspricht dem Lieblingsthema innerhalb des politisch-geographischen Lehrgebäudes des großen Leipziger Denkers so auffallend, daß mindestens eine höchst merkwürdige Verwandtschaft der beiderseitigen Geistesverfassung festzustellen ist. Nur insofern klafft ein beträchtlicher Unterschied, als das, was unsere Heeresleitung mit der Herstellung eines viele Kilometer breiten toten Gebiets zwischen dem aufgegebenen Grabensystem und der neuen befestigen Stellung praktisch hat in die Erscheinung treten lassen, von der Theorie des Anthropogeographen als „neuzeitliche Anpassung an altertümliche Strategik" angesprochen worden wäre. Dieser auf den ersten Blick gewiß befremdende Gedankengang bedarf einer kurzen Begründung.

Die Grenze als Linie ist etwas Gedachtes, eine Abstraktion, ein Symbol, etwas Unwirkliches, Scheinbares. Bei der politischen Grenze finden wir uns allenfalls ab mit einer Vorstellung, die einem geschichtlichen Vorgang, einem völkerrechtlichen Akt entspricht. Sie gleicht dem Querschnitte durch ein Zellgewebe, dessen Wände künstlich erhärtet sind. Durch das künstliche Mittel eines papiernen Vertrags zustande gebracht, im wahrsten Sinne des Wortes diktiert, verdankt die politische Grenze ihre Dauer nur dem von einem Gleichgewicht der Kräfte erzwungenen Respekte vor einem doktrinären Stillstande, der ringsum von unaufhaltsam pulsierendem Leben umgeben ist. Das spürt man schon, wenn man sich die Unsicherheiten in Begriff und Wesen einer Volks- oder Sprachgrenze vergegenwärtigt: da ist von einer erkünstelten schmalen Linie keine Rede mehr, sondern da haben nur noch Vorstellungen von Grenzstreifen, Grenzzonen, Grenzgebieten, Grenzsäumen Anspruch auf Geltung. Nur wer auf der Karte der niemals ruhenden Bewegung, wie sie sich zwischen zwei Völkern oder Sprachen ständig vollzieht, theoretisch beikommen will, der greift zur Linie als der einzig brauchbaren Stütze für Einzeichnen und Messen. Sie bedeutet aber, darüber darf er sich selber nicht im unklaren lassen, eine Vergröberung, Abkürzung, Verdeutlichung, Vereinfachung, Denkerleichterung für Dinge, die so nicht existieren.

Wer dieser Erscheinung nachgeht und sie bis in ihre Wurzeln verfolgt, der erkennt bald, daß der Mensch im Laufe der Geschichte am Raum immer neue Eigenschaften und Vorzüge entdeckt hat. Die Entwicklung, die seit Urzeiten der Staat genommen hat, läuft mit einer steigen-

Digitized by Google

den Wertschätzung des Bodens, auf dem er erstand und mit dem er zusammenwuchs, parallel; das Wachstum der Menschheit und der Zivilisation ist schuld daran. In primitiven Verhältnissen, bei dünner Bevölkerung, hegte man eine verschwenderische Ansicht von dem meist reichlich zur Verfügung stehenden Raume, den man auszufüllen noch gar nicht in der Lage war. Mit zunehmender Volksdichte setzte ein immer innigeres Verwachsen mit dem Boden ein, ein Sichausdehnen nach den bis dahin — absichtlich oder nicht — leergelassenen Grenzgegenden hin. Die räumliche Abnahme der allmählich durchdrungenen Grenzsäume führte unwillkürlich zur Annäherung, und diese wieder zur Verschmelzung, zum Übergehen des einen Volks in das andere. Alles Dinge, die mit dem Fortschreiten der Kultur Hand in Hand gehen. Den Gipfel des Ganzen bildet schließlich die die intime Berührung zweier Volkskörper anzeigende, in der Natur nicht erkennbare, sondern nur über dem Boden, in der Luft liegende Linie. Letztere ist also ein Kennzeichen unseres Zeitalters; dem Urzustand und früheren Entfaltungsstufen ist sie noch nicht eigen. Insofern bedeutet die künstliche Aufrichtung eines Grenzsaums, wie ihn Hindenburg und Ludendorff rücksichtslos ausgeführt haben, einen Anachronismus (Zeitwidrigkeit), der seine Rechtfertigung lediglich in strategischen Erwägungen findet. Zugleich aber beweist gerade er von neuem, daß militärgeographisch die Grenze nur als Raum zu fassen ist.

Im tiefsten Grunde beruht der ganze Vorgang auf der Befriedigung desselben Schutzbedürfnisses, das einst Kroisos von Lydien zur Verwüstung Kappadokiens oder Philippos von Mazedonien zur Verödung der Strichs zwischen seinem Land und dem Gebiete der Dardaner veranlaßt hat. Im Altertume war das ein beliebtes und angesichts der Weiträumigkeit jener „goldnen" Zeiten billiges Verfahren. Im Laufe der Jahre lernte man mit dem Boden sparsamer umzugehen. Damit verschwand auch jener Zwischenzustand immer mehr, auf den man seit der Mitte des 18. Jahrhunderts den Ausdruck No-Mans-Land anzuwenden pflegte, als das Grenzland zwischen den Indianern der Großen Seen und des Mississippi, sowie der Süd-Alleghanies noch unbewohnt war. Doch darf man sich diese Art eines Grenzsaums nicht als Einöde vorstellen, vielmehr lagen hier die wildreichen Jagdgründe der Tschirokie, Krihk und Tschikasah, der Algonquin und Waiandot. Daher auch die Erbitterung, womit diese Indianer dem Eindringen der Weisen in ihre vom Ohio und vom Tennessee her durch herrenlose Weiten geschützten Wildparke wehrten. Ähnliche Niemandsländer gab es in Nord-Texas, zwischen China und Korea, in Südafrika (Ost-Griqualand), im Innern Südamerikas (Paraguay und Bolivien), um von den durch die deutschen Afrikaforscher Barth, Rohlfs und Dunker bekannt gewordenen Grenzsäumen zwischen Dar For und Wadäï, den Haussa den Fulbe, zwischen Wandala und Bornu, zwischen den Sandch, den Bongo und den Bandja, zwischen Asante und Akem zu schweigen. Denn wir brauchen gar nicht nach fremden Erdteilen zu schweifen: ich selber habe vor zwei Jahrzehnten (im „Historischen Jahrbuche" XVII, 1896) für das alte Deutschland — abgesehen vom nordsächsischen Limes Karls des Großen — eine Fülle von Grenzöden, Grenzsümpfen und Grenzwäldern nachgewiesen und ihre allmähliche Aufsaugung durch Entwaldung oder Trockenlegung, Verfall der Gaueinteilung und Inbesitznahme herrenloser Räume (wenn es sein mußte mit Hilfe klerikaler Urkundenfälschungen) von Jahrhundert zu Jahrhundert verfolgt. Marken, Grenzwälle, Grenzforsten und andere Grenzgürtel sind demnach Einrichtungen einer verhältnismäßig fernen Vergangenheit oder eines frühen Kulturzustands. In bezeichnender Weise kam das Gefühl, herren- und somit gesetzlose Zwischengebiete seien eines fortgeschrittenen Zeitalters unwürdig, bei der Ordnung der Besitzverhältnisse in Britisch-Betschuanaland (1880) zum Durchbruch, als man bestimmte, künftig dürfe es überhaupt kein No-Mans-Land mehr geben.

Nahe lag also der Gedanke, einem wichtigen, aber ungemütlich gewordenen Stück unserer Westfront durch Zurückverlegung eine ganz neue Linienführung zu geben und ihr durch Her-

Digitized by Google

stellen einer rasierten Glacis einen besonders nachdrücklichen Schutz zu verleihen, durchaus nicht. Um so genialer war der Entschluß, durch Zurückgreifen auf antike Mittel der Landesverteidigung monatelange Berechnungen und Vorbereitungen des Gegners mit einem Schlage zuschanden zu machen und der eigenen Ausfallstellung die verlorene Bewegungsfreiheit wiederzugeben. Nach der hohnvollen Ablehnung unseres Friedensangebots war für sentimentale Bedenken, die dem Sprengen der Brücken, dem Aufreißen der Straßen und Bahnen, dem Durchpflügen der Wiesen, dem Umhauen der Bäume, dem Zerstören der Wasserleitungen und Brunnen sonst hätten hinderlich sein können, kein Platz mehr. Hindenburgs militärischer Grenzsaum von 1917 wird in der Kriegsgeschichte stets ein Kapitel für sich beanspruchen und verdienen. Dr. Hans F. Helmolt

Zur dalmatinischen Frage. Der Streit um Dalmatien hat auch während des Krieges zwischen Italien und Serbien nie ganz geruht. Erst jüngst führte auf dem reformistischen Parteitage in Rom die dalmatinische Frage zu lebhaften Erörterungen. Modaini hatte den Mut zu behaupten, Dalmatien gehöre weder geographisch und ethnographisch zu Italien, noch sei es zur militärischen Sicherheit Italiens notwendig — Bemerkungen, die natürlich bei der annexionistischen Mehrheit des Parteitages tumultösen Widerspruch hervorriefen. Es ist beachtungswert, daß im Jahre 1860 der berühmte dalmatinische Schriftsteller Niccolò Tommaseo geschrieben hat: „Mit dem Freimut, der meiner Rasse eigentümlich ist, muß ich sagen, daß meiner Ansicht nach Dalmatien nicht wieder mit Italien vereinigt werden kann. Die Zeit, in der wir leben, ist sehr verschieden von derjenigen der Venetianischen Republik, die, da sie der Küsten Dalmatiens bedurfte, zu herrschen verstand ... Italien hat bei sich daheim genug Schwierigkeiten, als daß sie es noch nötig hätte, sie jenseits des Wassers zu suchen ... „Sodann geht Tommaseo näher auf diese Schwierigkeiten ein, die sich Italien bei Völkern bieten, „die eine andere Sprache sprechen". — Die dalmatinische Frage beschäftigt auch jetzt lebhaft die außerhalb der Ententeländer lebenden Serben. So widmet die von Professor L. Markovich, dem Staatsrechtslehrer an der Universität Belgrad, in Genf herausgegebene Zeitschrift „La Serbie" ihr häufig längere Artikel. — Auch die in Lausanne erscheinenden „Annales des Nationalités" schreibt in einem Aufsatz in Nr. 1—2 des Jahrganges 1917 über „die Nationalitäten und der Präsident Wilson", worin dessen Botschaft an den Senat besprochen wird, ausdrücklich, daß Wilsons Neutralitätsprinzip den Anspruch Italiens auf die Küsten Dalmatiens „verurteile", da „dessen Bevölkerung ihrer Rasse nach nicht unter italienische Herrschaft zu gelangen wünscht". (Übrigens entbehrt es nicht einer gewissen Komik, daß zu dem „Comité de Patronage" der „Union des Nationalités", deren Organ diese „Annales" sind, auch Herr Barzilai „ministre d'état (Rome)", der Minister der zu erlösenden Provinzen, gehört. — Auch in Frankreich empfindet man die Schwierigkeit, die divergierderen Interessen der vor einen Wagen gespannten ungleichen Entente-Bundesgenossen Italien und Serbien mit einander zu versöhnen. Einen Versuch dazu macht Herr Magda, „Professeur aux de la Ville de Paris", auf seiner Karte „Das Europa der Zukunft", auf der er Deutschland und Österreich-Ungarn zu zerstückeln sucht (abgebildet in dem Flugblatt „Wenn sie siegten!" Verlag von Max Pasch, Berlin SW 68, Ritterstr. 50.) Darauf spricht er Italien „das Trentino und Istrien mit den Städten Trient, Triest und einigen illyrischen Inseln" zu, „während Österreich die Häfen Pola und Fiume behalten darf" (also Häfen, die ihres Hinterlandes beraubt wären!), wogegen Serbien erhalten würde „das rechte Donauufer bis zur Drau, Slavonien, Bosnien, Dalmatien mit einigen illyrischen Inseln, ein Stück Albaniens mit einem adriatischen Hafen". Wie man sieht, teilt Magda Länderstrecken, die auch nach obigen Beurteilern größtenteils von slawischen Völkerschaften bewohnt sind, ganz willkürlich zwischen Italien und Serbien auf, als ob die Ländergier dieser beiden Staaten dadurch endgültig befriedigt werden könnte, während in Wirklichkeit auf solche Weise nur von neuem der Zankapfel zwischen sie beide geworfen werden würde. E. B.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Übersicht über die Berichtswoche vom 29. April bis 5. Mai.

Unter den Büchern, die zu äußerer und innerer Umkehr aufrufen und aus den Zeichen und Bedürfnissen der Gegenwart Fragen und Wünsche an die Zukunft richten, steht diesmal ein neues Buch des schwedischen Professors Rudolf Kjellén voran. Seine Ausgangspunkte sind auf der einen Seite die Erneuerung des Staates, auf der andern die daraus sich ergebende Notwendigkeit zu neuer methodischer Einstellung. Die „Staatswissenschaft muß gleich einem Ring, der dem Finger zu eng geworden ist, erweitert werden, schon um der Wissenschaft selbst willen, um nicht gegen den grünen Baum des Lebens zur grauen Theorie zu werden". Gegenüber der Auffassung der alten Manchester Schule, die in dem Staat nicht mehr sah als einen Rechtsschutzlieferanten und einen Aufrechterhalter der Rechtsordnung, ist für Kjellén der Staat geworden, „der unzertrennlich mit dem nationalen Individuum verknüpft, und so für dieses, d. h. seine Nation und ihre Wohlfahrt, verantwortlich ist". „Die Volksanlage zu vervollkommnen ist der Zweck des Staates: dann kommt das wirkliche Glück von selbst"; „denn das Streben nach geographischer Individualität, Nationalität, Autarchie und Interessengruppierung ist zusammengefaßt nichts anderes als nur in verschiedenen Formen eine Rückkehr zur Natur, d. h. eine Anknüpfung an das gesunde Triebleben, die Rousseau dem Individuum gepredigt hat". Daß auch sonst die Notwendigkeit einer Methoden- und Systemerneuerung der Volkswirtschaftslehre nachgewiesen wird, zeigt, wie sehr diese Forderung aus der Zeit gewachsen ist. Diese Disziplin der Wissenschaft ist vor so viele neue Tatsachen gestellt worden, daß sie in vielem von Grund auf umlernen muß und lange genug zu tun haben wird, um das riesenhaft angewachsene Material erkenntnismäßig zu verarbeiten. Da tut es freilich not, sich schon heute auf Mittel und Wege zu besinnen. Ein Buch des Umlernens und Umlehrens hat auch der Wiener Soziologe R. Goldscheid geschrieben, der aus dem Wandel der Staatsbegriffe die Basis für eine neue Staatswissenschaft ableitet, „die den Staat nicht mehr zu einem bloß formell juristischen Gebilde verblassen läßt". G. findet diesen Boden zum Verständnis des notwendigen Charakters des Staates in der finanziellen Bedingtheit. „Es gilt vor allem vorauszudenken, Mittel ausfindig zu machen, die uns befähigen, selbst nach all den grauenhaften Verlusten, die wir erleiden mußten, zu neuer Blüte zu gelangen." G. meint, das gelinge nicht, wenn wir nicht entschlossen daran gingen, „den kapitalistischen Machtstaat in einen machtvollen Kapitalstaat umzuwandeln", „wenn man das Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft als Ganzes nicht so tiefgreifend umzuformen gewillt ist, daß mit der fundamentalen Reform der Ordnung des Haushaltes jedes einzelnen Staates zugleich die Beziehungen der Staaten untereinander völlig neue Grundlagen erhielten". Besonders merkwürdig ist der Ausgangspunkt für die Untersuchungen: „Ein unvergleichlich erschütterndes Erlebnis wurde den Menschen unserer Tage zuteil, als in der Kulturtragödie dieses Krieges der Staat mit einem Male leibhaftige Gestalt gewann und in der Art einer höheren Macht ihr Schicksal im größten wie im kleinsten unerbittlich formte." „Hat uns darum wissenschaftlich der Staat bisher vorwiegend als begriffliche Konstruktion beschäftigt, so werden wir uns nun, wo er wie eine Elementarkraft über uns waltete, ganz anders in sein innerstes Wesen vertiefen."

In die Praxis führt das Jahrbuch „Frauenwirtschaft". Wie einwandfrei wird die Frauenfrage, wo sie aus unfruchtbarer Theorie zu der tätigen Arbeit sich wendet, wie segensreich und versöhnend.

Abseits aller überpatriotischen Wünsche und Meinungen liegt auch die letzte Veröffentlichung von Koser, des Biographen Friedrichs des Großen. Er hat sich kurz vor dem Krieg mit einem Franzosen zusammengetan, um den Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Maupertius und Voltaire herauszugeben. Das heißt im Sinne des großen Königs handeln. Möchte es nicht zu lange dauern, bis man sich hüben und drüben wieder auf die wissenschaftliche und menschliche Nützlichkeit solcher Zusammenarbeit besinnt. Daß für die Schweiz dieses Zusammenarbeiten keine Unterbrechung erfahren hat, bezeugt die Festschrift für Georg Cohn, zu der deutsche und schweizer Juristen sich eifrig zusammengetan haben.

Es überrascht darum auch nicht, gerade in der Schweiz wieder die Hoffnung auf „Friedensliebe als die Völkerreligion der Zukunft" ausgesprochen zu sehen, während man bei uns nur erst Einzelfragen erörtert, die zum Wiederaufbau mithelfen. Volkswirtschaftliche Fragen stehen naturgemäß voraus (in Übereinstimmung mit uns in der Schweiz, wo man sich des Gewerbes und der Landwirtschaft mit Liebe und Sorgfalt annimmt). Die Allgemeinheit betreffen Vorschläge für eine Reichswohnversicherung und die Vermehrung des kleinen Grundeigentums. Das heißt vernünftige Bevölkerungspolitik machen und die Schäden an ihrer Wurzel packen, um sie zu heilen. Man schaffe anständige Wohnungen und die Mittel, ausreichend darin zu leben, und das ganze Problem „Bevölkerungspolitik" löst sich von selbst. Also kann man nur wünschen, bei dieser jungen Erkenntnis möge man bleiben und

Digitized by Google

sie recht stark und nachdrücklich werden lassen. Neben dieser praktischen Zukunftsarbeit nehmen sich die verschiedenen Kriegszielerklärungen der Verbände und Parteien, die gesammelt vorgelegt werden, erst recht unfruchtbar aus.

In der Kriegsliteratur fallen als menschliche Dokumente die Nordschleswigschen Soldatenbriefe und Lebensbilder dreier junger Soldaten auf. Die ersten können alle Furcht vor einer Irredenta in Schleswig-Holstein zerstreuen. Das klingt so gut und treu deutsch wie nur irgendein Soldatenbuch aus dem Herzen Deutschlands und hat dazu noch eine so starke persönliche charaktervolle Note, daß man überrascht und beglückt aufhorcht. Und wie viel Achtung vor dem ehrlichen Wollen zum Guten und Richtigen flößen die Lebensbilder dieser drei Studenten ein, die ihnen ihr Lehrer aus Schulerinnerungen und Bekenntnissen aus dem Felde zusammengestellt hat. Wir können es nach solchen Büchern sogar aushalten, uns von einem Neutralen, dem Norweger Björnson, loben zu sehen, ohne beschämt zu werden. Und davon übermütig zu werden, wollen wir uns, selbstkritisch und selbstbesinnlich, schon hüten.

Zu interessanten Ergebnissen über die Kriegswirtschaft kommt ein Mitarbeiter der bayrischen Lebensmittelstelle Michael Horlacher aus einem Vergleich hauptsächlich zwischen Deutschland und England: 1. Was die Lebensmittelteuerung anlangt, so hat Deutschland bei Getreide, Mehl, Brot, Kartoffeln, Milch, Käse und Zucker niedrigere, zum Teil wesentlich geringere Preise als das feindliche Ausland aufzuweisen. 2. Während die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Lichte der Lebensmittelteuerung verhältnismäßig günstig sich gestaltet, kann man dies in gleicher Weise von der Versorgung mit Lebensmitteln nicht behaupten. 3. In Frankreich und Italien ist im Vergleich zu England schon ein stärkerer Lebensmittelmangel zu verzeichnen. Rußland hat in seinen Industriegebieten Nahrungsmittelnöte aufzuweisen, wie sie bei uns nirgends zu verzeichnen sind und wohl auch nicht eintreten werden. Die Hauptursache hierfür ist das völlig zerrüttete russische Verkehrswesen.

Politik

Rudolf Kjellén: Der Staat als Lebensform. (1917. S. Hirzel Verlag, Leipzig.) 233 S. geh. M. 4.—. Neben des schwedischen Gelehrten Büchern über die Großmächte der Gegenwart und die politischen Probleme des Weltkrieges bedeutet dieses Buch einen weiteren Baustein zu „einem System der Politik auf Grundlage rein empirischer Auffassung des Staates". Mit der juristischen Staatsanschauung vom Zweck des Staates als eines Aufrechterhalters der Rechtsordnung schreitet Kjellén zu der Erfassung des Staates als eines Volkes, eines Haushalts und einer Gesellschaft fort. Statt unter die Gesetze des Rechts, stellt Kjellén den Staat unter das Gesetz seiner natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und unter das Gesetz des Lebens. Er sieht den Zweck des Staates in der Wohlfahrt der Nation und in der Vervollkommnung der Persönlichkeit. Möchte das Buch in recht viele Hände und zu vielen ernsthaften Menschen kommen.

Alfred Lanick: Klarheit über die Kriegsziele. (Mit einem Anhang: Zusammenstellung wichtiger Kriegszieläußerungen und Denkschriften. Politische Verlagsanstalt, Heidelberg 1917. 185 S., M. 3.—.) Allgemeine Erörterungen über Kriegsgründe und Kriegsziele. Behandlung aller Kriegszieldenkschriften, die bisher z. T. nur auf vertraulichem Wege verbreitet worden sind und aller parteiamtlichen Kundgebungen der politischen Parteien und aller wichtigen Kriegszieläußerungen führender Politiker und Fachmänner. Als Dokumentensammlung unentbehrlich und Ausdruck der deutschen Kriegs- und Friedensstimmung menschlich von Wert.

Otto Seeck: Russen und Balten. (Verlag Velhagen & Klasing, Bielefeld 1917.) 100 S. Der Titel dieses frisch geschriebenen Büchleins ist zu eng gefaßt. In den zwei ersten Vorträgen wird nämlich der tiefe Gegensatz zwischen russischem und deutschem Wesen aufgezeigt. Erst im dritten Vortrage spielen die Balten, als Vertreter deutscher Art, eine größere Rolle.

Volkswirtschaft

Rudolf Goldscheid: Staatssozialismus und Staatskapitalismus. Ein finanzsoziologischer Beitrag zur Lösung des Staatsschulden-Problems. 1917. Anzengruber-Verlag. Brüder Suschitzky, Wien-Leipzig. 185 S. Br. Kr. 4.—, geb. Kr. 5.—. Sucht aus einem Überblick über das Verhältnis zum öffentlichen Finanz- und staatlichen Leben und aus der wissenschaftlichen Zusammenfassung der daraus erwachsenden Probleme eine Finanzsoziologie zu begründen, die einen „vollen Einblick in das wahre Wesen des Staates gewähren soll".

E. Utzinger: Wirtschaftliche Überfremdung und Abwehrmaßnahmen der Schweiz. 1917. Verlag Rascher & Cie., Zürich. Schriften für Schweizer Art und Kunst 58. (32 S.) Stellt die wirtschaftliche Überfremdung der Schweiz fest und schlägt Begegnungsmittel vor (Zwangseinbürgerung, Änderungsmöglichkeit der Niederlassungsverträge, Selbsthilfemaßnahmen in Form bestimmter Organisationen: der Schweizer Woche, der Mustermesse u.s.f.).

Karl Wasserrab: Soziologische National-

Digitized by Google

ökonomie. (Duncker & Humblot, München.) 49 S. Preis M. 1.20. Begründet die Notwendigkeit einer System- und Methodenerneuerung der Nationalökonomie (unter Annäherung an die Gesellschaftswissenschaft).

Dr. E. Mayer: Wenn der Friede kommt.... München 1917. G. Franzsche Hofbuchdruckerei. 64 S. 90 Pfg. Betrachtet die Frage über die volkswirtschaftlich günstigste Gestaltung der Zukunft nach Friedensschluß, der in volkswirtschaftlicher Beziehung günstigste und wünschenswerteste erscheint, wird hier in wenigen Zeilen eingehend und leicht verständlich dargelegt. Erfreuliche Klarheit und Sachlichkeit zeichnen die kritischen Betrachtungen aus, und alle Wünsche, die daran geknüpft werden, sind getragen von einer warmen, tiefen Liebe zum deutschen Vaterland. Eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen zum Besten unseres Volkes und unseres Wirtschaftslebens wird hier gegeben, und die an Umfang kleine Broschüre ist reich an fruchtbaren Gedanken. Zweifellos darf deshalb diese zeitgemäße und lehrreiche Schrift, die bei der allgemeinen starken Friedenssehnsucht eine hochwillkommene Gabe für jedermann sein wird, des Interesses aller Kreise und Schichten der Bevölkerung gewiß sein, und sicherlich wird sie überall den wohlverdienten Anklang und Beifall finden.

G. W. Schiele: „Die Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums." (M. 2.50.) J. F. Lehmanns Verlag, München. „Der große Staatsmann, der auf einer Politik der Vermehrung des kleinen Grundeigentums in Stadt und Land den Neubau der deutschen Volksfreiheit aufbauen will, muß diese Politik gründen auf die freie Entfaltung der Kraft des einzelnen. Kraft, Eigentum, Freiheit sollte sein Bauplan sein. Nicht durch hygienischen Sozialismus, sondern durch stark machenden Individualismus ist diese Aufgabe zu lösen."

Helveticus: Aktuelle Hauptfragen des Schweizer Gewerbestandes. 1917. Verlag Rascher & Cie., Zürich. Schriften für Schweizer Art und Kunst 51/52. (72 S.) Verlangt den Zuzug von mehr Schweizer Personal für das Schweizer Handwerk und Gewerbe; Vorbereitung der Hebung des Handwerk- und Gewerbestandes durch die Volksschule (Verwirklichung der Arbeitsschule; Einsetzung von Vertrauensberatern für Berufswahl, einheitliches Gewerbegesetz). Zusammenfassend wird verlangt: „Nicht nur das Personal, sondern auch die geistige und materielle Leitung des Gewerbes müssen wieder unser werden. Nur Organisation kann durchhelfen. Der Grundstock ist in einer gut fundierten und klar rechnenden Landwirtschaft zu suchen. Im Gewerbewesen (Handwerk, Industrie, Handel, Verkehr) muß der Aufbau in Form von Umgestaltung erfolgen."

B. Schmittmann: Reichswohnversicherung. (Kinderrenten durch Ausbau der Sozialversicherung.) Schriften der Deutschen Gesellschaft für soziales Recht. Heft 1. 1917. Geh. M. 3.40. (Verlag Ferd. Enke, Stuttgart.) Verlangt die Stärkung der Hilfe für die Wohnungsnot der Kinderreichen als öffentlichen Rechtes und will zu ihrer Lösung durch den Vorschlag einer Reichswohnversicherung beitragen. Die Invaliden- und Angestelltenversicherung soll ausgebaut werden durch Angliederung einer Elternschafts- oder Wohnversicherung. Auf Grund von Beiträgen, die der einzelne als Lediger und in den Zeiten geringer Familienlasten aufbringt, erwirbt er sich ein Recht auf eine Kinderrente vom vierten Kinde ab, steigend mit jedem weiteren Kinde unter vierzehn Jahren. Es wird berechnet, daß Beiträge in doppelter Höhe der Invalidenmarken, geleistet gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jährlich 500 Millionen an Erlös aufbringen. Durch Übergangsbestimmungen soll erreicht werden, daß die Auszahlung von Renten gleich nach Inkrafttreten beginnen kann, wie es auch seinerzeit bei der Invalidenversicherung geschah. Der Besitzlose soll so durch die staatlich organisierte Selbsthilfe befähigt werden, mit steigendem Kinderreichtum progressiv mehr für die Wohnung aufzuwenden.

Michael Horlacher: Kriegswirtschaft und Lebensmittelteuerung im In- und Ausland. Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart. 1917. (Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. 33. Heft.) 69 S. geh. M. 2.60. Schildert in Text und Tabellen Lebensmittelteuerung und Lebensmittelversorgung des In- und Auslandes mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Kriegswirtschaft und der wirtschaftlichen Lage Englands, der Produktionsbedingungen und Produktionskräfte der deutschen und gegnerischen Landwirtschaft.

Franz Streckel: Kochbuch für Haferspeisen. Das vom Oberingenieur Franz Streckel im Eisenwerk (vorm. Nagel & Kaemp) A.-G. (Bauanstalt für Hafer- usw. Mühlen) Hamburg 39 herausgegebene Kochbuch für Haferspeisen entspricht insofern einem Bedürfnis, als wir erst während des Krieges — im Gegensatz zu den angelsächsischen Nationen — gelernt haben, den Wert der Haferspeisen für die menschliche Ernährung zu schätzen.

Sonne als Heilmittel. Gemeinverständliche Abhandlung von Dr med. F. Thedering. (Gerhard Stalling, Oldenburg.) 29 S. Theoretische und praktische Grundlagen für die Behandlung mit Sonnenlicht, Einführung in Kenntnis von der Heilkraft des Lichtes und den Wert der Lichtbehandlung.

Geschichte

Franz Winter: Kunstgeschichte im Altertum. Die Kunst der homerischen Zeit. (Kunstgeschichte

Digitized by Google

in Bildern.) (Alfred Kröner, Leipzig.) Preis M. 1.20. Ausgezeichnete Bildtafeln aus vielen zum Teil noch nicht veröffentlichten Abbildungen lehrreich und übersichtlich zusammengestellt.

Alfred Schirokauer: August der Starke, der erste deutsche König in Polen. (Rich. Bong, Berlin.) Mit 33 Abb. 365 S. Preis M. 5.—. Romanhaft dargestelltes Lebensbild August des Starken, des Schöpfers der Kunststadt Dresden und des ersten deutschen Herrschers auf dem polnischen Thron, durch Bilder der Zeit und auf Grund der geschichtlichen Unterlagen der Darstellung. Erzählende Biographie eines glanzvollen Herrschers und Monographie einer wechselvollen, bewegten, viel verschlungenen Zeit.

Nachträge zu dem Briefwechsel Friedrichs des Großen mit Maupertuis und Voltaire. Herausgegeben von Hans Droysen, Fernand Caussy und Gustav Berthold Volz. (Verlag S. Hirzel, Leipzig. 1917.) 116 S. geh. M. 6.—. (Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven. 90. Band.) Die Veröffentlichung, die aus Kosers Nachlaß stammt, gehört in die Zeit, wo die internationalen wissenschaftlichen Beziehungen noch lebendig waren. Das Vorwort erklärt, daß die nächste Veranlassung zu der Veröffentlichung ein Anerbieten des Franzosen Caussy war, der die für die Ausgabe des Briefwechsels in Betracht kommenden Ergebnisse seiner umfassenden Nachforschungen über den handschriftlichen Nachlaß Voltaires zur Verfügung stellte. Zusammenstellung und Erläuterungen Kosers sind von den neuen Herausgebern nirgends verändert, um die Schrift zu einer Erinnerung und Gedächtnisgabe des Historikers werden zu lassen.

Kriegsliteratur

Harald Nielsen: Nordschleswigsche Soldatenbriefe. (Eugen Diederichs in Jena.) Preis M. 3.—. Dänische Männer — deren Zuverlässigkeit dieser Krieg bewährte — haben diese Briefe geschrieben. Treues Festhalten an der eigenen Art spricht daraus. Aus seiner Sprache, seinen Liedern und Sprüchen schöpft der Nordschleswiger auch im Kriege an der Front die seelische Stärke.

Berthold Schulze: Aus dem Seelenleben dreier junger Helden. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. 1917. (75 S.) kart. M. 1.60. Von ihrem Lehrer aus ihren eigenen Bekenntnissen zusammengestellt. Aus der schulmäßigen Gezwungenheit, dem altklugen Überschwang, aus jugendlicher Heiterkeit sieht man durch das Erlebnis des Krieges ernste, feste und klare Männer erwachsen.

Kurt Floericke: Gegen die Moskowiter. (Stuttgart, Franckscke Verlagshandlung, geh. M. 1.—.) Behandelt das Ringen um die Karpathenpässe, den Vorstoß in die Baltenmark und die große galizische Durchbruchsschlacht von Gorlice. Dr. Floerickes Schlachtenbilder sind das östliche Gegenstück zu den Schilderungen Fendrichs.

A. Fendrich: Gegen Frankreich und Albion. IV. Halbband: Die Durchbruchsschlachten des Jahres 1915. (Franckscke Verlagshandlung Stuttgart.) Mit Kartenskizzen. M. 1.—. II. Band (III. Halbband: Der Stellungskrieg bis zur Frühlingsschlacht 1915 in Flandern, und IV. Halbband: Die Durchbruchsschlachten 1915.) Franckscke Verlagshandlung, Stuttgart. Geb. M. 2.80.

F. Rohr: Die Prophezeiung von der Entscheidungsschlacht des europäischen Krieges am Birkenbaum und andere Kriegsprophezeiungen. Neue Beiträge. Verlag J. & A. Temming, Bocholt i. W. 135 S. 5 Abb. geh. M. 2.70, geb. M. 3.60. Prüfung der ältesten berühmtesten Prophezeiung über den Weltkrieg, die von der „Schlacht am Birkenbaum" aus dem geschichtlichen Untergrund, dem sie entwachsen ist, und den geistigen Strömungen, die bei ihrer Umwandlung, Neugestaltung und Anpassung an die jedesmaligen Zeitverhältnisse bis zur Gegenwart mitgewirkt haben.

Hermann Joß: Grundbedürfnisse des menschlichen Seelenlebens. Die Ichkreise und das Gewissen. Besonderheiten des menschlichen Gruppenlebens. (A. Francke, Bern.) M. 1.50. Verfasser erörtert die Schuldfragen des Krieges.

A. v. Bülow: Die Jäger vor! F. A. Brockhaus. M. 1.—. Vorpostengefechte, Handstreiche auf feindliche Stellungen, lebhaft geschildert von einem Teilnehmer.

G. Wolff: Die Kriegsdichtung in der Schule. (69. Beiheft der Zeitschrift „Schaffende Arbeit und Kunst in der Schule". M. —.85. Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase, Leipzig. 1917.) Würdigt unter Anwendung der Grundsätze der modernen Gedichtsmethodik die nationalen, ethischen und künstlerischen Werte, die in der deutschen Kriegsdichtuug ruhen, gibt Anregungen über Auswahl und Einstimmung, Vortag und Vertiefung.

Björn Björnson: Vom deutschen Wesen. (Impressionen eines Stammverwandten 1914—1917 mit einem Geleitwort von Gerhart Hauptmann.) Oestertheld & Co. Verlag, Berlin. M. 3.—, geb. M. 4.—. Bilder eines Neutralen von Deutschland und seinen Verbündeten im Krieg, einer Fahrt nach Ostpreußen kurz nach der Verwüstung durch die Russen, nach Belgien, an die Fronten. Charakteristiken Conrad von Hötzendorffs, Schilderungen aus dem befreiten Lemberg, Ansicht über die polnische Frage, Bilder von der polnischen Bevölkerung, der neuen polnischen Universität, der Warschauer Zitadelle, usf.

Anton Fendrich: „Wir" (Ein Hindenburgbuch). Franckscke Verlagshandlung, Stuttgart. (M. 1.—, geb. M. 1.60.) Eindrücke des bekannten Verfassers

Digitized by Google

auf Fahrten durch deutsche Lande und seiner Arbeit für den Krieg.

H. Th. v. Zancka: Rasputin. Russische Sittenbilder nach den Erinnerungen eines Ochrana-Agenten. (Verlagsbuchhdlg. Boll & Pickardt, Berlin 1917.) 222 S. Preis M. 2.— brosch. Ein schlechter Kolportageroman aus der russischen Geheimpolizei, der wohl erst nach Ermordung Rasputins den Titel dieses Orgien feiernden „Heiligen" erhalten hat. Jedenfalls spielt Rasputin nur eine sehr geringe Rolle im Buche. Ob der Verfasser Zancka in der Tat, wie er behauptet, in der Geheimpolizei gedient hat, erscheint recht fraglich, weil ihm arge Schnitzer unterlaufen. Auch ein Oberstleutnant der Geheimpolizei ist noch lange nicht Exzellenz, oder das Preobrashenski-Regiment ist kein Husaren-, sondern ein Garderegiment zu Fuß.

Friedensfrage

Fr. Heinemann: Ewiger Krieg? oder Ewiger Friede? Verlag W. Trösch, Olten. 48 S. 50 Cts. Sieht in der Friedensliebe die Völkerreligion der Zukunft, „eine Religion über und zwischen den Nationen über ihren alten hergebrachten religiösen Bekenntnissen und deren Entzweiung". Dafür ist der „Weltkrieg des Schicksals Wende".

Biographien

Adolf Damaschke: Friedrich List, ein Märtyrer und Prophet der deutschen Weltwirtschaft. (Jena, Verlag Gustav Fischer. 1917.) 48 S. M. —.60. Anknüpfend an den in großen Zügen dargestellten Lebensgang von Friedrich List endigt die kleine Schrift mit der aus der Not der Zeit erwachsenen Kriegerheimstätten-Bewegung.

Festschrift für Georg Cohn zu seinem 70. Geburtstage. (Art. Inst. Orell Füßli, Zürich.) Preis M. 18.—. Außer den Schweizer Historikern haben viele deutsche Rechtslehrer Georg Cohn zum siebzigsten Geburtstage juristische Monographien gewidmet, die zu einem dickleibigen inhaltsreichen Sammelbuche vereinigt sind, darunter Dr. Rudolf Fürst-Heidelberg, Dr. Hachenburg-Mannheim, Justizrat Hirsch-Berlin, Dr. Paul Laband-Straßburg, Karl Lehmann-Göttingen, Karl Neumeyer-München, Albert Osterrieth-Berlin, Max Pappenheim-Kiel.

Kronprinz Rupprecht von Bayern. Ein Lebensbild von Joseph Breg. (Max Kellerer, München.) 94 S. Preis M. 2.50. Anschauliches, mit ausgezeichnetem Bildwerk geschmücktes Lebensbild von der Geburt bis in den Weltkrieg.

Nadja Strasser: Die Russin. Charakterbilder. (Verlag S. Fischer, Berlin 1917.) 264 S. Mit 24 Abbildungen. Preis M. 3.50 brosch. Aus diesem Buch einer Frau über die Märtyrerinnen der revolutionären Bewegung schlägt dem Leser der heiße Atem der russischen Revolution entgegen. Mit kämpft und leidet mit diesen Frauen und unsere Teilnahme begleitet sie nach Sibirien, dem bürgerlichen Grabe vieler Generationen von russischen Freiheitskämpfern. Interessant ist es, wie an der Hand dieser Frauenschicksale sich die Demokratisierung der russischen revolutionären Bewegung deutlich aufzeigt. Während zu Anfang des vorigen Jahrhunderts der Adel die revolutionären Vertreter beiderlei Geschlechts stellte, demokratisiert sich seit Alexander II. die freiheitliche Bewegung immer mehr, bis schließlich das Volk selbst in den letzten Kämpfen in die vorderste Reihe tritt.

Erziehung

Dr. Dietrich Heinrich Kerler: Henri Bergson und das Problem des Verhältnisses zwischen Leib und Seele. (Ulm, Verlag Heinrich Kerler.) M. —.80. Kritische Anmerkungen zu dem Buch des französischen Philosophen, die nachzuweisen suchen, daß und warum es Bergson nicht geglückt ist, das psychophysische Problem auf eine neue Grundlage zu stellen und seiner Lösung zuzuführen.

Kurt Engelbrecht: Deutschlands religiöse Zukunft. Richard Mühlmann Verlagsbuchhandlung (Max Große), Halle (Saale). M. 1.—. Der Verfasser weist über die Zwiespältigkeiten des Lebens der Gegenwart hinweg den Weg zur religiösen Zukunft des Deutschen, die, auf nationalem Grunde erwachsen, Sachlichkeit und Innerlichkeit, die Grundzüge deutschen Wesens vereinigt.

B. Penndorf: Die Berufsbildung und Weiterbildung des Kaufmanns. (Bd. 1 von Violets Globus-Bücherei), X und 377 S. (Stuttgart, Wilhelm Violet.) Geb. M. 3.—. Zeigt die Anforderungen und Aussichten des Berufes und die Mittel zu einer sach- und zweckmäßigen Weiterbildung. Nützliches Handbuch.

Frauenwirtschaft. Jahrbuch für das hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenwirken. Herausgegeben vom Verband „Arbeiterwohl" durch Liane Becker. 7. Jahrgang. VIII und 252 S. geb. M. 4.80. Enthält Abhandlungen aus dem ganzen Gebiet der hauswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Berufsarbeit der Frauen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar

Digitized by Google

2. Jahrgang · 18. Mai 1917 · Heft 20

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Kalt Blut!

Von Dr. Paul Rohrbach

Ein Teil unserer Politiker, zumal auf der Linken, ist friedensgeschäftig, und ein anderer Teil hat Sorge, es könnte ein Friede werden, der uns nicht zum Heil, sondern zum Unheil gereicht. Ganz offen wird dabei ausgesprochen, man traue der Einsicht, namentlich aber dem Willen der Regierung nicht, etwas zustande zu bringen, was der gebrachten Opfer wert ist. Lassen wir das Problem beiseite, bis es nach zuverlässigem Material wird entschieden werden können: ob die Regierung mehr den „Verzichtfrieden" oder mehr den „deutschen Frieden" im Sinne führt, und fragen wir lieber uns selber kaltblütig und ehrlich: Liegt ein Grund vor, an Verzichtfrieden, oder wie man die Sache sonst nennen will, zu denken?

Wir antworten: Nein und nochmals nein! Im Gegenteil, wir haben alle Veranlassung, so ruhig und entschlossen und so hoffnungsvoll wie möglich einer Entwicklung der Dinge entgegenzusehen, die uns menschlicher Voraussicht nach in absehbarer Frist einen Frieden bringen wird, der sicher kein Verzichtfrieden zu sein braucht. Das einzige, was unser Volk und unsere Maßgebenden zu dem Ende sich bewahren müssen, das ist kaltes Blut und Klarheit darüber, wo man hinauswill.

Gehen wir, um unser Urteil zu begründen, von den sichersten Tatsachen aus, die uns zu Gebote stehen. Da sind zunächst unsere U-Boote. Wir haben, so lange der Streit um die rücksichtslose Anwendung wogte, stets den Standpunkt vertreten, daß das entscheidende Wort hierüber bei der obersten Heeresleitung sein müsse, daß es zwecklos sei, sich zu erregen, so lange die oberste Heeresleitung nicht gesprochen habe, und daß mit dem Augenblick, wo sie es getan habe, bedingungsloser Respekt davor zu üben sei. Die Entscheidung fiel, und sie fiel so, wie die Meisten in Deutschland trotz der ungeheuern Schwere der Verantwortung es hofften, für den U-Bootkrieg ohne Einschränkung. Ich bin selbst heute, wo die Erfolge der U-Boote so groß und vielleicht noch größer sind, als die Optimisten es erwarteten, der Meinung, daß in mehr als einer Beziehung der Erfolgseite dieser Waffe auch ein gewisses Debetkonto gegenübersteht, das im einzelnen zu entwickeln hier nicht nötig ist, weil von dessen Posten jeder politisch

Digitized by Google

Weitblickende sich sein Teil privatim summieren kann und wenn auch manches sich vielleicht erst in Zukunft offenbaren wird. Das kann man, ja das muß man sich unbeirrt durch den großartigen Triumph der Waffe ruhig eingestehen. Aber wenn man die erforderlichen Abzüge gemacht hat, so verbleibt ein so unbestreitbarer und wirksamer Überschuß zu unsern Gunsten, daß wir ihn auch als vorsichtige Politiker in die Rechnung einsetzen dürfen. Das Entscheidende beim U-Bootkrig ist die Schnelligkeit der Versenkungen. Dies Tempo kann England nicht lange aushalten, auch dann nicht, wenn die amerikanischen Neubauten, unsere drüben beschlagnahmten Schiffe und alles, was bei den Neutralen erworben und erpreßt wird, auf der feindlichen Seite zur Einstellung gelangt. Zunächst wird lange genug von den Neubauten und Beschlagnahmen wenig oder nichts wirksam werden, und auch später wird dadurch die versenkte Tonnage nicht wirksam ausgeglichen werden können.

Nicht zu sicher sollte man auf die Aushungerung Englands rechnen. Welche Entbehrungen jahrelang möglich sind, das erproben wir an uns selbst. Großbritannien und Irland haben um ein Drittel weniger Einwohner als Deutschland, also auch einen entsprechend geringeren Mindest-Verpflegungsstand. Es müssen nicht für nahezu siebzig, sondern nur für einige vierzig Millionen Menschen Lebensmittel beschafft werden; und wenn auch bis zur englischen Ernte sicher großer Mangel eintreten wird, so hungern die Engländer sich doch vielleicht soweit durch, daß sie zum Ende des Sommers wieder für einige Monate Brot vor sich sehen. Was aber ist damit für sie geholfen? Die Weltgetreideernte 1916—17 war schlecht und die von 1917—18 (der Herbsternte auf der nördlichen Halbkugel entspricht bei den umgekehrten Jahreszeiten die Frühjahrsernte auf der südlichen) wird in den Vereinigten Staaten, aus denen Berichte vorliegen, nach dem jetzigen Saatenbestand auch schlecht sein. Nordamerika aber kommt für die nächste Verschiffungsperiode im Herbst, wo es wieder einige Millionen Tonnen Schiffsraum weniger geben wird, so gut wie allein in Betracht. Südamerika, Indien und Australien würden nach ihrer jetzigen Ernte erst wieder im Frühjahr und Frühsommer 1918 liefern können, also zu einer Zeit, wo es voraussichtlich keine englische Transportflotte für Lebensmittel mehr geben würde. Außer der Nahrung sind noch viele andere Dinge für die Einfuhr nach England notwendig: Metalle, Rohstoffe für die Industrie und die Munition, Grubenholz usw. Die Not an diesen Dingen würde bei dauernder Unterbindung der Zufuhr den Krieg ähnlich gefährden, wie es der Verpflegungsmangel tut.

Das alles aber wird vielleicht gar nicht in erster Linie entscheidend wirken. Auch wenn die Engländer zunächst noch Brot und Rohstoffe genügend erhalten, dabei aber ununterbrochene Schiffsverluste von ähnlicher Höhe wie gegenwärtig erleiden, ist der Zeitpunkt abzusehen, wo sie das nicht mehr aushalten können. Wir haben jetzt eine Reihe besonders günstiger Monate für die U-Boote vor uns; die Zahl und die Leistungsfähigkeit unserer U-Boote wachsen unausgesetzt, und wirksame Mittel großen

Digitized by Google

Stils gegen sie werden nicht gefunden. Als unsere Marine ankündigte, sie wolle 600 000 Tonnen monatlich versenken, machte man in England folgende Gegenrechnung auf: 200 000 Tonnen gleichen wir durch Neubauten und Erwerb neutraler Schiffe aus, 200 000 Tonnen durch Einschränkung der Einfuhr von Luxuswaren, und 200 000 Tonnen Verluste lassen wir gelten, die bringen uns aber nicht um! Diese Kalkulation hat sich jetzt als eine marinepolitische Milchmädchen-Rechnung erwiesen. Wenn die Dinge bis zum Februar 1918, d. h. bis ein volles Jahr scharfer U-Bootkrieg um ist, auch nur mit demselben Monatsdurchschnitt weitergehen wie im ersten Vierteljahr, so ist England ungefähr die reichliche Hälfte der Gesamthandelsflotte los, die es vor dem Kriege besaß. Mag man auch den Ersatz von Amerika her noch so hoch veranschlagen, so ist doch an einen Ausgleich nicht entfernt zu denken. Die bestehende amerikanische Handelsflotte kann ebensowenig helfend eingreifen. Auf dem Papier ist sie mit 7,7 Millionen Tonnen (1912) die zweitgrößte der Welt, aber bei weitem die meisten Schiffe dienen dem Binnenverkehr auf den großen Seen und können nicht auf den Ozean gebracht werden, weil der Welland-Kanal, der den Ontario- und Eriesee unter Umgehung des Niagarafalles verbindet, nur eine Fahrtiefe von etwa 4 Meter hat.

Zur glücklichen Durchführung des U-Bootkriegs gegen England gehört natürlich auch, daß unsere Landfront im Westen den englisch-französischen Angriffen standhält. In dieser Beziehung dürfen wir uns auf die beruhigenden Worte Hindenburgs verlassen. Hindenburg und Ludendorff sagen nicht, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, Dinge, die sich in Wahrheit anders verhalten. Daß es im Kriege auch ganz unberechenbare Wechselfälle geben kann, wissen wir alle; aber soweit menschlicher Vorausblick unter Erwägung aller denkbaren Umstände reicht, soweit dürfen wir uns auf das Wort des Feldmarschalls verlassen. Damit wäre gegeben, daß, was auch im Laufe der zunächst absehbaren Frist noch für unsere Gegner in Wirkung treten möge, doch an der wichtigsten Stelle, bei der Verringerung der englischen Handelsflotte, keine Änderung in der Arbeit der Zeit zu unsern Gunsten bewirkt wird. Welchen Sinn hat es also, von Verzichtfrieden zu reden? Und welcher entscheidende Vorteil würde sich denn für uns ergeben, wenn wir eine etwa sich bietende Gelegenheit zum Friedenschließen unter Opfern und Verzichten ergreifen wollten, bevor England um einige Millionen Tonnen ärmer geworden und genötigt ist, um eine unerträgliche Steigerung der Verluste zu vermeiden, seinerseits einen „Verzichtfrieden" zu schließen? In unserer Ernährung wird sich von jetzt bis zur Ernte nichts soweit verändern — mag es nun bis dahin Krieg bleiben oder Friede werden — daß wir darüber viel schlechter oder viel besser gestellt würden. Die Geldopfer natürlich sind schwer und die Menschenverluste schmerzlich, aber auch das sind keine Gesichtspunkte, die durchschlagen, wenn man durch die Schleier der Zukunft hindurch bereits ungefähr den Zielpunkt schimmern sieht, wo der erbittertste und gefährlichste Gegner nicht mehr weiter kann.

Digitized by Google

Ähnlich wie gegen England steht es gegen Rußland. Die neunmalklugen Leute, die diplomatischen und nichtdiplomatischen Sachverständigen über Rußland, die jeden mitleidig überlegen ansahen, der noch an den Ausbruch der russischen Krisis glaubte, sind, als die Revolution kam, allesamt mit Glanz durch ihr russisches Examen gefallen, und der besondere russische Friede, an den sie glaubten, ist jetzt eine Spezialität der Politiker der Nervosität geworden, die nicht abwarten können, daß die Dinge im Osten von selber sich ebenso durchgreifend für uns wenden, wie sie es zur See im Westen durch unsere gute U-Bootarbeit tun.

Einen klaren Grund, jetzt Frieden und zwar einen Verzichtfrieden, mit Rußland anzustreben, hat bei uns nur die Sozialdemokratie, deren politischer Kredit bei allen bewußten oder stimmungsmäßigen Flaupolitikern zu Hause (und ebenso in internationaler Hinsicht) bedeutend steigen würde, wenn sie jetzt baldigst den Ölzweig nach Hause brächte. Es würde aber ein magerer Ölzweig sein, darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Die gute Absicht im allgemeinen und alle erlaubten parteitaktischen Ziele der Sozialdemokraten noch außerdem in Ehren, aber es glaubt heute doch wohl niemand mehr, daß der Friede mit Rußland, selbst wenn ihn die Sozialdemokratie weniger unsicher in der Hand hielte, wie sie es tut, ein Sonderfriede würde, der uns erlaubte, nach Westen um so kräftiger zu schlagen. Wir haben es immer gesagt und wiederholen es nochmals, daß, wenn Rußland wirklich nicht mehr kann oder nicht will, England die Zügel in die Hand nehmen und Vorschläge machen wird, bei denen es selbst so gut wie möglich und jeder andere so schlecht wie möglich wegkäme. England tut uns ja den Gefallen, hartnäckig zu bleiben, weil es immer noch auf eine Wendung hofft, von der nicht zu sehen ist, wie sie dort, wo die Entscheidung liegt, beim U-Bootkrieg, eintreten soll. Rußland oder irgendwelche Leute in Rußland jetzt mit allen Mitteln für den Frieden zu bearbeiten (falls sie sich bearbeiten lassen), heißt also nur, den Abschluß des Krieges herbeiführen wollen, bevor die Lage im Sinne Deutschlands dazu reif ist: reif im Sinne unserer Zukunft und reif im Verhältnis zu den gebrachten Opfern.

Die Lage ist unreif England gegenüber aus den bereits entwickelten Gründen. Sie ist ebenso unreif Rußland gegenüber, weil die Revolution dort, wenn sie nicht gestört wird, noch ganz andre, für uns nützlichere Dinge anrichten wird als bisher. Wir sind nicht nur inbetreff Englands, sondern auch Rußlands in einer Lage, die den Durchschnittspolitiker und Diplomaten eigentlich beglücken müßte. Wir brauchen gar keinen Entschluß zu fassen, als den bei uns von jeher beliebtesten und leichtesten aller Entschlüsse: nichts Besonderes zu unternehmen und die Ereignisse auf dem Wege weiterlaufen zu lassen, den sie eingeschlagen haben.

Wenn je ein Volk eine Geschichte hinter sich hat, die ihm das Mitgefühl andrer freier Völker bei seinem Kampfe um die Freiheit sichert, so ist es das russische. Die Vorstellung aber, daß die Jahrhunderte seit dem Beginn der Tatarenherrschaft für Ruß-

Digitized by Google

land mit einigen Monaten nicht besonders blutiger Revolution, mit einem Zarenverzicht und dem Arbeiter- und Soldatenrat ausgeglichen sein soll, ist denn doch gar zu harmlos. Das schwere Ende der russischen Krisis ist noch lange nicht da, weder in der Armee-, noch in der Agrar-, noch in der Fremdvölkerfrage, die sich, eine drohender als die andere, erheben. Kein Gedanke, daß die Dinge friedlich und von selber in ein normales Fahrwasser zurücklenken. Wozu also die Nervosität und Hast, sich mit Rußland zu übereilen, anstatt ruhig zu warten und höchstens im geeigneten Moment nachzuhelfen, wenn die Lage von selber dazu reif ist?

Was jetzt in Rußland vor sich geht, dafür will ich für diesmal nur einen besonders schlagenden Beleg auf einem Gebiet beibringen, wo unsre bisherigen patentierten Rußlandpolitiker auch so klug waren, wie vor der Revolution: in der ukrainischen Frage. Der ukrainische Separatismus entwickelt sich mit einer Energie und Schnelligkeit, die selbst diejenigen in Erstaunen setzt, die von Anfang an gesagt haben, daß hier das Zentralproblem der russischen Zukunft steckt. Die meisten Blätter in Rußland sind voll von ukrainischen Dingen, und schon wird es deutlich, daß die großrussischen Zentralisten auch unter den republikanischen Parteien gegenüber den Forderungen der Ukrainer in Konfliktsstimmung geraten.

Fast alle großen Zeitungen in der russischen Ukraine, die früher großrussisch waren, sind auf die ukrainische Seite umgeschwenkt, und neue rein ukrainische Blätter sind entstanden. In Kiew hat Ende April ein ukrainischer Nationalkonvent getagt (die amtliche Petersburger Telegraphenagentur hatte darüber nur die lakonische Nachricht gebracht, die politischen Führer des ukrainischen Volkes hätten sich für die russische Bundesrepublik und die Autonomie der Ukraine ausgesprochen) und einen Ausschuß gewählt, der als provisorische Regierung der Ukraine proklamiert wurde. In dem Nationalkonvent, der eine permamente Tagung beschlossen hat, sind nicht weniger als 33 politische Organisationen, ferner sämtliche Vereine und Genossenschaften der Ukraine vertreten. An den Beratungen des Konvents nahmen Abordnungen nicht nur der Gebiete des rechten, sondern auch des linken Dnjeprufers teil, sowie die der Küstengebiete des Schwarzen Meeres. Es wurde ein Entwurf des politischen Regierungssystems der autonomen Ukraine ausgearbeitet und ein „Reichskanzler" gewählt. Auch wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, am 1. Mai a. St. eine konstituierende Versammlung nach Kiew zu berufen, die den Beschluß des Nationalkonvents, die Ukraine zu einer freien Republik zu proklamieren, für rechtsgültig zu erklären hat. Studenten und Arbeiter haben in der ganzen Ukraine eine staunenswerte Werbetätigkeit entfaltet. Der Stab der nationalen Miliz, der ganze Regimenter mit aktiven Generalen an der Spitze angehören, hat seinen Sitz in der Kiewer Universität aufgeschlagen. In kurzer Zeit haben die vereinigten ukrainischen Organisationen (der Kiewer „Ukrainische Zentralrat") dem Ausschuß des Nationalkonvents einen Millionenfonds zur Verfügung gestellt. An der Spitze der separatistischen Bewegung, die

Digitized by Google

gut organisiert zu sein scheint, steht der Professor der Lemberger Universität Michael Hruschewskyj. Was aber die Bewegung besonders kennzeichnet, ist die Tatsache, daß selbst Russen, die unter dem alten Regime eine „patriotische" Gesinnung an den Tag gelegt haben, sich der neuen Bewegung vorbehaltlos angeschlossen haben. Die meisten russischen Professoren der Kiewer Hochschulen und Verwaltungsbeamten, sowie hohe Offiziere haben sich für die Loslösung der Ukraine ausgesprochen. Der plötzliche Umschwung, der eingetreten ist, hat die provisorische Regierung veranlaßt, mit dem Ausschuß des Nationalkonventes zu verhandeln. Es werden Versuche unternommen, die Ukraine angesichts der „drohenden deutschen Gefahr" von dem Vorhaben einer Loslösung vom russischen Gesamtstaat abzubringen, da dadurch die so blutig erkaufte Freiheit Rußlands ernstlich in Frage gestellt werde; die provisorische Regierung habe sich ohnehin für eine Autonomie der Ukraine ausgesprochen, doch könne eine so weitgehende Änderung erst durch die allgemeine konstituierende Versammlung beschlossen werden; dasselbe gelte auch für die Lösung der polnischen Frage, und wenn es auch keinem Zweifel mehr unterliege, daß das freie Rußland sich nur als eine Bundesrepublik bewähren würde, so könne man doch vor dem Zusammentritt der gemeinsamen Nationalversammlung an den Umbau des Reiches in dem erwünschten Sinne nicht schreiten.... Eine Einigung wurde aber nicht erzielt und die Verhältnisse haben sich derart zugespitzt, daß eine gewaltsame Entladung nunmehr unvermeidlich ist. Bezeichnenderweise hat sich das in russischer Sprache erscheinende große Kiewer Blatt „Kyjiwskaja Mysl" für die Loslösung der Ukraine ausgesprochen, da die Beschwichtigungsversuche der provisorischen Regierung keinen reellen Wert haben können: einen günstigeren Augenblick als den jetzigen werde die Ukraine nicht mehr finden, es gelte jetzt um jeden Preis die staatliche Selbständigkeit zu erringen.

So nach den ukrainischen Blättern, die bis zum 28. April in Stockholm eingegangen waren. Dem ukrainischen Regierungsausschuß hat sich auch der von der Petersburger provisorischen Regierung zum Gouverneur ernannte Präsident der Kiewer Gouvernements-Semstwoverwaltung, Sukowkin, sowie sein Stellvertreter, der Regierungskommissär D. Doroschenko (ein nationalbewußter ukrainischer Geschichtsschreiber) angeschlossen. Am 15. April fand in Kiew eine Massenkundgebung der vereinigten ukrainischen Organisationen statt, über die aus Kiew berichtet wird:

Ein unabsehbarer Zug von Soldaten und Landleuten, Studierenden und Lehrern, Arbeitern und Beamten marschiert in musterhafter Ordnung an dem Rathaus vorbei. An der Spitze des Zuges flattern ukrainische Nationalfahnen und mehrere Orchester spielen ununterbrochen ukrainische Nationalhymnen und Volkslieder. Die Schauspieler des ukrainischen Sadowskyjtheaters defilieren in Kostümen der ehemaligen Saporogerkosaken. Die Aufschriften auf den Fahnen verlangen staatliche Unabhängigkeit für die Ukraine, so wie einen eigenen Hetman. Vor dem Rathause stellt

Digitized by Google

sich ein gewaltiger Chor auf und singt „Das Vermächtnis" („Sapowit") Schewtschenkos:

„... Senkt ins Grab mich und erhebt euch,
Werft die Ketten nieder,
Tränkt mit bösem Feindesblute
Eure Freiheit wieder! ..."

Als Hruschewskyj auf dem Balkon des Rathauses erschien, wurde er von der Menge mit begeistertem Beifall begrüßt. Hierauf begab sich der Zug auf den Sophienplatz. Dort befindet sich das Denkmal des ukrainischen Hetmans Bohdan Chmelnyzkyj, der einst jenen berühmten Vertrag zwischen Rußland und der Ukraine unterzeichnet hatte, durch den sich diese in freier Union mit Rußland verband, und in Chmelnyzkys Hand steckte man die ukrainische Nationalfahne mit der Aufschrift: „Es lebe die unabhängige Ukraine!"

Das wird vielleicht fürs erste denen genügen, die sich bisher nichts unter der ukrainischen Bewegung in Rußland haben denken können. Wie sie sich weiter entwickelt, muß abgewartet werden — eine unbeachtliche Größe ist sie auf keinen Fall mehr. Der Separatismus und die Fremdvölkerfrage (Finnland, der Kaukasus, Sibirien, Turkestan!) bilden aber nur die eine Seite der wachsenden innerrussischen Schwierigkeiten. Die Auflösung der Armee, der Zwist der Parteien und die Agrarfrage entwickeln sich ebenso von Tag zu Tag kritischer. Was in aller Welt soll da der „Verzichtfriede"? Keine Übereilung und kalt Blut, wenn den Regierenden ihre Verantwortung lieb ist — im Osten wie im Westen!

Dem Siege entgegen

Von Hermann Weil

Obgleich die Schriftleitung nicht in allen Punkten mit unserm geschätzten Mitarbeiter einer Ansicht ist, haben gewichtige Gründe sie veranlaßt, den Aufsatz unverkürzt abzudrucken.

Es ist viel über die Entstehungsursachen dieses Weltkrieges, sowie die Einkreisungspolitik Englands geschrieben und wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Deutschlands Regierung vielfach den drohenden Weltkrieg durch Nachgiebigkeit verhinderte; daß sie sich auch ehrlich bestrebte, Englands deutschfeindliche Politik zu wenden und auch mit Frankreich auf guten Fuß zu kommen. Kaiser und Kanzler waren ehrlich bemüht, eine Annäherung mit beiden Ländern herbeizuführen, immer vergebens. Bei Algeciras, bei der bosnischen Frage und nochmals im Jahre 1911 standen die Dinge auf des Messers Schneide. Dreimal gelang es, den Krieg abzuwenden, scheinbar durch Hand-in-Hand-Arbeiten mit der Diplomatie Englands. In Wirklichkeit hat damals England den Krieg nur vermieden, weil es wußte, daß ein Schluß der Darda-

Digitized by Google

nellen Europas Getreideversorgung unmöglich machen werde. Einer solchen Gefahr aber wollte sich weder England noch Frankreich aussetzen. — Zum ersten Male seit Menschengedenken waren im Juni und Juli 1914 die Ernteaussichten in den Vereinigten Staaten und Kanada derart günstig, daß die Möglichkeit gegeben war, Europa mit Getreide zu versorgen, ohne die bedeutenden Zufuhren aus Rußland und Rumänien. Diese Gelegenheit wurde sofort ergriffen, um den Krieg zu entzünden. Noch im Juni 1914 glaubte die Fachwelt nicht an eine derartig vergrößerte Ernte Amerikas, wie die offiziellen Schätzungen sie in Aussicht stellten. Als am 9. Juli der Bericht des Ackerbaubureaus in Washington die optimistischen Schätzungen bestätigte, fing die Kriegstreiberei in Frankreich, Rußland und England an, und wenn England selbst sich erst am 4. August 1914 zur Kriegserklärung entschloß, so gab den Ausschlag nicht Belgien, das nur den plausibelen Vorwand bot, sondern die von Amerika — das damals schon sleeping-partner[1] Englands war — erlangte Gewißheit über den Erntestand in den Vereinigten Staaten und Kanada. Gewöhnlich erfolgt die Veröffentlichung des Berichtes des Ackerbau-Bureaus erst am 8. eines jeden Sommermonats, der englischen Regierung dürfte indessen schon vier Tage früher als der Allgemeinheit Einblick in den Saatenstandsbericht gewährt, und sie dadurch in ihrem Entschlusse, über Deutschland herzufallen, bestärkt worden sein. Es galt den Kampf der Anglo-Sachsen gegen die Germanen, dem sich die Anglo-Amerikaner mit Herz und Geldbeutel von vornherein anschlossen. — Die französische Revanche-Idee war der Grundpfeiler, auf dem der Weltkrieg sich aufbaute, der russische Panslawismus mit seinen Trabanten nur ein Werkzeug in der Hand der anglo-französischen Agitatoren; die wahren Kriegstreiber, die den Zustand zu ihrem Vorteil auszunutzen hofften, waren die Engländer, und das Ziel Deutschlands politische, handelspolitische und materielle Zerschmetterung. Wenn dieses Ziel nicht erreicht wurde, so danken wir es der hervorragenden Tapferkeit unseres Heeres, unserer Flotte, den U-Booten und der Luftflotte, der hervorragenden Tüchtigkeit unserer Industrie und Chemie, den Leistungen unserer großen Gelehrten, welche die fehlenden Rohstoffe uns zu verschaffen wußten, der Tüchtigkeit unserer Kaufleute und Beamten, welche die Organisation hervorriefen und durchführten. Die Engländer glaubten, uns durch Mangel an Rohstoffen innerhalb Jahresfrist niederzuwerfen, und als sie sich in dieser Voraussetzung getäuscht sahen, suchten sie, allen Völker- und Menschenrechten zum Hohn, durch Unterbindung aller Zufuhren das deutsche Volk in seiner Gesamtheit durch Hunger zu vernichten. Auch dieser Plan ist mißlungen. Der deutsche Boden ernährt seine Kinder. Wir sind in manchem knapp, aber wir halten durch. Ein gerechtes Geschick hat es gefügt, daß das Schwert, das uns vernichten sollte, sich gegen die Alliierten selbst kehrte. „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein" — die Sprichwörter des Volkes sind von erschöpfender Weisheit!

[1] Schlafgenosse.

Digitized by Google

Nach zwei phänomenalen Ernten 1914 und 1915 in Nordamerika brachte das Jahr 1916 eine katastrophale Mindererne, und der Ausweis des Ackerbau-Bureaus vom 8. Mai zeigt, daß die diesjährige wachsende Winterweizenernte in den Vereinigten Staaten die schlechteste seit vielen Jahren ist. Der Ertrag wird nur noch auf 360 Millionen Bushels Winterweizen geschätzt, und da der Sommerweizenanbau nur um 2% erhöht ist, so ist bei **normalem** Verlauf auf einen Ertrag von zirka 200 Millionen Bushels zu rechnen. Im Vorjahr waren es sogar nur 160 Millionen Bushels; aber selbst wenn der Frühjahrsweizenertrag 240 Millionen Bushels — also weit **über** normal — ergeben sollte, so wird Nordamerika doch kaum so viel Weizen produzieren, wie es selbst gebraucht, sondern wird noch Weizen aus Kanada importieren müssen. Die Rolle des Yankees als Versorger der Entente ist somit ausgespielt. Restbestände sind nicht mehr vorhanden und die ungeheuer gestiegenen Weizenpreise — sie gingen auf 326 Cents gegen zirka 90 Cents vor dem Kriege — beweisen, daß Amerika schon mehr exportiert hat, als für seinen Eigenbedarf zuträglich und es gezwungen ist, schon jetzt Weizen aus Kanada und Australien in großen Massen einzuführen.

Ich habe in meinem Artikel „Götterdämmerung" schon nachgewiesen, wie schlecht es um die Getreideversorgung der Alliierten bestellt ist. Der Mangel an Tonnage hindert sie, Zufuhren in großem Maßstabe aus dem einzigen Lande, das noch Weizen besitzt, in die Wege zu leiten. Haben sie doch während der Monate Februar und März nur zirka 25 000 Tonnen per Woche zur Verladung gebracht! Die Zufuhren nach den alliierten Ländern werden von Woche zu Woche kleiner, und die alle Erwartungen weit übertreffenden Erfolge unserer U-Boote werden die Alliierten innerhalb einiger Monate bedingungslos auf die Knie zwingen. Selbst wenn England sich dazu entschlösse, den größten Teil seines wertvollen Viehbestandes aufzuzehren, so könnte es doch nicht bis zur neuen Ernte, die erst Ende September greifbar wird, durchhalten. Die Abschlachtung des Viehbestandes würde aber einen derartigen Mangel an Milch, Butter, Käse und Düngemitteln hervorrufen und die englische Fleischproduktion, die in normalen Zeiten 1,5 Millionen Tonnen jährlich ist, derartig vermindern, daß England auf Jahre hinaus ruiniert wäre, ohne deshalb aber dem Hungergespenst zu entgehen, denn die Situation für die Ernte 1917/1918 ist noch viel schlechter als die bisherige. Das vollständige Versagen Nordamerikas wird nur eine stark reduzierte Exportmöglichkeit von Kanada, — im besten Falle vielleicht 10 bis 15 Millionen qrs. — gestatten, von Indien eine solche von zirka 8 bis 10 Millionen und dazu noch die in Australien mangels Schiffsraum zurückbleibenden zirka 7 Millionen, gleich 30 bis 32 Millionen qrs., während der Bedarf Englands, Frankreichs und Italiens allein — ohne die Neutralen — in der nächsten Saison infolge des bereits bekannten außerordentlich schlechten Wintersaatenstandes in Frankreich und des verminderten Anbaues in Frankreich und England mindestens 55 Millionen qrs. beträgt. Der Bedarf der Neutralen und der exeuropäischen Länder beziffert sich auf mindestens

Digitized by Google

20 Millionen qrs., so daß also ein Defizit von 43 Millionen qrs. oder zirka 9 Millionen Tonnen vorhanden ist, das nur einigermaßen vermindert werden kann, wenn Argentinien und Australien im Januar 1918 Ernten haben, welche wie in normalen Jahren zusammen ungefähr 3,5 Millionen Export ermöglichen. — Je länger der Krieg dauert, desto ernster wird das Problem der Welthungersnot, und je mehr Schiffe von unseren U-Booten versenkt werden, desto unmöglicher wird die Herbeiführung der in entfernten Ländern liegenden Getreidemengen.

Durch die Mißernten an Futtergetreide in Nord- und Südamerika sind auch die Viehbestände in diesen Ländern ganz gewaltig zurückgegangen, so daß auch die Zufuhren von Fleisch und Fett, Speck und Butter von Monat zu Monat sich mindern.

Dem gegenüber sind unsere Wintersaaten — Weizen und Roggen — sehr gut über die kalte Periode hinweggekommen und stehen über alles Erwarten günstig. Der Frühjahrsanbau von Getreide und Kartoffeln ist bei bester Witterung erfolgt und die Saaten sind prachtvoll aufgegangen; die warme und nasse Witterung ist der Entwickelung außerordentlich günstig und der Mangel an Düngemitteln ist zum großen Teil wett gemacht durch das Verschwinden der Mäuseplage und des Unkrautes, die der strenge Winter beseitigte. Wir haben also alle Berechtigung, mit Gottes Hilfe auf eine gute Ernte zu hoffen. Ebenso steht es mit Österreich-Ungarn. Aus Rumänien haben wir außerdem einen nicht zu unterschätzenden Zuschuß zu erwarten. — Die Zeit arbeitet für uns, — wir können warten. Die Alliierten dagegen werden sich von Tag zu Tag in schlechterer Situation befinden, je länger der Krieg dauert, daran wird auch der Eintritt Amerikas nichts ändern.

Unter diesen Umständen ist es nachgerade Zeit, dem Gerede von einem Frieden ohne Annektionen und ohne Entschädigung im vaterländischen Interesse entgegen zu treten. Sowohl Franzosen wie Engländer haben kein Hehl daraus gemacht, was sie mit dem besiegten Deutschland anzufangen gedachten. Zu Sklaven und Heloten wären Deutschlands Bürger und Arbeiter geworden. Die Franzosen allein wollten 15 Milliarden jährlich von uns fordern. Angesichts der Hunderttausende von Toten, Verwundeten und Krüppeln, angesichts der ungeheueren Ausgaben für Kriegsmaterial, Kriegsanleihen und der noch an uns herantretenden Entschädigungen an Kriegsbeschädigte jeder Art, müssen wir auf Kriegsentschädigung bestehen, sonst muß das deutsche Volk und mit ihm die deutschen Arbeiter eine jährliche Neubelastung von 8 bis 10 Milliarden auf Jahrzehnte, — vielleicht auf Jahrhunderte — hinaus schleppen. Ebenso schonungslos wie die Engländer und Franzosen mit uns umspringen wollten, müssen wir vorgehen, ebenso rücksichtslos müssen wir fordern, daß sie, die Urheber dieses Krieges, für dessen Folgen aufkommen.

Auch unsere Arbeiter werden es verstehen, wenn man es ihnen erklärt, daß wir die Mittel in der Hand haben, unsere Feinde zu einem deutschen Frieden zu zwingen, und daß wir nicht nötig haben, uns, unsere Kinder und Enkel mit dem Ballast dieses Krieges

Digitized by Google

zu beladen. Vor allem aber sollen Franzosen und Engländer es wissen, daß jeder Tag der Verlängerung des Krieges und jedes weitere vernichtete Menschenleben von ihnen bezahlt werden muß. Und deshalb wäre es Zeit für unsere Regierung, Stellung zu den Kriegszielen zu nehmen und als Mindestforderung aufzustellen:

I. Herausgabe aller beschlagnahmten Vermögen; Wiederherstellung der Patente; Entschädigung an alle Firmen, die geschlossen oder auf die Schwarze Liste gesetzt wurden, auch an die nichtdeutschen Firmen. Diese Firmen sind in der großen Majorität die Pioniere der deutschen Rohstoffversorgung oder des Absatzes der deutschen Produktion im Auslande; Rückgabe aller von den Alliierten besetzten Inseln im Mittelmeer, ebenso von Ägypten und Mesopotamien, an die Griechen und die Türkei; Entschädigung für die Mordbrennerei und Zerstörung in Ostpreußen und für die verletzten, verschleppten und getöteten Einwohner, ebenso Entschädigung für die verschleppten und geschädigten Elsässer.

II. Sicherung unserer Grenzen. Im Westen durch einen Streifen von Lothringen, mindestens mit Briey und Longwy, zur Sicherung der Festung Metz. Durch Teilung Belgiens in Vlamland und Wallonien unter Meistbegünstigungsvertrag mit Deutschland und militärischer Besetzung der Festungen und Zeebrügge. Im Osten durch Abtretung Kurlands und Herstellung eines freien Polens.

III. Herstellung eines großen Kolonialreiches in Zentralafrika, um Deutschland mit den absolut fehlenden Rohstoffen künftig zu versorgen, durch Rückgabe von Kamerun und Ostafrika, Abtretung des französischen und belgischen Kongos und Sicherung des Weges dahin durch Abtretung der Kapverdischen Inseln mit dem sehr guten Hafen St. Vincent, ferner von Madeira und den Azoren. Dadurch könnten wir im eigenen Koloniallande den größten Teil unseres Bedarfs an Gummi, Kaffee, Tee, Baumwolle, Kopra erzeugen und große Mengen Kupfer aus den dortigen Bergwerken erschließen. Dagegen könnten wir ja Südwestafrika (nein. Die Redaktion) und die übrigen portugiesischen Besitzungen einem zu gründenden unabhängigen Burenstaate, inklusive Transvaal und Oranje überlassen.

IV. Verkauf unserer Südsee- und chinesischen Ansprüche an Japan gegen Ersatz unserer Kosten und Abschluß eines günstigen Handelsvertrags mit China und Japan; Herstellung der Freiheit der Meere und Garantie dafür, zu welchem Zwecke der Suezkanal internationalisiert werden und Gibraltar an Spanien, die Falklands-Inseln an Argentinien zurückfallen müßten. Wiederherstellung der Handelsverträge und der Meistbegünstigung.

V. Als Kriegsentschädigung müssen wir 100 Milliarden fordern, die zum größten Teil von England und Frankreich, als den eigentlichen Kriegshetzern, zu tragen wären. Bezahlung der Kriegskosten könnte in Naturalien geschehen. Frankreich könnte uns seine Guthaben an Rußland zedieren und uns im übrigen durch Lieferung von Erzen und Speiseölen befriedigen; Amerika könnte durch Lieferung von Baumwolle, Kupfer und Nickel, England durch Lieferung von Wolle und Erzen usw. aus Australien, Rußland durch Lieferung von Petroleum und Getreide die nötigen Entschädigungen leisten. — Die Ansprüche an Amerika rechtfertigen sich schon aus der Tatsache, daß ohne die Lieferungen von Kriegsmaterial und die Gewährung der Anleihen an die Alliierten der Krieg schon seit Jahren beendet wäre.

VI. Die Kriegsziele unserer Bundesgenossen will ich nicht diskutieren und berühre deshalb weder die Frage Italiens noch des Balkans; nur soviel möchte ich erwähnen, daß wir, wenn möglich, eine freie Verfassung für die Ukraine (und Finnland? Die Redaktion) sowie für die kaukasischen und armenischen Völker sowohl in Rußland als der Türkei anstreben und das Griechenvolk für sein heroisches Verhalten in bezug auf Erfüllung seiner nationalen Ansprüche im Epirus unterstützen sollten. Das Bevölkerungsproblem wäre durch Austausch der Bevölke-

Digitized by Google

rung lösbar. Wir wollen die in Rußland lebenden deutschen Kolonisten zurücknehmen und sie in Kurland ansiedeln, und Rußland müßte ihre Ländereien kaufen; den Polen, die es vorziehen, nach Neupolen auszuwandern, kauft das Deutsche Reich ihre Besitzungen ab; das gleiche Verfahren wäre auf die Lothringer anzuwenden.

Unsere U-Boote und unser Heer bieten uns Mittel und Wege, um diese Bedingungen durchzusetzen. Je schärfer wir gegen England vorgehen, um so eher werden wir zum Frieden kommen. Auch unsere Sentimentalität gegen Frankreich dürfen wir nachgerade fallen lassen. England und Frankreich sind die Kriegstreiber, die übrigen nur die Verführten. Unsere Arbeiter werden, wenn sie erst davon überzeugt daß diese Kriegsziele erreichbar sind, Mann für Mann dafür einstehen.

Wenn wir solche Kriegsziele anstreben, ist das Blut unserer tapferen Soldaten nicht umsonst geflossen, und dennoch sind diese Kriegsziele so, daß Wiederherstellung der gegenseitigen Beziehungen möglich ist.

Österreich, Ungarn und „Mitteleuropa"

Von Robert Sieger, Graz

Bei den Ausgleichsverhandlungen zwischen den Regierungen Österreichs und Ungarns wurde, wie vor kurzem amtlich mitgeteilt worden ist, „soweit ein Einvernehmen erzielt, daß nunmehr der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reich kein Hindernis im Wege steht". Das erscheint der Allgemeinheit als die Erfüllung einer notwendigen Vorbedingung für diese nunmehr begonnenen Verhandlungen. Doch sind auch andere Auffassungen zu Wort gekommen. In Ungarn ist es von manchen als durchaus möglich, ja als zweckmäßiger bezeichnet worden, daß jeder von den beiden Staaten der Monarchie bei den Verhandlungen selbständig auftrete. Zulässig wäre dies wohl. Sind doch gewisse technische und wirtschaftliche Verträge von einem allein geschlossen oder von beiden gesondert unterzeichnet worden. In den Ausgleichsgesetzen von 1867 sind zwar die diplomatische und kommerzielle Vertretung des Reichs gegenüber dem Auslande, sowie die hinsichtlich der internationalen Verträge erforderlichen Verfügungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten gerechnet, die kommerziellen Angelegenheiten selbst, im besonderen die Zollgesetzgebung, aber zu denjenigen, welche „zweckmäßiger im gegenseitigen Einvernehmen als streng gesondert erledigt werden können", die also nach gleichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Grundsätzen behandelt werden sollen. Kommen solche Vereinbarungen nicht zustande, so haben beide Teile das Recht selbständigen Vorgehens, und dieses hat Ungarn 1899 auch bereits ausgeübt, als die Ausgleichsverhandlungen nicht zum Abschluß führten. So großen Fragen gegenüber, wie der „mitteleuropäische Zusammenschluß" eine ist, erscheint allerdings der großen Mehrheit der Österreicher und Ungarn ein vorhergehendes Einverständnis zwischen den Staaten der Monarchie als der allein zweckmäßige

Digitized by Google

Weg. Aber auch ein österreichischer Gelehrter hat eine andere Meinung ausgesprochen. Alfred Gürtler, der in einer sehr beachtenswerten Schrift das bestehende Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn als Vorbild für die formale Gestaltung der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigung empfiehlt, ist der Meinung, „daß jedenfalls eine zwischen drei selbständigen Vertragschließenden zustande gekommene Vereinbarung viel mehr Wahrscheinlichkeit hätte, den Bedürfnissen der drei vertragschließenden Staaten zu entsprechen“ und hält diesen Weg gerade für den für Österreich vorteilhafteren[1]. Das mag in vieler Hinsicht zutreffen. Anderseits aber sind heutzutage die zweifellos gemeinsamen Probleme der äußeren Politik von denen der Wirtschafts- und Handelspolitik so schwer zu trennen, daß ein zu verschiedenes Vorgehen in dieser leicht eine Gefährdung für jene bedeuten könnte. Deshalb begrüße auch ich die Tatsache, daß im Vorhinein ein Einverständnis erzielt wurde.

Dagegen weiß ich mich in voller Übereinstimmung mit Gürtler, wenn ich die Ansicht abermals ausspreche, daß die ungezwungene und ungestörte Entwicklung den Kreis der zweckmäßiger im gegenseitigen Einvernehmen zu regelnden Angelegenheiten immer mehr erweitern muß. Sie zielt nicht nur auf die Herausbildung größerer Wirtschaftsgebiete, sondern auch auf Verengerung und Vervielfachung der gegenseitigen Beziehungen zwischen deren einzelnen Gliedern, auf größere gegenseitige Anpassung und Vereinheitlichung der wirtschaftlichen Einrichtungen und Gebräuche hin. Neben Zoll- und Handelspolitik, Währungs- und Bankwesen, umfassen die (nach Gürtlers Ausdruck) „quasi gemeinsamen“ Angelegenheiten beider Staaten bereits eine Anzahl anderer mehr oder weniger wichtiger Belange; und wenn diese nach Gürtler „das Minimum an Gemeinsamkeit, bei dem noch eine Wirtschaftsgemeinschaft möglich ist“ und „das Maximum an Gemeinsamkeit“ bezeichnen, „bei dem noch eine vollständige staatliche Selbständigkeit der in Wirtschaftsgemeinschaft lebenden Staaten möglich ist“, so habe ich mehrfach noch auf weitere Angelegenheiten hingewiesen, die eine entsprechende gemeinsame Behandlung verlangen. Es sind solche der Kriegswirtschaft, der gegenseitigen militärischen Sicherung und der Sicherung für künftige Kriegsfälle, die ich vor allem in diesem Sinne der „beiderseitigen Erwägung“ Österreichs und Ungarns empfohlen habe[2]. Um nur einiges zu nennen, gehören hierzu gewisse Erleichterungen in der Verwendung der beiderseitigen Truppen, die Vorsorge für Maßregeln der wirtschaftlichen Verteidigung, wie die Öffnung oder Sperrung der gemeinsamen Grenze für bestimmte Gegenstände der Aus- und Einfuhr, vor allem die zeit-

[1] Österreich-Ungarn ein Schema für Mitteleuropa, 2. Aufl., Graz 1916, 38 f. Gürtler betont, daß von den drei Staatsseiten, die Naumann auseinander hält, der Militärstaat durch die gemeinsamen, der Wirtschaftsstaat durch die nach gemeinsamen Grundsätzen zu regelnden Angelegenheiten vertreten werde, der Nationalstaat aber außerhalb der Gemeinsamkeit bleibe. Diese Form hält er auch für „Mitteleuropa“ für die gebotene.

[2] Zeitschrift für Politik IX, 47 f.; Tagespost, Graz, 30. November 1916.

Digitized by Google

weise Aufhebung der Nahrungsmittelzölle bei Kriegsbeginn, aber auch die gegenseitige rasche und ausreichende Versorgung mit solchem Bedarf, den der eine Teil reichlicher, der andere vielleicht in ungenügender Menge und Beschaffenheit hervorbringt — so hat etwa Ungarn Überschuß an Nahrungsmitteln, Österreich an Zucker, Petroleum, Papier usw. besessen — dann auch die Vorkehrungen für das rasche Inslebentreten gleichartiger kriegswirtschaftlicher Verfügungen, wie Produktionsförderung, Produktionsverteilung, Konsumbeschränkungen, Preisregelung usw., infolge der geographischen Lage Österreichs endlich, das den Großteil der Grenzen zu verteidigen hat und daher auch feindlichen Einfällen stärker ausgesetzt ist, auch der „Wiederaufbau" der vom Krieg geschädigten Landstriche. Eine Fülle solcher Vorkehrungen ist nach und nach, nicht ohne langwierige Verhandlungen, zustande gekommen. So wurde erst kürzlich auf den Wunsch des Kaisers ein gemeinsamer Ernährungsrat für beide Staaten der Monarchie ins Leben gerufen. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie segensreich es gewesen wäre, wenn man schon vor dem Kriege gemeinsame Grundsätze und Anwendungsarten vereinbart hatte, die Durchführung also unmittelbar und einheitlich hätte erfolgen können. Da aber nicht alle plötzlich im Krieg oder auch nur bei politischen und handelspolitischen Verschiebungen eintretenden Notwendigkeiten vorausgesehen werden können, halte ich „die Möglichkeit rascher gegenseitiger Aussprache nicht nur der Organe, sondern der Volksvertretungen selbst" für notwendig und habe dafür eine staatsrechtlich unbedenkliche Form, die schon von Tezner angeregte Einrichtung gemeinsam tagender Deputationen oder parlamentarischer Ausschüsse mit beschränkter Vollmacht, vorgeschlagen. Aber nicht auf die Form kommt es dabei an, sondern darauf, daß die faktische Gemeinsamkeit des Handelns und Fühlens, das Bewußtsein des Aneinandergebundenseins und der gemeinsamen Pflichten auf jede mögliche Weise verstärkt werde. Ist es lebendig, so wird es auch eine beiden Teilen entsprechende Form finden. Ein Teil des eben Gesagten dürfte sich auch auf das engere oder weitere „mitteleuropäische Bündnis" anwenden lassen. Für Österreich und Ungarn allein dagegen kommt noch ein politisches Problem in Frage, das der größeren Annäherung ihrer inneren Politik, die z. B. in den Nationalitätenfragen bisher geradezu entgegengesetzt war. Aber eben deshalb soll es hier nicht weiter besprochen werden.

Eine weniger auf den besonderen Fall des österreichisch-ungarischen Ausgleichs beschränkte Bedeutung besitzt dagegen die Gültigkeitsdauer der gemeinsamen Abmachungen. Die Gründe, aus denen man in Österreich allgemein einen langfristigen Ausgleich wünschte, obwohl man erwarten durfte, daß dafür sachliche Zugeständnisse verlangt würden, sind mannigfach und ihre Besprechung würde zu weit führen. Es sind aber, soviel sei gesagt, nicht nur Sonderbedürfnisse Österreichs dafür maßgebend, sondern auch der Wunsch, dem Wirtschaftsleben beider Teile eine ruhigere Entwicklung zu sichern und beiden die nach kurzer Frist jeweils auftretenden politischen Erschütterungen zu ersparen, die eine Begleiterscheinung der Ausgleichsverhandlungen

Digitized by Google

waren. Selbstverständlich schließen langfristige Abmachungen, wenn sie von Vorteil für beide Teile sein sollen, in sich, daß dabei der normalen Entwicklung Rechnung getragen wird, daß man nicht starre Bestimmungen festlegt, sondern einen Schlüssel sucht, nach dem eintretende Veränderungen, etwa der Volkszahl, der Produktion, der Steuerkraft usw. berücksichtigt werden; daß aber neben solchen „automatisch in Kraft tretenden“ Bestimmungen auch die erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um nötig werdende Ergänzungen oder Veränderungen (die sich nicht auf die Grundfragen beziehen) rasch vereinbaren und durchführen zu können, ohne daß deswegen die Gesamtheit der Ausgleichsfragen wieder aufgerollt werden muß. Auch dieser Gedankengang ist vielleicht in hohem Maße auf „Mitteleuropa“ anwendbar.

Auch die Bedenken, die man in Ungarn — weniger in Österreich — einem langfristigen Ausgleich und einer Erweiterung des Ausgleichsbereichs, anders ausgedrückt einer Ausdehnung der nach gemeinsamen Grundsätzen zu behandelnden Angelegenheiten (ja wohl auch ihrem heutigen Umfange) entgegenzustellen pflegt, und die daraus erwachsenen Stimmungen sind lehrreich für die Behandlung des „mitteleuropäischen Problems“. Ja, dessen bisherige Erörterung zeigt bereits gewisse, wenn auch nicht genaue Entsprechungen zu ihnen. Da ist zunächst die Besorgnis, daß ungünstige Vereinbarungen auf längere Zeit unabänderlich festgelegt werden und dann die Abneigung dagegen, das Selbstbestimmungsrecht und damit einen Teil der staatlichen Selbständigkeit auf zu großen Gebieten und für eine zu lange Zeit aufzugeben. Das kann sich bis zu einer Besorgnis um die staatliche Selbständigkeit selbst steigern und das Bestreben, möglichst viel Selbstbestimmung zu bewahren, kann der andern Seite als die Absicht erscheinen, die bisherige und als notwendig angesehene Gemeinsamkeit und damit den Zusammenhalt der Monarchie zu sprengen. So werden die Verhandlungen leicht von Mißtrauen begleitet und Mißtrauen in sie hineingetragen. Verhandlungen aber verlangen Vertrauen, das Vertrauen, daß der andere seine Rechte ehrlich wahren und erweitern, nicht aber den „Gegenpart“ hintergehen will. Wie es in dieser Hinsicht aussah, hat Gürtler (Seite 31) vortrefflich gekennzeichnet, wenn er von dem Ungarn spricht, „der in stetiger Angst lebt, bei irgendeinem Entgegenkommen in einen Österreicher verwandelt zu werden“ und von dem Österreicher, „der in so vielen Regungen ungarischen Selbständigkeitsgefühls einen Angriff auf sein liebes altes Österreich sieht“ (ich möchte hinzufügen: der bei früheren Ausgleichsverhandlungen oft auch von der Angst beherrscht war, die noch nicht ausgestorbenen Vertreter der Gesamtstaatsidee könnten für scheinbare und äußerliche Zugeständnisse an diese sehr greifbare österreichische Belange in Tausch geben). Dieses Mißtrauen war in der ersten Begeisterung der Kriegszeit im Schwinden. Mit Recht konnte, wie ich seinerzeit hervorhob, gesagt werden: „Vielleicht noch nie hat Österreich so warm und freundschaftlich Ungarn die Bruderhand hingestreckt ... der Dualismus ist uns in Fleisch und Blut übergegangen.“ Und Graf Tisza konnte betonen: „Der öster-

Digitized by Google

reichische Patriotismus findet bei uns stets das lebhafteste Verständnis und die wärmsten Sympathien[1]." Wenn er in gewissen österreichischen Gelehrtenkreisen noch die „alten Gesamtstaatstendenzen" lebendig zu finden meinte, so konnte ich zeigen, wie sie auch hier aussterben. Wie immer wir über das ungarische Staatsrecht und die Entstehung der 1867er Gesetze denken mögen, die Vereinbarungen dieses Jahres sind für jeden ernsten Politiker in Österreich die gegebenen Tatsachen und das bestehende Recht. Wir stehen auf diesem Boden, dem der Selbständigkeit und „Parität" für beide Teile. Noch immer freilich fehlt es hüben und drüben nicht ganz an Stimmen, welche diesen Einklang zu stören vermögen, und gerade diese Stimmen wenden sich gern an reichsdeutsche Leser und vermögen deren Urteil zu trüben. „Wenn ihr untereinander kein Vertragen und Vertrauen kennt, wie sollen wir dann mit euch weitgehende Abmachungen treffen?" So hört man sie wohl sagen und mit einem Schein von Recht. Deshalb sei dieser literarischen Strömungen auch hier gedacht.

In Österreich ist es nicht etwa der alte „Gesamtstaatszentralismus", der seine bekannten und greifbaren Ziele mit neuem Eifer verfolgen würde, nicht die trialistischen oder andere „antidualistische" Strömungen, die Beachtung verdienen würden — sie sind der geschichtlichen und geographischen Notwendigkeit gegenüber machtlos. Aber es ist eine seltsame schwärmerische Literatur erwachsen, die auf die Gemüter Einfluß zu gewinnen sucht, eine Literatur, deren Träger aus der harten Not der Zeit in Luftschlösser flüchten und den berückenden Traum von einem Idealstaat träumen, in dem alle Völker friedlich in Gerechtigkeit nebeneinander leben und der Vorbild für Europa, ja für die menschliche Gemeinschaft werden soll. Seine Verwirklichung sehen sie nicht nur in Österreichs Vergangenheit und Zukunft, vielfach auch in seiner Gegenwart. Aus der Begabung und der besonderen Geistesart des Österreichers, der „mehr" ist als bloßer Bürger eines Nationalstaats, bauen sie den kommenden Nationalitätenstaat auf, der jenem sittlich überlegen ist. Und in dies ideale Österreich beziehen manche von ihnen, schon in seinen Namen, unbedenklich alle Länder der Habsburger, ja auch alle jene ein, die im Bereiche der „historischen Mission" der Monarchie liegen. Zu den Foerster und Hermann Bahr, den Kralik und Robert Müller kommt nun Erwin Hanslik mit seinem Buche „Österreich". Ihm ist das Österreich, das sich ungefähr zwischen den Linien Triest—Königsberg, Königsberg—Odessa und Valona—Konstantinopel ausdehnt, ein zu einheitlichen Geschicken bestimmter Erdraum, die Brücke vom Westen zum Osten und zum Orient, also zwischen den drei Kulturbereichen Europas, selbst aber ein östliches Land. Die Güte, die als beherrschender Charakterzug des Slawen bezeichnet wird, wie die Treue für den Germanen, die Ehre für den Romanen, soll das „österreichische" Wesen bezeichnen[2]. Politische oder gar staatsrecht-

[1] Heiderich, Mitt. k. k. geogr. Ges. Wien 1915, 573; Sieger, Aus der Kriegszeit für Friedenstage 1916, 113, vergl. 110 f.

[2] Die Deutschösterreicher als Westländer haben nach Hanslik ihre Kulturaufgabe falsch, d. h. zu einseitig westländisch aufgefaßt. Das muß ich ebenso bestreiten, wie seine Ablehnung des Begriffs „Mittel-

Digitized by Google

liche Fragen der Wirklichkeit berührt das von Kulturidealen und ein wenig Wirtschaftspolitik bestimmte Buch nicht. Aber die Betonung Wiens als Mittelpunkt, das Verlangen nach Einordnung der Magyaren, Polen u. a. in das Zukunftsreich und andere Gedankengänge dieser „Weltösterreicher“ müssen Ungarn wie eine Ableugnung seines Bestandes berühren und dort vollberechtigten Widerspruch erregen. Auf der andern Seite werden gewisse ungarische Schriftsteller nicht müde, Österreich anzuklagen, daß es einerseits Ungarns staatsrechtliche Stellung untergraben, anderseits (das betonen z. B. die in Deutschland verbreiteten Schriften von Pálni) seine wirtschaftlichen Lebensbedingungen unbeachtet lassen, es künstlich in einer „kolonialen Stellung“ und Abhängigkeit erhalten wolle. Solche Schriftsteller erblicken in jedem Österreicher, der auf gemeinsame Aufgaben und Belange hinweist, einen Zentralisten alten Stils oder gar einen Feind Ungarns und bekämpfen an ihm Anschauungen und Absichten, die ihm ferne liegen. Als Beweis, wie weit schließlich solches Mißtrauen führen kann, möchte ich die — deshalb lesenswerten — Äußerungen anführen, die Professor von Nagy im 10. Bande der Zeitschrift für Politik gegen meine Ausführungen im 9. Bande richtet. Denn sie wenden sich fast ausschließlich gegen Anschauungen, die er mir — in Widerspruch gegen den klaren Wortlaut meines Aufsatzes — einfach unterlegt. Da ich an Ort und Stelle erst in einigen Monaten zu Wort kommen kann, sei dies im Vorübergehen hier festgestellt. Die beiden erwähnten Richtungen hüben und drüben wären bedeutungslos, wenn es den Lesern genügend bekannt wäre, daß einerseits die deutschen Politiker Österreichs Utopien, wie die Hansliks, entschieden ablehnen, anderseits aber auch Beschwerden, wie denen von Pálni oder Nagy, durch ihre Bestrebungen keine Grundlage bieten. Da das aber immer wieder verkannt wird, kann es nicht oft genug wiederholt werden. Das soll hier nochmals geschehen. Wir achten die Rechte und die Staatlichkeit Ungarns, die der Monarch beschworen hat; wir stehen rückhaltlos auf dem Boden des Dualismus. „Wir wollen für die Zukunft volles Vertrauen zwischen beiden Teilen, das eine ehrliche Kritik nicht ausschließt, aber keinen Raum für Voreingenommenheit und Deuteleien läßt.“ Wir betrachten die staatsrechtliche Entwicklung als ein Forschungsgebiet des Historikers, die Gegenwart und ihre geographischen Grundlagen sind für uns allein maßgebend. Der gemeinsame Kampf, in dem Österreicher zum Schutze Ungarns und Ungarn zum Schutze Österreichs bluten, muß das Gefühl der gemeinsamen Belange vertiefen. Nicht staatsrechtliche Rückbildung, aber ein innigeres Zusammenarbeiten für die Weltstellung der Monarchie, eine Einigung selbständiger Genossen zu gemeinsamer Tätigkeit ist es,

---

europa“, der eine geographische und geschichtliche Tatsache ausdrückt. Aber in seinen Übertreibungen liegt als gesunder Kern das, was ich als die Mahnung zu unaufdringlicher Kulturarbeit bezeichnen möchte. Wie unentbehrlich für die Weltaufgaben Österreich-Ungarns die Anlehnung an das große deutsche Hinterland jederzeit war, hat u. a. Lothar v. Wimmer in seiner Schrift Die Ostmark. Wien, 2. Aufl. 1917, sehr ansprechend dargelegt.

Digitized by Google

was wir erwünschen. Und wir glauben, daß dieser Wunsch auch in Ungarn kräftigen Widerhall finden muß.

Auch in die Erörterung der „mitteleuropäischen Frage" sind Mißtöne eingedrungen. Vereinzelte Stimmen verraten die Furcht, daß sie zum einseitigen Vorteil des einen Teilhabers gelöst werde (die einen besorgen das von der Macht des stärkeren, die andern von den Bedürfnissen des schwächeren, der weniger Gegenleistung bieten könne.) Andere bangen um die Selbständigkeit des Staats, wenn er sich in so vielem binde. Und auch damit verbindet sich gelegentliches Mißtrauen in die Absichten des andern. Auch gegen solche Stimmen müssen wir taub sein. Nicht nur von Regierung zu Regierung, wo es in voller Festigkeit besteht, auch von Volk zu Volk muß gegenseitiges Vertrauen und das Gefühl des Aneinandergebundenseins, der gemeinsamen Pflichten herrschen, wenn ein Werk zustandekommen soll, das die Absichten und die Hoffnungen unserer gemeinsamen Feinde voll zu Schanden macht. In diesem Sinne bei der Beginn der Verhandlungen herzlich begrüßt.

Sozialdemokratie und Monarchie

Von Konrad Haenisch, Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses

I.

Staat und Volk sind keine toten Körper, sondern lebendige Wesen, in denen alles in ständigem Fluß und Werden ist und in lebendiger Wechselwirkung. Wie im menschlichen Körper Veränderungen eines Organs niemals für sich allein betrachtet werden dürfen, wie jede Erkrankung oder Gesundung eines solchen Organs unweigerlich direkt oder indirekt zurückwirkt auf alle anderen Organe, so auch im Staats- und Volksleben. Keine irgendwie wichtige Angelegenheit der inneren Politik gibt es, die nicht so oder so von Einfluß wäre auf die äußere und umgekehrt. So konnte selbstverständlich auch der ungeheure Krieg, in dem wir seit nunmehr fast drei Jahren stehen, unmöglich eine rein militärische und äußerpolitische Angelegenheit bleiben. Hatten auf seine eigene Entstehung Fragen der inneren Politik der verschiedenen Staaten aufs stärkste eingewirkt, so hat umgekehrt er selbst wieder in allen beteiligten Staaten die grundlegenden Fragen des innerpolitischen Lebens in neue Bewegung gebracht. Das wuchtigste Beispiel dafür bietet die russische Revolution. Aber auch England, Frankreich und nicht zum wenigsten die Österreich-Ungarische Monarchie werden aus diesem Kriege in ihrem inneren staatlichen Leben ganz anders hervorgehen, als sie in ihn hineingegangen sind. Von Deutschland und zumal von Preußen gilt das Gleiche. Ohne Weltkrieg kein Ostererlaß und kein Verfassungsausschuß! Mit unwiderstehlicher Gewalt hat der Krieg insbesondere die preußische Wahlrechtsfrage vom neuem aufgerollt. Diese wiederum kann aber nicht von Grund aus gelöst werden, wenn man sich scheut, dem Problem des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Monarchie ehrlich ins Auge zu sehen.

Digitized by Google

So lag es in der Natur der Dinge, daß dies Problem — und in weiterem Sinne die Frage des Verhältnisses zwischen Krone und Volk überhaupt — neuerdings in den Vordergrund der Erörterungen getreten ist. Der äußere Anstoß zu diesen Debatten kam ziemlich zu gleicher Zeit von drei verschiedenen Seiten her. Zunächst von den beiden Hauptbeteiligten selbst, der Sozialdemokratie und dem Kaiser, dann von der Presse und den parlamentarischen Wortführern der äußersten Rechten.

Zuerst war es der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David, der — in seiner Etatsrede vom 30. März d. J. — auf die Frage zu sprechen kam. Bei seiner Erörterung der inneren Neuordnung erklärte er:

„Stark ist ein Fürst, der sich auf die Mehrheit seines Volkes stützen kann. Der Reichskanzler sprach von einer Monarchie, die ihre Wurzeln im Volke hat. Die Zeit ist vorbei, wo ein Fürstentum bestehen konnte, das sich in Gegensatz zu der Volksmehrheit stellte. Der Fürst muß, wie einst Friedrich II. gesagt hat, das tun, was die Masse der armen Leute, der Handwerker, der kleinen Landwirte und Arbeiter wünscht. Ein wirklich soziales Königtum hat die Zustimmung Bebels gefunden und es findet auch unsere Unterstützung."

Wenige Tage später unterstrich der „Vorwärts" in einem viel beachteten Leitartikel, der ausdrücklich an die Adresse Rußlands gerichtet war, diesen Gedanken Davids sehr stark. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie schrieb am 3. April:

„Findet die Monarche in dieser Zeit kluge Ratgeber, dann kann sie sich für alle absehbare Zeit sichern und festigen. Das deutsche Volk ist in seiner Mehrheit nicht antimonarchisch: es ist aber zweifellos in seiner Mehrheit demokratisch, es will das gleiche Wahlrecht zu allen Vertretungskörpern, will Selbstverwaltung und parlamentarisches System... Sobald die Monarchie die Wünsche des Volkes erfüllt, ist aller republikanischen Agitation der Boden unter den Füßen weggezogen. Die Frage ob Monarchie oder Republik würde dann noch weniger Diskussionsthema sein als sie es jetzt schon ist."

Endlich äußerte sich in einem ganz dem Thema „Sozialdemokratie und Monarchie" gewidmeten Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 10. April 1917 (Nummer 181) der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Göhre wie folgt:

„Sicherlich hat bei breiten sozialistischen Massen die frühere Gleichgültigkeit gegen die Monarchie einer leise wachsenden freundlicheren Gesinnung Platz gemacht. Die Schar derer, die schon früher nicht republikanisch gesinnt gewesen sind, ist bedeutend gewachsen, ihre Tendenz bewußter geworden."

Das Bemerkenswerteste an allen diesen Äußerungen aus dem Munde berufener sozialdemokratischer Wortführer war nach meinem Empfinden die Tatsache, daß sie in den Reihen der Partei, soweit ich sehen konnte, keinerlei Widerspruch ausgelöst haben. Weder in der Presse noch in Versammlungen noch auch auf der unmittelbar folgenden Tagung des Partei-Ausschusses.

Um dieselbe Zeit, und in gewissem Sinne als Antwort auf Davids Rede und die Erklärung des „Vorwärts", erschien die Osterbotschaft des Kaisers, in der er heißt:

Digitized by Google

„Bestrebt, in fest bewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sowie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen ... Ich handle nach den Überlieferungen großer Vorfahren, wenn ich bei der Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volk das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient."

Ganz ähnlich hatte sich tags zuvor, am 6. April d. J., in ihrer Nummer 95 hochoffiziös schon die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ausgesprochen.

Das Echo auf alle diese Kundgebungen von der äußersten Rechten her blieb nicht aus. Ihre Presse malte das Schicksal der Monarchie in den schwärzesten Farben, wenn wirklich die Wege beschritten werden sollten, die die Osterbotschaft angekündigt habe. Die Monarchie werde dann in Preußen und in Deutschland zu einem bloßen Schattenfürstentum herabsinken. Die Osterbotschaft selbst bedeute nichts anderes als ein Zurückweichen der Monarchie vor den Drohungen, die die Rechte in jenem „Vorwärts"-Artikel vom 3. April angeblich entdeckt hatte. Die „Deutsche Tageszeitung" sprach die düstere Prophezeiung aus, man werde „das zu Grabe tragen, was Preußens und Deutschlands beste Stärke ist: die kraftvolle Monarchie und den starken Staat" („Deutsche Tageszeitung" vom 10. April Nr. 180).

In das gleiche Horn bliesen und blasen noch täglich die parlamentarischen Wortführer der Konservativen. Besonders klagend klingen die Töne, seitdem der Verfassungsausschuß des Reichstages an der Arbeit ist. Alles was er auch beschlossen hat, von der Neuregelung des Verhältnisses zwischen Zivilkabinett, Offizieren und Kriegsministerium an bis zur schärferen Herausarbeitung der Präsidialgewalt im Reichstage gegenüber den Bundesratsbevollmächtigten, erscheint diesen Herren als ein Hochverrat an den Rechten der Krone, als eine Kapitulation (Übergabe) der Monarchie vor der Demokratie.

Nach alledem wäre die uns hier interessierende Frage etwa so zu stellen: wie würde eine durchgreifende Demokratisierung unseres gesamten deutschen und insbesondere unseres preußischen Verfassungswesens, eine Demokratisierung, bei der die Krone den Forderungen der Linken freiwillig weit entgegenkäme, einwirken auf die Beziehungen zwischen Monarchie und Sozialdemokratie? Was würden beide Mächte aufgeben, was würden sie gewinnen und welche Folgen würden sich für unser ganzes Staatsleben aus einer solchen Neuregelung der Beziehungen zwischen dem Unterbau der Pyramide und ihrer Spitze ergeben? Zur Beantwortung dieser Frage ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick unerläßlich.

II.

Ist die deutsche Sozialdemokratie ihrem Wesen und ihrer Vergangenheit nach republikanisch? Ja und nein!

Ja — so weit sie die geistige Erbin der Ideen von 1789, 1830 und 1848 ist und

Digitized by Google

soweit sie ruht auf dem rein begrifflichen Denken der Aufklärer des 18. Jahrhunderts und ihrer Erben, der großen sozialistischen Utopisten[1]. Wie es für Rousseau und seine Schüler nur ein absolutes „Recht" gab — das „Naturrecht" —, wie es für Saint Simon und Charles Fourier, für Cabet und Weitling nur eine schlechthin „vernünftige" Wirtschaftsweise gab — die kommunistische —, so existierte für die Demokraten der alten Schule nur eine „gerechte" und „vernünftige" Staatsordnung — die Republik. Alle diese Männer dachten völlig unhistorisch, es gab für sie keine Relativität und geschichtliche Bedingtheit. Die Republik war ihnen die einzig naturgemäße Staatsform für alle Völker und sie war es ohne jede Rücksicht auf deren Alters- und Kulturstufen. Für sie war die Republik dem Deutschland des 12. Jahrhunderts ebenso angemessen wie dem Athen des klassischen Altertums und dem Frankreich der großen Revolution. Für Haiti wie für Italien, für England wie für Venezuela gab es in ihren Augen schlechterdings nur eine überhaupt mögliche Staatsform: die Republik. In diesem unhistorisch-abstrakten Denken, in diesem rein gedanklich begründeten Republikanismus führt eine direkte Linie von dem Schiller der „Räuber" und des „Fiesko" über Johann Jacoby und Wilhelm Liebknecht hinweg bis zu Georg Ledebour und Adolf Hoffmann — wenn diese Linie sich zuletzt auch ein wenig karikaturistisch verschnörkelt.

Für jeden Kenner der inneren sozialistischen Parteigeschichte Deutschlands ist es von hohem Interesse zu verfolgen, wie durch die Jahrzehnte hindurch dieser gedankliche Republikanismus an Stärke immer wieder anschwillt und abebbt, je nachdem die Staatsgewalt zu starken Schlägen gegen die Arbeiterbewegung ausholt oder ihr gegenüber eine gewisse Passivität beobachtet. Für die siebenziger Jahre mit ihren ebenso kleinlichen wie brutalen Polizei- und Justizverfolgungen ist in dieser Hinsicht besonders kennzeichnend das sogenannte „Neue Wintermärchen", ein in Anlehnung an Heinrich Heine nicht ungeschickt gemachtes Verspamphlet, das damals und auch später noch, bis in die neunziger Jahre hinein, unter der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands in großen Massen geheim verbreitet wurde. Hier überschlägt sich der antimonarchische und insbesondere der antihohenzollersche Haß gradezu in wilden Sprüngen. Aber das entsprach durchaus der damaligen Stimmung des sozialistischen Proletariats. In den Tagen des Ausnahmegesetzes steigerte und verbreitete sich diese Stimmung noch beträchtlich, wie jede Nummer des damals im Auslande erscheinenden Zentralorgans der Partei, des „Sozialdemokrat", sowie jede einzelne der in jenen Tagen illegal[2] erschienenen Broschüren sehr deutlich zeigt. In den Diskussionsklubs war allerorts die Behandlung der Frage: „Welche Vorzüge bietet die republikanische Staatsform vor der monarchischen?" ganz besonders beliebt.

In jenen Tagen mußten viele Hunderte sozialistische Arbeiter ihr Vaterland verlassen; in der republikanischen Schweiz, dem republikanischen Frankreich, das

[1] Utopist = ein Mann, der nicht zu verwirklichenden Gedanken anhängt. [2] verbotenerweise.

Digitized by Google

ihren Herzen als altes „Mutterland der Revolution" von jeher teuer war, im republikanischen Amerika und in dem halbrepublikanischen England fanden sie ebenso gastliche Aufnahme, wie sie in der Reaktionszeit der fünfziger Jahre die Männer der Märzrevolution und des badischen Aufstandes dort gefunden hatten. Das ehemalige Exil Wilhelm Liebknechts, das spätere Exil Eduard Bernsteins und so vieler anderer: wer kann ermessen, welche Unsumme von monarchistischer Gesinnung das alles im deutschen Volke zerstört hat?

In der kurzen Ära der neunundneunzig Tage der Regierungszeit Kaiser Friedrichs III. war ein leichter Stimmungsumschwung unverkennbar. Seinem Vater hatte man trotz der kaiserlichen Botschaft von 1881 und der Arbeiterversicherungsgesetze begreiflicherweise die Verhängung des Sozialistengesetzes und seine immer erneute Verlängerung nicht vergessen können. Und wenn man dem neuen Kaiser gegenüber auch durchaus frei war von allen jenen liberalen Kronprinzenillusionen, in denen sich der Fortschritt wiegte, so machte sich doch stark bemerkbar, daß Friedrich III. weder persönlich noch politisch je eine aggressive Haltung der Arbeiterbewegung gegenüber eingenommen hatte. Die letzte und auch stärkste Tat des sterbenden Kaisers war die Beseitigung des Polizeiministers Puttkamer gewesen. Das rechnete man ihm auch in der sozialistischen Arbeiterschaft hoch an, und so erschienen denn bei seinem Tode in einzelnen Zeitungen der Partei freundliche Nachrufe, ein Vorgang, der noch nach mehr als zwei Jahren auf dem Hallenser Parteitage von 1890 Äußerungen des stärksten Unwillens seitens der Berliner Oppositionellen — auch damals nannten sie sich „Unabhängige" — nach sich zog.

Auch dem dritten Kaiser, Wilhelm II., stand man in den ersten Jahren seiner Regierung trotz des starken Mißfallens, das gewisse Züge seines Wesens und manche seiner Äußerungen schon damals hervorriefen, bei aller abwartenden Reserve doch nicht direkt unfreundlich gegenüber. Er galt den Arbeitern immerhin als ihr Helfer beim Sturze des aufs tiefste verhaßten Bismarcks und bei der Beseitigung des Ausnahmegesetzes. Zugleich als der Mann der sozialpolitischen Februarerlasse von 1890. Bei den Reichstagswahlen jenes Jahres wurde in agitatorischer Ausmünzung dieser Erlasse der Kaiser sogar vielfach in Flugblättern und Versammlungen als eine Art Verbündeter der Sozialdemokratie bezeichnet. Und Georg von Vollmar gab dem neuen Kurse gegenüber rückhaltlos die Parole aus: „Dem guten Willen die offene Hand!"

Der Umschlag kam schnell. Der Kaiser hatte nicht die Geduld, in Ruhe abzuwarten, bis im Lauf der Zeit die schweren Wunden, die das Sozialistengesetz dem Staatsgedanken im allgemeinen und dem monarchischen Gedanken im besonderen geschlagen hatte, von selbst vernarbten. Er überlegte sich nicht, daß der Schaden, den zwölf Jahre angerichtet hatten, nicht in zwölf Monaten wieder gut zu machen war. Zudem erwartete er in völliger Verkennung der innerlichen Bedingungen des Parteilebens und der Parteitradition ein schnelles und feierliches Abschwören der republikanischen

Digitized by Google

Ideale durch die Sozialdemokratie. Er erwartete ein feuriges Bekenntnis der Arbeiterpartei zum Gottesgnadentum der Hohenzollern. Als alles das ausblieb, weil es ausbleiben mußte, wechselte die Stimmung des Kaisers fast von heute auf morgen, zumal gewisse Unternehmerkreise seine Enttäuschung sehr geschickt in ihrem Interesse auszunützen wußten. Der Einfluß der Hinzpeter und Berlepsch sank, der Einfluß König Stumms stieg rapid. Die Stimmung der Februarerlasse schlug um in die Stimmung der Umsturz- und Zuchthausvorlagen, der Sedanrede, der Reden von Bielefeld und Oeynhausen. Die Garden wurden aufgerufen, „der hochverräterischen Schar zu wehren und einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen". Die Ansprachen an die Rekruten, in denen in immer schärferen Wendungen von der Bekämpfung des inneren Feindes, vom Schießen auf Vater und Mutter die Rede war, erneuten sich Jahr für Jahr.

Die Wirkung von dem allen (einige sehr unvorsichtige Reden des Kronprinzen kamen hinzu) blieb nicht aus: von der Mitte der neunziger Jahre an setzt eine stets wachsende ausgesprochen antimonarchische Strömung in der Sozialdemokratie ein. Der Kampf gegen das „persönliche Regiment" tritt immer mehr in den Vordergrund ihrer politischen Agitation. Das wachsende Mißvergnügen der Süddeutschen an der ganzen Art der Neu-Berliner Kaiserherrlichkeit, die „Simplizissimusstimmung" weiter Kreise der Gebildeten leiten immer neue Ströme in das breite Bett dieser Bewegung, die indessen weit mehr negativ antikaiserisch (wenn ich das Wort bilden darf) als positiv republikanisch ist.

Wie die antikaiserliche Strömung intellektuell und stimmungsmäßig verquickt war mit bewußt antistaatlichen Tendenzen, durch welche inneren und äußeren Einflüsse diese bedingt waren, darüber ausführlich zu schreiben, würde mich zwingen, den mir hier zur Verfügung gestellten Raum weit zu überschreiten. Wer sich für dies Thema im einzelnen interessiert, den muß ich schon auf die hier in Frage kommenden Kapitel meines Buches: „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege" verweisen, das vor reichlich Jahresfrist im Verlage von C. A. Schwetschke & Sohn in Berlin erschienen ist. — Hier nur noch diese Bemerkung:

Kurz vor dem Kriege hatte infolge des Zusammentreffens von mancherlei Umständen jene staatsfeindliche Strömung wieder stark zugenommen und sich mit ausgesprochener Schärfe gegen die monarchische Spitze des Staates gerichtet. Gewissermaßen versinnbildlicht wurde diese Lage der Dinge im Frühsommer 1914 dadurch, daß auf ausdrücklichen Fraktionsbeschluß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bei dem üblichen Kaiserhoch am Schlusse der Session nicht, wie es bisher gebräuchlich gewesen war, stillschweigend den Sitzungssaal verließen, sondern zum ersten Male demonstrativ auf ihren Stühlen sitzen blieben...

Digitized by Google

III.

Neben dieser staats- und monarchiefeindlichen Strömung lief nun aber in der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an eine andere, sie vielfach kreuzende, nebenher — eine Strömung bewußter Staatsbejahung. In den Kapiteln: „Der nationale Gedanke in der Sozialdemokratie" und „Strömungen und Gegenströmungen" meines eben genannten Buches habe ich an der Hand zahlreicher Aussprüche der wissenschaftlichen und parlamentarischen Vorkämpfer meiner Partei Art und Stärke dieser Strömung deutlich zu machen versucht. Hier muß es genügen, darauf hinzuweisen. Ganz gewiß war diese staatsbejahende Strömung keineswegs ohne weiteres auch monarchiebejahend. Aber immerhin finden wir bei einigen ihrer besonders hervorragenden Vertreter auch starke monarchische Untertöne. So bei Lassalle und bei Johann Baptist von Schweitzer, die beide stark preußisch dachten und empfanden und durch ihren schroffen Kampf gegen die Fortschrittspartei in der Tat mindestens serlisch in eine Art von Waffenbrüderschaft mit der preußischen Krone kamen. Lassalles Unterhandlungen mit Bismarck über die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes sind ja bekannt; die Berichte darüber sind grade jetzt wieder sehr lesenswert. Bismarck hat im Reichstage im Jahre 1878 bei der Beratung des Sozialistengesetzes ausführlich davon erzählt und dabei auch den stark monarchischen Zug in Lassalles Gesprächen hervorgehoben. Ich bitte, dies nun aber nicht etwa dahin mißzuverstehen, als seien Lassalle und Schweitzer begeisterte Verfechter des mittelalterlich-mystischen Gedankens vom Gottesgnadentum gewesen. Das waren sie so wenig wie Bebel, der auch seinerseits gelegentlich — ich erinnere nur an seine Äußerungen auf dem Internationalen Sozialistenkongreß von Amsterdam im Jahre 1904 — den Franzosen gegenüber gewisse Vorzüge des monarchischen Preußen gegenüber dem republikanischen Frankreich lebhaft hervorgehoben hat.

In den letzten Jahren vor dem Kriege wagten sich, besonders aus dem Kreise der „Sozialistischen Monatshefte", sogar einzelne Stimmen hervor, die einer förmlichen Aussöhnung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie das Wort redeten.

Praktisch weit wichtiger als diese vereinzelten, für eine bewußte Annäherung plädierenden Stimmen wurde jedoch in den letzten anderthalb Jahrzehnten die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber den Fragen der Staatsverfassung, eine Gleichgültigkeit, die allerdings von Zeit zu Zeit durch die im vorhergehenden Abschnitt kurz skizzierten Momente immer wieder durchbrochen wurde. Besonders waren es die vorwiegend gewerkschaftlich tätigen und sozialpolitisch interessierten Kreise der Arbeiterbewegung, bei denen das Interesse für die Republik hinter den drängenden Aufgaben des Tages immer mehr zurücktrat. In diesen Kreisen gewann die Lehre von Karl Marx, des (seinerseits übrigens persönlich streng republikanisch gesinnten) Altmeisters der deutschen Sozialdemokratie, immer mehr Gestalt und Leben, daß für den Aufstieg der Arbeiterklasse die Umgestaltung des wirtschaftlichen Unterbaues der Gesellschaft das schlechterdings Entscheidende sei.

Digitized by Google

Im Zusammenhang damit verlor in der Arbeiterbewegung auch jenes vorhin erläuterte, rein abstrakt-ideologische Denken immer mehr an Boden; es wurde abgelöst durch eine mehr geschichtliche Denkweise, die auch in Monarchie und Republik nicht mehr absolut, sondern nur historische Kategorien sah, von denen die eine wie die andere je nach Zeit und Umständen ihre relative Berechtigung haben konnten.

IV.

Während des Krieges haben sich die Dinge nun so gestaltet: je mehr sich der Kaiser persönlich zurückhielt, desto mehr erlosch nicht nur das früher so stark aggressive Interesse an seiner Person, sondern desto mehr trat auch der Kampf gegen den monarchischen Gedanken selbst in den Hintergrund. Von einer republikanischen Propaganda ist in irgendwie nennenswertem Maße während des Krieges unter der deutschen Arbeiterschaft nicht die Rede gewesen, und wo sie etwa doch versucht wurde, fiel sie auf ganz steinigen Boden.

Zudem gab es in der Organisierung der sozialen Hilfeleistung für die Opfer des Krieges wirklich sehr viel dringendere Aufgaben zu lösen als akademische Flohknackereien über die theoretisch beste Staatsform. Ein Gefühlsmoment kam hinzu, das Empfinden nämlich: Alle Glieder des deutschen Volkes ohne Unterschied der Klasse und der sozialen Stellung sind von der gleichen furchtbaren Gefahr bedroht. Für sie alle handelt es sich um einen Kampf auf Tod und Leben. Da gilt es, geschlossen zusammen zu stehen bis zur siegreichen Abwehr der gemeinsamen Gefahr. (Nebenbei: es wäre nur wünschenswert gewesen, wenn ein ähnlich starkes Gemeinschaftsgefühl auch jene Kreise während der ganzen Kriegsdauer beherrscht hätte, aus denen sich die Kriegswucherer und Kettenhändler rekrutieren . . .)

Seit der Osterbotschaft sind nun gewisse Anzeichen einer ausgesprochen freundlichen Gesinnung dem Träger der Krone gegenüber in der deutschen Arbeiterschaft unverkennbar. Und hält der Kaiser, besonders auch in seiner Eigenschaft als König von Preußen, dem reaktionären Ansturm, den plumpen Einschüchterungsversuchen der äußersten Rechten gegenüber entschlossen durch, vor allem aber: folgen den guten Worten der Osterbotschaft rasch auch gute und entschlossene Taten, so ist für die Zukunft ein durchaus erträgliches Verhältnis zwischen Monarchie und Sozialdemokratie in Deutschland und in Preußen zu erwarten. Gewiß keine stürmische gegenseitige Liebe! Es wäre ebenso unpsychologisch, sie vom Kaiser zu verlangen, wie sie etwa von der Sozialdemokratie zu erwarten. Dafür liegt allzuviel zwischen beiden, und was in langen Jahrzehnten gesündigt worden ist, können sogar drei Jahre eines Weltkrieges nicht restlos aus den Herzen und Hirnen auslöschen. — Auch ein feierliches Abschwören des beiderseitigen grundsätzlichen Standpunktes fordere man nicht. Eine prinzipielle Einigung zwischen der Monarchie und der konsequenten Demokratie ist theoretisch unmöglich — das hat sogar Friedrich Naumann, der

Digitized by Google

Vater des Gedankens von Demokratie und Kaisertum, in seinem so betitelten Buche schon vor fast zwanzig Jahren offen eingeräumt. Obendrein setzt eine solche Forderung des prinziviellen Abschwörens von Meinungen bei dem abschwörenden Teil stets einen beträchtlichen Mangel an politischer und persönlicher Würde voraus und ein solches intellektuelles und seelisches Harikiri[1] wollen wir Sozialdemokraten vom Kaiser ebensowenig verlangen, wie wir es uns selbst zumuten lassen möchten. Die Rechte weiß sehr genau, was sie tut, wenn sie gewisse prinzipielle Verzichte als Voraussetzungen jeder ernsthaften politischen Reform fordert....

Was praktisch zurzeit erreichbar ist und was praktisch auch genügt, das ist ein Modus vivendi zwischen Sozialdemokratie und Monarchie in Deutschland. Alles weitere überlasse man getrost der Zukunft.

Die Monarchie würde, wenn sie durch schnelle und großzügige innere Reformen einen solchen Modus vivendi anbietet, gewiß auf allerlei Vorrechte verzichten müssen, die ihr durch Tradition teuer sind. Aber diese Vorrechte wären für die Dauer doch nicht aufrecht zu erhalten, und gelänge es wirklich, sie wenigstens noch für kurze Zeit zu erhalten, so wäre sonst das nur möglich in Kämpfen von solcher Erbitterung, daß durch sie der ganze Staat und nicht zum wenigsten die Monarchie selbst moralisch aufs schwerste erschüttert würden. Andererseits würde die Monarchie durch kluges und rechtzeitiges Einlenken einen Schatz freundlicher Achtung gewinnen, wie sie ihn in Deutschland seit drei Jahrzehnten nicht mehr besessen hat. Sie würde sich zugleich einen Dauerzustand gleichmäßiger Ruhe sichern, wie sich die Monarchien Englands, Italiens und anderer parlamentarisch regierter Länder eines solchen seit langem erfreuen.

Auch die Sozialdemokratie müßte bei der Herstellung eines Modus vivendi der vorhin angedeuteten Art allerlei traditionelles Gerümpel in den Silberschrank der historischen Erinnerung stellen. Auch das würde Überwindung kosten. Doch würde auch hier der Gewinn den Verlust weitaus aufwiegen: befreit von dem nervenzerrüttenden und ebensowenig erfreulichen wie ersprießlichen Kampfe gegen den Träger der Krone könnte sie die ganze Kraft ihrer weltgeschichtlichen Hauptaufgabe widmen: der sozialwirtschaftlichen Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus. Und bei dieser Arbeit würde ihr ein breiter Strom von Hilfe und Unterstützung zufließen aus solchen Kreisen, die bisher in der Hauptsache der „antimonarchische" Charakter der Sozialdemokratie von ihr fernhielt, während sie ihren sozialen und kulturellen Interessen nach durchaus in das Lager der sozialistischen Arbeiterschaft gehörten: Landarbeiter und christliche Industriearbeiter, Techniker, Ingenieure, kaufmännische Angestellte und „Intellektuelle" aller Art.

So hätten bei einer solchen Neuordnung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Monarchie, wie ich sie hier andeutete, beide Teile nur wenig zu verlieren,

[1] Japanische Art des Selbstmordes.

Digitized by Google

aber viel zu gewinnen. Besser: sie würden Scheingüter eintauschen gegen rechte Werte. Kann da die Wahl schwer sein? Und daß die bisherigen Nutznießer des Kampfes zwischen Krone und sozialistischer Arbeiterschaft Zeter und Mordio schreien bei dem bloßen Gedanken an eine Annäherung der beiden: ist das nicht nur noch ein Grund mehr, eine solche Annäherung so schnell wie möglich ins Werk zu setzen?

Deutschland und die portugiesischen Kolonien

Von Prof. Hans Meyer

Die deutsche überseeische Kolonisationsarbeit hat bisher allzusehr unter der weiten räumlichen Verteilung unsrer Kolonien gelitten, die eine große Zersplitterung der militärischen, maritimen, administrativen, wirtschaftlichen, völkischen, kulturellen, finanziellen Kräfte in unserm Kolonialreich verursachte. Wir haben uns im Lauf unsrer friedlichen Kolonisation die einzelnen Kolonien nicht nach Bedarf und nach einem großen Plan aussuchen können, sondern wir haben zugreifen müssen, wo sich gute Gelegenheiten boten.

Jetzt nun will uns das Schicksal, wie wir zuversichtlich erwarten können, in einem siegreichen Weltkrieg die Pforten zu heimischer und überseeischer Größe weit öffnen. Wir sehen für unsere weltpolitischen und kolonialen Bedürfnisse, Hoffnungen und Wünsche die Möglichkeit der Verwirklichung in einer Größe und Güte, wie sie in Jahrhunderten nicht wiederkehren kann. Im Mittelpunkt unserer Wünsche steht ein deutsches Mittelafrika, wo unsere bisher getrennten drei Kolonien Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika, die den Atlantischen und den Indischen Ozean flankieren, durch die Kolonialgebiete derjenigen unserer jetzigen Feinde, die wir bereits überwunden haben oder in Kürze zu überwinden hoffen dürfen, durch die belgische Kongokolonie, das französische Äquatorialafrika und das portugiesische Angola zu verbinden sind.

Von diesen Kolonialgebieten und von der Nordhälfte der portugiesischen Mosambikkolonie, über deren Erwerbung wir uns bereits 1898 mit England in einem geheimen Abkommen verständigt haben (s. unten), ist bisher in deutschen kolonialpolitischen Kreisen immer die Rede gewesen, wenn die Frage eines künftigen Deutsch-Mittelafrika zur Diskussion stand. Die Erörterung der Einbeziehung britischer Kolonialgebiete wurde verständigerweise von den Realpolitikern solange ausgeschieden, als die Möglichkeit der Niederzwingung Englands noch nicht abzusehen war. Nun aber, da der heißersehnte schrankenlose U-Bootkrieg endlich in furchtbare Wirksamkeit getreten ist und den britischen Inseln die Lebenskräfte abzuschnüren beginnt, gedenken wir der Worte des Reichskanzlers, daß unsere Friedensbedingungen um so schwerer für die Besiegten sein werden, je länger diese den Krieg hinausziehen, und beginnen füglich auch mit der Einverleibung britischen Kolonialgebietes in das deutsche Mittelafrika

Digitized by Google

zu rechnen: das wären die unserm Deutsch-Ostafrika angrenzenden Länder Britisch-Ostafrika mit Uganda im Norden und Nord-Rhodesia mit Nyassaland im Süden und es wäre das an Kamerun grenzende Nigeria im Westen. Von der Zeit und Größe unseres Sieges in Europa wird es abhängen, ob die Grenzen des deutschen mittelafrikanischen Kolonialblockes noch weiter auszudehnen wären (Senegambien, Goldküste, Madagaskar).

In diesem erwarteten großen Deutsch-Mittelafrika nehmen eine politisch und wirtschaftlich von den anderen Bestandteilen abweichende Stellung die drei portugiesischen Kolonien: Guineainseln, Angola und Mosambik ein. Portugal hat sich von unseren zehn Weltkriegsgegnern erst an neunter Stelle der Entente angeschlossen. Am 9. März 1916 haben wir ihm den Krieg erklärt, nachdem es, durch England gezwungen, 70 deutsche in seinen Häfen liegende Dampfer beschlagnahmt und großenteils an England ausgeliefert hatte. Der kleine portugiesische Staat an der äußersten Südwestecke Europas hatte den britischen Einflüssen gegenüber keine Freiheit der Entschlüsse, denn seit einem halben Jahrhundert ist er in absoluter finanzieller Abhängigkeit von England, das ihm in seinen andauernden Geldnöten immer wieder aus Menschenliebe durch Anleihen auf die Beine geholfen oder doch vor völligem Zusammenbruch bewahrt hat. Dafür hat das dankbare Portugal dem großmütigen Freund so gut wie alles verpfändet, was es besaß, und Rechte in seinen Kolonien eingeräumt, wie sie im Verhältnis anderer souveräner Staaten nicht vorkommen. Für solche Zugeständnisse hat sich nun wieder England seinerseits dankbar erwiesen, indem es den hilfsbedürftigen Portugiesen im sogenannten Windsorvertrag die Integrität ihrer Kolonien gegen böse Feinde „garantiert" hat.

So sehr hat sich England bereits in die Rolle des Beschützers des armen kleinen Portugal eingelebt, daß es in vormundschaftlicher Fürsorge auch auf gelegentliche, für Portugal vorteilhafte Verkäufe von portugiesischem Kolonialbesitz bedacht war. Da die portugiesischen Kolonien als Ganzes wegen ihrer schlechten Verwaltung, wegen der prohibitiven Zoll- und Verkehrspolitik, wegen mangelnder Kapitalanlage und aus anderen Gründen seit Jahrzehnten das portugiesische Budget immer mehr belastet haben, wurde in der Lissaboner Kammer wiederholt die Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes ernstlich erwogen. Als 1898 Portugal die Zinsen seiner Staatsschulden nicht bezahlen konnte und in ganz Europa keinen Kredit mehr bekam, prüften portugiesische Beauftragte in London und Berlin die Geneigtheit, portugiesische Kolonien zu kaufen, und es kam, wie Fürst Bülow in seiner „Deutschen Politik" mitteilt, zu einem „Vertrag" zwischen England und Deutschland über die „Ausbeutung der portugiesischen Kolonien in Afrika". Dem später bekannt gewordnen Hauptinhalt nach handelt es sich aber nicht nur um eine „Ausbeutung" der portugiesischen Besitzungen durch England und Deutschland, sondern um das Vorkaufsrecht der beiden Mächte auf die beiden mittelafrikanischen Kolonien Angola

Digitized by Google

und Mosambik, von denen ganz Angola und die Nordhälfte Mosambiks an Deutschland, die Südhälfte Mosambiks, die das wichtige östliche Küstenvorland von Britisch-Südafrika bildet, an England fallen sollte, sobald Portugal sie verkaufen wolle.

Das Übereinkommen ist aber nie unterzeichnet worden, da es nicht die Bewilligung des Premierministers Salisbury gefunden hat. Es blieb liegen, bis Sir Edward Grey im Winter und Frühling 1913/14 die Verhandlung wieder aufnahm und sie bis zum Ausbruch des Weltkrieges weiterführte, ohne über die Schwierigkeit hinwegzukommen, daß die Überlassung so wichtiger portugiesischer Besitzungen an Deutschland eine Gefahr für die britische Ausbreitung und Sicherheit in Südafrika werden könnte.

Ich erinnere an diese Vorgänge, weil sie zeigen, wie selbstherrlich England seit 20 Jahren über das Eigentum seines Schützlings Portugal verfügt hat, und weil sie den leoninischen Charakter des gegenwärtigen Bündnisses Portugals mit seinem britischen Beschützer beleuchten. England hat Portugal natürlich nicht zum Anschluß an die Entente gezwungen, um Portugal und seine in der weiten Welt verstreuten Kolonien um Portugals Willen zu beschützen, sondern um sich entweder nach dem Endsieg der Entente an den portugiesischen Kolonien schadlos zu halten für alle die Unterstützung, die es den finanziell ruinierten Portugiesen gewährt hat, oder aber um nach einem Endsieg Deutschlands die Kriegskosten und Kriegsentschädigungen in Deutschland nicht aus eigner Tasche oder mit eigenen britischen Kolonialgebieten zu bezahlen, sondern mit portugiesischen Kolonien neben solchen seiner französischen, belgischen und italienischen Ententegenossen. Wir werden daraus beim Abschluß eines deutschen Friedens unsere Folgerungen zu ziehen haben.

Werfen wir auf der Karte einen kurzen Überblick über das portugiesische Kolonialreich und seine Einzelglieder, so fällt in die Augen, daß die große Hauptmasse auf dem afrikanischen Kontinent und seinen Randinseln liegt, während die Kolonien in Asien bloß kleine vereinzelte Splitter als letzte Überbleibsel aus dem einstigen großen portugiesischen Indiareich sind. Die atlantischen und afrikanischen Besitzungen Portugals sind: die Azoren, Madeira, die Kapverden, Portugiesisch-Guinea, Principe, São Thomé, Angola und Mosambik; die asiatischen: Goa, Damão, Diu, Portugiesisch-Timor und Makao.

Alle afrikanischen Kolonien Portugals machen zusammen einen Flächenraum von 2070000 qkm mit 8⅓ Millionen Einwohner (1915) aus, die asiatischen rund 23000 qkm mit 830000 Einwohnern. Portugals Kolonialbesitz ist also an Fläche etwa 860000 qkm, an Volkszahl etwa 3 Millionen Köpfe kleiner als die deutschen Kolonien; seine Volksdichte aber, wenn richtig gerechnet ist, mit 4,4 pro qkm etwas größer als die der deutschen Kolonien. Im ganzen steht das portugiesische Kolonialreich hinsichtlich seines Flächenraumes an der fünften Stelle unter den Kolonialmächten der Erde, vor ihm England, Frankreich, Deutschland und Belgien, nach ihm die Niederlande, Italien und Spanien.

Digitized by Google

Schließen wir auf einem kurzen Rundgang durch die portugiesischen Kolonien von West nach Ost auch die beiden staatsrechtlich zum Mutterland selbst gehörenden atlantischen Inselgruppen Azoren und Madeira ein, so haben wir in den Azoren ein durch sterile Vulkanaufschüttung ungünstig beeinflußtes, produktenarmes Land vor uns, das seine dichte und wachsende Bevölkerung (104 pro qkm) nicht ernähren kann, so daß jährlich einige Tausend nach Amerika auswandern müssen. Aber durch seine geographische Lage vor der Südwestecke Europas und vor der Gibraltarstraße nimmt es eine höchst schätzbare verkehrspolitische und marinestrategische Stellung ein. Im Haupthafen Ponta Delgada auf Sao Miguel hat man durch große Dammbauten geräumigen Ankergrund für ein Dutzend große Ozeandampfer und zahlreiche kleine Schiffe geschaffen, dazu Reparaturwerkstätten aller Art, Kohlendepots, Proviantlager usw. eingerichtet, so daß der Hafen einer der besten und besuchtesten Raststätze der Ozeanschiffahrt ist. Die Inseln liegen auf der direkten Linie Mittelmeer—Gibraltar—New York und England—Westindien—Panamakanal. Zudem ist ihr Hafenplatz Horta auf Fayal eine der wichtigsten Zentralen der transatlantischen Telegraphenkabel, in der sechs große englische, amerikanische, deutsche und portugiesische Kabel aus Europa, Afrika und Amerika zusammenlaufen resp. dahin ausstrahlen, und auf fünf Inseln sind telegraphische Funkenstationen der verschiedenen Mächte errichtet worden. Im Atlantischen Ozean gibt es nur sehr wenige Punkte von so bevorzugter verkehrsgeographischer Lage, geopolitischer Bedeutung und militärisch-marinestrategischer Kraft wie die Azoren, sobald sie im Besitz einer flottenstarken Großmacht sein werden.

Eine viel geringere Bedeutung als Kohlenstation der großen Ozeanlinien und als Beobachter der Gibraltarstraße hat Madeira, namentlich weil es keinen geschützten Hafen besitzt — Funchal hat nur eine offene Reede —, aber es erfreut sich in hohem Grade der Vorzüge eines wundervoll milden Klimas und größerer Fruchtbarkeit des Bodens, wodurch es die berühmteste Winterstation für Lungenkranke und ein Vorzugsgebiet des südlichen Weinbaues (Madeirawein 1912 Export 2,4 Millionen Mark) des Bananen- und Frühkartoffelbaues geworden ist.

Das Extrem von Unfruchtbarkeit stellen unter den portugiesischen Kolonien die Kapverdischen Inseln dar. Mit schlechtem jungvulkanischen, großenteils reinem Bimssteinboden und mit einem heißen Trockenklima wie das der südwestlichen Sahara, können die Kapverden nicht genug Bodenerzeugnisse hervorbringen, um ihre wachsende Bevölkerung, meist Neger, zu ernähren; daher auch hier ziemlich starke jährliche Auswanderung, wenn auch nicht so große wie von den Azoren und Madeira. Aber die günstige Verkehrslage zwischen Europa und Südamerika oder West- und Südafrika hat die Kapverden, und zwar ihren Hafenplatz Porto Grande auf Sao Vicente, zu einer der meist angelaufenen Kohlenstationen des östlichen Atlantischen Ozeans gemacht. Auch ist es eine wichtige Station mehrerer Überseekabel. Erst in

Digitized by Google

neuester Zeit ist in dem bisher stetig wachsenden Dampferverkehr der Kapverden ein Stillstand eingetreten, weil die modernen Schiffsmaschinen weniger Kohlen verbrauchen und dadurch ihre Dampfer befähigen, viel weitere Strecken, z. B. von Lissabon direkt nach Rio, durchzufahren, ohne auf einer Zwischenstation Kohlen einzunehmen. An dem aus ihrer Lage vor Afrikas Westspitze entspringenden verkehrsgeographischen und flottenstrategischen Wert der Kapverden ändert aber dieser neuere Stillstand des Dampferanlaufens natürlich nur wenig.

Im Gegensatz zu den genannten drei Inselgruppen hat die benachbarte portugiesische Festlandskolonie Guinea portugueza ein feuchtheißes regenreiches Klima mit üppigem Pflanzenwachstum und starker Produktionskraft. Aber für Europäer ist das Niederungsklima mörderisch, und da die Portugiesen in stetem Unfrieden mit den Eingebornen Guineas leben, machen Bodenbau und Handel keine wesentlichen Fortschritte. Bloß der Handel mit eingeführtem, meist aus Hamburg stammendem Alkohol blüht und bringt der portugiesischen Verwaltung hohe Zolleinnahmen ein. Im übrigen braucht die Kolonie seit Jahrzehnten regelmäßige Jahreszuschüsse vom Mutterland. Die völlige Umschließung durch französisches Gebiet machen das portugiesische Guinea gänzlich abhängig von Französisch-Westafrika, das hieraus wohl auch bald die politischen Konsequenzen ziehen wird, falls ihm am Ende des Weltkriegs nicht ein Stärkerer zuvorkommt.

Die Perle des portugiesischen Kolonialbesitzes, klein, aber wertvollst, sind die beiden im innern Guineagolf unter dem Äquator liegenden Vulkaninseln Principe und São Thomé. Zusammen nur 1200 qkm groß, aber bis über 2000 m hoch aus dem Ozean aufsteigend und dank ihrem regenreichen, gleichmäßig warmen Klima mit üppigem Tropenwachstum begabt, bieten sie dem Plantagenbau wertvoller Handelspflanzen die vorteilhaftesten Bedingungen. An erster Stelle wird Kakao gebaut, der denn auch eine Höhe des Ertrages und eine Güte der Qualität erreicht hat, wie nur an wenigen Pflanzorten der Erde. Auch Kaffee und Cinchona gedeihen reichlich und gut. Die Plantagen, die hier ausnahmsweise alle in den Händen von Portugiesen und portugiesischem Kapital sind, konnten 1913 die Kakaoproduktion São Thomés auf 40000 Tonnen im Wert von rund 40 Millionen Mark steigern, während Principe wegen der langjährigen, erst neuerdings erloschenen Schlafkrankheit noch rückständig ist. Durch differenzielle Ausfuhrzölle und Verkehrsabgaben führt Portugal die gesamten Kakaoernten seinem Hauptmarkt Lissabon zu, von wo der größte Teil nach Deutschland ging, 1913 für 20 Millionen Mark. Seit Kriegsbeginn fehlt aber dieser beste Käufer, und da England den portugiesischen Kakao zugunsten seines eigenen Kakaobaues in der Goldküste-Kolonie boykottiert,[1] ist gegenwärtig der Lissaboner Markt, wo für 50 Millionen Mark unverkäuflicher Kakao aufgestapelt liegt, und die

[1] Dieser Boykott ist kürzlich auf Anregung der englischen Regierung aufgehoben worden, was den Portugiesen aber nichts nützen kann, da die Kakaoeinfuhr nach England eingeschränkt worden ist.

Digitized by Google

Pflanzer auf São Thomé in der schwersten Kakaokrisis, die sie je erlebt haben.

Die nächste, auf dem südäquatorialen Westafrika zwischen Kongo und Kunene sich ausbreitende portugiesische Kolonie Angola ist mit 1,27 Millionen qkm der größte Kolonialbesitz Portugals. In seiner Nordhälfte flach oder hügelig, von 1000 m Durchschnittshöhe und meist Savannenland, in der Südhälfte aber von zahlreichen Hochplateaus überragt, die bis 2000 m aufsteigen, nach Westen hin viel Wald und oben ein für Europäersiedlung geeignetes kühles Gras- und Buschland tragen, vereint Angola in seinem riesigen Raum eine große Mannigfaltigkeit von Kulturmöglichkeiten. Dazu kommt die Vortrefflichkeit seiner großen Häfen Lobito, Port Alexander und Tigerbai, deren gleichen es an der ganzen afrikanischen Westküste von Marokko bis zur Kapstadt nicht wieder gibt. Von ihnen dürfte die in der Mitte der Küste gelegene Lobitobai einmal der Haupthafen Angolas werden, da von ihm aus die Benguellabahn auf die Hochplateaus hinaufgeht und allmählich auf der Kongo-Sambesi-Wasserscheide entlang nach dem erzreichen Katanga im Südosten der Kongokolonie weitergeführt werden soll.

Bis jetzt hat sich deutsches Kapital noch sehr von Angola zurückgehalten; mehr ist englisches und französisches Kapital neben dem portugiesischen angelegt. Das gilt namentlich für die großen Konzessionsgesellschaften, die sich hauptsächlich mit Plantagenbau, Handel und Eisenbahnbau befassen. Es sind aber keine Chartergesellschaften mit Hoheitsrechten wie in der Mosambikkolonie (s. unten), sondern große Aktiengesellschaften mit Regierungskonzessionen verschiedener Art. Dividenden hat noch keine einzige gezahlt. Ihre Hauptschwierigkeiten waren bis 1914 die Höhe der Ausfuhrzölle und die Unzulänglichkeit der eingebornen Arbeiter. Dem letztern Mangel hat das Militärgesetz von 1914 ein Ende gemacht, das die allgemeine Dienstpflicht anordnete und diese Dienstpflicht entweder mit der Waffe oder in Plantagen- oder anderen Zivilarbeiten ableisten läßt. Arbeiter sind seitdem genug zu beschaffen, aber da der Zwang mit großer Willkür ausgeübt wird, verursacht er unter den Eingebornen noch mehr Revolten, als es schon vorher gab, und die sogenannten Straferpeditionen nehmen kein Ende. Ganz schlimm sind die Unruhen während des Weltkrieges geworden und hatten die Finanzen Angolas 1916 bereits mit einer Kriegslast von 80 Millionen Mark belastet.

Der unruhigen Eingebornenbevölkerung gegenüber ist kein einigermaßen stetiges Gegengewicht durch feste Ansiedlung von Weißen geschaffen. Und doch wäre in den Hochländern, insbesondere auf den Planaltos von Benguella, ein über 1600 m hoch gelegenes produktionsfähiges Gebiet von etwa 50000 qkm Größe für Weißensiedlung größern Stiles trefflich geeignet, das durch die Eisenbahn Lobito—Bihé gut aufgeschlossen ist.

Bis jetzt ist die über den Landesbedarf hinausgehende Produktion in ganz Angola noch recht gering. Im Unterland wird Zucker, Kautschuk, Reis, Palmöl u. a. m. ge-

Digitized by Google

wonnen, im Oberland Kaffee, Baumwolle, Mais, Getreide, von den fischreichen Südküsten kommen Mengen getrockneter Fische und Walfischtran in den Handel, auch die vielfach vorhandenen nutzbaren Mineralien beginnt man allmählich abzubauen; aber in der Gesamtausfuhr überwiegt bis 1913 immer noch der wildwachsende Wurzelkautschuk mit 15 Millionen Mark, während jedes andere Erzeugnis einen Ausfuhrwert von weniger als 2 Millionen Mark hat. Seit 1900 hat Angola eine passive Handelsbilanz, und seit einem halben Jahrhundert schließt der Staatshaushalt Angolas mit einem jährlichen Defizit von mehreren Millionen Mark ab.

Der Kolonie Angola gegenüber liegt auf der Ostseite des südlichen Afrika die zweitgrößte portugiesische Kolonie Mosambik. Auch sie hat ein niedriges Küstenvorland, das aber breiter als das angolesische ist, und von dem das Terrain in zwei Stufen zu dem gebirgigen Ostrand der südafrikanischen Hochlandsmasse bis über 2000 m emporsteigt. Da das ganze Küstenland von einer warmen Meeresströmung bestrichen wird, ist Mosambik im ganzen wärmer, feuchter, waldiger als Angola. Das ganze Unterland hat aber deshalb ein dem Europäer nachteiliges Klima. Gesund für Weiße und geeignet für dauernde Weißensiedlung sind nur die über 1600 m liegenden Hochländer am Nyassa und von Namuli, wo schon seit zwei Jahrzehnten europäische Pflanzer hausen und arbeiten.

Die meist aus Kaffernstämmen zusammengesetzte Eingebornenbevölkerung ist gutmütig, intelligent und namentlich im Norden arbeitswillig, so daß nicht nur die Kolonie keinen Arbeitermangel hat, sondern auch noch anderen Kolonien viele Arbeiter abgeben kann (s. unten). Trotzdem haben die Portugiesen ihre Kolonie nicht vorwärts bringen können, bis fremdes, und zwar englisches Kapital sich der aussichtsvollen Entwicklungsmöglichkeiten angenommen hat. England hatte an der wirtschaftlichen Fußfassung in Mosambik ein mehr als bloß wirtschaftliches Interesse, da Mosambik das Vor- und Schwellenland der britischen Südafrikaländer Transvaal und Rhodesia ist, durch das fast der ganze Verkehr dieser Länder mit der See geht. Es galt also, hier starke Interessen zu schaffen, die künftig auch politisch ausgewertet werden können.

Das Hauptmittel zum Zweck war die Gründung großer, sehr kapitalstarker Privileggesellschaften, die zwar portugiesische Namen führen, wie Companhia do Moçambique oder Companhia do Nyassa, aber in Kapital und Leitung ganz englisch sind. Diese Gesellschaften wurden nicht nur, wie die in Angola, mit großen Land- und Handelskonzessionen ausgestattet, sondern auf englischen Druck hin verlieh ihnen die portugiesische Regierung auf 50 Jahre volle Hoheitsrechte nach Art der britischen Chartered Companies, mit der Befugnis, ihre Verwaltung selbst zu ordnen, Zölle zu erheben, das Land und seine Eingebornen nach Belieben zu nutzen, eigene Bahnen zu bauen usw. Mehr als die Hälfte der ganzen Kolonie ist auf diese Weise den großen Gesellschaften überlassen worden.

Aber die Kapitalanlagen waren in alledem zu groß, die zahllosen wirtschaftlichen Ver-

Digitized by Google

suche zu kostspielig, als daß sich die Unternehmungen bisher hätten im ganzen rentieren können. Dividenden hat darum noch keine der großen Gesellschaften verteilt.

Unter den bezeichneten Umständen haben sich Produktion und Handel in Mosambik noch nicht so entwickeln können, daß die Handelsbilanz eine aktive geworden wäre. Immer noch überwiegt die Einfuhr (35 Millionen Mark) die Ausfuhr (20 Millionen Mark); bloß der Transitverkehr nach und von dem britischen Hinterland und Katanga ist mächtig gewachsen und mehr als doppelt so groß wie der Gesamthandel der Kolonie selbst.

Obwohl die Zoll- und Steuereinnahmen aus der Hälfte der ganzen Kolonie an die souveränen Chartergesellschaften gehen, schließt doch der staatliche Jahreshaushalt Mosambiks seit mehreren Jahren mit einem Plus von 3—4 Millionen Mark ab. Die Quelle dieses Einnahmeüberschusses ist aber leider eine sehr trübe, denn er stammt aus den hohen Kopfgeldern, die für jeden nach anderen Kolonien, portugiesischen und britischen (Transvaal, Katanga), angeworbenen farbigen Arbeiter bezahlt werden müssen. Und da es jährlich 80—100000 Mann sind, die durch ein staatlich gefördertes, groß organisiertes Werbe- und Transportsystem nach dem Ausland verschickt werden, so macht die portugiesische Regierung mit diesem schlimmen Menschenschacher so lange gute Geschäfte, wie der Menschenvorrat reicht und wie namentlich England Arbeiter für seine Randminen in Transvaal braucht. Es wird eine der ersten Maßregeln einer künftigen verständigen Regierung Mosambiks sein müssen, diesen enorm entkräftenden Abfluß der Menschenkräfte aus der Kolonie abzudammen.

Wird im Friedensschluß Portugal zur Abtretung der Nordhälfte Mosambiks an Deutschland im Sinn des deutsch-englischen „Geheimvertrags" (s. oben) gezwungen, so muß Deutschland seine Grenze südlich des Sambesi ziehen, weil dort die fruchtbarsten Gebiete für Zuckerrohr und Reisbau liegen und weil der Sambesi der einzige etwa 400 km weit schiffbare Strom Ostafrikas ist, dessen wir uns als Zufahrtsroute zum Schire-Nyassa und weiter versichern müssen.

Von den kleinen portugiesischen Kolonien in Asien läßt sich in diesem kurzen Überblick nur ganz wenig sagen. Die drei winzigen Territorien an der Westküste Vorderindiens: Goa, Damão und Diu, welche die Kolonie India portugueza zusammensetzen, nehmen nur 3800 qkm ein, sind aber dicht bevölkert und haben gute Häfen.

Auf der Landseite ringsum von britischem Gebiet umschlossen, sind die drei Distrikte Portugiesisch-Indiens völlig abhängig von England, das ihre wirtschaftliche Entwicklung und ihren Handel zugunsten seiner vorderindischen Interessen hemmt.

Deutschland wird, falls beim Friedensschluß die Übernahme Portugiesisch-Indiens in Frage kommt, gut tun, die drei Enklaven im britischen Kaiserreich den Engländern gegen anderweitige Zugeständnisse zu überlassen, denn wegen ihrer umschlossenen Lage und Raumkleinheit können sie weder wirtschaftlich noch politisch von einem anderen Land als Britisch-Indien ausgewertet werden, und als deutsche strategische

Digitized by Google

Flottenstationen auf dem Rand des britisch-indischen Kontinents wären sie erst recht nicht haltbar ohne den ungeheuersten Aufwand an Kräften und Mitteln. Für diesen Zweck gibt es besser gelegene, leichter zu schützende Inseln und Festlandsplätze im und am Indischen Ozean.

Gerade unter diesem Gesichtswinkel ist auch der Besitz Portugals auf der Sundainsel Timor zu betrachten. Diese etwa 19000 qkm große portugiesische Osthälfte der Insel Timor ist klimatisch benachteiligt gegenüber der holländischen Westhälfte, die dem feuchten Südwestmonsum zugewendet ist, und trägt deshalb außer in den kokosb-standenen Küstenstrichen keine tropisch-üppige Vegetation wie jene, sondern Buschwald und Savannen, die in der halbjährigen Trockenzeit verdorren. Nur im Gebirge, das die Insel in der Längsachse durchzieht und bis über 2500 m aufsteigt, ist es das ganze Jahr frisch. An den Berghängen wird deshalb teils von den Portugiesen, teils von den Eingeborenen auf Anordnung der portugiesischen Regierung nach dem ehemaligen holländischen Kulturzwangsystem Kaffee, Tabak und Tee gepflanzt, aber bei der portugiesischen Lässigkeit sind die Erträgnisse des Bodenbaues gering. Der Handel liegt größtenteils in den Händen chinesischer Kaufleute und geht seit vielen Jahren nicht über 3 Millionen Mark Gesamtwert hinaus. Die Verwaltung der Kolonie schließt von jeher mit einem Jahresdefizit ab, zu dessen Tilgung regelmäßig die Kolonie Makao, die immer Überschüsse hat, einige Hunderttausend Mark beitragen mußte[1].

Eine arbeitsfrohere, kapitalstärkere, solidere Kolonialmacht als Portugal könnte Ost-Timor in einigen Jahren zu einem produktiven Kaffee- und Tabakland machen, aber ein wirtschaftlich wertvoller Besitz dürfte es schwerlich werden, wenn nicht unerwartet reiche Mineralschätze erschlossen werden. Politisch und marinestrategisch könnte dagegen Ost-Timor durch seine Zwischenlage zwischen Niederländisch-Indien und Australien und du ch seine Verkehrs- und Kontrollage am Westeingang der Meere um Nordaustralien und Neu-Guinea eine hohe Bedeutung für Deutschland gewinnen, wenn Deutschland gewillt und imstande sein sollte, nach einem siegreichen Krieg seinen Kolonialbesitz in der Südsee nicht bloß beizubehalten, sondern auch im Einverständnis mit Japan und im notwendigen Zusammenhang mit einer größeren ostasiatischen Operationsbasis zu verstärken und zu diesem Behufe feste, gut gelegene Stützpunkte auf dem Seeweg nach Deutsch-Ozeanien zu gewinnen. Der Widerstand freilich würde voraussichtlich auf englischer und australischer Seite groß und auf holländischer nicht viel kleiner sein.

Der Überblick über das portugiesische Kolonialreich zeigt deutlich, daß es für die schwachen Kräfte des kleinen senilen Portugal von heute viel zu groß ist. Trotz seiner extrem-protektionistischen kolonialen Wirtschafts- und Verkehrspolitik, die den portugiesischen Waren Zollermäßigung bis zu 90 Proz. gegen-

[1] Nach portugiesischen Berichten ist Makao kürzlich an Japan verkauft worden.

Digitized by Google

über ausländischen Waren, seit 1915 durchweg mindestens 50 Proz., gewährt und der portugiesischen Schiffahrt eine monopolistische Vergünstigung durch Exportzoll- und Tarifermäßigung zuteil werden läßt, nimmt Portugal an der Gesamteinfuhr seiner Kolonien (1913) nur mit 80 Millionen Franks gegenüber 120 Millionen englischer Einfuhr teil, und an ihrer Ausfuhr mit 65 Millionen Franks gegenüber 60 Millionen englischer Ausfuhr. Den wirtschaftlichen Hauptnutzen im ganzen haben die Fremden, voran die Engländer, wenn auch in einzelnen Fällen, z. B. beim Kakaobau São Thomés, fast nur Portugiesen den Gewinn davontragen. Dank der großkapitalistischen Mitarbeit der Fremden hat sich die Produktion und der Handel seit 1890 im ganzen gehoben, aber der portugiesische Kolonialetat in seiner Gesamtheit schließt seit Jahrzehnten jährlich mit einem Defizit von 1 bis 5 Millionen Mark ab, obwohl einzelne Kolonien, wie São Thomé, Mosambik, Makao, Überschüsse haben (s. oben).

Wir haben oben gesehen, wie sich England diese chronische Finanzklemme Portugals zunutze gemacht hat, um sich die Anwartschaft auf die portugiesischen Kolonien bei der vorauszusehenden Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes zu sichern. Und englische Kapitalinteressen überwiegen ja auch in den meisten portugiesischen Kolonien weit über die der anderen Mächte. Dazu kommen die hohen politischen Interessen, die England daran nimmt, daß sich auf so wichtigen Kohlen-, Kabel- und Flottenstationen wie den Azoren, Madeira, Kapverden, daß sich auf dem östlichen Vorland Britisch-Südafrikas, d. i. in Mosambik, und in den portugiesischen Hafenplätzen Indiens und Chinas keine starke Großmacht festsetzt, die England lästig oder gar gefährlich werden könnte.

Entgegen diesen britischen Interessen läßt nun der Weltkrieg, wie er allem Anschein nach verlaufen wird, als neuen mächtigen Anwärter auf den überseeischen Besitz eines unterliegenden Portugal das Deutsche Reich auftreten, mit dem sich England wohl oder übel über das portugiesische koloniale Erbe wird verständigen müssen. Unser wichtigstes koloniales Kriegs- und Friedensziel ist die Errichtung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches, wie wir es oben umschrieben haben. Die Rolle, welche in ihm den portugiesischen Kolonien Mosambik, Angola und Guineainseln zukommt, erhellt aus den obigen Skizzen der portugiesischen Einzelkolonien. Deutsch-Mittelafrika kann aber nicht bestehen, ohne daß es durch eine Kette von Flotten- und Handelsstützpunkten, von Kohlenstationen, Funkenstationen, Dockstationen und guten befestigten Häfen mit der deutschen Heimatküste sicher verbunden ist. Als solche Glieder einer Verbindungskette auf dem atlantischen Weg nach und von Mittelafrika erscheinen keine anderen Landstücke so geeignet wie die portugiesischen Besitzungen in und vor dem nordwestlichen Afrika, also Portugiesisch-Guinea, die Kapverden, Madeira und die Azoren. Von ihnen kommt Portugiesisch-Guinea nur in Frage, wenn wir unseren Kontinentalblock

Digitized by Google

nicht bis zum Senegal ausdehnen, da es letztenfalls von selbst in unser Gebiet fällt. Aber die drei Inselgruppen Kapverden, Madeira, Azoren müssen wir unter allen Umständen zur Sicherung unseres Seeweges nach Mittelafrika zu gewinnen suchen. Zudem erhalten wir damit wirksame Kontrollpunkte gegenüber den benachbarten Kontinentalländern Portugal, Marokko, Senegambien und, wie oben gezeigt, außerordentlich wichtige Vorposten für die Kontrolle des durch die Gibraltarstraße gehenden Weltverkehrs und des Hochseeverkhrs zwischen Nordamerika und Südeuropa, zwischen Westeuropa und Südamerika und zwischen Westeuropa und Südafrika.

Gegen unsere Erwerbung dieser drei portugiesischen Inselgruppen und Portugiesisch-Guineas werden neben Portugal auch England, Frankreich und Nordamerika heftigen Widerspruch erheben; Nordamerika, weil es schon lange sein Auge auf die Azoren geworfen hat, Frankreich, weil es die Kapverden und Guinea als zu seiner westafrikanischen Interessensphäre gehörig ansieht; England, weil es Madeira bereits in der Tasche zu haben glaubt und weil es keine Großmacht in der Nähe der Gibraltarstraße und auf dem großen atlantischen Schiffahrtsweg nach Südamerika und nach den britischen Dominions Südafrika, Indien und Australien dulden will, trotz Suezkanal und Perimstraße. Aber wir werden erzwingen, was wir zur Verwirklichung unserer weltpolitischen Ziele brauchen, wenn wir den deutschen Machtwillen gegen den der anderen Mächte setzen, wenn wir in den entscheidenden Stunden der Friedensverhandlungen Staatsmänner am Werke haben, die nach einem napoleonischen Wort „in Kontinenten denken", und wenn wir in der Gefahr, von den anderen mit papiernen Abmachungen hingehalten zu werden, das — so Gott will — sieghafte deutsche Schwert in die Wagschale werfen.

Notizen

Finnlands Streben nach Unabhängigkeit. Die diesmalige Revolution in Rußland unterscheidet sich von der im Jahre 1905 vor allem dadurch, daß die Fremdvölker bisher völlig abseits von der Bewegung standen. Während 1905 alle unter dem zarischen Joche seufzenden Fremdvölker hofften, durch die russischen Liberalen eine Besserung ihrer heimatlichen Verhältnisse und nationalen Wünsche zu erlangen, hat die 10jährige Dumaherrschaft sie darin bitter enttäuscht. Es erwies sich nämlich, daß die neuen Herren ebenso unduldsam, wie die alte absolutistische Regierung, waren. Namentlich Finnland konnte von der Vergewaltigung durch die Duma ein trauriges Lied singen. Auch bei den beiden Parteien, die aus opportunistischen Gründen stets für eine Zusammenarbeit mit Rußland eintraten, Altfinnen und Sozialdemokratie, hat daher jetzt die Ansicht immer mehr Oberhand gewonnen, daß eine Trennung zwischen Finnland und Rußland die einzig richtige Lösung darstelle. So weist z. B. das Hauptorgan der altfinnischen Partei „Uusi Suometar" am 15. April darauf hin, „daß die vorläufige russische Regierung selbst als das Kriegsziel Rußlands einen Frieden auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten proklamiert habe. Was das Volk Finnlands wünscht, sei dasselbe was jede zum Selbstbewußtsein erwachte Nation beansprucht, nämlich das größtmögliche Maß von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht".

Digitized by Google

Was die Sozialdemokratie betrifft, so gibt es in Finnland zwei Strömungen, erstens die internationale Sozialdemokratie, die, da sie jedes Nationalgefühl leugnet, mit einer russischen Republik glaubt zusammenarbeiten zu können. Die große Mehrzahl der finnländischen Sozialdemokraten steht aber gleich dem finnländischen Chef der Regierung, dem Sozialdemokraten Tokoi, auf dem Standpunkt, daß das „nationale Ziel der Finnländer die volle staatliche Selbständigkeit Finnlands sein müsse".

Die russische Presse ist über diese Entwickelung der finnländischen Politik wenig erfreut. So schreibt z. B. die „Rusk. Wolja": „Die Rede Tokois atmete große Kälte. Wir gestehen offen, daß wir eine Manifestation von ganz anderen Gefühlen erwartet haben." Und das Organ des Ministers des Äußeren, Miljukow, „Rjetsch", spricht von einer „vollständig unerwarteten Wendung, die die Sachlage in Finnland" genommen habe.

Die provisorische Regierung in Petersburg hat denn auch bereits einen kalten Wasserstrahl nach Helsingfors gesandt. Sie lehnte nämlich den Antrag des finnländischen Senates ab, daß die früher dem Zaren in seiner Eigenschaft als Großfürst von Finnland zustehende Befugnis, Gesetze, die nur Finnland berühren, zu sanktionieren, dem Senat zugeteilt werde. Die finnländische Presse ist die Antwort auf diese Ablehnung nicht schuldig geblieben. Die schwedische Zeitung „Dagens Press" (Helsingfors) erörtert die Möglichkeit, „daß der finnländische Senat ohne nach der Meinung der vorläufigen Regierung in Petersburg zu fragen, sich die oben besprochene Befugnis zueignen könne".

Wie man schon aus diesen wenigen Zitaten ersieht, ist dieses Mal die gesamte finnländische Presse und Bevölkerung darin einig, die finnländische Frage als internationales Problem und nicht als innerrussisches behandeln zu lassen. Axel Schmidt

Der Kampf um die ukrainische Autonomie. Die ukrainische Frage zieht immer größere Kreise. Die Anhänger der separatistischen Bewegung, von ihren Gegnern Mazeppisten genannt — nach dem Hetman Mazeppa, der zusammen mit Karl XII. von Schweden gegen Peter den Großen kämpfte — erheben immer kühner ihr Haupt. Gegen diese Bewegung protestieren nicht nur die Großrussen in den bürgerlichen Parteien, sondern auch der radikale Flügel der Sozialdemokratie (Bolschewiki), der keine nationalen Fragen anerkennt, sondern für eine zentralistische Republik schwärmt. In Kiew ist es kürzlich zwischen den national bewußten Ukrainern und den Bolschewiki zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Das Moskauer Blatt „Russk. Ssl." berichtet darüber u. a.: Auf dem Kongreß der Ukrainer (Rada) richtete der Vertreter des großrussischen Vollziehungsausschusses Straclowski an die Ukrainer die Anfrage, ob die Gerüchte wahr wären, daß es unter den Ukrainern eine starke politische Strömung gäbe, die sofort eine demokratische ukrainische Republik konstituieren wolle, ja sogar die Unabhängigkeit der Ukraine zu erklären beabsichtige.

Hierauf antwortete der Vorsitzende der ukrainischen Rada Professor Hruschewskij in ukrainischer Sprache:

„Mit wem haben wir es hier zu tun: mit Genossen oder mit Gegnern? Erkennt ihr das Recht eines Volkes an, auf seinem Territorium sein Leben einzurichten, — oder seid ihr die Vertreter des alten Systems der Russifizierung? Wir bitten euch, daß ihr euch zuerst prinzipiell über euer Verhalten zu den Rechten des ukrainischen Volkes, auf seinen nationalen Aufbau seiner Verhältnisse, aussprecht!" Zum Schluß protestiert Hruschewskij gegen die Drohung des Arbeiter- und Soldatenrates, der erklärt habe: „falls der ukrainische Kongreß sich als konstituierende Versammlung proklamieren sollte, werde er mit Bajonetten auseinander gejagt werden." Ebenso erklärte der Vertreter der zentralen Soldaten-Rada (ukrainische Organisation), daß die ukrainischen Soldaten und Offiziere einen Verband organisiert hätten, weil die Drohung mit den Bajonetten große Erregung hervorgerufen hätte. Die

Digitized by Google

Mitglieder des Verbandes hätten sich entschlossen, die Rechte des ukrainischen Volkes zu verteidigen. —

Der Vertreter des Petersburger Arbeiterrates Neslobin (Bolschewiki) erklärte, daß sich unter den Ukrainern eine starke separatische Strömung bemerkbar mache, die unterdrückt werden müsse.

Zum Schluß erklärte Hruschewskij:

„Die Zentral-Rada wird sich aus einer nationalen Organisation in eine territoriale, internationale Organisation verwandeln. Alle unsere Handlungen, die auf eine Autonomie der Ukraine gerichtet sind, werden im Kontakt mit der provisorischen Regierung durchgeführt!"

Diese Schlußverbeugung vor der provisorischen Regierung ist wohl nur taktischer Natur. Denn der Vorsitzende Hruschewskij hatte noch kurz vor dem Kongresse in der ukrainischen Zeitung „Now. Rada" erklärt, daß die Ukrainer von einem „tiefen Mißtrauen gegen die russische liberale Gesellschaft" beseelt seien. Hatte sie es doch nicht für nötig befunden, gegen die brutale Russifizierungspolitik der zarischen Regierung im okkuppierten Galizien zu protestieren. Die ukrainische Bewegung marschiert also. Jede Autonomieforderung in der Ukraine greift aber dem russischen Staat ganz anders an die Nieren, wie die polnische, finnländische oder baltische Frage. Der Verlust all dieser Gebiete würde Rußlands Großmachtstellung unberührt lassen, der Verlust der Ukraine aber würde Rußland zu einer rein asiatischen Macht zweiten Ranges umgestalten.

Neuerscheinungen

Übersicht über die Berichtswoche vom 6.—12. Mai.

Es scheint kein leerer Wahn. Wir sind durch den Krieg auf die rechten Wege zur Erziehung zu politischem Denken gewiesen worden. Diese Anfänge sind Kenntnis und Erkenntnis des Tatsächlichen, Wirklichen, Gegebenen. Es sind rechte Einschätzung der eigenen und der fremden Machtmittel, Freiheit von aller Illusion und Ideologie (wir haben gerade darin noch viel zu lernen, auch nach dem Krieg, so viel, daß wir hier die Wurzeln aller politischen Unreife sehen dürfen). Man soll nicht zu optimistisch sein. Aber wenn ein Autor die Richtung zu solcher Desillusionierung und Erziehung einschlägt und einen Verleger dafür findet, dann sind das gute Symptone. Es ist der Fall für Dr. Arldt, der in der Dietrichschen Verlagsbuchhandlung in Leipzig eine objektive, belehrende Einführung in die Kenntnis von Land und Leuten Mitteleuropas gibt. Das sind richtige Anfänge. Erst gilt es die Faktoren politischen Denkens kennen, ehe man mit ihnen rechnet und baut. Auch die beiden Bände des Delphin-Verlags über Rußland und die Türkei gehören hierher. Sie sind nicht allein schöne Bilderbücher (die von fremder Volksart ohnehin am besten orientieren), sondern auch sachliche Einführungen und Übersichten über die Kräfte, die in anderen Ländern lebendig und tätig sind.

Die bedeutendste Erscheinung der geschichtlichen Literatur der letzten Zeit ist Dietrich Schäfers Bismarckbiographie. Einwandfrei und zuverlässig in ihrem historischen Teil verträgt sie sich in ihrer objektiven wissenschaftlichen Anlage nicht in der Beziehung zur Gegenwart, mit der das Werk abschließt. „Die Gegenwart lehrt leider nur zu deutlich, daß die Grundwahrheiten aus Bismarcks Leben unserem Volke noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind, weder den Regierenden noch den Regierten. Man freut sich der Frucht seiner Arbeit, hat auch gelernt, ihren Wert zu erkennen, vergißt aber, daß sein Werk allein erhalten werden kann durch die Mittel, deren Anwendung es schuf. Nur wenn jetzt alles Streben sich richtet auf das eine Ziel, das Reich in voller, jedem anderen Reiche ebenbürtiger Macht zu erhalten, nur wenn in Zeiten der Bedrängnis, wie wir sie jetzt durchleben, alle anderen Wünsche und Begehren verblassen und dahinschwinden vor diesem einen Gedanken, nur dann kann man sagen, daß Bismarck unserem Volke zu eigen geworden ist. Allein darin kann es sein Heil suchen, soweit menschliches Wollen in Frage kommt. Tut es das nicht, so hat Bismarck umsonst gelebt, so ist er umsonst, um mit Abeken zu reden, ‚das Werkzeug in Gottes Hand gewesen', das ‚ausersehen' war uns zu einigen. Die Begründung unseres Reiches wäre ein Satyrspiel der Weltgeschichte. Das kann Gott nicht wollen. Sein Wille kann aber in den Menschen nur mächtig bleiben, wenn sie sich nicht selbst aufgeben. Nichts kann dem deutschen Manne in gleicher Weise die unentbehrliche innere Stärke sichern, als immer tiefer einzudringen in das Verständnis für Bismarcks gewaltiges Wollen und Können, immer fester zu wurzeln in seinen Überzeugungen von dem, was uns not ist. Nie hat ein Lebender mehr Recht gehabt,

Digitized by Google

von sich zu sagen: ‚Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publiba‘, und nie haben solcher Gesinnung größere Kraft und besseres Verständnis gedient. Was sie erreichten, kann uns nur erhalten bleiben, wenn wir uns in seinem Sinne dafür einsetzen.“ — Wir wollen gewiß in das Verständnis für Bismarcks gewaltiges Wollen und Können immer tiefer einzudringen versuchen und sind darum auch für diese Arbeit Dietrich Schäfers dankbar. Aus den Anschauungen und dem Wirken Bismarcks Maßstäbe für die Gegenwart zu entwickeln ist aber problematisch und gefährlich, zumal in einer Zeit, die so sehr wie die unsrige Richtlinien für ihr Handeln in sich selbst suchen muß.

Landes- und Völkerkunde

Dr. Th. Arldt: Die Völker Mitteleuropas und ihre Staatenbildungen. Mit 4 Karten. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung in Leipzig. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Professor Dr. Raimund Kaindl, Graz: Die Grenze zwischen west- und osteuropäischer Kultur. Nebst Karte, erschienen im Verlage Justus Perthes in Gotha. In gewissem Sinne eine Ergänzung der an dieser Stelle bereits früher angezeigten, im Verlage Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) erschienenen Völkerkarte von Europa (herausgeben von Dietrich Schäfer). Die Karte setzt sich ein etwas weiteres Ziel, indem sie die Verbreitung der verschiedenen Nationen und der Sprachen und Religionen sowie die Grenze zwischen west- und osteuropäischer Kultur zur Darstellung bringt. Der beigefügte Aufsatz von Prof. Kaindl (Sonderauszug aus Petermanns Geogr. Mitteilungen) erleichtert das Verständnis wesentlich.

Rußland. Delphin-Verlag, München. (Kart. M. 2.—). 205 photographische Abbildungen.

Die Türkei. 215 Abbildungen, zusammengestellt und eingeleitet von Franz Karl Endres: Kart. M. 2.—, geb. M. 3.—. Delphin Verlag, München.

Geschichte

Dietrich Schäfer: Bismarck. Ein Bild seines Lebens und Wirkens. Mit Textzeichnungen von Arthur Kampf. 2 Bd. (Berlin 1917, Reimar Hobbing). Preis M. 25.—.

Ein deutscher Arzt am Hofe Kaiser Nikolaus I. von Rußland. Lebenserinnerungen von Professor Martin Mandt, herausgegeben von B. Lühe, mit einer Einführung von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Schiemann. Duncker & Humblot, München und Leipzig 1917. XVI. und 544 S. M. 7.50. Eine der intimsten und zuverlässigsten Quellen zur Geschichte Kaiser Nikolaus I. (zwischen 1835 und 1855), dessen Leibarzt er war. Er gibt vorzüglich skizzierte Charakterbilder der Mitglieder des kaiserlichen Hauses: der Kaiserin, der kaiserlichen Töchter, des Hofstaates und einiger hervorragender Staatsmänner, die erste zuverlässige Charakteristik von Fräulein Barbara Nelidow, der Geliebten des Kaisers während seiner letzten Lebensjahre.

Friedensfragen

Dr. Alfred Jaffé: Kriegsziele. Verlag der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung G. m. b. H. Berlin 1917. 96 S. M. 1.—. „Die (aus der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung gesammelten) Aufsätze predigen nicht einen englischen oder russischen Frieden, sondern den möglichst langen Aufschub der Wahl zwischen beiden, um unsere Stellung für die Verhandlungen zu stärken, und sehen als glücklichste Lösungen für den Osten die Personalunion zwischen Preußen und Polen und im Westen die Bildung eines holländisch-belgischen Gesamtstaates an.“

F. Norikus: Der Reichsgedanke. (Das alte, das neue und das kommende Reich) (Sonderabdruck aus Bd. 158 der „Historisch-politischen Blätter“.) München 1917. Lentner. 40 S. 60 Pf. Tritt für eine föderalistische Gestaltung Zentraleuropas ein.

Volkswirtschaft

Dr. Richard Weiskirchner: Städtische Wohnungspolitik. (Flugschriften für Österreich Ungarns Erwachen. Heft 21—22. Verlag Ed. Strache, Warnsdorf-Wien. M. 1.60.) Der Begründer der Wiener Wohnungspolitik spricht sich zu den Fragen der Kriegerheimstätten und der Kleinwohnungen aus.

Erziehung

B. Penndorf: Die Berufsausbildung und Weiterbildung des Kaufmanns. (W. Violet, Stuttgart.) 234 S. Preis geb. M. 3.50. Eduard Engel: Sprich Deutsch! Ein Wort der Entwelschung. — Leipzig. Hesse & Becker Verlag. M. 1.50. Der Verfasser der Deutschen Stilkunst sucht Wege aufzuzeigen, auf denen wir aus der „Welscherei“ herausgelangen können.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar

Digitized by Google

2. Jahrgang • 25. Mai 1917 • Heft 21

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Fremde Einflüsse und eigenes Wachstum in der Geschichte eines Staates

Festrede zur Einweihung des Deutsch-Türkischen Freundschaftshauses in Konstantinopel

Von Dr. Erich Marcks

Ein deutscher Historiker, der dem deutschen Hause auf türkischer Erde, dem „Haus der Freundschaft" zweier selbständiger Völker und Kulturen, einen Weihespruch deutscher wissenschaftlicher Anschauung mitzugeben berufen worden ist, wird vielleicht am besten tun, dabei nur von Deutschland, als dem Lande, das er kennt, zu sprechen: aber von Deutschland unter dem Gesichtspunkte, der dieses seit einem Jahrzehnte durch seine eigenen Kräfte und zugleich in mannigfacher Anlehnung an westeuropäische Ideale und Erfahrungen neugewordene türkische Dasein besonders interessieren kann, — d. h. mit der Frage: weshalb und wie hat auch der preußisch-deutsche Staat der Neuzeit in ernsten Lagen Einflüsse und Vorbilder von außen her übernommen, und wie hat er sie sich dann doch zu eigenem Besitze umgewandelt — zu etwas anderem, als bei den Nachbarn, deren Einflüsse er aufnahm? Wie gingen Fremdes und Eigenes bei uns ineinander? Das soll durchaus keine Parallele zwischen zwei vielfach verschiedenartigen Entwicklungen sein, aber vielleicht kann es türkischen Hörern einige Anregungen, einige Einblicke gewähren; vielleicht klingen einige Schicksalsverwandtschaften zwischen den beiden Völkern doch hier und dort von selber leise an.

Als ein Waffenstaat ist der Staat der Hohenzollern im 17. und 18. Jahrhundert groß geworden: ein Staat, in Einzelstücken durch Norddeutschland hingestreut, zerrissen und schwach, von Feinden rings umgeben, vor die Wahl gestellt, zu zerfallen oder zu wachsen. Seine Fürsten wählten das Wachsen und waren stark genug, es durchzusetzen. Sie haben — der große Kurfürst und die zwei großen Könige — dabei vor allem das Muster des französischen Königsstaates befolgt. Sie schufen ein Heer, sie schufen ein Beamtentum und Steuerwesen und einen in königlicher Hand ruhenden, einheitlichen Staat: einen absolutistischen Staat, wie er der Zeit entsprach. Sie nahmen viele Formen von Frankreich herüber; sie lernten in Frankreich Politik und

Digitized by Google

Verwaltung und Wirtschaft. Aber was sie neu hinzutaten, das war die Hauptsache: die Seele. Ihr Land war arm und klein; sie spannten seine Kräfte zum äußersten an und machten es groß. Frankreich war groß und reich, seine Königsgewalt war alt und befestigt. Das junge Preußen wuchs durch Entbehrung und Willen. Es bildete sich ein Heer und sicherte so erst sein Dasein; es entfaltete seine Wirtschaft, um das Heer ernähren zu können; es begann wohlhabender zu werden, weil es den Ehrgeiz besaß, stark zu werden. Und alle geistigen Kräfte des armen Landes wurden dafür aufgerufen: sein Protestantismus und sein Pflichtgefühl; aus strenger Schule ging in der Monarchie Friedrichs des Großen ein neues, höheres, zukunftsvolles Leben hervor, während die Bourbonen versanken: ein Leben der Kraft, der Pflicht, die sein König vorlebte, die sein größter Philosoph Immanuel Kant lehrte, ein Leben sittlicher Energie, freudlos, aber gesund: die stärkste kontinentale Staatspersönlichkeit des 18. Jahrhunderts, der französischen nachgebildet, aber weit straffer, fester, innerlicher als jene, durchaus ruhend auf heimatlicher, norddeutscher Eigenart.

Die Zeit des Absolutismus ging zu Ende; nach Friedrich dem Großen alterte auch der preußische Absolutismus. In Westeuropa, in England und Frankreich kam eine neue Gesellschaft, ein neues Staatsleben empor, ruhend auf dem Willen des Volkes selbst; einheitliche Nationen, die sich selber bestimmen wollten, bürgerlichen Kerns, mit liberalen Gedanken: Freiheit, Volksrecht, Einheit und Gleichheit von unten her, Zusammenfassung aller Gewalten einer Nation durch einen volkstümlichen starken Staat, das waren die Forderungen und das wurde in Frankreich geniale Wirklichkeit. Preußen fand sich erst langsam in diese veränderte Welt; erst in matter Umbildung begriffen, stieß es 1807 mit ihr zusammen, und wenn um 1650 und 1750 die Frage gelautet hatte: willst du stark werden? dann lerne am Westen! so lautete sie jetzt nach der Niederlage: willst du leben? dann erneuere dich am Westen! Das Dasein des Staates, halbzertrümmert, hing davon ab, ob er sich neue Lebenskräfte von unten her gewinnen könnte: das Zeitalter der Französischen Revolution zwang auch Preußen zur Umgestaltung. Die auswärtige Politik wies 1807 auf dasselbe Muster hin wie im 17. und 18. Jahrhundert. Wer das Vaterland erhalten und wiederaufrichten wollte, der mußte die neuen Ideen ergreifen. Und die Schüler Friedrichs II. durchdrangen sich mit ihrem neuen Schwunge, weil sie von der alten Monarchie gelernt hatten, ihren Staat zu lieben und ihn groß zu wollen.

Von 1807 an, in den unvergeßlichen Jahren der preußischen Reformzeit, strömten zum zweiten Male diese Anregungen des Westens durch die Adern des preußischen Leibes: diesmal die Ideale der Freiheit von unten her. Aber auch diesesmal veränderten sie sich, indem sie auf Preußen wirkten. Hier gab es noch kein breites Bürgertum wie im Westen, noch kein großes Wirtschaftsleben, noch keine liberalen Klassen. Was es in Preußen und Deutschland gab, das waren Kreise der geistigen Bildung, noch wenig wohlhabend, aber voll der hohen Philosophie und der hohen Dichtung Kants,

Digitized by Google

Fichtes, Hegels und Goethes und Schillers. Der Pflichtbegriff der altpreußischen Monarchie vereinigte sich in Kant und dem jungen Geschlecht, das von ihm gelernt hatte, mit dem Gedanken der geistigen Freiheit, der Freiheit und Persönlichkeit des gebildeten Einzelnen. Der Geist der Pflicht und der Geist der Persönlichkeit beseelte die Reformer und ihre Schüler; nicht so sehr um Rechte für den Einzelnen, als um die freie Entfaltung der persönlichen Kräfte handelte es sich ihnen, und diese Kräfte verlangten nun danach, sich dem Staate zu widmen und ihn neu zu erbauen. Sie gaben sich dem Staate hin, und wo bisher nur der Befehl des Königstaates gegolten hatte, wollte jetzt der neue, freie Mensch freiwillig mitarbeiten und in Heer und Verwaltung dem Staate sein Bestes weihen. Das alte Königtum wich um ein Schritt zurück; die Verwaltung wurde einheitlicher, staatlicher, sachlicher; weniger königlich und mehr staatlich; und sie wurde zugleich selbständiger: die Selbstverwaltung sollte diesen Staat von unten her tragen, die Selbstverwaltung der freien Einwohner in Stadt und Provinz. Das alles wurde noch nicht fertig, aber die Selbstverwaltung der Städte wurde durch Stein in Preußen tief eingesenkt und wurde zur Grundlage alles Staatslebens; und die eigentliche Säule der Zukunft wurde das umgebildete Heer. Aus auswärtiger Not, um die Freiheit nach außen wiederzugewinnen, erhob sich das neue Preußen; das Heer war die Voraussetzung der Freiheit gegen Napoleon: das Heer wurde die eigentliche Wurzel auch der inneren Staatserneuerung und eines neuen Preußens, eines neuen Deutschlands. Das starke, wohlerzogene Heer der alten Monarchie wurde zum Volksheer gemacht, die allgemeine Wehrpflicht, die in Frankreich entstanden, aber in Frankreich unter Napoleon wieder zerrüttet und verdorben war, wurde in Preußen erst zur vollen Wahrheit. Der Bürger trug seine persönliche freie Geisteskraft in das Heer hinein und ordnete sich doch der Zucht des Heeres unter: hier wirkte ein neuer Geist, aber geleitet von der alten Ordnung. Das Heer brachte die Freiheit nach außen; es brachte auch einen neuen Strom von Freiheit nach innen; es gab dem noch immer kleinen Staate Triebkraft und Zukunft und Seele. Noch blieb der Absolutismus an der Spitze; aber die liberalen Gedanken waren eingeführt. Sie wirkten in der Selbstverwaltung, dezentralisierend, sie wirkten im Heere, monarchisch und doch persönlich; sie wirkten in einem besonderen Geiste der Pflicht und der geistigen Freiheit des Einzelnen: alles von französischen Anregungen berührt, aber ganz anders geworden als in dem zentralisierten, nivellierten Frankreich: bunter, selbständiger, persönlicher als dort — eine neue, eigene deutsche Form für die Ideen des neuen Jahrhunderts.

In diesen Formen lernte das preußische Bürgertum die Arbeit am Staate. Aber seit 1819 stockte die Entwickelung: Preußen behielt in der Tiefe die neuen, eigenen Institutionen: seine Regierung sank noch einmal in unlebendigen Absolutismus zurück. Erst die Revolution von 1848 hob es wieder hoch und machte es neu.

Im Jahre 1848 handelte es sich nicht mehr um Preußen allein: es handelte sich um

Digitized by Google

Deutschland. Inzwischen war ein deutsches Bürgertum heraufgewachsen und war wirtschaftlich und sozial erstarkt; es drängte auf Verfassung und Einheit. Es besaß Verfassungen in den Einzelstaaten, es wollte sie auch in Preußen und wollte sie in Deutschland als Ganzem. Es wollte über den auseinandergefallenen deutschen Ländern anstatt des matten schwachen Bundes einen starken deutschen nationalen Staat. Es wollte ihn aus Rücksichten der auswärtigen Größe: denn der Stolz des neuen Deutschlands vertrug es nicht, daß dies große Volk nichts war unter den Mächten der Erde; es wollte ihn aus Rücksichten wirtschaftlicher Kraft und Einheit; es wollte ihn aus geistigem Bedürfnis. Dieses Geistige hat die deutsche Staatsentwicklung entscheidend beeinflußt: waren geistig ein großes Volk von Einheit und Eigenart; wir wollten es demgemäß auch staatlich werden. Die deutsche Philosophie hat dem deutschen Staate von innen heraus die Wege gebahnt und Deutschland für ihn erzogen. Aber freilich, die Mittel lieferte wiederum das Staatsleben des europäischen Westens, die Vorbilder des Verfassungslebens, dessen auch wir bedurften, lieferten Frankreich und England: sowohl den freien Staat wie den einheitlichen nationalen Staat stellten sie uns vor Augen, und in Paris begann die Revolution, die dann auch das staatlich morsch gewordene Deutschland ergriff und zerbrach. Westeuropäische Ideen schienen 1848 in Deutschland zu triumphieren. Volkswille allein wollte auch hier Einheit und Freiheit befehlen. Er tat es ohne politische Erfahrung, mit einem Idealismus, wie er Deutschlands unpolitischer Vergangenheit entsprach, hell und hoch: aber er zerschellte noch einmal an der Wirklichkeit. Die Zustände, die Überlieferungen, die alten staatlichen Gewalten, die Einzelstaaten mit ihrem Fürsten, von Wien und Berlin und München hinunter bis nach Coburg und Hamburg wehrten sich gegen die überstürzende, einseitige, fremde Neuerung. Westeuropäische und nordamerikanische Formen ließen sich, so stark und heilsam sie Deutschland beeinflußten, nicht einfach auf den deutschen Boden übertragen. Die Geschichte, die Eigenart erhob sich gegen die Theorie von außen; die Sonderstaaten richteten sich wieder auf, als die revolutionäre Flut verrann; unschätzbare Anregungen blieben zurück, aber den neuen deutschen Staat hatte der Volkswille, die unitarische Demokratie, der unitarische Liberalismus nicht zu gestalten vermocht. Noch einmal kehrte 1850 das alte, zerrissene, staatlich dumpfe Deutschland von 1819 zurück.

Aber das Bedürfnis, das die Revolution hervorgerufen hatte, blieb auch nach deren Sturz bestehen und ihre Saaten reiften in der Stille. Die deutsche Einheit drängte sich doch durch: aber der Staatsmann, der sie schuf, tat es ganz und gar nicht vom Boden der westeuropäisch-liberalen Ideale aus. Otto von Bismarck hat den preußischen Staat und seine Macht, also ein Stück des alten Deutschlands, zum Siege über alle Nebenbuhler in Deutschland geführt und auf diesem Siege das neue einheitliche Reich errichtet: den deutschen Bundesstaat — nicht Einheitsstaat — unter dem preußisch-deutschen Kaiser. Ich kann dies Werk eines der gewaltigsten Genien der Tat und der Wirklichkeit hier nicht erzählen. Er löste, im Kampfe mit Österreich

Digitized by Google

und dann mit Frankreich, die deutsche Frage, die deutsche Schwäche mit den Mitteln der historischen Macht, durch Diplomatie und Krieg. Aber er benutzte zugleich die Kräfte des Bürgertums und des Gedankens, neben dem Erbe Friedrichs des Großen das Erbe Steins und das Erbe von 1848. Das neue Reich, dem er die Verfassung gab, mußte sich mit der Staatsidee und den sozialen Gewalten, die von Westeuropa her auch zu uns gekommen waren, auseinandersetzen: Altes und Neues, Eigenes und Fremdes auch hier! Sie, meine verehrten Herren, kennen ja die Notwendigkeit solcher Auseinandersetzung, solchen Ausgleichs aus eigenem Erlebnis; Sie kennen die Probleme von Einheit und Föderalismus, von parlamentarischer Verfassung und starker Regierung; bei Ihnen hat sich, Ihrer Geschichte gemäß, die Einheit rasch durchgesetzt; auf jedem Boden müssen eben die eingeborenen Kräfte dieses Bodens zur Wirkung gelangen. In Deutschland war die Überlieferung föderativ: ich gehe nur auf die Folgen ein, die das für Deutschland hatte oder haben mußte. Voraussetzung war für Sie und für uns die eine, höchste, unbedingte: Herstellung eines starken Staates, der leben kann, auf der Grundlage der Macht und mit den Mitteln eines nationalen Heeres.

In Deutschland hat Bismark das neue Reich 1867 und 1871 auf das allgemeine Wahlrecht begründet: also auf die stärkste demokratische Unterlage der Zeit. Er begann im Bündnis mit den Liberalen; er kettete alle neuen, zusammenhaltenden Kräfte der Zeit an sein Reich. Er machte es einheitlich genug, um bestehen zu können; viel von der allgemeinen Staatsidee des Jahrhunderts floß hinein. Er bedurfte für seine neue Gründung in der Mitte Europas der militärischen und organisatorischen Festigkeit; davon mußte alles ausgehen. Und es ward ein moderner Staat inmitten der modernen Welt, von der Deutschland gelernt hatte. Aber es ward zugleich aus der deutschen Vergangenheit heraus errichtet: es übernahm die Erbschaft der Geschichte, die Stärke Preußens, aber auch der übrigen bodenständigen Einzelstaaten und ihrer Moarchien. Er wurde eben deshalb ehrlich zum Bundesstaate; es erkannte das Lebensrecht aller seiner Gliedstaaten an. Es ruhte auf Dezentralisation: sie wirkte in den Einzelstaaten, in den Einzelprovinzen, in den Einzelstädten; der alte deutsche Trieb der Selbstregierung und Selbstverwaltung im engeren Bezirke, den auch die preußische Reform der französischen Zentralisation entgegengesetzt hatte, blieb der Grundtrieb unseres Daseins. Unser Kultusleben, Schule, Wissenschaft, Kunst lief in den alten Sonderkreisen weiter. Der deutsche Geist lebte in den Einzelländern, aber er lebte zugleich in der Einheit, er wollte zugleich das Ganze groß und fruchtbar sehen. Einheit und Vielheit, Reichshauptstadt und Nebenzentren, großer Machtstaat und einzelne Kulturstaaten: beides blieb nebeneinander; das war deutsche Besonderheit, und darin pulsierte unser innerstes Blut. Das Neue, das von außen eingeflutet war, und das Alte, das immer kräftig blieb, sie beide zusammen gaben dem Deutschen Reiche seine Art.

In diesem neuen Gebilde ist dann freilich, während das Alte, Landschaftliche leben-

Digitized by Google

dig blieb, das Neue, Einheitliche, Moderne ständig gewachsen: von 1871 an bis zum heutigen Tage. Das Reich, d. h. der Gesamtstaat ist in diesem halben Jahrhundert stärker und zugleich demokratischer geworden. Der Reichstag ist mächtiger geworden: die Ausländer unterschätzen das zu leicht; der Einfluß populärer Strömungen und Stimmungen, der Einfluß der Parteien, der Parlamente ist seit langem in Deutschland bedeutend und nimmt stetig zu. Die Gesellschaft hat sich in gewaltiger wirtschaftlich-sozialer Massenentwicklung demokratisiert, unablässig. Das allgemeine Wahlrecht hat sich in den Einzelstaaten ausgebreitet und jene Entwicklung gespiegelt und gefördert. Das Moderne am deutschen Staate trat immer herrschender hervor. Allerdings, indem auch das Überlieferte stark blieb und mitwuchs. So die Monarchien, Kaiser und Fürsten; so die Bureaukratie im Reich und Einzelstaat; so das monarchisch regierte Heer. Das Heer mußte, inmitten feindlicher Welt, das Rückgrat dieses zwischen lauter Großmächten gelegenen Staates bleiben; aber es war volkstümlich und eigentümlich deutsch. Und aus alter preußischer Überlieferung entstammte die wichtigste gesetzgeberische Neuerung der Jahrzehnte nach 1871, die soziale Reform, die großen Arbeiterversicherungen Bismarcks, denen dann der freiere Arbeiterschutz Wilhelms II. folgte: die stärkste Betätigung der schöpferischen Arbeit des neuen deutschen Staates [illegible], diese soziale Gesetzgebung, die von Deutschland aus in die Welt hinausging [illegible] ebenso wie die allgemeine Dienstpflicht — das deutlichste Zeichen einer eigenen, Neues hervorbringenden Kraft dieses Staates, der damit Westeuropa die Anregungen früherer Tage [illegible] Zinsen heimgezahlt hat. Diese Gesetzgebung war [illegible] demokratisch; sie war zugleich die Frucht eines in sich starken Staates, der [illegible] zusammenfaßte und mitlenkte. Die [illegible] Jahrhunderts für Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie Friedrich [illegible] gab, [illegible] und bestimmte die [illegible]. Das Alte wirkte im [illegible] Gestalten [illegible] dies konservative Element, das die Regierungen [illegible] das Handwerk [illegible] zu führen, zu [illegible] Aber die Aufgaben der neuen Zeit mit [illegible] demokratischen Massen [illegible] Dieses Deutschland [illegible] 1890 [illegible] Frontes, christlich-soziale Gegenwirkungen [illegible], eine große [illegible] Organisation, [illegible] der Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie [illegible] stätig [illegible] und [illegible] deutsche Geist der Wirklichkeit und des Geistigen [illegible] des Gedankens [illegible] sich regte [illegible] eigene Form [illegible] gleichsam [illegible] Welt [illegible] und [illegible] Und heute [illegible] Kultur und [illegible] Dieses Deutschland [illegible] nur militärisch, sondern auch [illegible] Wesen [illegible] es ist anders als England und Frankreich; es ist nicht so einfach demokratisch wie [illegible] Deutschland sind Staat und Volk [illegible] allgemeine Dienst-

pflicht und allgemeines Wahlrecht geben doch auch dem Staate eine breite, immer verbreiterte Basis, und die Macht der obersten Regierung ist durch Reichstag und Gesellschaft, durch Geist und öffentliche Meinung, durch Selbstregierung und Selbstverwaltung hundertfach ergänzt. Und seit dem Ausbruch des Krieges hat es sich erwiesen, daß Volk und Staat einander unendlich tiefer durchdrungen hatten, als die Parteikämpfe des Friedens es oft erkennen ließen.

Ich weiß sehr wohl: auch in Deutschland grollt eine Unterschicht der Massen, von einem zügellosen Radikalismus geführt, an mancher Stelle in den Lebenskampf der Gesamtheit hinein; und daß die Lasten des Weltkrieges diese Massen sehr schwer treffen, ist allzu klar. Aber der Reichstag in allen seinen Gruppen und die ungeheure Mehrheit der sozialistischen Partei hat sich dem Daseinsbedürfnis des Ganzen glanzvoll bewährt: daß auch der vierte Stand der Nation innerlich angehört, daß er in erregten Jahrzehnten in sie und ihren Staat hineingewachsen ist, dieses Erlebnis war die reichste innerliche Frucht dieser großen letzten Jahre. Und das wird seine starken Folgen haben: wieder, wie in jeder Vergangenheit, wird der Krieg, wie die tiefe Erschütterung und der Leben schaffende Zwang der auswärtigen Lage das innere Leben um einen mächtigen Schritt weiterführen, auf der Bahn einer volkstümlichen Entwicklung. Der Verfassungsstaat, die Macht des Parlaments und der Demokratie, das Nicht-Nur-Deutsche im deutschen Staatsleben wird ohne Zweifel bedeutend steigen.

Wir haben eine Entwicklung überschaut, die von westeuropäischen Einflüssen getroffen, mannigfach parallel mit Westeuropa lief: aber stets in eigenen Bahnen, mit eigenem historischem Zusammenhang, von eigenen alten staatlichen Mächten bewegt; die alte Monarchie stets ergänzt und gewandelt durch Neues. Ich hoffe und glaube aus der Geschichte heraus, daß solche Ergänzung und Fortbewegung auch jetzt im Flusse ist und daß doch Deutschlands Kraft und Zukunft an die Zukunft zugleich des des Alten, Überlieferten, Eigenen in ihm gebunden bleibt. Vom französischen Staatswesen blieb das deutsche, trotz aller Einwirkungen, tiefverschieden: die Selbständigkeit des Sonderlebens blieb bei uns heilsam stark; es sind zwei Typen gesellschaftlicher und staatlicher Entwicklung nebeneinander. Auch Deutschland, so sahen wir, ruht auf der Zusammenfassung gewaltiger Massen in Staat, Heer, Wirtschaft, Gesellschaft; Organisation ist ja in diesen Jahren als das Merkmal des deutschen Wesens immer wieder bezeichnet worden: eine starke, riesenhafte, einheitliche Organisation der Millionen von Menschen und der Milliarden von Werten, getragen von überlieferter Disziplin, gelenkt durch alte militärische Herrschgewöhnung und zugleich durch die wissenschaftlichen, ordnenden Kräfte des deutschen Geistes. Gebieterisch und dauernd zwingt uns die Lage zwischen den Feinden, die Weltstellnng Deutschlands, zu solcher Organisation: unsere Selbsterhaltung ruht darauf. Aber mit dieser deutschen Besonderheit der Massengestaltung durchdringt sich die alte des Eigen-

Digitized by Google

lebens in der Landschaft und im Einzelmenschen, im Geiste, in der Kultur: die Erbschaft des alten geistigen Deutschlands, seiner Bildung, seiner Philosophie, die wir keineswegs eingebüßt haben, die vielmehr seit Jahrzehnten immer frischer emporgeblüht ist und in der unsere waffenstarke Jugend auch heute innerlich lebt und webt. Wir wollen auch sie, und wollen alle diese Eigenart unseres Wesens nicht missen und nicht hingeben an eine nivellierte, rationalistische Gleichheit und Einheit. Wir stehen auch so im Gesamtstrom des Lebens der Völker und wollen in ihm weiterschreiten; wir sind stets in Zeiten auswärtiger Krise auch innerlich weitergerückt; aber wollen wir uns nicht, innerlich und inmitten der gegnerischen Nachbarn zugleich, verlieren, so müssen wir in aller Zukunft die zwei großen Überlieferungen festhalten: gesammelte Macht, die uns deckt und am Leben erhält und die Triebkraft unserer Eigenart, die aus dem tiefsten Kern des deutschen Wesens hervorbricht, und die wir keinem Auslande opfern dürfen und wollen. Solch ein Weiterschreiten und dennoch Uns-selber-treu-bleiben erhoffen wir von den Zeiten dieses Kampfes und eines kommenden Friedens: ein Leben innerhalb der Gesamtheit der Völker, auch innerhalb des allgemeinen Staats- und Verfassungslebens, das uns mitbewegt und vor dem wir uns nicht ausschließen können, und doch ein Leben aus eigener Wurzel; mancherlei Bewegung und Erneuerung als Ertrag dieser ungeheuren Erschütterungen, und alles doch von unserer Art gefärbt. Denn nur Eigenart ist im letzten Sinne wahrhaft schöpferisch. Die deutsche Eigenart, stets von außen ergänzt und doch stets in sich bewahrt, habe ich versucht, in diesen überschauenden Betrachtungen dem Hörerkreise eines befreundeten Volkes wieder einmal nahe zu bringen: dieses Wechselspiel von fremd und eigen bildet ja zugleich für jedes Volk einen guten Teil seiner lebendigen Geschichte. So muß es auch in der Zukunft sein. Wir Deutschen aber freuen uns darauf, Hand in Hand mit den verbündeten und befreundeten Völkern, jedes sich selbst getreu und alle einer großen menschlichen Gemeinschaft zugehörig, aneinander gelehnt, von gemeinsamen Antrieben getroffen und jedes doch der eigenen Weise und der eigenen Notwendigkeit unabhängig gehorchend, in diese Zukunft hinüberzugehen: Hand in Hand auch mit diesem neubelebten Volke und Staate, dessen Stärke uns durch diese schweren Jahre hin in Kampfestreue begleitet und dessen Gastfreundschaft uns heute erwärmend hier umfängt.

Moralische Eroberungspolitik

Von Dr. Paul Rohrbach

Wir haben in der preußisch-deutschen Geschichte zwei Worte von tiefer Einsicht, die sich auf unsere heutige Lage in der Welt anwenden lassen und angewendet werden müssen. Das eine stammt von König Wilhelm I. und weist die preußische Politik darauf hin — in Deutschland — „moralische Eroberungen" zu machen;

Digitized by Google

das andere stammt von Bismarck und handelt vom allgemeinen Wahlrecht als der stärksten der „freiheitlichen Künste" gegen Gefahren, die vom Auslande her drohten. Der Einwand, damals habe das Programm der moralischen Eroberungen doch bald genug mit dem des kriegerischen Ausgleichs der Gegensätze vertauscht werden müssen, liegt nur scheinbar nahe, wenn damit die Nutzanwendung auf die Gegenwart abgelehnt werden soll. Eben jene klare und durchgreifende Entscheidung mit der Waffe im „siebentägigen Kriege", die damals herbeigeführt werden konnte, als das „moralische" Programm nicht ausreichte, läßt sich heute nicht so erzielen, und wenn sie sich selbst erzielen ließe, so könnte sie auf keine Weise von Dauer sein, es sei denn, wir greifen auf den Gedanken des alten Kaisers beim Beginn seiner preußischen Regierungszeit zurück. Ebenso steht es mit Bismarcks ebenso genialer wie (für die damalige Zeit!) rücksichtslosen Idee, der Spekulation des Auslandes, unsere innerpolitischen Gewässer zu trüben, um darin deutsche Fische zu fangen, dadurch zu begegnen, daß er selbst in Deutschland einen kräftigen „demokratischen" Wellenschlag erregte.

Einsicht und Kühnheit, die sind es, die wir heute brauchen. Die Einsicht aber, um die es sich hier handelt, ist nicht die der schematischen politischen Erfahrung auf auswärtigem oder innerem Gebiet, die sich im Gleise des Gewohnten und „Erprobten" bewegt; vielmehr dringt jetzt vielfach ein neues, fremdartiges, umfassenderes Material auf uns ein, mit dem unsere bisherigen politischen Kräfte noch nicht zu arbeiten gewohnt sind, vor dem sie sich aber gerade deshalb entschlossen und gründlich „neuorientieren" müssen. Dabei geht es ohne neue Methoden und Entschlüsse nicht ab.

In einem Aufsatz von Prof. Max Weber in Heidelberg in der „Hilfe" (Nr. 17), auf den wir weiter unten noch zurückkommen und der zu dem beachtlichsten gehört, was während des Krieges über ein bestimmtes Gebiet der auswärtigen Politik geschrieben worden ist, lesen wir: „Deutschland hat die besten und ehrlichsten Fachbeamten der Welt. Was militärische Disziplin (wir fügen hinzu: und Führung) und Beamtentüchtigkeit können, hat die deutsche Leistung in diesem Krieg gezeigt. Aber die furchtbaren Mißerfolge der deutschen Politik haben auch gezeigt, was nun einmal durch diese Mittel nicht zu leisten ist." Das Wort klingt hart. Es könnte vielleicht milder lauten, wenn man gleichzeitig darauf hinwiese, daß während des Krieges neben den Mißerfolgen auch gewisse politische Erfolge nicht ausgeblieben sind, Erfolge, die nicht ohne weiteres so leicht zu pflücken waren, wie der Laie in der Staatskunst das glauben mag. Aber gleichviel, auch die Mißerfolge sind unbestreitbar, und sie gehen wohl alle darauf zurück, daß sich vor unserer herkömmlichen Politik Materialien von so vergrößertem Umfange, namentlich aber von so stark gegen früher veränderter innerer Struktur aufbauten, daß unsere diplomatische Rüstung damit nicht fertig wurde. Nur an zwei Beispiele sei erinnert. Das eine ist dies, wie die innere Wendung Rußlands zur absoluten Kriegsentschlossenheit jahrelang vor dem Ausbruch der Katastrophe von den berufenen Beobachtern nicht bemerkt wurde, weil sie nicht erkannten

Digitized by Google

und beachteten, daß in Rußland Liberalismus, Nationalismus und agrarisch-industrielle Wirtschaftsinteressen ein festes Bündnis miteinander eingegangen waren, in erster Linie zur Eroberung Konstantinopels und der türkischen Meerengen, in zweiter Linie wegen Ostgalizien und der ukrainischen Frage, so daß die russische Regierung, selbst wenn sie gewollt hätte, gar nicht mehr die Kraft besaß, den Frieden zu erhalten. Die zweite ist die Täuschung von Anfang an über das Maß der bei den Vereinigten Staaten erreichbaren und nicht erreichbaren Neutralität, die erspart geblieben wäre, wenn man Klarheit darüber gehabt hätte, daß alle Bemühungen von unserer Seite um eine gute Stimmung in den Staaten doch Worten in den Wind glichen, gegenüber den Erfolgen der gegen uns gerichteten englischen Propagandaarbeit seit dem spanisch-amerikanischen Kriege, und der wachsenden Sympathie der Amerikaner mit Frankreich.

Dem Empfinden des einfachen, braven Normalpolitikers entspricht es, die auswärtige Politik als die Summe der zwischen den Staatsregierungen schwebenden Beziehungen anzusehen. Der deutsche Politiker ist so brav, daß er sich eine Regierung eigentlich gar nicht anders vorstellen kann, als zugleich im Besitz der Macht und des Rechts, namentlich des Rechts gegen ihre eigenen Untertanen. Daher konnten z. B. bei uns solche — im höheren Sinne betrachtet — moralische Ungeheuerlichkeiten vorkommen, wie die Auslieferung (denn eine solche bedeutete auch die Abschiebung an die Grenze) von Angehörigen der russischen politischen Opposition, vulgo „Revolutionären", an Rußland. Blicken wir heute darauf zurück, so ist natürlich jedermann klug genug, zu sagen, daß dergleichen das Gegenteil von „moralischen Eroberungen" in der übrigen Welt herbeiführte. Der deutsche Normalpolitiker aber, zumal der beamtete, kam da nicht einmal in Konflikt mit seinem sittlichen, geschweige denn mit seinem politisch-intellektuellen Gewissen.

Auch heute scheint es, daß unsre Diplomatie aus einer gewissen, zur zweiten Natur gewordenen instinktiven Gewöhnung, die Begriffe Regierung und Autorität nur verkoppelt zu denken, nicht den vollen Wert erkennt, den der moralische Eroberungszweck im ideellen wie im taktischen Sinn als Kriegswaffe besitzt. Dazu müssen wir uns mit vollkommener Entschlossenheit des Unrechts bedienen, das unsere Gegner bei sich zu Hause und sonst in der Welt begehen, und zu der Entschlossenheit müssen wir die taktische Klugheit fügen. Unsere Gegner, England und Rußland voran, haben in der großen politischen Strategie eine riesenhafte Fehlrechnung angestellt, indem sie unsere kriegerische und wirtschaftliche Volkskraft unterschätzten. Andernfalls hätten sie diesen Krieg nicht begonnen. In der politischen Taktik aber sind sie uns überlegen. Das braucht hier im einzelnen nicht ausgeführt zu werden; wir spüren es alle Tage — und auch, daß taktisch-politische Erfolge unter Umständen sich zu strategisch-politischen summieren können.

Bereits im vorigen Heft war von der ukrainischen Frage die Rede. Wie könnte dies kostbare Mittel von uns benutzt werden, wenn wir besser wüßten, was moralische

Digitized by Google

Eroberungspolitik ist! Die Lage ist reif dazu in der Ukraine — wir müssen nur begreifen und wollen! Ein maßgebender russischer Staatsrechtslehrer, Baron Nolde, Professor in St. Petersburg, Verfasser eines Werkes über das Staatsrecht des russischen Reichs, vertritt selbst den Standpunkt, im Grunde bestehe der Vertrag von Perejaslawl (1654), durch den die Ukraine als selbständiger Staat in eine Union mit Moskau trat, unter ihrem eigenen gewählten Oberhaupt, dem Hetman, mit eigenem Gesandtschaftsrecht usw., noch heute zu Recht. Daß man Rußland mit der ukrainischen Selbständigkeit drohen könne, das hat man in England lange gewußt. Ich erinnere an den Aufsatz im Märzheft der „Contemporary Review" von 1916: „Die Ukrainer und der Krieg" von Bedwin Sands. Er ist in Heft 13 der „Deutschen Politik" vom vorigen Jahre besprochen, unter dem Titel: „Eine englische Ohrfeige für Rußland". Da ist deutlich und ausführlich gesagt, die Ukrainer wären ein von Moskau unterdrücktes Volk, mit eigener Sprache, eigenem Nationalgefühl und einem alten eigenen Staatsgedanken. Was in der englischen Presse nur einmal ein Stück augenblicklicher Taktik war, um den Russen zu drohen, das sollten wir jetzt entschlossen unter dem Gesichtspunkt der moralischen Eroberung aufgreifen, und statt unsere Hoffnung auf eine unfaßbare, auf politischen Triebsand gegründete russische Regierung zu setzen, mit der man durchaus in Verhandlungen kommen will, vielmehr laut verkünden: Rußland als bisheriger, auf Eroberung, Gewalt und nationalistische Unterdrückung gegründeter Gesamtstaat geht uns nichts mehr an! Dieses Rußland war unser Feind; jetzt aber erkennen wir die nach Selbständigkeit strebenden, bisher von Rußland unterdrückt gehaltenen Völker an, vor allen Dingen die Ukrainer und die Finnländer! Finnland und die Ukraine müssen von uns in ihrem Recht auf selbständige nationale Staatenbildung begriffen und gestützt werden. Rußland hat das Recht verwirkt, auf die bisherige Weise als Einheits- und Herrschaftsstaat über zahllose nichtrussische, gegen ihren Willen gepreßte Untertanen betrachtet zu werden! Das wäre kühn und wirksam gesprochen, und es würde bedeutendere Folgen haben, als das Werben um irgendwelche Arbeiter- und Soldatenräte, provisorische Regierungen usw. Ich verweise hier nochmals auf den bereits erwähnten Aufsatz von Max Weber in der „Hilfe". Weber zeigt unwiderleglich, wie es sich bei der russischen Revolution bisher nur um eine „Scheindemokratie" handele, aus dem einfachen Grunde, weil auch die gegenwärtige russische Regierung Geld braucht und dieses Geld aus dem Auslande nur von den Alliierten, im Inlande nur von ihren eigenen Großkapitalisten bekommen kann. Das Ausland aber gibt Geld nur für Fortsetzung des Krieges, und die russischen Kapitalisten selber geben es nur solange die angebliche neurussische Demokratie nicht Miene macht, an irgendwelche „Sozialisierungen", namentlich des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauern, heranzugehen. Weber zeigt klar, wie unwahrscheinlich es ist, daß die jetzigen Regierungszustände in Rußland, soweit von solchen die Rede sein kann, andauern. Die eigentliche scharfe

Digitized by Google

Krisis steht dort noch bevor. Eine Torheit wäre es, durch einen zappelig übereilten „allrussischen" Frieden Rußland selbst wieder zusammenzuschmieden und das Großrussentum gegen die anderen Nationalitäten zu stärken. Unsere Regierung muß bei dem Reichskanzlerwort von der Befreiung der Fremdvölker nicht nur vom Zarismus, sondern überhaupt vom Großrussentum bleiben und erklären: Für uns ist das moralische Recht der bisher unterdrückten Völker eine Tatsache, und wenn russischerseits mit uns verhandelt werden soll, so verlangen wir außer mit den St. Petersburger Machthabern noch Unterhandlungen mit Ukrainern, Finnländern usw. besonders.

Was Rußland recht ist, ist unseren andern Feinden billig. Von Irländern und Indern, von Marokkanern, Algeriern, Tunesiern, von Griechenland, auch von Mexiko, ist ja bei uns in der Presse, in diplomatischen Reden und Noten gelegentlich und öfters gesprochen worden, aber es fehlt dieser ganzen Politik des Eintretens für die moralischen Rechte derer, die von unserern Gegnern niedergetreten werden, die rechte Geschlossenheit, der rechte Nachdruck und die rechte Konsequenz des unablässigen Zurückgreifens auf diese Dinge. Es ist eines der großen Gesetze in der Politik, daß nur dasjenige wirkt, was mit Nachdruck fort und fort wiederholt wird, was in jeder Diskussion, in jedem amtlichen Redeakt, der dazu Gelegenheit bietet, in der halbamtlichen und in der übrigen Presse, im Parlament und in der politischen Versammlung wiederkehrt. Hier ist es der Satz: Wir glauben an das Recht der Vergewaltigten und wir wollen ihre Sache mit zu der unsrigen machen! Einer von den Staaten, die in der englischen Würgerschlinge seufzen, ist auch Portugal. Wer die portugiesischen Zeitungen nach dem Ausbruch des Weltkrieges und bei der Erklärung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Portugal gelesen hat, der stand sicher unter dem Eindruck der absoluten portugiesischen Feindschaft gegen uns. Man weiß aber, wie abhängig die Zeitungen und die Wortführer in Portugal von England sind. Im portugiesischen Volk, in der Masse und auch bei vielen Gebildeten, herrscht in der Stille bitterer Groll über die Sklavenkette, die Portugal als Schuldknecht Englands hinter sich herschleppen muß. Wenn man die Dinge richtig anfaßt, wird es gar nicht unmöglich sein, die Portugiesen selbst für den Gedanken zu gewinnen, daß sie sich mit unserer Hilfe von England freimachen und über ihren afrikanischen Besitz sich mit uns in einer Weise verständigen, die für sie nicht nur nützlich, sondern auch ehrenvoll ist, und die Portugal wieder als eine selbständige Nation, imstande, ihre eigenen Interessen zu verfolgen, in die Welt einführt. Nur darf man nicht glauben, ein politischer Gedanke sei schon damit befolgt, daß man ihn gelegentlich mit aus der Rüstkammer hervorholt, wo man die für brauchbar gehaltenen Argumente verwahrt, um ihn dann wieder in die Ecke zu stellen, wenn etwas anderes nützlicher erscheint. Will man solch eine Politik machen, dann muß man sie ganz machen. Auch Spaniens Anspruch gegen England auf Gibraltar, auch Persiens Ringen um seine politische Selbständigkeit müssen wir als des Rechtes und zugleich als

Digitized by Google

unsere Sache gegen England auffassen. Lernen wir so denken, dann werden wir wunderbare Wirkungen vom Prinzip der moralischen Eroberung erleben.

Allerdings, eins ist dazu auch bei uns im Innern notwendig: Bismarcks Rezept zu befolgen. Wir müssen entschlossen eine Politik der Volksfreiheit, d. h. des Volksrechts auf Gestaltung der Staatseinrichtungen im Volkssinne, machen. Nach der Gleichheit des Todes in den Schlachten unseres Daseinskampfes kann es keine Ungleichheit der politischen Rechte mehr geben! Dies Wort des Abgeordneten Dr. Naumann im Reichstag gilt ohne Unterschied der persönlichen Stellung, die jemand zur Partei des Redners einnimmt. Es ist einfach unmöglich, nach dem was das Volk im ganzen geleistet hat, noch über die „Rechte" zu debattieren, die dieser Stand oder jene Gruppe im Vorzug vor andern Ständen und Gruppen besitzen soll. Man nenne das Demokratisierung, wenn man ein Schlagwort will, das auf die Völker draußen und auf die schematischen Köpfe Eindruck machen soll, aber nicht das Wort ist die Hauptsache, sondern die Beschaffung eines genügenden politischen Kredits für uns, daß wir nicht zum Schein, sondern in Wahrheit moralische Eroberungen zu machen entschlossen sind. Der Pendel zwischen „Regierung" und „Volkswille", wie Hans Delbrück das formuliert hat, muß jetzt einmal kräftig vor aller Welt Augen nach der Volksseite hin ausschlagen. Hier jetzt mit innerer Parteipolitik zu kommen, ist wirklich nicht an der Zeit, wo es den Weg in unsere Weltzukunft einzuschlagen gilt!

Reform des Wahlrechts jetzt!

Von Professor DDr. R. Otto, Mitglied des Abgeordnetenhauses

Es sei mir gestattet, zu den sympathischen Ausführungen von Blumes in Heft 19, über „Grundlagen des Wahlrechts", einige Bemerkungen zu machen, die zugleich Ergänzungen sein möchten. Blume unterscheidet das „Ob", das „Wann" und das „Wie" der Reform. Er meint, über das „Ob" sei man jetzt allgemein einig. Sehr mit Recht. Bis weit in die konservativen Kreise hinein ist der Wille zur Reform vorhanden. Er erörtert dann die Frage des „Wie" und meint, davon die Frage nach dem „Wann" trennen und diese noch aussetzen zu können. Auf seine Vorschläge zum „Wie" will ich nicht eingehen. Nur meine ich, daß, wer so entschieden und mit Recht den Gesichtspunkt betont, daß bei der ganzen Frage nach der Reform nicht ein abstraktes und rein individualistisch gedachtes „Naturrecht" des einzelnen am Wahlakt, sondern das Gemeinwohl, der Staatsgedanke und damit die Staatsgesinnung leitend sein müsse, ein solcher noch schärfer als Blume es tut, den Gedanken der „Wahlpflicht" neben und mit dem Gedanken des bloßen „Wahlrechtes" vertreten müsse. Mein Haupteinwand aber ist ein anderer. Wer über das „Ob" im klaren ist und über das „Wie" ernstlich nachdenkt, der kann die Frage des „Wann" nicht beiseite lassen. Er muß sie aufwerfen, und er muß sie beantworten mit „Jetzt". Verschiedene Gesichtspunkte kommen hierbei in Frage.

Digitized by Google

1. Soll das „Wie" in einem Sinne beantwortet werden, wie Blume es will, nämlich im staatserhaltenden, -schützenden und -ausbauenden Sinne, so muß die Reform jetzt gemacht werden und nicht nach dem Kriege. Ganz mit Recht wird von rechts Stehenden betont, daß die Verschiebung der Reform sie in immer steigendem Maße den Gefahren der steigenden „roten Flut", der ultra-demokratischen und sozialistischen Tendenzen aussetzt, den Gefahren einer nicht vorauszusehenden Situation, die sich ergeben kann, wenn der Druck der Kriegslage fortgenommen ist, und wenn die Leidenschaften und die Agitation sich ungehemmt entfalten, und durch alle vorangegangenen Erschütterungen die Volkspsyche in chaotischen Verwirrungen sein wird oder sein kann.

2. Wann will man überhaupt die Reform machen, wenn nicht jetzt, das heißt vor Abschluß des Friedens? Jedenfalls muß sie doch der jetzt tagende Landtag machen. Denn diesen erst noch einmal wieder heimkehren lassen, um dann den folgenden noch einmal nach altem Wahlrecht zu wählen, wäre in direktem Widerspruch zur Osterbotschaft. Die aus den Fronten heimkehrenden Feldgrauen sollen doch das verheißene neue Haus vorfinden, sollen ihr neues Recht als fertigen Lohn empfangen. Er muß also vorher fertig gemacht sein. Dann aber eben jetzt. Denn ist der Friede erst geschlossen, so werden, wie auch Blume richtig sagt, eine solche Fülle unmittelbar zu erledigender Aufgaben der neuen Situation auf den vor seinem Ende stehenden Landtag hereindringen, daß schlechterdings nicht einzusehen ist, wie er dann Ruhe und Muße und Sammlung finden soll, ein solches gewaltiges Werk zu vollbringen. Das liegt allzuoffensichtlich am Tage. Und aus diesem Umstande ergibt sich ja oft genug der Zweifel, ob es mit dem „Ob" und „Wie" auch ernst gemeint sei.

3. Jetzt, das heißt zwischen Pfingsten und dem Herbste, wo der Landtag mit seinen übrigen Aufgaben sowieso pausiert, ist die Ruhe noch vorhanden, die dieses Werk erfordert. Aber noch mehr, nur jetzt ist auch die Situation vorhanden, in der allein Aussicht ist, daß das Werk zustande kommen werde. Denn jetzt herrscht der Druck des Krieges, und herrscht heilsam, sofern er die Parteien zu leidlichem Burgfrieden zusammenzwingt und jedenfalls enger an einander treibt, als wenn dieser Druck, der einigt, geschwunden sein wird. Jetzt muß man sich einfach zu verstehen suchen. Jetzt würde auch der verstockteste, intransigenteste Störenfried irgendwie zum Mittun zu nötigen sein. Jetzt würde er, wenn er seine Unnachgiebigkeit zu weit triebe, einfach unmöglich werden. Aber man lasse diesen heilsamen einigenden Druck der Kriegslage gehoben sein, werden dann nicht alle bisher einigermaßen gehemmten Partei-Sonderinteressen an diesem Erisapfel sich neu erregen, alle alten und verhaltenen Leidenschaften neu aufbrechen und alle Extreme ebenso unversöhnlich sein wie früher?

4. Jetzt muß die Regierung, sie selber, und sie mit ruhiger Entschiedenheit, mit ihrer Initiative hervortreten. Von ihr muß die Initiative kommen: denn staatstreue Männer müssen wünschen, daß die Reform nicht vom Demos ihr aufgedrängt werde, sondern

Digitized by Google

daß in den neuen großen Wandlungen Regierung und Krone in eigener Autorität und mit fester Hand am Zügel sich erweisen. Und jetzt kann die Regierung diesen Schritt tun. Es wird ihr in der jetzigen Lage nicht zum zweiten Male begegnen, daß ihr Plan von seiten des Parlamentes durchkreuzt wird. Bringt die Regierung, unbeirrt von den Extremen rechts oder links, eine vom Staatsgedanken getragene, zugleich modernen Forderungen angepaßte Vorlage, so kann sich keine Partei erlauben, jetzt von vornherein und grundsätzlich die Mitarbeit zu versagen. Das Parlament und die Partei, die das jetzt und in heutiger Lage wagen wollten, und die dieses große Werk damit der Verzögerung, der Verschiebung in immer ungewissere Zukunft und damit zweifellos auch der Möglichkeit gänzlichen Nichtgelingens aussetzen würden, würden ihre eigene Existenz auf Spiel setzen. Sie würden zerdrückt werden unter der Last größter Verfehlung. Darum ist es unrichtig, wenn man meint, die Regierung könne mit einer eigenen Vorlage nur kommen zu einer Zeit, wo ihr die Möglichkeit der Parlaments-Auflösung nicht fehle. Diese Möglichkeit fehlt für dieses Parlament auch nach Schluß des Krieges. Denn dann wird einfach die Zeit zu knapp sein, um sich den Zeitaufwand von Auflösung und Wiederwahl zu leisten. Dann muß einfach gearbeitet werden mit dem, was da ist, es sei wie es wolle. Vor allem aber: in jetziger Situation kann kein Parlament einer so großen Aufgabe gegenüber es wagen, den Widerstand soweit zu treiben, daß eine Auflösung überhaupt nur in Frage käme, wenn die Regierungsvorlage obengenannten Gesichtspunkten entspricht. Regierung und Parlament sind jetzt auf einander so angewiesen, daß sie mit einander fertig werden müssen und darum mit einander fertig werden. Darauf weist doch schon der Umstand, daß schon bisher Widerstände gegen die Reform in einem Grade ermäßigt worden sind, wie es vor dem Kriege, ja, auch im Kriege noch vor kurzer Zeit niemand erwartet haben würde. In einer solchen Situation aber hat der kühne, entschlossene Griff immer die besten Chancen des Erfolges.

5. Auch folgenden Gesichtspunkt sollte man billigerweise nicht in dem Maße vernachlässigen, wie das bei uns meistens geschieht, wenn ich auch keineswegs seine Bedeutung übertreiben will und weit entfernt bin, ihm den Hauptwert beizulegen. Das ist nämlich der Umstand, daß die reformierende Tat, wenn sie jetzt erfolgt, selber ein Moment sein könnte, das den Frieden beschleunigt und erleichtert, nämlich durch den Eindruck, den sie auf das Ausland machen würde. Wir wissen alle, wie schief, zu gutem Teile bewußt erlogen, und jedenfalls durch und durch einseitig die Ansichten des Auslandes, Englands, Rußlands, Amerikas, des neutralen Auslandes sind von dem „despotischen, freiheitbedrohenden, volksfeindlichen" System von Repräsentation in Deutschland und Preußen. Aber wir wissen leider nicht immer genug, welche kolossale Macht diese Vorstellungen nun eben im Auslande haben. Grade diese Vorstellungen sind es, mit denen Wilson arbeiten muß, um den Kriegswillen der amerikanischen Jingos und Geldmagnaten durchzusetzen und die Opposition gegen den Krieg,

Digitized by Google

die in den übrigen Klassen stark sein würde, dadurch in Schach zu halten. Und diese Vorstellungen wirken eben wirklich, und erleichtern den Kriegshetzern und den Kriegsparteien in den feindlichen Ausländern ihre Arbeit sehr bedeutend. Nach dem Urteile maßgebender Männer dürfte es mit Bestimmtheit zu erwarten sein, daß die wirklich vollzogene Tat der Reform diesen Kriegstreibern, die oft schon jetzt nur noch mit Mühe die breiteren Gruppen und Massen ihrer Völker hinter sich her ziehen, ihre Arbeit nicht unbedeutend erschweren würde. Natürlich machen wir unsere Reform nicht, weil irgendwer im Ausland sie uns predigt, sondern allein deswegen, weil wir selber sie wollen und in weiten Schichten auch unserer bürgerlichen Kreise längst gewollt haben. Aber eben weil wir sie alle wollen, so ist es doch wahrlich politisch und zweckmäßig, sie eben jetzt zu machen, wo wir erwarten dürfen, daß sie nicht nur im Innern die Hoffnung und Zuversicht so vieler auf sie Wartender erfüllen wird, sondern wo sie zugleich noch den andern Nutzeffekt bringen kann, den lügnerischen Kriegshetzern unserer Gegner ihre suggerierenden Schlagworte zu entwinden und ihnen ihr Handwerk empfindlich zu hemmen. Dieser Nutzeffekt ginge natürlich völlig verloren, wenn man die Reform bis nach dem Frieden verschöbe. Wird sie aber eben jetzt vollzogen, so wird sie diesen Effekt sicher haben, und niemand kann sagen, ob nicht vielleicht in einem sehr hohen Grade. Sie wird dann also gradezu mitwirken, das Kommen des Friedens noch zu beschleunigen. Wird die Reform verschoben, so geht dieser Nutzeffekt nicht nur verloren, sondern, wie man jetzt schon aus der Kriegspresse der Gegner ersehen kann, wirken dann die gegebenen Verheißungen der Reform fast ungünstig. Die Gegner haben leichtes Spiel, ihren Massen zu versichern, es handle sich damit nur um ein Beschwichtigungsmanöver nach innen und außen.

6. Niemand kann zweifeln an Tendenz und festem Willem zur Reform, wie sie in der Osterbotschaft ausgesprochen sind. Aber kein vernünftiger Mensch kann auch zweifeln, daß es dieser Tendenz und diesem Willen nur entsprechen würde, wenn die vorläufige Klausel, daß die Reform nach dem Kriege zu machen sei, fallen gelassen würde. Die Verhältnisse haben sich inzwischen wesentlich geändert. Das Ende des Krieges ist, wie wir hoffen dürfen, in größere Nähe getreten. „Wir dürfen die volle Zuversicht haben, daß wir uns dem guten Ende nähern", so hat der Reichskanzler vor aller Welt im Reichstage erklärt. Die Größe der nach dem Kriege zu bewältigenden unaufschiebbaren Aufgaben, die die Reform dann erschweren müssen, ist deutlicher geworden. Die langen Sommermonate stehen dem Landtage zur Arbeit zur Verfügung. Die Aussprachen über „Ob" und „Wie" sind voll in Gang gekommen. Die notwendigen Erhebungen und Vorbereitungen werde zum Teil vollendet sein und werden sich zum andern Teil vollenden lassen. Die Erörterungen von hüben und drüben sind im vollen Gange, und schon lichtet sich die Lage. Unter solchen Verhältnissen aber erscheint es nur natürlich und sinngemäß, auf den ersten Schritt der Verheißung jetzt den zweiten der Erfüllung folgen zu lassen.

Digitized by Google

Verfassungsausschuß und Osterbotschaft

Von Friedrich Thimme

Am 30. März hatte der Reichstag in namentlicher Abstimmung mit der überwältigenden Mehrheit von 227 gegen 33 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen einen nationalliberalen Antrag angenommen: einen besonderen Verfassungsausschuß von 28 Mitgliedern zu bilden für die Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere der Zusammensetzung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung; ferner eine sozialdemokratische Entschließung: diesem Ausschuß die im Reichstage eingebrachten einschlägigen Anträge und Resolutionen zu überweisen. Der Zusammentritt des Ausschusses wurde durch die Osterferien verzögert; er erfolgte Anfang Mai unter dem Vorsitz des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann. Vom 4. bis zum 11. Mai hat der Ausschuß sieben Sitzungen abgehalten, in denen er sich über die Abänderung von zwölf Verfassungsartikeln und über zwei Resolutionen schlüssig geworden ist. Am 11. Mai ist der Ausschuß im Hinblick auf die ausgedehnten Plenarsitzungen und die sich gleich daranschließenden Reichstagsferien bis Anfang Juli vertagt worden. Er soll dann entweder in eine zweite Lesung der durchberatenen Anträge eintreten, falls bis dahin eine Stellungnahme der Regierung erfolgt ist, oder aber sich alsbald den noch ausstehenden Anträgen zuwenden.

Die von dem Ausschuß vorgeschlagenen Verfassungsänderungen betreffen die Festlegung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter gegenüber Bundesrat und Reichstag; die Schließung oder Vertagung des Reichstags während eines Krieges, die hinfort nicht ohne seine Zustimmung erfolgen soll; die Ernennung der Offiziere und Beamten des Heeres und der Marine, die nunmehr unter verantwortlicher Gegenzeichnung des Kriegsministers bezw. des Chefs des Reichsmarineamts zu geschehen hätte; die Regelung der Kriegsbesoldung durch Reichsgesetze; die Zulassung geheimer Sitzungen des Reichstags, sobald es sich um die Erörterung der Beziehungen des Reiches zu auswärtigen Staaten handelt; die Verleihung des Rechts an den Reichstag, zum Zwecke von Wahlprüfungen von den Staatsbehörden unmittelbar Auskunft zu verlangen und die Amtsgerichte um Zeugenvernehmungen zu ersuchen, sowie des Rechts der Zeugnisverweigerung für die Abgeordneten. Die weiteren in Form von Resolutionen gekleideten Beschlüsse des Verfassungsausschusses laufen auf die Errichtung eines Staatsgerichtshofes, vor den der Reichskanzler wegen Verletzung seiner Amtspflicht gestellt werden könnte, und auf die Einführung eines Gesetzes hin aus, durch welches den Wahlkreisen mit besonders starkem Bevölkerungszuwachs, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, eine größere Anzahl von Mandaten unter Einführung der Verhältniswahl für diese Wahlkreise eingeräumt werden soll.

Das Gros dieser Beschlüsse ist von einer festen Mehrheit aus den Mittelparteien,

Digitized by Google

von dem Zentrum bis zur Sozialdemokratie, teilweise unter Anschluß auch der Deutschen Fraktion durchgesetzt worden. In der Minderheit befanden sich zumeist ausschließlich die vier konservativen Mitglieder des Ausschusses, denen hin und wieder die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, natürlich aus entgegengesetzten Motiven, zur Seite traten.

Die Regierung hat sich an den Verhandlungen des Ausschusses wesentlich nur informatorisch beteiligt. Sowohl Staatssekretär Helfferich wie der Chef der Reichskanzlei Unterstaatssekretär Wahnschaffe haben wiederholt der Regierung die Stellungnahme ausdrücklich vorbehalten. Nichtsdestoweniger hat der Ministerialdirektor Lewald auch in der Debatte häufig das Wort ergriffen, durchweg in ablehnendem oder abmahnendem Sinne, so daß wiederholt von einer „Obstruktion" dieses Regierungvertreters die Rede war. Am Schlusse der Beratungen hat derselbe Lewald erklärt, nicht in Aussicht stellen zu können, daß die Verbündeten Regierungen, die die einschneidenden und schwerwiegenden Fragen erst nach den verschiedensten Seiten prüfen müßten ihre Stellungnahme, mit Ausnahme etwa der einigermaßen spruchreifen Frage einer zweckmäßigen Teilung der Riesenwahlkreise, bereits in naher Zeit kundgeben könnten.

Uns scheinen die von dem Ausschuß gefaßten Beschlüsse keineswegs so grundstürzender Natur zu sein, wie man nach dem Auftreten und den Erklärungen Lewalds annehmen sollte. Friedrich Meinecke hat vollkommen recht, wenn er in seinem Aufsatz „Grenzen der Neuorientierung" („Vossische Zeitung" vom 17. Mai) sagt: „Die bisherigen Beschlüsse fixieren in der Hauptsache nur den Zustand der ungeschriebenen Verfassung, wie er sich bei uns tatsächlich entwickelt hatte und sich erst recht entwickeln wird, wenn nach der Wahlreform homogene Mehrheiten in Preußen und dem Reiche auch der Regierung eine engere Fühlung mit den Parlamenten aufnötigen werden. In dieser unausbleiblichen Wirkung der Wahlreform sehen wir den eigentlichen Kern der verfassungsgeschichtlichen Wandlung, in der wir stehen, und halten darum alles übrige, was man sich im Verfassungsausschusse jetzt ausdenken mag, im Grunde nur für Nebenwerk, zum Teil recht nützliches und gutes, zum Teil wohl mehr dem juristischen Drang entsprungen, Dinge zu fixieren, die auch ohne solche Fixierung sich schon lebendig behaupten und durchsetzen würden." Gerade aber in der entscheidenden Wahlrechtsfrage hat der Verfassungsausschuß eine große Mäßigung an den Tag gelegt. Es hat sich deutlich gezeigt, daß in ihm eine Mehrheit für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten durch das Reich nicht vorhanden ist; die radikalen Wahlrechtsanträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sind bereits völlig gefallen. Ebensowenig hat sich der Ausschuß etwa für die Einführung des parlamentarischen Systems ausgesprochen. Die antikaiserliche Tendenz, die in die Verhandlungen und Beschlüsse des Verfassungsausschusses gewaltsam hineinzuinterpretieren versucht wird, ist in Wahrheit gar nicht vorhanden. Sie liegt, das ist in den Reichstagsdebatten der letzten Tage über die Tätigkeit des

Digitized by Google

Verfassungsausschusses mit aller Deutlichkeit und Klarheit zum Ausdruck gebracht worden, auch nicht in dem Beschlusse über die Gegenzeichnung der Offiziersernennungen durch den Kriegsminister und den Chef des Reichsmarineamts. Sachlich bezweckt ja dieser Beschluß weiter nichts als die Unterstellung des Militärkabinetts unter das Kriegsministerium, wie sie bis 1883 bekanntlich auch in Preußen bestanden hat, und damals lediglich aus persönlichen Gründen, weil der Chef des Militärkabinetts, General von Albedyll, nicht dem neuernannten jüngeren Kriegsminister Bronsart von Schellendorff untergeben sein wollte, abgeändert wurde. Nur Unverstand oder böser Wille kann behaupten, daß die Wiederherstellung des alten, zweifellos an sich richtigeren Zustandes das Treueverhältnis zwischen dem höchsten Kriegsherrn und seinem Offizierkorps beeinträchtigt würde. Ich habe eine Reihe von Offizieren gefragt, ob sie den Beschluß des Verfassungsausschusses über die Gegenzeichnung der Ernennungsdekrete durch den Kriegsminister nach den Worten des Grafen Westarp als einen Schlag ins Gesicht empfänden? Die Antwort fiel ausnahmslos verneinend aus; wohl aber trat deutlich hervor, daß die Äußerung des konservativen Redners als ine schwere Beleidigung gegen die Offiziere der süddeutschen Kontingente empfunden wurde, in denen die Gegenzeichnung des Kriegsministers rechtens ist. Man möchte dringend wünschen, daß solche demagogischen Schlagwörter wie „Parlamentsheer", „Amoklaufen gegen die Kommandogewalt des Kaisers" usw., wie man sie in konservativen und alldeutschen Blättern findet, beiseite gelassen würden; sie können in Wahrheit der konservativen Sache nur in den Augen derjenigen Personen schaden, auf die sie allzuplump berechnet sind.

Eine andere Frage bleibt es ja, ob die Beschlüsse des Verfassungsausschusses über die Offiziersernennungen angebracht waren in einem Augenblicke, wo das Verhältnis zwischen dem obersten Kriegsherrn und dem Offizierkorps auf der Höhe eines unerhörten Weltkrieges in einem fast überirdischen Glanze erstrahlt. Unseres Erachtens hätten die Mitglieder des Verfassungsausschusses, die offenbar ihr Augenmerk mehr auf die gereizten Auseinandersetzungen gerichtet hatten, die seit 1883 über das Militärkabinett im Reichstag stattgefunden haben, als auf die große und unvergleichliche Gegenwart, besser getan, in diesem Moment nicht an den zarten und heiklen Gegenstand zu rühren, schon deshalb nicht, weil mit Sicherheit vorher zu sehen war, daß jeder dahin zielende Beschluß von interessierter Seite als ein Vorstoß gegen die Kommandogewalt des Kaisers mit Fleiß mißdeutet und ausgespielt werden würde. Die rechtsstehende Presse hat denn auch mit Behagen ein Gerücht verbreitet, wonach durch jene Beschlüsse, die übrigens wohl bei der Beratung im Plenum des Reichstags, vielleicht schon bei einer zweiten Lesung im Ausschuß eine Modifikation erleiden werden, eine Verstimmung im Kaiserlichen Hauptquartier hervorgerufen sein solle. Wir sind überzeugt, daß hier nur der Wunsch der Vater des Gedankens war. Wir denken nach der ganzen Haltung, die der Kaiser als Monarch und als oberster Kriegs-

Digitized by Google

herr seit Kriegsausbruch eingenommen hat, nach dem schönen und hochherzigen Vertrauen zumal, das er erst jüngst wieder in der Osterbotschaft dem „treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten Volke" bezeugt hat, viel zu hoch von ihm, als daß wir fürchten könnten, er lasse sich in dem Entschlusse, der freien und freudigen Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes an dem staatlichen Leben Raum zu schaffen und den Charakter der Wehrmacht als eines wahren Volksheeres immer reiner auszuprägen, durch irgend etwas, und sei es auch durch ein nicht in allen Teilen wohl überlegtes Vorgehen des Verfassungsausschusses, beirren. Daß eine solche freie und freudige Mitarbeit aller Volksglieder, die ohne Erweiterung der Volks- und Parlamentsrechte nun einmal nicht zu denken ist, auch der Krone und ihrer Machtfülle Opfer auferlegen muß, das ist sicherlich auch dem Kaiser nicht verborgen. Er weiß aber ebensogut, daß jedes solches Opfer, aus königlichem Herzen dargebracht, tausendfältige Frucht trägt und das Volkskönigtum der Hohenzollern nur immer tiefer in den Herzen verankern kann.

Daran kann und darf ja auch kein Zweifel sein, daß das Gros des Verfassungsausschusses sich getragen fühlte von dem Geiste der kaiserlichen Osterbotschaft, und daß das treibende Motiv der Beratungen und Beschlüsse nicht etwa ein ödes Streben nach Parlamentsherrschaft, geschweige denn nach einer Unterstellung des Kaisertums unter eine parlamentarische Obervormundschaft, sondern ein ehrliches Suchen nach den Mitteln und Wegen war, um der so feierlich verheißenen Mitarbeit des Volkes an der künftigen Staatsentwicklung Bahn zu schaffen. Es war ja natürlich, daß der Kaiser, wenn er in der Osterbotschaft den Wunsch aussprach, die Vorbereitungen für den Ausbau unseres inneren, wirtschaftlichen und sozialen Lebens unverweilt abgeschlossen zu sehen, sich zunächst an die Adresse des Staatsministeriums wandte. Aber es war nicht minder verständlich, daß auch der Verfassungsausschuß bei so grundlegenden und zukunftsschweren Entscheidungen sein Wort und seinen Rat in die Wagschale zu werfen wünschen mußte. Aus dieser Sachlage hätte sich eine fruchtbare und verheißungsvolle Zusammenarbeit der Regierung und des Verfassungsausschusses ergeben können und sollen. Leider hat diese Zusammenarbeit noch vieles, um nicht zu sagen alles, zu wünschen übrig gelassen; die Gemeinschaftsarbeit der Regierung, der Parteien und sonstigen Volksglieder, in der wir mit dem Kaiser die große Richtlinie unserer innerpolitischen Zukunft erkennen, steckt eben noch in den Anfängen, sozusagen in den Kinderschuhen. Die Regierung hat sich bei den Beratungen des Ausschusses auf den Standpunkt gestellt, daß die Reichsleitung zu Initiativanträgen aus dem Reichstage nicht Stellung nehmen könne ohne gründlichste Prüfung und ohne Beschlußfassung der Verbündeten Regierungen. Das entspricht in der Tat „jahrzehntelanger bewährter Übung", die sich auf keinen Geringeren als den Fürsten Bismarck beziehen kann. Aber es ist eine Friedenspraxis, die auf gewöhnliche Zeiten berechnet ist. Sollten außerordentliche, jenseits allen gewöhnlichen Maßes liegende Zeiten wie die heutige nicht auch außerordentliche Mittel nahelegen?

Digitized by Google

Wäre es nicht möglich gewesen, daß der Reichskanzler den Bundesrat zu fortlaufenden Sitzungen neben und mit dem Verfassungsausschuß berufen hätte, um in fruchtbarer Wechselwirkung eine rasche und möglichst weitgehende Verständigung der gesetzgebenden Faktoren über die grundlegenden Fragen unserer innerpolitischen Zukunft anzubahnen? Bei einer solchen parallelen Tagung des Bundesrats und des Verfassungsausschusses, die eine ständige Fühlungnahme zwischen beiden Faktoren ermöglicht hätte, würde das Ergebnis der gegenseitigen Beratungen ohne alle Frage ein weit größeres und ersprießlicheres gewesen sein als bei den einseitigen Beratungen des Verfassungsausschusses, die, so wie die Regierung sich zu ihnen stellte, ein durchaus befriedigendes Resultat kaum haben konnten.

Immerhin sollen und dürfen die Ergebnisse der bisherigen Arbeit des Verfassungsausschusses nicht unterschätzt werden. Einerlei ob und wann die Beschlüsse des Ausschusses die Billigung des Reichstags selbst und schließlich der Regierung finden: es ist schon ein Vorteil, daß die Regierung die Ansicht und die Wünsche des Ausschusses und damit der Parteien hinsichtlich des Ausbaues unserer Verfassungsverhältnisse kennen gelernt hat; sie wird diese Kenntnis bei ihren eigenen Beratungen und bei dem Abschluß der Vorbereitungen für die Erneuerung des Staatslebens gut gebrauchen können. Von höherer Bedeutung ist es noch, daß die Mittelparteien sich bei der gemeinsamen Arbeit im Verfassungsausschuß zu einem festen Block zusammengefunden haben; ein solcher Block, der seine Anziehungskraft nach rechts und nach links ausdehnen kann, trägt weit größere Gewähr der Dauer in sich als der vielberufene Block der Linken und könnte zu einem stabilen Element unseres Verfassungslebens werden, wie es uns leider bisher noch immer gefehlt hat. Auch für das Zusammenwirken zwischen Regierung und Parlament wird die Arbeit des Verfassungsausschusses, soviel hier das Zusammenwirken noch zu wünschen übrig ließ, hoffentlich nicht unfruchtbar bleiben. Die auf beiden Seiten gemachten Fehler liegen ja so offensichtlich zutage, daß ihre Erkenntnis, an der es hüben und drüben nicht fehlen kann, ein Ansporn sein wird, bei den späteren Tagungen des Verfassungsausschusses die gemeinsame Arbeit um so gedeihlicher und fruchtbringender zu gestalten. Und wenn die Regierung aus den Erfahrungen der ersten Tagung auch nur die Lehre ziehen würde, wie verfehlt es ist, wenn sie sich die Initiative aus der Hand nehmen läßt, und wieviel größer ihre Chancen sind, wenn sie, statt gegenüber dem Vorwärtsdrängen der Anderen immer den Hemmschuh zu spielen, sich selbst mit frischer Initiative an die Spitze einer großzügigen volkstümlichen und freigebigen Reformtätigkeit setzt, dann wäre schon viel geholfen. Auch für die Regierung, auch für die Krone gilt das schöne Dichterwort: „In deiner Brust sind deines Schicksals Sterne.“ Mit seiner Osterbotschaft hat der Kaiser, aus der Fülle seines Herzens heraus, einen großen Schritt in der Richtung freudiger, das ganze Volk zur freien und frohen Mitarbeit aufrufender Reformtätigkeit getan. Das deutsche Volk wartet sehnsüchtig und verlangend, daß der Osterbotschaft bald, recht bald eine andere folge, die die Erfüllung der Verheißungen bringt

Digitized by Google

Die englische Staatskirche und die englische Weltherrschaft

Von Walther Wolff, Aachen

Die „Times“ vom 24. Januar d. J. druckt mit begreiflicher Befriedigung eine Erklärung „amerikanischer Kirchenmänner“ ab, die sich unter der Überschrift: „Friede, Friede und ist kein Friede“ noch vor der Ablehnung durch die Entente gegen das deutsche Friedensangebot verwahrt und namentlich dem Versuch entgegentreten will, das „christliche Gefühl“ gegen die längere Dauer des Krieges aufzurufen. Die Erklärung betont sehr nachdrücklich, es sei unchristlich, den Frieden zu wollen unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf notgedrungene sittliche Erwägungen. Christliche Grundforderung sei nicht der Friede als solcher, sondern Aufrechterhaltung von Wahrheit und Gerechtigkeit, selbst mit Opfern physischen Lebens. In welchem Sinne diese Kirchenmänner eines bis dahin offiziell neutralen Staates die Frage der Wahrheit und Gerechtigkeit ansehen, geht aus den Fragen hervor, die ihnen die wichtigsten beim Austragen des Weltkriegs zu sein scheinen, und die sie deshalb der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten aufs dringlichste nahe legen. Sie lauten: „1. Der Raub Belgiens und die Versklavung des Volkes — ist das Recht oder Unrecht? 2. Die Ermordung einer Million Armenier — war das eine erlaubte Vorsichtsmaßregel oder ein unverzeihliches Verbrechen? 3. Die Verwüstung Serbiens und Polens — war das eine bedauerliche Notwendigkeit oder eine entsetzliche Ungerechtigkeit? 4. Die Vernichtung sovieler Leben beim Versenken der „Lusitania“ und anderer Kauffahrteischiffe — war das schlechthin ein Kriegsfall oder ein freiwilliger und überlegter Mord? 5. Die Aushungerung von Juden und Syrern im Heiligen Land — ist das aus notgedrungener Sparsamkeit geschehen, oder war das ein Hohn auf göttliche und menschliche Gesetze? 6. Die Versuche, Muselmanen zum „Heiligen Krieg“ gegen Christen aufzurufen — war es ein löblicher Akt kaiserlicher Staatsklugheit oder ein schändlicher Verrat eines christlichen Monarchen? 7. Die Einschüchterung der kleinen Staaten und die Verhöhnung internationaler Abkommen — sind diese Dinge als Antwort auf Herausforderung zu entschuldigen oder unter allen Umständen zu verdammen?“ —

Bei dieser letzten Frage werden wir unwillkürlich denken, daß sie doch offenkundig gegen die englische Kriegspolitik gerichtet sei. Aber im Zusammenhang mit dem sechs andern wird sie ja wohl auch niemanden anders als Deutschland treffen sollen. Diese amerikanischen Kirchenmänner sind also mit Herz und Haut und Haaren pro-englisch und anti-deutsch. Sie sind es auch dem innersten Geiste nach, und selten ist dieser englische Geist so erschreckend uns entgegengetreten, wie in dem schauerlichen Satz der Erklärung, mit dem man ein Volk zu richten wagt, das gegen die ganze Welt um sein Dasein kämpft: „Der gerechte Gott, der seinen eigenen Sohn nicht vom Kreuze zurückhielt, sieht nicht gnädig herab auf ein Volk, das seine Furcht vor

Digitized by Google

Hunger und Tod, vor Leiden und Verlust, seinen Anspruch auf Glück und Genuß über die heiligen Forderungen der Gerechtigkeit, Freiheit, Güte und Tugend stellt."

Wohlverstanden! Es sind nicht Politiker und Finanzmänner, die so reden, sondern Vertreter christlicher Kirchengemeinschaften. Ihre vollständige Unfähigkeit, auch nur eine Spur von Recht auf Seiten der Gegner Englands zu sehen, wäre bei englischen Kirchenmännern am Ende begreiflich. Daß es Amerikaner sind, läßt und deutlich erkennen, wie stark bei ihnen das Gefühl politischer Zugehörigkeit uns Stammesverwandtschaft für England vorschlägt, und erweist unwiderleglich, wie die angelsächsische Welt nicht nur durch gemeinsame politische Interessen und Ideale, sondern auch durch innere Verwandtschaft religiöser Stimmungen und kirchlicher Organisationen zusammengehalten wird. Es sind Führer amerikanischer Kirchengemeinschaften, die hier reden und ihren Einfluß benutzen, Nordamerika zugunsten Englands zu bestimmen. Unter ihnen aber sind zwei Führer der protestantischen Episkopalkirche der Vereinigten Staaten, einer Kirchengemeinschaft, die mit der englischen Staatskirche in engster Verbindung steht, und diese Tatsache möchte ich in ein helleres Licht stellen und darauf hinweisen, wie groß die Bedeutung der englischen Staatskirche für die englische Weltherrschaft ist und in Zukunft sein wird. Nicht sie allein kommt als Stütze dieser Weltmacht auf religiös-kirchlichem Gebiet in Betracht, aber sie wird es in erster Linie und vorwiegend sein. Das nötigt auch den praktischen Politiker, sich mit der Frage der Kirchentümer oder des Kirchentums Englands zu beschäftigen.

Um zwei Gruppen handelt er sich bekanntermaßen dabei: um die bischöfliche Staatskirche und um die Fülle kirchlicher Bildungen, die im Laufe der Zeit neben ihr entstanden sind und gewöhnlich unter dem Namen des „Dissent" zusammengefaßt werden. Dies sind die nicht der Staatskirche angehörigen reformatorischen Parteien und protestantischen Sekten wie die Presbyterianer, Independenten, Unitarier, Puritaner, Quäker, Baptisten, Methodisten, Irvingianer usw. Sie spielen im religiösen Leben Englands der Zahl und der Bedeutung nach eine unvergleichlich größere Rolle, als das protestantische Sektentum oder die nebenkirchlichen Bildungen in Deutschland, und haben auch einen starken Anteil am politischen Leben Englands genommen. Auf diesen „Dissent" ist das Interesse des evangelischen Deutschlands und auch deutscher Politiker viel stärker gerichtet gewesen, als auf die englische Staatskirche. Die Beziehungen der „Dissenter" zum Festland waren viel reger, als die der bischöflichen Staatskirche, die sich in ihrer insularen und nationalen Abschließung bewußt behauptete. Sie trieben Propaganda auf dem Festlande, und was im deutschen Protestantismus an Sektenbildung hervortrat, geht zu einem guten und großen Teil auf diese Propaganda zurück. Sie waren auch viel mehr, als die Staatskirche dazu geneigt, die internationalen Beziehungen und die gemeinsamen Aufgaben des Protestantismus in der Weltmission an den christlichen und nichtchristlichen Völkern zu pflegen. In

Digitized by Google

ihnen schien sich aber auch das Ideal greifbar verwirklicht darzustellen, das vielen Deutschen lockend verschwebte, die Trennung von Staat und Kirche oder zum mindesten doch die Schaffung großer und lebenskräftiger Freikirchen neben dem starren Gebilde einer Staatskirche. Nicht nur die Freikirchlichen und manche kirchlich Liberale, sondern auch der politische Liberalismus sah in ihnen das Musterbeispiel, nach dem auf deutschem Boden die alte Frage von Staat und Kirche mit all ihren Schwierigkeiten und Verwicklungen gelöst werden könne. So trat vor dem lebhaften Interesse an diesem englischen Dissent, dessen eindrucksvolles Bild durch die gleiche und noch stärkere Entwicklung im kirchlichen Leben Nordamerikas vergrößert und verbreitert wurde, das Interesse an der bischöflichen Staatskirche mehr und mehr zurück. Sie schien dazu verurteilt zu sein, in der geschichtlichen Entwicklung und dem Werden neuer kirchlicher Organisationen von freikirchlichen Bildungen überholt und aufs Altenteil gesetzt zu werden. Die Trennung von Kirche und Staat in Wales beurteilte man als einen entscheidenden Schritt dazu, und auch die Statistik schien diese Vorausschau zu bestätigen: die Freikirchen wuchsen unvergleichlich viel stärker als die bischöfliche Kirche; von 1801 bis 1896 stiegen die Kirchensitze der Staatskirche von 4,3 auf 6,8 Millionen, die der Freikirchen von 640 000 auf 7,6 Millionen.

Aber diese Statistik ist irreführend. Bei genauerem Zusehen ist festzustellen, daß das Bild von dem erheblich rascheren Wachstum der Freikirchen trügerisch sein muß. Auch heute noch, gerade so wie vor 60 Jahren, umfaßt die Staatskirche etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, und gründliche Kenner der Verhältnisse, sowohl in England, wie auf dem Festland, bestreiten es sehr entschieden, daß die Zukunft den Freikirchen gehören werde. Schon 1907 schrieb Miß Alice Gardner, nach ihrer Überzeugung werde gerade umgekehrt die Staatskirche relativ stärker wachsen wegen der Zunahme des historischen Sinnes, der dem Katholizismus entgegenkommt, wegen der ästhetischen Überlegenheit der Staatskirche in Gottesdiensten und Gebäuden und im ganzen Ton des kultischen Lebens und wegen der Vorherrschaft der Staatskirche im gesellschaftlichem Leben und der sozialen Schichtung.

Ganz und gar im gleichen Sinne spricht sich Albert Hauck in seinem vortrefflichen Buch: Deutschland und England in ihren kirchlichen Beziehungen (Leipzig, Hinrichs 1917) aus. „Eine Zeitlang hatten die dissentierenden Kirchen die Vorhand. Aber wenn ich mich nicht täusche, ist das gegenwärtig nicht mehr der Fall. In dem langen Wetteifer der kirchlichen Gemeinschaften scheint das Übergewicht der Episkopatkirche zuzufallen. Sie scheint der Eigenart des englischen Volkes schließlich doch mehr zu entsprechen als die freien Gemeinschaften, die sich von ihr ablösen." Er führt das nicht nur auf ihre längst von vielen gewünschte „Entprotestantisierung" zurück, die sich in der Hervorhebung des Klerus und in der Betonung und katholisierenden Auffassung und Würdigung des Abendmahls zeigt, sondern auch auf die kräftige Belebung der kirchlichen Tätigkeit, Vermehrung der Kirchen und Gottesdienste, Pflege

Digitized by Google

der Jugend und soziale Wohlfahrtspflege; gerade auf letzerem Gebiet stehe die Staatskirche jetzt an der Spitze, und darauf beruhe auch ihr wachsender Einfluß auf das englische Volk. Hauck sieht die Zeit kommen, in der diese mächtig aufblühende Kirche zwar nicht im Katholizismus aufgehen, aber als dritte katholische Kirche neben die römische und orientalische treten wird.

Wir als Deutsche könnten dem nun an sich mit großer Gelassenheit zusehen und diese Wandlung höchstens als Religionsgeschichtler mit Spannung beobachten. Wenn diese Entwicklung sich vollzieht, so tut sie das eben mit der Naturnotwendigkeit, mit der sich solche großen Wandlungen immer vollziehen. Wir werden nichts daran ändern können und wollen und uns sagen, daß wir am wenigsten in den Ablauf dieser Dinge eingreifen können. Auch über die Frage, ob er ohne schwere innere Kämpfe, ohne eine erneute scharfe Auseinandersetzung zwischen den religiösen und kirchlichen Gruppen im englischen Volke möglich ist, und ob etwa von da aus die englische Machtstellung in ihrer Geschlossenheit berührt werden könnte, werden wir uns jedes Urteils enthalten.

Gleichgültig aber kann uns dieser Tatbestand doch nicht lassen. Hauck macht selbst darauf aufmerksam, daß er von großer Bedeutung für die kirchlichen Beziehungen zwischen England und dem Festland ist. Wir betonten oben schon, daß die Verbindung mit dem festländischen Protestantismus von Dissent unendlich mehr gepflegt worden ist, als von der Staatskirche. Überwiegt deren Einfluß, so wird das durch den Krieg zerrissene Band zwischen dem deutschen und englischen Protestantismus sich viel schwerer neu knüpfen lassen und mit einer dauernden Entfremdung auch der beiden Kirchentümer zu rechnen sei. Vielleicht aber kann der Verlust, der sich daraus ergeben würde, für England verhängnisvoller werden, als für Deutschland. Wir mögen das Bewußtsein haben, daß Deutschland auch auf kirchlichem Gebiet ohne Schaden eine gute Zeit lang „Eigenwirtschaft" treiben kann.

Viel wichtiger ist die Frage, was diese kirchliche Entwicklung in Großbritannien für die englische Weltherrschaft bedeutet. Sie wird nicht künstlich und ängstlich an den geschilderten Tatbestand herangebracht, sondern ergibt sich aus ihm von selbst. Zu den werbenden, tragenden und stützenden Kräften eines Volkes gehört auch ein gesundes, nationales Kirchentum, das von der Achtung und Liebe des Volkes getragen ist, und es erweist sich als eine solche Macht auch und gerade dann, wenn dieses Volk über seine engeren Grenzen hinaus ins Weite strebt. Der Engländer findet seine Kirche überall, in seinen Kolonien und im fremden Land, in dem er zu Gaste ist. Sie ist dem Reisenden, dem Kaufmann und dem Koloniengründer nachgezogen und hat Volkstum und Heimatgefühl und Rassenstolz mit erhalten helfen. Es würde um unser Deutschtum im Ausland in dieser Beziehung günstiger stehen, wenn nicht nur das starke und bewußt die fernen Söhne des Volkes zusammenhaltende Staatstum, sondern auch ein lebendiges, großes, an Mitteln nicht sparendes Kirchentum ihnen nachginge und

Digitized by Google

sie begleitete: wir Deutsche sind hierbei doch nur erst in den Anfängen begriffen und werden nach dem Kriege viel Versäumtes nachzuholen haben.

Noch viel beachtenswerter aber als diese weite Wirksamkeit der englischen Kirche ist die Tatsache, daß sie zugleich über ihren eigenen Kreis und über den Machtbereich des englischen Imperiums hinausgegriffen hat. Heinrich Boehmer hat vor längeren Monaten, allerdings schon während des Krieges, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß es seit einer Reihe von Jahren eine internationale Bischofs-Konferenz der anglikanischen Welt gibt, die einen umfassenden Einfluß übt. Sie zählt weit über 200 Mitglieder, so daß zahlenmäßig die Bischöfe des englischen Mutterlandes kaum ins Gewicht zu fallen scheinen. Aber ganz naturgemäß ist der hohe Klerus dieses Mutterlandes doch der Mittelpunkt dieser Gemeinschaft. Zu ihr gehören aber nicht nur die Bischöfe der Dominions, sondern auch weit über 100 Bischöfe der Vereinigten Staaten. Es liegt auf der Hand, daß hiermit ein ungeheuer wirksames Mittel einerseits für den Zusammenhang der Heimatinsel mit den Kolonien, andererseits für die innere Gemeinschaft mit Nordamerika gegeben ist. Die Erklärung der amerikanischen Kirchenmänner ist dafür ein deutlicher Beweis.

So ist die englische Staatskirche eines der starken und vielen Mittel, die die englische Weltherrschaft stützen, und ihr wachsender Einfluß im Mutterland, vielleicht unbewußt durch die imperialistische Stimmung getragen, wird das weite Gefüge des britischen Weltreiches bis in die nordamerikanische Union in Zukunft noch erfolgreicher stützen.

Deutschland wird diese Tatsachen nicht übersehen dürfen. Die Folgerungen für unsere eigene Entwicklung ergeben sich daraus von selbst. Nie wird allerdings das deutsche evangelische Kirchentum ein Abklatsch der englischen Staatskirche sein können oder auch nur wollen. Aber mit dem Ausbau der Weltstellung Deutschlands werden für die deutschen evangelischen Kirchen organisatorische Aufgaben weitester Art erwachsen, zu denen das bisher hauptsächlich von der preußischen Landeskirche aus Geschehene, so verdienstlich es ist, als ein ganz bescheidener und unzulänglicher Anfang erscheint. Es würde nichts schaden, wenn unter diesem Gesichtspunkte die deutsche evangelische Kirche auch im Gefühlsleben der Deutschen achtungsvoller gewertet und ihre Bedeutung für das Volkstum und unsere Weltgeltung höher angeschlagen würde. Unsere geschichtliche Entwicklung hat uns zu weit hinauf geführt, als daß wir gegenüber der Kirche mit der gewohnten Betrachtungsweise, die mit Kirchturms- und Kantönlipolitik in Zuneigung und Abneigung eine verzweifelte Ähnlichkeit hat, ausreichen könnten. Die Kirche selbst kann und muß das ihrerseits durch mehr Großzügigkeit und Weitraumigkeit befördern.

Digitized by Google

Briefe an die „Deutsche Politik"

Wir erhielten folgenden Feldpostbrief:

In Heft 14 der „Deutschen Politik" vom 6. April 1917 schrieb Dr. Paul Rohrbach: „Es wäre der verhängnisvollste Fehler, wenn wir uns einbilden wollten, daß der Krieg von der Gegenseite ohne starke moralische Kräfte geführt werden kann." Der Verfasser führt dann aus, wie England sich und seine Trabanten von dem Recht und der Moral seines Kampfes zu überzeugen wußte und in dieser Überzeugung auch Opfer bringt, welche die unsrigen weit übertreffen, z. B. die direkte Einkommensteuer, „welche die Wohlhabenden in einer Weise belastet, daß unsere Steuererhöhungen daneben kleinlich und winzig erscheinen".

Es kann nur dienlich sein, sich auch anderer Opfer und Leistungen der Entente zu erinnern, um aus ihnen zu folgern, wie fest die feindlichen Mächte von dem Recht ihrer „guten Sache" überzeugt sind und welche erstaunliche Kraft ihnen aus dieser Überzeugung erwächst.

Die Einführung der Wehrpflicht in England dürfte freilich an der Spitze stehen; denn sie widerspricht der ganzen Natur des Engländers und seiner Anschauung über die persönliche Freiheit von Grund auf. Was die Einführung dieser Maßregel für England bedeutete, kann man nur schwer an einem Vergleich mit Deutschland messen; wenn wir unsere Wehrpflicht abschaffen und ein Söldnerheer aufstellen würden, so wäre das ein Bruch mit unseren besten und heiligsten Traditionen, ein Gedanke, der uns völlig unmöglich erscheint. Die Einführung der Wehrpflicht in England entspricht ungefähr diesem Bruch mit allen Traditionen, denn sie ist selbst ein derartiger Bruch und erschien den Engländern ehemals gerade so unmöglich wie uns heute die Abschaffung unserer Wehrpflicht. Und doch hat England das Unmögliche durchgesetzt: ein so umwälzender Schritt ist undenkbar ohne felsenfeste Zuversicht in die gute Sache und eine große moralische Sicherheit des ganzen Volkes. Als die Engländer im Anfang des Krieges ein Heer von 3 Millionen Mann aufstellen wollten, lächelten unsere Zeitungen über diesen Gedanken; wir trauten England nicht die innere Kraft zu, um ein solches Opfer zu bringen — noch dazu ein Opfer, welches dem bekämpften Militarismus verzweifelt ähnlich sah. Aber England scheute sich nicht, diese ihm verhaßte Einrichtung einzuführen, weil es sie als Notwendigkeit im Dienst seiner Sache erkannte und dieser Sache, an die es glaubte, alles unterordnete. Der Erfolg? Heute hat die englische Armee nicht nur jene verspotteten 3 Millionen, sondern der letzte Heeresetat beträgt 5 Millionen Mann. Diese Armee hat England nicht nur aufgestellt, sondern auch ausgebildet; unsere Kämpfer von der Somme und jetzt wieder bei Arras wissen, wie gut ausgebildet. Man muß die Schwierigkeiten bedenken, mit denen alles, z. B. auch das Ersatzwesen, verbunden ist, um zu verstehen, daß das heutige englische Landheer keine improvisierte Spielerei ist, die nach dem Kriege wieder eingepackt wird, sondern eine Tat, die aus der Notwendigkeit heraus geboren und mit größtem Patriotismus durchgeführt wurde.

Ein ähnlich ermutigendes Beispiel bietet Frankreich. Seit 2½ Jahren halten wir einen der wichtigsten Industriebezirke Frankreichs besetzt; seine Bodenkräfte, Fabriken und Bergwerke arbeiten für unsern Feind; die Bevölkerung der besetzten Gebiete steht nur in spärlichster Verbindung mit ihrem Vaterland, und die französischen Soldaten bekommen so gut wie keine Nachrichten von ihren Familien, Frauen und Kindern, die sie in jenen Gegenden zurücklassen mußten. Seit 3 Jahren Monate Gefangene haben mir erzählt, daß sie seit Kriegsbeginn noch kein einziges Lebenszeichen von ihrer Frau aus Lille oder anderen Städten oder Dörfern erhalten haben. Der jüngste Jahrgang Frankreichs wird gerade jetzt eingezogen, halbe Kinder kommen in die Kasernen. Das Land ist in der Kriegszone vom Meer bis zur Schweizer Grenze eine Wüste, Granaten des Feindes und des Bundesgenossen England zerrissen die Schollen

Digitized by Google

und machen ganze Städte und Dörfer dem Erdboden gleich; die Arbeit von Generationen ist vernichtet. Wie muß das alles auf dem Volk lasten! Man sollte glauben, daß das „degenerierte" Frankreich nicht mehr die Spannkraft besäße, um solche Zustände auf die Dauer ertragen zu können und fortgesetzt sich selbst zu opfern. Aber sie ertragen es nicht nur, sondern sie blicken immer noch hoffnungsvoll auf das Ende; man glaube nicht, daß die Zuversicht der Franzosen nur in ihren Zeitungen existiere, welche die Volksseele „aufpeitschen"; ein mündiges Volk läßt sich nicht jahrelang gewaltsam beeinflussen, wenn es nicht den Willen hat, sich beeinflussen zu lassen. Wie Franzosen alle Prüfungen, Rückschläge und Enttäuschungen ertragen und trotzdem durchhalten, ist wirklich erstaunlich; sie könnten niemals eine so hohe moralische Leistung aufweisen, wenn sie nicht von ihrer guten Sache vollkommen überzeugt wären und diesem Gedanken alles andere unterordneten. Nur ein Volk, das an sich und sein Recht glaubt, ist dazu fähig.

Auch hier dürfte ein Vergleich mit Deutschland lehrreich sein. Man stelle sich vor, daß die Feinde seit Herbst 1914 Teile vom Rheinland und Westfalen mit ihren ganzen industriellen Werken besetzt hielten, daß unsere feldgrauen Rheinländer und Westfalen seit 2 1/2 Jahren fast ohne Nachricht von den Familien in ihrer Heimat wären; alle Fabriken, ein sehr erheblicher Teil unseres Volksvermögens (wie etwa umgekehrt das Becken von Longwy-Briey) arbeiteten für den Feind oder wären zerschossen; das Land verwüstet, auf Jahre hinaus unfruchtbar, unwiederbringliche Werte vernichtet und keine Möglichkeit, helfend einzugreifen, weil der Feind dort herrscht. Man denke ferner, wir würden von unseren Bundesgenossen so ausgenutzt wie Frankreich von England; und es würden in Berlin — wie es in Paris der Fall war — die Autodroschken requiriert, um in höchster Gefahr Truppen an die Front zu werfen! Da kann man sich einen Begriff machen, was für eine moralische Stärke und Elastizität erforderlich ist, um bei solchen Zuständen nicht den Kopf zu verlieren. Die Franzosen sind in der Not dieser Zeit groß geworden, größer, als wir dachten; das beliebte Schlagwort vom „degenerierten Frankreich" hat uns zu einer Unterschätzung der inneren Widerstandskraft geführt; die Franzosen haben sie jedoch, weil sie an sich und an ihr Recht glauben.

In diesem Krieg ist jedes Volk, nicht nur wir, über sich hinausgewachsen und vollbringt Leistungen, die es selbst nicht für möglich gehalten hätte; wir haben den „moralischen Aufschwung", die „innere Läuterung" nicht für uns allein gepachtet. Die Feinde glauben infolge Englands (fast beneidenswerter) Politik genau so an ihr Recht wie wir an unseres, und bringen diesem Glauben Opfer, die dem unsrigen in keiner Weise nachstehen. Es wäre in der Tat der „verhängnisvollste Fehler", wenn wir uns über den moralischen Faktor bei unseren Feinden täuschten, denn er ist ein Hauptpunkt ihrer Macht, wie bei uns.

Allein schon die Vereinigung so entgegengesetzter Elemente in der Entente wäre auf die Dauer nicht möglich gewesen, wenn nicht jedes Volk für die gemeinsame gute Sache zu kämpfen glaubte und diesem Leitmotiv alle persönlichen Auseinandersetzungen möglichst unterordnete. Deutschland und Österreich sind aufeinander angewiesen; sie sind die gegebenen Freunde und Bundesgenossen; aber England, Frankreich, Rußland, Japan und Amerika sind die gegebenen Feinde — und trotzdem kämpfen sie seit mehr als 2 Jahren miteinander! Diese Leistung der englischen Politik ist Massenhypnose; sie hat jedem seiner Genossen die Moral, für die er kämpfen soll, suggeriert, und diese Moral wirkt mit erstaunlicher Gründlichkeit. Daß diese Moral in unseren Augen Unmoral ist, darf unser Urteil nicht trüben, das ist ja in der Natur der Sache und des Krieges begründet; ebenso ist unsere eigene Moral, unser Recht in den Augen der Feinde Unmoral und Unrecht. Wie wirksam Englands Hypnose ist, erleben wir gerade jetzt an Amerika; anstatt daß das „Lügengebäude der Entente" zusammenbricht, kommen immer neue Bausteine hinzu.

Digitized by Google

Unterschätzen wir doch nicht in unserem angeborenen Optimismus die innere Kraft, die Überzeugungstreue, welche unseren Feinden innewohnt und sie genau so stählt wie uns; sie ist ein Kampfmittel, wie die Presse, wie die U-Boote und Kriegsanleihe. Kein Engländer oder Franzose würde immer wieder gegen unsere Stellungen anrennen und sein Leben in die Schanze schlagen, wenn ihn nicht die Überzeugung triebe, daß er für eine gute, gerechte Sache kämpft und stirbt. Krieg gegen Militarismus, Barbarei, Knechtschaft — diesem gemeinsamen Ziel ordnen die Feinde alles unter und gewinnen die Kraft zu einer moralischen Einheit, gegen die wir nicht mit Protesten oder moralischer Entrüstung kämpfen sollen; wir müssen der feindlichen Einheit unsere eigene noch stärkere Einheit entgegensetzen — Einheit und Einheitlichkeit! Wir kämpfen doch schließlich nicht, wie man manchmal glauben könnte, gegen Bethmann, gegen die Hamster oder gegen das Herrenhaus, sondern gegen den Feind. Der Feind leistet Erstaunliches — es darf keine Täuschung, keine Unterschätzung, keine Zwistigkeit uns schwächen, darauf lauert er ja gerade!

Es geht jetzt hart auf hart; der Gegner ist unser wert — und wir wollen Hammer, nicht Amboß sein. G. B.

Über „Neuwertung von Geld und Arbeit“ erhielten wir von Dr. Gg. Hälsen folgende Ausführungen: Der jetzt tobende Weltkrieg hat viele Werte entwertet und umgewertet. Alt eingewurzelte Rechte müssen aufgegeben und gegen neue Pflichten eingetauscht werden. Der Geldwert — so notwendig er für uns ist — ist als Wert gesunken, er, der unserem ganzen Gesellschaftsleben bisher als der höchste und wertvollste galt. Dagegen ist ein anderer Wertbegriff, die Persönlichkeit und ihre Arbeitsleistung, aufgekommen und hat die Führung übernommen, so fremd, ja widersinnig in unserem Schützengrabendenken es auch erscheinen mag. Zwar „regiert Geld die Welt“ und zum Kriegführen ist Geld dreifach vonnöten, aber Geld ist nicht mehr das Ziel, sondern nur ein Mittel zum Zweck.

Schon als wir den Krieg begannen, handelte es sich nicht um Erwerb neuer Schätze, nicht um die Vergrößerung von Kapital — kapitalistische Interessen haben zu diesem Kriege wirklich am wenigsten beigetragen —, nicht einmal um die Verteidigung des Kapitals handelte es sich (denn ein Krieg kostet endloses Geld), sondern wir hatten um die Verteidigung der Arbeitsfreiheit zu kämpfen, um die friedliche Ausdehnungsmöglichkeit unseres Fleißes, unserer Hände und Köpfe Tätigkeit. Nicht um mehr zu verdienen, brauchte das deutsche Volk den Welthandel, sondern um den Arbeitsdrang deutscher Männer und Frauen zu befriedigen, um alle Köpfe und Arme in volle Tätigkeit treten zu lassen. Und immer noch, nach nun fast dreijährigem Ringen, kämpfen wir nicht um Kriegsentschädigungen, nicht um Geldausgleich, sondern wir wollen Arbeitsfreiheit jedes einzelnen Volkes und jedes einzelnen Menschen.

In der ganzen Welt sank und sinkt der Wert des Geldes, nicht nur die deutsche Valuta. In gleicher Weise, ja, noch rapider entwertete sich der Geldwert im eigenen Lande, und mit seinem Sinken stieg der Wert der Arbeit. Mit den militärischen Einziehungen begann dieser Prozeß: ob reich oder arm, er wurde einfacher Soldat. Kriegerfamilien erhielten das Lebennotwendige aus dem allgemeinen Geldsack. Nicht das Geld brauchte man, sondern die Arbeitskraft des einzelnen, deshalb wurde keine Rücksicht auf den Kapitalismus genommen. Geld ist das Mittel, Arbeit der Zweck. Mit gesetzlichem Zwang — dem Willen der Allgemeinheit, des Staates, der diese verkörpert — werden alle Arbeitsfähigen zur Arbeit herangezogen, um wieder der Allgemeinheit zu dienen. Wir lernen die soziale Bedeutung, ja, die soziale Notwendigkeit der Arbeit für das Gesamtwohl kennen und werten. Solche Erkenntnisse durchdringen unser sozial-moralisches Gefühl, bringen uns neue Moralbegriffe. Schon jetzt empfinden wir es als unmoralisch, wenn einer seinem persönlichen Interesse nachgeht, ja, wenn

Digitized by Google

einer nur seine Zinsen verzehrend abseits steht von der Arbeit für die Gesamtheit. Die harte Notwendigkeit des Krieges hat diesen Umwertungsprozeß beschleunigt, die Forderungen des Tages ließen diese Erkenntnis in den Köpfen der Leiter und Verantwortlichen schneller reifen, als es sonst im Leben des Friedens gewesen wäre. Nicht „Kein-Geld-haben" beginnt verächtlich zu werden, sondern „Nicht-arbeiten-wollen". Wir machen eine Umwertung des Begriffes „Geld" durch. Nicht Geld macht ein Volk reich, sondern Arbeit, und nur Arbeit macht es wertvoll und zur Führerschaft berechtigt. Denn Arbeit dient der Gesamtheit, der Gesellschaft.

Auch diese Umwertung ist ein Teil der neuen Kulturpolitik, der neuen Wertgestaltung, die den Kanzler sagen läßt: „Freie Bahn dem Tüchtigen" — nicht dem Reichen. Der tüchtig Arbeitende hat das Recht, vorwärts zu kommen und aufwärts zu steigen, ihm gebührt die Achtung.

Und wenn aus dem Arbeiten, aus dem Tüchtigsein Heil und Fortschritt und Segen für die Gesamtheit kommt und aus dem Untüchtigsein, dem Nichtstun der Rückschritt und der Niedergang, so kann die menschliche Gesellschaft, der Staat auch verlangen, daß gearbeitet wird, die neue Forderung der Gesamtheit ist „die Pflicht zur Arbeit". Die Segnungen des geordneten Kulturstaates kommen jedem einzelnen zugute, jeder einzelne hat Teil an den Früchten, die die Arbeit aller wachsen läßt, somit hat auch jeder einzelne, der arbeiten kann, die Pflicht, zu arbeiten. Jetzt sorgt der Zwang dafür, daß jeder mit voller Kraft mitarbeitet, für Schmarotzer am Leibe des Gesellschaftsstaates haben wir jetzt keinen Platz, aber auch später werden wir die Früchte unserer Leistungen keinem zukommen lassen, der nicht auch seinen Teil zur Arbeit beiträgt. „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen", der soll auch nicht unter uns leben, wenn er noch arbeiten kann. Ein schädlicher Parasit — sozial steril — ist, der nicht irgendwie für die Gesamtheit tätig ist.

Die militärische Dienstpflicht und das vaterländische Hilfsdienstgesetz „mahnt, daß in einer Wirtschaft, die zur nationalen Sache geworden ist, nicht ohne Not jemand beiseite stehen darf". (W. Rathenau[1].) Dieses jetzt im Kriege selbstverständliche Verlangen werden wir nachher, wo so endlos viele Werte neuaufgebaut und neu geschaffen werden müssen, ebenso haben. „Aber es wäre durchaus vorstellbar und nicht zu fürchten, wenn allmählich sich eine Ordnung bei uns einstellte, die den gesunden und kräftigen Mann, der auf idealem Gebiet nicht produktiv leistend sein kann, zur produktiven bürgerlichen Arbeit aufruft[1]." Die Wertschätzung der Arbeit werden wir in unseren moralischen Wertschatz aufnehmen und von da aus in den Ausdruck unseres moralischen Willens, in unsere Gesetze. „Du darfst nicht schmarotzen" wird ebenso gelten wie „du darfst nicht stehlen oder betrügen". Zwar bedeutet es eine höhere sittliche Stufe des Rechtsempfindens, die aber schon betreten ist, wo es sich um den Schutz der höheren Gefühle des einzelnen, z. B. der Ehre handelt. Nun folgt der Schutz der höheren Gefühle der Gesamtheit, der Schutz vor Schmarotzertum, der Schutz der Arbeit der Gesellschaft vor Ausbeutung durch sozial Sterile.

Ähnlich der Dienstpflicht im bisherigen Geldstaat wird die Arbeitspflicht in der jetzigen und zukünftigen Arbeitsgesellschaft bestehen, sozial fruchtbare Arbeit wird der neuorientierte Staat von jeder Kraft verlangen. Der große Krieg, der hart an unseren Lebensnerv schneidet, hat uns das gelehrt, hat uns diese Erkenntnis eingehämmert; der neue Geist wird auch sie, die als wertvoll erkannte, mit in die Friedenszeit hinübernehmen wie so manches edle Reis, das auf hartem Boden in rauher Zeit gewachsen ist.

---

[1] Die Probleme der Friedenswirtschaft. Verlag S. Fischer, Berlin.

Digitized by Google

Notizen

„Zur Frage der Sonderstellung Galiziens“. Diese Schrift von Reichsratsabgeordneten Ritter von Schilling-Singalewytsch gibt ein anschauliches Bild der Gefühle, welche die geplante Sonderstellung Galiziens bei den Ukrainern hervorruft; es läßt sich denken, daß diese Gefühle keine freundlichen sind. Denn wie die Schrift im Näheren darlegt, wurden in Galizien die Ukrainer von den Polen stark zurückgedrängt, nicht nur bei den Wahlen zum Landtag und zum Reichsrat, sondern auch in der Verwaltung und namentlich im Schulwesen. Die Schrift führt z. B. an, daß das Verhältnis der ukrainischen und der polnischen Volksschulen sich in den letzten Jahrzehnten stark zuungunsten der Ukrainer verschoben hat, daß es in Galizien gegen 65 polnische Mittelschulen nur 5 ukrainische, sowie gegen rund 100 polnische Handels-, Gewerbe- und landwirtschaftliche Schulen keine einzige ukrainische gibt; daß es den Ukrainern trotz aller Mühen nicht gelungen ist eine eigne Universität zu erlangen, ist allgemein bekannt. So ist es begreiflich, daß die Ukrainer eine Stütze gegen die Polonisierung in der Gesamtmonarchie suchten, und daß jede Lockerung der Verbindung mit ihr ihnen als eine Gefährdung ihres Volkstums erscheint. Man gewinnt aus der Schrift, welche stets auch auf die geschichtliche Entwicklung zurückgreift, den Eindruck, daß bei der geplanten Veränderung der galizischen Verhältnisse die Lage der Ukrainer nicht genügend beachtet worden ist; das aber widerspricht nicht nur der Gerechtigkeit, sondern es wird angesichts des Strebens der russischen Ukrainer zu politischer Selbständigkeit augenscheinlich zu einer Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf. Es sollte das auch uns Deutschen bei Beurteilung dieser Fragen gegenwärtig sein. R. E.

Eine Stimme der Vernunft. Ganz entgegen seinen sonstigen Hetzartikeln bringt der „Temps“ vom 6. Äußerungen über die militärische Vorbildung der Jugend, die von dem sonst in diesem Blatt sich findenden Chauvinismus auf das erfreulichste abstechen. Das Blatt berichtet über den Unterricht 10jähriger Knaben in ihrer Schule, die in diesem Alter schon in den Grundbegriffen militärischer Ausbildung unterwiesen werden. „Der Lehrer läßt die kleinen Jungen in gebückter Haltung marschieren oder sie auf dem Boden vorwärts kriechen. Diese Übung ermüdet die Kinder; sie sind nur mit großem Unwillen dabei. Der Lehrer ist entrüstet über ihre mangelnde Begeisterung und weist sie auf die Wichtigkeit dieses Teils ihrer körperlichen Ausbildung hin; diese Übung werden sie später sehr notwendig brauchen, denn sie ist aufgebaut auf den Erfahrungen des jetzigen Feldzuges und wird bei dem kommenden Krieg große Dienste leisten; denn da man in den Schützengräben gebückt gehen muß, ist es sehr nützlich, sich heute schon an diese unbequeme Haltung zu gewöhnen.

Diese Art von Erziehung beweist ja eine große Voraussicht. Wenn man sieht, wie heute schon die Jahresklasse 1930 vorbereitet wird, wird niemand mehr davon reden dürfen, daß wir nicht vorbereitet sind. Aber trotzdem müssen wir gestehen, daß die Ausführungen des Turnlehrers uns nicht mit Stolz erfüllt haben. Zweifellos wäre es völlig verkehrt zu glauben, daß in Zukunft jeder Konflikt vermieden werden kann. Wir dürfen heute noch nicht vom Tode des Krieges sprechen. Aber es ist ebenso unvernünftig, in den zukünftigen Generationen nur Wesen zu sehen, die dauernd mobilisiert sein werden. Wenn Kinder von 10 Jahren heute schon für das Leben im Schützengraben erzogen werden, ist das nicht nur kindisch — denn die Strategie der Zukunft wird vielleicht gar keine Schützengräben mehr kennen — sondern auch unnötig grausam. Wir wollen uns doch nicht daran gewöhnen, unsere Kinder glauben zu machen, daß sie unweigerlich kämpfen werden müssen.

Wir wollen den Gedanken an den Krieg nicht in sie hineinpressen und ihre jugendliche Phantasie nicht jetzt schon mit Schreckbildern vom Krieg erfüllen. Kinder brauchen Freude, und es

Digitized by Google

ist ein Verbrechen, ihren naiven Glauben an die Güte der Menschen schon allzufrüh zu vernichten. Die Kinder von heute haben schon während dreier Jahre ihres Lebens die jugendliche Freude verloren: Wir dürfen sie nicht noch trauriger machen, indem wir in ihnen die Idee festpflanzen, daß sie niemals ein Ende der Tragödie sehen werden, die jetzt die Welt durchzittert und daß sie ihrerseits auch noch tätig bei derselben mitwirken müssen."

Die Ukrainer wollen an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Auf dem Nationalkonvent in Kiew wurde von vielen Seiten betont, daß man sich nicht mit theoretischen Erörterungen abgeben solle, sondern auf die unverzügliche praktische Durchführung der Autonomie hinarbeiten müsse, um die russische konstituierende Versammlung vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Zur Friedensfrage beschloß der Konvent, daß, gestützt auf das politische Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten, die Staatsgrenzen nur im Einverständnis mit der Grenzbevölkerung gezogen werden dürften. Daher sei es notwendig, daß auf dem Friedenskongreß außer Vertretern der kriegführenden Staaten auch Bevollmächtigte jener Völker zugelassen würden, auf deren Territorium sich der Krieg abspielt — unter ihnen auch Ukrainer.

Die Unmöglichkeit eines annexionslosen Friedens. Die Arbeitergruppe in Rußland, der bekanntlich der Kriegsminister Kerenski angehört, hat auf ihrer Tagung eine Resolution angenommen, in der das Selbstbestimmungsrecht aller Völker als Grundlage eines Friedens erklärt wird. Einer der Redner hat der „Rjetsch" zufolge darauf aufmerksam gemacht, daß damit ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen unmöglich geworden sei, daß „die Losung — „Selbstbestimmungsrecht aller Völker" — taktisch nichts anderes bedeute, als eine Annexion von einer Reihe von Gebieten, die den Mittelmächten gehören."

Deutsches Ausland-Museum Stuttgart. Mit der Gründung dieses Museums und Instituts zur Kunde des Auslanddeutschtums und zur Förderung deutscher Interessen im Auslande ist endgültig ein tatkräftiger Schritt getan worden, um unseren Auslanddeutschen die Würdigung und Beachtung in der Heimat zu verschaffen, die sie verdient haben. Das Museum und Institut will, als Zentrale in seinen Sammlungen, Archiv und Bibliothek, einmal ein Bild von den bisherigen Leistungen unserer Stammesgenossen in der Ferne geben, dann aber vor allem tatkräftig eingreifen, um sie künftig in höherem Maße als bisher dauernd mit der Heimat zu verbinden und auch ihre Kraft dem Deutschen Reiche stärker nutzbar zu machen. Nur durch sofortige Wiederaufnahme unseres Außenhandels, eine Hauptquelle des Wohlstandes, können wir die Wunden heilen, die der Krieg uns geschlagen hat. Wer soll aber unter den jetzigen Umständen sein Träger sein, wenn nicht der Auslanddeutsche? Kommen wir ihm nicht schnellstens nach dem Krieg zu Hilfe, wird er sich in seiner geschwächten wirtschaftlichen Existenz nicht halten können und uns unwiderruflich verloren gehen. Nur wenn es gelingt, unseren Handel schnell wieder zu heben, werden sich die jetzigen schwierigen Lebensverhältnisse bald wieder bessern. Deshalb fordert schon die reine Selbstsucht von jedem, den Auslanddeutschen als Pionier unseres Handels mit allen Kräften zu fördern. Keiner sage, dafür sei es nach dem Kriege Zeit, jetzt müsse man dringenderen Forderungen nachkommen. — Beginnen wir erst nach dem Friedensschluß mit der Arbeit, dann ist es zu spät.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant z. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 1. Juni 1917 • Heft 22

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Entwurf einer englischen Wahlreform

Von Ferdinand Tönnies

Die britische Verfassungsgeschichte wurde im 19. Jahrhundert beherrscht durch Wahlreformen. Das berühmte Reformgesetz von 1832, das in seinen Wirkungen der Französischen Revolution verglichen wurde, war wesentlich Neuordnung des verwickelten ständischen Rechts der Vertretung, besonders desjenigen, das bis dahin für die Städte galt, von denen ein großer Teil längst zu einem Scheindasein herabgesunken war. Erst 35 Jahre später gewann die Arbeiterklasse der Städte einen Anteil am Wahlrecht, und nochmals 17 Jahre später wurde dieser auch den Landarbeitern gegönnt. Somit schien im Jahre 1884 die Bewegung zum Abschluß gekommen; nur daß im folgenden Jahre noch ein Gesetz sich anschloß, das den Gedanken des Wahlkreises, der durch je einen Abgeordneten vertreten sein sollte, zur Geltung erhob, wenn auch in unvollkommener Weise; denn die City von London nebst 23 Städten und den Universitäten Oxford, Cambridge und Dublin, diese 27 Wahlkreise blieben zur Wahl von je zwei Abgeordneten berechtigt. Die Wahlkreise sollten ungefähr auf 54000 Einwohner einen Abgeordneten ergeben. Sie waren aber von vornherein sehr ungleich und sind es mehr und mehr geworden, aber nicht wesentlich zum Nachteil der Städte, die schon, wenn sie mehr als 15000 Einwohner zählen, einen Abgeordneten stellen; so daß in England und Schottland der größte Landwahlkreis etwa fünfzehnmal so stark an Bevölkerung ist als die kleinste selbständig vertretene Stadt (in Irland gibt es noch kleinere); und unter den Städten stehen z. B. Durham mit 15000 Einwohnern und Rumford mit 300000 einander gleich.

Noch heute gibt es kein Wahlrecht des Staatsbürgers als solchen, sondern nur verschieden bedingte Rechte, auf Besitz oder Einkommen gegründet, oder auf Privilegien; aber die große Mehrheit, über 87 vom Hundert der Wähler, besteht aus den männlichen Vorstehern einer Haushaltung in einem Wohnhause oder Teile davon — als Eigentümer oder Mieter — und aus den Inhabern — wiederum Eigentümern oder Mietern — von Boden oder Gebäuden mit mindestens 10 £ jährlichem Rein-

Digitized by Google

ertrag. Besondere Bedingungen müssen noch erfüllt sein in bezug auf Dauer des Besitzes, tatsächliches Wohnen (soweit die englischen Städte in Betracht kommen) und Zahlung von Gemeindesteuern. Diese Bestimmungen geben zu verwickelten Rechtsstreitigkeiten Anlaß. Übrigens meinte Lowell noch im Jahre 1912, keine Partei zeige erheblichen Eifer, das Wahlrecht weiter auszudehnen. Den Liberalen, in deren Richtung es sonst liegen möge, sei allmählich klar geworden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach solche Ausdehnung ihren Gegnern zugute kommen werde. In der Tat haben sie vor dem Kriege nur zwei Vorstöße dieses Sinnes gemacht: 1. auf Abschaffung der Extrastimmen Begüterter, 2. auf Zahlung von Diäten — eine wichtige Neuerung (400 £ Jahresgehalt), die im Jahre 1912 Gesetz geworden ist.

Somit wirkt die Einsetzung eines gemischten parlamentarischen Ausschusses zur Vorbereitung einer Wahlreform während des Krieges überraschend. Auch drüben hat sich als undurchführbar erwiesen, alle innerpolitischen Angelegenheiten bis nachher aufzuschieben. Der Ausschuß hat Ende Januar seinen Bericht erstattet, und am 28. März hat eine Verhandlung im Unterhause stattgefunden, die eine starke Mehrheit zugunsten des vorgelegten Entwurfes als Ergebnis aufwies.

Was enthält dieser Entwurf? Die eine große Neuerung steht im Vordergrunde: das Frauenstimmrecht. Ich habe starke Gründe, überzeugt zu sein, daß diese Neuerung sogar für das gesamte Vorgehen den Ausschlag gegeben hat. Man erinnert sich der heftigen Kämpfe, die während der letzten Jahre vor dem Kriege getobt haben; die Wahlrechtsweiber bildeten auch in unseren Zeitungen ein ständiges Kapitel. Man darf aber die Tiefe der Bewegung nicht nach diesen Ausschreitungen allein beurteilen. In gemäßigten Formen nahm ein sehr großer Teil der Damenwelt — in der wohlhabenden bürgerlichen Schicht war und ist das Streben am lebhaftesten — daran teil. Die Frage durchschnitt die Parteien: eine Mehrheit der liberalen und eine Minderheit der unionistischen konservativen hielt zusammen, aber eine Mehrheit im Hause der Gemeinen schien nicht erreichbar. Der damalige Führer des Hauses — Dezember 1916 — Ministerpräsident Asquith, gehörte zu den Gegnern. Die große Begebenheit ist sein Umfall. Er spricht jetzt als Führer der Opposition. Das Verhalten der Frauen im Kriege habe ihn bekehrt. „Wie hätten wir ohne die Frau den Krieg durchführen können?“ Lloyd George unterstrich dies mit Leidenschaft. Er ist ein alter Fürsprecher des Frauenstimmrechts. Mit seiner Vorliebe für starke Ausdrücke erklärt er, es jetzt noch zu verweigern, wäre ein Greuel. Es wäre undankbar, ungerecht und unbillig; er halte das englische Volk dessen nicht für fähig. Die politische Mündigsprechung wird also als Belohnung gedacht; ob das sehr politisch gedacht ist, wird man billig bezweifeln dürfen. Nur wenige Stimmen werden im Gegensinne laut. Ein alter Oberst erklärt, seine Frau und vier Töchter seien im Verfertigen von Granaten tätig: er hätte sich ihrer geschämt, wenn sie es nicht wären; er würde sich aber ihrer noch mehr schämen, wenn sie als Lohn dafür das Stimmrecht in Anspruch

Digitized by Google

nähmen. Wie in solchen Fällen üblich, wird über einen Abänderungsantrag abgestimmt (der die Frage bis Friedenszeit vertagen will). Dieser bleibt mit 62 gegen 341 Stimmen in der Minderheit. Abgestimmt haben also von 670 Mitgliedern 403 = 60 v. H. Die zu Hause gebliebenen werden größtenteils Gegner sein. Die Mehrheit des Unterhauses für den Entwurf scheint gleichwohl sicher[1]. Das Frauenstimmrecht wird Tatsache des englischen öffentlichen Rechts werden. Freilich ein beschränktes. Die Wählerlisten für Kommunalwahlen sollen zugrunde gelegt werden, die für England und Wales schon jetzt ledige und verwitwete Frauen enthalten, übrigens aber an ähnliche „Zensus"-Bedingungen wie das staatliche Wahlrecht geknüpft sind; auch diese Listen sollen erweitert werden, aber Besitz oder Geschäft bleibt maßgebend. In Zukunft sollen also alle Frauen eines bestimmten Lebensalters — über 30 oder über 35, darüber ist man noch zweifelhaft — die entweder schon in diesen Listen stehen oder mit einem Manne, der darin steht, verheiratet sind, eine Stimme haben. Daß das Ergebnis einer Vereinbarung (Kompromisses) darin vorliegt, ist offenbar. Ob die meistens wohl jüngeren „Suffragetten" sich dabei beruhigen werden, bezweifle ich. Ein großer Teil der Frauenwelt hat sich einstweilen für befriedigt erklärt. Man rechnet, daß die Hälfte der mündigen Frauen das Stimmrecht erlangen soll. Für Schottland und Irland (dessen parlamentarische Zukunft überhaupt noch in der Schwebe ist) sind besondere Bestimmungen vorbehalten.

Offenbar wird hier eine für die Zukunft des Parlamentarismus hochbedeutungsvolle Neuerung eingeführt. Aus ihrem Schicksal in kleinen Ländern, wie Finnland, Norwegen, Dänemark, in amerikanischen Einzelstaaten oder britischen Kolonien darf kaum etwas gefolgert werden für die Wirkungen, die sie auf Verfassung und Staatsleben Großbritanniens üben wird. Einstweilen ist, wie es scheint, die Wählbarkeit — was wir das passive Wahlrecht nennen — nicht inbegriffen, wird aber mit Notwendigkeit folgen müssen. Auch im Oberhaus wird man ihnen Sitze nicht lange verweigern können, wenn dieses überhaupt noch langen Bestand haben wird. Wie wird der Einfluß auf das Parteiensystem — die Basis der parlamentarischen Regierung — sich gestalten? Vielleicht wird in der Hauptsache alles beim alten bleiben. Denn die eigentlich regierende Klasse sitzt fest im Sattel und wird sich nicht leicht hinauswerfen lassen, selbst wenn die Zahl derer in ihr wächst, die immer größere Zugeständnisse an die regierte Menge für notwendig halten.

Der Einfluß des Reichtums bei den Wahlen ist einem Teil der Radikalen lange ein Ärgernis. Der Kandidat trägt die Wahlkosten; nur politische und andere Vereine haben neuerdings mehr und mehr helfend eingegriffen. Der Ausschuß erklärt dies Verfahren für einen Verstoß gegen den Geist der Gesetze über Wahlbestechung u. dergl. und schlägt vor, daß dies Gesetz auf jede Wahlagitation angewandt werde,

[1] So lange Lloyd George an der Spitze steht, wird er überhaupt, wenigstens im Unterhause, durchsetzen was er will.

Digitized by Google

es sei denn, daß der Kostenaufwand von dem Kandidaten autorisiert und als Teil seiner Wahlkosten gerechnet werde. Dies bezieht sich darauf, daß durch Abwälzung auf Vereine — deren Fütterung aber den Kandidaten frei bleibt — das Gesetz von 1883 umgangen wird, das Form und Inhalt des Aufwandes, den ein Kandidat für seine Wahl macht, erheblich einschränken wollte — nach einstimmigem Beschluß des Ausschusses soll es verscharft werden, so daß in Zukunft die Kosten nicht mehr betragen dürfen als 4 bis 5 Pence in Städten (je nach ihrer Größe) und 7 Pence in ländlichen Wahlkreisen, auf den Kopf des Wählers. Im Jahre 1900 beliefen sich in Wahlkreisen mit Wahlkampf und wirklicher Abstimmung (es gibt auch viele, wo man sich diese spart, besonders in Irland) die Kosten auf durchschnittlich 52 Pence für jede abgegebene Stimme, das wird ungefähr der Hälfte auf den Kopf des Wählers gleichkommen. Wohl zu beachten ist, daß die verbleibenden Wahlkosten nach wie vor dem Kandidaten zur Last fallen. Und es unterliegt kaum einem Zweifel, daß auch ferner die Wege der Umgehung sich wieder finden lassen. Indessen sollen die großen Kosten der Listenführung und ebenso die der Wahlkommissare — beide jetzt dem Kandidaten zur Last fallend — aus öffentlichen Mitteln bestritten werden, wie es bei uns immer geschehen ist.

Noch wichtiger ist, daß auch das Stimmrecht der Männer auf alle Volljährigen ausgedehnt werden, und daß der Umzug während der Zeit zwischen Listenaufstellung und Wahl nicht mehr den Verlust nach sich ziehen soll. Die Listen gelten jetzt für ein Kalenderjahr und werden Mitte Juli des vorhergehenden Jahres abgeschlossen. Der Entwurf will die Listen zweimal jährlich aufstellen, für England und Wales soll ein besonderer Listenführer ernannt werden, und Berufung an Gerichtshöfe, anstatt wie bisher an Revisionsanwälte eingelegt werden. Es wird gerechnet, daß die Zahl der männlichen Wähler dadurch, daß bloßes sechsmonatliches Wohnen genügen soll, während bisher selbständige zu Kommunalsteuern angesetzte Hauswirtschaft erforderlich ist, von ungefähr 8 auf über 10 Millionen sich erhöht, und daß etwa 6 Millionen weibliche hinzukommen. Nach wie vor bleiben, außer etwa der Hälfte der volljährigen Frauen ohne das Wahlrecht: Peers, Idioten, Geisteskranke, Ausländer, Bankerottierer, Paupers[1] und Verbrecher. Großer Wert wird aber auf die Heranziehung des Heeres und der Flotte zu den Wahlen und auf die Abwesenheitsstimme durch die Post gelegt, die Schiffern, Handlungsreisenden, Kranken zugute kommen soll — Neuerungen, die nicht ohne starke Bedenken und schwerlich durchführbar sind. Die Poststimme ist aber in Australien eingeführt; in weiträumigem Lande wird das Bedürfnis lebhafter sein.

Alle bisher genannten Neuerungen — der Idee nach auch das weibliche Stimmrecht — liegen in der Richtung des Radikalismus, als dessen Vertreter auch Lloyd George noch gelten will. Dazu kann der Vorschlag auch gerechnet werden, in Zukunft die Wahlen an einem Tage, wie bei uns, stattfinden zu lassen — was Asquith eine der größten Reformen nennt, die im englischen Wahlsystem möglich seien — und

[1] Paupers sind die Empfänger von Armenunterstützung.

Digitized by Google

daß mit Ausnahme der City von London, die ihre zwei Vertreter behält, alle Wahlkreise mit weniger als 50000 Einwohnern eingehen sollen; dagegen wird als normal eine Volkszahl von 70000 gelten, und diese soll einen Ort zum städtischen Wahlkreise machen, auch wenn er sonst keine Stadtrechte hat; bei größerer Volkszahl soll auf mindestens 50000 Einwohner ein fernerer Vertreter kommen. Die neue Einteilung wird für sehr bedeutungsvoll in bezug auf zukünftigen Ausfall der Wahlen gehalten. Endlich sollen in Städten, die ihre Volkszahl zur Vertretung durch drei oder mehr Abgeordnete berechtigt, die Verhältniswahl eingeführt werden, indem jeder Wähler eine übertragbare Stimme erhält; will sagen: wenn drei Abgeordnete zu wählen sind, so stehen auf seinem Wahlzettel drei Namen, die er mit Ziffern (1, 2, 3) versieht. Ist der Kandidat, den er an erste Stelle setzt, schon gewählt (eine bestimmte Quote genügt dafür), so gilt die Nummer 2; ist auch diese schon „gesättigt", so die dritte Nummer. Jede Großstadt gilt als ein Wahlkreis; es sei denn, daß sie zu mehr als fünf Abgeordneten berechtigt wäre, dann soll eine Teilung in zwei oder mehr Wahlkreise stattfinden. Ferner wird eine Kodifikation (Zusammenfassung in einem Gesamtgesetz) des ganzen Wahlrechts vorgesehen.

Nun aber die Einräumungen an die Gegenseite. Die Vertretung der Universitäten bleibt, soll sogar auf acht junge Hochschulen erweitert werden. Das Pluralwahlrecht bleibt, d. h. wer in einem andern Wahlkreise als wo er wohnt, Geschäftsräume besitzt, darf auch in diesem seine Stimme abgeben, ebenso, wer in einer Universität das Wahlrecht besitzt (das in Zukunft allen Promovierten zukommen soll) kann es auch dort ausüben. Jedoch soll niemand mehr als zwei Stimmen abzugeben berechtigt sein, und niemand mehr als eine in einem Wahlkreise.

Ferner ist eine seltsame Neuerung, offenbar bestimmt, die allzu demokratische Gestalt des Wahlrechts zu hemmen, folgende: es wird vorgeschlagen, daß jeder Wahlkandidat, zu der Zeit seiner förmlichen Ernennung, die acht Tage vor dem Wahltage geschehen soll, beim Wahlkommissar die Summe von 150 £ = 3000 M. zu hinterlegen habe, und wenn er nicht wenigstens 1/8 der Stimmen auf sich zieht, so soll der Betrag der Staatskasse verfallen sein! Offenbar will man das aristokratische Zwei-Parteien-System dadurch stützen. Die Arbeiterpartei[1] wird die Gefahr nicht in vielen Fällen tragen können.

[1] Über diese Partei wird oft gesprochen, als wäre sie eine schon geraume Zeit bestehende einheitliche wohlorganisierte Macht, wie die beiden großen Parteien. Dem ist nicht so. Was im Lande erst seit 1906 sich „Arbeiterpartei" nennt, ist nur ein Ausschuß der Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle und mehrerer sozialistischer Vereine, unter denen die „Unabhängige Arbeiterpartei" die stärkste ist, aber doch nur etwa 30000 Mitglieder zählt — sie soll sich aber während des Krieges, über den sie sehr sachgemäß urteilt, stark vermehrt haben. Jener Ausschuß ist lediglich bestimmt, Arbeiterkandidaturen — sozialistische oder nicht — zu befördern. Was im Hause „Arbeiterpartei" heißt, ist eine Fraktion, zusammengesetzt aus Abgeordneten, die von jenem Ausschuß aufgestellt, und aus solchen, die als liberale Kandidaten gewählt waren.

Digitized by Google

Andere Neuerungen haben kaum einen Parteicharakter. Die Härte des Armenrechts soll gemildert werden. Jetzt verliert z. B. ein Mann, dessen Frau in einem Irrenhause oder dessen Kind in einer Idiotenanstalt untergebracht ist, sein Wahlrecht! Eine kleine, nicht unwichtige Veränderung erleidet auch die Regel der einfachen Mehrheit. Wenn nämlich in Zukunft mehr als zwei Kandidaten „ernannt" sind, so soll jeder Wähler zwei Namen auf seinem Zettel haben, so daß, wenn der erste in der Minderheit bleibt, der zweite gilt, also möglicherweise den Ausschlag zugunsten eines Kandidaten gibt, der sonst auch in der Minderheit bliebe. Ich habe (privatim) oft ausgesprochen, daß durch diese einfache Form, die, wie ich jetzt erfahre, in englischen Kolonien eingeführt ist, die Lasten und Widrigkeiten der engeren Wahlen vermieden würden. In England kann es freilich dazu helfen, die Wechselfolge der herrschenden Parteien, und also das System der parlamentarischen Regierung zu untergraben. — Auffallend ist, daß in dem Entwurf keine Andeutung enthalten ist über das in neuerer Zeit so heiß umstrittene Referendum, mit dessen Befürwortung die Tory-Partei den Radikalismus übertrumpfen wollte, wie einst Livius Drusus den jüngeren Gracchus. Überhaupt aber wäre man in starkem Irrtum, wenn man annähme, daß diesem ganzen Entwurf schon die Annahme so gut wie gesichert sei. Im gegenwärtigen, schon zwei Jahre überfälligen Parlament wird es nicht durchgehen, wenn das Oberhaus Widerstand leistet, was ziemlich wahrscheinlich ist (es sei denn, daß es aus Furcht vor Lloyd George sich fügen wird): aus dem Ausschusse waren schon Lord Salisbury und zwei andere konservative Führer ausgeschieden, „weil sie sich außerstande fühlten, ferner die Beratungen zu unterstützen". Um den Widerstand der Lords zu brechen, ist es notwendig, daß ein Gesetzentwurf in drei aufeinanderfolgenden Sessionen (desselben oder verschiedener Parlamente) vom Hause der Gemeinen angenommen werde, und daß mindestens zwei Jahre vergangen sind zwischen der zweiten Lesung in der ersten Session und der dritten Lesung in der dritten Session. Bis dahin fließt viel Wasser durch die Themse, die Friedensverhandlungen werden inzwischen schwerlich auf die gesetzgeberischen Stimmungen günstig wirken, der gegenwärtige Ministerpräsident, die „Seele" des Entwurfes, wird eine gefallene Größe sein, und die nächste Wahl — noch nach dem geltenden Gesetz — wird eine starke unionistische Mehrheit schutzzöllnerischen Charakters ergeben. Diese Voraussage möge nicht als zu gewagt erscheinen. Man darf nicht vergessen, daß zwei viel größere Fragen sogleich nach dem Kriege — wenn nicht früher — für den englischen Staat der Erledigung harren, nämlich 1. die der irischen Selbständigkeit, 2. das Verhältnis zu den selbständigen Kolonien. Sie dürften die Wahlreform leicht verdunkeln, wie schon heute die Tatsache des Kriegskabinetts (d. i. Lloyd Georges Diktatur) das ohnmächtig gewordene Parlament überschattet. Vielleicht werden aber viel tiefere Schatten auf den ganzen englischen Staat fallen[1].

[1] Wegen der wichtigeren Einzelheiten des geltenden Rechts möchte ich auf meine Schrift „Der englische Staat und der deutsche Staat" (Berlin, K. Curtius) S. 12, 19, 24, 82 uff. hinweisen.

Digitized by Google

Gibraltar und Calais

Von Edmund Kreusch, Stadtpfarrer in Offenburg (Baden)

Anläßlich der Rede des Führers der Konservativen Maura über Gibraltar, in welcher er auch für seine Partei die schon früher vom Führer der Jaimisten Vazquez de Mella erhobenen Ansprüche Spaniens auf diesen englischen Besitz ankündigt, ist folgender Artikel von doppeltem Interesse.

Es war einmal, 1779—1782, da vereinigten sich Spanien und Frankreich, um Gibraltar aus Englands Händen zu reißen. Aber England hielt fest, was es 1704 ergriffen hatte. Eine Wiederholung dieser Bemühungen liegt nicht im Bereiche der Unmöglichkeit, nur würde sie dann auch auf die Wiedergewinnung von Calais zielen. Der Felsen von Gibraltar, eine der Säulen des Herkules (die andere ist der Felsen von Avila bei Ceuta), ist schon von vielen Völkern begehrt worden. Die Römer gründeten auf ihm die Colonia Julia Calpe; die Mauren erbauten 710—711 eine Burg auf seiner mittleren Höhe und nannten ihn nach ihrem Führer Tarik Gebel al Tarik (Gibraltar). Ferdinand von Kastilien entriß ihn 1302 den Mauren, aber 1333 eroberten ihn die Marokkaner unter Abu Melek, dem Sohne des Sultans von Marokko. Darnach mühten sich die Spanier von 1410—1462 ab, bis sie ihn wieder gewannen.

„Wenn der Starke bewaffnet seinen Hof bewacht, so ist alles sicher, was er hat; wenn aber ein Stärkerer über ihn kommt, so raubt er —". Der Stärkere war England, das Gibraltar 1704 im Spanischen Erbfolgekriege durch einen Handstreich unter Führung des Prinzen Georg von Hessen-Darmstadt in Besitz nahm und behielt. Die Versuche Spaniens, die Engländer zu vertreiben, scheiterten an deren tapferem Widerstand, auch als 1779—1782 — wie gesagt — die Franzosen den Spaniern zu Hilfe kamen. England hat seit seiner Eroberung keine Opfer gescheut, um Gibraltar zu einem schier unüberwindlichen Bollwerk seiner Weltmacht zu machen. An der Ostseite stehen die Felsenwände fast senkrecht zum Meere; an der Westseite liegt die Stadt Gibraltar mit ihren Kasernen, Festungswerken, Molen und Magazinen; auf dem schroffen Südende, Punta de Europa, erhebt sich der Leuchtturm, die Wände starren von Bastionen und Geschützen. England beherrscht den Felsen und die Meerenge von Gibraltar. Diese ist an ihrem östlichen Ausgange zwischen der Punta de Europa und Ceuta 20 km breit, aber an ihrer schmalsten Stelle nur 13 km. Diese Durchfahrt liegt ganz unter den englischen Geschützen, die Spaniens Stellung in Ceuta wertlos machen.

Da ist es begreiflich, daß Spanien kein Freund Englands ist, sondern den Tag herbeisehnt, an dem es Gibraltar wieder gewinnen kann. Mit Ingrimm lasen die Spanier 1915 Englands Drohung, die Straße von Gibraltar zu schließen, wenn Italien nicht auf seine Seite trete. Italien gehorchte, um nicht von der Zufuhr zur See abgeschnitten zu werden. Die gleiche Drohung erging 1916 an Griechenland; sie hat

Digitized by Google

in Spanien die „Gibraltarfrage" in den Vordergrund der öffentlichen Besprechungen gestellt. Schon seit Beginn des Krieges haben nationale Blätter und Verbindungen, viele bekannte Politiker und hohe Prälaten, in Schrift und Wort zu verstehen gegeben, daß endlich die Stunde gekommen, Gibraltar wieder für Spanien zu gewinnen. Die Regierung mußte während dessen öfters Einspruch gegen Verletzung der Neutralität durch englische Schiffsführer erheben, die spanische Schiffe nach Deutschen und Österreichern durchsuchten, Postsendungen in den spanischen Gewässern mit Beschlag belegten und von Gibraltar aus die Seestraßen tatsächlich beherrschten. England weiß natürlich gut, daß Spanien eben wegen Gibraltar sein Freund nicht sein kann die Spanier aber schöpften aus den englischen Verletzungen ihrer Neutralität immer neuen Groll zu dem alten.

Neuerdings nun (Ende 1916) hat sich in Spanien ein „Bund zur Wiedergewinnung Gibraltars" gebildet, der in einer Kundgebung u. a. sagt:

„Spanier! Der entsetzliche Krieg, der heute die meisten Länder Europas heimsucht, formt die ganze Welt um und eröffnet vielen Reichen eine neue Zukunft.... Spaniens Grund und Boden ist zwar nicht entweiht, aber an der Stelle, wo allein Spaniens ruhmreiche Flagge wehen müßte, wehen fremde Farben. Das muß anders, die Demütigung muß aus dem Wege geräumt werden. Diese Demütigung ist die britische Flagge in Gibraltar. Diese Schmach dulde man nicht länger!"

Die Kundgebung hält den Spaniern vor, daß Spanien aus seiner Machtstellung zu einem Vasallen und Sklaven Englands herabgedrückt worden ist. „Die Engländer bemächtigten sich 1704 Gibraltars auf verräterische Weise und belegten es unter General Rooke mit englischen und holländischen Truppen. Nur zum Scheine kämpften sie für Kaiser Karl von Österreich; sie hißten sofort auf der eroberten Festung die englische Flagge. Seitdem hat Spanien viermal mit Gewalt versucht, Gibraltar zu erobern, doch ohne Erfolg. Die diplomatischen Verhandlungen währten von 1704—1805, erlitten jedoch Schiffbruch, dank der englischen Ränke und Treulosigkeit, sowie deshalb, weil England es mit einem uneinigen Europa zu tun hatte. Spanier, vergeßt niemals, daß ihr 1898 euren Einfluß und eure Macht auf der westlichen Halbkugel und auf den Philippinen durch britische Ränke verloren habt, und daß durch das Eingreifen des britischen Admirals Edward Chichester Manila bequem gewonnen und die spanische Flagge aus den östlichen Meeren verdrängt worden ist."

Spanien, führt die Kundgebung aus, muß wieder den Platz in Europa einnehmen, der ihm gebührt. Sie schließt mit den Worten

„Doch so lange ihr nicht die vollständige und bedingungslose Herrschaft über Gibraltar besitzt, könnt ihr dieses Ziel nicht erreichen, und deshalb muß jeder echte Spanier alle Kräfte anspannen, um dahin zu gelangen."

Wir brauchen diese Kundgebung nicht zu überschätzen. Spanien kann nicht gegen England auftreten, so lange dessen Seemacht nicht gebrochen ist. England und Frankreich sind zudem immer am Werk gewesen, um Spanien zu überzeugen, daß es zur Wiederherstellung seiner früheren Macht mit ihnen zusammengehen müsse. Da ihnen dieses aber nicht gelingt, so beobachtet Frankreich mit seinen Kriegsschiffen den Seeverkehr an der Ostküste, England den an der Westküste. Die englische Flotte hat sich schon in Friedenszeiten bei ihren jährlichen Übungen in den spanischen Gewässern

Digitized by Google

recht heimisch gemacht. Die Spanier haben das mit steter Besorgnis gesehen; seit dem 1. Oktober 1914 aber, da englische Beobachterschiffe spanische Handelsdampfer im spanischen Seegebiet anhielten, ist die Besorgnis zum Grimm gewachsen.

Was die Engländer in Spanien 1704 durch einen Handstreich erreicht hatten, die Besetzung von Gibraltar, das haben sie 1915 in Frankreich auf dessen eigene Bitte erreicht: die Besetzung von Calais. Schon einmal hatten sie die Stadt in ihrem Besitz, 1347—1558. Bis dahin war Calais ein Mitglied des Hansabundes, mit dessen Hauptsitz Brügge es in regstem Verkehre stand. Die Bauten der Altstadt von Calais tragen daher heute noch den vlamischen Charakter. Familienverbindungen zwischen den englischen und französischen Königen hatten unterdessen England den Besitz der drei französischen Provinzen Gascogne, Guyenne und Poitou gebracht. Die gleichen Verbindungen führten zu der Schlacht von Crecy, in der Eduard III. von England Philipp VI. von Frankreich schlug. Anstatt seinen Sieg weiter zu verfolgen, wandte er sich nach Calais. So wichtig erschien ihm für Englands Handel der Besitz dieses Hafens an der schmalsten Stelle des Kanals. Er wollte damit den Handel von Flandern lahm legen. Elf Monate lang belagerte er die Stadt, führte, wie Froissart schildert, eine „ville de bois“ rings um sie auf, Verschanzungen, Unterkünfte, Blockhäuser, Umwallungen, Pallisaden, Faschinendeckungen, Laufgräben, schnitt ihr zu Wasser und zu Lande die Zufuhr von Lebensmitteln ab und konnte sein eigenes Heer reichlich mit allem versorgen. 737 Segel standen ihm dafür auf dem kurzen Wege nach Dover zu Gebote. Eine Parallele zur Kriegführung von heute! Die Verteidiger brieten schließlich „den letzten Ochsen mit der Haut“ und standen nun vor der Wahl, entweder „se soumettre ou se manger l'un l'autre“. Da übergaben sie sich und stellten auf Eduards Verlangen ihrer sechs als Opfer im Bußhemd und mit Stricken um den Hals. Die englische Königin erwirkte jedoch fußfällig die Begnadigung der Totgeweihten; Eduard gab sich mit dem Besitze des wichtigen Platzes zufrieden.

Viele Handelsherren wanderten nun aus, da sie nicht dem Eroberer den Treueid leisten wollten; Engländer nahmen ihre Plätze ein und wandten den Handel ihrem Mutterlande zu. Calaisias Blüte welkte dahin, bis 1558 Franz von Guise es zurückeroberte. Zum großen Schmerze von Marie Tudor, die auf ihrem Todesbette noch seufzte, man werde den Namen Calais in ihrem Herzen eingegraben finden. „Pays reconquis“ nannten die Franzosen das wiedergewonnene Gebiet und hüteten es mit eifersüchtiger Sorge. 1595 verloren sie Calais zwar nochmals an Albrecht von Österreich, erhielten es aber 1598 im Frieden von Verviers zurück.

Und heute, nachdem sie es reicher gemacht denn je zuvor, sehen sie es wiederum in den Händen ihrer Erbfeinde. „Wer heute nach Calais kommt,“ schrieb Ende 1916 der Londoner Korrespondent des „Giornale d'Italia“, „fühlt sich wie in England. Es sieht aus, als ob die Stadt immer englisch gewesen sei, ein Stützpunkt Großbritanniens an der französischen Küste, der vorgestreckte Arm eines Volkes,

Digitized by Google

das es nicht mehr leiden mag, ausschließlich Seemacht zu sein. Die Engländer haben auf die ganze Stadt Beschlag gelegt. Mit dem Hafen fingen sie an, dann bemächtigten sie sich der Magazine, erbauten selbst Getreidespeicher und errichteten eine Militärstadt neben der alten Stadt. Heute ist ganz Calais in den Händen der Engländer. Niemand kommt mehr hinein außer mit ihrer Zustimmung. Kein Blatt rührt sich ohne ihre Erlaubnis. Die ganze Arbeit ist mit guten Manieren, sehr viel Geld und hervorrageud praktischem Sinn geleitet worden. Die Vereinsamung Englands auf seiner Insel war ein Grund seiner Macht und zugleich seiner Schwäche. Es konnte nicht zulassen, daß ein so nahe benachbartes, ihm nicht gehöriges Festlandgebiet einem feindlichen Einmarsch ausgesetzt war; denn es wäre damit gleichsam belagert worden. Zwar hat die Geschichte noch nicht bewiesen, daß Großbritannien zu seiner Verteidigung eines vorgeschobenen Bollwerkes bedurfte; nach dem Falle von Antwerpen wurde aber dieser Schluß gezogen."

Bedarf es noch weiterer Auseinandersetzungen, um zu zeigen, was den Franzosen Englands Hilfe kosten wird? Nicht weniger als das heiß umstrittene Pays reconquis de Calais! Als 1916 der alte Plan des Tunnelbaues zwischen Dover und Calais wieder in der Öffentlichkeit besprochen wurde, zeigte die englische Presse weniger Widerstand als früher. Dieser Umschwung sei natürlich, meinte ein Pariser Satiriker; denn Großbritannien baue ja nur einen unterirdischen Weg nach „Neuengland", das einen größeren Umfang annehme als vor fünfhundert Jahren. In der Tat! Dünkirchen—Calais—Boulogne: da haben wir Neuengland! Mitte 1916 befragte der Abgeordnete von Calais den Ministerpräsidenten Briand, ob die Regierung zuverlässige Vertragspfänder dafür in der Hand habe, daß seine Heimat von den Briten nach dem Friedensschlusse auch geräumt werde. Die verlegene Antwort lautete, der englische Geschäftsträger habe geäußert, „die britische Regierung sei zurzeit nicht in der Lage, bindende Erklärungen über die nach dem Kriege notwendigen Maßnahmen abzugeben; der Fall sei denkbar, daß England genötigt sein könne, seine Truppen so lange auf dem Festlande zu belassen, bis sämtliche europäischen Fragen gelöst seien und keine Möglichkeit mehr bestehe, daß Calais zur Stütze eines Angriffes gegen Großbritannien gemacht werde."

Man vergleiche mit dieser vom englischen Standpunkt aus selbstverständlichen Antwort die Ausführungen des Londoner Korrespondenten des „Giornale d'Italia", und man wird genug wissen. Die gesamten europäischen Fragen werden in unserer Zeit nach dem Sinne Englands gewiß nicht gelöst werden. Auch hat Balfour zu Churchill gesagt: „So lange wir Calais behalten, ist das verlorene Antwerpen entbehrlich." England bedarf heute mehr denn je der Stützpunkte auf dem Festlande, denn die Tauchboote und Luftschiffe vermögen es auf seiner Insel vollkommen zu isolieren. Calais und Gibraltar sind seine Stützpunkte im Westen.

Digitized by Google

Die Verschwörung unserer Rohstofflieferanten

Nachdenkliche Betrachtungen von Emil Zimmermann

Mit Ausnahme von Argentinien, das uns 1913 für 494,6 Millionen Mark lieferte und für 265,9 Millionen Mark Waren abnahm, stehen uns jetzt alle unsere großen Rohstofflieferanten feindlich gegenüber. Soweit sie nicht Krieg gegen uns führen wie Rußland, England mit Kolonien, die Vereinigten Staaten, haben sie (China und Brasilien) die Beziehungen zu uns abgebrochen. Dabei haben diese Staaten nicht etwa schlechtere Geschäfte mit uns gemacht wie Argentinien. Wenn man von China absieht, das uns für nahezu denselben Betrag (122,9 Millionen Mark) Waren abnahm, als es uns lieferte (1913 für 130,5 Millionen Mark), sind wir allen diesen uns feindlich gesinnten Staaten ohne Ausnahme bessere Abnehmer als Verkäufer gewesen. Von Rußland bezogen wir in den fünf Jahren 1909/13 nach der deutschen Statistik für 7337,3 Millionen Mark Waren, während wir im selben Zeitraum nur für 3177 Millionen Mark nach dort ausführten. Für Ägypten waren die entsprechenden Zahlen 518,9 Millionen Mark Einfuhr und nur 190,1 Millionen Mark Ausfuhr, für Britisch-Westafrika 555,5 Millionen Mark Einfuhr und nur 72,5 Millionen Mark Ausfuhr. Britisch-Indien mit Malakka und Ceylon hat uns in den fünf Jahren für nahezu 2½ Milliarden Mark geliefert, aber nur für rund 600 Millionen Mark abgenommen; aus dem britischen Australien führten wir nahezu 1400 Millionen Mark ein, konnten aber nur für rund 420 Millionen Mark nach dort absetzen. Es ist wohl wahr, daß wir im Handel mit Großbritannien in den fünf Jahren 1909/13 eine Über-Bilanz von beinahe 1850 Millionen Mark gehabt haben; sie wurde aber allein durch die Unterbilanz unseres Handels mit Britisch-Indien völlig ausgeglichen. Was unsern Handel mit dem Vereinigten Staaten betrifft, so ist bekannt, daß er seit Jahren steigend passiv ist. Von 1909 zu 1913 haben wir in diesem Handelsverkehr eine Unterbilanz von 3,8 Milliarden Mark gehabt. Auch Brasilien hat sich nicht zu beklagen; wir haben ihm für 635 Millionen Mark Waren mehr abgenommen, als wir ihm zuführten.

Wie kommt es nun, daß alle diese Staaten, anstatt unsere Freunde zu sein, uns feindlich gesinnt sind? Wir schieben die Schuld auf die Wühlereien Englands und treffen damit zweifellos die fressende Krankheit, ohne aber den Grund des Übels bloßgelegt zu haben. Es ist doch geradezu widersinnig, anzunehmen, daß die ganze Welt sich gegen einen so guten Kunden wie Deutschland verhetzen lassen sollte, ohne daß tiefere Gründe vorhanden sind als nur der englische Neid. Und in der Tat ist dieser tiefere Grund da; er ist der Mangel einer eigenen zielbewußten Rohstoff-Politik Deutschlands, der sich in dem Fehlen einer konsequenten, auf große Ziele gerichteten Kolonialpolitik ausgedrückt hat.

Die Gefühle unserer großen Rohstofflieferanten uns gegenüber wurden von ähn-

Digitized by Google

lichen Stimmungen beeinflußt, wie sie in der Heimat schon bei der eigenen Landbevölkerung in ihrem Verkehr mit den Großstädten zuweilen beobachtet wurden. Die Großstädte sind die besten Abnehmer der Landwirtschaft, die ohne ihr Aufblühen nicht den heutigen hohen Stand erreicht haben würde; trotzdem sind sie bei dem größten Teile der Landbevölkerung durchaus unbeliebt, wobei nicht nur das Gefühl des Neides ausschlaggebend ist. Der Erzeuger des Rohprodukts, der Jahr für Jahr allen Zufälligkeiten des Wachstumsprozesses und der Witterung ausgesetzt ist, sieht erklärlicherweise allerdings mit einem gewissen Neid auf den Verarbeiter von Rohprodukten, der viel sicherer gestellt ist wie er, und dem deshalb auch die Gewinne leichter zufließen. Aber es läßt sich nicht abstreiten, daß in Zeiten der ruhigen Aufwärtsentwicklung ein großes Mißverhältnis in der Bezahlung agrarischer zu der industriellen Produktion besteht. Und deshalb sieht der Erzeuger von Rohprodukten im Verarbeiter seiner Erzeugnisse nur zu leicht den Ausbeuter. Genau so ist es Deutschland mit seinen Rohstofflieferanten ergangen. Zunächst sind wir ihnen als gute Abnehmer wohl recht angenehm gewesen, und wenn wir bei der Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verharrt und die noch unentwickelten fremden Gebiete mit unserm Menschenüberfluß und unserm Gelde als Gegenleistung für ihre Lieferungen dauernd beglückt hätten, wäre es wohl auch so geblieben. Aber dann kam unsere Schutzzollpolitik mit ihrer Menschenhäufung im Innern, wodurch eine sehr stark gesteigerte Rohstoffzufuhr bedingt wurde; zum Ausgleich schickten wir nun aber nicht mehr Menschen und Geld ins Ausland, sondern Industriewaren. Und es kam uns dabei die vorherige starke Auswanderung ganz außerordentlich zugute. Diese Auswanderer, noch in recht innigem Zusammenhange mit der Heimat, an die ihre Erinnerung noch frisch war, nahmen deutsche Waren schließlich lieber als solche fremden Ursprunges; die Geweckteren unter ihnen wurden die Agenten der deutschen Einfuhr. Und die Heimat beeilte sich, durch Nachschub kaufmännischer Organisatoren, Kriegsschiffreisen, Ernennung von Konsuln, Unterstützung deutscher Bestrebungen den Zusammenhang der Auswanderer mit ihr nach Kräften aufrecht zu erhalten, zu vertiefen und geschäftlich auszunützen. Das Deutsche Reich erwarb Kolonien; sein Kolonialreich hatte einen verhältnismäßig großen Umfang; aber es blieb unentwickelt, wurde vom deutschen Großkapital und der deutschen politischen Leitung gewissermaßen als Kuriosität behandelt. Das wirkliche deutsche Kolonialreich lag unter fremder Flagge. Wir wohnten mit ihm gewissermaßen zur Miete bei Engländern und Amerikanern, und wir haben unsere Liebe und Arbeit darauf verwandt. Die amerikanischen Gebiete und englischen Kolonien lieferten uns in immer reicherem Maße die Rohstoffe, welche wir brauchten; aber mit einer stetig sich steigernden Abneigung betrachteten sie unsere industrielle Einfuhr und das Deutschtum in ihrem Lande.

Der Deutsche wurde im Auslande so etwa als der moderne Jude angesehen. Unter eigener Flagge im fremden Erdteil mühsam aufbauen und die Früchte

Digitized by Google

eigener Arbeit ernten, das wollte er nicht; „lieber in englischen als in deutschen Kolonien", war das Schlagwort der hinter uns liegenden Jahrzehnte. Und wie der einzelne, so machten es die großen Erwerbsinstitute. Und so wurde denn der Deutsche im Auslande als Mann angesehen, der es liebte, sich in gemachte Betten zu legen, und dies wurde die Grundursache eines ständig sich steigernden Hasses. Das war der Boden, auf dem die englische Hetzarbeit reiche Nahrung fand. Es ist eben ein anderes, ob ein Land sagt: Ich gebe meine Söhne ab, weil ich keinen Überseebesitz habe, wo ich ihnen den Raum geben kann, den sie in der zu eng gewordenen Heimat nicht finden! oder ob es, wie im Falle des neueren Deutschland, dies ablehnt, aber doch nicht Kolonialpolitik treibt, weil sie zu viel Mühe macht, sondern eine Weltwirtschaftspolitik und Politik der offenen Tür proklamiert zu dem offensichtlichen Zwecke, die Früchte der Kolonialpolitik der andern zu genießen. Ein großer Industriestaat wie Deutschland, der eine eigene Kolonialpolitik ablehnte oder doch nur sehr lässig betrieb, mußte das Mißtrauen und den Haß der andern sich zuziehen. Wir haben immer wieder erklärt, Deutschland wäre bei der Verteilung der Welt zu spät gekommen und die einzige Politik, die wir treiben könnten, wäre die der offenen Tür auf den großen Märkten der Welt; aber noch nach 1897, als diese Politik zuerst in Deutschland verkündet wurde, hat England große Kolonialgebiete erworben, den Sudan, Somaliland und die Burenrepubliken. Eine konsequente, zielbewußte deutsche Kolonialpolitik hätte auch nach 1890 erheblichen Landgewinn bringen können, hätten wir nur auf eine energische Erschließung der Kolonien hingearbeitet. Aber daß es daran gefehlt hat, ist ebenso Schuld des Volkes und seiner gewählten Vertretung wie seiner Regierung. Doch nicht darüber soll geklagt werden; hier soll nur festgestellt sein, daß unsere Wirtschaftspolitik des Bezugs der uns nötigen Rohstoffe aus fremden Gebieten und ihrer Bezahlung durch vermehrte Industrieausfuhr dorthin die Grundursache des Hasses gegen das Deutschtum gewesen ist. Die Rohstoff-Staaten sahen in unserm schnellen Wachstum in gewissem Sinne ein Emporwuchern auf ihre Kosten, das durch ihre Ur-Produktion genährt wurde, und je reicher wir wurden, mit desto scheeleren Augen sahen sie auf uns als auf den gerissenen Fabrikanten und Spekulanten, der aus dem Schweiß, den sie auf ihren Baumwoll- und Ölfruchtefeldern, in ihren Bergwerken vergossen, sein Gold münzte, das sie (in ihrer Vorstellung) von ihrer Höhe herabstürzen und knechten sollte. Und die Welt nahm unsere Industriewaren mit Unwillen auf; der Unwille richtete sich gegen die Auslanddeutschen und wurde stärker und stärker.

Daß diese Anschauungen über die Grundursachen des Hasses gegen uns richtig sind, lehren die Vorgänge im Auslande während des Krieges, lehrt die Deutschenverfolgung, die heute die ganze Welt durchtobt. Die Franzosen haben die bei ihnen seit Jahren und Jahrzehnten ansässig gewesenen Deutschen aus Rachgier und Bosheit gequält; darüber ist kein Wort zu verlieren. Wenn aber auch die Engländer systematisch auf

Digitized by Google

die Vernichtung der Existenzen der Auslanddeutschen hinarbeiteten oder noch hinarbeiten, so geschah das, weil sie im Auslanddeutschtum die deutsche Übersee-Handelsorganisation vernichten wollen. Sie haben sehr richtig erkannt, daß das Überseedeutschtum eine starke Stütze unserer industriellen Exportpolitik ist; haben sie uns dieser Stütze beraubt, dann können sie uns ihre Handelsbedingungen diktieren.

Wie radikal die Engländer in ihrer engeren Heimat vorgegangen sind, darüber hat sich der langjährige Mitarbeiter des „Tag" C. G. Stielow in der Morgenausgabe des Blattes vom 27. Februar folgendermaßen ausgesprochen:

„Der Krieg ist zwar noch nicht zu Ende, und niemand kann mit Gewißheit vorhersagen, wie sich die Lage der Deutschen in England nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse gestalten wird; doch ist eins bereits sicher, daß das ganze gewaltige Bauwerk des Deutschtums, das unsere Landsleute dort in einem scheinbar gastlichen Lande, ‚wo da Milch und Honig fließt', in Jahrhunderten kultureller Arbeit errichtet hatten, durch das furchtbare europäische Erdbeben bis auf das Fundament vernichtet worden ist. Das ist eine erschütternde historische Tragödie, die auf gleicher Stufe steht mit der Knechtung und dem Auszug der Kinder Israel aus Ägypten, der Verfolgung der Christen im heidnischen Rom, der Vertreibung der Mauren und Juden aus Spanien und der Hugenotten aus Frankreich."

Mit gleicher Gründlichkeit haben die Engländer in ihren Kolonien und auch den eroberten deutschen gearbeitet. Überall war das Ziel das selbe: Verschleuderung deutschen Eigentums und Zerstörung der Organisation, auf welcher sich deutsche Arbeit aufgebaut hatte. Der gemeinsamen englisch-amerikanisch-japanischen Wühlerei ist es gelungen, China zum Abbruch der Beziehungen zu Deutschland zu bringen; auch im fernen Osten wird nun alles niedergerissen, was Deutsche in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut haben. In Brasilien hat die Kriegserklärung zu Feindseligkeiten gegen die dortigen Deutschen geführt, sogar in Argentinien ist es zu Exzessen gekommen. Daß endlich die Regierung der Vereinigten Staaten dem Deutschtum im eigenen Lande einen heftigen Stoß geben will, beweisen die feindseligen Reden Wilsons gegen das Deutschtum drüben schon lange vor der Kriegserklärung.

Wir stehen vor einer durch die Welt gehenden allgemeinen Verfolgung des Auslanddeutschtums; daran ist kein Zweifel möglich; es sind unsere Haupt-Rohstofflieferanten, deren lange angesammelter Haß gegen das Deutschtum sich austobt. Und alle haben das gleiche Ziel; die Vernichtung dessen, was wir deutsche Weltwirtschaftspolitik genannt haben.

Wir haben, da wir über den Umfang der Deutschenverfolgung nicht unterrichtet sind, die uns drohende Gefahr noch lange nicht genügend erkannt, sonst würden wir nicht so leichthin, wie das vielfach noch geschieht, von der Fortsetzung unserer Weltwirtschaftspolitik sprechen, als ob gar nichts geschehen wäre. Wo soll denn diese Politik anknüpfen, wenn alle überseeischen Organisationen zerstört sind? Und glauben wir denn wirklich, die vielen Feinde werden uns gestatten, schnell wieder aufzubauen, was sie jetzt von der Erde fortfegten? Sie werden sich unsere Weltwirtschaftspolitik ohne

Digitized by Google

Widerstand wieder aufzwingen lassen? Rohstoffe wollen sie uns mit Vergnügen liefern, gewiß, aber zu Bedingungen, welche sie, nicht wir festsetzen. Sie werden auch ihren Deutschen, die sie als fleißige und ruhige Bürger schätzen, wieder Bewegungsfreiheit geben, aber erst dann, nachdem sie ihre alte Heimat verleugnet haben. Überall in englischen Kolonien und in Amerika ist jetzt das große Treiben gegen alles Deutsche; überall hat der Einschmelzungsprozeß begonnen. Was sich unterwirft, hat Ruhe, was nicht, wird vernichtet. Und dieser Prozeß mit der Vernichtung gerade der Aufrechten unter den Auslanddeutschen wird auch nach Friedensschluß fortdauern, namentlich wenn wir dann wieder mit unserer alten Handelspolitik beginnen wollen.

Wir stehen am Scheidewege, und es ist in unsere Hand gelegt, ob wir jetzt eine groß angelegte, selbständige Kolonialpolitik einleiten wollen mit eigenem Risiko bei der Erzeugung der uns fehlenden Rohstoffe, mit vieler Arbeit und langsamem, aber sicherem Fortschreiten auf einem Wege, der über friedliche Jahrzehnte zu einer gesunden und gesicherten Zukunft für alles Deutschtum führt, oder ob wir auf gefährlicher Bahn das gesamte Auslanddeutschtum womöglich der Vernichtung entgegenführen sollen. Dieses ist's, das an unserer Entscheidung am schwersten zu tragen haben wird.

Dem Auslanddeutschtum nützt unser Sieg nichts; er feuert nur den Vernichtungswillen seiner Feinde an. Nur wenige seiner Glieder würden in neuerworbenen Grenzländern oder im Reiche Platz finden können. Denn weitaus die meisten leben seit Jahrzehnten im Auslande oder sind dort geboren; sie passen nicht mehr in die engen deutschen Verhältnisse. Von den zehn Millionen Deutschen der Vereinigten Staaten leben drei Viertel in der zweiten und dritten Generation drüben. Wer von ihnen wird das Land seiner Geburt verlassen wollen, um nach Deutschland zurückzukehren? Selbst von den 2 680 492 nach 1871 eingewanderten Deutschen sind 2 224 018 vor 1895 nach Nordamerika gekommen, also über zwanzig Jahre im Lande. Die meisten dieser Leute sind gute Deutsche; aber man wird nicht von ihnen erwarten können, daß sie für die Interessen der alten Heimat ihre Existenz opfern, wenn diese Heimat ihnen nichts zu bieten vermag.

Ein anderes aber ist's, wenn ein weites deutsches Kolonialreich da ist mit großen Zukunftsaussichten, das jedem Deutschen, der irgendwo in der Welt gekränkt wird, weit seine Tore öffnet, und wenn das Reich im Friedensschluß von den Feinden Zahlung einer Buße erzwingt für alle Schädigungen, welche ihre Regierungen oder Volksangehörigen den Auslanddeutschen zugefügt haben. Dann bricht der Vernichtungswille der Feinde sofort zusammen.

Die Entschädigungszahlung allein nützt nicht viel. Die Amerikaner — ob es sich nun um die Vereinigten Staaten oder Brasilien oder Kanada handelt — und die Engländer wissen ganz genau, daß sich nur ein sehr kleiner Teil der bei ihnen wohnenden Deutschen zur Rückkehr nach Deutschland oder deutschen Grenzländern entschließen

Digitized by Google

wird, auch wenn Entschädigungssummen angeboten werden. Es werden die freudigsten Bekenner des Deutschtums draußen, die während des Krieges am meisten gelitten haben, dem Rufe folgen, diejenigen, welche den Sauerteig in der Masse ihrer Landsleute gebildet haben; diese aber bleibt zurück. Und sie fällt, der Vorkämpfer beraubt, schnellstens der Aufsaugung durch das fremde Volkstum anheim. Das ist's ja aber gerade, was unsere Gegner wollen. Wollen wir also ihre Absichten durchkreuzen, dann muß dem gesamten Auslanddeutschtum ein neues großes Gebiet unter deutscher Flagge als Land der Verheißung gezeigt werden. Selbst bei den vielen Lauen draußen in aller Welt muß die Frage auftauchen: Ist es für mich und meine Kinder nicht doch besser, wenn ich jetzt die Gelegenheit ergreife, mich in einem großen, zukunftsreichen deutschen Koloniallande anzusiedeln, als daß ich hier unter nichtdeutscher Bevölkerung meinen Nachwuchs seelisch und leiblich verkommen lasse? Wir müssen Maßnahmen treffen, welche sich nicht nur an die Vorkämpfer des Auslanddeutschtums wenden; sie müssen seine große Masse ergreifen und auch mit fortreißen. Die große Masse des Deutschtums in aller Welt muß lernen, nach einem großen neuen Deutschland als Land der Hoffnung und Verheißung zu sehen, und dem Amerikaner- und Engländertum muß dieses Neu-Deutschland ein Gegenstand der Sorge und der Furcht sein. Sie müssen erkennen: Ja, die Deutschen bekommen es fertig, in zwanzig bis dreißig Jahren ein blühendes, großes Kolonialreich aufzubauen, das ihnen fehlende Rohstoffe liefert und einen großen Teil ihrer Industrieprodukte abnimmt, das sie mehr und mehr unabhängig von uns macht! Unsere Feinde müssen so weit kommen, daß sie sich selber sagen: Jeder Deutsche, den wir verlieren, ist eine Tonne Baumwolle, ein Doppelzentner Öl mehr für Deutschland. Erst wenn sie so weit sind, ist der große Friedenstag für alles Deutsche auf der Erde angebrochen. Dazu kommen wir aber nur durch ein großes Kolonialreich.

Zwischen nationalistischer und pazifistischer Gefahr

Von Dr. Max Seber, Dresden

Deutschland inmitten einer Welt von Feinden. Ein kleines Eiland von gewaltigen Sturmfluten umtost. Bis in die fernsten Erdteile reiht sich die Schar seiner Feinde. Und dennoch hält es stand, bietet allen Trotz und teilt nach allen Seiten vernichtende Schläge aus. Ein bewundernswertes Schauspiel! Dasselbe Deutschland, daß noch vor hundert Jahren ein jämmerliches Bild staatlicher Ohnmacht und Zerrissenheit bot, so daß seine besten Söhne den Gedanken eines selbständigen deutschen Nationalstaates gar nicht zu fassen vermochten und gerade seine Zerrissenheit als Vorbedingung seines Menschheitsberufes priesen. Dieses neue Deutschland steht heute als gewaltige Staatsmacht da, den verbissensten Feinden Achtung abzwingend. Es steht im Begriff, über den Bereich Europas hinauszuwachsen,

Digitized by Google

sich zur Weltmacht zu formen, die in allen Teilen der Welt Interessen und Willensziele hat, über die umfassendsten Weltangelegenheiten mitzubestimmen hat und ihres Wesens Art überall zur Geltung bringen kann. Diese seinen innern Kräften entsprechende Entwicklung wird heute durch zwei Volksströmungen bedroht, die in allen Nationalstaaten sich zeigen, nirgends aber so gefahrdrohend sind als in Deutschlands besonderer Lage. Diese besonderer Lage besteht darin, daß es sich im Übergang befindet vom Großstaat zum Weltstaat und die Sicherheiten seiner Zukunft erst erwerben muß, die dem Laufe der Geschichte entsprechend die andern Großstaaten Europas bereits besitzen. Außer der geschichtlichen Lage ist es die geographische zwischen zwei starken Militärstaaten, wodurch Deutschland zu besonderer Vorsicht in allen außenpolitischen Handlungen genötigt wird. Weder der deutsche Nationalismus noch der deutsche Pazifismus behalten in ihren Bestrebungen diese fundamentalen Tatsachen so im Auge, wie man es von jeder verständigen deutschen Politik verlangen muß. Darum gefährden sie Deutschlands Zukunft so sehr, obwohl sie natürlich beide Deutschlands Wohl bezwecken.

Wenn der Nationalismus Deutschland durch ein Übermaß von Machtpolitik gefährdet, so der Pazifismus durch seine unpolitische Haltung. Was schlimmer ist, läßt sich kaum sagen; beide führen in den Abgrund. Der nationalistische Trieb würde vielleicht Deutschland gewaltsamer Vernichtung weihen, der Pazifismus durch Unterbindung seiner staatlichen Entwicklung zu Stillstand und Siechtum verurteilen. Beide sind im gleichen Maße wirklichkeitsfremd und begreifen nicht, daß die tatsächliche Welt, das wirkliche Leben eine Mischung verschiedener Grundprinzipien darstellt; es ist weder ein reines Macht- und Gewaltverhältnis, noch eine reine Ausprägung kultureller Ideen. Zwischen diesen Gegensätzen hindurch muß sich das kritische Denken seinen Weg bahnen, den es am ehesten findet, wenn das grellste Licht diesen äußersten und gefährlichsten Strichen politischen Wollens zugerichtet ist.

Sowohl der Nationalismus als der Pazifismus haben einen berechtigten Kern und eine für das Staatsleben nützliche Funktion. Gefährlich werden sie erst durch die reine und einseitige Ausbildung und Durchführung ihres Prinzips. Selbst damit nützen sie noch, daß auf diese Weise am nachdrücklichsten dafür gesorgt wird, daß weder das nationale, machtpolitische, noch das internationale, kulturpolitische Ideal seinen Einfluß auf die praktische Politik verliert. Der unmittelbare Gefahrpunkt liegt erst dann vor, wenn eines dieser einseitigen Staatsprinzipien die Staatsmacht an sich ketten und zu seiner restlosen Verwirklichung drängen würde. Darum müssen die wahrscheinlichen Folgen einer solchen Politik aufgezeigt und als Warnungszeichen der Öffentlichkeit gewiesen werden.

Für den künftigen Friedensschluß ist der Nationalismus gefährlich durch das Übermaß von realen Sicherungen, die er verlangt. Er möchte die Machtverhältnisse so gestalten, daß Deutschland seine Feinde in alle Zukunft unschädlich machen könnte.

Digitized by Google

Diesen Machtzuwachs erwartet er von außen, durch Angliederungen genügend großer, strategisch wichtiger und wirtschaftlich besonders wertvoller fremder Landesteile, durch Einverleibung und Eindeutschung fremder Völker. Er kommt dazu, indem er eben einfach den Richtungsbegriff: reale Sicherung zu Ende denkt. So gelangt er tatsächlich zur Utopie. Denn es gibt keine Machtfülle in unserer vom nationalen Denken durchwachsenen Zeit, die durch bloßen äußeren Druck ihren Gebilden Dauer verleihen könnte, wenn sie nicht im Einklang mit den innern Vorbedingungen moderner Machtverhältnisse steht. Eine Macht aber, die sich auf die Beherrschung fremder Länder und fremder Völker gründet, ist wohl zeitweise möglich, auf die Dauer aber undenkbar. Durch den Widerstand der einverleibten Volksteile wird die innere Einheit, eine Hauptgrundlage jeder dauerhaften Macht, gefährdet, durch die Beschneidung ihres Volkskörpers die fremde Nation dauernd verwundet und gereizt. Durch den Blick auf die verschiedenen Staaten, die trotz nationaler Zusammengesetztheit ein wertvolles Staatsleben führen, mag der Sinn unserer Nationalisten in diesem Punkt irregeführt worden sein. Aber wo dies zutrifft, bilden die fremden Volksteile entweder vollberechtigte Glieder des Staates oder sind zu einer Zeit in den Staatsverband aufgenommen worden, wo das Nationalitätsbewußtsein noch schlummerte. Den neu aufzunehmenden Volksteilen volle Rechte zu geben, sind unsere Nationalisten aber weit entfernt. Der so verführerisch anmutende Gedanke, die uns feindlichen Staaten in einen Zustand dauernder Machtlosigkeit uns gegenüber zu versetzen, ist besonders gefahrdrohend. Solche erzwungene Machtlosigkeit in irgendeiner Richtung widerspricht dem Wesen des Staates, das doch gerade die Nationalisten in unumschränkter Machtverfügung sehen. Ein derartiger Eingriff, der doch in dem also verletzten Feind das Gefühl auslöst, dem Gegner auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein, ist schwerwiegender als die Annexion an sich. Es würde sicherlich den Unfrieden, nicht den Frieden zur Dauer erheben. Eine kluge Politik fordert, jeden Eingriff in die Lebensnotwendigkeiten eines fremden Staates zu unterlassen; nur dann ist die eigne Existenz gesichert. Der Gedanke der realen Sicherungen führt nur dann nicht zu radikalen Maßlosigkeiten, wenn sorgfältig alle Umstände erwogen werden. Unsere Nationalisten begnügen sich aber nicht einmal mit allen erdenklichen Sicherungen gegen Angriff; sie wünschen unsern Feinden gegenüber ausgesprochene Drohstellungen zu erhalten. So etwas kann ein besiegter Gegner momentan zugestehen, sobald er sich aber einigermaßen erholt hat, wird er unablässig trachten, diese Last wieder von sich zu wälzen. Tatsächlich läuft denn dieser nationalistische Gedankengang auf nichts weiteres hinaus als auf eine neue Weltherrschaft, womit er genügend verurteilt ist.

Das starke Herrenbewußtsein, das dem deutschen Nationalismus innewohnt, führt ihn zu naiver Selbstherrlichkeit und Selbstanbetung. Er ist gegen andere Volksart und Staatsnatur unduldsam, verständnislos; er schätzt seine Eigenart über

Digitized by Google

alles und ist nicht zu bewegen, davon irgend etwas preiszugeben, wenn es sich um höhere, übernationale Zwecke handelt. Diese Wesensenge macht ihm z. B. das mitteleuropäische Bündnis wenig geneigt. Er ist wohl bereit, eine derartige Zweckgemeinschaft einzugehen, zumal wenn sich die anderen bereitwillig unterordnen, aber eine wahre Lebensgemeinschaft, die ihn selbst umformen würde, scheut er wie das Feuer. Damit aber gefährdet er die notwendige Fundamentierung der deutschen Weltpolitik, für die das Deutsche Reich allein eine zu schmale Unterlage ist. Er stellt Mitteleuropa auch dadurch in Frage, daß er sich weigert, die innere Nationalitätenpolitik Preußens den äußeren politischen Erfordernissen anzupassen. Wird die bisherige Behandlung der Polen fortgesetzt, so ist ein gedeihliches Verhältnis zu dem Königreich Polen noch zu den Westslawen überhaupt möglich, wodurch auch die deutsche Richtung der österreichischen Politik vereitelt wird. Dabei ist es längst erwiesen, daß die gewalttätige Nationalitätenpolitik gar nicht die gedachten Wirkungen hat.

Das selbstbewußte Hervorkehren des Kraftstandpunktes, der allen überlegenen Eigenart eines übertriebenen Selbstbewußtseins muß auch die heute neutralen Staaten abstoßen, sich Deutschland in Zukunft zu nähern, falls sie einmal gezwungen sind, bei irgendeinem Mächtesystem Anschluß zu suchen. Den Nutzen davon haben dann unsere Feinde. Wenn man etwa von dem Bestehen des französischen oder englischen Nationalismus sich eine gewissermaßen ausgleichende Wirkung versprechen würde, wäre die Verirrung offensichtlich. Der französische und englische Nationalismus ist sicher viel stärker als der deutsche, aber seine Äußerungsformen sind viel kultivierter und klüger, so daß sie auf geringere Widerstände stoßen. Der englische Nationalismus erscheint wegen der demokratischen Regierungsweise seiner Heimat in ungefährlichem Licht; er reizt die Völker weniger. Dazu kommt der in langer Erfahrung erworbene Sinn für die Grenzen von Gewaltmaßnahmen. Der französische Nationalismus hüllt sich in ein ideal-kulturelles Gewand. Mit schönen Formen sucht er in planmäßiger Arbeit die Sinne der Völker zu betören und umschmeicheln, womit er die größten Erfolge erzielt hat.

Der deutsche Nationalismus ist so jungen Datums, daß er alle Merkmale des Unreifen und Unfertigen trägt. Er glaubt noch an die Berge versetzende Macht der Gewalt; er hält im Bewußtsein seiner Stärke jedes um die Sache Herumreden für unmännlich, spricht mit deutscher Ehrlichkeit geradezu das aus, was er will, weiß nichts von Duldung und Rücksichtnahme, trägt die Herrenweise von der innern Politik auch in die äußere. Das macht ihn so verhaßt. Würde diese Art unsere zukünftige Politik beherrschen, so wäre die deutsche Nation dem Abgrund verfallen.

Im Grunde genommen ist der Nationalismus dem deutschen Wesen etwas ganz Neues und Fremdartiges. Weit näher liegt ihm der Weltbürgersinn des Pazifismus. Vielleicht hat gerade deswegen der deutsche Nationalismus etwas so Gewalt-

Digitized by Google

sames, Krampfhaftes, Überlautes, weil er eine Reaktionserscheinung gegen zu weit getriebenes, unpolitisches Weltbürgertum bedeutet. Früher als der nationale Einheitsstaat leuchtete dem deutschen Volke das weitgespannte Menschheitsideal aus den Werken seiner Dichter und Denker. Dieses verschloß ihm den Sinn für die Erfordernisse des Staates lange Zeit und verschließt es noch heute den Schichten, die infolge grundsätzlicher Kampfstellung gegen die obrigkeitliche Regierungsweise kein Verhältnis zum deutschen Staat der Gegenwart finden können. Dieses unpolitische Wesen kontrastiert augenfällig mit dem überpolitischen Gebahren des deutschen Nationalismus.

Der deutsche Pazifismus fordert Verzicht auf alle Annexionen und realen Sicherungen, statt dessen völkerrechtliche Abmachungen, Sicherung des Friedens durch einen Weltfriedensbund. Er verwirft genau wie sein nationalistischer Bruder Mitteleuropa. Auch er prunkt wie der Nationalismus mit der innern Folgerichtigkeit und Geschlossenheit seiner Gedanken. Im Reich der Gedanken ist ja eine solche Folgerichtigkeit nicht allzu schwer ... Der nüchterne Politiker, der seine Haltung durch eine Abwägung verschiedenartiger Gedankenreihen gewinnt, versündigt sich allerdings damit gegen das Wesen reiner Gedankenlogik; dafür vergewaltigt er aber nicht die Wirklichkeit, sondern schmiegt sich ihr an. Er läßt den Gedanken der realen Sicherheit nicht deswegen fallen, weil er in einseitiger Durchführung zu reiner Machtpolitik wird, sondern hält ihn da fest, wo er ohne zu große Nachteile verwirklicht werden kann, und läßt ihn dort fallen, wo der Schaden unzweifelhaft wäre. Er weist auch nicht aus reiner Prinzipienreiterei Annexionen von der Hand, wo sie notwendig und ohne besondere Nachteile zu verwirklichen sind. Wenn der Pazifismus sich selbst gegen die Angliederung Kurlands wendet, das zu Siedelungszwecken dringend gebraucht wird, oder gegen den Erwerb eines großen Kolonialreiches ist, ohne das eine Weltmacht gar nicht mehr denkbar ist, gefährdet er die Zukunft Deutschlands. Der Weltfriedensbund, den er gewissermaßen als Ersatz bietet, ist kein Ersatz. So hoch man den Frieden auch bewerten mag, als allerersten Staatswert darf man ihn nicht hinstellen. Der Einzelstaat hat unter Umständen dringendere, vielleicht sogar höhere Zwecke. Wenn der deutsche Staat z. B. jetzt im Interesse des Weltfriedens und um das Zustandekommen eines Weltfriedensbundes zu sichern, auf die erwähnten Angliederungen, auf das mitteleuropäische Bündnis verzichten sollte, hätte er recht, im höheren Namen der Weltkultur zu sprechen: erst muß ich die Bedingungen meiner Entwicklung in Händen haben; dann erst kann ich mich auf vertragliche Abmachungen einlassen. Die deutsche Kultur ist so wertvoll, daß sie unbedingt ein Bestandteil der Weltkultur werden muß, was nur auf Grund ihrer Weltmacht möglich ist. Während andere Großstaaten die Fundamente ihrer Entwicklungsfähigkeit bereits besitzen, soll sie Deutschland erst erwerben. Werden sie ihm aber bloß in Form völkerrechtlicher Verträge geliefert, so entfallen sie seinem eignen Machtbereich; falls sie nicht gehalten werden, wird seine ganze Zukunft unsicher. Soll

Digitized by Google

aber Deutschland seine sicheren blutig errungenen Vorteile zugunsten von bloßen Möglichkeiten preisgeben? Wie seine zeitliche Lage ihm die völkerrechtlichen Surrogate unmöglich macht, so seine geographische die Preisgabe des mitteleuropäischen Bundes zugunsten eines Weltfriedensbundes. Beide Möglichkeiten können als Zusatzsicherungen in Betracht kommen, niemals als Alleinsicherungen. Gröblich verkannt wird vom Pazifismus schließlich noch die große Bedeutung, die das Aufsteigen Deutschlands zum Weltstaat für die Entwicklung seiner Nationalkultur haben muß. Wird das deutsche Volk als Ganzes so großen Schaffensproblemen gegenübergestellt, wie sie ihm in Mitteleuropa winken, so erfährt es eine Formung und Schulung, die ihm erst das besondere weltpolitische Gesicht gibt; seine Sprache wird zur Weltsprache, seine Literatur weltbestimmend, seine Sitten, sein Wesen ergreifen große Teile der Welt. Das hat sodann wieder Rückwirkungen auf die deutsche Nationalkultur selbst; der Wirkungskreis alles Deutschen ist mächtig erweitert. Dann ergibt sich von selbst eine großzügige auswärtige deutsche Kulturpolitik über weitere Weltteile, deren Fehlen ein Lamprecht so beklagt hat. Alles dies, Sicherheit, Zukunft, Staats-, Wirtschafts- und nationale Kulturentwicklung gefährdet der Pazifismus, so bald er zur Maxime der deutschen Politik erhoben wird. Wenn der Weltfriedensbund nur unter solchen Opfern erreicht werden könnte, müßten wir ihn ablehnen. Er bedeutet ohnehin eine schwere Gefahr für die künftige Weltkultur, wenn er die Staatentwicklung durch die Festlegung eines dauernden Status quo unterbinden würde. Auf diesem Wege ist vorläufig nur eine kühle Zweckgemeinschaft, keine wahre Lebensgemeinschaft zu erreichen, die allein Unterlage einer Weltkultur sein kann. Diese Lebensgemeinschaft kann nicht gestiftet werden, sondern muß aus der Staatenverbindung zu übernationalen Gebilden, aus der Syndizierung der vielen Staaten zu wenigen größten herauswachsen.

Zwischen den Gefahren des Nationalismus und des Pazifismus muß Deutschland den richtigen Weg zu einer Politik der Stärke und des Friedens suchen. Weder den Nationalismus noch den Pazifismus kann es dabei entbehren, und doch muß es sich gegen beide wenden.

Die deutschen und die feindlichen Arbeiter

Von Johannes Fischer, Heilbronn

Auch wenn man, wie der Schreiber dieser Zeilen, nie zur Arbeiterinternationale zählte, bot einem doch die Art, wie ihre führenden Leute in den feindlichen Staaten sich im Kriege gegen Deutschland und gerade auch gegen die deutschen Arbeiter stellten, ein lebhaftes Interesse. Das blöde, in seiner jahrelangen Wiederholung geradezu idiotenhafte Geschrei von der deutschen Unkultur, Unfreiheit und Knechtschaft, ist gerade auch von den feindlichen Arbeiterführern mit heiserer Stimme immer wieder

Digitized by Google

mitgemacht worden. Und wie wurden die deutschen Arbeiter vor allen Dingen behandelt? Lag nicht ein unerhörtes Maß von kränkender Geringschätzung in der Art, wie man uns bevormunden wollte, uns Ratschläge erteilen wollte für das, was wir unserem eigenen und dem Vorteil unseres Volkes schuldig seien. Es widerstrebt einem und treibt die Zornesröte ins Gesicht, wenn man all die Anmaßungen und Schmähungen der deutschen Arbeiter von seiten der feindlichen Arbeiterschaft sich in Erinnerung ruft. Aber man mußte sich doch auch fragen, woher eigentlich diese niederträchtige Art, die deutschen Arbeiter zu behandeln, kommt?

Ich erinnere mich des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart (1907), wo neben vielen anderen schönen Dingen — z. B. Generalstreik im Falle eines Krieges — auch die Frage der Zuhilfenahme von Militärmacht bei der kolonialen Ausdehnung einer Nation behandelt wurde. Dabei nahmen von deutscher Seite die Herren Ledebour und Kautsky den unvernünftigsten und weltfremdesten Standpunkt ein, indem sie jede Anwendung von Zwang oder Gewalt gegenüber zurückgebliebeneren Völkerschaften ablehnten und erklärten, man dürfe nur als Lehrmeister und Erzieher kommen, mit Bildung und Maschinen usw.

Darüber machte sich der Holländer van Kol im höchsten Maße lustig. Er meinte, daß die Schwarzen die Maschinen, weil sie sie nicht kennten und verständen, wohl für einen neuen Götzen halten und einen Rundtanz drum aufführen würden; daß aber die Lehrer zu einem Sonntagsbraten herhalten müßten, und da dürfte Kautsky vielleicht — wegen seiner körperlichen Dürftigkeit — etwas länger leben als etwa van Kol, der dabei seine rundliche Wölbung behaglich überstrich.

Das spielte sich ab vor Franzosen, Engländern, Holländern, Italienern, Russen usw. und man kann sich vorstellen, welches Urteil diese Leute von der Eignung dieser Vertreter deutscher Arbeiter zur politischen Machtentfaltung im innersten ihres Herzens mitnahmen. Gewiß gab es auf der Seite der heutigen Feinde auch solche Käuze, z. B. Hervé bei den Franzosen; aber der war sich doch bewußt, daß das nur für die augenblickliche Situation des Kongresses war, wo man sich an der radikalen und humanitären Phrase berauschte, aber nicht etwas sei, was in der wirklichen Politik bindend sein soll. Von den Deutschen aber wußte man, daß alles viel tiefer verankert und viel mehr grundsätzlich verpflichtend aufgefaßt würde, auch als Richtschnur für wirklich praktisch-politische Betätigung. Wohl war es nur eine Minderheit, aber das Gewicht dieser Minderheit steigerte sich durch den Mangel an selbstbewußter Behauptung des deutschen Eigenwertes und der deutschen Eigenart, der auch bei sehr vielen Vertretern der Mehrheit und überhaupt bei weiten Kreisen des deutschen Volkes in die Erscheinung trat. Wir waren alle zu bereit, Art und Leistung der anderen gegenüber dem eigenen über Gebühr zu bewundern und haben es bitter genug büßen müssen.

Aber soll das weiter so bleiben? Hat sich — gerade vom Arbeiterstandpunkt aus

Digitized by Google

gesehen — nicht mit zwingender Deutlichkeit gezeigt, daß wir in Deutschland für all unser Streben auch im Innern des Volkes eine ganz andere Zielsetzung haben, als alle unsere Feinde? Wäre dem nicht so, dann hätte es nicht zu dem einmütigen Haß auch aller feindlichen Arbeiter und zu dem ungerechten und absprechenden Urteil gegen Deutschland kommen können. Sie wollen etwas anderes als wir, sonst wäre es nicht möglich, so Wesen und Schein zu verwechseln, vom Schein sich blenden zu lassen, wie wir das jetzt 2½ Jahre lang erlebten. Wer mag weiterhin sich selbst belügen und betrügen, wie es vor dem Kriege vielfach der Fall war? So sehr ich glaube, daß unsere Diplomaten, unsere Vertreter draußen, unsere Auslandsdeutschen und unsere Politik zu Hause Fehler gemacht haben, so sehr ich auch wünsche, daß das alles nach dem Kriege besser werde, den Glauben bringe ich zunächst nicht auf, daß wir damit das Urteil der Feinde über uns und ihr Verhältnis zu uns maßgebend beeinflussen. Den Feinden ist unsere Auffassung vom Sinn und Ziel alles Strebens und Schaffens zuwider, und ihr Geschrei, daß sie die Freiheit und die Demokratie, das Menschheitsglück und die Zivilisation bringen, ist Blendwerk, mit dem ihr unsoziales, herrisches Streben verziert werden soll.

Es ist wahr, uns fehlt in der inneren, rechtlichen und verfassungsmäßigen Konstruktion unseres staatlichen Lebens noch vieles. Aber alle Rechtsgestaltung ist doch nicht Zweck, sondern Mittel, und man lasse sich doch nicht den Blick trüben für das, was trotz der Unfertigkeit des Hauses von seinen Bewohnern geleistet worden ist für ihre wirkliche Wohlfahrt nach Innen und Außen und was das Volk im ganzen geleistet hat in der Art, wie der einzelne und die Gesamtheit sich seine Lebensaufgabe abgesteckt hat. Als Mensch, der von unten her kommt, aus Volksschule und kleiner enger Welt des Erlebens und der Möglichkeiten, kenne ich alle Hemmungen, die Vorurteil und mangelnde freie Entwicklungs- und Einflußmöglichkeit bietet, sehr genau. Und das Wort von Dr. David, daß es jetzt, wo das Brot zur körperlichen Nahrung knapp wird, seelisches Brot gewesen wäre, wenn man mit dem Neuordnen der Dinge im Innern rascher zugegriffen hätte, weiß unsereiner besser zu würdigen, als so viele, die satt sind und denen alle Türen schon vorher offen standen. Nicht um der Feinde willen, sondern weil es neue und schaffensfrohe Kräfte frei macht für das eigene Volk, brauchen wir freie Bahn und demokratischen Aufbau. Aber es ändert im Grunde nichts an der sittlichen Zielsetzung, die unser Volk und sein Staat sich auch seither schon zu eigen machte, eine Zielsetzung, der das Leben nicht Recht, sondern Pflicht, nicht Genuß, sondern Leistung, nicht Freiheit, sondern Verantwortlichkeit bedeutet.

Zwar ist vor einiger Zeit vom Dürerbund eine Flugschrift herausgegeben worden, „Der Sieg der Deutschen", in der eindringlich gefordert wurde, daß dieses Ziel, als deutsches Lebensziel noch viel entschlossener und anerkannter ins Auge gefaßt werden müsse, eine Mahnung, die den Verfasser ehrt, aber zugleich auch wieder ein sprechen-

Digitized by Google

der Beweis für meinen Gedankengang ist. Denn im Vergleich zu unseren Feinden ist das, was wir in treuer Pflichterfüllung gegen das gesteckte hohe sittliche Ziel leisteten, ein Ruhmestitel. Und vor allem gilt das für das Gebiet der Arbeiterschaft. Man findet da merkwürdige Widersprüche und Unfertigkeiten. Das Verhältnis — vor allen Dingen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur deutschen Volkswirtschaft — war theoretisch und praktisch bis zum Kriege ein oft recht unglückliches, nur auf Kampf gestimmtes, und Beispiele wie das von den englischen Textilarbeitern, die große Gewerkschaftsgelder zur Befruchtung ihrer nationalen Industrie anlegten, suchte man bisher vergebens. Aber was die deutschen Arbeiter an Leistung einsetzten, ohne zu den zünftlerisch abschließenden Methoden der englischen Gewerkschaften zu greifen, die das Maß des Arbeitserfolges gewaltsam einzuengen suchten, ist unerhört gewesen im Frieden, wie jetzt im Kriege. Es wirkt hinter allem Streben nach Stundenlohn und Gehalt, nach Arbeitsrecht und Sozialreform noch ein Geist sittlicher Lebensauffassung mit, der die Arbeit losgelöst von allem persönlichen Vorteil und Ertrag, zu einer Sache innerer Treue macht, gegen die man nicht an kann, ohne sich selbst untreu zu werden. Diese sittliche Vertiefung der Arbeit wirkte, auch wo die klaren volkswirtschaftlichen Begriffe und Erkenntnisse noch fehlten, und ist wertvoller und größer als sie.

Und ebenso ist es mit dem größeren Ziel, das der Reichskanzler einmal in die Form faßte: „Uns treibt die Ehrfurcht vor der Heiligkeit des Menschenlebens.“ Was soll es denn sonst gewesen sein, das uns in Deutschland die geistige und materielle Not des neu sich bildenden Industrievolkes so in der Tiefe erfassen ließ und unter uns bohrte und gärte, obgleich um uns herum schlimmere Not mit eleganter Leichtfertigkeit und noch dazu mit dem Anspruch der höheren Kultur ruhig weiter ging. Ich beklage das Bohren nicht, habe mich im Gegenteil redlich daran beteiligt und werde es wieder tun, wenn Friede ist. Aber wenn jetzt auch die Arbeiter von draußen über uns herfallen mit ihrem Freiheitsgeschrei, dann wollen sie die Freiheit zu anderen Zwecken als uns das vorschwebt. Uns trieb die „Ehrfurcht vor der Heiligkeit des Menschenlebens“ in manchen Zwang, in manche soziale Gebundenheit hinein, und erst auf dem Hintergrund dieser Gebundenheit erwuchs breiten Massen das Mindestmaß an Voraussetzung eines wahrhaft menschlichen Lebens, von dem Schiller sagt, daß man erst warm wohnen und satt zu essen haben müsse, bevor die höhere Natur sich regen könne. Wo sieht man denn bei den Feinden, auch bei den Amerikanern und bei vielen Neutralen, daß solche Ordnungen und Sicherstellung eines Mindestmaßes von Lebensspielraum für den einzelnen sich auf Freiwilligkeit aufbaut? Und ist es dann nicht eitel Betrug, wenn man sich vom Arbeiterstandpunkt aus nur an den Äußerlichkeiten der Demokratie berauscht, aber sein Volk und seinen Staat nicht dazu bringt, eine vernünftige soziale Gebundenheit und Ordnung zu schaffen?

Es ist gar kein Zweifel, diese Ehrfurcht vor der Heiligkeit des einzelnen Menschen-

Digitized by Google

lebens hat Deutschland vor dem Krieg und wird erst recht nachher drückende und schwere Aufgaben stellen, die nur gelöst werden können, wenn dieselbe sittlich vertiefte Lebens- und Arbeitsauffassung bei jedem einzelnen und bei den Volksgenossen untereinander vorhanden ist. Aber werden wir darauf verzichten können, daß wir unter dem Zwang dieser hohen Zielsetzung ganz unten anfangen, unter Umständen zwischen Eltern und Kinder treten, um zu erreichen, daß der Jugend Luft und Licht für ihr junges Leben zur Verfügung steht, und so noch in viele andere Verhältnisse hart und scharf einzugreifen?

Gewiß, auch für deutsche Auffassung ist es schließlich der einzelne Mensch und sein Lebenswert, den es zu entwickeln und zu steigern gilt. Aber das kann nur mit Hilfe der Gemeinschaft, des Staates geschehen. Diesem Staate Freiheit — jawohl, aber Freiheit dann und soweit, als man sie zum Wohle der Gesamtheit nützen will. Wir fragen nach den sittlichen Zielen, die unser Volk und sein Staat verfolgen, und wählen Mittel und Wege so, wie wir diese Ziele am sichersten zu erreichen glauben. Aber wir holen aus dieser Leistung und Art Deutschlands auch die innere Ruhe, Sicherheit und Gleichmut heraus, die wir nötig haben, um gegen alle Mißdeutung, gegen Lockung oder Drohung fest zu bleiben.

Was die feindlichen Arbeiter uns zeigen können, sind Äußerlichkeiten, sind Formen, denen der lebendige Inhalt fehlt. Sie mögen daran gehen, in ihren staatlichen Rahmen einmal soziale Leistungen von der Art Deutschlands zu stellen, sie mögen uns andere Quellen zeigen, an die man Menschen führen muß, daß sie, einem inneren Müssen folgend, die Dinge freiwillig so ordnen, daß die Heiligkeit des Lebens sichergestellt ist auch für die breiten Massen. Vorher mögen sie uns mit ihrer Bevormundung verschonen. Und wenn einmal auf der großen Wage gewogen wird, dann mag sich zeigen, wer am meisten einzulegen hat an Leistung und hingebender Treue in der Arbeit für die Entwicklung der geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeitermassen ihres Volkes nicht nur, sondern der Arbeiterschaft überhaupt. Dann mag sich auch zeigen, wer recht hatte, die an dem Blendwerk der großen Freiheitslüge sich berauschten und ihre Anhänger irreführten, oder die nüchtern und entschlossen das Ziel verfolgten, das ihnen nicht in den Einrichtungen, sondern in ihrer Wirkung für das Wohl ihrer Brüder gesteckt war.

Brief an die „Deutsche Politik"

Von einem unserer Leser, der jahrelang in Rußland gelebt hat, wird uns geschrieben:

„Das Verständigungsangebot, das Herr von Bethmann Hollweg in seiner Reichstagsrede vom 15. Mai d. J. an die russische Adresse ergehen läßt, beruht, meiner Ansicht nach, in der Hauptsache auf zwei falschen Voraussetzungen.

Einmal kann ich es nicht für richtig halten, diejenigen Kreise, die gegenwärtig in Rußland die Gewalt in Händen haben, nämlich die der Liberalen und Arbeiter, als einen politischen Macht-

Digitized by Google

faktor anzusehen, mit dem auch in Zukunft mit einiger Sicherheit zu rechnen sein wird. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß über 80% des russischen Volkes aus Bauern besteht, die durch die Gestaltung des bisher für die Duma geltenden Wahlrechts zur politischen Ohnmacht verdammt waren, nun aber durch die mit Sicherheit bevorstehende Einführung eines gleichen Wahlrechts das unbedingte Übergewicht in der kommenden Volksvertretung gewinnen müssen.

Wenn wir daher mit den gegenwärtig führenden, pazifistisch orientierten Sozialisten, die aus der städtischen „Intelligenz" hervorgegangen sind, einen Verständigungsfrieden schlössen, so würde nach dem oben Gesagten eine völlige Verschiebung der Machtverhältnisse in Rußland, und damit für uns eine gänzliche Wandlung unseres Verhältnisses zum Nachbarreich eintreten.

Denn — ganz abgesehen von dem imperialistischen Liberalismus — auch der russische Bauer ist nichts weniger als ein duldsamer Pazifist. Das Ziel des russischen Bauern ist Land, und mit der fortschreitenden Umwandlung des alten Gemeindelandes in selbständigen Besitz wird sich dieser Ruf nach anbaufähigem Neuland nur noch verstärken. Und — das Folgende möchte ich als den Kernpunkt dieser Betrachtung ansehen — der russische Bauer — also auch die erdrückende Mehrheit der künftigen Dumen — wird in seiner politischen Urteilslosigkeit und Unreife jedem in einen neuen Eroberungskrieg folgen, der ihm als lockendes Ziel fruchtbares Neuland verheißt.

Wenn der imperialistisch orientierte liberale Kapitalismus Rußlands, womöglich durch westeuropäische Mittel unterstützt, unter der bäuerlichen Bevölkerung durch die Vorspiegelung eines leichten Gewinnes von neuem Land Stimmung für einen neuen Eroberungskrieg macht, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dann eine neue, ungeheure Völkerwelle von gefährlichster Stoßkraft über unsere Ostgrenze hereinbricht. Ein solcher Gang der Ereignisse könnte von der in Rußland zahlenmäßig verschwindend kleinen Arbeiterklasse gar nicht aufgehalten werden, selbst wenn sie es versuchte.

Damit komme ich gleich zu der zweiten irrigen Voraussetzung, die mir den Bemerkungen des Herrn Reichskanzlers zugrunde zu liegen scheint: nämlich der Annahme, daß in der Mehrheit des russischen Volkes keine Sympathie mit den Eroberungszielen der gefallenen zaristischen Regierung bestanden habe.

Die russische Regierung hätte es gar nicht wagen dürfen, den Krieg mit uns vom Zaune zu brechen, wenn sie nicht der Zustimmung der überwältigenden bäuerlichen Mehrheit des Volkes zur Eroberung neuen Ackerlandes sicher gewesen wäre. Gewiß ist das Hauptziel der Regierung und des Kapitalismus Konstantinopel gewesen. Aber das Kriegsziel, mit dem die Regierung in meisterhafter Weise die gesamten Bauernmassen zu fanatisieren wußte, war die Aussicht auf Landgewinn. Und dies Ziel wird, so lange der Bildungsgrad des russischen Bauern nicht ein unvergleichlich viel höherer ist, in den nächsten 50 bis 100 Jahren in Rußland noch immer begeisterte Zustimmung finden.

Aus dem oben Gesagten die Folgerung zu ziehen — nämlich die möglichste Schwächung Rußlands durch Lostrennung der fremdstämmigen Gebiete — darf ich dem Leser wohl selbst überlassen."

Notizen

Scheidemann-Gebsattel. Am 15. Mai hat der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann im Reichstage gesagt: „Würde heute die englische und französische Regierung, wie es die russische getan hat, auf Eroberungen und Entschädigungen verzichten, und die deutsche Regierung, statt den Krieg durch den gleichen Verzicht zu beenden, ihn um der Eroberungsziele willen

Digitized by Google

fortsetzen, dann, meine Herren, verlassen Sie sich darauf, dann haben Sie im Lande die Revolution." Diese Worte sind im ersten Augenblick fast allgemein als eine Drohung mit der Revolution aufgefaßt und als solche auch von dem Reichstagspräsidenten mit einem Ordnungsruf gerügt worden. Allerdings hat der im weiteren Verlauf der Debatte zu Wort kommende Parteigenosse Scheidemanns Dr. David im Namen der Partei und damit auch im Namen Scheidemanns erklärt: „Scheidemann hat mit der Revolution nicht gedroht. Er hat nur von der Möglichkeit einer Revolution gesprochen, die eine Folge Ihrer (nach Rechts!) Politik sein muß, die wir aber nicht wünschen." Auch Scheidemann selbst hat in einer persönlichen Bemerkung die Bedeutung seiner Äußerung, die nur einen undenkbaren Fall ins Auge gefaßt habe, abzuschwächen gesucht. Aber es ist Scheidemann mit seiner Äußerung gegangen, wie es ihm der Abgeordnete Schiffer in der Reichstagssitzung vom 16. Mai vorausgesagt hat: seine Worte sind nicht mit den „wenn" und den „aber", mit denen er sie eingeschränkt hatte, sondern so hinausgegangen, als ob er sie als nackte und unverhüllte Drohung ausgesprochen hätte, und sie haben so im Inlande und leider auch im Auslande gewirkt. Ganz besonders aber haben sie den vereinigten Konservativen und Alldeutschen willkommene Gelegenheit geboten, einen Sturm der Entrüstung gegen die Sozialdemokratie und — gegen den Kanzler zu entfachen. Kein Geringerer als der konservative Parteiführer von Heydebrand hat in seiner Herforder Rede gesagt: „Das sind dann die Konsequenzen davon, wenn man dieser politischen Richtung so lange nachgibt, bis sie sich alles herauszunehmen wagen darf."

Aber der vermeintliche Triumph sollte den Konservativen und Alldeutschen schwer vergällt werden. Als Scheidemann das scheinbar so unbedachte Wort von der Revolution fallen ließ, da hatte er einen Pfeil im Köcher, der jenen die Ausnutzung des als „einziger Gewinn" der Interpellationsdebatte gebuchten sozialdemokratischen Geständnisses gründlich zu verleiden geeignet war. Am 22. Mai hat der „Vorwärts" einen Schriftwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, General Freiherr von Gebsattel, und dem Reichskanzler aus dem Mai 1915 veröffentlicht, in dem der alldeutsche Führer genau in gleicher Weise wie der Abgeordnete Scheidemann das Schreckgespenst der Revolution für den Fall an die Wand malt, daß die von ihm vertretenen Kriegszielforderungen nicht erfüllt werden sollten. „Mein Gewissen gebietet mir, vor solch einem Verzicht auf die Ausnutzung unseres sicheren Sieges zu warnen; es wäre der verhängnisvollste politische Fehler, der gemacht werden könnte, und seine nächste Folge wäre die Revolution . . . Das nach solchen Leistungen enttäuschte Volk wird sich erheben; die Monarchie wird gefährdet, ja gestürzt werden." Die konservativ-alldeutschen Blätter bemühen sich angesichts dieser Veröffentlichung, die sie um die ganze Wirkung ihres Entrüstungsfeldzuges zu bringen droht, z. T. geradezu krampfhaft, zu beweisen, daß dieser Brief etwas ganz anderes sei als die Scheidemannsche Äußerung; jener sei nur eine Warnung vor der Revolution, diese eine direkte Drohung mit ihr gewesen. Vor allem die „Deutsche Tageszeitung" möchte jede Gleichsetzung als eine „skrupellose Unehrlichkeit" brandmarken. „Wenn der Parteiführer," — so argumentiert sie — „der behauptet, die Mehrheit der Arbeitermassen in seiner Hand zu haben, einen solchen Hinweis macht, so liegt darin selbstverständlich eine direkte Drohung mit dem Zwangsmittel der Revolution, während der Gedanke der Drohung in der alldeutschen Eingabe auch deshalb nicht gefunden werden kann, weil die in der Eingabe befürchtete Revolution ja wesentlich von Volkskreisen ausgehen müßte, auf die der Urheber der Eingabe gar keinen Einfluß in Anspruch nimmt und hat." Diese Deutung der „Deutschen Tageszeitung" wird aber durch den Wortlaut des Gebsattelschen Briefes widerlegt; ausdrücklich heißt es ja darin: „Das nach solchen Leistungen enttäuschte Volk" — wozu doch ganz gewiß auch die am meisten enttäuschten Alldeutschen gehören! — „wird sich erheben." Noch deutlicher heißt es in einem in Anschluß an den Gebsattelschen Brief an das

Digitized by Google

Tageslicht gekommenen Briefe des der konservativen Partei angehörigen Herrn von Bodelschwingh auf Schwarzenhasel an den Reichskanzler (vom 6. Mai 1915): „... Dann erübrigt die Liebe und das Vertrauen, zum Hohenzollernhaus eine schwere Erschütterung." Hier tritt es ganz klar zutage, daß Konservative und Alldeutsche bei ihrem Hinweis auf eine drohende Revolution keineswegs nur an die „Leute" Scheidemanns denken; denn bei diesen pflegen sie doch die Liebe und das Vertrauen zu dem Hohenzollernhaus nicht eben vorauszusetzen. Also der objektive Tatbestand spricht keineswegs für eine verschiedene Bewertung der Scheidemannschen und der Gebsattelschen Worte. Auch in subjektiver Richtung darf kein Unterschied gemacht werden; denn Scheidemann verwahrt sich gerade so gut gegen die Unterstellung einer Drohung wie Gebsattel, und selbstverständlich ist der eine ebenso maßgebend für die Interpretation seiner Worte wie der andere. Wollen aber die Konservativen und Alldeutschen die Deutung, die Scheidemann und David den Worten des ersteren geben, nicht gelten lassen, sprechen sie also dem Abgeordneten Scheidemann die Glaubwürdigkeit und Aufrichtigkeit ab, so erhebt sich sofort die Frage: Ja, wie konnten sie denn der Berufung Scheidemanns auf Herrn von Bethmann Hollweg in der Frage der Kriegsziele trotz dessen entgegenstehenden amtlichen Äußerungen so viel Gewicht beimessen, daß sie daraufhin eine wilde Agitation gegen den Kanzler entfesselten? Man sieht, in welche peinliche Verlegenheit die vereinigten Konservativen und Alldeutschen durch die Enthüllungen des „Vorwärts" geraten sind: entweder müssen sie den Abgeordneten Scheidemann als einen glaubwürdigen Mann anerkennen, dann dürfen sie aus seiner Äußerung über die Möglichkeit einer Revolution kein Kapital mehr schlagen, oder sie sprechen ihm die Glaubwürdigkeit ab, dann dürfen sie dem Kanzler aus der Berufung Scheidemanns auf ihn nicht mehr, wie sie es lange Monate sozusagen gewerbsmäßig getan haben, einen Strick drehen!

Unsererseits können wir die Äußerungen der Herren von Gebsattel und Bodelschwingh nur geradeso verwerflich finden, wie diejenigen Scheidemanns. Man mag sie drehen und deuten wie man will, sie bleiben doch sämtlich, die einen so gut wie die anderen, immer ein unzulässiges politisches Druckmittel, da sie durch die Erregung von Furcht und Besorgnissen die Regierung von der Richtung, die sie nach bestem Wissen und Gewissen eingeschlagen hat, abzulenken suchen. Sie sind besonders verwerflich von konservativem Standpunkt, indem sie der Krone durch Vorspiegelung von Gefahren für ihren Bestand eine Nötigung und Gewalt antun. Sie sind unter allen Umständen ein schweres Unrecht gegen das ganze deutsche Volk, das sich wahrlich doch in den drei Jahren des Weltkrieges von einer beispiellosen Hingabe und Treue erwiesen hat, die jede noch so verklausulierte Hindeutung auf eine Revolution als Unsinn erscheinen läßt. Dem Reichskanzler darf man es hoch anrechnen, daß er in dem einen wie in dem andern Falle in schönem und unerschütterlichem Glauben an das deutsche Volk, den wir von ganzem Herzen teilen, jenes unzulässige Druckmittel, das hoffentlich nach dem Ausgang der Affäre Scheidemann-Gebsattel von keiner Seite, nicht von sozialdemokratischer und nicht von konservativer, wieder angewandt wird, glatt und völlig abgewiesen hat. Unsere Feinde aber mögen jede Hoffnung auf eine Revolution, die sie etwa aus den mehr oder minder vagen Prophezeiungen von sozialdemokratischer oder alldeutscher Seite saugen könnten, fahren lassen. Es gibt nichts, was so stark, so sturmfest wäre als das von der Liebe und dem Vertrauen des deutschen Volkes getragene Volkskönigtum der Hohenzollern. In diesem Zeichen, und nur in diesem wird Deutschland siegen! G. L.

Russische Weltbeglückungspläne. Gleich England hat sich Rußland nach Ansicht seiner Historiker niemals mit „Eroberungen" befaßt, sondern stets nur „unterjochte Völker" befreit. Daher wurden all die Eroberungspläne auf dem Balkan mit einem religiösen Mäntelchen versehen. Jetzt beginnen sogar in der Sozialdemokratie Weltbeglückungspläne zum Vorschein zu kommen. Mit Genugtuung stellt nämlich die imperialistische „Rjetsch" vom 1. Mai

Digitized by Google

t, daß sich unter den Volkssozialisten, ja selbst bei einzelnen Marxisten slavophile Tendenzen bemerkbar machen: „Das russische Volk ist das erste der Welt. Bisher befand sich in Unwissenheit, Unterdrückung und Knechtschaft. Aber gerade dieses verbürgt seine zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten. Es wird die Zeit kommen, da Rußland der Menschheit ein lehrreiches Beispiel geben wird. Es wird den verfaulten Westen retten, alle Völker vereinen und sich unter neuen, noch nirgends verwirklichten staatlichen Formen entfalten. Diese slavophilen Ideen hören wir Zeitgenossen der russischen Revolution jetzt auf Schritt und Tritt: „Rußland hat den ersten Platz unter allen Demokratien der Welt eingenommen. Rußland besitzt die allerfreiesten Institutionen. Amerika, England und Frankreich sind hinter uns zurückgeblieben, da sie sich unter der Gewalt der Bourgeoisie befinden. Sie sind verpflichtet, von uns zu lernen. Wenn sie aber von uns nicht lernen und uns nicht gehorchen wollen, müssen wir uns von ihnen abwenden und sie ihrem eigenen traurigen Schicksal überlassen." Selbst der Kriegsminister Kerenski, den man in Deutschland als überzeugten Pazifisten anzusprechen liebt, ist nicht frei von ähnlichen Gedanken. Auf dem Frontkongreß in Mohilew hat er z. B. erklärt: „Die Sonne der Freiheit geht auf; sie wird mit ihren Strahlen nicht nur Rußland beleuchten, sondern die ganze Welt, die gespannt auf ihre Befreiung aus dem Osten wartet." Und an anderer Stelle hat Kerenski es direkt gesagt, daß „Rußland den ersten Platz in Europa einnehmen werde".

Die Großrussen gegen Finnlands Selbständigkeit. Das Streben der Finnländer, ihre Selbständigkeit international festlegen zu lassen, hat in der russischen Presse große Erregung hervorgerufen. Selbst das Blatt des Kriegsministers Kerenski, der „Djen" vom 4. Mai, der bisher sehr finnlandfreundlich war, droht jetzt offen mit der gepanzerten Faust: „Wie denkt sich Finnland die Erreichung seiner Selbständigkeit? Glaubt es wirklich, daß es mit 3 Millionen Einwohnern gegen die 170 Millionen Rußlands gewaltsam ankämpfen könne? Von Schweden sei keine Hilfe zu erwarten, und eine Besetzung Finnlands durch Deutschland würde von England und Rußland nie geduldet werden, weil das die Herrschaft Deutschlands über die Ostsee bedeuten würde. Auch eine friedliche Loslösung von Rußland ist nicht möglich: „Tokoi muß mir beistimmen, wenn ich sage, daß noch nie auf der Welt ein Staat ohne ernstliche und zwingende Gründe, ohne eine dringende und gefährliche Bedrohung, dazu geschritten ist, sich selbst zu zerteilen, und diese Amputation gerade mit einer Provinz anzufangen, die einige Werst von seiner Hauptstadt entfernt ist ... Die Selbstverwendung der Finnländer ist das gefährlichste: ohne einen langen, erbitterten und grausamen und dazu fruchtlosen Kampf kann die Sache nicht ausgehen ... Wenn diese Politik in Finnland siegt, kann es zu gefährlichen und geradezu tragischen Folgen für Finnland führen."

Neuerscheinungen

Übersicht über die Berichtswoche vom 20.—26. Mai.

Mit der Freiheitsidee in der Gegenwart beschäftigt sich ein Vortrag des Züricher Professors Egger. Das Dichterwort ist voran gestellt: „Wir werden ganz klar sehen, wenn wir uns selbst treu bleiben." „Die Freiheit ist nicht nur ein konstruktives Prinzip, das Friedemachen ist nicht nur eine Technik, Freiheit nicht eine Formel — sie ist mehr, sie ist eine Gesinnung. Die schönste Rechtsordnung, gut's Recht, aus Friedensverträge, alle Garantien, alle freiheitlichen Verfassungen schaffen's nicht — nur aus freiheitlichen Gesinnung kann die Freiheit erstehen." Weil diese Gesinnung zunächst die Freiheit Träger verlangt, fordert und erhofft Egger für die Zukunft eine Förderung der innerpolitischen Entwicklung der europäischen Staaten im demokratischem und freiheitlichem Sinne; stellt er den Satz auf: „Die Freiheit kann keinem Volke aufgezwungen werden — eine solche Freiheit taugte rein gar nichts. Sie muß von innen heraus kommen und deshalb kann es sich beim Friedensschluß nur darum handeln, diese Entwicklung nicht zu unterbinden." Die unmittelbare Nutzanwendung bietet ihm die

Digitized by Google

Gestaltung des Friedens, auf Grund der Geltung des Nationalitätenprinzips und des Rechtes der kleinen Staaten nach den Postulaten der Vernunft und den Forderungen der Freiheit. „Der Friede darf nicht so beschaffen werden, daß er auch nur ein Volk — und damit erneut ganz Europa — wieder einem Militarismus in die Arme treibt. Das schließt Gebietsverschiebungen nicht aus — sie dürfen nur nicht aus Gründen der Machtpolitik erfolgen, sondern sie müssen durch den Freiheitsgedanken gerechtfertigt sein. Der Friede mag die Machtpolitiker eines Landes noch so sehr enttäuschen — wenn er nur auf wahrhaft freiheitlicher Grundlage errichtet wird, dann wird die Vernünftigkeit desselben schließlich eine alles besiegende Macht sein. Dann wird der kriegerische Nationalismus die Macht über die Gemüter verlieren, dann wird der Imperialismus ausgespielt haben." In denselben Gedankengängen bewegt sich die Rede von G. Bohnendlust über Demokratie und Individualismus. Sie lehnt in dem Individualismus Eigenwillen und Eigensucht ab, betrachtet aber für die Wahrung einer lebendigen Gemeinschaft Eigenart und Eigenkraft als für das Wesen der Persönlichkeit unerläßlich, erblickt in der Demokratie eine werdende Form des Volksganzen, in der die Menge nicht leidendes Objekt bleibt, sondern mehr und mehr bewußtes, urteilendes und wollendes Subjekt wird. „Geht dieser Krieg zu Ende, der aus dem Willen zur Macht geboren wurde, dann wird notgedrungen der Wille zum Recht siegen." Diese Gedanken werden weiterhin gestützt durch Betrachtungen von Noriku über den Reichsgedanken. Er sieht in dem Abfall von den Grundsätzen des Christentums auf dem Gebiete der Humanität, der Staaten- und Wirtschaftspolitik den tiefsten Grund des imperialistischen Machthungers und des gegenseitigen Zerfleischens der Völker. „In der Wiederanerkennung jener unwandelbaren Rechts- und Moralsätze: in einer sittlichen Politik wird die Heilung, wird die Versöhnung, wird das Völkerglück und die Möglichkeit der Errichtung eines Staaten und Völker umspannenden Friedensreiches liegen. Die leitenden Faktoren der Weltpolitik müssen wieder den hinweggespülten ethischen Grund und das sittliche Verantwortlichkeitsgefühl gewinnen, für sie alle muß das Wort des alten Gladstone gelten, das er warnend den skrupellosen Flibustieren der britischen Weltpolitik zurief: „Was moralisch falsch ist, das kann gar nicht politisch richtig sein!" Diesen Gedanken begegnet die Schrift von Eduard Bernstein über die Aufgaben der Juden im Weltkrieg. Die Schrift sieht „das weltbürgerliche Bewußtsein, das keinem Kulturmenschen fremd sein darf" als ein Stück Erbe an, das dem Juden, „der nicht der Assimilation soweit treibt, die Erinnerung an seine Herkunft mit Füßen zu treten, stets gegenwärtig sein sollte, wenn er zu Fragen der ganzen Völkerpolitik Stellung zu nehmen hat". So prägt Bernstein das Wort vom „weltbürgerlichen Patriotismus", das paradox klingt, weil man sich daran gewöhnt hat, Weltbürgertum und Patriotismus als Gegensätze aufzufassen. „Sie sind dies aber nur dann, wenn sie in ihre Extreme zugespitzt sind, wo Weltbürgertum nur Weltbummlertum bedeutet und patriotismus nur ein mißbräuchlich angewendetes Wort für einen nationalistischen Partikularismus ist." „Der Patriotismus ist als der politische Ausdruck eines natürlichen Zusammengehörigkeitsgefühls ebenso unter dem Gesichtspunkt des Zweckes zu rechtfertigen, wie er ursächlich begründet ist. Nur muß er, welcher Kategorie er immer angehöre, um nicht der fortschrittlichen Entwicklung entgegenzuwirken, sozial begriffen und geübt werden. Ist dies der Fall, so ist es auch kein Widerspruch, von einem weltbürgerlichen Patriotismus zu reden." Eine neue Stellung in dem Verhältnis Deutschlands zur Welt will weiterhin eine Zeuschrift „Der Orkan" begründen helfen. Kurt Martens gibt ihr den Leitsatz mit auf dem Weg: „Denken, fühlen, handeln wir deutsch, ohne das Deutschtum beständig im Munde zu führen! Verzichten wir dem Ausland gegenüber endgültig auf alles Renommieren, Drohen, Prophezeien, Bramarbasieren! Mit Sorgfalt und Entschlossenheit vorwärts auf allen Gebieten, besonders aber auf denen des Geistes. Erfolge in ruhigem Selbstbewußtsein zur Kenntnis nehmen, schweigend darauf weiterbauen! Die Gegner nicht hassen, sondern zu verstehen suchen. Und über aller Feindschaft walte Menschlichkeit."

Auch um die Stellung zu uns selbst mühen sich wieder neue Bücher, denn die Erkenntnis bricht sich Bahn, „daß das Größte, was wir dem Staate geben können, nicht Geld und Bildung, sondern der Menschen sind". Der Pfarrer Fritz Haun mahnt aus dieser Erkenntnis mit den Worten Jesu: „Ihr müßt eure ganze Gesinnung ändern, ihr müßt von dem Alten hinweg und euch Neuem, Großem, Werdendem, Ungeheurem entgegenstrecken," und er glaubt mit derselben religiösen Inbrunst an die kommende neue Zeit: „Durch all das Knattern der Maschinengewehre und das Dröhnen der Kanonen da draußen, durch all das Schluchzen einsam gewordener Mütter und das Stöhnen unserer sterbenden Brüder höre ich doch immer wieder aus der Ewigkeit her eine Stimme: „Du mußt dich mit deinem ganzen tiefsten innersten Menschen dem Neuen erschließen, das werden soll. Alles, was war, soll jetzt hinter dir liegen. Jetzt hat nur der ein Recht zu atmen, diese großen Dinge und die Wirklichkeit zu erleben, der mit dem tiefsten Innern seines Ichs einem Neuen, Werdenden, Ungeheuren, das sich von der Ewigkeit her immer mehr zu uns herübertastet, sich erschließt und mit heiligem Beben der Stunde wartet, da dies Neue Gegenwart und wirksame Tat geworden ist. Denn es kommen Tage voll Wunder und Himmel." Für unsere neue geistige Einstellung ist das Heftchen von Interesse und Wert, mit

Digitized by Google

dem der temperamentvolle Hans Pfitzner zu Busonis neuer Ästhetik Stellung nimmt: „Busoni erhofft sich von der Zukunft alles für die abendländische Musik und faßt die Gegenwart und die Vergangenheit auf als einen stammelnden Anfang, als die Vorbereitung. Wie aber, wenn es anders wäre? Wenn wir uns auf einem Höhepunkt befänden oder gar der Höhepunkt schon überschritten wäre? Ob nicht die Aufgabe unserer Zeit anstatt die Sechsteltöne zu suchen, im rasendem Tempo vorwärtsstürmen zu wollen, jedes Errungene einem Neuen zuliebe vernichten zu wollen — ob nicht vielmehr die Aufgabe unserer Zeit liebevolle Besinnung wünschenswert erscheinen ließe auf das, was entstanden ist und was gegenwärtig entsteht, und zwar nicht nur auf das, was an der Oberfläche schwimmt?" In das wirtschaftliche und von da aus tief in das allgemeine zukünftige Verhältnis des einzelnen zum Staat greift der Streit der Meinung um Walter Rathenaus „Probleme der Friedenswirtschaft" ein. Ein Anonymus betrachtet — im Gegensatz zu Rathenau — als unerläßliche Vorbedingung zur Erreichung der künftigen wirtschaftlichen Hauptziele die völlig ungeschmälerte Erhaltung der eigenen Initiative des einzelnen und darum die Vermeidung einer Zentralisation der Wirtschaft. „Welch deutliche Sprache führen in dieser Hinsicht die mancherlei bitteren Kriegserfahrungen! Wie vielfach mußte eine Vergeudung von Material, Arbeitskraft und Kapital in Kauf genommen werden als die unumgängliche Folge von Konzentrationsbestrebungen und der daraus sich ergebenden Unterbindung der Bewegungsfreiheit des einzelnen. Auch wird gerade der Zwang der kommenden Verhältnisse mit ihren erschwerten Daseinsbedingungen der Einzelunternehmer sicher noch mehr als bisher ein mächtiger Ansporn sein, nicht das geringste von jenen vorstehend erwähnten drei nationalen Hauptgütern zu vergeuden. Die Summe der Ergebnisse dieser Einzelbestrebungen wird aber weit, weit größer sein als das Resultat, das selbst bei mustergültigster Leitung die vom Redner lebhaft befürwortete Konzentration des Wirtschaftslebens erreichen kann, bei der der einzelne aufhört, in eigener Werkstatt als Schaffender im gewaltigen Allbetriebe der nationalen Wirtschaft selbständig zu wirken, sondern zum Rädchen eines großen Uhrwerkes herabsinkt." Er beruft sich vielmehr auf den Satz des Freiherrn vom Stein als Leitsatz für unsere Zukunft: „Alles entfernen, was den einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erwerben, den er nach dem Maß seiner Kräfte zu erreichen fähig ist."

Erziehung

H. Karsch: Schülerheft der Kriegsstunden. List und von Bressensdorf, Leipzig 1917. 144 S. Will den Kindern Mittel in die Hand geben, das, was ihnen im Unterricht über Fragen des Krieges gesagt worden ist, zu Hause nachzulesen.

H. Wolff: Karte und Kroki. Verlag B. G. Teubner, Leipzig 1917. Mit 47 Figuren im Text. 57 S. Kart. M. 1.80. Überblick über alle Arbeiten, welche zur Herstellung einer Karte nötig sind, mit Beschränkung auf die einfachsten vermessungstechnischen Methoden, bei denen nur geringe mathematische Kenntnisse vorausgesetzt werden können.

Dr. Claudius Freiherr v. Schwerin: Deutsche Rechtsgeschichte (mit Ausschluß der Verfassungsgeschichte). Zweite veränderte Auflage. B. G. Teubner, Leipzig 1915. 199 S. Geh. M. 3.20, geb. M. 3.80. Durch äußerliche Zutaten (Register und Literaturangaben) erweiterte und im einzelnen gebesserte und neu eingeteilte Auflage der Rechtsgeschichte des Verfassers, der sie als „bescheidenes Zeichen dafür anführt, „daß auch in schwerster Zeit die deutsche Wissenschaft nicht ruht".

Fritz Haun: Der Weg zur neuen Volkskultur. Ein Aufruf an die Daheimgebliebenen. Duisburg 1916. Verlag Dietrich & Hermann. 43 S.

Hans Pfitzner: Futuristengefahr. Bei Gelegenheit von Busonis Ästhetik. Süddeutsche Monatshefte G. m. b. H., Leipzig-München 1917. 48 S. Geh. M. 1.—.

Friedensfragen

Alfred Jaffé: Kriegsziele. Verlag der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung G. m. b. H., Berlin 1917. 96 S. M. 1.—. Die Aufsätze sehen „als glücklichste Lösungen" für den Osten die Personalunion zwischen Preußen und Polen und im Westen die Bildung eines holländisch-belgischen Gesamtstaates an.

Dr. Alfred Lanick: Klarheit über die Kriegsziele. Heidelberg 1917. Politische Verlagsanstalt. 184 S. Als Zusammenstellung der wichtigsten Kriegszieläußerungen und Denkschriften der Parteien, Verbände, Ausschüsse und einzelnen Persönlichkeiten von dokumentarischem Wert.

Ernst Mayer: Wenn der Friede kommt... Verlag G. Franzsche Hofbuchdruckerei, München 1917. 62 S. M. —.90. Sucht zu zeigen, welcher Gang der Dinge nach Friedensschluß in volkswirtschaftlicher Beziehung als der günstigste und wünschenswerteste angesehen werden muß. Nebenbei wird als Grundbedingung für die Zukunft die „Bekämpfung des Protektionsunwesens" bezeichnet.

Zeitfragen — Streitfragen. Erwiderung auf den Vortrag des Herrn Rathenau, „Probleme der Friedenswirtschaft". Verlag Geyer, Hilscher & Co., Chemnitz. 32 S.

Rudolf Stolzmann: Konjunktur und Auf-

Digitized by Google

schwung nach dem Kriege. Verlag Franz Vahlen, Berlin 1917. 40 S. Betrachtet von der Seite der praktischen Nationalökonomie optimistisch die zukünftige Konjunktur.

Die Freiheitsidee in der Gegenwart. Vortrag gehalten in Genf und in Zürich im Februar 1917 von Dr. A. Eager. Verlag Rascher & Co., Zürich. (Schriften für Schweizer Art und Kunst 69.) 48 S. M. —.90.

Demokratie und Individualismus. Rede gehalten an der zweiten Jahrestagung der Neuen Helvetischen Gesellschaft 24. September 1916 von Dr. Gottfried Bohnenblust. Verlag Rascher & Co., Zürich 1917. (Schriften für Schweizer Art und Kunst 67.) 35 S. M. —.60.

Der Reichsgedanke. Das alte, das neue und das kommende Reich. Von Dr. F. Norikus. Sonderabdruck aus Band 158 der „Historisch-politischen Blätter". München, Verlag der Leutnerschen Hofbuchhandlung (E. Stahl). 40 und VII S.

Kriegsliteratur

La Vérité sur la Question Syrienne. Stamboul, 1916. (Kommissionsverlag B. G. Teubner, Leipzig.) Geh. M 5.—. Der türkische Marineminister und Kommandeur der IV. Armee in Syrien gibt eine Reihe von offiziellen Briefen, Erklärungen und Dokumenten aus den französischen Konsulaten zu Damaskus und Beirut heraus, die die Umtriebe der Engländer und Franzosen und der von ihnen gegründeten arabischen Klubs in Syrien beweisen. Die Dokumente werden zum größten Teil im Wortlaut, zum Teil in Faksimile gegeben, so daß auch das Ausland an der Gültigkeit und Beweiskraft dieser Dokumente nicht wird zweifeln können, die für die Versuche der Engländer und Franzosen zeugen, das Land gegen die türkische Herrschaft zu revolutionieren.

Österreich von Innen. Süddeutsche Monatshefte, Mai 1917. Preis einzeln M. 1.50. Mit Beiträgen von Carl M. Danzer, Maximilian v. Hoen, Aurel v. Dorul, Otto Lecher, Gustav Groß, Alfons Graf Mensdorff-Pouilly, Heinrich v. Wittek, Janez Krek, Alfred v. Halban, Stanislaus v. Smolka, Korylo Trnlowskyj, Theodor v. Sosnosky, Karl Renner, E. V. Zenker, Zdenek Tobolka, Dietrich Schäfer und Alois Höfler.

Eduard Bernstein: Von den Aufgaben der Juden im Weltkrieg. (Berlin, Erich Reiß Verlag.) 1917. 52 S.

Höchste Kraft. Ein Pfingstgruß an unsere Feldgrauen von Hermann Josephson, Geh. Konsistorialrat, z. Z. freiw. Feldprediger. Mit Bildern von Rudolf Schäfer, Wilh. Thiele, L. Burger u. a. (Gustav Schloeßmanns Verlagsbuchhandlung [Gustav Fick], Leipzig, 1917.) 48 S.

Die innere Front, Das Oberkommando in den Marken. (A. Jandorfs Verlag, Berlin.) Mit 13 Handzeichnungen. 53 S. Die „Parnassus"-Bücher werden „aus Gründen einer äußerlichen Aktualität" und „weil das Vaterländische unter aller Empfinden und Denken ganz einnimmt", mit Heften fortgesetzt, die „im Heimatland die Fronten bauen, erhalten und stärken" und „die es der Nation ermöglichen, unbeirrt weiterzuarbeiten". Dem Oberkommando „als einem der wichtigsten Faktoren dieser Art" dient das erste mit Bildnissen fast aller Mitarbeiter versehene Heft.

Otto Grautoff: Emile Mâle: Studien über die deutsche Kunst. (Leipzig 1917. Verlag Klinkhardt & Biermann.) 109 S. Bringt eine Übersetzung des Aufsatzes des französischen Kunsthistorikers über die Kunst der germanischen Völker, in dem er nachzuweisen sucht, daß „der deutsche Geist nicht nur keine Erfindungsgabe besitzt, sondern nur verstanden hat, zu zerstören". Fachleute wie Paul Clemen, Kurt Gerstenberg, Adolf Göhr, Cornelius Gurlitt, Arthur Haseloff, Rudolf Kautzsch, H. A. Schmid, Joseph Strzygowski, Geza Supka, Oskar Wulff stellen die wissentlichen und absichtlichen Irrtümer Mâles fest.

Zeitschriften

Internationale Rundschau. (Verlag Orell Füßli, Zürich.) 5. Heft behandelt Amerika im Weltkrieg (S. Feilbogen), den wirtschaftlichen Vierverband (Ch. Gide), das deutsche Friedensangebot (E. D. Morel), Welthandelsflotte und Weltschiffahrt, Preisrevolution und Produktivität der Arbeit.

„Der Orkan". Ein numeriertes Extrablatt zur Pflege neudeutscher Kunst und Kultur. Herausgeber und Gründer: Rolf Conrad Eunz. (Deutsche Handelsgesellschaft Schlepregrell & Co., Leipzig.) Heft 1, April 1917. Jahresabonnement M. 5.—, Einzelheft M. —.75.

Zur gefälligen Beachtung! Wir möchten nicht verfehlen, das ganz besondere Interesse unserer Leser auf den beigelegten Prospekt des „Deutschen Auslandmuseums" zu lenken und verweisen auf unsere Notiz darüber im vorangegangenen Heft Nr. 21.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 9, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 8. Juni 1917 • Heft 23

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Das neue Palästina

Von Professor Dr. E. Jäckh

Soeben aus der Türkei zurückgekehrt, begegne ich soviel Fragen, besonders über Syrien und Palästina, daß es sich lohnt, dem Oberkommandierenden der syrischen Armee, General Dschemal Pascha, selbst das Wort zu geben. Das kann geschehen durch die Wiedergabe eines Interviews, das er einem Mitarbeiter meiner „Deutschen Orient-Bücherei" gewährt hat und aus dem heute an dieser Stelle einiges vorweggenommen werden soll. Dschemal Pascha ist mir persönlich aus seiner Gouverneurzeit in Adana gut bekannt: als äußerst energisch, gerecht und klug, als eine starke Persönlichkeit großen Stils. Er kennt Deutschland nicht aus eigener Anschauung, hat aber im Krieg seine Söhne nach Berlin geschickt, damit sie eine deutsche Ausbildung und Erziehung erhalten. Er bewundert und schätzt Deutschland und steht treu und zuverlässig zur deutschen Bundespolitik. Die militärische Lage in Syrien ist durchaus fest und gut: die Engländer haben bei Gaza zwei schwere Niederlagen erlitten und scheinen nicht weiter über die Grenze nach Syrien hineinkommen zu können, so daß Jerusalem als außerhalb der Gefahr gilt.

Geben wir Dschemal Pascha selbst das Wort:

— Wie kann man am besten die Sympathien bekämpfen, die gewisse Klassen der syrischen Bevölkerung für Rußland, England und Frankreich hegen?

— Nach den letzten Erfahrungen — erwiderte Dschemal Pascha — wurde festgestellt, daß es ein Gebot der Notwendigkeit ist, diese sehr kleinen Kreise einfach zu beseitigen. Sollte es heute noch Leute geben, die Sympathien für diese Mächte hegen, so werden sie ihren Irrtum von selbst einsehen. Wir werden ihnen beweisen, daß keine dieser Mächte ihnen materiell oder moralisch irgend etwas bieten kann.

— Wie viele türkischen Schulen hat man in Syrien seit dem Ausbruch des Krieges eröffnet?

— Es gab in Syrien und Palästina vor dem Kriege viele englische und französische Schulen. Nach der Kriegserklärung haben wir alle den feindlichen Mächten ange-

Digitized by Google

hörige Schulen geschlossen. Unsere eigene Organisation des Unterrichts in Syrien und Palästina war sehr gut ausgebildet, jedoch nicht genügend für alle Schüler, die die obenerwähnten Schulen besuchten. Infolgedessen haben wir unverzüglich damit begonnen, die Lehranstalten zu erweitern, wobei wir von drei Gesichtspunkten aus vorgingen: 1. die Organisierung der vorhandenen Schulen; 2. Gewährung einer bevorzugten Stellung derjenigen Schulen, die von neutralen Untertanen geleitet werden und die der türkischen Nation würdig waren, und 3. die Neugründung von Schulen. In den von neutralen Staatsangehörigen geleiteten Schulen lag der Unterricht der türkischen Sprache und der Religion in oft sehr unfähigen Händen. Ich selbst habe mit den Direktoren dieser Schulen gesprochen und habe festgestellt, daß ihre Absichten nunmehr anders sind. Sie haben für die türkische Sprache und für unsere Religion tüchtige Lehrer angestellt, und diese Initiative wurde auch bisher mit gutem Erfolg belohnt. Man kann sagen, daß die Atmosphäre, die heute in diesen Schulen herrscht, weit gesunder ist, als vor dem Kriege. Die erste Schule, die wir von neuem eröffnet haben, ist die Universität Selahie in Jerusalem. Es ist dies eine Hochschule.

Wie Sie ferner wohl wissen und wohl auch beobachtet haben, betrieben die Fremden in Syrien den Ackerbau nach den modernsten Methoden, während viele der Araber selbst immer noch an veralteten Systemen hingen. Derart zogen die Fremden Millionen aus diesem Lande, während dessen Söhne nur einen kargen Gewinn einheimsten. Aus diesem Grunde habe ich zwei Ackerbauschulen gegründet, eine in Palästina, Latrum, in der Nähe von Jaffa, die zweite in der reichen Bukaebene, Tanail-Ksara, die Sie ja mit mir selbst besucht haben. Wie Sie ebenfalls wissen, habe ich für die zweite Schule einen Direktor aus Deutschland berufen, Herrn Dr. König. Heute schon tragen diese beiden Anstalten reiche Früchte. Nach der Gründung dieser Schulen habe ich in Aleppo ein internes Lehrerseminar und in Beirut die externe Mädchenschule „Dschemal Pascha" eröffnet. Ferner wird in Bälde die Eröffnung folgender Schulen stattfinden: in Beirut ein externes Lehrerseminar und ein Mädchen-Lyzeum, im Libanon eine externe Elementarschule für Mädchen und desgleichen in Damaskus. Die Lehrerinnen für diese Schulen sind aus Konstantinopel angekommen, die Räume sind schon vorbereitet und die Schüler sind schon in die Listen eingetragen worden. Als Schulräume benützen wir diejenigen der früher den feindlichen Mächten angehörigen Schulen. Die Oberleitung über die drei letzten Schulen habe ich der berühmten türkischen Schriftstellerin Halide Edib Hanum anvertraut. Dies bürgt dafür, daß diese Schulen in vollkommener Weise geleitet werden. Außerdem habe ich wiederum Waisenhäuser eröffnet (so das Waisenhaus Gantora im Libanon für etwa 1000 Kinder), die ich übrigens später zu einer elementaren Kunst- und Gewerbeanstalt umwandeln will.

— Ist es nicht absolut notwendig für die friedliche Entwicklung Syriens, daß nach dem Kriege die französischen, englischen und russischen Schulen geschlossen bleiben?

Digitized by Google

— In dieser Frage hat die türkische Regierung einen unveränderlichen Entschuß gefaßt: auf keinen Fall werden diese Schulen nach dem Kriege wieder eröffnet. Dies erklärt auch, warum ich gerade dem Unterrichtswesen in Syrien meine besondere Sorgfalt widme, warum ich Schulen gegründet habe, die vorzügliches leisten, sowohl hinsichtlich einer modernen Erziehung, als auch hinsichtlich der nationalen Idee. In den russischen, englischen und französischen Schulen wurden lediglich Propagandazwecke verfolgt; die von mir gegründeten Anstalten werden diese Schulen vollständig ersetzen und zudem weiter besseres leisten.

— Welches ist der Einfluß der amerikanischen Schulen auf die syrische Bevölkerung?

— Wenn ich an den verhängnisvollen Einfluß der russischen, englischen und französischen Schulen denke, so finde ich die amerikanischen Schulen weit weniger schädlich. Dennoch blieben auch diese Schulen nicht frei von den ungünstigen Beurteilungen, die alle fremden Schulen bei der syrischen Bevölkerung hervorrufen müssen. Ich glaube deshalb, daß die amerikanischen Schulen langsam verschwinden werden, falls sie nicht ihr Programm und ihre Denkungsweise grundsätzlich ändern wollen.

— In welcher Form könnte die deutsche Mitarbeit an dem Unterrichtswesen in Syrien am besten stattfinden?

— In zweierlei Art: durch Anleihen, die wir für unser Unterrichtswesen abschließen wollen, könnte uns Deutschland den besten Beistand bieten, ferner durch Sendung tüchtiger deutscher Fachmänner für unsere Reorganisation und für die Bilduug einer tüchtigen Lehrerschaft. Natürlich müßten diese Fachmänner keine anderen Ziele mehr im Auge haben als die der Türkei, sie müßten handeln und denken wie ein guter Türke.

— Durch welches Mittel wird Euer Exzellenz die anormale Tatsache beseitigen, daß in gewissen Städten Syriens eine fremde Sprache vorherrscht?

— Durch die Schulen, die ich eröffnet habe, und in denen vor allem Türkisch und Arabisch unterrichtet wird. Die fremden Sprachen werden nur noch an zweiter Stelle gelehrt werden, im Gegensatz zu früher, als man die fremde Sprache als die wichtigste betrachtete.

— Warum ist die Versorgung von Beirut, des Libanon und von Jerusalem so schwierig?

— Zunächst deshalb, weil es sich hier um zwei konsumierende Großstädte und um eine Gegend handelt, deren landwirtschaftliche Produktion gering ist. Jerusalem zum Beispiel kann sich selbst nur zwei Monate im Jahre ernähren. Dann muß hier die Schwierigkeit der Transportverhältnisse erwähnt werden. Wir tun alles, um Abhilfe zu schaffen, auch kann man sagen, daß diese Gegenden zwar manchmal zu leiden haben, daß sie aber nie ohne Lebensmittel geblieben sind. Um genügend Nahrungsmittel nach diesen Gegenden hinzuführen, braucht man Eisenbahnen und Karawanen.

Digitized by Google

Beide Mittel sind natürlich in hohem Maße durch militärische Bedürfnisse in Anspruch genommen. Der Transport von Norden nach dem Süden befindet sich in den Händen der militärischen Transportverwaltungen, so daß nur wenige Waggons für den Transport von Lebensmitteln für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Dann ist noch in Erwägung zu ziehen, daß hier wie überall die Produzenten ihre Erzeugnisse verbergen, um sie später mit noch höherem Gewinne zu verkaufen. Und schließlich darf man nicht vergessen, daß die Bevölkerung von Beirut und Jerusalem vor dem Krieg fast ausschließlich vom Handel lebte. Heute aber ist der Handel naturgemäß stark zurückgegangen. Diejenigen Personen, die früher von diesem Handel lebten, sind heute auf die Hilfeleistung der Regierung angewiesen, die ihr Möglichstes tut.

— Könnte sich Syrien nicht nach dem Kriege selbst ernähren?

— Dies wohl vorderhand in nur unzureichender Weise. Doch wird in einigen Jahren nach dem Kriege der Reichtum Syriens dank der von der türkischen Regierung ergriffenen Maßregeln stark gestiegen sein.

— Auf welche Weise ist es möglich, den einheimischen Gewerben und Künsten zu neuer Blüte zu verhelfen?

— Vergessen Sie nicht, daß, wie Sie wohl selbst beobachten konnten, in Syrien die meisten der traditionellen Gewerbe und Künste noch weiterleben. Auch ist die syrische Bevölkerung für die Produkte der einheimischen Gewerbe nicht unempfänglich. Nach dem Kriege werden die vom Ausland importierten Waren ihre alte Billigkeit, die die einheimischen Gewerbe so sehr schädigt, nicht mehr beibehalten können. Ich selbst arbeite auf diesem Gebiet mit dem Direktor einer Kunstschule, den ich aus Deutschland hierher gerufen habe, und dessen Aufgabe es sein wird, die noch vorhandenen Gewerbe und Künste zu entwickeln und die in Vergessenheit geratenen wieder neu zu beleben. Die türkische Regierung wird dieser Frage ständig ihre volle Aufmerksamkeit widmen.

— Wie kann man Syrien vor der fremden Schundware schützen, die unter dem Schlagwort „Gut genug für den Orient" nach diesem Teil der Türkei eingeführt wird?

— Hiergegen wird der Zolltarif helfen. Man wird nur noch erstklassige und sehr teure Waren in Syrien einführen, die andern wird man im Lande selbst herstellen.

— Welche sind die deutschen Mitarbeiter, die Exzellenz nach Syrien berufen haben und welche andern Mitarbeiter wird Exzellenz aus Deutschland noch herbeiziehen?

— Für Tanail Ksara habe ich einen Fachmann aus Deutschland berufen, ferner einen solchen für die Leitung der Handwerksschule in Damaskus, weiter einen deutschen Forstmann für die Aufforstung Syriens. Außerdem habe ich auch einen deutschen Oberingenieur hierher gerufen, dessen Aufgabe die Trockenlegung der Sümpfe in Syrien und Palästina und anderseits die Bewässerung einiger wasserarmer Ebenen in Syrien sein wird. Unter der Leitung dieses Oberingenieurs wird eine große Anzahl von Fachleuten arbeiten, die spezielle Kommandos zu bilden haben. Dann werde

Digitized by Google

ich für die Verwaltung des berühmten Pachtgutes „Birran", das bekanntlich der Regierung gehört und einen Umfang von neunhunderttausend Dönüms[1] hat, einen landwirtschaftlichen Fachmann aus Deutschland herberufen, wie ich überhaupt für alle Gebiete, die einer Modernisierung bedürfen, Fachmänner aus Deutschland kommen lasse und kommen lassen werde.

— Welches ist Ihre Meinung, Exzellenz, über die deutschen Kolonien in Palästina: tragen diese Kolonien zur wirtschaftlichen Kraft dieses Landes bei?

— Beachten Sie, daß diese Kolonien allein der Zahl nach keine große Bedeutung haben. Ihr Einfluß auf ganz Syrien ist deshalb gering, er beschränkt sich auf einige schöne Dörfer und einige reiche Güter, die von diesen Kolonien errichtet und angelegt worden sind.

— Was ist Ihre Meinung über die jüdischen Kolonien, sind diese in wirtschaftlicher Hinsicht nützlich?

— Augenblicklich sind die jüdischen Kolonien weder schädlich noch nützlich für das ganze Land. Sie arbeiten nur für sich selbst. Falls diese Kolonien zunehmen, wird auch die zionistische Strömung anwachsen. Ich bin aber ein Gegner des Zionismus. Ich bin gegen eine Einwanderung der Juden in Palästina.

— Bilden diese jüdischen Kolonien nicht in politischer Hinsicht ein Element, das man gegebenenfalls dem arabischen Element entgegensetzen könnte?

— Was wollen diese siebzig- oder achtzigtausend Juden gegenüber den Hunderttausenden von Arabern? Wie Sie wohl wissen, liegt es uns fern, in einen Gegensatz zu den Arabern zu treten. Noch weit ferner liegt uns natürlich die Schaffung eines Elements, das wir gegen die Araber ausspielen sollten. Diejenigen Juden, die mit diesem Gedanken nach Syrien kommen, halte ich für doppelt schädlich.

— Was denken Euer Exzellenz über den Zionismus?

— Meiner Meinung nach ist der Zionismus eine sehr schädliche Bewegung für das türkische Reich, und ich tat mein Möglichstes und tue es auch heute noch, um einer Erweiterung dieser Bewegung in diesem Lande entgegen zu arbeiten. Ich halte dies für meine Pflicht.

— Welches sind die Ergebnisse der dank Ihrer Initiative in Syrien ins Leben gerufenen Tätigkeit der Frau?

— Die Frauen Syriens haben mit all ihren Kräften an dem Kriege teilgenommen, erinnern Sie sich nur an die Werkstätten in Damaskus, in denen Tausende von syrischen Frauen arbeiten. Auch ein in Beirut ins Leben gerufener Frauenausschuß hat uns große Dienste geleistet, ferner denke ich mit Dank an die so menschliche Hilfe des Frauenklubs in Damaskus. Vor dem Kriege lebte die syrische Frau völlig abgeschlossen für sich, heute nimmt sie teil an dem wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihrer Heimat.

[1] Ein Dönüms = 930 Quadratmeter.

Digitized by Google

— Glauben Sie, daß eine Bahnverbindung zwischen Ägypten und Syrien nützlich und wünschenswert ist?

— Ohne jeden Zweifel. Ich wünsche diese Verbindung und betrachte sie vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus als sehr nützlich.

Streiflichter zur Weltlage VIII

Der Mai 1917

Von Professor Dr. Schiemann

Der hinter uns liegende Monat ist, wie sein Vorgänger, ein Monat nur selten unterbrochener Kämpfe an unserer Westfront, an der italienischen Front Österreich-Ungarns, am Cernabogen und um Monastir gewesen, während im Osten zunächst eine Art Stillstand infolge der russischen Revolution eintrat. Engländer, Franzosen und Italiener, sowie Sarrail mit seiner bunt zusammengewürfelten Armee, gingen daran, den vereinbarten gleichzeitigen Durchbruch durch die deutschen, österreichisch-ungarischen und bulgarisch-deutschen Linien zu erzwingen. Überall sind diese Versuche unter ungeheuren Verlusten gescheitert. Die vergeblichen Anläufe im Kampffeld von Arras, an der Scarpe, sowie an der Champagne-Front werden nicht mehr gezählt, es läßt sich kaum erkennen, ob es sich um Fortsetzung einer unterbrochenen Schlacht, oder um neue Schlachten handelt, die dort geschlagen werden, aber man zählt eine zehnte Isonzo-Schlacht. Nicht zu verkennen ist ein allmähliches Verbluten und Erlahmen unserer Feinde, und ebenso tritt deutlich zutage, daß sie an der Weisheit ihrer militärischen Führung irre geworden sind. Dem Kriegsminister Painlevé haben die Franzosen erst den General Pétain, als Generalstabschef und Berater in allen mit dem Krieg in Zusammenhang stehenden Fragen, an die Seite gestellt, dann haben sie ihn zum Oberbefehlshaber an Stelle Nivelles ernannt, den sie, zur Strafe für die unerhörten, durch keinen Erfolg gerechtfertigten Verluste absetzten und mit dem Kommando einer Armeegruppe abfanden, an Pétains Stelle aber wurde der General Foch zum Generalstabschef ernannt. Nun ist aber die Offensive Pétains ebenso und nicht weniger blutig gescheitert wie die seines Vorgängers, und wer ein feines Ohr hat, hört bereits jetzt das dumpfe Grollen einer sich vorbereitenden Volkserhebung, die mit den Rhetoren und Diplomaten aufräumen wird, von deren Verheißungen nicht eine in Erfüllung gegangen ist, während der Druck der wirtschaftlichen Not sich von Woche zu Woche schwerer fühlbar macht. Das „Journal des Débats“ eifert heute gegen die Diplomaten der Triple-Entente, weil sie noch im Herbst 1913 hartnäckig am Glauben festhielten, „daß die Türkei Frankreich völlig ergeben sei und Talaat es zärtlich liebe“. „On frémit de rage en remuant ces souvenirs“. (Man schäumt vor Wut, wenn man auf diese Erinnerungen zurückgreift.) Namentlich schmerzlich ist dem Blatt die Erinnerung an die 500 Millionen Franks, die Frankreich

Digitized by Google

(à la veille de la guerre) der Türkei geliehen hat, woran sich wohl die Vermutung knüpfen läßt, daß die Erinnerung an die den Russen geliehenen Milliarden noch weit schmerzlicher sein wird! Die Enttäuschung über Rußland aber kann nicht ausbleiben, denn was sich dort vollzieht und von der englisch-französischen Presse ängstlich verheimlicht wird, läßt keinen Zweifel übrig, daß der Zersetzungs- und Auflösungsprozeß in rasendem Tempo seinen weiteren Verlauf nimmt. Erst jetzt ist bekannt geworden, daß General Rußki seinen Abschied genommen, weil er jeden Versuch einer Wiederaufnahme der russischen Offensive für ein „verzweifeltes und aussichtsloses Unternehmen" hält. Die Umwandlung der provisorischen Regierung in ein Koalitionskabinett hat keinerlei Wendung zum Besseren nach sich gezogen. Skobelew und Tseretelli sind wegen ihres Eintritts in das Kabinett von der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, gegen Tseretelli hat eine neue geheime Gesellschaft, die sich „der schwarze Punkt" nennt, ein Todesurteil ausgesprochen, und es sollen noch andere Todesurteile mißliebigen politischen Personen zugegangen sein. Alle Hoffnung richtet sich auf den neuen Kriegs- und Marineminister, der, wie man anerkennen muß, sein möglichstes tut, um die völlig versagende Disziplin an der Front wieder herzustellen. Aber zu wie vielen Zugeständnissen an die Soldaten hat er sich verstehen müssen. Die „eiserne Disziplin", die er verlangt, ist undurchführbar bei dem System der Komitees, welche die gesamte Armee in ewig beratende Konventikel auflösen, sowie infolge der Desertionen, die die Kraft der Kampffront lähmen und Unruhe und wildes Räuberwesen in das Innere des Reichs tragen. Die Provinzialzeitungen, die jetzt dank einem glücklichen Zufall über die ängstlich bewachte russische Grenze nach Stockholm gebracht worden sind, entwerfen ein wahrhaft entsetzliches Bild von dem Chaos, das von einem Ende des Reichs zum anderen zieht und der Schrecken aller derjenigen ist, die nicht den Vorzug haben, ein Teil des ganz aus Rand und Band geratenen Pöbels zu sein. Was vermögen dem gegenüber die Worte von Kerenski und die schönen Reden des französischen Munitionsministers Thomas, der bestimmt war, als Nachfolger Palaeologues, am Ausgangspunkt aller revolutionärer Wirren, in Petersburg, die Interessen der Entente zu vertreten. Jetzt ist jedoch die Kandidatur Briands konkurrierend aufgetaucht. Im Augenblick handelt es sich für England und Frankreich, abgesehen von der Herstellung der Kampffähigkeit der Armee, darum, zu verhindern, daß die mit Rußland geschlossenen Geheimverträge veröffentlicht werden. Wie Miljukow hat auch sein Nachfolger Tereschtschenko sich dem Willen der Entente gefügt und erklärt, er werde die Verträge nicht veröffentlichen, weil die Folge der Veröffentlichung notwendig die Trennung Rußlands von seinen Alliierten und die Anbahnung eines Sonderfriedens sein würde. Aber einen Teil jener geheimen Vereinbarungen hat er sich bereits zu eigen gemacht, indem er erklärte, daß die Elsaß-Lothringer jetzt berechtigt seien, auf die Verwirklichung ihrer Ideale zu rechnen! Ihr Recht sei solidarisch mit dem Recht Rußlands, sich vom De-

Digitized by Google

spotismus zu befreien, und Rußland müsse vorwärts, nicht rückwärts blicken! Diese Argumentation hat aber die Arbeiter und Soldaten Petersburgs keineswegs befriedigt. Sie bestehen auf Veröffentlichung der Verträge, und man darf wohl erwarten, daß sie ihren Willen durchsetzen werden. Die Männer, die jetzt an der Spitze der revolutionären Bewegung stehen, sind neben ihren republikanisch-sozialistischen Idealen auch Fanatiker der Wahrheit. Sie wollen wissen, bis zu welchem Grade das gestürzte zarische Regiment Schuld am Ausbruch des Weltkrieges trägt, und die Publikation der Geheimverträge soll ihnen und aller Welt eine Antwort darauf geben. Es ist keine Phrase, wenn sie erklären, nur mit reinem Gewissen den Krieg fortsetzen zu wollen. Wenn sie aber die Wahrheit kennen lernen wollen, müssen sie mehr ans Licht bringen als den bloßen Wortlaut der Verträge. Sie müßten den Niederschlag der Verhandlungen kennen lernen, die 1908 im Juni zu Reval zwischen Edward VII. und Nikolaus II. stattgefunden haben und über deren Verlauf und Ergebnis unzweifelhaft nach Paris berichtet worden ist. Die Entwürfe zu diesen Berichten, sowie der vorausgegangenen Verhandlungen im russischen Ministerrat, mußten in Petersburg liegen. Noch wichtiger wäre es, die Vereinbarungen zu kennen, die Poincaré im Juli 1914 in Petersburg zum Abschluß gebracht hat, und deren Inhalt muß ebenfalls in den Protokollen des russischen Ministerrates und in den an den russischen Botschafter in London gesandten Berichten zu finden sein.

In Frankreich hat dieses Verlangen der Petersburger Revolutionäre nach Wahrheit über den Ursprung des Krieges einen Angstparoxismus in den Reihen der Wissenden hervorgerufen, da sie die Rückwirkung auf die betrogene öffentliche Meinung des Landes fürchten, und das hat wohl mit dazu beigetragen, daß alle Hebel angesetzt wurden, um eine Teilnahme der französischen Sozialisten an den Stockholmer Verhandlungen zu verhindern, was bekanntlich nicht gelungen ist, obgleich die Sozialisten Frankreichs ursprünglich als Bedingung für ihr Erscheinen gefordert hatten, daß auf die Tagesordnung der Konferenz eine Anklage gegen die deutschen Sozialisten gesetzt werde. Erst als feststand, daß die Russen entschlossen seien, unter allen Umständen sich an der Konferenz zu beteiligen fanden sie für gut, sich umzudenken. Sie hatten aber, in dem festen Glauben, daß Frankreich (sie sagen das französische Volk) den Krieg nicht gewollt habe, noch die weitere Bedingung gestellt, daß die Tagesordnung der internationalen Konferenz die „Prüfung der Verantwortlichkeiten über den Ursprung des Krieges" enthalten solle. Wir wünschen aufrichtig, daß ihnen dieser Wunsch erfüllt wird, und daß die russischen Delegierten das ihnen jetzt zugängliche Material an Verträgen und Protokollen mitbringen, das die Frage lösen kann. Vorausgesetzt natürlich, daß die internationale Konferenz überhaupt zustande kommt. Die Russen treten jetzt mit dem Plan auf, den Haag zum Mittelpunkt der Beratungen zu machen, und bis jetzt ist noch nichts entschieden. An sich ist die Konferenz der Internationalen eine erstaunliche politische Anmaßung. Von niemanden bevoll-

Digitized by Google

mächtigt, ohne jede sachliche und wissenschaftliche Vorbildung für eine der schwierigsten Aufgaben, die Politikern gestellt werden kann — denn sie wollen einen dauernden und festen Frieden für die gesamte Welt begründen — verfügen diese Kongreßmitglieder zudem über keinerlei Machtmittel, um die Beschlüsse, die sie fassen sollten, auch tatsächlich durchzuführen. Was die Internationale historisch geleistet hat, konnte nur dazu führen, ihr alles Ansehen zu nehmen. Sie ist nicht mehr als ein Phantom, das sich verkörpern will und zu einem Schreckgespenst nur überall dort werden kann, wo ihm kein in sich geschlossener Staat gegenübersteht. Daß der nicht in ihre Reihen gehörende deutsche Sozialdemokrat Scheidemann eine Mitschuld trägt an den Illusionen, mit denen die Stockholmer Propheten sich tragen, ist nicht zu verkennen. Die Sozialisten Hollands und Skandinaviens aber trifft die größere Schuld, denn sie sind es gewesen, welche die Konferenz der Abteilungen der Internationale einberufen haben. Das Fiasko, dem sie entgegengehen, wird ihre Strafe sein. Zunächst trägt, was in Stockholm vor sich geht, noch einen vorbereitenden Charakter. Man hat ein „comité central d'action prolétarienne" (Zentral-Komitee proletarischen Vorgehens) begründet und die erschienenen Vertreter der Internationale zunächst einzeln vernommen: zuerst die Bulgaren, danach die Österreicher, Ungarn, Finnländer, die Deutschen, jetzt werden die Franzosen und vielleicht die Engländer folgen. Am 30. Mai wollte man mit Sammlung des so zustande gekommenen, offenbar sehr bunten Materials fertig sein und danach am 31. oder am 1. Juni eine Vollversammlung abhalten. Aber die Russen sind bisher noch nicht erschienen und aus den Erklärungen des sozialistischen Nationalrats der Franzosen ist der Schluß zu ziehen, daß ihr Auftreten jede Verständigung unmöglich machen wird.

So können wir den weiteren Verlauf mit einiger Neugierde abwarten. Den Stein der Weisen finden diese Herren gewiß nicht.

Über die Erklärung, die der Reichskanzler am 15. Mai im Reichstage über mögliche künftige Beziehungen Deutschlands zu Rußland abgegeben hat, gehen die Urteile weit auseinander. Er selbst hat den Schluß, zu dem er uns führt, mit einem dreifachen Wenn eingeleitet, von denen kein einziges durch die inzwischen eingetretenen Tatsachen sich mit einem Ja-Satz beantworten läßt.

Die provisorische Regierung, der Soldaten- und Arbeiterrat, die Konferenz der Armeeoffiziere und endlich Kerenski, der gebietende Führer des Augenblicks, haben sich für Wiederaufnahme des Kampfes so nachdrücklich wie möglich ausgesprochen; für gewaltsame Eroberungspläne, d. h. für das volle Programm der Entente haben sich die immer noch einflußreichen Kadetten ausgesprochen, das Koalitionskabinett aber hat die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen anerkannt und erklärt, nur in Gemeinschaft mit den Alliierten Frieden schließen zu wollen; was aber das dritte Wenn betrifft, die Neigung der Russen, „ein dauerndes Verhältnis friedlichen Nebeneinanders mit uns herzustellen", so wäre das als augenblickliche Wirkung unseres Ent-

Digitized by Google

gegenkommens nur unter der Voraussetzung denkbar, daß wir die Erfolge, die der Krieg uns im Osten gebracht hat, preisgeben und allen Plänen entsagen, die wir an eine großgedachte Kolonisation knüpfen. Aber die Wirkung wäre nur eine augenblickliche. Der Russe verachtet den, der sich vor ihm demütig beugt, während er dem Starken, der seine Stärke zu brauchen versteht, ihren Gebrauch nicht nachträgt. Ein Blick auf die Wandlungen, die sich in den russisch-japanischen Beziehungen vollzogen haben, illustriert diesen Satz. Die „auf gegenseitige Verständigung begründete Einigung", „die jeden Gedanken an Vergewaltigung ausschließt und die keinen Stachel, keine Verstimmung zurückläßt", ist eine ungeheure Utopie, die sich nur aus völligem Verkennen der russischen Volksseele erklären läßt. General Alexejew hat die Forderung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen eine „utopistische Phrase" genannt, und damit gewiß den Engländern und Franzosen ebenso aus dem Herzen gesprochen, wie allen Russen, die noch nicht unter dem Bann der Internationale stehen. Bei uns ist das Verständnis für das Wesen der Russen eine seltene Ausnahme. Durch den Verkehr mit den unter uns lebenden Russen lernt man es nicht kennen, ebensowenig durch einen vorübergehenden Aufenthalt in Rußland. Man muß unter ihnen gelebt, ihre Literatur, ihre Geschichte und ihre Kirche kennen, um sie zu verstehen, denn sie sind ganz anders geartet in ihrem Denken, wie in ihrem Gefühlsleben, als wir. Nach dem in jeder Hinsicht irreführenden Buch von Hoetzsch über Rußland, wirkt das Buch von Karl Nötzel: „Grundlagen des geistigen Rußland", erlösend. Es urteilt gerecht, in vieler Beziehung außerordentlich anerkennend, und führt uns, von der politischen Betätigung Rußlands, wie es scheint, prinzipiell absehend, mit sicherer Hand zu den Quellen und den Lebensäußerungen des russischen Empfindens, das die Geschichte in Politik umgesetzt hat. Der Druck des Despotismus hat die Russen zur Flucht in die Wunschwelt der religiösen Mystik und in die Welt der sozialen Utopie geführt, sagt Nötzel. Ich setze noch einige Aphorismen aus dem reichen Inhalt des Buches her, um zum Lesen des Ganzen anzuregen: „Der russische Intelligent ist weder an geistiger noch an politischer Freiheit interessiert, vielmehr lediglich an sozialer Gerechtigkeit. Sein Ziel ist auf dem feststehenden Wege des Umsturzes des Despotismus, und der Herbeiführung der sozialistischen Republik, die von Rußland aus die Welt erobern soll, die Not des Volkes zu beseitigen. Es fehlt der Begriff der freien Persönlichkeit des Menschen: der Mensch ist überall in Rußland Mittel ... Der freie Mensch, der sich selber bestimmen will, ist noch heimatlos in Rußland. Der Sozialismus, als unerschütterliches Dogma der russischen Intelligenz, hat ihre sittlichen Begriffe nachhaltig und schwer heilbar verwirrt ... er gilt eigentlich nur dem Kommenden und liebt nicht eigentlich die Gegenwärtigen.

Was überall im geistigen Rußland fehlt, ist Verständnis für die freie Persönlichkeit. Bevor es nicht Eintritt findet in die Seele des russischen Volkes, bleibt Despotismus in wechselnden Formen sein unvermeidliches Schicksal."

Digitized by Google

Der letzte Satz ist ein prophetischer Hinweis auf die Entwicklung, die der russischen Revolution bevorsteht, und deren Anfänge wir schon jetzt „in wechselnden Formen" erblicken.

Aber es ist nicht notwendig, daß dieser Ausblick in die Zukunft das gesamte Rußland umfaßt, und die Charakteristik, die Nötzel entwirft, trifft in der Gesamtheit der hervorgehobenen Merkmale doch nur auf das herrschende Volk der Großrussen zu. Das russische Reich umfaßt mehr als jeder andere Staat der Welt eine Reihe „angegliederter" Fremdvölker, unter denen heute zwei mit großem Nachdruck auf Begründung nicht nur eines autonomen Regiments, sondern voller politischer Selbständigkeit ausgehen. Es entspricht durchaus unserem Interesse, diese Bestrebungen zu fördern, und wir haben kein wirksameres Mittel dazu als die formelle Erklärung, daß wir zwar in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht einzugreifen fest entschlossen sind, wohl aber jede sich konstituierende politische Selbständigkeit anerkennen würden. In Betracht kommen dabei Finnland und das so überraschend zu politischem Willen erwachte ukrainische Volk. Die französische Presse, welche die Entwicklung in Rußland zähneklappernd verfolgt, versucht diese nationalen Regungen ihren Lesern zu verbergen, sie sind trotzdem nicht unbekannt geblieben. Aber man führt ihnen nur das falsche Bild des einheitlich geschlossenen, zum Kampf an Seiten der Entente fest entschlossenen Rußland vor, „das seine Pflicht erkannt habe, mit den Demokratien Europas und Amerikas die ‚Potentaten Deutschlands und Österreich-Ungarns und ihre Vasallen' zu bekämpfen". So deklamiert im „Temps" der 75-jährige Ernest Lavisse. „Jetzt", so schließt er seine Ausführungen, „sehen wir, wie diese Pazifisten fiebrisch die Armee reorganisieren, an der Munition arbeiten und für die Notwendigkeit der Offensive eintreten. Diese Prediger einer Freiheit, die zu ihren äußersten Grenzen geführt werden soll, verlangen heute eine ‚eiserne Disziplin'. Man muß diese Männer bewundern, ihnen vertrauen, wünschen, daß es ihnen glückt, die aus den Schützengräben desertierenden Soldaten, die aufständischen Bauern, ja das ganze von Anarchie bedrohte Volk zu bekehren, wie sie sich selbst zu den harten Pflichten der jetzigen Stunde bekehrt haben! Der schöne Traum allgemeiner friedlicher Brüderlichkeit ist vertagt, vertagt bis zur Stunde, wo die Waffenbrüderschaft der verbündeten freien Völker die verhaßte Macht gebrochen haben wird, die keine Brüder unter den Menschen kennt, die nur sich selbst liebt mit einer groben und ungeheuerlichen Liebe, und in den anderen Völkern einen untergeordneten Haufen sieht, geboren, dem Herrenvolk zu gehorchen." Natürlich fehlt in dieser sowohl für die Wirkung auf Frankreich wie auf Rußland bestimmten unwahren Schilderung der russischen Wirklichkeit auch nicht der Hinweis auf den General von Bernhardi, der „Frankreich niemals mehr als Hindernis auf den Wegen Deutschlands finden wollte". Aber Herr Ernest Lavisse hat versäumt, seinen Lesern zu sagen, daß Friedrich von Bernhardi es gewesen ist, der als erster den sich vorbereitenden Weltkrieg kommen sah, und die Mittel angab, wie

Digitized by Google

er siegreich ausgefochten werden sollte. Man muß heute nach den Erfahrungen, die der wirkliche Krieg gebracht hat, zugeben, daß er richtig gesehen hat und daß seine politische und militärische Einsicht ihn nicht getäuscht hat. Seine Bücher waren Mahnrufe und Warnungen und man kann nur bedauern, daß sie bei uns nicht so viel Nachachtung gefunden haben, als sie verdienten. Die ungeheure Wirkung, die sie in dem heute feindlichen Auslande fanden, erklärt sich daraus, daß man in London, Paris und Petersburg sich gleichsam aller Hüllen entblößt und verraten fühlte. Daher der Haß, der ihm noch heute folgt, ganz wie man auch Heinrich von Treitschke nicht vergessen kann, daß sein deutscher Patriotismus keine Kompromisse und keine Schwächen kannte. Es ist doch sehr bezeichnend, daß dieser Haß an keiner Stelle lebendiger gepflegt worden ist, als in der von England in Abhängigkeit stehenden Presse Amerikas, das ja von vornherein als künftiger Bundesgenosse der Entente ins Auge gefaßt wurde; aber es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß er wirklich den englisch redenden Amerikanern in Fleisch und Blut übergegangen sei. Wir wissen aus dem Munde von Männern, die eben jetzt aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland zurückgekehrt sind, daß die militärischen Erfolge Deutschlands, die Energie unserer Selbstbeschränkung und das Zusammenhalten unseres Volkes drüben die größte Anerkennung und Bewunderung finden. Was gedruckt und geredet wird, nimmt man als zum Geschäft gehörend in den Kauf, ohne sich dadurch beirren zu lassen. Das Geschäft aber, das Wilson betreibt und für das er Verständnis findet, ist die Teilnahme Amerikas an einem Friedenskongreß, die Vorbereitung der Bevölkerung auf eine früher oder später bevorstehende Abrechnung mit Japan und endlich die Übernahme der bisher von England behaupteten Stellung als Bankier der Welt. Das Programm, das er am 22. Januar und am 2. April entwickelt hat, sagt davon freilich nichts, aber die Humanitätsphrasen, durch welche er seine Gedanken verdeckt, gehören zu dem System konventioneller Heuchelei, das zur politischen Mode geworden ist, seit Amerika Kuba und die Philippinen „befreite". Die letzten Verordnungen, die durch die Agrarkommission des Repräsentatenhauses formuliert wurden, verlangen: 1. Berechtigung für den Präsidenten, alle Verschwendung und Schädigung von Lebensmitteln für illegal und schädlich zu erklären; 2. das Recht, Zusammenraffen, Verheimlichen, übermäßiges Sammeln von Lebensmitteln des Tagesbedarfs und Verkauf derselben zu übertriebenen Preisen, zu verbieten; 3. das Recht der Regierung, Fabriken von Lebensmitteln mit Beschlag zu belegen und ihre Produkte zu vernünftigen Preisen zu verkaufen; 4. das Recht, Minimalpreise festzusetzen und für eigene Rechnung oder auf Rechnung der Alliierten zu diesen Preisen Einkäufe zu machen; 5. endlich den Gebrauch von Getreide einzuschränken usw.

Dadurch wäre entweder bewiesen, daß man in den Vereinigten Staaten vor einer wirklichen Not an Lebensmitteln steht, oder aber, daß der Präsident Absichten verfolgt, die noch nicht öffentlich kundgegeben werden dürfen, wie z. B. dem ameri-

Digitized by Google

kanischen Volke recht klar zu zeigen, daß der Krieg sehr unbequeme Opfer von jedem Individuum verlangen werde und es dadurch auch einem Frieden geneigt zu machen, der den offiziellen Kundgebungen des Präsidenten nicht entspricht, und zu dem er dann sich durch den Druck der öffentlichen Meinung nötigen lassen würde. Die Hauptsache für ihn ist ja bereits erreicht, seit Amerika durch die Kriegserklärung Anwartschaft zur Teilnahme an einem eventuellen Friedenskongreß erhalten hat. Daß Wilson gleichzeitig bemüht ist, mit einem möglichst großen Apparat, womöglich als Wortführer beider Amerikas aufzutreten, haben seine von Erfolg gekrönten Anstrengungen, die Republiken Mittel- und Südamerikas an sich als Kriegsgenossen zu binden, handgreiflich bewiesen. Jetzt sucht er auch Argentinien durch die Drohung zu gewinnen, daß ein Verharren bei der Neutralität die Entziehung amerikanischer Kohle zur Folge haben würde. Das ist zwar höchst niederträchtig, wird aber ganz verzeihlich, sobald man in Betracht zieht, daß Wilson für Humanität und Menschheit kämpfen will. Daß er auch China in seinen Kreis gezogen und zur Kriegserklärung an Deutschland gezwungen hat, ist vielleicht weniger zweckmäßig, weil er dadurch sowohl Japan wie England verstimmt hat.

Daß Mexiko, das jetzt von allen Seiten durch amerikanische Dependenzen umzingelt ist, sich neutral behaupten wird, ist trotzdem anzunehmen. Carranza ist zu klug, um sich in gefährliche Abenteuer einzulassen. Die Stunde ist ihm jetzt nicht günstig, aber die nächste könnte es werden. Auf Hilfe von seiten Japans darf ja unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gerechnet werden. Die Japaner sind beschäftigt, sich in Sibirien festzusetzen und haben zugleich die Seepolizei im Indischen Ozean übernommen. Es ist ein Anlauf, um das Erbe anzutreten, das ihm die beiden europäischen Vormächte Asiens: Rußland und England dereinst abtreten sollen.

Die Parlamentslosigkeit und der Parlamentarismus in Österreich

Von Richard Charmatz, Wien

Am 16. März 1914 wurde der österreichische Reichsrat vertagt. Damals lebte man im holden Frieden, und selbst die üppigste Phantasie konnte sich nicht den entsetzlichen Doppelmord von Sarajewo und seine weltbewegenden Folgen ausmalen. Im Abgeordnetenhause trieben die Tschechen wieder einmal Obstruktion, und die Zeit der Volksvertretung, die nützlichen und wichtigen Arbeiten gewidmet sein sollte, wurde verzettelt. Die Stimmung war einer Verständigung der beiden Nationen in Böhmen nicht günstig; deshalb scheiterten alle Versuche, den Prager Landtag, der seit Jahr und Tag in Trümmern lag, wieder aufzurichten. Diese mißlichen Verhältnisse gaben der Regierung des Grafen Stürgkh den willkommenen Anlaß, sich auch vom Reichsrate zu befreien und sich ganz den Freuden einer ungeschmälerten Para-

Digitized by Google

graph-14-Herrschaft hinzugeben. In der „Wiener Zeitung" erschien nach der Vertagung des Reichsrats eine amtliche Note, in der es hieß, daß die Parlamente nur Mittel zur Erreichung des Staatszweckes seien; der Staatszweck selbst stehe allemal voran und müsse, wenn eines der Mittel versage, auf andere Weise verwirklicht werden. Die nicht sehr klare und nicht sehr abgerundete Formulierung entsprach den Denkgewohnheiten des Ministerpräsidenten, der sich nicht einmal der Mühe unterzog, einschneidende Maßnahmen tiefer zu begründen. Aber wer sollte Mitte März 1914 ahnen, daß die beiden Häuser des Reichsrats nicht bloß für eine kurze Zeit Ferien erhalten hatten, sondern daß mehr als drei Jahre vergehen würden, ehe sie abermals ihren verfassungsmäßigen Aufgaben obliegen dürften. Und was für Jahre! Jeder Tag wog mehr als sonst Monate, und der Fortbestand der Doppelmonarchie, ihr Glück, ihre Lebensmöglichkeit mußte im gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte verteidigt werden.

Während die Völker mit ihrem Leben, mit ihrem Hab und Gut für ihr Vaterland einstanden, während sich ihre Opferbereitschaft allen offenbar machte, wurde den Bürgern das politische Mitbestimmungsrecht entzogen, als hätte es keinen Wert, als würde es nichts für den Staatsangehörigen und für den Staat selbst bedeuten. Eine Obrigkeitsregierung machte sich breit, die den Ereignissen nicht voranging, sondern sich von ihnen widerwillig treiben ließ und die keinen großzügigen Gedanken hervorbrachte. Kein Wort und keine Tat von bleibender Bedeutung zeugt von ihrem Walten. Gewiß, der Verwaltungsapparat stockte nicht in seinem Gange; das Räderwerk bewegte sich, weil es nicht stille stehen konnte. Doch dieses berüchtigte „Fortwursteln" in einer Zeit, die sonst die höchsten Leistungen hervorrief, wirkte nicht bloß beschämend, nicht nur verletzend für die politisch Regen, sondern es war nach dem Ausspruche des französischen Ministers mehr als ein Fehler, ein Verbrechen.

Mußte die Parlamentslosigkeit in Österreich in der Welt nicht falsche Vorstellungen verbreiten und den Ruhm mindern, der von den Waffentaten der Armee ausging? War sie nicht geeignet, in der Fremde die falsche Vorstellung von politischen Verwirrungen wachzurufen oder dort zu verstärken, wo die Selbsttäuschung ohnehin Bilder des Zerfalls vor das Auge gezaubert hatte? Überdies wurde die Stellung Österreichs im Reichsverbande der Doppelmonarchie ohne jegliche Nötigung geschwächt und das Gleichgewicht, das die Voraussetzung des Dualismus bildet, zerstört. Graf Stephan Tisza wuchs so sehr in die Höhe, weil Graf Stürgkh sich und das Land, dessen Ministerpräsident er war, bedenkenlos verkleinerte. Wie seltsam mußte es jeden Österreicher berühren, wenn schließlich im ungarischen Reichstage Stimmen laut wurden, die einen Umschwung verlangten und die Rückkehr zum Parlamentarismus in dem Staate befürworteten, der bis vor kurzem den Titel trug: „Die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder". Auch für den Minister des Äußern war die Lage durch die Verfassungslosigkeit in Österreich recht unerquicklich geworden. Die Delegationen konnten sich nicht mehr versammeln, und deshalb fehlte dem Herrn auf dem

Digitized by Google

Wiener Ballhausplatz die Möglichkeit, von einer parlamentarischen Tribüne aus zu sprechen. Er war gezwungen, ein Schattendasein zu führen. Gewiß kein dem Ansehen und der Bedeutung Österreich-Ungarns angemessener Zustand.

Und Österreich selbst! Der Reichsrat lebte nur mehr in der Erinnerung. Die Landtage wurden seit dem Beginne des Krieges nicht einberufen. Selbst die Gemeindevertretungen durften in den ersten Monaten des Weltbrandes nicht zusammentreten. Die Geschworenengerichte waren ausgeschaltet, und die Zeitungen seufzten unter den Geboten der Zensoren. Man kann sich keine Vorstellung machen, wie allumfassend sich die Tätigkeit der Zensur gestaltete, was gestrichen, erlaubt oder angeordnet wurde. Trotzdem und alledem hat Österreich die Zeit der einzig dastehenden Mißgriffe und der unvergleichlichen Mißachtung der geheiligten Rechtseinrichtungen standhaft überdauert und auch diese Kraftprobe geleistet.

Jetzt, da die Parlamentslosigkeit überwunden ist, da der 30. Mai einen politischen Wendepunkt bildet und der Parlamentarismus wieder aufersteht, darf man von den Irrtümern der Vergangenheit frei und unbekümmert reden. Ist doch nicht zu fürchten, daß das Böse fortzeugend Böses gebären werde, da es aufgehört hat, zu wirken. Aber ehe man sich in den neuen, normalen Verhältnissen zurechtzufinden sucht, fühlt man sich gedrängt, eine Erklärung für das, was hinter uns liegt, zu finden. Wie konnte die Abirrung vom Wege der politischen Tugend und der staatsmännischen Vernunft geschehen, wie die Verfassung unter die Füße eines Ministeriums geraten, obgleich sie berufen ist, der Regierung die Richtlinie zu geben? Es bildet immer einen Quell der Belehrung, die Ursache von Fehlern aufzudecken.

*

Die österreichische Verfassung enthält sehr schöne und lobenswerte Bestimmungen. Der Artikel 9 des Staatsgrundgesetzes „über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt" verkündet: „Die Minister sind für die Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit der in die Sphäre ihrer Amtswirksamkeit fallenden Regierungsakte verantwortlich." Setzen sie sich über die Vorschrift hinweg, dann laufen sie Gefahr, unter Anklage gestellt zu werden. Dazu bedarf es freilich des Reichsrats; ist dieser nicht versammelt, so fehlt jedoch der Richter, weil es an dem berufenen Kläger mangelt. Graf Stürgkh brauchte demnach nicht zu zittern, sofern ihn das eigene Gewissen nicht bedrückte. Aber das ist eben das Eigentümliche: mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Begründung der Verfassung gab es in Österreich noch immer Menschen in gebietenden Stellungen, die in sich den Geist der Staatsgrundgesetze nicht aufgenommen hatten, die nicht erfüllt von verfassungstreuer Gesinnung waren. Für sie bedeutete der Konstitutionalismus mit seiner Einengung der Verwaltungsallmacht, mit dem Mitbestimmuugsrechte der Bürger und der Aufsichtshoheit der Abgeordneten eine lästige Zumutung. Daß das Land in schlimmer Not gerade in der Verfassung einen Born der Verjüngung erhielt, daß es erst durch die Abkehr vom Absolutismus zu neuen

Digitized by Google

Kräften kam, das war manchen schwachen Köpfen und schwachen Politikern nicht bewußt. In anderen Staaten, wo die öffentliche Meinung eine Großmacht darstellt und in schicksalsschwerer Stunde der restlosen Geschlossenheit fähig ist, bestehen natürliche Schranken, die vor Fehltritten hüten. Österreich jedoch bot sich als Experimentierfeld für die stümperhafte Unklugheit dar. So groß und verlockend die Aufgaben sind, die des hervorragenden und einsichtigen Staatsmannes harren, so schlüpfrig wird der Boden für kleine Geister und zeitfremde Menschen. Wäre es für den engherzigen, tätigkeitsunlustigen Grafen Stürgkh nicht allzu einfach gewesen, mit dem Paragraphen 14 zu regieren, freie Bürger fast in das Untertanentum hinabsinken zu lassen und jeden Einwand, jeden Widerspruch, ja selbst jede Mahnung im Keime zu ersticken, er würde wahrlich nicht die Verantwortung auf sich genommen haben, sich im zwanzigsten Jahrhundert in einem Staate mit wohldurchdachter Verfassung der Verantwortungslosigkeit zu vermessen.

Und ein zweites kommt neben vielen anderen Triebkräften und Erklärungsursachen in Betracht. Ein österreichischer Ministerpräsident mit einem starken, lebendigen, stolzen Staatsgefühle und einer warmen Staatsgesinnung würde nimmer dulden, daß dem Lande, dessen Macht und Achtbarkeit er mehren konnte, irgendwie Abbruch im Ansehen geschehe. Nun ist es etwas anderes, instinktiv für ein Gemeinwesen tätig zu sein, und etwas anderes, im vollen Empfinden der Eigenart und der Daseinsbedingungen des zur Leitung anvertrauten Organismus zu handeln. Graf Stürgkh hätte sicherlich jeden mit Entrüstung zurückgewiesen, der es gewagt haben würde, an seinem Österreichertum zu zweifeln. Aber dieses war nur passiver und nicht aktiver Natur.

Es verdient wirklich einmal überlegt zu werden, wie viele Minister in der Erscheinungen Flucht aufgetaucht sind, die alles vermissen ließen, was einer tatkräftigen Bejahung des Staates, einer planmäßigen Förderung der Gemeinschaftsziele und des Gemeingeistes gleichgekommen wäre. In keinem anderen Reiche der Welt strömt auf die aufrichtige, hingebungsvolle geistige Arbeit für die Gesamtheit so wenig Anerkennung nieder wie in Österreich. Und doch würde hier der stärkste Ansporn mehr als berechtigt sein. Ist es doch während des ganzen Weltkrieges nicht vorgekommen, daß auch nur eine einzige Persönlichkeit wegen ihrer Gedankenarbeit zugunsten des Staates ausgezeichnet worden wäre. Wenn man aber die Tätigkeit der besten Köpfe für den Staat, die Erforschung seiner Eigentümlichkeiten und die geistige Verkündung seines Ruhmes geringe achtet, muß da nicht auch sonst manches zu wünschen übrig lassen? Vor kurzem hat eine umfangreiche Ernennung von lebenslänglichen Herrenhausmitgliedern stattgefunden. Ein Pairsschub wird erst wieder durchführbar sein, wenn durch Todesfälle Lücken entstehen werden. Doch ein Dichter von der Gesinnung und schriftstellerischen Bedeutung eines Peter Rosegger hat im Herrenhause keinen Platz gefunden, ein Geschichtschreiber vom Range eines Heinrich Friedjung — der Erzieher der lebenden Generation zur historischen Erkenntnis Österreichs — keinen Sitz erhalten. Da-

Digitized by Google

gegen wurde ein Mann, wie der unbedeutende, politisch skrupellose Mitarbeiter des Grafen Stürgkh, der ehemalige Justizminister Dr. von Hochenburger, in das Oberhaus aufgenommen. Er, der seinem Gebieter ohne Widerstreben auf der schiefen Bahn folgte, er, der — einst ein blutrünstiger Oppositioneller — jegliche Geistesfreiheit im Staate unterdrücken half, einer also, der der Würde des Landes einen unverzeihlichen Schlag versetzte, wurde aus der verdienten Versunkenheit emporgehoben. Um wieviel größer war einst Alexander Bach als Viktor Ritter von Hochenburger! Aber wir wollen nicht auf Personen hinweisen, sondern bloß auf das, was hinter dem Persönlichen liegt, auf die bedeutungsvollen Zusammenhänge hindeuten.

Wäre Graf Stürgkh nicht ein passiver, sondern ein aktiver Österreicher gewesen, dann hätte ihn der Ehrgeiz durchglühen müssen, zum politischen Einiger seines Vaterlandes zu werden, die acht Völker einander näher zu bringen und im Freudenfeuer der Versöhnung das Gerüst für ein verjüngtes, erstarktes Gemeinwesen zu schmieden. Der Reichsrat, der im Laufe der Jahrzehnte der Schauplatz so vieler Streitigkeiten und Obstruktionen war, hätte im richtigen Augenblicke unter richtiger Führung eine Stätte der Sammlung und Einigung sein können. Was für die Zukunft Österreichs in den Tagen des Friedens bedeuten würde, wenn wir heute bereits ein den Bedürfnissen angepaßtes Sprachenrecht, eine den Erfordernissen entsprechende Kreisverfassung Böhmens hätten, braucht nicht des Näheren erörtert zu werden. Es läßt sich nicht leugnen, daß es in den letzten Kriegsjahren Momente genug gab, die von einer milden Stimmung der nationalen Nächstenachtung und von einem verschärften Sinne für das Gemeinschaftliche und Zweckmäßige erfüllt waren. Welche Aussichten eröffneten sich da dem Zuversichtlichen, dem zielbewußt Strebenden und Fähigen! Es war... Man versuchte es nur, sich an einem anderen Beispiele zurechtzufinden. Auch das Problem der Umgestaltung der veralteten Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses glich dem Steine der Weisen, der sich nicht finden ließ. Man kam nicht über den Berg; es gelang nicht, die Einsicht, daß der parlamentarische Betrieb eine geänderte Regelung erfahren müsse, praktisch fruchtbar zu machen. Nun aber haben die Abgeordneten aus freien Stücken, aus dem löblichen Willen heraus, das Parlament auf eine feste Grundlage zu stellen, die Absicht geäußert, rasch zuzugreifen. Es besteht der Plan, die Geschäftsordnungsreform schon in der zweiten Sitzung des Abgeordnetenhauses durchzuführen.

Die Regierung des Grafen Stürgkh ist eine Geschichte der versäumten Gelegenheiten, der verkannten Aufgaben, der Entwürdigung des Staates. Der Parlamentslosigkeit kann auch nicht die Spur des Guten, der leiseste Vorteil zugeschrieben werden. Denn die Ausrede, daß die Entwöhnung von der Verfassung durch Erscheinungen im Leben einzelner Nationen notwendig geworden wären, ist kaum wert, daß man sich mit ihr ernstlich auseinandersetze.

Wer wollte verhüllen, wie Böses aus einzelen Grenzgemeinden Galiziens gemeldet

Digitized by Google

wurde? Die Akten der Feldgerichte werden einmal, wenn sie bekannt werden, eine düstere Sprache führen. Über verschiedene Erscheinungen im tschechischen Volke ist man gleichfalls unterrichtet. Der Prozeß gegen Dr. Kramarsch und Genossen wurde in Wien öffentlich durchgeführt, wenngleich die Berichterstattung darüber nicht erlaubt war. Dagegen erfolgte die Verlautbarung des Urteils. Professor Masaryks traurige Tätigkeit im Auslande ist genugsam bekannt. Aber die nationalen Verirrungen haben auf die Masse klärend gewirkt. Wäre sonst das Außerordentliche denkbar gewesen, das Österreich in dem Weltkriege vollbracht hat? Wer das Wesen eines Volkes erfassen will, der muß über Tagesereignisse hinwegzusehen vermögen, der darf nicht bloß bei einzelnen Trübungen an der Oberfläche verweilen. In Österreich ändern sich die Maße und die Wertungen gar sehr. Die Deutschen, die sich mit Stolz rühmen dürfen, in der Aufopferung für das Vaterland angesichts der Feinde an allen Fronten wieder das Höchste geleistet zu haben, sind in der Lage, aus den eigenen Erinnerungen manchen Beitrag zu bieten. Nannte man doch einen Teil von ihnen einst „Preußenfeuchler", um nur ein Faktum anzuführen. Dr. Kramarsch jedoch genoß bis in die Zeit vor seiner Verhaftung das blinde Vertrauen des Grafen Stürgkh, dessen einflußreichster Ratgeber er war, und die Zuneigung des Fürsten Thun, des hochmütigen, unfähigen Statthalters von Böhmen.

*

Und nun drängt sich die Frage auf, was der Parlamentarismus bringen werde. Seit Anfang November 1916 war die Wiedererweckung des Reichsrats beschlossen. Dr. Ernest von Körber suchte während seiner leider so kurzen Ministerpräsidentschaft den Weg zur Verfassung freizulegen. Seinem Nachfolger, dem Grafen Clam-Martinitz, blieb es vorbehalten, die letzten Hemmnisse zu beseitigen. Als Kaiser Karl den Thron bestieg, wurde gleichzeitig angeordnet, daß die Vorbereitungen für die Eidesablegung in Österreich und für die Krönung in Ungarn eingeleitet werden mögen. Das großartige Schauspiel in Budapest, in dem die Macht einer jahrhundertealten Verfassung und der Verfassungsgesinnung der Bevölkerung so sinnfällig zum Ausdrucke kam, ist nun schon ein Stück Vergangenheit; das Gelöbnis des Kaisers vor den beiden Häusern des Reichsrats steht aber erst bevor. Hoffen wir, daß da, wo bisher Rückstand war, in der Zukunft der Abstand verschwinde.

Das österreichische Parlament hat immer darunter gelitten, daß die Sachlichkeit hinter der Sensation zu kurz kam. Ein Zwischenfall bedeutete nicht bloß für das hohe Haus, sondern auch für die Öffentlichkeit oft mehr als eine gewissenhaft ausgearbeitete Rede voll kluger Gedanken. Wenn ein Graf Sternberg früher seine krausen Einfälle zum besten gab und dabei Gott und die Welt schroff angriff, dann konnte ihn mancher ernst denkende Politiker um die Aufmerksamkeit beneiden, die er fand. Einen Teil der Schuld an diesen ungesunden Zuständen trägt allerdings die Berichterstattung der Zeitungen, die ihresgleichen nirgends findet. Über die nebensächlichsten

Digitized by Google

Kulissengeschichten wird breit geschrieben und viel gesprochen, Stimmungen und Verstimmungen erwecken mehr Beachtung als trockene und dennoch schicksalsvolle Gesetzentwürfe. Sensationslust uud Nervosität sind üble Begleiterscheinungen, wenn die sachliche Arbeit alles sein soll. An einen Wandel von außen nach innen wirkend ist wohl zunächst nicht zu denken. Aber die Abgeordneten sollen dennoch in der Zeit der Granaten und der Handbomben, der Fliegerangriffe und der U-Bootkriege kaltblütig zu sein lernen. Vieles hängt davon ab, wie weit sie sich selbst beherrschen können, in welchem Maße sie Zucht zu üben vermögen. Die garstigen Verfallserscheinungen der alten, schlechten, obstruktionsdurchwühlten Parlamentsjahre sollten nicht wiederkehren.

Es wird für die Abgeordneten zuerst schwierig sein, die richtige Fühlung von Volk zu Volk zu finden, denn hart im Raume werden sich nun die Nationen drängen, die der Parlamentarismus zur Zusammenarbeit zwingt, während sie die Parlamentslosigkeit zur gegenseitigen Berührungslosigkeit verurteilt hat. Natürlich nur im Hinterlande! Im Lager der Armee war Österreich einig, geschlossen und darum stark. Jetzt gilt es, diese Kraft auch politisch auszunutzen, nicht das Trennende sondern das Gemeinsame hervorzukehren, nicht gegeneinander Front zu machen, sondern nach außen hin einen festen Wall zu bilden. Im Auslande soll man erfahren, daß der Österreicher ein Vaterland und auch Ursache habe, es zu lieben, daß die „Erlösung" von fremder Seite überflüssig sei, weil es kein Volk gibt, das erst erlöst werden müßte. Denn darin besteht der tiefere Sinn und die weltgeschichtliche Bedeutung Österreichs, daß es sich zu einem Staate freier Nationen herausgebildet hat und daß, wie alle Staatsbürger, so alle Nationen vor dem Gesetze gleich sind, wie es in der Verfassung heißt.

Sittlichkeit und Politik

Von Professor Dr. Mahling, Berlin

Bei der Politik handelt es sich um Fragen des Gemeinwohls, um Durchsetzung von Interessen und Aufgaben, die nicht einen beliebigen einzelnen, sondern das ganze Volk betreffen. Darum ist es von vornherein klar, daß es bei der Zusammenstellung von Sittlichkeit und Politik nicht in erster Linie darauf ankommen kann, welchen Wert, welche innere Bedeutung die Sittlichkeit für die Heranbildung eines Menschen zur Persönlichkeit, d. h. zu einem gefestigten und in sich geschlossenen Charakter hat. Die Sittlichkeit kommt vielmehr in diesem Zusammenhang für uns in Betracht als ein eminent wichtiger Faktor des sozialen Lebens; sie ist der Ausdruck für das Ideal, welches uns für die Grundlage des gesamten Volksaufbaues vorschwebt und sich in die Worte fassen läßt: körperliche und geistige Gesundheit des Familienlebens. Die Familie ist die Wurzel, aus der der Stamm des Volkes erwächst, die Urzelle, aus der sich der Volkskörper aufbaut. Die Familie muß vor schädlichen Einflüssen geschützt werden; alle Kräfte, die zu ihrem gesunden Werden

Digitized by Google

und Wachsen dienen können, müssen ihr zugeführt werden. Insofern ist die Sittlichkeit ein Problem der Politik und ein sehr bedeutungsvoller Beratungsgegenstand der politischen Parteien. Zwei Fragen sind dabei von entscheidender Bedeutung: läßt sich das genannte Ideal aufrechterhalten und durchführen? Und auf welche Weise soll es geschehen?

Das Ideal ist für uns die Gesundheit des Familienlebens. Das Familienleben beruht auf der Ehe. Die Ehe hat ihre Grundlage in der Tatsache der Geschlechtsdifferenzierung, der mit ihr verbundenen geschlechtlichen Anziehungskraft und der aus dieser erwachsenden Geschlechtsgemeinschaft. Präzisieren wir unser Ideal genauer, so schließt es die großen und hohen Gedanken in sich ein: Beschränkung des Geschlechtsverkehrs auf die Einehe, sittliche Normierung der Einehe nach der Seite der Geistesgemeinschaft in der Liebe und nach der Seite des Dienstes für das kommende Kind, endlich den Willen zum Kinde und die Freude am Kind.

Bei der Zusammenstellung: Sittlichkeit und Politik ist die entscheidende Frage: was läßt sich von dem erkannten Ideal durchführen, jetzt durchführen, wo der Krieg mit seinen Folgen uns vor unendlich schwere Aufgaben stellt und uns den Gedanken des Wiederaufbaues des Volkslebens mit so elementarer Wucht und Kraft einprägt; was läßt sich durchführen bei dem gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, der öffentlichen Meinung, der Haltung der politischen Parteien? Und auf welche Weise soll die Durchführung ermöglicht werden? Welche Mittel sind in Vorschlag zu bringen?

Ich denke, daß eine doppelte gemeinsame Entschließung möglich wäre:

1. Wir wollen alle die Einehe und die Gesundheit des Familienlebens bedrohenden Gefahren abzuwehren oder einzudämmen suchen; und:

2. wir wollen alle die Einehe und die Gesundheit des Familienlebens fördernden Maßnahmen zu treffen suchen.

Zu den abzuwehrenden Gefahren rechne ich:

a) den Mangel an Einsicht, was auf dem geschlechtlichen Gebiet das sittlich Rechte ist. Ich denke dabei nicht in erster Linie an das Fehlen der sexuellen Aufklärung unserer Jugend, unter dem wir so lange gelitten haben; dieser Zustand ist besser geworden. Ich denke vielmehr daran, daß zur Aufklärung über das physiologische und medizinische die Aufklärung über das ethische des Geschlechtsverkehrs hinzutreten muß. Hierin sind weite Kreise des Volkes im unklaren. Hier stehen sich Ethiker und Mediziner noch gegenüber. Aber sie müssen sich zur gemeinsamen Arbeit finden. Die Differenz zwischen Ethikern und Medizinern rührt daher, daß die ersteren immer von dem normalen gesunden Menschen ausgehen, die letzteren von dem kranken. Zu ihnen kommen die Geschlechtskranken. Sie sehen deren gewaltiges Heer. Nun scheinen ihnen weitaus die meisten geschlechtskrank zu sein. Sie können sich gar nicht mehr denken, daß es viele, auch heute noch viele viele tausende ehrlich denkende, gesund empfindende Männer — bei den Frauen wird es eher für selbst-

Digitized by Google

verständlich gehalten — gibt, welche auf Grund ihrer sittlichen Überzeugung sich von jedem Geschlechtsverkehr vor und außer der Ehe enthalten, ohne im geringsten dadurch geschädigt, verkümmert, unfrei oder sonstwie behindert zu sein. Und diese gibt es! und soll sie immer mehr geben. Wir brauchen nur die Darstellung und Verbreitung gesunder sittlicher Anschauungen, wir brauchen das Ideal!

Darum brauchen wir die Sexualethik und die Sexualpädagogik. Vorarbeiten dazu liegen vor in den Berichten und Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der Vereinigung für Sexualpädagogik, die in Berlin unter Prof. Timerding tagte, und deren Kundgebung mit den Aussprüchen von Prof. Dr. med. Czerny und Dr. med. Chotzen sehr zu empfehlen ist. („Sexualpädagogik", bei Teubner in Leipzig 1916 erschienen.)

Eine weitere abzuwehrende Gefahr ist:

b) die Käuflichkeit des Geschlechtsverkehrs, die Prostitution.

Daß wir die Prostitution haben, ist ein Schandfleck in unserer Kultur; sie ist eine Überlieferung der griechisch-römischen Welt. Wir müssen diesen Herd der Geschlechtskrankheiten und damit der Volkszerstörung bekämpfen. Einig ist man heute auf der ganzen Linie der Sachverständigen darin, daß die seitherige Art, wie man der Prostitution Herr zu werden suchte, eine verfehlte war, die das nicht erfüllt hat, was man von ihr erwartete.

Die Reglementierung der Prostitution, d. h. die zwangsweise Eintragung der gewerbsmäßig Unzucht treibenden weiblichen Personen in polizeiliche Listen mit der Maßgabe, daß die Eingeschriebenen unter der Voraussetzung des Einhaltens der polizeilichen Vorschriften ihr Gewerbe im übrigen unbehelligt treiben dürfen, hat sich als eine verkehrte Maßnahme erwiesen. Ich fasse die Gründe gegen sie kurz zusammen:

1. Sie erfaßt nur einen geringen Teil der Prostituierten, man könnte sagen, nur den proletarisch niedrigsten; die von begüterten Männern ausgehaltenen Prostituierten bleiben trotz des dabei bestehenden wahllosen Geschlechtsverkehrs mit vielen Männern unbehelligt;

2. Sie gibt keine Garantien, daß die betreffende weibliche Person trotz der offiziellen ärztlichen Untersuchung irgendwie von Geschlechtskrankheit frei ist;

3. Sie täuscht diesen Zustand der Gesundheit den Männern vor und verleitet sie dadurch, sich leichtsinnig in die Gefahr zu stürzen und so eine Geschlechtskrankheit sich zuzuziehen;

4. Sie faßt nur die sich prostituierende weibliche Person, ohne den geschlechtskranken Mann zu belangen, der mit ihr verkehrt und sie mit seiner Krankheit ansteckt;

5. Sie stempelt die unter der Polizeikontrolle Stehende zu einer Ausgestoßenen aus der Gesellschaft;

6. Sie verhindert nicht, daß Prostituierte und Zuhälter sich zu einer Verbrecherbande zusammenschließen;

7. Sie dient dazu, das sittliche Bewußtsein im Volke zu verwirren, indem dieses die natürlich als polizeiliche Erschwerung gedachte Einschreibung auffaßt als eine staatliche Erlaubnis, gewissermaßen als staatliche Konzessionierung des Unzuchtsgewerbes.

Digitized by Google

So hat die Reglementierung nach der hygienischen, staatlichen, persönlichen, sittlichen Seite hin versagt. So wie sie ist, kann sie nicht bleiben. Darin sind die meisten Sachverständigen einig.

Das System der Reglementierung zeigt in der Hauptsache bezüglich des Wohnens der Prostituierten drei verschiedene Typen: das Bordell, die Prostituiertenstraßen, das Zerstreutwohnen; die beiden ersten Arten bilden die kasernierte, die letztere die vagierende Prostitution.

Das Bordell ist das Sklavenhaus. In ihm sind die Mädchen das Ausbeutungsobjekt des Beherbergers in einer unerhört schändlichen Weise. Hier hat der Mädchenhandel seinen Sitz und Mittelpunkt. Hier steigert sich der Geschlechtsverkehr bis zur Erschöpfung und die Perversität feiert hier ihre Orgien. Für die Beibehaltung des Bordells tritt niemand ein, der über diese Dinge nachdenkt oder Gelegenheit gehabt hat, als Arzt oder Gefängnisseelsorger einen Blick in das Wesen dieses Betriebes zu tun.

Die Prostitutionsstraße, wie sie in Bremen sich findet, läßt die Prostituierten für sich selbständig wohnen, aber zwingt sie, ihre Wohnung in einer bestimmten Straße zu nehmen. Gegen das Bordell bietet dieser Typus einen Vorteil: die Prostituierte ist nicht die Sklavin des Beherbergers. Aber der doppelte Nachteil bleibt: es werden nicht alle Prostituierten auf diese Weise in einer Stadt gefaßt, sondern nur ein Teil; es bleibt daneben die vagierende Prostitution bestehen; und das Anlegen einer solchen Straße — meist im Arbeiterquartier — ist eine unverzeihliche Rücksichtslosigkeit gegen die wirtschaftlich Schwachen, deren Familien, deren Kinder dadurch in einer von der Prostitution vergifteten Atmosphäre aufwachsen müssen.

Das Zerstreutwohnen erschwert die Gesundheitskontrolle, ebenso die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Anstands auf der Straße und macht es durch den sogenannten „Strich" dem anständigen Publikum oft schwer, in den Abendstunden unbehelligt die Verkehrsstraßen zu betreten.

Keine dieser Reglementierungstypen kann so bleiben wie er ist. Eine Besserung muß eintreten; diese Überzeugung muß Gemeingut aller politischen Parteien werden. Aber wie? Mir scheint es, dadurch, daß man die hygienische und die ethische Seite der Prostitutionsfrage von einander trennt.

Die hygienische Seite der Frage fordert eine umfassende Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, und zwar bei Mann und Frau. Dazu ist nötig:

1. Die Geschlechtskranken müssen ermittelt werden. Wir brauchen eine Anzeigepflicht wie bei anderen ansteckenden Krankheiten, und zwar für Mann und Frau.

2. Die Geschlechtskranken müssen geheilt werden. Wir brauchen eine größtmögliche Ausdehnung der Heilmöglichkeiten: Beratungsstellen, Krankenhäuser, technisch vorgebildete und geschulte Ärzte, deswegen eingehende staatliche Prüfung im Fach der Geschlechtskrankheiten, Schaffung von Lehrstühlen an den Universitäten.

3. Den Geschlechtskranken muß es durch die Gesetzgebung zum Bewußtsein gebracht werden, daß jede von ihnen gewissenlos verschuldete Übertragung ihrer Ge-

Digitized by Google

schlechtskrankheit durch den Geschlechtsverkehr auf eine andere Person unter schwere Strafe gestellt wird.

Die ethische Seite der Prostitutionsfrage fordert eine Entscheidung, und zwar eine klare und charaktervolle über die Wahl der einen oder anderen der beiden Möglichkeiten: Ich will, daß Prostitution sei, oder ich will, daß Prostitution nicht sei. Da sie dem Familienleben und der Volksgemeinschaft so sehr verderbenbringend ist, müssen sich immer mehr Politiker zu dem Satz bekennen: ich will, daß Prostitution nicht sei.

Und zwar müssen das die Politiker aus allen Parteien tun, ob sie die Ursache der Prostitution wesentlich in den Personen oder wesentlich in den Verhältnissen suchen; sobald sie sich in dem Entschluß einen: ich will, daß Prostitution nicht sei, werden sie auch die gesetzgeberischen Maßnahmen gemeinsam treffen.

Diese bestehen darin, daß man versucht:

1. die Quellen zu verstopfen, aus denen die Prostitution fließt; dahin gehören:

a) unzureichende Wohnungen, bei welchen es zu keiner geordneten sittlichen Erziehung der Kinder kommen kann. Eine umfassende Wohnungsreform ist eine der wirksamsten Maßnahmen gegen die Prostitution;

b) unzureichende Arbeitslöhne. Die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft durch die Gewährung von bloßen Hungerlöhnen muß als wucherische den strengsten Strafbestimmungen unterworfen werden;

c) unzureichende Besoldung von Beamten und Offizieren, die eine frühzeitige Verheiratung des Mannes im normalen Alter von 25—26 Jahren unmöglich machen. Verbesserung der Beamtenbesoldung und Offiziersbesoldung unter Berücksichtigung der Familienbegründung. Staffelung des Gehaltes nach den drei Rubriken: Grundgehalt, Ehegehalt, Familiengehalt mit Steigerung bei wachsender Kinderzahl;

d) unzureichende Ausbildung der Mädchen in hauswirtschaftlichen Kenntnissen und in den beruflichen Fachfertigkeiten. Einführung der Zwangsfortbildungsschule für junge Männer und junge Mädchen. Haushaltungsunterricht für die letzteren;

e) unzureichende Erziehung: Nachhilfe derselben durch staatliche Fürsorgeerziehung, die für alle Jugendlichen, — am besten für alle Minderjährigen — ein Eingehen auf die Wege der Prostitution zu einer Unmöglichkeit macht;

f) unzureichende geistige Befähigung, psychopathische Zustände, Schwachsinn, Imbezillität, mangelnde geistige Selbstbestimmungsfähigkeit. Darbietung staatlicher Heil- und Siechenanstalten für solche Personen eventuell für Lebensdauer.

2. Die Zuflüsse abzugraben, aus denen die Prostitution sich nährt. Diese sind enthalten:

a) im Alkoholismus, in dem von der Überschwemmung mit Alkohol ausgehenden Gift, welches die sittliche Widerstandskraft lähmt und gleichzeitig das Triebleben bis zum Exzeß steigert. Darum müssen in erster Linie die Animierkneipen geschlossen

Digitized by Google

werden. Trunkenheit muß strafverschärfend wirken, nicht strafmildernd. Trunkfällige müssen zwangsweise dem Heilprozeß unterworfen werden durch Überweisung an Abstinenzorganisationen oder an Trinkerheilanstalten;

b) in Darbietungen, bei denen die Tendenz besteht, vor allem die Jugend zur Sittenlosigkeit zu verführen. Diese können literarische sein (Bücher, Schriften, Bilder) oder theatralische (Kino, Schauspiele, Vorstellungen). Es gilt, die wirkliche Gemeinheit zu treffen und unschädlich zu machen, daneben aber Sorge zu tragen, daß dem Volke die denkbar besten, reinsten, erquickendsten Erholungsmöglichkeiten gewährt werden in literarischer Volksbildung, in Übermittlung echter Kunst, in Weckung der Freude an Musik und Gesang, an Sport und Wandern, an Natur und Landschaft, an Heimat und Herd.

3. Die weitere Aufgabe ist: das Strombett nach Möglichkeit einzudämmen, in welchem die Prostitution noch fließt. Dahin gehören die Bestimmungen:

a) es darf weder die öffentliche Ordnung noch der öffentliche Anstand verletzt werden. Wer Prostitution treiben will oder mit ihr sich einlassen will, muß diese Schranke innehalten;

b) die Jugend muß unter allen Umständen geschützt werden. Darum darf der Prostitutionsverkehr nicht in Wohnungen stattfinden, in welchen Kinder oder Jugendliche zu Hause sind;

c) die Gesetzgebung muß den Erlaß solcher allgemeinen einschränkenden Bestimmungen für das ganze Reich ermöglichen, deren Ergänzung unter dem Gesichtspunkt lokaler Sondererfordernisse durchgeführt werden kann. (Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat nach ihren neuesten Mitteilungen 1917, Heft 1 u. 2, S. 25 die Vorlage einer solchen „Bundesratsverordnung" zur weiteren Erwägung veröffentlicht.)

Wenn die maßgebenden Kreise unseres Volkes sich auf den Standpunkt stellen: Ich will, daß Prostitution nicht sei, dann werden die hier angeregten Maßnahmen einen ganz entschiedenen Schritt zur Besserung bedeuten. Wird die Prostitution nach Kräften überwunden, dann ist die Hauptgefahr, welche die äußere und innere Gesundheit unsres Familienlebens bedroht, beseitigt.

Schon in den seitherigen Darlegungen trat es mehrfach deutlich hervor, daß wir uns nicht auf negative Maßnahmen beschränken dürfen, sondern daß wir positiv alles zu tun haben, wodurch die Einehe und damit die Gesundheit des Familienlebens gefördert wird. Wir brauchen eine starke, zielbewußte Bevölkerungspolitik zur Eindämmung des Geburtenrückgangs, zum Aufbau des kinderreichen deutschen Hauses, zur Durchführung der Freude am eigenen Heim und der dasselbe belebenden Kinderschar.

Der Krieg mit seinen zahlreichen Opfern legt uns diese politische Arbeit dringend ans Herz. Unsere heimkehrenden Krieger sollen und wollen ein wohnliches Heim finden. Die Sorge um die Erhaltung des Bestandes unsres Volkes

Digitized by Google

fordert die Mobilmachung aller Kräfte zum Wohlergehen der Familie. Im letzten Grunde darf bei keiner Frage der Gesetzgebung fortan die Frage nach ihrer bevölkerungspolitischen Wirkung ausgeschaltet werden. Das Interesse an der Gesundheit, dem Weiterbestehen unsres Volkes muß das Einheitsband sein, welches uns alle zu gemeinsamer Arbeit auf diesem für das innere Glück unsres Volkes entscheidungsvollen Gebiete vereinigt.

England und das Völkerrecht

„Der amerikanische Friedenstraum" ist ein von Sir Herbert Stephen in der April-Nummer des „Nineteenth Century" veröffentlichter Beitrag überschrieben. Der Aufsatz bringt mit einer Offenherzigkeit, welche, so überraschend sie wirkt, von seiner Unverfrorenheit noch übertroffen wird, die frivolen englischen Gedanken über das Völkerrecht unverhohlen zum Ausdruck und reißt unbewußt der englischen Heuchelei die Maske herunter. Er empfiehlt England offiziell alle hemmenden völkerrechtlichen Fesseln abzustreifen, wobei er nur vergißt, daß England dies praktisch wie in allen früheren Kriegen so auch in diesem von Anfang an getan hat

Den Ausgangspunkt der Ausführungen Sir Herberts bildet die Rede Wilsons im Senat von 22. Januar d. J.

Er ist bezeichnend, daß hier eine englische Persönlichkeit den neu gewonnenen „Waffengefährten" in heftigster Weise angreift, ohne dabei vor den stärksten Ausdrücken der Verurteilung und selbst vor einer Anzweifelung der Aufrichtigkeit der Wilsonschen Politik zurückzuschrecken. Wieder ist es das von englischer und französischer Seite in gleicher Weise dauernd verhöhnte Wort vom „Frieden ohne Sieg", gegen welches sich der Verfasser wendet. Die Verkündigung des Präsidenten, daß die Erklärung der Alliierten, sie wollten das deutsche Volk nicht vernichten, notwendig den Verzicht auf Sieg einschließe, nennt er „eine der ergötzlichsten Äußerungen, die jemals von einem Staat ausgegangen ist".

Zu dem Teile der Rede, in welchem Wilson den Gedanken weiter dahin ausführt, daß nur ein Friede, welcher zwischen Gleichen geschlossen werde, von Dauer sein könne, bemerkt der Verfasser: „Es ist einfach lächerlich, uns beibringen zu wollem, daß dies die Art Sieg sei, mit der die Alliierten zufrieden sein könnten und sollten ..... der Gedanke, daß wir oder unsere Alliierten jemals Frieden ohne Sieg aus irgendeinem Grunde in der Welt annehmen könnten, es sei denn, daß wir nichts besseres bekommen können, ist reine Torheit." — Nach einem schmeichelhaften Vergleiche zwischen den Deutschen und den Zulus, welche sich im Jahre 1879 ebenfalls als unmögliche, vertragsbrüchige Nachbarn erwiesen hätten, heißt es weiter: „Die willige Annahme von Frieden ohne Sieg war, wie absurd und unwahrscheinlich uns dies auch vorkommen mag, die Grundlage der internationalen Politik, welche Präsident Wilson dem amerikanischen Volke und der Welt empfahl, — wenigstens gab der Präsident

Digitized by Google

es dafür aus. Zweck meiner Ausführungen ist, zu zeigen, daß der vorgeschlagene Oberbau („Frieden ohne Sieg") selbst nicht weniger weit entfernt von der Wirklichkeit und ein nicht weniger trügerisches und gefährliches Ideal war, als das Fundament, auf welches er sich angeblich aufbauen muß, nämlich die Bildung der Friedensliga." Der Verfasser sucht den Beweis zu führen, daß eine solche Liga ebenfalls „absurd" sei und einen inneren Widerspruch bedeute. Sein Widerstand entspringt dem Gedanken, daß England keine Beeinträchtigung seiner Aktionsfreiheit dulden darf, vor allem der Furcht, daß Englands Seeherrschaft unter einer solchen Liga leiden könne. Die von Wilson geforderte „Freiheit der Meere" wird daher scharf kommentiert: „Jetzt wissen wir, was Ausländer im Sinne haben, wenn sie von der ‚Freiheit der Meere' reden. Niemand beklagt sich über irgendwelche Störung dieser Freiheit der Meere, solange Frieden ist. Was sie wollen, ist, daß die Meere von kriegerischen Operationen frei bleiben, und zweifellos würde das für manche von ihnen eine glänzende Sache sein. Es wäre genau so vernünftig, die ‚Freiheit der Luft' zu beanspruchen, d. h. Kriegführende zu überreden, keinen Gebrauch von Luftfahrzeugen zu machen." So verhöhnt Albion eine der vornehmsten Foderungen, welche der Weltkrieg hervorgebracht hat. Nicht nur für „manche von ihnen" würde die Freiheit der Meere eine „glänzende Sache" sein, wie Sir Herbert spöttisch meint, sondern die Lebensinteressen aller Völker stehen in diesem Punkte solidarisch der Gewaltherrschaft Englands gegenüber.

„Es ist natürlich nichts Neues und Ungewöhnliches an Präsident Wilsons Ausführungen, es sei denn, daß der Plan . . . noch niemals vorher mit dieser Offenheit von irgend jemandem in so hoher Stellung verkündet worden ist. Die ganze Tendenz, solche Ideen als praktisch durchführbar zu betrachten, ist zweifellos durch Schriftsteller welche über sogenanntes internationales Recht schreiben, wie auch durch die vagen Vorstellungen bestärkt worden, welche sich freundliche Enthusiasten von internationalen Tribunalen machen, weil sie nicht genügend davon unterrichtet sind, was Gesetze, und was die Beziehungen unabhängiger Nationen sind . . . Ausdrücke wie die ‚Gesetze' des Krieges oder die ‚Rechte' der Neutralen dienen in Wirklichkeit weniger dazu, Kriegführende in der Kriegführung zu beschränken, . . . als die Klagen derjenigen, welche sich beschwert fühlen, nach einem falschen Punkt hinzulenken."— Das läßt an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Wenn die „Gesetze" des Krieges und die „Rechte" der Neutralen, Begriffe, welche dem Verfasser so merkwürdig erscheinen, daß er sie in vielsagende Parenthese kleidet, nicht in Wirklichkeit dazu dienen, Kriegführende in der Kriegführung zu beschränken, so erhebt sich für den Nicht-Engländer, den „foreigner", die Frage: Muß denn dem so sein? Und indem er diese Frage mit einem energischen „Nein" beantwortet, gibt er der Erkenntnis Ausdruck, daß der Engländer einer solchen Auffassung nur deshalb huldigt, weil er keine Gesetze des Krieges und keine Rechte der Neutralen kennen will. Damit ist eine internationale Rechtlosigkeit für des höchste Ziel englischer Politik erklärt! — Nachdem

Digitized by Google

Sir Herbert auf diese Weise des völkerrechtliche Gebäude eingerissen hat, sucht er einen eigenen Bau an seine Stelle zu setzen, und er kommt dabei zu Folgerungen, welche ihn selbst erschrecken müssen. Er erklärt, daß physische Kraft angewendt zugunsten alles dessen, was gerecht und gut ist, der letzte Arbiter aller menschlichen Angelegenheiten sei und hat nichts dagegen einzuwenden, daß man diese Kombination — Militarismus nenne! „Als Tadel ist die Bezeichnung ‚preußischer Militarismus' nicht ohne Wert, aber wir werden uns in Zukunft viel Unannehmlichkeiten und Mißverständnisse ersparen, wenn wir daran denken, daß wir das, was wir haben wollen, nur erreichen können, indem wir dafür kämpfen."

Also eine Verteidigung des „preußischen Militarismus" in dem Sinne, wie er sich gemäß englischer Hetzpropaganda darstellt, d. h. als rücksichtslos sich durchsetzende physische Gewalt. — Soll dies in Zukunft die offizielle englische Stellungnahme sein, so muß England seine bisherige Lügentaktik in der Welt von Grund aus ändern: „Laßt uns aufhören, damit zu argumentieren, daß die Versenkung unbewaffneter Schiffe durch Unterseeboote gegen eine Art Gesetz verstößt, welches nicht genau hundert Jahre vor der Erfindung des Unterseeboots geschaffen ist; laßt uns lieber die weit stärkere Stellung einnehmen, den Beweis zu liefern, daß diese neue Kriegsmethode für ihre Anhänger vorhängnisvoll werden wird . . .

Wahrscheinlich ist es auch mit vielem Geschrei verdammt worden, als die ehrenwerten Keulen und Steine einer älteren Zeitperiode zum erstemmal durch geschärftes Metall ersetzt wurden . . . Bei all die diesen Neuerungen ist die wesentliche Frage, ob sie wirkungsvoll sind . . . Man nehme die Anwendung vergifteter Gase. Es scheint noch nicht sicher, ob es eine brauchbare und deshalb lobenswerte Erfindung ist, oder nicht."

„Erlaubt ist, was gefällt," — Sir Herbert beweist uns in entgegenkommendster Weise, daß England während des Krieges diesem Grundsatze in weitgehendstem Maße gehuldigt hat: „Wir haben all die ‚frommen Gründe', welche wir unter dem Eindrucke, daß wir immer Neutrale sein würden, dumm genug gewesen sind, in der Londoner Deklaration zu verkünden, über Bord geworfen und haben schleunigst die Veröffentlichung allwöchentlicher Listen absoluter Kontrebande mit einer Entschlossenheit folgen lassen, welche Wicquefort, Puffendorf, Grotius und Kompanie in das Bücherregal verbannt hat, welches in Wahrheit immer der richtige Platz für sie gewesen wäre. Dank einem völligen Wandel im Charakter der Schiffe sind wir nicht weit davon entfernt, das ganze alte ‚Blockaderecht' auf dem Kopf zu stellen . . ." Natürlich spart Sir Herbert auch nicht mit der Aufführung der alten, ewig neuen Fälle, in welchen Deutschland angeblich das internationale Recht außer Acht gelassen hat. Doch so milde der englische Richter, um dem Prinzipe des „Militarismus" nicht untreu zu werden, die von ihm herangezogenen deutschen Fälle behandeln mag müssen wir Deutschen auch die mildeste Beurteilung von englischer Seite zurückweisen. Unsere Kriegshandlungen rechtfertigen sich nicht aus eigenen, willkürlich aufgestellten Prinzipien, sondern aus dem Rechte aller Völker.

Digitized by Google

Sir Herbert schließt mit einem „Glaubensbekenntnis", welches England nach Friedensschluß allen Völkern mitteilen soll; er zieht darin das Fazit aus seinen Ausführungen und stellt den Satz auf: „Wenn irgend jemand wissen will, wie England sich, sei es als Neutraler, sei es als Kriegführender, in zukünftigen Kriegen verhalten wird, so können wir ihn nur auf unser Verhalten in der Vergangenheit hinweisen." — Dies ist wohl der beachtenswerteste Satz des Ganzen. Lassen wir ihn uns zur Warnung dienen; möge er uns vor der Illusion bewahren, daß England sich jemals bereitfinden wird, am Völkerrecht aus Überzeugung mitzuarbeiten. Mögen wir stets des Englands eingedenk bleiben, das durch eine Kette rechtloser, schändlicher Taten Indien und Südafrika unterjocht, das in tiefstem Frieden die dänische Flotte überfallen und vernichtet, und das das deutsche Volk durch widerrechtlich, unerhörte Absperrungsmaßregeln auszuhungern versucht hat.

Notizen

Wieviel Vlamen gibt es eigentlich? Die Frage scheint überflüssig, denn wir haben bereits eine Unmasse von deutschen Schriften und Aufsätzen über die vlamische Frage, die zugleich eine Nationalitätenstatistik von Belgien enthalten. Keine einzige dieser Schriften aber hat, so viel ich sehe, aus der eigentlichen Quelle der amtlichen Statistik geschöpft. Alle haben ihre Zahlen aus zweiter Hand, daher sei hier an der Hand der amtlichen Statistik der Versuch unternommen, die Zahl der Vlamen zu erfassen. Da die amtliche Statistik jedoch verschiedene Wandlungen durchgemacht, bezüglich der Zählung der Kinder bis zu zwei Jahren (1880 wurden diese Kinder in keiner Rubrik mitgezählt, 1890 der Sprache zugezählt, die in der betreffenden Familie als die Umgangssprache angegeben wurde; seit 1900 werden sie in der Gruppe mitgezählt, die keine der drei Landessprachen sprechen) — so sind bei der nachfolgenden Statistik diese Kinder stets ausgeschlossen worden. Mit dieser Korrektur ergab die amtliche Statistik folgendes Resultat:

1880 .	2485384	rein vlamische (nur vlamisch sprech.) u.	2230316 nur franz. sprech. Einw.
1890 .	2744271	„ „ „ „ „ „	2485072 „ „ „ „
1900 .	2822005	„ „ „ „ „ „	2574805 „ „ „ „
1910 .	3220662	„ „ „ „ „ „	2833334 „ „ „ „

Die amtliche Statistik stellt nun außerdem fest, welche Sprache in den Fällen, wo Mehrsprachigkeit vorliegt, als die eigentliche Umgangssprache anzusehen ist. Danach ergibt sich für die vlamische Ziffer eine Erhöhung um 611531, für die französische um 349969. Schließlich sind unter den 330893 Einwohnern, die im Jahre 1910 „keine der drei nationalen Sprachen sprachen", rund 320000 Kinder (10538 Ausländer, nach Abzug der Niederländer, Deutschen und Franzosen). Von diesen kommen bei der stärkeren Kinderzahl in den vlamischen Familien (das statistische Material dafür habe ich veröffentlicht in der Unterhaltungsbeilage der „Tägl. Rundschau" 1917, Nr. 114) mindestens $^{3}/_{5}$, also 192000 auf die vlamische Seite, so daß wir 4024193 Vlamen (3220662 + 611531 + 192000) gegen 3311303 (2833334 + 349969 + 128000) Walen oder Franzosen in Belgien haben. Das ist als amtliches Zählungsergebnis für Belgien anzusehen. A. Schowalter

Die französischen Waldbestände. Große Sorge bereitet den Franzosen, wie das „Echo de Paris" vom 18. Mai schreibt, die Abnahme ihrer Waldbestände. Da nicht genügend

Digitized by Google

Waldhüter vorhanden sind — sie sind alle an der Front — kommen in letzter Zeit ungeheuer viel Waldbrände vor. Außerdem rechnet man stark damit, im kommenden Winter an Stelle von Kohlen mit Holz zu heizen. Ein Deputierter hat die Regierung ersucht, jetzt schon für den Winter Vorbereitungen zu treffen und die Heizung mit Holz an Stelle der Heizung mit Kohlen zu setzen. Er erklärt, „daß diese Frage von großer Wichtigkeit ist. Sie betrifft nicht nur Paris, sondern ganz Frankreich. Es gibt eine Reihe von Departements, die über einen beträchtlichen Waldbestand verfügen. Der Staat muß sie in den Stand setzen, entweder selbst zu requirieren oder die Sache in eigne Regie zu nehmen. Es wird, wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, leicht sein, zu berechnen, wieviel Holz diese Departements zur Verfügung haben und dadurch eine gleichmäßige Verteilung mit Heizmitteln für das ganze Land zu ermöglichen. Man muß sich hiermit sehr beeilen, denn wenn man lange zögert, wird von unsern Wäldern nur noch Holzkohle übrig sein. Da unsere Wälder infolge mangelnder Überwachung abbrennen, ist es besser, wenn wir sie abschlagen. Es wird ein schreckliches Opfer sein. In Friedenszeiten hätten wir uns gegen diesen Gedanken empört, da die Wälder, wie man weiß, einen sehr wohltuenden Einfluß auf das Klima ausüben. Die Wälder unserer Gegenden im Nordosten wurden durch die Deutschen vernichtet. Jetzt sind unsere Wälder in der Bretagne und in der Mitte des Landes bedroht, zu verbrennen oder abgeholzt zu werden. Wenn wir tatsächlich im kommenden Winter kein anderes Heizmaterial haben, dann müssen wir uns resigniert damit abfinden, die Wälder niederzuschlagen. Nur soll unsere Verwaltung dann auf kluge Weise vorgehen und nicht systematisch verwüsten. Man weiß bei ihr nie, wie man dran ist."

Agrarunruhen in Rußland. Der „Hunger nach Land" läßt sich in Rußland nicht mehr eindämmen. Die Bauern wollen sich nicht mehr auf die Konstituierende Versammlung vertrösten lassen. Den russischen Blättern entnehmen wir folgende Meldungen über Agrarunruhen, die sich beliebig vermehren ließen, aber die vorliegenden dürften genügen, um zu zeigen, wie stark diese Bewegung bereits ist: Die Lage im Saratowschen Gouvernement wird dahin charakterisiert, daß der Großgrundbesitz bereits aufgehört habe zu existieren, da bis auf kleine Reste alles Land der Gutsbesitzer weggenommen oder zu einem lächerlich niedrigen Preise von den Bauern gepachtet worden sei. („Djen", 27. April.) Im Tambowschen Gouvernement sind mehrere Güter niedergebrannt, und es findet namentlich eine Hetze gegen die Dorfintelligenz und die Kooperativ-Genossenschaften statt. Die Regierungskommissare werden nicht anerkannt, sondern die Gewalt wird von Leuten ausgeübt, die sich selbst für Kommissare erklären. („Russk. Wjed.", 29. April, 3. Mai, „Djen", 5. Mai, „Now. Wr.", 6. Mai.) Im Rjasanschen finden Versammlungen statt, auf denen beschlossen wird, die Gutssitze zu verbrennen. An einigen Orten haben die Bauern die Mehrfelderwirtschaft verboten und verlangen, daß alle zur primitiven Dreifelderwirtschaft zurückkehren. („Djen", 3. und 5. Mai.) In zwei Kreisen von Bessarabien ist ebenfalls alles Gutsland bereits aufgeteilt. Im Jekaterinoslawschen Gouvernement lassen die Bauern ihre eigenen Felder liegen und bestellen nur die gewaltsam eingenommenen Felder der Gutsbesitzer, weil sie glauben, daß sie dadurch das Eigentumsrecht daran gewinnen. („Djen", 4. Mai.) Die Meldung aus den Gouvernements Tambow und Rjäsan bedürfen noch einer Anmerkung. Hier wendet sich die Bauernschaft nicht nur gegen den Großgrundbesitz, sondern ebenso gegen die Verbesserung der bäuerlichen Wirtschaft. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man diese scheinbare Widersinnigkeit mit der Tatsache erklärt, daß die Stolypinsche Agrarreform, die bekanntlich den Agrarkommunismus zugunsten des Einzelbesitzes aufhob, oft gegen den Willen der Bauern durchgeführt wurde. Jetzt nimmt die damals niedergehaltene Bauernschaft die Gelegenheit wahr, um sich von der „zarischen Reform" zu befreien.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Bücher über Erziehung

Die Aufgaben unserer Erziehung stellt die 163. Flugschrift des Dürerbundes fest, (Pland, „Sieg des Deutschen") indem sie von der Frage ausgeht: „ob es dem Zentrum Europas ebenso an wirklicher Schöpferkraft fehle wie in seinem ganzen feindlichen Umkreis?" „Daß die Macht und Gewalt des staatlichen Aufgebots solche Schöpferkraft nicht hervorzaubern kann trotz des Reichtums technischer und geistiger Erfindungen, den es wachrief, das weiß jeder, der einmal etwas von den innersten Lebensräumen der Menschheit verspürt hat. Aber wenn überhaupt etwas diese letzten Hilfsquellen neu zu erschließen berufen ist, dann muß es doch die Not dieses Krieges sein, freilich nicht die äußere, auch nicht die bloß wirtschaftliche und staatliche, sondern ganz allein die seelische, die innere Ratlosigkeit des armen Volks das mit diesem Krieg hilfloser und unmündiger als je in völlige Abhängigkeit vom Urteil der Partei geraten ist, soweit es nicht schon der Kriegspsychose völlig erlag. Wird es überhaupt noch möglich sein, diesen Bann zu brechen?" Diese Flugschrift nimmt damit einen schon vor dem Krieg geäußerten Gedanken Windelbands, des im Kriege verstorbenen Philosophen, auf, dem sein Schüler Arnold Ruge das erste Denkmal setzt, das seinem Andenken gerecht wird. (A. Barth, Leipzig.) „Zweifellos ist dem Gesamtwissen der Zeit des deutschen Idealismus das der Gegenwart weit überlegen: aber dafür zersplittert es sich jetzt in die einzelnen Köpfe und Tätigkeiten, und das Individuum, unfähig, seine Bildung aus dem Ganzen herauszuarbeiten, muß sich für die Einseitigkeit seiner Berufsarbeit meist durch einen eitlen Dilettantismus entschädigen, der von allem kostet, um sich von nichts zu nähren. Zweifellos sind wir politisch reifer und den Aufgaben der äußeren Existenz weit gewachsener geworden: aber in der Not des Kampfes fehlt uns der Friede, uns seiner Früchte zu freuen, und mit Neid müssen wir auf jene Zeit zurückschauen, der es vergönnt war, mitten aus einer gewaltigen Schöpfertätigkeit heraus ihren geistigen Gehalt in schöner Harmonie zu genießen." Noch eine andere Stelle in einer Schrift Windelbands klingt wie eine Vorhersagung: „Durch unser Volk geht ein gewaltiges Sehnen; es ist in ihm etwas von dem Gefühl, über sich selbst hinauszuwachsen, ein Hinausstreben in noch Unbestimmtes und Unbekanntes, ein Trieb zugleich der Ausweitung, der Bereicherung und der Befestigung!" Ob diese Voraussage sich erfüllt hat, fragt sich eine Reihe ausgezeichneter Männer. Von den Erfahrungen des Krieges und den Möglichkeiten des Friedens her Otto Baumgarten, der in jedem Falle ein Deutschland „mit ganz neuer unerhörter Regsamkeit und Weltbewußtheit" kommen sieht. („Erziehungsaufgaben des neuen Deutschland", Mohr, Tübingen, br. M. 3.—.) „Wir werden ein neues Deutschland erleben mit ganz neuem Staatsbürgerbewußtsein und gewiß auch Staatsbürgereinfluß. Der alte deutsche Individualismus, der nur von Zeit zu Zeit an den Racker Staat erinnert ward, im übrigen sich in der Vereinzelung vergnügte, wird sein endgültiges Ende erlebt haben." Trotzdem bleiben „die großen Richtpunkte menschlicher, humaner Erziehung des einzelnen zu einem vollwertigen Gliede der Menschheit dieselben für das neue wie für das alte Deutschland": „Die nationalistische, militaristische Woge, die uns heute trägt, wird — Gott sei Dank! — wieder etwas abflauen und einer größeren Beschaulichkeit und Stille des Selbsterlebens des einzelnen weichen." Baumgarten läßt uns nie vergessen, daß es sich um Volkserziehung handelt. Seine Gedanken gelten der Erziehung eines bevölkerungsstarken, wehrkräftigen, geschlechtlich intellektuell gesunden, einmütigen, willens- und gemütsstarken Volkes. Er läßt so am Ende „die Erziehung des neuen Deutschland" in die Bahnen des alten deutschen und christlichen Idealismus zurücklaufen, der allein „der tiefste Halt seiner realen Macht bleiben wird". Zu ähnlichen Schlüssen, nicht von der geistesgeschichtlichen, sondern von der menschlichen Seite her, kommt Albrecht Mendelsohn-Bartholdy, der Würzburger Jurist. Auch er handelt, („Bürgertugenden in Krieg und Frieden", Mohr, Tübingen, br. M. 1.80) wie Baumgarten, „von der Schule des Glaubens". Aber diese Schule ist für ihn weniger die Tradition der deutschen Geistesgeschichte, als die Tradition der deutschen Familie und des deutschen Lebens, deren erschütterte Grundlagen neu aufzurichten er helfen will. Er sagt richtig, woran es uns gefehlt hat: wir haben unseren Kindern und Schülern aufgeschwatzt und angezwungen, „was sich nicht übertragen läßt, was jedes Geschlecht für sich selbst und aus sich heraus haben muß, unser Wissen und Können; und wir haben die größte Angst davor gehabt, der Jugend das zu geben, was wir ihr geben mußten, was sie braucht und sich nicht selbst geben kann: unseren Glauben und das Bekenntnis zu den Tugenden unseres Bürgertums", dem Grund zum Leben unserer Seele. So ist ihm Deutschlands Zukunft durch die alten übernommenen Mächte verbürgt: die Heimatliebe, die Rechtlichkeit, den Gemeinsinn, die Beständigkeit. „Wenn wir den Frieden haben wollen, müssen wir uns stark machen für ihn; dazu müssen wir Bürger den Bund schließen, daß uns die Heimatliebe führt, die schwachen, schwankenden Söhne am Volkstum haltend, den Übermut der Weltherrschaft bändigend. Daß wir Rechtlichkeit üben, auf dem eigenen Recht stehen und es am allerwenigsten an fremdes Unrecht preisgeben. Daß unser Sinn nicht Eigensinn, sondern Gemeinsinn sei, auf gemeinsamen Nutzen gerichtet, und wir unser bürgerliches Leben nicht hinter hohen Mauern verstecken, sondern offen in Ehren führen, und daß Beständigkeit die anderen Tugenden krönt.

Digitized by Google

Dann wird uns der arg böse Feind mit Krieg und Streit in Ruhe lassen. Dann haben wir die Reife und das Recht zum Frieden." Die Kraft des deutschen Idealismus, die Erfahrungen der Gegenwart und der Wille, von innen heraus der Zukunft zu helfen, strömen schließlich in dem Werk von F. W. Foerster zusammen („Erziehung und Selbsterziehung", Schultheß, Zürich, M. 6.—), das eine „Philosophie der Erziehung" genannt werden kann. „Die wachsende Not der Seele und der Kultur, die den modernen Menschen von den Außenfragen wieder zu den innerlichsten Bedingungen seines Lebens zurückdrängt", haben ihn zu der Aufgabe gerufen, daran mitzuhelfen, „den Charakter zu organisieren und die Innenwelt gegenüber dem Druck der Außenwelt zu befestigen". „Der Krieg hat der Kulturmenschheit ihren wahren Zustand im Spiegel vorgehalten: sie ließ sich durch den Schein der äußeren Ordnung und Friedlichkeit über die vulkanischen Gewalten hinwegtäuschen, die in ihrem noch gänzlich ungeläuterten Triebleben zum Ausbruch bereitlagen. Da niemand wirklich den Krieg wollte, so hielten wir uns alle für friedlich; wir sahen gar nicht, von welchen bösen Leidenschaften gegeneinander wir alle besessen waren, wie sehr unser täglicher Verkehr von den rohesten Abwehraffekten und von der kurzsichtigsten Selbstsucht durchdrungen war, und dies ganz unausbleiblich auch in die Völkerbeziehungen übergreifen und dort seinen furchtbaren Ausdruck finden mußte. Der Friede war gleichsam nur die künstliche Außenseite eines ganz anders geartetern Zustandes der Seelen; der allein sachgemäße Ausdruck für diesen Zustand und zugleich dessen Strafe war der Krieg." Von da aus kommt Foerster unabhängig von Mendelsohn-Bartholdy zu der gleichen Forderung: „Ein dauernder Völkerfriede setzt voraus, daß die Zähmung der Naturgewalten im menschlichen Innern mit ganz anderem Ernste in Angriff genommen wird, wie bisher, und daß man endlich begreift, daß eine menschliche Kultur auf Technik und egoistischem Interessenstreite allein nicht stehen kann, daß vielmehr höhere Seelenkräfte gerufen werden müssen, wenn nicht von Zeit zu Zeit der Geist wütender Zerstörung alles dem Erdboden gleich machen soll." Für diese neue Pädagogik als die Wissenschaft und Kunst der Seelenleitung und der Willensübertragung ist F.s Werk das erste umfassende Handbuch. Daß die theoretische Pädagogik mit diesen Grundanschauungen recht hat, wird aus einem kleinen Heft deutlich, in dem ein Arbeiter seine Weltanschauung schildert. (Evangelische Internierten-bücherei, Heft 2.) Aus niederer unklärer Umgebung, aus selbstgewähltem rohem Materialismus arbeitet er sich zu einem naiven Idealismus durch, der ihm erst Ruhe und Klarheit gibt. Bedürfnisse des Volkes und Erkenntnisse geistiger Führer begegnen sich also auf dem gleichen Weg.

Schon beginnt man auch die Mittel zu diesen geahnten und gesehenen neuen Zielen bereit zu stellen. Die Theaterkultur-Bewegung wirbt in zwei Eröffnungsheften (Diederichs, Jena, br. M. 1.50) für eine „idealistische Erneuerung der Schaubühne", für Aufführungen, die „in den Volksstimmungen, in dem seelischen Erhobensein der Allgemeinheit ihre Ursachen und ihr Ziel finden", die „die tief im Volk verankerten religiösen, nationalen, ethischen Empfindungskomplexe in jener Breite und Wucht wecken, daß sie ihre Versinnlichung in der Kunst, also auch auf der Schaubühne naturnotwendig aus sich heraus nicht nur fordern, sondern selbst zeitigen". Zur Läuterung der Sprache rufen zwei Bücher auf, die sich — das einzelne übertreibend — wieder unbewußt in einem Ziele begegnen: so in der Stellung gegen die ungeheuerlichen Wortgebilde und gegen die Übertreibungen der Alltagssprache. (E. Engel, „Sprich Deutsch", Hesse & Becker, Leipzig, M. 1.50; Krenge, „Anregungen zur Förderung der Sprache", Appelhans, Braunschweig.) Dafür, daß sogar die einzelnen Disziplinen der Wissenschaft den Weg ins Leben zurücksuchen, spricht die Rede von R. Kautzsch, die der Kunstgeschichte als der Geschichte der Darstellungsprobleme lebendige Fülle und menschliche Bedeutung dadurch geben will, daß sie sie kulturgeschichtlich interpretiert und als Besitz empfinden läßt wie Goethes Dichtungen und Beethovens Musik. (Werner & Winter, Frankfurt a. M.)

Das Wichtigste aber: Auch die Literatur über die Schule führt mehr und mehr in die Aufgaben hinein, die ihr das Leben stellt. Die Kernfrage stellt der Schweizer Pädagog H. Schenkel seiner Schrift („Schule der Zukunft", O. Füßli, Zürich) voran: Neue Ideen wollen sich Bahn brechen, aber sie finden heftigen Widerstand, nicht auf grundsätzlichem, sondern auf formalem Boden. „Es finden sich wohl Leute, die sich der Richtigkeit der neuen Idee voll bewußt sind, die aber zurückschrecken davor, auch die neuen Mittel zu ihrer Verwirklichung zu wollen, ihr den Weg zu ebnen. Nicht selten kommt es zu einem Kompromiß, die neue Idee wird in die alten Formen eingezwängt und so verunstaltet, daß ihr bester Kern dabei verdorben wird. Ein großer Hang zum Konservativismus lebt in uns allen. Er macht sich besonders geltend in formellen Dingen. Nur schwer entschließt man sich, alte liebgewordene Gewohnheiten aufzugeben oder Einrichtungen zu ändern, die schon längere Zeit bestanden haben." Ähnliche Gedanke spricht die Schrift von E. Vogel aus („Der Weg der deutschen Schule", Greßler, Langensalza): „Die Forderungen, die die große Zeit an den inneren Ausbau der Schule für Gegenwart und Zukunft stellt, werden allgemein anerkannt; nur über den Weg zu ihrer Erfüllung herrscht Uneinigkeit." Sein eigner Weg freilich, eine deutsche Schule, sogar mit Ausschaltung der Fremdsprachen zu begründen, steht wieder unter dem Bann desselben „Konservativismus". Aber ganz frei davon hält sich die Schrift von Max Apel über die Begabungsschulen (Vita, Berlin). Da werden die Wege zur Ver-

Digitized by Google

wirklichung des neuen Schulideals wirklich frei gemacht, Vorurteile aufgeräumt, die Bedenken gegen die Einheitsschule entkräftet, die gedankenlose Hingabe an ein äußerliches Nützlichkeitsprinzip gegeißelt. „Die gesamte Jugend des Volkes mit ihren Anlagen und Befähigungen, ihren Geistes- und Willensrichtungen bildet den Gegenstand aller Erziehung und alles Unterrichts. Hier Neues zu gestalten, ist die Forderung des Tages; hier ist nicht die Rede von Partei und Parteiungen, die wahre ‚Volksschule' ist Sache des ganzen Volkes." „Alle Schulen sind Begabungsschulen. Kein toter und tötender äußerlicher Unterscheidungsgrund soll die Schüler trennen. Aufstiegsmöglichkeiten für alle sollen geschaffen werden. Die neue Schule ist im Kommen. Das deutsche Volk, erschüttert bis in die Wurzeln seines Lebens, einig geschlossen in aller Not und Gefahr, wird sich die neue wahre „Volksschule" schaffen." Von dem ersten Versuch zur Verwirklichung der neuen Gedanken zeugt die im einzelnen (so in der starken Heranziehung der Kriegsliteratur) freilich unfruchtbare Weimarische Ministerialbekanntmachung über die Jugendpflege. Einen ausgezeichneten praktischen Vorschlag macht der Stadtschulinspektor Hösle (Quelle & Meyer, Leipzig, M. —.80), der die Schulpflege auf einen weiteren Boden gestellt und die Frau als Schulpflegerin eingesetzt wissen will, damit „Säuglingsfürsorge, Kinder- und Mutterschutz, Wohnungshygiene, Sicherung des sachlichen, des körperlichen und geistigen Notbedarfs des Kindes, sich zu Höchstleistungen und Höchstwirkungen steigern können". Einen jungen Erzieher der, ohne um Theorien sich zu kümmern, den Beruf des Lehrers, wie ihn die Pädagogik für die Zukunft vor sich sieht, lebend betätigt, sehen wir wohl in einem neuen Roman von S. Fischer am Werk, „Dem Bilderstürmer" von Wilhelm Lehmann. Einer, der noch mit der Natur verwachsen ist und aus der Natur überquellende Kraft zieht, bekennt sich feurig, noch nicht frei vom Überschwang der Jugend, zu den neuen Idealen, die Jugend in der Natur und für die Natur zu bilden. Um Anregungen im einzelnen und kleinen bemühen sich eine Reihe von Schriften. Eine will den Lehrer (als Aufklärer und Ermahner) stärker als bisher in den Dienst des wirtschaftlichen Lebens stellen. (K. König, bei Schultz, Straßburg.) Weit weniger fruchtbar sind die Bemühungen, die Teilnahme der Jugend an dem Geschehen des Krieges festzustellen. Leipziger experimentelle Untersuchungen über die Wiederspiegelung der „gewaltigen Gefühlserregung in der Zeit der vaterländischen Erhebung" in dem Herzen der Jugend zeigt eigentlich nur die Interesselosigkeit oder das Unverständnis der Jugend für den Stimmungsgehalt der Vorgänge aus dem Kriege, die ihr vorgeführt werden. (Schultze, „Unsere Kinder und der Krieg", Weit, Leipzig, M 3.—.) Man vergleiche einmal die Wirkungen des Rotkäppchens mit der der vorgeführten Kriegsszenen, um sich davon eine Vorstellung zu machen! Darum werden sich auch die sonst so hübschen Anregungen aus der Schulpraxis von Rektor Tessendorf (Verlag Gesenius, Halle) da, wo sie Klassenlesestoff aus der Kriegszeit behandeln, den Weg zur richtigen Wirkung verbauen, wo sie angelegentlich die Kriegsliteratur heranziehen. Für objektives Wissensgebiet gilt das natürlich nicht. Wenn ebendort der Jugend der Volksschulen vom deutschen Außenhandel eine richtige Vorstellung mitgegeben wird, so ist das ebenso zu begrüßen als wenn die Jahresberichte von Rethwisch (bei Weidmann, Berlin) die Erkenntnisse und Erfahrungen der Gegenwart für die höheren Schulen fruchtbar zu machen versuchen.

Karl Scheffler: Was will das werden? Ein Tagebuch im Kriege. (Insel-Verlag Leipzig). VII und 236 S. „Optimismus ist zur Zeit der Not eine Pflicht" — dieses schöne Glaubensbekenntnis Schefflers eröffnet so tröstliche Ausblicke — deren es übrigens viele in diesem schönen Buche gibt — wie zum Beispiel diesen: „Wenn sich der Deutsche endgültig zu einem Selbstgefühl großer Art erhebt, wird er wie von selbst an die Seite des Künstlers gelangen. Dieser aber wird dann nicht länger inmitten des Volkes vereinsamen und wird aufhören, sich und die Welt mit Einsamkeitssentimentalitäten zu betrügen."

Walter Rathenau: Von kommenden Dingen. (S. Fischer Verlag, Berlin.) 344 S. Preis geh. M. 5.—. „Wehe dem Geschlecht und seiner Zukunft, wenn es den Ruf seines Gewissens betäubt und beharrt in materieller Stumpfheit, in der Freude am Flitter, in den Banden der Eigensorge und des Hasses. Wir sind nicht da um des Besitzes willen, nicht um der Macht willen, auch nicht um des Glückes willen; sondern wir sind da zur Verklärung des Göttlichen aus menschlichem Geiste." Diese Schlußworte Rathenans kennzeichnen ein Buch, das als Niederschlag der Zeit in einer überragenden Persönlichkeit Beachtung weitester Kreise beanspruchen darf.

Albert Stange: Auslandshochschule oder Hochschule für Weltwirtschaft und Weltwirtschaftspolitik. (Broschek & Co., Hamburg. 48 S. Fordert die Errichtung einer Auslandshochschule auf der Grundlage der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstitutes.

Georg Wolff: Die Kriegsdichtung in der Schule. Schulwissenschaftl. Verlag A. Hase, Leipzig. 1917. (49 S., geh. M. —.85.)

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. / Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. / Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang · 15. Juni 1917 · Heft 24

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Zur Stockholmer Konferenz

Von Dr. Paul Rohrbach

Sehr mit Unrecht wird von einem Teil unserer öffentlichen Meinung, namentlich auf der rechten Seite, die Stockholmer Konferenz mit wenig wohlwollenden Augen angesehen. Man wendet dagegen ein: 1. Es wird dort von vornherein in einer uns feindseligen Atmosphäre verhandelt werden. Namentlich der Einberufer, der schwedische sozialdemokratische Führer Branting, ist ein erbitterter Feind Deutschlands. 2. Die Besprechung ist praktisch zwecklos, weil bei den feindlichen Regierungen und Volksvertretungen, auf die es allein ankommt, noch entschlossener Kriegswille herrscht und die Franzosen, möglicherweise auch die Engländer und Amerikaner, nicht einmal Vertreter schicken. 3. Es ist zu befürchten, daß die Sozialdemokratie, deren staatsfreundliche nationale Gesinnung keineswegs über jeden Zweifel erhaben sei, aus dem Ganzen einen Fischzug für ihre Sonderinteressen mache.

Zu diesem letzteren Einwand ist zunächst zu bemerken, daß er am allerwenigsten durchschlägt. Entweder mißglückt der Plan, dem die Konferenz dienen soll, uns dem Frieden näher zu bringen, und dann wird die Folge sicher nicht eine innere Stärkung der Sozialdemokratie sein — oder er gelingt, und dann hat die Sozialdemokratie sich ein Verdienst erworben, für das ihr Dank gebührt. Allerdings erhebt sich hier der Zweifel, wie denn der Friede aussehen würde, den die Sozialdemokraten in Stockholm vermitteln wollen. Würde es nicht ein „Scheidemann-Friede" in dem bekannten, auch für uns nicht annehmbaren Sinne sein? Darauf muß erwidert werden, daß die Stockholmer Besprechungen doch nicht den Friedensschluß, sondern nur eine Aussprache über das Friedensproblem zwischen den sozialdemokratischen Anhängern des Friedensgedankens bezwecken sollen. Der Hauptwert dieser Aussprache wird darin bestehen, daß die Sozialdemokraten der uns feindlichen und der mehr oder weniger neutralen Länder sagen müssen, was sie denn nun eigentlich für einen Frieden von uns wollen. Sobald die Diskussion erst auf diesem Punkte ist, wird sie sehr bald offenbaren, wie die Teilnehmer von der Gegenseite die noch vorhandene materielle

Digitized by Google

und moralische Kriegskraft ihrer Länder einschätzen, und wieviel wirklichen Kriegswillen gegen das militaristische Deutschland sie hinter sich haben. Voraussichtlich würde es hier Offenbarungen geben, die zu Hause, in Frankreich und Italien, von Rußland gar nicht erst zu reden, aber auch in England wahrhaft verwüstend wirken werden. Das ist auch der Hauptgrund, weswegen die französische Regierung sich so verzweifelt gegen die Reiseerlaubnis für ihre Sozialdemokraten sträubt, weswegen England Winkelzüge macht, weswegen der innere Kampf in Italien tobt und der Zar der Vereinigten Staaten, der seine Untertanen doch nicht genug kriegsbegeistert findet, gleichfalls gegen Stockholm die Stirne runzelt. Unter unsern Sozialdemokraten, auch denen, die nach Stockholm gegangen sind, gibt es Politiker von genügendem Scharfsinn, um zu durchschauen, daß den Gegnern ein demokratisches Deutschland im Besitz einer kräftigen Exportindustrie, einer starken Handelsflotte, guter Häfen und leistungsfähiger Kolonien reichlich so unangenehm wäre wie ein „militaristisches". Wenn einmal die Teilnehmer an der geplanten Konferenz in Stockholm zusammensitzen und die Aussprache, in der jeder Farbe bekennen muß, beginnt, so wird es ein großes Rauschen von fortgezogenen Vorhängen geben, und die Realien der internationalen Politik werden auch unsere sogenannten „Scheidemänner" in eine nützliche Schule nehmen.

Das zweite Bedenken, die Sache sei zwecklos, wird zum Teil schon durch das beantwortet, was wir soeben gegen das dritte gesagt haben. Zwecklos in dem Sinn, daß überhaupt nur ein Rumpfkongreß zustande kommt, dem verschiedene Vertretungen fehlen oder daß die Abgeordneten unverrichteter Sache nach Hause fahren, mag das Stockholmer Projekt schon ausgehen. Vielleicht kann man sogar sagen, es wäre verwunderlich, wenn es nicht so ausginge. Sollte aber deswegen wohl Deutschland seinen Feinden den Gefallen tun und ihnen Anlaß zu der Verkündigung geben: die Konferenz sei zwecklos verlaufen, weil die deutschen Sozialdemokraten nicht hingehen durften? Man sehe doch die Herren Ribot, Poincaré und Kompanie jetzt auf den heißen Eisen umherhüpfen, die ihnen mit dem Plan der Stockholmer Konferenz unter die Füße gebreitet sind! Ist das nicht ein Schauspiel, an dem wir unsere Freude haben können? Und dies Vergnügen, das wir jetzt haben, sollten wir freiwillig den andern auf unsere Kosten gewähren? Es wäre mehr als ein Vergnügen für jene, es wäre auch ein wirklicher Schaden für uns geworden. Wir müssen hier aber das Motiv von der politisch aufklärenden Wirkung, die vermutlich von der Konferenz ausgehen wird, noch nach einer bestimmten Seite fortsetzen. In der Nummer der „Hilfe" vom 7. Juni findet sich ein interessanter Briefwechsel zwischen dem Redakteur Wilhelm Heile und Paul Göhre. Darin verteidigt Göhre das sozialdemokratische Friedensprogramm: „ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker!" Wir kommen auf die Auslegung, die Göhre der Formel „ohne Annexionen" gibt, noch zurück und wenden uns zunächst dem zu, was er über den Frieden speziell zwischen Deutschland und Rußland sagt, nämlich folgendes:

Digitized by Google

Frieden ohne Annexionen bedeutet auch die Voraussetzung einer Annäherung des vergrößerten Mitteleuropas an ein innerlich irgendwie umgewandeltes Rußland, schließlich selbst Abschluß eines Bündnisses mit ihm. Wir sind uns heute in Deutschland alle darin einig, daß wir uns den Luxus der bisherigen Zweifrontenpolitik in Zukunft nicht mehr leisten können. Wir müssen uns entscheiden, ob wir mit England oder Rußland einen Ausgleich suchen wollen. Vielmehr, wir haben uns bereits entschieden: die erdrückende Mehrheit des Volkes hält einen solchen nur nach Osten hin für möglich. Ausgleich und Bündnis mit Rußland kommt aber nur durch Verzicht auf jede Amputation desselben durch uns. Ich kann nicht jemanden erst ausbeuteln, der nachher mein ehrlicher Freund sein soll. Nach diesem selbstverständlichen Grundsatz hat 1866 Bismarck dem geschlagenen Österreich gegenüber gehandelt, und das hat sich uns doch wahrlich gelohnt. Die gleiche Taktik empfiehlt die Sozialdemokratie jetzt Rußland gegenüber. Auch Rußland ist mehr noch als Österreich ein slawischer Staat; auch das russische Volkstum ist dem deutschen wesensnäher als das Angelsachsentum; auch Rußland wird, wie immer die Revolution dort sonst ausgehen mag, ähnlich wie Deutschland und Österreich ein Bundesstaat und Staatenbund werden.

Vielleicht spielt bei diesen sicher aufrichtig gemeinten Sätzen auch etwas das sozialdemokratische Interesse mit, den russischen Parteigenossen einen Frieden zu bieten, der Rußland entgegenkommt. Die russische Sozialdemokratie würde dadurch moralisch gestärkt werden, und das würde selbstverständlich, falls Rußland eine sozialdemokratische Republik wird, auch für die deutsche Sozialdemokratie vorteilhaft sein. Göhre ist Sozialdemokrat, aber er gehört zum nationalen Flügel der Partei; er hat also sicher die Überzeugung, daß er mit seinem Rat, wir möchten mit dem ungestalteten Rußland nicht nur Frieden, sondern auch Freundschaft suchen, das nationale Beste Deutschlands im Auge hat. Es fragt sich nur, ob er auch die richtige Vorstellung von Rußland, dem neuen Rußland hat?

Darauf gibt es eine höchst einfache Probe! Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Stockholm sollen verlangen, daß als Vertreter Rußlands nicht nur Großrussen erscheinen, d. h. Vertreter jener 47 Proz. der Angehörigen des bisherigen russischen Reichs, die während der Epoche des Zarismus die Herrschaft in Rußland ausgeübt haben, sondern auch Vertreter der Ukrainer, der Finnländer, der Esten, Letten und Litauer, der Kaukasier, der Muhammedaner usw. Gehen die Russen darauf ein, dann ist es gut, wo nicht, so ist das ein sicherer Beweis für den Utopismus der von Göhre gegenüber Rußland empfohlenen Politik. Der springende Punkt für das Verständnis Rußlands ist und bleibt die Fremdvölkerfrage. Auch ein Mann wie Göhre und unsere ganze Sozialdemokratie sollten sich doch darüber klar sein, daß Rußland samt der Macht und Gefahr, die es für Europa bedeutete, bisher auf der Herrschaft der Großrussen über eine Mehrheit von nichtgroßrussischen Völkern beruht. Die Großrussen aber sind Nationalisten und Eroberer von Anfang an. Wenn sie jetzt die Fremd- oder Eigenvölker innerhalb der bisherigen Grenzen Rußlands freigeben und sich mit ihnen zu gleichen Rechten in eine Bundesrepublik oder etwas ähnliches zusammenschließen, so ist in der Tat die russische Gefahr beschworen, denn es könnte nur als sehr unwahrscheinlich gelten, daß sich ein solcher Bund zur Wieder-

Digitized by Google

aufnahme der alten moskowischen Eroberungsziele gegen Westen wendet. Einstweilen aber versucht der Arbeiter- und Soldatenrat in St. Petersburg die Autonomie der Ukrainer zu unterdrücken. Einstweilen läßt der russische Befehlshaber in Livland auf die lettischen Bataillone schießen, einstweilen hat Kerenski den finnländischen Autonomisten mit Gewalt gedroht, und der Generalgouverneur von Finnland, Stachowitsch, der den Kadetten nahesteht, hat den Finnländern erklärt, wenn sie noch weiter Selbständigkeit forderten, würde er mit einem Bombardement der Hauptstädte von den drei russischen Festungen in Finnland aus antworten.

Hier also wird sich die politische Einsicht unserer Sozialdemokraten in Stockholm zu zeigen haben. Das Programm eines „Nikolsburger Friedens" mit Rußland ohne Gewahr dafür, daß die Großrussen die Eigenvölker vom Aralsee und Ararat bis zum Eismeer wirklich zu gleichen Rechten mit ihnen selber (den Moskowitern) freigeben, würde ein Beweis dafür sein, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in bezug auf Rußland nicht klüger ist, als es die deutschen Großkapitalisten sind, die nicht von der Vorstellung loskommen, Rußland sei und bleibe etwas Geschlossenes, an dem man nicht rütteln könne, und mit dem man baldmöglichst wieder auf den Fuß vorteilhafter Geschäfte kommen müsse.

Endlich das Bedenken, das wir eingangs zuerst nannten: die Atmosphäre in Stockholm werde so feindlich gegen Deutschland sein, daß man schon aus diesem Grunde besser nicht hinginge. Auch hierauf kann nur gesagt werden: umgekehrt ist die Sache richtig, je feindseliger, desto besser, desto besser für den Frieden! Wenn die deutschen sozialdemokratischen Vertreter erst merken, daß es wirklich auf die Zerstörung der nationalen Zukunft Deutschlands abgesehen ist, so werden ihnen die Augen schon aufgehen, soweit das bei manchen von ihnen noch nötig ist, und die Rückwirkung auf die Massen zu Hause wird nicht ausbleiben. Göhre erklärt in seinem oben erwähnten Artikel in der „Hilfe":

Die Forderung eines Friedens ohne Annexionen bedeutet nicht nur die Wiederherausgabe der von den Mittelmächten, sondern auch der von der Entente eroberten Länder. Für England aber, unseren grimmigsten und eigentlichen Feind, bedeutet das Zerschlagung seiner neuen, ganze Erdteile umspannenden Weltpolitik. Heute hat der Engländer den Landweg über Frankreich, Portugal, Marokko bis zum Kap, vom Kap bis Kairo, von Kairo bis Indien in seiner Gewalt. Ein Frieden ohne Annexionen zerreißt nicht nur dies gigantische Netz wieder, sondern führt England, in Verbindung mit dem neuen Kriegsfaktor des U-Boots, auch an das Ende seiner schon bisherigen monopolistischen Seeherrschaft. Was dagegen die Mittelmächte aufgeben, ist im Vergleich damit unendlich viel weniger. Sie geben einige Länderstücke auf, die ihrem Volksorganismus doch ewig nur Fremdkörper geblieben wären; sie gewinnen den Machtkomplex eines über den Balkan und Südwestasien ausgeweiteten Mitteleuropas, von der Nordsee bis zum Persischen Golf und behalten ein afrikanisches Kolonialreich, das in der kommenden Zeit verminderten Welthandels rasch größten Wert für sie erhalten wird. Nebenbei bemerkt: gerade im Punkte der deutschen Kolonien hat der Krieg der Sozialdemokratie einen völligen Gesinnungsumschwung gebracht; Unversehrtheit der deutschen Grenzen

Digitized by Google

heißt heute auch für sie zugleich Erhaltung unseres Kolonialbesitzes, sei es in der bisherigen, sei es in einer neuen, aber beileibe nicht entwerteten Gestalt.

In diesen Ausführungen steckt als Kern „das Ende der bisherigen monopolistischen Seeherrschaft Englands". Göhre, den wir hier ohne Zweifel als einen Wortführer unserer nationalen Sozialdemokraten betrachten können, hat also als Programm für Stockholm und für den Frieden 1. Beseitigung der russischen Gefahr durch Verständigung mit einem Bunde autonomer nationaler Gebiete, die zusammen das bisherige Rußland ausmachen — hierdurch würde Deutschland nach Osten rückenfrei werden — und 2. Beseitigung der englischen Gefahr durch Verwirklichung der Freiheit der Meere, was nur ein anderer Ausdruck für das Ende des englischen Herrschaftsmonopols zu See ist. Wir wollen hier nicht erörtern, wie sich mit dem „deutschen Frieden", den wir verlangen müssen, die einfache Preisgabe der jetzt von uns und unsern Bundesgenossen besetzten Gebiete vereinigen ließe. Unseres Erachtens ist die von Göhre gebrauchte Formel so, wie sie lautet, aus verschiedenen Gründen für uns gefährlich und daher nicht brauchbar; aber das, worauf es uns hier ankommt, ist, daß Göhre die beiden Punkte Meeresfreiheit und deutsches Kolonialreich richtig und klar erfaßt hat. Was wir nun noch von den deutschen Sozialdemokraten in Stockholm erwarten dürfen, ist, daß sie auch fest auf diesem Programm stehen bleiben, und wenn England, wie zu erwarten, sich gegen die Meeresfreiheit verzweifelt wehrt, auch die Konsequenzen ziehen. Die Konsequenzen sind es, auf die es ankommt: gegen Rußland, wenn es statt des Völkerbundes doch die alte Moskowiterherrschaft festhalten will — und gegen England, wenn es sein „gigantisches Netz", das Göhre zerrissen sehen will, doch weiter fest in der Hand zu behalten sich bestrebt zeigt. Für diese Dinge kann Stockholm eine politische hohe Schule der deutschen Sozialdemokratie werden, und nach den Proben, die bei den Stockholmer Vorbesprechungen von den sozialdemokratischen Führern sowohl Scheidemann als auch namentlich David abgelegt haben, kann man von ihrer Klugheit und ihrem nationalen Verständnis wie es scheint das Erforderliche erwarten.

Neuorientierung und auswärtige Politik

Von Prof. Dr. Fritz Hartung

Der Burgfriede, die Ausschaltung innerpolitischer Streitfragen, durch welche die Regierung die im August 1914 wundervoll zutage getretene Geschlossenheit des Volkes nach außen für die Dauer des Krieges sichern zu können hoffte, ist zerstört. Das haben die jetzt glücklich beendeten Verhandlungen des Reichstags und des Preußischen Landtags deutlich bewiesen, und die Zeitungen bestätigen es fast alle Tage. Ihn wiederherzustellen, erscheint nicht möglich. Daß die Sozialdemokraten aus der russischen Revolution Kapital zu schlagen und ihre radikalen Forderungen durchzusetzen versuchen, brauchen wir freilich nicht allzu tragisch zu nehmen. Ihre Bäume

Digitized by Google

werden nicht in den Himmel wachsen, unser Staat ist, wie sie selbst zugeben, fester gefügt als Rußland, die Hoffnungen auf die internationale Solidarität des Proletariats sind schon jetzt gescheitert, und der weitere Verlauf der russischen Revolution wird wohl auch noch zeigen, daß die hauptstädtische Arbeiterschaft nicht das ganze Rußland darstellt. Aber auch bis weit in unsere Mittelparteien hinein ist die Ansicht verbreitet, daß man mit der verheißenen Neuorientierung nicht bis nach dem Frieden warten dürfe, sondern sie mit einigen grundlegenden Reformen schon jetzt einleiten müsse. Die kaiserliche Osterbotschaft ist nicht imstande gewesen, diese Parteien zum Aufschub zu bewegen und die durch das schroffe Auftreten einiger Mitglieder des preußischen Herrenhauses erweckten Befürchtungen, es könne mit der Neuorientierung gehen wie mit dem Verfassungsversprechen von 1815, zu zerstreuen.

Ich halte diese Befürchtungen trotz den unleugbaren starken Widerständen gegen die geplante Wahlreform und die gesamte Neuorientierung für unbegründet. Die Geschichte wiederholt sich nicht; unsere Lage nach dem Friedensschluß läßt sich mit der Preußens nach 1815 nicht vergleichen. Damals hatte nicht nur der Feind jahrelang im Lande gestanden, so daß die Masse der Bevölkerung wirtschaftlich erschöpft war, sondern es fehlte auch im Volke an aller politischen Bildung und Erfahrung. Jetzt aber herrscht ein weitverbreitetes politisches Interesse, bei den Arbeitern vielleicht noch mehr als in vielen Kreisen des Bürgertums, und es gibt in allen Schichten zahlreiche im Parteileben und in der Selbstverwaltung von Gemeinden und Verbänden geschulte Führer. Es ist also undenkbar, daß die gewaltige Anspannung aller Volkskräfte, wie sie dieser Krieg mit seiner restlosen Ausnutzung der allgemeinen Wehrpflicht und mit der Einführung der Zivildienstpflicht gebracht hat, ohne politische Folgen bleibe. Die Neuorientierung wird und muß kommen. Daß sie eine Verschiebung der bisherigen politischen Machtverhältnisse, und zwar nicht bloß zwischen den Parteien, sondern auch — das wird von denen, die ein Interesse daran haben, die Sache als eine bloße Zurückdrängung unberechtigter Ansprüche des preußischen Adels darzustellen, geflissentlich verschwiegen — zwischen Nord- und Süddeutschland nach sich ziehen wird, ist unbestreitbar. Aber daran ist nichts zu ändern; sie ist eben das Ergebnis der wirtschaftlichen Verschiebungen der letzten Jahrzehnte. Daß damit das alte Preußen zugrunde gerichtet werde, brauchen wir nicht zu befürchten. Davor haben Schwarzseher bei jeder großen Reform gewarnt, in der klassischen Reformzeit Preußens unter Stein und Hardenberg, beim Übergang zum Verfassungsstaat, bei der Gründung des Reichs; und doch hat sich das alte Preußen erhalten bis heute. So wird auch die Neuorientierung Preußen zwar umgestalten und fortbilden, aber ein Bruch mit der alten Tradition, eine Zerstörung der bewährten Grundlagen des Staates ist damit nicht notwendig verbunden.

Eines freilich ist unbedingt erforderlich, wenn die ruhige Weiterentwicklung gesichert

Digitized by Google

werden soll: daß die Regierung die Führung übernehme. Ihre bisherige Haltung ist ganz verfehlt gewesen. Sie leistet zunächst gegen die an sie herantretenden Forderungen Widerstand, aber, innerlich unsicher, gibt sie schließlich mit halbem Herzen doch zum Teil nach. Das ist für die Autorität der Regierung und für das monarchische Prinzip gleichermaßen gefährlich. Denn daraus erwächst das Mißtrauen, als ob sich die Monarchie mit den Interessen einer einzelnen Partei identifiziere, und der Zweifel, ob es der Regierung mit der verheißenen Neuorientierung nach dem Kriege ernst sei und ob sie die Kraft habe, ihr Programm durchzusetzen. Das hat aber zur Folge einen wachsenden Radikalismus, der vor nichts mehr halt macht.

Es ist eine falsche Auffassung von den Aufgaben einer konservativen Politik, daß sie alle Neuerungen bekämpfen und sie sich widerwillig abringen lassen müsse. Wahrhaft konservativ sein, kann doch nicht heißen, daß man in einer verwandelten Welt das Alte krampfhaft festhalte und sich dem Werden und Wachsen des Neuen entgegenstemme, sondern daß man die Zeichen der Zeit erkenne und das, was von dem Alten lebenskräftig ist, mit dem Neuen verschmelze. Das vielberufene und selten richtig verstandene Vorbild Bismarcks muß auch hier maßgebend sein. Nicht als ob die Einrichtungen, die er geschaffen hat, sämtlich unverändert bleiben könnten; auch er hat nicht für die Ewigkeit bauen können. Wohl aber müssen wir noch heute von ihm lernen, worauf es in der inneren Politik ankommt: es gilt nicht, ein Parteiprogramm zu verwirklichen, sondern alle lebendigen Kräfte des Volkes für den Staat zu gewinnen. So hat Bismarck nach den scharfen politischen Kämpfen der Konfliktszeit nicht nur jede Reaktion unterlassen, sondern er hat durch das allgemeine gleiche Wahlrecht und durch die liberale Gesetzgebung der Jahre von 1867 an dem preußischen und deutschen Bürgertum den nötigen Raum zu politischer und wirtschaftlicher Betätigung verschafft. Auf diese Weise ist das Bürgertum, das vorher den Staat bekämpft hatte, zu einem Träger des Staates und seiner Macht geworden, und damit hat Bismarck für ein halbes Jahrhundert das Deutsche Reich und den preußischen Staat neu und fest gefügt und den monarchischen Charakter der Regierung stärker als zuvor ausgeprägt.

Eine ähnliche Aufgabe ist jetzt der Regierung gestellt: die große Masse des Volkes, vor allem die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die bisher dem Staate feindlich gegenüberstand, durch Erweiterung der politischen Rechte dem Staate lebendig einzufügen. Daß nicht alle gewonnen werden können, ist selbstverständlich; es wird stets Radikale geben, die mit allem unzufrieden sind, denn es ist ja nichts leichter, als immer zu kritisieren. Aber das darf kein Grund sein, die notwendige Reform zu unterlassen oder sich auf Halbheiten zu beschränken. Nur muß man sich vor dem falschen Gesichtspunkt hüten, als sollten dadurch wirkliche oder vermeintliche Verdienste belohnt werden, als handele es sich um ein Geschenk, für das die Regierung Dank zu beanspruchen habe. Der leitende Gedanke

Digitized by Google

muß vielmehr sein, die Macht des Staates zu erhöhen, neue Träger für ihn zu finden, neue Kräfte frei zu machen.

Damit ist zugleich die Grenze bezeichnet, die ohne Gefahr nicht überschritten werden darf: der Staat als Ganzes darf nicht geschwächt werden. Daß wir unsere Wehrkraft zu Lande, zu Wasser und in der Luft stark erhalten müssen, darüber braucht man wohl kein Wort zu verlieren. Aber das genügt noch nicht. Mit dem Gedanken, daß das Wahlrecht ein angeborenes Recht jedes einzelnen sei und darum allgemein und gleich sein müsse, verbindet sich nur allzu leicht die Vorstellung, daß das Glück und der Wohlstand der Individuen das Ziel der gesamten Politik sein müsse. Dem gegenüber muß scharf betont werden, daß das Wohl des einzelnen sich den Rücksichten auf die Salus publica (öffentliches Wohl) unterzuordnen habe. Der Staat als Organismus muß gesund bleiben, dafür muß der einzelne Opfer bringen. Wir müssen nicht nur die Sozialpolitik fortführen, den Schutz der wirtschaftlich Schwachen, sondern vor allem an der bewährten Wirtschaftspolitik des Schutzes der nationalen Arbeit festhalten. Das gilt insbesondere von dem Schutz der Landwirtschaft, deren Bedeutung für das nationale Wirtschaftsleben größer ist, als die rein mechanische Zählung der in ihr beschäftigten Personen oder Reichstagswähler angibt. Das ist die große Lehre des Krieges, die durch die heute herrschende Verbitterung zwischen Stadt und Land nicht verdunkelt werden darf.

So lange die Neuorientierung ein Gegenstand des Kampfes der Parteien bleibt, statt ein großes inneres Kriegsziel der Regierung zu bilden, besteht die Gefahr, daß die eben kurz angedeutete Grenze überschritten und die Sicherheit des Reiches bedroht wird. Diese Grenze wird aber nicht durch innerpolitische Rücksichten, etwa auf ererbte Rechte einzelner Parteien oder einiger Bundesstaaten gezogen, sondern durch die Anforderungen unserer weltpolitischen Lage.

Denn die Rücksicht auf das Ausland dürfen wir bei der inneren Neuorientierung nicht außer Acht lassen. Darunter verstehe ich freilich nicht das Streben, durch unbeschränkte Demokratisierung, womöglich durch einfache Übertragung englischer oder amerikanischer Einrichtungen das Wohlwollen des Auslands zu erwerben. Das ist nicht bloß ein unwürdiges Nachlaufen hinter dem Ausland, eine Sentimentalität, die wir gründlich verlernt haben sollten, sondern auch ein gefährlicher Irrtum. Es ist einfach unwahr, daß unsere angeblich undemokratischen Einrichtungen uns auch nur einen einzigen Feind auf den Hals gezogen haben. Unser Reichstagswahlrecht, unsere Sozialpolitik, unsere Steuerverfassung, unser Schulwesen und vieles andere konnten es schon vor dem Kriege mit den gepriesenen Musterländern der Demokratie aufnehmen. Un des ist auch nicht wahr, daß alle diese Vorzüge durch das Dreiklassenwahlrecht wett gemacht worden seien. Sonst hätte Rußland als autokratischer Staat nicht der gefeierte Bundesgenosse der demokratischen Republik Frankreich sein können, sonst hätte der durch Staatsstreich verkümmerte Scheinkonstitutionalismus Rußlands Eng-

Digitized by Google

land und Amerika vor jeder Verbindung mit dem Zaren fernhalten müssen. Um das verlogene Gerede des Auslands brauchen wir uns also nicht zu kümmern.

Die notwendige Rücksicht auf das Ausland entspringt vielmehr unserer geographischen Lage in der Welt. Noch können wir nicht übersehen, wie der Friede ausfallen und wie die künftige weltpolitische Entwicklung sein wird. Aber eines ist klar: wir sind und bleiben das Volk der Mitte, das dem „cauchemar des coalitions" (Angst von Koalitionen) ausgesetzt ist. Wir haben fast alle großen Mächte zu Nachbarn. Frankreich ist und bleibt unser Feind; ohne daß wir Elsaß-Lothringen und vielleicht das linke Rheinufer abtreten, ist mit ihm kaum ein „Verständigungsfriede", der keinen Stachel zurückläßt, denkbar. Das neue Rußland mag zurzeit Frieden nötig haben; ganz sicher ist das auch nicht, wie das revolutionäre Frankreich nach 1793 gezeigt hat. Aber es ist nichts naiver als der Glaube, ein demokratisches und republikanisches Rußland werde ewig friedlich bleiben; Amerika und Frankreich haben doch schon bewiesen, daß Imperialismus mit Demokratie und Republik sich ganz gut verträgt. Und England hat bereits erklärt, an der allgemeinen Wehrpflicht festhalten zu wollen. Auch die individualistische Wirtschaftspolitik, die auf der sicheren Beherrschung des Meeres beruht, hat es wohl nicht nur für die Zeit des Krieges zugunsten einer durch Festsetzung von Mindestpreisen geförderten Selbstversorgung aufgegeben; vielleicht muß es dauernd zu dem Schutz der nationalen Arbeit, zu einer durch das Interesse und die Bedürfnisse der Gesamtheit bestimmten Wirtschaftspolitik übergehen. Auf alle Fälle müssen wir mit seiner bleibenden Feindschaft rechnen, so lange wir nicht wirtschaftlich entkräftet sind.

Gewiß können auch Zeiten der Entlastung kommen. Ein „neutraler Diplomat" verheißt uns ja bereits einen neuen Weltkrieg in Ostasien, durch den Japan die englische und amerikanische Macht vernichten werde. Aber wir dürfen uns darauf nicht verlassen; wir müssen im Gegenteil nach den mit Rußland gemachten Erfahrungen mit der Möglichkeit rechnen, daß Niederlagen im Osten zu einem verstärkten Druck Englands auf seine europäischen Nachbarn führen. So bleibt das Wort Friedrichs des Großen in Geltung: Toujours en vedette! (Immer bereit sein!) Es gilt nicht bloß für die auswärtige Politik, sondern es muß auch der Leitstern für die innere Neuorientierung sein. Darum bedarf diese einer zielbewußten Führung.

Digitized by Google

Regierungskrise und Wahlrechtsfrage in Ungarn

Von Emil Neugeboren, Mitglied des Ungarischen Abgeordnetenhauses

Hermannstadt, Pfingstmontag

Bis diese Zeilen ihre Bestimmung erreichen, ist aller Wahrscheinlichkeit nach die am 21. Mai ausgebrochene ungarische Regierungskrise schon irgendwie gelöst, wofern die Ernennung eines neuen Kabinetts schon eine Lösung genannt werden kann. Darum unterlasse ich es, heute über ihren mutmaßlichen Verlauf Betrachtungen anzustellen, und beschränke mich darauf, nach ihren tieferen Gründen zu forschen und die Bedeutung der Wahlrechtsfrage, von der aus sie ihren Ursprung genommen hat, darzulegen. Was die ersteren anlangt, so setzen sie sich aus mancherlei persönlichen und sachlichen Momenten zusammen, die zum Teil nur vermutet werden können. Bekannt ist, daß die ungarische Opposition das seit anderthalb Jahrzehnten volkstümlich gewordene Verlangen nach einem demokratischeren Wahlrecht in der jüngsten Zeit zum wiederholten Male dazu benützt haben, um ihren verhaßten Bändiger, den Grafen Tisza, zu stürzen. Es ist ihnen, das kann auch jetzt noch ruhig behauptet werden, mißlungen. Beweis: das unter dem 23. April an den Grafen Tisza gerichtete allerhöchste Handschreiben, worin mit sehr entschiedenen Worten erklärt wird, die Krone habe auch nach Anhörung oppositionellen Meinungen keinen Grund, sich von ihrem derzeitigen ungarischen Kabinett zu trennen. Natürlich ist in dem Handschreiben auch der Wahlrechtserweiterung gedacht und alle Logik gebietet, anzunehmen, daß schon damals Graf Tisza seinem Herrscher ganz genau dargelegt habe, wie weit er für seinen Teil über die Grenzen des erst im Jahre 1913 geschaffenen, aber infolge des Krieges noch gar nicht praktisch erprobten Wahlgesetzes hinauszugehen bereit sei. Es kann somit die Vermutung nicht abgewiesen werden, daß ganz andere Einflüsse als die der ungarischen Opposition in dem kurzen Zeitraum eines Monats an der maßgebendsten Stelle zur Geltung gelangt seien und die eben erst erreichte Vereinbarung zwischen dem wahlrechtsfreundlich gesinnten König und seinem wahlrechtlich konservativen Ministerpräsidenten wieder umgestürzt haben.

Man braucht nicht zu der in Ungarn weitverbreiteten Klasse der Austriophoben — Verzeihung für dies neue Fremdwort! — zu gehören, um diese Einflüsse in Österreich zu suchen. Schon seit lange empfiehlt man in dortigen Kreisen, die in verschiedenen Farbenschattierungen vom dunkelsten Schwarzgelb an bis ins Schwarzrotgoldene und Kornblumenblaue hinüberspielen, als gründlichstes Heilmittel gegen ungarische Losreißungsgelüste die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes. Unter dessen Wirkung soll die Herrschaft jener Elemente zusammenbrechen, die als Spätlinge der altungarischen Ständeverfassung mit ihrer veralteten Beschwerdepolitik den Gedanken der Zusammengehörigkeit Österreichs und Ungarns schwächen und die Erstarkung der Großmachtstellung der Monarchie hindern. Dies würde dadurch erreicht

Digitized by Google

werden, daß die Vertreter neuer Volksschichten in das Parlament kämen, denen soziale Ziele näher liegen als die national-aristokratischen der heutigen politischen Kaste. Noch vollkommener aber würde mit der letzteren dadurch aufgeräumt werden, daß das allgemeine Wahlrecht den Entsendeten der heute noch mindestens die Hälfte der Bevölkerung Ungarns ausmachenden nichtmagyarischen Volksstämme die Pforten öffnen würde. Bekanntlich ist man schon einmal der Verwirklichung dieses auf den ersten Anblick bestechenden Gedankens näher getreten. Als im Jahre 1904 Graf Stefan Tisza zum erstenmal der Opposition bei den Wahlen erlegen war, bildete der alte Vertraute des damaligen Kaisers und Königs Franz Josef, Baron Géza Fejérváry, ein unparlamentarisches Kabinett und ließ durch seinen Innerminister Josef Kristoffy ein Wahlrechtsprogramm entwerfen, das auf einem weitgehend demokratischen Stimmrecht fußte. Es hat damals seinen nächsten Zweck, die Einschüchterung der Opposition, vollkommen erreicht und konnte beiseite gelegt werden, um nach Bedarf wieder hervorgeholt zu werden.

Es fragt sich nun, ob dieser Zeitpunkt wirklich da ist. Die Antwort kann kaum bejahend ausfallen. Es ist wohl richtig, daß der bisherige Ministerpräsident Graf Stefan Tisza der entschiedenste und stärkste Gegner des allgemeinen Wahlrechtes ist, aber gleichzeitig ist auch er es, der den tatsächlichen Nachweis geführt hat, daß man der Sonderbestrebungen eines Teiles des Ungarischen Abgeordnetenhauses auch ohne allgemeines Wahlrecht Herr werden kann. Ferner hat er ja auch die erste und einzige Wahlreform seit 1874 geschaffen und zum mindesten hätte abgewartet werden müssen, welches Ergebnis diese — mit den neuestens geplanten Zusätzen — für den Einheitsgedanken der österreichisch-ungarischen Monarchie haben werde. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß es gerade diejenigen Parteien, gegen die anfänglich das allgemeine Wahlrecht heraufbeschworen worden ist, wenige Jahre nachher verstanden haben, sich in den Besitz desselben Schlagwortes zu setzen, ohne Zweifel in der wohlberechneten Absicht, es seiner gegen sie selbst gerichteten Schärfe zu berauben. Und als letzter, aber bei weitem wichtigster Umstand bilden gewisse Erfahrungen des Krieges, von denen im einzelnen zu sprechen heute noch nicht zeitgemäß ist, die aber deutlich genug gezeigt haben, daß jene Völkerschaften, die zur Niederbrechung des Magyarentums benützt werden sollen (mit Ausnahme natürlich der Deutschen Ungarns), durchaus keine zuverlässigen Stützen des mitteleuropäischen Bündnisses sein werden, eine Warnung, die man unmöglich überhören darf.

Man hat sich in Ungarn, in Wien und zum Teil auch im Deutschen Reich daran gewöhnt, den Grafen Tisza als die Verkörperung reaktionären Junkertums anzusehen. Er teilt dies Schicksal mit einem Größeren, mit dem er auch sonst nicht zu übersehende Ähnlichkeit hat, mit Bismarck. Seltsamerweise hat er sich auch den Vorwurf zugezogen, in wirtschaftlicher Hinsicht ein Anhänger des Manchesterliberalismus zu sein, ein Vorwurf, der mir, gerade weil ich ihn nicht für unberechtigt halte, in starkem

Digitized by Google

Widerspruch zu jener anderen Verketzerung zu stehen scheint. In Wahrheit ist denn auch Graf Tisza in seiner gesamten staatsmännischen Auffassung das, was man vor einem Menschenalter und früher einen Liberalen nannte, und ist dies in weit höherem Maße als viele seiner heute wahlrechtsfreundlich angehauchten Gegner. Sein Liberalismus hat freilich — nicht anders wie bei anderen ungarischen Politikern — seine genau erkennbaren Grenzen dort, wo das Interesse seines Volkstums anfängt. Und dies bestimmt auch letzten Endes und ausschlaggebend seine Stellungnahme in der Wahlrechtsfrage. Worin er sich von den anderen unterscheidet, ist die Geradheit und Ehrlichkeit seines Wesens, die es ihm unmöglich macht, das Schlagwort vom allgemeinen Wahlrecht im Munde zu führen und zugleich darüber nachzusinnen, wie man die Nichtmagyaren im Lande davon ausschließen könnte. Er macht niemandem gegenüber ein Hehl daraus, daß er nur ein solches Wahlrecht anerkennen könne, das seinem Volk die geschichtliche Stellung sichert, die es seit einem Jahrtausend in Ungarn inne hat. Daß ein allgemeines Wahlrecht, das diesen Namen verdient, diese Stellung des Magyarentums auf das schwerste erschüttern würde, darüber gibt er sich keiner Täuschung hin. So ist denn seine Wahlrechtsauffassung in Wahrheit weder durch irgendeine theoretische Richtung, noch durch ein Klasseninteresse bedingt, sondern einfach durch seine Eigenschaft als Magyare. Allerdings aber ist er Magyare von jener Kategorie der ganz Großen unter seinen Volksgenossen, wie wir sie in allen Jahrhunderten recht spärlich neben den Vertretern eines unfruchtbaren, atavistischen, mit beschränktestem Klassenegoismus gepaarten Nationalismus finden. Er hat den weiten Gesichtskreis, der ihm zeigt, daß die Erhaltung und Entwickelung des Magyarentums nur im Anschluß an Österreich denkbar ist, und die Absonderung von der umfassenderen Bundesgemeinschaft als selbstmörderische Torheit erscheinen läßt. Eben dadurch aber wird seine starke Volksliebe auch eine Kraftquelle für die Dynastie und die österreichisch-ungarische Monarchie, und es ist wahrhaftig wenig im Interesse beider gelegen, gerade diesen Mann zu stürzen, der, wie keiner seit den Mitschöpfern des Ausgleichs von 1867, Franz Deák und Julius Andrássy sen., die Großmachtsstellung Österreich-Ungarns gekräftigt hat, nicht obwohl, sondern weil er mit allen Fasern einer starken Seele an seinem magyarischen Volkstum hängt. Ihn stürzen kann nur dann einen Sinn haben, wenn man, der vermeintlich gründlicheren Arbeit wegen, daran gehen will, die vorherrschende Stellung des Magyarentums überhaupt zu brechen, und wenn man sich die Kraft zutraut, dies bis ans Ende durchführen zu können.

Daß dies durch ein aufrichtig demokratisches Wahlrecht erreicht werden kann — vorausgesetzt eben, daß ein solches durchzuführen ist — ist schon oben gesagt worden. Aber ich habe auch schon angedeutet, daß man dabei wahrscheinlich den Teufel mit Belzebub austreiben würde. Ein allgemeines Wahlrecht — natürlich ein solches, dessen Ausübung nicht etwa an die Beherrschung der magyarischen Sprache gebunden wäre

Digitized by Google

— würde ein Abgeordnetenhaus zum Ergebnis haben, das nur etwa zur Hälfte aus Magyaren bestünde, deren Mandate aus der mittelungarischen Tiefebene und den östlichen Grenzgebieten Siebenbürgens stammen würden, während Nord-, Nordost- und Südungarn, sowie der größte Teil von Siebenbürgen slowakische, ruthenische, serbische und rumänische Volksvertreter, mit einem sehr kleinen Zusatz von Deutschen, entsenden würden. Unter den Magyaren gäbe es bürgerliche und sozialistische Parteien, Männer der staatsrechtlichen Unabhängigkeit, wie heute, und solche, die an der Gemeinschaft mit Österreich festhalten. Ohne Kompromisse und Kuhhandel mit den Nichtmagyaren gäbe es für die Regierung kein Arbeiten, und die Zugeständnisse, die sie auf Schritt und Tritt machen müßte, würden eine immer weitergehende, unaufhaltsame Föderalisierung Ungarns einleiten, die, nebenbei bemerkt, zu ihrem allerersten Ergebnis die vollständige Verdrängung des deutschen Elementes aus der Selbstverwaltung haben würde, da die Deutschen nur in sehr wenigen Verwaltungsbezirken die absolute Mehrheit innehaben. Es würden also gerade die beiden Volksstämme Ungarns in den Hintergrund gedrängt werden, die durch ihre Lebensinteressen zu Stützen von Monarchie und Dynastie, von Deutschtum und Mitteleuropa geschaffen sind und sich in diesem Krieg als solche bewährt haben. Die künftige Grundlage der Monarchie und des Bündnisses mit Deutschland hätten dann, in unermüdlichem Wetteifer mit den Slawen des schon seit Jahrzehnten föderalisierten Österreich, die bereits genannten größeren nichtmagyarischen Völkerschaften Ungarns zu bilden.

Wenn man diesem Zukunftszustand gegenüber nicht etwa das bereits rechtlich aufgehobene, wenngleich bei Zwischenwahlen noch immer praktisch in Gültigkeit befindliche Wahlgesetz vom Jahre 1874, sondern eben das neue Gesetz von 1913 ins Auge faßt, so findet man ein organisches Gebilde, das den Kulturzuständen Ungarns vortrefflich angepaßt ist und zugleich weitgehende Bürgschaft dafür bietet, daß ein auf dieser Grundlage gewähltes künftiges Abgeordnetenhaus nicht mehr der Tummelplatz des politischen Sportes einer Junkerkaste und nicht mehr das Betätigungsfeld von staatsrechtlichen Absonderungsbestrebungen sein kann. Während das Wahlgesetz von 1874 das Wahlrecht, abgesehen von demjenigen der akademisch Gebildeten, an einen ziemlich hohen Steuerzensus bindet, gebraucht das neue, unter dem ausschlaggebenden Einfluß Tiszas zustandegekommene Gesetz den Steuerzensus nur aushilfsweise bei Leuten mit sehr geringer Volksschulbildung und bei Analphabeten, während sonst durchgehends der Bildungszensus — Absolvierung einer Mittelschule oder von 6 Volksschulklassen — die Bedingung des Wahlrechtes ist. Hat das neue Gesetz die Wählerzahl schon von vornherein um etwa 60—70 v. H. gegen früher erhöht, so hat diese Zahl die Möglichkeit des Anwachsens mit wachsender Bildung in außerordentlich weiten Grenzen. Es ist also, was in einem Lande mit noch sehr geringer Durchschnittskultur von größter Bedeutung ist, ein gesunder Maßstab für die Be-

Digitized by Google

rechtigung der Teilnahme an der Lenkung des Staates geschaffen, der für Jahrzehnte hinaus anwendbar ist. Steigende Bildung — steigendes Recht, dieser Grundsatz ist nicht nur billig, sondern es wohnt ihm auch eine anspornende Kraft inne; es ist demokratisch im edelsten Sinne des Wortes, weil es den Besitz der Bildung verallgemeinern hilft. Dem Wahlgesetz vom Jahre 1913 haftet aber ein Schönheitsfehler an, die allzuhohe Altersgrenze, 30 Jahre für alle, die nicht eine Mittelschule (Gymnasium, Realschule usw.) absolviert haben. Diese Altersgrenze hatte den Zweck, dem allzustarken sofortigen Anschwellen der Wählerzahl vorzubeugen. Nun hat neuerdings Graf Tisza den industriellen Arbeitern das Zugeständnis gemacht, daß für sie die Altersgrenze herabgesetzt werde. Von einem stärkeren Eindringen der Arbeiterschichten in das Parlament ist für den Charakter des Staates nichts zu fürchten, es ist aber davon zu erwarten, daß die in Ungarn noch recht rückständige sozialpolitische Gesetzgebung durch die künftigen sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses neuen Anstoß bekomme. Was aber die Hauptsache ist: durch das neue Wahlgesetz werden immerhin soviel neue Elemente, sowohl in nationaler, wie sozialer Beziehung in das Parlament gebracht werden, daß die Zeit der „Armeefragen", „nationalen Errungenschaften", der Obstruktionen und persönlichen „Affairen" als abgeschlossen gelten darf. —

Es hat nicht sollen sein, daß das Ergebnis einer vom Grundsatz des organischen Fortschrittes geleiteten Reform des Wahlrechtes fürs erste ruhig abgewartet wurde. Die Überstürzung, die — neben anderen — das Kennzeichen der jetzigen ungarischen Regierungskrise ist, wird nicht zum Guten führen. Zunächst wird es eine heillose Verwirrung geben, die durch die Ernennung eines neuen Kabinettchefs durchaus nicht beendet sein wird. Als das weitere Ergebnis wage ich einen Kampf zwischen Krone und Parlament in Ungarn vorherzusagen, der alles andere eher herbeiführen wird, als die innere Festigung des politischen und sozialen Lebens in Ungarn, deren es nach dem Kriege in so außerordentlichem Maße bedürfte.

Panamerikanismus[1]

Von Prof. Dr. E. Daenell, Münster i. W.

Wer beim Weißen Hause in Washington um die Ecke biegend die Straße nach dem Potomac hinunter nimmt, erblickt bald zu seiner Rechten einen lichten Marmorbau, über dessen drei schweren Bronceportalen die drei Worte stehen: Frieden, Freundschaft und Handel und darüber die Inschrift: Internationale Union der amerikanischen Republiken. Das ist die Stätte, die seit 1910 das Gemeinschaftsgefühl der

[1] Dr. Rob. Büchi, Die Geschichte der panamerikanischen Bewegung, mit besonderer Berücksichtigung ihrer völkerrechtlichen Bedeutung, in: Völkerrechtliche Monographien, herausgeg. von W. Schücking und H. Wehberg, Heft 2. Breslau, J. U. Kern, 1914. XVI und 189 Seiten.

Digitized by Google

beiden Amerikas, des germanischen und des romanischen, zum Ausdruck bringt, der Sitz des panamerikanischen Bureaus, der eigentlichsten Geschäftsstelle und Verwaltungszentrale des Panamerikanismus.

Wo kam die panamerikanische Idee her? Ihre Wiege stand in Südamerika. Sie war ein Kind der jungen revolutionären südamerikanischen Freiheit, erzeugt vor 100 Jahren durch die Furcht der eben von dem mutterländischen Zwange freigewordenen Kolonien vor Spanien und anderen europäischen Mächten. Aber diese Idee konnte nicht zum Leben gedeihen. Die große ältere Schwesterrepublik in Nordamerika hielt sich ihr fern, wenngleich sie anderseits durch die Verkündung der Monroe-Doktrin die staatliche Selbständigkeit der jungen romanischen Staatswesen damals und für künftig sicherstellte. Und im romanischen Amerika selbst verhinderten die gegenseitigen Eifersüchteleien der Staaten und ihre Parteikämpfe im Innern, die in vielen bis zur Gegenwart noch nicht zur Ruhe gekommen sind, eine Weiterentwicklung und Kräftigung der Idee. Erst die Union war es, die seit den 80er Jahren der panamerikanischen Idee endlich Leben einflößte. Sie gab ihr neue Inhalte. Sie entdeckte, daß die Idee sich trefflich eignen würde, um ihren eigenen, inzwischen veränderten Bedürfnissen Vorspanndienste zu leisten. Denn durch den Bürgerkrieg (1861—65) war eine neue Lage in der Union geschaffen worden. Die Sklaverei war gefallen. Die alte Pflanzerherrschaft in der Politik der Vereinigten Staaten war zusammengebrochen. Vorurteilsloser stand die neue Union nun einem Zusammenarbeiten mit den romanischen Staaten Amerikas gegenüber, wo Mulatten und Neger längst freie Bürger und wohl gar Lenker ihrer Gemeinwesen waren. Vor allem aber: die Beseitigung des politischen Dualismus in der Union, die durch den Bürgerkrieg erfolgte, machte gewaltige und immer wachsende Kräfte frei und gab ihnen eine einheitliche Richtung, einerseits auf das Gesamtgebiet der Heimat selbst, anderseits nach außen hin. Seit den 70er Jahren griffen in der nordamerikanischen Großindustrie neue stärkere Organisationsformen für die wirtschaftliche Arbeit und den wirtschaftlichen Kampf rasch um sich. Kartelle und Trusts und eine immer schärfer werdende Hochschutzzollpolitik setzten die Union instand, nicht nur die Herrschaft über den innern Markt im Laufe weniger Jahrzehnte zu gewinnen, sondern gleichzeitig ihren Fabrikatenabsatz auch nach dem Auslande noch zu steigern. Und da erschien kein Markt gewinnverheißender als das romanische Amerika, die Staatenwelt von Mexiko bis hinab nach Chile. So ist aus den Folgen des Bürgerkriegs der Imperialismus der Vereinigten Staaten herausgewachsen, zunächst der wirtschaftliche. Und wirtschaftliche Ziele verfolgte auch zunächst der neue Panamerikanismus, zu dessen Träger sie sich seit den 80er Jahren machten. Das romanische Amerika sollte wirtschaftlich von der Union erobert, die Europäer — es handelt sich um England, Deutschland und Frankreich — sollten aus ihrer wirtschaftlich vorherrschenden Stellung dort verdrängt werden. Es galt, die geeigneten Mittel und Wege ausfindig zu machen, um das zu erreichen.

Digitized by Google

Die Darstellung dieser Bestrebungen bildet den Hauptinhalt des Büchischen Buches. Der Verfasser hat sie gegliedert nach den verschiedenen panamerikanischen Konferenzen, die seit 1889 stattgefunden haben, die erste in Washington, dann erst 1902 die zweite in Mexiko, die dritte in Rio de Janeiro 1906 und die vierte 1910 in Buenos Aires, für ihn die letzte, da sein Buch 1914 erschienen ist.

Der folgende Abschnitt behandelt die besonderen Versuche der fünf kleinen mittelamerikanischen Republiken, engere Fühlung untereinander durch Maßnahmen organisatorischen Charakters zu gewinnen. Es ist eine Bewegung, die in engster Verbindung mit dem Panamerikanismus steht, gleichsam, wie der Verfasser bemerkt, ein Miniaturbild desselben. Sie hat ein besonderes Bureau mit dem Sitz in Guatemala geschaffen, dessen Zweck die Förderung des Gedankens einer schließlichen Vereinigung der mittelamerikanischen Staaten ist. Sie hat auch in anderen Richtungen Organe geschaffen, die diesem Ziele vorarbeiten sollen; ein zentralamerikanisches pädagogisches Institut ist errichtet worden, das den öffentlichen Unterricht im zentralamerikanischen Geist ausbilden und einheitlich in allen fünf Staaten entwickeln soll, und ein ständiger Gerichtshof ist geschaffen worden, der den Frieden zwischen ihnen sichern und dessen Entscheidungen endgültig bindende Kraft haben sollen.

Der Schlußabschnitt des Buches: der Panamerikanismus und die Politik der Vereinigten Staaten, hängt innerlich mit dem Hauptabschnitt aufs engste zusammen und enthält richtige Urteile. Richtig ist, daß die große panamerikanische Bewegung, die die Vereinigten Staaten seit den 80er Jahren gezüchtet haben, bis zur Gegenwart verhältnismäßig geringe Ergebnisse gezeitigt hat, daß gerade die Mehrzahl der eigentlich panamerikanischen Bestrebungen im Sande verlaufen ist. Die höchsten Ziele, die die Union von vorherein der Bewegung steckte, sind je länger, desto völliger in den Hintergrund getreten: panamerikanische Zollunion, Münzunion, Bank, Bahn Zwangs-Schiedsgerichtsbarkeit für alle mit einem panamerikanischen Gerichtshof. Dagegen sind durchaus in den Vordergrund der Verhandlungen Fragen internationalen Charakters getreten, die zwischen anderen Staaten zum Teil längst geregelt und festgelegt sind, wie z. B. Patent-, Gebrauchsmuster- und Literaturschutz u. a. Richtig ist auch, daß der große Gegensatz, der in mancher Beziehung zwischen dem romanischen und germanischen Amerika besteht, und außerdem die Politik der Vereinigten Staaten selbst die Hauptschuld an dieser Entwicklung tragen. Die Politik der Vereinigten Staaten wird beherrscht von der Monroe-Doktrin[1] oder besser, von einer Fülle politischer Grundsätze, den die Vereinigten Staaten heute dafür ausgeben. Diese politischen Grundsätze bedeuten aber gegenüber dem übrigen Kontinent nicht mehr und nicht weniger als eine Vorherrschaft der Vereinigten Staaten. Der Panamerikanismus, wie sie ihn ansehen, ist, wie der Verfasser richtig betont, somit etwas

[1] Monroe war ein amerikanischer Präsident, der die Lehre aufstellte, daß Amerika den Amerikanern vorbehalten bleiben solle.

Digitized by Google

ganz anderes, als der, den die anderen amerikanischen Republiken sich wünschen. Er würde in Verbindung mit der Monroe-Doktrin ein Verhältnis der Überordnung einer einzigen Macht und der Unterordnung aller andern schaffen, statt eines Verhältnisses der Gleichheit aller beteiligten Staaten, wie es für die romanischen Staaten Voraussetzung ihres politischen Denkens in dieser Frage ist. Mit Recht weist der Verfasser zwar darauf hin, daß das Verhalten der Unionspolitik in den panamerikanischen Fragen, auf den panamerikanischen Konferenzen sehr vorsichtig und diplomatisch dem Mißtrauen der anderen Staaten Nahrung zu geben vermieden habe. Aber gewiß ist doch andererseits, und das bringt er nicht genügend zur Geltung, daß die Union durch ihre fortgesetzten und um sich greifenden Einmischungen in die Angelegenheiten namentlich der mittelamerikanischen Republiken und Mexikos, durch ihre Politik einer Oberaufsicht und insbesondere einer Finanzkontrolle, die sie sich auf Grund der erweiterten Monroe-Doktrin verschiedenen gegenüber bereits beigelegt hat, diesem Mißtrauen immer wieder neue Nahrung zuführt.

Und dazu die Gegensätze, die in andern Richtungen zwischen den beiden Amerikas bestehen; ganz besonders ein Nationalitäten- und Rassengegensatz, wie mir scheint. Nord- und Südamerikaner mögen einander im großen und ganzen nicht. Den Südamerikanern erscheinen jene selbstsüchtig, anmaßend, ohne ästhetisches Gefühl, den Nordamerikanern diese politisch unreif und unfähig zu eigenen staatsschöpferischen Leistungen. Und bei der Abneigung der Nordamerikaner spricht ein starkes Empfinden für die Reinhaltung der weißen Rasse mit, worauf die Romanen bekanntlich durchaus nicht so hohes Gewicht legen. Rassen- und Nationalitäteninstinkte lassen sich aber am schwersten überwinden. Das wissen die Nordamerikaner auch. Und wenn ihr Panamerikanismus sich einbürgern soll, so müssen sie auf andere Mittel als die nur wirtschaftlichen und politischen Bedacht haben. Jene trennenden Instinkte werden am aussichtsvollsten bekämpft oder doch überbrückt mit den Mitteln der geistigen Kultur. Und so ist seit etwa einem Jahrzehnt die Kulturpolitik ein weiterer Hebel des Panamerikanismus und neben seiner kommerziellen und diplomatischen Tätigkeit das dritte und neueste Arbeitsfeld des panamerikanischen Bureaus geworden.

Von dieser wichtigen neuesten Seite des Panamerikanismus aber sagt das Buch nichts. Was der Verfasser auf Seite 186 oben angibt, zeigt, daß er den Zusammenhang, in dem diese Unternehmungen mit vielen anderen, die er nicht nennt, stehen und die hohe Bedeutung derselben nicht erkannt hat. Eine Geschichte der panamerikanischen Bewegung, auch wenn sie das besondere Gewicht auf ihre völkerrechtliche Bedeutung legt, hätte an der Kulturpolitik des Panamerikanismus nicht wortlos vorübergehen dürfen. Da weist das sonst im ganzen recht instruktive Buch eine erhebliche Lücke auf.

Prophezeien ist eine mißliche Sache unter allen Umständen. Der Schlußsatz auf Seite 189 wäre daher besser weggeblieben. Ob der Panamerikanismus eine vor-

Digitized by Google

lockende Idee für pazifistische und völkerrechtliche Schwärmer oder brauchbares Handwerkszeug für politische und wirtschaftliche Monsterspekulanten bleiben wird oder ob ihm eine durch die innersten Bedürfnisse der amerikanischen Staaten- und Völkerwelt gegebene Realität innewohnt, das ist völlig ungewiß und bleibt abzuwarten.

Ein Abschnitt über Amerika und das Völkerrecht leitet das Buch ein. Aber den lobenden und hoffnungsfreudigen Ton, in dem der Verfasser die Vereinigten Staaten als den großen und fruchtbaren Förderer des Völkerrechts feiert, die Europa nach der Prophezeiung Jeffersons Unterricht erteilt haben, die den Weg zu einer höheren Auffassung der Rechte und Pflichten der Neutralen gewiesen haben (S. 2, 4), wird er angesichts des Verhaltens, das die Union seit der Fertigstellung seines Buches während des Weltkrieges beobachtet hat, sehr stark herabstimmen müssen. Denn bei dieser Probe aufs Exempel ist sie kläglich durchgefallen. Mit dem Anspruch, den die Union auf ein sittliches Führertum für sich gegenüber aller Welt erhoben hat, sind unneutrale Parteinahme und Gewinnsucht, diese beiden Hauptmotive, von denen sie sich hat leiten lassen, unvereinbar. Amerika hat in diesem Krieg eine große Gelegenheit, sich ein moralisches Prestige für alle Zeiten zu sichern, verpaßt, weil es sie nicht benutzen wollte. Die Geschichte hatte es vor eine Weltfrage gestellt, aber seine Antwort darauf erfolgte mit der Beschränktheit engster nationaler und lokalpolitischer Voreingenommenheit.

Einkommensverteilung und Lebenshaltung nach dem Kriege

Von Dr. Carl von Tyszka, Berlin-Friedenau

Deutschland hatte sich in dem letzten halben Jahrhundert vor dem Kriege von einem reinen Agrarstaat zum überwiegenden Industrie-Handelsstaat entwickelt. Eine von Jahr zu Jahr steigende Zahl, im letzten Jahrzehnt die weitaus größte Mehrzahl des deutschen Volkes war gezwungen, ihren Lebensunterhalt ausschließlich in der Industrie, im Handel und Verkehr zu suchen, mußte sich durch ihren Gewerbefleiß und Handelsbetrieb die notwendigen Lebensbedürfnisse (Nahrungsmittel wie andere Rohstoffe), die die eigene landwirtschaftliche Grundlage nicht zureichend decken konnte, aus anderen dünn bevölkerten und von auf einer niederen Kulturstufe stehenden Völkern bewohnten Ländern beschaffen. Das war kein willkürlich herbeigeführter Zustand, den beizubehalten oder abzuändern in das Belieben des betreffenden Volkes gestanden hätte, sondern das natürliche Produkt des geschichtlichen Entwicklungsganges des deutschen Volkes, begründet in der spezifischen Eigenart der Bevölkerung, der Kultur- und Zivilisationsstufe, die sie erreicht hat, und der Beschaffenheit des Bodens, den sie bewohnt.

Digitized by Google

Der wirtschaftlichen Struktur entsprechend war auch die Einkommensverteilung des deutschen Volkes. Der Hauptteil des Volkseinkommens fiel dahin, wo die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt fand: an die Ober- und Unterschicht der in Industrie, Handel und Verkehr Tätigen, während der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, entsprechend ihrer Minderzahl, der weitaus kleinere Teil des Volkseinkommens zufloß. Es herrschte somit, wie man es bezeichnen kann, Kongruenz oder Einhelligkeit zwischen der wirtschaftlichen Struktur des Volkes und seiner Einkommensverteilung.

Ihren Ausdruck fand die Einkommensverteilung in der Preisgestaltung — wozu auch der Preis der Arbeit, der Lohn zu rechnen ist —. Die Preise, die in Industrie, Handel und Verkehr erzielt werden konnten, waren solche, daß die industrielle Oberschicht nicht nur gut und auskömmlich zu leben vermochte, sondern auch imstande war, reichliche Ersparnisse und Rücklagen zu machen, und damit die Kapitalbildung in Deutschland, das wirtschaftliche Rückgrat des Kultur- und Zivilisations-Aufstiegs, mächtig zu fördern. Der industriellen Unterschicht konnten infolgedessen gute und steigende Löhne gezahlt werden. Und da auf der anderen Seite die Preise der Agrarprodukte, — wenngleich sie schon vor dem Kriege infolge einer wenig weitsichtigen Wirtschaftspolitik eine steigende Richtung eingeschlagen hatten — der Arbeiterschaft einen angemessenen Reallohn zuließen, konnte auch die industrielle Unterschicht ihre Lebenshaltung der hohen Kulturstufe, auf der Deutschland stand, entsprechend gestalten.

Diese Einhelligkeit zwischen wirtschaftlicher Struktur und Einkommenverteilung war die Vorbedingung und Grundlage des wirtschaftlichen und damit weiterhin des großen Kulturaufstiegs des deutschen Volkes. Freilich wurde sie schon vor dem Kriege durch eine kurzsichtige, den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz einseitig bevorzugende Agrarpolitik insofern gefährdet, als im Gefolge dieser eine starke Preiserhöhung der Agrarprodukte, insonderheit der notwendigsten Lebensmittel stand, und dadurch ein Steigen der Reallöhne, wenn auch nicht verhindert, so doch erschwert und verlangsamt wurde. Hielt sich diese Gefährdung des wirtschaftlichen Aufstiegs der unteren Klassen bisher im Frieden immer noch in engen Grenzen, so droht nach dem Kriege die Kongruenz zwischen wirtschaftlicher Struktur und Einkommensverteilung ernstlich gestört zu werden. Und zwar von zwei Seiten aus.

Die wirtschaftliche Wirkung des Krieges war die Schaffung einer ganz einseitigen Hochkonjuktur dicht neben einer tiefen Depression des ganzen übrigen Wirtschaftslebens. In erster Linie waren es die industriellen und Gewerbebetriebe, die direkt oder indirekt Heereslieferungen hatten, denen durch den Krieg große Gewinne zuflossen. Wem es möglich war, seinen Betrieb in einen solchen für Heereslieferungen umzugestalten, der zählte zu denen, wie sie der Volksmund benannte, ‚Kriegsgewinnern'. Das waren nicht wenige. Neben fast der ganzen Eisenindustrie war es die

Digitized by Google

chemische, die Leder- und ein Teil der Textil-Industrie. Und vornehmlich waren es die Großbetriebe, auch die anderer Branchen, die sich der Kriegskonjunktur am besten anzupassen vermochten. Wer aber nicht in diesen für den Heeresbedarf im weitesten Sinne liefernden Kreis hineinkommen konnte, der mußte untätig einem starken Rückgang seines Unternehmens zusehen. Und unter dieser Depression litten gerade die mittleren und kleineren Betriebe am meisten; sie wurden in gleicher Weise durch Stockung des Absatzes ihrer Fabrikate wie durch Heranziehung von Betriebsleiter wie Arbeiter zum Heeresdienst betroffen. Und in derselben Weise wie die Kapitalbildung in den Kriegsindustrien fortschritt, ging diese in den anderen Gewerben zurück, ja große Kapitaleinbußen waren die Folgen. Etwas besser als der mittlere und kleine Unternehmer, der nicht der Kriegsindustrie angehörte, war die industrielle Arbeiterschaft gestellt, die, soweit sie nicht zum Heeresdienst herangezogen war, sich die Kriegskonjuktur voll zunutze machen konnte und recht gute Löhne bezog.

Damit ist das Wesen der Kriegskonjunktur aber noch nicht erschöpft. Für die Beurteilung des Wirtschaftslebens nach dem Kriege von noch größerer Bedeutung ist die durch den Krieg geschaffene Hochkonjunktur in der Landwirtschaft und dem Nahrungsmittelgewerbe überhaupt. Die deutsche Landwirtschaft erlebte im Kriege trotz des von ihr so heftig angegriffenen Höchstpreissystems infolge der außerordentlichen Gewinne, die sie erzielen konnte, einen geradezu glänzenden Aufschwung. Nun besteht aber ein tiefgreifender Unterschied zwischen der volkswirtschaftlichen Wirkung der Kapitalanhäufung in der Landwirtschaft und in der Industrie. Dieser Unterschied ist in der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes, der an den nicht vermehrbaren und nicht vertretbaren Grund und Boden gebunden ist, begründet. Das, was von der durch den Krieg geschaffenen Hochkonjunktur in der Industrie nach dem Kriege übrig bleiben wird, ist nur äußerst gering, ist wenigstens für das spätere Wirtschaftsleben von wesentlich minderer Bedeutung gegenüber der Wirkung der Kapitalbildung in der Landwirtschaft: Eine Anzahl industrieller Betriebe und Unternehmungen werden kapitalkräftiger geworden sein, eine Anzahl Personen, vielleicht gar nicht wenige, die vor dem Kriege ein knappes Auskommen hatten, werden sich als schwer reich gewordene ‚Industrielle‘ ins Privatleben zurückziehen können, andere wieder, die vorher begütert waren, werden nach dem Kriege gerade noch auskommen können. Überhaupt wird der Krieg eine große Umschichtung im gewerblichen Unternehmertum zur Folge haben. Doch das sind alles Erscheinungen, denen man allzu große Bedeutung für das allgemeine Wirtschaftsleben nicht beimessen darf. Ganz anders aber liegt die Sache bezüglich der Kapitalanhäufung in der Landwirtschaft. Infolge der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes verschmelzen hier die angehäuften Kapitalien untrennbar mit dem Grund und Boden. Je höher infolge der Monopolstellung der deutschen Landwirtschaft während des Krieges die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind, um desto wertvoller wird der Betrieb, und um desto mehr steigt der Grund und

Digitized by Google

Boden im Preise. Die Folge ist, daß auch in den späteren Jahren die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht niedrigere sein dürfen, soll der Betrieb rentabel bleiben, denn der jeweilige Besitzer hat ja den landwirtschaftlichen Betrieb zu dem den hohen Kriegspreisen entsprechenden Werte zu Buche stehen, wenn nicht überhaupt erst übernommen. Die in der Landwirtschaft erzielten Gewinne sind somit gleichsam eine Reallast geworden, die das deutsche Volk zu tragen hat.

Das ist die eine Seite, von der aus die Einkommensverteilung nach dem Kriege eine wesentliche Veränderung erfahren wird: eine starke Kapitalanhäufung in der deutschen Landwirtschaft, die ihren Niederschlag findet in einer außerordentlichen Steigerung des landwirtschaftlichen Grund und Bodens. Zum Ausdruck kommt diese Werterhöhung des landwirtschaftlichen Bodens in der Hochhaltung der Preise für Agrarprodukte, die wieder ihrerseits den Reallohn und damit die Lebenshaltung der großen Masse des Volkes herabdrücken muß.

Dieser Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die eine Verteurung der Lebenshaltung in den Städten zur notwendigen Folge hat, steht aber aller Voraussicht nach keine Erhöhung der Gewinne in industriellen und Handels-Unternehmungen und somit auch keine Möglichkeit der Lohnerhöhung der industriellen Unterschicht gegenüber. Im Gegenteil, man wird nach dem Kriege mit einer, wenn auch vielleicht nicht so tiefen, dafür aber lange dauernden wirtschaftlichen Depression zu rechnen haben. Auch diejenigen, die zu Anfang dieses Krieges ähnlich wie nach 1870/71 eine Hochkonjunktur voraussagten, werden jetzt sich eines anderen belehrt haben. Die gegenwärtige „Kriegskonjunktur" wird mit dem Kriege ebenso schnell wieder verschwinden, wie sie aufgeblüht ist: ein Treibhausgewächs, hervorgerufen durch den Kriegsbedarf des Staates, genährt und gefördert durch die erzwungene Absperrung vom Auslande, aufgebaut auf den Kriegsanleihen und gestützt durch die im Kriege notwendige Papiergeldwirtschaft, wird sie sehr bald nach Beendigung des Krieges in sich zusammenbrechen... Und was tritt an ihre Stelle? — Was könnte sie ersetzen? — Gerade die Industrien, in denen Deutschlands Stärke ruht, die Qualitätsindustrien, werden nach dem Kriege schwer, sehr schwer zu kämpfen haben. Die ausländischen Absatzmärkte sind zum größten Teil verloren gegangen, sie neu zu erobern, erfordert große Anstrengungen und viel Zeit. Daß es möglich sein wird, daran zweifelt niemand, weder bei uns, noch im feindlichen Ausland, denn die Anstrengungen, die dort gemacht werden, einen wirtschaftlichen Boykott Deutschlands nach dem Kriege durchzusetzen, sind nur diktiert von der Angst und Sorge, daß Deutschland doch wieder nach dem Kriege den Weltmarkt beherrschen wird. Aber bis dahin wird es eine schwere Zeit sein, man wird die Preise aufs äußerste kalkulieren müssen, und viele Industrien, die vorher für den Weltmarkt gearbeitet haben, werden einen teilweisen Ersatz ihres früheren Absatzmarktes im Inlande suchen und dementsprechend auch auf den inländischen Markt einen Preisdruck ausüben. Am

Digitized by Google

meisten werden auch wieder diejenigen Betriebe zu leiden haben, die schon jetzt nicht oder doch nur wenig an den Kreis der für den Kriegsbedarf arbeitenden angeschlossen sind, während die bodenständigen Industrien, vor allem das Großeisengewerbe, von der ungünstigen Konjunktur weit weniger betroffen werden dürften.

So erhalten wir für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr nach dem Kriege etwa folgendes Bild: Für die Groß-, vor allem die Riesenbetriebe der für den Heeresbedarf liefernden Industrien wird nach dem Kriege zwar eine stillere Zeit kommen, aber sie werden doch noch mit Aufträgen reichlich beschäftigt sein, außerdem werden ihnen die starken Rücklagen, die sie während des Krieges machen konnten, zugute kommen. Die mittleren und kleinen Betriebe, vor allem der bisher hauptsächlich auf den Export angewiesenen Industrien und Gewerbe, dürften aber sehr schwer unter der ungünstigen Wirtschaftslage zu leiden haben. Das kann nicht ohne Wirkung auf Handel und Verkehr bleiben, die ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Unternehmergewinne werden geringe, die Löhne und Gehälter infolgedessen niedrige sein. Im Gegensatz zu dem nur mäßigen Einkommen aus Handel und Gewerbe, den niedrigen Löhnen, die nur gezahlt werden können, steht aber dann die außerordentliche Teurung der Lebenshaltung infolge der hohen Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse, insonderheit der hauptsächlichsten Lebensmittel.

Die bis zum Kriege bestandene Einhelligkeit zwischen der wirtschaftlichen Struktur und der Einkommensverteilung, die die Grundlage und Vorbedingung des Aufstiegs des deutschen Wirtschaftslebens war, erscheint somit schwer gestört, ja fast in ihr Gegenteil verkehrt. Denn auch nach dem Kriege wird die wirtschaftliche Struktur Deutschlands die gleiche sein. Infolge seiner großen, stets wachsenden Volkszahl, der Kultur- und Zivilisationshöhe seiner Bevölkerung wird Deutschland auch nach dem Kriege ein überwiegender Industrie-Handelsstaat bleiben müssen. Die Kapazität eines Agrarstaates ist viel zu klein und arm, um die Bevölkerungsziffer Deutschlands auf der Kulturhöhe, die unser Volk erreicht hat, zu fassen. Die weitaus größte Mehrzahl seiner Bevölkerung wird auch nach dem Kriege darauf angewiesen sein, sich die Nahrungsmittel und unentbehrlichen Rohstoffe, die der eigene Boden nicht in ausreichendem Maße erzeugen kann, aus anderen, dem Klima und der Bodenbeschaffenheit nach günstiger gelegenen Ländern im Austausch mit ihren Industriefabrikaten und Handelsunternehmungen zu beschaffen. Die industrielle Ober- wie Unterschicht, die breite große Masse der in Industrie, Handel und Verkehr Tätigen bleiben somit auch nach dem Kriege die Träger des deutschen Wirtschaftslebens. Sie aber, auf deren Schultern Deutschlands Zukunft liegt, werden durch die nach dem Kriege herrschende Einkommensverteilung auf das schwerste gefährdet. Nicht so sehr das untere Proletariat, als vielmehr die gehobene Arbeiter- und bürgerliche Mitttelschicht erscheint am schwersten bedroht, jene Schicht, die trotz geringen Einkommens an den geistigen und Kulturgütern regsten Anteil nahm, deren fleißiges

Digitized by Google

Mitringen und Schaffen an den geistigen und Kulturschätzen Deutschland auf diese hohe Kulturstufe gehoben hat, und aus deren Reihen die geistigen und wirtschaftlichen Führer der Nation aufsteigen. Es besteht die große Gefahr, daß diese Mittelschicht infolge der gegenüber den Lohn- und Gehaltseinnahmen viel zu teuren Lebenshaltung wirtschaftlich nicht mehr auf der Höhe bleiben kann, sondern herabgesunken, unfähig wird, an dem großen Werke der Kultur mitzuschaffen, und daß ein Wirtschaftszustand heraufzieht, in der es keinen gesunden, kräftigen Mittelstand, sondern nur noch ‚Reiche und Reichgewordene' in den Städten wie auf dem Lande und daneben ‚Arme', Proletarier, gibt. Jene ‚barbarische' Wirtschaftsform, wie man sie nennen muß, ist die Folge der Zerstörung der Einhelligkeit zwischen wirtschaftlicher Struktur und Einkommensverteilung. An der Inkongruenz zwischen beiden sind die Völker der Alten Welt, ist das stolze Römische Reich zugrunde gegangen, dem hat Polen im 18. Jahrhundert sein schmähliches Ende zu danken, und sie war auch die tiefere wirtschaftliche Ursache der Französischen Revolution von 1789. Es wird Aufgabe und erste Pflicht der Regierung, des Staates, sein, in wirtschafts- und steuerpolitischer Hinsicht alles zu tun, um dem Heraufkommen einer solchen ‚barbarischen' Wirtschaft rechtzeitig vorzubeugen.

Welche Wege werden einzuschlagen sein, um die drohende Störung des Gleichgewichts zwischen wirtschaftlicher Struktur und Einkommensverteilung baldmöglichst zu beheben? —

Hierbei werden zu unterscheiden sein die Maßnahmen während der Zeit der Übergangswirtschaft und die nach Wiederherstellung der normalen Friedenswirtschaft. Mit den ersteren wollen wir uns hier nicht weiter beschäftigen. Die Notwendigkeit während der ersten Zeit nach dem Kriege, bis der Lebensmittelmarkt wieder sein normales Gepräge hat, das System der Preisregulierung beizubehalten, wird wohl allseits anerkannt und von der Regierung auch durchgeführt werden.

Weit umstrittener aber sind die Maßnahmen, die in wirtschaftspolitischer Hinsicht nach Wiederherstellung der normalen Friedenswirtschaft geboten sind und mit denen wir uns im folgenden kurz beschäftigen wollen.

Deutschland hat nur einen kargen Boden; wohl ruhen in ihm als kostbarste Schätze die unentbehrlichen Grundlagen jeder höheren industriellen Entwicklung, Kohle und Eisen, sonst aber ist sein Boden arm und wenig fruchtbar gemessen an dem anderer, klimatisch günstiger gelegenen Länder. Wichtige industrielle Rohstoffe, wie zum Beispiel Baumwolle, um nur dies eine zu nennen, vermag er überhaupt nicht hervorzubringen, und auch die Nahrungsmittelproduktion ist beschränkt, ist bereits heute an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Diesen Boden bewohnt aber ein zahlreiches, emsig tätiges Volk, das schon lange hinausgewachsen ist über den Nahrungsmittelspielraum des heimischen Grund und Bodens, das immer weiter und weiter wächst und sich ausdehnt. Wäre dies Volk in der Beschaffung seiner Lebensmittel

Digitized by Google

und Kulturbedürfnisse allein auf seinen Boden angewiesen, es hätte schon lange vor dem Kriege sein kraftvolles Wachstum einschränken müssen: anstatt Wohlhabenheit, ja Reichtum in den oberen Schichten, gutes auskömmliches Leben fast überall, Kultur und Zivilisation bis in die Wohnung des Ärmsten, hätten Not und Entbehrung ihren traurigen Einzug gehalten, die Lebenshaltung herabgedrückt und zahllose Familien gezwungen, sich über See eine neue Heimat zu gründen. Das deutsche Volk war schon Jahrzehnte vor dem Kriege darauf angewiesen, entweder Menschen oder Waren zu exportieren. Denn nicht in seinem Boden, sondern in seiner Bevölkerung liegt der Reichtum Deutschlands: in der Intelligenz, der Arbeitskraft, dem Fleiß und der Geschicklichkeit seiner industriell schaffenden Schichten. In diesen ruht der Reichtum und die Kraft Deutschlands, sie sind die Träger der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Zukunft unseres Landes.

Man wird daher das Kernproblem der deutschen Wirtschaftspolitik nach dem Kriege folgendermaßen formulieren können: „Wie kann Deutschland, ein Industrie-Handelsstaat, dessen Bevölkerung längst schon über den engen Nahrungsspielraum, den seine eigene Landwirtschaft gewähren kann, hinausgewachsen ist, der keine Ackerböden und Viehweiden in fremden Erdteilen sein eigen nennt, seiner Bevölkerung die notwendigen Nahrungsmittel zu den tunlichst günstigen Preisen, seiner Industrie die unentbehrlichen Rohstoffe und Halbfabrikate verschaffen; den Erzeugnissen seiner Industrien neue Absatzmärkte erschließen, um dadurch seine Bevölkerung in den Stand zu setzen, durch ihren Gewerbefleiß und ihren Handel sich die Nahrungsmittel, die die eigene Landwirtschaft nicht in ausreichendem Maße erzeugen kann, im Austausch mit ihren Industrieerzeugnissen aus anderen Ländern zu beschaffen?“[1]

Vor dem Kriege stand einer weitgehenden weltwirtschaftlichen Verflechtung, die allein die Lösung des der deutschen Wirtschaftspolitik gestellten Problems bedeuten kann, nichts anderes im Wege als der eigene Wille Deutschlands. War Deutschland bereit, den anderen Völkern die von ihnen angebotenen Rohstoffe und Lebensmittel ohne Behinderung durch Zollschranken abzunehmen, so waren diese auch gewillt, ihre Märkte als Absatzgebiete für die deutsche Industrie zu öffnen, und im Austausch mit ihren Waren unsere Fabrikate: Maschinen und Textilwaren, Chemikalien, elektrische Anlagen und viel anderes mehr zu kaufen. Nach dem Kriege kann das Bild ein ganz anderes werden. Niemand vermag zwar in die Zukunft zu schauen, aber die Anstrengungen des Vierverbandes zur Boykottierung deutscher Waren nach dem Kriege sind keineswegs auf die leichte Achsel zu nehmen; ist es auch Wahnsinn, so ist es doch Methode. Daher ist nicht zu verwundern, wenn weite Kreise heute in Deutschland eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit anstreben:

[1] Die hier in Frage stehenden Probleme habe ich ausführlich behandelt in meinem Buch: „Das weltwirtschaftliche Problem der modernen Industriestaaten“. Jena, bei Gustav Fischer, 1916.

Digitized by Google

soviel und soweit wie möglich soll Deutschland sich selbst versorgen, nicht nur mit den notwendigen Nahrungsmitteln, sondern auch mit industriellen Rohstoffen. Frei und unabhängig vom Ausland auch in wirtschaftlicher Beziehung so lautet die Parole! Aber so schön dies auch klingen mag, so ist auch hier nicht alles Gold was glänzt; es wäre eine höchst trügerische Freiheit und Unabhängigkeit. Sehen wir uns diesen Wunsch doch einmal genauer an, wäre die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit Deutschlands, die Nationalisierung der Volkswirtschaft, wie man es genannt hat, wirklich so ideal? — In Rohstoffen ist sie nun schon gar nicht durchführbar: Baumwolle durch Nesselfasern zu ersetzen, Wolle durch Zucht von Wollschafen im Inlande zu gewinnen, sind nichts als haltlose Utopien; wo bekämen wir denn den Boden zum Anbau von Nesseln (falls Nesselgespinst überhaupt Baumwolle ersetzen könnte), wo die Weiden für die Wollschafzucht her? — in Deutschland steht er nirgends zur Verfügung. Aber auch mit der Nahrungsmittelversorgung steht es nicht viel anders: sehen wir uns doch unseren Tisch im Kriege an; freilich wir verhungern nicht, wir können durchhalten und dauerte der Krieg noch so lange. Aber ist das Leben, wie wir es im Kriege gezwungen sind zu führen, ein wünschens-, — ein erstrebenswertes? — es ist ein Dasein, das wir willig und mutig auf uns nehmen, bis wir unsere Feinde bezwungen haben, aber keins, das auf die Dauer eines großen Kulturvolkes würdig wäre. Es fehlt uns an Luft und an freiem Atem, wir können dabei nicht wachsen, nicht größer werden; der wirtschaftliche Rock, den das deutsche Volk — um dieses Bild zu gebrauchen — sich im Kriege anlegen mußte, ist zu eng und knapp, und wir werden froh sein, ihn nach dem Kriege mit dem weiten, auf unsere Bedürfnisse zugeschnittenen Kleide der Weltwirtschaft wieder vertauschen zu können. Denn nur dies Kleid paßt uns, darin können wir frei atmen, uns recken und strecken, wachsen, größer und kräftiger werden, wie es dem jungen Riesen, dem starken deutschen Volke gebührt.

Die wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit kann nicht das erstrebenswerte Ziel sein, sie führt Deutschland nicht zur Höhe, sondern würde Deutschland aus der Reihe der führenden Nationen auslöschen. Nein, die Wirtschaftspolitik, die Deutschland nach dem Kriege nottut, die allein geeignet ist, das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Struktur und Einkommenverteilung wieder herzustellen, muß in erster Linie in Rücksicht auf die große breite Masse der in Industrie, Handel und Verkehr Tätigen orientiert sein. Ihnen günstige Lebensbedingungen, niedrige Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse bei angemessenen Löhnen zu verschaffen, muß im Vordergrunde stehen. Möglichste Erhöhung der Produktivität des Volkes muß das Ziel sein: einerseits durch ungehindertes Hereinlassen, durch zollfreie Einfuhr der für uns unentbehrlichen Rohstoffe und Nahrungsmittel, um das Leben der Massen zu verbilligen, andrerseits durch weitgehendes Entgegenkommen in der Abnahme der von anderen Völkern angebotenen Produkte, um hierdurch der eigenen Industrie neue Absatzmärkte zu erschließen.

Digitized by Google

Eine solche Politik der offenen Tür, der weltwirtschaftlichen Verflechtung muß aber bereits im Kriege eingeleitet und angebahnt werden, damit Deutschland bei den kommenden Friedensverhandlungen mit einem festen, zielsicheren Programm aufzutreten vermag. Man spricht heute so viel von den „realen Garantien", die Deutschland im Westen wie im Osten fordern müsse. Mindestens ebenso wichtig, wenn nicht viel bedeutungsvoller für die Zukunft Deutschlands sind die wirtschaftlichen Bedingungen, auf die die Regierung im Friedensvertrag unbedingt bestehen muß. Deutschland muß im Friedensvertrag völlige Gleichberechtigung mit den anderen Nationen durchsetzen; muß darauf bestehen, daß in der Friedensurkunde die „Meistbegünstigungsklausel", ebenso wie im Frankfurter Frieden, aufgenommen wird. Das ist eine unerläßliche Bedingung des Friedens. Denn wenn dort der Augenblick verpaßt würde, — nachher wäre es zu spät. Und Deutschland hat zwei gute Waffen in der Hand, die es nur richtig gebrauchen muß, um seine gerechten Forderungen durchzusetzen. Die eine ist sein scharfes Schwert, das nicht eher in die Scheide gesteckt werden darf, als bis Deutschland völlige wirtschaftliche Gleichberechtigung mit den anderen Nationen durchgesetzt hat. Die andere Waffe aber ist seine große und mächtige Kaufkraft, die es in die Wagschale zu werfen hat, um seine Position den Feinden wie den Neutralen gegenüber günstig zu gestalten.

Sehen wir uns doch Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft vor dem Kriege einmal an. Deutschland war in den letzten Friedensjahren der beste Kunde, der kaufkräftigste Abnehmer seiner beiden mächtigsten Gegner: Englands und Rußlands. Der Wert der Ausfuhr englischer Waren nach Deutschland bezifferte sich nach dem „Statistical Abstract" im Jahre 1912 auf über 40 Millionen Pfund Sterling, damit stand Deutschland von den fremden Ländern an erster Stelle, denn nach den Vereinigten Staaten von Amerika, die zu zweit folgten, gingen nur für rund 30 Millionen Pfund Sterling. Erheblich geringer war die Ausfuhr nach Frankreich (26 Millionen Pfund Sterling), Rußland (knapp 14 Millionen Pfund Sterling) und Italien (14 Millionen Pfund Sterling). Die Ausfuhr nach Deutschland war somit größer als die nach Frankreich und Rußland zusammen. Noch weit stärker war das Übergewicht Deutschlands als Kunde Rußlands. Nach dem Statistischen Jahrbuch des Russischen Reiches exportierte Rußland nach Deutschland im Jahre 1911 für 490½ Millionen Rubel, gleich 30,8 Proz. des Gesamtausfuhrwertes, dagegen nach Großbritannien für nur 337 Millionen gleich 21,2 Proz., nach Frankreich für knapp 91 Millionen gleich (5,7 Proz.). Auch hier war die Ausfuhr nach Deutschland größer als die nach England und Frankreich zusammen.

Diese außerordentliche Kaufkraft Deutschlands, die sich in diesen Zahlen widerspiegelt, läßt sich nicht ohne weiteres beiseite schieben, — nur durch Beschlüsse auf einer Wirtschaftskonferenz. Sie ist eine mächtige Waffe in unserer Hand, die wir nur richtig gebrauchen müssen. Wenn Deutschland ernstlich gewillt ist, sich eine wirtschafts-

Digitized by Google

politische Verfassung zu geben, die auf die große, breite, demokratische Masse, das werktätige Volk in Handel und Industrie zugeschnitten ist, wenn es gelingt, die inneren Widerstände zu überwinden, die aus kleinlichen, kurzsichtigen, zum Teil egoistischen Gesichtspunkten heraus sich einer großzügigen liberaldemokratischen Wirtschaftspolitik entgegenstellen, so wird nimand anders in der Welt Deutschland hindern können, sich machtvoll durchzusetzen, durch die weltwirtschaftliche Verflechtung sich wieder den Weltmarkt zu erobern und damit zur Weltmachtstellung zu gelangen. An uns nur ist es, ob wir diesen Weg gehen wollen, oder den kleinen ärmlichen zum selbstgenügsamen Agrarstaat.

Notizen

Die russische Presse zur Reichskanzler-Rede. Das Anerbieten einer deutschen Freundschaft in der Rede des Reichskanzlers wird von der russischen Presse so gut wie einstimmig zurückgewiesen: „Russkaja Wolja" (dem.-republ.) erklärt: „Uns hält der Reichskanzler schon für besiegt und verspricht uns zu schonen, falls wir uns beeilen und einen schmachvollen Separatfrieden abschließen." „Birsh. Wjed." (lib.): „Die neue Rede des Reichskanzlers ist der beste Beweis dafür, wie notwendig ein ungeschwächter Kampf gegen den deutschen Imperialismus ist. „Djen" (radikal Blatt Kerenskis): „Man behauptete, daß die Rede Bethmann Hollwegs ein maskierter Vorschlag sein würde, die Friedensunterhandlungen zu eröffnen. In Wirklichkeit klingt sie wie eine Herausforderung." „Wolja Naroda" (soz.-rev.): „Die Rede Bethmann Hollwegs vernichtet endgültig alle Illusionen. Die russische Revolution hat das imperialistische Deutschland nicht gezwungen, seine auswärtige Politik zu ändern." „Jedinstwo" (soz. Blatt Plechanows): „Solange das Schicksal Deutschlands und seiner Verbündeten eine halbabsolutistische Bürokratie regieren wird, kann es nur eine Antwort auf diese Rede geben: Ein dauerhafter Friede auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker kann von der Demokratie nur durch den Kampf mit der Waffen erreicht werden." „Nowoje Wremja" (nationalistisch-chauvinistisch): „Die Rede Bethmann Hollwegs ist die beste Antwort für unsere Apostel eines Friedens mit Deutschland. Man braucht ihr nichts hinzuzufügen." „Djelo Naroda" (soz.-rev.) knüpft an die Betrachtung über die Rede des Reichskanzlers, die auch ihm viel zu unbestimmt erscheint, den Wunsch, daß so schnell als möglich die Geheimverträge der Verbündeten veröffentlicht werden sollten. „Djen" (Blatt Kerenskis) bemerkt hierzu ironisch: „Unser Land ist jetzt streng neutral. Wir kämpfen mit niemandem: weder mit Spanien, noch mit Deutschland, noch mit England. Wozu sollen wir dann unsere Geheimverträge veröffentlichen? Was gehen ein neutrales Land die Geheimverträge an? Sehr wichtig ist es, zu wissen, wofür man kämpft, aber wofür man nicht kämpft, — das braucht man doch nicht zu wissen!"

Das deutsche Kolonialreich. Wenige Tage bevor Staatssekretär Solf seine große Rede über Deutschlands Kolonien nach dem Kriege hielt, hat Prof. Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern" zu diesem Thema Ausführungen gemacht, denen wir folgende Stelle entnehmen: „Wird unser Sieg groß genug, so können wir hoffen, das ganze mittlere Afrika mit unserem Südwest in unserer Hand zu vereinigen: Senegambien, Sierra Leone, die Goldküste, Dahome, das volkreiche Nigeria mit dem Hafen Lagos, Kamerun, die üppigen Inseln San Thomé und Principe, den französischen und den belgischen Kongo, das zukunftreiche Angola mit seinen vorzüglichen Häfen, das Erzgebiet Katanga, Nord-Rhodesia, Nyassa-Land, Mozam-

Digitized by Google

bik mit der Delagoa-Bai, Madagaskar, Deutsch-Ostafrika, Zansibar, Uganda; dazu auf den Azoren den großen ausgebauten Hafen Ponta Delgoda, eine der wichtigsten und besuchtesten Kohlenstationen, und Horta, eine der wichtigsten Zentralen der transatlantischen Telegraphenkabeln. „Im Atlantischen Ozean gibt es nur wenige Punkte von so bevorzugter verkehrsgeographischer Lage, geopolitischer Bedeutung und militärisch-marinestrategischer Kraft wie Azoren, sobald sie in den Besitz einer flottenstarken Großmacht sein werden", schreibt Hans Meyer in der „Deutschen Politik". Heute gehören sie Portugal, das mit uns im Krieg ist. Portugal gehören auch heute noch die Kapverdischen Inseln mit dem Hafenplatz Porto Grande, ebenfalls eine der meist angelaufenen Kohlenstationen des östlichen Atlantischen Ozeans.

Alle diese Gebiete zusammen haben über 100 Millionen Einwohner und bieten zu einem Besitz vereinigt in ihren verschiedenen Eigenschaften sich gegenseitig ergänzend, geradezu unermeßliche Aussichten. Sie sind reich an Naturschätzen, reich an Ansiedelungs- und Erwerbsmöglichkeiten, reich an arbeitsfähigen, wie auch an kriegsbrauchbaren Männern. Nichtsdestoweniger ist die Forderung nicht unbillig und verstößt nicht gegen den Grundsatz des Gleichgewichts, da Deutschland damit ja nur ein Kolonialreich erwerben würde, wie es England und Rußland, Frankreich und Amerika längst besitzen."

Professor Haller über die russische Revolution. In der Zeitschrift „März" zieht der Tübinger Gelehrte aus den Vorgängen in Rußland folgende Nutzanwendung: „Die Hauptsache, auf die es allein ankommt, ist nicht die Verfassungsfrage, sondern die Nationalitätenfrage. Ob das russische Volk eine absolute Monarchie oder eine demokratische Republik ist, kann uns verhältnismäßig gleichgültig sein, zumal keine Bürgschaft gegeben ist, daß die Republik weniger aggressiv und expansiv sein würde, als die Monarchie... Die russische Revolution war für uns ein höchst erfreuliches Ereignis, weil sie uns in einem zweifellos kritischen Augenblick militärisch entlastete. Sie kann auch für die Dauer eine politische Entlastung bringen, wenn die russische Großmacht sich in autonome nationale Staaten auflöst. Sie kann aber auch in diesem Falle zu einer neuen schweren Bedrohung unseres Daseins führen, wenn es England gelingt, die neuen Staatsgebilde an sich zu ketten und sie gegen uns zu benutzen. Dieser Gefahr muß beizeiten vorgebeugt werden, indem Deutschland selbst für das Recht und die Freiheit der russischen Fremdvölker eintritt und ihre Sache zur seinigen macht. Es muß zu verhindern suchen, daß der russische Einheitsstaat, sei es als absolute, sei es als konstitutionelle Monarchie wiederhergestellt werde; ebenso aber auch, daß die selbständig gewordenen Nationen an seiner Ostgrenze der englischen Führung verfallen. Eine große Gelegenheit bietet sich dar, Deutschlands Zukunft wird davon abhängen, daß sie richtig benutzt wird. Geschieht es, so war die russische Revolution ein Segen für uns, wird die Gelegenheit versäumt, so wird auch das für den Augenblick so vorteilhafte Ereignis uns bald zum Unheil werden."

Die Erziehung der neuen Generation. Die ungeheuren Verluste, die Frankreich im Kriege erleidet, bringen kluge Köpfe zur Überlegung, wie es möglich sein wird, nach dem Kriege das vorhandene Material möglichst hochwertig zu gestalten. In der bekannten Halbmonatsschrift „La Correspondent" wird die Frage von Georges Hersent des längeren behandelt.

„Es wird nach dem Kriege vor allem notwendig sein, aufs schnellste die Produktion jeder Art zu vergrößern. Deshalb ist es Aufgabe der Erziehung, die Jugend dazu zu bringen, möglichst vielseitig produzieren zu lernen. Der Grundfehler unserer heutigen Erziehungsmethode ist, daß wir bestrebt sind, der gesamten Jugend eine ästhetische Erziehung zu geben, während sie doch größtenteils eine wirtschaftliche Erziehung braucht. Wir begünstigen einen überflüssigen Intellektualismus, der der Mehrzahl der davon berührten fremd und größtenteils ihrer wahrscheinlichen sozialen Stimmung entgegen gesetzt ist, so daß alle diese Menschen später mit Enttäuschung zu kämpfen haben. Wir wollen keine Klassen schaffen, wir schaffen

Digitized by Google

aber Deklassierte. Das große Übel ist der Glaube, daß die freien Berufe vornehmer sind als die andern, was aber gar nicht der Fall ist. Aus dieser falschen Auffassung heraus ergibt sich die Tatsache, daß ein großes Ackerbauland, wie das unsrige, viel weniger Schüler in den Landwirtschaftsschulen hat, als in den höheren Schulen. Uns fehlen auch im großen Maße gute Techniker. In Handel und Industrie haben von 100 Angestellten oder Geschäftsführern nur 10—12 eine technische Ausbildung erhalten. Hiermit soll aber nicht gesagt werden, daß man die ganze Erziehung nur nach dem Nützlichkeitsstandpunkt beurteilen darf. Die Forderung, die zu erheben ist, ist nur, daß vor allen Dingen die Formung des Charakters die erste Aufgabe des Lehrers ist. Man muß die Kinder an Anstrengungen gewöhnen, denn ohne diese wird aus dem Unterricht ein gewohnheitsmäßiges Auffassen, was zur Faulheit und Passivität führen muß. In dieser Hinsicht ist ungefähr alles Vorhandene zu reformieren. Außerdem müßte man die Auswahl der Schüler nach ihren Fähigkeiten beschränken, wodurch die Arbeit der Universitäten viel fruchtbringender gestaltet werden könnte.

Das hier berührte Problem kann nicht auf einen Schlag gelöst werden, es gehört zu denen, die sehr viel allgemeine Aufmerksamkeit verdienen. In der kommenden Zeit wird ein noch so gelehrt tuender Dilettantismus nicht mehr am Platze sein. Jeder Mensch wird nützliche Arbeit tun müssen. Wir werden alle lange Zeit arbeiten müssen um die Folgen des Krieges zu überwinden, und es ist nicht zu früh, heute schon unsere Kinder darauf vorzubereiten."

Neuerscheinungen

Bücher über Kriegs- und Friedensziele

Vernunft und Wirklichkeit. — Wir stellen Mitte 1917 fest: Ende Juli 1916 vollendete Jos. Bertourieux eine Schrift, die den sofortigen Abschluß des Friedens verlangt. („La Victoire", Ferd. Wyß, Bern, M. 1.80.) „Weiter Krieg zu führen ist ein Verbrechen oder eine Narrheit. Jeder französische Patriot hat das Recht und die Pflicht, die sofortige Eröffnung von Friedensverhandlungen zu verlangen, sei es im Einvernehmen mit der Entente, sei es allein für Frankreich. Diese Forderung ist eine wesentliche Bedingung für die Ehre, die Sicherheit, den Bestand unseres Volkes." Mute 1917 macht einen — allgemeinen — praktischen Vorschlag über das Ende des Krieges die bei O. Füßli, Zürich erschienene Schrift eines Neutralen („Nach 1000 Tagen"): „Wer bei der ersten Hauptentscheidung, ob nach diesen tausend Tagen immer noch weiter Krieg sein soll oder jetzt Frieden, von den Spielleitern gehört werden muß, sind die Spieler des Dramas selbst, sind die Millionen von mündigen Staatsbürgern draußen. Sie wissen mehr vom Krieg, als so mancher Sprecher zu Hause, der nur dafür eifert, weil er — den Frieden fürchtet. Darum, befragt ihre verantwortlichen Leiter, pflichtgemäß diese einzig wahren Vertreter der Völker, und ihre Antwort wird nicht zweifelhaft sein." Ihn unterstützt „ein Vorschlag und ein Aufruf von einem Europäer". („Alle siegen", Orell Füßli, Zürich 1916.) Er entwickelt einen Plan für „vereinigte Staaten von Europa". Er betrachtet das äußere Wachstum der Staaten als abgeschlossen und sucht die weitere Entwicklung nur nach innen und nach der Tiefe.

Inzwischen geht wie der leibliche, so der geistige Krieg weiter. Die Schuldfrage wird von neuem untersucht von Dr. jur. Cuno Hofer. 1. Zunächst in den großen allgemeinen Friedensproblemen: „Die Keime des großen Krieges" (Verlag Schultheß & Co., Zürich). Verf. geht von der Überlegung aus: „Wir erleben die seltsame Ironie, daß es den Menschen leichter fällt, einen Krieg in Szene zu setzen als ihn zu verstehen. Die Völker sind von Leidenschaft erfüllt, aber sie erfassen die eigenen Handlungen nicht mehr; die Unbeteiligten, unter dem erdrückenden Gefühle des Unrechtes, das an ihren Mitmenschen geschieht, befehden sich in einem müßigen Wortkampf. Bekennen wir also, daß uns die Fähigkeiten fehlen, diesen tragischen Krieg in allen seinen Ursachen zu überblicken. Es liegt nichts Beschämendes darin; denn viele Dinge bleiben der menschlichen Einsicht verschlossen. Das Wesen des Krieges führt außerdem durch die verschiedenen Wissenschaften vom Staate auf das Wesen des Menschen zurück . . . in ein Gebiet, das der Philosophie angehört und noch längst nicht abgeklärt ist." Trotzdem sieht es Verf. als Pflicht und Bedürfnis an, das Geschehene zu erfassen, soweit es der Verstand vermag. Er will dazu helfen, indem er „die vielfachen Umstände zu erkennen sucht, die den Weltkrieg herbeigeführt haben, die Keime des Konfliktes nicht bei einzelnen Menschen oder in einzelnen Ereignissen,

Digitized by Google

sondern in der Gesamtheit von Erscheinungen und Umständen, die zu der großen „Kollision ganzer Völker" geführt haben. 1. Nach der Schuldfrage wird noch immer das Schlagwort „Die Freiheit der Meere" viel umstritten. Triepel, der Berliner Staatsrechtler, definiert es neuerdings in einer Schrift „Die Freiheit der Meere und der künftige Friedensschluß" (Springer, Berlin, M. 1.20) als Freiheit der See von der Tyrannei Englands. Es gilt für uns, die britische Macht in allen ihren Teilen und allen ihren Formen zu schwächen. Nicht allein für jetzt, sondern für die Dauer. Streben wir danach, daß uns das Meer in Zukunft freier werde als bisher. Aber nur für den Mächtigen ist das Meer frei. Sorgen wir also dafür, daß wir Seemacht haben. Sorgen wir dafür, daß dieser Krieg England kleiner, uns größer macht. Sorgen wir dafür, daß wir Flottenstützpunkte in Übersee, vor allem, daß wir den Ausgang aus dem „nassen Dreieck" gewinnen, daß wir die flandrische Küste und den sichern Landweg zu ihr in die Hand bekommen. Dann werden wir für uns, aber auch für die unter Englands Willkür seufzenden Neutralen die Freiheit der Meere errungen haben, und die Welt wird aufatmen. Wir leben des frohen Glaubens, daß uns das gelingen wird. Denn einmal muß Karthago zerstört werden, und einmal wird es zerstört werden!" Im Zusammenhang mit der deutschen Völkerrechtspolitik wird „Das Problem der Meerfreiheit" von Prof. Dr. Wilh. van Calker betrachtet (Jena, Gustav Fischer, M. 1.20). Die Schrift führt zu den Vorschlägen: „1. Unsere Völkerrechtspolitik muß von deutschem Interesse bestimmt sein. 2. Keine neue Bindung durch zwischenstaatliche Abmachungen über das Recht des Seekrieges. 3. Deutsches Reichsrecht soll in Zukunft die Grundlage unseres Kriegsrechts sein. 4. Das Kriegsrecht soll unter bestimmender Mitwirkung der deutschen Volksvertretung geschaffen werden." In seinen Beziehungen zur Kolonialpolitik behandelt Dr. Jos. Neumann-Frognau „Die Freiheit der Meere" (Reichsverlag, Berlin). Seemacht geht ihm über Kolonialbesitz. „Darum ist die flandrische Küste wichtiger als der Besitz eines abgerundeten Kolonialreiches in Mittelafrika; vollends Belgien wieder herausgeben gegen Gewinnung des Kongostaates, das hieße unser Eisigebirt verkaufen um ein Linsengericht."

Daß der Gedanke Mitteleuropa nicht ein Erzeugnis des Krieges ist, sondern eine lange, im deutschen politischen Denken tief gewurzelte Geschichte besitzt, zeigt Jacques Stern, Mitteleuropa". (Von Leibnitz bis Naumann über List und Frantz. „Deutscher Krieg", Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, M. 0.50.)

Für die Erörterung einzelner deutscher Kriegs- und Friedensziele hat der Verlag Alexander Duncker (Weimar) eine neue Reihe Flugschriften unter dem Titel „Kriegs- und Friedensziele" (Heft 30 Pfg.) eröffnet. Die geplante Einleitung der Sammlung, eine Schrift von Rohrbach, Über unser Kriegsziel im Osten, ist noch nicht erschienen. In den anschließenden Heften äußern sich einstweilen F. W. von Bissing (über die westlichen Kriegsziele), O. Karstedt (über koloniale Friedensziele), W. Bacmeister (über den U-Bootkrieg). W. Bacmeister schreibt: „Durch die U-Boote ist Englands Beherrschung der Meere, soweit diese Herrschaft dem Schutz des britischen Lebensnervs, der Handelsflotte dienen soll, hinfällig geworden. Dieser Lebensnerv ist von einem Machtfaktor abhängig, den England zu vernichten nicht in der Lage ist." F. W. von Bissing widmet seine Schrift dem Andenken seines Vaters. Er verlangt „Wahrung" des Daseinsrechts der kleinen vlämischen Nation, zugleich „Festigung der niederdeutschen Wacht an der Nordsee". Einen selbständigen vlämischen Staat verlangt auch Fr. Fromme, dessen gesammelte Aufsätze unter dem Titel „Belgisches und Unbelgisches" gesammelt vorgelegt werden (Gebr. Paetel, Berlin). Der Schilderung des Nationalitätenkampfes in und um Belgien läßt er deutsche und vlämische Ausblicke folgen, die ihn zu der „Notwendigkeit eines selbständigen vlämischen Staates, am besten in der Gestalt eines Königreichs Flandern führen". „Die gesamte vlämische Nation kann zu einem deutschfeindlichen Bastardvolk werden, wenn der Staat, dem sie angehört, von Brüssel aus verwaltet und gelenkt wird." J. Zieturch stützt in einer Flugschrift der Jäckhschen Sammlung „Was soll aus Belgien werden?" (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, M. 0.50) seine Hoffnung, daß aus Belgien ein Bollwerk zum Schutz Deutschlands geschaffen wird, auf Sätze des Reichskanzlers und v. Bissings.

Um Belgien geht der Krieg auch für Prof. Dr. B. Kübler („Antwerpen in Gegenwart, Vergangenheit, Zukunft", Leipzig, A. Deichertsche Verl., M. 1.50.) „Wenn Napoleon auf St. Helena sagte: ‚Wegen Antwerpen sitze ich hier', so können wir heute sagen: Um Antwerpen willen geht der Kampf im Jahre 1917 weiter." Eine Schrift von Justizrat Wagner „Der Friede und die von uns besetzten Länder" (G. Stalling, Oldenburg) will die künftige Stellung des Deutschen Reiches zu den besetzten Gebieten so geordnet wissen, daß diese Länder, soweit es die deutschen Interessen zulassen, zu dem Deutschen Reich in ein verfassungsmäßiges Bundesverhältnis treten, das ganz einseitig gelöst werden kann. Ein annexionistisches Programm auf dem Kontinent entwirft Georg Wilh. Schiele „Überseepolitik und Kontinentalpolitik" (Lehmann, München, M. 2.—). Er verlangt „die Einbehaltung der wertvollen Pfänder, die wir besitzen (Belgien, Rumänien, Serbien, Teile von Frankreich) oder eine entsprechende

Digitized by Google

Kriegsentschädigung". Auch ein Holländer, H. Clockener, verficht in einer Flugschrift „Warum und wie muß Deutschland annektieren?" (Carl Curtius, Berlin, M. —.80) die Notwendigkeit Deutschlands, zu annektieren. Flandern müsse ein autonom regierter Bundesstaat werden, zusammengesetzt aus den vlämischen Provinzen Frankreichs und Belgiens, regiert von einem deutschen Fürsten. „Deutschlands koloniale Not" behandelt (im Auftrage des kolonial-wirtschaftl. Komitees) O. Karstedt. Die Schrift begründet den Anspruch Deutschlands auf intensive Kolonialpolitik und mahnt, die Forderungen der Kolonialpolitik über den Fragen der Kontinentalpolitik nicht aus dem Auge zu verlieren. Als koloniale Friedensziele stellt O. Karstedt auf: „Möglichst umfangreiche Aneignung französischen, englischen, belgischen, portugiesischen Besitzes in Mittelafrika", Rückerstattung der Afrika- und Südseekolonien.

Zu derselben Frage äußert sich Prof. Dr. H. Meyer, „Gegenwart und Zukunft der deutschen Kolonien" (E. S. Mittler & Sohn, Berlin M. 1.20). Auch ihm kommt der Besitz von Flandern vor dem von Kolonien. „Ohne die feste und breite Basis an der flandrischen Kanalküste wäre nicht bloß unsere industrielle Lebensader in den Rheinlanden, sondern auch unsere Verbindung mit der weiten überseeischen Welt allezeit aufs schwerste gefährdet, wäre unser Kolonialbesitz ein bloßer Scheinbesitz, dessen Nutzung dem Mutterland jederzeit von England verwehrt werden könnte. Von der festen Basis an der flandrischen Kanalküste aus werden wir England so bedrohen, daß wir die Freiheit der Seefahrt nach allen Teilen offen und aufrecht erhalten können; werden wir Weltmachtpolitik treiben können. „Wünsche eines Feldgrauen über Deutschlands Zukunft" enthält die Schrift von F. Lauterbach (Th. Weicher, Leipzig, M. 1.30). Er möchte den gesunden kriegerischen Geist in unserem Volke lebendig erhalten wissen, ein „herrlich Deutsches Reich, dessen Farben von Ostende bis nach Riga wehen". Aus der Erinnerung an Bismarck zieht Gustav Roethe in einer Rede „Bismarck und das Gebot der Stunde" (Verlag Heymann, Berlin) Zuversicht und Gewißheit, „daß Deutschland höchst würdig in gesteigerter Größe und Zukunftskraft aus diesem Entscheidungskampfe hervorgehen wird". Eine objektive Haltung zu den „Kriegszielen der kämpfenden Völker" nimmt als erster seit den Büchern von Kjellén Ludwig Carrière ein. (O. Reimer, Berlin, M. 2.80.) Gestützt auf wenige „vertrauenerweckende Schriften" und „an Hand der geographischen Karte und geschichtlichen Übersee" werden die Fragen, um die es geht, betrachtet. Jedes Kriegsziel wird ein Komplex großer politisch-geographischer Fragen, der nur aus einem allgemeinen Zusammenhang heraus beurteilt werden kann und durch „müssen wir haben" nicht gelöst wird. Er zeigt, daß je nach der Anschauung über die Grundlagen auch die Ziele bei gleichem vaterländischen Interesse sachlich verschieden werden können. So kommt er zu dem Satze: „Es handelt sich darum, unbeirrt von Gefühlen, die Politik zu wählen, die dem eignen Reiche am gedeihlichsten ist." Das Problematische vieler Einzelkriegsziele wird immer wieder hervorgehoben. „Niemand ist heute imstande, allein aus sich heraus ein unbedingtes Urteil über Notwendigkeit und Form dieses oder jenes Kriegszieles abzugeben. Vielmehr werden die verantwortlichen Stellen bereits bei der Festsetzung der Friedensbedingungen die Stimmen der allerverschiedensten Kreise zu hören haben. Ein Koalitionskrieg wie dieser endet nicht so, daß der Friede von einer Partei diktiert wird: es wird über ihn verhandelt. Man muß sich deshalb allgemein darüber klar sein, daß selbst ein für eine Partei siegreicher Ausgang nicht die äußersten Kriegsziele erfüllen kann, daß nicht alle Blütenträume reifen."

Die Kriegsziele nach innen suchen nur wenige Schriften: In der politischen Neuordnung in Preußen-Deutschland nach dem Kriege, stellt sich hinter den Kanzler Generalsekretär Stegerwald in einem Vortrag „Arbeiterinteressen und Friedensziele" (Cöln, Christl. Gewerkschaftsverlag). Der „überspannte preußische Geist, der es nicht versteht, Menschen im einzelnen und Völker im ganzen zu behandeln, der an unserer gegenwärtigen Weltlage nicht unschuldig ist, könnte sich wohl einmal zu Tode siegen". „In dem Kleinkrieg, den die deutschen Frauen in der Kinderstube für ihre Rasse führen, liegt für den schon herangezogenen Georg Wilh. Schiele („Überseepolitik oder Kontinentalpolitik") Sieg oder Untergang."

Zahlreicher sind die Bücher über die europäischen Voraussetzungen und Ziele des Krieges zum Europäismus im Sinne der Ausschließung Englands, dessen Stellung „historisch, geographisch und seiner politischen Psyche nach von der des europäischen Kontinents grundverschieden ist", bekennt sich Großadmiral von Tirpitz in einem Brief an die ungarische Zeitschrift „Das junge Europa". Eine andersartige Europäisierung regt der Holländer Dr. jur. J. L. van Ees „Das neue Europa" (Rembrandt-Verlag, Oberweimar) an. Er denkt sich eine neue Gemeinschaft Europas durch „wirtschaftliche und politische Entrechtung aller europäischen Staatsgebilde, Aufhebung aller nationalen Bevorzugungen, Herstellung gleicher Lebensbedingungen für alle Völker und Rassen in staatsrechtlichen wie in wirtschaftlichen Dingen, insbesondere ungestörten kulturellen Eigenlebens für alle". „Nur ein vertieftes Nachdenken über das, was war, kann bewirken, daß in dem Europa der Zukunft einem Frieden von Dauer Platz gemacht werden kann." In Deutschlands „anbrechender Weltmacht" sieht Dr. A. Poulimenos „Europas Frieden" (Dresden, Globus-Verlag, M. 2.50) den Anfang eines neuen Zeitalters,

Digitized by Google

in welchem die Entwicklung einer neuen, sittlicher als bisher vorwaltenden Kultur einsetzt. „Entgegen dem Charakter der bisherigen englischen Weltherrschaft wird die künftige Machtstellung Deutschlands allen europäischen Völkern, der europäischen Gemeinschaft, die wir herbeisehnen, zugute kommen. Gegen die Gefahr der Verwirtschaftlichung nach englischem Vorbild wirkt dann Deutschlands sittlicher Wille „als vorherrschende Treibkraft des Daseins". Die Gründung eines deutschen Weltverbandes als Zusammenfassung der Arbeiten des Deutschtumes verlangt eine Schrift von Dr. W. Schmied-Kowarzik „Ein Weltbund des Deutschtums" (Th. Weicher, Leipzig): „Erhaltung der deutschen Muttersprache in aller Welt, Ausbreitung der deutschen Weltsprache, Freundschaftswerbung und geistiger Eroberungswille, Erziehung zu völkischer Gesinnung, zu deutscher Bildung, zum Pflichtbewußtsein dem Volkskleib und dem Volksgeist gegenüber, Heimatschutz und Sprachpflege — all diese Aufgaben sind in diesem erdumspannenden völkischen Pflegwerk vereint."

„Die Ideale des Völkerfriedens und sein Verhältnis zu Wirklichkeit" untersucht Friedr. Meier in einem bei E. Püschel, Rostock, erschienenen Buche. Er kommt zu einem pessimistischen Ergebnis: „Aller sittliche Fortschritt im Staat und Volk hängt immer von dem sittlichen Zustande der einzelnen ab. Das ist der Grund dafür, daß bisher der Gedanke des Völkerfriedens nicht zur Wirklichkeit werden konnte und daß alle geforderten organisatorischen Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens, wie: Ausbau des Völkerrechts, Errichtung von Schiedsgerichten oder Abrüstung gar nichts ausrichten können, so lange der sittliche Zustand der großen Mehrheit der Einzelmenschen nicht entsprechend ist. Nicht das Bestehen der selbstsüchtigen Begierden und Leidenschaften an sich ist dem Frieden gefährlich, sondern deren ungehinderter Ausbruch unter dem Deckmantel des Eintretens für sittliche Werte, wie Recht und Freiheit." Trotzdem verzweifelt er nicht an der Möglichkeit, daß das sittliche Wollen, der Friedenswillen der Völker sich neu kristallisiert, wenn die Staaten erst anfangen, „sich wie sittliche Individuen zu verhalten, soweit sie als Ganzes auftreten. Dafür, daß alle Staaten eine innere sittliche Gemeinschaft bilden und ein friedliches Nebeneinander in edlem Wettbewerb möglich wird, müssen alle Kräfte sich vereinigen." Diese Hoffnung teilt A. v. Nordheim, der in einer Schrift „Deutschland am Scheideweg" (Reichenbachsche Verlagsh., Leipzig) die Grundzüge der Politik untersucht. „Der Sieg um die Zukunft unseres Volkes wird errungen sein, wenn der einfache Satz unsere Männer, unsere Politik und unsere Volkswirtschaft wieder durchdrungen hat, daß ein Volk nicht besteht aus Gütern und Waren, aus Aktien und Dividenden, aus Handel und Industrie, aus Paragraphen und Zahlen, sondern aus Menschen, wenn unsere Politik zu völkischer Politik und unsere Volks„wirtschaft" zu „Volks"wirtschaft geworden ist. „Wenn wir im Innern die Umkehr gefunden haben, dann wird auch unsere äußere Politik daraus mit neuen Kräften hervorgehen." Eine Gewähr für unsere Sicherheit in der Zukunft sieht auch der Geh. Sanitätsrat Dr. K. Küster in seinen gesammelten Kriegsaufsätzen „Blicke in Gegenwart und Zukunft" (Dietr. Reimer, Berlin 1917, M. 1.—) im Ausgleich der Völkergegensätze. „In freundnachbarlicher Weise müßten und sollten die Völker zusammenarbeiten zum allgemeinen Wohle und zum Fortschritte der Menschheit" . . . Er sieht in der sozialen Monarchie die Regierungsform der Zukunft, in der Zusammenarbeit aller Volksschichten und Bekenntnissen die Sicherung der Zukunft, die aus dem nationalen Staat in die internationale Gemeinschaft führen soll.

Von draußen her schließt sich, zustimmend und gleichartig, diesen Stimmen die eines Neutralen an. G. Chaudet „Wohin führt man uns?" (F. Wyß, Bern.) „Was uns nottut, ist nicht eine Umgestaltung unserer bewährten Staatseinrichtungen, sondern eine Erneuerung und Wiedergeburt der Gesinnungs- und Charaktereigenschaften der einzelnen Bürger. Wir besitzen nicht nur in der Schweiz, sondern allerorten genug Durchschnittsmenschen, aber zu wenig willensstarke, markante, die Masse überragende Persönlichkeiten! Darin liegt die Grundursache des unentschlossenen Suchens und Tastens unserer Zeit, der ziellosen Übertreibungen und der allgemeinen trostlosen Verwirrung. Darin liegt im letzten Grunde auch die tiefere Ursache dieses verhängnisvollen Krieges mit seinen unfaßbaren Schrecknissen. Werden wir nach dem Kriege innerlich stärker, gewissenhafter sein und der wahren Menschlichkeit näher kommen? Unsere ganze Hoffnung gilt diesem Ziel. Einstweilen aber, solange die Kriegsfurie rast, stehen uns Neutralen zurückhaltendes Schweigen und Bescheidenheit besser an als voreilige Kritik und anmaßende Selbstüberhebung."

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 22. Juni 1917 • Heft 25

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Kriegsziele hüben und drüben

Von Friedrich Meinecke

Auch die Kriegsziele hüben und drüben haben schon ihre Geschichte mit deutlichen Entwicklungslinien und sachlichen Zusammenhängen. Sie ist gleichsam eine Quintessenz des ungeheuren Weltdramas, seines Vordergrundes wie seines Hintergrundes. Denn sie spiegelt nicht nur die jeweiligen militärischen Lagen und die jeweiligen Möglichkeiten, Hoffnungen und Befürchtungen, die aus ihr entsprangen, sondern verrät auch die dahinter liegenden tieferen Kräfte und Entwicklungstendenzen der einzelnen Staaten und Völker. Wie viel klarer können wir heute am Leitfaden der Kriegsziele uns selbst und unseren Gegnern in die Seele schauen, als zu Beginn des Krieges. Und ohne den Leitfaden dieser vergleichenden Betrachtung können wir heute auch die Aufgabe der Fortbildung und Klärung und vielleicht dabei auch Umdenkung unserer eigenen Kriegsziele gar nicht mehr lösen. Noch immer ist zwar das verschleierte Riesenbild der Zukunft, das zu Beginn des Krieges jählings vor uns sich erhob, nicht ganz enthüllt; noch immer sind Überraschungen und Ausblicke auf ganz neue Entwicklungen möglich. Aber was wir schon wissen und übersehen können, ist so unvergleichlich viel mehr als das Material, das noch vor ein bis zwei Jahren den Erörterungen der Kriegsziele zugrunde lag, daß wir sie heute mit sehr viel reiferem Urteile wieder aufnehmen können. Wer freilich, allen Lehren dieses Krieges zum Trotz, seinen und unseres Volkes Stolz darin sucht, unentwegt heute und morgen genau dasselbe zu fordern wie gestern und vorgestern, dem ist nicht zu helfen. Aber höchst gefährlich kann ihre Scheuklappenpolitik in einer Lage werden, die gebieterisch neue Entschlüsse von uns fordert.

Denn die Weltkonstellation hat sich seit Beginn des Krieges von Grund aus geändert. Die Schärfe der Schwerter, die gegen uns von Ost und West gezückt wurden, ist eine gänzlich andere geworden. Ursprünglich war das östliche, das von Rußland gezogene Schwert, das schärfste und mit der größten Kraft geschwungene, — heute ist es das von den vereinigten drei Westmächten England, Frankreich und Nordamerika

Digitized by Google

geschwungene. Nur Frankreich ist dabei in seinem Kriegswillen und seinen Kriegszielen sich immer gleich geblieben. Mit derselben Verbissenheit, wie die vier Jahrzehnte zuvor, starrt es auf das Vogesenloch und verblutet sich an ihm im Fanatismus einer fixen Idee. Es rennt gegen die Natur der Dinge selber an und ist blind gegen die einfachsten Lehren geschichtlicher Realpolitik. Denn ein so hoher Kampfespreis wie der Gewinn von Elsaß-Lothringen, dessen Besitz seit Jahrhunderten über die Weltstellung Deutschlands und Frankreichs entschieden hat, kann dauernd und reell nur durch die eigene, breit und tief fundierte Macht der Nation, die es in Händen hält, behauptet werden. Proprie forze, um mit Machiavelli zu sprechen, entscheiden hier. Ein Volk von vierzig Millionen, das sich selbst in seiner physischen Fortpflanzung zur Stagnation und durch den furchtbaren Aderlaß, den es sich jetzt zumutet, zum sicheren Niedergang verurteilt hat, kann mit aller seiner überspannten Willenskraft den Wettkampf mit unserem, gewiß jetzt auch hart mitgenommenen, aber triebkräftigen und unverwüstlichen Siebzigmillionenvolk nicht auf die Dauer durchhalten. Und gelänge ihm jetzt selbst das Unmögliche, Elsaß und Lothringen zurückzugewinnen, so würde es dies eben nicht durch eigene Macht, sondern durch die Hilfe und Gunst seiner ungleich mächtigeren angelsächsischen Bundesgenossen erreichen, dauernd auf sie angewiesen, dauernd von ihnen abhängig und ihnen verkauft bleiben, und seines Besitzes dabei nicht froh werden, — wie etwa Schweden nach dem westfälischen Frieden ein paar Jahrzehnte von Frankreich als europäische Großmacht ausgehalten wurde und dann mit innerer Notwendigkeit seine Großmachtstellung und seinen künstlich gewonnenen Außenbesitz wieder abgeben mußte. Jedes weitere Wort über Frankreichs Kriegsziel ist überflüssig. Frankreich will mit ihm die Gewässer gegen ihre Quelle zurückdrängen, — der Strom der deutschen Volkskraft würde über kurz oder lang brausend zurückerobern, was ihm genommen wurde, und Natur und Geschichte wieder in ihr Recht einsetzen.

Fanatisch ist auch das jetzige Kriegsziel Englands, — aber es war es nicht von vornherein. Eine der lehrreichsten und denkwürdigsten Tatsachen des Weltkrieges liegt hier vor, die man sich bei uns aus einer sehr begreiflichen Leidenschaftlichkeit nicht immer klar gemacht hat. Englands Mitschuld am Ausbruch des Krieges beruhte, wie ich es damals schon ausdrückte und durch alles seitdem Gelesene und Gehörte nur bestätigt finde, auf einem Dolus eventualis, auf einem relativen, nicht auf einem absoluten Kriegswillen. Die englisch-deutsche Verständigung, die vor dem Kriege betrieben wurde, war von der offiziellen englischen Politik unter dem Vorbehalte, daß das Damoklesschwert der Entente auch weiter über uns hängen bleiben sollte, ganz ernsthaft gemeint. Am liebsten wäre das damalige amtliche England ohne Krieg zu seinem Ziele gelangt, das noch nicht in der Zertrümmerung, sondern nur in der Eindämmung der deutschen Macht bestand. Es versuchte, den Stab Sanft und den Stab Wehe zugleich gegen uns zu schwingen, uns zu befriedigen durch, wie wir zu wissen glau-

Digitized by Google

ben, ganz reell gemeinte koloniale Zugeständnisse in Afrika, und uns in Zaum zu halten durch den Schrecken einer Weltkoalition gegen uns. Dieses Rechenexempel war höchst zwiespältig und so, wie es von England gedacht war, auf die Dauer unausführbar, aber es hat noch in der ersten Kriegswoche die Vorstellungen Greys vom Charakter und Verlaufe des Krieges beherrscht. Seine bekannten Abschiedsworte an Lichnowsky, er wünsche Deutschland nicht zu vernichten und er glaube, daß England als Teilnehmer am Kriege uns später beim Frieden mehr nützen könne, als wenn es neutral bliebe, beweisen es, und sein bei uns als schnöde empfundenes Wort, daß England bei einer Beteiligung am Kriege nicht mehr leiden werde, als wenn es ihm fern bleibe, ist aus derselben Auffassung geboren, daß der Krieg kühl und geschäftlich als Gleichgewichtskrieg — nach der englischen Auffassung des Gleichgewichts natürlich — notwendig sei und geführt werden müsse und demnach auch ohne großes Risiko und übermäßigen Einsatz von Kraft geführt werden könne. Auch ein beträchtlicher Teil der leitenden englischen Presse war, wie ich in meinen „Problemen des Weltkriegs" nachgewiesen habe, am Vorabend des Krieges von dem Gedanken, daß Deutschland vernichtet werden müsse, weit entfernt. „Wenn es zum Kriege kommt," schrieb die „Pall Mall Gazette", „so wird es, soweit das britische Volk in Frage kommt, ein Krieg ohne Haß sein, ein Krieg, der auf den Ruf der Pflicht ausgefochten wird, um die Ehre und Sicherheit der Nation."

Es ist anders gekommen, hauptsächlich aus zwei Gründen. Einmal, weil in der englischen Politik und im englischen Volkswillen zwei Seelen waren, die eine der staatsmännischen Erwägung, der Verständigung, des Maßhaltens, immer dabei schon mit starken englischen, für uns letzten Endes schwer erträglichem Vorbehalten, wie wir sahen, — die andere die jingoistische, seit zwei Jahrzehnten immer lauter und wilder nach Niederboxung des wirtschaftlichen und maritimen Nebenbuhlers verlangende. Diese bösartige Seele hat triumphiert und setzte sich endgültig durch, als sie Grey durch Lloyd George verdrängte. Sie konnte es tun, weil inzwischen ein zweites Moment eingewirkt hat. Der bloße, nur mit halbem, nicht mit ganzem Einsatz der Nationalkraft zu führende Gleichgewichtskrieg erwies sich nicht als durchführbar angesichts der ungeahnten gewaltigen Kraftentfaltung Deutschlands. England mußte in sein Kriegsfeuerchen Scheite auf Scheite werfen, zuerst seine Söldnerarmee, dann seine Territorials und Freiwilligen, schließlich die allgemeine Wehrpflicht, und in den verzehrenden Flammen riesenhafter Anstrengungen verzehrte sich auch das Maß von staatsmännischer Besonnenheit, das ursprünglich noch da gewesen war, und loderten alle bösartigen Leidenschaften empor. Die Partei der Verständigung, des Kompromißfriedens, ist wohl immer noch da im Hintergrunde, aber sie ist zusammengeschmolzen und wagt den Mund nur noch dann und wann leise aufzutun. Politisch rechnen können wir mit ihr noch nicht, sondern erst dann wieder, wenn England endgültig eingesehen haben wird, daß das Kriegsziel der Vernichtung unserer Großmacht-

Digitized by Google

stellung und wirtschaftlichen Lebenskraft nicht zu erreichen ist. Oder mit anderen Worten, daß in diesem gewaltigsten aller Gleichgewichtskriege, wenn man seinen richtigen Sinn einmal erfaßt hat, nur um begrenzte, nicht um unbegrenzte Ziele hüben und drüben gekämpft werden kann, — trotz oder vielmehr gerade wegen des schier unbegrenzten Einsatzes aller Kräfte hüben und drüben, — denn auch die unbegrenzten Kräfte halten sich gegenseitig in Schranken.

Eine ähnliche Entwicklung von begrenzten und maßvollen zu unbegrenzten und unsinnigen Kriegszielen scheint sich auch in Nordamerika zu vollziehen. Es hat ja eigentlich Krieg gegen uns geführt, noch bevor es ihn uns erklärte, von Beginn des Weltkrieges an. Sein ursprüngliches Kriegsziel, das es ohne eigenen Krieg nur durch seine Banken und seine fieberhaft arbeitenden Munitions- und Waffenfabriken zu erreichen hoffte, war, unter allen Umständen Deutschland nicht siegen und England nicht zu sehr sich verbluten lassen, weil England sein zahlungsfähiger Schuldner und vor allem sein zukünftiger leistungsfähiger Bundesgenosse gegen Japan bleiben muß. Es scheint ihm das Zukunftsbild eines großen angelsächsischen Weltkonzerns vorzuschweben, der breitbeinig und hemdsärmelig unserem Erdball die Gesetze gibt, in dem dann aber nicht England, sondern Nordamerika die Hegenomie übt, aber so, daß auch England eine Art von Lebensversicherung für sich darin findet. Ein wohl etwas, aber nicht zu sehr durch den jetzigen Krieg geschwächtes England würde in diese Rechnung genau hineinpassen. Sentimentale Ideologie und übermütiger demokratischer Machtrausch haben dann aber auch in Nordamerika dies ursprünglich temperierte Feuer geschürt. Wir haben von einer Regierung, die offen und unverschämt verkündet, daß der Weltfriede auf den Trümmern unserer monarchischen Verfassungsform geschlossen werden müsse, kein Maßhalten mehr zu erwarten. Wenn sie könnte, schickte sie lieber heute als morgen ein Millionenheer gegen uns herüber. Zum Glück sorgen unsere Tauchboote dafür, daß wir auch morgen und übermorgen von diesem Besuche verschont bleiben und er wohl auf den Sankt Nimmerstag verschoben werden muß.

Im Westen ging es aufwärts, im Osten abwärts mit den Kriegszielen unserer Gegner. Hier ist vor unseren Augen schon der Hybris die Nemesis, dem Übermute die Strafe gefolgt. Wohl wird es immer denkwürdig bleiben, daß die russische Autokratie ihre höchste staatliche, militärische und administrative Kraftentwicklung, die sie seit den Befreiungskriegen aufzuweisen hat, am Vorabend ihres Sturzes gezeigt hat. Aber sie war damit schon über die Kraft gegangen. Das Band, das zweiundeinhalbes Jahr hindurch Massenheere, Beamtentum und Volkswillen in Rußland zusammenzuhalten vermochte zu höchst respektabler Leistung, konnte jählings zerspringen, weil der russische Volkswille sich auflehnte gegen ein System, das überspannten Druck im Innern durch überspannte Macht- und Kriegsziele kompensieren wollte und diese schließlich abzubauen gezwungen war, um sich wenigstens im Innern behaupten zu können. Auch die russischen Kadetten, die jene Kriegsziele teilten, haben, als sie die Revolution mit

Digitized by Google

entfachten, im Grunde mehr für die Gewinnung einer Freiheit westeuropäischen Stiles als für die energischere Fortführung der zarischen Kriegspolitik und zur Eroberung Konstantinopels sich erhoben, — wie denn innerpolitische Parteien, wenn sie auswärtige Politik treiben, immer dazu neigen, die auswärtige Politik zur Funktion der inneren Politik zu machen. Jetzt beginnen ihnen nun auch die Waffen, die sie dem Zaren aus der Hand nahmen, um den Krieg angeblich besser zu führen als er, aus der Hand zu sinken. Ein tiefer Instinkt geht durch die russischen Massen, daß der Krieg sinn- und zwecklos geworden ist. Man sucht sie wohl noch, weil man in der Zange des Krieges festgehalten wird durch die krampfhaften Bemühungen der westlichen Verbündeten, aufzupeitschen mit dem neuen Kriegsziele, daß man im Bunde mit der westlichen Welt nunmehr auch Deutschland die Segnungen der Demokratie aufzwingen müsse. Aber für ein solches Ziel treibt man den russischen Bauern, der jetzt nach rückwärts auf das unverteilte russische Land blickt, nicht mehr auf die Schlachtbank.

Dadurch hat sich nun auch zwar nicht der innere Charakter, aber die äußere Richtung unserer eigenen Kriegsziele verschoben. Als ich vor zwei Jahren in dem von den Herausgebern dieser Zeitschrift damals noch geleiteten „Größeren Deutschland" die Präliminarien unserer Kriegsziele erörterte, stellte ich den leitenden Satz auf, daß ihre endgültige Fassung und Durchführung durchaus abhängen würden „nicht nur von der militärischen und politschen Lage am Ende des Krieges, sondern ganz wesentlich auch von dem weltpolitischen Systeme, das nach dem Kriege mit und ohne unser Zutun sich bilden wird" und dessen Grundzüge wohl am Ende des Krieges sich schon zeigen würden. Jetzt scheint es so weit zu sein. Der amerikanisch-englische Konzern, dem auch Frankreich auf absehbare Zeit verschrieben sein wird, erhebt sich, die ganze Welt überschattend, vor unseren Augen. Es ist richtig, daß er seine Spitze zukünftig einmal in erster Linie gegen Japan kehren wird; aber Japan selber ist jetzt klug genug, nicht Zukunfts-, sondern Gegenwartspolitik zu treiben, die Gewinne der heutigen Lage einzustreichen und im Schutze der Entente sich erst einmal in Rußlands ostasiatischer Sphäre festzusetzen, bevor es neue Allianzen sucht. Diese Allianzen können nur den Sinn haben, einmal ein großes Gegengewicht gegen die vereinigten angelsächsischen Weltreiche zu schaffen und ihre Weltdiktatur zu verhindern. Diejenigen Völker und Staaten aber, die schon heute die dringendste Veranlassung haben, ein solches Gegengewicht ins Leben zu rufen, sind Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland. Es gilt also gleichsam den Gedanken der heiligen Allianz zu säkularisieren und den einstigen Bund der drei konservativen Ostmächte durch den Interessenverband der Mittel- und Ostvölker Europas zu ersetzen. Mit einem demokratisch und föderativ regierten Rußland, das auf Eroberungen verzichtet, seinen vorhandenen ungeheuren Bestand von Ländern und Lebensinteressen aber behaupten will, kann Mitteleuropa recht wohl in Frieden und Harmonie leben, — wenigstens muß man den

Digitized by Google

ernstlichen Versuch dazu machen. Dann schaffe man aber, soweit es an uns ist, die Reibungsflächen hinweg, die dem Friedensschluß und der Verständigung mit Rußland heute im Wege stehen. Rußland geniert sich, als jüngste Demokratie der Welt, mit uns wieder anzuknüpfen und fürchtet davon für seine junge Freiheit. Tun wir nun das, was wir schon aus zwingenden innerpolitischen Gründen tun müßten, auch aus Gründen unserer künftigen Weltpolitik und zeigen wir durch unwiderrufliche Schritte und Taten noch deutlicher und überzeugender als es in der Osterbotschaft schon geschehen ist, daß die Tage des konservativen Herrschaftssystems bei uns zu Ende sind. Und was unsere bisherigen territorialen Kriegsziele im Osten betrifft, so läßt sich sehr wohl eine sowohl uns wie den Russen genügende Lösung heute denken, die der Forderung, den Nationalitäten Autonomie und Sicherheit zu geben, entspricht. Der russische Bauer wünscht das Land der deutschen Siedler in Südrußland, wir selbst wünschen uns diese deutschen Siedler nach Kurland verpflanzt und wünschen für die Deutschen der baltischen Lande eine gesicherte nationale Existenz. Alles dieses ließe sich erreichen durch einen Akt der nationalen Flurbereinigung zwischen uns und Rußland.

Und ebenso müssen auch alle unsere übrigen Kriegsziele ihre Form und ihr Maß von dem Grundsatze erhalten, daß dem drohenden angelsächsischen Weltkonzerne ein leistungsfähiges Gegensystem aller durch ihn gefährdeten Nationen entgegengestellt werden muß. Unsere westlichen und ozeanischen Kriegsziele im einzelnen zu erörtern, ist unersprießlich und selbst unklug, solange wir die endgültigen Wirkungen des Tauchbootkrieges noch nicht zu übersehen vermögen. Obenan steht hier selbverständlich die Gründung eines geschlossenen, verteidigungsfähigen, mittelafrikanischen Kolonialreichs und die Sicherung unseres freien Welthandels.

Fast alle übrigen westlichen Kriegsziele, die in Frage kommen, verhalten sich dazu wie Mittel zum Zwecke und müssen demnach so behandelt werden, mit weiser und fester Auswahl des Möglichen, Erreichbaren und dauernd Haltbaren. Kein Gewinn, der uns auf die Dauer mehr Last und Reibung als Nutzen verspricht, darf von uns erstrebt werden. Das alldeutsche Eroberungsprogramm, auf phantastischen Voraussetzungen aufgebaut, hat uns bisher nur schweren Schaden bereitet, weil es unsere inneren Gegensätze wieder schärfte und im Auslande den irrigen Glauben hervorrief, daß es am Ende auch in der Politik unserer Regierung sich durchsetzen könnte. Unsere Regierung wird, gestützt auf die überwältigende Mehrheit der Nation, beim Friedensschlusse zeigen, daß unser Kriegsziel im Kerne genau dasselbe geblieben ist, was wir schon vor dem uns aufgezwungenen Kriege zu erreichen suchten: Selbstbehauptung unter den großen Weltmächten und freien Atemraum in der Welt ohne Weltherrschaftsgelüste.

Digitized by Google

Die russischen Fremdvölker und wir

Eine Antwort von Dr. Paul Rohrbach

Sehr geehrter Herr Löwe!

Sie waren so freundlich, der Schriftleitung der „Deutschen Politik" eine längere Zuschrift über das Thema „Wir und Rußland" zu schicken, in Form eines an mich gerichteten offenen Briefes, mit dem Ersuchen, ich möge darauf gleich in der Zeitschrift antworten. Bitte wollen Sie es mit Rücksicht auf den Mangel an Raum und Papier, unter dem jetzt die ganze Welt leidet, genehmigen, daß ich Ihren Brief statt wörtlich nur inhaltlich wiedergebe und daran anknüpfe, was ich zu sagen habe. Sie wenden sich zunächst gegen den von mir vertretenen Standpunkt, daß die deutschen Interessen die Förderung der zentrifugalen Bestrebungen innerhalb des heutigen russischen Reiches ratsam erscheinen ließen und daß wir uns daher der russischen „Fremdvölker" annehmen und hier für uns moralische Eroberungen machen sollten. Zwar erkennen Sie auch unseren Rassengegensatz zum Großrussentum an und glauben, daß einmal der Entscheidungskampf des abendländischen Europa gegen den slawischen Osten kommen wird; Sie glauben aber, diese große europäische Entscheidung liege noch ferne, und bis sie einmal eintritt, müsse unsere Front ausschließlich gegen die englische Gefahr gerichtet werden. Die russische Revolution, meinen Sie, befreie uns von der Notwendigkeit, gleichzeitig gegen eine feindliche Weltmacht im Westen und gegen eine andere im Osten zu kämpfen. Rußland sei für ein halbes Jahrhundert „entgiftet", und einstweilen brauchten wir daher kein Bedenken zu tragen, uns dem Russentum politisch zu nähern, um stärker gegen England dazustehen.

Dieses, sehr verehrter Herr Löwe, scheint mir der wesentliche Inhalt Ihres offenen Briefes an mich zu sein, aus dem ich vielleicht noch den einen Gedanken nachtragen sollte, daß Sie meine Auffassung über Rußland und die russische Gefahr zwar als geschichtsphilosophisch, nicht aber als praktisch-politisch gelten lassen wollen. Meine Antwort darauf kann nur sein, daß ich Ihre Meinung teile, unser gefährlichster, unmittelbarster Feind in diesem Kriege sei jetzt England. Ich stimme der Formulierung dieses Standpunktes, so wie ihn Friedrich Meinecke in dem Artikel vertritt, der diesen Zeilen unmittelbar vorangeht, ganz und gar bei. Da ich mich für unsere gemeinsame Grundauffassung auf diesen Aufsatz beziehen darf, so beschränke ich unsere Debatte darauf, eine nähere Erläuterung darüber zu geben, wie ich die auch von Meinecke vertretene, von Ihnen aber wie mir scheint abgelehnte Forderung verstehe: es müsse den russischen Nationalitäten, den sogenannten Fremdvölkern, „Autonomie und Sicherheit" gegeben werden.

Über russische Verhältnisse in Deutschland zu diskutieren, ist darum schwer, weil es nur wenige Menschen bei uns gibt, die Rußland, die russische Geschichte und Sprache, das Parteiwesen und die Volkswirtschaft in Rußland kennen. Dabei haben viele den

Digitized by Google

Wunsch, sich über Rußland zu äußern, und gehen dabei von der Vorstellung aus, ihre Kenntnis des russischen Materials, so unbestimmt sie ist, genüge doch zur Urteilsfindung. Hierauf hinzuweisen, ist nicht leicht, weil der Eindruck der Überhebung wegen der eigenen Kenntnisse Rußlands entstehen kann. Leider aber bleibt es trotzdem wahr, daß sich das allgemeine Urteil in Deutschland, und zwar die amtlichen Stellen genau so wie die öffentliche Meinung, über Rußland in den letzten Jahren schon zweimal schwer geirrt hat, was nicht nötig gewesen wäre, wenn man denen geglaubt hätte, die Rußland kannten. Der eine Irrtum war der, daß man nicht an die feste Entschlossenheit Rußlands zum Kriege schon seit 1908, zum mindesten aber seit 1913 glauben und nicht ernsthaft mit dieser unabänderlichen politischen Tatsache rechnen wollte. Seit im Mai 1913 bis zum Ausbruch des Krieges habe ich es wiederholt und eindringlich gesagt: der russische Krieg kommt! Ich habe aber nicht viel Beachtung damit gefunden. Der zweite Irrtum geschah während des Krieges und bestand darin, daß man wähnte, die russische Regierung halte die Zügel fest in der Hand! Als die Revolution nicht in den ersten sechs Monaten ausgebrochen war, betrachtete man sie als erledigt, und als dann der Gedanke des Sonderfriedens mit Rußland auftauchte, dachte jedermann, man brauche nur mit dem damaligen Zarismus ins Reine zu kommen, so sei die Sache gemacht. Eins war so falsch wie das andere: der Zarismus war tief unterhöhlt und die Revolution war unabwendbar, seitdem die Niederlage der russischen Waffen feststand. Auch in diesen Fragen habe ich unbeirrt durch augenblickliche Eindrücke die Meinung der wirklichen Kenner Rußlands geteilt und ihr Ausdruck zu geben versucht. Daraufhin veranlaßte man meine Mitarbeiter und mich auf eine weitere Tätigkeit im Dienst unserer Auslandskunde zu verzichten. Wenige Wochen danach waren die Revolution und der Zusammenbruch des Zarismus da. Sie werden mir also, sehr verehrter Herr Löwe, zugeben, daß meine bisherigen Auffassungen über Rußland nicht unbegründet waren, und es ist vielleicht nicht gar zu unbescheiden wenn ich Sie und andere Leser dieser Zeitschrift bitte, auch das anzuhören, was ich weiter zu sagen habe.

Alles kommt darauf an, wie man das Großrussentum beurteilt und was für eine Politik in dem neuen Rußland die Großrussen durchzuführen imstande sind. Es ist ein Grundirrtum, zu glauben, der russische Nationalismus, d. h. das Bestreben, alle nicht großrussischen Elemente im russischen Staat zu unterdrücken und zu vergewaltigen, sei eine besondere Eigenschaft des Zarismus gewesen. Im Gegenteil, die Zaren waren zu der Zeit, als sie noch wirklich Selbstherrscher waren, wie Alexander I., Nikolai I. und teilweise auch noch Alexander II., verhältnismäßig tolerant gegen die Fremdvölker, mit der einzigen Ausnahme der Ukrainer, die schon seit Peter dem Großen systematisch niedergehalten wurden. Der Nationalismus, die Sucht, alles was nicht großrussisch war, in das Moskowitertum einzustampfen, stammt gar nicht so sehr aus dem Zarentum, wie aus dem Panslavismus

Digitized by Google

wismus der führenden großrussischen Oberschicht. Das war so ausgesprochen der Fall, daß der Zar Alexander III., der erste russische Nationalist auf dem Throne, nur ein blinder Zögling der beiden großrussischen Fanatiker Katkow und Pobjedonoszew war. Ebenso hat unter Nikolai II. der klügste Kopf des modernen Rußland, der Minister Stolypin, den liberal-revolutionären Geist der russischen Gesellschaft für die Zeit vor der ersten Revolution bis zum Weltkriege dadurch mit Erfolg gebändigt, daß er den großrussischen Nationalisten die Fremdvölker zur Unterdrückung und Moskowitisierung auslieferte.

Wer also glaubt, an diesem Charakter des Großrussentums habe sich durch den Sturz des zarischen Regiments etwas geändert, der irrt tief. Es gehört gar nichts weiter dazu, als die Lektüre der russischen Zeitungen seit der Revolution, um zu sehen, daß von den radikalen Sozialdemokraten vom Schlage Plechanows über die Kadetten und Oktobristen bis zu den „echtrussischen Leuten" und dem „schwarzen Hundert" dieselbe Stimmung und Entschlossenheit herrscht: das Großrussentum müsse an der Macht bleiben und die Fremdvölker hätten nichts zu sagen! Aus diesem Grunde ist es von so großem Werte, wenn Meinecke schreibt, man solle zwar den Versuch machen, mit einem demokratisch und föderativ regierten Rußland, das auf Eroberungen verzichte, vom mitteleuropäischen Standpunkt aus in Frieden und Harmonie zu leben, aber man müsse dabei auf eine Lösung der zwischen uns und Rußland stehenden Fragen bedacht sein, die der Forderung, „den Nationalitäten Autonomie und Sicherheit zu geben", entspricht.

Dies, nichts anderes, ist der Kern des Problems, um das es sich hier handelt. Man denke sich z. B. einen Friedensschluß, bei dem das Großrussentum imstande bleibt, die ukrainischen Autonomiebestrebungen wieder niederzudrücken und das Westgebiet am Baltischen Meer, vom Njemenfluß bis zur finnländischen Seenplatte, gewaltsam mit großrussischen Bauern zu kolonisieren. Kommt die wirkliche Autonomie der Ukraine, mit einem ukrainischen selbständigen Landtag in Kiew, eigenem ukrainischen Militär usw. zustande oder wird die gesamtrussische Verfassungsfrage so gelöst, daß die Fremdvölker einschließlich der Ukrainer auf dem Wege freier Wahlen nach einem unverzerrten demokratischen Stimmrecht in der Reichsduma mit einander die Mehrheit gegenüber den Großrussen bilden (sie machen 53 Prozent gegen 47 Prozent Großrussen in der Bevölkerung des russischen Reiches aus), so ist damit natürlich ein wesentlicher Schritt zur Erfüllung des von Meinecke ausgesprochenen Verlangens geschehen. Wenn aber diese Dinge anders laufen, wenn namentlich die ukrainische Autonomiebewegung von den Großrussen gehemmt wird, so sind alle übrigen Fremdvölker zusammengenommen nicht entfernt imstande, sich gegen das Eingestampftwerden durch die Großrussen zu wehren. Alles hängt daran, was aus den Ukrainern wird. Es ist also im höchsten Grade notwendig, sich gerade für diese Frage, die für uns das politische Kernproblem der russischen Zukunft bilden muß, praktisch zu interessieren.

Digitized by Google

Wir können ganz sicher sein, daß die zukünftige demokratische russische Bauernrepublik unter Führung des Großrussentums den dringenden Wunsch hegen wird, zunächst einmal das ganze baltische Gebiet von Litauen bis Finnland mit Millionen moskowitischer Bauern zu kolonisieren. Dabei ist es vom Standpunkt der Interessen des Deutschen Reiches aus ziemlich gleichgültig, ob dabei die Litauer und Letten, die Esten und die deutschen Balten, die Finnen und Schweden in Finnland in der gewaltigen großrussischen Masse aufgehen oder nicht. Namentlich ist es ganz unzulässig, im Namen des Baltentums fordern zu wollen, daß Deutschland eine bestimmte Politik gegen Rußland machen solle. Würde es das Interesse Deutschlands verlangen, so müßten die Balten ohne weiteres geopfert werden, was ja für manche Leute in Deutschland eine rechte Befreiung wäre. Das Interesse Deutschlands verlangt aber ganz etwas anderes als Opferung oder Erhaltung der Balten, Letten usw.; es verlangte einfach, daß sich kein auf Eroberung und Unterdrückung ausgehendes Großrussentum in breiter und geschlossener Masse, mit vielen Millionen eines starken Bauerntums voll unersättlichen Landhungers, bis an die Ostsee und bis an die deutsche Grenze schiebt! Das aber würden wir nicht in fünfzig, auch nicht in zwanzig Jahren, sondern sehr viel schneller erleben, wenn uns die Frage gleichgültig läßt, wie den Nationalitäten im heutigen Rußland Autonomie und Sicherheit gegeben werden soll.

Man wird antworten: wenn die russischen Bauern sich das Land der russischen Großgrundbesitzer nehmen, so sind sie auf hundert Jahre gesättigt und werden nicht nach Westen zu drängen brauchen. Nichts falscher als das! Man lese das Werk des früheren russischen Landwirtschaftsministers Jermolow über die russische Agrarfrage, in dem Jermolow ausführt, daß den 163 Millionen Deßjatinen (zirka 180 Millionen Hektar) Bauernland einige 40 Millionen Deßjatinen landwirtschaftlich brauchbare Fläche aus dem Gutsbesitzerland, aus den Domänen, den Apanagen, den geistlichen und städtischen Ländereien gegenübersteht. Jermolow sagte schon vor acht Jahren, daß selbst die restlose Verteilung dieses gesamten Landfonds beim Stande der russischen Landwirtschaft nach ganz kurzer Zeit schon wieder denselben Landhunger der Bauern entstehen lassen werde wie jetzt. Dabei bedarf es keines Nachweises, daß nach einer Landverteilung, wie die russische Bauerndemokratie sie jetzt verlangt, der landwirtschaftliche Ertrag eher sinken als steigen würde. Von Stillung des Landhungers ist also keine Rede, und was Sibirien betrifft, so dürfen die dortigen Kolonisationsmöglichkeiten erstens nicht überschätzt werden und zweitens wird Sibirien wahrscheinlich dasjenige russische Gebiet sein, das sich seine Autonomie am sichersten erringen und behaupten wird. Dann wird das sehr kräftige sibirische Bauerntum sich schon dagegen zu wehren wissen, daß eine Massenabschiebung von Landlosen aus dem europäischen Rußland nach Sibirien stattfindet.

Man lese weiter, was nach einem Bericht der Zeitung „Rjetsch“ vom 10. Mai der

Digitized by Google

russische Professor Wobily in einem Vortrag in Kiew über die Agrarfrage geäußert hat. Er sagte:

„Bei einer Aufteilung von allem nicht bäuerlichen Landbesitz unter die Bauern würden im europäischen Rußland nach Abrechnung der Wälder und der für eine Bearbeitung nicht geeigneten Flächen 44 Millionen Deßjatinen den Bauern zur Verfügung stehen, d. h. der gegenwärtige Bauernbesitz würde um ein Viertel vergrößert werden können. Bei einer Aufteilung unter die landlosen Bauern ständen den landbesitzenden Bauern nur 20 Millionen Deßjatinen zur Verfügung. Da sich aber die Bevölkerung Rußlands in 35 Jahren verdoppelt und in jedem Jahre der Überschuß derjenigen, die auf dem Lande keinen Unterhalt finden, zwei Millionen beträgt, so würde selbst bei einer Aufteilung aller Domänen, Kloster- und Privatgüter in absehbarer Zeit sich wieder ein großer Landmangel bemerkbar machen!"

Das ist also ganz dasselbe, was auch eine Autorität wie Jermolow meint, und es führt uns auch im russischen oder vielmehr großrussischen Falle zu der alten Erkenntnis, daß reine Agrarstaaten mit stark wachsender Bevölkerung immer wieder gezwungen sind, zur Expansionspolitik, d. h. zur Eroberung, zurückzukehren. Welche Mittel aber das Großrussentum zur „Räumung" von Landstrichen anzuwenden fähig ist, wenn es die ansässige Bevölkerung fort haben will, das zeigen die furchtbaren Vorgänge im russischen Westgebiet nach den Niederlagen der russischen Heere in Polen, Wolhynien, Litauen im Sommer 1915, als in einem Gebiet von 12 Millionen Einwohnern die Austreibung vor sich ging und eine unfaßbar große Zahl von Menschen vor Hunger und nachher vor Kälte und Elend zugrunde ging. Meinen Sie, so etwas zu tun, sei nur das zaristische Rußland fähig? O nein, auch die großrussische Bauerndemokratie, und die noch viel erbarmungsloser! Und nicht nur die Bauern, sondern erst recht die Bürgerlich-Liberalen werden als Erstes versuchen, das Begehren auf die „fremdstämmigen" Westgebiete abzulenken. Der Kadettenführer Rodjitschew hat Ende Mai auf dem Parteikongreß seiner Leute erkärt: „Die Agrarreform Rußlands muß mit der Expropriation derjenigen Ländereien beginnen, die jetzt von den Deutschen besetzt sind!" Dabei hat er keinen Unterschied zwischen Balten, Letten und Litauern gemacht, sondern einfach gesagt: dem großrussischen bäuerlichen Landhunger Kurland, Litauen usw.! Verehrter Herr Löwe — wenn man Ihrer Idee zustimmen wollte, daß uns die russischen Fremdvölker sobald nichts angehen, so könnten Sie Dinge erleben, bei denen Ihnen und anderen vor lauter Rußland noch die Augen übergehen!

Wiederum das griechische Paradigma

Von Professor Dr. E. Jäckh

Schon einmal hat uns an dieser Stelle das griechische „Paradigma" beschäftigt: das Beispiel, das Muster — für die Regelmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit einer Politik, die von den bestimmenden Grundlagen geographischer Notwendigkeiten aus-

Digitized by Google

geht. Die Nummer 39 der „Deutschen Politik“ (vom 22. September 1916) hat die geopolitische Bindung und Richtung des Neutralitätswillens von Griechenland dargelegt und nachgewiesen (wir haben darauf noch zurückzukommen).

Nunmehr bietet das griechische Paradigma aller Welt ein klassisches Schulbeispiel des „Neutralitätswillens“ der Entente. Die Entente erklärt: sie kämpfe für das Recht und für die Freiheit der Selbstbestimmung der Völker. Die Entente handelt: sie kämpft gegen das Recht und gegen die Freiheit der Selbstbestimmung des griechischen Volkes und Königs. Der amerikanische Präsident versichert: er kämpfe nur für die Unabhängigkeit der Völker, auf daß sie je ihre eigene Regierung wählen und bestimmen. Just am gleichen Tag wird die Unabhängigkeit eines Volkes, das zu seiner eigenen Regierung durch Sieg und Not mit klarem und starkem Willen hielt und hält, mit zynischer Gewalt niedergetreten, zusammengetrampelt. Und der gleiche Amerikaner, an dessen wörtliches Bekenntnis der Grieche wiederholt sich gewandt hat — Gerechtigkeit suchend, Wahrheit erbittend, hüllt sich in Schweigen und deckt die Schandtat seiner Spießgesellen. Nie sind die Phrasen so eindeutig zu Lügen gesteigert worden, nie ist Gewalt so verdoppelt vor Recht gegangen — als in diesem griechischen Musterbeispiel der Ententepolitik.

Der schwätzende und schreibende Präsident und Professor Wilson schweigt und tut mit. Die französische Republik stellt den Diktator für das hungernde Griechenland und besetzt Athen und andere Punkte. Das gegen seinen österreichischen „Erbfeind“ ohnmächtige Italien hält sich schadlos im entwaffneten Griechenland und holt in Janina die griechische Fahne herunter. Das in seiner Mittelmeerverbindung durch die Unterseeboote gefährdete England beschlagnahmt die thessalische Ernte für seine erfolglose Orientarmee um Saloniki. Und Rußland, dessen Zar aus dynastischen Gefühlen gelegentlich bei seinen Verbündeten für eine Schonung der griechischen Monarchie gewirkt hat, ist anarchisch geworden.

Alle fremden Hemmungen und Rücksichten sind geschwunden und die eigene Not und Schwäche ist gewachsen. Denn in Wirklichkeit ist auch diese Gewalttat nur ein Beweis der Schwäche, ist die Offenbarung davon, daß der gewaltige Konzern von jetzt mehr als vier Weltteilen ohne die griechische Halbinsel nicht vorwärts zu kommen glaubt, ja sogar auf dem Balkan in Gefahr geraten kann. So wird als Anlaß festzustellen sein: stimmungsmäßig die Wirkung der russischen Revolution in der Weise, daß die russische Hilfe selbst ausfällt, dadurch auch eine russische Rücksicht wegfällt und schließlich nach der großen Entthronung auch eine geringere Abdankung leichter gewogen wird. Und weiterhin: die schon angedeutete Gefährdung der Ententeernährung um Sarrail in Saloniki, seitdem die deutschen Unterseeboote die Übersetztransporte im Mittelmeer immer mehr treffen und versenken.

Über solchen militärischen und wirtschaftlichen Anlaß hinaus wird der politische Zweck noch weiter greifen wollen. Einmal will die Entente sich für die Zeit der Frie-

Digitized by Google

densverhandlungen Kompensationsgebiete sichern, und da sie das beim siegreichen Feind nicht mehr erreichen kann, holt sie es auf Kosten eines entwaffneten, hungernden Neutralen. Gar zu gerne hätte die Entente Griechenland in den Krieg gedrängt — zuerst an ihrer Seite, dann an unserer Seite, um im letzten Fall mit einem Schein von Recht eindringen und bestrafen zu können. Die griechische Politik hat der Entente diesen Gefallen nicht getan und sie zum offenen Spiel der grausamen Gewalt gezwungen.

Daß die Entente solche Kompensationsrechnung gerade mit Griechenland anstellt, hat seinen Grund im bisherigen Orientsieg Deutschlands und in der Orientniederlage der Entente. Der ganze Balkan ist gesäubert von Rußland: seine Vorposten Montenegro, Serbien und Rumänien sind beseitigt und sein früherer Freund Bulgarien ist mitteleuropäischer Bundesgenosse. Der türkische Orient hat sich für Mitteleuropa entschieden, hat England und Frankreich in den Dardanellen und Rußland vor dem Bosporus geschlagen und hält Syrien fest in der Hand gegen alle englischen Angriffe. Ein Griechenland im Besitz der Entente soll den deutsch-österreichisch-ungarisch-bulgarisch-türkischen Sieg und Zusammenhang im Balkan belasten.

Die „Deutsche Politik" hat wiederholt Zeugnisse englischer Politiker veröffentlicht: daß die deutsche Sicherung des balkanisch-türkischen Zusammenhangs als eine weltpolitische Niederlage gewertet werden müsse. (Vergl. Heft 31 vom 28. Juli 1916: „Englische Bestätigung des deutschen Kriegsgewinns".) So hat Sir Garvin es ausgesprochen: „Einem derartigen Reich (einem Mitteleuropa, das Deutschland und die Türkei zusammenfügt) würde und müßte auch Griechenland zuneigen!" Einem solchen Kriegsausgang will die Entente vorbeugen. Vier Wege in den Orient gibt es für Mitteleuropa: Berlin—Wien—Sofia—Konstantinopel und Berlin—Wien—Bukarest—Konstantinopel; diese beiden (der bulgarische und der rumänische) sind von und für Mitteleuropa gewonnen, und keine rumänische Kriegsbeteiligung und keine Saloniki-Offensive haben diesen Zusammenhang durchbrechen können. Und: Berlin—Wien—Belgrad—Saloniki (der mazedonisch-griechische Weg) und Berlin—Wien—Skutari—Athen (der albanisch-griechische Weg): diese beiden Richtungen sucht sich die Entente zu sichern, durch Sarrail in Saloniki, durch die Italiener in Janina und durch Jonnart in Athen. Denn auch die Entente weiß, daß die geopolitische Bestimmung Griechenlands ist: sich dem Festland anzufügen. Wenn jene Bahnverbindungen für Griechenland vor diesem Krieg vorhanden gewesen wären, wäre es unabhängig von der Seezufuhr geworden. Da darf und muß wiederholt werden, was ich in Nummer 39 der „Deutschen Politik" vor bald Jahresfrist so formuliert habe:

„Griechenland hat einen seltenen Doppelcharakter: es ist weder förmlicher Festlandstaat noch völliger Inselstaat. Wäre Griechenland eine Insel wie England, so wäre es geographisch isoliert und könnte sich auch politisch isolieren — jedenfalls gegenüber Mitteleuropa. Wäre Griechenland ein Festland wie Österreich-Ungarn, so wäre es geographisch sicherer und könnte sich auch politisch sichern — gegenüber den Mittelmeermächten. So ist es aber halb Insel, halb

Digitized by Google

Festland; angreifbar sowohl als Insel, wie als Festland; und weder fertig als Insel (durch Flottenmacht) noch als Festland (durch Bahnverbindung). In dieser schwierigsten aller ‚Lagen' will und muß Griechenland ‚neutral', d. h. griechisch sich verhalten, darf es auch durch die Mitteleuropamächte, darf es aber nicht durch die Mittelmeermächte: jene stehen gegenwärtig an der Landgrenze und diese sitzen gegenwärtig an der Seegrenze. Eine Entscheidung gegen die Mittelmeermächte liefert das griechische Volk, das auf die Meerzufuhr angewiesen ist, dem Hunger aus und die griechische Hauptstadt den Schiffskanonen. Eine Entscheidung gegen die Mitteleuropamächte würde Griechenland die gefährliche Feindschaft seiner gesamten Nachbarstaaten zuziehen und würde der Millionenzahl Griechen in der Türkei ein schweres Schicksal bringen. Keine Seehilfe kann auf die Dauer jene Landbedrohung aufwiegen. Das unfertige Griechenland muß sich neutral durchhelfen und durchretten, bis die Friedenszeit es fertig machen kann. An dem Tag, an dem Griechenland Bahnverbindungen nach Mitteleuropa gebaut hat — durch Albanien nach Österreich-Ungarn und durch Mazedonien nach Österreich-Ungarn; an dem Tag, an dem Griechenland Unterseeboote erworben hat, wird es unabhängig, griechisch. Keine Brotverweigerung und keine Küstenbedrohung kann es dann zwingen, eine andere als griechische Politik zu treiben. Durch solchen Ausbau und Anbau verliert Griechenland an Gefährdung als Inselstaat und gewinnt an Sicherung als Festlandstaat. So kann ‚Mitteleuropa' nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit Griechenland zusammenwachsen — als innerlich einheitlicher, geographisch-geopolitisch bestimmter Organismus, rings um das östliche Mittelmeer. Wir haben gesehen, daß auch englische Politiker wie Garvin solche Entwicklung für gesetzmäßig halten und sie fürchten. Wir erleben es, daß die griechische Regierung, die griechische Armee und die Mehrheit des griechischen Volks diese Zusammenhänge wissen oder fühlen. Das ist der Unterschied von der rumänischen Entwicklung, die nicht durch die rumänische Geopolitik, sondern durch rumänische Verblendung einiger weniger Kreaturen bestimmt worden ist."

In diesem Sinn hat König Konstantin griechische Politik getrieben, treiben müssen, und in dieser Überzeugung geht König Konstantin als Konstans, als Standhafter jetzt ins Exil, um zu warten . . .

Deutschlands Rohstoffversorgung nach dem Kriege

Von Dr. Wilhelm A. Dyes[1]

Der Reichskanzler hat mit Recht im Reichstag dem Wunsche von rechts und links widerstanden, als er die deutschen Friedensbedingungen näher angeben und die deutsche Reichsregierung dadurch festlegen sollte. Diese Rolle überlassen wir lieber unsern Gegnern. Meines Erachtens sollte der Gedanke an Deutschlands wirtschaftliche Zukunft mindestens eine so große Rolle spielen wie die Frage der Vergrößerung des deutschen Gebietes. Die Friedensverträge werden Probleme zu lösen haben wie noch kein Friedensdokument vor dem. Die wirtschaftliche Seite dieses Krieges ist auf unserer Seite viel zu wenig bisher betont worden. Die wirtschaftlichen Fragen des Krieges und der Kriegsfolge- und Friedenszeit sind hingegen besonders in England

[1] Da ich von Berlin abwesend war, als ich die Aufforderung zu diesem Aufsatz erhielt, standen mir leider nicht die nötigen Unterlagen zur Verfügung, doch hoffe ich, in diesem kurzen Rahmen die wichtigsten Punkte berührt zu haben. D.

Digitized by Google

derart eingehend studiert und vorbereitet worden, daß wir in Deutschland meines Erachtens auf wirtschaftlichem Gebiete bedeutende weitblickende Persönlichkeiten benötigen, um die Bestrebungen unserer Feinde richtig zu durchkreuzen und uns für die Zukunft wirtschaftlich zu sichern. Je länger der Krieg dauert, desto mehr tritt die wirtschaftliche Tragweite dieses gewaltigen Kampfes zutage. Es handelt sich, wie Philipp Stein in dieser Zeitschrift bereits vor einem Jahre ausführte, um einen Kampf mit Meistern im Wirtschaftskriege mit einer Nation, die in wirtschaftlichem Weitblick ziemlich unübertroffen in der Weltgeschichte dasteht und die seit Jahren unoffiziell und seit wenigen Monaten offiziell mit den angelsächsischen Brüdern jenseits des Atlantik an demselben Ziele, der wirtschaftlichen Niederringung Deutschlands, arbeitet. Worauf beruht nun unser unglaublich rascher Fortschritt auf wirtschaftlichem, industriellem und kommerziellem Gebiete in den letzten 40 Jahren? Doch in der Hauptsache darauf, daß wir es verstanden haben, die geringen, uns von Natur gegebenen Bodenschätze auszunutzen, und vor allem durch einen schnell gesteigerten Welthandel uns Rohstoffe aus der ganzen Welt zuzuführen, die bei uns verarbeitet wurden, und dann zum Teil wieder als Fabrikate hinausgingen, um mit der fertigen Ware nicht nur die Rohstoffe zu bezahlen, sondern noch einen Überschuß zu erhalten, der uns in Löhnen, Gewinnen usw. zugute kam.

Auch die Landwirtschaft, welche so große Fortschritte in diesen 44 Kindheitsjahren des Deutschen Reiches gemacht hat, war nicht wenig von ausländischen Rohstoffen abhängig. Wir sind reich an Zahlentabellen, statistischem Material und theorisierenden volkswirtschaftlichen Abhandlungen jeglicher Art. Aber unter den Fragen, welche für das ganze Gedeihen des Deutschen Reiches von außerordentlich großer Wichtigkeit waren, sind m. W. die Gesichtspunkte vor dem Kriege kaum berührt, und jedenfalls nicht in allen Einzelheiten und in ihrer Tragweite erörtert worden: wie kann unsere deutsche Landwirtschaft ohne ausländische Phosphorite existieren? Welche Fleisch- und Fettmengen können wir innerhalb Deutschlands erzeugen, ohne daß Futtermittel und ölhaltige Produkte aus dem Auslande eingeführt werden? Welche Menge des in Deutschland verbrauchten Fettes und Öles in vielseitiger Form wird auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht und wieviel davon entstammt aus der rein inländischen Erzeugung? Wieviel an Fett usw. ist im Inlande mit Hilfe ausländischer Vieh-Futtermittel erzeugt worden und wieviel ist in Form von Ölen oder fetthaltigen Substanzen aus dem Auslande eingeführt worden, um nach fabrikatorischer Verarbeitung zum direkten menschlichen Genusse verwandt zu werden? Hier liegt der springende Punkt, dessen Bedeutung man in England recht genau erkannt hatte, hier hoffte man den Keil in unsere wirtschaftliche Front zu treiben, indem Unterernährung sich vor allem durch Mangel an Fetten geltend machen sollte. Wenn auch Englands Bestrebungen in dieser Richtung scheitern, so ist es doch dringend nötig, daß dieses große Gebiet der künftigen Ernährung Deutschlands mit fett- und

Digitized by Google

ölhaltigen Rohstoffen bis in die kleinsten Einzelheiten praktisch und nicht nur rein theoretisch (zum Teil mit irrtümlichen Ziffern) aufgeklärt wird. Es wäre grundverkehrt, noch weiter sich dem Wahne hinzugeben, daß unsere deutsche offene Erörterung dieser Fragen dem Auslande weitere Unterlagen beschaffen würde: diese sind seit lange in allen Einzelheiten dort vorhanden. Nicht umsonst sind Hunderte von Beamten durch den „Beard of Trade" beschäftigt worden, um das nötige Material zu sammeln. Wir sind sicher, daß wir trotz der Fettknappheit durchhalten werden. Wir sind uns aber m. E. nicht darüber klar, wie wir in Zukunft uns reichlich und ungehindert durch irgendwelche Feinde, mit den nötigen fett- und ölhaltigen Rohstoffen versorgen wollen. Geben wir doch offen zu, daß der bisherige Anbau ölhaltiger Pflanzen in Deutschland durchaus ungenügend ist, und daß die richtige Aufschließung Mitteleuropas und besonders der südlicher gelegenen und verbündeten Länder zwecks Gewinnung ölhaltiger Rohstoffe dringender Förderung bedarf. Bereits vor einem Jahre ist der Anbau der Sojabohnen[1] aufs wärmste empfohlen worden. Unzweifelhaft ist die Sojabohne an Eiweiß und Fett die dankbarste Pflanze, die irgendwo der Erde entsprießt. Ich glaube in unserem Zeitalter der Chemie keinenfalls daran, daß nur die klimatischen und Bodenverhältnisse der Mandschurei für diese Pflanze geeignet seien. Ich bin überzeugt, daß man bei der richtigen praktischen Durchführung des Anbaues dieser Pflanze und bei wissenschaftlicher Düngung, sich in Mitteleuropa einen sehr beträchtlichen Teil der uns nötigen Fett- und Ölmengen aus näheren Gegenden sichern kann, als z. B. aus dem fernen Osten, Westafrika usw.

Vor dem Kriege war unsere Landwirtschaft in zwei von den drei Hauptdüngemitteln vom Auslande abhängig. In Kali haben wir zurzeit noch (aber für wie lange?) das Weltmonopol. In Salpeter bezogen wir etwa eine Million Tonnen, aus Chile. An Phosphaten bezogen wir ebenfalls rund eine Million Tonnen, größtenteils aus den Vereinigten Staaten und den französischen Kolonien in Nordafrika. In der Stickstoffdüngung sind wir infolge der großzügigen Maßnahmen des Kriegsministeriums und der leitenden Fabriken der chemischen Industrie vom Auslande unabhängig geworden. Die Phosphorite für das uns durchaus nötige Superphosphat werden wir auch fernerhin vom Auslande beziehen müssen, wenn nicht die nordafrikanischen Kolonien Frankreichs uns als Entschädigung für die Kriegslasten zufallen. Noch viele andere Bezüge aus dem Auslande kommen für unsere Landwirtschaft, unsern Gartenbau und unsere Ernährung in Frage; es ist aber unmöglich, die verschiedenen einzelnen Gebiete hier zu berühren.

Das nächste Gebiet nach den Ernährungsfragen ist das der Bekleidung. Unsere Schafzucht ist zurückgegangen, unser Flachsbau spielte vor dem Kriege nur eine sehr untergeordnete Rolle. Der Baumwollanbau in unsern Kolonien war nur im ersten

[1] Fürstenberg: Die „Einführung der Soja" mit einem Vorwort von Geheimrat Prof. Haberland in Dahlem, Verlag Parey, Berlin.

Digitized by Google

Stadium. Große Mengen Jute lieferte uns Indien. Unsere hochentwickelte Seidenindustrie war bezüglich ihres Rohmaterials gänzlich vom Auslande abhängig. Baumwolle lieferten die Vereinigten Staaten, Ägypten und Indien, Wolle kam hauptsächlich aus Australien und Südamerika. Wie steht es mit diesen Bezügen nach dem Kriege? Seien wir uns klar darüber, daß man im Auslande wohl damit rechnet, Deutschland auch in Zukunft diese Rohstoffe für die Textilindustrie zu liefern. Aber seien wir uns ebenso klar über die Tatsache, daß Kaufverträge und Manipulationen im Markte darauf hinzielen werden, unserer Bevölkerung und vor allem unserer Industrie diese Rohstoffe so teuer wie möglich zu liefern. Unzweifelhaft sind wir militärisch und marinetechnisch nicht zu erwürgen, aber noch nach dem Kriege uns wirtschaftlich die Kehle nach Möglichkeit zuzudrücken, ist sicherlich der Wunsch unserer Gegner. Bei Friedensschluß tritt an unser Volk die Frage heran: wird es sich mit derselben Ausdauer und Energie auf das Notwendigste beschränken oder in Erinnerung an alte Zeiten den Verbrauch an Rohstoffen und Fabrikaten dieser Art wieder schnell zu steigern suchen? Ich erinnere an die sehr beherzigenswerten Worte des jetzigen Staatskommissars Michaelis, der darauf hinwies, daß in der dem Kriege folgenden Zeit der Mangel an Nahrungsmitteln (besonders aus dem Auslande) nicht schnell behoben werden könne, und daß man sich auch dann, ähnlich wie im Kriege, einzurichten habe. Dasselbe trifft unzweifelhaft auf fast alle andern Rohstoffe zu und besonders auch auf die Rohstoffe der Textilindustrie. Je länger wir uns zügeln und im Gebrauch beschränken, desto mehr wird unser Absatz ersehnt werden. Je schneller und je gieriger wir wieder ausländische Rohstoffe zu erhalten suchen werden, desto mehr wird uns das feindliche und auch neutrale Ausland ausnutzen. Für unsere gesamte Volkswirtschaft ist es außerordentlich wichtig, daß diese Beschränkung des Verbrauches und die strikte Regelung der Einfuhr der Rohstoffe solange durchgeführt wird, bis im internationalen Markte ein Preistiefstand oder mindestens normale Preise erkennbar sind. Viele Kaufleute im Auslande und nicht zum mindesten die feindlichen Regierungen lauern geradezu darauf, daß Deutschland hungrig nach ihren Rohstoffen sei, genau so wie viele unserer optimistischen Industrie- und Handelskreise im Anfang des Krieges und noch vor nicht geraumer Zeit hofften, daß man im Auslande auf eine baldige Lieferung unserer Fabrikate warte und nicht ohne diese auskommen könne. Für welch lange Zeit die englische Regierung sich die gesamte australische Wollernte gesichert hat, ist mir nicht bekannt, aber ich führe unten einige Angaben an, aus denen ersichtlich ist, daß man in England eine weitsichtige und weitzügige wirtschaftliche Versorgung auf viele, viele Jahre ins Auge gefaßt und teilweise durch langjährige Verträge gesichert hat, und ebenso führe ich aus einer anerkannt guten amerikanischen Quelle die folgende Begründung der Hoffnungen an, die man drüben bezüglich der Nachfrage Deutschlands nach Baumwolle hat:

Digitized by Google

„Die deutschen Länder kaufen in normalen Zeiten etwa 3000000 Ballen Baumwolle im Jahre — sie sind seit dem Juli 1914 von der übrigen Welt abgeschnitten gewesen!!"

Ich möchte hierbei kurz auf das Gebiet der Valuta und Devisen eingehen. Auch hier wäre es grundverkehrt, sich mit Illusionen und falschen Hoffnungen über unangenehme Tatsachen hinwegzutäuschen. Wir müssen uns immer vor Augen halten, daß wir unsere günstige Zahlungsbilanz und den anerkannt guten Wert unserer Mark dem Ausfuhrhandel zu verdanken haben, der darauf beruhte, daß wir Rohstoffe einführten und Fabrikate ausführten, und daß dieser Zustand nicht von heute auf morgen bei Friedensschluß wieder hergestellt wird. Am Schweizer, also einem neutralen Markte, zeigten die verschiedenen Währungen Ende Dezember letzten Jahres folgende Unterbewertung („Disagio"):

	Ende Dezember 1916:	1917:	
Vereinigte Staaten Dollar . .	3,6 %		Nach Beschränkung der Einfuhr sowie unter dem Einfluß der Maßregeln der Vereinigten Staaten
Pfund Sterling	5,6 %	5,1 % März 6.	
Französische Franks	14,5 %		
Italienische Lire	27,5 %		
Deutsche Mark	33,7 %	35,1 % März 2.	
Österreichische Krone	51,3 %	51,6 % März 2.	

Wenn auch der Kurs unserer Mark nach dem Frieden bald eine Besserung aufweisen wird, so ist doch auf keinen Fall damit zu rechnen, daß die alte Bewertung binnen einer kurzen Zeitperiode eintritt. Je weniger optimistischer wir in dieser Beziehung sind, desto geringer wird die Enttäuschung und desto größer die richtige Berechnung der Konjunktur sein; denn unsere Valuta hängt eng mit der Einfuhr von Rohstoffen und der Bezahlung dieser durch Fabrikate ab. Ich verweise die Optimisten auf die Ausführungen des Präsidenten der bekanntlich im Kriege sehr erfolgreichen U. St. Steel Corporation, der trotz dieser großen Erfolge betonte, daß man bei der Beurteilung der kommenden Jahre sich richtiger auf ungünstige Zeiten oder mindestens auf eine starke Abflauung der Geschäfte einrichte, als auf eine Fortdauer günstiger Konjunkturen.

Das dritte große Gebiet der Rohstoffe ist das der Erze und Metalle. Unsere Feinde kennen genau die Tatsache, daß Deutschland ein erzarmes Land ist. Außer Kohle, nicht hochprozentigem Eisenerz, Kali und Zinkerzen, sind wir verhältnismäßig arm an diesen wichtigen Rohstoffen. Vor dem Kriege deckte unsere eigene Kupfererzeugung nur etwa 1/8 oder weniger unseres Verbrauches[1]. Eigentümlicherweise

[1] Welche Erwartungen man noch im März dieses Jahres in den Vereinigten Staaten an unsere Michelhaftigkeit und Bereitwilligkeit, uns in Zukunft aus den Vereinigten Staaten zu versorgen, geknüpft hat, ergibt sich aus folgender Notiz des „Wall Street Journal", hinter dem bekanntlich die Kapitalisten und Finanziers stecken, denen die lange Dauer des Krieges durch die Munitionslieferungen und das jetzige Eingreifen der Vereinigten Staaten hauptsächlich zu verdanken ist:

Digitized by Google

haben wir in völlig unsystematischer Weise die Erzschätze Deutschlands erforscht und ausgenutzt, trotzdem es sich um einen integrierenden Bestandteil unseres Volksvermögens handelt, der uns niemals wieder von der Natur gegeben werden wird, nachdem diese Kohlen- und Erzschätze einmal vergeudet oder ausgenutzt worden sind. (Nur 10 Prozent der Kalorischen Energie der Kohle sind bestenfalls ausgenutzt; 90 Prozent oder mehr gehen verloren). Die Inventur der Bodenschätze fehlt, trotzdem die deutsche Reichsverwaltung mit den Kriegsanleihen die Verantwortung für sämtliche Aktiva und Passiva des Volksvermögens übernimmt und daher, wie jeder Geschäftsmann, eine durchaus zuverlässige Bilanz der Aktiva und Passiva haben muß. Diese ungenügende Kenntnis der etwa noch nicht ausgenutzten Bodenschätze, oder die teilweise unrationelle Ausnutzung vor dem Kriege, hat sich recht während des Krieges gezeigt. Diesen Mängeln haben erst Anfang dieses Jahres Bundesratsverordnungen Rechnung getragen, indem beispielsweise die Anmeldung und Verarbeitung von Schwefelkiesen, Manganerzen, Graphit usw. durch Zentralstellen geregelt wird. Natürlich hätte dieses großes Gebiet von Anfang an richtig organisiert werden müssen. Es fehlten anscheinend die richtigen Persönlichkeiten mit weitem wirtschaftlich-technischen Blick ohne Sonderinteressen, die diese große Aufgabe im Interesse des Reiches übernehmen und die gesamte Versorgung mit bestimmten Erzen im allgemeinen Interesse aller Verbraucher und des Hauptverbrauchers „Deutsche Reichsregierung" in die Hand nahmen. Unsere Feinde rechneten einerseits mit unserer Erschöpfung bei der Nahrungsmittelversorgung, andererseits mit einer ungenügenden Förderung oder Zufuhr der Erze und Metalle. Bei der Munitionsversorgung haben wir uns trotz der gewaltigen Anstrengungen fast der gesamten Industrie der Welt halten können, weil wir einerseits die Stickstoffverbindungen und andererseits den erforderlichen Schwefel in Form von Schwefelkiesen usw. (zur Herstellung der Schwefelsäure) gewannen oder erlangten, sowie ferner trotz der eingeschränkten Zufuhr an hochgradigen Erzen und der Abschneidung russischer Manganerze unsern Bedarf an Eisen und Stahl vollauf decken konnten. Daß uns dieses gelungen ist, trotzdem eine nicht nur mehrfache, sondern vielfache Erzeugung dieser Kriegsmittel unsern Feinden zu Gebote stand, ist technisch einer der größten Erfolge der Mittelmächte. Aber mit diesem Kriegserfolge können wir uns nicht zufrieden geben, weil Friedenserfolge und der Wettbewerb im internationalen Markte uns zwingen, auch in Zukunft billigere ausländische Erze und

---

Bei Aufhören des Krieges würde der Kupferbedarf der Alliierten stark zurückgehen, aber der deutsche Absatzmarkt wird uns offen stehen und Deutschland soll 400 000 Tonnen Kupfer gebrauchen können.

England zahlt etwa 26 Cts. p. lb.; dies macht für 400 000 Tonnen 1190 Millionen Mark. Die Regierung der Vereinigten Staaten zahlt jetzt 16 Cts. p. lb. — Wenn wir richtig abwarten, bis infolge der Überproduktion der schon befürchtete große Preissturz eintritt, können wir sicherlich noch billiger unseren Bedarf eindecken.

Digitized by Google

Metalle uns nutzbar zu machen. Diese Friedenserfolge (wie vor dem Jahre 1914) nach dem Kriege uns unmöglich zu machen, ist eines der Hauptziele unserer Feinde. Unsere Bleihütten am Rhein verbrauchten australische Bleierze — gemäß neuen australischen Gesetzen müssen alle Bleierze in den neuen inländischen Hütten auf metallisches Blei verarbeitet werden. Große Mengen australischer Zinkerze gingen nach unsern Hütten im Norden und Nordwesten Deutschlands — die englische Regierung hat Verträge geschlossen, wonach diese Erze oder das daraus in Australien usw. gewonnene Metall für zehn Jahre fast ganz der englischen Regierung zur Verfügung steht; große neue europäische Hütten sind im Bau oder geplant. Die Kontrolle der russischen Manganerze, die bisher zum Teil in deutschen Händen war, versuchen Engländer, Franzosen, Amerikaner an sich zu reißen. Australische, indische und andere Wolframerze wurden bisher in Deutschland raffiniert — eine große neue Industrie ist in England entstanden, so daß Deutschlands Vormachtstellung auf diesem Gebiete aufhört. In Südamerika und andern Ländern stehen uns allerdings andere Quellen zur Verfügung. Deutschland bezog an Eisenerzen für seine größte Industrie etwa dreiviertel seines Gesamtbedarfes aus dem Auslande; in Spanien suchen die Engländer sich neue Konzessionen zu sichern, in Nordafrika, wo Marokko sowie die französischen Kolonien uns reichlich mit Erzen versorgen könnten, sucht man die Ausbeutung derart zu regeln, daß wir ausgeschlossen oder mindestens bei Bezügen im Nachteil sind. So ist es noch eine ganze Anzahl von Erzen, Metallen und ferner von Bezugsquellen von denen wir vor dem Kriege abhängig waren, und welche wir nach dem Kriege zu benutzen wünschen.

Auf andere Gebiete der Rohstoffversorgung in diesem kurzen Aufsatze einzugehen, ist leider unmöglich. Die oben gegebenen Beispiele zeigen genügend, wie wichtig für die verschiedensten Industrien die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen ist, und welche großen Aufgaben unsere Reichsregierung erwarten, wenn sie in die Friedensverhandlungen eintritt. Es kann nicht genügend betont werden, daß über jeden einzelnen Rohstoff und dessen bereits ausgenutzte oder mögliche Bezugsquellen die ausführlichsten Unterlagen bei der englischen Regierung gesammelt und bei der Regierung der Vereinigten Staaten vorhanden sind; in systematischer Weise sind alle Wirtschaftsfragen und der Wirtschaftskrieg nach dem sogenannten Frieden dort bearbeitet. Bei den Friedensverhandlungen wird dort nicht nur ein Hauptbuch mit einer Bilanz der Aktiva und Passiva vorhanden sein (d. h. mit den englischen Forderungen an Deutschland und dem deutschen Guthaben in England usw.), sondern auch ein vollständiges Verzeichnis aller Rohstoffe und Fabrikate mit Angabe über den bisherigen Anteil Deutschlands und anderer Länder an dem betreffenden Verbrauch oder Handel. Wie weit diese Bilanz der ausstehenden Forderungen und Ansprüche unsererseits fertiggestellt ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Ob aber eine vollständige Übersicht über unsere Industrie mit allen ihren Verästelungen und mit ihrem verschiedenen Ver-

Digitized by Google

brauche an ausländischen und inländischen Rohstoffen wirklich vorhanden und in brauchbarer, leicht übersichtlicher Form rechtzeitig für die Friedensverhandlungen vorhanden sein wird, wage ich zu bezweifeln. Wir kämpfen gegen eine Welt von Feinden; wir bezogen vor dem Kriege Rohstoffe aus aller Herren Länder. Wir haben damit zu rechnen, daß ein großer Teil dieser Rohstoffe jetzt vertraglich anderen zugestanden ist, und daß bereits vielfach neue Fabriken während der überlangen Kriegszeit begründet worden sind, um die bisher in Deutschland erfolgte Verarbeitung zu übernehmen. Auf jedem Gebiete der Rohstoffversorgung müssen wir daher ins Auge fassen, inwieweit wir uns in der ersten Periode der Kriegsfolgezeit gänzlich oder größtenteils vom ausländischen Bezuge auch weiterhin freihalten können, und wie und wo wir uns in der Friedenszeit unabhängig von unsern Feinden versorgen können, so daß wir mit diesen in weiteren Wettbewerb treten können. Der Grundsatz unserer wirtschaftlichen Gegner ist, aus eigenen Rohstoffen Fabrikate zu erzeugen, während wir bisher solche aus den von ihnen bezogenen Rohstoffen herstellten. Wenn wir von unseren wirtschaftlichen Gegnern beim Bezuge unserer Rohstoffe abhängig sind, wird es in vielen Fällen unmöglich sein, in einen günstigen Wettbewerb am Weltmarkte mit denen einzutreten, die die Erzeugung der Rohstoffe bis zur Herstellung der Endfabrikate in einer Hand haben.

Meine Ausführungen sollen nur darauf hinweisen, daß die wirtschaftlichen Aufgaben der Friedensverhandlungen weitgehendster Art sind. Der deutsche Arbeiter leidet mindestens ebenso wie der deutsche Fabrikant oder der deutsche Konsument, wenn die wirtschaftlichen Fragen bei der jetzigen Erörterung eines Stockholmer Friedens oder eines deutschen Friedens nicht in den Vordergrund geschoben werden. Annexionen und Kolonien können auch im besten Falle nicht weitgehende wirtschaftliche Nachteile ersetzen, die eine ungenügende Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen oder eine Unterschätzung der wirtschaftlichen Anstrengungen und Absichten unserer Feinde hervorrufen würde.

Unsere innerpolitischen Friedensziele

Von Friedrich Thimme

Die „Deutsche Politik" ist von Haus aus eine Zeitschrift für auswärtige und Weltpolitik. Zwar nennt sie sich von Anfang an eine „Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik"; aber unter Kulturpolitik wurde im wesentlichen nur das verstanden, was zu den inneren geistigen Grundlagen wahrer Weltpolitik gehört. Die innere Politik ist in dem ersten Jahrgang unserer Zeitschrift noch ganz im Hintergrund geblieben. Allmählich hat sich das gewandelt. Unsere Feinde selbst haben uns den Blick dafür geschärft, in welch innigem Zusammenhange innere und auswärtige Politik stehen. Das Feldgeschrei unserer Gegner, das sich zunächst ganz gegen den deutschen

Digitized by Google

und preußischen Militarismus kehrte, bis sie, einer nach dem anderen, diesen Militarismus so gut, wie sie nur immer vermochten, kopierten, hat sich, zumal seit die russische Revolution den Zarismus hinwegfegte, den wir unseren Feinden höhnend als drastischen Gegenbeweis vor Augen halten konnten, mehr und mehr gegen die angebliche deutsche Autokratie gewandt. „Hie Demokratie und Freiheit, dort Autokratie und Knechtschaft", das ist die Losung, mit der unsere Feinde auch den Rest der Welt gegen uns mobil zu machen suchen. Was verschlägt es, daß in Wahrheit Wilson der autokratischste Herrscher der Welt ist, daß Freiheit und Parlamentarismus in den Ententestaaten und gerade in England, dem gelobten Lande der Freiheit, im Laufe des Krieges nach dem eigenen Zeugnis der Engländer zum Teufel gegangen sind; nur um so lauter ertönt aus dem Munde unserer Widersacher, vorab des größten Heuchlers Wilson, das mißtönige Geschrei von der deutschen Autokratie, die die Freiheit und den Frieden der ganzen Welt bedrohe.

Wir Deutschen würden töricht handeln, wollten wir das Geschrei unserer Feinde in dem Bewußtsein, daß unsere Einrichtungen in Wirklichkeit den Vergleich mit denen der feindlichen Länder nicht zu scheuen brauchen, daß wir beispielsweise das freieste und demokratischste Wahlrecht der Welt im Reiche, daß wir die fortgeschrittenste Sozialpolitik haben, auf die leichte Achsel nehmen. Wir haben vielmehr allen Anlaß, uns zu fragen, ob nicht bei allen unseren Vorzügen in unseren Einrichtungen und Verhältnissen, besonders in Preußen, doch manches liegt, was den Behauptungen unserer Gegner einen Schein von Berechtigung verleiht. Tatsächlich ist die Spannung, die zwischen den freien Verhältnissen im Reiche und den wesentlich gebundeneren in Preußen besteht — eine Spannung, die die ganze Staatsmaschinerie vielfach hemmt und lähmt — eine so starke, daß sie der Auffassung geradezu Vorschub leisten muß, als ob sich unter dem Deckmantel der liberalen Reichseinrichtungen eine dem Absolutismus und der Autokratie zuneigende konservativ-reaktionäre Klassenherrschaft breitmache. Das wahrhaft unverständige Gerede unserer rechtsstehenden Kreise, daß Preußen der starke Hort gegen die fortschreitende Demokratie sei, konnte solcher Auffassung nur günstig sein. Wie viel klüger handelte nicht der junge österreichische Kaiser, als er resolut in die jüngste Thronrede das schöne und mutige Wort von dem Geist jener wahren Demokratie aufnahm, die gerade während der Stürme des Weltkrieges in den Leistungen des gesamten Volkes an der Front und daheim die Feuerprobe wunderbar bestanden habe. Wir möchten wünschen, daß auch wir das Wörtlein Demokratie, das nun einmal zum weltpolitischen Kennwort geworden ist, ruhig in unseren offiziellen Wortschatz aufnähmen. Es braucht ihm ja nicht der Sinn jener westmächtlichen Demokratie unterlegt zu werden, der auf staatliche Ungebundenheit hinausläuft; für uns fällt vielmehr der Begriff der Demokratie mit dem der deutschen Freiheit zusammen, die nicht Freiheit von dem Gesetz bedeutet, sondern Freiheit, die das Gesetz der Pflichterfüllung und freiwilliger Hingabe in sich trägt und eine

Digitized by Google

Welt aus sich entwickelt. Daß wir in diesem deutschen Sinne unser Staats- und Volksleben tatsächlich demokratisieren müssen, wenn wir uns in der Welt behaupten wollen, ist eine Wahrheit, die bis weit in die konservativen Kreise erkannt ist, so sehr man sich noch an dem Wörtlein „Demokratie" stößt. Offen ausgesprochen hat diese Wahrheit vor kurzem ein notorisch rechtsstehender Gelehrter, Otto Hintze: „Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung unseres Staats- und Volkslebens zur unvermeidlichen Notwendigkeit geworden ist. Es kommt nicht darauf an, ob man das mit Jubel begrüßt oder mit schweigendem Ernst als ein vielleicht verhängnisvolles Gebot der Stunde hinnimmt. Wir sind im Begriff, in einen neuen Abschnitt unserer Geschichte einzutreten. Nicht bloß unsere eigene innere Entwicklung zwingt uns dazu, sondern auch die Umgestaltung der Staatenwelt um uns her. Wir — Preußen — können nicht allein inmitten des Reiches, des europäischen Kontinents, ja der Welt dem großen Zuge der Zeit nach fortschreitender Demokratisierung Widerstand leisten. Wir geraten dadurch in eine gefährliche Vereinsamung unter den Völkern der Erde. So wenig wir im Zeitalter der Französischen Revolution die alten Formen des friderizianischen Staates aufrechterhalten konnten, so wenig ist es heute möglich, die alten preußischen Ordnungen aus der Zeit Bismarcks, deren Unzulänglichkeit der große Staatsmann doch schon selbst durchschaute, im wesentlichen unverändert in die neue Zeit hinüberzunehmen. Eine gründliche Reform tut not und ist bereits im Gange: eine Reform nicht nur der Institutionen, sondern vor allem auch der Geister. Ein entscheidender Seelenumschwung muß vollzogen werden, auch von denen, die mit jeder Faser ihres Herzens an der alten Ordnung gehangen haben, es sei denn, daß sie sich selbst des politischen Einflusses, der ihnen gebührt, begeben wollten."[1] Ja, es ist gar keine Frage mehr, wir müssen uns demokratisieren, um unserer selbst willen und um unserer Zukunft willen, die immer mehr hineinwächst in die großen weltpolitischen Zusammenhänge und Möglichkeiten.

Diese Erkenntnis, die wir bereits als ein Allgemeingut weiter Kreise ansprechen dürfen, datiert ja nicht erst von heute und gestern. Kaum daß der Krieg ausbrach, längst ehe unsere Feinde unsere angebliche politische Rückständigkeit als höchsten Trumpf gegen uns ausspielten, war das Empfinden in ganz Deutschland allgemein, daß dieser uns aufgezwungene Krieg nicht zu Ende gehen dürfe, ohne uns ein neues, auf den beiden großen ethischen Postulaten Freiheit und Vertrauen aufgebautes Deutschland zu bringen. Im Laufe des Krieges ist diese Sehnsucht nach einem freieren, demokratischeren Deutschland und die Gewißheit seines Werdens immer größer geworden. Kaiser und Kanzler selbst sind uns die Bürgen solch neuen Deutschlandes geworden. Von jenem hochherzigen Kaiserwort aus dem Anfang des Krieges: ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche, das mit einem Schlage alle

[1] Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung Nr. 17 vom 28. April 1917.

Digitized by Google

künstlichen Schranken zwischen den verschiedenen Parteien und Klassen hinwegräumte bis zu der Osterbotschaft, die dem Klassenwahlrecht das Urteil sprach und mit der freien und freudigen Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes an dem Ausbau unseres Staatslebens einen echt demokratischen Grundsatz proklamierte, verläuft in der Tat eine gerade, einheitliche Linie, die in ihrer notwendigen Fortsetzung und Verlängerung nur zu einem wahrhaft freien Deutschland, einer echt „deutschen Demokratie" führen kann. Es ist ja selbstverständlich, daß unsere Feinde, die nichts mehr fürchten müssen, als daß wir uns aus eigenem Willen und aus eigener Kraft demokratisieren, den Ernst unseres Freiheitswillens nach Möglichkeit verdächtigen. Wilson möchte vor allem die Russen glauben machen, daß unsere freiheitlichen Tendenzen nur ein plumper Köder seien: „Die herrschenden Klassen Deutschlands haben kürzlich begonnen, derartige freiheitliche Grundzüge und eine derartige Gerechtigkeit ihrer Absichten ebenfalls zu erklären. Sie tun es aber nur zum Schutze ihrer Macht, die sie in Deutschland aufgerichtet haben, und zum Schutze ihrer eigenen Vorrechte, die sie unrechtmäßigerweise erworben haben, sie tun es für sich selbst und ihre besonderen Machtpläne." Wir brauchen und dürfen uns durch solche Verdrehungen und Entstellungen nicht irre machen lassen, Taten haben noch immer eine deutlichere und überzeugendere Sprache als irgendwelche Insinuationen geführt. Wenn den Verheißungen der Osterbotschaft, je eher desto besser, die Erfüllung bereitet wird, wenn ein wirklich freiheitliches Wahlrecht in Preußen eingeführt, wenn die Wünsche und Forderungen unserer Arbeiterschaft auf eine freiheitliche Gestaltung des Koalitionsrechts befriedigt werden, so wird die Welt wohl oder übel an den Ernst der deutschen Demokratisierung glauben müssen. Wir aber würden damit nur dem klassischen Beispiel folgen, das Bismarck im Jahre 1866 mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Deutschland gegeben hat. Freiheitliche, demokratische Politik treiben, heißt bismärckische, weltpolitische Politik treiben!

Je mehr nun im Laufe des Weltkrieges die engen Zusammenhänge zwischen Weltpolitik und innerer Politik zutage getreten sind, um so mehr hat die innere Politik auch für unsere Zeitschrift an Interesse und Bedeutung gewinnen müssen. Schon Ende 1916 wurde erklärt, daß hinfort die innerpolitischen Fragen im Sinne der gemeinsamen Arbeit aller Deutschen am Aufbau unserer Verfassung und Verwaltung im erneuerten, nach außen starken, im Inneren befriedeten Deutschen Reich stärker behandelt werden sollten. Der Grundgedanke dabei war, daß Deutschland, um nach außen machtvoll und weltpolitisch aktiv auftreten zu können, nach innen einheitlich und geschlossen dastehen müsse. Seither sind, immer mit dem Ausblick auf die Weltpolitik, systematisch diejenigen Probleme in den Kreis der Erörterung gezogen worden, die die freiheitliche Neugestaltung unseres Verfassungslebens unter freier und freudiger Mitwirkung aller Glieder unseres Volkes, mit anderen Worten die Neuorientierung betreffen. In der Folge werden auch die Fragen der Reichsfinanzreform, der Verwaltungsreform, der Sozialpolitik, der Bevölkerungspolitik usw. fortschreitend zur

Digitized by Google

Diskussion gestellt werden, denn alle diese Fragen hängen wie die wirtschaftspolitischen mehr oder minder mit unserer weltpolitischen Aktionsfähigkeit zusammen. Alles, was die inneren, auch die seelischen Kräfte unseres Volkskörpers mehrt, hebt, stählt, das setzt uns auch in den Stand, uns weltpolitisch immer mehr zu betätigen.

Welches die inneren Friedensziele der „Deutschen Politik" sind, ergibt sich nach diesen Bemerkungen nahezu von selbst. Sie lassen sich in die Formel zusammenfassen, die auch allen Kundgebungen unseres Kaisers, allen Reden des Reichskanzlers zugrunde liegt: Freiheit und Vertrauen! Ebensowohl könnten sie mit dem Ausdruck „Volkskönigtum der Hohenzollern" umschrieben werden. Wir wollen, daß bei der Erneuerung unseres Staatswesens dem treuen, tapferen, tüchtigen und hochentwickelten deutschen Volk, wie es in den Worten der Osterbotschaft heißt, wirklich das Vertrauen entgegengebracht wird, das es vollauf verdient. Wir wünschen, daß dieses Vertrauen möglichst rasch durch eine Ausdehnung der Volksrechte und Freiheiten in Taten umgesetzt werde. Es soll damit gewiß nicht gesagt sein, daß die Krone und die Staatsgewalt ihrer wesentlichen Rechte entkleidet werden müßten; eine starke Monarchie, die über den Parteien steht und die die Kräfte des Staates machtvoll zusammenfaßt, ist und bleibt für uns eine Notwendigkeit. Das schließt aber nicht aus, daß Volks- und Parlamentsrechte im Einverständnis mit der Krone eine Erweiterung erhalten, daß, auch ohne Einführung des parlamentarischen Systems, die, wenn überhaupt, nur ganz allmählich vor sich gehen könnte und dürfte, die Stimme der Volksvertretung z. B. in Fragen der auswärtigen Politik mehr gehört, und daß auch andere Vertrauensmänner des Volkes mehr zu Rate gezogen werden. Wenn die Einführung von Parlamentsunterstaatssekretären ein Mittel sein könnte, um eine engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament herbeizuführen, an der es bis auf den heutigen Tag gefehlt hat, so sollte dazu ja gegriffen werden. Ob nicht auch die öftere Berufung eines Kronrats aus ausgesprochenen Vertrauensmännern des deutschen Volkes, die sich in den Führern der großen Organisationen fänden, ein geeigneter Weg wäre, um das Vertrauen zwischen Krone und Volk zu heben und wachzuhalten? Ein Kronrat, der jetzt z. B. aus der Mitte des Volkes berufen würde, um die Mittel und Wege zu beraten, wie die verheißene freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes ins Leben gesetzt werden könne, würde von ausgezeichneter Wirkung sein. Die Form unserer Regierungsorgane, vor allem auch der höchsten, ist allzu bürokratisch; es müßte mehr Gewicht auf den lebendigen Austausch, das geistige Fluidum, die ständige Fühlung zwischen der Krone und ihren Ratgebern einerseits, den Vertrauensmännern des Volkes einschließlich der Parlamentarier andererseits gelegt werden.

Völlig selbstverständlich scheint es uns, daß das Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr" auch über den Krieg hinaus seine volle Geltung bewahre. Unter keinen Umständen darf die künstliche Scheidung zwischen nationalen und nichtnationalen

Digitized by Google

Parteien oder Volksklassen wieder hervorgeholt werden. Das wäre geradezu ein Verbrechen an der Einheit und Geschlossenheit unseres Volkes, die als das größte und höchste Ergebnis des Krieges bei allen selbstverständlichen Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen festgehalten werden muß. Wenn der Abgeordnete v. Heydebrand in seiner bekannten Frankfurter Rede vom August 1916 der Sozialdemokratie wegen ihrer internationalen Orientierung ein volles Gleichgewicht mit denjenigen Volksteilen nicht zugestehen wollte, die nur in ihrem eigenen Staate ihr Wohl und ihr Heil erblicken, so ist das aufs schärfste abzulehnen. Mit demselben Recht könnte ja auch das Christentum, das seiner Natur nach genau so international, auch genau so demokratisch wie die Sozialdemokratie ist, als minderwertig beiseite geschoben werden. Uns scheint gerade in der Verbrüderung des Proletariats der ganzen Welt, wenn wir auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf seine friedensstiftende Kraft nicht allzusehr bauen, doch ein weltpolitischer Anknüpfungspunkt von großer Tragweite zu liegen, der noch oft gute Dienste leisten kann. Mit allen Kräften ist jedenfalls dahin zu streben, daß die Sozialdemokratie unbeschadet ihrer internationalen Stellung immer tiefer in den nationalen Staat und, fügen wir hinzu, in unsere bürgerliche Wirtschaftsordnung, die sie im Kriege so vielfach sozialistisch befruchtet hat, hineinwächst. Daß mit der vollen staatlichen und sozialen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, die schon in den Februarerlassen von 1890 gefordert war, ganzer Ernst gemacht, daß den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft nach der weiteren Ausgestaltung des Koalitionsrechts, auch für die Landarbeiter, Rechnung getragen, daß die Arbeiterschaft auch in einem der Bedeutung ihres Standes angemessenen Umfange zu der Selbstverwaltung, den Ersten Kammern der Parlamente, den kirchlichen Vertretungen herangezogen werden muß gebieterisch gefordert werden. Unter allen Umständen muß auch die preußische Wahlreform so gestaltet werden, daß die Arbeiterschaft im Abgeordnetenhause eine entsprechende Vertretung erhält. Wenn in dieser schwierigen und viel umstrittenen Frage in der „Deutschen Politik" bisher eine ganz feste Haltung nicht eingenommen wurde, wenn ich selbst vor einiger Zeit den Vorschlag eines nach der gesamten staatlichen und sozialen Leistung abgestuften Wahlrechts vertreten habe, so ist doch klar, daß durch die Einführung des Reichstagswahlrechts, das etwa durch Aufenthaltsklausel und Verhältniswahl zu modifizieren sein möchte, der stärkste Beweis für den vollen Ernst unserer freiheitlichen Entwicklung geliefert und folglich die größte weltpolitische Rechtswirkung erzielt werden würde. Vom weltpolitischen Standpunkt der deutschen Politik würde daher in erster Linie für das Reichstagswahlrecht, überhaupt immer für eine möglichst freiheitliche Entwicklung unserer inneren Verhältnisse einzutreten sein. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch den konservativen Bedenken gegen ein allzu heftiges Tempo, sei es der freiheitlichen Entwicklung überhaupt, sei es der Sozialpolitik, Rechnung getragen wird.

Die „Deutsche Politik" will nicht in dem Dienst irgendeiner Partei, auch nicht der

Digitized by Google

Linksparteien stehen, sondern sie sucht, indem sie ihren weltpolitischen Standpunkt festhält, Freunde und Beziehungen in allen Parteien. Daß ihr jede konfessionelle Engherzigkeit völlig fern liegt, bedarf nicht erst der Erwähnung. Von der großen Bedeutung unseres katholischen Volksteils ist sie voll durchdrungen; für dessen berechtigte Forderungen wird sie daher immer eintreten. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes scheint uns schon aus dem Grunde gerechtfertigt zu sein, weil sie wohl dem dringenden Wunsche fast des gesamten katholischen Volksteils entsprach. Heutigen Tages erscheint überhaupt jedes Ausnahmegesetz von Übel, weil wir für unsere Selbstbehauptung und für unsere Zukunft nach außen und innen auch der letzten Kräfte unseres Volkes bedürfen und niemandes, wer es auch sei, entraten können. Der feste Zusammenschluß aller Deutschen, welchem Stande, welcher Konfession, welcher Partei sie auch angehören, die gemeinsame, freudige und entschlossene Zusammenarbeit ist im Kriege und wird auch im Frieden das erste Gebot sein.

Nur wenn wir Deutsche alle über alles Trennende hinweg uns immer wieder die Hände reichen, wenn wir alle, Liberale, Konservative, Sozialdemokraten, Protestanten und Katholiken, und wie die Unterscheidungen sonst noch lauten, dessen eingedenk bleiben, daß von unserem vorbehaltlosen Zusammenarbeiten die Größe und die Wohlfahrt unseres Vaterlandes abhängt, können wir auch auf eine große weltpolitische Zukunft Deutschlands rechnen. Diese Zusammenarbeit muß darum letzten Endes das höchste Friedensziel der „Deutschen Politik" sein.

Brief an die „Deutsche Politik"

Wie muß Rußland behandelt werden? Von einem inaktiven Diplomaten in hoher Stellung wird uns geschrieben:

Es wäre ein verhängnisvoller Fehler zu glauben, man könnte Rußland auf die Dauer durch eine Politik der Nachgiebigkeit gewinnen. Denn

1. Eine Verständigung mit dem heutigen Rußland ist kein Ausgangspunkt zur Herbeiführung gesicherter Beziehungen. Wer heute dort Frieden schließt, kann morgen desavouiert werden.

2. Eine Verständigung mit dem heutigen Rußland trägt den Stempel eines unter dem Druck des Sozialismus geschlossenen Friedens und begründet auch im Innern eine Abhängigkeit der Regierung von dieser Partei.

3. Es heißt den russischen Charakter verkennen, wenn man annimmt, der Stoß ins Herz würde die streitenden Parteien Rußlands wieder zusammenschweißen. Er würde vielmehr die Desorganisation erst völlig machen. Denn während die Energie der Engländer und Franzosen im Mißgeschick nur wächst, gibt der Russe nach und wirft die Büchse ins Korn, wenn er bedrängt wird.

4. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die Anarchie im Innern eine Offensivkraft nach außen ausschließe. Die Geschichte der Französischen Revolution lehrt das Gegenteil. Hierzu kommt, daß der Slawe stets nach außen drängt, weil er nichts bauen kann. Jeder Machthaber, welcher sich künftig eine Zeitlang behaupten will, wird wieder mit diesem Instinkt rechnen.

5. Ein Sieg über Rußland würde auch England gegenüber unsere Stellung ganz anders stärken als ein Vergleich mit Rußland.

Digitized by Google

6. Ein Sieg über Rußland würde weiter die Stellung der Regierung gegenüber den Alldeutschen stärken, denn nur, wenn wir im Osten erreichen, was wir können, d. h. Rußland besiegen, werden wir endlich darauf verzichten können, im Westen dem nachzustreben, was wir nicht können, nämlich England direkt auf die Knie zu zwingen. Mit anderen Worten, nur ein vollgültiger Sieg über Rußland bewahrt vor einem Scheidemannschen Frieden.

7. Nur ein vollgültiger Sieg über Rußland kann jene friedliche Durchdringung aufhalten, welche England dort mit Geschick und Energie verfolgt. Sehen wir denn nicht, daß wir durch Schonung Rußlands dieses nicht für uns gewinnen, sondern vielmehr auch wirtschaftlich den Engländern ausliefern?

8. Das Kriegsziel des Staatsmanns heißt in erster Linie Sprengung der Koalition. Aber nur ein auf Jahrzehnte geschwächtes und von der Ostsee abgeschnittenes Rußland scheidet aus dieser Koalition aus. Jedes andere wird wieder zu unseren Feinden gehören. Der Einwurf „Rußland braucht die Ostsee" kann unmöglich stichhaltig sein. Sobald Rußland so geschwächt ist, daß es auf Jahrzehnte hinaus uns nicht wieder angreifen kann, kann es uns gleichgültig sein, was aus Rußland wird.

9. Von uns befreit — nicht annektiert — würden die Esten und Letten einen dauerhaften Schutzwall gegen Rußland bilden; von Rußland revolutioniert, werden sie für uns untauglich, ja eventuell zu Bestien werden und sich gegen die dünne Schicht der herrschenden deutschen Klasse wenden.

10. Nur die Befreiung der baltischen Provinzen und der Ostsee würde auch Schweden Bürgschaften bieten, stark genug, um es vor Abfall von uns zu bewahren.

11. Ein vollgültiger Sieg über Rußland würde unsere dort gefangenen Krieger befreien, diejenigen aber, welche in französischer und englischer Gefangenschaft schmachten, vor dem Hungertod bewahren, dem sie infolge des U-Bootkrieges entgegengehen.

Notizen

Die Zukunft unserer Kolonien. Die Rede des Staatssekretärs der Kolonien, Dr. Solf in Leipzig, ist die erste festumrissene Kriegszielerklärung der Regierung, die durch die Unterstreichung des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, daß diese Rede das Programm des Reichskanzlers sei, noch an Bedeutung gewinnt. Die „Deutsche Politik", die seit Beginn des Krieges nicht nur für den Zurückerhalt aller Kolonien, sondern auch für deren Abrundung eingetreten ist, hat allen Grund, die beiden Reden mit Genugtuung zu begrüßen. Haben doch diese Kriegsziele der deutschen Kolonialverwaltung von Anfang an das Programm der „Deutschen Politik" gebildet.

Rußland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Am 27. Mai wurde in Petersburg zu Ehren der neuernannten sozialistischen Minister ein großes Meeting veranstaltet. Der Verpflegungsminister Peschechonow gab bei dieser Gelegenheit folgende Erklärung ab: „Der Abgrund, vor dem wir uns befinden, ist näher, als wir erwarteten. Die größte Gefahr droht uns von der Verpflegungsfrage. Die von der alten Regierung hinterlassenen Aufgaben sind nicht nur schwer, sondern unter den gegenwärtigen Bedingungen fast unlösbar. Wir stehen vor der Katastrophe!" Der Arbeitsminister Skobelew erklärte: „Der Honigmonat der Revolution ist vorüber. Das revolutionäre Rußland steht vor dem Abgrund, und eine einzige fehlerhafte Handlung kann uns für immer vernichten. Selbst wenn wir alle Opfer auf uns nehmen, ist das Land dennoch nicht gerettet. Wenn unsere Verbündeten uns nicht beizeiten verstehen, werden wir dennoch in den Abgrund stürzen." („Rjetsch" 29. 5.)

Ähnliche Ansichten hat auch der zurückgetretene bürgerliche Handelsminister auf dem Kon-

Digitized by Google

gresse der kriegsindustriellen Komitees verlautbart. Kolowalow hielt dort eine Ansprache, in welcher er erklärte: „Die antistaatlichen Tendenzen, die das Volk hypnotisieren, führen Rußland mit gigantischen Schritten zur Katastrophe. Diese Katastrophe — wir müssen es offen und ehrlich gestehen — hat sich unter der alten Regierung niemals mit einer solchen Deutlichkeit gezeigt, wie im gegenwärtigen Augenblick; niemals während der ganzen Zeit des Krieges war unsere Lage an der Front so drohend wie in diesem Augenblick!"

Dazu kommt, daß die Lage auf dem Lande immer bedrohlicher wird. Die Bauern wollen die konstituierende Versammlung nicht abwarten, sondern beginnen mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes auf eigene Faust vorzugehen. Niederbrennen der Gutshöfe, Niederschlagen der Wälder und Vernichten der Ernte sind wieder einmal in Rußland an der Tagesordnung. Die Gutsbesitzer fliehen von allen Seiten in die Städte, wodurch die Lebensmittelknappheit noch vermehrt wird. Für die Auflösung jeder staatlichen Bande ist es bezeichnend, daß einesteils Soldatenhaufen, die sich im ganzen Lande aus Deserteuren gebildet haben, die Kirchen zu plündern beginnen. Anderenteils die Bauern die Gutshöfe unter Absingung von Kirchenliedern vernichten, weil sie den Jüngsten Tag erwarten, zu dem man kein weltlich Gut mehr nötig habe. Ein Bäuerlein, das in all dieser Erregung seinen klaren Kopf behalten hat, hat denn auch neulich auf einer Versammlung erklärt, „besser die deutschen Soldaten im Lande, als die russischen, die eine Dorfschule vernichtet haben, nur weil sie von einem Gutsbesitzer errichtet war".

General Smuts, der kommende Mann. Eine große Propaganda für General Smuts wird von „Daily News" unternommen. Am 2. Juni bringt die Zeitung einen zwei Spalten langen Artikel über den General, in welchem das Leben und die Verdienste dieses Mannes ausführlich gewürdigt werden. Er wird als „Außereuropäer" hingestellt, der vom Standpunkt des Weltbürgers aus den Endkampf des gewaltigen Ringens betrachtet und unter großen Gesichtspunkten beurteilt. Die Schlußbemerkung des langen Aufsatzes befaßt sich mit der Zukunft des Generals: „Augenblicklich sind wenige Fragen so interessant, wie die nach der Zukunft dieses Mannes. Er ist viel zu wertvoll, um in der jetzigen dringenden Not müßig zu gehen. Er weiß, wie man Krieg führt und — was noch mehr wert ist — er weiß, wie man Frieden macht. Er versinnbildlicht das Ideal, das die Welt verwirklichen will. Seine Aufgabe ist gegeben. Lloyd George hat die Staatsmaschine in seiner Hand zusammengefaßt. Er hat Lord Milner zu seiner rechten Hand gemacht und Lord Curzon zu seiner linken. Er hat die Stimme der „Nation" (gemeint ist mit diesem Wortspiel die bekannte englische Wochenschrift gleichen Namens) dem Ausland verschlossen und hat Lord Northcliffe zum Verkünder seiner Ideen ernannt. Diese Auslieferung der Interessen der Demokratie an die Feinde der Demokratie ist der letzte Grund für das Mißtrauen, das herrscht, und für die Unzufriedenheit, die sich in Arbeiterkreisen so tief eingefressen hat. Die Aufnahme von General Smuts in das Kriegskabinett würde dieses Mißtrauen zerstreuen. Es würde Vertrauen geben, „wo jetzt keines ist, und uns die Sicherheit, daß der Frieden, den wir verlangen, auch wirklich der Frieden wird, den die Welt begehrt".

Irische Ärgernisse. In einem Briefe an den Herausgeber der „Morning Post" macht ein Engländer seinem Ärger über die ungeheure Bedeutung, die die irische Frage in England spielt, Luft. Er schreibt: „Werter Herr! Die Bevölkerung von ganz Irland ist kleiner als die Lancashires. Die Nationen, die in dem jetzigen ungeheuren Kriege auf Seite der Alliierten kämpfen, verfügen über eine Bevölkerungszahl von mehr als 300 Millionen Menschen. In dieser Zeit, in der die verbündeten Regierungen ihre gesamte ungeteilte Energie darauf verwenden, den Krieg zu gewinnen, ist es doch eigentlich ungeheuerlich und schlimmer

Digitized by Google

als kindisch, daß ein Bruchteil der Bevölkerung, der nur ungefähr 1 Prozent der Gesamtheit beträgt — soviel ist nämlich der irische nationale Anteil — es fertig bringt, das Parlament jahraus jahrein mit der Ordnung eines Mißstandes zu belästigen, der aus politischen Gründen chronisch geworden ist.

Das einzige, was die offiziellen Nationalisten anführen können, ist, daß das Homerule-Gesetz im Gesetzbuch steht. Wenn das Gesetz in Kraft treten würde, ganz oder teilweise, so wäre das für die weitere Agitation kein Grund, einzuhalten, sondern nur ein hingeworfener Brocken. Es erscheint mir sehr unrecht, den Kampfwert der irischen Soldaten als ein Argument für Homerule auszuschlachten. Ich selbst habe in Südafrika Seite an Seite mit ihnen gekämpft und war stolz auf ihre Kameradschaft und ihre Tapferkeit, die damals noch nicht als Druckmittel für Homerule verwandt wurde."

Berichtigung. Wir werden von Geheimrat Prof. E. Marcks gebeten, mitzuteilen, daß der Titel seines Vortrages in Nr. 21 unserer Zeitschrift ursprünglich „Fremde Einflüsse und eigenes Wachstum des preußisch-deutschen Staates" geheißen hat, der bei der Drucklegung in der Türkei ohne sein Zutun in „Fremde Einflüsse und eigenes Wachstum in der Geschichte eines Staates" abgeändert worden war. Der Herr Verfasser legt aber Wert darauf, jetzt, wo der Aufsatz auch dem deutschen Publikum zugänglich gemacht worden ist, den richtigen Titel wieder hergestellt zu sehen. Ein widriger Zufall hatte uns ein unkorrigiertes Exemplar zur Veröffentlichung übergeben.

Neuerscheinungen

Das innere Gesicht des Krieges.

Der Kriegsberichterstatter Wilh. Düwell versucht in einem (bei Eugen Diederichs, Jena) erschienenen Buch „Vom innern Gesicht des Krieges" das Fazit seiner Erfahrungen und Erlebnisse im Felde zu ziehen. Er läßt sich über die Organisation im Heere, über Kriegsstimmung, über den Typus des deutschen Soldaten und des Offiziers aus. Er sagt nichts Neues, nichts so unmittelbar Starkes, wie wir es von Feldpostbriefen und den Berichten der Mitkämpfer her gewohnt sind. Es genügt nicht, daß Düwell für den Kriegsberichterstatter den Nachweis der Daseinsberechtigung durch den Hinweis zu erbringen sucht, „daß der Kriegsberichterstatter ein gut Teil der seelischen Wirkungen aller Gefahren und Kämpfe, über die er berichtet, aus eigenem Erleben gestalten muß". Wie überall im Leben gilt auch da das „alles oder nichts". Auch das „Buch einer Frau" („Kraft") von Hedwig von Sayers (Verlag der Süddeutschen Monatshefte, München, M. 2.60) zieht nur aus der Oberfläche der allgemeinen Teilnahme im Kriege seine Nahrung. Das „Starke, Stattliche, Gesund-Leidenschaftliche" aber wächst nur aus dem eigenen Erleben und innersten Selbstbesinnen. Auch die Flucht in die Vergangenheit ist dafür kein Ersatz. Wenn Dr. B. Maydorn in einer Schrift „Zeitfragen der Gegenwart in Fichtes Reden an die deutsche Nation" (Th. Weicher, Leipzig, M. 1.30) in den „schwungvollen Worten des klar denkenden Dichters" Stellen heraussucht, die „so lebhaft an heutige Zustände und Notwendigkeiten gemahnen, daß es ein Verlust wäre, wenn sie nicht den weitesten Kreisen bekannt würden", so ist das ein Beginnen, das für jeden großen deutschen Denker der Vergangenheit wiederholt werden könnte, ohne daß wir dadurch der anspruchsvolleren und fruchtbareren Notwendigkeiten überhoben würden, zu den Zeitfragen der Gegenwart aus eigenem Empfinden und Wollen heraus Stellung zu nehmen. Daß in dieser Erkenntnis sogar Universitäten versagen, zeigt der dritte Gruß, den die Universität Erlangen an ihre Studenten mit Aufsätzen Erlanger Universitätslehrer geschickt hat. Diese Aufsätze, die „in Stunden der Ruhe den Studenten im Felde Anregung und Sammlung des Geistes" verschaffen wollen, hallen wider von Kampf und Krieg. Und doch sagt einfache Überlegung, was uns W. Düwell in dem oben erwähnten Buche aus dem Felde bestätigt: „Die Tatsache, daß die meisten wirklichen bedeutenden Kriegslyriker, die uns dieser Krieg bescherte, der Sehnsucht nach der gewohnten Arbeit des Friedens Ausdruck gaben, bezeugt, daß sie ganz allgemein in den Soldaten lebendig sein muß und kann, daß sie seelisch als Gegenwirkung gegen die Kampferlebnisse eine wichtige Funktion zu erfüllen hat." Wie richtig hat also die Leiterin eines Erholungsheimes in Mitau beobachtet, deren Erfahrungen derselbe Düwell dahin schildert: „Der größte Teil der Heimbesucher hatte das Bedürfnis, über die Heimat etwas zu hören, von der Familie zu sprechen. Das vielfach zum Ausdruck kommende

Digitized by Google

Zusammengehörigkeitsgefühl zeugte von einer rührenden Anhänglichkeit, die Familie und Heimat umspannte. Aus der Sorge um die Angehörigen sprach starke Liebe. In den freudig aufleuchtenden Augen fand sie ihren Widerschein, wenn in der Unterhaltung irgendeine Verbindung mit der Heimat der Soldaten gefunden wurde. Der Dialekt vieler Heimbesucher verriet mir ihr Geburtsland. Ein zufälliges Vertrautsein mit den Verhältnissen des Landes, die Kenntnis von einer Stadt oder gar vom Heimatorte des Soldaten oder auch nur die Erwähnung einer gelegentlichen Reise dorthin gab den Faden her, an dem die gewünschte Unterhaltung anknüpfte. Dann drückte freudige Erregung, gespannte Erwartung dem Gesicht der Leute den Stempel auf; selbst bei den ernstesten verdrängt ein glückliches Lächeln den gewohnten Ausdruck." Den richtigen Ton für die Grüße ins Feld hat also weit mehr der Literarische Verein Speyer gefunden, der den Pfälzern im Felde „Heimatgrüße in Form von Gedichten und Erzählungen" zuschickte. Freilich auch da hätten die wenigen Konzessionen an das Kriegführen, zu dem selbst dieses Buch sich verpflichtet fühlte, unterbleiben können. Wie viel richtiger wäre es, daß man ein solches Buch mit dem zweiten Bild (dem Schloß Rotwiegenshöhe bei Edenkoben) als einem der obiga en Generalstabsbilder eröffnete; daß man den Soldaten, das Granatfeuer, das sie wahrlich zur Genüge kennen, in solchen Büchern nicht nochmals breit und aufdringlich schilderte!

Das, worauf es für alle ankommt, hat der Pastor P. Denker-Lübeck (Heft 1 der Deutsch-evangelischen Internierten-Bücherei) in die Mahnung zusammengefaßt: „Stille werden". Diese Mahnung vom Stillerwerden gilt gerade den Daheimgebliebenen. „Allzu Künstliches empfing unser Ohr, so daß wir Gefahr liefen, Innerlichkeiten zu verlieren. Worte, Worte, zuviel Worte — die Stille muß aufstehen. Wir haben ganz tief in uns hineinzusehen, um begreifen zu können, was sich aus Menschlichem machen läßt und wo die Synthese aller Fähigkeiten und Dinge des Menschen zu suchen ist." Schade, daß daran gerade die erste Nummer der „Neuen Jugend" erinnern muß, die sich durch aufdringliche Reklamehaftigkeit die beste Wirkung verdirbt. Es sind sonst vielmehr nur die stillen Organe, die so etwas sagen. Zuletzt die „Summa", eine neue Vierteljahresschrift, die Franz Blei im Hellerauer Verlag Jacob Hegner herausgibt. (1. Vierteljahr, geb. M. 12.–). Auch sie verlangt mit ihren zahlreichen, zum Teil prächtigen Beiträgen die Einkehr des Menschen bei sich selbst. „Das Individuum muß sich erfüllen: dies ist der Zweck des Volkes, und da sich das Volk den Staat schafft, auch der Zweck des Staates, als welcher, wie Riezler sagt, „der Leib der Volksseele" ist. Gibt ein Volk seinen Individuen nicht dies, daß die einzelnen das Gesetz ihrer Persönlichkeit erfüllen, so ist auch jeder einzelne des Volkes entbunden, und das Volk ist in Wahrheit nicht. Wo es aber den einzelnen hält und trägt und schützt, daß er sein Gesetz erfülle, da wird auch der einzelne sich in seinem Volke finden und binden." Wie man daraus die Nutzanwendung für die politische Betrachtung finden kann, zeigt ein Aufsatz von André Suarès über Clémenceau aus der Zeit des Sturzes Clémenceaus vom Ministerpräsidium: „Man ist nie so stark, als wenn man menschlich ist. Das ist der Grund, weshalb Clémenceau, nachdem er dreißig Jahre lang die Macht erwartet hatte, keinen Finger rührte, als man sie ihm entriß. Man hätte sie ihm belassen, um den Preis eines Scherzwortes, eines leichten Nachgebens. Er hat sich nicht widersprechen wollen. Er brauchte sogar nur Schweigen zu bewahren; er lehnte es ab, zu schweigen. Seine männliche Natur war stärker als sein Interesse; und er zog die Ehrenhaftigkeit seines Denkens dem Glanze seiner Stellung vor. Er wollte nicht lügen. Er hat die Wahrheit gesagt. Und er hat sie denen wiederholt, die sie nicht hören wollten, und das wird nie verziehen." Man kommt von dieser Grundlage aus zu Schlüssen wie den folgenden (in dem die Klärung des noch immer nicht gedeuteten Schlagwortes Machtpolitik angebahnt wird): „Wenn es ein Recht geben soll, dann darf es nicht aus der Macht abgeleitet werden, denn die Verschiedenheit von Recht und Macht ist schlechthin nicht zu überbrücken" — oder zu den Folgerungen Paul Adlers, mit denen er vor dem „Handelssoldaten" den Menschen rettet, vor die „Produktion" die „Reduktion" stellt, weil „tausend Selbstsüchte eben zusammen niemals eine wirkliche Politik, vielleicht nicht einmal eine Wohlfahrt ergeben, sondern höchstens wieder Klassensüchte, oder speziell umgruppiert — Vaterlandssüchte". Demgegenüber muten die beiden ersten Nummern der neuen Wochenschrift „Die Drei" („Staat, Kultur, Wirtschaft") doppelt verworren und ziellos an. Zumal, wenn man einen Blick auf die Bücher wirft, die sich folgerichtig mit den oben erwähnten Gedanken berühren, und auf dem Standpunkt zusammenkommen, den die Schrift von Karl Gutmann „Sittliche Bedingungen nationalen Gedeihens" (Kellerers Verlag, München) ausspricht: „Äußere Macht zerfällt, wenn sie nicht getragen wird von körperlicher und sittlicher Tüchtigkeit eines Volkes. Darum muß auf den äußeren Kampf folgen ein innerer Kampf gegen jeglichen Sondergeist, gegen den Mammonsdienst, gegen Idealosigkeit, gegen sittliche Zuchtlosigkeit, ein Kampf für die Ideale des Wahren, Guten, Schönen, für Gewissensfreiheit, für Kunst, für alles, was unser Volk emporträgt." Den Volksorganismus lebendig auszubilden, mahnt auch die Schrift von Prof. Dr. E. Heinke „Organische Staatsentwicklung" (Verlag Ernst Reinhardt, München.) Der Staat ist ihm heute eine Organisation von außen, die, von den wenigen „Herrschenden" ausgehend, in schwierigen Verhältnissen

Digitized by Google

oft versagt hat. Dem gegenüber steht die Beseelung des Staatsganzen von innen heraus, d. h. die Überführung in einen höheren beseelten Organismus („Nationalseele".) Auch O. Umfrid widmet sein Buch „Da die Zeit erfüllet ward ..." (Verlag Naturwissenschaften Leipzig) diesen Gedanken, indem er ihm das Wort Goethes als Motto vorsetzt: „Ich schreibe nicht euch zu Gefallen, ihr sollt was lernen." In die Schule gegangen ist der Verf. bei dem Philosophen Karl Christian Plank, nach dessen Lehre die Grundlagen „unserer Kultur von der tiefsten Wurzel aus verfehlt sind". „Die Wissenschaft hat sich verflacht, sie ist vielfach in den Dienst der Tagesmeinung getreten. Die Geschichte hat ihren Richterstuhl verlassen, um sich auf die Zinnen der Partei zu stellen, die Naturwissenschaft hat die organische, lichtdurchflutete Gliederung der Natur in einen toten und dunklen Mechanismus verwandelt, die Rechts- und Moralwissenschaft hat sich vor dem Erfolg und vor der Macht gebeugt. Alles ruft darum den Philosophen auf zur Umkehr, zur Revision, zur neuen Grundsteinlegung, die auf Grund nationalen Besinnens „Verkehrs- und Handelsordnung, selbst das Grundeigentumsrecht international regeln soll, weil über den einzelnen heute noch in ihren Sonderinteressen versenkten und im Kriegszustand untereinander befindlichen Staaten sich einst wieder eine Gesamtordnung erheben muß." So wiederholt sich, in der Wiederkehr des Gleichen, das uralte Problem, das Prof. Dr. K. Beth für die „Urreligion" soeben wieder aufzeigt (E. Runge, Lichterfelde), als den Anfang eines menschheitlichen Entwicklungsprozesses, der durch das fortwährende Ineinander der aufsteigenden religiösen Bahn und der abwärtsführenden Richtung charakterisiert ist. Es ist die Zwiespältigkeit, aus der gegen Thomas Mann Kurt Hiller aufsteht, der den Angriff Manns auf die Bewegung abwehrt, „die unter Führung Heinrich Manns und anderer seit etwa 1910 in Deutschland da ist, von akademischer Partei gelegentlich als Neu-Idealismus bezeichnet wird, sonst als Voluntarismus, Politizismus oder Aktivismus, und, so sehr ihr Kernwille in den einzelnen Vertretern differenziert, doch dies als ihre oberste Norm wohl durchweg anerkennt: Umgestaltung der Welt nach dem Befehl der Idee". Die Zwiespältigkeit, die uns Erscheinungen als unzeitgemäß empfinden läßt, wie die Schrift des Pfarrers A. Schowalter „Die Kirche als Erlebnis im Kriege" (R. Mühlmann, Halle), die als „das größte innere Erleben" in diesem Kriege die religiöse Erhebung unseres Volkes kritiklos als eine Wiederholung der Erfahrung hinnimmt, die wir im Befreiungskriege erleben durften, und die ihre Beweise aus Gedichten von Hussong, Gleichen-Rußwurm, Carl Busse (!) unbesehen hernimmt. Die Zwiespältigkeit, die der Philosoph Georg Simmel in einer Schrift „Kant und Goethe" als Wiederspiegelung der Geschichte der modernen Weltanschauung aus dem Denken des 18. Jahrhunderts aufzeigt (Kurt Wolff, Leipzig.) „Dem Denken erwächst seit dem 17. und besonders seit dem 18. Jahrhundert die große Kulturaufgabe, die verlorene Einheit zwischen Natur und Geist, Mechanismus und innerem Sinne wissenschaftlicher Objektivität und der gefühlten Wertbedeutung des Lebens und der Dinge auf einer höheren Basis wiederzugewinnen." Daß dasselbe Bild auf unsere Zeit anzuwenden ist, wird aus einem kleinen Buche von Heinrich Scholz „Das Wesen des deutschen Geistes" (Grotesche Verlagsbuchhandlung, Berlin) deutlich, der die Zukunft des deutschen Geistes nur dann gewährleistet glaubt, wenn wir „in der Ausübung des Realismus soviel von unserer Idealität bewahren, daß man in unserem realistischen Schaffen die Gegenwart des idealistischen Geistes verspürt".

Die ernst gestimmte Jugend, die diesen Zwiespalt auszugleichen übernehmen kann, haben wir. Das zeigt ein kleines Buch von Georg Stammler, „Du und Es" (H. Ch. Schöll, Leipzig). In diesem Bekenntnis einer jungen und doch reifenden Lebensanschauung stehen mit anderen die Sätze: „Das Verhältnis zum sittlichen Gebot ist der eigentliche Prüfstein für die Persönlichkeit. Der wohlfeile Instinkt gehorcht der Macht, einfach weil sie Macht ist." „Es gibt eine Genauigkeit in der Arbeit, die Treue ist und die das Höchste leistet. Das gilt, solange der geistige Zweck die Führung behält. Geht er aber verloren und die Genauigkeit bleibt als leere Gewöhnung zurück, so wird sie zur Zuchtrute, und wir haben den Pedanten." Aber auch die Aufnahmefähigkeit der Leser für den Ausdruck solcher nach innen gerichteten Gesinnung dürfen wir feststellen. Die ernstesten Lieder und Betrachtungen des Arbeiterdichters Heinrich Lersch „Abglanz des Lebens" (Volksvereins-Verlag, M. Gladbach) können schon in zweiter großer Auflage erscheinen. Selbst eine der tiefsten Innerlichkeit, ja der Mystik zugewandte Zeitschrift wie „Das Reich", die Zeitschrift des Freiherrn A. von Bernus (Hans Sachs-Verlag, München) mußte ihren ersten Jahrgang zweimal drucken.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50 Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 90 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.20, Ausland M. 4.—
Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

2. Jahrgang • 29. Juni 1917 • Heft 26

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Noch einmal: Friedensfreunde über Krieg und Kriegsziele

Von Dr. Paul Rohrbach

In der Nr. 11 der „Deutschen Politik" vom 16. März 1917 beschäftigte ich mich mit zwei Berichten des niederländischen „Anti-Oorlog-Raad" und führte aus, daß diese Gesellschaft, die grundsätzlich neutral zwischen den Streitenden sein will, in ihren Verdffentlichungen öfters Parteilichkeit zugunsten der Entente zu verraten scheine. Zur Tätigkeit des Anti-Oorlog-Raad gehören sehr angesehene Persönlichkeiten in Holland, und es wird eine starke Propaganda durch Versendung von Schriften entfaltet.

Meine Kritik knüpfte an einen Artikel von Professor Dr. C. v. Vollenhoven aus Leyden vom Februar d. J. an, in dem gegenübergestellt wurden: 1. Die „Wilson-Methode", die das Gemeinsame in den Lebensinteressen sämtlicher Völker im Auge habe und diese Interessen durch Begründung eines Völkerbundes sichern wolle, und 2. die „U-Boot-Methode", die den Frieden beschleunigen wolle, indem sie das Leben und das Gut der ganzen Welt bedrohe. Ferner wandte ich mich dagegen, daß bei einer Zusammenkunft des Anti-Oorlog-Raad eine Rede des französischen Pastors Soulier, der alles Land auf dem linken Rheinufer für Frankreich forderte, zwar wegen „Militarismus" im Prinzip abgelehnt wurde, aber die Anerkennung erhielt, die französischen Kämpfer und die niederländischen Pazifisten, die beide den Dauerfrieden anstrebten, seien sich nur über den Weg zu diesem Ziel nicht einig und möchten sich gegenseitig schätzen lernen. Daran knüpfte ich die Frage, ob sich die Herren vom Anti-Oorlog-Raad wohl ebenso freundlich ausgedrückt hätten, wenn ein deutscher Redner die Einverleibung von Belgien und Nordfrankreich in Deutschland als unsern Weg zum Dauerfrieden verkündet hätte. Dieser letzte Punkt ist zwar auch charakteristisch genug, indes vielleicht mehr Stimmungssache. Anders steht es mit dem U-Bootkrieg. Hier hielt ich der falschen Gegenüberstellung des Professors v. Vollenhoven die Tatsache entgegen, daß unser U-Bootkrieg ein Akt der Notwehr in nationaler Lebens-

Digitized by Google

gefahr ist, herausgefordert durch das Vorhaben Englands, unser ganzes Volk durch Hungerqual dazu zu bringen, daß es sich mit gebundenen Händen den englischen Kriegszielen, d. h. der Vernichtung seiner Zukunft, überliefere.

Ich gebe den Inhalt meines damaligen Artikels hier in den Grundzügen wieder, weil viele Leser der „Deutschen Politik" von heute unsere Zeitschrift vor einem Vierteljahr noch nicht kannten. Unterdessen hat der Anti-Oorlog-Raad in seinem Organ, den „Holländischen Nachrichten" am 20. Mai 1917 eine Antwort auf meinen Aufsatz in der „Deutschen Politik" erscheinen lassen. Der Vorsitzende und der Sekretär der Gesellschaft ersuchen mich in einem freundlichen Brief um Abdruck der Erwiderung in der „Deutschen Politik". Die Redaktion und ich sind gern bereit dazu und setze nur voraus, daß die Herren damit einverstanden sind, wenn ich mit Rücksicht auf den Raum- und Papiermangel nur die Hauptstellen im Wortlaut, das übrige aber in inhaltlicher Wiedergabe bringe.

Der Anti-Oorlog-Raad beruft sich zunächst darauf, daß ihm von beiden Seiten der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht werde, und daß schon daraus seine tatsächliche Unparteilichkeit folge. Darauf wendet sich die Antwort meinen Ausführungen zum U-Bootkrieg zu, die darauf hinausliefen, daß jeder besonnene Politiker in Deutschland froh wäre, wenn der Feind den unmenschlichen Aushungerungsplan aufgäbe und dadurch auch uns neue Entschlüsse ermöglichte; solange aber das Äußerste an Grausamkeit gegen uns aufgewendet würde, hätten auch wir das Recht, mit allen Mitteln, auch mit dem U-Bootkrieg, uns zu verteidigen. Was sagt hierauf die Antwort des Anti-Oorlog-Raad? Sie sagt, es sei nutzlos, über das moralische Recht oder Unrecht des U-Bootkrieges mit einem Manne wie mir zu debattieren, der nicht nur in seinen früheren Schriften für Deutschland „einen Willen zur Macht" gefordert, sondern auch während des Krieges geschrieben habe, wenn der jetzige Völkerstreit die Entscheidung nicht bringen sollte, „so werden wir in einigen Jahren den ‚zweiten punischen Krieg' führen, der das endgültige Übergewicht Deutschlands bringen wird" — und: „wir haben auf alle Fälle die großen Pfänder im Westen in der Hand, und es wird nicht einmal nötig sein, diese Pfänder — ich brauche sie nicht zu nennen — ganz herauszugeben".

So lange ich diese und ähnliche Äußerungen machtpolitischer Art nicht widerrufen hätte, schreiben die Herren vom Anti-Oorlog-Raad, würden sie über das Recht des U-Bootkrieges mit mir nicht diskutieren. Die beiden Stellen, mit denen diese Weigerung begründet werden soll, stammen aus dem Buch des elsässischen Sozialdemokraten Salomon Grumbach „Das annexionistische Deutschland". Grumbach ist deutscher Reichsangehöriger, sitzt aber in der Schweiz und korrespondiert von dort für die „Humanité" und den „Avanti". Die Stelle über den zweiten punischen Krieg hat er aus dem Bericht der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht" über einen Vortrag genommen, den ich am 30. März 1915 in Stuttgart über unsere koloniale Zukunft-

Digitized by Google

arbeit gehalten habe. Der Bericht gibt meine Äußerung nach Sinn und Wortlaut so entstellt wieder, daß dieser Fall damit erledigt ist. Das zweite Zitat stammt aus der Veröffentlichung der stenographischen Niederschrift desselben Vortrags im Verlag der „Lese" in Stuttgart, und steht dort in dem Zusammenhang, daß, wenn man uns auch unsere afrikanischen Kolonien nicht wiedergeben will, wir Pfänder genug für sie auf dem westlichen Kriegsschauplatz in der Hand haben, Pfänder, die so wertvoll sind, daß es nicht einmal nötig wäre, sie (nämlich um der Kolonien willen) ganz herauszugeben.

So steht es mit diesem Anklagematerial, um dessentwillen Sie, meine Herren vom Anti-Oorlog-Raad, mich moralisch kränken und entrechten wollen, indem Sie sich weigern, über eine moralische Frage mit mir zu diskutieren! Ich habe genug Bücher und sonstige Schriften vor dem Kriege und während des Krieges geschrieben, aus denen Sie meine politische Meinung erfahren können, und sie sind im Inlande und Auslande genügend verbreitet. Konnten Sie da keinen direkteren Weg finden, als Herrn Salomon Grumbach, von dem doch wohl anzunehmen war, daß er, nach den geschilderten Umständen seiner Tätigkeit, Ihnen ein nicht allzu objektiv ausgewähltes Material liefern würde? Sie lesen doch wahrscheinlich auch alldeutsche Zeitungen, in denen Sie es alle Tage bescheinigt finden, daß ich ein „Kleindeutscher", ein „Anti-Annexionist", ein „Flaumacher" usw. sein soll — und, wenn Sie die deutschen Zeitungen nicht lesen, so lesen Sie doch vielleicht englische, wie die „Nation", die Ende Oktober 1916 von mir schrieb, es sei eine „widersinnige, falsche Benennung", wenn ich in der englischen Kampfliteratur manchmal als „Pangermanist" angeführt werde. Die „Nation" beurteilt mein Buch über den „deutschen Gedanken in der Welt", das, so viel ich weiß, auch in Holland bekannt ist, sie betont, daß sie von der Kriegsausgabe spricht, charakterisiert mich als „idealistischen Imperialisten" und meint, ich habe zwar mancherlei über die wirtschaftlichen Gründe für eine Ausdehnungspolitik zu sagen, ziehe es aber vor, „den Impuls zu betonen, der ein großes zivilisiertes Volk treibt, seinen Gedanken in der Welt auszubreiten". Ich will nicht weiter aus der „Nation" zitieren, denn Sie können, meine Herren, falls die Sache Sie interessiert, das Heft ja selbst zur Hand nehmen. Aber ich muß feststellen, daß der Feind hier gerechter und besser über mich geurteilt hat, als der Neutrale. Er schöpfte auch aus einer direkten und daher klaren Quelle, anstatt aus einer indirekten und getrübten.

Indessen, was hat das alles mit der Debatte über das moralische Recht des U-Bootkrieges zu tun? Selbst wenn ich der schärfste Alldeutsche und Annexionist wäre, hätten Sie darum ein Recht, die Gründe abzulehnen, die ich vorbringe? Seit wann darf man es sich ersparen, eine objektive vorgetragene Begründung abzulehnen, weil einem der Mensch nicht gefällt, der die Gründe vorbringt? Das wäre eine bequeme Art, zu diskutieren, wenn jedermann, so bald ihm keine Gegengründe zur Hand sind, antworten könnte: mit dir debattiere ich über ein solches Thema nicht, du bist mir nicht

Digitized by Google

moralisch genug! Ich wiederhole es, meine Herren, der U-Bootkrieg ist für keinen Deutschen, der politisch gesund zu denken imstande ist — und am allerwenigsten für die deutsche Regierung — ein leichtsinnig unternommenes machtpolitisches Vergnügen, sondern er ist die äußerste Notwehr eines Volkes von siebzig Millionen, das kein Mittel unbenutzt lassen darf, um das Schicksal zu vermeiden, durch das grausamste aller Mittel, den Hunger der Wehrlosen, aus der Reihe der selbständigen großen Nationen ausgelöscht zu werden. Auf dieses Argument, meine Herren, sind Sie einstweilen die Antwort noch schuldig. Herr Salomon Grumbach ist keine Antwort, die Ihrer und der Sache würdig wäre!

Der zweite Hauptsatz in dem „Offenen Brief" des Anti-Oorlog-Raads an mich ist dieser, und der ist besonders hervorgehoben gedruckt: „für uns bedeutete die Einsetzung des unbeschränkten U-Bootkrieges vor allem die Vernichtung der damaligen Friedensaussichten". Im Anschluß an diese These wird eine Anzahl neutraler Stimmen und eine solche französischer Sozialisten zitiert, in denen die Ententemächte dafür getadelt werden, daß sie den deutschen Vorschlag zu Friedensverhandlungen so schroff zurückgewiesen hätten. Deutschland, so heißt es, hätte nicht gleich den U-Bootkrieg erklären, sondern abwarten sollen, ob nicht die Wilsonsche Vermittlung doch noch nachträglich von der Entente angenommen werden würde.

Nun, meine Herren, beim Sport und beim Spiel mag man abwarten, ob die Dinge so oder so kommen. Hier aber handelt es sich darum, daß alle Regierungen der feindlichen Mächte in amtlicher und verantwortlicher feierlicher Weise erklärt hatten: wir wollen keinen Verständigungsfrieden mit Deutschland, wir wollen Deutschland und seine Bundesgenossen vernichten. Die Erfahrungen von mehr als zwei schweren Jahren hatten uns gelehrt, wie fest die feindlichen Regierungen ihre Völker in der Gewalt haben, und wir kannten das Wagnis wohl, das wir mit dem Verhandlungsangebot begangen hatten. Sofort wurde es von den Feinden dahin ausgebeutet, daß sie sagten: seht, seht, Deutschland wird schwach, nur jetzt nichts von Verhandeln! Die deutsche Regierung hatte dem Präsidenten Wilson früher geschrieben, sie wolle den U-Bootkrieg einschränken, behielte sich aber ihre Entschlußfreiheit vor, falls England den Hungerkrieg nicht einschränke. War also der verschärfte U-Bootkrieg eine Überraschung für die Welt? Haben wir nicht noch Wochen, nachdem uns die Feinde unser Angebot voll Hohn vor die Füße geworfen hatten, gewartet, bis wir mit der scharfen Anwendung der Waffe wirklich begannen? Sollten wir warten, bis der Hunger bei uns stieg, bis die Zeit vorbei war, wo wir England treffen konnten, bis Herr Wilson seine wirkliche Feindschaft gegen Deutschland offen aussprach, die er im Herzen trug und die er jetzt dadurch offenbart, daß er den Hungerkrieg gegen die nichtkämpfenden unbewaffneten deutschen Frauen und Kinder bedingungslos unterstützt? Nein, meine Herren, wenn jemand in Lebensgefahr ist, so müssen Sie es verstehen, wenn er mit

Digitized by Google

Maßnahmen, um sein Leben zu retten, nicht wartet, ob sich die Feinde, die ihm eben den Tod zugeschworen haben, vielleicht noch gnädig besinnen könnten. Die Neutralen, die am Ufer sitzen und zusehen, haben gut reden, aber in dem, was sie reden, vermissen wir Deutschen jenen Geist, der sich wirklich in die Lage eines Volkes hineindenken kann, das weiß, daß es seit Jahren eingekreist wurde, von einem Kriegsbündnis der halben Welt überfallen wurde und jetzt seit drei Jahren um sein Dasein kämpft.

Ich übergehe nun die weitere Auseinandersetzung wegen des Herrn Pastors Soulier, weil diese Sache kein großes Gewicht hat, und wende mich zum Schluß dem Hauptstück in dem „Offenen Brief" des Anti-Oorlog-Raad an mich zu. Es heißt darin:

Ihrem Wunsche gemäß haben wir bei der Beantwortung Ihrer an uns gerichteten Kritik unsere Diskussion nicht auf das Gebiet der „alldeutschen" Kriegsziele hinausgeführt. Auch ohne Ihre Bitte würden wir darauf verzichtet haben. Wenn man uns hinsichtlich der Politik der „Alldeutschen" irgendwelchen Vorwurf machen dürfte, wäre es gewiß nicht, daß wir das deutsche Volk für ihre Ausführungen verantwortlich achten, und könnte es nur sein, daß wir zu optimistisch sind, indem wir annehmen, daß das „bessere Deutschland" die Alldeutschen schon längst besiegt hat. Denn an keiner Stelle wird man in unseren Schriften oder sonstigen Äußerungen eine Identifizierung der deutschen und „alldeutschen" Kriegsziele finden; wohl manchen Satz, in welchem unser Vertrauen zu dem deutschen Volk, dem Reichstag und dem Kanzler zum Ausdruck gebracht wird. Immer und immer wieder, wenn Freunde aus den Ententeländern uns fragen, wie es uns nur möglich ist, für einen sofortigen Frieden zu kämpfen, während uns doch Äußerungen der „Deutschen Tageszeitung", der „Kölnischen Volkszeitung" und dergleichen vor den Augen schweben müssen, antworten wir, daß wir Vertrauen haben zu dem demokratischen Deutschland, das alldeutsche Kriegsziele ablehnt und das, wie wir nach den Erklärungen unserer deutschen Freunde zu glauben bereit sind, die Mehrzahl des deutschen Volkes vertritt. Wir müssen leider eingestehen, daß wir noch stets der unwiderleglichen Beweise für die Richtigkeit unserer Überzeugung harren.

Werden wir diese jetzt bekommen? Wird jetzt, wo von neuem Friedensgerüchte die Welt mit froher Hoffnung erfüllen, „das bessere Deutschland" die Gelegenheit ergreifen, zu zeigen, daß die Friedensfreunde, die in ihm vertrauten, dies nicht vergebens taten?

Eine einfache Erklärung, daß Deutschland zu einem Frieden mit Rußland ohne Eroberung bereit ist, würde dieses Vertrauen gar nicht rechtfertigen. Wir hören die „Alldeutschen" schon jauchzen bei dem Gedanken an einen deutsch-russischen Frieden, der ihnen die Möglichkeit zeigen würde, Riesenheere nach der Westfront zu schicken, um dort den am meisten verhaßten Feind, England, zu bekämpfen und, ihrer Hoffnung nach, die Eroberungen zu erzielen, die an der Ostfront preisgegeben hätten werden müssen! Wenn Deutschland jetzt zeigen will, daß es nicht von den Alldeutschen regiert wird, sondern daß ein aufgeklärt deutsches Volk den aufrichtigen Wunsch hegt, einer Gemeinschaft freier Völker, die versuchen wird, durch kräftige Zusammenarbeit die Wiederherstellung von all dem, was vom Kriege vernichtet wurde zustande zu bringen, beizutreten, so wird es dies durch eine Tat von ganz anderer und viel weiter gehender Bedeutung zuzeigen habe.

Voller Spannung warten wir jetzt ab, ob die Gegner der Gewaltpolitik veranlassen werden können, daß, ungeachtet des heftigen Widerstands der Alldeutschen, die deutsche Regierung sich nun endlich in derartig deutlicher Weise äußern wird, daß der Weg zu Friedensverhandlungen sich von selber zeigen wird.

Dies wird geschehen — wir haben es wiederholt dargelegt und werden nicht aufhören es

Digitized by Google

als unsere feste Überzeugung aber- und abermals auszusprechen — sobald eine offizielle Erklärung abgegeben ist, mittels welcher bekannt gegeben wird,

daß die Zentralmächte jede gewaltsame Annexion unter irgendwelchem Namen oder irgendwelcher Form zurückweisen und in die Unabhängigkeit der kleinen Staaten weder direkt noch indirekt eingreifen werden;

daß sie, unter Voraussetzung dieses Standpunktes, im übrigen bereit sind, die verschiedenen Fragen, welche beim Friedensschluß eine Lösung finden sollen (territoriale und koloniale Probleme, Nationalitätenfragen, Wiederaufbau Belgiens und der anderen verwüsteten Gebiete, usw.), durch internationale Verständigung zu regeln;

und daß sie gleichfalls bereit sind, schon beim Friedensschluß die Grundlagen zu legen einer besseren internationalen Völkergemeinschaft, in der das Recht auch auf internationalem Gebiet herrschen und die wirtschaftliche Entwicklung aller Völker gefördert werden wird, so daß, infolge dieser Reformen, die Bewaffnungen und das internationale Mißtrauen sich immer mehr einstellen werden.

Das Abgeben einer ähnlichen Erklärung wäre keinesteils im Widerspruch mit dem Kriegsziel der Zentralmächte, wie dieses in ihrem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 näher beschrieben wurde, d. h. die Sicherung ihrer Ehre, ihres Daseins und ihrer Entwicklungsfreiheit. Umsoweniger würde dies die Zentralmächte schädigen, weil unserer festen Überzeugung nach kein Friede, weder jetzt noch später, denkbar ist, solange nicht die Zentralen, freiwillig oder notgedrungen, sich in diesem Sinne äußern. Sollte Deutschland jetzt, aus eigenem Antriebe, diesen Zustand antreten, so würde es sich selber in den Augen der ganzen Menschheit erheben und würde der Wunsch nach Frieden überall in der Welt so stark zum Durchbruch kommen, daß weder Alldeutsche, noch englische Jingos oder französische Chauvinisten ihn zurückdrängen könnten.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

der Vorstand des „Nederlandsche Anti-Oorlog-Raad",

Dr. H. C. Dresselhuys, M. d. P., Vorsitzender, Frau W. Asser-Thorbecke, Frau Dr. C. Balker van Bosse, Prof. Dr. D. van Embden, Dr. D. A. P. N. Koolen, M. d. P., H. van der Mandere, Dr. V. H. Rutgers, M. P., Dr. d. B. De Jong van Beek En Donk, Sekretär.

Dies ist Ihre Frage, meine Herren, und auch meine Damen vom Vorstande des Anti-Oorlog-Raads. Die Antwort brauche ich Ihnen, wie es scheint, nicht mehr von mir aus zu geben, denn die haben Sie mittlerweile schon von Herrn Wilson, von Herrn Ribot und Herrn Lloyd George erhalten. Diese drei sehr offiziellen Persönlichkeiten, hinter denen der Wille und die Macht ihrer Völker und Länder und die Hilfe ungefähr eine Milliarde von Angehörigen farbiger Rassen, über die sie verfügen können, steht, haben erneut und wiederholt erklärt, daß es für sie keinen Verständigungsfrieden gibt, sondern nur die vollständige Brechung des deutschen Widerstandes. Dies Ziel ist angeblich nicht gegen das deutsche Volk, sondern nur gegen die deutsche Regierung aufgesteckt. Ich habe weder die Ehre, zur deutschen Regierung zu gehören, noch mich irgendwelches Wohlwollens derjenigen amtlichen und militärischen Kreise zu erfreuen, die man zur Regierung rechnen könnte; ja ich habe sogar Grund, das Gegenteil zu vermuten. Ich kann Ihnen aber, meine Herren, erklären, daß es nur eine große friedliche Unwissenheit über die deutschen Verhältnisse oder

Digitized by Google

ein wenig aufrichtiger Trick sein kann, wenn jemand in diesem Kriege das deutsche Volk von seiner Regierung zu trennen versucht. Ich bin von Natur kritisch gegen jede Regierung, deutsche wie nichtdeutsche, gesinnt, ich betrachte als Autorität in der Beurteilung durchschnittlicher Regierungsweisheit den alten schwedischen Kanzler Oxenstierna, dessen Brief an seinen Sohn Sie kennen werden, und ich habe schließlich von der Entstehungsgeschichte dieses Krieges durch Umstände, die nicht hierher gehören, eine genauere Kenntnis als mancher andere — aber ich kann Sie versichern: nach alledem die deutsche Regierung mit der Verantwortung für den Weltkrieg belasten zu wollen, ist Unkenntnis oder Feindschaft. Die Verantwortung für den Weltkrieg tragen diejenigen, die Deutschland eingekreist haben, diejenigen, denen Baron Greindl, Graf Lalaing und die übrigen belgischen Gesandten (Sie kennen ihre Berichte, nicht wahr?) schon Jahre vorher die Schuld an der Gefährdung des Friedens durch ihre Feindschaft gegen Deutschland zuschrieben. Darf ich Sie endlich auch noch daran erinnern, wie eindringlich der deutsche Kaiser und der deutsche Botschafter in Petersburg erklärt haben, sie wollten von ganzem Herzen den Frieden bewahren, aber Deutschlands geographische Lage und Rußlands unermeßliche Überlegenheit an Menschenmaterial mache es ihnen unmöglich, länger zuzusehen, wenn Rußland mobilisierte! Dort, nicht bei Deutschland, liegt die Verantwortung für den Krieg. Das deutsche Volk weiß, daß nicht seine Regierung, daß nicht irgendwelche Junker, Militaristen oder Pangermanisten eingekreist werden sollten, sondern die wachsende Nation selbst, die deutsche Industrie, der deutsche Handel, der deutsche Schiffbau, die deutschen Lebensinteressen innerhalb und außerhalb Europas, die jeder für die Regierung verantwortliche Mensch in Deutschland lieber mit den Mitteln der Verständigung, als mit der Waffe verfolgen wollte. Im Auslande glaubt man es vielfach anders und man beruft sich dabei auf die Alldeutschen. Es ist richtig, daß diese der deutschen Politik durch ihre Ausdrucksweise, die einer leidenschaftlichen und kurzsichtigen Art von Patriotismus entsprang, geschadet haben. War es aber wirklich nötig, daß auch das gebildete und kluge neutrale Ausland so ohne Rückhalt in das englische Netz lief, das von geschickten Politikern aufgestellt war, die nur zu gut wußten, ihre Behauptung, die deutsche Politik im ganzen sei pangermanistisch, militaristisch, gewalttätig, eine Unwahrheit war?

Meine Herren, die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben am Anfang des Krieges zusammengestanden und werden am Ende zusammenstehen, denn das Volk weiß: Deutschland war nicht der Angreifer, sondern es wurde angegriffen. Darum werden die Feinde es auch eingestehen müssen, wie sie es durch die Tat des Hungerkrieges auch schon lange bekräftigen, daß für sie der Feind, den sie treffen wollen, nicht die Regierung ist, sondern Deutschland, das arbeitende und erfolgreiche Deutschland selber! An dem Tage, meine Herren, wo Sie dessen sicher sind, daß die Regierungen und Völker der Entente dem sich verteidigenden deutschen

Digitized by Google

Volke den Platz auf der Welt gönnen wollen, den es sogut wie Angelsachsen, Slawen und Romanen zur Entfaltung seiner Kräfte auf dem Erdball braucht, an dem Tage bitte ich Sie, Ihre Frage wegen eines Friedensangebots auf den von Ihnen gewünschten Grundlagen zu wiederholen. Dann wird es Ihr Recht sein, so zu fragen. Haben Sie Dank für die Aufmerksamkeit, mit der Sie meinem bescheidenen Artikel begegnet sind!

Kann die Reichsregierung im gegenwärtigen Augenblick ihre Friedensbedingungen bekanntgeben?

Von Albert Osterrieth

Die Lage Deutschlands — unsere Verbündeten sind in dem Daseinskampf mit uns zu einer Einheit verschmolzen — ist in der Frage der Friedensbedingungen wesentlich von der unserer Gegner verschieden. — Ein Bild möge dies erläutern: Wer als Bergwanderer einen schmalen Grat verfolgt, der plötzlich jäh abbricht, muß den gleichen Weg zurück. Eine andere Wahl hat er nicht. In der flachen Ebene steht dem Wanderer der Weg nach allen Seiten offen, er kann frei die Richtung wählen.

So ist unseren Feinden die Richtung ihrer Friedensbedingungen durch ihre Kriegsziele genau vorgeschrieben: ihr gemeinsames Streben ist Vernichtung Deutschlands, als Vorbedingung für die Erreichung ihrer Sonderziele: Losreißung Elsaß-Lothringens, Zerstörung der deutschen Flotten- und Handelsmacht, Erlangung der Herrschaft auf dem Balkan zur Sicherung Konstantinopels und des freien Durchganges zum Mittelmeer. Bei den Gegnern kommt es nur darauf an, ob sie ihr Ziel erreichen oder nicht. Alles andere steht erst in zweiter Reihe.

Das Kriegsziel Deutschlands war auf Abwehr dieses Kreisangriffes gerichtet. Dieses Ziel wäre erreicht, wenn unsere Feinde durch den Verlauf des Krieges gezwungen würden, ihre Vernichtungspläne endgültig fallen zu lassen. — Diese Schlußfolgerung läge nahe.

Allein so einfach ist die Frage für uns nicht. Zunächst kommt in Betracht, ob unsere abwehrenden Kriegsziele sich nicht während der Kriegsdauer in begehrende gewandelt haben; und ferner, ob nicht die Gefahr der Wiederkehr gleicher Angriffe uns zwingt Sicherheiten für die Zukunft zu fordern.

In diesen Beziehungen ist uns die Richtung etwaiger neuer Kriegsziele und damit unserer Friedensziele nicht eindeutig vorgeschrieben: Wir können die Forderung einer Machterweiterung und von Sicherheiten gleichzeitig allen unseren Feinden gegenüber aufstellen, oder nur einzelnen gegenüber, letzteres unter Berücksichtigung der Möglichkeit, daß die Drohung neuer Zusammenstöße auf der einen oder anderen Seite ganz oder auf längere Zeit beseitigt wird, oder daß mit einzelnen früher oder später ein friedlicher Ausgleich möglich ist.

Digitized by Google

Allerdings könnte man versucht sein, ohne Rücksicht auf etwaige Vergleichsmöglichkeiten, rein nach Grundsätzen der Kriegskunst nach allen Richtungen eine Verteidigungsstellung anzustreben und danach einseitig seine Forderungen zu stellen: z. B. die baltischen Provinzen, Polen als Pufferstaat, Belgien, Belfort, das Briey, die französischen Küste bis Calais, Kohlenplätze auf dem ganzen Erdkreis, Kolonialbesitz usw.

Allein damit würde tatsächlich auch über den Frieden hinaus der Kriegszustand ins Unbestimmte verlängert und die Möglichkeit ausgeschaltet, die künftige Stellung Deutschlands durch das friedliche Mittel der Staatskunst zu sichern, die im Völkerverkehr nicht durch einseitige Vorschriften, sondern durch das Spiel von Geben und Nehmen, ausgleichend, zu wirken sucht.

Ob derartige auf allseitige Machterweiterung gerichtete Ziele an sich erstrebenswert sind, kann dabei unerörtert bleiben. Denn eine weitschauende Politik pflückt nur die reife Frucht und überläßt das Wachstum der übrigen der kommenden Entwicklung. Im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich nur darum, die Politik des Krieges in die Politik des Friedens überzuleiten.

Sobald man aber den Mitteln friedlicher Politik für die Zukunft Raum lassen will, ergibt sich ohne weiteres die Notwendigkeit einer unterschiedlichen Behandlung der einzelnen Mächte.

Erwägt man unsere Lage gegenüber etwa zwanzig Gegnern und daneben gegenüber einer Reihe von Neutralen, und bedenkt man ferner, daß hierbei nicht lediglich die Stellung der einzelnen Länder zu einander, sondern auch die Bildung staatlicher Gruppen und Gegengruppen in Betracht kommt, so kann man sich für die Zukunft zahlreiche Möglichkeiten vorstellen, von denen jede Deutschland eine besondere Haltung und Stellung vorschreibt. Die Einbildungskraft hat hier den weitesten Spielraum.

Wie diese künftige Lagerung der Machtverhältnisse sich für uns gestalten wird, läßt sich noch in keiner Weise vorhersehen. Denn die Entscheidung liegt nicht allein bei uns, sondern in ebensolchem Maße auch bei den anderen; sie hängt bei diesen von Umständen äußerer und innerer Art, auch von Zufälligkeiten ab, die niemand mit Sicherheit in Rechnung stellen kann.

Ob einzelne Politiker in dieser Beziehung bestimmte Richtlinien angeben, Wünsche und Hoffnungen äußern, oder glauben, mit besonderer Einsicht in die Zukunft begabt zu sein, ändert nichts an der Tatsache, daß die Entschließungen unserer Gegenspieler ungewisse Größen sind und bleiben, bis die große Abrechnung sie zur Entscheidung darüber zwingt, wie weit sie an ihren ursprünglichen Kriegszielen festhalten, und bis es sich zeigt, ob nicht Erwägungen anderer Art, der inneren oder äußeren Politik, sie veranlassen, an Stelle der aufgegebenen Kriegsziele neue Ziele zu setzen, über die wir uns verständigen können. Der unverantwortliche Politiker darf, wie gesagt, in dieser Beziehung seinen Hoffnungen und seiner Einbildungskraft freien Raum lassen.

Digitized by Google

Der verantwortliche Leiter der Schicksale des Deutschen Reichs darf dies aber nicht. Er muß sich sagen, daß jede Bekundung eines Friedenszieles eine Verschiebung unserer Stellung bedeutet, deren Stärke gerade in der durch den abwehrenden Charakter unseres ursprünglichen Kriegszieles gewährleisteten Freiheit unserer Entschließungen liegt.

Es wäre eine furchtbare Vermessenheit, wenn der verantwortliche Staatsmann der jetzt noch nicht zu übersehenden Entwicklung vorgreifen und uns auf Friedenbedingungen festlegen wollte, die der weitere Verlauf der Dinge als ungeeignet oder schädlich erweisen könnte. Gerade der feste Wille, die Friedensregelung zum Nutzen unseres Vaterlandes zu gestalten, zwingt uns, uns nach allen Richtungen hin freie Hand zu wahren. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern von selbstbewußter Stärke.

Daher konnte der Reichskanzler nicht anders, als die Bekanntgabe von Friedensbedingungen im gegenwärtigen Augenblick ablehnen.

Amerika ohne Einwanderer

Von Arthur Dix, Sofia

Seitdem „Seestern" den „Untergang der Alten Welt" an die Wand gemalt, ist die Ansicht wohl tief eingewurzelt, daß ein europäischer Krieg ein starkes Übergewicht der Vereinigten Staaten herbeiführen müsse. Als der Krieg dann wirklich kam; als er ungeahnte Ausmaße an Zahl der Kriegführenden sowohl wie an Dauer annahm; als Amerika seine Milliarden und Abermilliarden aus den Kriegslieferungen an den Vielbund zog — da wurde es vollends fast allgemeiner Glaube, daß die Vereinigten Staaten nach dem Kriege sowohl politisch wie wirtschaftlich beängstigend stark dastehen würden.

Schwarzsehern erscheint ganz Europa für die Folgezeit als Nordamerika tributpflichtig. Wer die rosa Brille lieber aufsetzt, mag von der Zukunft eine Europa erleichternde Beschäftigung durch Mexiko und besonders durch Japan erwarten. Wer aber die Dinge ganz nüchtern zu sehen sucht, wie sie wirklich sind, der wird sich an das Maß der Amerika tatsächlich innewohnenden und der ihm versagten Kräfte halten, ohne unsichere politische Zukunftsspekulationen in Rechnung zu stellen.

Will man sich über die wirkliche Leistungsfähigkeit der Vereinigten Staaten klar werden, so muß man doch wohl ausgehen von der feststehenden Tatsache, daß Amerika in erster Linie groß geworden ist durch die europäische Einwanderung. Kann es sich annähernd in bisherigem Zeitmaß weiterentwickeln ohne diese Einwanderung? Man möchte wohl meinen, daß die Amerikaner selbst dieser Ansicht seien, da sie ja doch die Einwanderung seit Jahren offenbar zu erschweren trachten. In Wahrheit aber richtet sich ihre Politik doch nur gegen die unbemittelten und gegen die gelben Einwanderer, keineswegs gegen die Einwanderung überhaupt. Amerika

Digitized by Google

ohne Einwanderer wäre, wie sich leicht feststellen läßt, ein recht ungefährlicher Wettbewerber.

Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten wird seit 1821 regelmäßig ermittelt und statistisch restlos erfaßt. In diese Zeit sind nicht weniger als 30 Millionen Menschen der Union „Völkerdünger" geworden. In dem Zeitraum von 1821—1911 kamen aus Amerika 26,3 Millionen Einwanderer. Mehr als je eine Million lieferten nach der amerikanischen Ausschreibung folgende Länder:

1. Großbritannien	7 958 617
2. Deutschland	5 421 609
3. Österreich-Ungarn	3 335 858
4. Italien	3 273 011
5. Rußland	2 674 622
6. Schweden-Norwegen	1 724 743

Diese Staaten-Reihenfolge täuscht aber über die eigentliche Reihenfolge der Nationalitäten. Die Einwanderung aus Großbritannien ist keineswegs etwa durchweg oder auch nur zum größten Teil als „britische" Einwanderung anzusprechen. Darüber belehrt uns sehr deutlich die britische Ein- und Auswanderungsstatistik. Nehmen wir nur das eine Jahr 1911. Da finden wir folgende Zahlen:

I. Nach Großbritannien eingewandert	350 429	Personen
II. Aus Großbritannien ausgewandert	623 425	„
Davon: Fremde	168 838	„
Engländer	302 689	„
Schotten	88 852	„
Irländer	49 280	„

Nach den Vereinigten Staaten gingen von den aus England auswandernden Fremden 129 155, von den Engländern 60 054 Personen.

Diese Gegenüberstellung lehrt uns, daß wir von der Einwanderung aus Großbritannien in Amerika so starke Abstriche machen müssen, um die Zahl der eingewanderten Engländer übrig zu behalten, daß zweifellos die deutsche Einwanderung an die erste Stelle rückt. Dazu kommt die sonstige germanische Einwanderung aus Schweden-Norwegen, Dänemark und der Schweiz, sowie besonders noch die deutsche Einwanderung aus Deutsch-Österreich. Demnach verdankt Amerika den germanischen Ländern offenbar den stärksten Prozentsatz seiner Arbeitskräfte.

Demnächst ist stark vertreten das slawische Element aus Rußland, Österreich und dem preußischen Osten und sodann die Einwanderung aus Italien.

Das Bestreben der amerikanischen Einwanderungspolitik geht nun dahin, die armen und ungebildeten Slawen und Italiener fernzuhalten, Germanen und Angelsachsen aber, Bildung und Besitz, an sich zu ziehen. Die europäische Auswanderungstendenz verfolgt aber gerade die umgekehrte Richtung. Im Jahre 1911 war nämlich die Reihenfolge bei der Einwanderung in Amerika die folgende. Es stammten aus:

Digitized by Google

1. Italien	182 882
2. Österreich-Ungarn	159 057
3. Rußland	158 721
4. Großbritannien	102 496
5. Deutschland	32 061

Hier schreiten, die Durchwanderung durch Großbritannien und die Zusammensetzung der österreichischen Auswanderung sachgemäß in Rechnung gestellt, zweifellos die Slawen an der Spitze. Ihnen folgen die Italiener. Die Deutschen dagegen spielen nur noch eine sehr geringe Rolle.

Seit 1850 übersteigt die Zahl der Einwanderer in Amerika für jedes Jahrzehnt zwei Millionen. Sie betrug:

1881—1890:	5 296 613
1891—1900:	3 844 420
1901—1910:	8 795 386

Der Jahresdurchschnitt von nahe an 900 000 Köpfen wurde bis zum Kriege beibehalten. Von den 92 Millionen Einwohnern der Vereinigten Staaten im Jahre 1910 waren nur 49 Millionen eingeborene Weiße von eingeborenen Eltern, 19 Millionen eingeborene Weiße von fremden Völkern, 13 1/3 Millionen fremde Weiße, der Rest Farbige.

Wie würde es nun um die Bevölkerungsbewegung und um die weltwirtschaftliche Stellung Amerikas stehen, wenn die Einwanderung ganz oder nahezu versiegte?

Während der letzten Volkszählungsperiode vermehrte sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten um 1,90 Proz. gegenüber 1,36 in Deutschland. Am stärksten war der Zug in die noch ganz dünn bevölkerten Weststaaten, wo nur 2,22 Einwohner auf den Quadratkilometer kommen und die Bevölkerung sich um 5,01 Proz. vermehrte, und in die Industriezentren der nordatlantischen Staaten, die mit 59,11 Einwohnern auf den Quadratkilometer am dichtesten bevölkert sind und sich um 2,06 Proz. vermehrten.

Dieses Volkswachstum ist aber nur auf die Einwanderung zurückzuführen. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung ist sehr gering. Die Zahl der Geburten bleibt hinter allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Frankreich weit zurück (20—22 auf 1000 Einwohner gegen 27,5 in Deutschland). Die Zahl der Todesfälle entspricht etwa dem deutschen Durchschnitt (15 auf 1000). Der Geburtenüberschuß ist also nur geringfügig. Und das fiele beim Stocken der Einwanderung besonders schwer ins Gewicht, da ja doch die Einwanderung bisher eine ungewöhnlich günstige Zusammensetzung der Altersklassen unter besonders starker Besetzung der leistungsfähigsten Stufen bewirkte. Denkt man sich diese Einwanderung hinweg, so steht die natürliche Bevölkerungsbewegung in Amerika eher unter als über dem Stande Frankreichs!

Nun hat der Krieg für die Zeit seiner Dauer die Einwanderung in Amerika tatsäch-

Digitized by Google

lich so gut wie aufgehoben. 1915 betrug die Einwanderung (gegen früher fast 900 000 Köpfe jährlich) 243 370, die Auswanderung dagegen 271 138 Köpfe, 1916 die Einwanderung 176 611, die Auswanderung 169 578 Köpfe. Diese Erscheinung ist beispiellos in der Geschichte Amerikas. Von den Milliarden, die Amerika für Munition aus Amerika an sich zog, ist ein Teil kompensiert durch den Ausfall jener Summen, die sonst die Einwanderer ins Land gebracht haben würden.

Was folgt aus dieser Lage? Amerikas Getreideausfuhr muß nachlassen, da der gewohnte Zuzug an Landarbeitern fehlt. Die vorhandenen Arbeitskräfte gehen in die Industrie, die enorme Löhne zahlen muß. Der mangelnde Zustrom neuer Kräfte macht Streiks ungewöhnlich aussichtsreich, so daß die Aufwärtsbewegung der Löhne kaum eine Grenze findet.

Diese Tendenz wird durch die Arbeiterführer benutzt und zu verewigen gesucht. Seit 1. Mai soll nach wiederholtem Veto des Präsidenten die Burnett-Bill Gesetzeskraft erlangen, die sich gegen die Einwanderung ungelernter Arbeiter richtet, um die Lohnhöhe in den Vereinigten Staaten dauernd hochzuhalten. § 3 dieser Bill — die um seinetwegen auch Analphabeten-Gesetz genannt wird — lautet: „Alle Fremden, die das 16. Lebensjahr überschritten haben und die physische Fähigkeit zum Lesen besitzen und trotzdem nicht englisch lesen können oder die Buchstaben einer anderen Sprache oder eines Dialekts, die hebräische und jüdische inbegriffen, nicht kennen, sollen die Küsten der Vereinigten Staaten nicht überschreiten dürfen."

Arpad Paßtor berichtete im „Pester Lloyd" über eine Unterredung, die er im Dezember 1913 mit dem Vater dieses Gesetzes in Washington hatte. Nach den Aufzeichnungen, die sich der ungarische Besucher damals machte, sagte Herr Burnett: „Mein Antrag hat das Ziel, die nichterwünschten ungelernten Elemente, die unsittlichen Arbeiter von Amerika fernzuhalten, damit die Löhne der hier tätigen Arbeiter erhöht werden können. Ich will die Balkanvölker, die Italiener, die Russen, Kroaten, Slowaken, Galizier, Polen und Ungarn ausschließen." Und weiterhin wiederholte Herr Burnett nochmals: „Die Zahl der ungebildeten Arbeiter muß auf das Mindestmaß reduziert werden und jene, die hier nur Geld verdienen wollen, um dann nach Hause zurückzukehren, die nicht die Absicht haben, amerikanische Bürger zu werden, sind auszuschließen."

„Unsittlich" sind die ungelernten Arbeiter, weil sie nicht so enorme Löhne verlangen, wie die amerikanischen Arbeiter es ohne Einwanderung tun können, und weil sie einen Teil ihres Verdienstes nach Europa schicken und dorthin mit zurücknehmen (Italiener, Polen).

Das Gesetz wird ganz besonders die Italiener und die Slawen treffen. Am empfindlichsten wohl die Italiener, wie sich zeigen wird, wenn wir nunmehr fragen, wie es um die europäische Auswanderung nach dem Kriege bestellt sein wird.

Wie wir gesehen, stellte Italien in letzter Zeit verhältnismäßig die meisten Aus-

Digitized by Google

wanderer. Das wird nach dem Kriege in vielleicht noch höherem Grade der Fall sein; denn Italien hat durch den Krieg wirtschaftlich furchtbar gelitten ohne jede Aussicht auf irgendeine Schadloshaltung. Soweit Italien sich vor dem Kriege wirtschaftlich entwickeln konnte, geschah es dank dem politischen Rückhalt am Dreibund. Deutschland war Italiens bester Kunde. Diese Beziehungen sind aufs schwerste beeinträchtigt worden. Italien hat auch unser Entgegenkommen verwirkt, der Balkan Anwartschaft darauf, daß wir künftig manche bisher von Italien bezogene Ware von ihm beziehen. Luxuseinfuhren, wie es die aus Italien vielfach waren, wird Deutschland im Interesse seiner Handelsbilanz und Valuta bis auf weiteres einzuschränken haben. Aus dem verarmten Italien wird der Auswandererstrom sich stärker denn je nach Amerika ergießen, und, wenn Nordamerika Unbemittelte und Analphabeten nicht hineinläßt, Südamerika zum Ziel nehmen.

Demnächst stellten Österreich-Ungarn sowie Rußland unmittelbare und durch Englands Vermittlung die stärkste Einwanderung in die Vereinigten Staaten. Nach den ungeheuren Opfern, die Rußland der Krieg gekostet, ist kaum anzunehmen, daß dieses Land eine weitere Schwächung seines Volkstums durch massenhafte Auswanderung im Anschluß an die Kriegszeit zulassen wird. Überdies ist ja auch die russische Auswanderung in ihrer Zusammensetzung den Burnett-Leuten in Amerika ganz überwiegend anstößig, so daß sie drüben großenteils keinen Einlaß mehr finden wird.

Auch Österreich-Ungarn wird für den Wiederaufbau seiner eigenen Wirtschaft nach den mannigfachen Kriegsopfern alle Kräfte im eigenen Lande brauchen können.

Damit kommen wir zu „Mitteleuropa" insgesamt. Kann und soll Mitteleuropa den Vereinigten Staaten nach dem Kriege neuen „Völkerdünger" liefern? Eine Unzahl von Gründen spricht dagegen. Den durch den Krieg bedingten Menschenverlusten darf Mitteleuropa nach Friedensschluß keine weiteren Kräfteverluste durch Auswanderung hinzufügen. Im militärischen Interesse verbietet sich zunächst die Auswanderung wehrfähiger Personen, zumal wir ja die Erfahrung gemacht haben, daß sie in entscheidender Stunde nicht wieder über den großen Teich zurückgelangen können. Nur wenn und wo ein deutsches Kolonialreich zur Selbstverteidigung sich eignet, kann es mit deutschen Kräften entsprechend angefüllt werden. Im übrigen aber ist es vaterländische Pflicht der Wehrfähigen, die während des Krieges nicht in die Heimat gelangen konnten, nach dem Kriege zur Verfügung zu stehen, um deutsches Neuland zu besiedeln, die deutsche Kraft wieder aufzufüllen.

Jenseits unserer alten Ostgrenzen dürfen wir neuen Nahrungsmittel-Spielraum erwarten, der vielen Händen Arbeit geben wird. Hier ist ein starker deutscher Wall aufzurichten in Gebieten, die der Krieg und der alte Herr jener Lande entvölkert hat, die auch zuvor nur spärlich bevölkert und volkswirtschaftlich mangelhaft genutzt waren.

Entsprechende Aufgaben finden unsere Verbündeten im Südosten. Da ist der Wieder-

Digitized by Google

aufbau Galiziens, da ist das von männlicher Bevölkerung schier entblößte Serbien. Da findet Groß-Bulgarien in Mazedonien ein nur ganz dünn besiedeltes, ganz extensiv bewirtschaftetes Land, das einer dichteren und tätigen Bevölkerung reiche Schätze abzugeben verspricht. Und nicht anders steht's in Vorderasien.

Ein weiterer, allgemeiner Gesichtspunkt: der Krieg hat den Frachtraum außerordentlich verringert. Wir müssen auch darauf bedacht sein, Ein- und Ausfuhr durch die Übergangswirtschaft planmäßig zu regeln. Aus Amerika zumal werden wir nur das Notwendigste beziehen dürfen, um uns nicht wirtschaftlich abhängig zu machen. Was wir aber beziehen müssen, das müssen wir durch deutsche Ausfuhr zu bezahlen trachten. Die ausfahrenden Schiffe dürfen nur Warenfracht mitnehmen, die Geld ins Land bringt, nicht Menschenfracht, die Geld aus dem Lande zieht.

In gleicher Richtung wirkt eine andere Erwägung: unser weltwirtschaftliches Interesse verbietet uns dringend, daß wir fürderhin den Vereinigten Staaten Arbeitskräfte liefern und dann Arbeitsprodukte von Amerika kaufen. Im Gegenteil: durch die Beschäftigung dieser Arbeitskräfte im erweiterten Mitteleuropa müssen wir uns nach Kräften frei machen von amerikanischer Zufuhr an Lebens- und Futtermitteln, Erdöl u. dergl. mehr. Hier liegt gerade eine der Hauptaufgaben künftiger Entwicklung unserer Produktion.

Unter diesen Erwägungen ergibt sich also das folgende Bild:

Die Vereinigten Staaten selbst verhindern die Einwanderung von Unbemittelten und Analphabeten. Damit treffen sie nach Maßgabe der früheren Zusammensetzung der Einwanderer vornehmlich Italien und Rußland. Sie wünschen die Einwanderung aus den Kulturländern Mittel-, Nord- und Westeuropas, die jedoch nach dem Kriege keine nennenswerte Auswanderung abgeben können. Deutschland und auch Frankreich werden vielmehr darauf bedacht sein müssen, ihrerseits Rückwanderer an sich zu ziehen.

Folge des Einwanderermangels wird ein Stillstand oder Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in Amerika sein, während sich auf dem erweiterten Boden Mitteleuropas die landwirtschaftliche Produktion heben wird. Also: sinkende Abhängigkeit Mitteleuropas auf dem Gebiete der Nahrungs- und Futtermittelversorgung durch Amerika. Gleichzeitig mit steigender Viehzucht und verbesserter Nutzung der Kohle größere Unabhängigkeit, auch von der Fett-, Leder- und Erdölzufuhr.

Ferner: immer stärkeres Anziehen der Löhne in Amerika, dadurch Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit Amerikas auf dem Weltmarkt.

Was in Deutschlands Macht steht, diese Entwicklung zu begünstigen, muß geschehen. Es dient der nationalen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Weltstellung des größeren Deutschlands.

Digitized by Google

Stockholm und die Fremdvölker

Von H. Peus, M. d. R., Dessau

Der erste Akt von Stockholm ist vorüber, andere werden folgen, und wär's auch nicht gerade in Stockholm. Schon das ist das Verdienst des ersten. Gewiß, zunächst gibt sich das bisherige Geschehen als ein Mißerfolg, die anderen sind nicht gekommen, sie durften nicht kommen, weil ihre Länder und die in ihnen noch Regierenden in einem nicht besiegten Deutschland die Feststellung der eigenen Niederlage erblicken, und die Sozialisten in Frankreich und was ihnen in England entspricht, haben soviel Vaterlandsliebe, daß sie solche Feststellung auch nicht gerne machen, und so fügten sie sich dem Befehl, zu Hause zu bleiben. Die Russen sind ja in einer anderen Lage, sie haben die Regierung, die den Krieg herbeigeführt, gestürzt, die gegenwärtige Regierung trägt keinerlei Verantwortung weder für den Krieg an sich noch für seinen Verlauf. Aber die, die jetzt nicht gekommen sind, werden kommen, die Volksmasse wird sie zwingen zu gehen, wenn die Not unerträglich geworden sein wird, dann werden sie müssen. Es bleibt den Sozialisten der Welt nicht erspart, sie müssen gemeinsam in sachlicher Auseinandersetzung zu den Fragen Stellung nehmen, ohne deren Lösung die Menschheit nicht wieder zu einem dauerhaften Frieden kommen kann.

Es kann kein Zweifel sein, das Memorandum der Delegation der deutschen Sozialdemokratie ist ein Muster, das die Sozialisten aller übrigen Nationen nachahmen dürfen, leidenschaftslos, aber deshalb nicht kalt, mit selbstbewußter nationaler Würde, aber frei von jeder Überhebung, und völlig getragen von dem Ernst der Sorge um den Frieden. Mag die Pariser Kriegspresse über die „Sozialisten des Kaisers" rasen, dies Dokument wird seine Wirkung tun, um dies geschichtliche Faktum kommen die anderen nicht herum. Mögen die nur auch einmal so ruhig und fest ihre Meinung sagen und begründen, dann erst steht es ihnen an, sich als Sozialisten zu fühlen, die den Anspruch erheben können, ihr eigenes Volk und die Welt glücklich machen zu wollen.

Mit das Betrübendste der letzten Tage ist wohl die Feststellung, daß die französischen Sozialisten es fertig bringen, die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens als französischem Kriegsziel zuzustimmen. Ganz abgesehen davon, daß sie, um das Ziel zu erreichen, mehr Menschen hüben und drüben abschlachten müssen, als Elsaß-Lothringen, Frauen, Greise und Kinder eingerechnet, an Einwohnern zählt, so verrät diese Nachgiebigkeit — so wollen wir einmal das Verhalten der Sozialisten nur bezeichnen — gegen die Eroberungssüchtigen unter ihren Landsleuten, eine völlige Verkennung der Ziele, denen der Sozialismus, ja jeder Vernünftige sich für das Verhältnis der Völker zueinander hingeben muß. Bei Elsaß-Lothringen handelt es sich nicht einmal um eine besondere Nation, sondern nur um jene Grenzmischung zwischen Deutschen und Franzosen, die bei wechselndem Besitz entstand, heute aber das gewal-

Digitized by Google

tigste Uebergewicht den Deutschen gibt. Stelle man sich einmal vor, die Franzosen könnten sich Elsaß-Lothringen nach einem beispiellosen Blutbad, wie es die Welt trotz des bisherigen Krieges selbst bis heute nicht gesehen, wirklich wieder aneignen, so wäre diese gewaltsame Annexion das Fundament für eine ebenso beispiellose Erbitterung der Deutschen über die Franzosen, die kein bloß verständiger Mensch, geschweige denn ein Sozialist verantworten könnte. Was sollte denn das für Zustände geben, wo 88 Proz. deutsch sprechen! Was im Namen der Freiheit jedes Volkes allein gefordert werden kann, das ist dies, daß, wenn es nicht möglich ist, jeden Staatsbürger, der am Orte bleiben will, dem Staate seiner Nation oder Nationalität zuzuweisen, das Ziel sein muß, alle Fremdstämmigen oder Fremdsprachlichen unter so gerechte Gesetze zu bringen und so gut zu behandeln, daß es ihnen nahezu gleichgültig sein kann, ob sie unter der einen oder anderen Regierung leben, weil beide sie gleich gerecht behandeln. Und kann solch ein Ziel auch nicht auf einmal erreicht werden, so ist doch jede Annäherung daran schon mit Freuden zu begrüßen, weil sie dem Frieden dient unter qen Nationen, der doch nun einmal kommen und dauernd geschaffen werden muß.

Ganz besonders auffallen muß aber, daß die Franzosen den Splitter in Elsaß-Lothringen sehr deutlich sehen, aber den großen Balken der zahlreichen Fremdstämmigen, die der Herrschaft ihrer Verbündeten und auch ihrer eigenen Herrschaft unterstehen, gar nicht gewahr werden. Man hat noch nicht davon gehört, daß die Franzosen, auch ihre Sozialisten, die Polen nicht nur, sondern auch die Finnen, Letten, Littauer, Esten, Ukrainer, Kaukasier und alle die anderen von den Großrussen bisher unterdrückten Völker befreien wollen. Wenn die Polen jetzt Aussicht haben, ein freies Volk zu werden, so haben sie das nur der Niederlage des zaristischen Rußland zu verdanken, nur diese Niederlage hat die Bedingungen geschaffen, unter denen alle russischen Fremdvölker an Autonomie für sich denken können. Wäre der Zar, wie es doch die „demokratischen" Franzosen und Engländer heiß ersehnt haben, auch nur bis Königsberg und bis nach Posen und Breslau gedrungen, dann ward die zentralistische Unterdrückermacht des Zarismus schier allmächtig, dann hätte er nicht im Traume daran gedacht, den Polen Autonomie zu gewähren. Und noch weniger hätte Finnland auf irgendwelche Befreiung von der furchtbaren Macht der zaristischen Zentralgewalt rechnen dürfen. Wenn die russischen Fremdvölker daher in Zukunft freie Entwicklung ihrer Eigenart genießen können, so verdanken sie das dem Siege der Mittelmächte, nicht aber den Bemühungen des „demokratischen" Westens. Deutschland konnte durch eine Niederlage solchen Gewinn nicht machen, das deutsche Volk lebt nicht unter nationaler Unterdrückung. Was ihm an Freiheit fehlt, wird es sich erobern, es besitzt völlig die Mittel zu solcher Befreiung, es braucht sie nur anzuwenden, von außen brauchen sie ihm nicht gebracht zu werden. Was aber Deutschland bei einem Siege eines zaristischen Rußland hätte über sich ergehen lassen müssen, zumal unter liebevoller Assistenz seiner Feinde im Westen, das ist gar nicht zu beschreiben.

Digitized by Google

Deutschland und Österreich-Ungarn hatten es im Anfang des Krieges vor allem mit der furchtbaren Macht zu tun, die im Osten gegen sie immer mehr wuchs. Beide hatten das Schlimmste zu befürchten, wenn die russische Dampfwalze so funktioniert hätte, wie es zumal die Franzosen wünschten. Nunmehr ist der Zarismus zerschmettert, durch die Revolution, aber zuletzt durch den Sieg der Mittelmächte. Freilich auch nicht durch diese allein, sondern auch durch die innere Entwicklung des russischen Reiches selber. Die unterdrückerische Zentralgewalt des Zarismus hielt das gewaltige Reich zusammen und machte es gefährlich. Des großen Reiches Nationen und Klassen kamen aber immer mehr zur Entwicklung und scheinen nun wenigstens so stark zu sein, daß an eine Wiederkehr des alten Zarismus nicht mehr zu denken ist. Jetzt, wo die unterdrückerische Zwangsgewalt des Großrussentums zersprengt ist, können die erwachten Nationen und Nationalitäten den Kampf um ihre Gleichberechtigung führen, zumal da die Arbeiter und Bauern in diesem Kampfe um Demokratie ihre besten Verbündeten sind. Die Schwierigkeiten, mit denen das kulturell fortgeschrittenere Österreich-Ungarn zu kämpfen hat, bekommt nun das russische Reich nicht minder. Demokratie, wenn auch noch auf lange Zeit in der höchst unvollkommenen Form der Cliquenwirtschaft, wie wir sie jetzt während des Krieges in England, Frankreich und Dollarika feststellen, ist die Losung der nicht mehr aufzuhaltenden Entwicklung.

Wenn man nun aber auch Grund hat, an die wachsende Macht der zentrifugalen Kräfte im russischen Imperium zu glauben und auf sie auch ein erhebliches Stück Hoffnung zu setzen, so wäre es doch verkehrt, zu meinen, zentralistische, imperialistische Tendenzen werde es nicht mehr im russischen Reiche geben. Miljukow ist nicht tot. Das sozialdemokratische Rußland, das nach Frieden um der inneren Konsolidierung willen trachtet, hat auf Konstantinopel verzichten müssen, der wirtschaftliche Imperialismus kann nicht darauf verzichten, die Kräfte des Reiches zusammenzufassen und nach zentralistischer Regierung zu trachten. Zentralistischer Imperialismus und regionaler Nationalismus werden dabei oft hart aneinander geraten.

Der am 14. Juni vor dem holländisch-skandinavischen Ausschuß in Stockholm erschienene Vertreter der ukrainischen sozialdemokratischen Partei Österreichs, Wladimir Remnzynsky, trug namens der Partei folgende Forderungen vor:

Die Lösung der nationalen Fragen als Gebot der Gerechtigkeit und als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden und die Entwicklung des sozialistischen Gedankens,

die Umbildung der von verschiedenen Völkern bewohnten mittel- und osteuropäischen Staaten, Österreich-Ungarns, Rußlands und der Balkanstaaten zu Bundesstaaten, zu gleichberechtigten, sich selbst verwaltenden Völkern, wobei die Politik der Ukrainer, die Einigung aller ukrainischen Gebiete in politisch selbständigen Staatsgebilden, oder, wenn das nicht erreichbar ist, die vollständige Selbstverwaltung der Ukrainer, sowohl die von Österreich-Ungarn als auch die Rußlands in den von ihnen bewohnten Gebieten, in bundesstaatlichem Zusammenhange mit diesen Staaten anstrebt,

die Neuabgrenzung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland nach dem von den verschiedenen

Digitized by Google

Völkerschaften bewohnten Gebiet, die Wiederherstellung Polens, aber nur innerhalb der von Polen bewohnten Gebiete,

die Errichtung eines besonderen Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Völker bei dem zu errichtenden überstaatlichen Schiedsgericht,

einen möglichst baldigen Friedensschluß ohne Gebietsangliederungen oder Kriegskostenersatz, volle Entschädigung der Völker, auf deren Gebiet Krieg geführt wird, Wiederherstellung der Selbständigkeit Belgiens, Rumäniens, Serbiens, mit dem Montenegro zu vereinigen wäre, Lösung der finnländischen und elsaß-lothringischen Frage durch Übereinkommen der unmittelbar beteiligten Völker nach Maßgabe der Wünsche der bodenständigen Bevölkerung in den wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Fragen.

Auf der zu berufenden allgemeinen Zusammenkunft der Arbeiter-Sozialistenparteien verlangte Remnzynsky für die sozialistischen Parteien der Ukrainer Österreich-Ungarns und Rußlands die Stellung einer selbständigen nationalen Abordnung.

Hier ist wenigstens schon einigermaßen verwirklicht, was Rohrbach in Heft 24 auf Seite 755 fordert, daß als Vertreter Rußlands nicht nur Großrussen in Stockholm erscheinen. Denn was der ukrainische, wenn auch österreichische Sozialist fordert, dürfte von den russischen Ukrainern nicht abgelehnt werden. Wollte ja das zaristische Rußland eben deshalb Galizien erobern, um die Ukrainer alle unter der Faust zu haben und das aufreizende freiere Dasein der österreichischen Ukrainer aus der Welt zu schaffen.

Aber nun ist auch schon ein russischer Fremdstämmiger[1] in Stockholm erschienen. Abdul Rached Rahmin ist als Vertreter des Kongresses der russischen Mohammedaner in Stockholm eingetroffen. Er sagt:

„Wie alle abhängigen Völker, sind auch die 25 Millionen Mohammedaner voller Hoffnung auf die Stockholmer Konferenz. Die russischen Mohammedaner denken dabei in erster Linie an die Mohammedaner in den französischen und englischen Kolonien. Die Aussicht, daß auch für sie in Stockholm Unabhängigkeit gefordert werden wird, hat sie mit Freude erfüllt.“ Rahmin erinnert dann an das Telegramm, das der Kongreß russischer Mohammedaner nach Stockholm gerichtet habe, um gegen den Imperialismus zu protestieren und einen Frieden ohne Gebietserwerb und Kriegsentschädigung, aufgebaut auf der Selbstverwaltung aller Völker in Europa, Asien und Afrika, sowie die Bekanntgabe aller politischen Verträge, abgesehen von ihrem militärischen Inhalt, zu verfechten.

Eine Auseinandersetzung sowohl mit dem Nationalismus wie auch dem auf unabweisbarem wirtschaftlichen Bedürfnis entspringenden Imperialismus ist notwendig. Das ist die Schwierigkeit der nächsten Zukunft. Der Nationalismus sucht seine eigenen Grenzen zu finden, der Imperialismus strebt immer über sie hinaus.

[1] Inzwischen haben die Verhandlungen der finnländischen sozialdemokratischen Vertreter auf dem Stockholmer Kongreß stattgefunden, die natürlich viel bedeutungsvoller sind, als die der Mohammedaner. Bei der nicht geschlossenen Siedlungsweise der Mohammedaner in Rußland kann es sich bei ihnen nicht um eine politische, sondern — vielleicht mit Ausnahme der Mohammedaner in Rußland — nur um eine kulturelle Autonomie handeln. Die Wünsche der Finnländer dagegen gehen viel weiter, sie zielen bekanntlich letzten Endes auf eine vollständige Trennung Finnlands von Rußland, wobei Finnlands Selbständigkeit international garantiert werden soll.

Digitized by Google

Das moderne Wirtschaftsleben findet sein Arbeitsfeld auf dem ganzen Erdkreise. Der Nationalismus strebt nach Sammlung seiner eigenen Kräfte. Der Imperialismus findet eben an den vom Nationalismus gezogenen Schranken lästige Hemmnisse.

Das Völkergemisch wird nach diesem Kriege nicht geringer werden, allen nationalen Bestrebungen zum Trotz. Damit aber wird das Bedürfnis, daß alle Nationen überall das gleiche Recht finden, immer größer. Wenn, wie zu hoffen ist, es doch noch zu einer allgemeinen Sozialistenkonferenz kommt, dann wird es neben dem Hauptziel, zunächst einmal nur der Schlächterei ein Ende zu machen und die Kriegführenden an den Verhandlungstisch zu zwingen, darauf ankommen, daß die Sozialisten in Verständnis sowohl der berechtigten Bestrebungen der Völker nach nationaler Freiheit als auch der unabweisbaren Bedürfnisse der wirtschaftlichen Imperialismus diejenigen Rechte und Bedingungen ausfindig machen, die für alle Völker unerläßlich sind und daher einigend, Frieden bringend wirken.

Eine besondere Schmach für die Kulturmenschheit ist es in diesem Kriege gewesen, daß die im Augenblick des Kriegsausbruchs fern von ihrem Heimatsstaate im feindlichen Auslande weilenden Staatsbürger vielfach so ohne jede edle Großmut behandelt worden sind, daß man sie nicht nur in ihrer Person, sondern auch in ihrem Eigentum völlig schutzlos ließ. Offenbar liegt es im Interesse aller Völker, daß durch das Völkerrecht der nicht kämpfende Ausländer gegen jede Beeinträchtigung seiner Rechte geschützt wird, die nicht ausdrücklich auch durch das Völkerrecht als zulässig anerkannt ist. Auch nach diesem Kriege wird aller Verbitterung zum Trotz der internationale Verkehr noch lebhafter werden, als er vorher war. Man denke nur, wie gerade durch den Krieg der Luftverkehr an Sicherheit gewonnen hat, und welche Bedeutung die Eisenbahnen im Kriege gehabt haben, was natürlich zu einer gewaltigen Erweiterung des Eisenbahnnetzes nach dem Kriege Anlaß geben wird, die dann ihrerseits den internationalen Verkehr weiter entwickelt. Mit welchem Gefühl von Unsicherheit würden aber in Zukunft die Bürger eines jeden Staates ins Ausland reisen und, was noch mehr ins Gewicht fällt, draußen wirtschaftliche Rechte erwerben und Verpflichtungen eingehen, wenn nicht ganz bestimmte Völkerrechtsbestimmungen wenigstens einigermaßen Beruhigung und Sicherheit einflößten.

Noch wichtiger aber als die Rechte derer, die vorübergehend Ausländer sind, ist das Recht derer, die als fremde Nation dauernd unter anderen oder neben anderen Nationen leben. Die österreichischen Polen wollen vereint sein mit den bisher russischen, und den preußischen Polen darf man zutrauen, daß sie gerne dasselbe möchten. Keine Grenze kann gezogen werden, die alle Nationen befriedigt. Die Deutschen, Polen und Ruthenen werden da kaum ganz einig werden. Die politische Grenze wird von der Macht gezogen, die politische Weisheit muß sie dem Geiste nach aufzuheben suchen. Wie es dem Deutschen vom Standpunkte des Reichsgesetzgebung aus gleichgültig sein kann, ob er im Regierungsbezirk Magdeburg

Digitized by Google

oder Erfurt wohnt, so muß es für den Polen und den Deutschen gleichgültig werden — die Gesetze und ihre Handhabung müssen darnach werden —, ob er in Posen, Warschau oder Moskau wohnt. Überall muß er möglichst das gleiche Recht genießen. Eine Angleichung der Gesetze muß angestrebt werden, wo immer dazu irgendwelche Möglichkeit besteht. So im Wahlrecht, im Vereinsrecht, im Koalitionsrecht! So vor allem auch in der sozialen Gesetzgebung! Selbstverständlich ist die absolute Gewissensfreiheit, das gleiche Recht für jedes Glaubensbekenntnis und jede Weltanschauung, sowie volle Sprachfreiheit und dementsprechende Ausgestaltung der Schule zu fordern. Je mehr es den Staaten gelingt, sich in allen diesen Dingen anzugleichen, um so geringer müssen die Konflikte werden, um so größer die Friedensstimmung.

Ein ähnlicher Ausgleich, der aber viel schwieriger werden wird, ist auf wirtschaftlichem Gebiete zu erstreben. Aber mag er noch so schwierig werden, gesucht muß er werden. All dieser Ausgleich dient dann auch den Bedürfnissen eines berechtigten wirtschaftlichen Imperialismus, der auf dem ganzen Erdkreis sein Arbeitsfeld wird haben können.

Wird im Geiste solcher Bestrebungen auf einer allgemeinen Sozialistenkonferenz die in der Zukunft zu leistende Arbeit kraftvoll und sachlich in Angriff genommen, dann entwickelt sich aus ihr mit Sicherheit eine Friedensstimmung, die die gegenseitige Abgrenzung der Staaten nicht entfernt mehr so wichtig nimmt, wenigstens nicht so wichtig, daß es sich lohnt, deshalb noch ungezählte Hekatomben blühender Menschen und ungemessenes Lebensglück dem Kriegsgott zu opfern. Der mit der Wirklichkeit rechnende, fruchtbare Inlands- und Auslandspolitik treibende Sozialismus ist berufen, die Welt zu ordnen. Das Memorandum der deutschen Delegation hat dafür eine gute Grundlage geschaffen.

Das unvollendete Reich

Von Hermann Gottschalk

Die „Deutsche Politik", die allen Parteien neutral gegenübersteht, hofft den interessanten Darlegungen über die Entwicklung der liberalen Parteien andere Aufsätze, die den übrigen Parteien gewidmet sind, folgen lassen zu können.

Keine von allen deutschen Parteien oder Parteigruppen wird von der mühsam in Fluß kommenden Neuorientierung der inneren deutschen Politik so wenig vorbereitet getroffen, als der Liberalismus. Nicht, daß es an grundsätzlicher Bereitschaft fehlte, so kläglich steht es nicht um ihn, wird ja doch aller Voraussicht nach die Reformlinie etwa im Zuge des rechten Ufers des vielverzweigten liberalen Stromes errichtet werden. Der Liberalismus, nicht das Zentrum, ist in diesen verfassungspoli-

Digitized by Google

tischen Fragen das Reich der Mitte. Aber ist diese Stellung, zu deren Behauptung gar keine besondere Aktivität gehört, denn sie ergibt sich schon rein passiv aus dem Kampfe der konservativen und sozialistischen Strömungen, der inneren Bedeutung und der Vergangenheit des deutschen Liberalismus würdig? Hat er wirklich nichts anderes mehr zu erkämpfen, als ein paar kleine Teilreformen? Mit einem Worte gefragt: Gibt es kein großliberales Programm mehr?

Ehedem gab es eines, das war die Gründung des Deutschen Reiches. Der Liberalismus zerfiel, nachdem es gegründet war, an den wachsenden Meinungsverschiedenheiten über seinen Ausbau. Dem einen Flügel lag mehr der Ausbau der äußeren Macht am Herzen, den er nur durch Verzicht auf die Vollendung der inneren Freiheiten erringen konnte, der andere Flügel setzte diese obenan und wollte von jener nichts wissen. Ein tiefgegründetes biologisches Beharrungsgesetz trieb aber das Reich, das sich zunächst als vorwiegend äußeres Machtgebilde vereinigt hatte, diesen Zug beizubehalten. Nicht nur die gesamte Weltgestaltung zwang es dazu, es war auch das eigene Entwicklungsbegehren des Volkes, zeitgerecht in der modernen Weltgestaltung mitschwingend, was die Veräußerlichung des Reichsgedankens natürlich machte. Der Weltkrieg hat nun darin einen notgedrungenen Stillstand gebracht, Behauptung und Verteidigung liegen jetzt näher als jedes Expansionsbegehren, und die psychische Einheit des Gesamtvolkes, vordem durch die materiellen Strebungen bis zum Nichtmehrerkennen verwischt, ist stark in den Vordergrund getreten. Das Reich, vordem fast nur ein Werkzeug noch für vielerlei Zwecke, hat seine menschliche Physiognomie zurückerhalten. Und dieses neue menschliche Regen in seinem Leibe ist es, was zu der allgemeinen Erkenntnis verholfen hat, daß die innere Entwicklung hinter der äußeren zurückgeblieben ist. Damit wäre die lange in den Schmollwinkel gedrückt gewesene demokratische Gruppe des Liberalismus wieder zu ihrem Rechte gekommen und darf, von der letzten Verfehmung der „Reichsfeindschaft" befreit, ihr Haupt erheben.

Da aber ist es die Frage, ob das nun genügt. Ob der Gesamtliberalismus, der doch die große bürgerliche Kultur, die Tradition der Humanisten- und Klassikerzeit und die Ideale der freien Persönlichkeit vertritt, sich weiterhin politisch damit genügen darf, ob bald einmal seine extensiven, bald wieder seine intensiven Tendenzen von der Gunst der Zeiten zur Mitwirkung herbeigelassen werden. So wenig innerlich genähert, wie die liberalen Gruppen auch heute noch, unter dem Winde der Neuorientierung, zueinander stehen, läßt sich jedenfalls nicht erwarten, daß sie nach erledigtem Reformflickwerk mehr Vereinigungsflächen finden werden, als vor dem Kriege. Mit ihrem heutigen Ideen- und Programmschatze nicht! Aber das wäre für unsere fernere Gesamtentwicklung verhängnisvoll. Denn allein in der Geschichte des Liberalismus ist zugleich die Geschichte des Reichs positiv verzeichnet. Beide sind eins. Auch in dem Widerstreit der beiden liberalen Flügel drückt sich die doppelte Not ab, aus der das Reich geboren wurde und die nicht nur in der liberalen Spaltung, son-

Digitized by Google

dern auch in den eigentlichen Reichsnöten, in den Unvollkommenheiten der Reichsverfassung fortlebt. Die doppelte Not, die uns nach außen hin bis zum Verteidigungskampfe gegen die ganze Erde führte und den Weltkrieg als letzte Konsequenz der Reichsgründung erscheinen läßt, nach innen aber noch nicht weiter gebracht hat, als bis zu dem matten Versprechen der „Neuorientierung". Wie das verstanden sein will, soll hier ausgeführt werden.

Die innere Not war die deutsche Zerrissenheit und Unfreiheit. Das Gelüst nach äußerer Machtentfaltung war im Deutschen noch außerordentlich gering, als er aus seiner inneren Not heraus schon leidenschaftlich nach dem Reiche rief. Dieses war die Gewißheit, die ihm vorschwebte: das Reich ist die Freiheit! Und dieses Wort Freiheit enthielt für ihn viel weniger die Unterbedeutung der Gleichheit, als die der Einheit. Ja, auch dem expansionsfremden Demokraten war die Reichssehnsucht ein Machtbegehren: aus der Reichseinheit heraus wollte er die innere Not bekämpfen, das Reich sollte der Machtkörper werden, der mit seinem besonderen Protoplasma die einheit- und freiheitschädlichen Sonderplasmen zur Auflösung brachte. Als Bismarck die damals einzige Möglichkeit vollbrachte, die vorhandenen Einzelmachtgebilde föderativ zusammenzuschweißen, da war der erste Schritt zur Einheit getan, aber nur erst der erste Schritt. Sie war wenigstens brauchbar genug geworden, um die äußere Not zurückzuschlagen. Die Einheit bestand in der militärischen und außenpolitischen Gemeinschaft, nach innen aber in dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht zum Reichstag. Dieses Wahlrecht war eine Brücke der persönlichen, freien Selbstbestimmung über die vielen Unfreiheiten hinweg, die zunächst in den Einzelstaaten stehen blieben. Was aber jetzt durch die Verfassungsreform verbessert werden soll, das sind eben durchaus solche partikularen Rückstände, die der Auflösung durch den Reichsgedanken bisher widerstanden haben, gleichviel, ob es unmittelbar einzelstaatliche Einrichtungen oder ungenügend ausgebaute Reichseinrichtungen sind. In allen Fällen sind es Widerstände gegen die Einheit des politischen Rechts, bald in die Form von Privilegien, bald von besonderen Regierungsformen gekleidet. Und wenn es sonst keine Scheingründe mehr für ihre Erhaltung vorzubringen gibt, so helfen selbst breite Schichten der Liberalen dazu, indem sie von Angst vor der Zerstörung des föderativen Charakters des Reiches ergriffen werden.

Der Einwand ist lächerlich, doch leider in weiten Kreisen so durchschlagend, daß man sich damit auseinandersetzen muß. Er ist gleichbedeutend mit der Angst vor der Zentralisation und vor der Entwertung der Einzelstaaten als Kulturzentren. Ganz intim gesagt, mit der Angst vor Preußen. Diese Angst wäre schon dann ein allgemein deutsches und besonderes liberales Armutszeugnis, wenn sie begründet wäre, denn was wären diese Sonderkulturen wohl wert, wenn sie von dem Fortbestehen der jetzigen staatsrechtlichen Zerrissenheit abhingen, in welcher der Angehörige jedes Bundesstaats, obwohl alle zusammen im Reiche das gleiche Recht der Selbstverwaltung besitzen, als

Digitized by Google

Mitverwalter seiner Angelegenheiten verschieden bewertet wird, durch alle Spielarten der Bevormundung hindurch? Die Unerquicklichkeit und Unreife unseres politischen Lebens wird eben dadurch verschuldet, daß es an der gleichmäßigen Durchführung des staatlichen Selbstverwaltungsrechtes, an der Einheit des staatsbürgerlichen Bewußtseins fehlt, die nur im Reiche, das heißt dem Reiche gegenüber vorhanden ist aber in ihrer Auswirkung auch dort durch die Gegenwirkung der ungleichen Einzelstaatszustände gehemmt wird. Wohl hat das Reichswahlrecht, unmittelbar durch seine Ausübung, mittelbar durch die Arbeit des Reichstags und beider Rückwirkung auf die Reichsverwaltungsgeschäfte stark erziehlich auch in die Einzelstaaten hineingewirkt, wie manche Einzelreformen bewiesen haben und auch der jetzige preußische Reformwind beweist. Langsam, aber sicher wenden sich alle Einzelstaaten der Einheit des Wahlrechts und der Verwaltungsform zu. Der Reichsgedanke arbeitet. Aber welch eine mühsame, umständliche und unnötige Arbeit, wenn man sie immer wieder sich selber überlassen will, der sogenannten Entwicklung, die doch nichts weiter ist, als die schnellere oder langsamere Überwindung der stehengebliebenen Rechtsungleichheiten! Wie sollen die Einzelstaaten sich im Reiche und zum Reiche in ein gleiches Rechtsverhältnis stellen können, wenn sie selber nebeneinander staatsrechtlich ungleichwertig sind? Wenn jeder eine andere Staatsform darstellt? Wenn in jedem andere Formen der Rückständigkeit und des Staatsunrechts sich an dem Ausbau des Reiches beteiligen wollen, das seinen Zweck doch nur soweit erfüllt, als es den Einzelstaaten gegenüber die Einheit des Rechts durchsetzt? Man prüfe nach, in welchen Fällen bestimmte Einzelstaaten sich dieser Einheit widersetzen, und stets wird man finden, daß sie Privilegien und Rechtsbeschränkungen zu decken haben.

Worauf beruht die Angst vor Preußen? Auf seiner Macht. Soweit seine Macht dem äußeren Reiche zugute kommt, läßt man sie sich gefallen. Warum nicht im Innern? Nun, weil man ihm das „Recht" nicht einräumen will, die Einzelstaaten aufzusaugen, zu borussifizieren oder dergleichen. Aber diese ganze Angst, wie jene vor der Gefährdung des föderativen Reichscharakters beruht eben auf der Unentwickeltheit des Reichsgedankens und seines erhabenen Rechtsinhalts. Preußen übt eine schädliche Macht im Reiche nur aus, soweit es Machtgebilde statt Rechtsgebilde ist. Soweit es den Reichsgedanken für seine besonderen Unfreiheiten arbeiten läßt, statt gegen sie. Es gibt im öffentlichen Zusammenleben nur einen Weg, entweder Recht oder Gewalt. Genau soviel, als dem einzelnen an Mitbestimmungsrecht über seine eigenen Angelegenheiten fehlt, unterliegt er der Gewalt. Und nur Gewalt ist es, was ihm die Erweiterung seiner Rechte vorenthält. Alles, was auch von Rechtsliberalen als ausrottungswürdiges Übel zugestanden wird im Reiche, wie in Preußen, das Zuviel an eigenmächtigem Regieren, die Übermacht des Beamtentums, die Schichtung der Verfügungsgewalt nach Klassen, alle Unfreiheiten, Bevormundungen und Würdelosigkeiten sind doch nur latente Kampfzustände zwischen alter Gewalt und neuem Recht.

Digitized by Google

Und ebenso alle Schäden, die Preußens Übergewicht im Reiche hervorruft. Wie könnte von solchen Schäden die Rede sein, wenn in allen Einzelstaaten das gleiche Staatsrecht durchgeführt würde? Welches Interesse hat Preußen gegen das Reich? Das Land, der Bundesstaat, das Volk? Ganz gewiß keines. Die Blüte des Reichs und der Mitbundesstaaten ist Preußens Blüte und umgekehrt. Nicht Preußen hat Interessen gegen das Reich, sondern nur bestimmte Interessentengruppen, denen der Gewaltzustand vorteilhafter ist, als der Rechtszustand. Man denke sich aber ein Preußen mit gleichem und allgemeinem Landtagswahlrecht, nach Beseitigung des Herrenhauses, mit verantwortlichen Ministern gar, also allen egoistischen Klassen- und Standesgewalten entzogen und dem gerechten Ausbau seines Lebens hingegeben — wo bleibt da ein Schadensmotiv übrig? Ist nicht dann ohne weiteres seine Identität mit den Bundesgliedern — bei allen die gleiche Staatsform vorausgesetzt — vollkommen? Kann eines von ihnen anders wirken und wirken wollen, als zum gemeinsamen Nutzen? Noch hinfälliger aber als die Angst vor einem freien Preußen ist die Angst der Altpreußen vor dem Umsturz dessen, was Preußen und durch Preußen das Reich „groß gemacht" hat. Sie verwechseln Tugend mit Unfreiheit. Man kann ihnen entgegenhalten (der Moralkreuzzug der Welt gegen uns beweist es wohl hinlänglich), daß ein freies Ausleben der Preußentugend uns viel, viel größer gemacht hätte. Wäre die preußische Pflichttreue nur ein Ergebnis von Stockprügeln und Gefängnis, von Einschüchterung und Unterdrückung, nun, dann hätten ja unsere Feinde mit ihrer moralischen Verdammung, mit ihrem Absprechen aller sittlichen Werte vollkommen recht. Nein, die Pflichttreue sitzt tiefer. Säße sie nicht in der deutschen Natur — durch Gewalt wäre sie niemals erzogen worden. Nur mißbraucht wird sie — von der Gewalt. Der Mißbrauch sitzt in allen Schichten und ist zum tiefsten, auf der ganzen Welt verhaßten preußischen Erziehungsmerkmal geworden. Wie könnte die preußische Pflichttreue sterben, wenn sie, statt zu einem konfusen Gewalt- und Unfreiheitgebilde gezwungen zu werden, sich in Freiheit ihrem eigenen Dienste hingeben dürfte? Erst ein freies Preußen kann zeigen, was preußische und deutsche „Größe" ist. Es ist mehr, als der alte Preußenstaat. Wenn Preußen durch das Reich zur zeitgerechten Reform gezwungen wird, so ist es nur das bessere Preußen, das über das schlechtere siegt.

Ein anderer Einwand gegen die Gleichheit des Staatsrechts ist die Besorgnis, die Eigenheiten der deutschen Stämme möchten gewaltsam verwischt werden. Als ob sich in den Verfassungsverschiedenheiten der Einzelstaaten Stammeseigenheiten ausdrückten! Ganz im Gegenteil. Durch nichts werden die Eigenheiten mehr unterdrückt, als durch die Überreste des alten Autokratismus, die allein in den Verfassungsverschiedenheiten ihr Leben fortfristen. Erste Kammern sind ebensowenig aus Stammeseigentümlichkeiten entstanden, wie schlechte Wahlrechte und betrügerische Wahlkreiseinteilungen oder üble Verwaltungen. Sie sind alle entstanden oder übrig geblieben als Maßregeln, die freie Selbstbestimmung zu unterdrücken, in der allein das wirk-

Digitized by Google

liche Leben des Volkes samt seinen Eigenheiten emporblühen kann. Ein Zwang des Reiches zur gleichmäßigen Demokratisierung aller Einzelverfassungen kann nur dazu führen, das Volksleben zu heben und samt allen Eigentümlichkeiten sich selbst zurückzugeben. Was diese schädigt und aufhebt, läßt sich staatsrechtlich überhaupt nicht fassen, das sind Wirkungen der großen geistigen Revolution, der Naturwissenschaft, Technik und des Weltverkehrs. Es sind aber auch immer noch Nachwirkungen der landfremden Regierungsformen, die zur Zeit der tiefsten deutschen Erniedrigung im Abklatsch des französischen Absolutismus in Deutschland entstanden sind und dem national ehrlos gewordenen Volke auch noch den Rest der bürgerlichen Ehre austrieb. Von diesen „Eigenheiten", und meist um solche handelt es sich bei den Klagen unserer Romantiker, ist sicher nichts erhaltungswürdig!

Man sollte sich nun vor allem abgewöhnen, die Verfassungsfragen als Fragen der politischen Technik zu behandeln. Reich und Einzelstaaten sind Teile unseres persönlichen Lebens und ruhen zuletzt auf seelischem Grunde. Ihre Fassung ist Schicksal des Individuums, und zuletzt, wenn man das Reich nicht ausschließlich als Machtwerkzeug auffassen will, muß jeder Bürger sich als Individuum mit der Form seines Zusammenlebens eins fühlen. In der Wehrverfassung, im Strafrecht, im bürgerlichen Recht (das doch wahrlich der bodenwüchsigen Stammeseigentümlichkeiten viele verschlungen hat!), auch in der Sozialgesetzgebung ist dies bereits der Fall. Also auf all den Gebieten, auf denen der Satz ein Reich, ein Recht durch die Obergewalt des Reiches zur Geltung gelangt ist. Da ist die staatsbürgerliche Seele zu ihrer Verfassung gekommen! Warum nicht auch in der Staatsverwaltung? Gibt nicht erst sie all jenen Reichseinheiten das letzte, das bürgerliche Kleid? Warum muß, was von Reichs wegen gerecht ist, von Einzelstaats wegen ungerecht sein? Als Reichsbürger bin ich mündig, als Bayer oder Preuße unmündig? Setzt sich nicht der jetzt schon wieder versagende rechtsliberale Flügel dem Verdacht aus, daß er die Staatsmündigkeit im Reiche als einen Schaden betrachtet, dem man durch Unmündigkeit in den Staaten entgegentreten muß? Dann soll er aber den Namen liberal ablegen und die Sache, die ihn trägt, nicht länger kompromittieren. Denn liberal sein heißt, den Menschen zur vollen Würde der Selbstverantwortung erheben. Gewiß, der Staatsbürger soll regiert werden, aber durch sich selbst, und jene bisher erschaffenen Rechtseinheiten, durch die das deutsche Wesen gewiß noch keinen Schaden erlitten hat, zeigen den einzig wahren Weg, auf dem das zur wahren Genugtuung des Individuums geschehen kann, durch das Werkzeug des freisinnigsten Wahlrechts.

Die Liberalen in ihrer Gesamtheit sollten es endlich wagen, die Folgerung aus ihrer besseren Vergangenheit und aus dem zu ziehen, was das Reich bisher an Vereinheitlichung des Rechts bereits geschaffen hat. Sie sollten endlich mit der Angst um den Föderativcharakter des Reichs aufräumen und sich offen und klar zum Reiche bekennen. Es darf keinerlei einzelstaatliches Recht mehr geben. Das Recht, als Uraus-

Digitized by Google

druck der freien Persönlichkeitswürde und als Grundzelle alles Gemeinlebens, muß in ganz Deutschland gleich und allgemein sein, und keine Sonderberechtigung aus historischen oder romantischen oder sonstwie verschleierten Gründen darf bestehen bleiben. Die Vollendung des Reichs, als der liberalen Schöpfung, die dem deutschen Volk seine Stimme, seine Würde, seine Kraft und sein Selbstbekenntnis wiedergegeben hat, ist der geschichtliche Programmpunkt, in dem sich der Liberalismus allein einigen kann und muß, wenn das deutsche Leben nicht, wie das so vieler schwacher Völker, der Zersetzung durch abstrakte internationale Phrasen verfallen soll, denen totsicher die Auflösung in dem großen angelsächsischen Weltwirtschaftsbrei folgen muß.

Ein Reich, ein Recht! Was in Deutschland an wirklich freiheitliebendeu bürgerlichen Elementen vorhanden ist, müßte sich wie erlöst um dieses Bannerwort scharen. Man muß nur liberale Tagungen mitgemacht haben, um zu erstaunen, wieviel Zerfahrenheit der Ansichten und Gegensätzlichkeit der Elemente da innerhalb des einen Gefäßes leben, und zugleich mit welcher Beharrlichkeit diese wirklich führerlosen Waisenkinder der Politik immer wieder zur Urne laufen, um dieselben Abgeordneten zu wählen, die ihnen nichts zu geben, nichts zu sagen haben. Das ist mehr als Tradition. Das ist ein latentes bürgerliches Freiheitsbedürfnis, das sich in stiller Resignation durch das Einwerfen des Stimmzettels Luft macht, als ob endlich einmal von selber das befreiende Wort herausspringen könnte. Und da handelt es sich um Millionen von Wählern, ja, wenn man bedenkt, wieviele durch die Lauheit der liberalen Parteien zu den Nachbarn übergegangen oder zu Nichtwählern geworden sind, wahrscheinlich um die Mehrheit! Nun denke man sich aber als Ausklang dieses Krieges ein neues, höchstes und letztes Bekenntnis zum Reichsgedanken, das dem staatsbürgerlichen Leben die Vollendung gibt und dem Individuum die Überzeugung seines endlich durchgedrungenen vollen Wertes — müßte da nicht all dieses Schlummernde aufwachen? Wenn die Menschen ein einfaches, allgemein faßbares, die Quelle des persönlichen Bedürfnisses neu erschließendes Wort vorangetragen sehen, müssen sie nicht aufschauen aus ihrer richtungslosen Benommenheit und ganz instinktiv seiner Führung folgen?

Viel wichtiger für das Ganze, als der augenblickliche Einzelkampf gegen diese oder jene Rückständigkeit, erscheint mir jetzt, daß der Liberalismus sich ganz allgemein zum Satz ein Reich, ein Recht! bekennt. Gleichviel, wie weit er mit dem Bekenntnis gleich ins einzelne gehen will. Es handelt sich darum, dem lebensschädlichen Partikularismus, dem das Reich auf den meisten anderen Rechtsgebieten bereits zuleibe gerückt ist, dort den Todesstoß zu versetzen, wo er sich unter betrüglichen Vorwänden gerade in seiner schlimmsten Form am hartnäckigsten festhält. Das ist verständlich für alle und muß durch die Wucht seiner inneren Wahrheit, und mit dem Machtzuwachs, den der Reichsgedanke durch den Krieg in allen Herzen gewonnen hat, zu einer allgemeinen bürgerlichen Erhebung führen.

Digitized by Google

Notizen

Der Fall Hoffmann. Allem zuvor ist festzustellen, daß Deutschland mit dem Zwischenfall Hoffmann nichts zu tun hat. Denn der Leiter der auswärtigen Politik in der Schweiz hat das aufgefangene und veröffentlichte Telegramm an den Schweizer Gesandten in Petersburg als Antwort auf die Anfrage des in Petersburg befindlichen Schweizer Nationalrates Grimm auf eigene Gefahr und aus eigener Initiative abgesandt. Trotzdem wird nicht nur Hoffmann verdächtigt, in Deutschlands Interesse gehandelt zu haben, sondern auch Grimm wird „zum deutschen Agenten" gestempelt, obgleich er als Kienthaler und sozialistischer Pazifist nichts weniger als freundliche Gefühle für Preußen-Deutschland hegt. Wie allgemein die Abneigung gegen einen Sonderfrieden im russischen Volke ist, beweist schon die Tatsache, daß der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat mit großer Majorität den Beschluß der provisorischen Regierung, Grimm als „deutschen Agenten" auszuweisen, gutgeheißen hat. Man sollte daher endlich deutscherseits energisch von diesem Sonderfrieden-Gerede abrücken. Es liegt doch wahrlich kein Grund vor, unsere sowieso schon schwierige politische Situation durch derartige Aktionen, die zwar ohne unser Zutun unternommen, dennoch stets auf unsere Rechnung gesetzt werden, noch weiter erschweren zu lassen. Ein kräftiges Hände-weg von derartigen Vermittlungsversuchen und Sonderfriedensplänen würde befreiend wirken, wobei natürlich wie im Fall Hoffmann, so auch in dem des bulgarischen Gesandten Rizoff mit seinem Briefe an Maxim Gorki die lautere Absicht und der gute Wille nicht in Zweifel zu ziehen sind.

„Die Frage Elsaß-Lothringen". Selbst in Frankreich gibt es Leute, die wissen, daß Elsaß und Lothringen deutsches Land ist und daß die Bevölkerung sich dessen bewußt ist. Aber diese Menschen sind in Frankreich vorläufig noch sehr in der Minderheit, die große Masse folgt dem Geschrei der Hetzpresse und behauptet immer noch, die Reichslande gehörten naturgemäß zum „Mutterlande Frankreich". Vielleicht werden die Erklärungen der beiden elsässischen Kammern den einen oder andern französischen Kopf zum Nachdenken darüber veranlassen, daß, nach dem von Frankreich und seinem Kriegsphilosophen Wilson gepflegten Leitsatz der Nationalitätenfreiheit, ein Land, das zu 89 Prozent deutschsprechende Bevölkerung enthält, wohl schwerlich der französischen Nation zuzurechnen ist. Vorläufig arbeitet die Hetzpresse aber noch mit den alten abgestandenen Argumenten und beschimpft diejenigen Franzosen, die ihre Objektivität bewahrt haben, in wüster Weise. So schreibt das „Echo de Paris" vom 13. Juni: „Bei uns gibt es Doktrinäre, die nur ihre Doktrinen sehen; zwischen diesen und der Wirklichkeit steht die Doktrin. Sie schließt sie von der Wirklichkeit aus. So haben sie es z. B. nun einmal zum Prinzip erhoben, daß die Völker ein Recht haben, frei über sich selbst zu bestimmen; infolgedessen muß man auch Elsaß-Lothringen befragen; diese beiden Provinzen werden dann zu Frankreich zurückkommen, wenn sie dies auf ihren eigenen Wunsch erklären. Um hierüber Bescheid zu wissen, ist eine Volksabstimmung notwendig, so will es die Doktrin." Das „Echo de Paris" erklärt diese Gedankenreihe als unlogisch und sophistisch, ohne jedoch sich der Mühe zu unterziehen, diese Behauptung zu beweisen, fügt aber selbst hinzu, daß hierdurch die Möglichkeit einer solchen Abstimmung nicht aus der Welt geschafft wird. Deshalb versucht das Pariser Blatt überflüssigerweise eventuelle Abstimmung über das Schicksal der Reichslande zu diskretitieren: „Wir wollen uns hier nicht mit Sophismen aufhalten, sondern nur die Tatsachen betrachten. Wie würde eine solche Abstimmung aussehen und wäre sie überhaupt ernst zu nehmen? Die Deutschen beschäftigen sich schon heute damit. Die Deutschen, die vorausschauend sind, arbeiten schon heute für die Abstimmung und bereiten ihren Wunsch entsprechend vor. Für den Fall, daß der Zuzug deutscher Einwanderer in Elsaß und Lothringen seit einem halben Jahrhundert nicht genügen würde, um die Wagschale auf die deutsche Seite

Digitized by Google

zu ziehen, organisiert Deutschland im Land (hiermit ist wieder das deutsche Reichsland gemeint) den Verkauf französischer Besitztümer. Die neuen Besitzer werden natürlich deutsch sein und bei der Abstimmung ihre Zugehörigkeit zu Deutschland bestätigen.

Dann wird Deutschland vorgeben, daß es das Recht der Völker auf sich selbst anerkennen, eine Abstimmungskomödie aufführen. Es wird den Bewohnern unserer Provinzen freistellen, sich für Preußen, Bayern oder Baden zu erklären. Es läßt ihnen die Wahl und schafft so das Bild eines Elsaß und eines Lothringens, die für Deutschland votiert haben." Das „Echo de Paris" ist über diese groben Dummheiten sehr erzürnt und beschwört seine Leser, sich nicht durch die deutschen Lockmittel verlocken zu lassen, denn „Elsaß und Lothringen sind französisch, das genügt".

Rußland braucht eine Erziehung. Die Engländer fühlen sich bewogen, das neuerstandene Rußland mit Ratschlägen und Anweisungen zu überhäufen. Der Gang der Ereignisse im Osten entspricht nicht den englischen Erwartungen. Man ist der Ansicht, das Rußland, das eben aus dem Gefängnis gekommen sei, sich utopischen Forderungen in die Arme werfe und deshalb — wie die „Times" vom 8. Juni einen Artikel überschreibt — „ein Korrektiv braucht": „Was wird in Rußland geschehen? Niemand kann mit Sicherheit darüber Auskunft geben. Die eine Tatsache beherrscht die Situation: das neue Rußland ist ein Land visionärer Gedanken. Das ist keineswegs erfreulich. Jahrhundertelang wurde das russische Volk unterdrückt und geknechtet. Es durfte bei den öffentlichen Angelegenheiten nicht mitsprechen. Sein Leben konnte es nur unter der Oberfläche entwickeln. In den letzten Wochen wurde alles, was im stillen getan war, ans Licht gebracht. So lange Rußland unterdrückt war, wuchsen in ihm utopische Gedanken. Als die neue Ordnung hergestellt wurde, fanden die Menschen kein Ziel für ihre Gedanken. Sie konnten die neue Ordnung ihren Gedanken nicht anpassen und noch weniger eine neue Ordnung schaffen, in der ihre Gedanken zu Hause waren. So kam es zu folgendem: Die Gedanken, die sich nicht in praktische Politik umwandeln konnten, verwandelten sich in abstrakte moralische Begriffe. Weil für sie in der Welt der Tatsachen kein Platz mehr da war, so wandten sie sich ins Traumland. Als Rußland aus dem Gefängnis heraustrat, da wandten sie sich nach Utopien und hat noch nicht einmal entdeckt, daß es jetzt in Utopien weilt.

Das ist alles ganz natürlich, aber es ist gefährlich und schafft Verlegenheit. Wenn keine Abhilfe geschaffen wird, so wird Rußland sein Bündnis durch einen unrichtigen Frieden zu Narren machen.

Die russische Psyche. Immer wieder muß man es erleben, daß der Deutsche in russischen Dingen die westeuropäische Elle zum Messen benutzt, um schließlich zu erkennen, daß bei diesem Verfahren nichts Gescheites herauskommt. Es kann eben nicht oft genug betont werden, daß Byzantinertum und Tartarentum das russische Wesen so beeinflußt haben, daß ein durch Rom geschulter Verstand dort immer Schiffbruch leiden wird. Jetzt ist ein kleines Büchlein „Der Russenspiegel" von K. Chalkowsky (S. Modes Verlag, Berlin W) erschienen, aus dem zu Nutz und Frommen einige Zitate hierher gesetzt seien für diejenigen Leser, die nicht gesonnen sind, die schwere, aber gehaltvolle Kost des Nötzelschen Buches „Die Grundlagen des russischen Wesens" zu genießen: „Wir sind Tartaren vom Scheitel bis zur Sohle. Wenn wir nicht von irgend jemandem Befehle erhalten, so sind wir unglücklich, da wir nicht wissen, was wir mit unseren Händen und Füßen anfangen sollen." (M. Padogin.) „Wir müssen gestehen, daß wir im allgemeinen recht unbegabt sind. Selbst solche scheinbaren Stammwörter, wie „der Narr" und die „Faust" haben wir den Tartaren entlehnt." (F. Dostojewski.) „Moskau ist ein großes Tartarendorf." (P. Melnikow.) „Überhaupt bin ich der Meinung, daß weder eine russische, noch eine slawische Welt je entstehen und als eine freie und in sich abgeschlossene erstehen wird, bevor nicht die Kirche selbst einer inneren Reform unter-

Digitized by Google

worfen wird, und in ihrer bisherigen Erstarrung verharrt, welch letztere nicht etwa bloß eine Sache des Zufalls ist, sondern die natürliche Folge irgendeines organischen Fehlers bildet!" (J. Aksakow.) „Von hundert Bauern können höchstens zehn das Glaubensbekenntnis und zwei oder drei kurze Gebete, natürlich ohne allen Sinn und Verstand, auswendig hersagen. Die Gebete kennen, wenn es hochkommt, unter tausend Männern zwei oder drei, von den Weibern gar nicht zu reden. Und das ist das orthodoxe Rußland! Es ist eine Sünde und Schande! Und unsere Pharisäer wagen es trotzdem, auszuposaunen, daß der Glaube sich nur in Rußland unverfälscht erhalten habe, in Rußland, wo zwei Drittel der Bevölkerung vom Glauben nicht die geringste Ahnung haben." (Priester Beljustin.)

„Ein wahrhaft moskowitischer, russischer Charakterzug ist Arglist unter dem Deckmantel des Wohlwollens." (Chomjakow.) „Wir brauchen keine Komplimente, sondern eine Peitsche, da es bei uns nun einmal keine Ordnung gibt, so müssen Sie mit einer solchen schon fürlieb nehmen, meine werten Herren!" (Admiral P. Nachimo.) „Daß unsere Regierung eine selbstherrliche ist, ist schön, daß aber unsere Gesellschaft eine despotische ist, taugt ganz und gar nicht." (A. Chomjakow.) „Rußland muß von einem Selbstherrscher regiert werden, eine jede Schwächung des Selbstherrschertums würde die Losreißung vieler Provinzen, eine Schwächung des Staates und unzählige nationale Mißstände zur Folge haben." (Graf Besborodko.) „Ein Staat, der seine Residenz im Grenzlande hat, gleicht einem Tier, dessen Herz in einer seiner Krallen, oder dessen Magen sich in seinem großen Zeh befindet." (L. Naryschkin.)

Zum Schluß seien noch zwei Zitate, ein Sprichwort und ein Zaren-Ukas, angeführt, die beweisen, daß der „Deutschenhaß" altes Erbgut des russischen Volkes ist. „Ein Deutscher ist zwar ein guter Mensch, dennoch ist es besser, ihn aufzuhängen." (Volkssprichwort.) „Da verschiedene Sektierer und Deutsche angefangen haben, sich um unsere zarischen Ämter zu bewerben, so haben wir auf der Ratsversammlung der Erzbischöfe, Bischöfe, Archimandriten und Priester mit unseren Ratsmännern folgenden Beschluß gefaßt: den deutschen Satanskindern keine Wojewodenämter (Heerführer) zu verleihen und sie zu denselben nicht zuzulassen, und sollten sich diese deutschen Satanskinder in Moskau aufhalten, so müßten sie zur Pöbelsotnie (Kaste) gerechnet und nur im Notfalle in unseren zarischen Heeresdienst aufgenommen werden." (Ein Ukas des Zaren Alexei Michailowitsch vom 18. Mai 1661.)

Neuerscheinungen

Bücher über den äußeren Krieg

Zeitliche Distanz bedeutet viel für die geschichtliche und militärische Zusammenfassung der Kriegsereignisse. Das lehrt die neue Auflage der kurzen Kriegsgeschichte des Obersten Immanuel „33 Monate Krieg" (E. S. Mittler & Sohn, Berlin). Für die Aufzeigung der inneren Beziehungen ist das Buch in seiner neuen Form sehr viel weiter gekommen, so weit als es heute überhaupt möglich ist, und das ist soviel, daß man an Hand dieses Buches die Ereignisse bereits übersehen kann. „Die Niederwerfung Rumäniens" wird aus zuverlässigen amtlichen Quellen und durch übersichtliche Karten vom Aufmarsch bis zu den Kämpfen in der Dobrudscha in einer Veröffentlichung des selben Verlages geschildert (M. 2.—). Der „Zug Linsingens in den Karpathen" von Leutnant Karl Mönckeberg (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, M. 1.30), an Hand zahlreicher Abbildungen aus den kriegerischen Aktionen und dem Leben hinter der Front. Weitere volkstümliche Einzeldarstellungen wichtiger Wendepunkte gibt die Sammlung des Franckhschen Verlags (Stuttgart): K. Flöricke beschreibt das Ringen um die Karpathenpässe, A. Fendrich die Durchbruchschlachten des Jahres 1915. Die „Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart) sind mit der Nummer 26 bis zu den Kämpfen an der Ancre vorgedrungen (Anfang 1917). Das Kriegstagebuch des Divisionspfarrers J. Weis zeigt, was eine einzelne Division fertig bringen kann: „Mit einer bayrischen Infanteriedivision durch Rumänien" (Verlag J. C. Huber, Dießen). Die Division hat als Erfolg einer einzigen Schlacht zwei Divisionen außer Gefecht gesetzt,

Digitized by Google

russische Truppen in Rumänien zum Stehen gebracht und reiche Beute gemacht. Daß auch einem Soldaten die Kenntnis der französischen Sprache und weltmännische Gewandtheit gut anstehen oder gar zur Rettung werden kann, zeigt die Schilderung, die Fürst Karl Wrede in seinem „Ritt nach Lille" gibt (Eckardt Verlag, Berlin). In dem türkischen Heer hat der schwedische Graf Birger-Mörner den Krieg kennen gelernt (G. Müller, München). Er hat auf türkischen Schiffen Jagden auf englische Unterseeboote mitgemacht, ist mit einem Torpedoboot nach Anatolien gefahren und hat die türkischen Fronten zu Land kennen gelernt. Was er davon schreibt, ist sehr zum Lobe der Türken. Gleich zu Anfang sagt er von Konstantinopel: Das neue Konstantinopel entspricht nicht nur dem alten. „Wer jetzt in Konstantinopel von einem türkischen Minister etwas zu erlangen wünscht, geht geradewegs auf die Person und die Sache los." Und auch draußen haben ihm der Angriffsmut der Truppen und die Sorgfalt für ihre Furlorne sehr gefallen. Eine Schilderung der Einrichtungen der deutschen Flotte widmet Admiral von Thomsen „Jungen Kameraden von Heer und Flotte" (J. F. Lehmann, München). Mit der noch nicht geschilderten Waffe macht Oberleutnant Frensch von Buttlar-Brandenfels „Im Marineluftschiff" (Eckardt Verlag, Berlin) vertraut. Über „Großbritannien und sein Heer" unterrichtet (durch Text und ausgezeichnete Abbildungen) ein, wie es scheint, vornehmlich für Neutrale bestimmtes Buch von Julian Grande (O. Füßli, Zürich, M. 4.—). Von dem Leben der Truppen im Felde legt ein Bilderbuch Zeugnis ab, das die 47. Reservedivision unter dem Titel „In West und Ost" herausgibt. (F. Bruckmann, München.) In dem Buch verfolgt der Beschauer die Kämpfe und ihre Vorbereitungen bis zu den Unterhaltungen des täglichen Lebens. Er sieht in die Schlachtfelder, in die Schützengräben, in fremde Landschaften und Orte, in eine bunte abwechslungsreiche, ernste und grauenvolle, von Energie und Tapferkeit, von Harren und Dulden durchströmte Welt von Ereignissen. Aus der jungen Freude am Draufgängerischen schreibt A. v. Bülow Skizzen („Die Jäger vor", Brockhaus, Leipzig). Von dem ruhigen Willen zum Aushalten zeugt G. Ebert in einem Bändchen „Soldatenperle" (Phönix Verlag, Kattowitz, M. 1.—). In zwei Heften sammeln die ersten Kompanien der Armierungsbataillone frohe und ernste Erinnerungen an brave liebe Kameradschaft (Broschek, Hamburg), stolz auf die spät erworbene Achtung ihres Soldatentums. Mit einem travestierten Homer sucht die Zeitung der 10. Armee zu erfreuen. Mit gutem Humor sind die Verse des alten Dichters dem Leben im Schützengraben dienstbar gemacht, so sehr, daß es Mühe macht, darüber den furchtbaren Ernst nicht zu vergessen, der dahintersteht. „Flinz und Flügge", eine Aviatiade in acht Nummern von Roland Betsch (geb. M. 1.50, Bergstadt-Verlag, Breslau) nimmt Flieger und Flugwesen von der heiteren Seite.

Robert Michel, den österreichischen Dichter (und mit ihm wohl viele seiner Kameraden), begleiten wir in „Briefen eines Landsturmleutnants an Frauen" (S. Fischer, Berlin, M. 2.—) aus dem Leben im Krieg in das friedfertige, besinnliche Dasein: „Ich liebe die Märsche in diesem Krieg; es sind festliche glückliche Stunden, wenn man aufrecht dahinschreiten darf unter freiem Himmel, von dem herab keine Schrapnellkugeln hageln, auf ruhigem Erdboden, der nicht von Granaten erzittert." „Um wie viel schöner werden noch solche Märsche, wenn sie von einer Stellung wegführen, in der man allzulange gesteckt hatte, immer in der Erde vergraben, daß einem manchmal schon war, als müßte man von Würmern angenagt werden." Aus derselben Sehnsucht nach der Stille der Natur und den Tagen des Lebens schreibt er Briefe an Frauen. Er will sich wach halten für das Leben und das Gefühl, die Empfindlichkeit seiner Seele bewahren, die in dem harten Anprall der kriegerischen Ereignisse unterzugehen droht. So schreibt er „an sehr viele Frauen" Briefe und scheut sich nicht sie abzusenden, wenn er manchmal auch nicht weiß, ob sie am Ziele anlangen — Briefe, mit denen er sein gefährdetes, gequältes Dasein immer wieder im Bewußtsein des Lebens verankert.

Von seiner menschlichen Seite sucht der Krieg eine Sammlung kleiner Bücher zu umfassen, die Karl Hesselbacher im Verlag der Ev. Gesellschaft, Stuttgart, herausgibt. (4 Bände, M. —.80 bis M. 1.—.) Ein Generalmajor hält unter seinen Erinnerungen als die schönste fest, daß er unter seinen Musketieren, „die neben ihm gekämpft, gefochten haben und gefallen sind", so prächtige Charaktere kennen gelernt habe. Daß einer vom Antimilitaristen im Felde zu lauterem Soldatengeiste erzogen worden sei, erzählt ein Kriegsteilnehmer im 4. Bändchen. Ein anderer schreibt dagegen im 3.: „Wenn ich am Tag in meinem Dienst stehe, so kommt mir manchmal auf Augenblicke alles so gottfern, so sinnlos und unverständlich vor, und ich spüre dann eine Spannung, eine Frage —?" Und in demselben Bändchen wünscht sich ein anderer: „Man möchte ein stilles Stündlein, allein mit sich selbst, allein mit Gott. Stille Stunden! Wir brauchen sie ja, wie die Rose den Sonnenschein braucht. In der Stille, da spannt die Seele die Flügel aus, weit hinauf über den Alltag, und geht in die Tiefe des Lebens, tief unter die Oberfläche hinab." — Für solche Besinnung ist Weihnachten immer die gelegenste Zeit. In einem Bericht des ersten Bändchens mag man das nachlesen und ein merkwürdiges Gegenstück in dem Buch suchen, in

Digitized by Google

dem Gustav Schröer seine „Flucht von der Murmanbahn" zweihundert Kilometer weit nach Finnland geschildert hat (G. Grote, Berlin, M. 2.—). Das Bild von der seelischen Einkehr am Weihnachtsbaum im fernen Land steht da rührend neben der heldenmütigen verwegenen Kühnheit, mit der das Leben wieder einmal siegreich den Wettbewerb mit der phantastischsten Dichtung besteht. Wie sich der deutsche Soldat auch sonst gegen die geistige Verarmung wehrt, die ein Krieg bringt, beweist ein kleines Buch des Prof. Dr. Paul Weber über Wilna. Eine vergessene Kunststätte wird da in Wort und Bild lebendig, eine merkwürdige Mischung von Orient und Okzident, von Klassizismus und orientalischer Phantastik, ärmlicher Bäuerlichkeit und reichem Renaissance- und Barockgeschmack. Landsturmleute haben farbige Zeichnungen beigesteuert. Die Zeitung der 10. Armee hat die Schrift überraschend gut und klar gedruckt. Ein erfreulicher Gedanke, die Feldgrauen mit diesem, ihrem Buch durch Wilna gehend zu denken! Aus Feldpostbriefen und Kriegstagebüchern („Gottesbegegnungen im großen Kriege", L. Ungelenk, Leipzig) suchen schließlich zwei Geistliche den Wert nachzuweisen, den das religiöse Fühlen für den Soldaten im Felde gewonnen hat. In den beiden Bändchen ist manch eigenes sittliches Besinnen, Zeichen dafür, daß der Krieg nicht zur einfach hingenommenen Gewohnheit zu werden braucht, sondern zur Selbsteinkehr zu führen vermag. Von den wirtschaftlichen Leistungen der deutschen Truppen hinter der Front spricht die Schrift von Karl Mönckeberg „Deutsche Truppen an der Düna, Herbst 1916" (Deutsche Verl.-Anst., Stuttgart). M. schreibt den Satz: „Die wirtschaftlichen Leistungen des Militärs in den besetzten Gebieten kann nur würdigen, wer sich zugleich in die Maßnahmen der Zivilverwaltung vertieft. Die militärische Verwertung von Wald, Feld, Jagd und Fischerei hängt offenbar mit der Frage zusammen, inwieweit das Land unser Heer mit zu ernähren vermag, ohne selbst zu verarmen." Den Krieg von der Etappe aus beobachtet A. M. Meyer („Flandrische Etappe", Falken-Verlag, Darmstadt). Man hört den Geschützdonner aus der Ferne, fühlt die Zerstörung, den Untergang nur von weitem und lebt in dem vibrierenden Leben, das Brügge wieder zur unruhig lebendigen Stadt macht, das lärmend durch die vlämischen Landstädte pulsiert. Einen merkwürdigen Schluß zieht Pfarrer F. Frick aus den Eindrücken in Lazaretten und Genesungsheimen: „Möchte die evangelische Kirche im deutschen Vaterlande nicht zerfallen in diese oder jene verschiedenen Landeskirchen, sondern sich zusammenschließen zu einer großen, sich immer mehr stärkenden und festigenden Organisation!" Einen Einblick in das Leben eines Regiments, hauptsächlich in der Heimat, gewährt das zu Wohlfahrtszwecken erschienene Buch „Reutlingen und sein Regiment". Der Anteil einer kleinen Stadt an seinem Regiment, die Fürsorge für sein leibliches und geistiges Wohl verknüpfen dies Soldatsein mit der Heimat in engem, menschlich bleibendem Zusammenschluß.

Aus der Bedeutung des soldatischen Lebens für unsere Zeit ist ein Unternehmen der „Militärischen Verlagsanstalt, München" erwachsen. Eine Sammlung „Wehrstand im Volksmund" umfaßt Sprichwörter, Volkslieder, Kinderreime, Inschriften an deutschen Waffen und Geschützen zusammen mit altertümlichem deutschem Buchschmuck aus der Landsknechts- und Ritterzeit (br. M. 3.—). Neu ist die Sammlung von Sprichwörtern und Inschriften „Kernworte des Weltkrieges" sammelte Rud. Rotheit für den Verlag Ullstein, Berlin (M. 2.—) nach sachlichen Gesichtspunkten. Was zu den politischen und wirtschaftlichen Kriegszielen, zum Leben und zur Fürsorge im Krieg, was zur gegenseitigen Bekämpfung hüben und drüben, an Schlagwörtern geprägt und durch Zeitungen und Flugblätter den Völkern als ernste Angelegenheit eingehämmert worden ist, wird hier dokumentarisch zu einer Blütenlese vereinigt, vor der „die deutschen Geschichtsforscher", die sich daraus später einmal ein Bild von der geistigen Haltung der Zeit machen, kopfschüttelnd stehen werden.

In „kleinen Bildern aus großer Zeit" geißelt Thomas Theodor Heine (München, Simplizissimus-Verlag, M. 1.—) die Schwächen und die Mißstände der Kriegszeit. Hinter den Satiren stehen tiefer Ernst, scharfe Beobachtung, Besorgtheit um die Auswüchse, die der Krieg im Leben des Hauses und auf der Straße gezeitigt hat. Heine rückt vielen beliebten Phrasen und Schlagwörtern zu Leibe. Unter Lachen hält er seiner Zeit den Spiegel vor, in dem ihre vielen Schwächen, ihre Kleinlichkeiten, ihre Bosheiten und Scheinheiligkeiten das Wort von der „großen Zeit" Lügen strafen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Axel Schmidt, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50. Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.—, Einzelnummer 30 Pfg. Bei jeder Postanstalt und durch Feldpost M. 3.20, Inland Kreuzband direkt vom Verlag M. 3.80, Ausland M. 4.50. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

D1
D42
V.2
Pt.1
JAN-J
1917

Fig. 2-6 i, 10 Sm.

Stanford University Libraries
3 6105 013 432 104

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA

Digitized by Google

Digitized by Google